

Regionale Wirtschaftsstrukturen in der
zweiten Phase der ostdeutschen Transformation:
Sachsen-Anhalt 1995-1999

Gutachten
im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie
des Landes Sachsen-Anhalt

Halle (Saale), im Januar 2001

Projektleiter: Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld

Autoren: Professor Dr. Martin T.W. Rosenfeld
Dipl.-Geograph Franz Barjak
Dr. Peter Franz
Dr. Gerhard Heimpold
Dipl.-Kauffrau Birgit Schultz

unter Mitarbeit von: Dipl.-Ökonom Michael Barkholz
Dr. Harald Kroll

Technische Ausführung: Ingrid Dede
Annett Markmann

Herausgeber:

INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE - IWH

Hausanschrift: Kleine Märkerstraße 8, 06108 Halle (Saale)

Postanschrift: Postfach 11 03 61, 06017 Halle (Saale)

Telefon: (03 45) 77 53 - 60

Telefax: (03 45) 77 53 820

Internetadresse: <http://www.iwh-halle.de>

Alle Rechte vorbehalten

Druck bei Druckhaus Schütze GmbH,

Fiete-Schulze-Str. 6, 06116 Halle (Saale)

ISBN 3-930963-63-9

Vorwort

Die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft ist auch mehr als zehn Jahre nach der politischen Wende nicht abgeschlossen. Allerdings wird der Transformationsprozess seit Mitte der neunziger Jahre von anderen Bedingungen geprägt als in den frühen neunziger Jahren. In der ersten Phase der ostdeutschen Transformation profitierte die ostdeutsche Wirtschaft vom Aufschwung der Baubranche. In der Industrie galt es zunächst, für eine Umstrukturierung der ehemaligen großindustriellen Komplexe zu sorgen und die Produktion zu modernisieren. Die zweite Phase der ostdeutschen Transformation seit etwa 1995 ist durch einen fortgesetzten Rückgang der Bauwirtschaft gekennzeichnet, nachdem die Defizite im Wohnraumangebot beseitigt wurden. Die ostdeutsche Industrie hat dagegen ein beachtliches Wachstum der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen. Allerdings ist der Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland noch immer beträchtlich, und zwischen den einzelnen Branchen und Unternehmen bestehen weiterhin erhebliche Produktivitätsunterschiede. Die Arbeitslosenquote in den neuen Ländern ist von 1995-1999 um mehr als ein Viertel gestiegen. Zudem sehen sich die neuen Länder mit verschärften finanzwirtschaftlichen Restriktionen konfrontiert, die auch aus dem Zwang zur Haushaltskonsolidierung resultieren.

Die skizzierten Veränderungen müssen bei der Konzipierung und Umsetzung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Förderung der ostdeutschen Wirtschaft berücksichtigt werden. Trotz gleichartiger Grundprobleme in ganz Ostdeutschland ist dabei zunehmend zu bedenken, dass sich die Bedingungen für die weitere wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Ländern und Regionen teilweise erheblich unterscheiden, und demgemäß auch der Einsatz wirtschaftspolitischer Maßnahmen räumlich differenziert erfolgen sollte. Hinweise darauf, welche wirtschaftspolitischen Maßnahmen in den einzelnen Ländern und Regionen jeweils am geeignetsten sind, lassen sich nur mit Hilfe von differenzierten empirischen Untersuchungen zur Herausarbeitung der strukturellen Stärken und Schwächen in den einzelnen Ländern und Regionen geben. Die vorliegende Untersuchung behandelt diese aktuelle regionalökonomische Aufgabenstellung am Beispiel der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Untersuchung wurde in der Abteilung Regional- und Kommunalforschung des IWH erarbeitet. Sie wäre ohne die bereitwillige Unterstützung durch zahlreiche Personen und Organisationen nicht zustande gekommen. Dank für die Bereitstellung von Daten und Materialien schulden die Autoren, neben dem Statistischen Landesamt und dem Statistischen Bundesamt, insbesondere dem Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt, dem Kultusministerium Sachsen-Anhalt, dem Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, dem Ministerium für Wohnungswesen, Städtebau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, dem Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt, der WISA Wirtschaftsförderungsgesellschaft für das Land Sachsen-Anhalt, der Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in

Niedersachsen und Sachsen-Anhalt, den Industrie- und Handelskammern Halle-Dessau und Magdeburg, dem Deutschen Industrie- und Handelstag, dem Zentralverband des Deutschen Handwerks, der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Bundesanstalt für Arbeit sowie der Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband der Deutschen Wissenschaft. Wertvolle Unterstützung leisteten alle im Rahmen des Projekts beschäftigten Praktikanten und studentischen Hilfskräfte, die Herren Enrico Leopold, Gabor Peter, Michael Schwalbe und Frank Thielicke sowie Frau Sophie Knebel. Für die sorgfältige Durchsicht der Manuskripte und für hilfreiche Hinweise an die Autoren ist den Herren Diplom-Volkswirt Jens Müller und Diplom-Volkswirt Martin Wengler zu danken. Wichtige wissenschaftlich-technische Aufgaben im Rahmen der Datenbeschaffung und -verarbeitung wurden von den Herren Diplom-Ökonom Michael Barkholz und Dr. Harald Kroll übernommen. Die technische Textbearbeitung besorgten Annett Markmann und Ingrid Dede. Besonderer Dank gilt den Autoren der Untersuchung, die unter der Leitung von Professor Dr. Martin T. W. Rosenfeld ein Gutachten vorgelegt haben, von dem zu hoffen ist, dass es wichtige Impulse für die wirtschaftspolitische Diskussion in Sachsen-Anhalt und den anderen neuen Ländern geben wird.

Halle (Saale), im Januar 2001

Professor Dr. Rüdiger Pohl
Präsident des Instituts
für Wirtschaftsforschung Halle

Inhaltsübersicht	Seite
Kurzfassung	XXV
1. Einleitung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Zielsetzung der Untersuchung	2
1.3 Vorgehensweise	3
2. Theoretische Überlegungen zur regionalen Wohlfahrt und zu den ökonomischen Strukturen von Regionen	6
2.1 Vorbemerkung	6
2.2 Möglichkeiten der Operationalisierung der regionalen Wohlfahrt	8
2.3 Determinanten der Wohlfahrt von Regionen – Erklärungsbeiträge der Theorie, Empirie und Operationalisierung in der vorliegenden Analyse	13
3. Gesamtwirtschaftliche Analyse des Landes Sachsen-Anhalt	68
3.1 Wirtschaftliches Ergebnis: Stand und Entwicklung	68
3.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses	76
3.3 Die Beiträge der Wirtschaftszweige und Branchen für die Gesamtwirtschaft	189
4. Analyse der einzelnen Teilräume Sachsen-Anhalts	270
4.1 Wirtschaftliches Ergebnis: Stand und Entwicklung	273
4.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses	283
4.3 Die Beiträge der Wirtschaftszweige und Branchen für die einzelnen Regionen	325
5. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	357
5.1 Wesentliche Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Regionen	357
5.2 Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik	372
Literaturverzeichnis	388
Tabellenanhang (blau)	407

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abbildungsverzeichnis	X
Tabellenverzeichnis	XV
Kurzfassung	XXV
1. Einleitung	1
1.1 Problemstellung	1
1.2 Zielsetzung der Untersuchung	2
1.3 Vorgehensweise	3
2. Theoretische Überlegungen zur regionalen Wohlfahrt und zu den ökonomischen Strukturen von Regionen	6
2.1 Vorbemerkung	6
2.2 Möglichkeiten der Operationalisierung der regionalen Wohlfahrt	8
2.3 Determinanten der Wohlfahrt von Regionen – Erklärungsbeiträge der Theorie, Empirie und Operationalisierung in der vorliegenden Analyse	13
2.3.1 Humankapital und Arbeitsmarktpolitik	13
2.3.2 Privates Sachkapital	28
2.3.3 Technisches Wissen	35
2.3.4 Infrastruktur	40
2.3.5 Unternehmensstrukturen	45
2.3.5.1 Unternehmerische Initiative	45
2.3.5.2 Unternehmensverflechtungen	50
2.3.5.3 Unternehmens- bzw Betriebsgrößenstrukturen	55
2.3.6 Raumstruktur, Raumordnungspolitik und natürliche Ressourcen	59
2.3.7 Branchenstruktur	61
3. Gesamtwirtschaftliche Analyse des Landes Sachsen-Anhalt	68
3.1 Wirtschaftliches Ergebnis: Stand und Entwicklung	68
3.2 Determinanten des wirtschaftliches Ergebnisses	76
3.2.1 Humankapital und Arbeitsmarktpolitik	76
3.2.1.1 Erwerbsfähige insgesamt, Altersstruktur der Bevölkerung und Erwerbspersonen	77

3.2.1.2	Kenntnisse und Fähigkeiten der Erwerbspersonen und Rolle der Arbeitsmarktpolitik	80
3.2.1.3	Zwischenfazit	98
3.2.2	Privates Sachkapital	100
3.2.2.1	Bruttoanlageinvestitionen	101
3.2.2.2	Industrieinvestitionen	102
3.2.2.3	Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderte gewerbliche Investitionen	104
3.2.2.4	Zwischenfazit	105
3.2.3	Technisches Wissen	106
3.2.3.1	Patentanmeldungen	106
3.2.3.2	Technisches Wissen im Unternehmenssektor	108
3.2.3.3	Technisches Wissen in der öffentlichen Forschung	110
3.2.3.4	Zwischenfazit	113
3.2.4	Infrastruktur	113
3.2.4.1	Infrastruktur insgesamt	115
3.2.4.2	Verkehrsinfrastruktur	117
3.2.4.3	Ver- und Entsorgung	129
3.2.4.4	Gewerbegebiete und -zentren	132
3.2.4.5	Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen	132
3.2.4.6	Zwischenfazit	138
3.2.5	Unternehmensstrukturen	140
3.2.5.1	Unternehmerische Initiative	141
3.2.5.2	Unternehmensverflechtungen	153
3.2.5.3	Unternehmens- bzw. Betriebsgrößenstrukturen	159
3.2.6	Natürliche Ressourcen	166
3.2.6.1	Verfügbarkeit und Nutzung wichtiger natürlicher Ressourcen	167
3.2.6.2	Beseitigung der Folgen einer Übernutzung wichtiger natürlicher Ressourcen – Braunkohlesanierung und Altlastenproblematik	172
3.2.6.3	Zwischenfazit	175
3.2.7	Raumstruktur und Raumordnungspolitik	176
3.2.7.1	Raumstruktur	176

	3.2.7.2 Raumordnungspolitik	181
3.3	Die Beiträge der Wirtschaftszweige und Branchen für die Gesamtwirtschaft	189
	3.3.1 Überblick	189
	3.3.2 Landwirtschaft	200
	3.3.2.1 Ergebnisorientierte Indikatoren	201
	3.3.2.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses	204
	3.3.2.3 Zwischenfazit	209
	3.3.3 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	209
	3.3.3.1 Ergebnisorientierte Indikatoren	211
	3.3.3.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses	217
	3.3.3.3 Zwischenfazit	242
	3.3.4 Baugewerbe	244
	3.3.5 Dienstleistungen	251
	3.3.5.1 Gesamtüberblick zur Entwicklung im Dienstleistungssektor	252
	3.3.5.2 Produktionsnahe Dienstleistungen	255
	3.3.5.3 Haushaltsnahe Dienstleistungen	261
	3.3.5.4 Distributive Dienstleistungen	265
	3.3.5.5 Zwischenfazit	269
4.	Analyse der einzelnen Teilräume Sachsen-Anhalts	270
4.1	Wirtschaftliches Ergebnis: Stand und Entwicklung	273
	<i>Exkurs:</i> Stand und Entwicklung der Pendel- und Wohnmobilität in den fünf Teilräumen	277
4.2	Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses	283
	4.2.1 Humankapital, Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik	283
	4.2.2 Privates Sachkapital	288
	4.2.3 Technisches Wissen	293
	4.2.4 Infrastruktur	297
	4.2.5 Unternehmensstrukturen	307
	4.2.6 Natürliche Ressourcen	316
	4.2.7 Raumstruktur	319
	4.2.8 Zusammenfassende Betrachtung für die einzelnen Regionen	323

4.3	Die Beiträge der Wirtschaftszweige und Branchen für die einzelnen Regionen	325
4.3.1	Überblick	326
4.3.2	Landwirtschaft	330
4.3.3	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	332
4.3.4	Baugewerbe	344
4.3.5	Dienstleistungen	346
4.3.6	Zusammenfassende Betrachtung für die einzelnen Regionen	353
5.	Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen	357
5.1	Wesentliche Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Regionen	357
5.1.1	Wesentliche Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes insgesamt	357
5.1.1.1	Wesentliche Stärken	357
5.1.1.2	Wachstumsdeterminanten mit Stärken und Schwächen	359
5.1.1.3	Wesentliche Schwächen	363
5.1.2	Wesentliche Stärken und Schwächen der Regionen des Landes	366
5.1.2.1	Altmark	367
5.1.2.2	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	368
5.1.2.3	Halle	369
5.1.2.4	Harz	370
5.1.2.5	Magdeburg	371
5.2	Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik	372
5.2.1	Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik des Landes insgesamt	373
5.2.1.1	Mit den Stärken des Landes wuchern!	374
5.2.1.2	Ambivalente Strukturelemente: Potenziale besser erschließen!	378
5.2.1.3	Konzentration auf den Abbau zentraler Schwächen!	380
5.2.2	Schlussfolgerungen für die einzelnen Teilräume des Landes	383
	Literaturverzeichnis	388
	Tabellenanhang (blau)	407

Abbildungsverzeichnis	Seite
Abbildung K.1: Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je Einwohner in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern im Zeitraum 1991-1998	XXXIII
Abbildung K.2: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen und Ländern 1999	XLII
Abbildung T.1: Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM	20
Abbildung T.2: Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM – Frauen	21
Abbildung T.3: Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM – Männer	21
Abbildung T.4: Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM von 1990-1993	22
Abbildung T.5: Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM von 1994-1998	23
Abbildungen für die Abschnitte 3.1 – 3.2 „Landesanalyse“	
Abbildung L.1: Modifizierte Erwerbstätigenquote nach Bundesländern 1999	82
Abbildung L.2: Teilnehmer an ABM und Strukturanpassungsmaßnahmen je 100 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach Bundesländern 1996-1999	83
Abbildung L.3: Studierende je 1.000 Einwohner nach Bundesländern 1999	94
Abbildung L.4: Schlüsselqualifikationen nach Bundesländern 1999	96

Abbildung L.5: Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner nach Bundesländern 1991-1996	102
Abbildung L.6: Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je Einwohner nach Bundesländern 1991-1998	103
Abbildung L.7: Zahl der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995-1999	107
Abbildung L.8: Zahl der Professoren je 1.000 Studenten in Hochschulen nach Bundesländern 1998	111
Abbildung L.9: Geförderte Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)	116
Abbildung L.10: Zahl der IHK-zugehörigen Unternehmen je 10.000 Einwohner nach Bundes- ländern 1995 und 2000 (Stand jeweils 1. Januar)	143
Abbildung L.11: Zahl der Nettogewerbeanmeldungen nach Bundesländern 1996-1999	148
Abbildung L.12: Zahl der Nettogewerbeanmeldungen je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1996-1999 (Summe)	148
Abbildung L.13: Betriebe des Produzierenden Gewerbes nach der Herkunft des Mehrheitseigentümers und nach Bundesländern im Juli 1999	154
Abbildung L.14: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) nach Bundesländern 1998	156
Abbildung L.15: Umsatz der Industriebetriebe nach Absatzregionen und Bundesländern 1998	158
Abbildung L.16: Die Lage Sachsen-Anhalts in Deutschland	177

Abbildungen für den Abschnitt 3.3 „Sektoralanalyse“

Abbildung S.1: Veränderung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999	193
Abbildung S.2: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt 1999	195
Abbildung S.3: Unternehmensbesatz nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern zum 01.01.2000	197
Abbildung S.4: Nettogewerbeanmeldungen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1997-1999 (Summe)	198
Abbildung S.5: Insolvenzindex nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1998 (Summe)	199
Abbildung S.6: Exportquote der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	215
Abbildung S.7: Unterschiede der Umsatzentwicklung der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen zwischen Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt 1995-1999	216
Abbildung S.8: Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss an allen Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern am 30. Juni 1999	221
Abbildung S.9: Unterschiede des Anteils der Angestellten an den Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern im Vergleich zu den alten Ländern 1999	223
Abbildung S.10: Bruttoverdienste je bezahlter Arbeiterstunde der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt und neuen Ländern im Oktober 1999	224

Abbildung S.11: Investitionen in Relation zu den Beschäftigten der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern 1996-1998 (arithmet. Mittel)	228
Abbildung S.12: Ausrüstungsinvestitionen in Relation zu den Gesamtinvestitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern 1995-1998 (arithmet. Mittel)	231
Abbildung S.13: Nettogewerbeanmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	235
Abbildung S.14: Betriebsgröße nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	240
Abbildung S.15: Anteil der weiblichen Arbeiter und Angestellten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Juli 1999	241
Abbildung S.16: Produktivität und Löhne im Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 und 1995-1999	247
Abbildung S.17: Produktivität und Löhne im sonstigen Baugewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im II. Quartal 1999	248
Abbildung S.18: Produktivität und Löhne im Bauinstallationsgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im II. Quartal 1999	249
Abbildung S.19: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen (WZ 93, 2-Steller) je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 (Stand: 30.06.)	258
Abbildung S.20: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen (WZ 93, 2-Steller) je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 (Stand 30.06.)	263

Abbildung S.21: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den distributiven Dienstleistungsbranchen (WZ 93, 2-Steller) je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 (Stand 30.06.)	267
--	-----

Abbildungen für den Abschnitt 4 „Regionalanalyse“

Abbildung R.1: Räumliche Gliederung Sachsen-Anhalts nach REK-Regionen, Raumordnungsregionen und Arbeitsmarktregionen	272
Abbildung R.2: Ausrüstungsinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts im Durchschnitt der Jahre 1993-1998	292
Abbildung R.3: FuE-Personalintensität und FuE-Ausgabenintensität nach Regionen Sachsen-Anhalts 1997	295
Abbildung R.4: Beschäftigte in öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998/1999	296
Abbildung R.5: Nettogewerbeanmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	309
Abbildung R.6: Exportquoten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	313
Abbildung R.7: Mitgliedsunternehmen der IHK nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 01.01.2000	326
Abbildung R.8: Erwerbstätigenquoten nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1997	327
Abbildung R.9: Standardbetriebseinkommen (StBE) der landwirtschaftlichen Betriebe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999	332
Abbildung R.10: Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach der Forschungsintensität der Branchen und nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999	343

Abbildung R.11: Produktivität und Löhne im Bauhauptgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1999	345
Abbildung R.12: Produktivität und Löhne im Ausbaugewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1999	346

Tabellenverzeichnis

Tabelle K.1: Anteil der Betriebe und der Beschäftigten in den jeweiligen Beschäftigtengrößklassen an der Gesamtzahl der Betriebe bzw. der Gesamtzahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern	XXXIX
---	-------

Tabellen für die Abschnitte 3.1 – 3.2 „Landesanalyse“

Tabelle L.1: Indikatoren der Wirtschaftskraft nach Bundesländern 1995-1999	69
Tabelle L.2: Wanderungssaldo Sachsen-Anhalts mit ausgewählten Bundesländern 1995-1998	72
Tabelle L.3: Pendlersaldo Sachsen-Anhalts mit ausgewählten Bundesländern 1995 und 1997-1999	74
Tabelle L.4: Entwicklung der Ausfuhr (Spezialhandel) nach Bundesländern 1996-1999	75
Tabelle L.5: Erwerbsfähigenquote nach Bundesländern 1991, 1995 und 1998	78
Tabelle L.6: Altersstruktur der Gesamtbevölkerung nach Bundesländern 1995 und 1998	79
Tabelle L.7: Erwerbspersonenquote nach Bundesländern 1995 und 1999	79
Tabelle L.8: Erwerbstätigenquote nach Bundesländern 1995 und 1999	80

Tabelle L.9: Struktur der ABM-Teilnehmer nach Tätigkeitsbereichen und Bundesländern 2000 (Stand: Juli)	84
Tabelle L.10: Anteil der Teilnehmer in Vergabe-ABM an den ABM-Teilnehmern nach Bundesländern 1999-2000	85
Tabelle L.11: Anteil von Frauen, Älteren und Langzeitarbeitslosen an den ABM-Teilnehmern nach Bundesländern 2000 (Stand: Juli)	86
Tabelle L.12: Anteil Teilnehmer in SAM OfW an allen SAM-Teilnehmern nach Bundesländern 1999-2000	87
Tabelle L.13: Arbeitslosenquote nach Bundesländern 1995-1999	88
Tabelle L.14: Unterbeschäftigungsquote nach Bundesländern 1995-1999	89
Tabelle L.15: Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Bundesländern 1995 und 1999	90
Tabelle L.16: Jugend-Arbeitslosenquote nach Bundesländern 1991, 1995 und 1999	90
Tabelle L.17: Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach ihrer Schulbildung/Berufsausbildung und nach Bundesländern 1999	91
Tabelle L.18: Absolventenquote nach Bundesländern 1994/1995 und 1997/1998	92
Tabelle L.19: Anteile der Abiturienten an naturwissenschaftlichen Leistungskursen nach Bundesländern 1999	93
Tabelle L.20: Wanderungsquoten deutscher Studierender nach Bundesländern 1995-1998	95
Tabelle L.21: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern am 1. Januar 1999	97

Tabelle L.22: Haushalte mit Nutzung von Internet- oder Online-Diensten nach Bundesländern 2000 (Stand: Mai)	98
Tabelle L.23: Öffentliche Investitionen nach Bundesländern 1992-1997	116
Tabelle L.24: Investitionen für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit nach Bundesländern 1994-1999	117
Tabelle L.25: Straßenlänge pro Quadratkilometer Fläche nach Bundesländern 1999	118
Tabelle L.26: Investitionen für den Bundesfernstraßenbau nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)	119
Tabelle L.27: Gesamtinvestitionen für den Straßenbereich nach Bundesländern 1992-1997 (Summe)	119
Tabelle L.28: Geförderter Ausbau von Verkehrsanbindungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)	120
Tabelle L.29: Erreichbarkeitsindikatoren nach Bundesländern 1995 und 1998	122
Tabelle L.30: Straßenunfälle je 1.000 Einwohner nach Bundesländern 1991 und 1995-1999	123
Tabelle L.31: Länge des Bahnnetzes nach Ausbaustand und Bundesländern 1999	125
Tabelle L.32: Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen im Schienenverkehr nach Bundesländern 1995 und 1998	126
Tabelle L.33: Ausstattung und Güterumschlag der deutschen Binnenhäfen nach Bundesländern 1997	127
Tabelle L.34: Gestartete und gelandete Flugzeuge nach Flughäfen, neuen und alten Ländern 1995 und 1999	129

Tabelle L.35: Anschlussgrad der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung nach Bundesländern 1995	130
Tabelle L.36: Anschlussgrad der Bevölkerung an Kläranlagen nach Bundesländern	131
Tabelle L.37: Länge des Abwasserkanalnetzes nach Bundesländern 1995	131
Tabelle L.38: Geförderte Investitionen im Bereich von Gewerbegebieten und –zentren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)	132
Tabelle L.39: Unternehmen, Beschäftigte und Flächenauslastung der Technologie- und Gründerzentren (TGZ) nach Bundesländern 1998	133
Tabelle L.40: Hauptnutzflächen und Studienplätze nach Bundesländern 1998	135
Tabelle L.41: Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nach Bundesländern 1991-1999 sowie 1995-1999 (Summen)	136
Tabelle L.42: Investitionsausgaben der Hochschulen nach Bundesländern 1991-1997 (Summe)	136
Tabelle L.43: Investitionen im Bereich der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen (einschl. Verwaltung) nach Bundesländern 1991-1997 (Summe)	137
Tabelle L.44: Investitionen im Bereich der Allgemein- und Berufsbildenden Schulen nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)	138
Tabelle L.45: Anzahl der Kreise in den jeweiligen differenzierten Regionstypen nach Bundesländern	179
Tabelle L.46: Bevölkerungsdichte nach Bundesländern 1995 und 1998	180

Tabelle L.47: Unternehmensdichte nach Bundesländern 1995, 1999 und 2000 (Stand: 1. Januar)	181
--	-----

Tabellen für den Abschnitt 3.3 „Sektoralanalyse“

Tabelle S.1: Bruttowertschöpfung je Einwohner nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	191
Tabelle S.2: Erwerbstätigenquote nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	192
Tabelle S.3: Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	194
Tabelle S.4: Gewinnsituation landwirtschaftlicher Hauptidebetriebe nach Bundesländern in den Wirtschaftsjahren 1995/96 und 1998/99	202
Tabelle S.5: Gesamtumsatz der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	213
Tabelle S.6: Erwerbstätigkeit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	218
Tabelle S.7: Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern	226
Tabelle S.8: FuE-Personal in den Forschungsstätten im Verhältnis zu den Beschäftigten in den Betrieben nach Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und Bundesländern 1997	233
Tabelle S.9: Kreditzusagen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999 (Summe)	236

Tabelle S.10: Ausländische Direktinvestitionen nach Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt und Deutschland 1995-1998 (Stand: jeweils 31.12.)	239
Tabelle S.11: Veränderung von Umsatz und Beschäftigung im Baugewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1998/99	246
Tabelle S.12: Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes im Bauhauptgewerbe nach Bausparten in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999	250

Tabellen für den Abschnitt 4 („Regionalanalyse“)

Tabelle R.1: Eckdaten zur wirtschaftlichen Situation der Regionen Sachsen-Anhalts	274
Tabelle R.2: Bruttoindustrieloohn nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	275
Tabelle R.3: Sozialhilfequote nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1998	276
Tabelle R.4: Pendlerverflechtung der fünf Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.6.1998	278
Tabelle R.5: Auspendler in ausgewählte Länder nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.6.1998	278
Tabelle R.6: Pendlersaldo mit ausgewählten Ländern nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.6.1998	279
Tabelle R.7: Pendlerverflechtung der Stadt Halle/Saale, der Region Halle und der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit der Stadt Leipzig 1995 und 1998	280
Tabelle R.8: Wanderungsverflechtung der fünf Regionen Sachsen-Anhalts 1998	281
Tabelle R.9: Gesamtwanderungssalden der Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	282

Tabelle R.10: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999	284
Tabelle R.11: Anteil der Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1998	284
Tabelle R.12: Führungskräfte- und Technikerquoten nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998	285
Tabelle R.13: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach höchstem Bildungsabschluss und Regionen Sachsen-Anhalts 1999	285
Tabelle R.14: Entwicklung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	287
Tabelle R.15: Personen in ABM pro 100 Arbeitslose nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	287
Tabelle R.16: Investitionen nach Regionen Sachsen-Anhalts	290
Tabelle R.17: Investitionsintensität im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1998	292
Tabelle R.18: FuE-Personal in den Forschungsstätten von Unternehmen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1997	294
Tabelle R.19: Durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschafts- struktur“ (GRW) geförderte wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	298
Tabelle R.20: Fernstraßendichte und Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen nach Regionen Sachsen-Anhalts	299
Tabelle R.21: Industrielle/Gewerbliche Altflächen und Gewerbegebiete nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998	302

Tabelle R.22: Anzahl der Firmen, Beschäftigte und Auslastung der Technologie- und Gründerzentren nach Regionen Sachsen-Anhalts 1996 und 1998	303
Tabelle R.22a: Technologietransfereinrichtungen (Zahl) und Forschungsunternehmen (Zahl, Beschäftigte) nach Regionen Sachsen-Anhalts 2000 (Stand Juli)	304
Tabelle R.23: Trinkwasserpreise und Anschlussgrad an Kläranlagen nach Regionen Sachsen-Anhalts	306
Tabelle R.24: Den IHK Halle-Dessau und Magdeburg zugehörige Unternehmen nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 01.01.2000	307
Tabelle R.25: Förderfälle aus den Förderprogrammen der DtA in Sachsen-Anhalt nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	310
Tabelle R.26: Investitionen mit ausländischen Investoren in Sachsen-Anhalt nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999 (Summe)	312
Tabelle R.27: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößen und nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	315
Tabelle R.28: Landwirtschafts- und Waldfläche nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999	317
Tabelle R.29: Altlastverdächtige Flächen nach Regionen Sachsen-Anhalts (Stand 12.5.2000)	318
Tabelle R.30: Eckdaten zu wirtschaftlich relevanten Aspekten der Raumstruktur nach Regionen Sachsen-Anhalts	321
Tabelle R.31: Beschäftigtenquoten nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999	329
Tabelle R.32: Beschäftigtenentwicklung nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999 gegenüber 1995	330

Tabelle R.33: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	334
Tabelle R.34: Veränderung der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999 gegenüber 1995	336
Tabelle R.35: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	338
Tabelle R.36: Investitionen pro Einwohner im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1991-99 (Summe)	340
Tabelle R.37: Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Baugewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998/99 gegenüber 1995	344
Tabelle R.38: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungssektor nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	348
Tabelle R.39: Angebot und Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999	349
Tabelle R.40: Angebot und Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999 im Vergleich zu 1995	350
Tabelle R.41: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in produktionsnahen Dienstleistungsbranchen nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	351
Tabelle R.42: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	352

Kurzfassung

Mit der vorliegenden Untersuchung werden die Stärken und Schwächen der Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts in der zweiten Phase der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft (1995-1999) mit Hilfe empirischer Daten herausgearbeitet. Dies dient dem Ziel, Anhaltspunkte für mögliche Strategien und Maßnahmen zu gewinnen, mit denen die Wohlfahrt des Landes gesteigert werden kann. Für diese Aufgabenstellung muss eine Vielzahl von wirtschaftlichen Ergebnisgrößen und eine noch größere Zahl von Einflussfaktoren, die hinter diesen Ergebnissen stehen, einbezogen werden. Hierdurch entsteht ein sehr detailliertes Bild der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung. Dies ist notwendig. Eine regionale Strukturanalyse, die in problemadäquate wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen münden will, kommt nicht umhin, das wirtschaftliche Ergebnis und seine Determinanten differenziert nicht nur für das Land insgesamt, sondern auch für seine Sektoren und Branchen sowie die einzelnen Teilräume zu untersuchen.

Wenn im Folgenden von Stärken und Schwächen der Wirtschaftsstrukturen Sachsen-Anhalts die Rede ist, dann geschieht das stets im Vergleich mit anderen Regionen. Die Entwicklung des Landes insgesamt und seiner Sektoren wird mit jener in den anderen neuen Ländern und in den alten Ländern verglichen, und auch die einzelnen Regionen innerhalb Sachsen-Anhalts werden miteinander verglichen. Diese vergleichende Herangehensweise könnte nahe legen, ein „Ranking“ der ostdeutschen Länder oder der sachsen-anhaltinischen Regionen zu bilden. Dies wird aber nicht für zweckmäßig gehalten, denn es könnte sogar wirtschaftspolitisch falsche Signale geben. Denn Länder oder Regionen, die in solchen Rankings auf vorderen Plätzen stehen, weisen nicht notwendigerweise geringeren wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf als Länder oder Regionen auf, die in derartigen Rankings weiter hinten stehen. Der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf sowie Strategien und Maßnahmen für ein Land oder für eine Region können nur ermittelt werden, wenn die vorhandenen Stärken und Schwächen detailliert herausgearbeitet werden. Mithin verfolgen der vorgenommene Ländervergleich und auch der Vergleich der sachsen-anhaltinischen Regionen analytische Zwecke.

Der Leser wird anhand der vergleichenden Betrachtung feststellen, dass der Abstand zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen neuen Ländern zumeist viel geringer ist als der Abstand zwischen den neuen Ländern insgesamt und den alten Ländern. Ein Teil der Entwicklungsprobleme, die in der Strukturanalyse herausgearbeitet worden sind, ist nicht spezifisch für Sachsen-Anhalt, sondern kennzeichnet die Lage in ganz Ostdeutschland. Hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen ist darauf hinzuweisen, dass sie sich nicht nur an die Landesregierung Sachsen-Anhalts, sondern auch an andere Akteure und andere Politikebenen richten. Allerdings wird nicht jede Schwäche, die in der Strukturanalyse herausgearbeitet wurde, mit wirtschaftspolitischen Maßnahmen beseitigt werden können. Einige Entwicklungsprobleme entziehen sich der wirt-

schaftspolitischen Beeinflussung, bei anderen wiederum sollte sich die Wirtschaftspolitik Zurückhaltung auferlegen, um nicht neue Probleme oder Ineffizienzen zu induzieren.

1. Problemstellung, Zielsetzung und Vorgehensweise

Die Transformation im Osten Deutschlands verlangte von allen gesellschaftlichen Teilsystemen, insbesondere von der Wirtschaft, große Entwicklungsanstrengungen. Diese Anstrengungen wurden und werden vom Staat mit einem vielfältigen Instrumentarium von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und mit einem hohen Ressourcentransfer aus dem Westen in die neuen Bundesländer unterstützt. Gleichwohl bestehen auch 10 Jahre nach der politischen Wende noch erhebliche Unterschiede zwischen den Produktions-, Einkommens- und Beschäftigungsverhältnissen in Ostdeutschland und jenen in den alten Bundesländern. Dabei hat es jedoch im Zeitverlauf deutliche Veränderungen gegeben. In den ersten Jahren nach der Wende hatten zunächst insbesondere die Bauwirtschaft und die baunahen Dienstleistungen als regional orientierte Wirtschaftsbereiche einen erheblichen Aufschwung genommen. Nachdem die Umstrukturierung der großindustriellen Komplexe weitgehend abgeschlossen worden und die Bedeutung der Bauwirtschaft zurückgegangen ist, hat das Gewicht der Industrie für die Entwicklung in Ostdeutschland zugenommen. Gerade die Industrie ist heute allerdings in erheblichem Umfang vom (inter-)nationalen Standortwettbewerb betroffen.

Vor dem Hintergrund der skizzierten Veränderungen stellt sich die Frage nach der Zukunftsfähigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen. Die verantwortlichen politischen Akteure müssen zudem überlegen, ob die von ihnen bisher eingesetzten wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen den gegenwärtigen und zukünftig erwarteten Problemen noch entsprechen, und wie sie die wirtschaftliche Entwicklung zukünftig am besten unterstützen können. Für das Land Sachsen-Anhalt stellen sich diese Fragen in besonderem Maße, weil die Wirtschaft des Landes wegen ihrer früheren sehr starken Ausrichtung auf die in allen Industrieländern tendenziell schrumpfenden Sektoren des Bergbaus, der Landwirtschaft sowie der Großchemie in ganz erheblichem Umfang von den transformationsbedingten Strukturumbrüchen betroffen war.

Für die Regionalökonomik leitet sich aus den skizzierten Fragen die Aufgabe ab, die jeweils spezifische Wirtschaftsstruktur der einzelnen Regionen Ostdeutschlands mit Hilfe von empirischen Daten zu ermitteln, Stärken und Schwächen der jeweiligen regionalen Wirtschaftsstruktur herauszuarbeiten und Hinweise für zukünftige wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen zu geben, mit welchen eine Steigerung der regionalen Wohlfahrt erreicht werden kann. Die vorliegende Untersuchung hat das Ziel, diese allgemeine regionalökonomische Aufgabenstellung für die Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt umzusetzen. Die Untersuchung umfasst den Zeitraum von 1995-1999. Die-

ser Zeitraum war durch die eingangs erläuterten Veränderungen gekennzeichnet. Für die Zeiträume 1991-1993 sowie 1993-1995 wurden bereits vergleichbare Strukturanalysen durchgeführt, an deren Ergebnisse die Untersuchung anknüpfen kann.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht die Aufgabe, die spezifische Wirtschaftsstruktur von Sachsen-Anhalt und deren Stärken und Schwächen herauszuarbeiten. Dabei ist die Arbeit so angelegt, dass eine Ableitung von wirtschaftspolitischen Strategien und Maßnahmen für die Landesentwicklung ermöglicht wird. Insgesamt umfasst die Untersuchung die folgenden fünf Arbeitsschritte:

- In einem ersten Schritt der Untersuchung werden zunächst Hypothesen über die Relevanz von verschiedenen Strukturkomponenten für die regionale Entwicklung generiert. Integraler Bestandteil dieses Arbeitsschrittes ist die Konkretisierung und Operationalisierung der Strukturkomponenten mit Hilfe von empirisch messbaren Indikatoren. Aus regionalökonomischer Sicht lassen sich die Strukturkomponenten einer regionalen Wirtschaft – analog zu den Faktoren der Produktionsfunktion eines Unternehmens – vor allem danach unterscheiden, ob sie eher als *Ergebnisse des Wirtschaftens* (Ausdruck der regionalen Wohlfahrt) oder als *Determinanten* für diese Ergebnisse anzusehen sind, wobei letztere Faktoren auch für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung einer Region von entscheidender Bedeutung sind (sog. Wachstumsfaktoren oder Potenzialfaktoren).
- Im zweiten Arbeitsschritt werden die Ausprägungen der angesprochenen Strukturkomponenten der Wirtschaft des Landes mit Hilfe von empirischen Indikatoren untersucht und interpretiert. Indikatoren werden aussagekräftiger, wenn sie zu entsprechenden Indikatoren für andere Regionen in Relation gesetzt werden. Demgemäß wird im Rahmen des zweiten Arbeitsschrittes ein Vergleich zwischen den für Sachsen-Anhalt ermittelten Indikatorwerten und jenen für die anderen neuen Länder sowie die Gesamtheit der neuen Länder und – soweit möglich oder zweckmäßig – für die Gesamtheit der alten Länder durchgeführt.
- Im dritten Schritt der Analyse wird eine sektorale Disaggregation der wirtschaftlichen Strukturkomponenten der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Durch Aufgliederung einer regionalen Wirtschaft in verschiedene Wirtschaftszweige und Branchen wird es möglich, die Stärken und Schwächen der betrachteten Region auf bestimmte Teile der Wirtschaft zurückzuführen. Weiterhin kann man aus dem unterschiedlichen Gewicht einzelner Sektoren einer regionalen Wirtschaft Rückschlüsse auf den Modernitätsgrad der Region ziehen, sofern man Kenntnisse darüber hat, welche sektorale Wirtschaftsstruktur als „modern“ oder „zukunftsfähig“ anzusehen ist.

- Der vierte Schritt enthält die regionale Aufgliederung der Wirtschaft Sachsen-Anhalts. Die räumliche Untergliederung der Wirtschaft einer Region kann es ermöglichen, Stärken und Schwächen der Region näher räumlich zu lokalisieren. Zudem kann es zweckmäßig sein, Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung getrennt für die einzelnen Teilräume einer Region zu geben, sofern sich deren Entwicklungspfade deutlich unterscheiden. Es ist möglich, Teilräume nach den jeweils gegebenen ökonomischen Verflechtungsbeziehungen, nach den an einzelnen Standorten jeweils ausgeübten wirtschaftlichen Aktivitäten oder nach administrativen Gesichtspunkten zu bilden. In der Regionalisierungsdiskussion in Sachsen-Anhalt werden heute fünf Teilräume des Landes unterschieden: Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Halle, Harz und Magdeburg. Da für jeden dieser Teilräume Regionale Entwicklungskonferenzen etabliert wurden, denen die Konzipierung von Strategien zur regionalen Entwicklung obliegt, erscheint es für die räumliche Aufgliederung der Wirtschaft des Landes zweckmäßig, sich an diesen fünf Teilräumen auszurichten. Die Analyse für jeden dieser Teilräume folgte dem Vorgehen für die gesamtwirtschaftliche Ebene des Landes: Zunächst wurde für jeden Teilraum das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt, sodann galt es, die hinter diesem jeweils stehenden Determinanten in Erfahrung zu bringen, schließlich erfolgte eine sektorale Analyse.
- Abschließend wird im fünften Arbeitsschritt zunächst eine zusammenfassende Bewertung der wesentlichen Stärken und Schwächen der Wirtschaft Sachsen-Anhalts vorgenommen. Auf ihrer Basis wird sodann versucht, Schlussfolgerungen und Hinweise zur zukünftigen Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt sowie konkrete Handlungsansätze für die verantwortlichen Akteure abzuleiten.

2. Theoretische Überlegungen zur regionalen Wohlfahrt und zu den ökonomischen Strukturen von Regionen

In der Regionalökonomik gibt es heute verschiedene, miteinander konkurrierende wirtschaftstheoretische Konzepte, mit welchen versucht wird, die hinter dem wirtschaftlichen Ergebnis von Regionen stehenden Determinanten und ihren jeweiligen Einfluss auf das Ergebnis zu ermitteln. Für eine solche Ermittlung am geeignetsten erscheint das Konzept der neoklassischen Wachstumstheorie. Der Vorzug dieses Konzepts besteht darin, dass es sich in besonderem Maße zur Strukturierung der Faktoren eignet, die für die ökonomische Performance einer Region von Bedeutung sind. Ihm liegt die Idee zugrunde, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis einer Region analog zum Produktionsergebnis eines Unternehmens als regionaler „Output“ verstehen lässt, der sich durch die Kombination der effektiv genutzten regionalen Wachstumsfaktoren ergibt, die der je-

weils betrachteten Region als „Inputs“ zur Verfügung stehen. Der aktuelle regionale „Output“ ist Ausdruck der „Wohlfahrt“ einer Region.

Unter den regionalen Wohlfahrtsdeterminanten sind auf der Basis des erwähnten wachstumstheoretischen Ansatzes die Faktoren Humankapital, natürliche Ressourcen, privates Sachkapital, technisches Wissen und öffentliche Infrastruktur zu berücksichtigen. Daneben spielt etwa auch die in einer Region gegebene Raumstruktur eine wichtige Rolle für die regionale Wohlfahrt. Exemplarisch sei hierfür der folgende Zusammenhang angeführt: Je höher die Bevölkerungs-, Siedlungs- und Unternehmensdichte in einer Region ist, desto wahrscheinlicher ist das Entstehen von wachstumsfördernden Externalitäten („Agglomerationsvorteile“). Weiterhin werden auch die sektorale Struktur der Wirtschaft, das Ausmaß unternehmerischer Initiative, die Verflechtungen zwischen Unternehmen, die Betriebsgröße und die aktive Arbeitsmarktpolitik (als Aspekt des Humankapitals) als Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses einer Region berücksichtigt. Zwischen diesen Faktoren gibt es zahlreiche Komplementaritäts- und Substitutionsbeziehungen. So kann etwa das Humankapital partiell durch Sachkapital ersetzt werden. Beide Faktoren benötigen sich aber gegenseitig stets in einem gewissen Mindestumfang, der vom Stand der Technik abhängt.

3. Gesamtwirtschaftliche Analyse des Landes Sachsen-Anhalt

Dynamischer Zuwachs bei der Wertschöpfung, aber geringe Beschäftigung

Das wirtschaftliche Ergebnis des Landes Sachsen-Anhalt wurde mit Hilfe der Indikatoren BIP pro Einwohner, Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, der Erwerbstätigenquote, der Arbeitslosen- und Unterbeschäftigungsquote, der Exportquote sowie der Salden von Zu- und Fortzügen und von Ein- und Auspendlern über die Landesgrenzen bestimmt.

Beim Blick auf dieses Indikatoren-Set von monetären und nicht-monetären Komponenten ist zunächst festzuhalten, dass im Ost-West-Vergleich die Wohlfahrt und damit auch die Lebensbedingungen in den neuen Ländern anhand der verwendeten Indikatoren zwischen 1995 und 1999 nach wie vor relativ einheitlich waren. Innerhalb der neuen Länder hielten sich Tendenzen zur Divergenz und zur Konvergenz bei den einzelnen Indikatorwerten die Waage. Sachsen-Anhalt nahm somit im Vergleich mit anderen neuen Ländern keine Sonderstellung ein, sondern bewegte sich im Geleitzug der wirtschaftlichen Angleichung.

Hinsichtlich seines Pro-Kopf-Einkommens von 30.000 DM lag Sachsen-Anhalt unter, hinsichtlich seiner Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen von 71.500 DM über dem Durchschnitt der neuen Länder insgesamt. Bei beiden Indikatoren wies das Land mit 12,6% (BIP je Einwohner) bzw. 16,7% (BWS pro Erwerbstätigen) überdurchschnitt-

liche Zuwachsraten für den Zeitraum 1995-1999 auf. Die Exporte, als weiterer Indikator für das wirtschaftliche Ergebnis, nahmen im Untersuchungszeitraum zu, allerdings geringer als in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Der Anteil der im ersten Arbeitsmarkt Beschäftigten an den Einwohnern (= modifizierte Erwerbstätigenquote) war 1998 in Sachsen-Anhalt niedriger als in allen anderen neuen Ländern (389 reguläre Erwerbstätige je 1.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt gegenüber 412 im Durchschnitt der neuen Länder). Ein negatives Bild ergibt sich bei der Arbeitslosenquote und dem Ausmaß der Unterbeschäftigung. Hier hatte Sachsen-Anhalt jeweils die höchsten Quoten unter den neuen Ländern und konnte diesen Abstand zu den anderen neuen Ländern im Untersuchungszeitraum auch nicht verringern. Trotz einer hohen Zahl von Auspendlern und trotz des Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen verharrte die Arbeitslosenquote auf dem höchsten Stand in Ostdeutschland. Die ausgeprägte Beschäftigungsschwäche dürfte auch mit dafür verantwortlich sein, dass sich der Wanderungssaldo (-51 pro 10.000 Einwohner) wieder stärker ins Negative gedreht hat, nachdem sich Mitte der 90er Jahre ein Umschwung (+4 pro 10.000 Einwohner) angeeutet hatte.

Schwächen bei der Ausstattung mit und Bildung von Humankapital

Es ist davon auszugehen, dass das „Humankapital“ einer Region – d. h. die Menschen mit ihren jeweiligen Kenntnissen und Fähigkeiten – zu den wichtigsten Determinanten der regionalen Wohlfahrt gehört. Zur Abbildung dieser Determinante werden die Erwerbspersonen insgesamt und nach Altersgruppen und Geschlecht getrennt sowie verschiedene Indikatoren zur Abbildung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitskräfte untersucht. Des Weiteren wird die Rolle des zweiten Arbeitsmarktes untersucht.

Sachsen-Anhalt schneidet bei den herangezogenen Indikatoren zur Beurteilung der Qualität des gegebenen Humankapitalbestandes ungünstiger als die anderen neuen Länder ab. Dies ist teilweise als Folge der unternehmerischen Nachfrage nach Arbeitskräften (mit bestimmten Kenntnissen und Fähigkeiten), teilweise aber auch als eine Schwäche des gegebenen Arbeitsangebots anzusehen. In der Konsequenz können die ansässigen Unternehmen in ihrem Wachstum behindert und neue Unternehmen von der Ansiedlung abgehalten werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Humankapitalbestand keine unabänderliche Größe ist, sondern durch die Attrahierung qualifizierter Arbeitskräfte von außerhalb und durch zusätzliche Qualifizierung der vorhandenen Erwerbspersonen verbessert werden kann.

Im Vergleich mit der Altersstruktur der Menschen in den neuen Ländern insgesamt waren 1998 in Sachsen-Anhalt die Altersgruppen der unter 45jährigen etwas schwächer, die der über 45jährigen dagegen etwas stärker vertreten. Die Anzahl aller Personen, die nach ihrem Alter für eine Erwerbstätigkeit in Frage kommen (Erwerbsfähige), entsprach

mit etwa 697 je 1.000 Einwohner (1998) fast dem Durchschnittswert für die neuen Länder (ca. 700).

Das – oben angesprochene – hohe Ausmaß der Unterbeschäftigung in Sachsen-Anhalt führt dazu, dass sich das vorhandene Wissen und die vorhandenen Fertigkeiten verschlechtern und damit die Re-Integration in den Arbeitsmarkt erschwert wird. Die besonders lange Dauer der Arbeitslosigkeit im Lande (1999 waren es 7,3 Monate im Vergleich zu 6,7 Monaten im Durchschnitt der neuen Länder; alle anderen neuen Länder standen besser als Sachsen-Anhalt da) sowie die sehr hohe Jugend-Arbeitslosenquote (18,8 jugendliche Arbeitslose je 1.000 Erwerbspersonen in 1999 gegenüber einem ostdeutschen Durchschnittswert von 16,8; nur Mecklenburg-Vorpommern weist eine noch höhere Quote auf) verstärken diese Tendenz. Mehr als 50 % der Arbeitslosen im Lande waren 1999 Frauen.

Die Verteilung der formalen Bildungs- und Berufsabschlüsse der Beschäftigten deutet auf eine unterdurchschnittliche Qualität des Humankapitals hin. Während Facharbeiter eher gut vertreten sind, werden Menschen mit einem höheren Ausbildungsstand seltener beschäftigt. Die Beschäftigung von Personen mit wichtigen Schlüsselqualifikationen (Ingenieure, Datenverarbeitungsfachleute und Führungskräfte) ist in Sachsen-Anhalt im ostdeutschen Vergleich besonders niedrig. 1999 gab es in Sachsen-Anhalt nur 16 Datenverarbeitungsfachleute je 10.000 Einwohner, gegenüber einem Wert von 21 im ostdeutschen Durchschnitt, 28 in Sachsen und 50 im Durchschnitt der alten Länder. Bei den Führungskräften erreichte Sachsen-Anhalt 1999 nur einen Wert von 54 je 10.000 Einwohner; im ostdeutschen Durchschnitt waren es 60, in Sachsen 64. 64 Ingenieuren je 10.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt standen 74 im Durchschnitt der neuen Länder gegenüber.

Der Besatz des Landes mit Studierenden ist unterdurchschnittlich; mehr Sachsen-Anhaltiner studieren an Orten außerhalb des Landes als junge Menschen aus anderen Regionen ein Studium an den Hochschulen Sachsens aufnehmen. Dies kann mittelfristig zu einer Mangelsituation auf dem Arbeitsmarkt führen, wenn die auswärts Studierenden nach ihrem Examen nicht nach Sachsen-Anhalt zurückkehren. Zukünftiges Potenzial für technisches Wissen könnte darin bestehen, dass die Gymnasiasten im Land überdurchschnittlich stark technische und naturwissenschaftliche Fächer als Leistungskurse wählen.

Der zweite Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt hatte bis zur Mitte der 90er Jahre eine überdurchschnittliche Ausprägung im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern. Seit 1998 ist in Folge einer veränderten arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Umfang des zweiten Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt zurückgegangen und er hat auch seine Struktur verändert. Positiv ist hierbei, dass durch den Einbau von Wettbewerbselementen (Vergabe-ABM) und die Zielgruppenorientierung in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern in relativ großem Umfang versucht

wurde, die negativen Effekte, die von der Durchführung der ABM ausgehen, zu minimieren. Gleichwohl ist vor dem Hintergrund neuerer Untersuchungen mit dem Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt zu bedenken, dass die arbeitsmarktpolitischen Effekte von ABM äußerst kritisch zu bewerten sind. Die Wiederbeschäftigungschancen der ABM-Teilnehmer sind unmittelbar nach Abschluss der ABM schlechter als ohne Teilnahme und erreichen durchschnittlich erst nach ca. 1,5 bis 2 Jahren ihren Ausgangswert wieder.

Spitzenposition bei der Modernisierung des privaten Sachkapitals

Die Vergrößerung des Sachkapitalbestandes erhöht die regionale Produktion. Zur Untersuchung der Sachkapitalausstattung in Sachsen-Anhalt wird mangels statistischer Daten über den Bestand an Sachkapital auf die Sachkapitalinvestitionen, und zwar auf die Bruttoanlageinvestitionen, die betrieblichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie auf die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderten gewerblichen Investitionen zurückgegriffen. Bei allen drei Investitionskategorien wurden in Sachsen-Anhalt die höchsten Pro-Kopf-Investitionen getätigt.

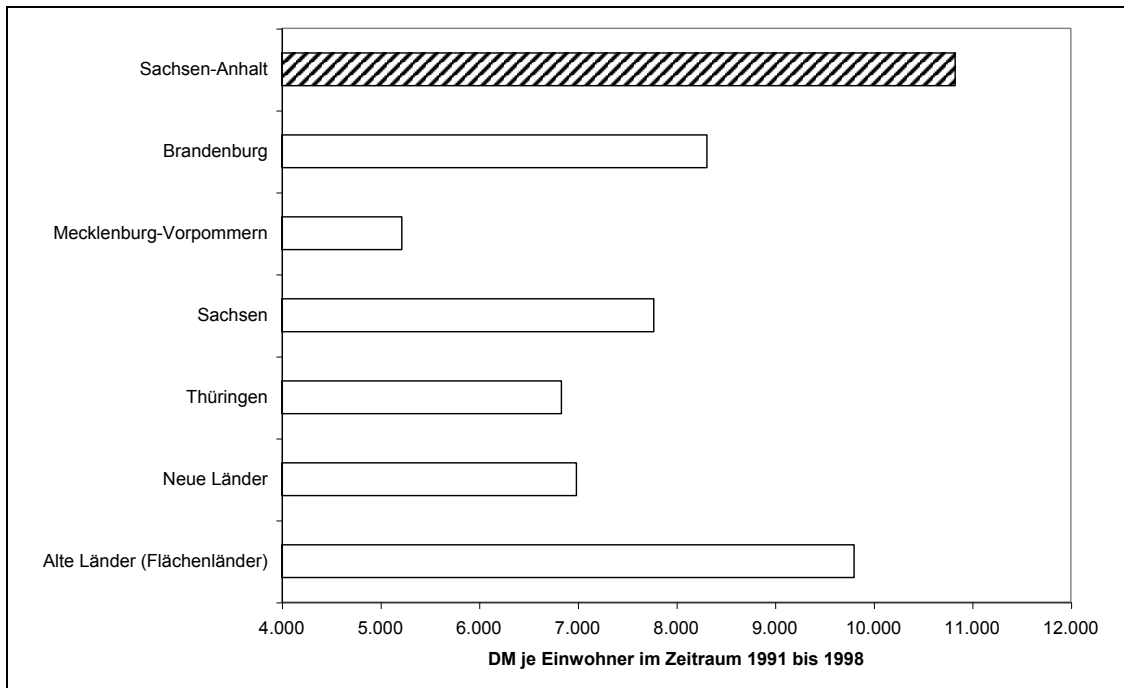
Sachsen-Anhalt wies im gesamten Beobachtungszeitraum im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer mit 64.600 DM je Einwohner die höchsten Bruttoanlageinvestitionen auf. Zwar ist Sachsen-Anhalt bei den Pro-Kopf-Bruttoanlageinvestitionen im letzten Beobachtungsjahr (1996) durch den Freistaat Sachsen und durch das Land Brandenburg vom Spitzenplatz verdrängt worden, im Gesamtzeitraum bleibt jedoch die Spitzenposition Sachsen-Anhalts bestehen.

In den Bruttoanlageinvestitionen sind freilich nicht nur die Unternehmensinvestitionen, sondern auch jene enthalten, die vom Staat getätigt wurden. Daten zu den betrieblichen Investitionen liegen nur für die Industrie vor. Die Industriebetriebe Sachsen-Anhalts haben seit 1991 – mit Ausnahme des Jahres 1992 – bis 1998 die höchsten Pro-Kopf-Industrieinvestitionen innerhalb der neuen Länder getätigt (vgl. Abbildung K.1). Im Zeitraum 1991 bis 1998 betragen sie insgesamt 10.800 DM je Einwohner. Die Industrieinvestitionen waren in Sachsen-Anhalt auch in Relation zu den Industriebeschäftigten (Investitionsintensität) die höchsten. Diese hohe Investitionsintensität kann grundsätzlich als förderlich für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit des Landes angesehen werden. In die gleiche Richtung wirkt auch der hohe Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den gesamten Industrieinvestitionen, hier erreichte die sachsen-anhaltinische Industrie im ostdeutschen Ländervergleich ebenfalls den höchsten Wert. Im Gesamtzeitraum 1991 bis 1999 wurde auch aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Sachsen-Anhalt das im Ländervergleich höchste Pro-Kopf Investitionsvolumen im gewerblichen Bereich finanziell gefördert.

Abbildung K.1:

Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a je Einwohner in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern^b im Zeitraum 1991-1998

- DM je Einwohner -



^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-94 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). – ^b Ohne Berlin.

Quelle: Statistische Landesämter, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Technisches Wissen: gute Voraussetzungen für die Forschung im Hochschulbereich

Das in der Region gegebene technische Wissen beeinflusst das Produktivitätsniveau von Kapital und Arbeit. Die Verfügbarkeit von technischem Wissen wird hier anhand der Patentanmeldungen sowie anhand der Ausgaben und der personellen Ausstattung im Hochschulbereich sowie im Unternehmenssektor untersucht.

Günstige Rahmenbedingungen für die Produktion und Adaption technischen Wissens weist das Land speziell im Bereich der Hochschulen auf. Bei den Ausgaben der Hochschulen stand Sachsen-Anhalt 1995-1998 an zweiter Stelle unter den ostdeutschen Ländern. Bei der Personalausstattung lag Sachsen-Anhalt im mittleren Bereich, hat aber bei der Professorenzahl den stärksten Zuwachs verzeichnen können. Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt konnten ebenso wie jene in den anderen neuen Ländern bedingt durch eine günstige Relation von Professoren- und Studentenzahlen gute Studienbedingungen bieten, und sie verfügten dadurch über günstige Bedingungen für die Forschung. Dies scheint sich in Sachsen-Anhalt auch positiv auszuwirken: Die Hochschulen Sachsens-Anhalts wiesen unter den ostdeutschen Ländern mit einem Anteil der Drittmittel von 9,4% an den Grundmitteln die zweitgünstigste Relation von Drittmitteln und Grundmit-

teln (Sachsen hatte mit 13,8% den höchsten Wert) auf. Diese vergleichsweise günstige Relation von Drittmitteln und Grundmitteln kann außerdem als Indiz für eine relativ gute Bewertung der Forschungsergebnisse am Markt angesehen werden. Der durchschnittliche westdeutsche Drittmittelanteil (16,4%) wurde aber bei weitem noch nicht erreicht.

Anders als im Hochschulbereich sind die Bedingungen zur Produktion und Adaption von technischem Wissen im sogenannten Unternehmenssektor (Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinschaftsforschung) im Ländervergleich eher ungünstig. Die FuE-Personalausstattung und die FuE-Aufwendungen im Unternehmenssektor waren unterdurchschnittlich und blieben hinter der generellen ostdeutschen Entwicklung zurück.

Bei den Patentanmeldungen wies Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern eine mittlere Position mit 76 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner 1995-1999 auf. Thüringen hatte in diesem Zeitraum mit 125 Patentanmeldungen die höchste und Mecklenburg-Vorpommern mit 52 Patentanmeldungen die geringste Zahl von Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner.

Weiterhin Engpässe bei der Infrastruktur

In der ökonomischen Theorie wird unter „Infrastruktur“ das zumeist vom Staat bereitgestellte „Fundament“ aller wirtschaftlichen Aktivitäten verstanden. Eine besondere Bedeutung für das wirtschaftliche Ergebnis einer Region kommt den sog. wirtschaftsnahen Infrastrukturbereichen zu, die als unmittelbare Vorleistungen für die Unternehmen anzusehen sind. Die Untersuchung konzentriert sich im Rahmen der wirtschaftsnahen Infrastruktur auf die Straßen, Schienenwege, Häfen, Flughäfen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gewerbegebiete und -zentren sowie Innovations-, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen. Ausgeklammert werden insbesondere die Telekommunikationsinfrastruktur und die Energieversorgungsinfrastruktur, die überall in den neuen Ländern auf einem hochmodernen Stand sind, sowie der überwiegend haushaltsnahe Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. Analog zur Betrachtung des Faktors privates Sachkapital lassen sich Aussagen über den Wert der Infrastrukturausstattung in Sachsen-Anhalt mit Hilfe der seit 1990 realisierten Investitionen machen. Zusätzlich werden auch physische Messgrößen sowie qualitative Angaben berücksichtigt. Insgesamt gesehen ergibt sich für den Faktor Infrastruktur ein ambivalentes Bild, d. h. er zeichnet sich sowohl durch Stärken als auch durch Schwächen aus. Engpässe zeigen sich in Sachsen-Anhalt bei der Straßen- und Schieneninfrastruktur, insbesondere bei den Bundesautobahnen.

Will man die Fortschritte bei der Modernisierung der wirtschaftsnahen Infrastruktur erfassen, kann man auf die Angaben zu Infrastrukturinvestitionen zurückgreifen, die im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert wurden. Hierbei handelt es sich vor allem um kleinräumige wirt-

schaftsnahe Infrastruktur (ohne überörtliche Verkehrswege, Hochschulen und überregionale Forschungseinrichtungen). Betrachtet man die Gesamtsumme der im Rahmen der GRW von 1991 bis 1999 geförderten Infrastrukturinvestitionen, so ergibt sich für Sachsen-Anhalt ein eher negatives Bild. Je Einwohner gerechnet liegen die GRW-Infrastrukturinvestitionen im Lande deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt und an vorletzter Stelle (vor Thüringen).

Ein besseres Bild ergibt sich, wenn man die Gesamtinvestitionen betrachtet, die für überregionale Straßen und Schienenwege im Rahmen der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) zwischen 1994 und 1999 durchgeführt wurden. Mit ca. 750 DM je Einwohner bzw. knapp 99.000 DM je qkm wurde im Vergleich zum Durchschnitt der neuen Länder (ca. 450 DM je Einwohner; 58.400 DM je qkm) in Sachsen-Anhalt sowohl je Einwohner als auch je qkm nahezu das Doppelte an Investitionen realisiert. Diese insgesamt hohen Investitionen dürfen jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass in allen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur überdurchschnittlich hohe Investitionen vorgenommen wurden. Für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wurde von 1991 bis 1999 in Sachsen-Anhalt weniger als im ostdeutschen Durchschnitt investiert, das Gleiche gilt für den Zeitraum von 1992 bis 1997 auch für die Summe der Bundes- und Landesstraßen sowie die Kreisstraßen. Lediglich bei den Gemeindestraßen erreichten die Investitionen einen etwas über dem Durchschnitt der neuen Länder liegenden Wert.

Bei einer näheren Betrachtung der überörtlichen Straßen (Bundesfernstraßen, Landes- und Kreisstraßen) anhand von physischen Ausstattungsmerkmalen zeigt sich für Sachsen-Anhalt eine dem Durchschnitt der neuen Länder entsprechende Ausstattung. Bei den Kreisstraßen, die für die Erschließung der Fläche und als Zubringer für die höherrangigen Straßen dienen, lag die Ausstattung des Landes, bezogen auf die Fläche, über dem ostdeutschen Durchschnitt, während bei den Bundesautobahnen (1999) ein unterdurchschnittlicher Bestand festzustellen war (0,010 km je qkm in Sachsen-Anhalt gegenüber 0,017 km je qkm im Durchschnitt der neuen Länder).

Auf Qualitätsmängel der Straßen deutet auch die Zahl der Straßunfälle je 1.000 Einwohner hin, die im Lande über dem ostdeutschen Durchschnitt liegt. Demgegenüber liegt die Erreichbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt gemäss der sogenannten Erreichbarkeitsindikatoren über dem Durchschnitt der neuen Länder. Allerdings relativiert sich dieses Bild bei einer Betrachtung des Indikators der sog. Luftliniengeschwindigkeit. Dieser Indikator deutet auf eine unterdurchschnittliche Qualität der sachsen-anhaltinischen Straßen hin. Die Luftliniengeschwindigkeit ist mit 61,4 km/h in Sachsen-Anhalt die niedrigste in den neuen Ländern (der Durchschnitt liegt bei 63,8 km/h). Während die Erreichbarkeit des Landes nicht nur von der Straßen-Qualität, sondern auch von der Lage einer Region im Raum (etwa der Nähe zu regionsexternen Agglomerationen) beeinflusst wird, bezieht sich die Luftliniengeschwindigkeit nur auf die Qualität der Stra-

ben. Das zuvor skizzierte Bild der unterdurchschnittlichen Ausstattung im Bereich der Straßen des Landes wird somit bestätigt. Insgesamt deutet sich an, dass hinsichtlich der quantitativen Ausstattung mit Autobahnen und hinsichtlich des Modernitätsgrades aller überörtlichen Straßen im Lande ein Defizit besteht.

Anders als bei den Straßen deuten die in die Strukturanalyse einbezogenen Indikatoren für die Schienenwege auf eine überdurchschnittliche Ausstattung des Landes hin. Bei den besonders wichtigen zweigleisig elektrifizierten Strecken lag die Ausstattung, gemessen in Streckenlänge pro qkm, in Sachsen-Anhalt mit 41,8 m pro qkm deutlich über dem Durchschnittswert für die neuen Länder (35,3 m pro qkm). Bei den zweigleisig elektrifizierten ICE-, EC- und IC-Strecken erreichte Sachsen-Anhalt den Wert von 17,9 m pro qkm, gegenüber einem Durchschnittswert für die neuen Länder von 14,1 m pro qkm. Die Luftliniengeschwindigkeit auf der Schiene lag in Sachsen-Anhalt mit 54,8 km/h zwar über dem Durchschnitt der *alten* Länder (53,7 km/h), jedoch unter dem Durchschnittswert für die *neuen* Länder einschließlich Berlins (57,6 km/h). Letzteres mag auch an der Einbeziehung Berlins in die vorliegenden Berechnungen liegen; immerhin ist die Luftliniengeschwindigkeit in Sachsen-Anhalt deutlich höher als in Sachsen und Thüringen. Die relativ guten Ergebnisse bei den Schienenwegen werden allerdings dadurch relativiert, dass die Fahrplanpolitik der Deutschen Bahn AG die Haltepunkte in Sachsen-Anhalt nur wenig mit IC- und noch weniger mit ICE-Zügen bedient.

Weitere Bereiche der Verkehrsinfrastruktur sind die Häfen und Flughäfen. 1997 wies das Land innerhalb der neuen Länder die meisten Häfen, die längsten Kaianlagen und den höchsten Güterumschlag auf; dies deutet im ostdeutschen Vergleich auf eine gute Ausstattung im Bereich der Häfen hin. Der Flughafen Leipzig-Halle weist eine sehr hohe Kapazität auf. Innerhalb der Gruppe der Flughäfen der neuen Flächenländer ist nur der Dresdner Flughafen mit dem von Leipzig-Halle vergleichbar, der Dresdner Flughafen konnte aber bislang weniger Starts und Landungen verbuchen.

Bei der Wasserversorgung sowie der Abwasserentsorgung ist der Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung im Lande – wie in den meisten ostdeutschen Ländern – bei etwa 99%. Der Anschlussgrad an Kläranlagen in Sachsen-Anhalt ist der zweithöchste in Ostdeutschland. Die Länge des Kanalnetzes je Einwohner war 1995 ebenfalls die zweithöchste in Ostdeutschland. Die quantitativen Ausstattungsmerkmale sind zwar relativ gut, aber der Erhaltungszustand der jeweiligen Leitungssysteme ist verhältnismäßig schlecht.

Bei einer Betrachtung der im Rahmen der GRW geförderten Investitionen für den Ausbau von Gewerbezentren sowie für die Erschließung und Wiederherrichtung von Gewerbegebiete deutet sich für den Zeitraum von 1991 bis 1999 an, dass das Land in einigen Bereichen eine günstigere und in anderen eine ungünstigere Ausstattung als die neuen Länder insgesamt aufweist.

Schließlich ist noch als letzter Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur jener der Innovations-, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen zu betrachten. Die Hochschul- und Forschungsinfrastruktur des Landes ist recht gut. Bezieht man z. B. den 1998 erreichten Ausbaustand der Hochschulen auf die Einwohner des Landes, so liegt Sachsen-Anhalt vor den meisten anderen neuen Ländern, allerdings noch deutlich hinter Sachsen an zweiter Stelle. Die Ausstattung des Landes mit Technologie- und Gründerzentren entspricht weitgehend jener der anderen neuen Länder.

Mangel an unternehmerischer Initiative

Ein wichtiger regionaler Wachstumsfaktor ist die vorhandene unternehmerische Initiative, d. h. die Bereitschaft, unternehmerisches Risiko zu übernehmen. Die unternehmerische Initiative ist in Sachsen-Anhalt – verglichen mit den anderen neuen Ländern – geringer ausgeprägt und sie hat sich bei vielen der hier betrachteten Indikatoren auch weniger günstig als in den anderen neuen Ländern entwickelt. Dies zeigt sich sowohl beim Unternehmer- und beim Unternehmensbestand und bei dessen Zuwachs als auch bei der Intensität, mit der Mittelstandsförderprogramme in Anspruch genommen werden.

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen war in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 der niedrigste. Die Selbstständigenzahl ging gegenüber 1995 sogar zurück – in den meisten anderen neuen Ländern gab es dagegen einen deutlichen Anstieg. Unter den Selbstständigen gab es besonders wenige Frauen.

Die geringere unternehmerische Initiative zeigt sich auch an der Zahl der Unternehmen. Es gab in Sachsen-Anhalt Ende 1999 in Relation zur Einwohnerzahl weniger Unternehmen als in den meisten anderen neuen Ländern. Im Vergleich zu den alten Bundesländern besteht in Sachsen-Anhalt eine Unternehmenslücke von etwa 38.600 Unternehmen, wenn man den Besitz in den alten Ländern (einschließlich Berlin) zugrunde legt. Die Zahl der IHK-zugehörigen Unternehmen ist unterdurchschnittlich gestiegen. Bei den Vollhandwerksbetrieben hatte Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995 bis Ende 1999 als einziges Land einen Rückgang des Betriebsbestandes zu verzeichnen.

Was das Gründungsgeschehen betrifft, das mit Hilfe der Nettogewerbeanmeldungen (Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen) gemessen wird, so waren im Gesamtzeitraum 1996 bis 1999 insgesamt mehr Gewerbean- als -abmeldungen zu verzeichnen. Bezogen auf die Einwohnerzahl waren jedoch die Nettogewerbeanmeldungen im Vergleich der neuen Länder am niedrigsten. Im Jahr 1999 hat sich das Gründungsgeschehen abgeschwächt. Im Jahr 1999 gab es in Sachsen-Anhalt erstmals mehr Gewerbeab- als -anmeldungen, d. h. die Nettogewerbeanmeldungen fielen negativ aus. Dies war in den anderen neuen Ländern nicht der Fall. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass nicht jede Gewerbeab- und -abmeldung mit der Neugründung oder Schließung eines Betriebes verbunden ist. Aus der Statistik ergeben sich aber keine Hinweise auf besonders hohe Anteile von Abmeldungen, bei denen die Betriebe trotzdem weiterbestehen, an den ge-

samten Abmeldungen. Die Befunde über eine im Ländervergleich geringere unternehmerische Basis spiegeln sich auch in der unterdurchschnittlichen Inanspruchnahme von Mittelstandsförderprogrammen wider, die durch die Deutsche Ausgleichsbank und durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellt werden.

Im Gegensatz zu den anderen Indikatoren zur unternehmerischen Initiative indiziert die Zahl der Engagements von Kapitalbeteiligungsgesellschaften in sachsen-anhaltinischen Unternehmen eine überdurchschnittlich positive unternehmerische Initiative in Teilen des Unternehmensbestandes in Sachsen-Anhalt. In Relation zum Unternehmensbestand war der Bestand an Beteiligungen im Jahr 1999 der zweithöchste im Vergleich der neuen Länder. Bei Bürgschaften und Garantien, die von den Bürgschaftsbanken in den Ländern gewährt werden, nimmt Sachsen-Anhalt eine mittlere Position ein.

Unternehmensverflechtungen: hoher Bestand an Direktinvestitionen, wenig überregionaler Absatz

Verflechtungen mit anderen Unternehmen können einerseits durch die Übertragung von technischem Wissen, Marktkenntnissen oder anderen Ressourcen (wie Kapital und Managementfähigkeiten) das Unternehmenswachstum fördern, andererseits aber auch durch den Abfluss von Informationen und Ressourcen negativen Entwicklungen Vorschub leisten. Sachsen-Anhalt weist bei den untersuchten Verflechtungsbereichen – Kapitalbeziehungen, Absatzverflechtungen, FuE-Kooperationen – nur bzgl. der Absatzverflechtungen eine deutliche Abweichung von den anderen neuen Ländern auf: Die sachsen-anhaltinische Wirtschaft ist stärker als in den anderen neuen Ländern auf den ostdeutschen Markt orientiert.

Bei der Betrachtung der Kapitalverflechtungen und der Kooperationsbeziehungen in Forschung und Entwicklung ergibt sich kein besonderer Vor- oder Nachteil der sachsen-anhaltinischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern. Zwar lag Sachsen-Anhalt beim Bestand ausländischer Direktinvestitionen mit rund 3.700 DM pro Einwohner (1998) an erster Stelle unter den ostdeutschen Ländern, bei der Anzahl der Kapitalbeziehungen zu Unternehmen und Unternehmern aus dem Ausland und aus Westdeutschland, die zur Abbildung des möglichen Know-how-Transfers besser geeignet ist, hingegen eher im Mittelfeld der neuen Bundesländer.

Bei der Betrachtung der überregionalen Absatzbeziehungen erweist sich Sachsen-Anhalt als das ostdeutsche Bundesland, das nach Mecklenburg-Vorpommern am stärksten auf den ostdeutschen Markt ausgerichtet ist: Sachsen-anhaltinische Betriebe erzielten 1998 rund 46 % ihres Umsatzes in Ostdeutschland, 33% in Westdeutschland und 21% im Ausland (Basis: IAB-Betriebspanel). Sächsische und Thüringer Betriebe erzielten deutlich mehr Umsätze auf westdeutschen und ausländischen Märkten.

Betriebsgrößen: Dominanz mittelständischer Strukturen

Aus den Ausprägungen der Unternehmens- und Betriebsgrößenstrukturen im Vergleich zu anderen Regionen, beispielsweise aus einem geringen Bestand an großen Unternehmen oder einem hohen Bestand an kleinen und mittleren Unternehmen, können Anhaltspunkte über unterschiedliche Chancen und Risikopotenziale der regionalen Wirtschaft gewonnen werden. Zur Untersuchung der Größenstrukturen werden hier vor allem betriebsgrößenspezifische Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sowie die Statistiken der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und der industriellen Kleinbetriebe herangezogen.

Das Bild, das möglicherweise Anfang der neunziger Jahre noch von Sachsen-Anhalt existierte, nämlich ein Land mit einer stark großbetrieblich geprägten Wirtschaftsstruktur zu sein, muss inzwischen deutlich relativiert werden. Das Gros der Betriebe in Sachsen-Anhalt ist nunmehr mittelständisch geprägt (vgl. Tabelle K.1).

Tabelle K.1:

Anteil der Betriebe und der Beschäftigten in den jeweiligen Beschäftigtengrößenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe bzw. der Gesamtzahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern^a

- in % (Zahl der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land insgesamt bzw. Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land insgesamt = 100 %) -

Land/Region	1 bis 19 Beschäftigte		20 bis 499 Beschäftigte		500 und mehr Beschäftigte	
	Betriebe ^c	Beschäftigte ^d	Betriebe ^c	Beschäftigte ^d	Betriebe ^c	Beschäftigte ^d
Sachsen-Anhalt	89,7	31,0	10,2	52,5	0,2	16,5
Brandenburg	89,9	33,1	10,0	54,2	0,2	12,8
Mecklenburg-Vorpommern	89,5	34,0	10,4	54,2	0,2	11,8
Sachsen	89,8	32,2	10,0	52,8	0,2	14,9
Thüringen	89,6	32,9	10,2	55,7	0,1	11,4
Neue Länder ^a	89,7	32,5	10,1	53,7	0,2	13,8
Alte Länder ^b	90,3	28,4	9,5	49,7	0,2	21,9

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Stand 14.04.2000. – ^d Stand 30.06.1999.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnung des IWH.

Auch in der Industrie dominieren inzwischen kleine und mittlere Betriebe. Innerhalb der Industrie erbrachten die mittelgroßen Betriebe einen überdurchschnittlichen Umsatzanteil und ihr Umsatz pro Beschäftigten kam bereits nahe an den westdeutschen Vergleichswert heran.

Von den anderen neuen Ländern unterscheidet sich Sachsen-Anhalt alles in allem hinsichtlich der Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben in der Unternehmenslandschaft und bei der Beschäftigung nur noch wenig. Allen neuen Ländern ist aber gemeinsam,

dass in ihnen der Anteil großer Betriebe und der Beschäftigung in großen Betrieben deutlich geringer als in den alten Ländern ist. Mithin scheinen damit für ostdeutsche einschließlich der sachsen-anhaltinischen Betriebe die Marktstellung und die Möglichkeiten zur Erzielung von Skalenerträgen schwächer als bei ihren westdeutschen Pendanten ausgeprägt zu sein.

Natürliche Ressourcen: Flächensanierung geht voran

Das Vorhandensein natürlicher Ressourcen kann in zweierlei Richtung das wirtschaftliche Ergebnis einer Region beeinflussen. Zum einen kann die Rohstoffgewinnung das wirtschaftliche Ergebnis verbessern. Zum anderen führt eine Übernutzung natürlicher Ressourcen zu Umweltzerstörung. Beide Aspekte werden in der Strukturanalyse berücksichtigt, der erste anhand der Nutzung der Braunkohle- und Kalivorräte, der zweite vor allem anhand der Sanierung von ehemaligen Tagebauen. Bei dieser Sanierung sind inzwischen gute Fortschritte erreicht worden.

Bis vor zehn Jahren war die Förderung von Bodenschätzen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor des Landes Sachsen-Anhalt. Heute spielen insbesondere die Förderung von Braunkohle und Kali eine Rolle. Dabei ist die Braunkohleförderung in Sachsen-Anhalt ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt im Beobachtungszeitraum rückläufig gewesen, obwohl die Braunkohle aus dem mitteldeutschen Revier durchaus günstige Qualitätsparameter aufweist. Die Kaliförderung, die auf hochwertige Vorkommen aufbauen kann, ist dagegen deutlich gestiegen.

In den stillgelegten Braunkohletagebauen sind inzwischen die wesentlichen Sicherungsarbeiten geleistet worden, so dass sich der Schwerpunkt der Sanierung inzwischen hin zu Aufgaben in den Bereichen Wasserwirtschaft, Naturschutz, Nachnutzung verlagert hat. Die direkte Beschäftigung im Rahmen der Braunkohlesanierung, die stark aus öffentlich geförderten bzw. öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen besteht, ist im Beobachtungszeitraum deutlich zurückgegangen.

Belastungen der Umwelt gab es nicht nur durch den Braunkohletagebau, sondern auch durch andere wirtschaftliche Aktivitäten. Die daraus entstandenen Altlastenverdachtsflächen im Bodenbereich sind erfasst, einer Erstbewertung unterzogen und die Sanierung in wichtigen Projekten im Gange. Speziell bei den sogenannten Ökologischen Großprojekten (ÖGP) – zum Beispiel in Bitterfeld/Wolfen, Leuna u. a. – wurden zahlreiche Einzelmaßnahmen, z. B. zur Flächensanierung, Beseitigung von Bodenkontaminationen und Grundwassersicherung durchgeführt. In den kommenden Jahren stehen weitere Aufgaben zur Sicherung und Sanierung des Grundwassers sowie weitere Maßnahmen an.

*Raumstruktur und Raumordnungspolitik: Vorrangstandorte für Industrie schaffen
Planungssicherheit*

Die Lage des Landes in Relation zu anderen Aktivitätszentren und zu den Grenzen kann für die Wirtschaft im Lande insgesamt als vorteilhaft angesehen werden. Der eher leicht unter dem Durchschnitt liegende Agglomerationsgrad (Unternehmensdichte in Sachsen-Anhalt 4,0 IHK-zugehörige Unternehmen pro qkm gegenüber 4,6 in den neuen Ländern insgesamt), der sich insbesondere auch bei den drei kreisfreien Städten und ihrem Umland zeigt, deutet darauf hin, dass Sachsen-Anhalt von Agglomerationsvorteilen nur durchschnittlich profitieren kann.

Die Standortbedingungen für die Unternehmen werden auch durch die Raumordnungspolitik beeinflusst, die konkurrierende Ansprüche an den Boden als knappes Gut koordinieren soll. Die Wirksamkeit der Raumordnungspolitik hängt davon ab, inwieweit sie mit ihren Vorgaben beispielsweise zur Infrastrukturentwicklung die Standortbedingungen beeinflusst und inwieweit sie mit ihren Ge- und Verboten zur Flächennutzung die unternehmerische Entscheidungsfreiheit einschränkt. Zur Beurteilung der möglichen Wirkungen der Raumordnungspolitik auf die Standortbedingungen für Unternehmen wurde der Inhalt der Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt hinsichtlich dieser beiden Wirkungsaspekte mit dem Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen und dem Landesentwicklungsprogramm in Thüringen verglichen.

Für die Standortbedingungen der Unternehmen ist die Infrastrukturausstattung der sogenannten Zentralen Orte, die auch Konzentrationspunkte unternehmerischer Aktivitäten darstellen, von besonderer Bedeutung. In der Begründung zum Landesentwicklungsplan sind die typischen Ausstattungen der einzelnen Zentrale-Orte-Kategorien mit Versorgungseinrichtungen angeführt. Die Detailliertheit der Vorgabe solcher Ausstattungsmerkmale ist im sachsen-anhaltinischen Landesentwicklungsplan aber nicht so groß wie in jenem in Sachsen. Der vergleichsweise weniger detaillierte Ausweis von Infrastrukturmerkmalen ist positiv zu werten, weil hierdurch eine Anspruchsmentalität von Bürgern, Unternehmen und Kommunen vermieden wird.

Der Landesentwicklungsplan in Sachsen-Anhalt trifft, wie in anderen Ländern auch, Festlegungen zum sogenannten Freiraumschutz (sogenannte Vorrang- und Vorbehaltsgebiete). Dadurch wird die räumliche Allokation unternehmerischer Aktivitäten, beispielsweise im Interesse der Erhaltung natürlicher Ressourcen, eingeschränkt. Die Festlegungen zu Freiraumstrukturen enthalten im sachsen-anhaltinischen Landesentwicklungsplan (als einzigem im Vergleich der drei Pläne) auch Festlegungen zu sogenannten Vorrangstandorten für landesbedeutsame großflächige Industrien. Die Festlegungen solcher Vorrangstandorte kann wegen der damit verbundenen Planungssicherheit für Investoren als positiv angesehen werden.

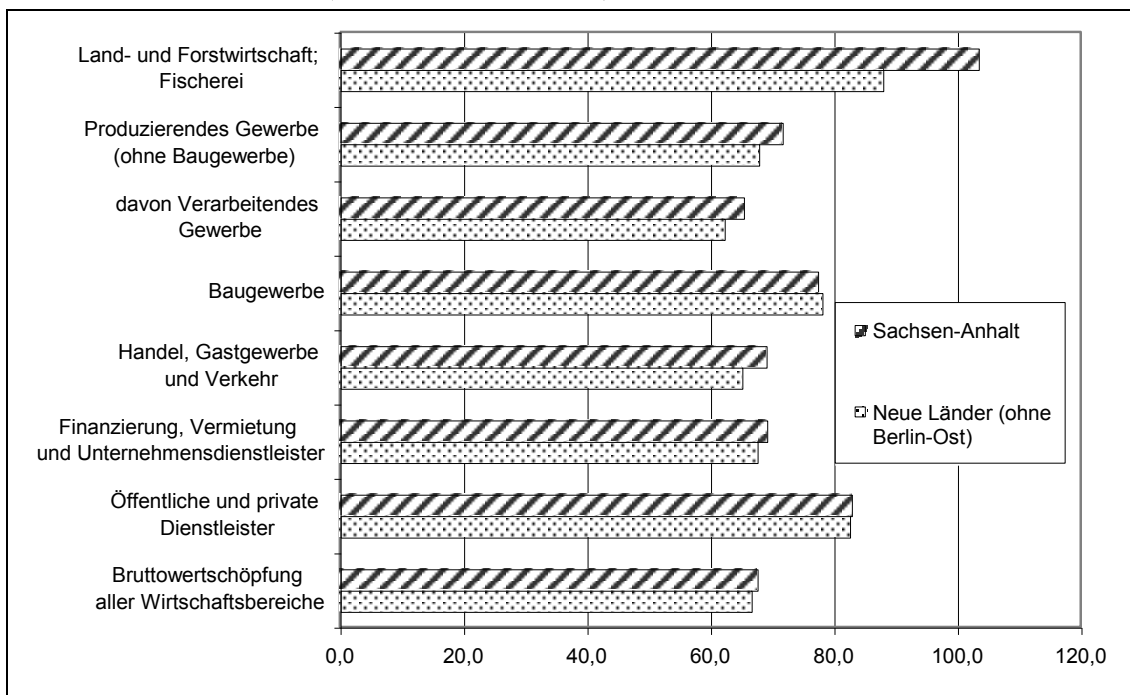
In allen Wirtschaftszweigen hohe Produktivität, aber geringer Unternehmensbesatz

Die Struktur der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft ähnelt stark derjenigen der neuen Länder insgesamt und unterscheidet sich wie diese auch 1999 noch deutlich von derjenigen der alten Länder: Die Wertschöpfung, die Erwerbstätigkeit und der Unternehmensbestand sind insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in Handel, Gastgewerbe und Verkehr und bei Unternehmensdienstleistern deutlich geringer als in den alten Bundesländern. Demgegenüber sind das Baugewerbe und die Landwirtschaft stärker ausgeprägt. Der Bedeutung des Dienstleistungssektors war in Sachsen-Anhalt in etwa auf dem gleichen Niveau wie in den neuen Ländern insgesamt, aber geringer als in den alten Ländern.

Abbildung K.2:

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen und Ländern 1999

- Alte Bundesländer = 100 (Basis: Preise von 1995) –



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Sachsen-Anhalt zeichnet sich in fast allen Wirtschaftszweigen durch ein für Ostdeutschland hohes Produktivitätsniveau aus. Im Agrarsektor wurde das westdeutsche Produktivitätsniveau bereits um 3,4% überschritten. Vergleichsweise nahe an den westdeutschen Produktivitätswerten ist aber auch die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr (vgl. Abbildung K.2). Der Produktivitätszuwachs war im Untersuchungszeitraum 1995-1999 überdurchschnittlich. Dieses starke Wachstum der Produktivität war in einigen Wirtschaftszweigen mit einem überdurchschnittlichen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen verbunden (v. a. im Verarbeitenden

Gewerbe, bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern, bei öffentlichen und privaten Dienstleistern).

Betrachtet man den Unternehmensbesatz (IHK-zugehörige Unternehmen in Relation zur Einwohnerzahl) in den einzelnen Wirtschaftszweigen, so wird deutlich, dass er in nahezu allen Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt niedriger als in den alten Ländern aber auch als in den neuen Ländern insgesamt ist. So würde Sachsen-Anhalt bei einem Unternehmensbesatz wie in den alten Bundesländern jeweils rund 17.000 Unternehmen im Handel und in unternehmerischen Dienstleistungen mehr aufweisen.

Rentable Landwirtschaft

Die sachsen-anhaltinischen Landwirtschaftsbetriebe weisen, gemessen an der Höhe der Gewinne je Unternehmen, im Ländervergleich nicht nur im ostdeutschen, sondern auch im gesamtdeutschen Vergleich, die günstigsten Werte auf. Hinsichtlich der Umsatzrentabilität liegen die sachsen-anhaltinischen Betriebe an zweiter Stelle im ostdeutschen und auch im gesamtdeutschen Vergleich.

Zu der bislang relativ günstigen Gewinnsituation in Sachsen-Anhalt dürften insbesondere die unverändert großbetrieblichen Strukturen in der Landwirtschaft beigetragen haben. Bei der Sachkapitalausstattung weisen die sachsen-anhaltinischen Betriebe dagegen weniger günstige Werte auf. Diese Faktoren könnten die wirtschaftlichen Ergebnisse in Zukunft beeinträchtigen.

Vergleichsweise geringe Wachstumsdynamik in der Industrie insgesamt, aber Stärken in einzelnen Branchen

Die Industrie hat in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995-1999 ihren Umsatz im In- und Ausland um rund 20% ausgeweitet. Sie teilte damit eine Entwicklung, die in allen neuen Bundesländern stattgefunden hat (+30% Umsatzwachstum). Allerdings war die Dynamik der Umsätze in Sachsen-Anhalt geringer als in den neuen Ländern insgesamt. Insbesondere bei den Exportumsätzen blieb die Entwicklung deutlich hinter den neuen Ländern insgesamt zurück (Sachsen-Anhalt: +19%, neue Länder insgesamt: +105%). Auch bei Indikatoren für einzelne Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses – wie den Forschungsaktivitäten und dem Ausmaß unternehmerischer Initiative – fällt der Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt durch ungünstige Werte auf. Dagegen lag die Investitionsintensität in Sachsen-Anhalt mit 38.000 DM pro Beschäftigtem deutlich über dem Wert der neuen Länder (26.000 DM) und die Humankapitalausstattung des Wirtschaftszweiges Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in etwa im Durchschnitt.

Das allgemein eher negative Bild verdeckt jedoch, dass es in einzelnen Branchen durchaus positive Entwicklungen gegeben hat. Relativ günstig stellt sich die wirtschaftliche Situation der Branche Glasgewerbe etc. sowie der Mineralölverarbeitung etc. dar. Im Glasgewerbe etc. gingen mit Umsatzsteigerungen zwischen 1995 und 1999 überdurch-

schnittliche Investitionen und ein deutlicher Anstieg der Kapitalintensität einher. In der Mineralölindustrie liegen zwar keine Daten zur Umsatzentwicklung vor (es ist aber angesichts der neuen Raffineriekapazitäten von einem deutlichen Umsatzzuwachs zwischen 1995 und 1999 auszugehen), aber die relativ günstigen Investitionskennwerte und die überdurchschnittlichen Forschungsaufwendungen in dieser Branche sind positive Aspekte.

Die chemische Industrie, eine der Leitbranchen Sachsen-Anhalts, hat im Untersuchungszeitraum ihren Umsatz auf In- und Auslandsmärkten ausgeweitet. Zwar hat die umfassende Investitionstätigkeit die Kapitalausstattung der Betriebe deutlich verbessert, sie ging aber (vermutlich insbesondere in den spät privatisierten Großbetrieben) mit erheblichen Beschäftigungsverlusten einher (Sachsen-Anhalt: -23%, neue Länder insgesamt: -12%, alte Länder: -11%). Die positiven Daten für die unternehmerische Initiative in dieser Branche wecken jedoch die Hoffnung, dass in der Zukunft in neu entstandenen Betrieben, möglicherweise integriert in einen chemischen Stoffverbund mit den Großunternehmen, neue Arbeitsplätze entstehen werden. Ein hoher Prozentsatz der Forschungskapazitäten in Sachsen-Anhalts Unternehmen liegt in der chemischen Industrie, trotzdem erscheint die Forschungsintensität (FuE-Beschäftigte in Relation zu allen Beschäftigten) als relativ niedrig: 1997 arbeiteten in der Branche nur etwa 5 von 100 Beschäftigten in FuE, in Sachsen waren es 7,5, in Thüringen 8,7 und in Westdeutschland 9,4.

Der Maschinenbau, eine andere Leitbranche Sachsen-Anhalts, war im Untersuchungszeitraum als einzige Industriebranche noch von Umsatzrückgängen geprägt (Sachsen-Anhalt: -9,5%, neue Länder insgesamt: +26%, alte Länder: +13%). Auch die Beschäftigung sank in deutlich größerem Umfang als im Maschinenbau der neuen Länder insgesamt und die Investitionstätigkeit war bei weitem nicht auf dem Niveau anderer Kernbranchen des Landes. Einzelne positive Kennzeichen bestehen aber auch im Maschinenbau: das formale Qualifikationsniveau der Beschäftigten war relativ hoch – etwa 17% haben einen Hochschulabschluss gegenüber 15% in den neuen Ländern insgesamt – die Forschungsaktivitäten waren überdurchschnittlich und es wurde in größerem Ausmaß unternehmerische Initiative ergriffen als in den neuen Bundesländern insgesamt.

Sachsen-Anhalts Betriebe des Ernährungsgewerbes konnten ihre Umsätze zwischen 1995 und 1999 deutlich steigern, als eine von wenigen Branchen haben sie auch die Beschäftigung erhöht. Bei den meisten Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung weist die Branche relativ ähnliche Werte wie die neuen Bundesländer insgesamt auf. Lediglich die Investitionstätigkeit im Ernährungsgewerbe Sachsen-Anhalts erscheint als nicht sehr günstig: Die Sachkapitalausgaben für neue Maschinen und Anlagen in Relation zu den Sachkapitalausgaben insgesamt lagen unter dem ostdeutschen Durchschnittswert.

In etwa im Gleichlauf mit den anderen ostdeutschen Ländern haben sich in Sachsen-Anhalt der Bergbau, das Papiergewerbe, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Medizin-, Mess- und Regelungstechnik und Optik und die Herstellung von Möbeln, Musikinstrumenten und Sportgeräten entwickelt. Im Papiergewerbe wurde relativ viel investiert und die Exporttätigkeit gesteigert, allerdings deuten dort eine Reihe von Indikatoren auf Defizite beim Humankapital hin (im Vergleich zu den neuen Ländern insgesamt wenige Beschäftigte mit Hochschulabschluss, wenige Angestellte). Metallerzeuger und -bearbeiter konnten ihre Exporte deutlich ausweiten, die Beschäftigung wurde allerdings noch abgebaut. In der Medizin-, Messtechnik etc. gingen die Umsätze steil nach oben. Einige Produktionsfaktoren, insbesondere auch Human- und Sachkapital, sind aber deutlich ungünstiger als in den neuen Ländern insgesamt ausgeprägt.

Als schwierig muss die Situation in den Branchen Holzgewerbe, Verlags- und Druckgewerbe, Herstellung von Metallerzeugnissen, in den Branchen der Elektronik und Elektrotechnik (insbesondere in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik), im Fahrzeugbau sowie im Recycling eingeschätzt werden. Die Betriebe in den genannten Branchen haben in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren in der Regel Beschäftigung abgebaut und ihren Umsatz nur in deutlich geringerem Ausmaß als die Gesamtheit der ostdeutschen Betriebe in der jeweiligen Branche ausgeweitet. Das negative Urteil begründet sich aber vor allem dadurch, dass sie bei den meisten Determinanten für das wirtschaftliche Ergebnis ungünstigere Werte als die neuen Länder insgesamt aufweisen, insbesondere weniger hochqualifizierte Beschäftigte, weniger Investitionstätigkeit, weniger FuE und weniger unternehmerische Initiative. Allerdings sind auch einzelne positive Ansatzpunkte hervorzuheben: Betriebe der Branche Herstellung von Kraftwagen haben ihren Exportumsatz zwischen 1995 und 1999 verfünffacht, die Recyclingbranche wies eine überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität und vergleichsweise intensive Inanspruchnahme der Mittelstandsprogramme der Deutschen Ausgleichsbank und der Kreditanstalt für Wiederaufbau auf.

Baugewerbe: Lohnkostenvorteile werden durch Produktivitätsnachteile aufgezehrt

Das Baugewerbe war in Sachsen-Anhalt ebenso wie in den anderen neuen und alten Bundesländern in den letzten Jahren von einem erheblichen Umsatz- und Beschäftigungsrückgang betroffen. Insbesondere die Beschäftigungseinbrüche waren in Sachsen-Anhalt stärker als im Durchschnitt der neuen und alten Länder.

Auffällig sind die niedrigeren Stundenlöhne der sachsen-anhaltinischen wie auch der anderen ostdeutschen Baubetriebe gegenüber den alten Ländern: So beträgt der Stundenlohn in Sachsen-Anhalts Bauhauptgewerbe 1999 rund 31,00 DM, in den neuen Ländern 30,79 DM und in den alten Ländern 43,30 DM. Der durch die niedrigen Löhne bedingte Wettbewerbsvorteil wird aber durch niedrigere Produktivitäten weitgehend „auf-

gezehrt“: In Sachsen-Anhalts Bauhauptgewerbe machte der Lohn 26% des Umsatzes im Jahr 1999 aus, in den neuen Ländern 24,5% und in den alten Ländern 26,5%. Der Wettbewerbsvorteil gegenüber den alten Ländern ist also geringer, als die niedrigeren Lohnkosten suggerieren, gegenüber den neuen Ländern insgesamt besteht sogar ein Wettbewerbsnachteil. Ähnlich sind die Verhältnisse auch im sonstigen Bau- und im Bauinstallationsgewerbe.

Vergleicht man das Baugewerbe nach Sparten, dann zeigt sich, dass die Sparte öffentlicher Bau und Straßenbau in den letzten Jahren als einzige Zuwächse verzeichnete und damit eine wichtige Stütze der Baubetriebe in Sachsen-Anhalt war. Allerdings ging der Umsatzanstieg zurück (1998: 0,4%; 1999: 1,0%) und lag 1999 auch unter dem der Betriebe in Gesamt-Ostdeutschland (4,5%). Der öffentliche Bau und der Straßenbau stützten angesichts der großen Schwäche des gewerblichen Baus (1999: -11,4%) die Baukonjunktur.

Dienstleistungen: Dynamik bleibt hinter den neuen Ländern insgesamt zurück

Der Dienstleistungssektor ist in Sachsen-Anhalt ebenso wie in den neuen Ländern insgesamt und auch in den alten Ländern der größte Arbeitgeber. Immerhin reichlich drei Fünftel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt sind im Dienstleistungssektor beschäftigt. Von den Dienstleistungsbeschäftigten sind wiederum ebenso wie in den neuen Ländern insgesamt mehr als drei Fünftel Frauen. Der Dienstleistungssektor insgesamt entwickelte sich in Sachsen-Anhalt, gemessen an der Beschäftigung, zwischen 1995 und 1999 ungünstig. Bis 1998 machte Sachsen-Anhalt damit im ostdeutschen Ländervergleich keine Ausnahme, sondern in allen neuen Ländern ging die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zurück. Anders sah es im Jahr 1999 aus. Dort setzte sich in Sachsen-Anhalt der Beschäftigungsrückgang im Dienstleistungssektor fort, während es in fast allen anderen neuen Ländern Beschäftigungszuwächse gab. Innerhalb des Dienstleistungssektors entwickelte sich allerdings die Beschäftigung unterschiedlich: Bei den produktionsnahen, konsumorientierten und sozialen Dienstleistungen stieg sie im Zeitraum 1995 bis 1998. Diesen Zuwächsen standen aber Rückgänge in der Beschäftigungsentwicklung bei den distributiven und bei den staatlichen Dienstleistungen gegenüber.

Bei den *produktionsnahen Dienstleistungsbranchen* entwickelten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse, gemessen an den Umsätzen, in der Mehrzahl (fünf von acht) der ausgewiesenen Branchen positiv, die Beschäftigung stieg in sechs von zehn Branchen, die Nettogewerbeanmeldungen waren mit zwei Ausnahmen positiv. Die sachsen-anhaltinischen Umsatzzuwächse lagen in den meisten Dienstleistungsbranchen im Mittelfeld der neuen Länder. Problematisch ist, dass in Sachsen-Anhalt als einzigem der neuen Länder die Umsatzentwicklung in der Branche „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“, die gemessen an der Beschäftigung im Lande die größte produk-

tionsnahe Dienstleistungsbranche ist, stagnierte (1994-1997: -0,6%), während in allen anderen neuen Ländern in dieser Branche zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen waren (Brandenburg: 28,0%, Mecklenburg-Vorpommern: 15,6%). Die positive Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr könnte jedoch ein Indiz für eine Besserung der wirtschaftlichen Situation sein. Am stärksten gestiegen ist die Beschäftigung in der als Hoffnungsträger geltenden Datenverarbeitungsbranche, wobei das Beschäftigungswachstum dieser Branche in Ostdeutschland insgesamt nicht erreicht wurde. Insgesamt ist aber die Datenverarbeitungsbranche in Sachsen-Anhalt gemessen an der Beschäftigung eine eher kleine Branche, der Beschäftigtenbesatz in Relation zur Einwohnerzahl war zudem in Sachsen-Anhalt (8,5 je 10.000 Einwohner) geringer im Vergleich mit den neuen Ländern insgesamt (12,5 je 10.000 Einwohner). Und er lag unter dem westdeutschen Besatz (34,8 je 10.000 Einwohner). Dieser geringere Beschäftigtenbesatz im Vergleich zu den anderen neuen und zu den alten Ländern traf auch auf die Branche Forschung und Entwicklung zu, wo zudem die Beschäftigung im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr anders als in den meisten übrigen neuen Ländern zurückging.

Bei den haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen haben sich die Umsätze, die als Indikator zur Abbildung des wirtschaftlichen Ergebnisses verwendet werden, unterschiedlich entwickelt. Die Umsatzentwicklung verlief in der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung und im Gastgewerbe weniger günstig bzw. ungünstiger als in den anderen neuen Ländern. Weiterhin lag der Beschäftigtenbesatz in Relation zur Einwohnerzahl in allen drei als haushaltsnah zugeordneten Dienstleistungsbranchen unter dem Vergleichswert in den neuen Ländern insgesamt. Die Unternehmensdichte in der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung war im Vergleich der neuen Länder die niedrigste, im Gastgewerbe die zweitniedrigste (Angabe für 1997).

In den distributiven Dienstleistungsbranchen, denen eine wichtige „Scharnierfunktion“ zwischen Produzenten und Kunden im Unternehmensbereich sowie in privaten Haushalten zukommt, lag die Umsatzentwicklung im Zeitraum 1994 bis 1997 im Vergleich zu den anderen neuen Ländern zumeist im Mittelfeld. Die Umsätze im Großhandel und im Einzelhandel entwickelten sich in Sachsen-Anhalt im Gleichklang mit den meisten anderen neuen Ländern ungünstiger als im Bundesdurchschnitt. Die eher ungünstige Entwicklung der Umsätze im Groß- und Einzelhandel ging mit einem Beschäftigungsrückgang in diesen beiden Branchen einher, der stärker als im ostdeutschen Durchschnitt ausfiel.

4. Analyse der einzelnen Teilräume Sachsen-Anhalts

Analog zur gesamtwirtschaftlichen Ebene wurden auch auf für die fünf Regionen Sachsen-Anhalts – Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Halle, Harz und Magdeburg – detaillierte Analysen ihrer wirtschaftlichen Ergebnisse, der Determinanten der regiona-

len Wohlfahrt und der Branchenstrukturen durchgeführt. Die Ergebnisse sind nachfolgend zusammengefasst dargestellt.

Wirtschaftliche Ergebnisse: Alle Regionen mit Licht und Schatten

Eine Rangfolge der Regionen, welche Unterschiede in ihrer wirtschaftlichen Situation zum Ausdruck bringt, wäre zwar informativ für wirtschaftspolitische Zwecke (da sich hierdurch besonderer politischer Handlungsbedarf u. U. regional eingrenzen und eventuelle Maßnahmen gezielter einsetzen ließen), ist aber ein schwieriges Unterfangen, da alle Regionen Licht- und Schattenseiten aufweisen.

Die fünf Regionen, die im Rahmen des Prozesses der regionalisierten Strukturpolitik abgegrenzt worden sind, teilen sich die Landesfläche relativ gleichmäßig auf. Dies gilt nicht für die Bevölkerung: Die Region Halle hat nahezu 3,5 mal so viele Einwohner wie die Region Altmark. Alle Regionen haben zwischen 1995 und 1999 Bevölkerungsverluste zu verzeichnen, die sich aus Sterbeüberschüssen und Abwanderungen zusammensetzen.

- Die am dünnsten besiedelte Region *Altmark* weist die zweithöchste Wertschöpfung aller Regionen auf und ist relativ gering von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre erwerbsfähige Bevölkerung profitiert von der Grenzlage zu Niedersachsen, dessen Unternehmen zahlreiche Arbeitsplätze mit Pendlern aus dem nördlichen Sachsen-Anhalt besetzt haben. Aufgrund dessen und der hohen Bedeutung des zweiten Arbeitsmarktes bleibt die Arbeitslosigkeit relativ gering und die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit niedrig. Dem entspricht, dass die Sozialhilfequote im Regionsvergleich gering geblieben ist und unterdurchschnittlich zunimmt.
- Die Region *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* hat zusammen mit der Region Halle die höchsten Bevölkerungsverluste von jeweils 3,6% hinnehmen müssen, unter anderem eine Folge der Abwanderungen. In der Entwicklung der Bruttowertschöpfung hat sie die Region Altmark überholt, lag aber 1996 immer noch unter dem Landesdurchschnitt. Anhalt hatte weiterhin im Zeitraum 1995-1999 den stärksten Rückgang in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen und die Arbeitslosenquote lag 1999 leicht über dem Landesdurchschnitt.
- Im Hinblick auf die Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen lag die Region *Halle* 1996 mit rund 66.000 DM an vorderster Stelle. Allerdings war der Beschäftigungsabbau, der über den Untersuchungszeitraum hinweg anhält, stärker als im Landesdurchschnitt. In dieses Bild fügt sich auch der überdurchschnittliche Anstieg der Arbeitslosenquote um 34,3%. Die ungünstige Beschäftigungssituation korrespondiert mit einer hohen Abwanderung aus der Region.
- In Relation zur Regionsbevölkerung war die Region *Harz* am stärksten von Abwanderungen betroffen. Die Region befindet sich überwiegend in einer ungünstigen wirtschaftlichen Situation. Dies findet unter anderem in der höchsten Arbeitslo-

senquote aller Regionen von 22,7% im Jahr 1999 sowie in einem niedrigen Beschäftigungsniveau (295 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 1.000 Einwohner) seinen Ausdruck.

- *Magdeburg* wies die zweitniedrigste Bruttowertschöpfung pro Erwerbstätigen und das höchste Beschäftigungsniveau pro Einwohner (358 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 1.000 Einwohner) im Vergleich der Regionen auf. Weiterhin hatte die Region 1999 wie auch schon 1995 eine leicht unter dem Landesdurchschnitt liegende Arbeitslosenquote und war im Zeitraum 1991 bis 1999 am wenigsten von Abwanderungen (in Relation zur Einwohnerzahl) betroffen.

Ausstattung mit Determinanten der regionalen Wohlfahrt: Halle und Magdeburg führend

Die *Altmark* ist mit Abstand die am dünnsten besiedelte Region Sachsen-Anhalts, in der mit Stendal nur eine einzige Stadt die Einwohnerzahl von 40.000 überschreitet. Industrielle Investitionen bewegen sich auf einem niedrigen Niveau. In der *Altmark* sind Forschung und Entwicklung im privaten wie im öffentlichen Bereich sehr schwach ausgeprägt. Der Umstand der dünnen Besiedlung trägt einerseits dazu bei, dass die *Altmark* über landschaftliche Ressourcen verfügt, führt andererseits aber zu einer ungünstigen Ausstattung mit dem Faktor Humankapital – sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht: Die Region wies 1999 lediglich 295 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 1.000 Einwohner auf und nur 15,7 Beschäftigte pro 1.000 Einwohner mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss (Sachsen-Anhalt insgesamt: 26,3). Positiv sticht das Ausmaß an unternehmerischer Initiative hervor, wie die hohe Inanspruchnahme von Existenzförderprogrammen als auch die Nettogewerbeanmeldungen im Jahr 1999 zeigen. Im Infrastrukturbereich gibt es Licht und Schatten: Bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung schneidet die *Altmark* gut ab. Defizite gibt es bei der Verkehrsinfrastruktur und bei den Erreichbarkeitswerten: Um die drei nächstgelegenen Agglomerationsräume aus der *Altmark* zu erreichen benötigte man 1998 mit dem Pkw durchschnittlich 112 Minuten, mit der Bahn 117 Minuten.

Die Region *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* ist dadurch gekennzeichnet, dass sie innerhalb ihrer Grenzen widersprüchliche Potenziale vereint. Einerseits verfügt sie neben der Region Harz über das größte Potenzial an naturräumlichen Ressourcen (Anteil Waldfläche, Naturschutzgebiete und Landschaftsparks in Elbnähe), die sie für Erholungstourismus geeignet erscheinen lassen. Andererseits konzentrieren sich in der Region *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* neben der Region Halle die größten altindustriellen Standorte innerhalb Sachsen-Anhalts. Das Profil der Wachstumsdeterminanten spiegelt die Folgen der Produktionsaktivitäten der DDR-Industrie-Kombinate sowie der Revitalisierung verschiedener Standorte mittels Neuansiedlung und Modernisierung wider: Die intensive Nutzung natürlicher Ressourcen in der DDR-Zeit hat eine hohe Zahl altlastenverdächtigter

Flächen und sanierungsbedürftiger Tagebauflächen zurück gelassen. Die Erneuerung des industriellen Kapitalstocks hat zu den nach der Region Halle zweithöchsten Industrieinvestitionen geführt: 23.700 DM pro Beschäftigtem im Durchschnitt der Jahre 1991-1998. Nach 1995 ist der bis dahin hohe Besatz an Beschäftigten in Forschung und Entwicklung so stark geschrumpft, dass er inzwischen unter den Landesdurchschnitt gesunken ist. Die unternehmerische Initiative ist geringer als im Landesdurchschnitt ausgeprägt und wurde bisher mit der Errichtung nur eines einzigen Technologie- und Gründerzentrums wenig unterstützt. Aufgrund ihrer räumlichen Lage zwischen den Agglomerationsräumen Berlin und Halle-Leipzig ist die Region Anhalt in puncto Verkehrsinfrastruktur gut ausgestattet und weist Erreichbarkeitsvorteile auf.

Das Ausstattungsprofil der *Region Halle* weist bei zahlreichen Merkmalen Parallelen zu dem der Region Magdeburg (vgl. nächste Seite) auf. Dies betrifft die Einwohnerzahl der beiden Oberzentren, ihre Ausstattung mit qualitativ hochwertigem Humankapital, den hohen Anteil von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung und den hohen Besatz an öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen. Anders als das Oberzentrum Magdeburg ist das Oberzentrum Halle noch in den Agglomerationsraum Leipzigs eingebunden. Hierdurch ergeben sich zwangsläufig vielfältige interregionale Verflechtungen, die sich im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur (Nähe zum Flughafen Leipzig-Halle) und auf Beschäftigungsmöglichkeiten für die Region Halle vorteilhaft auswirken können. Gleichzeitig sind in der Region Halle die typischen Merkmalskombinationen altindustriell geprägter Standorte erkennbar. Ähnlich wie in der Region Anhalt ziehen die Altstandorte eine hohe Zahl altlastenverdächtiger Flächen nach sich. Auf die Region entfiel fast die Hälfte der im Land insgesamt getätigten Industrieinvestitionen, was pro Industriebeschäftigten etwa einen Betrag von 40.000 DM pro Jahr im Durchschnitt der Jahre 1991-1998 ausmachte. Einen beträchtlichen Anteil an den Investitionen bestritten ausländische Investoren (in Halle 54,8% der mittels der GRW geförderten Investitionen, im Vergleich zu 28,0% in Sachsen-Anhalt insgesamt). Von einer gering ausgeprägten unternehmerischen Initiative zeugt der geringe Besatz der Region mit Unternehmen

Der *Harz* weist sowohl einen geringen Anteil von Beschäftigten mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss, als auch einen geringen Anteil der Beschäftigten, die in Forschung und Entwicklung tätig sind, an den Beschäftigten insgesamt auf. Damit verfügt die Region hinsichtlich wissensintensiver Produktion über keine sehr günstigen Voraussetzungen. Hinzu kommt, dass auch die Erreichbarkeit der Region auf Straße und Schiene relativ ungünstig ist. Allerdings ist auf der anderen Seite nicht zu verkennen, dass der Harz die von allen sachsen-anhaltinischen Regionen geringste Belastung der Umwelt durch menschliche Eingriffe (Altlasten) aufweist. Weiterhin ist der Waldflächenanteil mit 29,3% sehr hoch. Dies prädestiniert die Region für touristische Nutzungen, die sich hier bislang auch am stärksten von allen Regionen entwickelt haben, wie weiter gezeigt werden wird.

Die Region *Magdeburg* hat von allen Regionen des Landes das höchste Beschäftigungsniveau. Die Beschäftigten sind außerdem relativ gut qualifiziert, d. h. sie weisen überdurchschnittlich häufig Hochschulabschlüsse auf, und es arbeiten überdurchschnittlich viele Personen in der Forschung und Entwicklung von Unternehmen (etwa 3,5% der Beschäftigten) und an Hochschulen (25 Wissenschaftler pro 10.000 Einwohner). Allerdings hatte die Region in den letzten Jahren mehr als andere Regionen des Landes Rückgänge dieser hochqualifizierten Beschäftigten zu verzeichnen. Magdeburg ist weiterhin auch die sachsen-anhaltinische Region mit dem höchsten Unternehmensbestand in Relation zur Einwohnerzahl, dem größten Zuwachs an Gewerbebetrieben im Untersuchungszeitraum und einem relativ hohen Bestand an Firmen und Beschäftigten in Technologie- und Gründerzentren. Dies signalisiert, dass in der Region ein im Landesvergleich hohes Ausmaß an unternehmerischer Initiative ergriffen wird.

Sektoralstruktur: Agglomerationen durch Industrie und produktionsnahe Dienstleistungen geprägt, ländliche Regionen durch den Agrarsektor und Tourismus

Die *Altmark* ist die sachsen-anhaltinische Region mit dem höchsten Beschäftigtenbesatz in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. Allerdings hatte die Landwirtschaft in dieser Region die geringste Produktivität und die größten Beschäftigtenverluste zwischen 1995 und 1999 im Vergleich aller Regionen des Landes.

Das Produzierende Gewerbe hatte in der Altmark den (hinsichtlich der Beschäftigung) geringsten Umfang von allen Regionen Sachsen-Anhalts, wies aber zwischen 1995 und 1999 eine relativ günstige Beschäftigungsentwicklung auf. Insbesondere im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ging die Beschäftigung nur um etwa 6% zurück (Sachsen-Anhalt: -15%) und in einzelnen Branchen (Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Herstellung von Metallerzeugnissen, Ernährungsgewerbe) stieg sie sogar. Trotz dieses geringen Rückgangs bei den Beschäftigten und zusätzlich einer hohen Investitionstätigkeit in einzelnen Branchen verfügt die altmärkische Industrie insgesamt über relativ wenige Potenziale (relativ wenige Mitarbeiter mit Hochschulabschluss und geringer Forschungsgehalt der Produktion).

Im Dienstleistungssektor ist die Beschäftigung insbesondere in produktionsnahen Dienstleistungsbranchen schwach ausgeprägt. Einerseits kann dies ein Entwicklungshemmnis für andere Branchen in der Region darstellen, andererseits kann die Nachfrage auch in den angrenzenden Oberzentren gedeckt werden. Besser als in den produktionsnahen Dienstleistungen war die wirtschaftliche Entwicklung im Beherbergungsgewerbe: Zwar waren Angebot und Nachfrage nach wie vor relativ gering, es gab in den letzten Jahren aber hohe Zuwachsraten.

In der Region *Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg* ist das Verarbeitende Gewerbe im Regionsvergleich überdurchschnittlich stark präsent. Ein relativ hoher Anteil der Produktion ist der Spitzentechnik und der höherwertigen Technik zuzuordnen. Auch die industrielle

(Beschäftigungs-)Entwicklung war – wenn auch nur geringfügig – günstiger als im Landesdurchschnitt. Allerdings sind es nicht die „großen“ Branchen Ernährungsgewerbe, Herstellung von Metallerezeugnissen oder chemische Industrie, die als besondere Beschäftigungsgeneratoren aufscheinen, auch wenn in ihnen zum Teil in sehr hohem Umfang investiert wurde. Positive Beschäftigungsimpulse gingen vom Papier-, Verlags- und Druckgewerbe und von der Branche Glasgewerbe, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden aus.

Das Baugewerbe ist in Anhalt noch deutlich stärker geschrumpft als in den anderen Regionen Sachsen-Anhalts und weist nach wie vor sehr ungünstige Lohn-Umsatz-Relationen aus. In den Dienstleistungsbranchen werden weder besondere Stärken noch Schwächen im Vergleich zu anderen Regionen ersichtlich.

Auch die Region *Halle* ist vom Produzierenden Gewerbe geprägt, und zwar etwa zu gleichen Teilen vom Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und vom Baugewerbe. Die Strukturen im Verarbeitenden Gewerbe waren vergleichsweise günstig. Der Anteil der höherwertigen Technik an der Produktion war am höchsten von allen Regionen und die Branchenstruktur war relativ diversifiziert. Das Verarbeitende Gewerbe hat eine deutlich ungünstigere Beschäftigungs- (und Umsatz-)Entwicklung zu verzeichnen als etwa in Anhalt. Insbesondere die chemische Industrie war davon betroffen. Allerdings war die formale Qualifikation der Beschäftigten in nahezu allen Industriebranchen besser als im Landesdurchschnitt, zum Teil sogar erheblich (z. B. in der chemischen Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten). Auch die Investitionstätigkeit war im Regionsvergleich sehr hoch. Sie konzentrierte sich allerdings zu etwa 60% auf die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung; andere Branchen investierten in der Region Halle überwiegend weniger als im Landesdurchschnitt. Gute wirtschaftliche Ergebnisse und eine im Landesvergleich günstige Ausstattung mit Potenzialfaktoren wies die Branche Verlags- und Druckgewerbe auf.

Die Region Halle hatte weiterhin von allen Regionen den höchsten Anteil an Beschäftigten in der Branche Grundstücks-, Wohnungswesen und Unternehmensdienstleister. Auch bei einer anderen Gliederung nach den produktionsnahen Dienstleistungen insgesamt schneidet Halle besser als der Landesdurchschnitt ab. Ungünstig stellt sich hingegen die Situation im Beherbergungsgewerbe dar. Die Aufenthaltsdauer der Übernachtungsgäste und die Auslastung der Kapazitäten waren 1999 sehr niedrig, nachdem sie im Zeitraum 1995 bis 1999 stark gesunken waren.

Der *Harz* ist in sektoraler Hinsicht ähnlich wie die Altmark strukturiert. Auch hier ist der Agrarsektor vergleichsweise umfangreich. Anders als in der Altmark ist er im Harz jedoch auch hochproduktiv und konnte in einzelnen Branchen seit 1995 sogar erheblich Beschäftigung aufbauen (vor allem im Gartenbau). Die Industrie hat – wie auch in der Altmark – einen etwas geringeren Umfang als im Landesdurchschnitt und ist relativ stark spezialisiert, verzeichnete aber eine relativ günstige Beschäftigungsentwicklung

zwischen 1995 und 1999 (wohlgemerkt relativ zum Landesdurchschnitt: im Land ist die Industriebeschäftigung um rund 15% gesunken, im Harz „nur“ um 9%). Negativ fällt auf, dass es relativ wenige Beschäftigte mit Universitäts- und Fachhochschulabschluss gab und vor allem das Investitionsniveau im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe insgesamt bei lediglich zwei Dritteln des Landes lag. Allerdings gab es innerhalb der Industrie auch im Harz Branchen mit positiver Entwicklung: Insbesondere die Metallbranchen (Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen) und die Branche Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik legten bei Beschäftigung und Umsätzen zu und wiesen weiterhin auch viele qualifizierte Beschäftigte und überdurchschnittliche Investitionen auf.

Im Dienstleistungssektor ist der Harz – ebenso wie die Altmark – keine Domäne für produktionsnahe Dienstleister. Dies dürfte auch auf das Fehlen von Oberzentren in der Region und den Abfluss der Nachfrage in andere Regionen zurückzuführen sein. Im Gegensatz dazu war im Gastgewerbe und darunter speziell auch im Beherbergungsgewerbe die Marktentwicklung in den letzten Jahren positiv. Das Harzer Beherbergungsgewerbe ist nicht nur hinsichtlich Angebot (Betriebe und Betten) und Nachfrage (Ankünfte und Übernachtungen) deutlich größer als im Landesdurchschnitt, es hat seit 1995 auch noch überdurchschnittlich expandiert.

Die sektorale Struktur der Region *Magdeburg* ähnelt derjenigen der Region Halle – aufgrund der ähnlichen Siedlungsstruktur ist dies auch plausibel. Die Erwerbstätigkeit im Staatssektor ist etwas höher, vermutlich eine Folge der Funktion Magdeburgs als Landeshauptstadt. Auffällig ist der hohe Beschäftigtenbesatz im Handel, bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe und in sonstigen unternehmerischen Dienstleistungen (beispielsweise auch in der Datenverarbeitungsbranche und den produktionsnahen Dienstleistungen insgesamt). Da private Dienstleistungen die Beschäftigung steigerten – unter anderem stieg die Beschäftigung in den produktionsnahen Dienstleistungen um 20% zwischen 1995 und 1999 – verzeichnete der Dienstleistungssektor insgesamt in Magdeburg als einziger Region Sachsen-Anhalts einen Beschäftigungszuwachs, obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Staatssektor zwischen 1995 und 1999 um etwa ein Drittel gesunken ist. Freilich dürfte der Zuwachs an Beschäftigung zum Teil auf die erstmalige Erfassung der geringfügig Beschäftigten 1999 zurückzuführen sein.

Der Agrarsektor wies in der Region Magdeburg relativ wenige Beschäftigte in Relation zu den Einwohnern auf und verzeichnete zwischen 1995 und 1999 erhebliche Beschäftigungsverluste. Seine Flächenproduktivität stieg im gleichen Zeitraum und 1999 wies er eine überdurchschnittlich hohe Flächenproduktivität und die höchste Arbeitsproduktivität von allen Regionen des Landes auf.

Während Magdeburg das Potenzial im Dienstleistungssektor und im Agrarsektor relativ gut ausschöpft, ist dies im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nicht durchgängig der

Fall. Zwar gibt es auch hier stark wachsende Branchen – gemessen an Umsatz und Beschäftigung – wie das Ernährungsgewerbe, die chemische Industrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und die Herstellung von Kraftwagen. Andere Branchen, wie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden und der Maschinenbau, haben jedoch deutlich an Umsatz und Beschäftigten verloren. Der Maschinenbau, die traditionelle Leitbranche der Region, verzeichnete zwar eine gute Qualifikation der Beschäftigten und hohe Investitionen, kann aber bislang insgesamt keine befriedigende Performance vorweisen.

5. Wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Die im folgenden angestellten Überlegungen über mögliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen aus der empirischen Detailanalyse richten sich nicht nur an die Landesregierung, sondern ebenso an andere wirtschaftspolitische Akteure auf der Bundes-, Landes- und regionalen Ebene. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht für jedes Problem einfache Lösungen parat stehen und dass sich ein Teil der Schwachstellen auch dem wirtschaftspolitischen Zugriff entzieht.

Ein Leitbild für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes schaffen!

Die Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts weist im Vergleich zu jener der anderen neuen Länder eine Reihe von besonderen Stärken, aber auch Schwächen auf. Die Stärken schlagen sich bislang nur unzureichend im wirtschaftlichen Gesamtergebnis Sachsen-Anhalts bzw. der Wohlfahrt des Landes nieder. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass die ökonomischen Schwächen des Landes dazu beitragen, dass die Stärken nicht voll zur Geltung kommen. Für die Wirtschaftspolitik ergibt sich daraus die vorrangige Aufgabe, zum Abbau der wesentlichen Schwächen beizutragen. Der Abbau von Schwächen sollte allerdings nicht dazu führen, die Pflege der als Stärken des Landes herausgearbeiteten Strukturen in Zukunft zu vernachlässigen. Vielmehr sollten *erstens* die sich jetzt immer deutlicher zeigenden ökonomischen Stärken des Landes erhalten und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden, zumal zumeist auch bei den in Sachsen-Anhalt vorteilhaft ausgeprägten Faktoren im Vergleich zu den alten Ländern ein Rückstand gegeben ist. *Zweitens* ist es für die Weiterentwicklung des Landes von großer Bedeutung, seine Stärken auch nach außen hin – gegenüber der Öffentlichkeit in Sachsen-Anhalt und in ganz Deutschland sowie natürlich vor allem gegenüber potenziellen Investoren – noch stärker als bislang bekannt zu machen.

Für die Infrastruktur und die Branchenstruktur des Landes ist keine eindeutige Einstufung als „Stärke“ oder „Schwäche“ möglich. In diesen Fällen kann man auch von „ambivalenten Strukturelementen“ sprechen. Für die Wirtschaftspolitik ist zu empfehlen, für jene Aspekte, die eher Schwächen darstellen, sowie für die eher als Stärken einzustufenden Aspekte jeweils analog zu dem soeben skizzierten Vorgehen zu versuchen, die

Schwächen zu reduzieren, die Stärken auszubauen und den Bekanntheitsgrad der Stärken zu erhöhen.

Es wird für Sachsen-Anhalt in Zukunft immer stärker darauf ankommen, dass sich mit dem Land in den Köpfen potenzieller Investoren, aber auch mobiler Arbeitskräfte, ein eindeutiges Bild verbindet. Hierfür sollte ein klares *wirtschaftspolitisches Leitbild* fixiert werden, das zu konkreten Strategien zur Verbesserung der Ausstattung des Landes mit Wachstumsfaktoren führen soll. Man könnte sich mit einem derartigen Leitbild entweder am Erhalt und der Weiterentwicklung der Stärken des Landes (beispielsweise: „Sachsen-Anhalt – Land der Forschung“) oder an der Beseitigung seiner Schwächen (beispielsweise: „Sachsen-Anhalt – Land der Unternehmer“) orientieren. Hierdurch wird ein konzentrierter Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente möglich, die gezielt auf die Erreichung des wirtschaftspolitischen Leitbildes ausgerichtet werden können. Zudem kann das wirtschaftspolitische Leitbild zur Imagebildung für das Land beitragen und damit auch zu einer Verbesserung der Position des Landes im internationalen Standortwettbewerb.

Gezielte Bekämpfung von Wachstumsschwächen und regionale Differenzierung der Sachkapitalförderung zugunsten der Wachstumszentren!

In den vergangenen zehn Jahren ist die Sachkapitalbildung der Unternehmen in Sachsen-Anhalt – wie in Ostdeutschland insgesamt – von Seiten des Staates mit Subventionen in erheblichem Umfang unterstützt worden. Grundsätzlich gilt, dass die Bildung von Sachkapital in einer Marktwirtschaft ausschließlich den Unternehmen überlassen bleiben und der Staat lediglich für optimale Rahmenbedingungen der Kapitalbildung sorgen sollte. Sofern einzelne Regionen aufgrund singulärer historischer Ereignisse – wie der deutschen Teilung – mit unternehmerischem Sachkapital extrem schlecht ausgestattet sind, kann es aus regionalpolitischer Sicht angebracht sein, den Unternehmen in den betreffenden Regionen mittels Subventionsvergabe zu helfen. Für Sachsen-Anhalt ist festzustellen, dass die staatliche Unterstützung der Sachkapitalbildung zu einer Erneuerung und Erweiterung des unternehmerischen Sachkapitalstocks beigetragen hat. Die Sachkapitalförderung war aber nicht hinreichend dazu in der Lage, um andere strukturelle Schwächen der Wirtschaft des Landes durchgreifend abzubauen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass auch andere Strategien der Wirtschaftspolitik entwickelt werden sollten.

Für die neuen Bundesländer – und damit auch für Sachsen-Anhalt – wird die Subventionierung der Sachkapitalbildung mit dem Instrument der Investitionszulage gemäß den auf der Bundesebene getroffenen heutigen Regelungen zum Ende des Jahres 2004 auslaufen. Für die Zwecke der Investitionsförderung steht dann nur noch das Instrument der Investitionszuschüsse im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zur Verfügung. Der grundsätzliche Einsatz dieses Instruments ist bislang noch nicht zeitlich limitiert worden, lediglich die Höhe der einge-

setzten Mittel, die Fördergrundsätze und die Abgrenzung der Förderregionen stehen immer wieder zur Disposition.

Das generelle Anliegen der GRW ist die Unterstützung von strukturschwachen Regionen. Auch Unternehmen in ökonomisch benachteiligten Regionen der alten Bundesländer werden mit den Investitionszuschüssen gefördert, während in Ostdeutschland derzeit sämtliche Teilräume als Förderregionen der GRW gelten. Dafür spricht, dass sich der Staat dann in Bezug auf die Standortwahl innerhalb Ostdeutschlands standortneutral verhält. Dies scheint den ökonomisch schwächsten Regionen im Land entgegen zu kommen. Wenn man in Rechnung stellt, dass das Land insgesamt noch einen beträchtlichen Entwicklungsrückstand gegenüber den alten Ländern und bei wichtigen Wachstumsdeterminanten auch gegenüber den anderen ostdeutschen Ländern aufweist, muss man überlegen, ob man mit dem bisherigen System der flächendeckenden Förderung den wünschenswerten Entwicklungsschub erreichen kann. Eine Alternative zur flächendeckenden Förderung wäre die Förderung der Wachstumszentren. Dahinter steht die Vorstellung, dass der Fördermitteleinsatz in diesen Zentren, die über die günstigste Ausstattung mit Wachstumsdeterminanten verfügen, für das Land insgesamt die größten Wachstumseffekte nach sich zieht. Es kann erwartet werden, dass in den Agglomerationen der Ertrag einer zusätzlichen Fördermark höher ist als in anderen Räumen. Damit werden aber die schwächeren Regionen nicht etwa von der Entwicklung abgekoppelt, sondern es steht zu erwarten, dass auch sie von der Entwicklung in den Zentren langfristig profitieren. Es müsste also auch im Interesse der strukturschwachen Räume des Landes liegen, sich für eine Konzentration der Investitionsförderung auf die stärkeren Regionen einzusetzen.

Mit Blick auf Sachsen-Anhalt konnte im Rahmen dieser Studie die beste Ausstattung mit wachstumsrelevanten Faktoren für die Räume Halle und Magdeburg ermittelt werden. Die Politik sollte in der nächsten Zeit versuchen, durch eine Konzentration der Investitionszuschüsse auf Halle und Magdeburg diese beiden Regionen weiter zu stärken und damit auch die Wirtschaft im Lande insgesamt voranzubringen. Nicht nur beim Wachstumsfaktor Sachkapital sondern auch bei den anderen Wachstumsdeterminanten bietet sich eine Schwerpunktsetzung zugunsten der Regionen Halle und Magdeburg an. Die vorgeschlagene Konzentration der Investitionsförderung auf die wirtschaftlichen Zentren im Lande widerspricht keineswegs dem Grundanliegen der GRW, die besonders strukturschwachen Regionen zu fördern, weil derzeit noch ganz Sachsen-Anhalt als strukturschwach einzustufen ist. Gleichwohl hat die Realisierung dieses Vorschlags zur Voraussetzung, dass sich das Land mit dem Bund und den anderen Ländern abstimmt.

Neben den Fragen nach der Investitionsförderung an sich und nach der Abgrenzung von Förderregionen kann als dritte Frage jene nach der sektoralen Differenzierung der Förderung gestellt werden. Auf Sachsen-Anhalt bezogen könnte überlegt werden, ob die Förderung des unternehmerischen Sachkapitals zukünftig etwa auf jene Branchen des

Landes konzentriert werden sollte, die bislang nur unzureichend an dem insgesamt sehr modernen Sachkapitalstock des Landes partizipieren. Von einer solchen Politik muss der Landesregierung aber dringend abgeraten werden. Eine sektorale Struktursteuerung der Wirtschaft durch den Staat ist immer äußerst problematisch und kann allenfalls in Ausnahmefällen befürwortet werden. Eine politisch gewollte und mit Hilfe von Subventionen geschaffene oder gestützte sektorale Wirtschaftsstruktur kann sehr leicht zur Krise einzelner Branchen und zu deren langfristiger Abhängigkeit von Subventionen führen, wenn die Wirtschaftsstruktur nicht den tatsächlichen Marktverhältnissen entspricht. Die Ablehnung einer branchenmäßigen Differenzierung der Investitionsförderung bedeutet allerdings nicht, dass es für die Wirtschaftspolitik unzulässig wäre, mit anderen Instrumenten, vor allem mit Hilfe der Investorenwerbung, gezielt zugunsten einzelner Branchen vorzugehen; hierauf wird im Folgenden näher eingegangen.

Investorenwerbung: Synergien mit vorhandenen Unternehmen schaffen

Eine finanzielle Investitionsförderung setzt natürlich voraus, dass in einer Region überhaupt investitionswillige Wirtschaftssubjekte in hinreichender Zahl vorhanden sind. Dies ist auch, aber nicht nur, eine Frage der unternehmerischen Initiative. Auch die gezielte Anwerbung von Investoren aus anderen Regionen erhöht die Zahl der investitionswilligen Unternehmer in Sachsen-Anhalt. Investorenwerbung ist erfahrungsgemäss am erfolgreichsten, wenn sie zielgruppenorientiert vorgeht. Als Zielgruppen kommen Investoren in Frage, die die vorhandenen Strukturen als Standortvorteile wahrnehmen und sich aus den daraus entstehenden Synergien Vorteile versprechen.

Die Anwerbungsversuche des Landes sollten sich am besten auch weiterhin auf solche Branchen konzentrieren, welche mit dem hochmodernen Sachkapitalstock wichtiger sachsen-anhaltinischer Branchen Komplementaritäten aufweisen, so dass für die vorhandenen wie für die neu angesiedelten Unternehmen Synergieeffekte entstehen können. Dies bedeutet nicht nur Vorteile für die neu angesiedelten Unternehmen, sondern auch für die bereits bestehenden Unternehmen, die aufgrund derartiger Komplementaritäten ihren hohen Sachkapitalbestand besser als heute nutzen können. Eine bessere Nutzung kann damit auch für Infrastruktureinrichtungen – speziell in den Chemieparks – erreicht werden, die noch über freie Kapazitäten verfügen.

Die gezielte Investorenwerbung in bestimmten Branchen hat – anders als die branchenspezifische Subventionsvergabe – kaum eine Wirtschaftsstruktur zur Folge, die den Marktverhältnissen nicht entspricht und kann mithin uneingeschränkt befürwortet werden. Denn ein interessierter Investor aus einer anderen Region wird in Sachsen-Anhalt nur dann finanzielle Mittel einsetzen, nachdem er sich über die Rentabilität der geplanten Investitionen Klarheit verschafft hat.

Öffentliche Forschung stärker anwendungsbezogen ausrichten

Wie dargestellt, zeigen die verwendeten Indikatoren ein überaus günstiges Bild von der öffentlichen Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt, vor allem in Bezug auf die Hochschulforschung. Dies erscheint nicht zuletzt auch deshalb von Bedeutung, weil für die FuE in den sachsen-anhaltinischen Unternehmen eher eine ungünstige Situation zu bestehen scheint. Es ist davon auszugehen, dass sich die Beseitigung dieses Defizits weitgehend der wirtschaftspolitischen Einflussnahme entzieht. Immerhin wäre zu überlegen, ob auf dem Wege der Kooperation zwischen der öffentlichen Forschung und den Unternehmen eine stärkere Innovationsorientierung in den Unternehmen und mehr FuE in der Wirtschaft angeregt werden könnten. Allerdings gibt es diese Form der Kooperation bereits, und sie ist im Lande nicht weniger stark ausgeprägt als im Durchschnitt der neuen Länder. Zudem besteht für die Kooperation zwischen öffentlicher Forschung und privaten Unternehmen die notwendige Bedingung, dass die Unternehmen an Innovationen interessiert sind und aufgrund dieses Interesses ein Bedarf an den Ergebnissen der öffentlichen Forschung existiert. Die öffentliche Forschung ist also nicht per se als Wachstumsfaktor einzustufen; die Förderung der unternehmerischen FuE müsste in erster Linie bei den Unternehmen selbst ansetzen.

Gleichwohl kann das Land immerhin versuchen, die *Nachfrage* nach den Ergebnissen der öffentlichen Forschung zu erhöhen. Eine erste Möglichkeit hierfür besteht darin, dass die öffentliche Forschung in Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch stärker als bisher auf den Bedarf der privaten Wirtschaft im Lande ausgerichtet wird. Dies bedeutet eine weitere Stärkung der anwendungsbezogenen Forschung gegenüber der Grundlagenforschung. Zu der Frage, wie dies am besten gelingen kann, sind noch zusätzliche empirische Untersuchungen erforderlich. Exemplarisch erwähnt sei die Möglichkeit, dass Studierende ihre Diplomarbeiten in Kooperation mit Unternehmen schreiben könnten, um auf deren spezifische Situation eingehen zu können. Um den Nutzen aus der öffentlichen Forschung zu erhöhen, sollte sie sich an der heutigen sektoralen Wirtschaftsstruktur des Landes orientieren; so könnten sich etwa aus der Förderung der Biotechnologie Synergieeffekte für die im Lande relativ stark vertretene Ernährungsindustrie sowie für die bereits hoch produktive Landwirtschaft ergeben. Die Nachfrage nach den Ergebnissen der öffentlichen Forschung des Landes kann auch durch eine Verbesserung der Information der Unternehmen über das vorhandene Angebot erhöht werden.

Abschließend ist hinsichtlich der Relevanz der öffentlichen Forschung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes festzuhalten, dass die betrachteten Zusammenhänge und die Frage nach der „optimalen“ Struktur der öffentlichen Forschung derzeit noch nicht hinreichend geklärt sind und hierzu die Durchführung weiterer empirischer Untersuchungen zu empfehlen ist.

Qualitativ hochwertige Infrastruktur besser ausnutzen und Infrastrukturlücken schließen

Es ist zu überlegen, wie die qualitativ hochwertigen Elemente der Verkehrsinfrastruktur noch effektiver genutzt werden können. Hier ist zunächst an den Flughafen Leipzig-Halle zu denken, dessen beachtliche Kapazität heute noch bei weitem nicht ausgenutzt wird und von dem das Land in Zukunft stärker profitieren könnte. Der Flughafen weist allerdings den „Mangel“ auf, jenseits der sachsen-anhaltinischen Landesgrenze gelegen zu sein. Zwar kommen die durch den Flughafen unmittelbar oder mittelbar (bei Unternehmen, die sich in Flughafennähe ansiedeln) auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen geschaffenen Einkommen und Arbeitsplätze auch dem Land Sachsen-Anhalt zugute, soweit die betreffenden Arbeitskräfte ihren Wohnsitz im Lande haben und behalten. Auch auf sachsen-anhaltinischem Gebiet siedeln sich Unternehmen aufgrund der vom Flughafen gebotenen Möglichkeiten an. Gleichwohl bedeutet die Lage des Flughafens in Sachsen, dass das Land Sachsen-Anhalt von ihm tendenziell weniger profitiert als das Land Sachsen; dies gilt insbesondere für die fiskalischen Erträge und könnte bislang eine stärkere Ausrichtung von Sachsen-Anhalt auf den Flughafen verhindert haben. Es ist zu überlegen, ob durch ein verändertes institutionelles Arrangement das eigentlich wünschenswerte Interesse Sachsens am Flughafen Leipzig-Halle erhöht werden könnte. Zu denken ist daran, den Flughafen und ein größeres Territorium in seiner Umgebung zu einer gemeinsamen Gewerbezone der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen zu erklären, in Analogie zu den schon vielfach erprobten gemeinsamen Gewerbegebieten auf der kommunalen Ebene.

Die recht gute Ausstattung des Landes mit Schienenverkehrswegen steht in einem deutlichen Widerspruch zur Fahrplanpolitik der Deutschen Bahn AG. Hierzu ist anzumerken, dass die Deutsche Bahn AG unverändert auf dem Markt für Eisenbahnleistungen im überregionalen Personenverkehr ein Monopol besitzt. Vermutlich führt das Monopol dazu, dass die Qualität der Eisenbahnleistungen zu wünschen übrig lässt. Sachsen-Anhalt sollte sich demgemäß dafür einsetzen, dass Alternativenanbieter das Schienennetz der DB AG stärker nutzen können. Der politische Weg könnte auch genutzt werden, um Einfluss auf die Trassenführung der Eisenbahn zu nehmen. Durch die stets mit sehr hohen Kosten verbundene Trassenführung werden die Erreichbarkeit einer Region mit der Eisenbahn und daraus resultierende Entwicklungsoptionen für Jahrzehnte festgelegt, unabhängig von der tatsächlichen Versorgung mit Eisenbahnleistungen.

Hinsichtlich der Wasserstraßen des Landes wäre die bessere Ausnutzung des Saalehafens in Halle anzustreben, der auch für Unternehmen an Standorten in Sachsen und Thüringen attraktiv sein kann; dies setzt den Ausbau der Saale als Wasserstraße voraus.

Die Schwächen des Landes bei der Straßeninfrastruktur, insbesondere bei den Autobahnen, sollten so schnell wie möglich beseitigt werden. Dies erscheint unter den gegebenen Bedingungen nur möglich, wenn neue Wege der Finanzierung beschritten werden. Hier könnte etwa an die Übertragung der Bereitstellung von neuen Schnellstraßen an

private Unternehmen gedacht werden, im Gegenzug gegen das Recht dieser Unternehmen, Mautstellen einzurichten.

Offensive zur Verbesserung der Humankapitalausstattung

Mit ABM sind verschiedene negative Auswirkungen verbunden, der Übergang in den regulären Arbeitsmarkt wird erschwert. Es ist deshalb zu empfehlen, zukünftig effektivere Wege für die Qualifizierung von Arbeitslosen zu suchen, die ABM stärker zielgruppenorientiert einzusetzen und vom Umfang her deutlich zu reduzieren. Zwar müsste eine entsprechende Entscheidung auf der Bundesebene fallen; die Landesregierung könnte aber die Initiative ergreifen, um den Bund hierzu zu bewegen.

Die Neigung der Menschen zur Bildung ist mit einer einfachen Gesetzesänderung – wie im Fall von ABM – nicht zu erhöhen. Hier sind vielfältige Maßnahmen erforderlich.

Am schwierigsten erscheint die Aufgabe, das Angebot an wichtigen Qualifikationen im Lande zu erhöhen, um auf diese Weise neue Investoren zu attrahieren. Personen mit entsprechenden Qualifikationen werden in Sachsen-Anhalt ausgebildet, sind aber auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht ausreichend präsent. Hier scheint ein „Teufelskreis“ zu bestehen; wenn in einer Region zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar sind, werden sich keine Unternehmen ansiedeln, die qualifizierte Arbeitskräfte benötigen; ohne Ansiedlung von entsprechenden Unternehmen werden die noch in der Region vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte zur Abwanderung neigen. Insbesondere könnte eine an die in den alten Ländern übliche Höhe angegliche Entlohnung für die höher qualifizierten Berufsgruppen (Lohnspreizung zugunsten von Höherqualifizierten) dazu beitragen, Abwanderungstendenzen vorzubeugen und die Anreize für die jüngere Generation zu erhöhen, mehr in die Entwicklung ihres Humankapitals zu investieren.

Ein Programm für mehr unternehmerische Initiative!

In letzter Zeit versucht das Land etwa mit Hilfe einer Mittelstandsoffensive, zu deren vordringlichen Aufgaben die Stärkung der Finanzierungsbasis mittelständischer Unternehmen und die Schaffung eines positiven Klimas für Existenzgründungen (Existenzgründungsinitiative ego) gehört, die unternehmerische Initiative zu stärken. Die Wirtschaftspolitik des Landes hat hier eine besondere Schwachstelle der Wirtschaftsstruktur erkannt und sollte mit weiteren Maßnahmen auf deren Beseitigung hinwirken. Es erscheint naheliegend, dass die Umsetzung einer solchen Zielvorstellung in den Schulen und Ausbildungsstätten beginnen müsste, etwa durch Einführung eines wirtschaftskundlichen Unterrichts. In Fortführung der grundlegenden Arbeiten Schumpeters zur Rolle der Unternehmer in der Gesellschaft könnte im Lande eine spezielle „Forschungsstelle für das Unternehmertum“ eingerichtet werden.

1. Einleitung

1.1 Problemstellung

Die deutsche Einheit löste im Osten Deutschlands einen tiefgreifenden Systemwandel aus, dessen Folgen allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere aber der Wirtschaft, große Entwicklungsanstrengungen abverlangen. Diese Anstrengungen werden vom Staat mit einem vielfältigen Instrumentarium von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und durch einen beachtlichen Ressourcentransfer aus dem Westen in die neuen Bundesländer unterstützt. Gleichwohl bestehen auch zehn Jahre nach der politischen Wende noch erhebliche Unterschiede zwischen den Produktions- und Einkommensverhältnissen in Ostdeutschland und jenen in den alten Bundesländern, die sich nicht zuletzt auch im Stand der Produktivität und in der Höhe der Arbeitslosigkeit widerspiegeln. Die Transformation der ostdeutschen Wirtschaft ist noch immer nicht abgeschlossen,¹ gleichwohl ist das Stadium des Transformationsprozesses ein anderes:

- In den ersten Jahren nach der Wende hatten insbesondere die Bauwirtschaft und die baunahen Dienstleistungen als regional orientierte Wirtschaftsbereiche einen erheblichen Aufschwung genommen, weil es galt, die gravierendsten Defizite im Bereich der Wohnungsversorgung, bei den gewerblichen Bauten und Flächen sowie bei der Ausstattung mit Infrastruktur zu beseitigen. Mittlerweile konnten die genannten Probleme deutlich entschärft werden. Die Auftragslage der Bauwirtschaft hat sich im Vergleich zur ersten Hälfte der neunziger Jahre deutlich verschlechtert.
- Die ostdeutsche Industrie machte im Rahmen der Transformation einen umfassenden Strukturwandel durch, der von einem gravierenden Umsatz- und Beschäftigungsrückgang begleitet war. Die großindustriellen Komplexe (z. B. Buna, Leuna) wurden umstrukturiert, um möglichst viel von den vormaligen industriellen Standorten unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zu bewahren. Nach wie vor weist die ostdeutsche Industrie zwar einen Produktivitätsrückstand gegenüber Westdeutschland auf, eine Vielzahl von Unternehmen verfügt aber heute über hochmoderne Produkte und Produktionsanlagen. Auch in Ostdeutschland ist die Industrie heute in erheblichem Umfang von den Auswirkungen des – nationalen wie internationalen – Standortwettbewerbs betroffen; Standorte in Ostdeutschland stehen nicht nur in Konkurrenz zueinander und zu Standorten in den alten Ländern, sondern sie müssen immer stärker auch mit Standorten in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas sowie in Fernost konkurrieren.

¹ Vgl. POHL, R.: Die unvollendete Transformation. Ostdeutschlands Wirtschaft zehn Jahre nach Einführung der D-Mark, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2000, 6. Jg., S. 223-238.

- In der Öffentlichkeit ist immer häufiger davon die Rede, dass einzelne Regionen im Osten inzwischen mit der Wirtschaftsentwicklung in den alten Ländern gleichgezogen hätten und deutlich erfolgreicher als andere Regionen in Ostdeutschland abschneiden würden. Eine zu Beginn des Jahres 2000 publizierte Regionalanalyse des IWH hat zwar gezeigt, dass die Unterschiede zwischen der wirtschaftlichen Situation in den ostdeutschen Regionen im Vergleich zum räumlichen Gefälle in Westdeutschland immer noch gering sind; gleichwohl sind die einzelnen neuen Länder mit wesentlichen Wachstumsfaktoren recht unterschiedlich ausgestattet.²
- Schließlich stellt sich für die neuen Länder zunehmend das Problem der knapper werdenden Haushaltsmittel, nicht nur infolge von bundespolitisch entschiedenen Änderungen bei der Besteuerung, sondern auch um der Anforderung gerecht zu werden, die eigenen Haushalte zu konsolidieren. Zwar ist grundsätzlich von nahezu allen politischen Akteuren Zustimmung zur Fortsetzung des Solidarpakts nach dem Jahr 2004 signalisiert worden; es muss aber damit gerechnet werden, dass die finanzielle Förderung zugunsten des Aufbaus in den neuen Ländern ab 2005 weniger großzügig als bisher ausfallen kann.

Für die einzelnen Regionen in Ostdeutschland und die für sie jeweils verantwortlichen Akteure stellt sich vor dem Hintergrund der skizzierten Veränderungen die Frage nach der Zukunftsfähigkeit ihrer gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen. Die Akteure müssen zudem überlegen, ob die von ihnen bisher eingesetzten wirtschaftspolitischen Instrumente und Maßnahmen den gegenwärtigen und zukünftig erwarteten Problemen noch entsprechen, und wie sie die wirtschaftliche Entwicklung zukünftig am besten unterstützen können.

1.2 Zielsetzung der Untersuchung

Für die Regionalökonomik leitet sich aus den skizzierten Fragen die Aufgabe ab, die jeweils spezifische Wirtschaftsstruktur der einzelnen Regionen Ostdeutschlands mit Hilfe von empirischen Daten zu ermitteln, Stärken und Schwächen der jeweiligen regionalen Wirtschaftsstruktur herauszuarbeiten und Hinweise für zukünftige wirtschaftspolitische Strategien und Maßnahmen zu geben, mit welchen eine (weitere) Verbesserung der Wirtschaftsstruktur erreicht werden kann. Dies kann nur auf der Basis und mit Hilfe von Hypothesen über die Relevanz der verschiedenen Strukturkomponenten für die regionale Entwicklung erfolgen, wobei diese Hypothesen aus allgemeinen ökonomischen Theorien der regionalen Entwicklung abgeleitet sein müssen.

² Vgl. BARJAK, F.; FRANZ, P.; HEIMPOLD, G., ROSENFELD, M. T. W.: Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2000, 6. Jg., S. 31-55.

Die vorliegende Untersuchung hat das Ziel, die soeben erläuterte allgemeine regional-ökonomische Aufgabenstellung für die Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt umzusetzen. Für das Land Sachsen-Anhalt stellen sich die in der Problemstellung genannten Fragen in besonderem Maße, weil die Wirtschaft des Landes wegen ihrer früheren sehr starken Ausrichtung auf die in allen Industrieländern tendenziell schrumpfenden Sektoren des Bergbaus, der Landwirtschaft sowie der Großchemie in ganz erheblichem Umfang von den transformationsbedingten Strukturumbrüchen betroffen war. Die Eingrenzung des Untersuchungsgegenstandes auf die Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt bedeutet nicht, dass die Untersuchung sich nur an die Akteure innerhalb dieses Landes wenden würde. Aufgrund der zahlreichen Gemeinsamkeiten der ostdeutschen Länder ist zu erwarten, dass zahlreiche Untersuchungsergebnisse auch für die Entwicklung in anderen Regionen der neuen Länder relevant sein werden. Da nicht alle wirtschaftspolitischen Instrumente in die Kompetenz der Länder fallen, kann sich aus den Ergebnissen der Untersuchung für das Land Sachsen-Anhalt auch Handlungsbedarf für die Politiker auf der Bundesebene ableiten. Schließlich hat die Untersuchung auch das Anliegen, einen Beitrag zur Konkretisierung und Operationalisierung von ökonomischen Hypothesen über die Entwicklungsdeterminanten von Regionen und damit zur Weiterentwicklung regionalökonomischer Theorien zu liefern.

Die Untersuchung wird für den Zeitraum von 1995-1999 durchgeführt, d. h. für die zweite Hälfte des ersten Transformationsjahrzehnts der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft. Für die Zeiträume 1991-1993 sowie 1993-1995 wurden bereits vergleichbare Strukturanalysen durchgeführt,³ an deren Ergebnisse die Untersuchung anknüpfen kann.

1.3 Vorgehensweise

Im Mittelpunkt der vorliegenden Analyse steht die Aufgabe, die spezifische Wirtschaftsstruktur von Sachsen-Anhalt und deren Stärken und Schwächen herauszuarbeiten. Dabei ist die Arbeit so angelegt, dass eine Ableitung von wirtschaftspolitischen Strategien und Maßnahmen für die Landesentwicklung ermöglicht wird. Insgesamt umfasst die Untersuchung die folgenden fünf Arbeitsschritte:

- In einem ersten Schritt werden Hypothesen über die Relevanz von verschiedenen Strukturkomponenten für die regionale Entwicklung generiert. Integraler Bestandteil dieses Arbeitsschrittes ist die Konkretisierung und Operationalisierung der Struktur-

³ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Europaangelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Sonderheft 2/1997. Halle 1997. – JUNKERNHEINRICH, M.; MICOSATT, G.; WILKE, G.: Strukturanalyse der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.), Halle 1993.

komponenten mit Hilfe von empirisch messbaren Indikatoren. Aus regionalökonomischer Sicht lassen sich die Strukturkomponenten einer regionalen Wirtschaft – analog zu den Faktoren der Produktionsfunktion eines Unternehmens – vor allem danach unterscheiden, ob sie eher als *Ergebnisse des Wirtschaftens* (Ausdruck der regionalen Wohlfahrt) oder als *Determinanten* für diese Ergebnisse anzusehen sind, wobei letztere Faktoren auch für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung einer Region von entscheidender Bedeutung sind (sog. Wachstumsfaktoren oder Potenzialfaktoren).

- Im zweiten Arbeitsschritt werden die Ausprägungen der angesprochenen Strukturkomponenten der Wirtschaft des Landes mit Hilfe von empirischen Indikatoren untersucht und interpretiert. Indikatoren werden aussagekräftiger, wenn sie zu entsprechenden Indikatoren für andere Regionen in Relation gesetzt werden. Demgemäß wird im Rahmen des zweiten Arbeitsschrittes ein Vergleich zwischen den für Sachsen-Anhalt ermittelten Indikatorwerten und jenen für die anderen neuen Länder sowie die Gesamtheit der neuen Länder und – soweit möglich oder zweckmäßig – für die Gesamtheit der alten Länder durchgeführt.
- Im dritten Schritt der Analyse wird eine sektorale Disaggregation der wirtschaftlichen Strukturkomponenten der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt durchgeführt. Durch Aufgliederung der regionalen Wirtschaft in verschiedene Wirtschaftszweige und Branchen wird es möglich, die Stärken und Schwächen der Region auf bestimmte Teile der Wirtschaft zurückzuführen. Weiterhin kann man aus dem unterschiedlichen Gewicht einzelner Sektoren einer regionalen Wirtschaft Rückschlüsse auf den Modernitätsgrad der Region ziehen, sofern man Kenntnisse darüber hat, welche sektorale Wirtschaftsstruktur als „modern“ oder „zukunftsfähig“ anzusehen ist.
- Der vierte Schritt enthält die regionale Aufgliederung der Wirtschaft Sachsen-Anhalts. Die räumliche Untergliederung der Wirtschaft einer Region kann es ermöglichen, Stärken und Schwächen der Region näher räumlich zu lokalisieren. Zudem kann es zweckmäßig sein, Empfehlungen für die zukünftige Gestaltung der Wirtschaftsentwicklung getrennt für die einzelnen Teilräume einer Region zu geben, sofern sich deren Entwicklungspfade deutlich unterscheiden. Es ist möglich, Teilräume nach den jeweils gegebenen ökonomischen Verflechtungsbeziehungen, nach den an einzelnen Standorten jeweils ausgeübten wirtschaftlichen Aktivitäten oder nach administrativen Gesichtspunkten zu bilden. In der Regionalisierungsdiskussion in Sachsen-Anhalt werden heute fünf Teilräume des Landes unterschieden: Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Halle, Harz und Magdeburg. Da für jeden dieser Teilräume sogenannte Regionale Entwicklungskonferenzen etabliert wurden, denen die Konzipierung von Strategien zur regionalen Entwicklung obliegt, erscheint es für die

räumliche Aufgliederung der Wirtschaft des Landes zweckmäßig, sich an diesen fünf Teilräumen auszurichten. Die Analyse für jeden dieser Teilräume folgte dem Vorgehen für die gesamtwirtschaftliche Ebene des Landes: Zunächst wurde für jeden Teilraum das wirtschaftliche Ergebnis ermittelt, sodann galt es, die hinter diesem jeweils stehenden Determinanten in Erfahrung zu bringen, schließlich erfolgte eine sektorale Analyse.

- Abschließend wird im fünften Arbeitsschritt zunächst eine zusammenfassende Bewertung der wesentlichen Stärken und Schwächen der Wirtschaft Sachsen-Anhalts vorgenommen. Auf ihrer Basis wird sodann versucht, Schlussfolgerungen und Hinweise zur zukünftigen Ausgestaltung der Wirtschaftspolitik in Sachsen-Anhalt sowie konkrete Handlungsansätze für die verantwortlichen Akteure abzuleiten.

2. Theoretische Überlegungen zur regionalen Wohlfahrt und zu den ökonomischen Strukturen von Regionen

2.1 Vorbemerkungen

In der Regionalökonomik gibt es heute verschiedene miteinander konkurrierende wirtschaftstheoretische Konzepte, mit welchen versucht wird, die Entwicklung von Regionen und vor allem die Entwicklungsunterschiede zwischen den Regionen zu erklären. Die neoklassische Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass Ungleichgewichte zwischen Regionen über den Preismechanismus in Verbindung mit Faktorwanderungen ausgeglichen werden. Demzufolge ist eine ungleiche Entwicklung von Regionen aus der Sicht der Neoklassik stets nur eine vorübergehende Folge von kurz- bis mittelfristigen Störungen. Allerdings werden von der Neoklassik sehr rigide Annahmen getroffen und weder die Formen der Störungen näher untersucht, noch wird konkretisiert, was unter „langfristig“ zu verstehen ist. Die Realität zeigt, dass die Störungen offenbar sehr langwierig sind und teilweise die Tendenz haben, sich im Zeitverlauf zu verstärken. Die traditionellen Institutionisten, allen voran Myrdal, haben versucht, diese empirische Erkenntnis theoretisch abzubilden.¹ Das von ihnen konzipierte Theorem der zirkulär-kumulativen Entwicklung von Regionen kann die sich verstärkenden Unterschiede zwischen den Regionen zwar erklären. Allerdings fehlt den traditionellen institutionellen Ansätzen die theoretische Geschlossenheit und mathematische „Eleganz“ der Neoklassik. Zudem gibt es in der Realität auch Prozesse des räumlichen Ausgleichs, die nun wiederum von den traditionellen Institutionisten nicht erklärt werden können. Die im Kontext mit der Weiterentwicklung der ökonomischen Theorie in den vergangenen Jahrzehnten entstandene neue Wachstumstheorie versucht, eine Brücke zwischen den traditionellen Institutionisten und der Neoklassik zu schlagen. Grundsätzlich basiert die neue Wachstumstheorie auf der Neoklassik.² Gleichzeitig wird aber versucht, Phänomene, die bislang als dem exogen vorgegebenen „Datenkranz“ der ökonomischen Entwicklung zugehörig und nicht untersuchungswürdig angesehen wurden, mit Hilfe des neoklassischen Analyserasters zu untersuchen. Zu den im Rahmen der neuen Wachstumstheorie untersuchten Faktoren gehört insbesondere das technische Wissen als wesentliche Wachstumsdeterminante.

Unter den soeben nur kurz angerissenen Theorien zeichnet sich das neoklassische Wachstumskonzept über die bereits erwähnten Vorzüge hinaus dadurch aus, sich in besonderem Maße zur Strukturierung der Faktoren zu eignen, welche für die ökonomische

¹ Vgl. MYRDAL, G.: *Economic Theory and Underdeveloped Regions*. London 1957.

² Vgl. zu den Ansätzen der neuen Wachstumstheorie etwa die zusammenfassende Darstellung bei BRÖCKER, J.: *Die Lehren der neuen Wachstumstheorie für die Raumentwicklung und die Regionalpolitik*, in: *Regionalentwicklung und regionale Arbeitsmarktpolitik*. U. Blien; H. Herrmann und M. Koller (Hrsg.), *Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nr. 184. Nürnberg 1994.

Performance einer Region von Bedeutung sind. Demgemäß wird dieses Konzept auch den folgenden theoretischen Erörterungen zugrunde gelegt:

Die Grundidee des neoklassischen Wachstumskonzepts besteht darin, dass sich das wirtschaftliche Ergebnis einer Region analog zum Produktionsergebnis eines Unternehmens als regionaler „Output“ verstehen lässt, der sich durch die Kombination der regionalen Wachstumsfaktoren ergibt, die der jeweils betrachteten Region als „Inputs“ zur Verfügung stehen.³ Der aktuelle regionale „Output“ ist Ausdruck des gegenwärtig in einer Region vorhandenen und unter den gegebenen Bedingungen des interregionalen Standortwettbewerbs effektiv genutzten Wirtschaftspotenzials und damit des wirtschaftlichen Ergebnisses oder der „Wohlfahrt“ einer Region.

Man muss bei der idealtypischen Trennung zwischen Ergebnisfaktoren und den sie bedingenden „Inputs“ oder regionalen Wachstumsfaktoren allerdings berücksichtigen, dass verschiedene Indikatoren für das wirtschaftliche Ergebnis einer Region – z. B. der Stand der Beschäftigung – teilweise auch selbst wieder Auswirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis haben können. Bei der Gesamtbewertung der Wachstumspotenziale einer Region ist dieser Sachverhalt angemessen zu berücksichtigen, indem auch den Rückwirkungen aller ergebnisorientierten Faktoren auf die Zukunftsentwicklung nachgegangen wird.

Für die Konkretisierung des neoklassischen Ansatzes der Wachstumstheorie stellt sich zunächst die Frage, was unter dem regionalen „Output“ zu verstehen ist (vgl. hierzu Unterabschnitt 2.2). Unter den regionalen Wachstumsfaktoren oder Determinanten der regionalen Wohlfahrt sollen die folgenden Faktoren betrachtet werden:

- Humankapital und Arbeitsmarktpolitik,
- Privates Sachkapital,
- Technisches Wissen,
- Unternehmensstrukturen (Unternehmerische Initiative, Unternehmensverflechtungen und Unternehmens- bzw. Betriebsgrößenstrukturen),
- Raumstruktur und natürliche Ressourcen,
- Branchenstruktur.

Zwischen diesen Faktoren gibt es zahlreiche Komplementaritäts- und Substitutionsbeziehungen. So kann etwa der Faktor Humankapital teilweise durch den Einsatz von Sachkapital ersetzt werden – oder vice versa. Gleichzeitig benötigen die beiden genannten Faktoren sich aber gegenseitig stets in einem gewissen (vom Stand der Technik abhängigen) Mindestumfang.

³ Den grundlegenden Beitrag zur neoklassischen Wachstumstheorie bildete R. M. SOLOWS Aufsatz A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Jg. 70 (1956), S. 65-74.

2.2 Möglichkeiten der Operationalisierung der regionalen Wohlfahrt

Geht man davon aus, dass das Ziel jeder Volkswirtschaft in der Maximierung der Wohlfahrt besteht, so wäre idealerweise das Wohlfahrtsniveau zu verwenden, um die ökonomische Leistung der Wirtschaft Sachsen-Anhalts und seiner Regionen darzustellen und zu bewerten. Das Wohlfahrtsniveau kann allerdings nur schwierig gemessen werden, da Wohlfahrt sich nicht auf eine einzige Größe reduzieren lässt und neben monetären Komponenten (z. B. Arbeitseinkommen) auch zahlreiche nicht-monetäre Komponenten aufweist (z. B. Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen, wozu beispielsweise Arbeitsmöglichkeiten, Umweltqualität, Bildungs- und Ausbildungsmöglichkeiten, gehören). Folglich erscheint es zweckmäßig, zur behelfsmäßigen Erfassung der Wohlfahrt ein System von Indikatoren heranzuziehen, das nach Möglichkeit ihre zentralen Komponenten abbildet. Dieses System besteht in der vorliegenden Analyse aus drei Teilen:

- a) den monetären Einkommen,
- b) dem Bedürfnis nach Arbeit und
- c) der Mobilität der Bevölkerung.

Ad a) Das *Pro-Kopf-Einkommen*, d. h. das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner, bildet üblicherweise den monetären Basisindikator für die Messung des wirtschaftlichen Ergebnisses in den Untersuchungsregionen. Der Indikator hat den Vorteil, dass er den größten Teil der Güterproduktion in einem Kalenderjahr erfasst und als im Zeitverlauf und innerhalb Deutschlands auch zwischen den Regionen vergleichbares monetäres Datum ausweist. Allerdings wird das BIP nicht auf einer kleinräumigeren Ebene als den Bundesländern veröffentlicht. Deshalb muss in der folgenden Analyse auch auf Behelfsgrößen zurückgegriffen werden, wie die *Bruttowertschöpfung* (BWS) sowie die *Bruttolohn- und -gehaltssummen* und die *Gesamtumsätze* jeweils im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, die jeweils über Teilbereiche des monetären Ergebnisses der wirtschaftlichen Aktivitäten in einer Region Auskunft geben.

Die am BIP häufig vorgebrachte Kritik, dass es die nicht am Markt gehandelten Komponenten der Wohlfahrt und externe Effekte nicht oder nur unzureichend abbildet und dass es nicht zwischen Positiv- und Negativgütern differenziert, treffen auch für die genannten Ersatzindikatoren zu.⁴ Hinzu kommt, dass die Surrogate nur Teile der regionalen Produktion abdecken und in ihrer Interpretation nicht widerspruchsfrei sind: So spiegeln hohe Löhne in der Gegenwart einerseits eine hohe Kaufkraft und hohen regionalen Wohlstand wider, andererseits stellen sie aus der Sicht der Unternehmen eine Kostenkomponente und Belastung für deren Wettbewerbsfähigkeit dar, die mittelfristig

⁴ Vgl. zu einem Überblick über die Kritik LIPPE, P. von der: Statistische Wohlfahrtsindikatoren – Die Messung des Lebensstandards, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Stuttgart 1996, S. 63-71. (= Forum der Bundesstatistik, Bd. 29).

auch zu sinkenden Einkommen führen kann (wenn die hohen Löhne nicht mit einer hohen Arbeitsproduktivität einhergehen). Das BIP und die anderen verfügbaren Einkommensindikatoren können folglich nicht als die allein geeigneten Wohlfahrtsmaßstäbe betrachtet werden.

Ein Teil der Einkommen einer Region, und zwar derjenige, der durch Absatz in anderen Regionen erzielt wird, wird zusätzlich gesondert betrachtet. Aufgrund der Datenlage ist dabei in der Regel eine weitere Beschränkung auf den Absatz nötig, der im Ausland erwirtschaftet wird. Die Betrachtung der Exporte erfolgt zum einen deshalb, da mit diesen außerhalb der Region Einkommen erzielt werden, die – im Sinne der Exportbasistheorie – Multiplikatoreffekte für die Nachfrage auf dem Binnenmarkt der Region nach sich ziehen. Zum anderen können Exporte, da sie höhere Anforderungen an die Effizienz der Produktion und das Absatzmanagement der Unternehmen stellen, auch als „Qualitätssiegel“ und Indiz für eine besondere Wettbewerbsfähigkeit einer Region oder Branche betrachtet werden. Zwar stehen die regionalen Unternehmen auch auf dem regionalen Markt in Konkurrenz zu Unternehmen von außen;⁵ allerdings haben sie hier wegen der durch die räumliche Nähe niedrigeren Transport- und anderen Transaktionskosten (Informations-, Verhandlungs-, Sicherungs- und Regulierungskosten) einen Vorteil gegenüber den Unternehmen von außen. Beim Absatz auf den Märkten außerhalb der Region sind die Unternehmen dagegen mit den höheren Transport- und anderen Transaktionskosten konfrontiert. Sie müssen diese durch niedrigere Kosten in anderen Bereichen überkompensieren, um preislich wettbewerbsfähig zu sein, oder andere Wettbewerbsvorteile aufweisen, um höhere Preise durchsetzen zu können. Freilich entstehen nicht nur beim Absatz im Ausland, sondern auch bei inländischem Absatz außerhalb der Region beispielsweise zusätzliche Transport- und Informationskosten und damit besondere Anforderungen an die Wettbewerbsfähigkeit. Auch kann der Binnenabsatz aus Vorprodukten von Exportgütern bestehen, die als „indirekte Exporte“ nach einer Weiterverarbeitung den Weg ins Ausland finden.⁶ Über den inländischen Absatz außerhalb der Region liegen jedoch nur näherungsweise Daten für die Bundesländer aus speziellen Umfragen (IAB-Betriebspanel) vor. Relativ detaillierte Exportdaten stehen grundsätzlich für

⁵ Vgl. HASCHKE, I.; LUDWIG, U.: Hohe Exportdynamik im Verarbeitenden Gewerbe: Bessere Aussichten für die ostdeutschen Unternehmen?, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 4/1998, 4. Jg., S. 6.

⁶ Für Ostdeutschland wird geschätzt, dass diese indirekten Exporte 1997 einen Umfang von etwa 55% der direkten Exporte ausmachten, vgl. RAGNITZ, J. et al.: *Transfers, Exportleistungen und Produktivität. Wirtschaftliche Strukturdaten für die neuen Länder. IWH-Sonderheft 2/1998. Halle 1998, S. 39.* Indirekte Exporte werden jedoch im Rahmen dieses Gutachtens nicht berücksichtigt, da ihre Höhe wegen Datenrestriktionen allenfalls grob geschätzt werden kann und da dann auch von den direkten Exporten Sachsen-Anhalts diejenigen Vorleistungen abgezogen werden müssten, die aus anderen Bundesländern nach Sachsen-Anhalt geliefert wurden und somit indirekte Exporte dieser Länder darstellten. Derartige Berechnungen wären mit großem Aufwand verbunden, da etwa auch zwischen Vorprodukten und anderen Vorleistungen für die Produktion (etwa Investitionsgütern) unterschieden werden müsste und da gegebenenfalls Wertschöpfungsketten mehrerer Vorproduzenten bis zum Finalproduzenten nach zu verfolgen wären.

die Länder zur Verfügung, auf der Ebene der Regionen und der Branchen kann lediglich auf die Exportumsätze im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe zurückgegriffen werden.

Ad b) Die Befriedigung des Bedürfnisses nach Arbeit kann ein weiteres Element bei der Bestimmung der Wohlfahrt einer Region sein. Erstens, da die Integration in die Arbeitsgesellschaft selbst einen Wert an sich darstellt, wie Psychogramme von Arbeitslosen belegt haben,⁷ und die einfache Dichotomie Arbeit/Freizeit folglich besser durch Arbeitsleid/Arbeitsfreude/Freizeit zu ersetzen ist.⁸ Zweitens, weil etwa mit Größen wie der Arbeitslosenquote derjenige Anteil der Bevölkerung erfasst wird, der nicht dazu in der Lage ist, Arbeitseinkommen zu erwirtschaften. Da Arbeitseinkommen im Durchschnitt höher sind als Transfereinkommen, ist der Anteil an Bevölkerung mit Einkommen am unteren Ende der Einkommensskala um so höher, je höher der Anteil an Empfängern von Transfereinkommen ist. Allerdings kann die Verwendung der Arbeitslosenquote nur deshalb als Verteilungsindikator akzeptiert werden, da die Berechnung besserer Indikatoren wegen des Fehlens detaillierter Einkommens- und Vermögensangaben auf kleinräumigen Ebenen nicht möglich ist. Drittens gibt das Ausmaß, in dem die arbeitsfähige und -willige Bevölkerung in den Arbeitsmarkt integriert ist, auch Aufschluss über die Wachstumsperspektiven einer Region: Personen, die in den Arbeitsmarkt integriert sind, akkumulieren im Durchschnitt mehr Wissen als Erwerbslose; eine Region mit einer hohen Erwerbslosigkeit hat deshalb tendenziell einen niedrigeren Humankapitalbestand als eine Region mit niedriger Erwerbslosigkeit. Dieser Effekt der Erwerbslosigkeit auf das Wachstum macht deutlich, dass die Trennung der Indikatoren in solche, die auf das wirtschaftliche Ergebnis hinweisen, und solche, die auf seine Determinanten hinweisen, nicht eindeutig sein kann. Sie hilft aber bei der Strukturierung des empirischen Vorgehens.

Als zentrale Indikatoren für den Umfang, in dem die Bevölkerung Sachsen-Anhalts und seiner Regionen in den Arbeitsmarkt integriert ist bzw. in dem ein unbefriedigtes Bedürfnis nach Arbeit besteht, werden die *Beschäftigtenquote* und die *Arbeitslosenquote* herangezogen. Gerade in Ostdeutschland ist jedoch die Arbeitslosenquote aufgrund der umfassenden Arbeitsmarktpolitik als Indikator nur beschränkt geeignet, da sich nach wie vor ein beachtlicher Anteil der arbeitswilligen Erwerbslosen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Fortbildungs- und Umschulungsprojekten (FuU) befindet oder nur einen Bruchteil der vollen Arbeitszeit in der sogenannten Kurzarbeit arbeitet. Ergänzend werden deshalb Indikatoren zu den *Personen in ABM* und die *Unterbeschäftigungsquote* aufgenommen. Letztere stellt eine um eben diese Personen in ABM, FuU

⁷ Vgl. beispielsweise: Unabhängiges Marktforschungsinstitut Info GmbH: Arbeitslosenreport Ost 1993. Repräsentative Befragung von Arbeitslosigkeit Betroffener in den neuen Bundesländern. Berlin 1994. – JAHODA, M.; LAZARSELD, P.F.; ZEISEL, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt am Main 1975.

⁸ Vgl. zu diesem Begriffstrio HAUSER, R.: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Stuttgart 1996, S. 22. (= Forum der Bundesstatistik, Bd. 29).

und Kurzarbeit erweiterte Arbeitslosenquote dar. Zusätzlich wird schließlich noch die *Sozialhilfequote* als weiterer behelfsmäßiger Wohlfahrtsindikator herangezogen, da sie relativ kleinräumig (Landkreise und kreisfreie Städte) verfügbar ist und außerdem Rückschlüsse auf die Verfestigung von Arbeitslosigkeit gestattet. Sie wird gebildet als der Anteil der Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (außerhalb von Pflegeeinrichtungen und ohne Inanspruchnahme teilstationärer Hilfe) an der Bevölkerung.

Ad c) Insgesamt kann Mobilität als ein Ausdruck für die empfundene Zufriedenheit der Bevölkerung mit den regionalen Lebensbedingungen angesehen werden – wie es sich etwa in dem Schlagwort einer „Abstimmung mit den Füßen“ widerspiegelt – da Mobilität durch viele verschiedene Faktoren verursacht wird, die in der Summe letztlich die regionalen Lebensbedingungen ausmachen. Zu diesen Faktoren gehören beispielsweise die Bildungsmöglichkeiten in einer Region, die Wohnverhältnisse, die (Nah-)Erholungsmöglichkeiten, die Umweltqualität oder die Einkaufsgelegenheiten vor Ort (die freilich weniger zur Abwanderung als zum Einkaufspendeln führen dürften).

Bei einer enggefassten Interpretation kann die Arbeitskräftemobilität ebenfalls Aufschluss über die Einkommen in einer Region geben, da sie zumindest teilweise durch Unterschiede der Faktorentlohnung und -auslastung zwischen den Regionen verursacht wird. Zuwanderungen indizieren bei dieser Interpretation überdurchschnittliche Faktoreinkommen in der Zuwanderungsregion. Allerdings ist ein direkter Rückschluss von der Mobilitätsrate auf die Einkommen in einer Region nicht möglich: Erstens kann die Abwanderung mobiler Arbeitskräfte die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Pro-Kopf-Einkommen der Zurückbleibenden durch geringere Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt erhöhen und zweitens können Wanderungen – wie angeführt – auch andere Ursachen als das Einkommen haben.

Auch bei der Interpretation von Mobilitätskennziffern ist wieder zu beachten, dass sie nicht nur über das Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit in der Vergangenheit Auskunft geben, sondern auch über die Wachstumsperspektiven in der Zukunft: Neben der bloßen Arbeitskraft führen Migranten auch Humankapital mit sich. Da die Akkumulation von Humankapital die gesamte Produktivität einer Volkswirtschaft steigert,⁹ resultieren aus seiner Abwanderung Wachstumsverluste bzw. aus der Zuwanderung Wachstumsgewinne in den betroffenen Volkswirtschaften oder Regionen. Das Herkunftsland oder die Herkunftsregion kann allerdings teilweise durch Geldsendungen (*remittances*) der Migranten für die Verluste der Abwanderung kompensiert werden.¹⁰ Pendlerbeziehungen wirken im Prinzip ähnlich, da wie bei Rücküberweisungen wieder Einkommen in

⁹ LUCAS, R. E.: Why Doesn't Capital Flow From Rich to Poor Countries?, in: American Economic Review, Vol. 80 (1990), No. 2, S. 94.

¹⁰ STRAUBHAAR, T.; WOLBURG, M.: Brain Drain and Brain Gain in Europe. An Evaluation of the East European Migration to Germany, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 218 (1999), Heft 5+6, S. 592.

die Herkunftsregion transferiert werden. Sie sind daher aus Wachstumsgesichtspunkten günstiger als eine vollständige Abwanderung einzuschätzen.

Als Indikator für die Mobilität wird zunächst auf den *Wanderungssaldo* (Differenz aus Zuzügen und Fortzügen) zurückgegriffen, in Bezug gesetzt zur im Ausgangszeitpunkt vorhandenen Bevölkerung. Zwar wären grundsätzlich auch weitere Indikatoren denkbar, etwa allein die Zu- oder Abwanderungen oder – um die Fluktuation der Bevölkerung abzubilden – die Summe aus beiden. Da Wanderungsdaten in Deutschland jedoch stark durch die Verfahrensweise bei der Erfassung von Aussiedlern und Asylbewerbern beeinflusst werden, kann nur die Differenzbildung zu aussagekräftigen Daten führen. Der *Pendlersaldo*, definiert als Differenz aus Ein- und Auspendlern, im Verhältnis zu den Beschäftigten in einer Region, bildet einen weiteren Indikator, der insbesondere über die Mobilität der Arbeitskräfte zusätzliche Informationen gibt.¹¹

Eine Gewichtung der skizzierten Wohlfahrtskomponenten ist nicht möglich. Eine Region wird als um so wohlhabender eingestuft, je höhere monetäre Einkommen sie erwirtschaftet hat, je höher das Beschäftigungsniveau, je niedriger das Unterbeschäftigungsniveau und je größer die Wanderungsgewinne sind.¹²

Da jedoch die vorgestellten Messkonzepte der Wohlfahrt alle im Wesentlichen auf einer vergangenheitsbezogenen Betrachtung aufbauen und nur sehr beschränkt etwas über die zukünftige Entwicklung aussagen – immerhin kann man im Fall der Wanderungen vermuten, dass bei der Migrationsentscheidung auch die Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung der Lebensbedingungen in einer Region eine Rolle spielen – muss eine Analyse, die etwas über die zukünftige Wohlfahrtsentwicklung aussagen möchte, auf weitere Indikatoren zurückgreifen. Es bietet sich an, dabei Indikatoren auszuwählen, die Argumente einer aggregierten regionalen Produktionsfunktion abbilden und damit als Determinanten der regionalen Wohlfahrt eingestuft werden können. Die in der vorliegenden Analyse einbezogenen Determinanten sollen nachfolgend mit ihrem theoretischen Zusammenhang zur Wohlfahrt, empirischen Ergebnissen dazu und der gewählten Operationalisierung vorgestellt und erörtert werden.

¹¹ Die Beziehung zwischen Wanderungen und Pendeln ist nicht eindeutig: Pendeln kann einerseits eine Vorstufe für Wanderungen darstellen, kann andererseits aber auch Wanderungen ersetzen.

¹² Vgl. auch die ähnlichen Überlegungen zur regionalen Wettbewerbsfähigkeit in CAMBRIDGE ECONOMETRICS: Regional Competitiveness Indicators. A final report submitted to DG XVI of the European Commission (Regional Policies). Cambridge 1998, S. 1-9. – EUROPÄISCHE KOMMISSION: Sechster periodischer Bericht über die sozioökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Gemeinschaft. Februar 1999.

2.3 Determinanten der Wohlfahrt von Regionen – Erklärungsbeiträge der Theorie, Empirie und Operationalisierung in der vorliegenden Analyse

2.3.1 Humankapital und Arbeitsmarktpolitik

a) Humankapital und Arbeitsmarktpolitik aus regionalökonomischer Sicht

Seit jeher ist der Mensch mit seinen Bedürfnissen, Einstellungen und Anlagen, die ihren Ausdruck in bestimmten Kenntnissen und Fähigkeiten finden, der zentrale Bestimmungsfaktor für das wirtschaftliche Ergebnis einer Region. Ohne einen hinreichenden Einsatz der menschlichen Arbeitskraft ist niemals ein befriedigender Ertrag der anderen Faktoren zu erreichen. Demgemäß beginnt auch in der vorliegenden Strukturanalyse die Betrachtung der Determinanten des regionalen Wirtschaftsergebnisses mit einer Behandlung der Kenntnisse und Fähigkeiten, die den Menschen in einer Region zu eigen sind und in den Wirtschaftswissenschaften üblicherweise unter dem Terminus „*Humankapital*“ zusammengefasst werden.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, als wäre das in einer Region zu einem bestimmten Zeitpunkt vorhandene Humankapital eine unveränderbare Größe. Der in einer Region gegebene Humankapitalbestand stellt sicherlich ein wichtiges Entscheidungskriterium für Investoren dar, denen an einer bestimmten Humankapitalausstattung gelegen ist. Es kann aber auch in direkter Folge einer Investition in einer Region dazu kommen, dass eine komplementäre Veränderung des Humankapitals angeregt wird, d. h. infolge der veränderten Nachfrage (durch den neuen Investor) nach Humankapital kommt es zu einem entsprechenden Angebot. Humankapital ist wie Sachkapital ein grundsätzlich mobiler Produktionsfaktor.

Die Höhe des wirtschaftlichen Ergebnisses einer Region hängt sowohl vom quantitativen Einsatz des Humankapitals als auch von seiner Qualität ab. Bei einer gegebenen Qualität des Humankapitals kann eine Erhöhung des quantitativen Einsatzes – der Zahl der arbeitenden Menschen – zu einer Steigerung des Ergebnisses führen. Ebenso ist es möglich, zum Zweck der Ertragssteigerung die Kenntnisse und Fähigkeiten einer gegebenen Zahl von Menschen in einer Region zu verbessern. Die Höhe der von einer quantitativen Steigerung des Arbeitseinsatzes oder einer qualitativen Verbesserung des Humankapitals um jeweils eine Einheit erreichten Ertragssteigerung hängt von der in einer Region gegebenen Produktionsfunktion ab, für die sich bei einer rein theoretischen Betrachtungsweise sehr unterschiedliche Annahmen treffen lassen. Sowohl bei einer quantitativen Steigerung des Arbeitseinsatzes als auch bei einer qualitativen Verbesserung des Humankapitals in einer Region kann es, sofern sich Menge und Qualität der anderen regionalen Produktionsfaktoren nicht ändern, unter bestimmten Bedingungen zu abnehmenden Grenzerträgen des Arbeitseinsatzes kommen. In hochentwickelten Industriestaaten werden heute zunehmend einfachere Tätigkeiten durch den Einsatz von Kapital er-

setzt, während die Bedeutung von anspruchsvollen Tätigkeiten zunimmt. Demgemäß ist die qualitative Verbesserung des Humankapitals für das wirtschaftliche Wachstum einer Region in modernen Industriestaaten relevanter als die rein quantitative Erhöhung des Arbeitseinsatzes.

Quantitativ lässt sich der Arbeitseinsatz in einer Region zunächst dadurch erhöhen, dass die Tages-, Wochen- oder Jahresarbeitszeit oder der Arbeitsrhythmus für diejenigen Menschen gesteigert wird, die bereits in der Güterproduktion tätig sind. Weiterhin können Personen, die bislang nicht in der Produktion gearbeitet haben (bislang Arbeitslose, d. h. Menschen, die erfolglos auf Stellensuche sind, oder Menschen aus der sog. „Stillen Reserve“, die ihre Arbeitskraft unter den bisher am Markt gegebenen Bedingungen nicht angeboten haben), die Zahl der Arbeitskräfte erhöhen. Eine dritte Möglichkeit der quantitativen Ausweitung des Humankapitalbestandes stellt die Zuwanderung in die Region dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Menschen zu einer gewissen räumlichen Immobilität neigen, was sich aus den „versunkenen Kosten“ früherer Investitionen (einschließlich jener in persönliche Interaktionen) erklären lässt. Demgemäß ist die Zuwanderung kein einfacher und schneller Weg zur Ausweitung des regionalen Humankapitalbestandes und hängt nicht zuletzt von den gebotenen materiellen Anreizen (höhere Einkommen in der Zuwanderungs- im Vergleich zur Abwanderungsregion) ab. Für eine quantitative Ausweitung des Arbeitseinsatzes in einer Region kann schließlich auch eine Erhöhung der Geburtenrate sorgen. Allerdings steht im Anschluss an eine Erhöhung der Geburtenrate das zusätzliche Humankapital dem Arbeitsmarkt erst nach 15-25 Jahren zur Verfügung. Zudem kann die Politik die Geburtenrate weitaus weniger als die zuvor genannten Ansatzpunkte zur Erhöhung des Arbeitseinsatzes in einer Region beeinflussen. Sie kann den Menschen nur materielle Anreize (z. B. Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub) setzen, die sich positiv auf die Geburtenrate auswirken können, was aber keineswegs sicher ist. Sofern eine Senkung des quantitativen Arbeitseinsatzes angestrebt wird – weil die Produktion gesenkt werden soll oder das erreichte Niveau der Produktion aufgrund von Veränderungen bei der Qualität des Humankapitals oder bei den anderen Produktionsfaktoren auch ohne eine quantitative Erhöhung des Arbeitseinsatzes weiter gesteigert werden kann – können die skizzierten Mechanismen in umgekehrter Richtung ablaufen.

Qualitativ lässt sich das Humankapital nur auf dem Weg der Bildung erhöhen, sei es in Schulen und Hochschulen oder in den Betrieben, sei es in speziellen Trainings-, Fortbildungs- und Umschulungseinrichtungen. Bildungsgüter werden stets in Koproduktion geschaffen, d. h. neben dem Lehrenden muss auch der Lernende erhebliche Inputleistungen (i. S. der Kosten des Lernens, einschließlich des Einkommensverzichts während der Zeit des Lernens) bereitstellen. Demgemäß wird der Bildungserfolg um so größer sein, je höher der Anreiz des Lernenden zur Bereitstellung der erforderlichen Inputleistungen ist; hierfür kommt unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vor allem das nach dem Absolvieren eines Bildungsganges erwartete Einkommen in Frage: je höher das erwar-

tete Einkommen, desto höher die Bildungsanstrengungen. Allerdings tendiert der Mensch aufgrund von soziobiologischen Gegebenheiten dazu, nicht alle einmal erworbenen Kenntnisse zeitlebens stets abrufbereit parat zu haben. Wer die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten über längere Zeiträume hinweg nicht – z. B. durch die tägliche Erwerbsarbeit – trainiert, kann demgemäß im Zeitverlauf einen Teil des individuell akkumulierten Humankapitals verlieren. Dies gilt auch für Basisanforderungen der arbeitsteiligen Gesellschaft wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit und Kooperationsfähigkeit. Hinzu kommt, dass zum Zwecke der Steigerung der Produktion in den meisten modernen Volkswirtschaften eine ständige Erweiterung der in den Betrieben erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse bzw. der Anforderungen an die Arbeitskräfte stattfindet. Wer nicht in die Produktion integriert ist oder eine Bildungseinrichtung besucht, dessen Wissen und Fähigkeiten werden demgemäß im Zeitverlauf nach und nach entwertet.

Bereits unter 2.1 wurde kurz auf die möglichen komplementären und substitutiven Beziehungen zwischen dem Humankapital und dem Sachkapital eingegangen. Das in einer Region gegebene Sachkapital kann sich auf die Qualität und die Menge des dort vorhandenen Humankapitals auswirken – und umgekehrt. Ein hoher Sachkapitalstock kann je nach Art des Sachkapitals mit einem hohen oder einem niedrigen quantitativen Einsatz von Humankapital einhergehen. Mehr Sachkapital muss nicht in jedem Fall mit mehr Humankapitaleinsatz verbunden sein. So kann ein niedriger *quantitativer* Einsatz von Humankapital bei hohem Sachkapitalbestand z. B. dann gegeben sein, wenn ein hoher Automatisierungsgrad der Produktion existiert. Ein niedriger *qualitativer* Einsatz von Humankapital bei hohem Sachkapitalbestand kann darauf zurückzuführen sein, dass in der betreffenden Region zwar produziert wird, die dispositiven Unternehmensfunktionen sowie Forschung und Entwicklung aber in anderen Regionen angesiedelt sind.

Eine wesentliche Determinante des in einer Region gegebenen Humankapitalbestandes ist neben dem jeweiligen Bildungs- und Entlohnungssystem auch die staatliche Intervention auf dem Arbeitsmarkt. Die staatliche Arbeitsmarktpolitik ist darauf ausgerichtet, einen Ausgleich zwischen der Nachfrage nach und dem Angebot an Humankapital herbeizuführen. Dies kann über die öffentliche Arbeitsvermittlung, andere Maßnahmen mit dem Ziel einer Verbesserung der regionalen Humankapitalausstattung (Fortbildung und Umschulung oder berufliches Training) oder über eine dauerhafte Subventionierung von Arbeitskräften (Kombilohn-Modelle) erfolgen. In der Praxis kommt es zumeist zu einem Mix dieser drei Strategien. Eine erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik führt u. a. durch die Verbesserung der regionalen Humankapitalausstattung zu einer geringen regionalen Arbeitslosigkeit; dies wirkt sich hinsichtlich der Qualität des regionalen Humankapitals noch weiter positiv aus, weil die zuvor skizzierten Entwertungsprozesse nicht einsetzen können. Natürlich kann auch der Fall eintreten, dass es durch eine ineffektive Arbeitsmarktpolitik zu einer entgegengerichteten Entwicklung kommt. In Deutschland wird dies vielfach vor allem dem zweiten Arbeitsmarkt und dem hier eingesetzten Instrument der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nachgesagt. Das IWH hat zu dieser Prob-

lematik verschiedene empirische Untersuchungen durchgeführt. Auf die Ergebnisse dieser Analysen soll aufgrund des großen Umfangs der ABM im ostdeutschen Transformationsprozess im folgenden Unterabschnitt näher eingegangen werden.

b) Empirische Ergebnisse für die Wirkungen des zweiten Arbeitsmarktes

Das Ziel des zweiten Arbeitsmarktes ist es, Arbeitslosen eine vorübergehende Beschäftigung zu bieten und über einen Humankapitalaufbau den Weg in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Allerdings gibt es neben diesem Ziel eine Reihe von negativen Effekten, die unmittelbar mit der Durchführung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verbunden sind. Dazu gehört zum einen, dass die Teilnahme an einer ABM nicht per se das Humankapital verbessert. Auch kann die Durchführung von Tätigkeiten im zweiten Arbeitsmarkt zu einer Verdrängung bzw. Substitution ähnlicher Leistungen auf dem ersten Arbeitsmarkt führen. Nicht zuletzt setzen Lohnsubventionen starke Anreize zu Mitnahmeeffekten, so dass Fördermittel ineffizient eingesetzt werden. Die genannten Effekten werden im Folgenden näher dargestellt.

Humankapitalaufbau durch ABM

ABM werden mit dem Ziel durchgeführt, den Teilnehmern den Übergang von Arbeitslosigkeit in den ersten Arbeitsmarkt zu erleichtern. Das soll über die Bildung von Humankapital in Form der Herausbildung und Erweiterung von praktischen Fähigkeiten und der damit verbundener Einübung von Arbeitstugenden erfolgen. Die damit antizipierte Verbesserung der relativen Wettbewerbsposition im Vergleich zu den anderen Arbeitssuchenden, soll helfen, die Dauer und damit eine Verfestigung der Arbeitslosigkeit wesentlich zu verringern. Daher werden ABM vor allem für besonders benachteiligte Arbeitslose wie ältere Arbeitslose, arbeitslose Frauen und Langzeitarbeitslose durchgeführt. Die Erreichung dieses Ziels hätte neben der individuellen Wirkung auf den Übergang in eine reguläre Beschäftigung durchaus auch Implikationen für die regionale Entwicklung. Gelingt es, durch ABM das Humankapital in der Region zu verbessern, so hat dies positive Wirkungen auf den eingeschlagenen Wachstumspfad. Dies könnte sich über die volkswirtschaftlichen Verflechtungswirkungen auch in einer Erhöhung des regionalen BIP sowie einem weiteren Beschäftigungsaufbau äußern.

Allerdings ist es fraglich, ob die Konstruktion des zweiten Arbeitsmarktes das Erreichen dieses Ziels gestattet.¹³ Vergleicht man den gewerblichen Sektor des zweiten Arbeitsmarktes mit den entsprechenden Branchen des ersten Arbeitsmarktes, die bezüglich der angebotenen Leistungen ähnlich sind, ergeben sich teilweise drastische Unterschiede in den Produktionsstrategien. So wird im zweiten Arbeitsmarkt mit einer durchschnittlich veralteten Technologie gearbeitet, und die Beschäftigten haben tendenziell eine gerin-

¹³ Vgl. SCHULTZ, B.: Förderanreize im Widerspruch zu qualifikatorischen Zielen von Beschäftigungsmaßnahmen?, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 8/1997, 3. Jg., S. 8-12.

gere Auslastung bei der Arbeit als im ersten Arbeitsmarkt. Die Ursache dafür ist in der Finanzierungsstruktur der Beschäftigungsmaßnahmen zu suchen: In ABM werden die Lohnkosten überwiegend von der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Die anderweitig anfallenden Kosten (sogenannte Sach- oder Kapitalkosten) werden dagegen nur anteilig bis zu einer von den Lohnkosten abhängigen Obergrenze gefördert. Damit verschieben sich die relativen Kosten für Arbeit und Kapital, und es besteht ein Anreiz, arbeitsintensive Produktionsverfahren einzusetzen. Das führt unweigerlich zu Ineffizienzen in der Leistungserstellung. Viel schwerwiegender dürften jedoch die Folgen für einen Humankapitalaufbau sein. Mit einem Produktionsverfahren, das nicht den Gegebenheiten des ersten Arbeitsmarktes entspricht, lassen sich wettbewerbsfähige Qualifikationen an die Teilnehmer der ABM nicht vermitteln. Damit sinken entsprechend auch die Chancen auf eine erfolgreiche Eingliederung in den ersten Arbeitsmarkt, und die erhofften wachstumsrelevanten Wirkungen treten nicht ein.

Um die Auswirkungen der ABM auf das Humankapital der Teilnehmer und die damit verbundenen verbesserten Beschäftigungschancen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu beurteilen, ist eine Evaluierung notwendig.

Die Bundesanstalt für Arbeit erstellt seit 1998 sogenannte Eingliederungsbilanzen zur Evaluation von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Diese bilden die Antwort auf das vom Gesetzgeber im SGB III (§ 11 Abs. 1) geforderte Instrumentarium zur Messung des Eingliederungserfolgs von Förderinstrumenten. Zentrale Kenngröße in diesen Eingliederungsbilanzen bilden Verbleibsquoten, die Auskunft darüber geben, wie hoch der Anteil von Maßnahmeteilnehmern ist, der nach einem bestimmten Zeitraum nach Abschluss der Maßnahme nicht mehr arbeitslos gemeldet war. Eine typische Aussage auf der Basis von solchen Verbleibsquoten lautet beispielsweise für Juli 1999 bis Juni 2000, dass 37,9% der ABM-Teilnehmer in Ostdeutschland ein halbes Jahr im Anschluss an die Maßnahme nicht mehr arbeitslos gemeldet waren.

Eine derartige Aussage gibt weder über Erfolg noch über Misserfolg einer Maßnahme Auskunft. Um den Erfolg beurteilen zu können, muss ein Vergleich mit der hypothetischen Situation gezogen werden, die sich zum vergleichbaren Zeitpunkt ergeben hätte, wäre die Teilnahme nicht erfolgt. Es kann beispielsweise sein, dass die gleiche Quote auch ohne Teilnahme an ABM realisiert worden wäre, was dann für die Wirkungslosigkeit der Maßnahme spräche. Nur wenn die entsprechende Quote ohne Teilnahme niedriger gewesen wäre, kann man von einem Maßnahmenerfolg sprechen. Wäre die Quote ohne Maßnahmeteilnahme sogar höher gewesen, muss auf einen negativen Effekt der Maßnahme geschlossen werden. Abgesehen davon ist anzumerken, dass die Tatsache, nicht arbeitslos gemeldet zu sein, nicht gleichbedeutend damit ist, erwerbstätig zu sein. In der Verbleibsquote schlägt sich deshalb auch der Rückzug vom Arbeitsmarkt etwa durch Frühverrentung als vermeintlicher Maßnahmenerfolg nieder.

Neben der Verbleibsquotenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit gibt es eine Reihe von empirischen Studien für Ostdeutschland, die mit sensibleren Methoden durchgeführt wurden und im Anhang in der Übersicht A-L.4 synoptisch dargestellt werden. Die Studien von Steiner/Kraus¹⁴, Hübler¹⁵ und Kraus/Puhani/Steiner¹⁶ basieren auf den frühen Erhebungen des Arbeitsmarktmonitors (AMM) Ostdeutschland. Damit beschreiben diese Untersuchungen die Phase der extensiven Implementierung des zweiten Arbeitsmarktes in Ostdeutschland. Das Selektionsproblem der Evaluation wird über parametrische Modelle gelöst. In der frühen Studie von Steiner/Kraus wird ein diskretes Hazard-Raten-Modell für den Übergang in Erwerbstätigkeit geschätzt. Die Autoren konstatieren lediglich für Männer positive Wirkungen, die überdies erst langfristig zum Tragen kommen. Bei einer Ausdehnung der Betrachtungsperiode sowie einer differenzierten Betrachtung bezüglich der Stabilität der Beschäftigung finden Kraus/Puhani/Steiner ausschließlich negative Effekte. Die hohe Sensitivität von Evaluationsergebnissen in Abhängigkeit von der verwendeten Methode zeigt erneut die Studie von Hübler. Auf der Basis von gemachten Samples entdeckt er keine signifikanten Effekte auf die Beschäftigungswahrscheinlichkeit bei Frauen, bei Männern sogar signifikant negative. Mit Hilfe eines multinominalen Logitmodells und expliziter Berücksichtigung von Selektionsverzerrung findet er eine Verbesserung der Erwerbschancen durch ABM im Vergleich zur Arbeitslosigkeit, jedoch eine Verschlechterung relativ zur Nichterwerbstätigkeit.

Die vierte Studie zur Evaluation von ABM in Ostdeutschland basiert auf dem Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt¹⁷. Dieser stellt eine auf Landesebene fortgeführte Variante des 1994 eingestellten Arbeitsmarktmonitors für Ostdeutschland dar. Nach dem Matching-Verfahren wird zusätzlich eine nichtparametrische Differenz-von-Differenzen-Schätzung durchgeführt, um noch vorhandene Selektionsunterschiede zwischen Teilnehmern an ABM und Nichtteilnehmern auszuschalten. Das Ergebnis zeigt, dass sowohl für Männer als auch für Frauen die Teilnahme an einer ABM eine Verringerung der Arbeitslosigkeitswahrscheinlichkeit zur Folge hat. Auch hinsichtlich von kurz- und langfristigen Effekten gibt es eine Verringerung der Arbeitslosigkeit.

¹⁴ Vgl. STEINER, V.; KRAUS, F.: Haben Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland bessere Wiederbeschäftigungschancen als Arbeitslose, in: Steiner, V; Bellmann, L. (Hrsg.): Mikroökonomik des Arbeitsmarktes. Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Band 192. Nürnberg 1995, S. 387- 423.

¹⁵ Vgl. HÜBLER, O.: Evaluation beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216 (1997), S. 21-44.

¹⁶ Vgl. KRAUS, F.; PUHANI, P. A.; STEINER, V.: Employment Effects of Public Financed Training Programs. The East German Experience, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 219 (1999), S. 216-248.

¹⁷ Vgl. EICHLER, M.; LECHNER, M.: An Evaluation of Public Employment Programs in the East German State of Sachsen-Anhalt. Unveröffentlichtes Manuskript, Mannheim/St. Gallen 1998.

Ein eher gegensätzliches Bild zeigt dagegen eine Studie des IWH und der Universität Mannheim¹⁸, die im Folgenden näher vorgestellt wird. Als Datenbasis wurde der Arbeitsmarktmonitor (AMM) Sachsen-Anhalt genutzt, die derzeit die einzige qualitativ angemessene Datenbasis zur zeitnahen empirischen Evaluation von ABM ist. Für andere ostdeutsche Bundesländer gibt es bislang keine vergleichbare Datenbasis, so dass ein Vergleich zwischen den Bundesländern nicht möglich ist. Zur Analyse wurde die Retrospektivfrage des AMM 1997 und des AMM 1998 unter Berücksichtigung von Paneeffekten ausgewählt. Insgesamt stehen damit nach Auswahl der erwerbsfähigen Personen zwischen 25 und 50 Jahre 4.683 Datensätze mit Informationen von Januar 1990 bis Oktober 1998 für die Untersuchung zur Verfügung.

Ebenso wie in der Studie von Eichler/Lechner wurde ein Matching-Verfahren mit anschließendem Differenz-von-Differenzen-Schätzung durchgeführt. Die Idee der Matching-Methode besteht darin, Personengruppen zu bilden, die sich bezüglich der relevanten Merkmale möglichst ähnlich sind und nur hinsichtlich der Teilnahme an einer Maßnahme unterscheiden. Dadurch wird die Selektionsverzerrung aufgrund von beobachtbarer Heterogenität verhindert. Um darüber hinaus auch eine Selektionsverzerrung aufgrund von unbeobachtbaren Merkmalen zu berücksichtigen, wird die Matching-Methode um einen Differenz-von-Differenzen Ansatz erweitert.¹⁹ Das Prinzip dieses Ansatzes besteht darin, ausschließlich die Veränderungen des Beschäftigungsstatus vor und nach der Maßnahme bezogen auf diese Basisdifferenz zu betrachten.

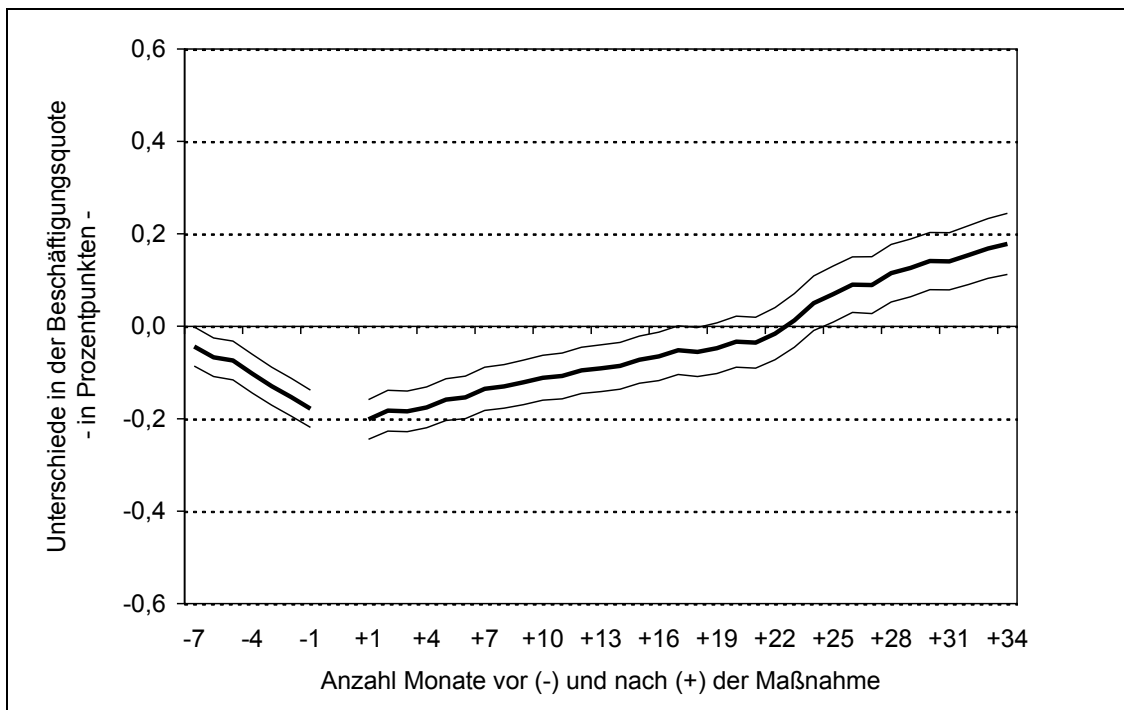
Nach Ablauf der ABM haben die Teilnehmer im Vergleich zur Nichtteilnahme mit 20 Prozentpunkten eine wesentlich schlechtere Beschäftigungsquote. Erklärbar ist dies mit der eingeschränkten Suchaktivität während der Maßnahmen. Erst nach ca. 1,5 Jahren hat die Beschäftigungsquote den Ausgangswert wieder erreicht.

¹⁸ Vgl. BERGEMANN, A.; SCHULTZ, B.: Effizienz von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 9/2000, 6. Jg., S. 243-253.

¹⁹ Für eine ausführliche Darstellung dieser methodischen Herangehensweise vgl. HECKMAN, J. J.; LALON, R.; SMITH, J. A.: *The Economics and Econometrics of Active Labor Market Programs*, in: Ashenfelter, O.; Card, D. (Hrsg.): *Handbook of Labor Economics*. Amsterdam 1999, Vol. 3A, S. 865-2097.

Abbildung T.1:

Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM



*Die mittlere Linie zeigt jeweils die geschätzten prozentualen Unterschiede der Beschäftigungsquote mit und ohne Maßnahmenteilnahme. Die äußeren Linien kennzeichnen das 90%-Konfidenzintervall. Die Null-Linie markiert das hypothetische Referenzniveau der Teilnehmer unter der Annahme, dass sie nicht teilgenommen hätten. Die Phase der Maßnahmenteilnahme ist durch eine Kurvenunterbrechung kenntlich gemacht.

Quelle: AMM 1997/98; Berechnungen des IWH.

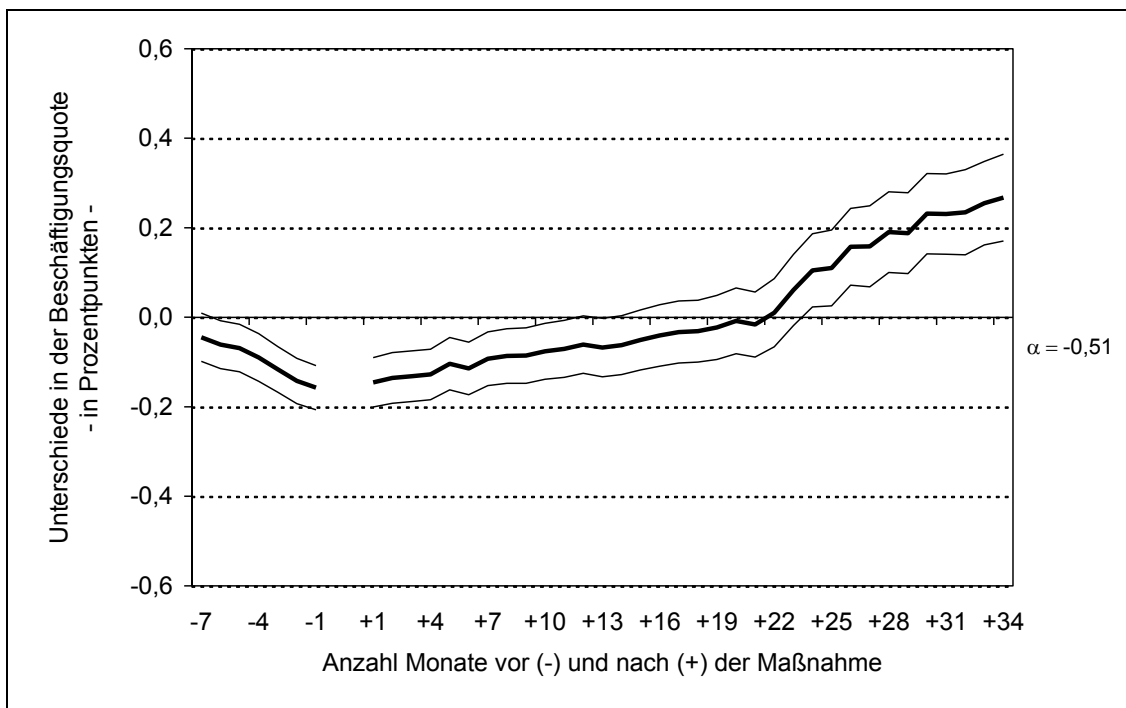
Es ist jedoch eher unwahrscheinlich, dass es sich um einen Effekt handelt, der als Langzeitwirkung der Maßnahme zuzuschreiben ist. Vielmehr ist zu vermuten, dass hier ein paralleler Unterstützungseffekt auftritt. Etwa zu dem Zeitpunkt, ab dem sich der Anstieg der Beschäftigungsquote beschleunigt, laufen die aufgrund der Teilnahme an einer ABM erworbenen Ansprüche auf Arbeitslosengeld tendenziell aus. Die steigenden Beschäftigungschancen könnten daher signalisieren, dass hiervon ein relativ starker Anreiz zur Aufnahme einer Beschäftigung ausgeht.

Insbesondere bei den Frauen ist dieser Effekt zu beobachten (vgl. Abbildung T.2). Da insbesondere ältere Frauen an den ABM teilnehmen, bei denen häufig nach 1,5 bis 2 Jahren die Arbeitslosenunterstützung ausläuft²⁰, besteht in dieser Gruppe ein starker Anreiz zur Beschäftigungsaufnahme. Bei Männern hingegen ist ein beschleunigter Anstieg der Beschäftigungsquote nicht bemerkbar (vgl. Abbildung T.3).

²⁰ Die Dauer des Arbeitslosengeldbezugs ist abhängig von der Dauer der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung und dem Alter (§ 127 AFRG SGB III).

Abbildung T.2:

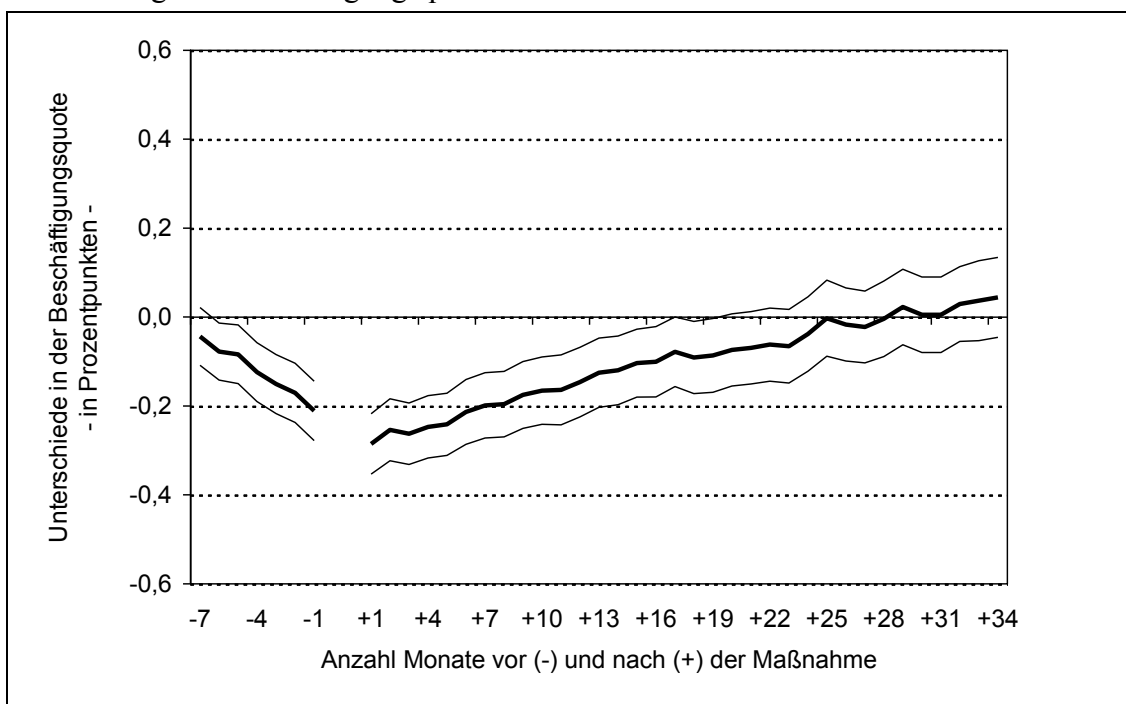
Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM – Frauen



Quelle: AMM 1997/98; Berechnungen des IWH.

Abbildung T.3:

Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM – Männer



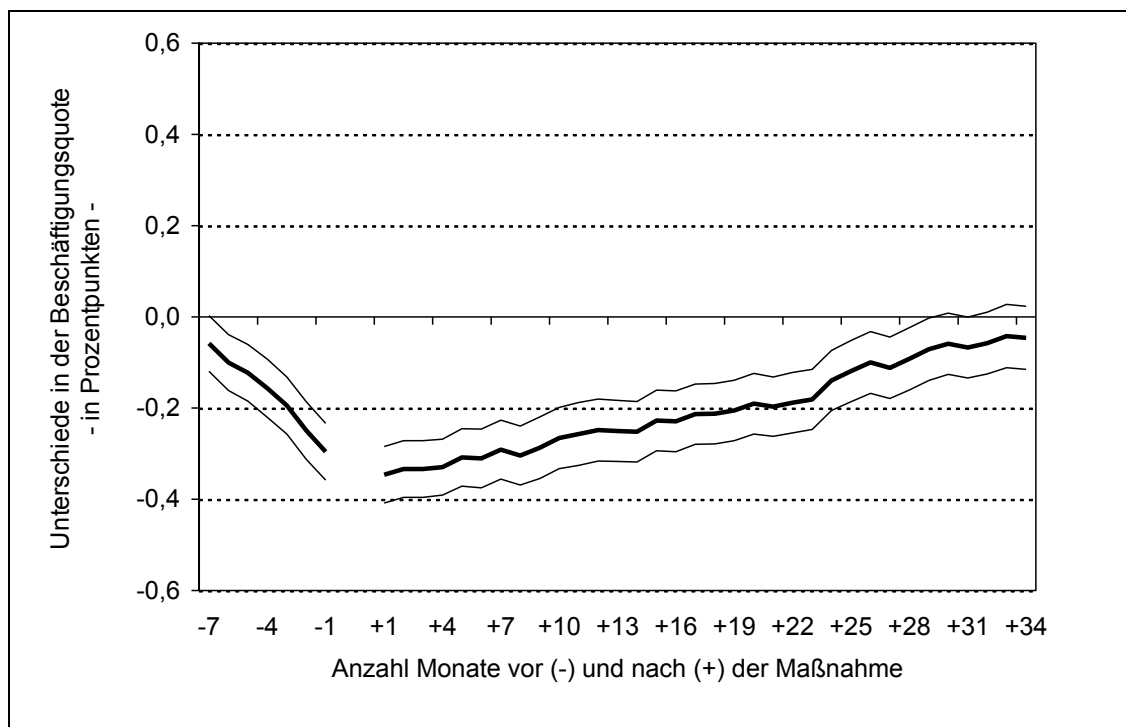
Quelle: AMM 1997/98; Berechnungen des IWH.

Neben der geschlechtsspezifischen Differenzierung zeigen sich auch Unterschiede im Zeitverlauf. Aufgrund der Implementierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente in Ostdeutschland und der zeitgleich stattfindenden drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation im Zuge des Strukturwandels in Ostdeutschland ist Anfang der 90er Jahre von einer besonderen Situation des zweiten Arbeitsmarktes auszugehen. Um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen, werden die Maßnahmen, die zwischen 1990 und 1993 begonnen haben, getrennt von späteren ausgewertet.

Maßnahmen, an denen in der ersten Periode teilgenommen wurde, haben durchweg extrem negative Wirkungen auf die Beschäftigung (vgl. Abbildung T.4). Sie haben fast für den gesamten Beobachtungszeitraum von drei Jahren signifikant negative Effekte.

Abbildung T.4:

Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM von 1990-1993

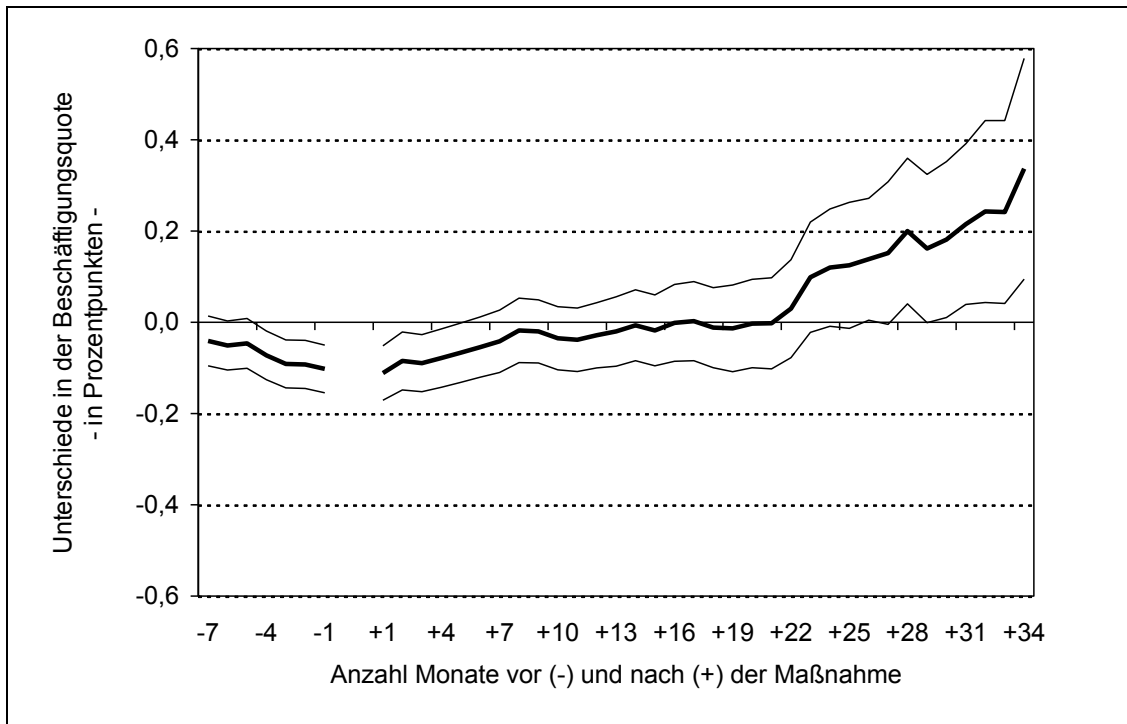


Quelle: AMM 1997/98; Berechnungen des IWH.

In der Phase ab 1994 ist eine deutliche Verbesserung der Maßnahmeneffizienz im Vergleich zu Vorperiode zu verzeichnen (vgl. Abbildung T.5). Tatsächlich negative Beschäftigungswirkungen sind nur vier Monate nach Abschluss der Maßnahme zu beobachten. In der verbleibenden Beobachtungszeit verbessern sich diese kontinuierlich, ein signifikant positiver Effekt ist jedoch erst zwei Jahre später zu beobachten. Es ist zu vermuten, dass dies der verstärkten Zielgruppenorientierung seit Mitte der 90er Jahre zuzuschreiben ist. Das weist auf ein Potenzial zu Verbesserung der Effizienz der Maßnahmen hin.

Abbildung T.5:

Entwicklung der Beschäftigungsquote bei Teilnahme an der ersten ABM von 1994-1998



Quelle: AMM 1997/98; Berechnungen des IWH.

Eine Unterscheidung der Beschäftigungsquote nach dem Alter der Teilnehmer führt zu keinen wesentlichen Unterschieden zwischen Jüngeren (bis 40 Jahre) und Älteren (über 40 Jahre). ABM verschlechtern somit temporär die Beschäftigungschancen in allen Altersgruppen.

Substitutions- und Verdrängungseffekte

ABM haben nicht nur direkte Wirkungen auf die Teilnehmer, sondern sie rufen auch indirekte Effekte hervor. Dazu gehören Substitutions- und Verdrängungseffekte. Bei den Substitutionseffekten (Drehtüreffekte) handelt es sich um den Austausch von regulär Beschäftigten durch geförderte Arbeitnehmer bei einem Arbeitgeber. Verdrängungseffekte bezeichnen dagegen die Verdrängung der vorhandenen Anbieter auf einem Markt durch geförderte Anbieter. Dadurch wird eine optimale Marktentwicklung behindert und das regionale Wachstum kann geringer ausfallen. Verdrängungseffekte treten unter zwei Voraussetzungen auf: Zum einen muss es parallel agierende Anbietermärkte geben. Für den ersten und den zweiten Arbeitsmarkt gilt dies, wenn ein gleiches oder ähnliches Leistungsprofil angeboten wird. Zum anderen ist Voraussetzung, dass der Auftraggeber die Wahlfreiheit hat, die Leistung sowohl auf dem ersten als auch auf dem zweiten Arbeitsmarkt nachzufragen. Auf dem zweiten Arbeitsmarkt wird die produzierte Leistung durch die erhaltenen Subventionen für öffentliche Auftraggeber preiswerter angeboten.

Auf dem ersten Arbeitsmarkt sinkt die Nachfrage. Die Unternehmen können die Preise des zweiten Arbeitsmarktes nicht kostendeckend unterbieten und werden als Konsequenz verdrängt.

Dieses Problem ist insbesondere im kommunalen Bereich gegeben. Hier gibt es häufig eine Deckungsgleichheit von förderfähigen Maßnahmen mit kommunalen Aufgaben. Zwar wurde vom Gesetzgeber zur Vermeidung der Verdrängung ein sogenanntes „Zusätzlichkeitsprinzip“ (§ 261 Abs. 2 SGB III AFRG) eingeführt. Dieses Prinzip besagt, dass Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur durchgeführt werden dürfen, wenn sie ohne Förderung nicht beziehungsweise erst zu einem späteren Zeitpunkt durchgeführt würden. Mit dieser Definition des Zusätzlichkeitsprinzips ist die Durchführung von Tätigkeiten mittels ABM erlaubt, wenn diese nicht zu den direkten Pflichtaufgaben der Gebietskörperschaften zählen. Es kann durchaus zu einer willkürlichen Auslegung dessen kommen, was als zusätzlich betrachtet werden darf. Dies gilt insbesondere für Pflichtaufgaben, die ohne Förderung erst später durchgeführt würden. Das führt zu einem beträchtlichen Gestaltungsspielraum für Kommunen und Beschäftigungsgesellschaften. Unter diesen Bedingungen besteht eine Reihe von Möglichkeiten, durch Beschäftigungsmaßnahmen eine finanzielle Entlastung der Kommunen herbeizuführen.

Ein prägnantes Beispiel für Verdrängungseffekte durch den zweiten Arbeitsmarkt ist das Beispiel des Garten- und Landschaftsbaus. Hier werden besonders häufig ABM durchgeführt. Derzeit sind ca. ein Drittel aller Teilnehmer in diesem Bereich beschäftigt (vgl. Abschnitt 3.2.1.2). Um differenzierte Aussagen über die Verdrängungseffekte bei privaten Unternehmen treffen zu können, hat das IWH 1996 eine Umfrage unter den Unternehmen der Branche Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau (GaLa-Bau-Umfrage) in Ostdeutschland zum Thema Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt²¹. Um die Aussagen der Unternehmen bewerten und vergleichen zu können, wurde im selben Zeitraum eine Befragung unter Beschäftigungsgesellschaften (ABS-Umfrage) mit dem gleichen Schwerpunkt durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Untersuchung zeigen, dass es zu einer Verdrängung von Garten- und Landschaftsbauunternehmen aus typischen ABM-Tätigkeitsbereichen gekommen ist. Die Unternehmen haben als Reaktion darauf versucht, die Verdrängung durch die Erschließung von Spezialgebieten zu kompensieren. Darüber hinaus erfolgte eine verstärkte Ausrichtung auf den privaten und gewerblichen Bereich. Zum Teil haben Unternehmen sich dabei völlig der Baubranche zugewandt, was angesichts der dortigen Krisensymptome als problematisch zu bewerten ist.

Eine Abschwächung der beschriebenen Verdrängungs- und Substitutionseffekte kann durch eine wettbewerbliche Öffnung des zweiten Arbeitsmarktes erfolgen. Dazu gehört, dass ABM öffentlich ausgeschrieben und an private Unternehmen vergeben werden.

²¹ SCHULTZ, B.: Wettbewerbsverzerrungen durch öffentliche Beschäftigungsprogramme am Beispiel der Branche Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Ostdeutschland – Datensammlung, in: IWH-Forschungsreihe 1/1997. Halle 1997.

Damit werden die Unternehmen auf diesem Weg zumindest an einen Teil der durch den zweiten Arbeitsmarkt realisierten Arbeiten beteiligt. Die Teilnehmer an den Vergabe-ABM treten in einen direkten Kontakt mit Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes. Die Teilnahme an einer Vergabe-ABM wirkt somit ähnlich wie ein Einarbeitungszuschuss.

Mitnahmeeffekte

Mitnahmeeffekte treten auf, wenn Fördermittel in Anspruch genommen werden, obwohl das Förderziel auch ohne diese Förderung erreicht worden wäre. Das führt letztendlich zu einer Fehlallokation der eingesetzten Mittel. Knappe Ressourcen sind nicht effizient eingesetzt worden.

Die Gefahr von Mitnahmeeffekten gibt es insbesondere bei den Strukturanpassungsmaßnahmen für ostdeutsche Wirtschaftsunternehmen (SAM OfW). Bei der Förderung von SAM OfW wird ebenso wie für die SAM im öffentlichen Bereich ein pauschalierter Lohnkostenzuschuss gezahlt. Im Unterschied zu SAM wird SAM OfW jedoch an private gewinnorientierte gewerbliche Unternehmen in Ostdeutschland für die Einstellung von Arbeitslosen für max. ein Jahr gezahlt. Zu Mitnahmeeffekten kam es bei diesem Instrument vor allem in der Einführungsphase ab Frühjahr 1997 durch die vergleichsweise einfachen Zugangsregelungen. Dadurch bekamen Unternehmen Lohnkostenzuschüsse, die auch ohne Förderung entsprechende Einstellungen vorgenommen hätten. In dem Maße, wie dies der Fall ist, werden öffentliche Mittel unnötig ausgegeben. Der Verdacht, dass hier in größerem Umfang Mitnahmeeffekte vorlagen, war ein wesentliches Motiv für die Einführung der Zielgruppenbindung im August 1999 und die Zuschussverringerung seit Januar 2000. Seither sind die Teilnehmerzahlen bei SAM OfW von 21.686 (Juli 1999) auf 7.343 (Juli 2000) zurückgegangen.

Empirische Evidenz für den Umfang von Mitnahmeeffekten ist dennoch nur im geringen Maße vorhanden und mit entsprechender Zurückhaltung zu beurteilen. Theoretisch ist zu erwarten, dass Mitnahmeeffekte entstehen, wenn Unternehmen aufgrund der konjunkturellen Entwicklung Einstellungen durchführen, für diese aber zusätzlich Lohnkostenzuschüsse erhalten. Erst ein darüber hinausgehender Beschäftigungseffekt würde keine Mitnahme von Zuschüssen darstellen. Dies müsste sich darin äußern, dass Einstellungen über das konjunkturübliche Maß hinaus vorgenommen werden. Als Richtgröße für das konjunkturübliche Maß an Einstellungsaktivitäten kann im vorliegenden Fall die westdeutsche Einstellungsaktivität herangezogen werden.

Eine entsprechende Modellrechnung²², die die ostdeutsche Abgangsaktivität aus der Arbeitslosigkeit proportional zur westdeutschen Abgangsaktivität aus der Arbeitslosigkeit betrachtet, führt zu dem Ergebnis, dass 1998 etwa 20% der mit Lohnkostenzuschüssen geförderten Abgänge aus Arbeitslosigkeit als Mitnahmeeffekte zu betrachten waren. 80% der mit Lohnkostenzuschüssen geförderten Abgänge aus Arbeitslosigkeit stellten dagegen einen Zuwachs an Abgängen dar, der ohne Lohnkostenzuschüsse nicht zustande gekommen wäre. Für das erste Halbjahr 1999 lässt sich ein Anstieg der Mitnahmeeffekte auf ca. 40% beobachten. Dies ist mit einer allmählichen Anpassung der Unternehmen an die Förderkonditionen zu erklären. Nach Einführung der Zielgruppenbindung ist die Mitnahmequote nach diesen Berechnungen wieder auf Werte zwischen 20% und 25% gesunken.

c) *Operationalisierung von Humankapital und Arbeitsmarktpolitik in der vorliegenden Analyse*

Humankapital allgemein

Gemäß den Ausführungen unter a) wird versucht, die quantitative wie die qualitative Dimension des Humankapitals mit verschiedenen Indikatoren abzubilden. Ein großer Teil der für die Abbildung des Humankapitals herangezogenen Indikatoren bezieht sich auf die *beschäftigten* Arbeitskräfte. In diesen Indikatoren kommt neben der Qualität des Arbeitskräfteangebots auch die von den Unternehmen im Lande entfaltete *Nachfrage* nach Arbeitskräften (mit bestimmten Kenntnissen und Fähigkeiten) zum Ausdruck. Viele der unbeschäftigten Arbeitskräfte verfügen über wertvolle Kenntnisse und Fähigkeiten. Allerdings haben die nicht beschäftigten Arbeitskräfte im Gegensatz zu den Beschäftigten nicht die Chance, sich an Veränderungen der beruflichen Anforderungen anzupassen und damit ihr Humankapital zu erhalten. Aus der Sicht von Unternehmen, die sich in einer Region ansiedeln oder ihren Kapitalbestand erweitern wollen, stellt die Qualität des dort *beschäftigten* Humankapitals einen wichtigen Standortfaktor dar. Sie können aufgrund der üblichen Fluktuation von Arbeitskräften damit rechnen, dass sie auf einen Teil der in einer Region beschäftigten Personen für ihre eigene (geplante) Produktion zurückgreifen könnte.

Für die Abbildung der quantitativen Dimension des Humankapitals lässt sich die Zahl der Menschen heranziehen, die sich im erwerbsfähigen Alter befinden („Erwerbsfähige“). Hierfür wird zumeist ein Lebensalter zwischen dem vollendeten 15. und dem vollendeten 65. Lebensjahr zugrunde gelegt. Kurzfristig wird das maximale Arbeitsangebot in einer Region dadurch limitiert. Allerdings streben nicht alle Personen im er-

²² Vgl. SCHNEIDER, H. et al.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. IWH-Sonderheft 3/2000. Halle 2000, S. 111 f.

werbsfähigen Alter tatsächlich eine Beschäftigung an. Dies tun nur die „Erwerbspersonen“, Personen, die erwerbstätig oder arbeitsuchend sind.

Im Zusammenhang mit der qualitativen Dimension des Humankapitals ist es von Bedeutung, wie viele der Erwerbspersonen in einer Region tatsächlich in einer Beschäftigung stehen und wie viele arbeitslos sind. Dem liegt die oben erläuterte Vermutung zugrunde, dass es durch Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf zu einer Verschlechterung der Arbeitsmarktposition der Arbeitslosen kommt und dass die Beschäftigten größere Chancen als die Unbeschäftigten haben, sich an Veränderungen der beruflichen Anforderungen anzupassen und damit ihr Humankapital zu erhalten. Um den betreffenden Sachverhalt abzubilden, kann auf die Gruppen der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen abgestellt werden. Dabei gilt innerhalb der Gruppe der Arbeitslosen das besondere Interesse den Langzeitarbeitslosen, weil der Humankapitalabbau mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit fortschreiten dürfte. Allerdings sind in den Erwerbstätigen auch diejenigen Personen enthalten, die sich in ABM befinden. Wie oben dargestellt wurde, ist davon auszugehen, dass zumindest für einen Teil der Teilnehmer an ABM eine Verschlechterung ihrer Position am Arbeitsmarkt stattfindet. Demgemäß ist am ehesten die Zahl der Erwerbstätigen ohne die ABM-Teilnehmer – je Einwohner – als Indikator („modifizierte Erwerbstätigenquote“) für jene Personen zugrunde zu legen, die sich in einer Beschäftigung befinden, durch welche sie ihre Kenntnisse und Fähigkeiten erhalten oder sogar noch ausbauen können.

Weitere Indikatoren für die Humankapitalqualität sind die Bildungsabschlüsse der Menschen in Sachsen-Anhalt. Hierzu liegen Daten zu den Bildungsabschlüssen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und zu den Schulabgängern nach Art der Schule vor. Schließlich kann betrachtet werden, wie viele Personen an den Hochschulen des Landes studieren und wie viele junge Menschen, die eine Hochschulzugangsberechtigung in Sachsen-Anhalt erworben haben, im Lande oder außerhalb studieren (und „exportiert“ werden).

Eine immer wichtiger werdende, allerdings nicht durch formale Bildungsabschlüsse nachzuweisende Qualifikation stellt die Fähigkeit dar, mit Medien der Informationstechnologie umzugehen. Das Ausmaß, in dem die privaten Haushalte über Personal Computer und Internetanschlüsse verfügen, kann hierfür als ein grober Indikator herangezogen werden.

Arbeitsmarktpolitik

Die Möglichkeit die beschriebenen Wirkungen durch den zweiten Arbeitsmarkt auf regionaler Ebene darzustellen, sind aufgrund der zur Verfügung stehenden Daten eng begrenzt. Es ist lediglich möglich, die tendenzielle Ausprägung des umrissenen Problemfeldes durch ausgewählte Indikatoren aufzuzeigen.

So kann die Bedeutung des zweiten Arbeitsmarktes und die damit verbundene Problemrelevanz durch eine Darstellung der Größenordnung verdeutlicht werden. Ein geeigneter Indikator dafür ist das Verhältnis der Beschäftigten im zweiten Arbeitsmarkt zu allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der jeweiligen Region.

Auf mögliche Verdrängungseffekte kann die Tätigkeitsstruktur von ABM hinweisen. Sie zeigt an, wie hoch die Beschäftigung in Tätigkeitsfeldern ist, die aufgrund der erstellten Leistungen in einem Konkurrenzverhältnis zum ersten Arbeitsmarkt stehen. Ob versucht wird, den potenziellen Verdrängungsdruck in den entsprechenden Tätigkeitsfeldern abzuschwächen, kann über den Vergabe-Anteil der ABM beobachtet werden.

Einen geeigneten Indikator zur Beschreibung der Effizienz von ABM gibt es zwar – wie bereits ausführlich dargestellt – für das Land Sachsen-Anhalt, jedoch ist für die anderen ostdeutschen Bundesländer keine entsprechende Datenbasis vorhanden. Aus den Ergebnissen für Sachsen-Anhalt lässt sich jedoch ableiten, dass sich durch eine größere Zielgruppenorientierung die Effizienz der ABM tendenziell verbessern lässt. Daher wird für einen Ländervergleich die Zielgruppenorientierung als Indikator für eine Beschreibung der Effizienz der Maßnahmen herangezogen.

Ähnlich problematisch stellt sich die Datenlage für die Ermittlung der Mitnahmeeffekte bei den Strukturanpassungsmaßnahmen für ostdeutsche Wirtschaftsunternehmen dar. Mit der Verschärfung der Förderkonditionen gab es einen wesentlichen Bestandsrückgang bei den SAM OfW-Teilnehmern, der darauf hindeutet, dass die Mitnahmeeffekte zurückgegangen sind. Daher wird als Indikator zur Beschreibung der Mitnahmeeffekte zum einen der SAM OfW-Anteil von allen SAM vor der Einführung der neuen Förderkonditionen und als Vergleichswert ein SAM OfW-Anteil nach Wirksamwerden der neuen Richtlinien ausgewählt.

2.3.2 Privates Sachkapital

a) Privates Sachkapital in der Regionalökonomik

Neben dem Produktionsfaktor Arbeit ist der Produktionsfaktor Kapital der zweite wichtige Produktionsfaktor in einer aggregierten Produktionsfunktion, wie sie den neoklassischen Wachstumsmodellen nach Ramsey, Solow, Cass und Koopmanns zugrunde liegt.²³ Unter Vernachlässigung von technischem Fortschritt erhöht sich im Modell einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital die Produktion nur, wenn zusätzliche Einheiten Arbeit und Kapital eingesetzt werden. Wie stark sich die Produktion erhöht, hängt von den partiellen Produktionselastizi-

²³ Zu einer Darstellung vgl. BARRO, R.; SALA-I-MARTIN, X.: *Economic Growth*. New York u. a. 1995, Kapitel 1 und 2. Aus der Perspektive der Regionalökonomik: MAIER, G.; TÖDTLING, F.: *Regional- und Stadtökonomik 2*. Wien und New York 1996, S. 61-83.

täten ab, zu denen das Modell zwei zentrale Annahmen trifft: 1) konstante Skalenerträge – d. h. werden beispielsweise in einer Region jeweils 10% mehr Arbeit und Kapital eingesetzt, dann können damit genau 10% mehr Output produziert werden – und 2) abnehmende Grenzerträge – d. h. mit zunehmendem Einsatz eines Produktionsfaktors allein sinken die auf diesen Faktor zurückzuführenden, positiven Produktionszuwächse. Das Wachstum des Arbeitsbestandes wird im Rahmen der neoklassischen Modelle nicht erklärt. Das Wachstum des Kapitalbestandes ergibt sich aus der Sparquote und der Abschreibungsrate: je mehr gespart wird, desto höher sind die Bruttoinvestitionen; je höher die Abschreibungsrate, desto umfangreicher die Erneuerung des bestehenden Kapitalbestandes. Übersteigen die Bruttoinvestitionen die Erneuerung alten Kapitals, so weitet sich der Kapitalbestand um die Nettoinvestitionen (Bruttoinvestitionen minus Abschreibungen) aus. Aufgrund der angenommenen konstanten Skalenerträge und abnehmenden Grenzerträge kann eine Volkswirtschaft oder Region durch Kapitalakkumulation nicht unendlich wachsen. Im Modell wird ein Gleichgewicht erreicht, bei dem die aus den Ersparnissen finanzierten Investitionen gerade ausreichen, um die jeweils abgeschriebenen Investitionen zu ersetzen, der Kapitalbestand bleibt in diesem Fall konstant. Ein weiteres Wachstum des Kapitalstocks ist dann nur möglich, wenn die Beschäftigung wächst oder technischer Fortschritt die Produktivität erhöht. Dieses Stadium, in dem die Produktion und die eingesetzten Produktionsfaktoren mit der Rate des Bevölkerungs- und Produktivitätswachstums zunehmen, wird als *steady state* bezeichnet. „Wenn es keinen technischen Fortschritt gibt, so kann Kapitalzuwachs alleine keinen dauerhaften Wachstumsprozess in der Wirtschaft bewirken.“²⁴

Dieses Modell geht allerdings von einer geschlossenen Volkswirtschaft aus, die weder Produktionsfaktoren noch Güter mit anderen Volkswirtschaften austauscht. Lässt man die Wanderung von Produktionsfaktoren und den Güterhandel zu, dann sind weitere Mechanismen zu berücksichtigen. Beispielsweise könnte durch Kapitalzuflüsse aus anderen Volkswirtschaften oder Regionen ein Defizit an eigenen Ersparnissen ausgeglichen werden und ein weiteres Wachstum des Kapitalstocks stattfinden, selbst wenn die eigenen Ersparnisse nicht einmal mehr ausreichen, um die Ersatzinvestitionen für abgeschriebenes Kapital vorzunehmen. Allerdings ist auch hier im neoklassischen Modell wieder ein Korrektiv vorhanden, das dies verhindert. Und zwar geht es davon aus, dass die Produktionsfaktoren entsprechend ihrem Wertgrenzprodukt entlohnt werden. Lohn und Zins stellen jedoch keine exogenen Größen dar, sondern sind letztlich abhängig von Bestand und Produktivität der beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Bei zwei Regionen wird deshalb diejenige mit dem höheren Kapitalbestand einen niedrigeren Zins aufweisen und es besteht ein Anreiz für Kapitalexporte in die andere Region mit dem höheren Zins. Dieser Anreiz besteht solange, bis die Zinsen in beiden Regionen an-

²⁴ MAIER, G.; TÖDTLING, F.: Regional- und Stadtökonomik, a. a. O., S. 67.

geglichen sind und damit ein Ausgleich der Faktorpreise hergestellt wird (analog gilt dies für den Faktor Arbeit).

Neoklassische Wachstumsmodelle für geschlossene und offene Volkswirtschaften implizieren eine Konvergenz der Volkswirtschaften zu ihrer *steady state* Wachstumsrate. Dabei wird aber in der Regel nicht von einer Konvergenz aller Länder zum gleichen *steady state* ausgegangen, vielmehr gibt es Konvergenzclubs, d. h. Gruppen von Regionen mit gleichem Sparverhalten, Bevölkerungswachstum und technischem Fortschritt. Der Mechanismus, der letztlich zu dieser bedingten Konvergenz führt, ist die Abnahme der Grenzproduktivität des akkumulierbaren Kapitals. Die neue Wachstumstheorie weicht von dieser Annahme ab und geht von konstanten oder sogar steigenden Grenzproduktivitäten aus. In frühen Modellen der neuen Wachstumstheorie wird der Sachkapitalakkumulation dabei auch eine besondere Bedeutung zugeschrieben, indem angenommen wird, dass sie positive Externalitäten nach sich zieht: Dadurch, dass jede einzelne Sachkapitalinvestition einen Beitrag zu einem Prozess des „learning-by-doing“ leistet, werden auch Arbeitskräfte außerhalb des investierenden Unternehmens produktiver.²⁵ Damit zieht die Sachkapitalakkumulation technischen Fortschritt nach sich.

b) Empirische Ergebnisse zum privaten Sachkapital

Der intuitiv direkteste Weg, um den Wachstumsbeitrag der Produktionsfaktoren und darunter natürlich auch des Sachkapitals zu erfassen, wird im Rahmen der sogenannten Wachstumskomponentenanalysen (*growth accounting*) besprochen. Dabei wird die Wachstumsrate der Produktion durch die Wachstumsraten verschiedener Inputfaktoren erklärt. Christensen, Cummings und Jorgenson führen derartige Wachstumskomponentenanalysen für neun Industrieländer durch.²⁶ Für Deutschland ermitteln sie dabei einen Wachstumsbeitrag des (privaten) Kapitalzuwachses von 31% 1950-60 und von 52% 1960-73. Auch für Japan und Italien liegt der Wachstumsbeitrag des Kapitalanstiegs in der zweiten Periode deutlich über dem in der ersten Periode, während er für Kanada, die USA und Großbritannien darunter liegt. Maddison ermittelt für Deutschland Wachstumsbeiträge des (öffentlichen und privaten) Sachkapitalzuwachses von 55 (1913-50), 37 (1950-73) und 82 (1973-84)%.²⁷ Er trennt zwischen immobilem und mobilem Sachkapital und ermittelt drei- bis achtfach höhere Wachstumseffekte für das mobile Sachkapital. Bei Dougherty beträgt der Beitrag des Kapitalwachstums zum BIP-Wachstum

²⁵ Vgl. ROMER, P. M.: Increasing Returns and Long-Run Growth, in: Journal of Political Economy, Vol. 94 (1986), No. 5, S. 1002-1037.

²⁶ Vgl. CHRISTENSEN, L. R.; CUMMINGS, D.; JORGENSON, D. W.: Economic Growth 1947-1973: An International Comparison, in: Jorgenson, D.W. (Hrsg.): Productivity, Volume 2: International Comparisons of Economic Growth. Cambridge und London 1995, S. 246.

²⁷ Vgl. MADDISON, A.: Growth and Slowdown in Advanced Capitalist Economies: Techniques of Quantitative Assessment, in: Journal of Economic Literature, Vol. 25 (1987), S. 680.

im Zeitraum 1960-90 etwa 59%.²⁸ Die zitierten Wachstumskomponentenanalysen zeigen einen positiven Beitrag des privaten Kapitalzuwachses zum wirtschaftlichen Wachstum in Deutschland, der sehr hoch und teilweise auch deutlich über dem Anteil der Kapitaleinkommen an den Gesamteinkommen (in den betrachteten Studien etwa 40%) liegt. Dies könnte auf externe Effekte – wie in der neuen Wachstumstheorie modelliert – zurückzuführen sein, die dazu führen, dass das Sachkapital nicht entsprechend seinem Beitrag zur Produktion entlohnt wird; eine andere Erklärung besteht darin, dass sich der Wachstumsbeitrag des Kapitalstocks sowohl aus seiner physischen Zunahme als auch aus seiner Qualitätsverbesserung zusammensetzt.²⁹ Diese Qualitätsverbesserung könnte man auch als einen Teil des technischen Fortschritts interpretieren.

Einen anderen Weg, bei dem der Beitrag des Sachkapitalzuwachses zum Einkommenswachstum ermittelt wird, bilden Schätzungen der Wachstumsrate des Einkommens und Konvergenzschätzungen, die Kontrollvariablen für das Kapitalstockwachstum einbeziehen. Mankiw, Romer und Weil ermitteln in einer vielzitierten Schätzung eines um Humankapital erweiterten Solowschen Wachstumsmodells eine partielle Produktionselastizität des Sachkapitals für 22 OECD-Länder von $\alpha = 0,38$.³⁰ Eine ähnliche Dimension von 0,3 bis 0,35 der partiellen Produktionselastizität α ermitteln Schalk und Untiedt in ihren Schätzungen für das verarbeitende Gewerbe in westdeutschen Arbeitsmarktregionen.³¹ Barro und Sala-I-Martin erhalten in einem Teil ihrer Schätzungen zur Erklärung des Pro-Kopf-Wachstums des BIP signifikante positive Koeffizienten für die Investitionsquote, bei einer Anwendung anderer Schätzmethoden jedoch nicht. Sie machen eine mögliche Endogenität der Investitionsquote dafür verantwortlich: „The results suggest that the principal reason for the positive partial association between growth and investment ... reflects reverse causation from growth to investment rather than from investment to growth.“³²

Die referierten empirischen Ergebnisse stellen nur einen kleinen Ausschnitt der umfassenden internationalen Forschung zu den Wachstumseffekten der Sachkapitalakkumulation dar. Während die auf neoklassischen Modellen aufbauenden Studien um so geringere Wachstumseffekte des Kapitalstockzuwachses ermitteln, je mehr sich der Kapital-

²⁸ Dougherty 1991 nach BARRO, R.; SALA-I-MARTIN, X.: *Economic Growth*, a. a. O., S. 380.

²⁹ Allerdings weichen die vorliegenden Studien stark voneinander ab hinsichtlich des Beitrages von Kapitalstock- und Kapitalqualitätszuwachs zum Wachstum.

³⁰ Vgl. MANKIW, N. G.; ROMER, D.; WEIL, D. N.: A Contribution to the Empirics of Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 107 (1992), No. 2, S. 428-429.

³¹ Vgl. SCHALK, J.; UNTIEDT, G.: Technologie im neoklassischen Wachstumsmodell: Effekte auf Wachstum und Konvergenz. Empirische Befunde für die Arbeitsmarktregionen der Bundesrepublik Deutschland 1978-1989, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 215 (1996), Heft 5, S. 562-585. – SCHALK, J.; UNTIEDT, G.; LÜSCHOW, J.: Technische Effizienz, Wachstum und Konvergenz in den Arbeitsmarktregionen der Bundesrepublik Deutschland (West), in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 214 (1995), Heft 1, S. 25-49.

³² BARRO, R.; SALA-I-MARTIN, X.: *Economic Growth*, a. a. O., S. 424-444.

stock an das *steady state* Niveau annähert, sind bei den Modellen der neuen Wachstumstheorie mit zunehmendem Kapitalstock auch zunehmende Wachstumseffekte zu erwarten. Unabhängig vom zugrunde gelegten theoretischen Modell stellt die Transformationssituation Ostdeutschlands aber auch hinsichtlich des Kapitalstocks eine Besonderheit dar: Durch unterbliebene Investitionen während der DDR-Zeit war Ostdeutschland 1990 relativ weit von seinem Steady-State-Kapitalstock entfernt, wenn man den westdeutschen Kapitalstock als Maßstab heranzieht. Für 1991 wird das Bruttoanlagevermögen je Erwerbstätigen in der ostdeutschen gewerblichen Wirtschaft auf 46,2% des westdeutschen Niveaus geschätzt, im Verarbeitenden Gewerbe sogar nur auf 30,4%.³³ Bis Mitte der 90er Jahre wurde diese Kapitalstocklücke teilweise, aber noch nicht vollständig geschlossen. Angesichts des Rückstands beim Umfang des Kapitalstocks in Ostdeutschland Mitte der 90er Jahre kann deshalb von wachstumsfördernden Effekten der Investitionen ausgegangen werden.

Die Ergebnisse der oben referierten Wachstumskomponentenanalysen deuteten darauf hin, dass sowohl der Umfang von Investitionen als auch ihre Zusammensetzung Wachstumseffekte haben. Internationale Studien zu den Auswirkungen von Investitionen auf Wachstum und Produktivität stützen zum Teil diesen Befund. De Long und Summers betrachten speziell die Effekte von Ausrüstungsinvestitionen auf das Pro-Kopf-Wachstum und kommen zu dem Ergebnis, dass diese eine Hauptdeterminante des Produktivitätswachstums darstellen.³⁴ Als Ursache werden positive Externalitäten angegeben, die Long und Summers beziehen sich dabei auf Romer (zur Argumentation vgl. Seite 30).³⁵ Auerbach, Hassett und Oliner kritisieren die Ergebnisse von de Long und Summers und zeigen, dass diese in hohem Maße von einem Ausreißer (Botswana) beeinflusst werden.³⁶ Auch wenn man den Ausreißer nicht berücksichtigt zeigt die angesprochene Analyse von de Long und Summers jedoch, dass die geschätzte Wachstumselastizität der Ausrüstungsinvestitionen die der Bauinvestitionen übersteigt. Dies trifft nicht mehr zu, wenn man lediglich die 18 OECD-Länder des Samples betrachtet; dann wird der geschätzte Koeffizient der Bauinvestitionen etwa doppelt so groß wie der der Ausrüstungsinvestitionen, beide sind jedoch nicht einmal auf einem 10%-Niveau signifikant.

Die Besonderheit der ostdeutschen Transformationssituation stützt trotzdem die Überlegung, dass Ausrüstungsinvestitionen größere Produktivitätseffekte als Bauinvestitionen

³³ Vgl. RAGNITZ, J.: Kapitalausstattung ostdeutscher Arbeitsplätze: Rückstand nicht überbewerten, in: *Wirtschaft im Wandel* 9/2000, 6 Jg., S. 254-258.

³⁴ Vgl. DE LONG, J. B.; SUMMERS, L.H.: Equipment Investment and Economic Growth, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 106 (1991), S. 445-502.

³⁵ Vgl. ROMER, P. M.: Increasing Returns and Long-Run Growth, a. a. O.

³⁶ Vgl. AUERBACH, A. J.; HASSETT, K. A.; OLINER, S. D.: Reassessing the Social Returns to Equipment Investment, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 109 (1994), No. 3, S. 789-802.

nach sich ziehen: Bauten weisen eine längere Nutzungsdauer als Ausrüstungen auf, und in der Folge der unterbliebenen Investitionen durch das planwirtschaftliche System der DDR ist somit der Ausrüstungsbestand relativ stärker als der Bestand an Bauten veraltet. Außerdem dürften die Abschottung vom Weltmarkt, die chronische Devisenknappheit der DDR und die Handelsrestriktionen der westlichen Industrieländer gegenüber der DDR im Hochtechnologiebereich sich deutlich stärker auf das technische Niveau der Ausrüstungen als die Qualität der Bauten ausgewirkt haben.

Eine größere Bedeutung von Bauinvestitionen für das Wachstum könnte dann bestehen, wenn der Aufholprozess Ostdeutschlands bei den Ausrüstungen weiter als bei den Bauten vorangeschritten war und dementsprechend bestehende Produktivitätsrückstände in der zweiten Hälfte der 90er Jahre (dem hier maßgeblichen Zeitraum!) nicht mehr über neue Maschinen, sondern eher über neue Bauten verringert werden konnten. Die statistischen Daten widersprechen jedoch dieser Argumentation: nicht die Investitionen in Ausrüstungen, sondern die Investitionen in Bauten je Erwerbsfähigen lagen in Ostdeutschland ab 1992 deutlich über dem westdeutschen Niveau, in der Spitzenphase 1995-97 sogar um jeweils mehr als 70%.³⁷ Die Ausrüstungsinvestitionen je Erwerbsfähigen erreichten lediglich in den Jahren 1994-96 Werte, die etwas über dem Westniveau lagen. Sinn schreibt deshalb sogar von einer „Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen“.³⁸ Forschungsergebnisse zur Modernität des ostdeutschen Kapitalstocks aus der Mitte der 90er Jahre sind nicht einheitlich. Auf der einen Seite konnte zwar in Unternehmensumfragen kein generelles Defizit hinsichtlich der Modernität der Anlagen in ostdeutschen Industrieunternehmen mehr festgestellt werden,³⁹ auf der anderen Seite sprechen allerdings differenzierende Untersuchungen für eine „duale Struktur“ des ostdeutschen Anlagenbestandes:⁴⁰ Bis 1995 waren demgemäß zwar 60% des Anlagevermögens nach 1991 entstanden und damit modern, mit diesen Anlagen arbeitete aber nur etwa ein Viertel der Beschäftigten. Drei Viertel arbeiteten mit älteren Anlagen, mit denen nur etwa 42% der westdeutschen Arbeitsproduktivität erreicht wurde. Dies stützt insgesamt die These stärkerer Wachstumseffekte der Ausrüstungs- als der Bauinvestitionen in den neuen Bundesländern.

Freilich ist grundsätzlich auch die Argumentation des Sachverständigenrates nicht von der Hand zu weisen, dass Bauinvestitionen tendenziell in Verbindung mit Kapazitätserweiterungen stehen und dass damit ein höherer Anteil an Bauinvestitionen auf einen hö-

³⁷ Vgl. SINN, H.-W.: Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder, in: ifo Schnelldienst, 53. Jg. (2000), H. 26-27, S. 14.

³⁸ Vgl. ebenda, S. 15.

³⁹ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Fünfzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 2/1997. Halle 1997, S. 22-25.

⁴⁰ Vgl. GÖRZIG in RAGNITZ, J.; ROTHFELS, J.; WÖLFL, A.: Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland. Ergebnisse einer Tagung am IWH – Teil I, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1998, 4. Jg., S. 5.

heren Anteil an Ausrüstungsinvestitionen, die aus einem Erweiterungsmotiv heraus stattfinden, gegenüber Ausrüstungsinvestitionen mit anderen Motiven (wie Ersatz und Rationalisierung) hindeutet.⁴¹ Den Erweiterungsinvestitionen werden dabei implizit stärkere Effekte im Hinblick auf das Wachstum des Produktionspotenzials unterstellt. Problematisch ist bei dieser Argumentation, dass die Bauinvestitionen in Ostdeutschland auch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre noch stark durch die staatliche Förderung in Form von Sonderabschreibungen beeinflusst waren und der Zusammenhang „Hohe Bauinvestitionen = hohe Erweiterungsinvestitionen“ vermutlich nur sehr eingeschränkt gilt. Zwar wurden und werden auch Ausrüstungsinvestitionen gefördert (und zwar sogar in höherem Ausmaß als Bauinvestitionen), allerdings sind Wachstumseffekte von Ausrüstungsinvestitionen generell zu erwarten, von solchen zu Erweiterungszwecken ebenso wie von solchen zu Ersatz-, Rationalisierungs- oder Produktinnovationszwecken. Die Ausgangslage 1990 und der Verlauf des Aufholprozesses in Ostdeutschland sprechen insgesamt dafür, dass den Ausrüstungsinvestitionen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre eine spezielle und größere Bedeutung für das Wachstum in Ostdeutschland zukamen als den Bauinvestitionen.

c) Operationalisierung des privaten Sachkapitals in der vorliegenden Analyse

Da die amtliche Statistik keine Primärdaten zum Sachkapitalstock erhebt und publiziert, kann auch in der vorliegenden Untersuchung nur auf eine behelfsmäßige Erfassung des privaten Kapitalstocks zurückgegriffen werden. Dies geschieht mittels verschiedener Statistiken, deren *Investitionsdaten* über einen Zeitraum (idealerweise 1991-1999) hinweg kumuliert werden. Damit wird freilich nicht der gesamte Kapitalstock erfasst; allerdings kann davon ausgegangen werden, dass derjenige Teil, der moderner ist und eine höhere Qualität aufweist, zu einem relativ großen Teil enthalten ist.

Zur Bewertung der Kapitalausstattung wird weiterhin ein Quotient aus den Investitionen und den Beschäftigten gebildet (= *Investitionsintensität*), welcher der Kapitalintensität (Sachkapital pro Beschäftigten) ähnlich ist und hier als Indikator für diese verwendet werden soll. Die Investitionsintensität kann nach dieser Überlegung als Maßstab dafür gelten, in welchem Umfang sich die Ausstattung Sachsen-Anhalts bzw. seiner Regionen und Branchen mit Kapital verbessert hat. Eine Unterausstattung mit Kapital kann eine mögliche Erklärung dafür sein, dass in einer Region das wirtschaftliche Ergebnis oder daraus berechnete Größen, wie die Produktivität, geringer als in einer anderen Region ausfallen.⁴²

⁴¹ Die Argumentationskette kommt z. B. zum Ausdruck in: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/99. Stuttgart 1998, S. 59.

⁴² Freilich ist eine branchenübliche Kapitalausstattung zwar eine notwendige, aber noch keine hinreichende Bedingung für eine wettbewerbsfähige Industrie – dies wird auch von anderen Faktoren beeinflusst, wie etwa dem Technologiemanagement, der Betriebsorganisation oder dem Angebot marktfä-

Als weiterer Indikator zur Bewertung der Investitionen in den Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes wird berechnet, welchen Anteil Investitionen in Maschinen, maschinelle Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung (im folgenden kurz: *Ausrüstungsinvestitionen*) an den Gesamtinvestitionen hatten.⁴³ Je höher der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen und je geringer der Anteil der Bauinvestitionen ist, desto günstiger werden die Wachstumseffekte der Investitionen beurteilt. Dies begründet sich in positiven Externalitäten der Ausrüstungsinvestitionen und darin, dass sie kapitalgebundenen technischen Fortschritt und Qualitätssteigerungen des Kapitalstocks enthalten können (siehe ausführlich oben).⁴⁴

2.3.3 Technisches Wissen

a) *Technisches Wissen in der Regionalökonomik*

In einer einfachen statischen Betrachtung kann das technische Wissen als ein Produktionsfaktor angesehen werden, der zusammen mit anderen Einflussfaktoren – wie beispielsweise natürlichen oder kulturellen Gegebenheiten – das Produktivitätsniveau von Arbeit und Kapital bestimmt. Bei gleichem Bestand an Arbeit und Kapital erweist sich so die Volkswirtschaft oder Region als produktiver, die den höheren technischen Wissensstand hat. Dieser kann sich beispielsweise in den Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitskräfte ausdrücken (arbeitsgebundenes technisches Wissen) oder in leistungsfähigeren Maschinen und Anlagen (kapitalgebundenes technisches Wissen). In der dynamischen Betrachtung neoklassischer Wachstumsmodelle findet im Zeitverlauf ein konstanter Zuwachs an technischem Wissen, also technischer Fortschritt, statt. Technischer Fortschritt erhöht die Produktionsmenge, auch wenn der Einsatz von Arbeits- und Kapitalmengen konstant bleibt.

Den Solowschen Wachstumsmodellen wurde vorgeworfen, dass sie Wachstum eigentlich nicht erklären können, da der technische Fortschritt exogen ist und quasi vom Himmel fällt. An dieser Stelle setzt die Modifikation der neuen Wachstumstheorie an,

higer Produkte. Vgl. RAGNITZ, J.: Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen für den Konvergenzprozess, in: Konjunkturpolitik, 45. Jg. (1999), Heft 3, S. 165-187. – RAGNITZ, J.; ROTHFELS, J.; WÖLFL, A.: Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland. Ergebnisse einer Tagung am IWH – Teil I, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1998, 4. Jg., S. 3-11. – MÜLLER, G.; ROTHFELS, J.; WÖLFL, A.: Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland – Teil II, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/1998, 4. Jg., S. 15-21.

⁴³ Zuzüglich zu den Investitionen in Maschinen werden noch die Investitionen in Bauten und Grundstücke unter den Gesamtinvestitionen erfasst.

⁴⁴ Vgl. auch SINN, H.-W.: Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung, a. a. O., S. 15.

die den technischen Fortschritt innerhalb der Modelle abbildet.⁴⁵ In frühen Modellen der neuen Wachstumstheorie werden positive Externalitäten von Sachkapitalinvestitionen modelliert (vgl. Abschnitt 2.3.2). Neuere Modelle bauen auf den Schumpeterschen Gedanken des Gewinnstrebens des einzelnen Unternehmers auf und begründen technischen Fortschritt mit der Möglichkeit, durch Innovationen Monopolrenten erzielen zu können.⁴⁶

Damit wird zwar der Anreiz für Innovationen mikroökonomisch modelliert, aber noch nicht die Frage beantwortet, *welche Faktoren auf der Mikroebene das Entstehen und die Ausbreitung technischen Fortschritts determinieren*. Die Antwort darauf ist aber letztlich mit entscheidend dafür, ob der technische Fortschritt zur Divergenz von Regionen beiträgt (wenn er lokal begrenzt bleibt) oder zu deren Konvergenz (wenn er sich über die regionalen Grenzen hinweg ausbreiten kann). Außerdem hängt davon ab, ob und, wenn ja, wodurch eine regionale Strukturpolitik die Produktion oder Adaption technischen Wissens und – mit anderen Worten – die Innovationsfähigkeit einer Region positiv beeinflussen kann. Geht man von älteren, hierarchischen Ansätzen der Innovationsentstehung aus, dann muss eine Region über bestimmte materielle Inputfaktoren verfügen, um Innovationen produzieren zu können: beispielsweise Humankapital, große Absatz- und Beschaffungsmärkte, eine gute Verkehrsinfrastrukturanbindung. Diese Voraussetzungen sind in Agglomerationsräumen eher als in peripheren Räumen vorhanden, Innovationen entstehen demgemäß eher am oberen Ende der Städtehierarchie, in den Agglomerationen.⁴⁷ Neuere Theorien, häufig unter dem Terminus der „innovativen Milieus“ subsummiert, heben die Bedeutung immaterieller Inputfaktoren bei der Innovationsentstehung hervor. Ihnen gemäß können Vertrauens-Beziehungen zwischen den ökonomischen Akteuren, verursacht durch häufige persönliche Kontakte und gefördert durch einen ähnlichen kulturellen, psychologischen und oft auch politischen Hintergrund – neben dem Humankapitalbestand – das Zustandekommen von Innovationen po-

⁴⁵ Vgl. die Darstellungen in: BRÖCKER, J.: Die Lehren der neuen Wachstumstheorie für die Raumentwicklung und die Regionalpolitik, in: Blien, U.; Herrmann, H.; Koller, M. (Hrsg.): Regionalentwicklung und regionale Arbeitsmarktpolitik. Konzepte zur Lösung regionaler Arbeitsmarktprobleme? Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 184. Nürnberg 1994, S. 30-50. – BODE, E.: Lokale Wissensdiffusion und regionale Divergenz in Deutschland. Kieler Studien Nr. 293. Tübingen 1998, S. 7-11.

⁴⁶ Vgl. ROMER, P.M.: Endogenous Technological Change, in: Journal of Political Economy, Vol. 98 (1990), No. 5, S. 71-102. – AGHION, P.; HOWITT, P.: A Model of Growth through Creative Destruction. NBER Working Paper No. 3223. Cambridge, Mass. 1990. – GROSSMAN, G. M.; HELPMAN, E.: Innovation and Growth in the Global Economy. Cambridge, Mass. 1990, S. 43-83.

⁴⁷ Vgl. stellvertretend LASUÉN, J. R.: Urbanisation and Development – the Temporal Interaction between Geographical and Sectoral Clusters, in: Urban Studies, Vol. 10 (1973), S. 178-184. – Vgl. auch die Darstellung in TÖDTLING, F.: Spatial Differentiation of Innovation – Locational and Structural Factors: Results of an Austrian Case Study, in: Bergman, E. M.; Maier, G.; Tödtling, F. (Hrsg.): Regions Reconsidered. Economic Networks, Innovation, and Local Development in Industrialized Countries. London 1991, S. 216-217.

sitiv beeinflussen.⁴⁸ Allerdings gibt es auch Stimmen, die die rein regional oder sogar lokal beschränkten Beziehungen nicht zwangsläufig als innovationsfördernd einstufen und die Relevanz überregionaler Beziehungen betonen. Überregionale Beziehungen gewinnen vor allem dadurch Bedeutung, dass sie Informationen über den technologischen Standard auf den Weltmärkten liefern⁴⁹ und einen technologischen „lock-in“ einer Region,⁵⁰ d. h. ein Beharren auf einem veralteten Technologie- und Produktionsstand, vermeiden oder abbauen können.

Auch die Diffusion von Innovationen findet unter anderem durch persönliche Kontakte statt, die durch räumliche Nähe erleichtert werden. Dies wird in der Diffusionsforschung bereits seit Hägerstrand als Nachbarschaftseffekt bezeichnet.⁵¹ Ebenso wie die eigene Produktion von Innovationen in einer Region wird auch die Fähigkeit, sich neue Technologien anzueignen, durch den Umfang des regionalen Humankapitals positiv beeinflusst.⁵²

b) Empirische Ergebnisse zum Technischen Wissen

Empirische Analysen, welche die ökonomischen Auswirkungen des technischen Wissens direkt untersuchen (etwa durch den Bestand an Humankapital, qualifizierten Arbeitskräften oder Beschäftigten in FuE an Hochschulen und in der privaten Wirtschaft), kommen in der Regel zu dem Ergebnis, dass ein hoher Bestand an technischem Wissen das Wachstum fördert. Cheshire und Carbonaro ermitteln einen positiven Effekt des Bestands an FuE-Einrichtungen auf die BIP-Wachstumsrate europäischer Regionen im Zeitraum 1979-90.⁵³ Auch Bode kommt in einer neueren Schätzung für westdeutsche Raumordnungsregionen zu dem Ergebnis, dass die Dichte an Forschern in der Industrie sowie ein Interaktionsterm aus dieser Variablen und der Anzahl der Wissenschaftler an Hochschulen einen signifikanten Beitrag zum Wachstum der Bruttowertschöpfung je

⁴⁸ Vgl. BRUSCO, S.: The Emilian Model: Productive Decentralization and Social Integration, in: Cambridge Journal of Economy, Vol. 6 (1982), S. 179. – PIORE, M.; SABEL, C.: Italian Small Business Development: Lessons for U.S. Industrial Policy, in: Zysman, J.; Tyson, L. (Hrsg.): American Industry in International Competition. Ithaca und London 1983, S. 391-421. – CAMAGNI, R.: Local ‚Milieu‘, Uncertainty and Innovation Networks: Towards a New Dynamic Theory of Economic Space, in: Ders. (Hrsg.): Innovation Networks: Spatial Perspectives. London u. New York 1991, S. 132-134.

⁴⁹ Vgl. z. B. JOHANSSON, B.: Economic Networks and Self-Organization, in: Bergman, E. M.; Maier, G.; Tödtling, F.: Regions Reconsidered. London 1991, S. 17-34.

⁵⁰ Vgl. GRABHER, G.: The Weakness of Strong Ties. The Lock-in of Regional Development in the Ruhr Area, in: Ders. (Hrsg.): The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks. London und New York 1993, S. 254-277.

⁵¹ Vgl. HÄGERSTRAND, T.: Innovation Diffusion as a Spatial Process. Chicago 1967 (im Original Lund/Schweden 1953).

⁵² Vgl. GOMULKA, S.: The Theory of Technological Change and Economic Growth. London 1990, S. 92-98.

⁵³ Vgl. CHESHIRE, P.; CARBONARO, G.: Urban Economic Growth in Europe: Testing Theory and Policy Prescriptions, in: Urban Studies, Vol. 33 (1996), No. 7, S. 1111-1128.

Einwohner zwischen 1976 und 1992 leisteten.⁵⁴ Feldman und Florida untersuchen die Innovationstätigkeit (nach Branchen) in den US-amerikanischen Bundesstaaten. Sie erhalten das Resultat, dass die Innovationszahl jeweils positiv vom Umfang der FuE-Ausgaben der Industrie und auch der Hochschulen abhängt.⁵⁵ Sie zitieren außerdem mehrere ältere Analysen zu den USA, die die innovationsfördernden Effekte der Hochschulforschung belegten, und zwar sowohl direkt als auch indirekt über positive Rückkopplungen zur privaten FuE. Zu diesem Resultat kommt auch eine sorgfältige und differenzierte Studie von Anselin, Varga und Acs. Sie belegen weiterhin, dass Universitätsforschung und private Forschung sowohl auf der Ebene amerikanischer Bundesstaaten als auch auf der Ebene von Stadtregionen die Innovationstätigkeit erhöhen.⁵⁶ Zucker, Darby und Brewer können mittels eines differenzierten Datensatzes am Beispiel der Biotechnologie belegen, dass nicht allein die Existenz von Universitäten, sondern insbesondere auch die Qualität des an ihnen beschäftigten Humankapitals für das Wachstum einer Branche – operationalisiert durch die Anzahl und Gründungen von Biotechnologie-Unternehmen – von Bedeutung sind.⁵⁷

Auch zur Bedeutung von räumlichen Spillovers für die Entstehung und Weitergabe von Innovationen, was, wie oben geschildert, die Konvergenz oder Divergenz von Regionen durch technischen Fortschritt beeinflusst, sind in den letzten Jahren insbesondere in den Vereinigten Staaten eine Reihe empirischer Studien entstanden. Ausgangspunkt war eine Analyse von Jaffe, Trajtenberg und Henderson zur räumlichen Verteilung der Patentanmeldungen in den USA.⁵⁸ Dort wird eine räumliche Konzentration der Patentanmeldungen ermittelt, die intraregionale Wissens-Spillovers nahe legt. Auch Analysen, die andere Indikatoren für Innovationen verwenden, kommen zu dem Ergebnis, dass lokale Spillovers die Innovationsfähigkeit in einer Region erhöhen.⁵⁹ Mehrere Untersuchungen deuten darauf hin, „... dass Unternehmen, die in räumlicher Nähe zu einer Hochschule angesiedelt sind, in größerem Umfang Kenntnis von dem in den Hoch-

⁵⁴ Vgl. BODE, E.: Lokale Wissensdiffusion und regionale Divergenz in Deutschland, a. a. O., S. 43-89.

⁵⁵ Vgl. FELDMAN, M. P.; FLORIDA, R.: The Geographic Sources of Innovation: Technological Infrastructure and Product Innovation in the United States, in: *Annals of the Association of American Geographers*, Vol. 84 (1994), No. 2, S. 222-225.

⁵⁶ Vgl. ANSELIN, L.; VARGA, A.; ACS, Z.: Local Geographic Spillovers between University Research and High Technology Innovations, in: *Journal of Urban Economics*, Vol. 42 (1997), S. 422-448.

⁵⁷ Vgl. ZUCKER, L. G.; DARBY, M. R.; BREWER, M. B.: Intellectual Human Capital and the Birth of U.S. Biotechnology Enterprises, in: *American Economic Review*, Vol. 88 (1998), S. 290-306.

⁵⁸ Vgl. JAFFE, A.; TRAJTENBERG, M.; HENDERSON, R.: Geographic Localization of Knowledge Spillovers as Evidenced by Patent Citations, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 108 (1993), No. 3, S. 577-598.

⁵⁹ Vgl. FELDMAN, M. P.; AUDRETSCH, D. B.: Innovation in Cities: Science-based Diversity, Specialization and Localized Competition, in: *European Economic Review*, Vol. 43 (1999), S. 409-429. – AUDRETSCH, D. B.; FELDMAN, M. P.: R&D Spillovers and the Geography of Innovation and Production, in: *American Economic Review*, Vol. 86 (1996), No. 3.

schulen entwickelten Wissen erlangen als Unternehmen in größerer Entfernung.”⁶⁰ Die bereits angesprochene Studie von Anselin, Varga und Acs stellt innovationsfördernde Effekte der Hochschulforschung in der eigenen Stadtregion und zusätzlich auch in den umliegenden Kreisen fest.⁶¹

c) *Operationalisierung des Technischen Wissens in der vorliegenden Analyse*

Indikatoren, die das technische Wissen in einer Region, den technischen Fortschritt und die Innovationstätigkeit abbilden, sind nicht in dem Ausmaß vorhanden, wie es sich die empirische Regionalforschung wünscht. Ein zentraler Indikator für Innovationen sind *Patentanmeldungen*. Sie liegen relativ aktuell in einer Differenzierung nach Bundesländern vor und werden folglich auch in der vorliegenden Analyse einbezogen. Trotz der Beschränkungen in der Aussagekraft des Indikators, die etwa wegen zwischen den Branchen und Betriebsgrößen differierenden Patentierneigungen der Unternehmen oder unterschiedlichen Verwertungsraten der Patente bestehen, haben doch verschiedene Analysen seine Validität für die Abbildung der Innovationstätigkeit belegt.⁶² Die Daten werden hier in der räumlichen Zuordnung nach dem Erfindersitz und nicht nach dem Anmeldersitz verwendet, um möglichst genau den Ort der Innovation abzubilden.

Da die Datenlage zu Innovationsindikatoren insgesamt unbefriedigend ist, kommt man nicht umhin, zusätzlich Indikatoren zu Inputfaktoren für die Innovationstätigkeit zu betrachten. Dies sind insbesondere Indikatoren, die etwas über die privaten und öffentlichen Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in einer Region aussagen.

- Informationen über die private FuE-Tätigkeit umfassen Angaben zum *FuE-Personal* und den *internen FuE-Ausgaben*, die der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft in Zweijahresabständen erhebt und publiziert. Diese Daten bilden freilich nicht die gesamten FuE-Anstrengungen der Unternehmen ab, da auch Aufträge, die an Dritte (etwa Hochschulen, öffentliche Forschungsinstitute, FuE-Dienstleister etc.) vergeben wurden, unberücksichtigt bleiben (vgl. ausführlicher zum Indikator: Abschnitt 3.2.3). Um Verzerrungen, die durch die unterschiedliche Größe von Regionen oder Branchen oder den unterschiedlichen Industrialisierungsgrad entstehen, zu vermeiden, werden aus den FuE-Angaben zusätzlich *FuE-Intensitäten* berechnet. Dazu wird das FuE-Personal (die FuE-Ausgaben) auf die Beschäftigten (den Um-

⁶⁰ BODE, E.: Lokale Wissensdiffusion und regionale Divergenz in Deutschland, a. a. O., S. 26.

⁶¹ Vgl. ANSELIN, L.; VARGA, A.; ACS, Z.: Local Geographic Spillovers between University Research and High Technology Innovations, a. a. O., S. 433-439.

⁶² Vgl. GREIF, S.: Patentatlas Deutschland. Die räumliche Struktur der Erfindungstätigkeit. München 1998, S. 9-11 und SCHWITALLA, B.: Messung und Erklärung industrieller Innovationsaktivitäten mit einer empirischen Analyse für die westdeutsche Industrie. Heidelberg 1993, S. 106-111 und die dort jeweils angegebene Literatur.

satz) der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in der Region oder Branche bezogen.⁶³

- Aufschluss über regionale Unterschiede im Umfang der öffentlichen Forschung zwischen Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Bundesländern und gegenüber Westdeutschland sowie im landesinternen Vergleich der sachsen-anhaltinischen Regionen geben in erster Linie Daten zum *Personalbestand der Hochschulen* (und teilweise auch der sonstigen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen). Sie geben wenigstens näherungsweise Auskunft über die Forschungsaktivitäten und können zum Teil noch durch andere personalbezogene Indikatoren, wie die Anzahl der Wissenschaftler oder der Hochschulprofessoren, ergänzt werden. Parallel zum Personalbestand können die *Ausgaben für den Hochschulbereich* etwas über die öffentlichen FuE-Potenziale aussagen.⁶⁴

Abschließend ist darauf zu verweisen, dass nicht nur die hier unter dem technischen Wissen aufgeführten Indikatoren Rückschlüsse auf die Innovationsfähigkeit einer Region gestatten. Auch Indikatoren zur Humankapitalausstattung (wie beispielsweise der Besatz mit Hochschul- und Fachhochschulabsolventen oder mit Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen) oder zur Sachkapitalausstattung (wie beispielsweise die Ausrüstungsinvestitionen, vgl. Seite 32) enthalten arbeitsgebundenes oder kapitalgebundenes technisches Wissen. Die vorgenommene Zuordnung zu anderen Determinanten der regionalen Wohlfahrt geschieht mehr aus Gründen der Übersichtlichkeit als aus einer klaren Trennmöglichkeit.

2.3.4 Infrastruktur

a) Infrastruktur in der Regionalökonomik

Der Begriff „Infrastruktur“ stammt ursprünglich aus der militärischen Fachsprache und beinhaltet dort alle Einrichtungen für das Nachschub-, Kommunikations- und Transportwesen.⁶⁵ In der ökonomischen Theorie wird unter „Infrastruktur“ zumeist das „Fundament“ einer Volkswirtschaft verstanden, auf welchem die einzelnen Wirtschaftssubjekte ihre Aktivitäten und Transaktionen durchführen,⁶⁶ d. h. „... die Gesamtheit aller materiellen, institutionellen und personalen Anlagen, Einrichtungen und Gegebenheiten,

⁶³ Vgl. zu diesem Vorgehen GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; WUDTKE, J.: *Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1997-1999. Bericht über die FuE-Erhebungen 1997 und 1998*. Essen o. J., S. 33-35.

⁶⁴ Als Teil der öffentlichen (Forschungs-)Infrastruktur werden zusätzlich auch die Investitionen in den Bau und Ausbau der Hochschulen und zur Anschaffung von Großgeräten betrachtet.

⁶⁵ Vgl. JOCHIMSEN, R.: *Über „Infrastrukturen“ als Voraussetzungen einer funktionsfähigen Volkswirtschaft*, in: *Kulturen im Umbruch*. G. H. Kindermann (Hrsg.). Freiburg im Breisgau 1962, S. 30.

⁶⁶ Vgl. SCHLAG, C.-H.: *Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland*. Frankfurt am Main u. a. 1999, S. 15 (= Diss. an der Universität zu Köln 1998).

die den Wirtschaftseinheiten im Rahmen einer arbeitsteiligen Wirtschaft zur Verfügung stehen“⁶⁷.

Infrastrukturgüter zeichnen sich durch eine Reihe von besonderen Eigenschaften aus, die wir von anderen Gütern nicht kennen und die dafür verantwortlich zeichnen, dass Infrastruktur heute zumeist öffentlich bereitgestellt wird. Demgemäß lässt sich der Infrastrukturbestand in einer Region zum größten Teil gleichsetzen mit ihrem Bestand an öffentlichem Sachkapital. Bei den angesprochenen Eigenschaften handelt es sich um:⁶⁸

- Nichtrivalität in der Nutzung bis zur Kapazitätsgrenze; sinkende Durchschnittskosten bei zunehmender Nutzung
- Externe Effekte
- Unteilbarkeiten, steigende Skalenerträge, natürliche Monopole; sinkende Durchschnittskosten. Durch die Unteilbarkeit der Infrastrukturgüter kommt es zur Limitation des regionalen Wachstums: Wenn etwa eine Straße mit Kfz überlastet ist, muss zur Verbesserung der Situation eine ganze neue Straße gebaut werden, was wegen der hohen Kosten nicht sogleich erfolgt; bzw. die Stückkosten steigen.
- Meritorische Eigenschaften infolge von Informationsmängeln
- Räumliche Immobilität: bei Engpässen kann Infrastruktur im Gegensatz zu privaten Gütern oder zu privatem Kapital oder zum Faktor Arbeit nicht importiert werden, bei Überkapazitäten ist kein Export möglich. Deshalb kann es zu Engpässen kommen, in deren Folge die Infrastruktur die Entwicklung einer Region limitiert.

Vielfach wird eine Unterscheidung vorgenommen zwischen der haushalts- und der unternehmensbezogenen Infrastruktur, je nachdem, ob die Infrastruktur in erster Linie von den privaten Haushalten oder von den Unternehmen genutzt wird. Der unternehmensbezogenen Infrastruktur wird für die ökonomische Entwicklung einer Region zumeist ein höheres Gewicht als der haushaltsbezogenen Infrastruktur zugemessen. Allerdings dient die haushaltsbezogene Infrastruktur der Attrahierung von Humankapital und darf deshalb in ihrer Bedeutung für die Entwicklung einer Region nicht unterschätzt werden. Durch die haushaltsorientierte Infrastruktur werden die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte und die Attraktivität einer Region für Migranten erhöht. Die Möglichkeit, Kinder auf eine weiterführende Schule zu schicken oder Theatervorstellungen zu

⁶⁷ Vgl. JOCHIMSEN, R.: Theorie der Infrastruktur – Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung, Tübingen 1996, S. 145.

⁶⁸ Vgl. PFÄHLER, W.; HOFMANN, U.; LEHMANN-GRUBE, U.: Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung, in: Oberhauser, A. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III, Berlin 1995, S. 71-187.

besuchen, lässt bei der Standortentscheidung häufig die Entscheidung zugunsten der besser ausgestatteten Region ausfallen.

Bei einer Beschränkung der Untersuchung auf die unternehmensbezogenen Infrastrukturlösungen ist zu berücksichtigen, dass diese zumeist einen sog. „dualen Charakter“ aufweisen, weil sie sowohl von den privaten Haushalten als auch von den Unternehmen genutzt werden.⁶⁹ Im Bereich der Verkehrsinfrastruktur sind etwa Ausflugsfahrten und Urlaubsreisen Beispiele für die konsumptive Nutzung von Infrastruktur.

Wenn Unternehmen vor der Standortwahl für eine Investition stehen, spielt die Infrastrukturausstattung einer Region eine wesentliche Rolle. Wenn eine Region gegenüber anderen Regionen hinsichtlich der Infrastruktur Vorteile aufweist, wird das Unternehmen diese Region in seinen Überlegungen berücksichtigen, soweit keine anderen Standortfaktoren nachteilig ausgeprägt sind. Im Gegensatz zu anderen Standortfaktoren (Boden, Distanzen) ist die Infrastrukturausstattung veränderbar und deshalb auch Gegenstand der regionalen Wirtschaftsförderung. Wenn es keine räumlichen Unterschiede bei der Infrastrukturausstattung gibt, wird sie für die Standortwahl keine Rolle spielen, obgleich eine zu geringe Infrastrukturausstattung auch in diesem Fall das gesamtwirtschaftliche Wachstum limitieren kann.

In besonderem Maße wird die Verkehrsinfrastruktur als notwendige Bedingung für eine arbeitsteilige Wirtschaft angesehen. Mit Hilfe von Straßen oder Schienenwegen können die Raumüberwindungskosten (Elemente der Transaktionskosten) gesenkt werden, was sich positiv auf den Austausch von Gütern auswirkt. Erst im Zuge der Entwicklung der Verkehrsinfrastruktur konnten sich räumliche Spezialisierungen herausbilden; zuvor musste jede Region um Autarkie bemüht sein. Die räumliche Spezialisierung ist mit Vorteilen verbunden. Weil jede Region eine spezielle Begabung aufweist, kann sie bestimmte Güter besonders kostengünstig produzieren; für die Wirtschaftssubjekte in anderen Regionen ist es günstiger, diese Güter zu erwerben und zu importieren, als sie selbst herzustellen.

Die Wirkungen von Infrastruktur auf die regionale Entwicklung werden vielfach mit dem direkten sowie dem indirekten Produktivitätseffekt beschrieben:

- Der direkte Produktivitätseffekt kommt dadurch zustande, dass die Unternehmen in der Region, in welcher eine Infrastruktureinrichtung installiert worden ist, ihre Produktion ausweiten können. So werden zunächst die von den Unternehmen benötigten Inputgüter verbilligt, dies senkt die Produktionskosten. Weiterhin wird der Absatz in jenen Regionen, in denen die Unternehmen bereits bisher ihre Produkte abge

⁶⁹ Vgl. SCHLAG, C.-H.: Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland, a. a. O., S. 17.

setzt hatten, verbilligt, zudem wird der Absatzradius der Unternehmen vergrößert, in der Folge kann dann der Output steigen.

- Der indirekte Produktivitätseffekt entsteht bei solchen Unternehmen, die mit jenen Unternehmen Austauschbeziehungen unterhalten, die unmittelbar von der Infrastruktureinrichtung profitieren.⁷⁰

Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass es durch die Verbesserung der Infrastruktur in einer Region auch zu Entzugseffekten kommen kann. So beansprucht Infrastruktur stets Boden, hierdurch kommt es zu steigender Knappheit und zu einem steigenden Preis des Bodens. Eine Verbesserung der Verkehrsanbindung zwischen zwei Orten kann dazu führen, dass sich Veränderungen in der Raumstruktur ergeben, beispielsweise kann es im Umfeld von Großstädten zur Suburbanisierung kommen, die zu Kosten des öffentlichen Sektors führt (z. B. Bau von Schulen in den Randgemeinden wird erforderlich). Weiterhin wird die Zeitentfernung durch neue Verkehrsinfrastruktur nicht nur für die Produzenten in einer Region gesenkt, sondern auch für die Konkurrenzunternehmen in anderen Regionen. Demgemäß kann die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zu einer Erhöhung der Wettbewerbsintensität führen, was aus der Sicht der in der Region vorhandenen Unternehmen negativ bewertet werden kann.⁷¹ Schließlich fällt Infrastruktur nicht „wie Manna vom Himmel“, sondern beansprucht knappe Ressourcen, die für andere Verwendungszwecke nicht zur Verfügung stehen.

b) Operationalisierung von Infrastruktur in der vorliegenden Analyse

Wegen ihrer vermuteten erheblich größeren Bedeutung für die Wirtschaftsentwicklung wird im Rahmen dieses Gutachtens nur die unternehmensbezogene Infrastruktur berücksichtigt. Zur unternehmensbezogenen Infrastruktur zählt man vor allem die Bereiche Verkehrswesen, Wasser- und Energieversorgung sowie Abwasserbeseitigung,⁷² hierfür wird auch der Begriff der „Kerninfrastruktur“ verwendet. Zusätzlich werden im Folgenden noch zwei weitere Arten von Infrastruktur betrachtet: Gewerbegebiete (einschließlich Gewerbe- und Technologiezentren) als Ballungen verschiedener Infrastrukturarten sowie Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen, denen heute ein immer höherer Wert für die regionale Wirtschaftsleistung zugebilligt wird. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass alle genannten Infrastrukturarten mit Ausnahme der Gewerbegebiete den oben be-

⁷⁰ Vgl. ECKEY, H.-F.: Grundlagen der regionalen Strukturpolitik, Köln 1978, S. 163.

⁷¹ Vgl. ECKEY, H.-F.: a. a. O., S. 163.

⁷² Vgl. SCHLAG, C.-H.: Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland, a. a. O., S. 17. Zusätzlich wird von Schlag auch noch das Nachrichtenwesen aufgeführt, auf welches im Folgenden aber in Ermangelung von Daten nicht eingegangen werden soll.

reits eingebrachten „dualen Charakter“ aufweisen, weil sie nicht nur von den Unternehmen, sondern auch von den privaten Haushalten genutzt werden.⁷³

Als Indikatoren für die Infrastrukturausstattung kommen sowohl physische als auch monetäre Größen in Frage. Die in einer Region in einem Zeitraum getätigten öffentlichen Investitionen lassen sich – als monetäres Aggregat – als Näherungsgröße für den vorhandenen Infrastruktur-Kapitalstock ansehen, wenn man unterstellt, dass am Startpunkt der Kapitalbestand weitgehend verschlissen war (wie dies in Ostdeutschland zur Zeit der Wende der Fall war). Ebenso können die Investitionen für wichtige Infrastrukturbereiche, speziell für Straßen, Schulen, Hochschulen, hochschulexterne Forschungseinrichtungen und Gewerbegebiete und -zentren als Indikatoren für die Ausstattung mit Infrastruktur herangezogen werden.

Die physische Ausstattung mit Infrastruktureinrichtungen lässt sich im Fall der Bandinfrastrukturen (Straßen, Schienenwege, Rohrleitungen) mit ihrer Länge je Einwohner einer Region oder je qkm Fläche dieser Region messen. Weil in Regionen mit unterschiedlicher Siedlungsdichte die Bandinfrastrukturen notwendigerweise ähnliche Netzstrukturen haben müssen, um die Einwohner und Unternehmen hinreichend zu versorgen, erscheint die Normierung auf den qkm aussagefähiger für Aussagen zur Ausstattung einer Region mit Bandinfrastruktur. Bei Punktinfrastruktur erscheint es demgegenüber richtiger, die Normierung auf die Einwohner oder auf die Nutzer (z. B. auf die Studierenden) vorzunehmen.

Insbesondere für die Verkehrsinfrastruktur gibt es spezielle Indikatoren, mit denen etwas über die Qualität der Verkehrswege ausgesagt werden soll. Die sog. Erreichbarkeitsindikatoren geben an, wie schnell man aus einer betrachteten Region heraus Orte erreichen kann, die außerhalb der Region liegen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in diesen Indikatoren nicht nur die Qualität der Verkehrsinfrastruktur (etwa: gut ausgebaute und geradlinig gezogene Straßen) zum Ausdruck kommt, sondern auch die Lage der betrachteten Region zu den mit den Indikatoren verbundenen anderen Orten, d. h. raumstrukturelle Faktoren. Der Indikator der sog. Luftliniengeschwindigkeit gibt demgegenüber an, mit welchem Zeitaufwand die Luftlinien-Distanz zwischen einer Region und externen Orten überwunden werden kann, wobei der reale Zeitaufwand (in Minuten) zugrunde gelegt wird. Dieser Indikator sagt nur etwas über die Qualität der Infrastruktur aus.

Im Kontext mit der Verkehrsinfrastruktur kann den verschiedenen Einrichtungen eine unterschiedliche Wertigkeit für die regionale Entwicklung beigemessen werden. So können etwa Autobahnen im Vergleich zu anderen Straßen als qualitativ besonders hochwertige Verkehrswege gelten. „Denn Personen und Güter werden schneller und be-

⁷³ Vgl. SCHLAG, C.-H.: Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland, a. a. O., S. 17.

quemer auf breiten Autobahnen mit einem Gefahren senkenden Mittelstreifen als auf schmalen Kreisstraßen transportiert.“⁷⁴

Ein Qualitätsaspekt, der bei der Verkehrsinfrastruktur bereits mit den Erreichbarkeitsindikatoren und der Luftliniengeschwindigkeit abgebildet wird, ist die Reparaturbedürftigkeit der Infrastruktur bzw. die Störungsanfälligkeit oder der Sanierungsbedarf. Für andere Infrastrukturbereiche, insbesondere die Wasserver- und Abwasserentsorgung, ist dieser Aspekt nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Denn bei hoher Störanfälligkeit ist ein gut ausgebautes Netz für die Wirtschaftssubjekte in einer Region weniger vorteilhaft als ohne Störanfälligkeit.

2.3.5 Unternehmensstruktur

2.3.5.1 Unternehmerische Initiative

a) Unternehmerische Initiative in der Regionalökonomik

Im Werk Joseph Schumpeters liegt die Basis für die Einstufung der schöpferisch-leitenden Arbeit des Unternehmers als Produktionsfaktor, da diese durch die Durchsetzung neuer Kombinationen der Produktionsfaktoren den Wohlstand in einer Volkswirtschaft oder Region erhöht. Als „Unternehmer“ wird im deutschen Sprachraum gemeinhin eine Person bezeichnet, die einem kleinen oder mittelgroßen Unternehmen vorsteht und selbstständig agiert.⁷⁵ Seine Funktionen sind in jedem Fall die Führung eines Unternehmens, zu der Aufgaben der Administration und Innovation gehören, beim „Gründerunternehmer“ auch die Gründung desselben. Nachdem die Unternehmerperson in der Neoklassik vernachlässigt worden war, rückte sie durch die ökonomische Forschung Joseph A. Schumpeters wieder stärker in den Mittelpunkt. Schumpeter betonte die leitende und schöpferische Arbeit des Unternehmers,⁷⁶ mit der er eine neue Kombination der Produktionsfaktoren durchsetzen würde.⁷⁷ Diese hat zwei Folgen: Zum einen werden die Produktionsfaktoren denjenigen Unternehmen, die sie bereits einsetzen, entzogen. Es findet ein Niederkonkurrieren alter Betriebe statt. Die zweite Folge ist eine Entwicklung der Wirtschaft, die den Wohlstand steigert. In den Worten Schumpeters:

⁷⁴ Vgl. BEHRING, K. u. a.: Untersuchungen zum infrastrukturellen Nachholbedarf der neuen Bundesländer in ausgewählten Bereichen. ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Dresden (August) 2000, S. 19.

⁷⁵ Vgl. WELZEL, B.: Der Unternehmer in der Nationalökonomie. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Band 12. Köln 1995, S. 12.

⁷⁶ Schumpeter fasste den Unternehmerbegriff weiter und bezog neben dem „selbstständigen Wirtschaftssubjekt“ auch alle diejenigen ein, die „die für den Begriff konstitutive Funktion tatsächlich erfüllen“ (wie z. B. Direktoren, Vorstandsmitglieder einer Aktiengesellschaft etc.), SCHUMPETER, J. A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung – Eine Untersuchung über Unternehmerrgewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus. 5. Auflage, Berlin 1952, S. 111.

⁷⁷ Vgl. SCHUMPETER, J. A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., S. 24 und 111.

„Die langsam und kontinuierlich im Lauf der Zeit eintretende Vermehrung des nationalen Vorrats an Produktionsmitteln und Ausweitung des Bedarfes ist zwar natürlich wesentlich für die Erklärung des Ablaufes der Wirtschaftsgeschichte durch die Jahrhunderte, tritt aber für den Mechanismus der Entwicklung hinter der Andersverwendung der jeweils vorhandenen Mittel völlig zurück. Bei Betrachtung kürzerer Epochen übrigens auch für den geschichtlichen Ablauf: Andersverwendung und nicht Sparen und Zunahme der verfügbaren Arbeitsmengen als solche hat das Antlitz der Weltwirtschaft z. B. in den letzten fünfzig Jahren verändert.“⁷⁸

Für die vorliegende Analyse wird diese unternehmerische Tätigkeit mit ihrem spezifischen Ziel zum Begriff der „unternehmerischen Initiative“ zusammengefasst. Regionale Wachstumseffekte der unternehmerischen Initiative sind zum einen dann zu erwarten, wenn einem erfolgreichen Unternehmer *in* der Region ein erfolgloser Unternehmer *außerhalb* der Region gegenüber steht, dessen Unternehmen also letztlich aus dem Markt konkurriert wird; zum anderen werden Wachstumseffekte auch über die Erhöhung der Innovationsrate und damit den technischen Fortschritt wirksam (vgl. Abschnitt 2.3.4).

b) Empirische Ergebnisse zur unternehmerischen Initiative

Internationale Vergleiche ermitteln keinen direkten positiven Zusammenhang zwischen der Selbstständigenquote und der Höhe des Pro-Kopf-Einkommens oder negativen Zusammenhang zwischen der Selbstständigenquote und der Arbeitslosigkeit in einer Volkswirtschaft. Im Gegenteil: Hohe Selbstständigenquoten treten gerade in Staaten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (z. B. Portugal und Spanien) oder hoher Arbeitslosigkeit (z. B. Spanien, Belgien, Irland und Finnland) auf.⁷⁹ Auch im Zeitverlauf korreliert ein ansteigendes Volkseinkommen nicht mit einer zunehmenden Unternehmerzahl. In Deutschland ist die Selbstständigenquote seit Einsetzen der industriellen Revolution nahezu stetig gesunken, und erst in der jüngsten Vergangenheit – genau seit 1982 – wird wieder ein Anstieg festgestellt, der insbesondere auf wachsende Selbstständigenzahlen im Dienstleistungssektor zurückzuführen ist.⁸⁰ Die Ursache dafür, dass im Quer- oder Längsschnittvergleich kaum ein positiver Zusammenhang zwischen Wohlstand und dem Umfang der Unternehmertätigkeit festgestellt wird, dürfte vor allem auf Probleme der Operationalisierung der unternehmerischen Initiative zurückzuführen sein. Es gibt kaum ein über verschiedene Länder und Epochen einheitliches Verständnis des Unternehmers, der Initiative oder der Innovationen im Schumpeterschen Sinne; d. h. ein Selbstständiger

⁷⁸ Vgl. SCHUMPETER, J. A.: Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, a. a. O., S. 103.

⁷⁹ Vgl. RIDINGER, R.; WEISS, P.: Existenzgründungen in der Mittelstandspolitik, in: Ridinger, R.; Weiss, P. (Hrsg.): Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung. Berlin 1999, S. 18 f.

⁸⁰ Vgl. LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Untersuchungen des RWI, Heft 27. Essen 1999, S. 84-87.

in Portugal und einer in Deutschland, ein Selbstständiger aus dem Jahr 1871 und einer aus dem Jahr 1971 sind kaum vergleichbare Größen.

Als Studien zu den Auswirkungen der unternehmerischen Initiative lassen sich auch Analysen zu den Wachstums- und Beschäftigungseffekten von neu gegründeten Unternehmen auffassen, da ein Unternehmer in vielen Fällen erst ein neues Unternehmen gründen muss, um die Erträge aus der Herstellung eines neuen Produktes, der Durchsetzung eines neuen Produktionsverfahrens oder allgemein einer neuen Kombinationen der Produktionsfaktoren realisieren zu können. Insbesondere die Beschäftigungseffekte neu gegründeter Unternehmen wurden in der Vergangenheit untersucht, häufig in Zusammenhang mit den Effekten der Betriebsgröße. Einige ältere Studien haben positive Beschäftigungseffekte von Existenzgründungen ermittelt, auch wenn man die Beschäftigungsverluste der wieder geschlossenen Gründungen einbezieht.⁸¹ Auch die neuere sächsische Studie von Fritsch und Niese kommt zu diesem Ergebnis.⁸²

Interessant sind an dieser Stelle auch Ergebnisse mikroökonomischer Analysen. Brixy betrachtet die Auswirkung der Wettbewerbsorientierung in neugegründeten ostdeutschen Betrieben auf deren Beschäftigungswachstum.⁸³ Dabei zeigt sich, dass die Beschäftigungsentwicklung umso günstiger ausgefallen ist, je höher die betriebliche Wettbewerbsorientierung war. Am Beispiel ostdeutscher Management Buy-Outs (MBO) kommt Skopp zu dem Ergebnis, dass sich diejenigen Unternehmen ungünstiger entwickelt haben, in denen eher defensive Motive (wie das Abwenden eigener Arbeitslosigkeit) für den Unternehmer ausschlaggebend waren, das Unternehmen zu kaufen bzw. gründen.⁸⁴ Allerdings kann er eine dezidiert positive Auswirkung offensiver Motive (wie z. B. Streben nach unternehmerischer Unabhängigkeit, Gewinnerwartung) nicht

⁸¹ Vgl. FRITSCH, M.; HULL, C.: Empirische Befunde zur Arbeitsplatzdynamik in großen und kleinen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland – eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung. Beiträge zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Klein- und Großunternehmen. Berlin 1987, S. 158-159. – HULL, C.: Lokale Förderpraxis und die Beschäftigungsentwicklung mittelständischer Industrieunternehmen – eine Implementationsuntersuchung in vier Regionen der Bundesrepublik Deutschland, in: Fritsch, M.; Hull, C. (Hrsg.): Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung. Beiträge zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Klein- und Großunternehmen. Berlin 1987, S. 300.

⁸² Vgl. FRITSCH, M.; NIESE, M.: Betriebsdynamik und Arbeitsplatzentwicklung in der sächsischen Industrie 1991-98 – Analysen auf der Grundlage der amtlichen Statistik, in: Schasse, U.; Wagner, J. (Hrsg.): Entwicklung von Arbeitsplätzen, Exporten und Produktivität im interregionalen Vergleich. NIW-Vortragsreihe, Bd. 13. Hannover 1999, S. 35-41.

⁸³ Er operationalisiert dies durch die Anzahl von geschäftspolitischen Zielen, wie beispielsweise Verbesserung der Qualität der Leistungen oder Produkte, die für die Unternehmen von Bedeutung sind, vgl. BRIXY, U.: Die Rolle von Betriebsgründungen für die Arbeitsplatzdynamik. Eine räumliche Analyse für Ostdeutschland 1991 bis 1996. Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 230. Nürnberg 1999, S. 119-135.

⁸⁴ Vgl. SKOPP, R.: Die neuen Unternehmer: eine multivariate Analyse der Übernahmemotive bei ostdeutschen MBOs, in: Journal for East European Management Studies, Bd. 2 (1997), Heft 1, S. 35-53.

feststellen. Ähnlich schreiben Hinz et al. ehemals arbeitslosen Gründern eine Unternehmensgründung aus Mangel an Alternativen, aus einer „Ökonomie der Not“ und mit dem Ziel der Einkommenssicherung zu, und prüfen empirisch anhand von Gründerbefragungen in der Region Leipzig, ob Zusammenhänge zwischen dem Erwerbsstatus des Gründers (vor der Gründung) und dem Erfolg des gegründeten Unternehmens bestehen. Im Ergebnis konstatieren sie geringere (Beschäftigungs-)Dynamiken in denjenigen neu gegründeten Unternehmen, deren Gründer vorher arbeitslos waren.⁸⁵ Gegenteilige Ergebnisse erhielten Brüderl, Preisendörfer und Ziegler im Rahmen der „Münchener Gründerstudie“, die auf einen relativ umfassenden Datenbestand zu nahezu 2000 neuen Gewerbebetrieben in Oberbayern aufbaut. In dieser Analyse war weder bei einer vorherigen Arbeitslosigkeit des Unternehmensgründers, noch dann, wenn unternehmerische Attitüden (Betonung von unternehmerischen Gewinnen und individuellen Strategien der Interessendurchsetzung, Problematisierung von Sozialleistungen) stark ausgeprägt waren, eine überdurchschnittliche gute Entwicklung des Unternehmens zu erkennen.⁸⁶

Die meisten Studien kommen also zu einem positiven Effekt der unternehmerischen Initiative – gemessen durch Existenzgründungen oder durch die unterstellte oder sogar gemessene Motivation der Existenzgründer – auf das einzelbetriebliche Wachstum. Wie eingangs geschildert, sind freilich die Rückwirkungen auf das regionale Wirtschaftswachstum mit Vorbehalten zu sehen, solange nicht eindeutig geklärt ist, in welchem Umfang Produktionsrückgänge und Beschäftigungsabbau in älteren Unternehmen durch neugegründete Unternehmen verursacht werden und solange die positiven Effekte von Neugründungen auf den technischen Fortschritt nicht belegt sind.

c) Operationalisierung der unternehmerischen Initiative in der vorliegenden Analyse

Bei der Analyse der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft wird versucht, das Ausmaß der unternehmerischen Initiative durch drei verschiedene Messkonzepte zu erfassen, die je nach der Verfügbarkeit statistischer Daten für Regionen oder Wirtschaftszweige eingesetzt werden.

Die Anzahl der Unternehmer oder Unternehmen in einer Region oder Branche kann als erstes näherungsweise Auskunft darüber geben, in welchem Ausmaß in der Vergangen

⁸⁵ Vgl. HINZ, T.: Existenzgründungen in Ostdeutschland: Ein erfolgreicher Weg aus der Arbeitslosigkeit?, in: Diewald, M.; Mayer, K. U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozess. Opladen 1996, S. 124. – HINZ, T.; WILSDORF, S. H.; ZIEGLER, R.: Beschäftigungsentwicklung in ostdeutschen Betriebsgründungen. Analyse mit den Paneldaten der Leipziger Gründerstudie, in: Kühl, J. u. a. (Hrsg.): Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Ergebnisse aus Analysen mit deutschen Firmenpaneldaten. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 204. Nürnberg 1997, S. 199.

⁸⁶ Vgl. BRÜDERL, J.; PREISENDÖRFER, P.; ZIEGLER, R.: Der Erfolg neugegründeter Betriebe. Eine empirische Studie zu den Chancen und Risiken von Unternehmensgründungen. Berlin 1996, S. 155-159.

heit unternehmerische Initiative ergriffen wurde. Als Indikatoren können dafür die *Selbstständigenquote* (Selbstständige pro Einwohner) und der *Unternehmensbesatz* (Unternehmen pro Einwohner) herangezogen werden. Zwar weist, wie angesprochen, sicher nicht jeder Selbstständige die gleiche unternehmerische Initiative auf, und auch der Unternehmensbesatz gibt natürlich nur bedingt Auskunft über den Unternehmerbesatz, da in einem Unternehmen viele Unternehmer tätig sein können. Außerdem sind beide Indikatoren vergangenheitsbezogen und erfassen nicht, wie viele Personen in einer Region Innovationen durchsetzen und ein Unternehmen gründen. Die Probleme, die ein internationaler Vergleich mit sich bringt (z. B. einheitliche Begriffsdefinition und Erfassung), spielen in der vorliegenden Analyse aber keine Rolle.

Eine weitere Möglichkeit, unternehmerische Initiative zu operationalisieren, besteht, wie oben anhand der empirischen Studien schon gezeigt, in der Erfassung der Gründungsaktivitäten. Je höher diese sind, als desto größer wird die unternehmerische Initiative in einer Region eingeschätzt. Als Indikator für Unternehmensgründungen werden die *Nettogewerbeanmeldungen*, also der Saldo zwischen Gewerbe- und -abmeldungen, herangezogen. Zwar werden in der Statistik der Gewerbeanzeigen auch Vorgänge erfasst, die keinen Bezug zur Gründung eines Unternehmens aufweisen (z. B. der Verkauf des Gewerbebetriebes oder das Ausscheiden oder Hinzukommen eines Gesellschafters), und allein aus der Gewerbeanzeige folgt nicht automatisch, dass der angemeldete Gewerbebetrieb auch wirtschaftlich aktiv wird (vgl. ausführlicher zum Indikator: Abschnitt 3.2.5.1).⁸⁷ Weiterhin sagt allein die Anzahl nichts über die „Qualität“ der Betriebe aus. So sind beispielsweise Haupt- und Zweigniederlassungen mit gleichem Gewicht im Indikator enthalten. Allerdings spricht zunächst einmal nichts dafür, dass derartige Verzerrungen einen besonderen regionalen oder branchenbezogenen Bias besitzen und damit einen Vergleich zwischen Regionen oder Branchen verbieten.

Mit der Gründung und Leitung eines Unternehmens übernimmt der Unternehmer die Aufgabe, die für sein Unternehmen erforderlichen Produktionsfaktoren zu beschaffen. So ist er dafür verantwortlich, dass das Unternehmen Kapital – von welchem Kapitalgeber auch immer – erhält.⁸⁸ Teilweise lassen sich die Kapitalbeschaffungsaktivitäten von Unternehmern in Ostdeutschland auch anhand von statistischen Daten nachvollziehen: die Fördereinrichtungen Deutsche Ausgleichsbank (DtA) und Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bieten eine Vielzahl von Darlehens- und Bürgschaftsprogrammen an, die

⁸⁷ Beispielsweise wurde für den Großraum München ein Anteil von 20% an Scheingründungen, d. h. Anmeldungen ohne Aufnahme einer Gewerbetätigkeit, ermittelt (vgl. BRÜDERL, PREISEN-DÖRFER, ZIEGLER 1992 nach STEIL, F.: Determinanten regionaler Unterschiede in der Gründungsdynamik. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer. Baden-Baden 1999, S. 175).

⁸⁸ Schon Schumpeter schloss aus, dass der Unternehmer automatisch dem Unternehmen auch Kapital zur Verfügung stellt und Kapitalrisiko trägt. Die Funktion des Kapitalgebers erfüllen seit dem Aufkommen der Kreditwirtschaft in hohem Maße auch Banken. Vgl. Schumpeter nach WELZEL, B.: Der Unternehmer in der Nationalökonomie, a. a. O., S. 107-108.

insbesondere Existenzgründer sowie Klein- und Mittelunternehmen bei der Kapitalbeschaffung unterstützen. Die dazu vorliegenden Förderstatistiken werden im Rahmen dieser Analyse unter der Rubrik „*mittelstandsorientierte Kreditzusagen*“ ausgewertet. Dieser Indikator scheint besonders gut für die Abbildung der unternehmerischen Initiative geeignet, da in der Regel die Hausbank organisatorisch in die Förderung eingebunden ist und durch die Haus- und Förderbank ein Unternehmens- oder Projektkonzept begutachtet und akzeptiert werden muss. Damit stellen die geförderten Gründer und Unternehmen eine Positivauswahl aller Gründer und Unternehmen einer Region oder eines Wirtschaftszweiges dar. Eine noch spezifischere Auswahl insbesondere der innovativen Kleinunternehmen bilden diejenigen, die Wagniskapital (*venture capital*) erhalten. Im Innovationsprozess bestehen aufgrund von Informationsasymmetrien und Risiken Restriktionen bei der Aufnahme von Fremdkapital, so dass kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) auf andere Finanzierungsquellen angewiesen sind. Indem Venture-Capital-Gesellschaften Beteiligungen eingehen und im Zusammenhang damit unter Umständen auch Managementwissen vermitteln und Unterstützung bei der Markteinführung geben, können sie den Innovationserfolg erhöhen. Aufgrund des eigenen Ausfallrisikos prüfen sie allerdings in der Regel die Unternehmenskonzepte und Innovationsprojekte genau und führen ein aufwändiges Monitoring durch. Von daher kann der Bestand mit Unternehmen, die von Venture-Capital-Gesellschaften finanziert werden, als ein besonders wichtiger Teil des Unternehmensbestands betrachtet werden.

2.3.5.2 Unternehmensverflechtungen

a) Unternehmensverflechtungen in der Regionalökonomik und empirische Ergebnisse dazu

Positive Effekte auf das Wachstum einer Region werden häufig aus den überregionalen Unternehmensverflechtungen in folgenden Bereichen abgeleitet:

- Eigentumsverhältnisse
- Absatz
- Forschung und Entwicklung (FuE)

Eigentumsverflechtungen

Verflechtungen zwischen Unternehmen, vermittelt über die Eigentumsverhältnisse, können bedeuten, dass sowohl Auswärtige an Unternehmen in der Region als auch dass Eigentümer aus der Region an Unternehmen andernorts beteiligt sind. Eine hohe Anzahl von Unternehmen mit Eigentümern aus anderen Regionen kann sich auf verschiedenen Wegen auf das wirtschaftliche Ergebnis einer Region auswirken,⁸⁹ wobei allerdings a

⁸⁹ Vgl. exemplarisch dazu DUNNING, J. H.: Reevaluating the Benefits of Foreign Direct Investment. Reading 1994. (= Discussion Papers in International Investment and Business Studies, Series B, No. 188). Vor allem in Bezug auf Entwicklungsländer wurde eine umfassende Debatte zu den Folgen von Direktinvestitionen geführt, die hier allerdings nicht dargestellt werden kann.

priori nicht eindeutig bestimmt werden kann, ob positive oder negative Effekte überwiegen. Positive Auswirkungen können für eine Region beispielsweise daraus entstehen, dass die verbundenen Unternehmen vom moderneren Technologiebestand oder größeren Wissensbestand in anderen Regionen profitieren und ein Technologie- und Know-How-Transfer in die Region stattfindet oder dass überregionale Absatzbeziehungen durch bestehende Kontakte der Eigentümer oder deren Marktkenntnisse leichter zustande kommen. Negativ kann sich auswirken, wenn unterschiedliche Interessen von Eigentümern aus der Region und von außerhalb zu Konflikten im Unternehmen führen, Zweigbetriebe oder Niederlassungen bei Unternehmens- oder Regionalkrisen geschlossen werden oder wenn verflochtene Unternehmen über Gewinnabführungsverträge ihre Gewinne in eine andere Region abführen. Wenn ein regionales Unternehmen selbst Eigentum außerhalb der Region erwirbt, kann es dadurch beispielsweise niedrigere Produktionskosten oder einen besseren Zugang zu den Absatzmärkten realisieren und dadurch auch die Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens(teils) in der Region erhöhen; negativ ist dagegen zu werten, dass durch die Investition unter Umständen Produktionsverlagerungen stattfinden und eine Modernisierung von Produktionsstätten in der Region unterbleibt.

Empirische Ergebnisse zu den Auswirkungen der überregionalen Eigentumsverflechtungen liegen in erster Linie auf einzelbetrieblicher Ebene vor und sind mit dem gleichen Vorbehalt zu versehen, der bereits für die unternehmerische Initiative formuliert wurde (vgl. Seite 48): eine überdurchschnittlich gute Performance in den überregional verflochtenen Unternehmen oder Betrieben kann auch zu Lasten einer schlechteren Performance derjenigen mit Eigentümern aus der Region führen. Dieser regionale Nettoeffekt der Eigentumsverflechtung wird jedoch in der Regel nicht berechnet. Im Ergebnis können empirische Analysen zu Ostdeutschland nicht durchgängig positive Zusammenhänge zwischen dem Beschäftigungswachstum eines Unternehmens und der Herkunft eines Eigentümers aus Westdeutschland oder dem Ausland ermitteln.⁹⁰ Kokalj, May-Strobl und Paulini begründen dies damit, dass die Beschäftigungsentwicklung durch die in den ostdeutschen Unternehmen erforderlichen Umstrukturierungen und daraus fol

⁹⁰ Vgl. Einen *positiven* Zusammenhang finden: HINZ, T.: Ost-West-Netzwerke – Neugründungen in Ostdeutschland und ihre Beziehungen in die alten Bundesländer, in: Schmude, J. (Hrsg.): Neue Unternehmen. Interdisziplinäre Beiträge zur Gründungsforschung. Heidelberg 1994, S. 190-191. – BRIXY, U.: Die Rolle von Betriebsgründungen für die Arbeitsplatzdynamik, a. a. O., S. 130. *Keinen* Zusammenhang ermitteln: KOKALJ, L.; MAY-STROBL, E.; PAULINI, M.: Mittelstand in den neuen Bundesländern – Die Entwicklung von Gründungen, privatisierten Unternehmen und MBO. Schriften zur Mittelstandsforschung NF 76. Stuttgart 1997, S. 107-111. – HINZ, T.; WILSDORF, S. H.; ZIEGLER, R.: Beschäftigungsentwicklung in ostdeutschen Betriebsgründungen, a. a. O., S. 199.

genden Entlassungen keinen guten Erfolgsindikator bilden würde.⁹¹ Andere Analysen, die stärker qualitative Merkmale der Unternehmen betrachten, kommen zu tendenziell positiven Auswirkungen eines Westpartners. Das IWH stellte in einer Befragung von Management Buy-Outs (MBOs) fest, dass ein Transfer von Wissen, Informationen und auch Kapital aus Westdeutschland oder dem Ausland in die MBOs stattgefunden hat.⁹² Das DIW kommt auf der Basis einer Auswertung des IAB-Betriebspanels zu dem Ergebnis, dass ostdeutsche Betriebe mit ausländischen Mehrheitseigentümern mehr FuE durchführen als Betriebe in rein ostdeutschem Eigentum (und auch mehr als Betriebe mit westdeutschen Mehrheitseigentümern).⁹³ Weitere Untersuchungen ermitteln zwar Beschäftigungs-, Kaufkraft-, Steuer-, Technologietransfereffekte etc. durch die Beteiligung ausländischer Investoren an ostdeutschen Unternehmen, verfügen jedoch nicht über eine Vergleichsgruppe (etwa Unternehmen ohne Auslandsbeteiligung) und sollen deshalb hier nicht weiter betrachtet werden.⁹⁴

Absatzverflechtungen

Ein weiterer wichtiger Bereich, in dem Unternehmen miteinander verflochten sind, ist der Absatzbereich. Auf der einen Seite ist es aus einzelwirtschaftlicher Sicht zwar nicht von Bedeutung, ob der Absatz eines Unternehmens in der Region oder außerhalb davon erzielt wird. Auf der anderen Seite stellen überregionale Absätze aber höhere Anforderungen an die Unternehmen als Absätze auf einem regionalen Markt (vgl. Seite 9). Weiterhin kann ein hoher Anteil überregional abgesetzter Produkte die Anfälligkeit einer Region gegenüber regionalen Krisen verringern. Außerdem bildet der überregionale Absatz eine Möglichkeit zu weiterem Absatzwachstum, auch wenn die Nachfrage innerhalb der Region bereits gesättigt ist. Diese Eigenschaften des überregionalen Absatzes gelten unabhängig davon, ob Unternehmen oder Konsumenten die Abnehmer sind. Ein zusätzlicher, das Wachstum einer Region fördernder Effekt des überregionalen Absatzes an Unternehmen kann darin bestehen, dass er als Übertragungsweg für technisches Wissen mit Weltmarktstandard fungiert. In vielen Fällen kommt der Anstoß für Neuentwicklungen nicht aus einem Unternehmen selbst, sondern von seinen Kunden. Im Idealfall arbeiten Lieferant und Abnehmer gemeinsam an der Optimierung von Vorprodukten, wobei es zum Wissens- und Technologietransfer zwischen ihnen kommen

⁹¹ Vgl. KOKALJ, L.; MAY-STROBL, E.; PAULINI, M.: Mittelstand in den neuen Bundesländern, a. a. O., S. 110.

⁹² Vgl. BARJAK, F.; HEIMPOLD, G.; JUNKERNHEINRICH, M.; LOOSE, B.; SKOPP, R.: Management Buy-Outs in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 2/1996. Halle 1996, S. 96-105.

⁹³ Vgl. BELITZ, H.; BRENKE, K.; FLEISCHER, F.: Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern. DIW-Sonderheft 169. Berlin 2000, S. 76-77.

⁹⁴ Dazu gehören: BAUERSCHMITZ, C.: Standortdeterminanten und Raumwirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Sachsen. Bergisch Gladbach und Köln 1996. – LEINER, R.: Ausländische Investoren im Privatisierungsprozess, in: Schmude, J. (Hrsg.): Neue Unternehmen in Ostdeutschland. Neuaufbau und Umstrukturierung der Unternehmenslandschaft. Heidelberg 1998, S. 69-109.

kann. Grundsätzlich ist also ein hoher Anteil von Absätzen in andere Regionen und insbesondere dort an Unternehmen als förderlich für die wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten einer Region zu beurteilen.

FuE-Kooperationen

FuE-Kooperationen können in noch deutlich stärkerem Umfang als Eigentums- oder Absatzverflechtungen einen Übertragungsweg für technisches oder anderes Wissen zwischen Unternehmen darstellen. Die positiven Effekte dieses (intendierten oder nicht-intendierten) Wissenstransfers für das regionale Wachstum wurden im Abschnitt zum technischen Wissen (vgl. ab Seite 35) bereits angesprochen und brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Dabei werden sowohl regionalen als auch überregionalen Kooperationen wichtige Effekte zugeschrieben.

b) Operationalisierung der Unternehmensverflechtungen in der vorliegenden Analyse

Zwar können weder theoretische noch empirische Arbeiten eindeutig belegen, dass Verflechtungen mit Unternehmen aus anderen Regionen das Wachstum der regionalen Unternehmen fördern. Dennoch wird für Sachsen-Anhalt davon ausgegangen, dass der potenzielle Nutzen die potenziellen Kosten überregionaler Verflechtungen überwiegt. Dies begründet sich in der spezifischen Situation von Transformationsregionen, da im Zuge der Transformation bestimmte Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Unternehmen erst entwickelt werden mussten und dies durch den Wissenstransfer aus Westdeutschland und dem Ausland unterstützt werden konnte.

Eigentumsverflechtungen

Eigentumsbeziehungen zwischen Unternehmen, die die Grenzen Sachsen-Anhalts überschreiten, werden in dieser Studie auf zwei Arten operationalisiert: erstens über die Erfassung der Eigentümer sachsen-anhaltinischer Betriebe, zweitens über die Erfassung ausländischer Investoren und Direktinvestitionen.

Die empirische Erfassung der Wohn- oder Standorte der Eigentümer von Unternehmen oder Betrieben ist durch amtliche Statistiken nicht möglich. Lediglich Umfrageergebnisse können hier zur Schließung dieser Lücke verwendet werden. Die vorliegende Analyse greift auf das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit zurück, das Angaben zu den *Mehrheitseigentümern der Betriebe* des Produzierenden Gewerbes enthält. Damit wird freilich nur ein Ausschnitt der regionalen Wirtschaft erfasst, und Aussagen über andere Wirtschaftszweige sind nicht möglich. Außerdem liegen die Daten nur in einer Differenzierung nach Eigentümern aus Westdeutschland, Ostdeutschland und dem Ausland vor, nicht exakt nach der Unterscheidung „aus der Region“ oder „von außerhalb“. Diese Informationslücke ist jedoch zu verschmerzen, da wegen der Transformationssituation ge-

rade aus den Verflechtungen mit Westdeutschland und dem Ausland positive Effekte für die ostdeutschen Unternehmen zu erwarten sind.

Weiterhin kann die Analyse auf Daten zu den *geförderten ausländischen Investitionen* in Sachsen-Anhalt zurückgreifen. Auch hier gilt wieder, dass nur ein Ausschnitt der überregionalen Eigentumsverflechtungen der Unternehmen erfasst wird, der allerdings als ein besonders wichtiger Ausschnitt angesehen werden kann. *Ausländische Direktinvestitionen* unterscheiden sich von den Investitionen mit Beteiligung ausländischer Investoren dadurch, dass ihnen eine anderer Investitionsbegriff zugrunde liegt. Direktinvestitionen stellen in erster Linie einen Eigentümerwechsel auf der Passivseite der Bilanz dar, bei dem ein ausländisches Unternehmen oder ein Investor Eigentum an inländischem Kapital erwirbt. Damit muss nicht notwendigerweise eine Ausweitung der Bilanzsumme und Errichtung neuer Anlagen oder Gebäude einhergehen.⁹⁵ Direktinvestitionsdaten sagen mithin wenig über eine tatsächliche Erweiterung des Sachkapitalstocks aus. Sie sollen in der vorliegenden Studie als ein Indikator dafür verwendet werden, dass Wissens-Spillovers zwischen Investor und Investitionsobjekt vorhanden sind.⁹⁶ Diese Spillovers können auch nicht intendiert sein, es wird jedoch generell davon ausgegangen, dass sie Sachsen-Anhalt nützen, da die Integration des Landes in den Weltmarkt über die Jahrzehnte der DDR hinweg zumindest teilweise gestört war. Allerdings ist zu bedenken, dass für die Messung des Zugangs der Unternehmen zu Know-how aus dem Ausland die Anzahl der Unternehmen mit ausländischen Eigentümern bzw. eigenem Eigentum im Ausland ein besserer Indikator als die Investitionssummen wäre, da der Grad des Wissens-Transfers nicht von der Höhe des Auslandsengagements abhängen dürfte. Dadurch wird die Eignung der Direktinvestitionen als Indikator für die Verflechtungen eingeschränkt. Die Direktinvestitionen sollten darüber hinaus nicht als Indikator für den Umfang von Kapitaltransfers verwendet werden, da sie in der Regel überwiegend durch Kreditaufnahme finanziert werden,⁹⁷ und auch nicht als Indikator für die Wettbewerbsfähigkeit Sachsens-Anhalts.⁹⁸

⁹⁵ Die traditionelle Form der Direktinvestition, die Neuansiedlung von Unternehmen auf der „grünen Wiese“ (*greenfield investment*) hat seit Anfang der 80er Jahre stark an Bedeutung verloren, im Gegensatz dazu haben Fusionen und Übernahmen bestehender ausländischer Unternehmen zugenommen. Der Anteil der Neuansiedlungen von Unternehmen auf der „grünen Wiese“ wurde für die 90er Jahre auf lediglich ein Fünftel der weltweiten Direktinvestitionen geschätzt, vgl. SHERMAN 1996 nach JOST, T.: Direktinvestitionen und Standort Deutschland. Frankfurt am Main 1997, S. 3 (= Diskussionspapier 2/97 der Volkswirtschaftlichen Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank).

⁹⁶ Vgl. DUNNING, J. H.: Reevaluating the Benefits of Foreign Direct Investment, a. a. O. – MORAN, T. H.: Foreign Direct Investment and Development. Washington 1998, S. 20.

⁹⁷ Vgl. JOST, T.: Direktinvestitionen und Standort Deutschland, a. a. O., S. 4.

⁹⁸ Da Direktinvestitionen aus unterschiedlichen Motiven zustande kommen können, eignen sich Direktinvestitionsbilanzen kaum zu Aussagen über die Wettbewerbsfähigkeit einer Region. Neben standortbezogenen Motiven, wie der Einsparung von Lohnkosten oder der günstigeren Beschaffung von Rohstoffen oder Vorprodukten, spielen andere Motive, wie die Steigerung der Auslandsumsätze oder die Übernahme ausländischer Konkurrenten, eine ebenso wichtige Rolle, vgl. exemplarisch:

Absatzverflechtungen

Bei den Absatzverflechtungen bietet die amtliche Statistik immerhin Informationen zu den *Exporten*, wenn auch für kleinräumigere Analysen unterhalb der Bundesländerebene nur noch für den Branchen- und Betriebsgrößenausschnitt der Industriestatistik (Industriebetriebe mit 20 und mehr Beschäftigten). Diese Daten werden im Rahmen der vorliegenden Analyse ausgewertet. Zusätzliche Informationen können wieder aus dem IAB-Betriebspanel gewonnen werden, welches in den dem IWH vorliegenden Wellen auch Informationen über die Absatzstrukturen differenziert nach neuen und alten Ländern und Ausland enthält. Allerdings werden im Betriebspanel keine exakten Umsatzzahlen erfasst, sondern nur die geschätzten Umsatzanteile nach Ost, West und Ausland. Von daher ist diese Information nicht mit den amtlichen Exportdaten kompatibel und mit gewissen Unsicherheiten hinsichtlich der Qualität der Abschätzung behaftet.

FuE-Kooperationen

Deutlich ungünstiger als bei den Eigentums- und Absatzverflechtungen ist die Datenlage hinsichtlich der FuE-Kooperationen der Unternehmen. Um dennoch wenigstens eine grobe Aussage zu FuE-Kooperationen machen zu können, werden wiederum Informationen aus dem IAB-Betriebspanel für das Verarbeitende Gewerbe nach Bundesländern ausgewertet. Im Rahmen der Frage wurde allerdings nicht nach dem Standort der Kooperationspartner gefragt, d. h. es kann lediglich die *Anzahl der FuE-Kooperationen*, nicht aber ihre regionale Dimension dargestellt werden. Kleinräumig oder nach Branchen differenzierte Aussagen sind außerdem nicht möglich.

2.3.5.3 Unternehmens- bzw. Betriebsgrößenstrukturen

a) Unternehmens- und Betriebsgröße in der Regionalökonomik und empirische Ergebnisse dazu

Überlegungen zu den Auswirkungen der Betriebsgröße auf das wirtschaftliche Wachstum (von Regionen oder Volkswirtschaften) gehen häufig von einer einzelwirtschaftlichen Perspektive aus. So werden Großunternehmen beispielsweise Vorteile bei der Erzielung von Skalenvorteilen, bei der Produktion von Gütern mit einem hohen Fixkostenanteil, bei der Erzielung günstiger Einkaufspreise und bei der Finanzierung von Investitions- oder Forschungsprojekten zugeschrieben. Dagegen sollen Kleinunternehmen flexibler sein und schneller auf sich ändernde Marktbedingungen reagieren können, einen niedrigeren Koordinations- und Kontrollaufwand aufweisen und weniger von einer

HENNEBERGER, F.; GRAF, S.: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland: Gefahr für deutsche Arbeitsplätze? St. Gallen 1996, S. 10-15. (= Diskussionspapiere des Instituts für Arbeit und Arbeitsrecht an der Universität St. Gallen, Nr. 41). – TRABOLD, H.: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Jg. 1995, S. 177.

Störanfälligkeit großer Produktionsanlagen und der entstehenden Kosten bei einem Ausfall betroffen sein.⁹⁹ Die Vorteile des einen sind in der Regel die Nachteile des anderen. In einigen Bereichen wurden und werden umfassende wissenschaftliche Diskussionen dazu geführt, die nachfolgend nur angerissen werden können.

Betriebsgröße und Finanzierung: Stiglitz und Weiss modellierten 1981 in einem einflussreichen Aufsatz einen Zusammenhang zwischen der Unternehmensgröße und dem Problem der Kreditrationierung.¹⁰⁰ Zugrunde liegt dabei die Annahme, dass Kleinunternehmen stärker von Informationsasymmetrien zwischen Kreditgeber und Kreditnehmer betroffen sind und deshalb stärkeren Finanzierungsrestriktionen als Großunternehmen unterliegen. Eine Reihe von empirischen Analysen hat sich dieser Frage gewidmet und ist überwiegend zu dem Ergebnis gekommen, dass Kleinunternehmen tatsächlich stärker als Großunternehmen von Kreditrationierung betroffen sind.¹⁰¹

Betriebsgröße und Innovation: Die sogenannte Schumpeter-Hypothese attestiert Großunternehmen eine Vorreiterrolle beim technischen Fortschritt.¹⁰² Dies wird beispielsweise mit den hohen Fixkosten von Innovationsprozessen, ihrem Risikogehalt – und einer besseren Risikostreuung in Großunternehmen durch die Durchführung mehrerer Innovationsvorhaben – und Synergieeffekten zwischen Innovationsprozessen und Größenvorteilen in der Produktion oder im Vertrieb begründet.¹⁰³ Ein Argument, das für den Vorteil kleiner Unternehmen bei Innovationen und damit für die Gegenhypothese zur Schumpeter-Hypothese spräche, ist ihre unbürokratischere und weniger risikoaverse Entscheidungsstruktur, die Forschern eher freie Hand lassen würde.¹⁰⁴

In der Tendenz der betrachteten empirischen Studien sehen Acs und Audretsch die Schumpeter-Hypothese bestätigt, ihre eigenen empirischen Ergebnisse deuten jedoch in eine andere Richtung.¹⁰⁵ Frisch kommt auf der Basis eines umfassenden Surveys zu dem Ergebnis: „Insgesamt müssen die schumpeterianischen Hypothesen wohl als gescheitert

⁹⁹ Vgl. LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Essen 1999, S. 58. (= Untersuchungen des RWI, Heft 27).

¹⁰⁰ Vgl. STIGLITZ, J.; WEISS, A.: Credit Rationing in Markets with Imperfect Information, in: American Economic Review, Vol. 71 (1981), S. 393-410.

¹⁰¹ Vgl. die empirischen Befunde zu Deutschland: AUDRETSCH, D. B.; ELSTON, J. A.: Does Firm Size Matter? Evidence on the Impacts of Liquidity Constraints on Firm Investment Behaviour in Germany. London 1994. (= CEPR Discussion Paper, No. 1072). – HARHOFF, D.: Are there Financing Constraints for R&D and Investment in German Manufacturing Firms?, in: Annales d'économie et de statistique, No. 49/50 (1998), S. 421-456.

¹⁰² Nach Joseph Schumpeters Diktum, dass Großunternehmen den Motor des technischen Fortschritts bilden, vgl. SCHUMPETER, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1946, S. 174-175.

¹⁰³ Vgl. ACS, Z. J.; AUDRETSCH, D. B.: Innovation durch kleine Unternehmen. Berlin 1992, S. 55.

¹⁰⁴ F. M. SCHERER 1980 nach ACS, Z. J.; AUDRETSCH, D. B.: Innovation durch kleine Unternehmen, a. a. O., S. 55.

¹⁰⁵ Vgl. ebenda, S. 52-76.

gelten. Eine generelle innovative Überlegenheit von Großunternehmen lässt sich nicht nachweisen.¹⁰⁶ Almeida und Kogut erklären – wie auch schon andere Autoren vor ihnen – diesen gemischten Befund zum Einfluss der Betriebsgröße auf die Innovationsneigung von Unternehmen mit einer Arbeitsteilung zwischen kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) und Großunternehmen im technischen Fortschritt.¹⁰⁷ Als Schlussfolgerung wäre daraus zu ziehen, dass für Innovationsfähigkeit einer Region eine Mischung aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen mit spezifischen Funktionen am günstigsten ist.

Betriebsgröße und Beschäftigung: In der Folge der gleichnamigen Studie von Birch zum „Job Generation Process“ aus dem Jahr 1979 rückte die Frage, ob Großunternehmen oder KMU mehr Beschäftigung schaffen, stärker ins Blickfeld ökonomischer Analysen. Auch hier konnten die empirischen Untersuchungen aber kein eindeutiges Ergebnis erbringen. In einem Teil der Analysen wird den KMU ein größerer Beitrag zur Beschäftigungsschaffung als den Großunternehmen zugeschrieben.¹⁰⁸ Neuere Analysen können dieses Ergebnis allerdings häufig nicht bestätigen und stellen keinen Zusammenhang zwischen Betriebsgröße und Beschäftigungsentwicklung fest.¹⁰⁹

Für eine regionalökonomische Interpretation problematisch ist jedoch bei den meisten Analysen zu den Auswirkungen der Betriebsgröße auf Investitionen, Innovationen oder Beschäftigung – unabhängig von ihrem Ergebnis – dass ihnen eine einzelwirtschaftliche Perspektive zugrunde liegt. Zwar wird häufig unterstellt, dass die Addition der Effekte auf die Unternehmen in einer Region letztlich den regionalen Gesamteffekt ergibt, dabei wird allerdings vernachlässigt, dass auch (gegenläufige) Kausalitätsbeziehungen zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung von Klein- und Großunternehmen bestehen können; beispielsweise durch die Konkurrenz zwischen beiden (vgl. auch die Ausführ-

¹⁰⁶ Vgl. FRISCH, A.: Unternehmensgröße und Innovation. Die schumpeterianische Diskussion und ihre Alternativen. Frankfurt am Main und New York 1993, S. 41-136.

¹⁰⁷ Vgl. ALMEIDA, P.; KOGUT, B.: The Exploration of Technological Diversity and the Geographic Localization of Innovation, in: Small Business Economics, Vol. 9 (1997), S. 21-22.

¹⁰⁸ Vgl. den Survey in FRITSCH, M.; HULL, C.: Empirische Befunde zur Arbeitsplatzdynamik in großen und kleinen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland – eine Zwischenbilanz, a. a. O., S. 149-172. – BLANCHFLOWER, D. G.; BURGESS, S. M.: Job Creation and Job Destruction in Great Britain in the 1980s, in: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 50 (1996), No. 1, S. 29-30.

¹⁰⁹ Vgl. DAVIS, S. J.; HALTIWANGER, J.; SCHUH, S.: Small Business and Job Creation: Dissecting the Myth and Reassessing the Facts, in: Small Business Economics, Vol. 8 (1996), S. 297-315. – Für Deutschland: GERLACH, K.; WAGNER, J.: Analysen der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes mit Betriebspaneldaten aus Erhebungen der amtlichen Industriestatistik. Ein Überblick über Ansätze und Ergebnisse für niedersächsische Industriebetriebe, in: Kühl, J. u. a. (Hrsg.): Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Ergebnisse aus Analysen mit deutschen Firmenpaneldaten. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 204. Nürnberg 1997, S. 35-47.

rungen zur unternehmerischen Initiative ab Seite 45) oder auch einfach durch betriebswirtschaftliche Vorgänge, wie das Outplacement einzelner Unternehmensfunktionen.¹¹⁰

Besseren Aufschluss über die regionalwirtschaftlichen Effekte der Betriebsgröße geben Studien, die den Zusammenhang zwischen Marktstruktur und wirtschaftlicher Entwicklung untersuchen. Ausgehend von einem Aufsatz von Glaeser und anderen wurden Alternativhypothesen zu den Wachstumswirkungen monopolistischer und vollständiger Konkurrenz – operationalisiert durch die inverse Unternehmensgröße – formuliert.¹¹¹ Ein lokales Monopol wurde dabei als wachstumsfördernd eingestuft, da es Wissensspillovers reduzieren und die Aneignung von Monopolrenten bei den Innovatoren ermöglichen würde, eine kompetitive Marktstruktur sollte demgegenüber den Innovationsdruck und die Adaptionsrate erhöhen. Die empirischen Analysen zu diesen Hypothesen kommen häufig zu dem Ergebnis, dass eine kompetitive Marktstruktur, also eine vergleichsweise geringe Unternehmens- oder Betriebsgröße, günstiger für die Beschäftigungsentwicklung einer Region war.¹¹²

Letztlich ist der Effekt der Betriebsgröße auf das Wachstum einer Region nach wie vor nicht eindeutig geklärt, auch wenn eine Reihe von Studien für wachstumsfördernde Effekte kleinbetrieblicher Strukturen sprechen. Insbesondere die anhand der Innovationsaktivitäten ablesbare Arbeitsteilung zwischen unterschiedlich großen Betrieben spricht dafür, dass jede Region eine Mischung aus kleinen, mittleren und großen Unternehmen braucht.

b) Operationalisierung der Unternehmens- und Betriebsgröße in der vorliegenden Analyse

Ein Maß für eine optimale Größenstruktur wird sich auch bei einer Differenzierung nach Branchen nur schwer finden lassen. In der vorliegenden Studie wird deshalb ein anderer Weg gewählt, um die Größenstruktur der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft bewerten zu können: Die Größenstruktur in der erfolgreicheren Region wird sozusagen als „Norm“ definiert. Das heißt, die Größenstruktur in Sachsen-Anhalt (bzw. den Regionen des Landes) und in den neuen Bundesländern wird mit der in den alten Bundesländern verglichen, letztere dient als Maßstab. Als Indikatoren für die Betriebsgröße können

¹¹⁰ Wenn beispielsweise der EDV- oder der Vertriebsbereich eines Großunternehmens ausgegliedert und daraus ein eigenes Unternehmen gegründet wird, führt dies zur Beschäftigungsverringering im Großunternehmen und zur Neuentstehung eines KMU.

¹¹¹ GLAESER, E. L.; KALLAL, H. D.; SCHEINKMAN, J. A.; SHLEIFER, A.: Growth in Cities, in: Journal of Political Economy, Vol. 100 (1992), No. 6, S. 1126-1152.

¹¹² Vgl. GLAESER, E. L. et al.: Growth in Cities, a. a. O., S. 1144. – Mit Daten zu Westdeutschland: MIRBACH, M.: Regionales Beschäftigungswachstum und dynamische Agglomerationseffekte. Eine empirische Untersuchung der Bedingungen regionalen Strukturwandels. München 1999, S. 43-99. – BÜTTNER, T.: Agglomeration, Growth, and Adjustment. A Theoretical and Empirical Study of Regional Labour Markets in Germany. Heidelberg 1999, S. 59-75.

Daten zu den Beschäftigten und zum Umsatz verwendet werden, die differenziert nach Größenklassen verfügbar sind.

2.3.6 Raumstruktur, Raumordnungspolitik und natürliche Ressourcen

a) Raumstruktur, Raumordnungspolitik und natürliche Ressourcen in der Regionalökonomik

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt u. a. von den Transaktionskosten ab, die mit der Anbahnung und Durchführung von Austauschbeziehungen (Information über Angebot und Nachfrage durch Kommunikation; Abschluss von Kaufverträgen; Austausch von Gütern und (Gegen-) Leistungen mit Hilfe von Transportmitteln) verbunden sind. Die Höhe der Transaktionskosten wird u. a. davon beeinflusst, wie groß die Distanzen zwischen den Trägern ökonomischer Aktivitäten sind. Entscheidend ist dabei die zeitliche Distanz. Sie hängt einerseits von der räumlichen Distanz, andererseits von der Qualität der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ab. Der Faktor Infrastruktur wird im Rahmen der vorliegenden Untersuchung als eine gesonderte Determinante des regionalen Wohlstands aufgefasst und wurde bereits unter 2.3.4 diskutiert. Im Folgenden soll deshalb nur auf den Faktor Distanz eingegangen werden, dessen räumliche Ausprägungen sich auch als „Raumstrukturen“ bezeichnen und sich mit den Mitteln der staatlichen Raumordnungspolitik beeinflussen lassen.

Für das wirtschaftliche Ergebnis einer Region sind zwei Arten von Distanzen relevant, nämlich zum einen die Distanzen zwischen den Wirtschaftssubjekten innerhalb der betrachteten Region („interne Distanzen“), zum anderen die Distanzen zwischen den Wirtschaftssubjekten in der betrachteten Region und regionsexternen Wirtschaftssubjekten („externe Distanzen“). Beide Arten von Distanzen werden u. a. von naturräumlichen Gegebenheiten beeinflusst. Ein Gebirge zwischen zwei Regionen erhöht die externen Distanzen; ein Fluss oder See inmitten einer Region erhöht die internen Distanzen; die Lage einer Region an einer Küste oder einem nur schwer überwindbaren Gebirge macht Austauschbeziehungen in bestimmte Richtungen weitgehend unmöglich; eine bestimmte Bodenbeschaffenheit oder klimatische Faktoren können zu Siedlungsformen beitragen, durch welche die internen Distanzen weitgehend vorgegeben werden. Die Zusammenballung von Menschen und Unternehmen an bestimmten Orten wird (oder wurde in früheren Zeiten) ebenfalls vielfach von naturräumlichen Faktoren bestimmt, z. B. von der Lage an einem Fluss, der als Verkehrsweg genutzt werden und damit die Raumüberwindungskosten senken kann.

Da derartigen Ballungen oder „Agglomerationen“ aufgrund von „versunkenen Kosten“ – etwa der geschaffenen Infrastruktureinrichtungen – die Tendenz innewohnt, langfristig weiterzubestehen, und die Ballung von Wirtschaftssubjekten mit externen Nutzen („Agglomerationsvorteilen“) für die sich ansiedelnden Wirtschaftssubjekte verbunden sind, stellen die ehemals aufgrund von naturräumlichen Faktoren entstandenen Ballungen

mittlerweile Elemente des Datenkranzes einer Region dar, die für die internen Distanzen heute wichtiger als naturräumliche Faktoren sind und zumindest mittelfristig weitgehend konstant bleiben dürften.

Auch die externen Distanzen werden nicht nur von naturräumlichen Bedingungen, sondern auch von menschlichen Entscheidungen geprägt. Hier ist zunächst die Errichtung von Staatsgrenzen zu erwähnen, deren Überwindung im Extremfall ganz unmöglich ist, in den meisten Fällen aber zumindest mit der Entrichtung von Zwangsabgaben verbunden ist. Ebenso wichtig für die externen Distanzen aus der Sicht einer bestimmten Region ist die Entscheidung von Bewohnern anderer Regionen, ihre ökonomischen Aktivitäten an bestimmten Orten zu konzentrieren, die zu Agglomerationszentren und zu bevorzugten Ziel- und Quellorten für den Güteraustausch mit der zuerst betrachteten Region werden können. Die Lage solcher regionsexterner Agglomerationen im Raum – relativ zu den Zentren der zuerst betrachteten Region – ist mit dafür entscheidend, wie hoch die externen Distanzen und damit die Transaktionskosten für die Region ausfallen.

Für die regionsinternen Distanzen ist mit entscheidend, ob und inwieweit von Seiten des Staates bestimmte Nutzungsarten von Teilräumen einer Region beschränkt, gefördert oder in bestimmte Richtungen zu lenken versucht werden. Hier ist die Raumordnungspolitik angesprochen, deren Aufgabe darin besteht, unterschiedliche Nutzungsansprüche an die knappe Ressource Raum (Boden) zum Ausgleich zu bringen. So ist es beispielsweise möglich, für einen Teilraum explizit die Entwicklung zum Naturschutzgebiet vorzusehen, was zu einer Erhöhung der regionsinternen Distanzen führen kann (die Umgehung des Naturschutzgebietes wird nötig; ein im Gebiet gelegener, an sich vorteilhafter Standort kommt für die Ansiedlung eines Betriebes nicht in Frage).

Natürliche Ressourcen stellen wichtige Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses einer Region dar, wobei sie unter zwei Gesichtspunkten das wirtschaftliche Ergebnis beeinflussen können:

- Zum einen ist das Vorhandensein und die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen in Gestalt von Rohstoffen ein Standortvorteil, der die Transaktionskosten für bestimmte Produktionen senken und das wirtschaftliche Ergebnis der Region stärken kann.
- Zum anderen kann es durch die Übernutzung von natürlichen Ressourcen zu Standortnachteilen in Form von Umweltschäden kommen. Die Ausgaben, die zur Beseitigung der Umweltschäden getätigt werden, führen unter Umständen zu einer nicht-optimalen Verwendung des wirtschaftlichen Ergebnisses in einer Region.

b) Operationalisierung von Raumstruktur, Raumordnungspolitik und natürlichen Ressourcen in der vorliegenden Analyse

Aus den Ausführungen unter (a) wird deutlich, dass sowohl die internen als auch die externen Distanzen für die Entwicklung einer Region von Bedeutung sind. Für die externen Distanzen könnte die Entfernung Sachsen-Anhalts oder einzelner Teilräume des Landes zu den nächstgelegenen größeren Agglomerationszentren betrachtet werden, die außerhalb der Landesgrenzen liegen. Allerdings sagt die rein räumliche Entfernung wenig über die mit ihrer Überwindung verbundenen Kosten aus. Deshalb wird die Distanz zu landesexternen Agglomerationen im Kontext mit der Infrastruktur behandelt. Etwas anderes gilt für die Lage Sachsen-Anhalts innerhalb der gesamten Bundesrepublik bzw. der EU. Hier kann auch der Indikator räumliche Entfernung etwas über die externen Distanzen aussagen.

Für die quantitative Abbildung der internen Distanzen im Land Sachsen-Anhalt lassen sich Daten über die Bevölkerungsmassierung sowie über die Ballung von unternehmerischen Aktivitäten heranziehen. Die Raumordnungspolitik als wesentliche Einflussgröße der internen Distanzen entzieht sich weitgehend einer quantitativen Erfassung. Deshalb ist es erforderlich, für diese Einflussgröße eine qualitative Analyse durchzuführen. Aufgrund der großen Bedeutung der Raumordnungspolitik für die Zukunftsentwicklung des Landes geschieht dies in einem gesonderten Unterabschnitt (Unterabschnitt 3.2.7.2).

2.3.7 Branchenstruktur

a) Branchenstruktur in der Regionalökonomik

In empirischen Regionalanalysen wird weiterhin häufig die Branchenstruktur als eine Variable zur Erklärung regionaler Entwicklungsunterschiede verwendet. Dabei ist zunächst einmal nicht offensichtlich, warum eine Gliederung der Wirtschaft, die von der Statistik zu deren Erfassung und Beschreibung vorgenommen wird, zur Erklärung des Wachstums in den Regionen beitragen sollte. Allein die verschiedentlich verwendete Hypothese, dass die Anteile wachsender oder schrumpfender Branchen zur Erklärung des Wachstums der gesamten regionalen Wirtschaft beitragen können, kann daher nicht zufrieden stellen. Dies gilt auch, wenn man von Multiplikatoreffekten durch Zuliefer- oder Absatzbeziehungen einer stark wachsenden oder schrumpfenden Branche auf die anderen Branchen der Region ausgeht.¹¹³ Es bleibt in dieser Argumentation unklar, warum bestimmte Branchen wachsen und andere schrumpfen. Die Ursachen hierfür können vielschichtig sein und beispielsweise in der Veränderung der Nachfragestrukturen nach bestimmten Gütern, unterschiedlichen Geschwindigkeiten im Zuwachs an techni

¹¹³ Vgl. GARCIA-MILÀ, T.; McGUIRE, T. J.: Industrial Mix as a Factor in the Growth and Variability of States' Economies, in: Regional Science and Urban Economics, Vol. 23 (1993), S. 733.

schem Wissen oder einer Vielzahl an mikro-, meso- und makroökonomischen Einflussfaktoren liegen.¹¹⁴ Eine Differenzierung der regionalen Branchenstruktur in wachsende und schrumpfende Branchen kann also zunächst einmal nur dazu beitragen, die regionale Bedeutung eines sektoralen Strukturwandels zu erfassen.

Auf einen Wandel in der Bedeutung der Wirtschaftszweige Landwirtschaft, Industrie und Dienstleistungen im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung einer Volkswirtschaft haben Fourastié und Clark bereits um die Mitte des 20. Jahrhunderts aufmerksam gemacht.¹¹⁵ Folgt man der Drei-Sektoren-Hypothese, dann ist ein hoher Dienstleistungsanteil ein Indiz für eine relativ weit entwickelte Volkswirtschaft mit hohem Pro-Kopf-Einkommen. Ein hoher Landwirtschaftsanteil und ein hoher Industrieanteil deuten demgegenüber auf einen noch ausstehenden Strukturwandel in der Zukunft hin.¹¹⁶ Biehl und andere verwenden für eine Branchenstruktur, die dem wirtschaftlichen Entwicklungsstand – gemessen am Pro-Kopf-Einkommen – einer Volkswirtschaft oder einer Region entspricht, den Begriff des „Normalmusters“.¹¹⁷ Damit wird deutlich, dass nicht allein ein hoher Dienstleistungsanteil, sondern ein ausgewogenes Verhältnis der Wirtschaftszweige entsprechend dem Entwicklungsstand letztlich entscheidend ist für die Frage, ob eine Volkswirtschaft/Region ihre Produktionsmöglichkeiten optimal ausschöpft.

Freilich findet der sektorale Strukturwandel nicht allein zwischen den Wirtschaftszweigen, sondern auch zwischen den Branchen innerhalb der Industrie oder der Dienstleistungen statt. Auch hier sind wieder Veränderungen der Nachfrage, des technischen Wissens, der relativen Preise der Produktionsfaktoren usw. die möglichen Ursachen. Ein Normalmuster der Branchenstruktur lässt sich aber in der Industrie oder im Dienstleistungssektor sicherlich nicht ermitteln, da sich die Regionen als Ergebnis der interregionalen Arbeitsteilung auf diejenigen Branchen spezialisieren, in denen sie komparative Vorteile gegenüber anderen Regionen aufweisen. Stattdessen kann man aber von der Hypothese ausgehen, dass einzelne Branchen oder bestimmte Branchengruppen zusätzlich zu ihrem Output positive Externalitäten produzieren, die in anderen Branchen wirksam werden und dadurch das Wachstum der gesamten Volkswirtschaft oder Region fördern.

¹¹⁴ Vgl. LÖBBE, K.; DÖHRN, R.; LOEFFELHOLZ, H. D. von u. a.: Strukturwandel in der Krise. Untersuchungen des RWI, Heft 9. Essen 1993, S. 22-29.

¹¹⁵ Vgl. FOURASTIÉ, J.: Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts. Köln 1954. – CLARK, C.: The Conditions of Economic Progress. 2. Auflage, London 1952.

¹¹⁶ Allerdings folgt daraus nicht, dass in einer entwickelten Volkswirtschaft weniger Landwirtschafts- oder Industriegüter konsumiert würden als in einer weniger entwickelten Volkswirtschaft und dass die Dienstleistungsgüter diese ersetzen könnten. Zunehmende Produktivität in Landwirtschaft und Industrie erfordern vielmehr geringere Mengen an Produktionsfaktoren, die dann in der Dienstleistungsproduktion eingesetzt werden.

¹¹⁷ Vgl. BIEHL, D.; HUSSMANN, E.; RAUTENBERG, K.; SCHNYDER, S.; SÜDMEYER, V.: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotenzials. Infrastruktur, Agglomeration und sektorale Wirtschaftsstruktur. Kieler Studien, Bd. 133. Tübingen 1975, S. 55-60.

Externe Effekte könnten erstens von solchen Branchen erwartet werden, die einen besonders starken Zuwachs an technischem Wissen aufweisen. Diese technologie- oder wissensintensiven Branchen könnten Spillovers für andere Branchen produzieren: beispielsweise durch ihre Güter, die als Anlagegüter oder Vorprodukte in anderen Branchen weiter verwendet werden;¹¹⁸ oder durch die Akkumulation technologischen Wissens (etwa durch eigene Forschung oder den Austausch mit anderen Unternehmen), das nicht branchenspezifisch ist und deshalb auch in anderen Branchen eingesetzt werden kann. Zweitens könnten externe Effekte auch von Branchen erwartet werden, die auf andere Art und Weise die regionale Arbeitsteilung intensivieren und damit zu Effizienzsteigerungen durch zunehmende Spezialisierung führen. Insbesondere den produktionsnahen Dienstleistungen (wie Forschung und Entwicklung, Marketing, Steuer- und Rechtsberatung, Wartung und Reparatur von Anlagen) wird dies unterstellt.¹¹⁹ Zwar können diese Dienstleistungen teilweise auch aus anderen Regionen bezogen werden, allerdings kann dies mit höheren Kosten (für Information, Kommunikation und Transport) verbunden sein, was Anbieter vor Ort vorteilhaft für das Unternehmen macht. Somit kann das Vorhandensein einzelner Industrie- und Dienstleistungsbranchen in einer Region doch einen Beitrag zur Erklärung wirtschaftlichen Wachstums in Regionen liefern, insofern diese Branchen positive externe Effekte auf andere Branchen haben.

In den letzten Jahren sind in der regionalökonomischen Forschung zusätzlich auch externe Effekte der gesamten Branchenstruktur untersucht worden. Ausgehend von dem oben bereits zitierten Aufsatz von Glaeser und anderen wurden die Wachstumswirkungen einer *Spezialisierung* auf eine oder wenige Branchen den Wachstumswirkungen einer *diversifizierten Branchenstruktur* gegenübergestellt.¹²⁰ Dabei wurden die erwarteten externen Effekte der Branchenstruktur zu zwei konkurrierenden Hypothesen gebündelt. Die sogenannte Marshall-Arrow-Romer (MAR)-Hypothese geht davon aus, dass die räumliche Konzentration einer Branche Wissensspillovers zwischen den Unternehmen dieser Branche begünstigt, etwa weil Arbeitskräfte das Unternehmen wechseln oder Produkte nachgebaut werden. Die Spezialisierung einer Region führt deshalb zu zusätzlichen Wachstumsgewinnen, ein bekanntes Beispiel hierfür ist das kalifornische Silicon Valley. Die Jacobs-Hypothese enthält genau das Gegenteil hierzu und erwartet, dass eine breite Branchenstruktur Spillovers zwischen den Branchen begünstigt, die in der Form neuer Einsatzfelder für Erfindungen oder des Wissens- und Ideentransfers statt

¹¹⁸ Dies geht freilich nur dann, wenn nicht der gesamte Nutzen für den Käufer internalisiert und im Preis des Anlagegutes enthalten ist. Dies entspricht den Überlegungen der neuen Wachstumstheorie zum technischen Fortschritt (vgl. Seite 36).

¹¹⁹ Freilich muss eine symbiotische Beziehung zwischen Industrie und produktionsnahen Dienstleistern unterstellt werden, da auch die Dienstleister ohne eine kritische Nachfrage nach ihren Leistungen nicht bestehen können und somit auf eine ausreichende industrielle Basis angewiesen sind.

¹²⁰ Vgl. GLAESER, E. L.; KALLAL, H. D.; SCHEINKMAN, J. A.; SHLEIFER, A.: Growth in Cities, a. a. O., S. 1126-1152.

finden. Außerdem ist bei einer großen Diversifizierung die Gefahr geringer, dass eine Region von Strukturkrisen erfasst wird, die zum Einbruch der Nachfrage in den betroffenen Branchen und auch zu darüber hinausgehenden negativen Folgen in anderen Branchen führen können.

b) Empirische Ergebnisse zur Branchenstruktur

Empirische Analysen können die positiven Effekte einer guten Ausstattung mit produktionsnahen Dienstleistungen auf die Entwicklung einer Region wenigstens teilweise bestätigen. In einer älteren Studie stellt Bade einen positiven Zusammenhang zwischen der industriellen Beschäftigungsentwicklung und dem Umfang von Forschungs- und Entwicklungs-, Unternehmensberatungs-, EDV- und Marketingtätigkeiten in den westdeutschen Kreisen fest.¹²¹ Das gleiche Ergebnis erhält Wagner für den Großraum Hannover.¹²² Niebuhr ermittelt für westdeutsche Regionen einen positiven Zusammenhang zwischen dem Potenzial an produktionsnahen Dienstleistungen und der Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der Bruttowertschöpfung im Zeitraum 1976-85, allerdings nicht im Zeitraum 1985-96.¹²³ Sie weist von vorneherein auf gewisse Schwierigkeiten hin, den Effekt der Ausstattung mit unternehmensnahen Dienstleistungen von den Effekten der regionalen FuE-Aktivitäten oder dem regionalen Bevölkerungspotenzial empirisch zu trennen.¹²⁴ Garcia-Milà und McGuire stellen positive Auswirkungen der Branche Finanzen, Versicherungen und Immobilien auf das Wachstum der Beschäftigung in amerikanischen Bundesstaaten im Zeitraum 1969-85 fest.¹²⁵

Empirische Überprüfungen der Marshall-Arrow-Romer- und der Jacobs-Hypothesen geben bislang kein einheitliches Bild. Wie Glaeser et al. selbst, kommen zwar auch andere Analysen zu dem Ergebnis, dass Spezialisierung eher schadet und Diversifizierung eher nützt und dass folglich Spillovers zwischen den Branchen (Jacobs-Hypothese) wichtiger für das Wachstum sind als Spillovers innerhalb einer Branche.¹²⁶ Einzelne Analysen haben dagegen auch eine Dominanz der Spezialisierungsvorteile (MAR-Hypothese) ermittelt, insbesondere in „traditionellen“ Industrien wie Maschinen- und

¹²¹ Vgl. BADE, F.-J.: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. DIW-Sonderheft 143. Berlin 1987, S. 168-169.

¹²² Vgl. WAGNER, J.: Regionale Beschäftigungsdynamik und höherwertige Produktionsdienste. Ergebnisse für den Großraum Hannover (1979-1992), in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 52 (1994), Heft 2, S. 146-150.

¹²³ Vgl. NIEBUHR, A.: Räumliche Wachstumsstrukturen. Theoretische Erklärungsansätze und empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland. München 1999, S. 153-185.

¹²⁴ Vgl. ebenda, S. 113.

¹²⁵ Vgl. GARCIA-MILÀ, T.; MCGUIRE, T. J.: Industrial Mix as a Factor in the Growth and Variability of States' Economies, a. a. O., S. 743.

¹²⁶ Vgl. GLAESER, E. L. et al.: Growth in Cities, a. a. O., S. 1144. – Mit Daten zu Westdeutschland: MIRBACH, M.: Regionales Beschäftigungswachstum und dynamische Agglomerationseffekte, a. a. O., S. 43-99. – BÜTTNER, T.: Agglomeration, Growth, and Adjustment, a. a. O., S. 59-75. – BODE, E.: Lokale Wissensdiffusion und regionale Divergenz in Deutschland, a. a. O., S. 43-89.

Elektromaschinenbau.¹²⁷ Wie diese unterschiedlichen Ergebnisse zu erklären sind, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden, insbesondere die Analysen mit deutschen Datensätzen stellen jedoch Vorteile einer Diversifizierung einmütig heraus.

c) Operationalisierung der Branchenstruktur in der vorliegenden Analyse

Ausgehend von den Fourastieschen und Biehlschen Überlegungen wird in der vorliegenden Analyse für Sachsen-Anhalt ein Verhältnis der Wirtschaftszweige zugrunde gelegt, das sich an dem Westdeutschlands orientiert. Es wird wegen der Wirtschaftsgeschichte Sachsens-Anhalts und Ostdeutschlands insgesamt davon ausgegangen, dass insbesondere die Industrie und der private Dienstleistungssektor wichtige Wirtschaftszweige darstellen. Da Sachsen-Anhalt wie Ostdeutschland insgesamt in der Folge der Öffnung seiner Märkte 1990 in hohem Maße industrielle Produktion und Beschäftigung verloren hat und – wenn man die westdeutsche Branchenstruktur als „Normalmuster“ heranzieht – diese Schrumpfung noch nicht wieder aufgeholt hat und eher zu wenig als zu viel industrielle Produktion aufweist,¹²⁸ wird ein hoher Bestand an industrieller Produktion (*Industriebesatz*) als positive Wachstumsdeterminante eingestuft. Ähnlich wird für einen hohen Bestand an Dienstleistungsproduktion im Verhältnis zur Bevölkerung (*Dienstleistungsbesatz*) ein positiver Wachstumseffekt abgeleitet, da wichtige Güter dieses Wirtschaftszweiges in der DDR überhaupt nicht oder nur in sehr geringem Umfang vorhanden waren und durch den Aufbau des Dienstleistungssektors deshalb ein Bedarf in der Bevölkerung erfüllt und Nutzen geschaffen werden konnte.

Empirische Strukturanalysen versuchen verschiedentlich, das Problem einer Bewertung der Branchenstruktur dadurch zu lösen, dass sie Güter oder Branchen hinsichtlich bestimmter Eigenschaften klassifizieren, aus denen Rückschlüsse über ihr zukünftiges Wachstum gezogen werden.¹²⁹ Solche Eigenschaften können das Wachstum in der Vergangenheit („wachstumsintensiv“), die Betriebsgröße (kleinbetrieblich versus großbetrieblich), die Einbindung in den Weltmarkt (handelbare Güter), die Anteile der Produktion für bestimmte Branchen („baunahe Güter“, „produktionsnahe Dienstleistungen“), die Abhängigkeit von staatlichen Entscheidungen („umweltintensive Güter“, „staatliche Dienstleistungen“) oder die Inanspruchnahme einzelner Produktionsfaktoren

¹²⁷ Vgl. HENDERSON, V.; KUNCORO, A.; TURNER, M.: Industrial Development in Cities, in: Journal of Political Economy, Vol. 103 (1995), No. 5, S. 1067-1090.

¹²⁸ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 86-88.

¹²⁹ Vgl. LÖBBE, K.; DÖHRN, R.; LOEFFELHOLZ, H. D. von u. a.: Strukturwandel in der Krise, a. a. O., S. 340-343. – NAUJOKS, P.: Strukturwandel unter dem Aspekt der Handelbarkeit von Gütern. Der Fall der ostdeutschen Industrie. Kiel 1993. (= Kieler Arbeitspapier Nr. 584) – HORBACH, J.; RAGNITZ, J.: Wachstum und Schrumpfung: Sektoraler Strukturwandel, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995, S. 239-251. – CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 174-179. – DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Siebzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 2/1998. Halle 1998.

(„arbeitsintensiv“, „sachkapitalintensiv“, „technologieintensiv“ etc.) sein. Eine Schwäche derartiger Klassifizierungen ist, dass sie häufig den Branchen bestimmte Wachstumsperspektiven unterstellen, ohne dass diese im Einzelfall geprüft werden. Der Strukturwandel verändert aber die Wachstumsperspektiven für eine Branche, und eine Klassifizierung ist deshalb überhaupt nur sinnvoll, wenn sie auf der Basis aktueller Eigenschaften durchgeführt wird (beispielsweise kann eine technologische Innovation eine Branche von einer arbeits- zu einer kapitalintensiven Produktion wechseln lassen). Außerdem liefert die amtliche Statistik in der Regel keine geeigneten Daten für eine derartige Klassifizierung. Die veröffentlichten Daten sind nicht differenziert genug und fassen beispielsweise wachsende und schrumpfende Branchen, arbeits- und kapitalintensive Güter oder produktions- und haushaltsnahe Dienstleistungen zusammen. Dieses Problem hat sich in den letzten Jahren noch verschärft, da mit der Neugliederung der Branchen nach der Klassifizierung der Wirtschaftszweige aus dem Jahr 1993 (WZ 93) die meisten der früher erstellten Klassifizierungen auf die neuen Daten nicht mehr anwendbar sind.

Die vorliegende Analyse sieht angesichts der Erfassungs- und Interpretationsprobleme von einer solchen Branchenklassifizierung weitgehend ab, allerdings mit zwei Ausnahmen: Es werden soweit möglich im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe die Branchen nach dem *Forschungsgehalt* und im Dienstleistungssektor nach der *Produktionsnähe* (d. h. Abnehmer sind mehrheitlich Unternehmen) klassifiziert. Wie oben geschildert, wird dies mit der Existenz positiver externer Effekte auf das Wachstum in Sachsen-Anhalt und seinen Regionen begründet (nicht jedoch mit besonders günstigen Wachstumsperspektiven oder aufgrund der angenommenen komparativen Vorteile Sachsens und seiner Regionen). Die verwendete Klassifizierung der Branchen nach dem Forschungsgehalt wurde vom Niedersächsischen Institut für Wirtschaftsforschung und dem Fraunhofer Institut für Systemtechnik erstellt; sie unterscheidet zwischen Branchen, in denen Spitzentechnik, höherwertige Technik oder sonstige Güter (nachfolgend bezeichnet als „Standardtechnik“) produziert werden.¹³⁰ Die Abgrenzung produktionsnaher Dienstleistungen erfolgt in Anlehnung an Abgrenzungen der Bundesanstalt für Arbeit.¹³¹

¹³⁰ Zur *Spitzentechnik* werden beispielsweise medizinische und pharmazeutische Erzeugnisse, nichtelektrische Motoren und Kraftmaschinen, Datenverarbeitungsanlagen, Geräte für die Nachrichtentechnik, optische Instrumente gezählt, zur *höherwertigen Technik* beispielsweise anorganische chemische Elemente und andere anorganische Erzeugnisse, Pigmente, Farben, Lacke, Werkzeug- und Metallbearbeitungsmaschinen, Wälzlager, Büromaschinen, Fernseh- und Rundfunkempfangsgeräte, Schienenfahrzeuge u. v. m., vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.): Zur technologischen Leistungsfähigkeit Deutschlands. Bonn 2000, S. I im Anhang.

¹³¹ Dabei werden aufgrund eines Wechsels der Branchenklassifikation in den verwendeten Daten zwei verschiedene Klassifizierungen verwendet, zu den produktionsnahen Dienstleistungen gehören beispielsweise das Kredit- und Versicherungsgewerbe, Architektur- und Ingenieurbüros, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Datenverarbeitung und Datenbanken und Forschung und Entwicklung, vgl. Abschnitt 3.3.5 und auf die dort angeführte Anhangtabelle.

Auch aus einer breiten Diversifizierung der Branchenstruktur sollen – wie oben erläutert – positive Wachstumseffekte durch positive Externalitäten hervorgehen. Als Messgröße zur Diversifizierung wird in der vorliegenden Analyse ein *Spezialisierungskoeffizient* herangezogen, der auf der Basis von Beschäftigtenanteilen der Branchen der Wasser- und Energieversorgung, des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes berechnet wird. Die häufig verwendete Berechnungsvorschrift¹³² wird um einen Gewichtungsfaktor ergänzt, der die Unterschiede im Aggregationsniveau der Branchen im Datensatz einbezieht.¹³³ Als Referenzstruktur werden sowohl die Branchenanteile in den fünf neuen Ländern insgesamt herangezogen als auch die Branchenanteile in den alten Bundesländern (einschließlich Gesamt-Berlin).

¹³² Vgl. zum Beispiel SCHÄTZL, L.: Wirtschaftsgeographie. Band 2: Empirie. 2. Auflage, Paderborn u. a. O. 1994, S. 65.

¹³³ Der Spezialisierungskoeffizient KS_i vergleicht die Konzentration von m Branchen in einem Teilraum i mit der Konzentration dieser Branchen im Gesamttraum. Der kleinste Wert 0 bedeutet eine komplette Übereinstimmung der Branchenstruktur des Teilraumes mit der des Gesamttraumes. Je größer KS_i wird, desto größer ist die Spezialisierung des Teilraumes. Die hier verwendete Berechnungsvorschrift lautet:

$$KS_i = \sum_{j=1}^m \left(\frac{B_{ij}}{\sum_{j=1}^m B_{ij}} * \left(\frac{B_{ij}}{\sum_{j=1}^m B_{ij}} - \frac{\sum_{i=1}^n B_{ij}}{\sum_{j=1}^m \sum_{i=1}^n B_{ij}} \right)^2 \right) * 100$$

Mit: B_{ij} : Beschäftigung in Branche j im Teilraum i ,

$\sum_{j=1}^m B_{ij}$: Gesamtbeschäftigung im Teilraum i ;

$\sum_{i=1}^n B_{ij}$: Beschäftigung in Branche j im Gesamttraum;

$\sum_{i=1}^n \sum_{j=1}^m B_{ij}$: Gesamtbeschäftigung im Gesamttraum

3. Gesamtwirtschaftliche Analyse des Landes Sachsen-Anhalt

3.1 Wirtschaftliches Ergebnis: Stand und Entwicklung

Entsprechend der in Kapitel 2 angestellten theoretischen Überlegungen werden zunächst die Daten verschiedener Indikatoren näher betrachtet, welche Ergebnisdimensionen des Wirtschaftshandelns in Sachsen-Anhalt abbilden. Zu diesem Zweck werden im Folgenden Indikatoren herangezogen, die sich auf die Dimension monetären Einkommens (BIP pro Einwohner, Bruttowertschöpfung, Exportquote), auf die Diskrepanz von Arbeitsangebot und -nachfrage (Arbeitslosenquote, Unterbeschäftigungsquote) sowie auf die Mobilität der Bevölkerung (Wanderungssaldo, Pendlersaldo) beziehen.

Bruttoinlandsprodukt je Einwohner

Bezieht man das Bruttoinlandsprodukt eines Landes auf dessen Einwohner, so lässt es sich – wie in Kap. 2. ausgeführt – behelfsweise als Wohlstandsindikator interpretieren und über verschiedene Länder hinweg vergleichen. In der Strukturanalyse des IWH für die Jahre 1991-95 nahm Sachsen-Anhalt im Hinblick auf diesen Indikator unter den neuen Ländern eine mittlere Position ein.¹ Die Werte für diesen Indikator in Tabelle L.1 sind allerdings nicht mehr mit jenen der Strukturanalyse 1991-95 vergleichbar, da im Jahr 2000 eine Neuberechnung durch den Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ (VGRdL) gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 1995 (ESVG 1995) stattgefunden hat.² Aus diesen aktualisierten Werten in Tabelle L.1 geht hervor, dass auf Sachsen-Anhalt im Jahr 1995 vor Thüringen das zweitniedrigste BIP pro Einwohner entfiel. Beide Länder wiesen in der Folgezeit bis 1999 höhere Zuwachsraten als im Durchschnitt der neuen Länder insgesamt auf, was aber nicht verhinderte, dass Sachsen-Anhalt 1999 auf den fünften Rang zurückgefallen ist, während Thüringen sich auf den dritten Rang vorschieben konnte.³ Insgesamt gesehen sind jedoch die Unterschiede zwischen den neuen Ländern gering, sobald man sie mit den alten Ländern vergleicht. Nach wie vor erreichen erstere nur

¹ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R., a. a. O., S. 24 f.

² Die wichtigsten Veränderungen zum vorhergehenden Berechnungsmodus ergeben sich a) durch eine Neuklassifikation der Wirtschaftszweige nach der tätigkeitsbezogenen NACE-Systematik mit der Folge bereichsübergreifender und bereichsinterner Neustrukturierungen, b) durch die Bewertung des Produktionswertes und der Wertschöpfung zu Herstellungspreisen mit der Konsequenz, dass die bisher in den Marktpreisen enthaltenen produktbezogenen Steuern (darunter auch die Mineralölsteuer) unberücksichtigt bleiben, c) durch den Übergang von der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen zum Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen. Vgl. dazu die Information des Arbeitskreises VGRdL vom August 2000.

³ Hier gilt es im Auge zu behalten, dass beim Indikator BIP pro Einwohner Veränderungen auch durch die Zahl im Nenner – die Bevölkerungszahl einer Region – induziert sein können.

Tabelle L.1:

Indikatoren der Wirtschaftskraft nach Bundesländern 1995-1999

	Sachsen- Anhalt	Branden- burg	Mecklen- burg-Vor- pommern	Sachsen	Thüringen	Neue Länder	Alte Länder ^b
BIP je Einwohner (in DM)							
1995	26.655	28.426	28.075	28.866	26.628	27.919	45.531
1996	27.852	29.483	29.152	29.885	27.909	29.018	46.119
1997	28.618	29.847	29.605	30.086	29.007	29.569	47.153
1998	29.231	30.244	30.266	30.569	29.943	30.180	48.755
1999	30.018	30.734	31.060	31.560	31.030	31.034	49.840
Veränderung 1999-95 in %	12,6	8,1	10,6	9,3	16,5	11,2	9,5
Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (in DM)							
1995	61.259	64.080	62.856	62.861	59.982	62.280	96.181
1996	65.169	66.875	65.763	65.333	63.452	65.305	98.439
1997	68.570	68.906	67.976	66.767	66.899	67.663	101.310
1998	69.613	70.325	69.511	68.062	68.013	68.943	103.957
1999	71.487	72.074	71.172	69.451	69.242	70.476	105.315
Veränderung 1999-95 in %	16,7	12,5	13,2	10,5	15,4	13,2	9,5
Arbeitslosenquote							
1995	16,5	14,2	16,1	14,4	15,0	15,2	9,2
1996	18,8	16,2	18,0	15,9	16,7	17,1	10,1
1997	21,7	18,9	20,3	18,4	19,1	19,7	11,0
1998	21,7	18,8	20,5	18,8	18,3	19,6	10,5
1999	21,7	18,7	19,4	18,6	16,5	19,0	9,8
Veränderung 1999-95 in %	31,5	31,7	20,5	29,2	10,0	25,0	6,5
Unterbeschäftigungsquote^a							
1995	23,0	19,5	22,1	19,2	17,7	20,1	-
1996	24,5	20,4	22,9	19,9	23,9	22,0	-
1997	25,5	21,6	23,6	20,8	23,4	22,7	-
1998	25,7	21,9	24,5	21,4	22,7	22,9	-
1999	26,2	21,3	24,4	21,6	21,6	21,6	-
Veränderung 1999-95 in %	14,1	8,9	10,1	12,2	22,1	13,1	-
Wanderungssaldo (je 10.000 Einwohner)							
1995	-5	76	1	34	5	25	49
1996	4	97	9	19	2	26	38
1997	-30	114	-19	2	-7	12	19
1998	-51	101	-21	-25	-20	-5	13

^a Unterbeschäftigte = Arbeitslose plus Beschäftigte in ABM und SAM plus Kurzarbeiter (in Vollzeit-Äquivalenten) plus Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (in Vollzeit-Äquivalenten). – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistische Landesämter; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

etwa 60% der Wirtschaftsleistung letzterer. Die internen Differenzen zwischen den neuen Ländern haben im Zeitablauf sogar abgenommen: Lag 1995 noch Sachsen mit dem höchsten BIP-Wert um 7,8% vor dem Land Thüringen mit dem niedrigsten BIP-Wert, so war 1999 Sachsen-Anhalt (niedrigster BIP-Wert) vom Wert Sachsens (höchster BIP-Wert) nur noch um 4,9% entfernt.

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen

Einen Anhaltspunkt für die Produktivität der Wirtschaft einer Region erhält man, wenn man das BIP auf die dort vorhandenen Erwerbstätigen bezieht. Die Werte für diesen Indikator „Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen“ wurden ebenfalls neu berechnet, so dass die gleichen Einschränkungen bzgl. seiner Vergleichbarkeit mit den älteren Werten wie beim soeben behandelten Indikator BIP pro Einwohner gelten. Wie bei diesem Indikator rangierte Sachsen-Anhalt auch mit seiner Bruttowertschöpfung 1995 an vorletzter Position vor Thüringen. Nur diese beiden Länder hatten zwischen 1995 und 1999 überdurchschnittliche Zuwachsraten, wodurch Sachsen-Anhalt 1999 auf den zweiten Rang vorrückte. Die Unterschiede zwischen den neuen Ländern sind im Zeitablauf ebenfalls geringer geworden: Lag 1995 Thüringen noch um 6,4% hinter dem Spitzenreiter Brandenburg zurück, so reduzierte sich der Abstand zwischen diesen beiden Ländern 1999 auf 3,9%. Beim Indikator „Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen“ erreichten die neuen Länder 1999 zwei Drittel des Wertes der alten Länder.

Arbeitslosenquote

An der Arbeitslosenquote eines Landes lässt sich direkt ablesen, wie hoch die Diskrepanz zwischen der Nachfrage nach und dem Angebot von Arbeit ist. Indirekt gibt sie Hinweise auf den Anteil der Bewohner einer Region, der Transfereinkommen bezieht (vgl. Kap. 2). Das Ausmaß der Arbeitslosigkeit stellt somit im Hinblick auf die Wohlfahrt eines Landes einen Indikator für mangelnde Integration in die Arbeitswelt und ebenfalls für nicht realisierte Einkommenswünsche eines Teils der Landesbewohner dar. Die Quoten in Tabelle L.1 beziehen sich auf den Stand am Ende des jeweiligen Jahres. Hier zeigt sich, dass Sachsen-Anhalt im gesamten Untersuchungszeitraum die höchsten Werte und hinter Brandenburg den zweithöchsten Anstieg aufwies. Betrug der Abstand zu Mecklenburg-Vorpommern – dem Land mit dem zweithöchsten Wert – 1995 noch 0,4 Prozentpunkte (1,3 zum ostdeutschen Durchschnitt), so ist er Ende 1999 auf 2,3 (2,7) Prozentpunkte angewachsen. Während die anderen Länder ihr höchstes Niveau der Arbeitslosigkeit entweder 1997 oder 1998 erreichten und seitdem rückläufige Quoten aufweisen, verharrte die Quote in Sachsen-Anhalt seit 1997 bei 21,7%. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Wirtschaft des Landes mit ihrem Angebot an Arbeitsplätzen bei weitem nicht in der Lage war, die im Land vorhandene Nachfrage zu erfüllen. Im Unterschied zu den beiden oben behandelten Indikatoren (BIP pro Einwohner, Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen) haben sich bei der Arbeitslosenquote die Unterschiede zwischen den neuen Ländern von 2,3 Prozentpunkten (1995) auf

5,2 Prozentpunkte (1999) vergrößert.⁴ Gleichfalls hat sich im Untersuchungszeitraum die Diskrepanz zwischen den Niveaus der Arbeitslosigkeit in Ost und West ausgeweitet.⁵

Unterbeschäftigungsquote

Die in der Arbeitslosenquote zum Vorschein kommende Differenz zwischen Arbeitsangebot und -nachfrage wird auch durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen beeinflusst. Die Beschäftigten im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt (Teilnehmer an ABM, SAM sowie Kurzarbeiter) sind Personen, die ohne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen arbeitslos wären. Sie werden in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit jedoch nicht als Arbeitslose ausgewiesen. Auch jene Personen, die an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teilnehmen, gelten offiziell nicht als arbeitslos. Man kann für die genannten Gruppen ebenso wie für die offiziell Arbeitslosen vom Tatbestand der „Unterbeschäftigung“ sprechen. Mit Hilfe der Unterbeschäftigungsquote, welche die Erwerbstätigen in Relation zu den Arbeitslosen und Teilnehmern an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen setzt, können die Einflüsse der Arbeitsmarktpolitik abgeschätzt werden.⁶ Ist die Quote besonders hoch, so ist dies ein Hinweis für einen massiven Einsatz arbeitsmarktpolitischer Instrumente, aber auch ein Hinweis auf fehlende privatwirtschaftliche Impulse. Aus Tabelle L.1 geht hervor, wie hoch die Unterbeschäftigung in den einzelnen neuen Ländern zwischen 1995 und 1999 gewesen ist. Auch für diesen Beschäftigungs-Indikator gilt, dass Sachsen-Anhalt im Untersuchungszeitraum den ungünstigsten Wert unter den neuen Ländern aufwies. Im Land Thüringen ist zwar zwischen 1995 und 1999 die Unterbeschäftigungsquote noch stärker gewachsen; allerdings wurde der starke Zuwachs dort von 1995 auf 1996 bewirkt, und ausgehend von 1996 ist in Thüringen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Der in vier neuen Ländern erkennbare Rückgang der Unterbeschäftigung von 1999 zu 1998 ist in Sachsen-Anhalt nicht eingetreten.

Wanderungssaldo

Aufschluss über das wirtschaftliche Ergebnis eines Landes gibt auch die Zu- bzw. Abwanderung seiner Bevölkerung, sofern man von der Hypothese (Annahme) ausgeht, dass deren Wanderungsverhalten zumindest in Teilen als „Abstimmung mit den Füßen“ verstanden werden kann. Relevant sind unter diesem Aspekt vor allem Wanderungen über die Landesgrenze, die häufig mit dem Wechsel oder der Aufnahme einer Beschäftigung im Zusammenhang stehen. Die auf jeweils 10.000 Personen standardisierten Werte in Tabelle L.1 lassen erkennen, dass zum einen der Saldo für Sachsen-Anhalt im

⁴ Im September 2000 belief sich die Arbeitslosenquote von Sachsen-Anhalt auf 19,4%, von Brandenburg auf 16,0%, von Mecklenburg-Vorpommern auf 17,0%, von Sachsen auf 16,2% und von Thüringen auf 14,4%.

⁵ Im September 2000 lag die Arbeitslosenquote der neuen Länder insgesamt bei 16,6%, die der alten Länder bei 7,2%.

⁶ Eine detailliertere Analyse und Bewertung einzelner arbeitsmarktpolitischer Instrumente wird unten in Abschnitt 3.2.1 vorgenommen.

Untersuchungszeitraum deutlich negativer geworden ist und zum andern das Land im Vergleich unter den Flächenländern seit 1997 am ungünstigsten abgeschnitten hat. Der hohe positive Wanderungssaldo des Landes Brandenburg ist auf die Wohnstandortverlagerung Berliner Haushalte ins Umland (bei gleichzeitigem Beibehalt des Arbeitsplatzes in Berlin) zurückzuführen und kann deshalb nicht als Vergleichsmaßstab herangezogen werden. Auch Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen konnten sich dem Trend einer seit 1997 vermehrten Abwanderung nicht entziehen.

Während die Saldenwerte in Tabelle L.1 noch keine Information darüber enthalten, zu welchen Ländern oder Ländergruppen Sachsen-Anhalt Wanderungsgewinne oder -verluste verzeichnet, ist dies aus den absoluten (nicht standardisierten) Zahlen von Tabelle L.2 ablesbar. Aus der Summenzeile geht zunächst hervor, dass der Wanderungssaldo Sachsen-Anhalts von 1995 an kontinuierlich negativer geworden ist. Das Gros der Wanderungsverluste entsteht im Austausch mit den alten Ländern, wobei das direkt angrenzende Niedersachsen 1995 und 1998 eine Spitzenstellung aufweist. Für die Jahre 1996 und 1997 trifft dies allerdings nicht zu: Hier weist Sachsen-Anhalt mit Niedersachsen einen deutlich positiven (1996) oder nahezu ausgeglichenen (1997) Saldo auf. Unter den ostdeutschen Ländern stellt vor allem Berlin ein Ziel dar, wohin zunehmend Bewohner aus Sachsen-Anhalt abwandern. Im Jahr 1998 ist erstmals der Fall eingetreten, dass die Wanderungsbilanz mit allen neuen Ländern negativ ausfällt. Die bisher vorliegenden Zahlen für 1999 – einem negativen Wanderungssaldo von -4.262 im 1. Hj. 1998 mit den alten Ländern steht ein entsprechender Wert von -5.674 im 1. Hj. 1999 gegenüber – sprechen nicht für eine Trendumkehr.

Tabelle L.2:

Wanderungssaldo Sachsen-Anhalts mit ausgewählten Bundesländern 1995-1998

- Zuzüge - Fortzüge -

Sachsen-Anhalt mit ...	1995	1996	1997	1998
Berlin	-380	-431	-678	-1.032
Brandenburg	370	740	197	-55
Mecklenburg-Vorpommern	-181	-166	-378	-207
Sachsen	680	101	-359	-795
Thüringen	-284	-211	-274	-273
Niedersachsen	-2.033	1.105	-241	-1.751
sonst. alte Länder	-5.971	-6.317	-6.839	-9.282
Insgesamt	-7.799	-5.179	-8.572	-13.395

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Um noch besser beurteilen zu können, inwieweit die Wanderungsströme positive oder negative Aspekte der Wirtschaftsstrukturen indizieren, sind detailliertere Informationen über die Zusammensetzung dieser Ströme von Belang (vgl. dazu auch den Exkurs in

Kap. 4.1). Geht man bis zum 3. Oktober 1990 zurück, so ergibt sich, dass an den Wanderungsverlusten seit der Vereinigung Frauen und Mädchen zu 74% beteiligt sind.⁷ Bei den Altersgruppen der Abgewanderten sind die 15- bis 25jährigen mit 51% in der Mehrheit, die 25- bis 50jährigen sind zu 23%, die 5- bis 15jährigen zu 12% beteiligt. „Damit wurde die Differenz zwischen den Zu- und Fortzügen zu 70% von den jungen Menschen im Alter bis 25 Jahren getragen“.⁸ Die spezifische Zusammensetzung der Abgewanderten wird sich zum einen auf die zukünftige Bevölkerungsentwicklung auswirken, sie beeinträchtigt aber ebenfalls die Wachstumsaussichten der Unternehmen in Sachsen-Anhalt, da bei einer zukünftig eventuell steigenden Nachfrage nach Arbeitskräften die Unternehmen gerade bei den jüngeren auf ein geringes Angebot stoßen werden. Dieses aus den Wanderungsdaten abzuleitende Bevölkerungsszenario mag Arbeitsmarktprobleme auf der Angebotsseite in der Zukunft relativieren, es wird aber gleichzeitig dazu führen, dass Aussagen über die Wachstumschancen eines Landes mit Abwanderung von Teilen qualifizierten Humankapitals und gleichzeitig rasch alternder und schrumpfender Bevölkerung schwieriger werden.⁹

Pendlersaldo

Wie in Kap. 2 angesprochen, kann man das arbeitsplatzbezogene Pendeln über die Landesgrenzen hinweg zum einen als Vorstufe für eine zukünftige Wanderung, zum andern als Substitut hierfür auffassen. In beiden Fällen indiziert eine hohe Zahl von Auspendlern aber, dass innerhalb des Landes Beschäftigungs- und Einkommenschancen als ungünstig eingeschätzt werden. Umgekehrt signalisiert eine hohe Zahl von Einpendlern relativ gute Einkommens- und Beschäftigungschancen des betreffenden Landes. Die Informationen, wie vielen Bewohnern anderer Bundesländer die Wirtschaft Sachsen-Anhalts einen Arbeitsplatz bietet, und wie viele Personen aus Sachsen-Anhalt – freiwillig oder gezwungenermaßen – Arbeitsplätze in anderen Bundesländern einnehmen, sind demnach auch für die Einschätzung des wirtschaftlichen Ergebnisses relevant. Mitte des Jahres 1998 standen in Sachsen-Anhalt 44.848 Einpendlern 97.816 Auspendler gegenüber, woraus ein negativer Pendlersaldo von nahezu 53.000 resultierte (Tabelle L.3).

Somit arbeiteten 10,4% der insgesamt 937.869 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Sachsen-Anhalt in anderen Bundesländern. Von den 884.902 Beschäftigten in den Arbeitsstätten Sachsen-Anhalts hatten wiederum 5,1% ihren Wohnort

⁷ Vgl. FUCKE, B.; JENTSCH, G.: Einfluss des Wanderungsverhaltens auf die Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts, in: Statistisches Monatsheft, Nr. 10, 1999, S. 6-11.

⁸ Vgl. ebenda, S. 11.

⁹ Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Abwanderung von Humankapital für Ostdeutschland insgesamt zumindest teilweise durch die Zuwanderung Höherqualifizierter kompensiert wird. Vgl. KEMPE, W.: Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1999, 5. Jg., S. 19-23. Ob dies auch für Sachsen-Anhalt gilt, wäre gesondert zu untersuchen.

in einem anderen Bundesland. Aus der Summenzeile in Tabelle L.3 geht hervor, dass der Pendlersaldo von 1995 zu 1999 negativer geworden und auf mehr als 60.000 angewachsen ist. Beim Blick auf die einzelnen Länder fällt auf, dass vor allem die Pendlerverflechtung mit Niedersachsen deutlich zugenommen hat. Rund ein Drittel aller Pendler (32.137) hatte 1998 dort einen Arbeitsplatz inne.¹⁰ Auch Beschäftigte aus Niedersachsen arbeiteten häufiger in Sachsen-Anhalt (1998: 4.901), allerdings wuchs ihre Zahl geringer als die in umgekehrter Richtung. Mit dem Land Mecklenburg-Vorpommern bestand als einzigem unter den neuen Ländern ein positiver Pendlersaldo. Die Einpendler aus den neuen Ländern kamen vor allem aus Sachsen (15.425), Thüringen (7.643) und Brandenburg (6.812). Insgesamt ergibt sich das Bild, dass die Pendlerverflechtung Sachsen-Anhalts mit den anderen neuen Ländern stagnierte, mit den alten Ländern aber wuchs.¹¹ Es ist davon auszugehen, dass ohne dieses verbreitete Pendeln die Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt noch höher läge.

Tabelle L.3:

Pendlersaldo Sachsen-Anhalts mit ausgewählten Bundesländern 1995 und 1997-1999^a
- Einpendler - Auspendler -

Sachsen-Anhalt mit ...	30.06.1995	31.12.1997	30.06.1998	30.06.1999
Berlin	-3.639	-2.370	-2.778	-2.690
Brandenburg	-622	-336	-93	-186
Mecklenburg-Vorpommern	408	421	566	553
Sachsen	-5.395	-5.023	-5.545	-6.507
Thüringen	-1.356	-1.036	-854	-618
Niedersachsen	-23.347	-25.854	-27.236	-29.808
sonstige alte Länder	-13.173	-15.849	-17.136	-21.419
Insgesamt	-47.940	-49.955	-52.968	-60.675

^a Nur sozialversicherungspflichtig beschäftigte Pendler.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Exportinduzierte Einkommen

In der Regel können Regionen mit einem guten wirtschaftlichen Ergebnis auch gute Exporterfolge vorweisen. Daher ist für die Beurteilung des wirtschaftlichen Ergebnisses Sachsen-Anhalts auch das Ausmaß seiner außenwirtschaftlichen Verflechtung von Belang. Für die neuen Länder ist dies zusätzlich vor dem Hintergrund des Abbruchs der internationalen Austauschbeziehungen im Gefolge der Wirtschafts- und Währungsunion

¹⁰ Von diesen Pendlern nach Niedersachsen hatten wiederum 71% (22.810) ihren Arbeitsplatz in einem der fünf an Sachsen-Anhalt grenzenden Kreise. STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Statistische Berichte, A VI 12 hj-1/98, S. 5.

¹¹ Eine genauere Betrachtung der Pendlerströme nach einzelnen Regionen erfolgt unten im Exkurs des Kap. 4.1.

bedeutsam. Außerhalb der Region erzielte Einkommen ziehen zudem nachfragebelebende Multiplikatoreffekte in der Region nach sich, und die Höhe dieser Einkommen kann auch als Indiz für die Wettbewerbsfähigkeit der Region angesehen werden (vgl. Kap. 2). Mit der folgenden Betrachtung der Export- und Importwarenströme wird – deutschlandweit gesehen – der Umfang der außenwirtschaftlichen Verflechtung allerdings bei der Ausfuhr nur zu 75,1% und bei der Einfuhr zu 63,7% abgedeckt, da Dienstleistungen und Übertragungen darin unberücksichtigt bleiben.¹² Darüber hinaus erscheinen vielfach im Rahmen des intra-industriellen Handels von Sachsen-Anhalt aus in die alten Länder gelieferte Waren (Vor- und Zwischenprodukte) nicht in den Exportstatistik des Landes, sondern fließen erst in den Export der alten Länder mit ein.¹³

Tabelle L.4:

Entwicklung der Ausfuhr (Spezialhandel) nach Bundesländern 1996-1999

Land/Region	1999	1996	1997	1998	1999
	Mio. DM	1995 = 100			
Sachsen-Anhalt	5.478	101,7	112,1	127,8	131,8
Brandenburg	6.238	119,5	159,9	176,8	176,1
Mecklenburg-Vorpommern	2.539	78,8	93,7	75,8	99,3
Sachsen	13.915	103,8	157,3	216,9	201,0
Thüringen	6.089	108,5	143,5	153,7	148,4
Neue Länder ^a	34.259	103,9	138,6	163,7	161,0
Alte Länder ^b	706.651	102,6	115,4	122,4	124,4

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Vergleich der ostdeutschen Länder nahm Sachsen-Anhalt bei der Ausfuhr absolut gesehen vor Mecklenburg-Vorpommern die vierte Position ein, was auch für das Exportwachstum zwischen 1995 und 1999 zutrifft (Tabelle L.4).¹⁴ Die Wachstumsrate liegt zwar über der der westdeutschen Länder, jedoch ist der Abstand zu diesen noch so groß, dass stetig höhere Wachstumsraten über einen längeren Zeitraum erzielt werden müssten, um eine wahrnehmbare Annäherung zu bewirken. Zu den Globalwerten in Tabelle L.4 tragen in Sachsen-Anhalt sowohl Branchen mit relativ hohen Exportquoten als auch solche mit relativ niedrigen Exportquoten bei (vgl. in differenzierender Sicht dazu Kap. 3.3.3.1).

¹² Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1999, S. 685 f.

¹³ Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Achtzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 6/1998. Halle, S. 63.

¹⁴ Zur regionalen Differenzierung der Ein- und Ausfuhrwarenströme Sachsens-Anhalts vgl. die Tabellen A.1 und A.2.

Zwischenfazit

Bei dem nun zu vollziehenden Schritt, anhand des oben behandelten Indikatoren-Set von monetären und nicht-monetären Komponenten der Wohlfahrt einer Region zu einem Gesamturteil für das Land Sachsen-Anhalt zu kommen, ist zunächst festzuhalten, dass die Indikatoren in unterschiedliche Richtung weisen.

Hinsichtlich seines Pro-Kopf-Einkommens und seiner Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen lag Sachsen-Anhalt einmal leicht unter und einmal leicht über dem Durchschnitt der neuen Länder insgesamt. In beiden Fällen wies das Land überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Die Exportquoten nahmen im Untersuchungszeitraum zu, allerdings geringer als in Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Ein eindeutig negatives Bild ergibt sich bei der Arbeitslosenquote und dem Ausmaß der Unterbeschäftigung. Hier bildete Sachsen-Anhalt das Schlusslicht unter den neuen Ländern und hat diesen Abstand zu den anderen neuen Ländern bis 1999 auch nicht verringern können. Trotz einer hohen Zahl von Auspendlern und trotz intensiven Einsatzes arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen verharrte die Arbeitslosenquote auf dem höchsten Stand in Ostdeutschland. Diese ausgeprägte Beschäftigungsschwäche dürfte letztlich auch dafür verantwortlich sein, dass sich der Wanderungssaldo wieder stärker ins Negative gedreht hat, nachdem sich Mitte der 90er Jahre ein Umschwung andeutete. Der Blick auf die Zusammensetzung des Stroms der Abwandernden gibt zu der Befürchtung Anlass, dass hiermit dem Land gut qualifiziertes Humankapital verloren geht.

Der Vergleich zwischen den neuen und den alten Ländern zeigt auf, dass die Wohlfahrt und damit auch die Lebensbedingungen in den neuen Ländern anhand dieses Maßstabs zwischen 1995 und 1999 nach wie vor relativ einheitlich waren. Tendenzen zur Divergenz und zur Konvergenz bei den einzelnen Indikator-Werten hielten sich die Waage. Sachsen-Anhalt nahm somit innerhalb der neuen Länder keine Sonderstellung ein, sondern bewegte sich im Geleitzug der wirtschaftlichen Angleichung.

3.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses

3.2.1 Humankapital und Arbeitsmarktpolitik

Es ist davon auszugehen, dass die in einer Region vorhandene Gesamtheit von Menschen mit ihren jeweiligen Kenntnissen und Fähigkeiten – das „Humankapital“ der Region – zu den wichtigsten Determinanten der regionalen Wohlfahrt gehört.

Die Strukturanalyse für das Land Sachsen-Anhalt aus dem Jahr 1997 kam in Bezug auf das Humankapital zu dem Ergebnis, „... dass es hinsichtlich des Arbeitskräftepotenzials in Sachsen-Anhalt keinen Schrankenereffekt gibt, sondern dass vielmehr die Arbeitskraftreserve im Land anhaltend hoch ist. Im Zusammenhang mit dem vorhandenen Qualifi-

kationspotenzial lässt sich – – ebenfalls kein Engpass beobachten ... Allerdings sollte bei dieser Einschätzung berücksichtigt werden, dass Anforderungsprofile einem ständigen Wandel unterliegen und die Gefahr der ‚Veraltung des Wissens‘ nicht unterschätzt werden sollte.“¹⁵ Die heutigen Daten, die im Folgenden vorgestellt werden, zeigen, dass die Autoren der letzten Strukturanalyse mit der soeben referierten Mahnung richtig lagen; bei Berücksichtigung moderner Anforderungen an das Humankapital zeigt sich für Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Ländern eine ungünstige Position.

Im Folgenden wird zunächst dargestellt, welche Dimensionen das Arbeitsangebot insgesamt und nach Altersgruppen getrennt aufweist. Anschließend wird auf zentrale Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitskräfte eingegangen, wobei verschiedene Indikatoren herangezogen werden, deren Verwendung im theoretischen Teil der Studie erläutert wurde. Diese Indikatoren beziehen sich teilweise nur auf die *beschäftigten* Arbeitskräfte, teilweise aber auch auf die Gesamtheit des Arbeitsangebots. Des Weiteren wird die Rolle des zweiten Arbeitsmarktes untersucht. Einige Fähigkeiten der Menschen, die in der „unternehmerischen Initiative“ in einer Region zum Ausdruck kommen, werden im Folgenden nicht betrachtet, sondern als spezielle Wachstumsdeterminante unter 3.2.5.1 analysiert.

3.2.1.1 Erwerbsfähige insgesamt, Altersstruktur der Bevölkerung und Erwerbspersonen

Abgesehen von Pendlerbewegungen wird durch die Gesamtheit der in einer Region lebenden Menschen die kurzfristig maximal verfügbare Menge des Faktors Humankapital festgelegt. Wenn man von den heute üblichen Altersgrenzen für die Beschäftigung ausgeht und alle Menschen im Alter zwischen dem vollendeten 15. und dem vollendeten 65. Lebensjahr als „erwerbsfähig“ ansieht, so lässt sich für Sachsen-Anhalt und das Jahr 1998 eine *Erwerbsfähigenquote* von ca. 697 Erwerbsfähigen je 1.000 Einwohner ermitteln (vgl. Tabelle L.5). Dieser Wert ist der zweitniedrigste in Ostdeutschland (nur Sachsen weist mit ca. 690 Erwerbsfähigen je 1.000 Einwohner einen noch niedrigeren Wert auf). Allerdings lag die sachsen-anhaltinische Erwerbsfähigenquote des Jahres 1998 deutlich über der westdeutschen Quote. In allen neuen Ländern gab es im Zeitraum 1995-1998 einen Anstieg der Erwerbsfähigenquote; in Sachsen-Anhalt fiel der Anstieg am geringsten aus. Unter den sachsen-anhaltinischen Erwerbsfähigen lag der Anteil der Frauen im Jahr 1998 leicht über dem Durchschnittswert der neuen Länder.

Für die wirtschaftliche Performance einer Region spielt die Altersstruktur der erwerbsfähigen Bevölkerung eine Rolle. Ein hoher Anteil von jüngeren Menschen bedeutet in der Regel, dass neue Ideen und aktuelles Wissen in die Wirtschaft eingebracht werden können; ein hoher Anteil von älteren Menschen in einer Region weist eher auf einen Mangel bei diesen Faktoren hin, allerdings können Ältere meist von ihrer Erfahrung

¹⁵ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R., a. a. O., S. 62.

profitieren. Ein hohes Durchschnittsalter der Bevölkerung in einer Region kann auch bedeuten, dass es in Zukunft allgemein zu einem Arbeitskräftemangel kommen kann, wenn die Älteren in den Ruhestand gehen. Im Vergleich mit der Altersstruktur der neuen Länder insgesamt zeigt sich für Sachsen-Anhalt und das Jahr 1998 ein etwas ungünstigeres Ergebnis. Wie Tabelle L.6 zeigt, waren im Lande die Altersgruppen der 0 bis 15jährigen und der 15 bis 45jährigen 1998 etwas schwächer als im ostdeutschen Durchschnitt besetzt. Die Altersgruppen der 45 bis 65jährigen und vor allem jene der über 65jährigen waren 1998 etwas stärker als im Durchschnitt der neuen Länder besetzt. Die Altersstruktur der Sachsen-Anhalter erscheint aber als deutlich günstiger als jene der Sachsen.

Tabelle L.5:

Erwerbsfähigenquote nach Bundesländern 1991, 1995 und 1998
- Personen im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre) je 1.000 Einwohner -

Land/Region	Erwerbsfähige insgesamt je 1.000 Einwohner				Erwerbsfähige Frauen in % der Erwerbsfähigen insgesamt		
	1991	1995	1998	1998/1995 Veränderung in %	1995	1998	1998/1995 ^a
Sachsen-Anhalt	670,5	686,0	696,5	1,5	49,1	49,0	-0,1
Brandenburg	701,5	697,4	710,0	1,8	48,5	48,5	0,0
Mecklenburg-Vorpommern	674,1	698,5	709,6	1,6	48,6	48,4	-0,2
Sachsen	658,3	677,8	690,2	1,8	49,1	48,9	-0,2
Thüringen	668,5	687,0	701,0	2,0	49,1	48,8	-0,3
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	673,9	687,2	699,5	1,8	48,9	48,8	-0,1
Alte Länder (nur Flächenländer)	690,4	679,4	676,1	-0,5	49,1	49,3	0,2
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	690,0	681,6	679,0	-0,4	49,1	49,3	0,2

^a Veränderung um Prozentpunkte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Nicht alle Personen im erwerbsfähigen Alter streben effektiv eine Beschäftigung an und stehen damit dem Arbeitsmarkt und der produktiven Verwendung von Humankapital zur Verfügung. Das Arbeitsangebot in einer Region lässt sich näherungsweise mit der *Erwerbspersonenquote* ausdrücken, die angibt, wie viele Personen in Relation zu den Einwohnern insgesamt erwerbstätig oder erwerbslos (und arbeitssuchend) sind. Wie aus Tabelle L.7 zu entnehmen ist, weist die Erwerbspersonenquote in Ostdeutschland von 1995 bis 1999 einen Zuwachs um 1,8% auf. Sachsen-Anhalt hatte von 1995-1999 mit 0,5% den ostdeutschlandweit zweitniedrigsten Zuwachs der Erwerbspersonenquote; der Wert der Erwerbspersonenquote war in Sachsen-Anhalt 1999 der niedrigste innerhalb der neuen Länder (527 Erwerbspersonen je 1.000 Einwohner gegenüber 533 im ostdeutschen Durchschnitt). Dabei gehörten den Erwerbspersonen Sachsens-Anhalts 1999 in etwa so viele Frauen an, wie es dem Durchschnitt der neuen Länder entsprach.

Tabelle L.6:

Altersstruktur der Gesamtbevölkerung nach Bundesländern 1995 und 1998

Land/Region	1995				1998				1998/1995			
	0-15	15-45	45-65	65 und mehr	0-15	15-45	45-65	65 und mehr	0-15	15-45	45-65	65 und mehr
	in %								Veränderung in %			
Sachsen-Anhalt	16,0	42,6	26,0	15,4	14,0	42,3	27,3	16,3	-12,1	-0,7	5,1	5,7
Brandenburg	16,8	44,3	25,4	13,4	14,7	44,3	26,7	14,3	-12,6	-0,1	5,2	6,3
Mecklenburg-Vorpommern	17,7	45,5	24,4	12,4	15,2	45,1	25,8	13,8	-14,0	-0,7	5,9	11,0
Sachsen	15,4	41,7	26,1	16,8	13,5	41,5	27,5	17,5	-12,1	-0,3	5,2	3,7
Thüringen	16,2	43,3	25,4	15,1	14,1	43,2	26,9	15,8	-13,1	-0,4	6,1	4,9
Neue Länder ^a	16,2	43,1	25,6	15,1	14,2	42,9	27,0	15,9	-12,6	-0,4	5,4	5,4
Alte Länder ^b	16,3	43,0	24,9	15,7	16,4	42,2	25,4	16,0	0,2	-1,9	2,0	1,9
Alte Länder ^c	16,2	43,1	25,0	15,7	16,2	42,4	25,5	15,9	-0,1	-1,8	2,0	1,7

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle L.7:

Erwerbspersonenquote nach Bundesländern 1995 und 1999

- Erwerbspersonen^a je 1.000 Einwohner -

Land/Region	Männer und Frauen			Frauen		
	1995	1999	1999/1995	1995	1999	1999/1995 ^b
	Personen		Veränderung in %	weibliche Erwerbspersonen in % der Erwerbspersonen insg.		
Sachsen-Anhalt	525	527	0,5	47,5	46,5	-1,0
Brandenburg	524	543	3,7	47,1	46,6	-0,5
Mecklenburg-Vorpommern	534	532	-0,4	47,1	45,6	-1,5
Sachsen	519	531	2,4	47,3	46,4	-0,9
Thüringen	526	535	1,8	47,8	46,5	-1,3
Neue Länder ^c	524	533	1,8	47,4	46,4	-1,0
Alte Länder ^d	479	482	0,6	41,4	42,6	1,2
Alte Länder ^e	483	485	0,4	41,8	42,9	1,1

^a Erwerbstätige (SV-pflichtig Beschäftigte einschließlich Teilnehmer in ABM und SAM, registrierte Arbeitslose mit vorübergehend geringfügiger Tätigkeit, Kurzarbeiter, Beamte, geringfügig Beschäftigte, Soldaten, Selbstständige, Mithelfende Familienangehörige) und Erwerbslose (Personen ohne Arbeitsverhältnis, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, unabhängig davon, ob sie beim Arbeitsamt gemeldet sind einschließlich nicht erwerbstätiger Teilnehmer an Maßnahmen der Fortbildung und beruflichen Weiterbildung sowie Vorruheständler). – ^b Veränderung um Prozentpunkte. – ^c Ohne Berlin-Ost. – ^d Nur Flächenländer. – ^e Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des IWH.

3.2.1.2 Kenntnisse und Fähigkeiten der Erwerbspersonen und Rolle der Arbeitsmarktpolitik

a) Reguläre Erwerbstätigkeit und zweiter Arbeitsmarkt

Es ist zu erwarten, dass Menschen, die zur Zeit eine Erwerbstätigkeit ausüben, grundsätzlich besser als Personen ohne Erwerbstätigkeit für den Arbeitsmarkt geeignet sind. Vorhandene Fähigkeiten und Kenntnisse werden bei einem länger andauernden unfreiwilligen oder freiwilligen Rückzug aus dem Erwerbsleben tendenziell entwertet. Deshalb sagt die Zahl der Erwerbstätigen in einer Region etwas darüber aus, wie viele Menschen mit qua Berufsausübung aktuell trainierten Kenntnissen und Fähigkeiten in ihr vorhanden sind. Der Zähler der zuvor betrachteten Erwerbspersonenquote setzt sich aus den Erwerbstätigen und den Arbeitssuchenden zusammen, wobei Personen, die sich in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) oder Kurzarbeit befinden, zu den Erwerbstätigen gerechnet werden.

Setzt man die Zahl aller Erwerbstätigen (der Beschäftigten im ersten und zweiten Arbeitsmarkt) im Verhältnis je 1.000 Einwohner einer Region, so ergibt sich die *Erwerbstätigenquote*. In Tabelle L.8 sind die Erwerbstätigenquoten für die einzelnen neuen Länder sowie die Gesamtheit der neuen und alten Länder dargestellt.

Tabelle L.8:

Erwerbstätigenquote nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	Männer und Frauen			Frauen					
	Erwerbstätige insgesamt je 1.000 Einwohner			erwerbstätige Frauen in % der Erwerbstätigen insgesamt			erwerbstätige Frauen je 1.000 Einwohner		
	1995	1999	1999/1995 in %	1995	1999	1999/1995 in Prozentpunkten	1995	1999	1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	430	411	-4,4	44,2	44,4	0,2	190	182	-4,1
Brandenburg	437	448	2,4	44,1	45,1	1,0	193	202	4,7
Mecklenburg-Vorpommern	449	429	-4,5	44,1	44,3	0,2	198	190	-4,0
Sachsen	432	437	1,0	43,6	45,1	1,5	188	197	4,5
Thüringen	438	450	2,6	44,2	44,9	0,7	194	202	4,1
Neue Länder ^a	436	435	-0,2	44,0	44,8	0,8	192	195	1,7
Alte Länder ^b	440	445	1,1	41,2	42,9	1,7	181	191	5,2
Alte Länder ^c	442	445	0,7	41,5	43,1	1,6	183	192	4,7

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Erwerbstätigenquote in Sachsen-Anhalt lag 1999 deutlich unter dem Durchschnitt der neuen Länder und hatte seit 1995 den zweitgrößten Rückgang innerhalb der neuen Länder zu verzeichnen. Die Erwerbstätigkeit der Frauen lag in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt der neuen Länder, wenn man den Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen

betrachtet. Aus Tabelle A-L.1 (im Anhang) lässt sich die Altersstruktur der abhängig beschäftigten Erwerbstätigen entnehmen. Bei den unter 20jährigen lag Sachsen-Anhalt 1999 in etwa im Durchschnitt der neuen Länder; bei den 20 bis 30jährigen lag das Land unter dem Durchschnitt, bei den 30-45jährigen wieder in etwa im Durchschnitt und bei den 45 bis 55jährigen über dem ostdeutschen Durchschnitt. Dabei sind die Abweichungen vom Durchschnitt der neuen Länder nur gering.

Wie oben bereits skizziert wurde, sind in den Erwerbstätigen auch Beschäftigte enthalten, deren Tätigkeit mit staatlichen Subventionen unterstützt wird.¹⁶ Hierzu zählen alle Beschäftigten in ABM (einschließlich der Strukturanpassungsmaßnahmen [SAM]) und alle Personen in Kurzarbeit. Personen in Kurzarbeit üben dieselbe Tätigkeit aus, die sie auch bereits vor Beginn der Kurzarbeit – bei Vollausslastung des sie beschäftigendem Betriebs – übernommen hatten. Demgemäß können sie im Verlauf der Kurzarbeit ihre Kenntnisse und Fähigkeiten weitestgehend bewahren oder sogar noch erweitern (etwa wenn sie sich an technische Neuerungen anpassen müssen). ABM-Beschäftigte zeichnen sich demgegenüber dadurch aus, dass sie unter Wettbewerbsbedingungen vor der ABM keinen Arbeitsplatz gefunden haben. Sie müssen deshalb als Träger von Kenntnissen und Fähigkeiten gelten, die am Markt nur wenig gefragt sind. Erst im Verlauf der ABM sollen die Teilnehmer dazu in der Lage versetzt werden, wieder eine Tätigkeit im regulären Arbeitsmarkt zu übernehmen.

Subtrahiert man von den Erwerbstätigen die ABM-Beschäftigten, so gelangt man zur Zahl jener Beschäftigten, für deren Kenntnisse und Fähigkeiten eine unternehmerische Nachfrage gegeben ist. Wenn man diese Zahl in Relation zur Bevölkerung einer Region setzt, ergibt sich eine modifizierte Erwerbstätigenquote, wie sie in Tabelle A-L.5 und Abbildung L.1 dargestellt ist. 1999 war die modifizierte Erwerbstätigenquote, die näherungsweise die Beschäftigung im regulären Arbeitsmarkt wieder gibt, in Sachsen-Anhalt niedriger als in allen anderen neuen Ländern (389 reguläre Erwerbstätige je 1.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt gegenüber 412 regulären Erwerbstätigen je 1.000 Einwohner im Durchschnitt der neuen Länder); dabei ist die modifizierte Erwerbstätigenquote im Lande von 1995 bis 1999 um 4,4% (im gleichen Umfang wie die Erwerbstätigenquote)¹⁷ gesunken, während sie im Durchschnitt der neuen Länder nur um 0,9% abnahm. Die Differenz zwischen den Werten in Abbildung L.1 und Tabelle L.8 wird von den ABM-Teilnehmern gebildet.

Seit 1998 ist in Folge einer veränderten arbeitsmarktpolitischen Ausrichtung der Umfang des zweiten Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt zurückgegangen und er hat auch seine Struktur verändert. Positiv ist hierbei, dass durch den Einbau von Wettbewerbs

¹⁶ Nicht enthalten sind demgegenüber Personen in Fort- und Weiterbildungs- oder Umschulungsmaßnahmen.

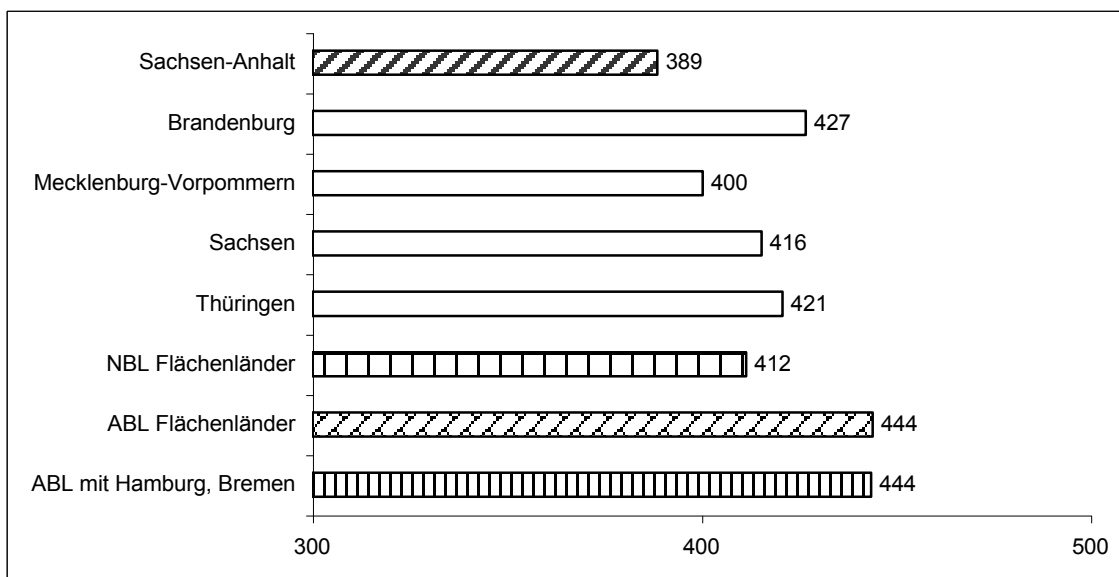
¹⁷ Vgl. Tabelle L.8.

elementen (Vergabe-ABM) und die Zielgruppenorientierung in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern in relativ großem Umfang versucht wurde, die negativen Effekte, die von der Durchführung der ABM ausgehen, zu minimieren. Gleichwohl ist vor dem Hintergrund neuerer Untersuchungen mit dem Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt zu bedenken, dass die arbeitsmarktpolitischen Effekte von ABM äußerst kritisch zu bewerten sind. Im Folgenden werden der Umfang und die Struktur des zweiten Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt näher erläutert.

Abbildung L.1:

Modifizierte Erwerbstätigenquote nach Bundesländern 1999

- Erwerbstätige im regulären Arbeitsmarkt^a je 1.000 Einwohner -



^a Erwerbstätige insgesamt minus ABM-Beschäftigte.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

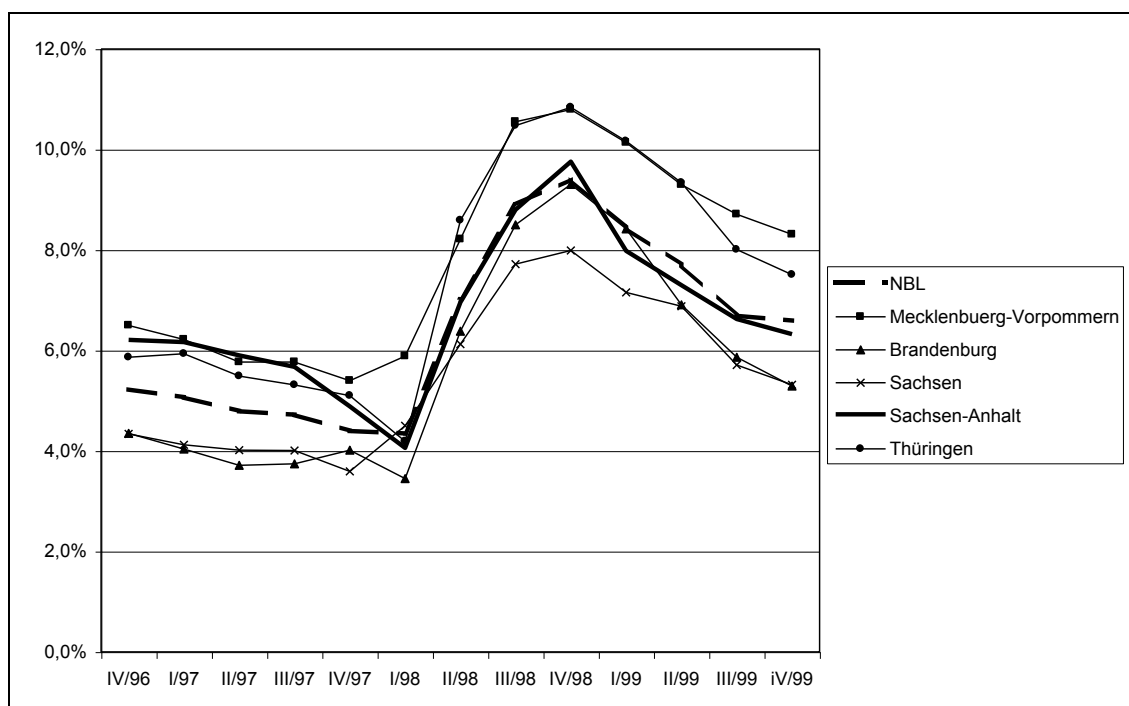
Der zweite Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt umfasst derzeit mehr als 40.000 Beschäftigte. Damit sind ca. 6% aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten Sachsens-Anhalts in geförderter Beschäftigung. Aufgrund dieses relativ großen Umfangs sind Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen (ABM und SAM) ein wesentlicher Einflussfaktor für die Entwicklung des Landes Sachsen-Anhalt.

Der rechtliche Rahmen des zweiten Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt wird primär von der Arbeitsmarktpolitik des Bundesanstalt für Arbeit bestimmt. Diese gilt in gleicher Form grundsätzlich für alle neuen Bundesländer. Unterschiede zwischen den neuen Bundesländern sind daher meist gering und liegen in der arbeitsmarktpolitischen Zielstellung der einzelnen Länder begründet. Der Aufbau und die Etablierung des zweiten Arbeitsmarktes in Ostdeutschland waren geprägt durch den Strukturwandel der einzelnen Regionen. Sachsen-Anhalt hatte dabei eine Sonderstellung im Vergleich zu den an-

deren neuen Bundesländern. Diese resultierte zum einen aus der großangelegten Sanierungstätigkeit der industriellen Altstandorte mittels der Beschäftigungsförderung, zum anderen wurden auch in ländlichen Gebieten zur kommunalen Aufgabenerfüllung Beschäftigungsgesellschaften gegründet. Damit wurden in Sachsen-Anhalt flächendeckend Beschäftigungsgesellschaften etabliert. Gerade durch die Struktur der Beschäftigungsgesellschaften wurde es möglich, auch große ABM-Projekte zu organisieren und durchzuführen. Der zweite Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt war damit gegen Mitte der 90er Jahre stärker ausgebildet als in den anderen neuen Bundesländern. Allerdings war seit 1998 dieser Trend rückläufig, sodass in Sachsen-Anhalt in letzter Zeit nur noch von einer durchschnittlichen Ausprägung des zweiten Arbeitsmarktes ausgegangen werden kann. Vgl. Tabelle A-L.3 und Abbildung L.2.

Abbildung L.2:

Teilnehmer an ABM und Struktur Anpassungsmaßnahmen je 100 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten nach Bundesländern 1996-1999



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Jedoch nicht nur die zahlenmäßige Ausprägung des zweiten Arbeitsmarktes entspricht in Sachsen-Anhalt mittlerweile dem ostdeutschen Durchschnitt, sondern auch die Struktur der Tätigkeiten weist nur noch geringe Unterschiede zum Durchschnitt der neuen Länder auf. Nach dem Auslaufen der Sanierungsaufgaben gingen in Sachsen-Anhalt auch die großen Beschäftigungsgesellschaften der Treuhandunternehmen dazu über, Aufgaben im kommunalen Bereich zu übernehmen, sodass mittlerweile von einer

relativ homogenen Ausgestaltung der Tätigkeitsfelder in den einzelnen Bundesländern ausgegangen werden kann. Vgl. Tabelle L.9.

Tabelle L.9:

Struktur der ABM-Teilnehmer nach Tätigkeitsbereichen und Bundesländern 2000

(Stand: Juli)

- in % -

Tätigkeitsbereich	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Thüringen	Sachsen	Neue Länder
Landwirtschaft, Garten- und Landschaftsbau	38,3	37,0	38,6	39,0	29,3	35,2
Küstenschutz und Landgewinnung	0,0	0,0	0,2	0,0	0,1	0,1
Forstwirtschaft	1,6	0,6	3,1	1,9	3,4	2,4
Verkehrswesen	1,7	0,8	1,0	0,2	3,2	1,7
Bau-, Industrie-, Freizeitgeländeerschließung sowie Hochbau	14,3	5,4	7,3	7,7	13,8	10,7
Versorgungsanlagen	0,1	0,4	0,1	0,2	0,1	0,1
Büro und Verwaltung	8,1	10,5	7,0	8,0	9,0	8,5
Soziale Dienste	24,0	16,0	26,5	20,6	13,3	19,2
Sonstige	11,8	29,3	16,1	22,5	27,8	22,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Die aus Tabelle L.9 hervorgehenden unterschiedlichen Anteile einzelner Tätigkeiten an der Gesamtheit der ABM sind über die Unterschiede bei den Vergabe-ABM zu erklären. Länder mit einem hohen Vergabe-Anteil haben eine größere Anzahl von Teilnehmern in vergabefähigen Tätigkeitsbereichen. Dazu gehören Tätigkeiten im Garten- und Landschaftsbau sowie im Baubereich, insbesondere Sanierungstätigkeiten. Die Durchführung von ABM in Vergabe wird seit 1997 durch den Gesetzgeber in Bereichen mit gewerblichen Aufgabenstellungen verstärkt gefordert. Die ABM wird dabei nicht vom öffentlichen Träger der Maßnahme in eigener Regie, sondern von einem privaten Unternehmen durchgeführt, bei dem die geförderten Beschäftigten eingestellt und betreut werden. Mit dieser Konstruktion soll nicht nur eine effiziente Leistungserstellung gesichert werden, sondern auch der Kontakt zwischen ABM-Teilnehmern und potentiellen Arbeitgebern im regulären Arbeitsmarkt geschaffen werden. Verdrängungseffekte werden so tendenziell verringert.

Nach dem alten Recht gab es in allen ostdeutschen Bundesländern nur eine sporadische Vergabe von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Seit der Einführung des SGB III, in dem die Vergabe verstärkt gefordert wird, gibt es in den Ländern z. T. wesentliche Unterschiede in der Durchsetzung. (Vgl. Tabelle L.10)

Tabelle L.10:

Anteil der Teilnehmer in Vergabe-ABM an den ABM-Teilnehmern nach Bundesländern 1999 und 2000

- in % -

Land/Region	Juli 1999	Juli 2000
Sachsen-Anhalt	14,6	9,9
Brandenburg	11,1	9,1
Mecklenburg-Vorpommern	2,5	1,6
Thüringen	3,3	3,5
Sachsen	15,3	14,1
Neue Länder	10,2	8,7

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Das Land Sachsen hatte mit 15% (1999) bzw. 14% (2000) der Maßnahmeteilnehmer den höchsten Vergabeanteil unter den fünf neuen Bundesländern. Hier wurde bislang am konsequentesten die Forderung des Gesetzgebers nach einem möglichst hohen Vergabeanteil erfüllt. In Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen bewegte sich der Vergabe-Anteil hingegen unter der 5% Marke und war somit nicht wesentlich höher als vor in Kraft treten des AFRG SGB III mit seiner verschärften Forderung ABM öffentlich zu vergeben. Sachsen-Anhalt hatte bei diesem Vergleich die zweithöchste Vergabequote mit knapp 10% im Juli 2000. Allerdings lag das Land dabei noch vier Prozentpunkte unter dem Spitzenwert von Sachsen. Im Juli 1999 hatte Sachsen-Anhalt hingegen noch eine Vergabequote von knapp 15%, die zu diesem Zeitpunkt nur unbedeutend geringer war als in Sachsen. Dies deutet darauf hin, dass Sachsen-Anhalt sein Vergabepotenzial im Jahr 2000 bislang nicht vollständig ausgeschöpft hat.

Eine weitere Anforderung an die Durchführung von ABM ist die Zielgruppenförderung. Diese hat zum Ziel, für bestimmte Arbeitslose einen Nachteilsausgleich zu gewähren, indem sie bevorzugt in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zugewiesen werden. Zu besonders geförderten Arbeitslosen gehören ältere Arbeitslose, Frauen und Geringqualifizierte, die besonders häufig auch Langzeitarbeitslose sind. Bisherige empirische Evaluierungsergebnisse des IWH haben gezeigt, dass durch die stärkere Zielgruppenorientierung die Effizienz der ABM leicht verbessert werden konnte. Daher ist eine strikte Förderung von besonders benachteiligten Personen als positiv zu bewerten.

Im Land Sachsen-Anhalt war die Zielgruppenförderung im Juli 2000 tendenziell etwas stärker ausgeprägt als in den anderen neuen Bundesländern (vgl. Tabelle L.11.). Insbesondere bei der Förderung von Frauen und Langzeitarbeitslosen hatte Sachsen-Anhalt den höchsten Anteil unter den ostdeutschen Bundesländern. Auch bei der Förderung von älteren Arbeitslosen hat Sachsen-Anhalt einen überdurchschnittlichen Anteil mit knapp 45% im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt von 40%. Damit dürfte Sachsen-

Anhalt das vorhandene Potenzial im ostdeutschen Vergleich am weitesten ausgeschöpft haben.

Tabelle L.11:

Anteil von Frauen, Älteren und Langzeitarbeitslosen an den ABM-Teilnehmern nach Bundesländern 2000 (Stand: Juli)

- in % -

Land/Region	Frauen	Ältere Arbeitslose (50 Jahre und älter)	Langzeitarbeitslose
Sachsen-Anhalt	60,8	43,7	91,2
Brandenburg	57,8	35,9	80,7
Mecklenburg-Vorpommern	55,7	33,2	81,8
Thüringen	56,5	46,1	85,2
Sachsen	52,8	37,3	85,0
Neue Länder	56,1	39,1	85,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Neben der klassischen ABM gibt es seit 1993 die Lohnkostenzuschüsse Ost (alte Bezeichnung) beziehungsweise die Strukturanpassungsmaßnahmen (neue Bezeichnung). Diese werden mit einem pauschalierten Lohnkostenzuschuss gefördert, der der durchschnittlichen Arbeitslosenunterstützung entspricht. Lohnkostenzuschüsse wurden in ihrer Startphase zur Sanierung der Treuhandbetriebe sehr stark genutzt. Mittlerweile hat dieses Instrument einen eher geringen Umfang. Seit April 1997 werden zusätzlich Strukturanpassungsmaßnahmen bei ostdeutschen Wirtschaftsunternehmen gefördert („SAM OfW“). Dieses Förderinstrument hatte neben einer hohen Lohnkostenförderung wenig restriktive Förderbedingungen, sodass es extensiv genutzt wurde. Dabei dürfte es in erheblichem Umfang zu Mitnahmeeffekten gekommen sein. Nach einer Verschärfung der Förderkonditionen hinsichtlich der Zielgruppenorientierung im August 1999 folgte ostdeutschlandweit ein wesentlicher Rückgang der Teilnehmer an SAM OfW, der sich nach zusätzlicher Verringerung der Förderhöhe seit Januar 2000 fortsetzt.

Der Rückgang der Teilnehmer in SAM OfW zeigt sich nicht nur in den absoluten, sondern findet sich auch in den relativen Zahlen wieder (vgl. Tabelle L.12.). Dabei ist zu beachten, dass Sachsen-Anhalt trotz eines drastischen Rückgangs von SAM OfW nach wie vor den zweithöchsten Nutzungsgrad bei diesem Instrument hat. Nur in Sachsen werden Lohnkostenzuschüsse noch häufiger genutzt. Auch gab es in Sachsen nur einen vergleichsweise geringen Einbruch bei den Teilnehmerzahlen nach Einführung der restriktiveren Förderkonditionen. Das spricht dafür, dass in Sachsen entweder die Mitnahmeeffekte geringer ausgeprägt waren oder aber die Anreize für eine Mitnahme der Lohnkostenzuschüsse hier besonders hoch sind, sodass auch verschärfte Förderkonditionen kein wirksames Hemmnis darstellen. In Sachsen-Anhalt ist der Anteil von SAM

OfW von 1999 auf 2000 um ein Drittel zurückgegangen. Das ist eine sehr deutliche Reaktion auf die Veränderung der Förderrichtlinien. Demgemäß dürften auch die Mitnahmeeffekte in Sachsen-Anhalt reduziert worden sein. Jedoch lag der Anteil von SAM OfW im Juli 2000 im Lande immer noch bei etwa 50% und damit wesentlich über dem von Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg.

Tabelle L.12:

Anteil Teilnehmer in SAM OfW an allen SAM-Teilnehmern nach Bundesländern 1999 und 2000
- in % -

Land/Region	Juli 1999	Juli 2000
Sachsen-Anhalt	77,6	50,6
Brandenburg	65,6	27,3
Mecklenburg-Vorpommern	72,0	36,2
Thüringen	66,9	47,7
Sachsen	85,4	74,2
Neue Länder	74,0	49,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

b) Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung

Die hier mit dem Quotienten „Arbeitslose je 100 Erwerbspersonen“ – nicht: „je 100 *abhängig* Beschäftigten“ – gemessene Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 1999 in Sachsen-Anhalt mit 19,5% deutlich über dem Durchschnitt der neuen Länder (16,5%) und war die höchste Quote in den neuen Ländern. Die Arbeitslosigkeit nahm zwischen 1995 und 1999 im Lande um nahezu 35% zu, mehr als in jedem anderen der neuen Länder.¹⁸ Mehr als 50% der Arbeitslosen in Sachsen-Anhalt waren 1999 Frauen (10,5% Frauenarbeitslosigkeit bezogen auf 100 Erwerbspersonen bei 19,5% Arbeitslosigkeit insgesamt). Bezieht man die weiblichen Arbeitslosen nur auf die weiblichen Erwerbspersonen, so betrug die Frauenarbeitslosigkeit 30,5% und verzeichnete von 1995 bis 1999 einen Anstieg um mehr als 62% (vgl. Tabelle L.13). Die Frauen sind von der Arbeitslosigkeit im Lande mithin deutlich stärker als die Männer betroffen.

Die Beschäftigten im Zweiten Arbeitsmarkt (ABM-Teilnehmer sowie Kurzarbeiter) sind Personen, die ohne staatliche Maßnahmen (im Rahmen des Zweiten Arbeitsmarktes) eigentlich arbeitslos wären. Sie werden in der Statistik der Bundesanstalt für Arbeit jedoch nicht als Arbeitslose ausgewiesen. Auch jene arbeitslosen Personen, die an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen teilnehmen, gelten offiziell nicht als arbeitslos.

¹⁸ Die von der Bundesanstalt für Arbeit offiziell veröffentlichte Arbeitsmarktquote, auf die im Ergebnis teil der Strukturanalyse (Abschnitt 3.1) zurückgegriffen wird, ist von 1995 bis 1999 nur um 31,5% gestiegen, wie der Spalte 7 in Tabelle L.13 zu entnehmen ist.

Gleichwohl können alle genannten Personengruppen als Elemente jener Gruppe gelten, für die am Markt vor Beginn der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen keine hinreichende Arbeitsnachfrage bestand. Zur Abgrenzung gegenüber der offiziell konstatierten Arbeitslosigkeit kann man für die genannten Gruppen ebenso wie für die offiziell Arbeitslosen vom Tatbestand der „Unterbeschäftigung“ sprechen. Tabelle L.14 gibt an, wie hoch die Unterbeschäftigung in den einzelnen ostdeutschen Ländern zwischen 1995 und 1999 gewesen ist. 1999 betrug die Unterbeschäftigungsquote in Sachsen-Anhalt 26,2%, gegenüber 22,8% im Durchschnitt der neuen Länder; kein Land wies eine höhere Unterbeschäftigungsquote auf. Die Wirtschaft des Landes war deutlich weniger als die der anderen ostdeutschen Länder dazu in der Lage, den Menschen eine reguläre Erwerbsarbeit zu gewährleisten, wie dies ja auch durch die bereits oben betrachtete modifizierte Erwerbstätigenquote zum Ausdruck kommt. Der Anstieg der Unterbeschäftigungsquote von 1995 auf 1999 betrug 14,1% und liegt damit zwar deutlich unter der Steigerungsrate im Lande Thüringen (22,1%); allerdings wurde der hohe Zuwachs in Thüringen zwischen 1995 und 1996 bewirkt, ausgehend vom Basisjahr 1996 ist in Thüringen sogar ein deutlicher Rückgang der Unterbeschäftigungsquote zu verzeichnen, während der Anstieg in Sachsen-Anhalt über den Gesamtzeitraum kontinuierlich vorstatten ging.

Tabelle L.13:

Arbeitslosenquote nach Bundesländern 1995-1999

- Arbeitslose^a je 100 Erwerbspersonen^b -

Land/Region	Männer und Frauen							Frauen					
	1995	1996	1997	1998	1999	1999/ 1995	1999/ 1995 ^c	1995	1999	1999/ 1995	1995	1999	1999/ 1995
	in %					Verän- derung in %	Verän- derung in %	in % ^d		Verän- derung in %	in % ^e		Verän- derung in %
Sachsen-Anhalt	14,5	16,6	19,1	19,2	19,5	34,6	31,5	18,8	30,5	62,4	8,9	10,5	18,2
Brandenburg	12,4	14,0	16,0	15,8	15,8	27,6	34,5	16,8	23,6	40,6	7,9	8,8	10,9
Mecklenburg- Vorpommern	13,6	15,3	17,5	17,8	17,1	25,6	20,5	17,7	25,3	43,0	8,3	9,0	8,4
Sachsen	12,4	13,7	15,8	16,2	16,0	29,3	29,2	17,5	23,7	35,2	8,3	8,8	6,2
Thüringen	13,1	14,5	16,4	15,8	14,4	10,4	12,7	17,5	21,8	24,7	8,4	8,2	-1,7
Neue Länder ^f	13,1	14,7	16,8	16,8	16,5	26,1	25,6	17,6	24,7	40,1	8,4	9,0	8,2
Alte Länder ^g	7,8	8,5	9,2	8,8	8,2	5,4	4,5	8,1	9,1	11,6	3,4	3,6	6,2
Alte Länder ^h	8,1	8,8	9,5	9,2	8,7	7,4	8,4	8,4	9,5	13,9	3,5	3,8	7,4

^a Jahresdurchschnitt – ^b Mikrozensus. – ^c nachrichtlich: Entwicklung der Arbeitslosenquoten auf Basis der von der BA veröffentlichten Quoten. – ^d bezogen auf weibliche Erwerbspersonen – ^e bezogen auf Erwerbspersonen insgesamt. – ^f Ohne Berlin-Ost. – ^g Nur Flächenländer. – ^h Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle L.14:

Unterbeschäftigungsquote nach Bundesländern 1995-1999

- Unterbeschäftigte^a je 100 Erwerbspersonen -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	1999/1995
	Personen					Veränderung in %
Sachsen-Anhalt	23,0	24,5	25,5	25,7	26,2	14,1
Brandenburg	19,5	20,4	21,6	21,9	21,3	8,9
Mecklenburg-Vorpommern	22,1	22,9	23,6	24,5	24,4	10,1
Sachsen	19,2	19,9	20,8	21,4	21,6	12,2
Thüringen	17,7	23,9	23,4	22,7	21,6	22,1
Neue Länder (ohne Berlin)	20,1	22,0	22,7	22,9	22,8	13,1

^a Unterbeschäftigte = Arbeitslose plus Beschäftigte in ABM und SAM plus Kurzarbeiter (in Vollzeit-Äquivalenten) plus Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung (in Vollzeitäquivalenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Man kann davon ausgehen, dass die mit der Arbeitslosigkeit tendenziell verbundene Entwertung des Humankapitals mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit größer wird. Wenn in einer Region die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit länger als in anderen Regionen ist, deutet dies auf eine besonders starke Entwertung des Humankapitals hin. Wie Tabelle L.15 zeigt, betrug die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt 1999 7,3 Monate; damit nimmt Sachsen-Anhalt in Ostdeutschland den Spitzenplatz bei der Langzeitarbeitslosigkeit ein. Zwar ist die Dauer der Arbeitslosigkeit im Lande seit 1995 gesunken; aber die Abnahme war deutlich niedriger als die durchschnittliche Abnahme der Dauer der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland insgesamt:

Die Folgen der Arbeitslosigkeit für das Humankapital dürften auch davon abhängen, welche Altersgruppen von ihr am stärksten betroffen werden. Sofern die jüngeren Menschen in besonderem Maße zu den Arbeitslosen gehören, ist zu erwarten, dass dies besonders negative Folgen für das gesamte Humankapital in einer Region hat. Denn junge Menschen sind stärker als ältere darauf angewiesen, durch die Berufstätigkeit zusätzliche Kenntnisse und Fähigkeiten zu akkumulieren. Bezogen auf je 1.000 Erwerbspersonen gab es in Sachsen-Anhalt im Jahre 1999 18,8 jugendliche Arbeitslose (vgl. Tabelle L.16). Nur von Mecklenburg-Vorpommern wurde eine noch höhere Quote erreicht. Allerdings lag die Zuwachsrate von 1995 auf 1999 bei 18,0%, während sie im ostdeutschen Durchschnitt 22,8% ausmachte und der Zuwachs bei der sachsen-anhaltinischen Arbeitslosenquote – wie oben dargestellt wurde – 34,6% betrug. Möglicherweise deutet sich damit eine gewisse Entspannung bei der Jugendarbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt an. Bezogen auf die jugendliche Bevölkerung liegt die Arbeitslosigkeit bei den 15 bis 25jährigen im Lande etwas über dem ostdeutschen Durchschnitt. Im Vergleich zu 1991 gab es einen Rückgang bei dieser Quote.

Tabelle L.15:

Durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	1995	1999	1999/1995
	Dauer (Monate)		Veränderung in %
Sachsen-Anhalt	7,5	7,3	-2,3
Brandenburg	6,9	7,0	1,1
Mecklenburg-Vorpommern	6,8	6,6	-2,5
Sachsen	6,9	6,9	-0,6
Thüringen	6,9	5,8	-15,7
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	7,0	6,7	-4,0
Alte Länder (nur Flächenländer)	6,6	k. A. ^a	k. A. ^a
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	6,8	k. A. ^a	k. A. ^a

^a Keine Angaben verfügbar.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung; Berechnungen des IWH.

Tabelle L.16:

Jugend-Arbeitslosenquote nach Bundesländern 1991, 1995 und 1999

- Arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre -

Land/Region	1991	1995	1999	1999/1995 Veränderung in %	Arbeitslose Jugendliche in % der jugendlichen Bevölkerung ^d		
	Personen je 1.000 Erwerbspersonen				1991	1995	1998
Sachsen-Anhalt	10,1	15,9	18,8	18,0	9,3	7,1	7,9
Brandenburg	12,0	12,8	16,2	26,7	5,5	5,5	7,0
Mecklenburg- Vorpommern	15,2	14,5	19,3	32,9	9,5	6,0	8,1
Sachsen	10,9	12,2	16,2	32,3	7,2	5,4	7,0
Thüringen	13,4	13,9	14,4	3,4	8,6	6,0	6,7
Neue Länder ^a	12,9	13,7	16,8	22,8	7,7	5,9	7,3
Alte Länder ^b	7,5	9,9	8,8	-11,5	3,7	4,3	4,5
Alte Länder ^c	8,0	10,1	9,2	-8,8	4,0	4,4	4,7

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin. – ^d Personen im Alter von 15-25 Jahren.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

c) Formale Bildungsabschlüsse

Wichtiger als die Arbeitslosigkeit sind für die Humankapitalqualität die Ausbildung der Menschen und die von ihnen effektiv ausgeübten Tätigkeiten. Tabelle L.17 versucht, die

Qualität des Humankapitals mit Hilfe der formalen Qualifikation der Beschäftigten abzubilden. Wenn man die Beschäftigten nach ihrer Schulbildung und Berufsausbildung in 4 Gruppen unterteilt, so ergibt sich für Sachsen-Anhalt eine Struktur mit einem deutlichen Bias zugunsten der Personen mit einer niedrigeren Qualifikation:

- Beschäftigte ohne Berufsausbildung sind im Lande stärker repräsentiert als in den übrigen ostdeutschen Ländern (zweithöchster Wert),¹⁹
- Beschäftigte mit Berufsausbildung, ohne Abitur sind in keinem ostdeutschen Land so stark vertreten wie in Sachsen-Anhalt; in dieser Gruppe dürften vor allem Facharbeiter zu finden sein,
- Beschäftigte mit Berufsausbildung und Abitur sind im Lande relativ selten,
- bei Beschäftigten mit Hochschul- und Fachhochschulabschluss liegt Sachsen-Anhalt deutlich an letzter Stelle innerhalb der neuen Länder.

Tabelle L.17:

Qualifikationsstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach ihrer Schulbildung/Berufsausbildung und nach Bundesländern 1999

- Anteil der Beschäftigten in der jeweiligen Qualifikationsgruppe an den Beschäftigten des Landes insgesamt in % -

Land/Region	Schulbildung/Berufsausbildung nach Qualifikationsgruppen				
	I	II	III	IV	V
Sachsen-Anhalt	10,7	70,2	2,6	8,1	8,5
Brandenburg	10,5	64,1	2,8	9,2	13,4
Mecklenburg-Vorpommern	11,6	65,9	2,5	8,4	11,5
Sachsen	10,2	66,1	3,1	11,8	8,8
Thüringen	10,6	69,1	2,7	10,4	7,1
Neue Länder (ohne Berlin)	10,6	67,0	2,8	9,9	9,6
Alte Länder (nur Flächenländer)	20,1	59,0	3,6	7,7	9,7
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	19,6	58,2	3,7	8,0	10,5

Legende:

Qualifikationsgruppe	Schulbildung/Berufsausbildung
I	ohne Berufsausbildung, ohne Abitur sowie ohne Berufsausbildung, mit Abitur
II	mit Berufsausbildung, ohne Abitur
III	mit Berufsausbildung, mit Abitur
IV	Fachhochschulabschluss und Hochschulabschluss
V	Ausbildung unbekannt

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

¹⁹ Der deutlich niedrigere ostdeutsche Besatz in der Gruppe I gegenüber den alten Ländern kann darauf zurückzuführen sein, dass infolge der hohen Arbeitslosigkeit im Osten Personen mit einer höherwertigen Ausbildung Positionen halten, die im Westen von Mitgliedern der Gruppe I eingenommen werden.

Höher qualifizierte Arbeitskräfte können natürlich auch aus anderen Regionen „importiert“ werden. Gleichwohl stellt die Ausbildung junger Menschen in einer Region eine wesentliche Voraussetzung für die Versorgung der Wirtschaft mit Humankapital dar, weil in Deutschland und Europa die Mobilität des Faktors Arbeit nach wie vor begrenzt ist. Tabelle L.18 stellt das Ausbildungsprofil der deutschen Regionen dar. Im Schuljahr 1997/98 verließen in Sachsen-Anhalt – bezogen auf alle Schulentlassenen – mehr junge Menschen ohne Hauptschulabschluss ihre Ausbildungsstätten als im Durchschnitt der neuen Länder (wenngleich es weniger als in Mecklenburg-Vorpommern oder in Thüringen waren), etwas weniger Jugendliche als im Durchschnitt der neuen Länder erlangten den Hauptschulabschluss und ein unterdurchschnittlicher Wert wurde auch bei den Absolventen mit Fachhochschul- oder Hochschulreife erreicht (nur in Thüringen liegt der Wert noch niedriger); beim Realschulabschluss hingegen liegt der Anteil der Absolventen in Sachsen-Anhalt deutlich höher als im ostdeutschen Durchschnitt. Es ist zu bedenken, dass die Werte für 1994/95 sich nicht unwesentlich von denen für 1997/98 unterscheiden. Gleichwohl verstärkt sich tendenziell der Eindruck einer vergleichsweise eher mittleren bis niedrigen Qualifikation des Faktors Arbeit in Sachsen-Anhalt, wobei die Qualifikation der Frauen – wenn man die Absolventenstruktur zugrunde legt – offenbar besser als jene der Männer ist (vgl. hierzu Tabelle A-L.2 im Anhang).

Tabelle L.18:

Absolventenquote nach Bundesländern 1994/95 und 1997/98

- Schulentlassene nach Abschlussarten je 10.000 Einwohner -

Land/Region	1994/1995				1997/1998			
	ohne Haupt- schul- abschluss	mit Haupt- schul- abschluss	mit Real- schul- abschluss	mit Fach- oder Hoch- schulreife	ohne Haupt- schul- abschluss	mit Haupt- schul- abschluss	mit Real- schulab- schluss	mit Fach- oder Hoch- schulreife
Sachsen-Anhalt	14,0	16,1	67,9	34,7	16,0	20,3	72,2	36,5
Brandenburg	11,9	25,7	51,7	29,7	12,5	26,8	62,8	40,7
Mecklenburg- Vorpommern	15,7	28,0	74,3	36,3	15,3	32,1	72,8	38,0
Sachsen	13,8	15,1	66,4	33,7	13,6	16,6	65,6	34,7
Thüringen	15,4	28,0	59,6	34,0	18,6	26,5	57,3	39,6
Neue Länder ^a	14,0	21,1	63,9	33,6	14,9	22,9	65,8	37,5
Alte Länder ^b	8,0	31,3	36,5	24,1	8,8	32,1	41,4	24,8
Alte Länder ^c	8,3	30,5	36,1	24,7	9,1	31,3	40,9	25,4

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Es ist auch von Interesse, welche Fächer in welchem Land von den Schülern besonders stark belegt werden. Tabelle L.19 zeigt, dass im Vergleich der Länder die Schüler Sach-

sen-Anhalts ein sehr ausgeprägtes Interesse an den Fächern Chemie (hier liegt Sachsen-Anhalt im Vergleich aller Länder auf dem ersten Rang), Physik (Rang 2), Mathematik (Rang 3) und Biologie (mit Abstand der erste Rang) aufweisen. Hieraus lässt sich ableiten, dass die zukünftige Studenten-Generation im Lande besonders gute Voraussetzungen für ein naturwissenschaftlich-technisches Studium mit sich bringen dürfte.

Tabelle L.19:

Anteile der Abiturienten an naturwissenschaftlichen Leistungskursen nach Bundesländern 1999

- in % -

Land/Region	Chemie	Physik	Mathematik	Biologie
Sachsen-Anhalt	25	14	36	60
Brandenburg	4	9	31	43
Mecklenburg-Vorpommern	4	15	48	41
Sachsen	2	13	35	26
Thüringen	4	10	44	27
Baden-Württemberg	7	12	36	14
Bayern	9	11	27	21
Berlin	10	10	19	37
Bremen	6	8	22	25
Hamburg	11	8	18	29
Hessen	9	8	24	30
Niedersachsen	12	11	25	28
Nordrhein-Westfalen	5	7	32	31
Rheinland-Pfalz	10	14	35	45
Saarland	18	11	31	31
Schleswig-Holstein	8	11	26	27
Bundesdurchschnitt	9	11	30	33

Quelle: Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, zitiert nach: Die Zeit., Jg. 2000, Nr. 19 vom 4. Mai 2000, S. 69.

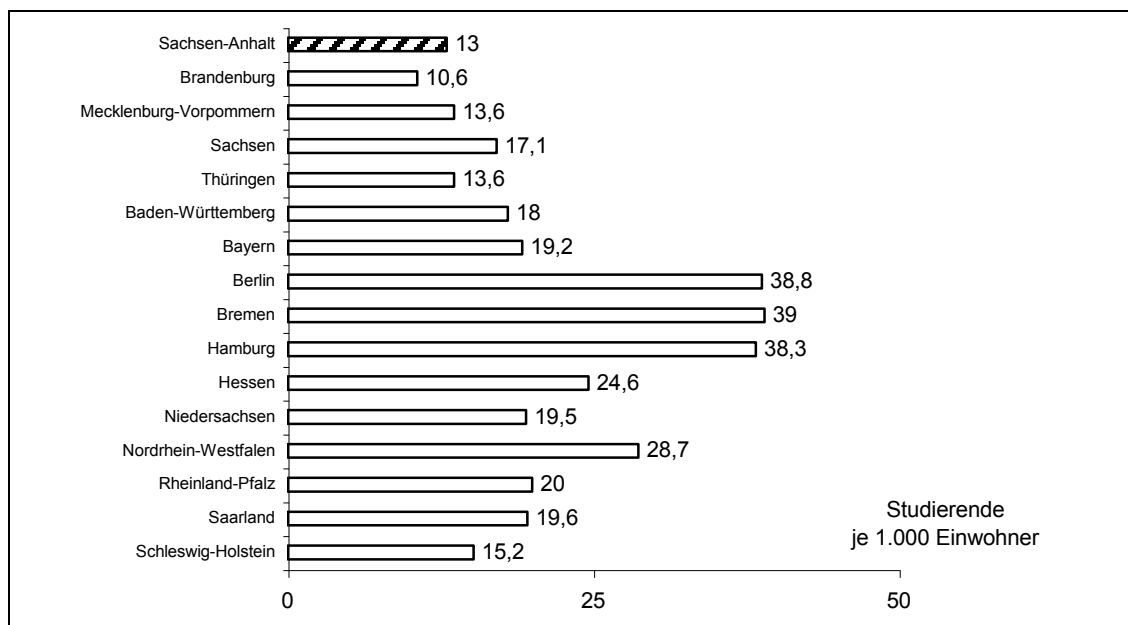
Studierende und Absolventen an/von Hochschulen

Wie Abbildung L.3 zeigt, liegt Sachsen-Anhalt bei der auf die Einwohner normierten Zahl der Studierenden auf dem vorletzten Rang vor Brandenburg. Allerdings weist von den ostdeutschen Ländern nur Sachsen einen deutlich besseren Wert auf, der nahezu jenem von Baden-Württemberg entspricht. Berlin, Hamburg und Bremen haben die höchsten Werte, was sich aus ihrem Status als Stadt- bzw. Städtestaaten erklärt. Unter den westdeutschen Flächenländern weisen Nordrhein-Westfalen und Hessen die höchsten Werte auf. Der niedrige Wert für Sachsen-Anhalt deutet darauf hin, dass es dem

Land nur bedingt gelungen ist, Studierwillige in seinen Grenzen zu halten oder von außen zu attrahieren.

Abbildung L.3:

Studierende je 1.000 Einwohner nach Bundesländern 1999



Quelle: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt.

Tabelle L.20 zeigt, in welchem Umfang Studierende, die in anderen Ländern ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erworben haben, sachsen-anhaltinische Hochschulen zum Ort ihres Studiums ausgewählt haben und in welchem Umfang Personen mit einer im Lande erworbenen HZB in andere Länder „exportiert“ wurden.

Die „Exportquote“ oder „Wanderungsquote“ für die Studierenden ergibt sich folgendermaßen: Die Differenz zwischen der Zahl der Studierenden mit einer in Sachsen-Anhalt erworbenen HZB und der Zahl der Studierenden in Sachsen-Anhalt ist der „Export“ an Studierenden oder die Abwanderung von Studierenden aus Sachsen-Anhalt. Der Quotient aus der Zahl der abgewanderten Studierenden und den bundesweit Studierenden mit einer in Sachsen-Anhalt erworbenen HZB ist die „Export-“ oder Wanderungsquote.

Sachsen-Anhalt hatte 1998 mit -18,6% die zweithöchste Wanderungsquote nach Schleswig-Holstein (-21,4) aufzuweisen; unter den ostdeutschen Ländern ragt Sachsen mit +13,3% positiv heraus. Kein anderes Flächenland hat eine derart hohe „Importquote“ wie Sachsen aufzuweisen. Im Jahr 1998 wurden 17.291 Studierende aus Sachsen-Anhalt „exportiert“; demgegenüber wurden 10.098 Studierende „importiert“.²⁰ Die

²⁰ Angaben des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt.

hohen „Exportquoten“ für Brandenburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein dürften sich – anders als im Fall von Sachsen-Anhalt – teilweise mit der Lage der genannten Länder in unmittelbarer Nähe zu den Universitätsstädten Berlin, Bremen und Hamburg erklären, die allesamt hohe „Importquoten“ aufwiesen.

Tabelle L.20:

Wanderungsquoten^a deutscher Studierender nach Bundesländern 1995-1998^b

Land/Region	1995	1996	1997	1998
Sachsen-Anhalt	-18,8	-18,4	-18,5	-18,6
Brandenburg	-27,7	-22,8	-19,3	-19,0
Mecklenburg-Vorpommern	-13,9	-12,1	-11,4	-11,1
Sachsen	+9,4	+11,5	+14,4	+13,3
Thüringen	-13,9	-14,3	-12,7	-12,1
Baden-Württemberg	-4,8	-5,5	-7,3	-10,5
Bayern	+7,6	+6,5	+6,1	+5,8
Berlin	+67,7	+64,6	+62,3	+61,0
Bremen	+6,2	+8,1	+9,5	+13,5
Hamburg	+32,5	+34,1	+34,7	+35,5
Hessen	-2,3	-3,1	-3,5	-3,3
Niedersachsen	-18,0	-17,4	-17,4	-16,7
Nordrhein-Westfalen	+3,9	+4,9	+4,6	+5,0
Rheinland-Pfalz	-6,7	-5,5	-3,5	-1,4
Saarland	-5,2	-8,1	-9,7	-11,8
Schleswig-Holstein	-19,1	-20,3	-20,9	-21,4

^a Quotient aus Zahl der abgewanderten Studierenden (Saldo der Zahl der Studierenden mit einer im jeweiligen Land erworbenen HZB und der Zahl der im Land Studierenden) und Zahl der in Deutschland Studierenden mit einer im jeweiligen Land erworbenen HZB. Ein negatives Vorzeichen steht für Export, ein positives für Import. – ^b Studierende pro Jahr = Wintersemester.

Quelle: Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt.

d) Schlüsselqualifikationen

Es gibt verschiedene Kenntnisse, denen ein besonderer Wert für die wirtschaftliche Entwicklung einer Region zugebilligt werden kann. Diese werden im Folgenden als „Schlüsselqualifikationen“ bezeichnet. Im einzelnen werden hierunter verstanden:

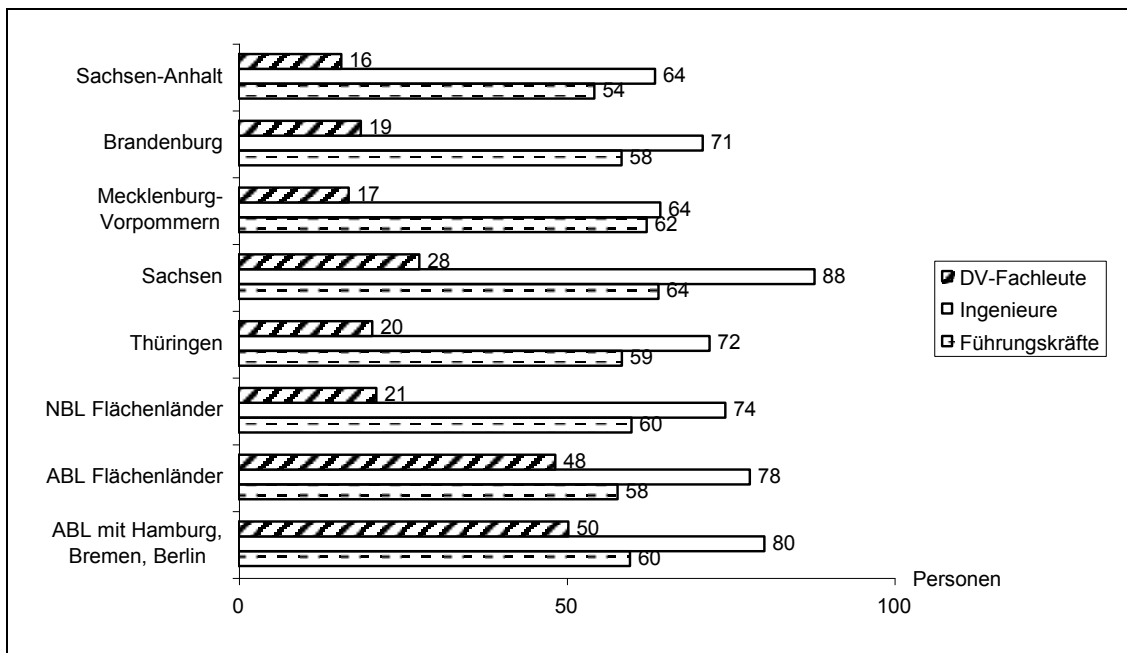
- Ingenieure, die für die Industrie von besonderer Bedeutung sind,
- Datenverarbeitungs-(DV-) Fachleute, die heute in allen traditionellen Branchen, aber gerade auch in der sog. Neuen Wirtschaft, benötigt werden,
- Führungskräfte, d. h. Personen, deren Tätigkeit die Fähigkeit zur Führung von Mitarbeitern zur Voraussetzung hat.

In der Abbildung L.4 ist die Zahl der Ingenieure, Datenverarbeitungsfachleute und Führungskräfte der einzelnen Regionen in Relation zu den Einwohnern gesetzt worden. Bei den Ingenieuren weist Sachsen-Anhalt 1999 gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern den niedrigsten Besatz auf (64 Ingenieure je 10.000 Einwohner; Sachsen kommt auf 88). Bei den Datenverarbeitern liegt der Besatz im Westen mehr als doppelt so hoch wie im Osten; unter den neuen Ländern weist Sachsen mit 28 Datenverarbeitern je 10.000 Einwohnern den besten Wert auf, Sachsen-Anhalt mit 16 Datenverarbeitern je 10.000 Einwohner bildet das Schlusslicht und hat nur ca. 1/3 des Besatzes der alten Länder vorzuweisen.

Abbildung L.4:

Schlüsselqualifikationen nach Bundesländern 1999

- DV-Fachleute^a, Ingenieure^b, Führungskräfte^c je 10.000 Einwohner -



^a Zu den Datenverarbeitern werden folgende Berufsgruppen gezählt: Datenverarbeitungsfachleute, Informatiker o. n. A. (Schlüssel-Nr. 774), Softwareentwickler (Schlüssel-Nr. 775), DV-Organisatoren und verwandte Berufe (Schlüssel-Nr. 776), DV-Beratungs- und Vertriebsfachleute (Schlüssel-Nr. 777), Rechenzentrums- und Benutzer-service-Fachleute (Schlüssel-Nr. 778), sonstige Datenverarbeitungsfachleute (Schlüssel-Nr. 779). – ^b Zu den Ingenieuren werden folgende Berufsgruppen gezählt: Ingenieure, Techniker im Gartenbau und Landespflege (Schlüssel-Nr. 052), Ingenieure ohne nähere Fachrichtungsangabe (Schlüssel-Nr. 600), Ingenieure des Maschinen- und Apparatebaus (Schlüssel-Nr. 601), Elektroingenieure (Schlüssel-Nr. 602), Bauingenieure (Schlüssel-Nr. 603), Ingenieure des Vermessungswesens (Schlüssel-Nr. 604), Bergbau-, Hütten-, Gießerei-Ingenieure (Schlüssel-Nr. 605), übrige Fertigungsingenieure (Schlüssel-Nr. 606), Wirtschafts-, REFA-Ingenieure (Schlüssel-Nr. 607), sonstige Ingenieure (Schlüssel-Nr. 608), Architekten (Schlüssel-Nr. 609). – ^c Zu den Führungskräften werden folgende Berufsgruppen gezählt: Verkaufs- und Filialleiter im Handel, Unternehmer, Geschäftsführer, Geschäftsbereichsleiter, Direktionsassistenten, Verwaltungsfachleute (höherer Dienst), Richter, Staatsanwälte, Amtsanwälte, Rechtsvertreter, Rechtsberater, Hoteliers, Gastwirte, Hotel-, Gaststättengeschäftsführer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Eigene Erhebungen zur Frage, inwieweit bei den gegebenen wirtschaftlichen Strukturen und dem vorhandenen Fachkräftebesatz der Bedarf der Unternehmen nach besonders qualifizierten Arbeitskräften gedeckt werden kann, konnten im Rahmen der Strukturanalyse nicht durchgeführt werden.²¹

Abbildung L.4 zeigt schließlich auch, dass die Führungskräftequote in Sachsen-Anhalt 1999 niedriger als in allen anderen ostdeutschen Ländern war.

Eine wichtige Schlüsselqualifikation ist auch die Fähigkeit der Bevölkerung zum Umgang mit IT-Medien. Hierzu liegen keine Daten vor. Allerdings geben die Daten zur Ausstattung oder Nutzung dieser Medien gewisse Anhaltspunkte für die besagte Fähigkeit. Wie Tabelle L.21 zeigt, ist die Ausstattung der privaten Haushalte in Sachsen-Anhalt mit Personal Computern höher, jene mit Internetanschlüssen etwas niedriger als im Durchschnitt der neuen Länder oder der alten Länder:

Tabelle L.21:

Ausstattungsgrad^a privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern am 1. Januar 1999
- in % der Haushalte -

Gegenstand der Nachweisung	Sachsen-Anhalt	Neue Länder und Berlin-Ost	Früheres Bundesgebiet
Personalcomputer	40,9	38,7	46,3
Internet oder Online-Dienste	7,3^b	7,7	11,4

^a Anzahl der Haushalte, in denen entsprechende langlebige Gebrauchsgüter vorhanden sind, bezogen auf hochgerechnete Haushalte. – ^b In die Berechnungen wurde nur eine relativ kleine Anzahl von Haushalten inbezogen (zwischen 25 und 99), sodass von einem Stichprobenfehler zwischen 10 und 20% auszugehen ist.

Quelle: Statistisches Monatsheft Sachsen-Anhalt, Jg. 11 (2000), Heft 2, S. 19.

Der zuletzt angesprochene Befund wird durch die folgenden Daten gestützt. Im Vergleich der neuen Länder nutzen relativ wenige Haushalte in Sachsen-Anhalt die verfügbaren Internet- oder Online-Dienste, wie Tabelle L.22 zeigt.

Aus den dargestellten Daten kann die Vermutung abgeleitet werden, dass zumindest hinsichtlich des Umgangs mit dem Internet in Sachsen-Anhalt ein gewisses Defizit bestehen könnte. Hier besteht aber weiterer Forschungsbedarf.

²¹ Nach einer Unternehmensumfrage der IHK Halle-Dessau vom Frühjahr 2000 besteht im Süden Sachsens-Anhalts ein kurz- und mittelfristiger Bedarf an mindestens 1.000 IT-Spezialisten, dessen Deckung aufgrund der „vielfach noch schwierigen wirtschaftlichen Lage der Unternehmen“ als problematisch angesehen wird. Vgl. o. V.: IT-Fachkräftebedarf im südlichen Sachsen-Anhalt, Halle (IHK Halle-Dessau) o. J. (2000).

Tabelle L.22:

Haushalte mit Nutzung von Internet- oder Online-Diensten^a nach Bundesländern 2000
(Stand: Mai)

- in % der befragten Haushalte -

Land/Region	Haushalte
Sachsen-Anhalt	20
Brandenburg	26
Mecklenburg-Vorpommern	22
Sachsen	28
Thüringen	22
Berlin	31

^a Home-Banking, Home-Shopping, Telefon-Banking.

Quelle: Berichtsreihe zur Konsumklimaforschung des Instituts für Marktforschung GmbH, Leipzig, Heft II/2000, Juni 2000, Tabellenteil, S. 80.

3.2.1.3 Zwischenfazit

Es ist davon auszugehen, dass die in einer Region vorhandene Gesamtheit von Menschen mit ihren jeweiligen Kenntnissen und Fähigkeiten – das „Humankapital“ der Region – zu den wichtigsten Determinanten der regionalen Wohlfahrt gehört. Zur Abbildung des Humankapitals wurden die Erwerbspersonen insgesamt und nach Altersgruppen und Geschlecht getrennt sowie verschiedene Indikatoren zur Abbildung der Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitskräfte herangezogen. Des Weiteren wurde die Rolle des zweiten Arbeitsmarktes untersucht. Insgesamt gesehen zeigt sich für Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Ländern hinsichtlich des aktuellen Humankapitalbestands eine ungünstigere Position. Ein großer Teil der für die Abbildung des Humankapitals herangezogenen Indikatoren bezieht sich auf die *beschäftigten* Arbeitskräfte. In diesen Indikatoren kommt neben der Qualität des Arbeitskräfteangebots auch die von den Unternehmen im Lande entfaltete *Nachfrage* nach Arbeitskräften (mit bestimmten Kenntnissen und Fähigkeiten) zum Ausdruck. Viele der unbeschäftigten Arbeitskräfte verfügen über wertvolle Kenntnisse und Fähigkeiten. Allerdings haben die nicht beschäftigten Arbeitskräfte im Gegensatz zu den Beschäftigten nicht die Chance, sich an Veränderungen der beruflichen Anforderungen anzupassen und damit ihr Humankapital zu erhalten. Demgemäß stellt die Struktur des beschäftigten Humankapitals für ansiedlungs- und investitionswillige Unternehmen einen wichtigen Standortfaktor dar.

Eigene Erhebungen zur Frage, inwieweit derzeit für die sachsen-anhaltinischen Unternehmen Probleme bei der Deckung ihres Bedarfs an (speziell: höher qualifizierten) Arbeitskräften bestehen, konnten im Rahmen dieses Gutachtens nicht durchgeführt werden. Gerade die besonders hoch qualifizierten Arbeitskräfte gelten vielfach als sehr mobil und sind deshalb durchaus auch dann für sachsen-anhaltinische Unternehmen ver-

füßbar, wenn an ihnen aktuell im Lande Mangel herrscht – vorausgesetzt, dass den Arbeitskräften hinreichende materielle Anreize geboten werden können.

Im Vergleich mit der Altersstruktur der Menschen in den neuen Ländern insgesamt waren 1998 in Sachsen-Anhalt die Altersgruppen der unter 45-jährigen relativ schwächer, die der über 45-jährigen dagegen etwas stärker vertreten. Zwar kann sich die etwas niedrige Besetzung in den jüngeren Altersklassen negativ auf das wirtschaftliche Ergebnis des Landes auswirken; andererseits kommt es hierdurch aber kurzfristig zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes. Die Anzahl aller Personen, die nach ihrem Alter für eine Erwerbstätigkeit in Frage kommen (Erwerbsfähige), je 1.000 Einwohner lag 1998 unter dem Durchschnittswert für die neuen Länder. Der Frauenanteil an den Erwerbsfähigen lag leicht über dem Durchschnitt der neuen Länder.

Der Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen, die sich um eine Arbeitsstelle bemühen, an den Einwohnern (Erwerbspersonenquote) lag in Sachsen-Anhalt an unterster Stelle in den neuen Ländern. Die Frauen-Arbeitslosigkeit war in Sachsen-Anhalt höher als in den anderen neuen Ländern und hat von 1995 bis 1999 deutlich zugenommen. Dies deutet auf eine besonders ungünstige Position der Frauen am Arbeitsmarkt des Landes hin.

Der Anteil der regulär Beschäftigten an den Einwohnern (modifizierte Erwerbstätigenquote) war 1998 in Sachsen-Anhalt niedriger als in allen anderen neuen Ländern. Zusammen mit der besonders hohen Unterbeschäftigungsquote in Sachsen-Anhalt deutet die niedrige modifizierte Erwerbstätigenquote des Landes auf eine Tendenz zur Entwertung des Humankapitals in Sachsen-Anhalt hin. Die besonders lange Dauer der Arbeitslosigkeit im Lande sowie die relativ hohe Jugend-Arbeitslosigkeit unterstützen diesen Befund.

Die Verteilung der formalen Bildungs- und Berufsabschlüsse der Beschäftigten deuten auf eine unterdurchschnittliche Qualität des Humankapitals hin. Während Facharbeiter eher gut vertreten sind, werden Menschen mit einem Studium seltener beschäftigt. Die Ausstattung mit wichtigen Schlüsselqualifikationen (Ingenieure, Datenverarbeitungsfachleute und Führungskräfte) ist in Sachsen-Anhalt im ostdeutschen Vergleich besonders niedrig.

Der Besatz des Landes mit Studierenden ist unterdurchschnittlich, mehr Sachsen-Anhaltiner studieren an Orten außerhalb des Landes als junge Menschen aus anderen Regionen ein Studium an den Hochschulen Sachsen-Anhalts aufnehmen. Dies kann mittelfristig zu einer Mangelsituation auf dem Arbeitsmarkt führen, wenn die auswärts Studierenden nach ihrem Examen nicht nach Sachsen-Anhalt zurückkehren. Positiv erscheint immerhin die starke Neigung der Gymnasiasten im Lande zur Beschäftigung mit technischen und naturwissenschaftlichen Fächern.

Der zweite Arbeitsmarkt in Sachsen-Anhalt hatte bis zur Mitte der 90er Jahre eine überdurchschnittliche Ausprägung im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern. Seit 1998 ist der Umfang des zweiten Arbeitsmarktes in Sachsen-Anhalt zurückgegangen, und er hat auch seine Struktur verändert. Positiv ist hierbei, dass durch den Einbau von Wettbewerbselementen (Vergabe-ABM) und die Zielgruppenorientierung in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern in relativ großem Umfang versucht wurde, die negativen Effekte, die von der Durchführung der ABM ausgehen, zu minimieren. Gleichwohl ist vor dem Hintergrund neuerer Untersuchungen mit dem Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt zu bedenken, dass die arbeitsmarktpolitischen Effekte von ABM äußerst kritisch zu bewerten sind. Die Wiederbeschäftigungschancen der ABM-Teilnehmer sind unmittelbar nach Abschluss der ABM schlechter als ohne Teilnahme.

3.2.2 Privates Sachkapital

Der Zuwachs des Sachkapitalbestandes in einer Region erhöht, wie im Abschnitt 2 ausgeführt wurde, das dort erzielbare Produktionsergebnis. Daten der amtlichen Statistik über den Sachkapitalbestand in den Bundesländern sind allerdings nicht verfügbar. Daher wird im Folgenden behelfsweise auf die Daten der amtlichen Statistik bzw. der Förderstatistik über die getätigten bzw. geförderten Investitionen zurückgegriffen. Geht man davon aus, dass der Sachkapitalstock in Ostdeutschland am Ende der Planwirtschaft stark verschlissen war, können die aufsummierten jährlichen Investitionsvolumina behelfsweise verwendet werden, um regionale Unterschiede beim Neuaufbau des Sachkapitalstocks zwischen den ostdeutschen Ländern näherungsweise abzubilden. Wegen der Nutzung der Investitionsdaten zur Abbildung des Neuaufbaus des Kapitalstocks wird in diesem Unterabschnitt, abweichend vom Herangehen in anderen Abschnitten nicht nur der Zeitraum seit 1995, sondern bereits jener seit 1991 zugrunde gelegt. Es werden Daten zu den Bruttoinvestitionen verwendet, weil statistische Angaben über Abschreibungen nicht verfügbar sind. Als Indikatoren zur Abbildung der Sachkapitalinvestitionen werden nachfolgend die Bruttoanlageinvestitionen, die betrieblichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe sowie die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderten gewerblichen Investitionen herangezogen. Die Auswertung der Investitionsdaten zeigt, dass Sachsen-Anhalt bei sämtlichen Investitions-Indikatoren, sprich bei den Bruttoanlageinvestitionen, bei den betrieblichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und auch bei den im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderten gewerblichen Investitionen im jeweiligen Beobachtungszeitraum die Spitzenposition im Vergleich der neuen Länder einnimmt.

3.2.2.1 Bruttoanlageinvestitionen

Die Bruttoanlageinvestitionen umfassen den „... Wert der Anlagen, die von inländischen Wirtschaftseinheiten erworben werden, um sie – länger als ein Jahr – im Produktionsprozess einzusetzen“²² Bruttoanlageinvestitionen bedeuten, dass in ihnen die Abschreibungen enthalten sind. Die Bruttoanlageinvestitionen schließen den Erwerb von Anlagen durch Unternehmen (einschließlich des Erwerbs von Wohnungen durch private Haushalte), durch den Staat und durch private Organisationen ohne Erwerbszweck ein.²³ Die in Sachsen-Anhalt getätigten Bruttoanlageinvestitionen beliefen sich im Zeitraum 1991 bis 1996²⁴ insgesamt auf 178,4 Mrd. DM (jeweilige Preise), wobei im Zeitraum 1990 bis 1994 im Jahresdurchschnitt 26,8 Mrd. DM und im Zeitraum 1995/1996 35,5 Mrd. DM investiert wurden (vgl. Tabelle A-L.6). In Relation zur Einwohnerzahl wies Sachsen-Anhalt bei den Bruttoanlageinvestitionen – über den Gesamtzeitraum gesehen – mit 64.588 DM den höchsten Wert im Vergleich der ostdeutschen Länder auf (vgl. Tabelle A-L.7 und Abbildung L.5). Allerdings lagen im letzten Jahr des Beobachtungszeitraumes, d. h. im Jahr 1996, die Bruttoanlageinvestitionen in Sachsen und in Brandenburg über jenen in Sachsen-Anhalt. Seit 1993 liegen die Pro-Kopf-Bruttoanlageinvestitionen in Sachsen-Anhalt über jenen, die in den westdeutschen Flächenländern getätigt wurden, seit 1994 liegen sie relativ stabil ungefähr beim Eineinhalbfachen des Durchschnittswertes in den westdeutschen Flächenländern.

Auch wenn man den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt betrachtet, zeigt sich die Spitzenposition Sachsens-Anhalts im Vergleich der neuen Länder und auch im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) war im Jahresdurchschnitt 1991-1996 der höchste im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer (vgl. Tabelle A-L.8). Er lag im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1996 beim 2,7fachen des Wertes in den westdeutschen Flächenländern.

Nach der Darstellung des Gesamtvolumens der Bruttoanlageinvestitionen müssten im Folgenden eigentlich die gesamten getätigten privaten Sachkapitalinvestitionen dargestellt werden. Die verfügbaren statistischen Daten erlauben aber keine Darstellung des Gesamtumfanges der getätigten privaten Sachkapitalinvestitionen. Es können nur wichtige Teile davon betrachtet werden, nämlich die betrieblichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Industrieinvestitionen) und jene, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) im gewerblichen Bereich gefördert wurden.

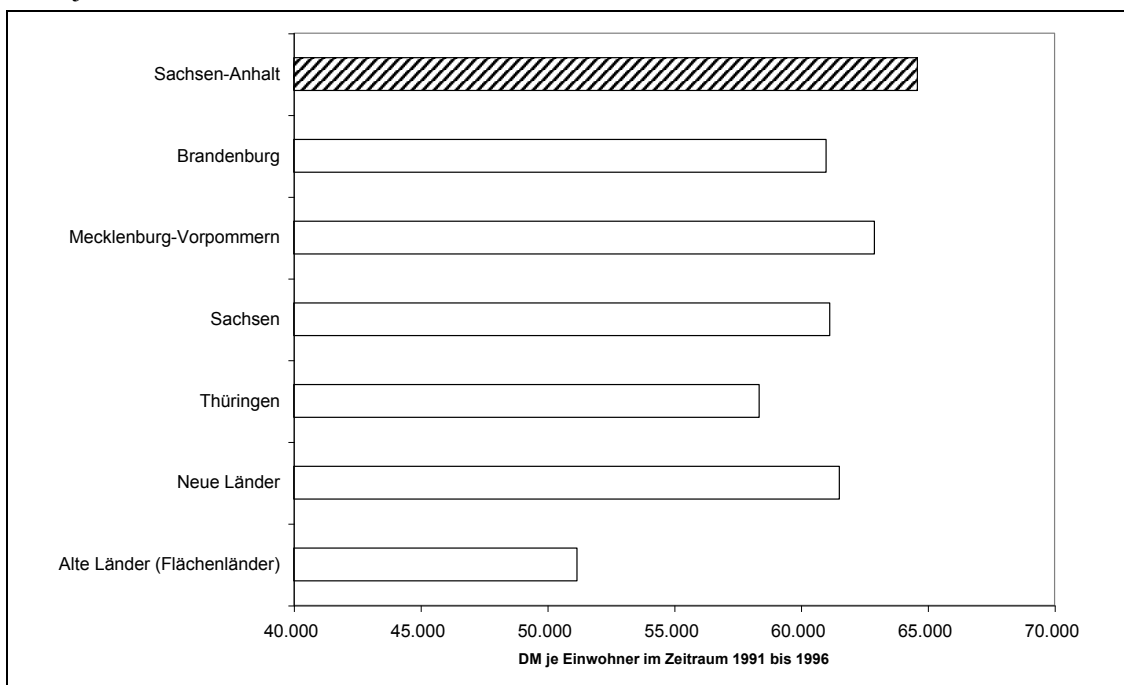
²² Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Definition Anlageinvestitionen, in: <http://www-zr.statistik-bund.de/zeitreih/def/def0039.htm>, S. 1, gelesen am 19.10.2000.

²³ Vgl. ebenda.

²⁴ Aktuellere Daten über die Höhe der Bruttoanlageinvestitionen aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder lagen zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses für diesen Bericht noch nicht vor.

Abbildung L.5:

Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner nach Bundesländern^a 1991-1996
- DM je Einwohner -



^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder nur Flächenländer.

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

3.2.2.2 Industrieinvestitionen

Der Spitzenplatz Sachsen-Anhalts bei den Bruttoanlageinvestitionen lässt sich zu einem Teil durch die hohen Industrieinvestitionen erklären. Die Industrieinvestitionen stellen eine Schlüsselgröße für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Sachsen-Anhalts und der anderen neuen Länder dar, weil sie eine wichtige Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit und die Expansion auf den überregionalen Märkten sind.

Insgesamt wurden im Zeitraum 1991 bis 1998 in Sachsen-Anhalt Industrieinvestitionen im Umfang von 29,8 Mrd. DM getätigt (vgl. Tabelle A-L.9).²⁵ Stellt man – bezogen auf die Einwohnerzahl – einen Vergleich der Industrieinvestitionen Sachsen-Anhalts mit jenen in den anderen ostdeutschen Ländern her, dann zeigt sich, dass Sachsen-Anhalt seit 1991 – mit Ausnahme des Jahres 1992, wo Thüringen die höchsten Industrieinvestitio-

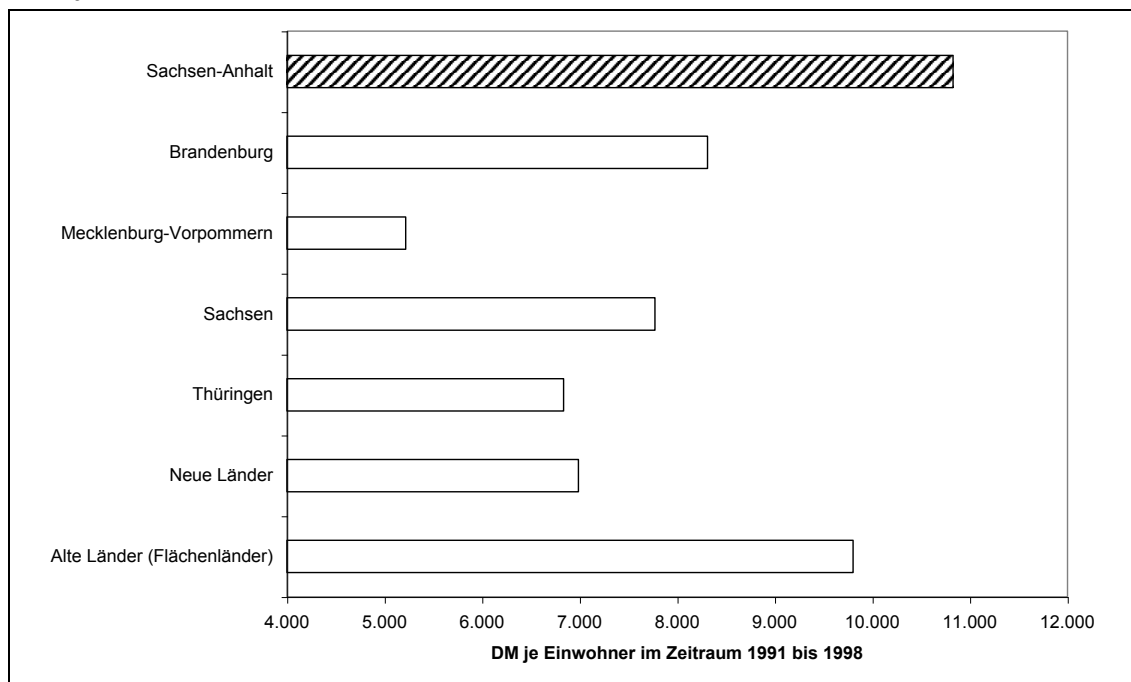
²⁵ Die Statistik der Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erfasst allerdings nur Investitionen jener Betriebe, die im Berichtsjahr produzieren. Mithin werden Neuerrichtungsinvestitionen erst in dem Jahr erhoben, in dem die Produktion aufgenommen wird. Dies könnte zur Unterzeichnung des Investitionsvolumens führen. Vgl. dazu JÄCKEL, P. u. a.: Verarbeitendes Gewerbe in den neuen Bundesländern: 1999 stabile Ausrüstungsinvestitionen bei erneut sinkenden Gesamtbudgets, in: ifo Dresden berichtet, 6. Jg. (1999) H. 6, S. 15.

nen aufwies – ununterbrochen und damit auch im Gesamtzeitraum 1991-1998 mit 10.827 DM je Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Industrieinvestitionen unter den ost-deutschen Flächenländern aufweist (vgl. Tabelle A-L.10 und Abbildung L.6). Die hohen Industrieinvestitionen in Sachsen-Anhalt können zum Teil mit den Bemühungen der Wirtschaftspolitik erklärt werden, die sogenannten industriellen Kerne in Sachsen-Anhalt zu erhalten, und bei diesen industriellen Kernen handelt es sich im Falle der chemischen Industrie und der Mineralölverarbeitung um solche, die auch eine hohe Investitionsintensität (Investitionsumfang je Beschäftigten) aufweisen (vgl. auch Abschnitt 3.3.3.2). Die Pro-Kopf-Industrieinvestitionen Sachsens-Anhalts liegen seit 1993 ununterbrochen über den Vergleichswerten für die Gruppe der westdeutschen Flächenländer. Im Jahresdurchschnitt 1995 bis 1998 lagen sie beim 1,4fachen des westdeutschen Wertes.

Abbildung L.6:

Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a je Einwohner nach Bundesländern^b 1991-1998

- DM je Einwohner –



^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-1994 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). – ^b Neue Länder ohne Berlin.

Quelle: Berechnung und Darstellung des IWH nach Angaben der Statistischen Landesämter und des Statistisches Bundesamtes.

Die Investitionsintensität (betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe), die als ein Indiz

für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrieproduktion angesehen werden kann, ist in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1998 mit 22.881 DM je Beschäftigten die höchste im Vergleich der neuen Länder, und sie wies auch die größte Zuwachsrates auf (vgl. Tabelle A-L.11). Die Investitionsintensität in der sachsen-anhaltinischen Industrie lag im Zeitraum 1991 bis 1998 im Jahresdurchschnitt beim 1,8fachen des Vergleichswertes für die westdeutschen Flächenländer, im Durchschnitt der Jahre 1991 bis 1994 lag die Investitionsintensität in Sachsen-Anhalt um ein Viertel über dem westdeutschen Vergleichswert, im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1998 lag sie fast beim Dreifachen. Eine über dem westdeutschen Durchschnitt liegende Investitionsintensität sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob im industriellen Bereich inzwischen eine Kapitalausstattung gegeben ist, die den westdeutschen Verhältnissen annähernd entspricht. Die amtliche Statistik liefert über die Kapitalausstattung keine Angaben getrennt für West- und Ostdeutschland mehr, schon gar nicht nach Ländern. IWH-Schätzungen zum Stand der Kapitalausstattung in der gewerblichen Wirtschaft in Ostdeutschland, die auf der Grundlage von Angaben des Statistischen Bundesamtes und des ifo München durchgeführt wurden, weisen darauf hin, dass die Kapitalausstattung je Beschäftigten (Kapitalintensität) in der gewerblichen Wirtschaft in den neuen Ländern im Jahr 1998 noch unter jener in den alten Ländern lag.²⁶

Ein wichtiger Indikator, der zur Bewertung der Industrieinvestitionen in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu jenen in den anderen neuen Ländern herangezogen werden kann, ist der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen²⁷ an den getätigten Industrieinvestitionen. Dahinter steht die Vorstellung, dass ein höherer Anteil der Ausrüstungsinvestitionen tendenziell auch höhere Wachstumseffekte mit sich bringt. Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den gesamten Industrieinvestitionen liegt in Sachsen-Anhalt im Jahresdurchschnitt 1991 bis 1998 bei rund 82% und ist damit der höchste Ausrüstungsanteil in den neuen Ländern (vgl. Tabelle A-L.12). Der sachsen-anhaltinische Ausrüstungsanteil liegt allerdings um 3,9% unter dem westdeutschen Durchschnittswert.

3.2.2.3 Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderte gewerbliche Investitionen

Auch bei den im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderten Investitionen hat Sachsen-Anhalt im Vergleich der neuen Länder die Spitzenposition inne. Die Betrachtung der GRW-geförderten gewerblichen Investitionen zusätzlich zu den Industrieinvestitionen kann eine Reihe zusätzlicher Informationen liefern. Erstens umfassen die GRW-geförderten Investitionen

²⁶ Vgl. RAGNITZ, J.: Kapitalausstattung ostdeutscher Arbeitsplätze: Rückstand nicht überbewerten, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 9/2000, 6. Jg., S. 254-258, hier speziell S. 255.

²⁷ „Ausrüstungsinvestitionen sind Maschinen, maschinelle Anlagen, Fahrzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattungen sowie ähnliche Anlagegüter, die nicht fest mit Bauten verbunden sind.“ (Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: *Definition Anlageinvestitionen*, a. a. O., S. 2.

nicht nur die Industrie, sondern auch Investitionen außerhalb der Industrie, sofern aus ihnen überregionaler Absatz hervorgeht. Zweitens umfassen die GRW-geförderten Investitionen auch solche Betriebe, die von der amtlichen Statistik des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nicht erfasst werden, d. h. sie schließen, anders als die Investitionsstatistik für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe auch Investitionen in Betrieben von Unternehmen mit im allgemeinen weniger als 20 Beschäftigten ein. Drittens liegt die GRW-Statistik zeitnaher als die oben ausgewerteten Statistiken über die Bruttoanlageinvestitionen und die Industrieinvestitionen vor. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass es sich bei der GRW-Statistik um eine Bewilligungsstatistik handelt, d. h. sie bildet keine abgeschlossenen Investitionsvorhaben ab, sondern sie enthält Angaben für Investitionen, deren Fördermittel im Bewilligungsjahr und in den drei Folgejahren entsprechend dem Durchführungsstand der Investitionen ausgezahlt werden.

In den Jahren 1991 bis 1999 wurden laut GRW-Bewilligungsstatistik in Sachsen-Anhalt gewerbliche Investitionen im Gesamtumfang von 48,4 Mrd. DM gefördert, dies waren im Jahresdurchschnitt der Jahre 1991 bis 1994 rund 6,3 Mrd. DM und im Jahresdurchschnitt 1995 bis 1999 rund 4,7 Mrd. DM (vgl. Tabelle A-L.13). Pro-Kopf wurden damit im Zeitraum 1991 bis 1999 in Sachsen-Anhalt insgesamt Investitionen im Umfang von 17.667 DM gefördert (vgl. Tabelle A-L.14). Dies ist im Gesamtzeitraum 1991 bis 1999 im Ländervergleich das höchste im Rahmen der GRW geförderte Pro-Kopf-Investitionsvolumen im gewerblichen Bereich in Ostdeutschland.

Von den im Rahmen der gewerblichen GRW-Förderung in Sachsen-Anhalt neu geschaffenen Arbeitsplätzen ist ein wachsender Anteil für Frauen bestimmt. Im Bewilligungsjahr 1995 waren es 21,8%, im Jahr 1999 34,9%.

3.2.2.4 Zwischenfazit

Bei allen untersuchten Investitionskategorien wurden in Sachsen-Anhalt die höchsten Pro-Kopf-Investitionen getätigt. Dies betrifft die Bruttoanlageinvestitionen, die Industrieinvestitionen und die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderten gewerblichen Investitionen.

Sachsen-Anhalt wies im gesamten Beobachtungszeitraum im Vergleich der ostdeutschen Flächenländer die höchsten Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner auf. Zwar ist Sachsen-Anhalt bei den Pro-Kopf-Bruttoanlageinvestitionen im letzten Beobachtungsjahr (1996) durch den Freistaat Sachsen und durch das Land Brandenburg vom Spitzenplatz verdrängt worden, im Gesamtzeitraum bleibt jedoch die Spitzenposition Sachsen-Anhalts bestehen.

In den Bruttoanlageinvestitionen sind freilich nicht nur die Unternehmensinvestitionen, sondern auch jene enthalten, die vom Staat getätigt wurden. Daten zu den betrieblichen Investitionen liegen nur für die Industrie vor. Die Industriebetriebe Sachsen-Anhalts ha-

ben seit 1991 – mit Ausnahme des Jahres 1992 – bis 1998 ununterbrochen die höchsten Pro-Kopf-Industrieinvestitionen innerhalb der neuen Länder getätigt. Die Industrieinvestitionen waren in Sachsen-Anhalt auch in Relation zu den Industriebeschäftigten (Investitionsintensität) die höchsten. Diese hohe Investitionsintensität kann grundsätzlich als förderlich für die industrielle Wettbewerbsfähigkeit des Landes angesehen werden. In die gleiche Richtung wirkt auch der hohe Anteil der Ausrüstungen an den gesamten Industrieinvestitionen, hier erreichte die sachsen-anhaltinische Industrie im ostdeutschen Ländervergleich ebenfalls den höchsten Wert. Im Gesamtzeitraum 1991 bis 1999 wurde auch aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) in Sachsen-Anhalt das im Ländervergleich höchste Pro-Kopf Investitionsvolumen im gewerblichen Bereich finanziell gefördert.

3.2.3 Technisches Wissen

Im Rahmen einer regionalen Strukturanalyse ist es von besonderer Bedeutung, die Ausstattung der Region mit technischem Wissen und mit den Faktoren, die diese Ausstattung beeinflussen, zu untersuchen. Denn von der Produktion und Verbreitung technischen Wissens wird der wirtschaftliche Aufholprozess von Regionen stark beeinflusst. Es stellt sich die Frage, ob sich Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern durch besondere Vor- oder Nachteile hinsichtlich der Ausstattung mit technischem Wissen auszeichnet? In der 1997 veröffentlichten Strukturanalyse Sachsen-Anhalt wurde die Ausstattung mit technischem Wissen noch nicht so stark berücksichtigt, was aus damaliger Sicht auch durch die ungünstige Datenlage bedingt war. Inzwischen lässt sich jedoch aus den Daten, die nunmehr verfügbar sind, eine Reihe von Indikatoren bilden, mit denen zumindest ein ungefähres Bild über das im Land vorhandene technische Wissen und über die Bedingungen, die für seine Produktion und Adaption wichtig sind, gezeichnet werden kann. Als Indikator zur Abbildung des technischen Wissens wird zunächst die Häufigkeit untersucht, mit der Patente angemeldet werden, anschließend werden die Voraussetzungen für die Erzeugung und Implementierung von technischem Wissen im Unternehmenssektor analysiert und danach werden wichtige Voraussetzungen hierfür im Bereich der öffentlichen Forschung untersucht.

3.2.3.1 Patentanmeldungen

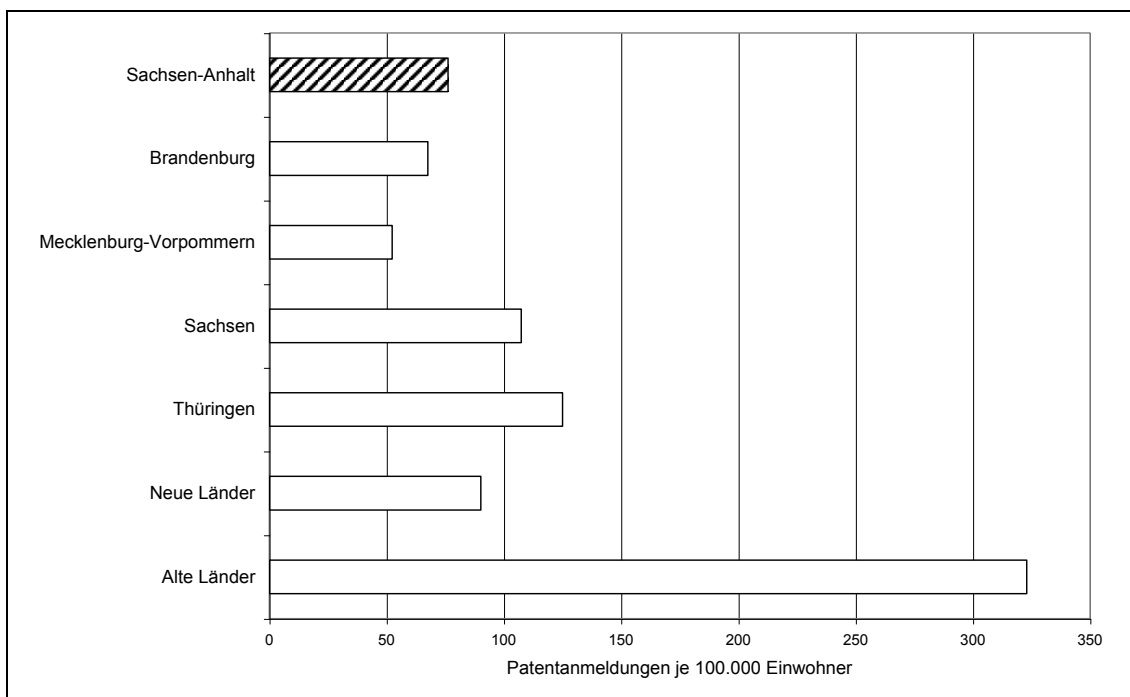
Um die Ergebnisse der Produktion technischen Wissens zu messen, wird zunächst auf den in der Innovationsökonomik gebräuchlichen Indikator Patentanmeldungen zurückgegriffen. Zwar weist dieser Indikator gewisse Aussagegrenzen auf, weil nicht jede Invention zu einer Patentanmeldung und nicht jede Patentanmeldung zu einer Patenterteilung führt und weil außerdem nicht jedes Patent auch wirtschaftlich verwertet wird (zumindest nicht in der Region, in welcher die Innovation erfolgt). Für die Messung großräumiger Ausstattungsunterschiede beim Faktor technisches Wissen wird dieser Indikator dennoch als geeignet angesehen, zumal dann, wenn er, wie hier praktiziert, zu-

sammen mit verschiedenen anderen Indikatoren der Produktion und Adaption technischen Wissens betrachtet wird.²⁸

In Sachsen-Anhalt wurden im Zeitraum 1995 bis 1999 insgesamt 2.056 Patente angemeldet. Die Zahl der Patentanmeldungen ist in diesem Zeitraum von 354 im Jahr 1995 auf 419 im Jahr 1999, d. h. um 18,4% gestiegen (vgl. Tabelle A-L.15). Damit weist Sachsen-Anhalt das zweitniedrigste Wachstum der Patentanmeldungen in Ostdeutschland auf, Sachsen liegt mit +15,3% darunter. Jedoch vollzieht sich die Entwicklung in Sachsen auf einem viel höheren Niveau der Pro-Kopf-Patentanmeldungen. Im Ländervergleich der Patentanmeldungen je Einwohner liegt Sachsen-Anhalt im Beobachtungszeitraum 1995-1999 mit 76 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner auf einer mittleren Position zwischen Thüringen, das mit 125 Patentanmeldungen den Spitzenwert verkörpert und Mecklenburg-Vorpommern, das mit 52 Patentanmeldungen die geringste Pro-Kopf-Zahl bei den Patentanmeldungen aufweist (vgl. Abbildung L.7 und Tabelle A-L.16).

Abbildung L.7:

Zahl der Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern^a 1995 - 1999



^a Neue Länder ohne Berlin, alte Länder nur Flächenländer.

Quelle: Darstellung des IWH nach Angaben des Deutschen Patentamtes und des Statistischen Bundesamtes.

²⁸ Vgl. MEUSBURGER, P.: Bildungsgeographie. Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension. Heidelberg, Berlin 1998, S. 474.

Allerdings sind alle ostdeutschen Länder noch weit entfernt von der Pro-Kopf-Zahl der Patentanmeldungen in den westdeutschen Flächenländern. Sachsen-Anhalt liegt im Beobachtungszeitraum insgesamt bei 23,5% des westdeutschen Vergleichswertes.

3.2.3.2 Technisches Wissen im Unternehmenssektor

Das technische Wissen im Unternehmensbereich wird im folgenden, mangels Daten über die Ergebnisse der Produktion technischen Wissens, anhand wichtiger Determinanten dargestellt, die die Produktion und Adaption von technischem Wissen beeinflussen. Hier werden als Determinanten die Ausstattung mit Forschungs- und Entwicklungs(FuE-)Personal und die FuE-Aufwendungen im Unternehmenssektor sowie speziell für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe die FuE-Intensitäten, d. h. der Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten und der Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz, untersucht. Eine weitere wichtige Determinante, die auf das technische Wissen im Unternehmenssektor Einfluss hat, sind Kooperationen im FuE-Bereich. Aus systematischen Gründen werden empirische Befunde über FuE-Kooperationen im Unternehmenssektor jedoch im Abschnitt Unternehmensstrukturen, und zwar in jenem Unterabschnitt, der sich mit Unternehmensverflechtungen beschäftigt (Abschnitt 3.2.5.2), behandelt.

FuE-Personal

Nimmt man die Zahl der Personen, die im sogenannten „Wirtschaftssektor“²⁹ in Forschung und Entwicklung³⁰ beschäftigt sind, als Größe, die Hinweise auf das in der jeweiligen Region vorhandene Innovationspotenzial im Unternehmenssektor liefert, so waren laut Erhebungen des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft³¹ im Jahr 1997 in Sachsen-Anhalt im „Wirtschaftssektor“ 3.073 Personen tätig, im Jahr 1995 waren es noch 3.267 Personen, d. h. die Zahl der FuE-Beschäftigten ist um 5,9% zurückgegangen (vgl. Tabelle A-L.17). Damit ist Sachsen-Anhalt neben Mecklenburg-Vorpommern das

²⁹ Der sogenannte „Wirtschaftssektor“ umfasst in der Abgrenzung der von der Wissenschaftsstatistik GmbH erhobenen Statistik das FuE-Personal in Unternehmen und in Institutionen für Gemeinschaftsforschung (IfG). Vgl. GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; WUDTKE, J.: FuE-Datenreport 1999. Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1997 bis 1999. Bericht über die FuE-Erhebungen 1997 und 1998. Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft (Hrsg.). Essen 2000, S. 32.

³⁰ Als FuE-Personal werden Wissenschaftler und Ingenieure, Techniker und sonstiges Personal eingestuft, wenn ihre ausgeübte Tätigkeit eine „systematische, schöpferische Arbeit zur Erweiterung des vorhandenen Wissens im Bereich der Naturwissenschaften, Ingenieurwissenschaften, medizinischen Wissenschaften und Agrarwissenschaften“ darstellt oder diese in Form einer direkten Dienstleistung (z. B. Verwaltung) unterstützt. Vgl. dazu den Fragebogen der SV-Wissenschaftsstatistik, z. B. in GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; REVERMANN, C.; WUDTKE, J.: Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997. Bericht über die FuE-Erhebung 1995 und 1996. Essen 1997, S. 55*-62*.

³¹ Vgl. GRENZMANN, C.; WUDTKE, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE Info 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 2 ff.

einzigste ostdeutsche Flächenland, in dem im Zeitraum 1995-1997 das FuE-Personal zurückgegangen ist. Im Durchschnitt der ostdeutschen Flächenländer ist die Zahl der FuE-Beschäftigten um 6,9% gestiegen, am stärksten in Sachsen – um 15,6%. Im Jahr 1997 lag die Ausstattung mit FuE-Personal in Sachsen-Anhalt im intra-ostdeutschen Vergleich mit 114 Personen je 100.000 Einwohner im Mittelfeld und damit im Jahre 1997 um 30% unter dem ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Tabelle A-L.18). Sachsen-Anhalt erreichte damit im Jahr 1997 pro Kopf 29,5% der westdeutschen Personalausstattung. Allerdings fällt es schwer, anhand dieser Pro-Kopf-Zahlen eine Bewertung des Ausstattungsniveaus mit FuE-Personal in Sachsen-Anhalt bzw. in den anderen ostdeutschen Ländern vorzunehmen, weil dieses Ausstattungsniveau auch von der Branchenstruktur und von der Unternehmensgrößenstruktur im Unternehmenssektor der jeweiligen Region abhängig ist.³²

Eine unterdurchschnittliche Personalausstattung im FuE-Bereich zeigt sich auch, wenn man speziell den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe betrachtet. In diesem Wirtschaftsbereich waren im Jahr 1997 in Sachsen-Anhalt in Forschung und Entwicklung 2,2% der Beschäftigten tätig, dies war, obwohl der Anteil gegenüber 1995 um 7,4% gestiegen ist, der zweitniedrigste Anteil nach jenem in Mecklenburg-Vorpommern. Der sachsen-anhaltinische Anteil lag ungefähr bei der Hälfte des westdeutschen Vergleichswertes (4,2%) (vgl. Tabelle A-L.19).

FuE-Ausgaben

Die im sogenannten „Wirtschaftssektor“³³ in Sachsen-Anhalt getätigten internen FuE-Aufwendungen³⁴ beliefen sich im Jahr 1997 nach den Erhebungen des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft auf 398 Mio. DM, und sie sind gegenüber 1995 um 8,7% gestie-

³² So können Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur zusammen mit dem Umstand, dass Großunternehmen besonders viel forschen, aber in Ostdeutschland weniger vertreten sind, dazu führen, dass der Vergleich der FuE-Ausstattung auf aggregierter Ebene noch kein umfassendes Bild der Situation zeichnet. So kommen beispielsweise Felder und Spielkamp bei einem Vergleich der FuE-Intensität zwischen Unternehmen gleicher Beschäftigungsgrößenklassen in Ost- und Westdeutschland zu dem Befund, dass kleine und mittlere Unternehmen in Ostdeutschland häufig sogar eine höhere FuE-Intensität als ihre westdeutschen Pendanten aufweisen. Vgl. FELDER, J.; SPIELKAMP, A.: Innovationsstrategien und Forschungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen, in Fritsch, M., Meyer-Krahmer, F.; Pleschak, F. (Hrsg.): Innovationen in Ostdeutschland – Potenziale und Probleme. Heidelberg 1998, S. 169-186, hier speziell S. 173, 183 f.

³³ Zur Abgrenzung des sogenannten „Wirtschaftssektors“ vgl. Fußnote 27 in diesem Abschnitt.

³⁴ Als interne FuE-Aufwendungen gelten Personal- und Sachaufwendungen sowie Investitionsausgaben für die *eigene* – und im Auftrag für andere – im Unternehmen durchgeführte FuE. Das FuE-Personal und die FuE-Aufwendungen werden nach dem Sitz der Forschungsstätten regional zugeordnet.³⁴ Auf diese Daten der Wissenschaftsstatistik im Stifterverband für die deutsche Wissenschaft beziehen sich im Folgenden die Aussagen zum Technischen Wissen in den Forschungsstätten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Vgl. GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; REVERMANN, C.; WUDTKE, J.: Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997. Bericht über die FuE-Erhebung 1995 und 1996. Essen 1997, S. 31.

gen (vgl. Tabelle A-L.20). Das Wachstum der FuE-Aufwendungen im „Wirtschaftssektor“ lag damit in Sachsen-Anhalt um 14,6 Prozentpunkte unter der Veränderungsrate in den ostdeutschen Flächenländern insgesamt. Damit wies Sachsen-Anhalt im Jahr 1997 mit 147 DM je Einwohner nach Mecklenburg-Vorpommern (44 DM je Einwohner) die zweitniedrigsten Pro-Kopf-Aufwendungen für FuE im „Wirtschaftssektor“ auf (vgl. Tabelle A-L.21). Sachsen-Anhalt lag damit im Jahr 1997 bei 18,6% des FuE-Aufwandes je Einwohner in Westdeutschland, wobei auch der „Wirtschaftssektor“ in Sachsen als dem Land mit den höchsten Pro-Kopf-Aufwendungen für FuE in Ostdeutschland im Vergleich zur westdeutschen Wirtschaft relativ ungünstig dasteht. Die Übereinstimmung des Befundes unterdurchschnittlicher Personalausstattung im FuE-Bereich und unterdurchschnittlicher FuE-Aufwendungen dürfte sich aus dem großem Anteil ergeben, den die Personalaufwendungen typischerweise an den gesamten FuE-Aufwendungen haben.

Dass der Einsatz finanzieller Mittel für FuE unterdurchschnittlich ist, zeigt sich auch, wenn man speziell den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe betrachtet. Der Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz beträgt in der sachsen-anhaltinischen Industrie rund 1% und ist damit – analog zum Anteil der Beschäftigten in FuE an der Gesamtzahl der Beschäftigten – der zweitniedrigste im Vergleich der neuen Länder, und dieser Anteil liegt nur bei rund zwei Fünfteln des westdeutschen Vergleichswertes (vgl. Tabelle A-L.19).

Anders als im Unternehmenssektor stellen sich im Ländervergleich die Bedingungen für die Produktion und Adaption technischen Wissens im Hochschulbereich günstig dar.

3.2.3.3 Technisches Wissen in der öffentlichen Forschung

Im Vordergrund der folgenden Darstellung steht das technische Wissen im Hochschulbereich. Zusätzlich wird noch die Personalausstattung in öffentlichen Forschungseinrichtungen außerhalb von Hochschulen mit untersucht, weil diese Einrichtungen ein wichtiger Bestandteil der Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt sind, der zudem vielfältige Verknüpfungen zum Hochschulbereich aufweist. Als Indikatoren zur näherungsweisen Abbildung der Bedingungen der Produktion technischen Wissens im Hochschulbereich, können, zumindest für größere räumliche Einheiten, die Personalausstattung sowie die Ausgaben der Hochschulen herangezogen werden.³⁵

Personalausstattung der Hochschulen

Hinsichtlich der Personalausstattung der Hochschulen ergab die Analyse bislang das folgende Bild: Im Jahr 1998 waren in Sachsen-Anhalt 5.931 Personen als wissenschaftliches und künstlerisches Personal im Hochschulbereich tätig (vgl. Tabelle A-L.24). Der Personalbestand hat sich im Zeitraum 1995 bis 1998 in Sachsen-Anhalt um 3,9% er-

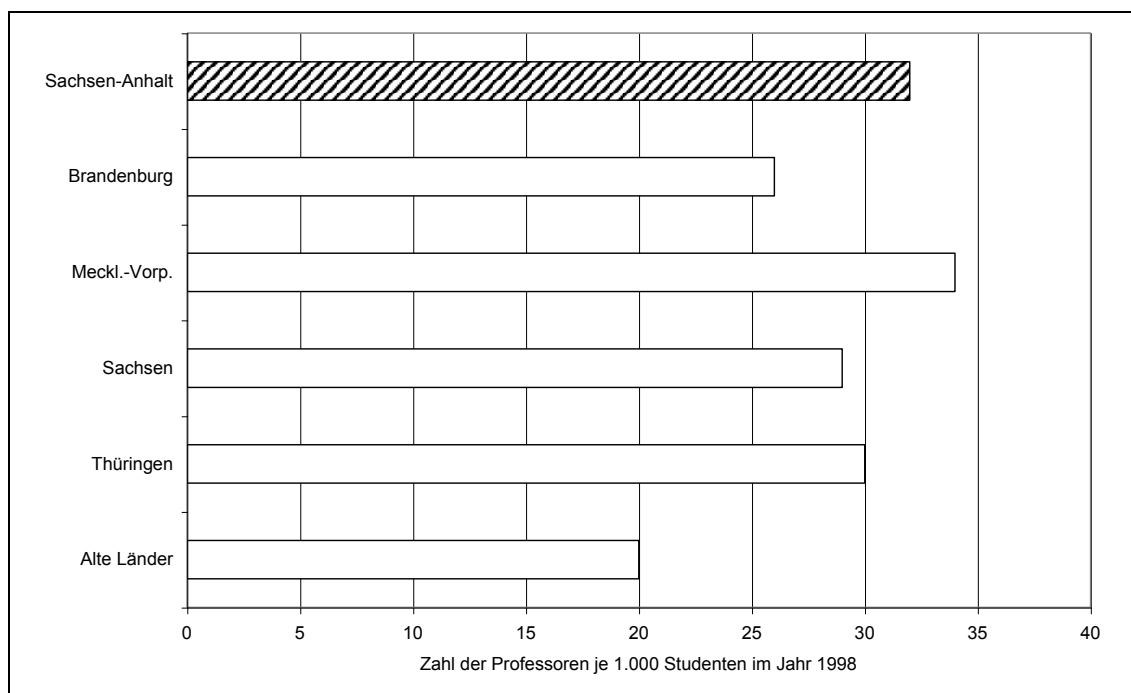
³⁵ Vgl. MEUSBURGER, P.: Bildungsgeographie, a. a. O., S. 469.

hört, womit das Land um 1,2 Prozentpunkte unter der ostdeutschen, aber um 1,2 Prozentpunkte über der westdeutschen Personalentwicklung liegt. In Relation zur Einwohnerzahl liegt Sachsen-Anhalt mit einem Personalbesatz von rund 222 Personen je 100.000 Einwohner im Jahr 1998 und mit 215 Personen im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1998 jeweils an dritter Stelle unter den ostdeutschen Ländern, nach Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Tabelle A-L.25). Den westdeutschen Personalbesatz im wissenschaftlichen und künstlerischen Bereich unterschreitet Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 um 11,6%, im Jahresdurchschnitt 1995 bis 1998 um 13,3%, d. h. es hat sich im Zeitverlauf eine leichte Annäherung an westdeutsche Verhältnisse vollzogen.

In den Hochschulen Sachsen-Anhalts waren im Jahr 1998 1.041 Professoren tätig (vgl. Tabelle A-L.26). Damit wies Sachsen-Anhalt das höchste Wachstum der Professorenzahlen unter den ostdeutschen Ländern auf (+23,3%). In Relation zur Einwohnerzahl liegt Sachsen-Anhalt mit 39 Professoren je 100.000 Einwohnern im Jahr 1998 im ostdeutschen Vergleich an vorletzter Stelle, hat aber stark aufgeholt (vgl. Tabelle A-L.27). Sachsen-Anhalt erreicht damit im Jahr 1998 89% des westdeutschen Professorenbesatzes.

Abbildung L.8:

Zahl der Professoren je 1.000 Studenten^a in Hochschulen nach Bundesländern^b 1998



^a Der Studentenzahl liegt die Zahl der in den Wintersemestern des jeweiligen Jahres immatrikulierten Studenten zugrunde, d. h. die Professorenzahl 1998 ist ins Verhältnis zur Studentenzahl im Wintersemester 1998/99 gesetzt, –

^b Neue Länder ohne Berlin, alte Länder nur Flächenländer.

Quelle: Berechnung und Darstellung des IWH nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Anders sieht es im Ost-West-Vergleich aus, wenn man die Zahl der Professoren in den sachsen-anhaltinischen Hochschulen in Relation zur Studentenzahl setzt: Auf 1.000 Studenten kommen in Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 32 Professoren (im Jahresdurchschnitt 1995 bis 1998: 31) (vgl. Abbildung L.8 und Tabelle A-L.28). In Westdeutschland waren es 20 bzw. 19. Damit bietet Sachsen-Anhalt im Jahr 1998 nach Mecklenburg-Vorpommern den zweithöchsten Besatz mit Professoren in Relation zur Studentenzahl, im Durchschnitt der Jahre 1995 bis 1998 lag Sachsen-Anhalt knapp hinter Thüringen an dritter Stelle.

Einnahmen aus Drittmitteln im Hochschulbereich

Das Verhältnis der Einnahmen aus Drittmitteln zu den Einnahmen aus Grundmitteln im Hochschulbereich gibt tendenziell Auskunft über die am Markt für Forschungsprojekte erwirtschafteten Einnahmen im Hochschulbereich und damit über die Bewertung der im Hochschulbereich durchgeführten Forschungsprojekte durch externe Auftraggeber. Dieser Drittmittelanteil liegt in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995 bis 1998 insgesamt bei 9,4% (Einnahmen aus Grundmitteln = 100%) und er war damit der zweithöchste nach jenem in Sachsen, der allerdings noch um 4,4 Prozentpunkte höher lag (vgl. Tabelle A-L.29). Und in den Hochschulen der westdeutschen Flächenländer lag dieser Anteil bei 16,4%, d. h. er war um 7,0 Prozentpunkte höher als der sachsen-anhaltinische Wert.

Ausgaben der Hochschulen

Die im Bereich der Hochschulen in Sachsen-Anhalt getätigten Ausgaben lagen im Zeitraum 1995-1998 insgesamt bei 6.937 Mio. DM (vgl. Tabelle A-L.22). Die Pro-Kopf-Ausgaben lagen in Sachsen-Anhalt über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg mit 2.560 DM je Einwohner an der zweiten Stelle nach Mecklenburg-Vorpommern und knapp vor Sachsen (vgl. Tabelle A-L.23). Im Beobachtungszeitraum wurde in den Hochschulen Sachsen-Anhalt – pro Kopf – rund 10% mehr ausgegeben als in den westdeutschen Flächenländern, was als ein Ausdruck des anhaltenden Neuaufbaus im Hochschulbereich seit der politischen Wende in Ostdeutschland und speziell in Sachsen-Anhalt angesehen werden kann.

Personalausstattung in öffentlichen Forschungseinrichtungen außerhalb von Hochschulen

Ein Indiz für die Ausstattung mit technischem Wissen im Bereich der öffentlichen Forschung außerhalb von Hochschulen kann die Zahl der Beschäftigten in diesen Einrichtungen – gemessen je 100.000 Einwohner – sein. Bei der Verwendung dieses Indikators wird davon ausgegangen, dass die Personalausstattung ein Faktor ist, der positiv auf die Generierung technischen Wissens wirken kann. Im Jahr 1997 waren in Sachsen-Anhalt rund 59 Personen (Vollzeitäquivalent) je 100.000 Einwohner in öffentlichen Forschungseinrichtungen tätig (vgl. Tabelle A-L.30). Damit weist Sachsen-Anhalt im Ver-

gleich der neuen Länder die geringste Pro-Kopf-Personalausstattung auf, wobei der Besatz in Thüringen mit rund 61 Personen je 100.000 Einwohnern nicht wesentlich höher ausfällt.

3.2.3.4 Zwischenfazit

Günstige Rahmenbedingungen für die Produktion und Adaption technischen Wissens weist das Land speziell im Bereich der Hochschulen auf. Bei den Ausgaben der Hochschulen stand Sachsen-Anhalt 1995-98 an zweiter Stelle unter den ostdeutschen Ländern. Bei der Personalausstattung lag Sachsen-Anhalt im mittleren Bereich, hat aber bei der Professorenzahl den stärksten Zuwachs verzeichnen können. Die Hochschulen in Sachsen-Anhalt konnten ebenso wie jene in den anderen neuen Ländern bedingt durch eine günstige Relation von Professoren- und Studentenzahlen gute Studienbedingungen bieten, und sie verfügten dadurch über günstige Bedingungen für die Forschung. Dies scheint sich in Sachsen-Anhalt auch positiv auszuwirken: Die Hochschulen Sachsens-Anhalts wiesen unter den ostdeutschen Ländern die zweitgünstigste Relation von Drittmitteln und Grundmitteln (Sachsen hatte die günstigste Relation) auf. Diese vergleichsweise hohe Relation von Drittmitteln und Grundmitteln kann außerdem als Indiz für eine relativ gute Bewertung der Forschungsergebnisse am Markt angesehen werden. Der durchschnittliche westdeutsche Drittmittelanteil wurde aber bei weitem noch nicht erreicht.

Anders als im Hochschulbereich sind die Bedingungen zur Produktion und Adaption von technischem Wissen im sogenannten Unternehmenssektor (Unternehmen und Einrichtungen der Gemeinschaftsforschung) im Ländervergleich eher ungünstig. Die FuE-Personalausstattung und die FuE-Aufwendungen im Unternehmenssektor waren unterdurchschnittlich und blieben hinter der generellen ostdeutschen Entwicklung zurück.

Bei den Patentanmeldungen wies Sachsen-Anhalt im Beobachtungszeitraum 1995-1999 im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern eine mittlere Position auf. Thüringen hatte in diesem Zeitraum die höchste und Mecklenburg-Vorpommern die geringste Zahl von Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner.

3.2.4. Infrastruktur

Aus ökonomischer Sicht kommt den verschiedenen Arten der sog. wirtschaftsnahen Infrastruktur, die unmittelbare Vorleistungen für die Unternehmen darstellen, eine besondere Bedeutung für das wirtschaftliche Ergebnis einer Region zu. Die Untersuchung konzentriert sich deshalb auf die wichtigsten Elemente der wirtschaftsnahen Infrastruktur, und zwar auf die Straßen, Schienenwege, Häfen, Flughäfen, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, Gewerbegebiete und -zentren sowie Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen. Ausgeklammert werden insbesondere die Informations- und Kommunikationsinfrastruktur sowie die Energieversorgungsinfrastruktur, die überall in den

neuen Ländern auf einem hochmodernen Stand sind. Nicht betrachtet wird auch der in erster Linie als haushaltsnah einzustufende Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs. Analog zur Betrachtung des Faktors privates Sachkapital lassen sich Aussagen über den Wert der Infrastrukturausstattung in Sachsen-Anhalt mit Hilfe der seit 1990 realisierten Investitionen machen. Zusätzlich werden auch physische Messgrößen sowie qualitative Angaben berücksichtigt.

Nachdem in der DDR nur wenige Ressourcen für die Erweiterung und Pflege der Infrastrukturausstattung eingesetzt wurden, ist seit der Wiedervereinigung in starkem Maße versucht worden, die bestehenden Defizite bei der Infrastruktur in Ostdeutschland zu vermindern. Gleichwohl besteht auch heute noch immer ein großer Nachholbedarf, eine „Infrastrukturlücke“, wenn man die Infrastrukturausstattung der alten Länder als Benchmark nimmt.³⁶ Zudem haben die Ansprüche an die Infrastruktur seit der „Wende“ erheblich zugenommen: So vollzog und vollzieht sich etwa der seit 1989 zu verzeichnende rasante Zuwachs der Fahrzeugzahlen und der Anstieg der Fahrleistungen je Fahrzeug „... auf einem Straßennetz, das dieser plötzlichen Belastung nicht gewachsen ist“³⁷.

In den anschließenden Unterabschnitten wird untersucht, welcher Ausbaustand der oben genannten Infrastrukturarten im Land Sachsen-Anhalt – relativ zu den anderen ostdeutschen Ländern – bis heute erreicht werden konnte. Bevor auf die einzelnen Infrastrukturarten eingegangen wird, werden zunächst Angaben zur Entwicklung der Infrastruktur insgesamt dargestellt.

Für den Vergleich zwischen verschiedenen Regionen stellt sich im Bereich der Infrastruktur die Frage nach der Normierung statistischer Daten anders als bei den meisten anderen Faktoren, die im Rahmen dieses Gutachtens untersucht werden. Üblicherweise findet eine Normierung mit den Einwohnern der Regionen statt. Dies erscheint auch für die Infrastruktur das beste Verfahren, soweit es sich um Punktinfrastruktur handelt. Bei Bandinfrastruktur hingegen, speziell bei Verkehrsinfrastruktur, kann demgegenüber die Normierung auf Flächeneinheiten zweckmäßiger sein; bei einer dispersen Siedlungsstruktur haben die Wirtschaftssubjekte längere Wege als bei einer stärker geballten Siedlungsstruktur zu überwinden, wenn sie ökonomische Transaktionen durchführen wollen. Der gängige Indikator „Infrastruktur je Einwohner“ eignet sich deshalb nur bedingt zur Messung der Ausstattung einer Region mit Bandinfrastruktur. „Denn bei geringer Dichte ist die Länge (etwa, d. Verf.) der Straßen pro Einwohner notwendiger-

³⁶ Vgl. hierzu die im Jahr 2000 vorgelegten Gutachten im Auftrag der ostdeutschen Länder: HERNOLD, P.; RAPPEN, H.: Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht. RWI (Hrsg.). Essen 2000. – BEHRING, K. u. a.: Untersuchungen zum infrastrukturellen Nachholbedarf der neuen Bundesländer in ausgewählten Bereichen. ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.). Dresden 2000.

³⁷ Umwelt und Verkehr. Ministerium für Raumordnung und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), 2., überarbeitete Auflage, Magdeburg, Dezember 1998, S. 10.

weise größer als bei dichter Besiedlung.“³⁸ Deshalb ist es vorzuziehen, im Rahmen des Ländervergleichs alle Verkehrswege auf die Flächen der Regionen zu beziehen.

3.2.4.1 Infrastruktur insgesamt

Analog zur Betrachtung des privaten Sachkapitals lässt sich auch für die Infrastruktur der Bestand an modernem Sachkapital näherungsweise mit Hilfe der Investitionen abbilden. Regionalisierte Angaben über die Infrastrukturinvestitionen des Bundes liegen nur für Teilbereiche der Infrastruktur vor, auf welche weiter unten eingegangen wird. Die Gesamtheit der Infrastrukturinvestitionen der Länder und der Kommunen³⁹ ist in Tabelle L.23 dargestellt. Diese Gesamtinvestitionen enthalten natürlich neben Ausgaben in den Bereichen, die im Zentrum der Betrachtung stehen sollen, auch Ausgaben für andere Bereiche der Infrastruktur. Tabelle L.23 zeigt, dass in Sachsen-Anhalt im Zeitraum von 1992-1997 je Einwohner zwar nur etwas weniger Investitionen durchgeführt wurden als im Durchschnitt aller neuen Länder, aber auf jeden Fall deutlich weniger als in Sachsen; insgesamt deutet sich damit eine knapp mittelmäßige Infrastrukturausstattung des Landes Sachsen-Anhalt an.

Die Kommunen sind für verschiedene besonders wichtige Infrastrukturbereiche zuständig. Wie Tabelle L.23 zeigt, spricht auch die Heranziehung der kommunalen Investitionen für die Vermutung einer leicht unterdurchschnittlichen Infrastrukturausstattung in Sachsen-Anhalt.

Für die meisten der in die Betrachtung einbezogenen Bereiche – wichtige Ausnahmen stellen die überörtlichen Verkehrswege sowie die Hochschulen und überregionalen Forschungseinrichtungen dar – besteht die Möglichkeit der Förderung eines Teils der Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW). Es handelt sich hierbei vor allem um besonders wirtschaftsnahe und kleinräumige Infrastrukturinvestitionen, wie Maßnahmen im Bereich der Abwasser- und Abfallbeseitigung, des Baus von Aus- und Fortbildungsstätten, des Ausbaus von Gewerbezentren, des Ausbaus von Technologiezentren, des Baus von Fremdenverkehrseinrichtungen, der Erschließung und Wiederherrichtung von Gewerbegebäude. Betrachtet man die Gesamtsummen der für die genannten Zwecke geförderten Investitionen, so ergibt sich für den Zeitraum von 1991-1999 für Sachsen-Anhalt ein eher wenig positives Bild (vgl. Abbildung L.9). Je Einwohner gerechnet liegt das Land zwar nur leicht unter dem ostdeutschen Durchschnittswert, aber deutlich unter Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen.

³⁸ BEHRING, K. u. a., a. a. O., S. 24.

³⁹ Unabhängig davon, ob Teile der Finanzierungslasten von übergeordneten Jurisdiktionen getragen werden.

Tabelle L.23:

Öffentliche Investitionen^a nach Bundesländern 1992-1997

Land/Region	Insgesamt				darunter Investitionsausgaben der Kommunen ^b	
	Mio. DM	DM je Einwohner	darunter Baumaßnahmen		Mio. DM	DM je Einwohner
			Mio. DM	DM je Einwohner		
Sachsen-Anhalt	25.643	9.326	20.591	7.488	21.069	7.662
Brandenburg	23.536	9.237	19.202	7.536	18.011	7.069
Mecklenburg-Vorpommern	17.370	9.485	13.673	7.466	13.356	7.293
Sachsen	51.037	11.148	42.559	9.297	41.799	9.131
Thüringen	25.860	10.296	20.494	8.159	20.062	7.987
Neue Länder ^c	143.446	10.089	116.519	8.195	114.297	8.039
Alte Länder ^d	340.610	5.533	253.098	4.111	279.653	4.543
Alte Länder ^e	368.009	5.460	272.062	4.036	279.653	4.149

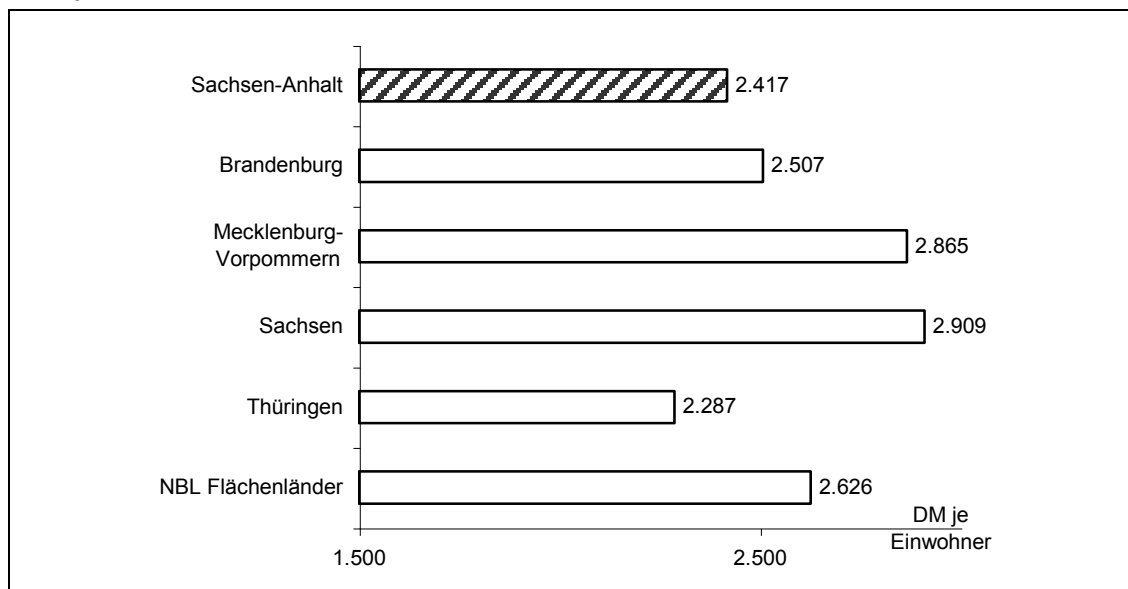
^a Baumaßnahmen (Schulen, Sportstätten, Städteplanung, Straßen u. a.), Vermögenserwerb (Erwerb an Grundstücken, Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens). – ^b Gemeinden, Gemeindeverbände, Zweckverbände. – ^c Ohne Berlin-Ost. – ^d Nur Flächenländer. – ^e Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung L.9:

Geförderte Infrastrukturinvestitionen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)

- DM je Einwohner -



Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Der Befund von Tabelle L.23 bestätigt tendenziell das bereits oben mit den Gesamtinvestitionen gezeichnete Bild.

Im Folgenden wird versucht, den Stand der Ausstattung in einzelnen Bereichen der Infrastruktur zu konkretisieren. Hierfür wird zunächst die Verkehrsinfrastruktur betrachtet.

3.2.4.2 Verkehrsinfrastruktur

a) Verkehrsprojekte Deutsche Einheit insgesamt

Ein positives Bild ergibt sich, wenn man die Gesamtinvestitionen betrachtet, die für überregionale Straßen und Schienenwege im Rahmen der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) zwischen 1994 und 1999 durchgeführt wurden. Mit ca. 750 DM je Einwohner bzw. knapp 99.000 DM je qkm wurde im Vergleich zum Durchschnitt der neuen Länder (ca. 450 DM je Einwohner; 58.400 DM je qkm) in Sachsen-Anhalt sowohl je Einwohner als auch je qkm nahezu das Doppelte an Investitionen realisiert (vgl. Tabelle L.24). Diese insgesamt hohen Investitionen dürfen jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass in allen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur überdurchschnittlich viele Investitionen vorgenommen wurden.

Tabelle L.24:

Investitionen für die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit^a nach Bundesländern 1994-1999

Land/Region	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Gesamtinvestitionen 1994-1999	
	DM je Einwohner							1.000 DM je qkm
Sachsen-Anhalt	26,0	70,0	123,8	141,0	190,8	199,1	745,6	98,7
Brandenburg	7,8	27,7	52,2	63,7	78,7	51,6	282,7	24,6
Mecklenburg- Vorpommern	12,8	58,7	61,4	76,8	111,1	187,4	505,7	39,1
Sachsen	23,1	42,5	73,6	87,7	65,9	56,8	349,1	85,9
Thüringen	1,4	11,1	25,5	88,6	137,8	140,7	402,0	61,7
Neue Länder ^b	15,8	41,7	69,4	92,3	110,5	119,0	447,3	58,4

^a Für den Zeitraum 1991-1993 konnten nicht alle Verkehrsprojekte Deutsche Einheit länderbezogen zugeordnet werden. – ^b Ohne Berlin.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; Berechnungen des IWH.

Zudem sagen diese Daten nichts über den Gesamtbestand an Infrastruktur oder die Qualität der Verkehrsinfrastruktur aus. Im Folgenden werden deshalb weitere Indikatoren herangezogen.

b) Straßen

In Bezug auf die Verkehrswege liegen sowohl Angaben über den Gesamtkapitalbestand als auch solche über die Investitionen vor. In erster Linie sollen die *überörtlichen* Straßen betrachtet werden; hierzu zählen die Autobahnen, Bundes-, Landes- und Kreisstraßen. Tabelle L.25 zeigt, dass die Ausstattung des Landes Sachsen-Anhalt mit überörtlichen Straßen bezogen auf die Flächeneinheit etwa dem Durchschnitt aller neuen Länder entspricht. Bezogen auf die Flächeneinheit zeigt sich die beste Ausstattung in Sachsen. Die mittlere Position Sachsen-Anhalts bei den überörtlichen Straßen wird allerdings dadurch relativiert, dass das Land bei den Bundesautobahnen, die für die Anbindung an weiter entfernte Regionen besonders wichtig sind, deutlich schlechter als der Durchschnitt der neuen Länder ausgestattet ist; bezogen auf die Fläche erreichen Brandenburg und Sachsen doppelt so hohe Werte wie Sachsen-Anhalt. Auch bei den Landesstraßen ist die Ausstattung Sachsen-Anhalts im ostdeutschen Vergleich unterdurchschnittlich.

Hinsichtlich der Kreisstraßen, die besonders für die Erschließung der Fläche und als Zubringer zu den höherrangigen Straßen relevant erscheinen, liegt die Ausstattung in Sachsen-Anhalt, bezogen auf die Fläche, über dem Durchschnitt der neuen Länder, aber deutlich hinter Sachsen, (vgl. Tabelle L.25). Über dem ostdeutschen Durchschnitt liegt auch die Ausstattung im Bereich der Bundesstraßen.

Tabelle L.25:

Straßenlänge pro Quadratkilometer Fläche nach Bundesländern 1999

- in km -

Land/Region	überörtl. Straßen insgesamt	Bundes- autobahnen	Bundes- straßen	Landes- straßen	Kreis- straßen
Sachsen-Anhalt	0,521	0,010	0,114	0,188	0,209
Brandenburg	0,425	0,026	0,094	0,196	0,109
Mecklenburg-Vorpommern	0,419	0,010	0,089	0,139	0,181
Sachsen	0,741	0,023	0,132	0,256	0,329
Thüringen	0,630	0,015	0,121	0,348	0,146
Neue Länder (ohne Berlin)	0,526	0,017	0,107	0,215	0,187
Alte Länder (nur Flächenländer)	0,702	0,037	0,119	0,257	0,289

Quelle: Behring u. a., a. a. O.

Eine Betrachtung der Investitionen im Bundesfernstraßenbau für den Untersuchungszeitraum lässt für die Autobahnen plus die Bundesstraßen des Landes Sachsen-Anhalt eine eher ungünstige Position erkennen. Wie Tabelle L.26 deutlich macht, lagen die Investitionen des Bundes sowohl je Einwohner als auch je Flächeneinheit unter den Durchschnittswerten für die neuen Länder.

Tabelle L.26:

Investitionen für den Bundesfernstraßenbau^a nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)

Land/Region	Gesamtinvestitionen ^b im Zeitraum 1991-1999	
	DM je Einwohner	1.000 DM je qkm
Sachsen-Anhalt	1.316	176
Brandenburg	2.096	182
Mecklenburg-Vorpommern	1.428	112
Sachsen	1.149	285
Thüringen	1.350	209
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	1.554	204
Alte Länder (nur Flächenländer)	743	185
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	712	193

^a Bundesautobahnen, Bundesstraßen, Neu- und Ausbau, Erneuerung, Bundesanteil. – ^b Ist-Angaben, einschließlich Projekte Aufschwung Ost (1991, 1992) sowie Projekte Deutsche Einheit.

Quelle: Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen; Berechnungen des IWH.

Auch für die Summe von Bundes- und Landesstraßen sowie für die Kreisstraßen wurde im Lande von 1992 bis 1997 weniger als im Durchschnitt der neuen Länder investiert, wie Tabelle L.27 zeigt. Lediglich bei den Gemeindestraßen (örtliche Straßen) erreichten die Investitionen in Sachsen-Anhalt einen etwas über dem Durchschnitt der neuen Länder liegenden Wert.

Tabelle L.27:

Gesamtinvestitionen für den Straßenbereich nach Bundesländern 1992-1997 (Summe)

Land/Region	Bundes- und Landesstraßen		Kreisstraßen		Gemeindestraßen	
	DM pro Einwohner	1.000 DM pro qkm	DM pro Einwohner	1.000 DM pro qkm	DM pro Einwohner	1.000 DM pro qkm
Sachsen-Anhalt	364	49	158	21	1.156	155
Brandenburg	524	45	199	17	1.044	90
Mecklenburg-Vorpommern	764	60	260	21	1.041	82
Sachsen	579	144	189	47	1.176	292
Thüringen	514	80	189	29	1.306	203
Neue Länder ^a	540	71	194	26	1.154	152
Alte Länder ^b	231	58	101	25	621	155
Alte Länder ^c	212	57	92	25	611	165

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Über die örtliche Straßeninfrastruktur liegen deutlich weniger Daten als für den überörtlichen Bereich vor. Nach einer Erhebung des Deutschen Städte- und Gemeindebundes weisen 56% aller Gemeindestraßen in Ostdeutschland einen schlechten Zustand auf; demgegenüber hat das Ifo-Institut für Westdeutschland einen Wert von nur 22% ermittelt.⁴⁰ Als ein Indikator für die örtliche Straßeninfrastruktur können die im Rahmen der GRW geförderten Verkehrsinfrastrukturinvestitionen dienen, die sich ausschließlich auf örtliche Verkehrswege beziehen dürften. Wie Tabelle L.28 zeigt, kann Sachsen-Anhalt bei dieser Investitionsart nur unterdurchschnittliche Werte vorweisen. Dieses Ergebnis steht in einem gewissen Widerspruch zu dem Bild der Tabelle L.27 und müsste noch durch weitere Untersuchungen ergänzt werden, bevor sich eindeutige Aussagen zur örtlichen Verkehrsinfrastruktur ableiten lassen.

Tabelle L.28:

Geförderter Ausbau von Verkehrsanbindungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)

- DM je Einwohner -

Land/Region	Investitionssumme 1991-1999
Sachsen-Anhalt	90,6
Brandenburg	92,9
Mecklenburg-Vorpommern	699,1
Sachsen	320,5
Thüringen	44,0
Neue Länder (ohne Berlin)	235,1

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Es stellt sich die Frage, wie sich die geschilderte physische Ausstattung mit Straßen in Sachsen-Anhalt auf die Qualität der Straßenverbindungen auswirkt. Für die Beantwortung dieser Frage lassen sich Indikatoren heranziehen, die sich auf die Erreichbarkeit von Orten oder Regionen beziehen, die Luftliniengeschwindigkeit sowie Angaben über das Unfallgeschehen auf den Straßen.

- Die Erreichbarkeit ist die real zurückzulegende mittlere zeitliche Distanz, die von den Wirtschaftssubjekten in einer Region bei einer Fahrt mit einem bestimmten Verkehrsmittel (hier: LKW oder PKW) von ihrem jeweiligen Standort aus mindestens aufgewendet werden muss, um bestimmte Zielorte zu erreichen.⁴¹ Insbesondere

⁴⁰ Vgl. BEHRING, K. u. a., a. a. O., S. 28.

⁴¹ Vgl. zu diesem Indikator die Darstellung bei KOMAR, W.; MÜLLER, G.; MÜLLER, R.; ROTH-FELS J.: Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen, Das Beispiel der neuen Länder, 2. Zwischenbericht. Halle 2000, S. 111 f.

werden im Rahmen der gängigen Indikatorenbildung regionsexterne Agglomerationsräume als Zielorte betrachtet. Die Erreichbarkeit ist nicht nur von der Qualität der Verkehrswege in einer Region abhängig, sondern auch von ihrer Lage im Raum, insbesondere von der Nähe zu regionsexternen Agglomerationsräumen. Die Erreichbarkeit sagt auch nur wenig über den jeweils überwundenen Raumabstand aus, sie ist aber für die Wirtschaftssubjekte in einer Region und ihre Entscheidungen von größter Bedeutung.⁴² In Tabelle L.29 sind als Zielorte die drei nächstgelegenen Agglomerationsräume außerhalb der jeweiligen Region oder der nächste Terminal des kombinierten LKW-Eisenbahn-Ladungsverkehrs („KLV-Terminal“) aufgenommen worden. Tabelle L.29 zeigt, dass von 1995-1998 die Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen in Sachsen-Anhalt in etwa im gleichen Ausmaß verbessert worden ist wie in der Gesamtheit der neuen Länder.

Insgesamt gesehen erreichte Sachsen-Anhalt bei allen Erreichbarkeitsindikatoren 1998 deutlich bessere (d. h. niedrigere) Werte als der Durchschnitt der neuen Länder. Nur Sachsen und Brandenburg können bei einzelnen Indikatoren (Sachsen: bei der Lkw-Fahrzeit zum nächsten KLV-Terminal und bei der Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen im Pkw-Verkehr; Brandenburg: bei der Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen im Pkw- und Pkw-/Luftverkehr) bessere Werte aufweisen.

- Das soeben entworfene positive Bild relativiert sich bei einer Betrachtung des Indikators der sog. Luftliniengeschwindigkeit. Dieser Indikator setzt die Luftlinienentfernung zwischen der jeweiligen Region und Zielen außerhalb der Region in Relation zum minimalen Zeitaufwand für das Erreichen der Zielorte und wird in „Kilometer pro Stunde“ gemessen.⁴³ Eine hohe Luftliniengeschwindigkeit kann als Indikator für eine hohe Qualität der Straßen in einer Region angesehen werden. Die in einer Studie von Eckey und Horn ermittelten Werte für die Luftliniengeschwindigkeit in Tabelle A-L.33 deuten auf eine unterdurchschnittliche Qualität der sachsenanhaltinischen Straßen hin.⁴⁴ Die Luftliniengeschwindigkeit ist mit 61,4 km/h in Sachsen-Anhalt die niedrigste in den neuen Ländern (der Durchschnitt liegt bei 63,8 km/h). Während die Erreichbarkeit des Landes nicht nur von der Straßen-Qualität i. S. ihres beachtlichen Zustandes, sondern auch von der Lage einer Region im Raum (etwa der Nähe zu regionsexternen Agglomerationen) beeinflusst wird, bezieht sich die Luftliniengeschwindigkeit nur auf die Qualität der Straßen. Das zuvor skizzierte Bild der unterdurchschnittlichen Ausstattung im Bereich der Straßen des Landes wird somit bestätigt.

⁴² Vgl. KOMAR, W.; MÜLLER, G.; MÜLLER, R.; ROTHFELS, J., a. a. O., S. 112.

⁴³ Vgl. zu diesem Indikator die Darstellung bei KOMAR, W.; MÜLLER, G.; MÜLLER, R.; ROTHFELS, J., a. a. O., S. 111 f.

⁴⁴ Vgl. ECKEY, H.-F.; HORN, K.: Die Angleichung der Verkehrsinfrastruktur im vereinigten Deutschland zwischen 1990-1999. Kassel 2000.

Tabelle L.29:

Erreichbarkeitsindikatoren^a nach Bundesländern 1995 und 1998

Land/Region	Lkw-Fahrzeit zum nächsten KLV-Terminal im Straßennetz		Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen im Pkw-Verkehr ^b , Pkw-/Luftverkehr ^c				Lkw-Fahrzeit zum nächsten KLV-Terminal im Straßennetz	Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen im Pkw-Verkehr ^b , Pkw-/Luftverkehr ^c		
	1995	1998	Pkw-Verkehr	Pkw-/Luftverkehr	Pkw-/Luftverkehr	Pkw-Verkehr		Pkw-/Luftverkehr		
	Minuten									1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	46	38	101	91	314	302	-17,39	-9,90	-3,82	
Brandenburg	66	68	105	95	302	287	3,03	-9,52	-4,97	
Mecklenburg-Vorpommern	57	72	160	135	348	338	26,32	-15,63	-2,87	
Sachsen	36	33	91	84	314	305	-8,33	-7,69	-2,87	
Thüringen	44	39	118	110	320	316	-11,36	-6,78	-1,25	
Neue Länder ^d	50	50	115	103	320	310	0,40	-10,43	-3,13	
Alte Länder ^e	30	28	84	81	261	258	-7,85	-3,59	-1,20	
Alte Länder ^f	25	22	79	77	259	254	-11,47	-2,66	-1,86	

^a Kennzeichnungen der überregionalen Lage eines Standortes im Individualverkehr anhand der durchschnittlichen Reisezeit in Minuten (Ergebnisse des Europäischen Verkehrsnetzmodells des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung) vom jeweiligen Kreishauptort aus zu ausgewählten Zielen (Agglomerationsräume, Terminals des kombinierten Ladungsverkehrs KLV). – ^b Durchschnittliche Reisezeit in Minuten zu den nächsten 3 Agglomerationsräumen im Pkw-Verkehr. Zu Grunde gelegt wurden die Bundesfernstraßen sowie ausgewählte Landes- und Kreisstraßen. – ^c Durchschnittliche Reisezeit zu allen 41 europäischen Agglomerationsräumen im Pkw-/Luftverkehr. Zu Grunde gelegt wurden alle Relationen mit mindestens werktäglicher Bedienung. – ^d Ohne Berlin-Ost. – ^e Nur Flächenländer. – ^f Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Berechnungen des IWH.

- Eine hohe Qualität der Straßenverkehrsinfrastruktur kann eine von zahlreichen Ursachen dafür sein, dass es in einer Region zu relativ wenig Verkehrsunfällen kommt. Demgemäß kann man die Zahl der Unfälle als einen näherungsweise Indikator für die Qualität der Straßen verwenden. Tabelle L.30 enthält die Zahl der Straßenunfälle je 1.000 Einwohner. Es zeigt sich, dass die Unfallzahlen in Sachsen-Anhalt über den gesamten Zeitraum deutlich über dem Durchschnitt der neuen Länder lagen, allerdings fällt die Zunahme von 1995 auf 1999 geringer aus als im Durchschnitt der neuen Länder und auch geringer als im Durchschnitt der alten Länder. Günstiger als bei den Unfällen steht Sachsen-Anhalt bei den Verunglücktenzahlen dar: Im Straßenverkehr des Landes verunglückten im Untersuchungszeitraum in etwa so viele Personen wie im Durchschnitt der neuen Länder (vgl. Tabelle A-L.31 im Anhang).

Insgesamt gesehen deuten die betrachteten Qualitäts-Indikatoren darauf hin, dass Sachsen-Anhalt aufgrund der Raumstrukturen (vgl. Unterabschnitt 3.2.7) eine günstige Erreichbarkeit, aber eher schlecht ausgebaute Straßen ausweist. Eine qualitative Verbesserung der Straßen dürfte die Lagevorteile des Landes erst voll zur Geltung bringen.

Tabelle L.30:

Straßenunfälle je 1.000 Einwohner nach Bundesländern 1991 und 1995-1999

Land/Region	1991	1995	1996	1997	1998	1999	1999/1995
	Unfälle je 1.000 Einwohner						in %
Sachsen-Anhalt	23,9	37,9	39,5	37,6	38,1	39,4	3,96
Brandenburg	23,8	40,2	40,7	39,3	38,6	40,3	0,19
Mecklenburg-Vorpommern	23,0	35,4	37,1	37,5	38,4	40,5	14,47
Sachsen	17,4	30,5	31,6	30,5	30,9	32,7	7,34
Thüringen	21,6	30,3	31,2	30,3	30,4	31,5	3,88
Neue Länder ^a	21,3	34,3	35,4	34,3	34,6	36,2	5,61
Alte Länder ^b	29,3	24,7	24,9	24,5	25,0	26,9	8,77
Alte Länder ^c	30,5	25,9	26,1	25,7	26,1	28,0	7,99

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Aus der Sicht der Landesregierung gab es zumindest 1998 noch wichtige Defizite der Straßenverkehrsinfrastruktur. Als die wichtigsten Baumaßnahmen im Straßennetz wurden damals der Ausbau der A2 und A9, die Fertigstellung der A14 und der Neubau der A38 mit Verbindungen zu den A14 und A9 (A143) genannt.⁴⁵ „Mit diesen wichtigen Nord-Süd- und Ost-West-Verbindungen soll die Erschließung der Wirtschaftsräume in Sachsen-Anhalt verbessert und die Verkehrsbelastung durch Durchgangsverkehr einer

⁴⁵ Vgl. Umwelt und Verkehr, a. a. O., S. 7.

großen Zahl von Ortschaften verringert werden.“⁴⁶ Im einzelnen sind folgende Maßnahmen gemeint:⁴⁷

- Ausbau A2 Hannover-Magdeburg-Berlin, VDE Nr. 11
- Ausbau A9 Nürnberg-Halle/Leipzig-Berlin, VDE Nr. 12
- Neubau A38 Göttingen-Halle-Leipzig mit A143 Westumfahrung Halle, VDE Nr. 13
- Neubau A14 Magdeburg-Halle, VDE Nr. 14

Mit der inzwischen erfolgten Fertigstellung der A14 ist die Ausstattung des Landes mit überregionaler Straßeninfrastruktur deutlich verbessert worden. Gemäß dem „Investitionsprogramm für den Ausbau der Bundesschienenwege, Bundesfernstraßen und Bundeswasserstraßen in den Jahren 1999 bis 2002“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen ist geplant, im genannten Zeitraum weitere wichtige Baumaßnahmen bei den überregionalen Straßen durchzuführen, die sich auf Qualität der Straßeninfrastruktur in Sachsen-Anhalt und die für ihre Operationalisierung verwendeten Indikatoren positiv auswirken dürften. Inzwischen ist für einen Teil der in dem genannten Bundesprogramm enthaltenen Maßnahmen bereits mit dem Bau begonnen worden. Von 1999-2002 sind für Sachsen-Anhalt insgesamt 2.371,5 Mio. DM für „prioritäre“ und „hochprioritäre“ Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen vorgesehen, das sind 895 DM je Einwohner. Im Durchschnitt der neuen Länder (nur Flächenländer) sind nur 748 DM je Einwohner vorgesehen.

c) Schienenwege

In den vorliegenden Statistiken wird unterschieden zwischen den als Verkehrsprojekte Deutsche Einheit (VDE) bezeichneten Kernmaßnahmen und allen sonstigen Maßnahmen zum Ausbau der Eisenbahnen in Sachsen-Anhalt, die offenbar speziell vom Land für besonders wichtig erachtet werden.⁴⁸ Insgesamt gesehen, erweist sich die Infrastrukturausstattung Sachsen-Anhalts in diesem Bereich als recht gut.

Betrachtet man zunächst die gesamte Streckenlänge im Bereich der Schienenwege, so liegt Sachsen-Anhalt innerhalb Ostdeutschlands mit 2.598 km hinter Brandenburg und Sachsen an dritter Stelle (vgl. Tabelle L.31). Allerdings ist die Qualität der Schienenwege unterschiedlich, so ist zwischen elektrifizierten und nicht-elektrifizierten, ein- und

⁴⁶ Vgl. ebenda.

⁴⁷ Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt, Nr. 28 vom 26. August 1999, Gesetz über den landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.8. 1999, nebst Begründung / Erläuterungen zum Gesetz (nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt enthalten), S. 17.

⁴⁸ Vgl. zu den einzelnen Maßnahmen, die in Sachsen-Anhalt gewünscht sind: Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt, Nr. 28 vom 26. August 1999, Gesetz über den landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.8. 1999, nebst Begründung/Erläuterungen zum Gesetz (nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt enthalten), S. 15-17.

zweigleisigen Strecken, ICE-, EC/ IC-, IR- und Nebenstrecken zu unterscheiden. Es wird hier darauf verzichtet, die in absoluten Werten gemessene Ausstattung Sachsen-Anhalts mit den jeweiligen Streckenarten vorzustellen.⁴⁹ Vielmehr soll sogleich eine normierte Betrachtung der Schienenwege erfolgen, wobei wegen ihrer höheren Aussagekraft die Normierung auf Flächeneinheiten gewählt wird. Wie aus den Tabellen A-L.35, A-L.36 und A-L.37 ablesbar ist, zeigt sich für Sachsen-Anhalt bei

- eingleisig elektrifizierten Strecken in etwa der Durchschnittswert der neuen Länder insgesamt,
- eingleisig nicht elektrifizierten Strecken ein leicht überdurchschnittlicher Wert im Vergleich mit den neuen Ländern insgesamt, wobei Sachsen und Thüringen deutlich höhere Werte aufweisen,
- zweigleisig elektrifizierten Strecken ein deutlich höherer Wert als für den Durchschnitt der neuen Länder, wobei Sachsen und Brandenburg in etwa gleich hohe Werte wie Sachsen-Anhalt aufweisen,
- zweigleisig nicht elektrifizierten Strecken wiederum etwa der Durchschnittswert der neuen Länder,
- ICE-, EC- und IC-Strecken, soweit zweigleisig elektrifiziert, der beste Wert innerhalb der neuen Länder,
- IR-Strecken, soweit zweigleisig elektrifiziert, der drittbeste Wert in Ostdeutschland, nach Sachsen und Brandenburg, immerhin überdurchschnittlich.

Tabelle L.31:

Länge des Bahnnetzes nach Ausbaustand und Bundesländern 1999

- in km -

Land/Region	Eingleisig elektrifiziert	eingleisig nicht elektrifiziert	zweigleisig elektrifiziert	Zweigleisig nicht elektrifiziert	Streckenlänge insgesamt
Sachsen-Anhalt	207	1.416	855	120	2.598
Brandenburg	352	1.259	1.276	27	2.914
Mecklenburg-Vorpommern	386	909	506	2	1.803
Sachsen	183	1.620	788	276	2.868
Thüringen	78	1.362	377	62	1.878
Neue Länder (ohne Berlin)	1.206	6.566	3.802	487	12.061
Alte Länder (nur Flächenländer)	2.716	9.415	10.316	2.182	24.628

Quelle: Behring u. a., a. a. O., S. 38.

⁴⁹ Vgl. hierzu die Darstellung bei BEHRING, K. u. a., a. a. O., S. 38-42.

Insgesamt deutet sich damit eine recht gute qualitative Ausstattung des Landes mit Schienenwegen an.

Die bereits oben zitierte Studie von Eckey und Horn kommt hinsichtlich der Güte der Schienenwege zum Ergebnis, dass Sachsen-Anhalt 1999 eine „Luftliniengeschwindigkeit“ von 54,82 km/h erreicht wurde. Das Land liegt damit unter dem Durchschnitt der neuen Länder, allerdings nach Brandenburg/Berlin und Mecklenburg-Vorpommern an dritter Stelle (vgl. Tabelle A-L.38). Damit muss das zuvor entworfene positive Bild etwas relativiert werden.

Eine gute quantitative und etwas schlechtere qualitative Ausstattung mit Schienen sagt allerdings noch nichts darüber aus, ob für die Bewohner einer Region mit Hilfe der Eisenbahn gute Verbindungen zu Orten außerhalb der Region und/oder innerhalb der Region gegeben sind. Die Fahrplanpolitik der DB gegenüber den Orten und Teilräumen des Landes wird in der Öffentlichkeit vielfach als unzureichend kritisiert. Die durchschnittliche Reisezeit in Minuten, die benötigt wird, um die nächsten drei Agglomerationsräume im Schienenverkehr zu erreichen, lag 1998 für Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Ländern zwar ganz besonders niedrig (vgl. Tabelle L.32).

Tabelle L.32:

Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen im Schienenverkehr^a nach Bundesländern 1995 und 1998

- durchschnittliche Reisezeit in Minuten -

Land/Region	1995	1998	1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	111	108	-2,70
Brandenburg	116	122	5,17
Mecklenburg-Vorpommern	182	157	-13,74
Sachsen	123	122	-0,81
Thüringen	152	152	0,00
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	137	132	-3,36
Alte Länder (nur Flächenländer)	98	96	-1,53
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	87	86	-1,77

^a Durchschnittliche Reisezeit zu den nächsten 3 Agglomerationsräumen im Schienenverkehr. Zu Grunde gelegt wurden die Verbindungen des Schienenpersonenfernverkehrs in Europa.

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Berechnungen des IWH.

Hierzu ist anzumerken, dass die günstige Erreichbarkeit für das Land nicht berücksichtigt, wie lange ein Fahrgast warten muss, bis der nächste Zug abfährt, oder wie weit der Weg zum nächsten Bahnhof ist. Weiterhin ist die gute Erreichbarkeit offenbar eher eine Folge der günstigen Lage des Landes im Raum als der guten Qualität der Schienenwege.

Demgemäß sind die angegebenen Erreichbarkeitsdaten der Tabelle L.32 sehr vorsichtig zu interpretieren.

d) Häfen und Wasserstraßenkreuze

Die Binnenschifffahrt in Sachsen-Anhalt hat sich in den neunziger Jahren durchaus positiv entwickelt. „Im Jahr 1995 erzielte die Binnenschifffahrt in den Häfen des Landes Sachsen-Anhalt einen Güterumschlag von ca. 7 Mio. t. Dies entspricht einer Steigerung zum Vorjahr von 29,7%. Im Jahr 1996 war dagegen ein leichter Rückgang um 6% zu verzeichnen.“⁵⁰ Innerhalb der neuen Länder nahm Sachsen-Anhalt 1997 bei den Binnenwasserstraßen eine Spitzenstellung ein. Wie Tabelle L.33 zeigt, wies das Land 1997 am meisten Häfen, die längsten Kaianlagen und den höchsten Güterumschlag auf; bei den anderen Indikatoren erreichte Sachsen-Anhalt jeweils den zweitbesten Wert.

Tabelle L.33:

Ausstattung und Güterumschlag der deutschen Binnenhäfen nach Bundesländern 1997

Land/Region	Güterumschlag in 1.000 t	Kailänge in m	Krananlagen in Stück	Freilager in m ²	Anzahl der Häfen
Sachsen-Anhalt	4.286	5.929	15	182.645	5
Brandenburg	2.672	3.890	23	129.030	4
Mecklenburg-Vorpommern	90	1.200	9	20.000	1
Sachsen	519	4.440	12	220.000	3
Neue Länder ^a (ohne Berlin)	8.793	16.459	60	551.675	14
Alte Länder (nur Flächenländer)	170.620	306.022	888	9.984.330	61

^a Die Summe stimmt nicht mit einer Addition der Einzelwerte überein, weil in der Summe auch die nicht einzeln erfassten Binnenhäfen enthalten sind.

Quelle: Behring u. a., a.a. O., 2000, S. 89.

Dabei ist natürlich zu berücksichtigen, dass die Möglichkeiten der Binnenschifffahrt in einer Region „... von den in der Nähe der vorhandenen Wasserstraßen gelegenen Industriestandorten und Förderstätten der schifffahrtsaffinen Rohstoffe“⁵¹ abhängig sind.

e) Flughäfen

Auf dem Territorium des Landes Sachsen-Anhalt liegen verschiedene kleine und mittelgroße Flughäfen. Zu erwähnen sind hier vor allem die Regionalflugplätze in Magdeburg und Halle-Oppin, die primär dem regionalen Geschäftsreiseverkehr und dem Flugsport

⁵⁰ Umwelt und Verkehr, a. a. O., S. 36.

⁵¹ BEHRING, K. u. a., a. a. O., S. 91.

dienen.⁵² Bei Stendal ist ein Standort für einen „internationalen Verkehrsflughafen für Berlin und Nordostdeutschland“⁵³ geplant.

Bei diesen Planungen spielt der Umstand eine Rolle, dass bereits in unmittelbarer Nähe des Landes ein internationaler Verkehrsflughafen existiert: „Zwar nicht auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt gelegen, hat der Flughafen Leipzig-Halle eine außerordentliche Bedeutung für den Luftverkehr des Landes.“⁵⁴ Vor allem die Wirtschaftssubjekte im südlichen Teil Sachsen-Anhalts können den Flughafen Leipzig-Halle sehr rasch erreichen. Aufgrund dieses Sachverhalts hat sich das Land Sachsen-Anhalt ebenso wie die Stadt Halle am Flughafen Leipzig-Halle beteiligt. Der Flughafen kann als ein wichtiger positiver Standortfaktor für den südlichen Teil des Landes angesehen werden.

Hinsichtlich der Qualität von Flughäfen ist es nicht einfach, Indikatoren zu bilden. Das Aufkommen an Fluggästen oder an Starts und Landungen sagt nichts über die Kapazitäten eines Flughafens aus, sondern nur etwas über die Wertschätzung des Flugverkehrs, des jeweiligen Flughafens und ggf. der Region, in welcher der Flughafen liegt. In Ermangelung von aussagefähigeren Daten soll hier gleichwohl ein Blick auf die Starts und Landungen auf dem Flughafen Leipzig-Halle – im Vergleich zu anderen Flughäfen – geworfen werden (vgl. Tabelle L.34):

Im Vergleich zum Flughafen Dresden zeigt der Flughafen Leipzig-Halle im Untersuchungszeitraum eine etwas bessere Entwicklung; die Unterschiede sind aber gering. Gemessen an den Werten für Westdeutschland sowie Berlin ist Leipzig-Halle etwa vergleichbar mit Bremen oder Münster-Osnabrück. Gleichwohl ist die Kapazität des Flughafens nicht zu unterschätzen:

„Das Transportaufkommen auf dem Flughafen Leipzig-Halle erfuhr seit 1991 eine enorme Entwicklung. Im Jahr 1995 wurde nahezu die 39-fache Menge an Gütern und Post im Vergleich zum Jahr 1991 umgeschlagen. Damit wurde 1995 ein vorläufiges Maximum hinsichtlich des Gütertransportaufkommens erreicht. Die günstige Lage des Flughafens inmitten des Wirtschaftsraumes Halle-Leipzig, an zwei Bundesautobahnen und nahe zum Güterverteilzentrum Leipzig, sowie die geplanten Verbesserungen der infrastrukturellen Anbindung und die Erweiterung des Flughafens bilden ... gute Voraussetzungen für die weitere rasche Entwicklung des Gütertransportaufkommens. Dabei bilden die Transporte von Luftpost mit einem Anteil am Gesamtgütertransportaufkommen von 87% im Jahr 1995 den absoluten Schwerpunkt.“⁵⁵

⁵² Vgl. Umwelt und Verkehr, a. a. O., S. 10.

⁵³ Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt, Nr. 28 vom 26. August 1999, Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.8. 1999, nebst Begründung/Erläuterungen zum Gesetz (nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt enthalten), S. 19.

⁵⁴ Umwelt und Verkehr, a. a. O., S. 9 f.

⁵⁵ Umwelt und Verkehr, a. a. O., S. 35.

Tabelle L.34:

Gestartete und gelandete Flugzeuge nach Flughäfen, neuen und alten Ländern 1995 und 1999

Flughafen	gestartete und gelandete Flugzeuge 1995-1999 insgesamt	Anteil an der Gesamtsumme		
		1995	1999	1999/1995
	1.000	in %		Veränderung in %
Leipzig/Halle	242	2,94	2,37	-19,36
Dresden	224	2,73	2,09	-23,37
Erfurt	19	-	0,92	-
Frankfurt-Main	2.011	20,81	21,74	4,48
Düsseldorf	928	10,12	9,61	-5,05
Hannover	462	5,25	4,69	-10,63
Köln-Bonn	714	7,33	7,49	2,17
München	1.292	11,76	14,81	25,85
Münster-Osnabrück	290	3,36	2,90	-13,73
Nürnberg	409	4,37	4,15	-5,09
Saarbrücken	111	1,38	1,09	-21,19
Stuttgart	679	6,88	7,12	3,54
Hamburg	760	8,19	7,75	-5,43
Bremen	246	2,75	2,52	-8,61
Berlin gesamt	1.102	12,13	10,77	-11,25
Neue Länder (ohne Berlin)	485	5,67	5,38	-5,02
Alte Länder (nur Flächenländer)	6.895	71,25	73,58	3,27
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	9.003	94,33	94,61	0,30

Quelle: Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen; Berechnungen des IWH.

Die neue Runway des Flughafens ist für Flugzeuge aller Kategorien und Größen geeignet. Positiv hervorzuheben ist weiterhin, dass kein Nachtflugverbot besteht und dass in unmittelbarer Nähe zum Flughafen große Areale an Gewerbegebieten zur Verfügung stehen.

3.2.4.3. Ver- und Entsorgung

Die Qualität der Ver- und Entsorgungsinfrastruktur lässt sich mit Hilfe der Länge der Leitungssysteme, des Anschlussgrades sowie des Sanierungsbedarfs der Leitungssysteme messen. Bei einem hohen Sanierungsbedarf sind die beiden anderen Indikatoren mit starken Vorbehalten zu betrachten. Denn sanierungsbedürftige Rohrleitungen drohen vielfach zu kollabieren, was zu Engpässen bei den Haushalten und Unternehmen sowie (beim Trinkwasser) zu teuren Wasserverlusten führt.

Für 1995 wurden die Wasserverluste beim Trinkwasser für Sachsen-Anhalt – gemessen in % der gesamten Wasserabgabe – mit 15,3 angegeben, der Durchschnittswert für die neuen Länder und Berlin (Ost) mit 23,5.⁵⁶ Dies deutet auf eine im ostdeutschen Vergleich gute Wasserversorgungsinfrastruktur im Lande hin (in den alten Ländern betrug der Wert nur 7,8%). Nach einer älteren Schätzung aus den frühen neunziger Jahren bestand für Sachsen-Anhalt für die Jahre 1990-2000 ein Sanierungsbedarf bei den Abwasserkanälen in Höhe von 4.130 Mio. DM, für die neuen (Flächen-)Länder insgesamt von 16.367 Mio. DM.⁵⁷ Je Einwohner (qkm) gerechnet bedeutet dies für Sachsen-Anhalt einen Wert von 1.563 DM (202.428 DM) und für die neuen Länder von 1.173 DM (151.998 DM).

Hinsichtlich des Anschlussgrades an die öffentliche Wasserversorgung gibt es zwischen den einzelnen neuen Ländern nur geringfügige Unterschiede. Bereits 1995 waren in den neuen Ländern nahezu alle Einwohner in die öffentliche Wasserversorgung angeschlossen (vgl. Tabelle L.35). Lediglich in Brandenburg war der Anschlussgrad deutlich niedriger.

Tabelle L.35:

Anschlussgrad der Bevölkerung an die öffentliche Wasserversorgung nach Bundesländern 1995

Land/Region	Anteil der Bevölkerung mit öffentlicher Wasserversorgung an der Bevölkerung insgesamt in %
Sachsen-Anhalt	98,55
Brandenburg	92,92
Mecklenburg-Vorpommern	98,72
Sachsen	97,59
Thüringen	99,67
Neue Länder (ohne Berlin)	97,45
Alte Länder (nur Flächenländer)	98,73

Quelle: Behring u. a., a. a. O., S. 101.

Wie Tabelle L.36 zeigt, ist der Anschlussgrad der Bevölkerung an Kläranlagen in Sachsen-Anhalt der zweithöchste (nach Mecklenburg-Vorpommern) in Ostdeutschland.

Hinsichtlich der Länge des Kanalnetzes liegen lediglich Angaben für das Jahr 1995 vor. Wie Tabelle L.37 zeigt, erreichte die Länge des Kanalnetzes pro qkm in Sachsen-Anhalt 1995 den dritthöchsten Wert in Ostdeutschland. Bezogen auf die Einwohner lag das sachsen-anhaltinische Kanalnetz sogar an zweiter Stelle (nach Thüringen).

⁵⁶ Vgl. HERNOLD, P.; RAPPEN, H., a. a. O., S. 84.

⁵⁷ Vgl. ebenda.

Tabelle L.36:

Anschlussgrad der Bevölkerung an Kläranlagen^a nach Bundesländern^b
- in % -

Land/Region	Anschlussgrad der Bevölkerung an Kläranlagen
Sachsen-Anhalt	74,4
Brandenburg	66,5
Mecklenburg-Vorpommern	76,0
Sachsen	ca. 70
Thüringen	60,0
Neue Länder (ohne Berlin)	60-76
Alte Länder (Flächenländer)	90-97

^a Ohne Kleinkläranlagen, – ^b Stand: 1999 für Baden-Württemberg, Niedersachsen, 1998 für Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Thüringen, 1997 für Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, NRW, 1995 für Schleswig-Holstein.

Quelle: Behring u. a., a. a. O., S. 122.

Tabelle L.37:

Länge des Abwasserkanalnetzes nach Bundesländern 1995

Land/Region	insgesamt in km	pro qkm Fläche in km	pro Einwohner in m
Sachsen-Anhalt	9.705	0,47	3,54
Brandenburg	7.601	0,26	2,99
Mecklenburg-Vorpommern	5.833	0,25	3,20
Sachsen	14.343	0,78	3,14
Thüringen	9.521	0,59	3,80
Neue Länder (ohne Berlin)	47.003	0,43	3,32
Alte Länder (nur Flächenländer)	335.562	1,36	5,43

Quelle: Behring u. a., a. a. O., S. 111.

Der zuletzt angeführte Indikator, die Länge des Abwasserkanalnetzes je Einwohner, sagt deutlich mehr über die Qualität der Abwasserentsorgung aus als der Anschlussgrad an Kläranlagen. Ein „Anschluss“ ist auch gegeben, wenn die Abwässer der Haushalte über kurze, örtliche und vielfach nicht fachgerecht erstellte Teilkanalisationstrecken und unzureichend ausgestattete Kleinkläranlagen in den nächstgelegenen Vorfluter eingeleitet werden.⁵⁸ Das bedeutet, dass Sachsen-Anhalt aufgrund der guten Ergebnisse beim Indikator „Länge des Abwasserkanalnetzes pro Einwohner“ im Bereich der Abwasserentsorgung im ostdeutschen Vergleich als gut ausgestattet gelten kann.

⁵⁸ Vgl. BEHRING u. a., a. a. O., S. 112 f.

3.2.4.4 Gewerbegebiete und -zentren

Gewerbegebiete zeichnen sich dadurch aus, dass sie mit verschiedenen Strecken- und Punktinfrastruktureinrichtungen versehen sind. Zu den Streckeninfrastruktureinrichtungen zählen Wasser-, Abwasser- und Energieversorgungsleitungen; Punktinfrastruktureinrichtungen sind beispielsweise Gebäude, wie sie für Gewerbe- und Technologiezentren erbaut werden. Schließlich sind noch Flächeninvestitionen wie solche zur Wiederherrichtung von Gewerbegebäude zu erwähnen.

Wie Tabelle L.38 zeigt, lag die im Rahmen der GRW geförderte Investitionssumme je Einwohner für

- Gewerbezentren in Sachsen-Anhalt am zweitniedrigsten,
- Technologiezentren in Sachsen-Anhalt in etwa im ostdeutschen Durchschnitt,
- Erschließung und Wiederherrichtung von Gewerbegebäude in Sachsen-Anhalt leicht über dem Durchschnitt der neuen Länder.

Tabelle L.38:

Geförderte Investitionen im Bereich von Gewerbegebieten und -zentren im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)

- DM je Einwohner -

Land/Region	Ausbau von Gewerbezentren	Ausbau von Technologiezentren	Erschließung und Wiederherrichtung von Gewerbegebäude
Sachsen-Anhalt	52,2	65,9	1.062,7
Brandenburg	62,8	86,6	1.092,0
Mecklenburg-Vorpommern	78,0	29,4	689,2
Sachsen	105,0	76,8	812,5
Thüringen	34,8	35,7	1.114,1
Neue Länder (ohne Berlin)	71,3	63,1	948,4

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Insgesamt lässt sich unter Zugrundelegung der in Tabelle L.38 enthaltenen Indikatoren auf eine in etwa durchschnittliche Ausstattung des Landes mit Gewerbegebieten und -zentren schließen.

3.2.4.5 Innovations-, Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen

Die Technologie- und Gründerzentren (TGZ) stellen nicht nur Flächen für junge Firmen bereit, sondern sind auch als wesentliche Elemente der Innovations-Infrastruktur anzusehen. Aus den Daten (Stand 1998) der Tabelle L.39 zu den TGZ in den neuen Ländern ist zu erkennen, dass die Auslastung der TGZ in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt der

neuen Länder insgesamt liegt. Vergleicht man die Größe der Firmen in den TGZ nach ihrer Beschäftigtenzahl, so ist diese in Mecklenburg-Vorpommern am größten und in Sachsen-Anhalt am geringsten.

Tabelle L.39:

Unternehmen, Beschäftigte und Flächenauslastung der Technologie- und Gründerzentren (TGZ) nach Bundesländern 1998

Land/Region	Zahl der TGZ	Zahl der Firmen	Beschäftigte	Beschäftigte pro Firma	Flächenangebot	
					in qm	vermietet in %
Sachsen-Anhalt	9	267	1.236	4,6	40.106	79,6
Brandenburg	13	329	1.882	5,7	55.044	80,6
Mecklenburg-Vorpommern	7	236	1.532	6,5	30.019	89,5
Sachsen	19	614	3.248	5,3	118.079	77,5
Thüringen	8	266	1.332	5,0	37.004	86,5
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	56	1.712	9.230	5,4	280.252	80,9

Quelle: BARANOWSKI, G.; RAETZ, B.: Innovationszentren in Deutschland 1998/99, Berlin 1998; Berechnungen des IWH.

Als Fazit für die Ausstattung Sachsens mit TGZ lässt sich festhalten, dass sie weitgehend jener der anderen neuen Länder entspricht. Die in den TGZ angesiedelten Firmen sind von ihrer Beschäftigtenzahl her bisher kleiner geblieben als die TGZ-Firmen in den neuen Ländern insgesamt.

Neben den TGZ verfügt Sachsen-Anhalt über ein Netz von Einrichtungen zum Zweck des Technologietransfers (vgl. dazu auch Kap. 4.2.4), die ebenfalls der Innovationsinfrastruktur zuzuordnen sind. Die Mehrzahl dieser Technologietransferstellen wurde bereits zu Beginn der 90er Jahre eingerichtet und ist inzwischen in dauerhafte Kooperationsbeziehungen mit ostdeutschen Wissenschaftseinrichtungen, Unternehmen und Behörden eingebunden. Gleichzeitig besteht ein Defizit an überregionalen Kooperationen, wie aus einer Evaluation dieser Transferstellen hervor geht.⁵⁹ Für einen Vergleich dieser Einrichtungen mit ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern liegen kaum einschlägige Angaben vor. Aus dem Umstand, dass die Technologietransferstellen Sachsens und Bayerns 28%, die Sachsen-Anhalts aber nur 12% ihrer Einnahmen durch Dienstleistungen für Unternehmen erzielen, wird in der Evaluationsstudie geschlussfolgert, dass in letzteren ungünstigere materielle Voraussetzungen als in anderen Ländern gegeben sind, um z. B. bestimmte Technologien zu demonstrieren, Tests und Prüfungen durchzuführen.

⁵⁹ Vgl. PROGNOSE; VDI/VDE-IT: Evaluation von Technologietransfereinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren in Sachsen-Anhalt. Schlussbericht, Magdeburg u. a. 2000 (unveröff.), S. 235.

ren oder Prototypen zu produzieren.⁶⁰ Ferner wird darauf verwiesen, dass die Technologietransferstellen Sachsen-Anhalts in größerem Umfang mit der Beratung zu Fördermittelfragen befasst sind als dies in Sachsen und Bayern der Fall ist. Darin wird eine Aufgabenüberschneidung mit anderen Einrichtungen der Unternehmensberatung gesehen. Insgesamt gilt der Bekanntheitsgrad sowohl von TGZ als auch von Einrichtungen des Technologietransfers in Sachsen-Anhalt als noch zu gering und daher verbesserungsbedürftig.⁶¹

Die innovationsorientierte Infrastruktur wird in Sachsen-Anhalt ferner ergänzt durch verschiedene Forschungseinrichtungen der gewerblichen Wirtschaft, die sich im wesentlichen aus neu gegründeten FuE-Dienstleistern (Forschungsunternehmen) und sog. Forschungs-GmbH zusammen setzen, die durch Ausgliederung von FuE-Kapazitäten aus Industriekombinaten oder von An-Instituten aus Hochschulen entstanden sind (vgl. dazu auch Kap. 4.2.4).

Für den Bereich der Wissenschafts- und Bildungsinfrastruktur liegen im Ländervergleich nur Indikatoren für den Hochschulsektor vor. Im Anschluss an die Darstellung dieser Indikatoren wird ein kurzer Blick auf die Ausstattung des Landes mit hochschulexternen öffentlichen Forschungseinrichtungen geworfen.

Als physische Indikatoren für die Infrastrukturausstattung im Bereich der Hochschulen lassen sich die sog. Hauptnutzfläche⁶² sowie die Zahl der Studienplätze heranziehen, die sich aus der jeweiligen Hauptnutzfläche ergeben.⁶³ In Sachsen-Anhalt stehen derzeit (1. März 2000) etwa 520.000 qm an bewerteter *Hauptnutzfläche* an den Universitäten und Fachhochschulen zur Verfügung. „Umgerechnet mit den jeweiligen Flächenrichtwerten ergibt sich ein Bestand von ca. 29.900 flächenbezogenen Studienplätzen.“ Von 1991-1999 wurden ca. 33.000 qm Hauptnutzfläche durch Neubauten geschaffen, ca. 156.000 qm wurden saniert. Insgesamt sind demnach vom derzeitigen Bestand an bewerteter Hauptnutzfläche ca. 36% neugebaut bzw. saniert. In Bezug auf die *Studienplätze* ergibt sich: 10% neugebaut, 29,1% saniert, 60,9% nicht grundsaniert. Die bisher nicht grundsanierten Flächen sind teilweise vorläufig hergerichtet worden. Zum Bestand an Großgeräten liegen keine detaillierten Angaben vor.

Bezieht man den gegebenen Ausbaustand der Hochschulen (Stand: 1998) auf die Einwohner der einzelnen neuen Länder, so zeigt sich für Sachsen-Anhalt ein recht positives Bild; hier werden die Ergebnisse unterstützt, die sich in Bezug auf die Forschung und

⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁶¹ Vgl. ebenda, S. 255.

⁶² Bestandteile der Hauptnutzfläche sind die Flächen für Wohnen und Aufenthalt, Büroarbeit, Produktion, Hand- und Maschinenarbeit, Experimente, Lager, Verteilung und Verkauf, Bildung, Unterricht, Kultur, Heilen und Pflegen.

⁶³ Die folgenden Angaben sind entnommen aus dem Hochschulbaubericht des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 1991-1999, Stand: 22.05.2000.

Lehre an den Hochschulen ergeben haben. Sachsen-Anhalt liegt vor den meisten anderen neuen Ländern, allerdings doch deutlich hinter Sachsen erst an zweiter Stelle (vgl. Tabelle L.40).

Tabelle L.40:

Hauptnutzflächen und Studienplätze nach Bundesländern 1998

- je 1.000 Einwohner -

Land/Region	Hauptnutzfläche ^a in qm	Studienplätze ^b
Sachsen-Anhalt	87,6	10,7
Brandenburg	52,6	6,6
Mecklenburg-Vorpommern	72,9	9,4
Sachsen	114,6	13,1
Thüringen	69,0	8,3
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	84,6	10,1
Alte Länder (nur Flächenländer)	107,4	12,6
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	115,1	13,5

^a Ohne Flächen für Medizin und zentrale Einrichtungen einschließlich aller Vorhaben unter Vorbehalt sowie einschließlich aller Vorhaben Medizin. – ^b Bei den Universitäten und Gesamthochschulen wurden die Studienplätze in der Regel mit dem Mittelwert der Bandbreite der Flächenrichtwerte berechnet; einschließlich aller Vorhaben unter Vorbehalt sowie einschließlich aller Vorhaben Medizin.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Berechnungen des IWH.

Etwas relativiert wird das Bild Sachsen-Anhalts im Bereich der Hochschulen bei Betrachtung der Investitionen, die im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau (GHB) getätigt wurden. Hierzu zählen vor allem Ausgaben für Großgerätebeschaffungen, Baumaßnahmen, Büchergrundbestände, Grunderwerbe, Entwicklungsplanungen, Rechnernetze. Wie Tabelle L.41 zeigt, wurden zwar nur in Sachsen von 1991-1999 absolut gesehen mehr Mittel investiert als in Sachsen-Anhalt; je Einwohner gerechnet, lag die Höhe der Investitionen im Lande aber unter dem ostdeutschen Durchschnittswert. Bei einer Betrachtung nur des Zeitraums von 1995-1999 zeigt sich ein besseres Bild, d. h. für das Land zeigt sich eine positive Entwicklung:

Bei einer Betrachtung aller Investitionsausgaben der Hochschulen für den Zeitraum von 1991-1997 wird das zunächst entworfene positive Bild von Sachsen-Anhalts Hochschulinfrastruktur weiter relativiert. Wie Tabelle L.42 zeigt, wurde in diesem Zeitraum im Lande je Einwohner nur knapp so viel investiert, wie es dem Durchschnitt der neuen Länder entspricht; nur für Brandenburg ergibt sich ein niedrigerer Wert.

Wie Tabelle A-L.39 zeigt, konzentrierten sich die Ausgaben im Rahmen der GHB in Sachsen-Anhalt auf Baumaßnahmen. In diesem Bereich gab es zwischen 1995 und 1999 auch die stärksten Ausgabenzuwächse.

Tabelle L.41:

Ausgaben^a im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau nach Bundesländern 1991-1999 sowie 1995-1999 (Summen)

Land/Region	Ausgaben 1991-1999		Ausgaben 1995-1999	
	Mio. DM	DM je Einwohner	Mio. DM	DM je Einwohner
Sachsen-Anhalt	1.468	536	1.130	419
Brandenburg	1.245	487	960	373
Mecklenburg-Vorpommern	1.015	555	769	426
Sachsen	2.688	589	1.741	385
Thüringen	1.405	561	939	379
Neue Länder (ohne Berlin)	7.821	551	5.539	394
Alte Länder (nur Flächenländer)	25.528	415	14.473	233
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	29.409	436	16.491	243

^a Ist-Ausgaben.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Berechnungen des IWH.

Tabelle L.42:

Investitionsausgaben der Hochschulen nach Bundesländern 1991-1997 (Summe)

Land/Region	DM pro Einwohner
Sachsen-Anhalt	519
Brandenburg	354
Mecklenburg-Vorpommern	525
Sachsen	600
Thüringen	561
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	524
Alte Länder (nur Flächenländer)	359
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	383

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Anteile der Investitionsausgaben an den Gesamtausgaben der Hochschulen, die das relative Ausmaß der Erneuerung der baulichen und ausrüstungsseitigen Ausstattung charakterisieren, lagen in Sachsen-Anhalt im gesamten Beobachtungszeitraum bei 16,7% (vgl. Tabelle A-L.34). Damit lag der Investitionsanteil im ostdeutschen Ländervergleich in Sachsen-Anhalt gleichauf mit jenem in Sachsen am unteren Ende, und dieser Anteil ist zwischen 1995 und 1997 in Sachsen-Anhalt um 23,5% zurückgegangen. Einen Rückgang des Anteils der Investitionsausgaben gab es auch in Sachsen und Thüringen, wobei der Anteilsrückgang in Thüringen noch stärker als in Sachsen-Anhalt ausfiel. Der Anteil investiver Ausgaben an den Gesamtausgaben der Hochschulen lag im

Zeitraum 1995 bis 1997 in Sachsen-Anhalt um 5,9 Prozentpunkte über dem Vergleichswert für die westdeutschen Flächenländer, was sich aus den nachholenden Modernisierungen im Bau- und Ausrüstungsbereich im ostdeutschen Hochschulbereich, darunter in Sachsen-Anhalt, ergibt.

Hinsichtlich der hochschulexternen Forschungseinrichtungen ist festzuhalten, dass Sachsen-Anhalt über ein breites Spektrum an solchen Einrichtungen verfügt. Dies dürfte sich positiv auf die Stellung Sachsens-Anhalts in der internationalen Wissenschaftslandschaft, aber auch auf den Transfer von Forschungsergebnissen an die regionale Wirtschaft auswirken. Zur Zeit sind im Lande insgesamt 12 öffentlich finanzierte außeruniversitäre Forschungseinrichtungen angesiedelt. Jeweils vier davon befassen sich mit Forschungen auf den Gebieten der Physik und Technik, der Biologie sowie der Wirtschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften.⁶⁴

Betrachtet man die in Sachsen-Anhalt zwischen 1991 und 1997 getätigten Investitionen für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, so zeigt sich ein recht positives Bild der Forschungslandschaft, ganz anders als bei den Hochschulen: Wie Tabelle L.43 zeigt, wurden – je Einwohner gerechnet – in Sachsen-Anhalt mehr Investitionen als im Durchschnitt der neuen Länder getätigt, das Land liegt hier nach Thüringen an zweiter Stelle.

Tabelle L.43:

Investitionen im Bereich der Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen (einschl. Verwaltung) nach Bundesländern 1991-1997 (Summe)

- DM pro Einwohner -

Land/Region	Baumaßnahmen	Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Insgesamt
Sachsen-Anhalt	18,1	0,0	11,6	29,7
Brandenburg	13,7	0,0	5,9	19,6
Mecklenburg-Vorpommern	4,9	0,0	17,9	22,8
Sachsen	2,0	0,0	11,1	13,1
Thüringen	29,0	0,8	26,2	55,9
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	12,3	0,1	13,8	26,3
Alte Länder (nur Flächenländer)	12,3	0,1	11,9	24,3
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	12,5	0,2	11,2	23,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Schließlich sei noch ein kurzer Blick auf die Ausstattung des Landes mit schulischer Infrastruktur geworfen, gemessen an der Gesamtsumme der von 1991-1999 im Bereich

⁶⁴ Alle Angaben beruhen auf Auskünften des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt.

der Allgemein- und Berufsbildenden Schulen getätigten Investitionen pro Einwohner. Diese Ausstattung muss gemäß dem betrachteten Indikator als eher unbefriedigend gekennzeichnet werden. Sachsen-Anhalt liegt bei diesem Indikator deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt, in keinem der anderen ostdeutschen Länder wurden weniger Schul-Investitionen getätigt als in Sachsen-Anhalt (vgl. Tabelle L.44).

Tabelle L.44:

Investitionen im Bereich der Allgemein- und Berufsbildenden Schulen nach Bundesländern 1991-1999 (Summe)

Land/Region	Baumaßnahmen	Erwerb von unbeweglichem Sachvermögen	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	Insgesamt	Insgesamt in DM pro Einwohner
	Mio. DM				
Sachsen-Anhalt	2.017	9	204	2.230	808
Brandenburg	1.936	29	178	2.143	841
Mecklenburg-Vorpommern	1.491	25	138	1.654	899
Sachsen	3.683	53	398	4.134	900
Thüringen	1.874	27	237	2.138	848
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	11.001	143	1.155	12.299	862
Alte Länder (Flächenländer)	25.445	586	3.866	29.897	487
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	28.366	656	4.025	33.047	492

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

3.2.4.6 Zwischenfazit

Bei einer rückschauenden Betrachtung der einzelnen Ergebnisse zum Bestand an Infrastruktur in Sachsen-Anhalt ergibt sich zusammenfassend das folgende Bild: Engpässe zeigen sich in Sachsen-Anhalt bei den Straßen, insbesondere bei den Bundesautobahnen. Hinsichtlich der Schienenwege ergibt sich ein zwiespältiges Ergebnis, während sich für die übrigen Bereiche der Infrastruktur durchaus gute Ergebnisse feststellen lassen.

Betrachtet man die Gesamtsumme der im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) von 1992 bis 1999 geförderten Infrastrukturinvestitionen (für verschiedene Arten der eher kleinräumigen und besonders wirtschaftsnahen Infrastruktur), so ergibt sich für Sachsen-Anhalt ein eher negatives Bild. Je Einwohner gerechnet liegen die GRW-Infrastrukturinvestitionen im Lande deutlich unter dem ostdeutschen Durchschnitt und an vorletzter Stelle (vor Thüringen).

Ein besseres Bild zeigt sich, wenn man die Gesamtinvestitionen betrachtet, die für überregionale Straßen und Schienenwege im Rahmen der „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) zwischen 1994 und 1999 durchgeführt wurden. Im Vergleich zum Durch-

schnitt der neuen Länder wurde in Sachsen-Anhalt sowohl je Einwohner als auch je qkm nahezu das Doppelte an Investitionen realisiert. Diese insgesamt hohen Investitionen dürfen jedoch nicht zu der Schlussfolgerung führen, dass in allen Bereichen der Verkehrsinfrastruktur überdurchschnittlich viele Investitionen vorgenommen wurden. Für den Bau von Autobahnen und Bundesstraßen wurde von 1991 bis 1999 in Sachsen-Anhalt weniger als im ostdeutschen Durchschnitt investiert, das Gleiche gilt für den Zeitraum von 1992 bis 1997 auch für die Summe der Bundes- und Landesstraßen sowie die Kreisstraßen. Lediglich bei den Gemeindestraßen erreichten die Investitionen einen etwas über dem Durchschnitt der neuen Länder liegenden Wert.

Bei einer näheren Betrachtung der überörtlichen Straßen (Bundesfernstraßen, Landes- und Kreisstraßen) anhand von physischen Ausstattungsmerkmalen zeigt sich für Sachsen-Anhalt eine dem Durchschnitt der neuen Länder entsprechende Ausstattung. Bei den Kreisstraßen, die für die Erschließung der Fläche und als Zubringer für die höherrangigen Straßen dienen, lag die Ausstattung des Landes, bezogen auf die Fläche, über dem ostdeutschen Durchschnitt, während bei den Bundesautobahnen (1999) ein deutlich unterdurchschnittlicher Bestand festzustellen war.

Auch die Zahl der Straßenunfälle je 1.000 Einwohner, die im Lande über dem ostdeutschen Durchschnitt liegt, kann auf Qualitätsmängel der Straßen hindeuten. Demgegenüber liegt die Erreichbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt gemäss der sogenannten Erreichbarkeitsindikatoren über dem Durchschnitt der neuen Länder. Allerdings relativiert sich dieses Bild bei einer Betrachtung des Indikators der sog. Luftliniengeschwindigkeit. Dieser Indikator deutet auf eine unterdurchschnittliche Qualität der sachsen-anhaltinischen Straßen hin. Die Luftliniengeschwindigkeit ist in Sachsen-Anhalt die niedrigste in den neuen Ländern. Während die Erreichbarkeit des Landes nicht nur von der Straßenqualität, sondern auch von der Lage einer Region im Raum (etwa der Nähe zu regionsexternen Agglomerationen) beeinflusst wird, bezieht sich die Luftliniengeschwindigkeit nur auf die Qualität der Straßen. Das zuvor skizzierte Bild der unterdurchschnittlichen Ausstattung im Bereich der Straßen des Landes wird somit bestätigt. Insgesamt deutet sich an, dass hinsichtlich der quantitativen Ausstattung mit Autobahnen und hinsichtlich des Modernitätsgrades aller überörtlichen Straßen im Lande ein Defizit besteht.

Anders als bei den Straßen deuten die in die Strukturanalyse einbezogenen Indikatoren für die Schienenwege auf eine überdurchschnittliche Ausstattung des Landes hin. Bei den besonders wichtigen zweigleisig elektrifizierten Strecken lag die Ausstattung, gemessen in Streckenlänge pro qkm, in Sachsen-Anhalt deutlich über dem Durchschnittswert für die neuen Länder. Bei den zweigleisig elektrifizierten ICE-, EC- und IC-Strecken erreichte Sachsen-Anhalt einen über dem Durchschnittswert für die neuen Länder liegenden Wert. Die Luftliniengeschwindigkeit auf der Schiene lag in Sachsen-Anhalt zwar über dem Durchschnitt der *alten* Länder, jedoch unter dem Durchschnittswert für die *neuen* Länder einschließlich Berlins. Immerhin ist die Luftliniengeschwindigkeit in

Sachsen-Anhalt deutlich höher als in Sachsen und Thüringen. Die relativ guten Ergebnisse bei den Schienenwegen werden allerdings dadurch relativiert, dass die Fahrplanpolitik der Deutschen Bahn AG die Haltepunkte in Sachsen-Anhalt nur wenig mit IC- und noch weniger mit ICE-Zügen bedient.

Weitere Bereiche der Verkehrsinfrastruktur sind die Häfen und Flughäfen. 1997 wies das Land innerhalb der neuen Länder die meisten Häfen, die längsten Kaianlagen und den höchsten Güterumschlag auf; dies deutet im ostdeutschen Vergleich auf eine gute Ausstattung im Bereich der Häfen hin. Der Flughafen Leipzig-Halle weist eine sehr hohe Kapazität auf. Innerhalb der Gruppe der Flughäfen der neuen Flächenländer ist nur der Dresdner Flughafen mit dem von Leipzig-Halle vergleichbar, der Dresdner Flughafen konnte aber bislang weniger Starts und Landungen verbuchen.

Bei der wasserwirtschaftlichen Infrastruktur ist der Anschlussgrad an die öffentliche Wasserversorgung im Lande – wie in den meisten ostdeutschen Ländern – bei nahezu 100%. Der Anschlussgrad an Kläranlagen in Sachsen-Anhalt ist der zweithöchste in Ostdeutschland. Die Länge des Kanalnetzes je Einwohner war 1995 ebenfalls die zweithöchste in Ostdeutschland. Diese positiven Ergebnisse werden allerdings durch den bei den Rohrleitungsnetzwerken gegebenen hohen Sanierungsbedarf relativiert.

Bei einer Betrachtung der im Rahmen der GRW geförderten Investitionen für den Ausbau von Gewerbe- und Technologiezentren sowie für die Erschließung und Wiederherichtung von Gewerbegebieten ergibt sich für den Zeitraum von 1991 bis 1999, dass das Land in einigen Bereichen eine günstigere und in anderen eine ungünstigere Ausstattung als die neuen Länder insgesamt aufweist. Insgesamt erscheint die Ausstattung des Landes mit Gewerbegebieten und -zentren als durchschnittlich.

Schließlich ist noch als letzter Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur jener der Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen zu betrachten. Die Hochschulinfrastruktur des Landes ist recht gut. Bezieht man z. B. den 1998 erreichten Ausbaustand der Hochschulen auf die Einwohner des Landes, so liegt Sachsen-Anhalt vor den meisten anderen neuen Ländern, allerdings noch deutlich hinter Sachsen erst an zweiter Stelle. Überdurchschnittlich waren auch die Investitionen im Bereich der außeruniversitären Forschung, während die Investitionen im Hochschulsektor und auch im Bereich der Schulen unter den ostdeutschen Durchschnittswerten lagen.

3.2.5 Unternehmensstrukturen

Eine wichtige Determinante der regionalen Wirtschaftsentwicklung sind die vorhandenen Unternehmensstrukturen. Für die Zwecke der Strukturanalyse werden unter Unternehmensstrukturen erstens die gegebene unternehmerische Initiative, zweitens die Verflechtungen zwischen Unternehmen und drittens die Unternehmens- und Betriebsgröße verstanden (vgl. Abschnitt 2.3.5). In der im Jahr 1997 veröffentlichten Strukturanalyse

Sachsen-Anhalts wurden nur Teilaspekte der Unternehmensstrukturen betrachtet, insbesondere die Gewerbeanmeldungen und die Betriebsgrößenstrukturen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe.⁶⁵ Nunmehr wird versucht, einige Teilaspekte, insbesondere jene zur unternehmerischen Initiative und zu den Unternehmensverflechtungen, etwas stärker zu akzentuieren.

3.2.5.1 Unternehmerische Initiative

Unter der unternehmerischen Initiative wird das Ausmaß verstanden, in dem Personen bereit sind, Risiken auf sich zu nehmen und am Markt als Unternehmer tätig zu werden. Um sich dieser Frage empirisch zu nähern, werden im Folgenden drei Gruppen von Indikatoren herangezogen: erstens Indikatoren zur Abbildung des Unternehmer- und Unternehmensbestandes, zweitens Indikatoren zur Abbildung des Gründungsgeschehens und drittens Indikatoren, die die Häufigkeit der Inanspruchnahme von Mittelstandsförderprogrammen abbilden (vgl. zur Operationalisierung der unternehmerischen Initiative auch Abschnitt 2.3.5.1).

a) Unternehmer- und Unternehmensbestand

Zahl der Selbstständigen und Selbstständigenquote

Die hochgerechneten Zahlen des Mikrozensus weisen in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 78.000 Selbstständige⁶⁶ (Stand April) aus, was gegenüber dem Vergleichszeitpunkt April 1995 einer Verringerung der Selbstständigenzahl um 1.000 bzw. um -1,3% entspricht (vgl. Tabelle A-L.40). Auch in Mecklenburg-Vorpommern gab es einen Rückgang der Selbstständigenzahl, der mit -1,8% noch etwas stärker ausfiel. In den neuen Ländern insgesamt stieg die Zahl der Selbstständigen im Beobachtungszeitraum um 12,8% und in den alten Ländern um 7,3%. Ein wichtiges gesellschaftspolitisches Ziel ist es, dass in zunehmenden Maße auch Frauen den Schritt in die Selbstständigkeit gehen. Die Zahl der Frauen, die selbstständig sind, betrug in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 24.000 und im Vergleich zu 1995 stagnierte diese Zahl, sie hat sich zumindest nicht so ungünstig wie die Selbstständigenzahl insgesamt entwickelt. Die Veränderungsrate der Zahl der selbstständigen Frauen war damit die ungünstigste in Ostdeutschland (vgl. Tabelle

⁶⁵ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 119-128.

⁶⁶ Die Selbstständigenzahl und -quote wird auf der Grundlage personenbezogener Angaben im Rahmen der Erhebung des sogenannten Mikrozensus ermittelt. Ob sich jemand als abhängig beschäftigt oder selbstständig tätig ansieht, liegt also im Ermessen des Befragten. Mithin weist die ausgewiesene Selbstständigenquote eine gewisse Unschärfe auf, die zusätzlich noch durch das Problem der sogenannten Scheinselbstständigkeit verstärkt wird. Vgl. zur Aussagekraft des Indikators Selbstständigenquote z. B. WEISS, P.: Entwicklung von Existenzgründungen. Eine Bestandsaufnahme, in: Rüdinger, R.; Weiss, P. (Hrsg.): Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung. Berlin 1999, S. 41-59, hier speziell S. 44-46 (= Veröffentlichungen des Round Table Mittelstand, Bd. 2).

A-L.41). Nimmt man die sogenannte Selbstständigenquote, d. h. den prozentualen Anteil, den die Selbstständigen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen haben, so lag diese Quote in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 bei 7,2% (vgl. Tabelle A-L.42). Es handelte sich damit um die niedrigste Selbstständigenquote unter den ostdeutschen Flächenländern, wobei der Abstand zu Mecklenburg-Vorpommern, dem Land mit der zweitniedrigsten Selbstständigenquote nur äußerst gering ausfiel. Die Selbstständigenquote in Sachsen-Anhalt lag in 1999 bei 71% des westdeutschen Vergleichswertes. Die Selbstständigenquote der Frauen in Sachsen-Anhalt betrug im Jahr 1999 5%. Der Anteil selbstständiger Frauen ist im Vergleich der neuen Länder der niedrigste, und er lag damit unter der Gesamtselbstständigenquote, d. h. Frauen sind weniger häufig selbstständig als Männer. Dies ist in allen neuen Ländern und auch in den alten Ländern der Fall (vgl. Tabelle A-L.43).

Allein aus dem Umstand einer niedrigeren Selbstständigenquote im Vergleich zu anderen ostdeutschen Ländern bzw. zum westdeutschen Durchschnitt sind jedoch noch keine Implikationen für das Wirtschaftswachstum und für die Beschäftigungsentwicklung ableitbar. Empirische Befunde, die einen internationalen Vergleich von Selbstständigenquoten vornehmen, lassen keinen direkten positiven Zusammenhang zwischen der Höhe der Selbstständigenquote und der Höhe des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner sowie keinen negativen Zusammenhang zwischen der Selbstständigenquote und der Höhe der Arbeitslosigkeit erkennen. Im Gegenteil: hohe Selbstständigenquoten treten internationalen Vergleichen zufolge gerade in Staaten mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (z. B. Portugal, Spanien) oder hoher Arbeitslosigkeit (Spanien, Belgien, Irland, Finnland) auf.⁶⁷ Regionale Entwicklungsunterschiede können mithin nicht allein aus den quantitativen Ausprägungen der Selbstständigenquoten erklärt werden.⁶⁸ Ungeachtet der soeben beschriebenen Begrenzungen der Aussagefähigkeit von Selbstständigenquoten im internationalen Vergleich kann auf die Betrachtung der Selbstständigenzahlen und -quoten hier nicht verzichtet werden. Denn in einer Transformationswirtschaft ist die Bereitschaft, den Weg in die Selbstständigkeit zu gehen, eine wichtige Erfolgsvoraussetzung im Prozess der marktwirtschaftlichen Umgestaltung.

Neben den personenbezogenen Daten über das Ausmaß der Selbstständigkeit kann auf unternehmensbezogene Daten der Industrie- und Handelskammern (IHK) und der Handwerkskammern zurückgegriffen werden, um ein Bild über den Unternehmensbestand in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen neuen Ländern zu zeichnen.

⁶⁷ Vgl. RIDINGER, R.; WEISS, P.: Existenzgründungen in der Mittelstandspolitik, in: Dies. (Hrsg.), a. a. O., S. 18 f.

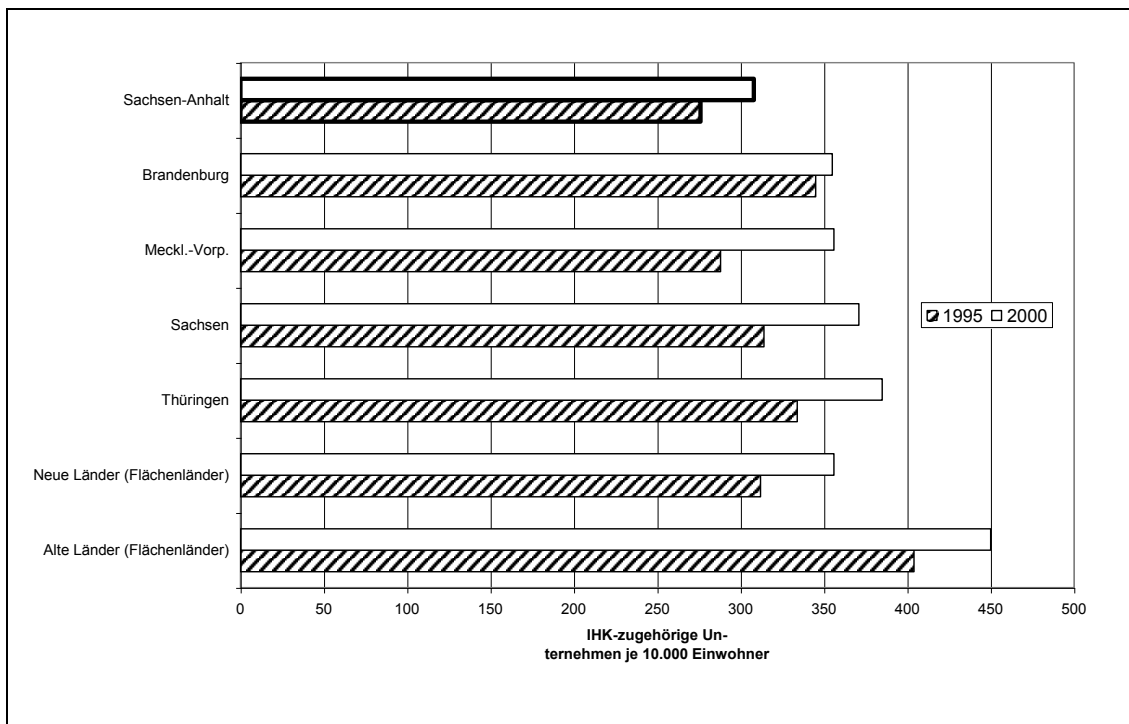
⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 19.

IHK-zugehörige Unternehmen

Im Jahr 2000 (Stand 1.1.) gehörten in Sachsen-Anhalt 81.546 Unternehmen den IHKs an. Dies waren 5.448 Unternehmen bzw. 7,2% mehr als 1995 (Stand 1.1.) (vgl. Tabelle A-L.44). Der Zuwachs der Zahl der kammerzugehörigen Unternehmen blieb damit um 4,6 Prozentpunkte unter dem Zuwachs des Bestandes der kammerzugehörigen Unternehmen in Ostdeutschland insgesamt. Die höchsten Zuwächse gab es in Mecklenburg-Vorpommern (+20,7%) und in Sachsen (+ 14,6%).

Abbildung L.10:

Zahl der IHK-zugehörigen Unternehmen je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 und 2000 (Stand jeweils 1. Januar)



Quelle: Darstellung des IWH nach Angaben des Deutschen Industrie- und Handelstages.

Bezieht man die Unternehmen auf die Einwohner, um über die Bundesländer hinweg einen Vergleich zur Ausstattung der Wirtschaft mit Unternehmen vornehmen zu können, dann steht Sachsen-Anhalt mit nur 308 Unternehmen pro 10.000 Einwohner zum 01.01.2000 an letzter Stelle der ostdeutschen Länder (vgl. Abbildung L.10 und Tabelle A-L.45), die im Durchschnitt über 356 Unternehmen pro 10.000 Einwohner verfügten und ihrerseits wiederum deutlich weniger Unternehmen als das frühere Bundesgebiet aufwiesen (450). Die Unternehmenslücke Sachsen-Anhalts beträgt bezogen auf die

Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern angehören, rund 37.600⁶⁹ Unternehmen, wenn man den Besitz der alten Länder als Maßstab wählt. Würde man außerdem die Handwerksunternehmen berücksichtigen, so fiel die Lücke noch um rund 460⁷⁰ Unternehmen größer aus, da Sachsen-Anhalt auch bei den Unternehmen der Handwerkskammern einen niedrigeren Bestand als Ostdeutschland insgesamt aufweist (vgl. die Befunde zum Besitz mit Handwerksunternehmen weiter unten in diesem Abschnitt). Diese Unternehmenslücke kann auf einer Reihe von Ursachen beruhen:

- Sie kann erstens eine Folge der Eigentumsverhältnisse darstellen. In zwei Regionen mit einer identischen Anzahl an Betriebsstätten kann sich die Anzahl der Unternehmen deutlich unterscheiden, wenn in der einen Region viele Einzelunternehmen und in der anderen viele Zweigbetriebe ansässig sind. Da nach dem Mauerfall vielfach westdeutsche oder ausländische Unternehmen Niederlassungen und Betriebsstätten in Ostdeutschland gegründet oder gekauft haben, dürfte ein hoher Anteil an Zweigbetrieben sicherlich einen Teil der Unternehmenslücke erklären. Allerdings dürfte auf der Basis dieser Erklärung die Unternehmenslücke in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Ländern nicht überdurchschnittlich groß sein, da sich die Anteile westdeutscher und ausländischer Eigentümer zwischen den neuen Ländern nur gering unterscheiden, wie in Abschnitt 3.2.5.2 gezeigt wird.
- Zweitens könnte die Unternehmenslücke aber auch das Ergebnis einer geringeren Gründungstätigkeit und/oder einer höheren Rate an Marktaustritten in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Ländern sein (vgl. die Ausführungen zum Gründungsgeschehen – Gewerbean- und -abmeldungen weiter unten in diesem Abschnitt). Eine geringere Gründungstätigkeit kann wiederum durch verschiedene Faktoren beeinflusst sein. Für die individuelle Gründungsentscheidung gelten insbesondere die Faktoren Gewinnerwartung, Qualifikation, Vermögenssituation und Risikoneigung als wichtig.⁷¹ Diese Faktoren werden auch von den regionalen Standortbedingungen und der Wirtschaftsstruktur in einer Region beeinflusst, denn die Gründungsforschung geht von einer starken regionalen und sektoralen Immobilität des Gründers aus. Dies bedeutet, dass eine Gründung häufig am bisherigen Arbeitsort des Gründers erfolgt und in einer Branche stattfindet, aus der der Gründer bereits Erfahrungen im Rahmen einer abhängigen Beschäftigung mitbringt. Beim Einfluss der Branchenstruktur auf die Gründungsdynamik können wiederum sektorspezifische Gewinnerwartungen und sektoral unterschiedlich ausgeprägte Markteintritts-

⁶⁹ Die Lücke würde 38.600 Unternehmen betragen, wenn der Besitz der alten Länder und Berlins zugrunde gelegt würde.

⁷⁰ Die Lücke bei den Handwerksbetrieben läge bei 700, wenn der Besitz der alten Länder und Berlins zugrunde gelegt würde.

⁷¹ Vgl. z. B. STEIL, F.: Determinanten regionaler Unterschiede in der Gründungsdynamik. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer. ZEW-Wirtschaftsanalysen, Bd. 34. Baden-Baden 1999, S. 76.

hürden von Bedeutung sein. Zu letzteren werden z. B. branchenspezifische Skalenerträge und Finanzierungsrestriktionen bei unvollkommenen Kapitalmärkten gezählt, die eine Gründung unter Umständen erschweren.⁷² Solche Finanzierungsrestriktionen könnten z. B. aus einer hohen branchentypischen Kapitalintensität herühren. Eine empirische Überprüfung dieser Hypothesen über die Bestimmungsgründe der Gründungstätigkeit ist jedoch wegen der Komplexität der möglichen Einflussgrößen und auch aufgrund der Schwierigkeiten, diese Einflussfaktoren zu operationalisieren, grundsätzlich schwierig und kann im Rahmen der Strukturanalyse nicht geleistet werden.

Zu den Handwerkskammern zugehörige Betriebe

Ein wichtiger Bestandteil des Unternehmens- bzw. Betriebsbestandes sind die zu den Handwerkskammern gehörenden Betriebe (Vollhandwerk). Die Zahl der Vollhandwerksbetriebe betrug in Sachsen-Anhalt per 31.12.1999 21.827 und stagnierte damit im Vergleich zur Zahl der Vollhandwerksbetriebe, die zu Beginn des Jahres 1995 im Land existierte. Diese Stagnation steht im Kontrast zur Entwicklung in sämtlichen anderen neuen Ländern und auch in den alten Ländern insgesamt, in denen die Zahl der Betriebe gestiegen ist (vgl. Tabelle A-L.46). Die Betriebsdichte, d. h. die Zahl der Vollhandwerksbetriebe je 10.000 Einwohner, betrug in Sachsen-Anhalt rund 82 (vgl. Tabelle A-L.47), nur in Mecklenburg-Vorpommern lag sie mit rund 81 noch niedriger. Thüringen weist mit rund 98 Betrieben die höchste Betriebsdichte auf.

b) Gründungsgeschehen – Gewerbean- und -abmeldungen

Unternehmerische Initiative äußert sich auch im Umfang des Gründungsgeschehens. Als Indikator zur Abbildung des Gründungsgeschehens werden hier die sogenannten Gewerbean- und -abmeldungen herangezogen, die auf der Gewerbeanzeigenstatistik fußen (zu den Begriffen – siehe Kasten).⁷³

⁷² Vgl. ebenda, S. 95.

⁷³ Gewerbeanzeigen sind laut Gewerbeordnung für Anmeldungen, Ummeldungen und Abmeldungen jeder gewerblichen Tätigkeit bei der zuständigen Behörde des Landes bzw. beim örtlichen Gewerbeamt gesetzlich zwingend vorgesehen. Vgl. STRUCK, J.: Gründungsstatistik als Informationsquelle der Wirtschaftspolitik. Eine empirische Analyse statistischer Quellen mit internationalem Vergleich. FGF Entrepreneurship Research Monographien, Bd. 13. Köln, Dortmund 1998, S.74 ff.

Erläuterungen zu ausgewählten Begriffen der Gewerbeanzeigenstatistik

Gewerbe: „Als Gewerbe gilt jede erlaubte selbständige Tätigkeit, die auf Dauer angelegt ist und mit der Absicht der Gewinnerzielung betrieben wird. Die Tätigkeiten, die der Gewerbeordnung unterliegen, regelt § 6 der GewO. Ausgenommen von der Anzeigepflicht ist die sogenannte Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Garten- und Weinbau sowie Bergbau), die freien Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare, Wirtschaftsprüfer, wissenschaftliche und künstlerische oder schriftstellerische Tätigkeiten), Versicherungsunternehmen und die Verwaltung eigenen Vermögens. Wird aber eine dieser nichtgewerblichen Tätigkeiten in Verbindung mit einer Gewerbetätigkeit ausgeübt, kommen die allgemeinen Bestimmungen der GewO zur Anwendung.“^a

Anmeldung/Abmeldung: „Eine Anmeldung ist abzugeben bei

- einer Neuerrichtung
- der Übernahme eines Betriebes durch Kauf, Pacht, Erbe, der Änderung der Rechtsform und Eintritt von Gesellschaftern,
- Zuzug aus einem anderen Meldebezirk.

... eine Abmeldung bei

- vollständiger Aufgabe des gesamten Gewerbebetriebes,
- teilweiser Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes,
- Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes wegen Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform und Austritt eines Gesellschafters,

„Hauptniederlassung: Mittelpunkt des Geschäftsverkehrs eines Betriebes, der sich bei Personenhandelsgesellschaften und juristischen Personen am Sitz des Unternehmens befindet. Er kann aber auch in der Wohnung des Gewerbetreibenden liegen.“^a

„Zweigniederlassung: Betrieb mit selbständiger Organisation, selbständigen Betriebsmitteln und gesonderter Buchführung, dessen Leiter Geschäfte selbständig abzuschließen und durchzuführen befugt ist.“^a

„Unselbstständige Zweigstelle: Feste örtliche Anlagen oder Einrichtungen, die der Ausübung eines stehenden Gewerbes dienen (z. B. ein Auslieferungslager), jedoch nicht die Bedingungen einer Zweigniederlassung erfüllen.“^a

„Stillegung eines echten Betriebes: Vollständige Aufgabe eines Betriebes (Hauptniederlassung, Zweigniederlassung/unselbständige Zweigstelle), der von einer natürlichen Person oder einer juristischen Person oder einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit (Personengesellschaft) geführt wurde. Bei einer natürlichen Person gilt aus Voraussetzung, dass sie ins Handelsregister eingetragen oder zuletzt mindestens einen Arbeitnehmer beschäftigt hat.“^a

^a STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 2. Unternehmen und Arbeitsstätten. Reihe 5. Gewerbeanzeigen. Dezember und Jahr 1998, Wiesbaden 1999, S. 4.

Sie geben, mit bestimmten Einschränkungen⁷⁴, über Markteintritte und Marktaustritte Auskunft. In Sachsen-Anhalt wurden im Zeitraum 1996 bis 1999 insgesamt 91.432 Gewerbeanmeldungen und 84.274 Gewerbeabmeldungen registriert, woraus sich ein positiver Saldo von 7.158 ergibt (vgl. Tabelle A-L.48). Gegenüber dem Jahr 1996 hat sich im Jahr 1999 die Zahl der Anmeldungen um -4,1% verringert. Mit dem Rückgang der Gewerbeanmeldungen bildet Sachsen-Anhalt keine Ausnahme, er vollzog sich, vermutlich infolge des Abflachens des Gründungsbooms in den ersten Jahren nach der politischen Wende, in fast allen ostdeutschen Ländern (mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns). Die Zahl der Abmeldungen ist um +8% gestiegen. Der jährliche Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen hatte sich im Zeitraum 1996 bis 1998, also in der Phase nach dem Abebben des Gründungsbooms in Ostdeutschland kaum verändert, er ist zwischen 1996 und 1998 lediglich um 0,8% gestiegen (vgl. Abbildung L.11 und Tabelle A-L.48). Im Jahr 1999 zeigt sich eine neue Situation. Erstmals übersteigt die Zahl der Gewerbeabmeldungen in Sachsen-Anhalt jene der Gewerbeanmeldungen. Diese Umkehrung des Vorzeichens bei den Nettogewerbeanmeldungen ist nur in Sachsen-Anhalt zu beobachten, wenngleich auch in anderen ostdeutschen Ländern im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr starke Rückgänge des positiven Saldos der Gewerbeanmeldungen zu verzeichnen waren.

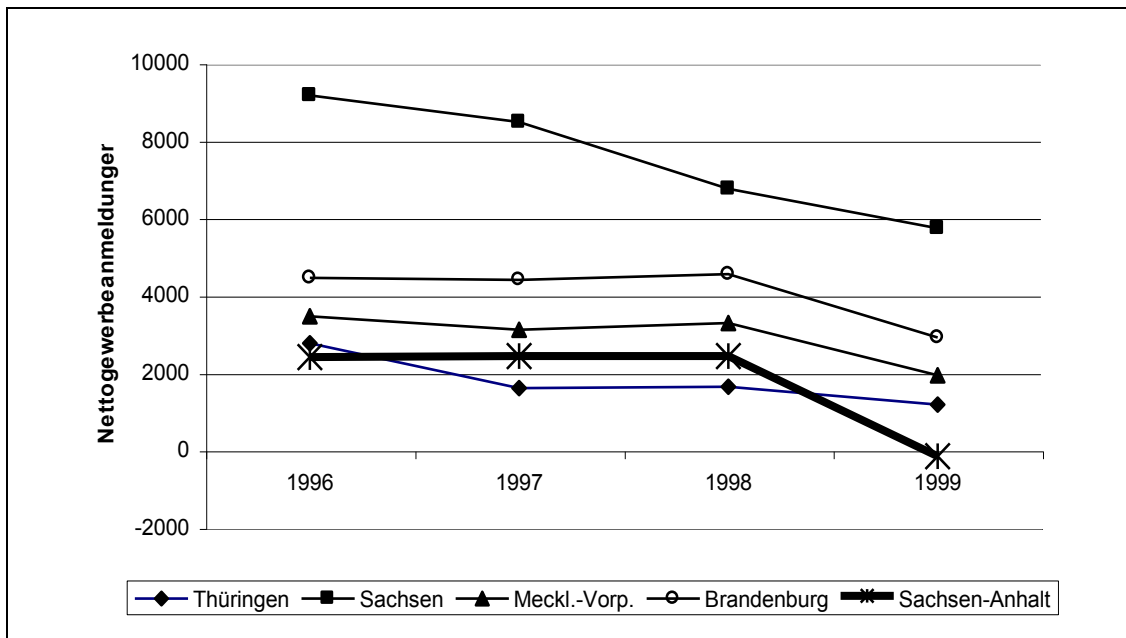
In Relation zur Einwohnerzahl weist Sachsen-Anhalt damit im gesamten Untersuchungszeitraum 1996 bis 1999 mit 26,6 Nettogewerbeanmeldungen je 10.000 Einwohner den niedrigsten Wert auf (vgl. Abbildung L.12 und Tabelle A-L.49). Sachsen-Anhalt erreichte in Relation zur Einwohnerzahl rund die Hälfte des ostdeutschen Durchschnittes.

Mit Blick auf die erstmals negativen Nettogewerbeanmeldungen in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999, die im Kontrast zur Ausprägung der Nettogewerbeanmeldungen in allen anderen neuen Ländern stehen, kann die Frage gestellt werden, ob in Sachsen-Anhalt womöglich eine andere Struktur der Gewerbeabmeldungen gegeben ist, die das Ausmaß echter Betriebsschließungen überzeichnet. Um dieser Frage nachzugehen, werden nachfolgend die Anlässe für Gewerbeabmeldungen untersucht. Sachsen-Anhalt weist im

⁷⁴ Einschränkungen bestehen zum einen darin, dass die Pflicht zur Gewerbean-, -um- und -abmeldung nur bei Gewerben im rechtlichen Sinne besteht, d. h. Freie Berufe, land- und forstwirtschaftliche Betriebe und andere Betriebe der Urproduktion werden in dieser Statistik nicht erfasst. Zum anderen ergeben sich Einschränkungen dadurch, dass nicht jede Gewerbeanmeldung auch zur Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit führt, dass nicht jede Gewerbeanmeldung mit einer Vollerwerbsexistenz gleichzusetzen ist, dass bei Personengesellschaften jeder geschäftsführende Gesellschafter eine Gewerbeanzeige abgeben muss (Doppel- und Mehrfachnennungen). Auch die Gewerbeabmeldungen lassen keine Rückschlüsse zu, ob diese beispielsweise auf wirtschaftlichen Misserfolg oder auf andere Gründe (z. B. Rechtsformänderung, Standortwechsel, Verkauf oder Liquidation unabhängig von der wirtschaftlichen Situation) zurückzuführen sind. Vgl. STRUCK, J.: Gründungsstatistik als Informationsquelle der Wirtschaftspolitik, a. a. O., S. 78 ff.

Abbildung L.11:

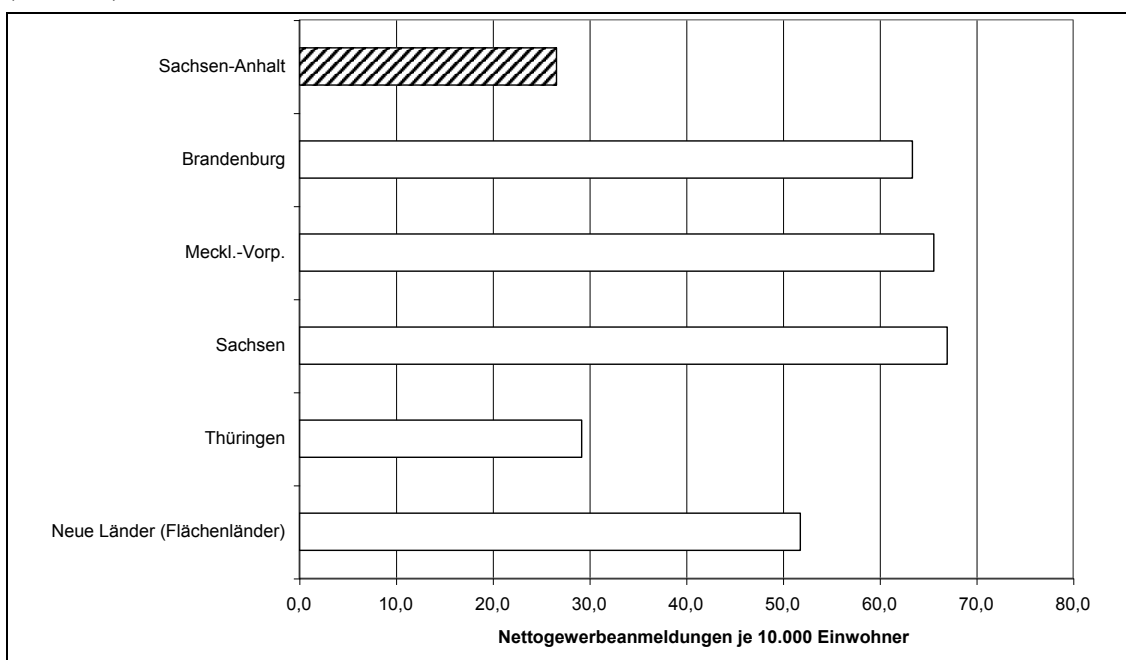
Zahl der Nettogewerbebeanmeldungen nach Bundesländern 1996-1999



Quelle: Darstellung des IWH nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter.

Abbildung L.12:

Zahl der Nettogewerbebeanmeldungen je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1996-1999 (Summe)



Quelle: Darstellung des IWH nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter.

Vergleich zu den anderen neuen Ländern keine besonders großen Abweichungen bei den Anlässen für Gewerbeabmeldungen auf, die etwa für eine Überzeichnung des Gewerbeabmeldegeschehens sprechen würden. Der Anteil der Stilllegungen echter Betriebe beträgt in Sachsen-Anhalt 74,8%, im Durchschnitt der neuen Länder beträgt er 74,5% (vgl. Tabelle A-L.50). Die teilweise oder vollständige Aufgabe weiterbestehender Betriebe, die – bei hoher Ausprägung in Sachsen-Anhalt – die negativen Nettogewerbeabmeldungen in einem weniger negativen Licht erscheinen lassen würde, hat einen Anteil von 21,7% an den Anmeldungen in Sachsen-Anhalt, und sie hat einen Anteil von 21,2% an den Abmeldungen in den neuen Ländern insgesamt. Der Anteil von Verlagerungen beträgt in Sachsen-Anhalt rund 3,5%, in den neuen Ländern liegt er bei 4,3%. Sachsen-Anhalt unterscheidet sich also bei den Anlässen für Gewerbeabmeldungen nicht wesentlich von der Situation in den neuen Ländern insgesamt.

c) Mittelstandsorientierte Kreditzusagen, Bürgschaften, Garantien und Kapitalbeteiligungen

Ein Indiz für das Vorhandensein unternehmerischer Initiative ist auch die Häufigkeit, mit der sogenannte Mittelstandsförderprogramme, dies sind in der Regel Darlehens- und Bürgschaftsprogramme, in Anspruch genommen werden. In diesem Indikator kommt tendenziell dynamisches Unternehmertum zum Ausdruck, dass sich hier in der Initiative bei der Kapitalbeschaffung bzw. im Eingehen eines Kreditrisikos äußert. Außerdem handelt es sich bei jenen Unternehmern oder Unternehmen, die Mittelstandsförderprogramme in Anspruch nehmen, um eine „Positivauswahl“. Diese Unternehmen müssen ein Unternehmenskonzept vorlegen, das typischerweise von den Hausbanken auf seine wirtschaftliche und finanzielle Tragfähigkeit geprüft wird, bevor die Förderinstanzen eine Entscheidung über die Mittelvergabe treffen. Hier wird im Folgenden zunächst die Häufigkeit untersucht, mit der in den Jahren 1995 bis 1999 unternehmensbezogene Förderprogramme der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Anspruch genommen wurden. Beide Banken gewähren hauptsächlich Mittel an Existenzgründungen bzw. an bestehende kleine und mittlere Unternehmen. Zusätzlich wird noch die Häufigkeit untersucht, mit der Bürgschaften und Garantien in Anspruch genommen werden, die von der Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt gewährt wurden. Abschließend wird auf die Rolle von Kapitalbeteiligungen für sachsen-anhaltische Unternehmen eingegangen. Es handelt sich wohlgerne um die Zahl der in Anspruch genommenen Darlehen, Bürgschaften und Garantien sowie Kapitalbeteiligungen. Aus diesen Zahlen können keine Rückschlüsse über die Zahl der Unternehmen, der geförderten Investitionsvorhaben o. ä. gezogen werden. Dies steht aber hier auch nicht im Vordergrund, sondern hier geht es um das Ausmaß unternehmerischer Initiative, das im

Engagement zur Kapitalbeschaffung und in der Bereitschaft zum Eingehen eines Kreditrisikos besteht.⁷⁵

In den Jahren 1995 bis 1999 wurden durch die Deutsche Ausgleichsbank in Sachsen-Anhalt 11.911 Kreditzusagen für Existenzgründer und mittelständische Unternehmen erteilt (vgl. Tabelle A-L.51). Die Zahl der Zusagen ist 1999 gegenüber 1995 um -59,3% zurückgegangen. Dies Rückgang war keine sachsen-anhaltinische Besonderheit, sondern er war – vermutlich wegen des Abebbens des Gründungsbooms der ersten Jahre nach 1990 – in sämtlichen neuen Ländern zu verzeichnen. Der Rückgang der Inanspruchnahme von DtA-Programmen fiel in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den anderen neuen Ländern noch am geringsten aus, er blieb um 8,2 Prozentpunkte unter der ostdeutschen Veränderungsrate. Je 10.000 Einwohner gab es im Zeitraum 1995 bis 1999 in Sachsen-Anhalt 44 Zusagen aus DtA-Programmen (vgl. Tabelle A-L.52). Damit weist Sachsen-Anhalt in Relation zur Einwohnerzahl zusammen mit Brandenburg die niedrigsten Pro-Kopf-Zusagen auf. Die höchste Intensität bei den Zusagen aus DtA-Programmen ist in Mecklenburg-Vorpommern zu verzeichnen (59,6 je 10.000 Einwohner). Auch bei den von der Kreditanstalt für Wiederaufbau gewährten Darlehen für die gewerbliche Wirtschaft liegt die Zahl der gewährten Darlehen im ostdeutschen Ländervergleich am unteren Ende. Insgesamt wurden seitens der Kreditanstalt für Wiederaufbau im Zeitraum 1995 bis 1999 für gewerbliche Unternehmen 5.615 Darlehen zugesagt (vgl. Tabelle A-L.53). Die Zahl der in Anspruch genommenen Darlehen ist zwischen 1995 und 1999 um 24% zurückgegangen, anders als bei den Programmen der DtA ist hier die Inanspruchnahme von Darlehen stärker zurückgegangen als in sämtlichen anderen neuen Ländern. Pro-Kopf sind im Zeitraum 1995 bis 1999 in Sachsen-Anhalt weniger Kredite (20,8 je 10.000 Einwohner) als in allen anderen neuen Ländern in Anspruch genommen worden (vgl. Tabelle A-L.54).

In der Inanspruchnahme von Bürgschaften kommt ebenso wie bei den mittelstandsorientierten Kreditprogrammen das Engagement von Unternehmern einer Region bei der Kapitalbeschaffung zum Ausdruck, und zwar speziell in Fällen, bei denen wegen nicht ausreichender Sicherheiten ansonsten ein Kredit nicht oder nicht in ausreichender Höhe

⁷⁵ Regionale Unterschiede bei der Inanspruchnahme von Mittelstandsförderprogrammen der KfW und der DtA könnten auch von der alternativen Inanspruchnahme von Mittelstandsprogrammen, die auf der Länderebene angeboten werden, herrühren. Inwieweit die regionalen Unterschiede bei der Inanspruchnahme von KfW- und DtA-Programmen teilweise auf eine solche „Substitution“ durch Landesförderprogramme zurückgeführt werden können, lässt sich allerdings empirisch nicht überprüfen, weil dies zum einen vom individuellen Verhalten der Kreditnehmer und Kreditgeber abhängt, und weil die unterschiedlich starke Inanspruchnahme von Landesförderprogrammen auch von unterschiedlichen Akzentsetzungen der Länder bei den Programmstrukturen und nicht zuletzt von der Dotation dieser Programme abhängt, die wiederum auch von der jeweiligen landesspezifischen Haushaltssituation beeinflusst wird.

ausgereicht würde. Im Ländervergleich nehmen sachsen-anhaltinische Unternehmen bei der Inanspruchnahme von Bürgschaften und Garantien, die von den Bürgschaftsbanken in den Ländern gewährt werden, eine mittlere Position ein. Die Bürgschaftsbank Sachsen-Anhalt hatte per 31.12.1999 2.555 Bürgschaften und Garantien in ihrem Bestand (vgl. Tabelle A-L.84). Dies ist sowohl gemessen an der absoluten Zahl als auch pro 10.000 Einwohner jeweils der dritthöchste Wert im Vergleich der neuen Länder. Es handelt sich bei diesen Bürgschaftszusagen um Fälle, bei denen seitens der Bürgschaftsgeber das Unternehmenskonzept hinsichtlich seiner Tragfähigkeit positiv geprüft wurde.

Ein weiterer Indikator für unternehmerische Initiative ist die Häufigkeit von Kapitalbeteiligungen an sachsen-anhaltinischen Unternehmen. Es liegt in der Natur solcher Beteiligungen, dass sie nur eingegangen werden, wenn die Unternehmen, in denen die Beteiligung erfolgt, über eine günstige Ertragslage verfügen. Insofern kann die Häufigkeit, mit der solche Engagements eingegangen werden, als positive externe Bewertung eines Teils der sachsen-anhaltinischen Unternehmen angesehen werden. Es bestanden in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 209 Kapitalbeteiligungen.⁷⁶ Der Bestand an Kapitalbeteiligungen in Relation zum Unternehmensbestand (IHK-Unternehmen) war in Sachsen-Anhalt mit 25,4 je 10.000 Unternehmen der zweithöchste im Vergleich der neuen Länder (vgl. Tabelle A-L.55).

Auf eine Stärkung der unternehmerischen Initiative in Sachsen-Anhalt zielen neue Schritte ab, die im Rahmen der Mittelstandsförderung des Landes im Jahr 2000 eingeleitet wurden. Es wurde eine sogenannte Mittelstandsinitiative in Gang gesetzt. Im Rahmen dieser Mittelstandsinitiative soll vor allem durch Gewährung von Darlehen, die aus einem revolvingierenden Fonds gespeist werden, die Finanzierungsbasis mittelständischer Unternehmen gestärkt werden. Zusätzlich zur Darlehensförderung wird die Förderung von Innovationen, Markterschließung und Beratung fortgesetzt. Die Mittelstandsinitiative richtet sich nicht nur an die bestehenden kleinen und mittleren Unternehmen, sondern sie will zugleich Neugründungen anregen. Dieser Aufgabe widmet sich speziell die Existenzgründungsoffensive ego. Diese Existenzgründungsoffensive zielt darauf ab, ein positives unternehmerisches Klima zu schaffen, Neugründungen durch Information und Beratung zu unterstützen und junge Unternehmen zu stabilisieren.⁷⁷

d) Zwischenfazit

Die unternehmerische Initiative ist in Sachsen-Anhalt – verglichen mit den anderen neuen Ländern – gering ausgeprägt und sie hat sich bei vielen der hier betrachteten Indikatoren auch weniger günstig als in den anderen neuen Ländern entwickelt. Dies zeigt

⁷⁶ BUNDESVERBAND DEUTSCHER KAPITALBETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN GERMAN VENTURE CAPITAL ASSOCIATION E. V. (BVK): BVK-Statistik 1999, Berlin 2000, S. 31.

⁷⁷ Vgl. Was ego. will ..., in: http://www.ego-on.de/sites/about/967040327/index_content_html, S. 1, gelesen am 06.11.2000.

sich sowohl beim Unternehmer- und beim Unternehmensbestand und bei dessen Zuwachs als auch bei der Intensität, mit der Mittelstandsförderprogramme in Anspruch genommen werden.

Der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen war in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 der niedrigste. Die Selbstständigenzahl ging gegenüber 1995 sogar zurück – in den meisten anderen neuen Ländern gab es dagegen einen deutlichen Anstieg. Unter den Selbstständigen gab es besonders wenige Frauen.

Die geringe unternehmerische Initiative zeigt sich auch an der Zahl der Unternehmen. Es gab in Sachsen-Anhalt Ende 1999 in Relation zur Einwohnerzahl weniger Unternehmen als in den meisten anderen neuen Ländern. Im Vergleich zu den alten Bundesländern besteht in Sachsen-Anhalt eine deutliche Unternehmenslücke. Die Zahl der IHK-zugehörigen Unternehmen ist unterdurchschnittlich gestiegen. Bei den Vollhandwerksbetrieben hatte Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995 bis Ende 1999 als einziges Land einen Rückgang des Betriebsbestandes zu verzeichnen.

Was das Gründungsgeschehen betrifft, das mit Hilfe der Nettogewerbeanmeldungen (Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen) gemessen wird, so waren im Gesamtzeitraum 1996 bis 1999 insgesamt mehr Gewerbean- als -abmeldungen zu verzeichnen. Bezogen auf die Einwohnerzahl waren jedoch die Nettogewerbeanmeldungen im Vergleich der neuen Länder am niedrigsten. Im Jahr 1999 hat sich das Gründungsgeschehen abgeschwächt. Im Jahr 1999 gab es in Sachsen-Anhalt erstmals mehr Gewerbeab- als -anmeldungen, d. h. die Nettogewerbeanmeldungen fielen negativ aus. Dies war in den anderen neuen Ländern nicht der Fall. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass nicht jede Gewerbean- und -abmeldung mit der Neugründung oder Schließung eines Betriebes verbunden ist. Aus der Statistik ergeben sich aber keine Hinweise auf besonders hohe Anteile von Abmeldungen, bei denen die Betriebe trotzdem weiterbestehen, an den gesamten Abmeldungen. Die Befunde über eine im Ländervergleich geringere unternehmerische Basis spiegeln sich auch in der unterdurchschnittlichen Inanspruchnahme von Mittelstandsförderprogrammen wider, die durch die Deutsche Ausgleichsbank und durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellt werden.

Im Gegensatz zu den anderen Indikatoren zur unternehmerischen Initiative indiziert die Zahl der Engagements von Kapitalbeteiligungsgesellschaften in sachsen-anhaltinischen Unternehmen eine überdurchschnittlich positive unternehmerische Initiative in Teilen des Unternehmensbestandes in Sachsen-Anhalt. In Relation zum Unternehmensbestand war der Bestand an Beteiligungen im Jahr 1999 der zweithöchste im Vergleich der neuen Länder. Bei Bürgschaften und Garantien, die von den Bürgschaftsbanken in den Ländern gewährt werden, nimmt Sachsen-Anhalt eine mittlere Position ein.

3.2.5.2 Unternehmensverflechtungen

Verflechtungen mit anderen Unternehmen bilden einen möglichen Übertragungsweg für technisches Wissen, für Marktkenntnisse im Absatz- und Zulieferbereich oder für andere Ressourcen wie Kapital und Managementfähigkeiten und können dadurch das Unternehmenswachstum fördern. Sie können, beispielsweise wenn sie zum Abfluss von Informationen und Ressourcen aus einem Unternehmen führen, aber auch negativen Entwicklungen Vorschub leisten. Da Sachsen-Anhalt als Teil der DDR lange Zeit gegenüber dem Weltmarkt abgeschottet war, können Verflechtungen jedoch in der Phase nach der Öffnung zum Weltmarkt Defizite bei den eigenen Kenntnissen und Fähigkeiten wettmachen (vgl. Abschnitt 2.3.5.2). Deshalb werden nachfolgend einige Indikatoren zu den Kapital-, Absatz- und Forschungsverflechtungen sachsen-anhaltinischer Unternehmen näher betrachtet.

a) Überregionale Verflechtungen sachsen-anhaltinischer Unternehmen durch Kapitalbeziehungen

Aus der 1999er Befragung des IAB-Betriebspanels lagen für 1.192 ostdeutsche Betriebe (davon 240 aus Sachsen-Anhalt) des Produzierenden Gewerbes Informationen über den Standort des Mehrheitseigentümers vor (vgl. Tabelle A-L.56). Sachsen-Anhalt unterschied sich nicht wesentlich von den neuen Ländern insgesamt (vgl. Abbildung L.13). Berlin-Ost und Mecklenburg-Vorpommern hatten einen hohen Anteil ostdeutscher Eigentümer, in Thüringen war der Anteil der westdeutschen und in Sachsen derjenige der ausländischen Eigentümer etwas höher als bei der Betrachtung aller ostdeutschen Betriebe, für die diese Information ausgewertet werden konnte. Eine Erklärung für diese geringfügigen Unterschiede zwischen den Ländern bei der Eigentümerstruktur könnte auch in der Zusammensetzung des Betriebspanels nach Wirtschaftszweigen liegen. So wiesen Baubetriebe in Ostdeutschland einen höheren „local content“ bei den Eigentümern auf als Industriebetriebe.⁷⁸ Gerade Sachsen-Anhalt, Berlin-Ost und Mecklenburg-Vorpommern sind aber mit einem deutlich höheren Anteil an Baubetrieben im Datensatz vertreten als Sachsen und Thüringen. Vergleicht man lediglich die 769 Industriebetriebe des IAB-Betriebspanels, für die Informationen zum Bundesland und zur Herkunft des Eigentümers vorliegen, dann steigt der Anteil westdeutscher Eigentümer in Sachsen-Anhalt über denjenigen in ganz Ostdeutschland.

Auf die Frage, in welchem Umfang Betriebe Sachsens selbst (Mit-)Eigentümer ausländischer Unternehmen waren, lassen sich im IAB-Betriebspanel ebenfalls Hinweise finden. Lediglich 3 von 305 sachsen-anhaltinischen Betrieben (rund 1%) der 1998er Befragung beantworteten die Frage nach Beteiligungen an ausländischen Unternehmen zustimmend, während es in Sachsen 2,5% und in Thüringen 1,7% der Betriebe

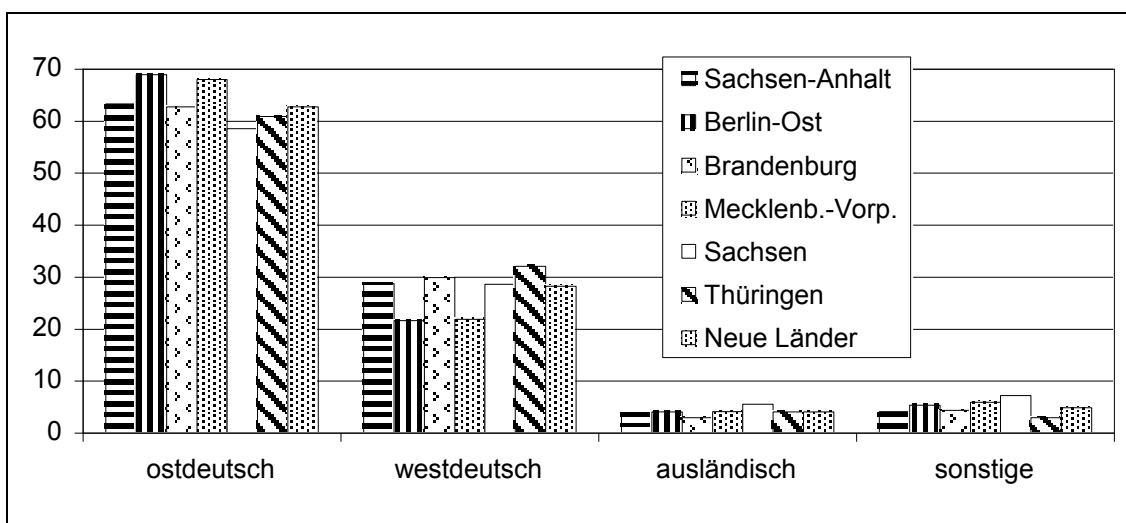
⁷⁸ Vgl. GRUNERT, R.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Eigentums- und Vermögensstrukturen in Ostdeutschland – eine Bestandsaufnahme, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 1/1998, 4. Jg., S. 14.

waren. Allerdings schneiden hier Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern mit nur 0,7% und Berlin-Ost ohne einen einzigen Betrieb mit einer Auslandsbeteiligung noch etwas schlechter ab.

Abbildung L.13:

Betriebe des Produzierenden Gewerbes nach der Herkunft des Mehrheitseigentümers und nach Bundesländern im Juli 1999^a

- in % -



^a Zu den Daten siehe Tabelle A.50 im Anhang. – ^b Sonstige Eigentümer: öffentliche Eigentümer oder kein Mehrheits-eigentümer vorhanden.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1999; Berechnungen des IWH.

Ein weiterer wichtiger Indikator, mit dem internationale Kapitalverflechtungen ermittelt werden können, sind ausländische Direktinvestitionen. Die hier zur Darstellung der Kapitalverflechtungen sachsen-anhaltinischer Unternehmen mit dem Ausland verwendeten Direktinvestitionsdaten entstammen der sogenannten Bestandsstatistik der Deutschen Bundesbank, und es handelt sich um die unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen (zu den Begriffen – siehe Kasten).

Der Bestand an unmittelbaren und mittelbaren ausländischen Direktinvestitionen in Sachsen-Anhalt betrug Ende 1998 9.928 Mio. DM, und umgekehrt betrug der Bestand sachsen-anhaltinischer unmittelbarer und mittelbarer Direktinvestitionen im Ausland 2.575 Mio. DM (vgl. Tabelle A-L.57). In beiden Fällen weist Sachsen-Anhalt mit Blick auf die absoluten Volumina der Direktinvestitionen mit Abstand die Spitzenposition unter den ostdeutschen Flächenländern auf. Wie eine Untersuchung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, liegen bei Betrachtung anderer Indikatoren, die die wirtschaftliche Bedeutung ausländischer Unternehmen im Jahr 1997 be-

schreiben, teilweise andere Länder vorn.⁷⁹ Sachsen verfügt der DIW-Untersuchung zufolge über die größte Zahl ausländischer Unternehmen, gefolgt von Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. Bei der Beschäftigtenzahl teilen sich Brandenburg und Sachsen die Spitzenposition, gefolgt von Sachsen-Anhalt und Thüringen mit ebenfalls gleich hohen Werten. Die höchsten Umsätze wurden in Thüringer Unternehmen getätigt, gefolgt von Brandenburg und Sachsen mit jeweils gleich hohen Werten, an vierter Position steht Sachsen-Anhalt, an letzter Stelle Mecklenburg-Vorpommern. Allerdings wird in der erwähnten Untersuchung darauf hingewiesen, dass im Jahr 1997 große Investitionsvorhaben im Bereich der Mineralölverarbeitung und der Chemischen Industrie in Sachsen-Anhalt noch nicht fertiggestellt waren und demzufolge erst in den Folgejahren umsatzwirksam werden.⁸⁰ Bei der Bilanzsumme liegt allerdings wiederum, in Übereinstimmung mit den Volumina der Direktinvestitionen, Sachsen-Anhalt mit Abstand vorn.

Erläuterungen zu ausgewählten Begriffen der Direktinvestitionsstatistik

Bestandsstatistik: „Die Bestandsstatistik erfasst jeweils zum Jahresende die Direktinvestitionen zu Bilanzansätzen sowie Kenngrößen von Unternehmen (Bilanzsumme, Jahresumsatz, Beschäftigte). Ihre Ergebnisse liegen daher aber erst mit größerer Verzögerung (ein Jahr zurück) vor.“^a

Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen: „Unmittelbare und mittelbare Beteiligungen: Unmittelbare Direktinvestitionen sind direkte Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen an Unternehmen, mittelbare Direktinvestitionen sind indirekte Kapitalbeziehungen aus Beteiligungen, die über abhängige Holdinggesellschaften gehalten werden. In der Zahlungsbilanzstatistik werden nur die unmittelbaren Beteiligungen erfasst, lediglich die Bestandsstatistik erfasst auch die mittelbaren Direktinvestitionen. Die Berechnung aus den Bilanzpositionen vollzieht sich jeweils in der gleichen Weise.“

Zur Zusammenfassung beider Posten ist, um Doppelzählungen zu vermeiden, eine Konsolidierung vorzunehmen, indem die bei den abhängigen Holdinggesellschaften angelegten unmittelbaren Direktinvestitionen aus der Summe aus unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen herausgerechnet werden.“^a

^a ANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND SACHSEN-ANHALT: Direktinvestitionen 1997/98, LZB in der freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt (Hrsg.). Hannover, November 1999, S. 18.

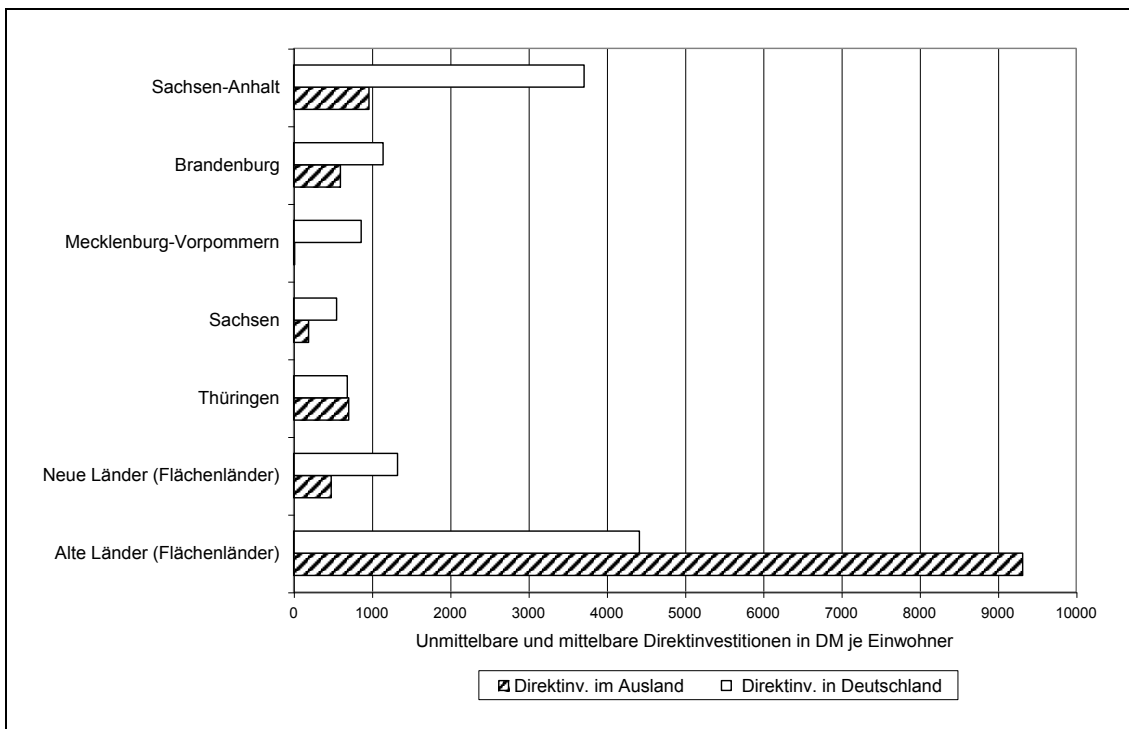
⁷⁹ Vgl. BELITZ, H.; BRENKE, K.; FLEISCHER, F.: Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Hrsg.: Sonderheft, Nr. 169. Berlin 2000, S. 51-53.

⁸⁰ Vgl. ebenda, S. 51.

Entsprechend dem hohen Direktinvestitionsbestand fallen in Sachsen-Anhalt im Vergleich mit den neuen Ländern insgesamt auch die Pro-Kopf-Werte des Bestandes an Direktinvestitionen in beide Richtungen überdurchschnittlich aus. Bei den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland liegt Sachsen-Anhalt in Relation zur Einwohnerzahl beim 2,8-fachen des ostdeutschen Durchschnitts, aber unter dem Durchschnittswert in den westdeutschen Flächenländern (vgl. Tabelle A-L.58 und Abbildung L.14). Auch bei der Höhe der Direktinvestitionen sachsen-anhaltinischer Eigentümer im Ausland je Einwohner liegt Sachsen-Anhalt beim Doppelten des ostdeutschen Durchschnittswertes. Im Vergleich zum Ausmaß der Pro-Kopf-Direktinvestitionen westdeutscher Eigentümer ist freilich der sachsen-anhaltinische Wert noch gering, er beträgt lediglich rund 10% des westdeutschen Wertes. Anders ausgedrückt: Setzt man die ausländischen Direktinvestitionen in Sachsen Anhalt = 100, beträgt der Wert der sachsen-anhaltinischen Direktinvestitionen im Ausland = 26 (vgl. Tabelle A-L.59). In Thüringen, das bei dieser Relation den ostdeutschen Spitzenwert innehat, liegt die Relation bei 100 zu 103, in den westdeutschen Flächenländern beträgt die Relation 100 zu 211. D. h. in den westdeut-

Abbildung L.14:

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) nach Bundesländern 1998
- in DM je Einwohner -



Quelle: Darstellung und Berechnung des IWH auf der Grundlage von Daten der Deutschen Bundesbank und des Statistischen Bundesamtes.

schen Flächenländern wird mehr als das Doppelte im Ausland investiert als umgekehrt. Dass Sachsen-Anhalt wesentlich mehr ausländische Direktinvestitionen im Inland als Direktinvestitionen sachsen-anhaltischer Eigentümer im Ausland aufweist, wird von der Landeszentralbank in der Freien Hansestadt Bremen, in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt mit dem Umstand erklärt, dass es in Sachsen-Anhalt nur wenige große Unternehmen mit der entsprechenden Kapitalausstattung gäbe, die im Ausland investieren könnten.⁸¹

b) Überregionale Absatzverflechtungen sachsen-anhaltinischer Unternehmen

Wie in Abschnitt 2.3.5.2 erläutert, kann der Know-how-Transfer zwischen Unternehmen auch durch Absatzbeziehungen stattfinden. Auch hier bietet die amtliche Statistik nur teilweise Informationen: Exporte, also Umsätze im Ausland, stellen einen Teilbereich der überregionalen Absätze dar; die Exportbeziehungen Sachsens-Anhalts wurden im Abschnitt 3.1 bereits angesprochen. Aus dem IAB-Betriebspanel können weitere Informationen zu den Absatzstrukturen des sachsen-anhaltinischen Verarbeitenden Gewerbes gewonnen werden. Für Sachsen-Anhalt liegen Daten für 145 Industriebetriebe vor, für die neuen Länder insgesamt sind es 762 Fälle. Die Daten können sicher nur ein vorsichtig zu bewertendes Indiz für Unterschiede der regionalen Absatzstrukturen darstellen.⁸² Sachsen-Anhalt zeigt sich dabei als das nach Mecklenburg-Vorpommern am stärksten auf die ostdeutschen Märkte orientierte Bundesland. Deutlich größere Bedeutung hatte der Absatz mit den alten Bundesländern in Brandenburg, Sachsen und Thüringen (vgl. Tabelle A-L.60 und Abbildung L.15). Die Exportquote war vor allem in Thüringen aber auch in Berlin-Ost deutlich höher als in Sachsen-Anhalt.

c) FuE-Kooperationen sachsen-anhaltinischer Unternehmen

Schließlich können als letzter, besonders für den Technologie- und Wissenstransfer wichtiger Bereich, noch die FuE-Verflechtungen Sachsens-Anhalts betrachtet werden. Auch zu FuE-Kooperationen konnte auf Daten des IAB-Betriebspanels zurückgegriffen werden, die im Zuge der 6. Befragungswelle 1998 erhoben wurden. Zwar enthielt die Frage nach externen Partnern bei FuE-Vorhaben keine regionale Konkretisierung, da aber über- und intraregionale Kooperationen für die Entstehung und Verbreitung von

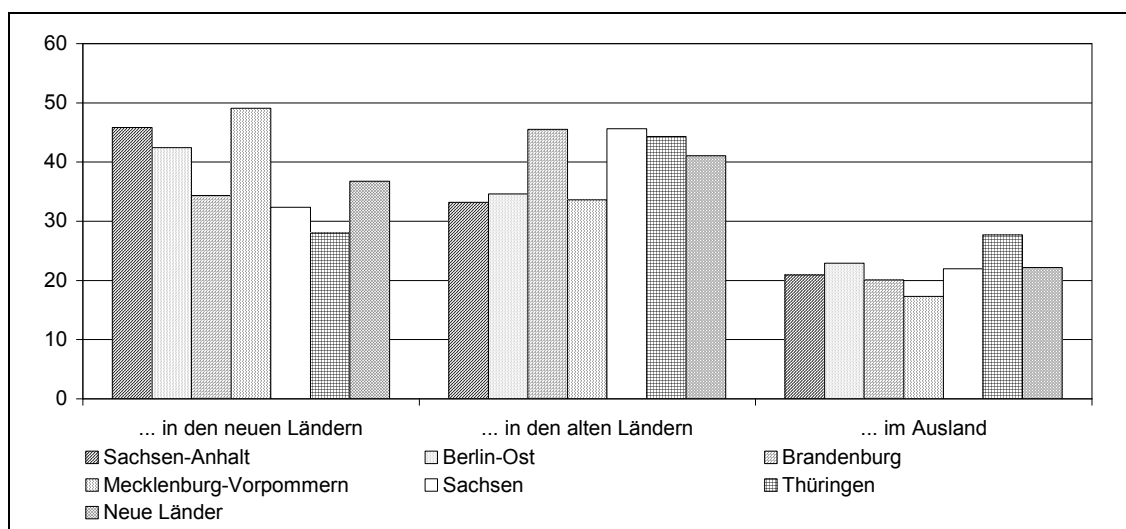
⁸¹ Vgl. LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND SACHSEN-ANHALT: Direktinvestitionen 1997/98. Hannover, November 1999, S. 14.

⁸² Die Fragestellung im Betriebspanel fordert die Betriebe zur Abschätzung der Umsatzanteile nach Ost, West und Ausland auf, erfasst also keine exakten Umsatzzahlen. Die auf Basis der Industriestatistik berechenbaren Exportquoten (Anteile der Auslandsumsätze an den Gesamtumsätzen) sind in allen neuen Ländern mit der Ausnahme Sachsens deutlich niedriger als die Exportquoten auf der Basis des Betriebspanels, in Sachsen-Anhalt immerhin 7,4 Prozentpunkte (vgl. Tabelle A-L.60). Allerdings entsprechen die Exportquoten des Betriebspanels relativ gut den Daten der DIW-Industrienumfrage, die für Ostdeutschland 1997 eine Exportquote von rund 23% auswies. Vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 18. Bericht. IWH-Forschungsreihe 6/1998. Halle 1998, S. 63.

Innovationen Bedeutung erlangen können, werden die Antworten trotzdem im Ländervergleich dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die Betriebe Sachsen-Anhalts in etwa im gleichem Ausmaß FuE-Kooperationen eingegangen sind, wie diejenigen der anderen ostdeutschen Bundesländer:⁸³ Pro Betrieb wurden 2,38 FuE-Kooperationen gezählt, nur Berlin-Ost (2,70) und Sachsen (2,43) wiesen mehr Kooperationen auf, Brandenburg (2,08) und Mecklenburg-Vorpommern (2,12) dagegen weniger (vgl. Tabelle A-L.61). Wie neuere Befragungen aus dem Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung zeigen, unterscheiden sich die FuE-Kooperationsaktivitäten der Betriebe in Abhängigkeit von ihrer Größe, größere Betriebe kooperieren mehr als kleinere.⁸⁴ Da die sächsischen Betriebe des Datensatzes überdurchschnittlich groß sind (113 Beschäftigte), während die sachsen-anhaltinischen im Datensatz im Durchschnitt in etwa so groß wie die Betriebe in Ostdeutschland insgesamt sind (Sachsen-Anhalt 90 Beschäftigte, Neue Länder: 94 Beschäftigte) könnte die Betriebsgröße auch eine Erklärung für die Unterschiede zwischen den Ländern beim Kooperationsverhalten sein.

Abbildung L.15:

Umsatz der Industriebetriebe nach Absatzregionen und Bundesländern 1998^a
- in % des Gesamtumsatzes -



^a zu den Daten siehe Tabelle A.51 im Anhang.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1999; Berechnungen des IWH.

⁸³ Dieses Ergebnis erhält man auch bei der Analyse einzelner Branchen, z. B. für den Maschinenbau und andere Investitionsgüterproduzenten vgl. KINKEL, S.; DREHER, C.: Produktionsstrukturen in der Investitionsgüterindustrie Sachsen-Anhalts – ein Vergleich mit alten und neuen Bundesländern. Karlsruhe 1998, S. 25.

⁸⁴ Vortrag von Carsten Dreher zur Kooperationspraxis ostdeutscher Industrieunternehmen anlässlich eines IWH-Workshops am 24.05.2000 in Halle.

Auch die Strukturen nach den Kooperationspartnern unterschieden sich 1998 nur geringfügig zwischen den Bundesländern: Sachsen-anhaltinische Betriebe kooperierten mehr mit Lieferanten, Dienstleistern und anderen Partnern, aber weniger mit Kunden (vgl. Tabelle A-L.61).

d) Zwischenfazit

Sachsen-Anhalt weist von den untersuchten Verflechtungsbereichen – Kapitalbeziehungen, Absatzverflechtungen, FuE-Kooperationen – nur bei den Absatzverflechtungen eine deutliche Abweichung von den anderen neuen Ländern auf: die sachsen-anhaltinische Wirtschaft ist stärker als in den anderen neuen Ländern auf den ostdeutschen Markt orientiert.

Bei der Betrachtung der Kapitalverflechtungen und der Kooperationsbeziehungen in Forschung und Entwicklung ergibt sich kein besonderer Vor- oder Nachteil der sachsen-anhaltinischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes im Vergleich zu den andern ostdeutschen Ländern. Zwar lag Sachsen-Anhalt beim Bestand ausländischer Direktinvestitionen an erster Stelle unter den ostdeutschen Ländern, bei der Anzahl der Kapitalbeziehungen zu Unternehmen und Unternehmern aus dem Ausland und aus Westdeutschland, die zur Abbildung des möglichen Know-how-Transfers besser geeignet ist, hingegen eher im Mittelfeld der neuen Bundesländer.

Bei der Betrachtung der überregionalen Absatzbeziehungen (Basis: IAB-Betriebspanel) erweist sich Sachsen-Anhalt als das ostdeutsche Bundesland, das nach Mecklenburg-Vorpommern am stärksten auf den ostdeutschen Markt ausgerichtet ist: Sächsische und Thüringer Betriebe erzielten deutlich mehr Umsätze auf westdeutschen und ausländischen Märkten.

3.2.5.3 Unternehmens- bzw. Betriebsgrößenstrukturen

Der Unternehmensbestand in einer Volkswirtschaft oder Region besteht stets aus einer Mischung aus unterschiedlichen Unternehmensgrößen, bei der sich kleine, mittlere und große Unternehmen gegenseitig ergänzen. Sowohl kleine und mittlere Unternehmen als auch Großunternehmen gelten typischerweise als mit bestimmten Stärken und Schwächen behaftet (vgl. Abschnitt 2.3.5.3). Angesichts des Nebeneinanders größenpezifischer Vor- und Nachteile sowohl bei kleinen als auch bei großen Unternehmen lässt sich im Rahmen einer empirischen Untersuchung kein Maß für die optimale Unternehmensgrößenstruktur einer Volkswirtschaft oder Region definieren. Bestenfalls kann man versuchen, aus den Ausprägungen der Unternehmensgrößenstrukturen in den einzelnen Regionen Anhaltspunkte über unterschiedliche Chancen und Risikopotenziale zu gewinnen, die sich beispielsweise aus einem geringen Bestand an großen Unternehmen bzw. einem hohen Bestand an kleinen und mittleren Unternehmen ergeben.

Für Untersuchungen der Unternehmensgrößenstrukturen sind auf der Landesebene und über alle Wirtschaftsbereiche hinweg Daten aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in einer Auffächerung nach Beschäftigtengrößenklassen verfügbar. Hierbei handelt es sich allerdings um Betriebs- und nicht um Unternehmensdaten. Ferner bietet die Umsatzsteuerstatistik die Möglichkeit der Aufgliederung der Zahl der Steuerpflichtigen und der steuerbaren Lieferungen und Leistungen nach Umsatzgrößenklassen. Schließlich existieren Angaben zu den Betriebsgrößenstrukturen (Zahl der Betriebe, Beschäftigte, Umsätze) für den Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe sowie für die sogenannten industriellen Kleinbetriebe. Jede dieser Statistiken ist jedoch mit gewissen Mängeln in der Aussagefähigkeit behaftet, sodass sich daraus allenfalls ein unvollständiges Puzzle der Betriebs- bzw. Unternehmensgrößenstrukturen ergibt, das zudem in jedem seiner Teile gewisse Unschärfen hat. Im folgenden werden die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die Umsatzsteuerstatistik sowie die Statistiken der Betriebe des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie der industriellen Kleinbetriebe ausgewertet. Die Auswertung erfolgt im Falle der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Statistiken des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes und der industriellen Kleinbetriebe nach Beschäftigtengrößenklassen. Die Umsatzsteuerstatistik wird in der Gliederung nach Umsatzgrößenklassen ausgewertet.

Bevor Auswertungen der genannten Daten nach Beschäftigungs- bzw. Umsatzgrößenklassen erfolgen, soll noch eine Abgrenzung der Unternehmen oder Betriebe als klein, mittelgroß oder groß vorgenommen werden. Hierfür gibt es keine eindeutigen Abgrenzungsmerkmale. Die von der empirischen Wirtschaftsforschung verwendeten Abgrenzungen unterscheiden sich je nach betrachtetem Wirtschaftszweig und auch in Abhängigkeit von der Datenlage und dem Untersuchungszweck.⁸⁵ Die im Rahmen der Wirtschaftspolitik, speziell von der Mittelstandspolitik und Mittelstandsförderung verwendeten Abgrenzungen richten sich nach der jeweiligen Zielrichtung der wirtschaftspolitischen Maßnahme, und es werden beispielsweise vorgegebene Abgrenzungen beihilferechtlicher Art (z. B. der EU) berücksichtigt.⁸⁶

Nimmt man die Beschäftigtenzahl als Abgrenzungskriterium der Betriebsgröße, werden im Rahmen der Strukturanalyse die Betriebe mit bis zu 19 Beschäftigten als klein, die Betriebe ab 20 Beschäftigte bis zu 499 Beschäftigten als mittelgroß und die Betriebe mit 500 und mehr Beschäftigten als groß eingestuft. Diese Einstufung entspricht annähernd jener, die auch in anderen empirischen Untersuchungen verwendet wird, nur die Grenze zwischen kleinen und mittelgroßen Betrieben liegt dort noch um 10 Beschäftigte niedri-

⁸⁵ Vgl. z. B. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Unternehmensgrößenstatistik 1997/98. Daten und Fakten. Bearbeitung. Institut für Mittelstandsforschung Bonn. BMWi Studienreihe Nr. 96. Bonn (Juli) 1997, S. 1-14.

⁸⁶ Vgl. ebenda, S. 3-12.

ger.⁸⁷ Als „Mittelstand“ werden nach der hier verwendeten Abgrenzung also kleine und mittlere Betriebe mit weniger als 500 Beschäftigten verstanden. Die häufig in der Mittelstandspolitik verwendete Abgrenzung kleiner und mittlerer Unternehmen als solche mit bis zu 250 Beschäftigten⁸⁸ kann hier nicht zugrunde gelegt werden, weil die o.g. Beschäftigtendaten keine derartige Abgrenzung der Beschäftigtengrößenklassen erlauben.

Nimmt man die Umsätze als Abgrenzungskriterium für die Einteilung in kleine, mittlere und große Unternehmen, dann werden in empirischen Untersuchungen häufig Unternehmen mit Umsätzen bis unter 1 Mio. DM als klein, solche mit Umsätzen zwischen 1 Mio. DM bis 100 Mio. DM als mittelgroß und solche mit Umsätzen von 100 Mio. DM und mehr als groß eingestuft.⁸⁹ Für die im Rahmen der Strukturanalyse ausgewerteten Umsatzsteuerstatistiken der einzelnen neuen Länder ist diese Abgrenzung leider wegen unterschiedlicher Detailliertheit der größenspezifischen Angaben über die Umsätze und die Zahl der Steuerpflichtigen nicht vollständig umsetzbar. Zwar ist es möglich, Steuerpflichtige und Umsätze in der Umsatzgrößenklasse bis 1 Mio. DM darzustellen, die Abgrenzung zwischen mittelgroßen und großen Steuerpflichtigen im o. g. Sinne ist jedoch wegen der unterschiedlichen Detailliertheit der Daten auf der Landesebene nicht durchführbar. Der „kleinste gemeinsame Nenner“ ist daher die Abgrenzung der Steuerpflichtigen und der Umsätze nach Umsätzen bis 1 Mio. DM, von 1 Mio. DM bis unter 2 Mio. DM, 2 Mio. DM bis unter 5 Mio. DM und 5 Mio. DM und mehr (vgl. Tabelle A-L.64).

Zuerst wird, wie angekündigt, auf der Grundlage der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten untersucht, wie sich die Betriebe und Beschäftigten auf die Betriebsgrößenklassen verteilen.

a) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Betriebe nach Beschäftigtengrößenklassen der Betriebe

In Sachsen-Anhalt waren im Jahr 1999 (Stand 30.6.) rund 31% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Betrieben der untersten Größenklasse mit 1 bis 19 Beschäftigten tätig, 52,5% in mittelgroßen Betrieben von 20 bis 499 Beschäftigten und 16,5% in

⁸⁷ Vgl. ebenda, S. 15 und LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung e.V. Heft 27. Essen 1999, S. 72, .

⁸⁸ Diese Abgrenzung liegt beispielsweise dem Messförderprogramm für kleine und mittlere Unternehmen in Sachsen-Anhalt zugrunde. Vgl. MW 03: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an kleine und mittlere Unternehmen zur Beteiligung an Messen und Ausstellungen, in: Landesförderung in Sachsen-Anhalt. Alle Förderrichtlinien des Landes und ausgewählte Programme des Bundes, der Deutschen Ausgleichsbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der EU. Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), XIII. Auflage, Stand Mai 2000, Magdeburg, S. 65.

⁸⁹ Vgl. BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Unternehmensgrößenstatistik 1997/98, a. a. O., S. 15. – LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel, a. a. O., S. 72.

größeren Betrieben mit 500 und mehr Beschäftigten (vgl. Tabelle A-L.63). Gemessen an der Zahl der Betriebe gehörten 89,7% der Betriebe (64.056 Betriebe) zur Gruppe bis 19 Beschäftigte, 10,2% (7.265 Betriebe) zur Gruppe von 20 bis 499 Beschäftigte und 0,2%⁹⁰ (126 Betriebe) zur Gruppe mit 500 und mehr Beschäftigte (Stand 14.04.2000) (vgl. Tabellen A-L.62 und A-L.63). Damit sind in Sachsen-Anhalt in Relation zu allen anderen ostdeutschen Flächenländern etwas mehr Beschäftigte in Betrieben der oberen und weniger Beschäftigte in Betrieben der unteren Beschäftigtengrößenklasse tätig. Bei der mittleren Beschäftigtengrößenklasse weist Sachsen-Anhalt ebenfalls etwas geringere Beschäftigtenanteile auf. Sachsen hat bei den mittelgroßen Betrieben mit einem Beschäftigtenanteil von 52,8% einen ähnlich ausgeprägten Wert. Bei der Verteilung der Betriebszahlen auf die Beschäftigtengrößenklassen sind kaum Unterschiede zwischen den neuen Ländern vorhanden. Mithin ist zwar in Sachsen-Anhalt die Beschäftigung in Großbetrieben noch etwas stärker ausgeprägt als in den anderen neuen Ländern, bei der Betriebszahl sind diese Unterschiede jedoch nur gering. Allen neuen Ländern ist gemeinsam, dass deren Beschäftigtenanteile in kleinen und mittelgroßen Betrieben höher und dass deren Beschäftigtenanteil in Großbetrieben niedriger als im Durchschnitt der alten Länder ist (vgl. Tabelle A-L.63). Die stärker klein- und mittelbetrieblich geprägte Beschäftigung in Ostdeutschland einschließlich jener in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu jener in den alten Ländern ist wahrscheinlich den Besonderheiten der ostdeutschen Unternehmensentwicklung nach dem Übergang in die Marktwirtschaft geschuldet. Zum einen mussten die früheren ineffizienten großbetrieblichen Strukturen im Zuge der Privatisierung aufgelöst werden, und es wurden kleinere, privatisierbare Unternehmenseinheiten geschaffen, die sich auf das Kerngeschäft konzentrieren konnten und bessere Überlebenschancen am Markt hatten als die früheren großbetrieblichen Organisationsformen. Zum anderen wurden viele kleine, neue Unternehmen gegründet, die zunächst eine schwierige Startphase durchlaufen haben und erst allmählich hinsichtlich ihrer Beschäftigung wachsen.

Es kann die Frage gestellt werden, ob der Eindruck eines etwas größeren Gewichtes der Beschäftigung in Großbetrieben in Sachsen-Anhalt bei Verwendung anderer Indikatoren womöglich erhärtet oder eher entkräftet wird.

b) Umsatzsteuerpflichtige und steuerbare Lieferungen und Leistungen nach Umsatzgrößenklassen

Eine in empirischen Untersuchungen zu regionalen Ausprägungen der Unternehmensgrößenstrukturen gebräuchliche Informationsquelle bildet die Umsatzsteuerstatistik.

⁹⁰ Die Differenz zu 100,0% ist rundungsbedingt.

Trotz einiger methodischer Beschränkungen⁹¹ stellt die Auswertung dieser Statistik eine wichtige Ergänzung größenspezifischer Informationen dar, indem sie u. a. einen Ausweis der Zahl der Steuerpflichtigen und der steuerbaren Lieferungen und Leistungen nach Umsatzgrößenklassen ermöglicht.

Die 1997er Umsatzsteuerstatistik weist für Sachsen-Anhalt 64.670 Steuerpflichtige mit Lieferungen und Leistungen in Höhe von rund 88,5 Mrd. DM aus (vgl. Tabellen A-L.64 und A-L.65). 80% der Steuerpflichtigen in Sachsen-Anhalt erbringen Umsätze bis zu 1 Mio. DM, d. h. sie würden gemessen an den Umsatzzahlen und entsprechend der oben erwähnten Einteilung der Umsatzgrößenklassen als klein eingestuft. Sachsen-Anhalt unterscheidet sich damit nur wenig von den anderen neuen Ländern. In Sachsen und Thüringen liegt dieser Anteil nur um 1,4 bzw. um 1,5 Prozentpunkte höher. Die Steuerpflichtigen mit Umsätzen bis 1 Mio. DM erbringen in Sachsen-Anhalt 15,4% der Umsätze, im Land mit dem höchsten Umsatzanteil in dieser Größenklasse (Thüringen) liegt der Wert um 2,6 Prozentpunkte über dem sachsen-anhaltinischen Anteilswert (vgl. Tabelle A-L.64), d. h. auch die Umsatzanteile unterscheiden sich nur wenig. Auch bei den Steuerpflichtigen in den höheren Umsatzgrößenklassen unterscheidet sich Sachsen-Anhalt nur wenig von den anderen neuen Ländern. Sachsen-Anhalt liegt allenfalls bei den Umsatzanteilen in der Größenklasse mit 5 Mio. DM und mehr Umsätzen etwas über dem ostdeutschen Durchschnitt, und zwar um 2 Prozentpunkte. Alles in allem sind aber die Unterschiede zwischen den neuen Ländern nicht sehr groß. Deutliche Unterschiede werden dagegen sichtbar, wenn man die Verteilung der Steuerpflichtigen und der Umsätze in Sachsen-Anhalt mit jenen in Deutschland insgesamt, vergleicht. Die Gruppe der kleinen Unternehmen hat in Sachsen-Anhalt mit 15,4% einen beinahe doppelt so hohen Umsatzanteil als dies in Deutschland insgesamt der Fall ist (8,0%). Umgekehrt entfallen auf die oberste Umsatzgrößengruppe, die Umsätze von 5 Mio. DM und mehr beinhaltet, in Sachsen-Anhalt 60% der Umsätze, in Deutschland insgesamt jedoch rund 80% der

⁹¹ Die hauptsächlichsten methodischen Beschränkungen der Umsatzsteuerstatistik sind folgende: a) Es liegen nur nominale Angaben vor, d. h. insbesondere bei Betrachtung längerer Zeitreihen kann es zur verzerrten Darstellung des Umsatzwachstums kommen. Bei der Betrachtung kurzer Perioden (wie in dieser Untersuchung der Fall), in denen eher geringe Inflationsraten zu verzeichnen sind, wird dieses Problem allerdings nicht so gravierend in Erscheinung treten. b) bei regionalen Aufgliederungen der Umsatzsteuerstatistik führt der Umstand, dass bei Mehrbetriebsunternehmen die Umsätze nicht am Produktionsstandort, sondern am Sitz der Hauptverwaltung des Unternehmens erfasst werden, möglicherweise zu einer Unterzeichnung des Umsatzvolumens. c) die Zahl der erfassten Steuerpflichtigen und das Volumen der steuerbaren Lieferungen und Leistungen wird durch die Regelungen des Umsatzsteuergesetzes beeinflusst, d. h. es gibt Untererfassungs-Probleme: Es werden nur Unternehmen mit Umsätzen von mehr als 32.500 DM erfasst (bis 1995 von mehr als 25.000) und es existieren verschiedene Ausnahmetatbestände im Sinne von Befreiungen von der Umsatzsteuer laut § 4 UStG (betrifft z. B. Lieferungen und Leistungen im grenzüberschreitenden Verkehr, Umsätze der Land- und Forstwirtschaft, der Wissenschaft und Bildung, des Staates sowie des Gesundheitswesens (Krankenhäuser, freiberufliche Ärzte und andere Heilberufe). Vgl. ausführlicher zur Aussagekraft der Umsatzsteuerstatistik: LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel, a. a. O. S. 67. – BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Unternehmensgrößenstatistik 1997/98, a. a. O., S. 17 f.

Umsätze. In den anderen neuen Ländern ist dieser Unterschied ähnlich stark ausgeprägt. Würde man die Umsatzgrößenklassen am oberen Rand noch weiter auffächern, würde die Diskrepanz noch weitaus größer ausfallen.⁹² Alles in allem deuten selbst diese groben Daten an, dass Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Verteilung seiner Umsatzsteuerpflichtigen und der steuerbaren Umsätze nur wenig von den Größenstrukturen in den anderen neuen Ländern abweicht. Viel gravierender ist, dass in Sachsen-Anhalt ebenso wie in den anderen neuen Länder ein weniger großer Umsatzanteil auf die oberste Umsatzgrößenklasse entfällt als dies in Deutschland insgesamt der Fall ist. Dies würde bedeuten, dass die Gruppe der umsatzstarken Steuerpflichtigen weniger groß ist und/oder dass die Umsätze je Steuerpflichtigen in dieser Größenklasse geringer ausfallen als im Bundesdurchschnitt. Dies könnte ein Indiz für geringere Marktmacht und weniger ausgeprägte Möglichkeiten zur Erzielung von Skalenerträgen sein – hierbei handelt es sich jedoch nicht nur um ein Merkmal der Wirtschaft Sachsen-Anhalts, sondern es kennzeichnet die Situation in allen neuen Ländern.

Auswertbare Angaben über die Betriebsgrößenstrukturen in Sachsen-Anhalt, die etwas über die Verteilung von Betrieben, Beschäftigten und Umsätzen nach Beschäftigtengrößenklassen sagen, liegen speziell für die Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes vor.

c) Betriebe, Umsätze und Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen

Im Bereich Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe, der in besonderem Maße im überregionalen Wettbewerb steht, werden von der amtlichen Statistik grundsätzlich Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten erfasst, in einzelnen Branchen liegt die Erfassungsgrenze bei 10 Beschäftigten. In dieser Erfassung sind auch Handwerksbetriebe mit einer entsprechenden Beschäftigtenzahl mit enthalten. Daneben existiert die Statistik der sogenannten industriellen Kleinbetriebe, zu denen dann Betriebe von Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten gehören, wobei allerdings definitionsgemäß nur Industriebetriebe und keine Handwerksbetriebe erfasst werden.⁹³ Für die Zwecke der betriebsgrößenspezifischen Betrachtung im Rahmen der Strukturanalyse werden die industriellen Kleinbetriebe (und die entsprechenden Umsatz- und Beschäftigtendaten) mit in die Gruppe der Betriebe mit 1-19 Beschäftigten aufgenommen.

⁹² Auf die Umsatzgrößenklasse von 100 Mio. DM und mehr entfielen in Sachsen-Anhalt 20,9% der Umsätze, in Deutschland insgesamt 53% der Umsätze. Mangels hinreichend aufgefächerter Daten können die Werte der anderen neuen Länder nicht dargestellt werden.

⁹³ Vgl. zu diesem methodischen Begrenzungen auch BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Unternehmensgrößenstatistik 1992/93 – Daten und Fakten – Erstellt vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn. Bundesministerium für Wirtschaft, Bonn (Hrsg.), BMWi Studienreihe Nr. 80, (März) 1993, S. 124.

Bei der Verteilung der Betriebe auf die einzelnen Beschäftigtengrößenklassen fällt ein hoher Anteil mittelgroßer Betriebe in Sachsen-Anhalt auf. So gehören in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 57,1% der Betriebe (1.059 Betriebe, neue Länder insgesamt: 43,6% bzw. 6.254 Betriebe) der Gruppe der mittelgroßen Betriebe mit 20 bis 499 Beschäftigten an. 41,7% der Betriebe (774 Betriebe) entfallen auf die untere Beschäftigtengrößenklasse von 1 bis 19 Beschäftigten (neue Länder insgesamt: 55,6% bzw. 7.962 Betriebe) und 1,1% (21 Betriebe, neue Länder insgesamt: 0,8% bzw. 116 Betriebe) gehören der Gruppe der Großbetriebe mit 500 und mehr Beschäftigten an (vgl. Tabellen A-L.66 und A-L.67). Die Unterschiede liegen also vor allem in den beiden unteren Beschäftigtengrößenklassen. Bei den kleinen Betrieben ist der Anteil in Sachsen-Anhalt niedriger als in den anderen neuen Ländern, bei den mittelgroßen Betrieben liegt er höher als in den anderen neuen Ländern, lediglich in der oberen Größenklasse unterscheiden sich die Anteile nur wenig. Fasst man die Anteile der Betriebe in den beiden unteren Betriebsgrößenklassen zusammen, so haben „mittelständisch“ geprägte Betriebe in Sachsen-Anhalt einen Anteil von 98,8% an der Gesamtzahl der Betriebe, und die Unterschiede zu den anderen neuen Ländern sind nur gering. Auffällig ist, dass in Sachsen-Anhalt und in den anderen neuen Ländern der Anteil der Großbetriebe deutlich niedriger als in den alten Ländern liegt. In den alten Ländern ist dieser Anteil doppelt so hoch wie in Sachsen-Anhalt.

Bei der Verteilung der Umsätze (Angaben für September 1999) der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe einschließlich der industriellen Kleinbetriebe) auf die Beschäftigtengrößenklassen zeigt sich, dass die kleinen Betriebe 4,7% der Umsätze (neue Länder insgesamt: 6,1%), die mittelgroßen Betriebe 71,1% (neue Länder insgesamt: 66,5%) und die Großbetriebe 24,1% (neue Länder insgesamt: 27,3%) der Umsätze erbringen (vgl. Tabelle A-L.68). Damit ist, gemessen an den Umsatzanteilen die Gruppe der mittelgroßen Betriebe dominierend, wobei diese Gruppe in Mecklenburg-Vorpommern einen noch höheren Umsatzanteil aufweist. Demgegenüber fällt in Sachsen-Anhalt der Umsatzanteil der Großbetriebe unterdurchschnittlich aus. Er ist der zweitniedrigste Anteil im Vergleich der neuen Länder. Auffällig ist, dass der von Großbetrieben erbrachte Umsatzanteil in den alten Ländern beim 2,2fachen des sachsen-anhaltinischen Anteilswertes liegt, wobei keines der neuen Länder in dieser Größengruppe den westdeutschen Vergleichswert erreicht.

Analog zur Verteilung der Umsätze nach Beschäftigtengrößenklassen hat auch hinsichtlich der Beschäftigtenzahl die Gruppe der mittelgroßen Betriebe das größte Gewicht. In dieser Gruppe von 20 bis 499 Beschäftigte sind 76,6% (neue Länder insgesamt: 73,8%) der Beschäftigten tätig, in der Gruppe der kleinen Betriebe mit 1 bis 19 Beschäftigten sind es 6,1% (neue Länder insgesamt: 8,5%) und in den Großbetrieben sind es 17,2% (neue Länder insgesamt: 17,7%) (vgl. Tabelle A-L.69). Damit entspricht die Verteilung der Beschäftigten auf die Größenklassen ungefähr dem Muster in den

neuen Ländern insgesamt. Auffällig ist, dass die Beschäftigung in Großbetrieben speziell in Brandenburg deutlich stärker als in den anderen neuen Ländern ausgeprägt ist.

Abschließend soll zur Charakterisierung betriebsgrößenspezifischer Leistungsmerkmale noch die sogenannte Umsatzproduktivität, d. h. der Umsatz je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe herangezogen werden. Idealerweise müsste eigentlich die betriebsgrößenspezifische Produktivität anhand der Wertschöpfung je Beschäftigten gemessen werden. Wegen Nichtverfügbarkeit solcher Angaben wird behelfsweise auf die Umsätze je Beschäftigten zurückgegriffen. Dabei können Verzerrungen der Produktivität durch unterschiedliche Vorleistungsquoten nicht ausgeschlossen werden. Die mittelgroßen Betriebe (20 bis 499 Beschäftigte) haben in Sachsen-Anhalt eine Umsatzproduktivität (Umsatz je Beschäftigten), die im Vergleich der Betriebe dieser Gruppe in Ostdeutschland die höchste ist. Die Umsatzproduktivität der mittelgroßen sachsen-anhaltinischen Industriebetriebe erreicht rund 96% des westdeutschen Niveaus (vgl. Tabelle A-L.70).

d) Zwischenfazit

Das Bild, das möglicherweise Anfang der neunziger Jahre noch von Sachsen-Anhalt existierte, nämlich ein Land mit einer stark großbetrieblich geprägten Wirtschaftsstruktur zu sein, muss inzwischen deutlich relativiert werden. Das Gros der Betriebe in Sachsen-Anhalt ist nunmehr mittelständisch geprägt.

Auch in der Industrie dominieren inzwischen kleine und mittlere Betriebe. Innerhalb der Industrie erbrachten die mittelgroßen Betriebe einen überdurchschnittlichen Umsatzanteil und der Umsatz pro Beschäftigtem kam bereits nahe an den westdeutschen Vergleichswert heran.

Von den anderen neuen Ländern unterscheidet sich Sachsen-Anhalt alles in allem hinsichtlich der Bedeutung von Klein- und Mittelbetrieben in der Unternehmenslandschaft und bei der Beschäftigung nur noch wenig. Allen neuen Ländern ist aber gemeinsam, dass in ihnen der Anteil großer Betriebe und der Beschäftigung in großen Betrieben deutlich geringer als in den alten Ländern ist. Mithin scheinen damit für ostdeutsche einschließlich der sachsen-anhaltinischen Unternehmen die Marktstellung und die Möglichkeiten zur Erzielung von Skalenerträgen schwächer als bei ihren westdeutschen Pendanten ausgeprägt zu sein.

3.2.6 Natürliche Ressourcen

Natürliche Ressourcen stellen wichtige Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses einer Region dar, wobei sie unter zwei Gesichtspunkten das wirtschaftliche Ergebnis beeinflussen können:

- Zum einen ist das Vorhandensein und die wirtschaftliche Nutzung natürlicher Ressourcen in Gestalt von Rohstoffen ein Standortvorteil, der die Transaktionskosten für bestimmte Produktionen senken und das wirtschaftliche Ergebnis der Region stärken kann.
- Zum anderen kann es durch die Übernutzung von natürlichen Ressourcen zu Standortnachteilen in Form von Umweltschäden kommen. Die Ausgaben, die zur Beseitigung der Umweltschäden getätigt werden, führen unter Umständen zu einer nichtoptimalen Verwendung des wirtschaftlichen Ergebnisses in einer Region.

Von diesen beiden Gesichtspunkten lässt sich die nachfolgende Untersuchung der Rolle der natürlichen Ressourcen als Wachstumsdeterminante der Wirtschaft Sachsen-Anhalts leiten. Im ersten Teil (3.2.6.1) wird die wirtschaftliche Nutzung der Rohstoffe Braunkohle, Kali, Steinsalz und Industriesole behandelt, die die wichtigsten abbaubaren Rohstoffe im Land darstellen.⁹⁴ Anschließend wird in knapper Form auf die Verfügbarkeit und Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser eingegangen. Im zweiten Teil (3.2.6.2) werden am Beispiel der Sanierung der ehemaligen Braunkohlentagebaue die Anstrengungen zur Beseitigung der Umweltschäden aufgezeigt, die durch den extensiven Braunkohlentagebau in der früheren DDR entstanden sind. Anschließend wird noch auf die Problematik der Altlastenverdachtsflächen im Lande eingegangen.

In der im Jahr 1997 veröffentlichte Strukturanalyse Sachsen-Anhalt war speziell der zweite Gesichtspunkt der natürlichen Ressourcen, also der Belastungsaspekt, stark hervorgehoben worden.⁹⁵ Inzwischen sind gerade im Bereich der Sanierung der Braunkohlentagebaue wichtige Arbeiten geleistet worden. Bevor auf den Stand dieser Sanierungsarbeiten eingegangen wird, erfolgt zunächst eine Darstellung der Verfügbarkeit und wirtschaftlichen Nutzung wichtiger natürlicher Ressourcen.

3.2.6.1 Verfügbarkeit und Nutzung wichtiger natürlicher Ressourcen

a) Braunkohle

In Sachsen-Anhalt wird Braunkohle noch in zwei Tagebauen gefördert, im Tagebau Profen⁹⁶ (gehört zur Mitteldeutschen Braunkohlengesellschaft mbH, MIBRAG mbH) und im Tagebau Amsdorf⁹⁷ (ROMONTA GmbH).

⁹⁴ Es kann hier freilich nur eine knappe Überblicksdarstellung erfolgen, weil eine detaillierte ökonomische Bewertung der Rohstoffvorkommen im Land auch eine viel detailliertere technische Betrachtung erfordern würde, die nicht Anliegen dieser Untersuchung ist.

⁹⁵ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 65.

⁹⁶ Der Tagebau Profen ist im Süden Sachsen-Anhalts in den Kreisen Weißenfels und Burgenlandkreis gelegen und erstreckt sich teilweise auch auf das Gebiet des Freistaates Sachsen.

⁹⁷ Der Tagebau Amsdorf ist westlich von Halle im Kreis Mansfelder Land gelegen.

- Die gesamten Vorräte im Tagebau *Profen* belaufen sich auf 290 Mio. t (vgl. Tabelle A-L.71). Dies sind rund zwei Fünftel der Lagerstättenvorräte in erschlossenen und konkret geplanten Tagebauen des Mitteldeutschen Reviers und rund 3,8% des Vergleichswertes für Deutschland insgesamt. Der Abbau in Profen ist bis zum Jahr 2034 vorgesehen.⁹⁸ Bei den Qualitätsparametern Heizwert, Wasser- und Schwefelgehalt nimmt die sachsen-anhaltinische Braunkohle im Vergleich der Reviere jeweils mittlere Positionen ein, wobei die Qualitätseigenschaften nicht zugunsten eines bestimmten Reviers ausfallen, sondern differenziert ausgeprägt sind (vgl. Tabellen A-L.72 und A-L.73). Die MIBRAG produziert Rohbraunkohle, Briketts, Kohlenstaub, Trockenkohle sowie Elektroenergie und Wärme.⁹⁹
- Die Lagerstätte im Tagebau *Amsdorf* verfügt noch über Vorräte im Umfang von 10 Mio. t gewinnbarer Braunkohle, sodass die Perspektiven der Kohleförderung bis über das Jahr 2025 beziffert werden. Der Braunkohleabbau der ROMONTA GmbH Amsdorf dient der Produktion von Rohmontanwachs, das in 51 Staaten exportiert wird und ca. 85% des Weltmarktbedarfs deckt. Montanwachse werden wiederum beispielsweise zur Herstellung von Kohlepapieren, Putz- und Pflegemitteln verwendet. Zu den Produkten des Betriebs gehören ferner Elektroenergie, Trockenkohle und Braunkohlenbrennstaub.¹⁰⁰

Gefördert wurden in Sachsen-Anhalt in beiden Tagebauen zusammen im Jahr 1999 8,0 Mio. t Braunkohle. Dies waren 14,7% weniger als 1995. In Deutschland insgesamt ist in diesem Zeitraum die Braunkohleförderung um 16,3%, also etwas stärker, zurückgegangen (vgl. Tabelle A-L.74). Der Anteil Sachsens-Anhalts an der gesamtdeutschen Braunkohleförderung belief sich damit im Jahr 1999 auf rund 5%, im Jahr 1995 betrug er 4,9%. Die rückgängige Förderung wird vor allem auf die im Rahmen des Strukturwandels in Ostdeutschland gesunkene Nachfrage industrieller Verbraucher zurückgeführt.

b) Kali/Steinsalz/Industriesole

Bei der wirtschaftlichen Nutzung von natürlichen Ressourcen spielen neben dem Braunkohleabbau auch die Förderung von Kali, Steinsalz und Industriesole eine wichtige Rolle.

⁹⁸ MIBRAG: Tagebau Profen, Besucherinformation. Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), o. O. Redaktionsschluss 31.01.1999 (Faltblatt).

⁹⁹ MIBRAG: Pocket info '99. Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH, Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Theißen, Redaktionsschluss 1. August 1999, S. 14.

¹⁰⁰ Die Angaben zur ROMONTA GmbH sind entnommen aus: Der Industriestandort Amsdorf, in: www.romonta.de/ie4/index4.htm, S. 1 (gelesen am 18.10.2000). – DEBRIV Bundesverband Braunkohle: Braunkohle. Ein Industriezweig stellt sich vor. Köln, Spremberg o. J., S. 33.

Kalisalz ist ein Rohstoff, der vor allem zu Düngemitteln und für die industrielle Verwendung (z. B. zur Herstellung von Farbpigmenten) verarbeitet wird.¹⁰¹ Die Förderung von Kalisalz hat in Sachsen-Anhalt eine lange Tradition. Im Jahr 1861 wurde in Staßfurt die erste Kalifabrik der Welt in Betrieb genommen, die dort gesammelten Erfahrungen führten zur Errichtung weiterer Kaliwerke. Gegenwärtig wird Kalisalz in Sachsen-Anhalt im Kaliwerk Zielitz gefördert. Die Zielitzer Kalilagerstätte gehört zum sogenannten Flöz Ronnenberg, das mit einer Lagermächtigkeit von 7,5 Metern und einem Wertstoffgehalt von durchschnittlich 16,5% K₂O als eines der wertvollsten Kalisalzlagerstätten in Deutschland gilt.¹⁰² Der in dieser Lagerstätte gegebene geringe Anteil von verunreinigenden Salzmineralen gilt als großer Vorteil für die Gewinnung und Verarbeitung.¹⁰³ Die im Werk Zielitz vorhandenen Vorräte belaufen sich auf 550 Mio. t Kalisalz.¹⁰⁴ Die Rohförderung von Kali ist in Sachsen-Anhalt von 8,01 Mio. t im Jahr 1995 auf 10,56 Mio. t im Jahr 1999, d. h. um 31,8% gestiegen (vgl. Tabelle A-L.75).¹⁰⁵ Das Werk gilt aufgrund umfangreicher Investitionen als eines der modernsten Kalibetriebe in Europa.¹⁰⁶ Es ist mit rund 1.400 Beschäftigten einer der größten industriellen Arbeitgeber im nördlichen Sachsen-Anhalt.

Steinsalz und Salzsole bzw. Industriesole werden als Rohstoffe für vielfältige industrielle Weiterverarbeitungen benötigt. Salz wird nicht nur als Nahrungsmittel, sondern beispielsweise auch bei der Herstellung von Glas, pharmazeutischen Produkten, Papier, Waschmitteln etc. benötigt.¹⁰⁷ Aus Salz werden großtechnisch die chemischen Grundstoffe Chlor, Natronlauge, Soda und Natriumkarbonat gewonnen. Der Abbau von Steinsalz erfolgt in Sachsen-Anhalt im Steinsalzbergwerk Bernburg und die Förderung von *Industriesole* in 5 Betrieben. Darüber hinaus wird Sole in 3 Kurbetrieben gefördert.¹⁰⁸ Die Förderung von Steinsalz und Industriesole ist in Sachsen-Anhalt von 3,80 Mio. t im Jahr 1995 auf 3,93 Mio. t im Jahr 1999, d. h. um 3,4% gestiegen (vgl. Tabelle A-L.75).¹⁰⁹

¹⁰¹ Vgl. KALI UND SALZ GMBH: Wir stellen uns vor: Kaliwerk Zielitz, I/0998/4500/PO, S. 3.

¹⁰² Vgl. BERGMANNNSVEREIN ZIELITZ E.V. (Hrsg.): „Scholle von Calvörde“: 25 Jahre Kali aus Zielitz. 1973 – 1998, o. O. 1998, S. 12.

¹⁰³ Vgl. ebenda.

¹⁰⁴ Vgl. KALI UND SALZ GMBH: Wir stellen uns vor, a. a. O., S. 8.

¹⁰⁵ Nach Angaben der Außenstelle der Bergämter Halle/Staßfurt.

¹⁰⁶ Vgl. BERGMANNNSVEREIN ZIELITZ E.V., a. a. O., S. 67.

¹⁰⁷ Vgl. KALI UND SALZ GMBH, GESCHÄFTSBEREICH SALZ: Der kostbarste aller Edelsteine ... Kali und Salz GmbH, Geschäftsbereich Salz/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), Kassel II/06/98/4000/PO, S. 20-25.

¹⁰⁸ Vgl. MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Jahreswirtschaftsbericht 1999. Fakten und Projekte, o. O. (November) 1999, S. 16.

¹⁰⁹ Nach Angaben der Außenstelle der Bergämter Halle/Staßfurt.

c) Boden

Sachsen-Anhalts Böden weisen wegen der unterschiedlichen naturgeschichtlichen Entstehung sowie unterschiedlicher klimatischer Gegebenheiten differenzierte Qualitäten auf. Anzutreffen sind beispielsweise die fruchtbaren Schwarzerdeböden in der Börde, feuchte, teilweise sand- und kiesreiche Böden in den Flußauen von Elbe und Saale und steinige, tonreiche Böden im Harz sowie Niedermoorböden im Drömling.¹¹⁰ Über gute Böden verfügt insbesondere die Magdeburger Börde. Die Schwarzerdeböden in der Börde haben ein hohes Wasserspeichervermögen und weisen mit die besten Bodenqualitäten in Deutschland auf. Gute Schwarzerde- und Lössböden weist auch ein Gürtel auf, der sich in Nord-Süd-Richtung von der Börde bis in die Gegend um Weißenfels zieht.¹¹¹ Diese guten Schwarzerde- und Lössböden bieten günstige Grundlagen für eine hohe Produktivität der landwirtschaftlichen Produktion (vgl. auch die Ausführungen zur Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und seinen Teilräumen in den Abschnitten 3.3.1, 3.3.2 und 4.3). Daneben gibt es aber auch Gegenden mit geringeren Bodenqualitäten, so in der Altmark im nördlichen Sachsen-Anhalts.¹¹²

d) Wasser

Sachsen-Anhalt weist bei einer mittleren Niederschlagsmenge von 612 mm/Jahr ein Wasserdargebot¹¹³ von 103 mm auf, das 2,1 Mrd. Kubikmeter/Jahr entspricht. In den alten Ländern beispielsweise steht zur Abdeckung des Wasserbedarfs eine mittlere jährliche Niederschlagsmenge von 837 mm zur Verfügung, aus der ein Wasserdargebot von im Mittel 318 mm im Jahr herrührt.¹¹⁴ Die Voraussetzungen zur Deckung des Wasserbedarfs aus eigenem Aufkommen gelten damit als ungünstiger als beispielsweise in den westdeutschen Ländern.¹¹⁵ Diese Situation zeigt sich auch darin, dass für Sachsen-Anhalt der Fremdbezug von Wasser eine größere Rolle spielt als in den anderen neuen und auch in den alten Ländern insgesamt.

¹¹⁰ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Landesentwicklungsbericht 1996, Bericht der Landesregierung Sachsen-Anhalt gemäß § 10 des Vorschaltgesetzes zur Raumordnung und Landesentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des zweiten Änderungsgesetzes vom 17. Dezember 1993, Magdeburg, November 1996, S. 171.

¹¹¹ Vgl. HAMER, E.; GEBHARDT, R.; TERBOVEN, M.: Strukturbericht 1991 für Sachsen-Anhalt. Schriften des Deutschen Instituts für Mittelstandsökonomie, Bd. 3. Essen 1992, S. 17.

¹¹² Vgl. ebenda.

¹¹³ Das sogenannte Wasserdargebot ergibt sich aus der Differenz von Niederschlag und Wasserverdunstung bezogen auf die Fläche der Region zuzüglich der Wasserzuflüsse aus Nachbarregionen. Vgl. BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V.: Entwicklung der öffentlichen Wasserversorgung 1990-1995. Bonn, o. J., S. 7.

¹¹⁴ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Landesentwicklungsbericht 1996, a. a. O., S. 167.

¹¹⁵ Vgl. ebenda.

Informationen über Wasseraufkommen und Wasserverbrauch, die einen Ländervergleich ermöglichen¹¹⁶, werden vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht, allerdings nur mit großer zeitlicher Verzögerung (zuletzt für das Jahr 1995). Danach betrug die Eigengewinnung in Sachsen-Anhalt im Jahr 1995 442 Mio. Kubikmeter (1,0% der Eigengewinnung in der Bundesrepublik Deutschland bei einem Bevölkerungsanteil von 3,4% und einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 1,9%) – der Fremdbezug belief sich auf 316 Mio. Kubikmeter (9,3% des Fremdbezuges in der Bundesrepublik Deutschland) (vgl. Tabelle A-L.76). Mit einer Relation zwischen Eigengewinnung zu Fremdbezug von 1:0,71 steht Sachsen-Anhalt mit Abstand hinsichtlich der relativen Höhe des Fremdbezugs an der Spitze der neuen Länder und auch weit über dem westdeutschen Durchschnitt. In Betrieben des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes und bei Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung wurden 303 Mio. Kubikmeter Wasser eingesetzt.¹¹⁷ Etwas aktuellere Zahlenangaben zum Wasseraufkommen und -verbrauch liegen im Ergebnis einer veröffentlichten Umfrage des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW) für das Jahr 1998 für den Bereich der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen vor.¹¹⁸ Da im Rahmen dieser Umfrage lediglich die BGW-Mitgliedsunternehmen befragt worden sind, lassen sich diese Angaben, wenn es sich um absolute Werte handelt, nicht zum Ausweis der gesamten Wasserförderung und des gesamten Wasserbezuges der öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen verwenden. Was die in dieser Statistik ausgewiesene Struktur der Wasserabgabe in Sachsen-Anhalt betrifft, werden 75% an Haushalt und Kleingewerbe, 17% an die Industrie und 8% an sonstige Verbraucher abgegeben (vgl. Tabelle A-L.77). Im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Flächenländern liegt der Anteil der Haushalte und des Kleingewerbes um 2,9 Prozentpunkte unter dem ostdeutschen Durchschnitt, der Anteil der Industrie liegt um 3,3 Prozentpunkte über dem ostdeutschen Durchschnitt und ist der höchste Anteil unter den ostdeutschen Ländern.

Der Umstand, dass Sachsen-Anhalt in starkem Maß vom Fremdbezug von Wasser abhängig ist, muss – für ein vom Standpunkt der Fläche eher kleines Land – kein wesentlicher Nachteil sein, es sei denn, dass hierdurch ein höheres Niveau der Wasserpreise gegeben ist. Dies könnte wiederum ein Standortnachteil sein. Angaben zu den regionalen Unterschieden der Preise für Wasser, die vom Bundesamt für Bauwesen und Raum-

¹¹⁶ Vom Statistischen Bundesamt werden Daten zur gesamten Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung (also nicht nur für die öffentlichen Wasserversorgungsunternehmen) nur in größeren Abständen erhoben, die jüngsten Angaben liegen für 1995 vor. Danach beträgt die Eigengewinnung von Wasser in Sachsen-Anhalt 442 Mio. Kubikmeter und der Fremdbezug beläuft sich auf 316 Mio. Kubikmeter. In Betrieben des Bergbaus und des Verarbeitenden Gewerbes sowie in Wärmekraftwerken für die öffentliche Versorgung wurden 303 Mio. Kubikmeter eingesetzt. Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1998, S. 701.

¹¹⁷ Vgl. ebenda, Tabelle 26.2, S. 700.

¹¹⁸ Vgl. BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT e.V. (BGW): Wasser. Bundesrepublik Deutschland. 110. Statistik 1998. Bonn (Februar) 2000.

ordnung (BBR) veröffentlicht worden sind, geben jedoch keine Hinweise auf besonders hohe Wasserpreise in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum durchschnittlichen Wasserpreis in den neuen Ländern.¹¹⁹

3.2.6.2 Beseitigung der Folgen einer Übernutzung wichtiger natürlicher Ressourcen – Braunkohlesanierung und Altlastenproblematik

a) Braunkohlesanierung

Die Sanierung stillgelegter Braunkohlentagebaue und stillgelegter Verarbeitungsanlagen ist in Sachsen-Anhalt und in den anderen ostdeutschen Braunkohleregionen eine wichtige Aufgabe, die der Wiederherstellung einer intakten Natur dient. Die Sanierung ist aus berg- und geotechnischen, hydrologischen und ökologischen Gründen erforderlich, denn die großflächigen Tagebaue „... hinterließen gewaltige Eingriffe in die Landschaft und in den Grundwasserhaushalt sowie umfangreiche Ablagerungen von Industrieabfällen und -reststoffen ...“¹²⁰. Mit der Sanierung in den Braunkohlenregionen Ostdeutschlands, darunter in Sachsen-Anhalt, ist die Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) betraut.¹²¹

Die Finanzierung der Sanierungsleistungen erfolgt auf der Grundlage von Verwaltungsabkommen gemeinsam durch Bund und Länder. Das Bund-Länder-Verwaltungsabkommen für die Jahre 1993 bis 1997 sah pro Jahr für die ostdeutschen Länder (die von Sanierungsaufgaben betroffen waren) einen Mittelbedarf von 1,5 Mrd. DM vor. Davon sollte ein Sockelbetrag in Höhe von 1 Mrd. DM im Verhältnis von 3:1 durch den Bund bzw. die Braunkohleländer erbracht werden. Weitere 0,5 Mrd. DM sollten aus Privatisierungserlösen und aus Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit zufließen. Insgesamt wurden bis Ende 1997 in den betroffenen ostdeutschen Ländern Mittel in Höhe von rund 8 Mrd. DM in Anspruch genommen. Ein ergänzendes Verwaltungsabkommen regelt die Finanzierung für den Zeitraum 1998 bis 2002. Es sieht ein Finanzvolumen für die ostdeutschen Länder, in denen Sanierungsaufgaben anstehen, von insgesamt

¹¹⁹ Der durchschnittliche Wasserpreis je m³ betrug in Sachsen-Anhalt im Jahr 1997 4,18 DM je m³ und lag damit nahe am Durchschnitt für die neuen Länder insgesamt (4,25 DM). In Sachsen lag er bei 4,95 DM in Thüringen bei 4,83 DM, in Brandenburg bei 3,49 DM und Mecklenburg-Vorpommern bei 3,31 DM. Vgl. BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 1999. Berichte, Bd. 3. Bonn 1999, S. 245-246.

¹²⁰ STEUERUNGS- UND BUDGETAUSSCHUSS FÜR DIE BRAUNKOHLESANIERUNG – GESCHÄFTSSTELLE: Braunkohlesanierung in den neuen Bundesländern (Stand Ende 1998). Berlin, Redaktionsschluss 17. Mai 1999, S. 5.

¹²¹ Die LMBV ist ein Unternehmen, das zur BMGB Beteiligungs-Management-Gesellschaft Berlin mbH gehört, einer Nachfolgegesellschaft der Treuhandanstalt in Bundesbesitz. Die LMBV wurde am 9. August 1994 gegründet. Vgl. LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAUVERWALTUNGSGESELLSCHAFT mbH: Porträt. Berlin, Redaktionsschluss 31.3.1998, S. 2.

6,0 Mrd. DM, d. h. von rund 1,2 Mrd. DM im Jahresdurchschnitt, vor.¹²² In den Jahren 1996 bis 1999 ergibt sich aus den Jahresberichten der LMBV ein finanzieller Sanierungsaufwand in Sachsen-Anhalt in Höhe von rund 821 Mio. DM, dies entspricht einem Anteil von 17,1% des gesamten ausgewiesenen Sanierungsaufwandes (vgl. Tabelle A-L.78) und ungefähr dem Anteil der LMBV-Flächen in Sachsen-Anhalt an den gesamten im Grundbesitz der LMBV befindlichen Flächen (1999: 17,6%) (vgl. Tabelle A-L.79)¹²³. Damit weist der Länderbereich Sachsen-Anhalt flächenmäßig im ostdeutschen Vergleich den kleinsten LMBV-Grundbesitz auf. In Sachsen-Anhalt waren im Jahr 1999 als Personal der LMBV 462 Personen tätig (1996: 396). Darüber hinaus¹²⁴ waren in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 786¹²⁵ Arbeitnehmer auf (im Rahmen der Arbeitsförderung) förderfähigen Arbeitsplätzen tätig, davon wurden 718 im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gefördert. (1996 nach § 249 h gefördert: 2.315) (vgl. Tabellen A-L.80 und A-L.81). Der Anteil Sachsen-Anhalts an den im Rahmen der Arbeitsförderung in der Braunkohlesanierung beschäftigten Arbeitnehmern ist von 19,8% im Jahre 1996 auf 16,9% im Jahr 1999 zurückgegangen. Die Zahl der geförderten Beschäftigung ist in diesem Zeitraum um -69% zurückgegangen und damit stärker als in der Braunkohlesanierung in Ostdeutschland insgesamt (um -63,7%) (vgl. Tabelle A-L.81).

Der Abschluss der Sanierung für die Tagebaue in Sachsen-Anhalt ist im frühesten Falle für das Jahr 2004 (Tagebau Großkayna/Kayna-Süd) und im spätesten Falle im Jahr 2020 (Tagebau Mücheln/Braunsbedra) vorgesehen.¹²⁶ Die Grundsanierung dieser stillgelegten Tagebaue soll allerdings im wesentlichen bis zum Jahr 2002 abgeschlossen sein. Die

¹²² Vgl. DEBRIV BUNDESVERBAND BRAUNKOHLE: Braunkohle. Ein Industriezweig stellt sich vor, a. a. O., S. 18.

¹²³ Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht sämtliche im Grundbesitz der LMBV stehenden Flächen zu sanieren sind. Von den im Land Sachsen-Anhalt per 31.12.1999 ausgewiesenen LMBV-Flächen mit einer Ausdehnung von 14.660 ha waren nach Angaben der LMVB 10.364 ha mit Sanierungsbedarf. Sachsen-Anhalt verfügt damit über einen Flächenanteil mit Sanierungsbedarf, der mit 70,7% unter dem ostdeutschen Durchschnitt von 78,3% liegt (vgl. Tabelle A.-L.79).

¹²⁴ Eine Summierung der Zahl der LMBV-Beschäftigten und der Arbeitnehmer auf förderfähigen Arbeitsplätzen ist nicht sinnvoll, weil es sich im ersten Fall um Angaben zum Jahresende, im zweiten Fall um Jahresdurchschnittswerte handelt. Der Jahreswirtschaftsbericht 1999 des Landes Sachsen-Anhalt nennt für 1998 auf der Grundlage von Unternehmensangaben eine Zahl von 1.100 Beschäftigten in 9 in Sanierung befindlichen Gewinnungsbetrieben. Im Jahresbericht '96 waren für 1995 3.600 Arbeitnehmer genannt. Vgl. MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Jahreswirtschaftsbericht 1999. Fakten und Projekte, o. O. (November) 1999, S. 14. – MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, TECHNOLOGIE UND EUROPAANGELEGENHEITEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Fakten & Projekte. Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 1995. Magdeburg, Redaktionsschluss: 31.07.1996, S. 18.

¹²⁵ Davon wurden 522 Arbeitsplätze nach SGB III §§ 272 ff gefördert, bei den restlichen Arbeitnehmern handelt es sich um Stammarbeiter. Vgl. LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: 1998 im Überblick. Berlin März 1999, 16.

¹²⁶ Vgl. LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: Porträt, a. a. O., S. 10.

Sanierungsaufgaben verlagern sich inzwischen von der Böschungsgestaltung hin zu „... wasserwirtschaftlichen, naturschutzfachlichen, landschaftsplanerischen und infrastrukturellen Nachnutzungsvorhaben ...“¹²⁷.

Alles in allem stellen die Altlasten in Gestalt der stillgelegten Tagebaue und Veredlungsanlagen einen Standortnachteil für das Land Sachsen-Anhalt und für alle anderen ostdeutschen Länder mit Braunkohlestandorten dar. Zum Abbau dieser Nachteile wurden große finanzielle Ressourcen eingesetzt, wobei hier die Unterstützung des Bundes sowie der Bundesanstalt für Arbeit positiv zu Buche schlagen. Inzwischen sind wichtige Sicherungsarbeiten geleistet und allmählich kommen die positiven Momente in Gestalt einer verbesserten Umweltqualität und wieder intakter Landschaften zum Tragen, und mittelfristig könnten auch neue Möglichkeiten für Freizeitgestaltung und Erholung entstehen.

b) Altlastenverdachtsflächen

Nicht nur der Braunkohlenbergbau, sondern auch andere Nutzungen des Bodens für Siedlungen und wirtschaftliche Aktivitäten haben zu Schädigungen des Bodens geführt. Flächendeckende Informationen zum qualitativen Zustand des Bodens liegen nicht vor, gleichwohl wird ein Bodeninformationssystem in Sachsen-Anhalt schrittweise aufgebaut.¹²⁸

Über einen Teilaspekt des Bodenzustandes, nämlich über die Anzahl sogenannter *Altlastenverdachtsflächen (ALVF)*, liegen Informationen vor. Altlastenverdächtige Flächen geben Hinweise darauf, inwieweit im Gefolge wirtschaftliche Aktivitäten, z. B. im Bereich chemische Industrie, im Bergbau, in der Landwirtschaft oder durch die Ablagerungen von Abfällen Schäden der Bodenqualität vermutet werden. Bei den sogenannten Altlastenverdachtsflächen handelt es sich um erfasste Flächen, bei denen ein Verdacht auf Gefährdung besteht, d. h. nicht jeder Altlastenverdacht muss sich im Ergebnis einer Bewertung als zutreffend herausstellen. Einer Zusammenstellung von altlastenverdächtigen Altablagerungen¹²⁹ und Altstandorten¹³⁰ des Umweltbundesamtes vom Dezember

¹²⁷ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Umweltbericht 1997 des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg, Redaktionsschluss 03.07.1998, S. 24.

¹²⁸ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT, a. a. O., S. 64.

¹²⁹ Zu den sogenannten Altablagerungen gehören z. B. Abfallablagerungsstellen, die verlassen oder stillgelegt sind und von denen Umweltgefährdungen, vor allem für die menschliche Gesundheit ausgehen. Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Landesentwicklungsbericht 1996, a. a. O., S. 172.

¹³⁰ Zu den sogenannten Altstandorten gehören z. B. stillgelegte Industrieanlagen, von denen Umweltgefährdungen, vor allem für die Menschliche Gesundheit ausgehen.

1998 zufolge, die auf Meldungen der Länder beruhte, gab es in Sachsen-Anhalt zum Zeitpunkt der Erhebung 20.231 erfasste altlastenverdächtige Flächen, davon 6.936 altlastenverdächtige Altablagerungen und 13.295 altlastenverdächtige Altstandorte.¹³¹ (vgl. Tabelle A-L.82).¹³² Die Altlastenverdachtsflächen in Sachsen-Anhalt wurden einer ersten Bewertung unterzogen, in deren Ergebnis 13% der Flächen hohe Priorität haben (8% der Altablagerungen und 16% der Altstandorte), 50% mittlere und 37% geringe Priorität.¹³³ Die Bearbeitung der ALVF erfolgt, nachdem sie erfasst sind, stufenweise durch „... eine historische und technische Erkundung, eine schutzgutbezogene Bewertung des Gefährdungspotenzials, die Beseitigung möglicher Gefahren durch geeignete Sanierungsmaßnahmen, die Überwachung und Nachsorge sowie die Wiedernutzung der Flächen...“¹³⁴.

Speziell bei den sogenannten Ökologischen Großprojekten (ÖGP) – zum Beispiel in Bitterfeld/Wolfen, Leuna u. a. – wurden zahlreiche Einzelmaßnahmen, z. B. zur Flächensanierung, Beseitigung von Bodenkontaminationen und Grundwassersicherung durchgeführt. In den kommenden Jahren stehen weitere Aufgaben zur Sicherung und Sanierung des Grundwassers sowie weitere Maßnahmen an.

3.2.6.3 Zwischenfazit

Das Vorhandensein natürlicher Ressourcen kann in zweierlei Richtung das wirtschaftliche Ergebnis einer Region beeinflussen. Zum einen kann die Rohstoffgewinnung das wirtschaftliche Ergebnis verbessern. Zum anderen führt eine Übernutzung natürlicher Ressourcen zu Umweltzerstörung. Beide Aspekte werden in der Strukturanalyse berücksichtigt, der erste anhand der Nutzung der Braunkohle- und Kalivorräte, der zweite vor allem anhand der Sanierung von ehemaligen Tagebauen. Bei dieser Sanierung sind inzwischen gute Fortschritte erreicht worden.

Bis vor zehn Jahren war die Förderung von Bodenschätzen ein wesentlicher Wirtschaftsfaktor des Landes Sachsen-Anhalt. Heute spielen insbesondere die Förderung von Braunkohle und Kali eine Rolle. Dabei ist die Braunkohleförderung in Sachsen-Anhalt ebenso wie in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt im Beobachtungszeitraum rückläufig gewesen, obwohl die Braunkohle aus dem mitteldeutschen Revier durchaus

¹³¹ Vgl. Bundesweite Übersicht zur Altlastenerfassung. Zusammenstellung des UBA vom Dezember 1998 auf der Grundlage von Angaben aus den Bundesländern, in: http://www.umweltdaten.de/altlast/web1/deutsch/1_6.htm, gelesen am 05.12.00.

¹³² Der Ländervergleich wird dadurch erschwert, dass der Erfassung keine länderübergreifend einheitliche Definition für Altlastverdachtsflächen und Altstandorte zugrunde liegt, daher ist ein Vergleich der Länderangaben lediglich bedingt möglich .

¹³³ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Umweltbericht 1997 des Landes Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 66.

¹³⁴ Vgl. ebenda, S. 66.

günstige Qualitätsparameter aufweist. Die Kaliförderung, die auf hochwertige Vorkommen aufbauen kann, ist dagegen deutlich gestiegen.

In den stillgelegten Braunkohletagebauen sind inzwischen die wesentlichen Sicherungsarbeiten geleistet worden, sodass sich der Schwerpunkt der Sanierung inzwischen hin zu Aufgaben in den Bereichen Wasserwirtschaft, Naturschutz, Nachnutzung verlagert hat. Die direkte Beschäftigung im Rahmen der Braunkohlesanierung, die stark aus öffentlich geförderten bzw. öffentlich finanzierten Arbeitsplätzen besteht, ist im Beobachtungszeitraum deutlich zurückgegangen.

Belastungen der Umwelt gab es nicht nur durch den Braunkohletagebau, sondern auch durch andere wirtschaftliche Aktivitäten. Die daraus entstandenen Altlastenverdachtsflächen im Bodenbereich sind erfasst, einer Erstbewertung unterzogen und die Sanierung in wichtigen Projekten im Gange.

3.2.7 Raumstruktur und Raumordnungspolitik

Die Raumstrukturen einer Region sind teilweise natürlich bedingt, lassen sich aber durch menschliche Aktivitäten entscheidend verändern. Die natürlichen Raumstrukturen sind heute durch von den Menschen geschaffene Strukturen weitgehend überlagert worden, die etwa in der im Status quo gegebenen Ballung von ökonomischen Aktivitäten oder in den bestehenden Verkehrsverbindungen zum Ausdruck kommen. Die Veränderung der gegebenen räumlichen Strukturen wird mit Maßnahmen der Raumordnungspolitik zu lenken versucht, sodass für die zukünftigen räumlichen Strukturen einer Region der Raumordnungspolitik allergrößte Bedeutung zukommt. Demgemäß werden im Folgenden zunächst die gegebenen räumlichen Strukturen (3.2.7.1) und anschließend die Raumordnungspolitik in Sachsen-Anhalt betrachtet (3.2.7.2).

3.2.7.1 Raumstruktur

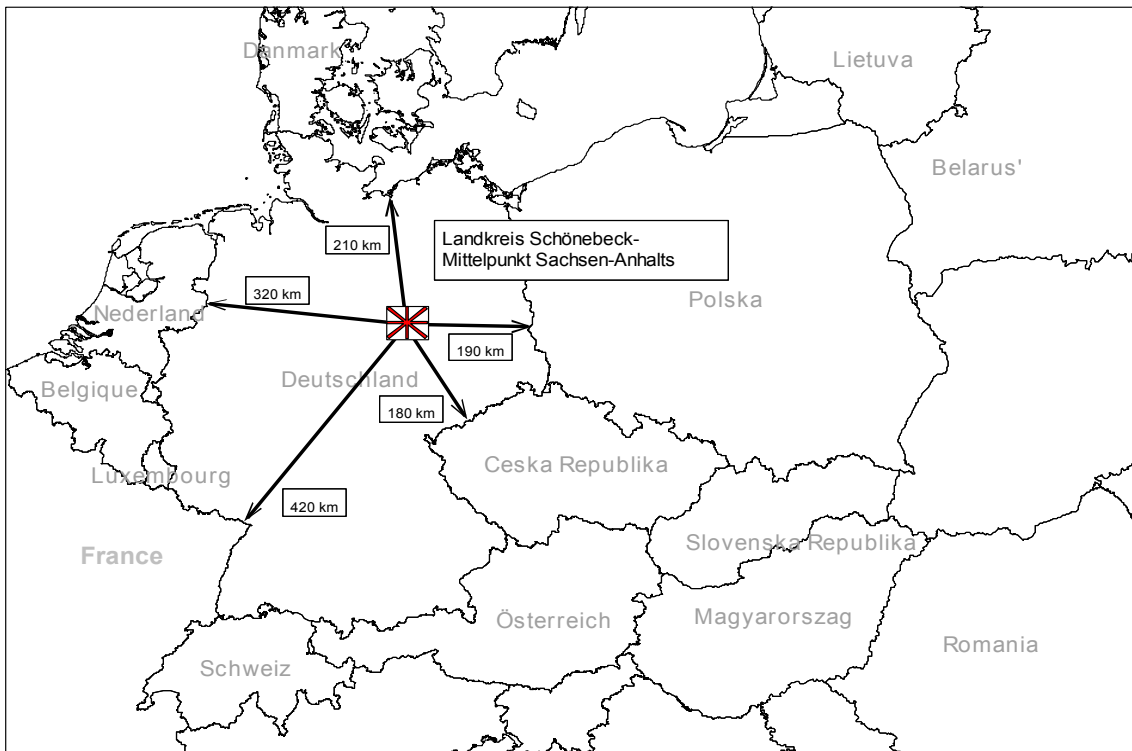
Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region hängt u. a. von den Transaktionskosten ab, die mit der Anbahnung und Durchführung von Austauschbeziehungen über räumliche Distanzierung verbunden sind (z. B. Transport von Gütern vom Herstellungs- zum Absatzort). Die Höhe der Transaktionskosten wiederum wird davon beeinflusst, wie groß die Distanzen zwischen der betrachteten Region und anderen Regionen und zwischen den Trägern ökonomischer Aktivitäten innerhalb der Region sind. Entscheidend ist dabei die zeitliche Distanz. Sie hängt einerseits von der räumlichen Distanz, andererseits von der Qualität der Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ab. Da der Faktor Infrastruktur bereits behandelt worden ist, soll im Folgenden nur auf die räumliche Distanz und ihre spezielle Ausprägung in Sachsen-Anhalt eingegangen werden.

a) Räumliche Distanzen zu externen Aktivitätszentren

Je weiter eine Region von wichtigen ökonomischen Aktivitätszentren entfernt liegt, um so höher werden ceteris paribus die Transaktionskosten sein, die mit den Austauschbeziehungen zwischen Unternehmen und Haushalten in der betrachteten Region und Partnern in diesen Aktivitätszentren verbunden sind, und desto geringer werden die Austauschbeziehungen sein. Weiterhin werden die Transaktionskosten davon beeinflusst, wie dicht eine Region an einer natürlichen oder weitgehend undurchlässigen politischen Grenze liegt. Durch die Grenzlage werden die Austauschbeziehungen in bestimmte Richtungen eingeschränkt.

Abbildung L.16:

Die Lage Sachsen-Anhalts in Deutschland



Quelle: IWH.

Innerhalb der heutigen Bundesrepublik ist die Lage des Landes nicht ganz zentral (vgl. Abbildung L.16). Geht man vom Kreis Schönebeck aus, der in etwa den räumlichen Mittelpunkt des Landes bildet, so beträgt die Distanz zur nächstliegenden Grenze (mit Tschechien) etwa 180 km, jene zur deutsch-polnischen Grenze etwa 190 km. Demgegenüber beträgt die Entfernung vom Kreis Schönebeck zu den heutigen EU-Nachbarn Deutschlands etwa zwischen 300 und 500 km. Im Vergleich zu den anderen neuen Bundesländern hat Sachsen-Anhalt den großen Vorteil, weder an einer EU-Außengrenze

noch an einer wesentlichen natürlichen Grenze wie etwa der Ostsee oder dem Erzgebirge zu liegen, zudem grenzt das Land unmittelbar an die alten Bundesländer. Vorteilhaft kann auch sein, dass Sachsen-Anhalt im Raum zwischen dem westdeutschen Aktivitätszentrum Hannover-Braunschweig-Wolfsburg im Westen und der Bundeshauptstadt Berlin im Osten liegt; im Südosten kommt die Stadt Leipzig hinzu, die von der Einwohnerzahl her alle Städte in Sachsen-Anhalt übertrifft und bereits vor der Wende wichtige überregionale Funktionen für die Volkswirtschaft der DDR übernommen hatte. Demgemäß gibt es zusammenfassend gesehen verschiedene entfernungs-mäßige Vorteile für das Land. Es lässt sich ohne spezielle Untersuchungen aber nicht beurteilen, um wieviel diese Vorteile größer oder kleiner als die für die anderen neuen Länder gegebenen Entfernungsvorteile sind.

b) Intraregionaler Agglomerationsgrad von ökonomischen Aktivitäten

Es wird vielfach die These vertreten, dass Agglomerationen mit positiven Wachstumseffekten verbunden sind: Je geringer die Distanzen zwischen den Wirtschaftssubjekten sind und je mehr Wirtschaftssubjekte in einer Region vorhanden sind, um so besser die wirtschaftliche Entwicklung. Auch dies ist mit den Transaktionskosten zu erklären, die in einem Ballungszentrum deutlich niedriger als in einem Raum mit großen Distanzen zwischen den Wirtschaftssubjekten sind (Agglomerationsvorteile). Zwar können die Transaktionskosten in manchen Bereichen mit zunehmendem Ballungsgrad auch steigen, solche Agglomerationsnachteile kommen z. B. in den verstopften Straßen der Großstädte zum Ausdruck. Für die Abbildung der in Sachsen-Anhalt gegebenen Ausprägung von Agglomerationen werden im Folgenden die regionale Typisierung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung sowie verschiedene Dichteindikatoren herangezogen.

Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) hat alle Kreise in Deutschland nach der für sie jeweils gegebenen Siedlungsstruktur in verschiedene Kategorien unterteilt. Die Kreise sind zwar unterschiedlich groß. Gleichwohl lassen sich aus der Anzahl der Kreise in einem Land, die jeweils einem bestimmten siedlungsstrukturellen Typ angehören, Rückschlüsse auf das Ausmaß der in diesem Land gegebenen Ballungen ziehen. Diese Kategorisierung richtet sich nach der Zentralfunktion von Kernstädten, die auf die einzelnen Kreise ausstrahlen, sowie nach der in den Kreisen gegebenen Bevölkerungsdichte. Insgesamt werden vom BBR 7 siedlungsstrukturelle Regionstypen unterschieden.¹³⁵ Tabelle L.45 zeigt, dass in Ostdeutschland im Vergleich zu Westdeutsch-

¹³⁵ Es handelt sich hierbei um (1) Hochverdichtete Agglomerationsräume (Oberzentrum >100.000 E und Umland-Dichte >300 E/km²), (2) Agglomerationsräume mit herausragenden Zentren (Oberzentrum >100.000 E und Umland-Dichte <300 E/km²), (3) Verstädterte Räume höherer Dichte (Dichte >200 E/km²), (4) Verstädterte Räume mittlerer Dichte mit großen Oberzentren (Dichte 100-200 E/km² und Oberzentrum >100.000 E), (5) Verstädterte Räume mittlerer Dichte ohne große Oberzentren (Dichte 150-200 E/km² und ohne Oberzentrum >100.000 E), (6) Ländliche Räume höherer Dichte (Dichte >100 E/km²), (7) Ländliche Räume geringerer Dichte (Dichte <100 E/km²).

land insgesamt deutlich weniger Kreise mit einer ausgeprägten Ballung vorhanden sind. Im ostdeutschen Vergleich zeigt sich für Sachsen-Anhalt ein nicht sehr stark von Agglomerationen geprägter Zustand. Nur Sachsen und Brandenburg weisen Kreise vom Typ „Agglomerationsraum mit herausragendem Zentrum“ auf, wobei für Brandenburg das Zentrum die aus Landessicht extraterritorial gelegene Bundeshauptstadt ist. Immerhin gibt es im Lande mehr Kreise vom Typ „verstärkte Räume“ als in den übrigen Ländern. Insgesamt gesehen scheint die Rolle von agglomerierten Kreisen in Sachsen-Anhalt größer als in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen, aber kleiner als in den beiden anderen neuen Ländern zu sein.

Tabelle L.45:

Anzahl der Kreise in den jeweiligen differenzierten Regionstypen nach Bundesländern

Land/Region	Hochverdichteter Agglomerationsraum	Agglomerationsraum mit herausragendem Zentrum	Verstärkter Raum höherer Dichte	Verstädterter Raum mittlerer Dichte mit großem Oberzentrum	Verstädterter Raum mittlerer Dichte ohne großes Oberzentrum	Ländlicher Raum höherer Dichte	Ländlicher Raum geringer Dichte
Sachsen-Anhalt	0	0	7	9	0	6	2
Brandenburg	0	11	0	4	0	0	3
Mecklenburg-Vorpommern	0	0	0	3	0	0	15
Sachsen	0	18	5	0	6	0	0
Thüringen	0	0	0	13	1	9	0
Neue Länder ^a	0	29	12	29	7	15	20
Alte Länder ^b	81	37	56	54	30	51	15
Alte Länder ^c	81	40	56	54	30	51	15

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung.

Aufschluss über den im Lande insgesamt gegebenen durchschnittlichen Agglomerationsgrad können die Indikatoren der Bevölkerungsdichte, der Siedlungsdichte und der Unternehmensdichte geben. Der Indikator Bevölkerungsdichte gibt an, wie viele Einwohner sich im Durchschnitt einen qkm der Landesfläche teilen müssen. Wie in Tabelle L.46 dargestellt, lag die Bevölkerungsdichte in Sachsen-Anhalt 1998 bei 131, was fast exakt dem Durchschnitt der ostdeutschen Länder entsprach. In den alten Ländern lag der Durchschnittswert bei 252. Wenn man nicht das gesamte Land, sondern nur die Ballungsräume i. S. der kreisfreien Städte und ihrer unmittelbaren Umlandkreise betrachtet, so ergibt sich für Sachsen-Anhalt ebenfalls ein in etwa dem ostdeutschen Durchschnitt entsprechender Wert. Für Sachsen und Thüringen ergeben sich deutlich größere Bevölkerungsdichte-Werte, die insbesondere im Falle Sachsens dicht an die Werte der alten Länder heranragen. Der Indikator der Siedlungsdichte, bei dem die

Einwohner nur auf die sog. Siedlungsfläche bezogen werden, zeigt ebenfalls eine dem ostdeutschen Durchschnitt entsprechende Ballung in Sachsen-Anhalt (vgl. Tabelle A-L.83).

Tabelle L.46:

Bevölkerungsdichte nach Bundesländern 1995 und 1998

- Einwohner je qkm -

Land/Region	Land insgesamt		kreisfreie Städte einschließlich ihres Umlandes ^a	
	1995	1998	1995	1998
Sachsen-Anhalt	134	131	165	161
Brandenburg	86	88	114	116
Mecklenburg-Vorpommern	79	78	92	91
Sachsen	248	244	273	269
Thüringen	155	152	272	266
Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	132	130	169	167
Alte Länder (nur Flächenländer)	250	252	343	345
Alte Länder (mit Hamburg, Bremen, Berlin)	271	273	-	-

^a Umland = an die kreisfreien Städte angrenzende Landkreise. Falls Landkreise an mehrere kreisfreie Städte angrenzen, wurden diese Landkreise der jeweils größten kreisfreien Stadt zugeordnet.

Quelle: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Für die Entstehung von Ballungsvorteilen ist neben der Ballung von Menschen die Ballung von Arbeitskräften und Betrieben von Bedeutung.

Die Unternehmensdichte zeigt die Konzentration der unternehmerischen Aktivitäten an. Dieser Indikator zeigt eine etwas unter dem ostdeutschen Durchschnitt liegenden Ballung von ökonomischen Aktivitäten (vgl. Tabelle L.47). Für Sachsen und Thüringen zeigt sich der höchste Grad an Ballung.

c) Zwischenfazit

Die Lage des Landes in Relation zu anderen Aktivitätszentren und zu den Grenzen kann für die Wirtschaft im Lande insgesamt gesehen als vorteilhaft angesehen werden. Der eher leicht unter dem Durchschnitt liegende Agglomerationsgrad, der sich insbesondere auch bei den drei kreisfreien Städten und ihrem Umland zeigt, deutet demgegenüber darauf hin, dass Sachsen-Anhalt von Agglomerationsvorteilen bislang im ostdeutschen Vergleich nur durchschnittlich profitieren kann.

Tabelle L.47:

Unternehmensdichte nach Bundesländern 1995, 1999 und 2000 (Stand: 1. Januar)
- Industrie- und Handelskammern zugehörige Unternehmen je Fläche in qkm -

Land/Region	1995	1999	2000	2000/1995
	Unternehmensbestand je qkm			in %
Sachsen-Anhalt	3,7	4,0	4,0	7,2
Brandenburg	3,0	3,0	3,1	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	2,3	2,6	2,7	20,7
Sachsen	7,8	8,8	9,0	14,6
Thüringen	5,2	5,8	5,8	12,4
Neue Länder ^a	4,1	4,5	4,6	11,8
Alte Länder ^b	10,0	11,1	11,4	13,1
Alte Länder ^c	11,0	12,1	12,4	12,6

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich Hamburg, Bremen und Berlin.

Quelle: Deutscher Industrie und Handelstag; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

3.2.7.2 Raumordnungspolitik

a) Bedeutung der Raumordnungspolitik

Die Raumordnungspolitik soll konkurrierende Ansprüche an den Boden als knappes Gut koordinieren.¹³⁶ Die Wirksamkeit der Raumordnungspolitik hängt davon ab,

- inwieweit sie die Standortbedingungen beeinflusst und
- inwieweit sie mit ihren Ge- und Verboten zur Flächennutzung die unternehmerische Entscheidungsfreiheit einschränkt.

Einfluss auf die Standortbedingungen nimmt die Raumordnungspolitik insbesondere durch die Zielsetzungen zu den sogenannten Zentralen Orten und Achsen und zur Infrastrukturentwicklung.

Gebote und Verbote zur Flächennutzung, mit denen die unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingeschränkt wird, setzt die Raumordnungspolitik vor allem durch den Freiraumschutz sowie durch Ziele zur räumlichen Allokation bestimmter wirtschaftlicher (z. B. industrieller) Aktivitäten.

¹³⁶ Die Rechtfertigung einer Raumordnungspolitik unter marktwirtschaftlichen Bedingungen, bei denen sich planende und steuernde Eingriffe in die privatwirtschaftlichen Entscheidungen grundsätzlich verbieten, wird darin gesehen, dass durch privatwirtschaftliche Entscheidungen „... gemeinwohlrelevante Güter, wie Grund und Boden, Wasser, Luft, öffentliche Infrastruktur usw., tangiert werden ...“. (GOPPEL, K.: Funktionen und Grenzen der Raumordnung und Landesplanung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung: Grundriss der Landes- und Regionalplanung. Hannover 1999, S. 95). Daher wird es als notwendig erachtet, dass der Staat Konflikte bei der Raumnutzung vermeidet und hierzu koordinierend tätig wird.

Es liegt in der Natur der Raumordnungspolitik, dass sie mit ihren Ge- und Verboten zur Flächennutzung die unternehmerische Entscheidungsfreiheit mehr oder weniger stark einschränken kann. Mitunter wurde in der Vergangenheit der Raumordnungspolitik in Sachsen-Anhalt der Vorwurf gemacht, sie schränke die unternehmerische Entscheidungsfreiheit zu stark ein. Im folgenden wird daher die Wirkung hinterfragt, die vom Landesentwicklungsplan auf die Standortbedingungen und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit ausgehen kann. Der Landesentwicklungsplan wurde herangezogen, weil es sich hierbei um das konzeptionelle Hauptinstrument der Raumordnungspolitik auf der Landesebene handelt. Zur Beurteilung seiner Wirkungen wurde der Inhalt der Landesentwicklungspläne Sachsen-Anhalt¹³⁷ mit den Pendanten in den Freistaaten Sachsen¹³⁸ und Thüringen¹³⁹ verglichen. Der Vergleich wird mit den Landesentwicklungsplänen dieser beiden Länder vorgenommen, weil sie bei verschiedenen wirtschaftlichen Indikatoren besser dastehen (vgl. Abschnitte 3.1. und 3.2.). Es kann daher die Frage gestellt werden, ob möglicherweise die Landesentwicklungspläne dieser Länder so angelegt sind, dass von ihnen ein günstigerer Einfluss auf die Standortbedingungen ausgehen kann und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit weniger stark eingeschränkt wird.

Um es vorwegzunehmen: bei einem Vergleich zeigt sich, dass sich der Landesentwicklungsplan in Sachsen-Anhalt im wesentlichen desselben Instrumentariums bedient, das auch in Sachsen und Thüringen eingesetzt wird. Es finden das Zentrale-Orte-System, Ziele zur Infrastrukturentwicklung und zum Freiraumschutz Anwendung (vgl. Übersicht A-L.1 im Anhang). Dies schließt Unterschiede im Detail nicht aus.

b) Der Einfluss des Landesentwicklungsplanes auf die Standortbedingungen

Für die künftige Entwicklung der Standortbedingungen sind die Festlegungen in den Landesentwicklungsplänen über die zentralen Orte, die Verbindungsachsen zwischen ihnen und die Ziele zur Infrastrukturentwicklung von besonderer Bedeutung.

Zentrale Orte

Festlegungen zu den zentralen Orten im Rahmen der Raumordnungspolitik können die künftigen Standortbedingungen beeinflussen. Denn zentrale Orte stellen wegen ihrer Konzentration von Infrastruktureinrichtungen und ihren Absatz- und Bezugsmöglichkeiten in der Regel auch Schwerpunkte gewerblicher und industrieller Aktivitäten dar.

¹³⁷ Vgl. Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP-LSA). 23.8.1999, in: Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt Nr. 28 vom 26. August 1999. Ministerium für Raumordnung und Umwelt Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Landesentwicklungsplan für das Land Sachsen-Anhalt 1999.

¹³⁸ Vgl. STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG; FREISTAAT SACHSEN: Landesentwicklungsplan 1994, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung. Dresden (September) 1994.

¹³⁹ Vgl. Thüringer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Thüringen. Vom 10. November 1993, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 34/1993, Ausgegeben zu Erfurt, den 7. Dezember 1993.

Der Landesentwicklungsplan Sachsen-Anhalt (im Folgenden abgekürzt als LEP-LSA) weist ein dreistufiges System Zentraler Orte (Ober-, Mittel- und Grundzentren) sowie Zwischenstufen aus. In der Begründung zum LEP-LSA werden die Zentralen Orte als „Leistungsträger der Raumstruktur“¹⁴⁰ und als „Orientierungspunkte für Wirtschaft und Versorgung“¹⁴¹ bezeichnet. Alle Zentralen Orte sollen lt. LEP-LSA Schwerpunkte der Entwicklung von Industrie und Gewerbe sein.¹⁴² Die Nutzung des Zentrale-Orte-Konzepts gehört zum „Standard“ der Raumordnungspläne auf Länderebene und kennzeichnet auch den Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen (im Folgenden abgekürzt als LEP-SN) und das Landesentwicklungsprogramm Thüringens (im Folgenden abgekürzt als LEPro-TH).

Achsen

Das Zentrale-Orte Konzept findet in der Raumordnungspolitik seine Ergänzung durch das Achsenkonzept. Im LEP-LSA kommt das Achsenkonzept nicht explizit zur Anwendung. Im Bereich Verkehr werden die landesbedeutsamen Verkehrsverbindungen für den Schienen-, Straßen- und Wasserstraßenverkehr aufgelistet bzw. abgebildet. Im LEP-SN werden sogenannte „Überregionale Verbindungsachsen“ kartographisch ausgewiesen, bei denen es sich um „... großräumig bedeutsame Achsen, die das Grundgefüge der räumlichen Verflechtung von Verdichtungsräumen und von Oberzentren darstellen...“¹⁴³, handelt. Überregionalität der Verbindungsachsen bedeutet, dass die Verbindung mit Zentren in anderen Staaten und Bundesländern gesichert werden soll.¹⁴⁴ D. h. im LEP-SN wird sehr stark auf die großräumige Einbindung Sachsens in überregionale und europäische Strukturen eingegangen. In Thüringen werden unter Achsen die „aus Landes-sicht bedeutsamen Verbindungsachsen“ verstanden, die sich an großräumigen, über-regional bedeutsamen Verkehrsachsen orientieren und im Anhang zum LEPro ausgewiesen sind. Regional bedeutsame Verbindungsachsen sollen in Thüringen in den Regionalen Raumordnungsplänen dargestellt werden.¹⁴⁵

Infrastrukturentwicklung

Für die private Wirtschaft sind die Ziele zur Infrastrukturentwicklung in den Landesentwicklungsplänen von großem Interesse, weil die Infrastrukturausstattung, vor allem die Verkehrsinfrastruktur, mit zu den wichtigsten Faktoren gehört, die die Standortbedingungen beeinflussen. Im LEP-LSA sind Ziele und Grundsätze zur Verkehrsentwicklung enthalten, mit Aussagen zum Schienennetz, Straßennetz (einschl. Fährverbin-

¹⁴⁰ Vgl. LEP-LSA, Zu 3.2.1.

¹⁴¹ Vgl. LEP-LSA, Zu 3.2.1.

¹⁴² Vgl. LEP-LSA, 3.4.

¹⁴³ Vgl. LEP-SN II. 1.6 Begriff.

¹⁴⁴ Vgl. LEP-SN, II.1.6.1.

¹⁴⁵ Vgl. LEPro-TH Teil A, 2.5.

dungen), Fahrradverkehr und fußläufiger Verkehr, Wasserstraßen und Binnenhäfen, Luftverkehr und öffentlicher Personennahverkehr. Bei den Verkehrsinfrastrukturen sind die Verkehrsprojekte Deutsche Einheit und weitere Maßnahmen enthalten. In einem allgemeinen Teil, der den einzelnen Verkehrsinfrastrukturen vorgeschaltet ist, wird u. a. als Ziel formuliert, die „landesbedeutsamen Vorrangstandorte für Industrie- und Verkehrsanlagen und die Schwerpunktstandorte für Industrie- und Gewerbe ... entsprechend ihrer Zweckbestimmung in die regionalen und überregionalen Verkehrsnetze einzubinden“¹⁴⁶. Im LEP SN wird u. a. die Infrastrukturentwicklung in den Bereichen Verkehr, Gesundheits- und Sozialwesen, Erziehungs- und Bildungswesen, Kultur, Telekommunikation, Behörden, Gerichte und sonstige öffentliche Einrichtungen ausgewiesen, wobei die Verkehrinfrastrukturentwicklung im Vergleich zu den anderen Infrastrukturarten am ausführlichsten dargestellt wird.¹⁴⁷ Die Ausweisung der infrastrukturellen Entwicklungsziele im LEPro-TH folgt einem ähnlichen Aufbau wie in Sachsen, d. h. im Rahmen der fachlichen Ziele wird die Entwicklung von Verkehr und Kommunikation betrachtet, wobei in Thüringen raumbedeutsame Verkehrsachsen benannt sind, z. B. „Zentrale Ost-West-Achse (Thüringer Städtereihe)“ und im Rahmen der jeweiligen Achsen werden dann Straßen- und schienenbezogene Ziele zusammen ausgewiesen, was auch mit der im LEPro-TH artikulierten verkehrspolitischen Intention zusammenhängen dürfte, dem Verkehr „Achsen zur Bündelung anzubieten“¹⁴⁸.

Infrastrukturausstattung der Zentralen Orte

Für die Entwicklung der Standortbedingungen sind Verknüpfungen von Zielen zur Infrastrukturentwicklung mit Zentrale-Orte-Festlegungen von besonderer Bedeutung. Der LEP-LSA betont den Ausbau der Infrastruktur an den Zentralen Orten mit dem Ziel, „dass diese Schwerpunkte für die wirtschaftliche Entwicklung bilden“¹⁴⁹. Die unterschiedlichen Ausstattungsqualitäten der verschiedenen Zentrale-Orte-Kategorien sind im LEP-LSA in den Begründung/Erläuterungen zum LEP durch „typische Versorgungseinrichtungen“ für die jeweilige Zentralitätsstufe charakterisiert.¹⁵⁰ Im LEP-SN ist in einem Anhang ein Ausstattungskatalog für die einzelnen Zentrale-Orte-Kategorien enthalten, der deutlich detaillierter ist als jener in der Begründung zum LEP-LSA.¹⁵¹ Auch der LEPro-TH enthält, in (im Vergleich zu Sachsen abgeschwächter Form), eine Aufzählung von infrastrukturellen Ausstattungsmerkmalen für die verschiedenen Zentrale-Orte-Kategorien.

¹⁴⁶ Vgl. LEP-LSA 3.6.1.5. Z.

¹⁴⁷ Vgl. LEP-SN III. 7.

¹⁴⁸ Vgl. LEPro-TH Teil B: 1.3.1.

¹⁴⁹ Vgl. LEP-LSA 4.7.5.

¹⁵⁰ Vgl. LEP-LSA Zu 3.2.2., Zu 3.2.3., Zu 3.2.4.

¹⁵¹ Vgl. LEP-SN, Anhang 1.

c) *Einschränkung der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit durch Ge- und Verbote zur Flächennutzung*

In den Raumordnungsplänen werden für wirtschaftliche Aktivitäten auch begrenzende Rahmenbedingungen gesetzt, um mögliche Konflikte mit anderen Raumnutzungen zu vermeiden. Diese Begrenzungen erfolgen durch den sogenannten Freiraumschutz sowie weitere Ge- und Verbote zur räumlichen Allokation unternehmerischer Aktivitäten. Eines der wichtigsten ordnenden Instrumente sind Ausweisungen von Freiräumen, vor allem in Form von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten, die Beschränkungen für bestimmte Raumnutzungen auferlegen bzw. bestimmten Schutzbedürfnissen in der Abwägung konkurrierender Nutzungsentscheidungen besonders Rechnung tragen sollen.

In *Vorranggebieten*, die das „härteste“ planerische Instrument des sogenannten Freiraumschutzes darstellen, müssen sämtliche raumwirksamen Planungen und Maßnahmen mit dem Vorrangziel (z. B. Naturschutz, Landwirtschaft, Rohstoffsicherung) vereinbar sein.¹⁵² Die Vorranggebiete sind im LEP-LSA ausgewiesen.¹⁵³ Im LEP-SN sind Vorranggebiete verschiedener Art kartographisch dargestellt.¹⁵⁴ Die im LEP-SN dargestellten Vorranggebiete müssen in den Regionalplänen konkretisiert und ausgewiesen werden. In Thüringen war zum Zeitpunkt der Aufstellung des LEPro die Landschaftsplanung noch nicht vorgenommen. Daher enthält der LEPro-TH lediglich Merkmale, die die Abgrenzung von Vorranggebieten für Naturschutz und Landschaftspflege ermöglichen sowie eine grobe kartographische Darstellung von Schutzgebieten.¹⁵⁵

Zusätzlich zur Zielstellung, Industrie und Gewerbe schwerpunktmäßig in allen zentralen Orten zu entwickeln, werden in Sachsen-Anhalt für landesbedeutsame großflächige Industrieaktivitäten außerhalb der Zentralen Orte sowie für landesbedeutsame Verkehrsanlagen sogenannte *Vorrangstandorte* ausgewiesen,¹⁵⁶ mit denen insbesondere der Flächenbedarf der Industrie bzw. bestimmter Verkehrsinfrastrukturen raumordnerisch abgesichert werden sollen.¹⁵⁷ Dieser Ausweis erfolgt „abschließend“¹⁵⁸. Bei diesen Vor-

¹⁵² Vgl. HEINRICHS, B.: Raumordnungspläne auf Landesebene, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Landes- und Regionalplanung, a. a. O., S. 226.

¹⁵³ In der Fachdiskussion wird zum Teil darauf hingewiesen, dass eigentlich die Ausweisung von Freiräumen in den Raumordnungsplänen auf Landesebene eher in geringerem Maße praktiziert wird, sondern vor allem Gegenstand der regionalen Raumordnungspläne ist. Dies wird mit den kleineren Maßstäben und der häufig weniger gegebenen landesweiten Bedeutung dieser Freiräume begründet. Vgl. DOMHARDT, H.-J.; GEYRER, T.; WEICK, T.: Zentrale Planelemente von Raumordnungsplänen, in: Grundriss der Landes- und Regionalplanung, a. a. O., S. 186.

¹⁵⁴ Vgl. LEP-SN Karte 7.1.

¹⁵⁵ Vgl. zum Freiraumschutz in den ostdeutschen Raumordnungsplänen auf der Landesebene auch ERBGUTH, W.; MÜLLER, B.; KOCH, R.: Regionalplanung in den ostdeutschen Ländern, a. a. O., S. 14 f.

¹⁵⁶ Vgl. LEP-LSA 3.4.1. und 3.4.2.

¹⁵⁷ Vgl. Begründung zum LEP-LSA, Zu 3.4.1.

¹⁵⁸ Vgl. LEP- Begründung zum LSA Zu 3.4.

rangstandorten für Industrie und für Verkehrsanlagen handelt es sich um eine Besonderheit des LEP-LSA, die so in keinem der beiden anderen untersuchten Pläne praktiziert wird. Es handelt sich praktisch um eine Sonderkonstruktion, die ähnliche Bindungswirkung wie sogenannte Vorranggebiete z. B. für Landwirtschaft oder für Rohstoffgewinnung hat, indem diese Standorte „... von entgegenstehenden Nutzungen freizuhalten ...“¹⁵⁹ sind.

Vorrangstandorte für Industrieansiedlungen, die im LEP-LSA enthalten sind, kommen im LEP-SN nicht vor. Nur in der Orientierung unternehmerischer Aktivitäten auf die zentralen Orte gibt es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen den Landesentwicklungsplänen in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Ähnlich wie in Sachsen-Anhalt wird im LEP-SN Wert darauf gelegt, dass speziell Betriebe des Produzierenden Gewerbes mit überörtlicher Bedeutung vorrangig in den zentralen Orten angesiedelt werden, „... soweit nicht spezielle Standortanforderungen vorliegen ...“¹⁶⁰. Die Orientierung auf Zentrale Orte schließt in Sachsen auch die „geeigneten Umlandgemeinden“ mit ein, „... wenn eine überörtlich abgestimmte Bauleitplanung erfolgt ...“¹⁶¹. Ungeachtet des Ziels der Konzentration von Ansiedlungen auf Zentrale Orte lässt der LEP-SN die Möglichkeit zu, dass Investitionen, die für die Wirtschaftsentwicklung des Landes von Bedeutung sind, in allen Gemeinden möglich sein (sollen, Einfüg. d. Verf.), soweit die infrastrukturellen Voraussetzungen vorhanden sind oder geschaffen werden“¹⁶². Ferner sieht der LEP-SN die Möglichkeit vor, bei Wohnbedarf, der mit Neuansiedlungen von Industrie und Gewerbe entsteht, zeitgleich Wohnbauflächen auszuweisen.¹⁶³

In Thüringen wird im LEPro eine Konzentration der regionalen Wirtschaftsförderung und der Standortansiedlung „... vorrangig auf Schwerpunkte in strukturschwachen Gebieten unter Berücksichtigung des Arbeitsmarktpotentials ...“¹⁶⁴ vorgesehen. Allerdings ist auch hier eine gewisse Öffnung erkennbar: „Besonderen Entwicklungen ist in geeignetem Maße Rechnung zu tragen. Dabei ist die zentralörtliche Einstufung und das Potential der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere der Schiene, zu berücksichtigen.“¹⁶⁵ Ferner sind in Thüringen sogenannte „Orte mit Gewerbefunktion“ vorgesehen, in denen vorrangig der Ausweis von Gewerbeflächen erfolgen soll. Die Festlegung dieser Orte erfolgt aber dezentral in den regionalen Raumordnungsplänen.¹⁶⁶

¹⁵⁹ Begründung zum LEP-LSA Zu 3.4.

¹⁶⁰ Vgl. LEP-SN III. 5. 4.2.

¹⁶¹ Vgl. LEP-SN III.: 5.4.2.

¹⁶² Vgl. LEP-SN III. 5.4.4.

¹⁶³ Vgl. LEP-SN 5.4.6.

¹⁶⁴ Vgl. LEPro-TH Teil B 1.1.

¹⁶⁵ Vgl. enenda.

¹⁶⁶ Vgl. LEPro-TH, 2.4.

Eine weitere Form des Freiraumschutzes, die im LEP-LSA zur Anwendung kommt, sind sogenannte *Vorbehaltsgebiete*. Hierbei handelt es sich um Gebiete, in denen es ein Schutzbedürfnis gibt, dem bei Abwägungen in Konflikten mit anderen Nutzungsansprüchen ein besonders starkes Gewicht einzuräumen ist.¹⁶⁷ Bei sogenannten Vorbehaltsgebieten sind also die Ziele der Raumentwicklung noch nicht endgültig abgewogen. Im LEP-LSA sind diese Vorbehaltsgebiete in Text und Karte ausgewiesen. Im LEP-SN sind ebenfalls solche Vorbehaltsgebiete kartographisch dargestellt, sie werden in den Regionalen Raumordnungsplänen in konkretisierter Form ausgewiesen.¹⁶⁸

Zu den Planelementen, mit denen die unternehmerische Entscheidungsfreiheit bei der Standortwahl beeinflusst wird, gehören auch Festlegungen zu bestimmten Sonderformen gewerblicher Ansiedlungen, etwa großflächige Handelsansiedlungen, sogenannte Factory-Outlet-Center oder große Freizeiteinrichtungen. Den Akteuren der Raumordnungspolitik in den ostdeutschen Ländern wurde in der Einführungsphase dieser Politik der Vorwurf gemacht, großflächige Handelsansiedlungen zu wenig räumlich gesteuert zu haben und damit einer Entwicklung nicht gegengesteuert zu haben, die zur Erosion des mittelständischen Handels und des Dienstleistungsgewerbes in den Innenstädten beigetragen habe. Vor diesem Hintergrund sieht der LEP-LSA in seinen Grundsätzen vor, dass der Bau von großflächigen Freizeiteinrichtungen nur in ökologisch tragfähigen Regionen in Frage kommt, in denen auch die kulturelle Identität bewahrt wird und großräumige und überregionale Verkehrsverbindungen gegeben sind.¹⁶⁹ Großflächige Handelsbetriebe sind entsprechend den Zielen des LEP-LSA an Zentrale Orte oberer oder mittlerer Stufe zu binden. Factory-Outlet-Center sollen die Attraktivität von Innenstädten nicht beeinträchtigen und dürfen nur in den „festgesetzten Kerngebieten“ der Oberzentren angesiedelt werden.¹⁷⁰ In den Grundsätzen des LEP-LSA werden an diese sogenannten Sondergebiete weitere qualitative Anforderungen gestellt, die die Vermeidung verkehrlicher und ökologischer Belastungen sowie die Verhinderung von Konflikten mit der Innenstadtentwicklung betreffen.¹⁷¹ Auch im LEP-SN sind ähnliche Festlegungen zu großflächigen Handelseinrichtungen und Einkaufszentren enthalten.

d) Zwischenfazit

Die Raumordnungspolitik, die konkurrierende Ansprüche an den Boden als knappes Gut koordinieren soll, beeinflusst die Standortbedingungen für die Unternehmen. Die Wirksamkeit der Raumordnungspolitik hängt davon ab, inwieweit sie mit ihren Vorgaben beispielsweise zur Infrastrukturentwicklung die Standortbedingungen beeinflusst und inwieweit sie mit ihren Ge- und Verboten zur Flächennutzung die unternehmerische

¹⁶⁷ Vgl. HEINRICHS, B.: Raumordnungspläne auf Landesebene, a. a. O., S. 226.

¹⁶⁸ Vgl. LEP-SN Karte 7.2.

¹⁶⁹ Vgl. LEP-LSA 2.14 G.

¹⁷⁰ Vgl. LEP-LSA 3.2.8. Z.

¹⁷¹ Vgl. LEP-LSA 3.2.8. G.

Entscheidungsfreiheit einschränkt. Zur Beurteilung der möglichen Wirkungen der Raumordnungspolitik auf die Standortbedingungen für Unternehmen wurde der Inhalt des Landesentwicklungsplanes Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Erfüllung dieser beiden Anforderungen mit dem Landesentwicklungsplan des Freistaates Sachsen und dem Landesentwicklungsprogramm in Thüringen verglichen.

Für die Standortbedingungen der Unternehmen ist die Infrastrukturausstattung der sogenannten zentralen Orte, die auch Konzentrationspunkte unternehmerischer Aktivitäten darstellen, von besonderer Bedeutung. In der Begründung zum Landesentwicklungsplan sind die typischen Ausstattungen der einzelnen Zentrale-Orte-Kategorien mit Versorgungseinrichtungen angeführt. Die Detailliertheit der Vorgabe solcher Ausstattungsmerkmale ist im sachsen-anhaltinischen Landesentwicklungsplan aber nicht so groß wie in jenem in Sachsen. Der vergleichsweise weniger detaillierte Ausweis von Infrastrukturmerkmalen ist positiv zu werten, weil hierdurch eine Anspruchsmentalität von Bürgern, Unternehmen und Kommunen vermieden wird.

Der Landesentwicklungsplan in Sachsen-Anhalt trifft, wie in anderen Ländern auch, Festlegungen zum sogenannten Freiraumschutz (sogenannte Vorrang- und Vorbehaltsgebiete). Dadurch wird die räumliche Allokation unternehmerischer Aktivitäten, beispielsweise im Interesse der Erhaltung natürlicher Ressourcen, eingeschränkt. Die Festlegungen zu Freiraumstrukturen enthalten im sachsen-anhaltinischen Landesentwicklungsplan (als einzigem im Vergleich der drei Pläne) auch Festlegungen zu sogenannten Vorrangstandorten für landesbedeutsame großflächige Industrien. Die Festlegungen solcher Vorrangstandorte kann wegen der damit verbundenen Planungssicherheit für Investoren als positiv angesehen werden.

3.3 Die Beiträge der Wirtschaftszweige und Branchen für die Gesamtwirtschaft

Bei der vorangegangenen Analyse des wirtschaftlichen Ergebnisses und seiner Determinanten im Bundesland Sachsen-Anhalt wurde ein Aspekt weitgehend ausgeklammert: die Strukturen nach Wirtschaftszweigen und Branchen.

Anhand der nachfolgend vorgenommenen Differenzierung der wirtschaftlichen Produktion und ihrer Determinanten nach Sektoren und Branchen können zum einen die in Sachsen-Anhalt besonders stark oder besonders gering wachsenden Wirtschaftsbereiche ermittelt werden. Damit wird einerseits der Umfang des sektoralen Strukturwandels zur Dienstleistungsökonomie erfasst. Andererseits wird auf der Ebene der Branchen (insbesondere für das Verarbeitende Gewerbe) ermittelt, ob sich bestehende Spezialisierungsmuster weiter verstärken oder eher reduziert werden. Die nach Branchen differenzierte Analyse der Determinanten des wirtschaftlichen Wachstums liefert weiterhin detailliertere Erkenntnisse über die Ausstattung des Landes mit Wachstumsfaktoren sowie eventuelle branchenbezogene Defizite, die Entwicklungshemmnisse darstellen können.

Weiterhin kann auch die sektorale Zusammensetzung der Wirtschaft Sachsen-Anhalts Hinweise über zukünftige Wachstumsperspektiven geben. Dies kann einerseits durch einzelne Wirtschaftszweige und Branchen geschehen, die durch externe Effekte das Wachstum Sachsen-Anhalts insgesamt erhöhen (vgl. Abschnitt 2.3.7). Beispielsweise produktionsorientierte Dienstleistungen stellen wichtige Vorleistungen für die Industrieproduktion bereit und können so auch zu einem Wachstumsfaktor für die Industrie werden; oder ein hoher Industriebesatz schafft Möglichkeiten zur industriellen Arbeitsteilung und einen breiten Arbeitsmarkt für Industriebeschäftigte. Andererseits gestattet auch das Ausmaß der Spezialisierung der Wirtschaft Rückschlüsse auf die zukünftigen Wachstumschancen, da mit einem geringen Spezialisierungsgrad mehr Innovationen und damit größere Wachstumseffekte in einer Region (vermittelt über intraregionale Wissensspillovers zwischen den Branchen) verbunden sind.

Dem Abschnitt wird zunächst ein allgemeiner Überblick über die Bedeutung der einzelnen Wirtschaftszweige vorangestellt. Anschließend werden die Landwirtschaft, der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe und die Dienstleistungen näher betrachtet. Der Staatssektor wird ausgeblendet, da seine Entwicklung primär von politischen Entscheidungen und erst in zweiter Linie vom Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf den Märkten geprägt wird.

3.3.1 Überblick

Vor der detaillierten Analyse einzelner Wirtschaftszweige hinsichtlich ihrer Stärken, Schwächen und Wachstumseffekte für die Volkswirtschaft Sachsen-Anhalts werden

verschiedene Indikatoren dargestellt, die einen Überblick über die Struktur der Wirtschaft nach Wirtschaftszweigen sowie über die Dynamik zwischen 1995 und 1999 geben. Da alle Indikatoren irgendwelchen Einschränkungen hinsichtlich ihrer Aussagekraft unterliegen, empfiehlt es sich, mehrere Indikatoren vergleichend zu betrachten. Auf Grundlage der Statistik können drei Indikatoren(-gruppen) differenziert nach Wirtschaftszweigen zwischen den ostdeutschen Bundesländern verglichen werden: die Bruttowertschöpfung, die Erwerbstätigkeit und Indikatoren für den Unternehmensbestand der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft und die Unternehmensdynamik (Gewerbeanmeldungs- und Insolvenzdaten). Zusätzlich zum allgemeinen Überblick stehen zwei Fragen im Zentrum:

- Welches Ausmaß hat die Dienstleistungsökonomie in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Ländern?
- Besteht die oben festgestellte Unternehmenslücke (vgl. Abschnitt 3.2.5.1) in allen Wirtschaftszweigen und lassen sich sektorspezifische Erklärungen dafür finden?

a) Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit in Sachsen-Anhalt nach Wirtschaftszweigen

In der Bruttowertschöpfung kommt das Ergebnis der Wirtschaftstätigkeit in Sachsen-Anhalt zum Ausdruck, wobei die dafür erforderlichen Vorleistungen abgezogen werden. Sie wurde im August 2000 durch die Umstellung der deutschen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen auf das Europäische System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) auf der Ebene der Bundesländer erstmalig in einer neuen Gliederung bereit gestellt. Die Daten sind deshalb nicht mit früher publizierten Daten kompatibel.¹⁷² Der Vergleich der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftszweige zwischen Sachsen-Anhalt und den neuen und alten Bundesländern zeigt, dass strukturelle Unterschiede weniger innerhalb Ostdeutschlands als zwischen Ost und West existieren (vgl. Tabelle S.1 und Tabelle A-S.2). Gegenüber den alten Ländern erreicht die Wertschöpfung pro Einwohner im Produzierenden Gewerbe, im Handel etc. und in den Sektoren Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister in Sachsen-Anhalt und in Ostdeutschland insgesamt etwa die Hälfte der westdeutschen Pro-Kopf-Wertschöpfung. In der Landwirtschaft und im Baugewerbe ist die Pro-Kopf-Wertschöpfung dagegen in Sachsen-Anhalt und in den neuen Ländern insgesamt höher als im Westen. Lediglich der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister weist in Sachsen-

¹⁷² Zu den systematischen Unterschieden vgl. ESSIG, H.; HARTMANN, N. et al.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1999, in: *Wirtschaft und Statistik* 6/1999, S. 449-478. – LUDWIG, U.: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Lichte des neuen Rechnungssystems der amtlichen Statistik, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/2000, 6. Jg., S. 307-312. – BRAUTZSCH, U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Die sektorale Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft im Lichte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 12/2000, 6. Jg., S. 337-352.

Anhalt eine erkennbar geringere Bedeutung (etwa 10%) als in den neuen Ländern insgesamt auf.

Tabelle S.1:

Bruttowertschöpfung je Einwohner nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Wirtschaftszweig	Bruttowertschöpfung je Einwohner 1999 in DM			Bruttowertschöpfung 1999 (1995 = 100, Preise von 1995)		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	707	616	494	118,8	112,4	111,9
C bis E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	4.937	5.144	12.299	124,6	126,2	105,0
D	davon Verarbeitendes Gewerbe	3.931	4.164	11.288	128,8	135,0	105,5
F	Baugewerbe	3.502	3.476	2.074	88,5	86,7	89,9
G bis I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	4.682	4.588	8.285	111,9	108,0	109,6
J + K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	6.319	6.968	14.387	121,1	123,1	116,5
L bis P	öffentliche und private Dienstleister	7.864	8.094	9.653	97,0	98,4	102,0
	Alle Wirtschaftszweige	28.011	28.886	47.192	107,4	107,6	107,7

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Einschließlich Berlin.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Das Wachstum der gesamten Bruttowertschöpfung im Zeitraum 1995-1999 unterscheidet sich kaum zwischen Sachsen-Anhalt, dem Gesamtgebiet der neuen Länder und den alten Ländern (vgl. Tabelle S.1). Einzelne Wirtschaftszweige entwickelten sich aber sehr wohl unterschiedlich. Höhere Zuwächse als in den neuen Ländern insgesamt verzeichneten die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei sowie der Sektor Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Im Baugewerbe fand ostdeutschlandweit ein Rückgang der Bruttowertschöpfung statt, der in Sachsen-Anhalt aber etwas geringer ausgefallen ist. Das stärkste Wertschöpfungswachstum zwischen 1995 und 1999 wies das Verarbeitende Gewerbe auf; in diesem Sektor übertrifft Sachsen-Anhalt auch das westdeutsche Wachstum, bleibt aber deutlich hinter dem Zuwachs in den neuen Ländern insgesamt zurück.

Die Betrachtung der Anteile der einzelnen Wirtschaftszweige an den Erwerbstätigen repliziert im wesentlichen die Aussagen, die bereits auf der Basis der Wertschöpfungsdaten getroffen wurden; auf eine ausführliche Darstellung wurde deshalb verzichtet (vgl. zu den Daten Tabelle A-S.2 im Anhang). Lediglich die Erwerbstätigenquote, d. h. die Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner, wird hier noch zusätzlich betrachtet, da sie

nochmals verdeutlicht, in welchen Wirtschaftszweigen Sachsen-Anhalt (noch) nicht die Ausstattung der alten Länder aufweist und damit unter Umständen auch über ein besonderes Nachholpotenzial verfügt. Die Erwerbstätigenquote ist insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, in den Sektoren Handel, Gastgewerbe und Verkehr und bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern niedriger als in Westdeutschland (vgl. Tabelle S.2). Auch im Vergleich zu den neuen Ländern (ohne Berlin-Ost) weist Sachsen-Anhalt in diesen Wirtschaftszweigen niedrigere Erwerbstätigenquoten auf. Allerdings liegen sie nur 5-10% unter den ostdeutschen Quoten, während sie mehr als 80% (Verarbeitendes Gewerbe, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister) bzw. 20% (Handel etc.) unter den westdeutschen Quoten liegen. Im Gegensatz dazu ist der Besatz im Baugewerbe in Sachsen-Anhalt wie auch in Ostdeutschland insgesamt etwa doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern.

Tabelle S.2:

Erwerbstätigenquote nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

- Erwerbstätige je 1.000 Einwohner -

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt	Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	Alte Länder (mit Berlin)
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	15,2	15,6	11,0
C - E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe	61,2	67,4	109,2
D	davon Verarbeitendes Gewerbe	55,2	61,5	103,6
F	Baugewerbe	61,3	60,3	28,1
G - I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	89,9	93,4	109,8
J + K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	37,9	42,8	59,7
L - P	Öffentliche und private Dienstleister	126,2	130,3	128,3
	Alle Wirtschaftszweige	391,8	409,9	446,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

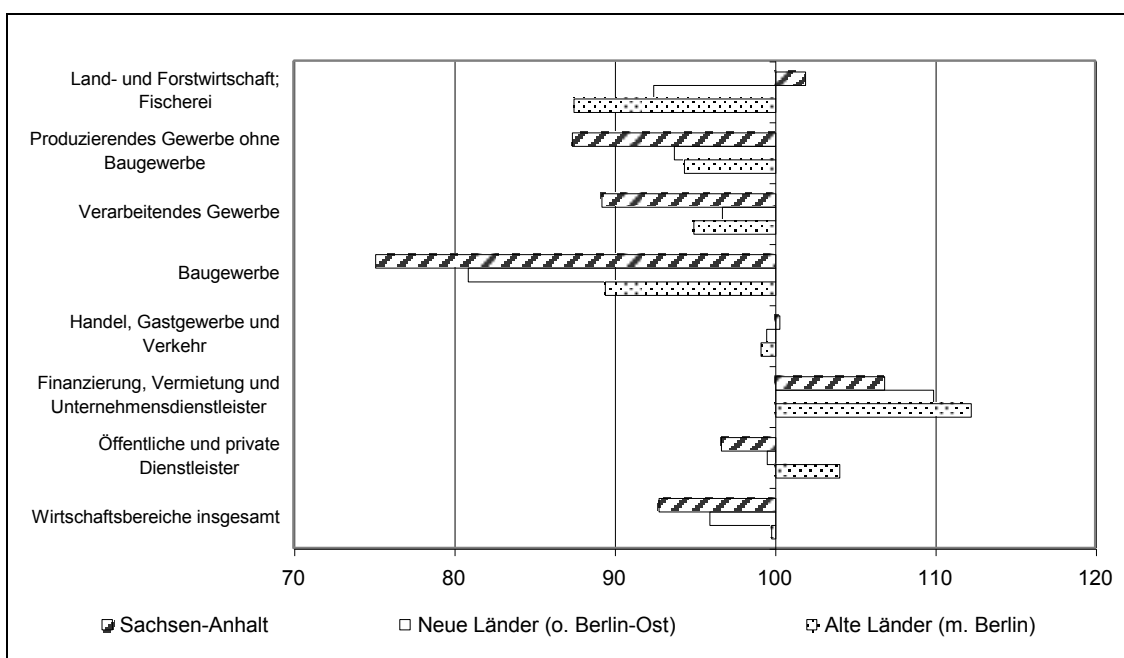
Anhand der Entwicklung der Erwerbstätigen zwischen 1995 und 1999 kann abgelesen werden, dass Sachsen-Anhalt in den meisten Wirtschaftszweigen mehr Erwerbstätige verloren hat als die neuen Länder insgesamt und als die alten Länder (vgl. Abbildung S.1). Ausgenommen sind hier die Landwirtschaft und die Sektoren Handel, Gastgewerbe und Verkehr, die in Sachsen-Anhalt seit 1995 entgegen dem deutschlandweiten Trend sogar Beschäftigung aufgebaut haben. Auch im Wirtschaftszweig Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister haben in Sachsen-Anhalt die Erwerbstätigenzahlen zugenommen, allerdings deutlich weniger als in Ost und West. Fasst man die Dienstleistungsbranchen (WZ 93 Abschnitte G-P) zusammen und stellt sie dem Produzierenden Gewerbe (Abschnitte C-F) gegenüber, dann zeigt sich ein deutlicher Trend zur Dienst-

leistungsökonomie (vgl. Tabelle A-S.4 im Anhang). Während das Produzierende Gewerbe in Sachsen-Anhalt rund 78.000 Erwerbstätige verloren hat, haben die Dienstleistungsbranchen „nur“ 4.800 Erwerbstätige verloren, und ihren Anteil auf 64,9% der Erwerbstätigen gesteigert (Produzierendes Gewerbe: 31,3%). In Ostdeutschland insgesamt ist der Tertiarisierungsgrad in etwa auf dem gleichen Niveau – Anteil der Dienstleistungsbranchen an den Erwerbstätigen 1999: 65,0% – in Westdeutschland dagegen bereits weiter vorangeschritten (66,8%).

Abbildung S.1:

Veränderung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999

- 1995 = 100 -



^a Zu den Daten siehe Tabelle A-S.4 im Anhang.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Die Bedeutung von Dienstleistungen geht über die Branchen des Dienstleistungssektors hinaus und betrifft alle Wirtschaftszweige. Insgesamt gibt es in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 (Stand 30.06.) 504.752 Beschäftigte mit Dienstleistungsberufen, von denen 437.732 im Dienstleistungssektor, 61.594 im Produzierenden Gewerbe und 5.335 in der Landwirtschaft tätig sind. Sachsen-Anhalt unterscheidet sich hinsichtlich des Anteils der Dienstleistungsbeschäftigten an der Gesamtzahl der Beschäftigten in den drei Teilssektoren nur wenig vom entsprechenden Anteilswert für die neuen Länder insgesamt, es liegt leicht über den ostdeutschen Anteilswerten (vgl. Tabelle A-S.5). Auffällig ist, dass in den alten Ländern sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch im Dienstleistungssektor der Anteil der Beschäftigten mit Dienstleistungsberufen jeweils 4,0% bzw. 3,9%

höher als in Sachsen-Anhalt liegt. Dieser Abstand ist aber keine sachsen-anhaltinische Besonderheit, sondern kennzeichnet die ostdeutsche Situation insgesamt.

Bringt man die Indikatoren zu Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigkeit zusammen und berechnet die Arbeitsproduktivität als Quotient aus beiden, dann ergibt sich ein interessantes Bild. Die Arbeitsproduktivität war 1999 im Wirtschaftszweig Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit rund 167.000 DM pro Erwerbstätigen mit Abstand am höchsten von allen sachsen-anhaltinischen Wirtschaftszweigen, am niedrigsten war sie in der Landwirtschaft (vgl. Tabelle S.3).

Tabelle S.3:

Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (ohne Berlin-Ost)		Alte Länder (mit Berlin)	
		in DM ^a	1995 = 100 ^b	in DM ^a	1995 = 100 ^b	in DM ^a	1995 = 100 ^b
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	46.373	116,6	39.431	121,6	44.861	128,0
C bis E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	80.670	142,7	76.376	134,7	112.657	111,3
D	davon Verarbeitendes Gewerbe	71.158	144,5	67.752	139,7	108.908	111,2
F	Baugewerbe	57.090	117,9	57.611	107,3	73.813	100,6
G bis I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	52.054	111,6	49.101	108,6	75.464	110,6
J+K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	166.584	113,4	162.875	112,1	241.114	103,9
L bis P	öffentliche und private Dienstleister	62.330	100,4	62.097	98,9	75.251	98,1
	Alle Wirtschaftszweige	71.487	115,8	70.476	112,2	105.810	108,0

^a In Preisen von 1999. – ^b In Preisen von 1995.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

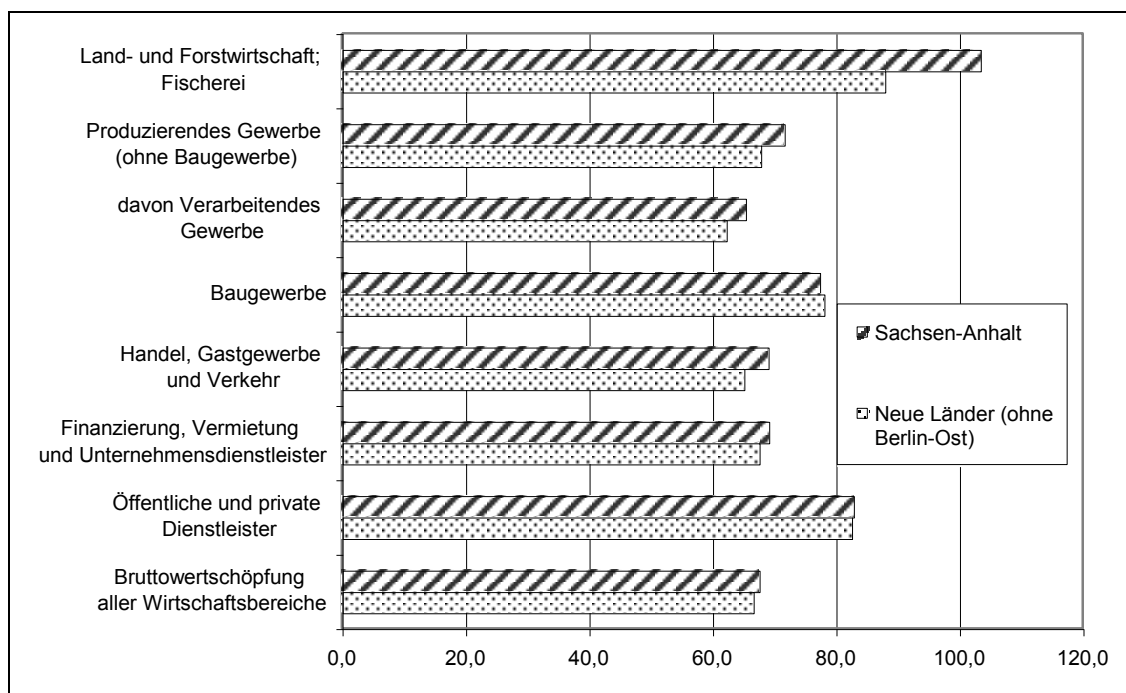
Betrachtet man die Arbeitsproduktivität Sachsen-Anhalts und Ostdeutschlands in Relation zur westdeutschen Arbeitsproduktivität, um dadurch den Angleichungsstand an das dortige Produktivitätsniveau zu erhalten, dann zeigt sich, dass die Produktivität in Sachsen-Anhalt in den meisten Wirtschaftszweigen 1999 schon näher am Westniveau lag als dies in den neuen Ländern insgesamt der Fall war (vgl. Abbildung S.2). Besonders deutlich ist das höhere Produktivitätsniveau Sachsen-Anhalts verglichen mit den neuen Ländern in der Landwirtschaft, wo selbst das westdeutsche Produktivitätsniveau bereits

übertroffen wurde, im Verarbeitenden Gewerbe und in den Sektoren Handel, Gastgewerbe und Verkehr.¹⁷³

Abbildung S.2:

Bruttowertschöpfung^a je Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt 1999

- Alte Bundesländer = 100 -



^a Preise von 1995.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Dieser höhere Angleichungsstand beim Produktivitätsniveau ist in den meisten Wirtschaftszweigen – ausgenommen die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei – das Ergebnis eines stärkeren Produktivitätszuwachses zwischen 1995 und 1999 in Sachsen-Anhalt als in den neuen Ländern insgesamt (vgl. Tabelle S.3). Deutlich wird dies im Verarbeitenden Gewerbe, wo der Produktivitätszuwachs in Sachsen-Anhalt denjenigen in den neuen Ländern insgesamt um etwa 5 Prozentpunkte übersteigt. Wie aus einem Vergleich der Entwicklung von Bruttowertschöpfung und Erwerbstätigen seit 1995 ersichtlich wird, ist der höhere Produktivitätszuwachs in einigen Wirtschaftszweigen (Produzierendes und Verarbeitendes Gewerbe, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, öffentliche und private Dienstleister) das Resultat eines höheren Rückgangs bei der Erwerbstätigkeit, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr dagegen von

¹⁷³ Allerdings liegen für die Sektoren Handel, Gastgewerbe und Verkehr und Finanzierung sowie für Vermietung und Unternehmensdienstleister nur jeweils aggregierte Daten vor, möglicherweise ist die Differenzierung der Produktivitätsniveaus in den einzelnen Zweigen größer.

überdurchschnittlichen Wertschöpfungssteigerungen. Da die Erhöhung der Produktivität einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen gleichkommt, kann zumindest mittelfristig die Hoffnung bestehen, dass den Produktivitätssteigerungen auch Beschäftigungszuwächse nachfolgen.

b) Aufgliederung des Unternehmensbestandes in Sachsen-Anhalt nach Wirtschaftszweigen

Da es in Deutschland keine Unternehmensstatistik gibt, die alle Unternehmen erfasst, kann zur Darstellung des sachsen-anhaltinischen Unternehmensbestandes nur auf Näherungsgrößen zurückgegriffen werden. Eine solche Näherungsgröße stellen Daten des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT) zu denjenigen Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern (IHK) angehören, dar.¹⁷⁴ Auf der Basis dieses Indikators wurden in Abschnitt 3.2.5.1 für Sachsen-Anhalt ein deutlich geringerer Unternehmensbesatz und eine Unternehmenslücke von nahezu 40.000 Unternehmen festgestellt. Nachfolgend soll betrachtet werden, in welchen Wirtschaftszweigen diese Lücke besonders ausgeprägt ist und ob sie sich durch Unterschiede in den Gründungs- oder Marktaustrittsraten zwischen den Ländern erklären lässt.

Die sektorale Differenzierung zeigt, dass die Unternehmenslücke in fast allen Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt virulent und in den meisten Wirtschaftszweigen größer als im Gesamtgebiet der neuen Länder war. Ausnahmen bildeten lediglich das Kredit- und Versicherungsgewerbe (vgl. Abbildung S.3). Am größten war die Lücke in den Bereichen des Handels und der immobilien- und unternehmensbezogenen Dienstleistungen (jeweils rund 17.000 Unternehmen), sichtbar aber auch im Verarbeitenden Gewerbe (3.000 Unternehmen), dem Wirtschaftszweig Verkehr und Nachrichtenübermittlung (1.700 Unternehmen) und dem Gastgewerbe (2.000 Unternehmen). Im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Unternehmensdienstleistern et al. könnte das Fehlen von Unternehmen mit geringeren wirtschaftlichen Aktivitäten zusammenhängen; auch die Bruttowertschöpfung liegt in diesen Wirtschaftszweigen niedriger als in den neuen Ländern insgesamt (vgl. Tabelle S.1). Diese Erklärung greift jedoch nicht für die Wirtschaftszweige Handel, Gastgewerbe und Verkehr, wo die Bruttowertschöpfung je Einwohner in Sachsen-Anhalt geringfügig höher als in den neuen Ländern insgesamt ist, aber trotzdem eine Unternehmenslücke besteht. Neben dem Umfang wirtschaftlicher Aktivitäten dürfte wahrscheinlich die Eigentumsstruktur im Unternehmenssektor (insbesondere das quantitative Verhältnis von Einzelunternehmen zu Zweigbetrieben und Niederlassungen) einen großen Teil der Unternehmenslücke gegenüber Westdeutschland erklären. In Ostdeutschland wurden nach dem Mauerfall von westdeutschen oder

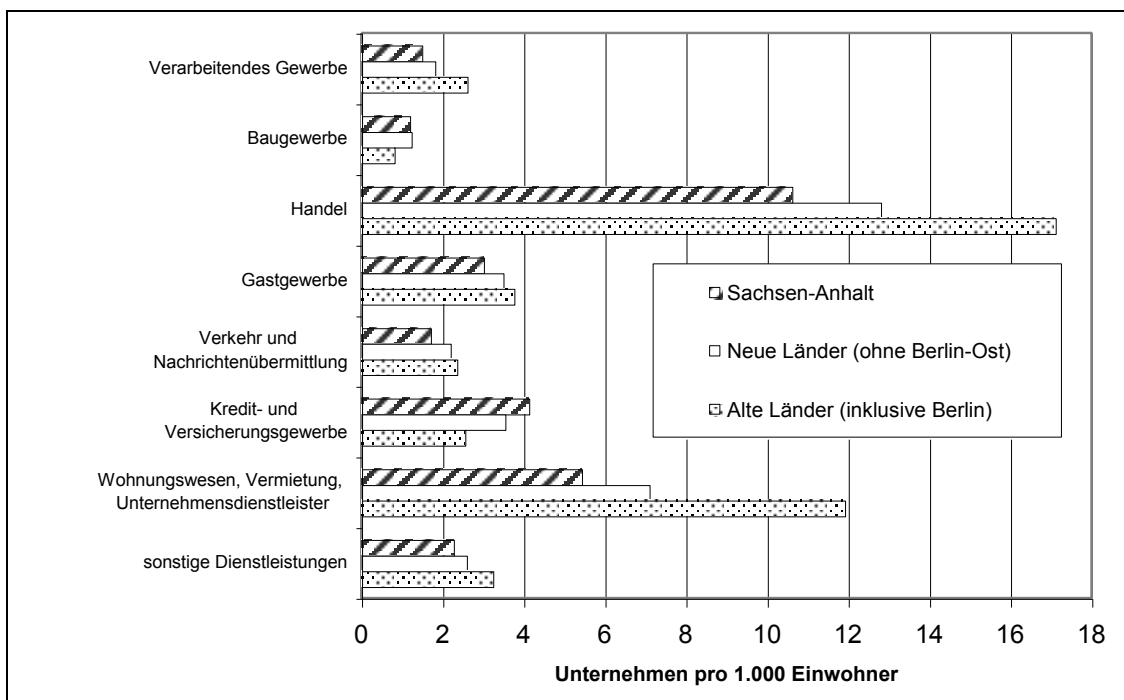
¹⁷⁴ Dazu zählen sowohl in das Handelsregister eingetragene Unternehmen als auch Kleingewerbetreibende. Nicht enthalten sind Handwerksunternehmen, die Mitglieder der Handwerkskammern sind und von der DIHT-Statistik nicht erfasst werden.

ausländischen Firmen vielfach Zweigbetriebe und Niederlassungen gegründet, die nicht in eine Unternehmensstatistik eingehen. Dies geschah jedoch in Sachsen-Anhalt offenbar nicht in größerem Umfang als in den anderen neuen Ländern, jedenfalls unterscheidet sich die Eigentumsstruktur der Betriebe nicht wesentlich zwischen Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt (vgl. Abschnitt 3.2.5.2). Folglich kann so nicht der geringere Unternehmensbestand Sachsens-Anhalts im Vergleich zu den neuen Ländern insgesamt begründet werden. Weitere mögliche Erklärungen für die Unternehmenslücke liegen in der Gründungstätigkeit und/oder Marktaustrittshäufigkeit der Unternehmen. Letztere werden nachfolgend anhand der Nettogewerbeanmeldungen und der Insolvenzen nach den Wirtschaftszweigen differenziert untersucht.

Abbildung S.3:

Unternehmensbesatz nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern zum 01.01.2000^a

- Zu Industrie- und Handelskammern zugehörige Unternehmen pro 1.000 Einwohner –



^a Zu den Daten siehe Tabelle A-S.1 im Anhang.

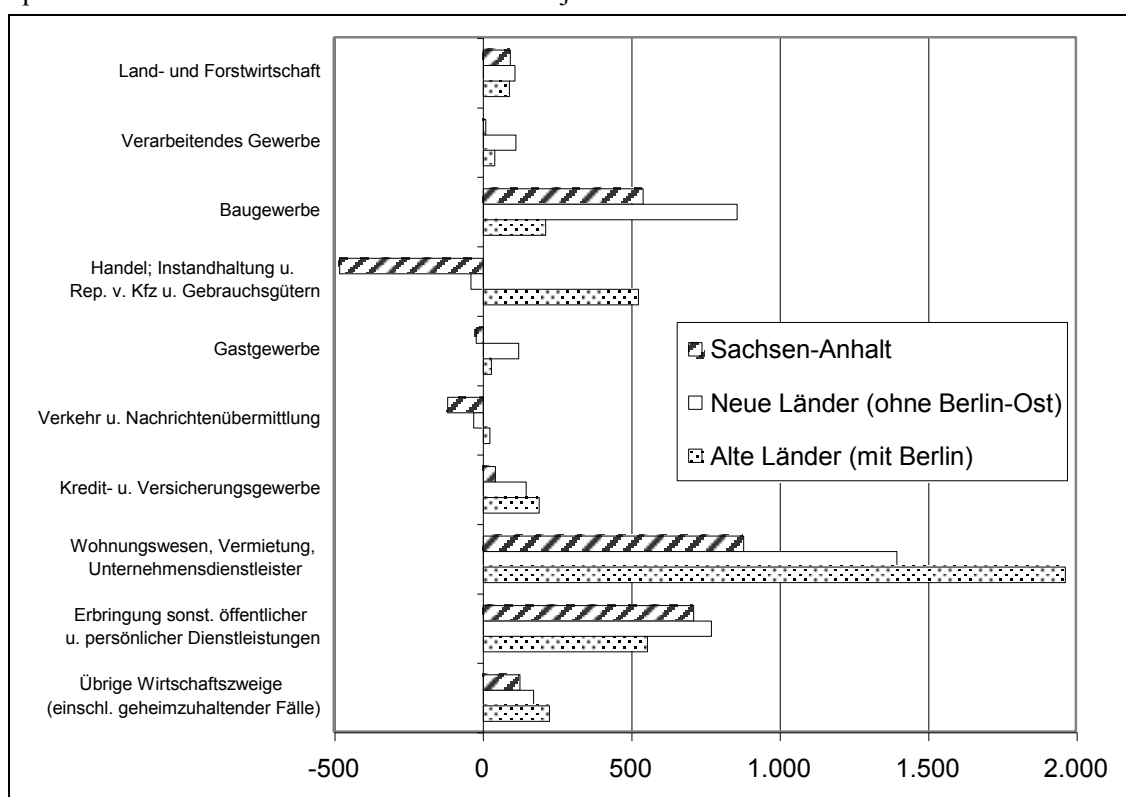
Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Für den Saldo von Betriebsgründungen und -schließungen lassen sich näherungsweise die Nettogewerbeanmeldungen (Saldo von Gewerbean- und -abmeldungen) als Indikator heranziehen. Die Nettogewerbeanmeldungen pro 1 Mio. Einwohner waren 1997-1999 in allen Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt niedriger als in den neuen Ländern insgesamt (vgl. Abbildung S.4). Insbesondere im Handel, im Gastgewerbe und im Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Unternehmensdienst-

leister war der Zuwachs an Gewerbebetrieben geringer als in ganz Ostdeutschland, aber auch im Verarbeitenden Gewerbe, im Verkehr und im Kredit- und Versicherungswesen. Somit könnte auch die geringere Gründungstätigkeit wenigstens in den Wirtschaftszweigen Verarbeitendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung und Dienstleistungen (WZ 93 K) die oben festgestellte Unternehmenslücke mit erklären.

Abbildung S.4:

Nettogewerbebeanmeldungen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1997-1999 (Summe)^a
- pro 1.000.000 Einwohner zum 31.12. des Vorjahres-



^a Werte für 1995 und 1996 nicht verfügbar. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.6 im Anhang.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Auch das Ausmaß der Marktaustritte könnte eine mögliche Erklärung für den relativ geringen Unternehmensbestand in Sachsen-Anhalt darstellen. Um dies zu untersuchen, wird nachfolgend ein Insolvenzindex berechnet, in dem die Insolvenzen auf die den Industrie- und Handelskammern zugehörigen Unternehmen bezogen werden.¹⁷⁵ Sachsen-

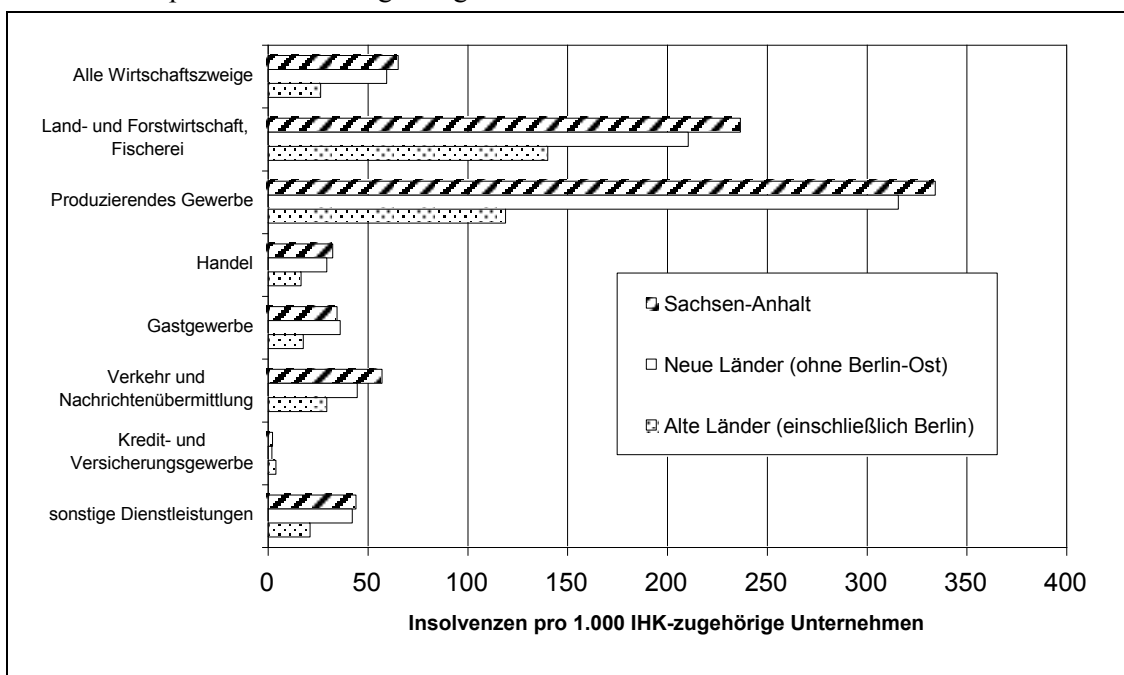
¹⁷⁵ Dafür werden die Insolvenzen (Konkurs- und Vergleichsverfahren in den alten, Gesamtvollstreckungsverfahren in den neuen Ländern) herangezogen, die nach der Eröffnung des Verfahrens oder seiner Ablehnung mangels Masse von den Gerichten an die Statistischen Landesämter gemeldet werden. Da, wie oben bereits angesprochen, keine vollständige Erfassung der Unternehmenszahlen durch die Statistik stattfindet, können die Insolvenzen nur auf eine Näherungsgröße für die Unter-

Anhalt wies in der Summe der Jahre 1995-98 mit rund 65 Insolvenzen pro 1.000 IHK-zugehörigen Unternehmen den höchsten Insolvenzindex aller neuen Länder auf (vgl. Abbildung S.5). Die Insolvenzindizes Sachsen-Anhalts lagen in allen Wirtschaftszweigen, ausgenommen das Gastgewerbe, über den ostdeutschen Werten, die wiederum in allen Wirtschaftszweigen, ausgenommen das Kredit- und Versicherungsgewerbe, weit über den westdeutschen Insolvenzindizes lagen. Mit rund 330 Insolvenzen pro 1.000 Unternehmen war der Insolvenzindex im Produzierenden Gewerbe besonders hoch. Auch der hohe Insolvenzindex könnte damit einen Beitrag zur Erklärung der Unternehmenslücke in Sachsen-Anhalt leisten.

Abbildung S.5:

Insolvenzindex nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1998 (Summe)^a

- Insolvenzen pro 1.000 IHK-zugehörige Unternehmen -



^aDie Zuordnung der Insolvenzen zu den Wirtschaftszweigen unterscheidet sich geringfügig zwischen den neuen und alten Ländern. Siehe zu den Daten Tabelle A-S.7 im Anhang.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutscher Industrie- und Handelstag; Berechnungen des IWH.

nehmen bezogen werden. Es wurden wiederum die den IHK zugehörigen Unternehmen als Basis gewählt, was zum einen zu einer deutlichen Überschätzung der Insolvenzquoten führen muss – deshalb sollte nicht der Begriff der „Insolvenzquote“, sondern besser der des „Insolvenzindex“ verwendet werden – und zum anderen auf der Unterstellung beruht, dass die nicht erfassten Unternehmen in allen Ländern in etwa im gleichen Verhältnis zu den erfassten Unternehmen (also den IHK-zugehörigen) stehen.

c) Zwischenfazit

Die Struktur der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft ähnelt stark derjenigen der neuen Länder insgesamt und unterscheidet sich wie diese auch 1999 noch deutlich von derjenigen der alten Länder: Wertschöpfung, Erwerbstätigkeit und Unternehmensbestand sind insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in Handel, Gastgewerbe und Verkehr und bei Unternehmensdienstleistern deutlich geringer als in den alten Bundesländern. Demgegenüber sind das Baugewerbe und die Landwirtschaft stärker ausgeprägt. Der Trend zur Dienstleistungsökonomie hat in Sachsen-Anhalt in etwa das gleiche Niveau erreicht wie in den neuen Ländern insgesamt, es liegt aber noch etwas hinter dem der alten Länder zurück.

Sachsen-Anhalt zeichnet sich weiterhin in fast allen Wirtschaftszweigen durch ein für Ostdeutschland hohes Produktivitätsniveau aus. Die Land- und Forstwirtschaft und Fischerei hat bereits das westdeutsche Produktivitätsniveau überschritten. Vergleichsweise nahe an den westdeutschen Produktivitätswerten ist aber auch die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Dieses höhere Produktivitätsniveau kam durch ein stärkeres Wachstum im Untersuchungszeitraum 1995-99 zustande. Dabei ist in manchen Wirtschaftszweigen der Nenner, also die Erwerbstätigen, überdurchschnittlich gesunken (v. a. in Produzierendem und Verarbeitendem Gewerbe, Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern, öffentlichen und privaten Dienstleistern), und in anderen der Zähler, also die Bruttowertschöpfung, überdurchschnittlich stark gewachsen (im Handel, Gastgewerbe und Verkehr).

Die Differenzierung des Unternehmensbesatzes nach Wirtschaftszweigen macht deutlich, dass er in nahezu allen Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt niedriger als in den alten Ländern, aber auch als in den neuen Ländern insgesamt war. Im Verarbeitenden Gewerbe und bei den Dienstleistungen des Wohnungswesens, der Vermietung und für Unternehmen kann dies sowohl auf geringere wirtschaftliche Aktivitäten als auch auf niedrigere Gründungs- und höhere Marktaustrittsquoten zurückzuführen sein – abgesehen von Unterschieden bei der Eigentumsstruktur, die aber nur im Ost-West-Vergleich und nicht im innerostdeutschen Vergleich eine Rolle spielen. Im Handel, im Gastgewerbe und im Wirtschaftszweig Verkehr- und Nachrichtenübermittlung dürfte insbesondere die geringere Gründungstätigkeit in Sachsen-Anhalt den relativ geringen Unternehmensbestand erklären.

3.3.2 Landwirtschaft

In Sachsen-Anhalt werden rund drei Fünftel der gesamten Landesfläche landwirtschaftlich genutzt, davon rund 86% für den Ackerbau (vgl. Tabelle A-S.47). Der Agrarsektor stellt Futtermittel und Ausgangsprodukte für das Ernährungsgewerbe her (vgl. zum Ernährungsgewerbe Abschnitt 3.3.3). Nicht zuletzt schafft bzw. sichert die Landwirtschaft Arbeitsplätze und Einkommenserzielungsmöglichkeiten auch außerhalb der Städte.

Bereits die im Jahr 1997 veröffentlichte Strukturanalyse zeichnete ein recht positives Bild über die Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt und deren Wettbewerbsfähigkeit.¹⁷⁶ Im folgenden soll anhand der Lage und Entwicklung am „aktuellen Rand“ illustriert werden, ob sich eine positive Entwicklung der Landwirtschaft in Sachsen-Anhalt fortgesetzt hat. Zur Untersuchung dieser Fragen werden zum einen Indikatoren verwendet, mit denen das Ergebnis der landwirtschaftlichen Produktion abgebildet werden kann, und zum anderen Indikatoren, die wichtige, hinter diesem Ergebnis stehende Faktoren abbilden können. Als Indikatoren, die das Ergebnis der landwirtschaftlichen Produktion abbilden, werden die Gewinne der Landwirtschaftsbetriebe sowie physische Größen der landwirtschaftlichen Produktion, wie Hektarerträge und Tierbestände, herangezogen. Als hinter dem Ergebnis stehende Faktoren werden das Humankapital, das Sachkapital, das technische Wissen und die Unternehmensstrukturen untersucht. Im Bereich des Humankapitals werden als Indikatoren die Zahl der Erwerbstätigen sowie die Qualifikationsstruktur der in der Landwirtschaft Beschäftigten herangezogen. Der Einflussfaktor Sachkapital wird anhand von Daten über das Anlagevermögen abgebildet, beim technischen Wissen wird auf die im Land vorhandenen Forschungs- und Ausbildungseinrichtungen an Hochschulen und in außeruniversitären Forschungseinrichtungen eingegangen, und der Einflussfaktor Unternehmensstrukturen wird anhand von Daten zur Betriebszahl und zur flächen- bzw. tierbestandsbezogenen Betriebsgrößenstruktur untersucht.

Im Folgenden werden hauptsächlich Lage und Entwicklung der Landwirtschaft im engeren Sinne (Pflanzen- und Tierproduktion) untersucht. Der Garten- und Weinbau, die Fischerei und Fischzucht sowie die Forstwirtschaft werden grundsätzlich nicht mit betrachtet, wenngleich Erzeugnisse aus diesen Bereichen (z. B. Weinbau) durchaus wichtig für das Image des Landes sein können. Auf eine Aufteilung der Landwirtschaft im engeren Sinne nach Subsektoren wird im wesentlichen verzichtet, lediglich bei den Ergebnissen der Landwirtschaft werden einige physische Ergebnisgrößen getrennt nach Pflanzenproduktion und Tierproduktion dargestellt.

3.3.2.1 Ergebnisorientierte Indikatoren

a) Gewinnsituation

Als Indikator, der exemplarisch die wirtschaftlichen Ergebnisse in der Landwirtschaft darstellen soll, werden hier die Umsatzrentabilität und die erzielten Gewinne je Unternehmen herangezogen, wenngleich einschränkend darauf hingewiesen werden muss, dass beide Größen durch die Regelungen der EU-Agrarmarktornungen beeinflusst werden. Dies trifft allerdings nicht nur auf Sachsen-Anhalt, sondern auf alle in den Vergleich einbezogene Regionen zu. Die sachsen-anhaltinische Landwirtschaft weist im

¹⁷⁶ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 84-85.

Ländervergleich, bezogen auf das Wirtschaftsjahr 1998/99, eine günstige Gewinnsituation auf. Die Umsatzrentabilität der Landwirtschaftsbetriebe in Sachsen-Anhalt ist mit 4,6% die zweithöchste im ostdeutschen und auch im gesamtdeutschen Vergleich, obgleich sie im Vergleich zum Wirtschaftsjahr 1995/96 zurückgegangen ist (vgl. Tabelle S.4).

Tabelle S.4:

Gewinnsituation landwirtschaftlicher Haupterwerbsbetriebe nach Bundesländern in den Wirtschaftsjahren 1995/96 und 1998/99

Land	Umsatzrentabilität in %		Gewinn in DM pro Unternehmen		
	1995/96	1998/99	1995/96	1998/99	Veränderung 1998/99 gegenüber 1995/96 in %
Sachsen-Anhalt	6,5	4,6	98.063	99.685	1,7
Brandenburg	3,1	0,7	76.146	78.447	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	4,4	5,2	87.877	98.395	12,0
Sachsen	3,7	-1,0	68.134	58.447	-14,2
Thüringen	4,6	-2,1	72.741	52.761	-27,5
Schleswig-Holstein	1,9	0,9	66.464	67.333	1,3
Niedersachsen	0,9	-2,1	59.959	51.886	-13,5
Nordrhein-Westfalen	0	-5,4	53.874	39.582	-26,5
Hessen	-3,5	-6,2	51.394	48.254	-6,1
Rheinland-Pfalz	-4,6	-2,6	52.708	61.259	16,2
Baden-Württemberg	-2,8	-2,9	50.346	54.387	8,0
Bayern	-4,3	-2,8	48.466	53.615	10,6
Insgesamt ^a	-1,3	-2,6	53.973	53.457	-1,0

^a Deutschland, ohne Berlin und Bremen, einschließlich Hamburg und Saarland.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Agrarbericht der Bundesregierung 2000, Bonn, März 2000, Anhang, Tabelle 16, S. 21 (Auszug).

Hinsichtlich der Höhe des Gewinns je Unternehmen lagen im Wirtschaftsjahr 1998/99 die landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetriebe Sachsen-Anhalts mit 99.685 DM an der Spitze in Deutschland, wobei Mecklenburg-Vorpommern mit 98.395 DM dichtauf folgt. Ein wichtiger Grund für diese – im Ländervergleich – günstige Gewinnsituation dürfte die überdurchschnittliche Größe der bewirtschafteten Flächen sein (vgl. auch die Ausführungen zu den Unternehmensstrukturen weiter unten in diesem Abschnitt).

b) Pflanzliche Produktion¹⁷⁷

Die Ergebnisse der pflanzlichen Produktion können vor allem mit den Erntemengen je Hektar, d. h. den sogenannten Hektarerträgen, gemessen und verglichen werden. Bei Getreide belegt Sachsen-Anhalt mit einem Hektarertrag von 74,4 dt je ha landwirtschaftlicher Anbaufläche¹⁷⁸ im Jahre 1999 den ersten Platz unter den ostdeutschen Ländern (vgl. Tabelle A-S.48). Dieser Hektarertrag liegt deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt.

Betrachtet man die Hektarerträge im Jahr 1999 für die Getreidearten mit den größten Anbauflächen, d. h. Winterweizen, Wintergerste und Roggen (vgl. zu den Anbauflächen Tabelle A-S.49), so liegt bei Winterweizen der Hektarertrag in Sachsen-Anhalt bei 81,7 dt/ha und damit am höchsten im Vergleich der neuen Länder und deutlich über dem durchschnittlichen Hektarertrag in den alten Ländern insgesamt (vgl. Tabelle A-S.48). Der Hektarertrag für Wintergerste ist mit 73,7 dt/ha der zweithöchste in Ostdeutschland und liegt über dem entsprechenden westdeutschen Durchschnittswert. Bei Roggen liegen die Hektarerträge in Sachsen-Anhalt mit 62,9 dt/ha ebenfalls über den Durchschnittswerten für die neuen Länder insgesamt bzw. für die alten Länder insgesamt, allerdings fallen sie in Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen noch höher aus.

Bei den im Jahr 1999 erzielten Hektarerträgen ausgewählter anderer Feldfruchtarten, und zwar jenen mit den größten Anteilen an der Anbaufläche (Raps und Rübsen, Zuckerrüben und Futtererbsen – vgl. Tabelle A-S.51), liegen die Hektarerträge im Falle von Raps und Rübsen bei 36,7 dt/ha und damit im Vergleich der neuen Länder auf mittlerer Position und über dem Durchschnittswert in den alten Ländern insgesamt (vgl. Tabelle A-S.50). Der Hektarertrag bei Zuckerrüben beträgt 479,6 dt/ha und liegt etwas über dem Durchschnittswert für die neuen Länder insgesamt, aber unter dem Wert in den alten Ländern. Bei Futtererbsen liegt der Hektarertrag mit 41,2 dt/ha in Sachsen-Anhalt höher als in allen anderen neuen Ländern und über dem Durchschnittswert in den alten Ländern.

¹⁷⁷ Bei den im Folgenden dargestellten Ergebnissen der pflanzlichen Produktion sind in den Angaben zu Hektarerträgen und Anbauflächen in den neuen Ländern insgesamt/Ostdeutschland insgesamt die Angaben für Berlin-Ost mit enthalten, die Daten für die alten Länder/Westdeutschland beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet.

¹⁷⁸ Bei den Ernten der Jahre 1994 bis 1999 wurde der für Sachsen-Anhalt vorgegebene Referenzertrag von 61,4 dt, der als Grundlage für die Berechnung der Getreideausgleichszahlungen durch die EU gilt, überschritten. Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 2000. Magdeburg, o. J., S. 24.

c) Tierische Produktion¹⁷⁹

Die Viehbestände Sachsen-Anhalts wiesen seit 1995, je nach Viehart, recht differenzierte Entwicklungen auf (vgl. Tabelle A-S.52). Die Rinderbestände sanken zwischen 1995 und 1999 um rund 11% und damit stärker als im Durchschnitt der neuen Länder und auch stärker als im Durchschnitt der alten Länder. Dagegen wurden die Schweinebestände in Sachsen-Anhalt – sozusagen spiegelbildlich – stark, um 25,2% aufgestockt. Dieser Zuwachs lag um 9,8 Prozentpunkte über der ostdeutschen und um 16,5 Prozentpunkte über der westdeutschen Zuwachsrate. Ende 1999 zählte die sachsen-anhaltinische Landwirtschaft rund 892.000 Schweine. Dies waren – absolut betrachtet – die höchsten Schweinebestände in den ostdeutschen Ländern. Die Schafhaltung in Sachsen-Anhalt stagniert faktisch (+0,1%). Die Entwicklung des Schafbestandes war um 7,8 Prozentpunkte geringer als im ostdeutschen Durchschnitt bzw. um 11,5 Prozentpunkte geringer als im westdeutschen Durchschnitt.

Die Milchproduktion wurde in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 gegenüber 1995 um 13,0% und damit um 5,0 Prozentpunkte mehr als im ostdeutschen Durchschnitt gesteigert (vgl. Tabelle A-S.53). Die Milchleistung je Kuh stieg mit +21,4% noch stärker. Das im Jahr 1999 mit 6.902 kg Milch je Kuh erreichte Niveau stellt unter den deutschen Flächenländern mit Abstand den Spitzenwert dar.

Als Indikator für die physischen Ergebnisse der Tierproduktion kommt grundsätzlich noch das durchschnittliche Schlachtgewicht je Tier infrage. Weil jedoch die Angaben, die im Rahmen der Landwirtschaftsstatistik erhoben werden, nicht separat für die aus der Tierhaltung Sachsen-Anhalts stammenden Tiere vorliegen, sondern auch Schlachtungen von Tieren enthalten, die aus den anderen Bundesländern oder aus dem Ausland stammen, wird auf die Nutzung dieses Indikators hier verzichtet.

3.3.2.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses*a) Humankapital*

Um das Ausmaß der Beschäftigung in der Landwirtschaft zu ermitteln, würden grundsätzlich zwei verschiedene Datengrundlagen zur Verfügung stehen: die Erwerbstätigenzahlen und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Hier werden in erster Linie Angaben zur Zahl der Erwerbstätigen herangezogen. Dies erweist sich als sachgerecht, weil darin, anders als bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, auch Selbstständige und mithelfende Familienangehörige enthalten sind, die für den quantitativen Humankapitalbestand in der Landwirtschaft von großer Bedeutung sind.

¹⁷⁹ Bei den im folgenden dargestellten Ergebnissen der tierischen Produktion sind in den Angaben zu den Tierbeständen in den neuen Ländern insgesamt/Ostdeutschland insgesamt die Angaben für Berlin-Ost mit enthalten, die Daten für die alten Länder/Westdeutschland beziehen sich auf das frühere Bundesgebiet.

Die veröffentlichten Erwerbstätigendaten umfassen allerdings, anders als sonst in diesem Abschnitt, die Landwirtschaft im weiteren Sinne, d. h. einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei. Bei der Darstellung der formalen Ausbildungsabschlüsse als qualitativem Aspekt des Humankapitalbestandes wird auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zurückgegriffen, weil hierfür Daten vorliegen, die einen Ländervergleich erlauben.

Betrachtet man die Erwerbstätigenzahlen der neuen Länder, so ist in den jeweiligen Jahren keine einheitliche Entwicklungsrichtung zu erkennen (vgl. Tabelle A-S.54). Über den Gesamtzeitraum 1995 bis 1999 hinweg ist im Land Sachsen-Anhalt ein Rückgang um -16,7% zu verzeichnen. Der prozentuale Rückgang der Erwerbstätigen zwischen 1995 und 1999 ist mit -16,7% zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern der höchste in den neuen Ländern und liegt auch über dem gesamtdeutschen Durchschnitt. Im Durchschnitt der neuen Ländern ist die Erwerbstätigenzahl 1999 gegenüber 1995 nur um -1,9% zurückgegangen.

Nach der Darstellung von Beschäftigungsumfang und -entwicklung soll als wichtiger qualitativer Aspekt der Humankapitalausstattung in der sachsen-anhaltinischen Landwirtschaft die formale Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten betrachtet werden. Hinter der Betrachtung der schulischen und beruflichen Qualifikation steht die Vorstellung, dass bei höheren schulischen und beruflichen Bildungsabschlüssen grundsätzlich besonders positive Wirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis erwartet werden können.

Was die formale Qualifikation der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Landwirtschaft und Tierhaltung¹⁸⁰ (Zweig 00 lt. WZBA 73) Sachsen-Anhalts betrifft, so unterscheiden sich die Anteile der Beschäftigten mit den jeweiligen Bildungsabschlüssen nicht sehr stark zwischen Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt (vgl. Tabelle A-S.55). Der Anteil von Beschäftigten mit Berufsausbildung, aber ohne Abitur liegt um 2,6 Prozentpunkte unter dem ostdeutschen Durchschnittswert, der Anteil von Beschäftigten mit höheren Qualifikationen (mit Berufsausbildung und Abitur, mit Fachhochschul- und mit Hochschulabschluss) liegt zusammengenommen um 1,4 Prozentpunkte über dem Anteil in den neuen Ländern insgesamt. Auffälliger als die Unterschiede bei den formalen Berufsabschlüssen zwischen Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt sind jene zwischen den neuen und den alten Ländern. Hier zeigen sich bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den neuen Ländern höhere Anteile bei Beschäftigten mit Berufsausbildung und bei Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss.

¹⁸⁰ Die formale Qualifikation der Selbstständigen und der mithelfenden Familienangehörigen wird mit diesen Daten nicht erfasst.

b) Sachkapital

Daten über das Anlagevermögen und die Investitionen landwirtschaftlicher Betriebe im Ländervergleich liefern die Buchführungsergebnisse der sogenannten Testbetriebe, die im Rahmen der Agrarberichte des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten veröffentlicht werden. Bei den Testbetrieben handelt es sich um eine Auswahl von Betrieben, die „... die Lage der Landwirtschaft repräsentativ abbilden ...“¹⁸¹ soll. Aus Sachsen-Anhalt sind im Wirtschaftsjahr 1998/99 insgesamt 338 Testbetriebe einbezogen, darunter 188 Einzelunternehmen und 69 Juristische Personen.¹⁸² In Brandenburg waren es 112 Einzelunternehmen bzw. 89 juristische Personen, in Mecklenburg-Vorpommern 160 bzw. 50, in Sachsen 234 bzw. 80 und in Thüringen 140 bzw. 80.¹⁸³ Die Darstellung der Ausstattung mit Anlagevermögen erfolgt im Rahmen der Strukturanalyse getrennt für Landwirtschaftsbetriebe in der Rechtsform der juristischen Person und für Einzelbetriebe, weil die dazu veröffentlichten Angaben nur in dieser Aufgliederung vorliegen.

Die landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen-Anhalt, die die Rechtsform einer Juristischen Person aufweisen¹⁸⁴, haben – bezogen auf die landwirtschaftliche Nutzfläche – ein *Anlagevermögen*, das im Wirtschaftsjahr 1998/99 mit 3.175 DM je ha landwirtschaftlicher Nutzfläche (LF) niedriger als in den meisten anderen neuen Ländern lag, mit Ausnahme Mecklenburg-Vorpommerns (3.140 DM je ha LF) (vgl. Tabelle A-S.56). Dies trifft, abgesehen von der Vermögensposition Dauerkulturen, auf alle ausgewiesenen Positionen des Anlagevermögens zu, insbesondere auch auf die für die Produktivität wichtigen Technischen Anlagen und Maschinen, wo die sachsen-anhaltinischen Testbetriebe im ostdeutschen Vergleich das geringste Anlagevermögen je ha LF aufweisen.

Bei den Einzelunternehmen¹⁸⁵ liegt das Anlagevermögen insgesamt je ha LF im ostdeutschen Ländervergleich¹⁸⁶ auf mittlerer Position, wenn man die Betriebe nach den einzel-

¹⁸¹ BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Zum Agrarbericht 2000: Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Reihe: Daten-Analysen, 2000. Bonn (März) 2000, S. 110.

¹⁸² Bei den übrigen 81 Testbetrieben handelt es sich um Personengesellschaften, die hier hinsichtlich ihres Anlagevermögens nicht betrachtet werden; die entsprechenden Angaben für Personengesellschaften wurden in der Agrarberichterstattung der Bundesregierung nur für die neuen Länder insgesamt, für die alten Länder insgesamt und für Deutschland insgesamt ausgewiesen.

¹⁸³ BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Zum Agrarbericht 2000, a. a. O., S. 113.

¹⁸⁴ Juristische Personen des privaten Rechts hatten im Jahr 1998 einen Anteil von 9% an der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen-Anhalt, sie bewirtschafteten 46,5% der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Vgl. MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 1999. Magdeburg, S. 9 f.

¹⁸⁵ Einzelunternehmen hatten im Jahr 1998 einen Anteil von 75,9% an der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe in Sachsen-Anhalt, und sie bewirtschafteten 24,2% der Fläche. Vgl. MINISTERIUM FÜR

nen Flächengrößengruppen und nach den Betriebsformen Marktfrucht und Futterbau untersucht (vgl. Tabelle A-S.57). Bei der Position Technische Anlagen und Maschinen weisen die sachsen-anhaltinischen Futterbaubetriebe im Vergleich der neuen Länder das zweithöchste, die Betriebe mit mittelgroßem Standardbetriebseinkommen (zur Begriffserläuterung siehe Tabelle A-S.57) das dritthöchste Anlagevermögen auf. Marktfruchtbetriebe und Betriebe in der unteren bzw. oberen Größengruppe des Standardbetriebseinkommens weisen ein geringeres Anlagevermögen als die meisten anderen neuen Länder auf.

c) *Technisches Wissen*

Der Agrarsektor kann in Sachsen-Anhalt ein Zukunftspotenzial bieten, weil in den Bereichen Agrarwissenschaften und Biotechnologie sehr viele Forschungskapazitäten vorhanden sind, die sich möglicherweise positiv auf die Landwirtschaft auswirken.

Die Martin-Luther-Universität verfügt über Forschungs- und Ausbildungsmöglichkeiten im Rahmen der Landwirtschaftlichen Fakultät sowie im Fachbereich Biochemie/Biotechnologie der naturwissenschaftlich-technischen Fakultät. Im Zeitraum 1991-1998 wurden in der landwirtschaftlichen Fakultät Bauinvestitionen im Umfang von rund 2,79 Mio. DM und im Fachbereich Biochemie/Biotechnologie im Umfang von rund 14,93 Mio. DM getätigt.¹⁸⁷ Nach einer Anpassung des Lehrangebots im Bereich Agrarwissenschaften der Martin-Luther-Universität an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen in der Landwirtschaft, die zunächst von einem Rückgang der Studentenzahlen begleitet war, hat sich 1997 gegenüber 1996 die Zahl der Studienanfänger nahezu verdoppelt (auf 80).¹⁸⁸ Ferner bildet die Hochschule Anhalt Studenten im Fachbereich Landwirtschaft, Ökotropologie und Landespflege aus. In diesem Bereich wurden in der Hochschule Anhalt im Zeitraum 1991 bis 1998 Bauinvestitionen im Umfang von 5,85 Mio. DM getätigt.¹⁸⁹ Die Nachfrage nach den agrar-, forst- und ernährungswissenschaftlichen Studienangeboten der Fachhochschule Anhalt hat sich positiv entwickelt.¹⁹⁰

ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 1999, S. 9 f.

¹⁸⁶ Ein Vergleich der Gesamtausstattung mit Anlagevermögen zwischen neuen und alten Ländern erscheint nicht sinnvoll, weil in den alten Ländern das Bodenvermögen eine wesentlich größere Rolle im Anlagevermögen spielt; in den neuen Ländern (einschl. Berlin-Ost) ist der bewirtschaftete Boden noch zu 93% Pachtland. Im früheren Bundesgebiet betrug dieser Anteil 47,9% (Angaben für 1997).

¹⁸⁷ Vgl. KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT, REFERAT 63: Hochschulbaubericht 1991-1998, Stand 09.06.1999, S.10.

¹⁸⁸ Vgl. Bericht des Beirats für Wissenschaft und Forschung. Sachsen-Anhalt, April 1998, S. 42.

¹⁸⁹ Vgl. KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT, REFERAT 63: Hochschulbaubericht 1991-1998, a. a. O., S.23.

¹⁹⁰ Bericht des Beirats für Wissenschaft und Forschung. Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 42.

Im Bereich der außeruniversitären Forschung bieten das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), das Institut für Pflanzenbiochemie, das Innovations- und Gründerzentrum für nachwachsende Rohstoffe (sog. IGZ NAROSSA)¹⁹¹ und das Institut für Agrarmarktentwicklung in Mittel- und Osteuropa Leistungen an, die in der Agrarwirtschaft Sachsen-Anhalts Anwendung finden können.

d) Unternehmensstrukturen

Die *Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe* in Sachsen-Anhalt erhöhte sich im Zeitraum von 1995 bis 1999 von 4.279 um 398 bzw. um 9,3% auf 4.677¹⁹². Das Wachstum des Bestandes landwirtschaftlicher Betriebe lag damit über dem ostdeutschen Durchschnitt (+8,2%) und war nach jenem in Mecklenburg-Vorpommern das zweithöchste in Ostdeutschland. In den alten Ländern ist dagegen die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um -11,7% zurückgegangen (vgl. Tabelle A-S.58). Die landwirtschaftlich genutzte Fläche vergrößerte sich im Beobachtungszeitraum in Sachsen-Anhalt um 2,1% und damit nur um 0,5 Prozentpunkte mehr als in Ostdeutschland insgesamt. In den alten Ländern verringerte sich die landwirtschaftlich genutzte Fläche um -0,9%. Der stärkere Anstieg der Betriebszahl in Sachsen-Anhalt und in Ostdeutschland insgesamt im Vergleich zum Anstieg der genutzten Fläche bringt mit sich, dass die durchschnittliche landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb etwas zurückgegangen ist, in Sachsen-Anhalt von 269 ha je Betrieb auf 251 ha je Betrieb. Dennoch ist die Flächenausstattung unverändert die zweithöchste unter den ostdeutschen Ländern, und sie liegt beim 9fachen des westdeutschen Vergleichswertes. Die Bewirtschaftung großer Flächen schafft grundsätzlich Voraussetzungen für eine hohe Wirtschaftlichkeit der Agrarproduktion in Sachsen-Anhalt (vgl. auch Ausführungen zur Gewinnsituation weiter oben in diesem Abschnitt).

Die *Betriebstruktur* der landwirtschaftlichen Betriebe in Sachsen-Anhalt ist großbetrieblicher geprägt als jene der meisten anderen deutschen Flächenländer. Im Jahr 1999 hatten 2013 Betriebe (entspricht 43,0% der Gesamtzahl landwirtschaftlicher Betriebe) Flächen mit 100 und mehr ha in Bewirtschaftung (vgl. Tabelle A-S.59 und A-S.60). Lediglich in Mecklenburg-Vorpommern lag dieser Anteil mit 44,1% noch etwas höher. Zum Vergleich: in den alten Ländern gehörten nur 3,9% der landwirtschaftlichen Betriebe dieser Größenklasse an. Der Anteil dieser Betriebe mit Flächen von 100 ha und mehr ist in Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Jahr 1995 fast unverändert geblieben.

Auch die Viehhaltung vollzieht sich in Sachsen-Anhalt, gemessen an der durchschnittlichen Zahl der Tiere je Betrieb, ebenso wie in den anderen ostdeutschen Ländern in

¹⁹¹ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 2000. Magdeburg, o. J., S. 29.

¹⁹² Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftliche Nutzfläche.

wesentlich größeren Betriebseinheiten als dies in den alten Ländern der Fall ist. Der Besatz mit Milchkühen je Betrieb ist der dritthöchste in Ostdeutschland, und er liegt beim 6fachen des Wertes in den alten Ländern (vgl. Tabelle A-S.61). Rund 59% der Betriebe halten 100 und mehr Milchkühe und damit rund 88% des Milchkuhbestandes im Land (vgl. Tabelle A-S.62). Der Mastschweinbesatz je Betrieb war in Sachsen-Anhalt der zweithöchste in Ostdeutschland und lag beim 3,75fachen des westdeutschen Wertes. 8,1% der Betriebe halten 1.000 und mehr Mastschweine und damit 77,2% des gesamten Mastschweinbestandes. Bei Zuchtsauen weist Sachsen-Anhalt in Ostdeutschland die größte durchschnittliche Betriebsgröße auf. Hier halten rund 32% der Betriebe 100 und mehr Zuchtsauen und damit 96,5% des Zuchtsauenbestandes. Auch der Besatz mit Legehennen je Betrieb ist in Sachsen-Anhalt der höchste im Vergleich mit den anderen neuen Ländern.

3.3.2.3 Zwischenfazit

Die sachsen-anhaltinischen Landwirtschaftsbetriebe weisen, gemessen an der Höhe der Gewinne je Unternehmen – im Ländervergleich nicht nur im ostdeutschen, sondern auch im gesamtdeutschen Vergleich – die günstigsten Werte auf. Hinsichtlich der Umsatzrentabilität liegen die sachsen-anhaltinischen Betriebe an zweiter Stelle im ostdeutschen und auch im gesamtdeutschen Vergleich.

Zu der bislang relativ günstigen Gewinnsituation in Sachsen-Anhalt dürften insbesondere die unverändert großbetrieblichen Strukturen in der Landwirtschaft beigetragen haben. Bei der Sachkapitalausstattung weisen die sachsen-anhaltinischen Betriebe dagegen weniger günstige Werte auf. Dieser Faktor könnte die wirtschaftlichen Ergebnisse in Zukunft beeinträchtigen.

3.3.3 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

In der letzten für das Land Sachsen-Anhalt durchgeführten Strukturanalyse wurde mit Blick auf den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe als Resümee gezogen, dass „einzelne positive Tendenzen ... nicht darüber hinwegtäuschen [dürfen], dass die Entwicklung wettbewerbsfähiger Strukturen in den bestehenden Betrieben das Problem des geringen Industriebesatzes (Industrielücke) nur sehr langfristig lösen kann. Trotz mehr als doppelt so hoher Investitionen wie in Westdeutschland, wird die Kapitulücke in Sachsen-Anhalt nur sehr langsam aufgefüllt.“¹⁹³ In der vorliegenden Analyse soll deshalb die industrielle Entwicklung in den Jahren 1995 bis 1999 nachvollzogen werden, wobei zwei Zielstellungen im Zentrum stehen:

¹⁹³ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 118.

- Zum einen soll untersucht werden, wie sich die wirtschaftliche Situation in den Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den neuen Bundesländern insgesamt und im Vergleich zu den alten Ländern darstellt und ob die gesamte Industrie und einzelne Branchen spezifische Stärken oder Schwächen aufweisen, die Maßnahmen einer sektoralen Strukturpolitik nach sich ziehen sollten.
- Zum zweiten sollen aus der Branchenstruktur des Verarbeitenden Gewerbes Schlussfolgerungen für die Wachstumsperspektiven der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft als Ganzes gezogen werden.

Die Analyse der Stärken und Schwächen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ist wie folgt aufgebaut: Am Anfang steht eine Betrachtung von Ergebnisindikatoren (vor allem Umsätze), anschließend werden die verfügbaren Daten zu den Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses (vor allem Human- und Sachkapital, technisches Wissen, Unternehmensstrukturen) ausgewertet, am Schluss steht ein kurzes Resümee.

Informationen zur wirtschaftlichen Situation der Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt lassen sich aus den Statistiken des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt und des Statistischen Bundesamtes gewinnen. Insbesondere die Statistik der Unternehmen und/oder Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden („Industriestatistik“) liefert eine Vielzahl von Daten, die allerdings mit einer wichtigen Einschränkung versehen sind: Es werden nicht alle Betriebe, sondern nur diejenigen von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und die produzierenden Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche, einschließlich Handwerk, erfasst.¹⁹⁴ Diese Abschneidegrenze führt dazu, dass für einen Teil der Betriebe kaum Aussagen möglich sind. Zwar werden im Rahmen einer jährlichen Erhebung auch die sogenannten „industriellen Kleinbetriebe“ erfasst, allerdings werden dabei nur wenige Daten erhoben bzw. publiziert, und Kleinbetriebe des Handwerks sind hier von der Meldepflicht ausgenommen. Aufgrund der Beschränkungen der Industriestatistik werden weitere Informationen zur Situation in den Branchen aus der Lohnstatistik und der Statistik der Gewerbeanzeigen der Statistischen Ämter, der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit, der Förderstatistik für die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und der Statistik des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft zu Forschung und Entwicklung gewonnen.

Die Branchen werden in der Regel entsprechend der für viele ökonomische Statistiken nach 1995 eingeführten „Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993“ auf der

¹⁹⁴ In einer Reihe von Branchen ist zur besseren Repräsentation die Erfassungsgrenze auf 10 Beschäftigte abgesenkt worden, insbesondere in Branchen des Ernährungsgewerbes.

Ebene der sogenannten „2-Steller“ dargestellt. Dies hat den großen Vorteil, dass ein Gesamtbild einer Branche mit einer Vielzahl von Indikatoren aus unterschiedlichen Statistiken gezeichnet werden kann. Die 2-Steller-Ebene besteht weiterhin aus einer überschaubaren Anzahl von Branchen, ist dafür freilich weniger stark differenziert als die Ebene der 3-Steller. Wegen der gewählten Abgrenzung ist es nicht möglich, eine im Einzelfall unter Umständen wünschenswerte differenziertere Betrachtung durchzuführen (etwa für Teilbranchen der Chemischen Industrie) und Branchen zu analysieren, die quer zu dieser Branchengliederung liegen (z. B. Informations- und Kommunikationstechnologie, Biotechnologie, Kfz-Zulieferindustrie). Die Bearbeitung derartiger branchenbezogener Detailfragen würde ein eigenes Gutachten erfordern, in dem die eher spärlichen Informationen der Statistik durch eigene Erhebungen zu ergänzen wären.

Die zweite Zielstellung, die Analyse der gesamtwirtschaftlichen Wachstumseffekte des sachsen-anhaltinischen Verarbeitenden Gewerbes, wird auf zwei Aspekte fokussiert: auf die Berechnung des Spezialisierungsgrades und des Industriebesatzes (vgl. Abschnitt 2.3.7). Eine Differenzierung der Branchen nach bestimmten Ausstattungs- oder Entwicklungsmerkmalen (wie z. B. technologieintensiv, sachkapitalintensiv, arbeitsintensiv, baunah oder wachstumsintensiv) wird nicht vorgenommen, da hierzu differenziertere Brancheninformationen erforderlich gewesen wären (auf der Ebene der 4-Steller) und da derartige Zuordnungen überwiegend älteren Datums sind und auf dem SYPRO-Gliederungsschema aufbauen, für das praktisch keine aktuellen Daten mehr vorliegen. Außerdem ist der Wert derartiger Zuordnungen zweifelhaft, wenn sie nicht prüfen, ob die Branchen die ihnen zugeschriebenen Merkmale tatsächlich erfüllen, also ob beispielsweise sogenannte „baunahe Branchen“ tatsächlich für das Baugewerbe produzieren (vgl. Abschnitt 2.3.7).

3.3.3.1 Ergebnisorientierte Indikatoren

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe erzielten 1999 einen Umsatz von knapp 32 Mrd. DM in Sachsen-Anhalt (nur Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten), wovon rund 97% auf das Verarbeitende Gewerbe und 3% auf den Bergbau entfielen (vgl. Tabelle S.5). Die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes (alle Betriebe, für den Bergbau liegen hier keine gesonderten Daten vor) betrug 1999 10,5 Mrd. DM, was 14% der gesamten Wertschöpfung Sachsen-Anhalts entsprach (vgl. Tabelle L.1 in Abschnitt 3.1). Damit war die Bedeutung des Verarbeitenden Gewerbes etwas niedriger als in den neuen Ländern (Anteil von 14,4% der Wertschöpfung) und deutlich geringer als in den alten Ländern (23,9%). Das Wachstum von Wertschöpfung und Umsätzen seit 1995 hebt die Stellung des Wirtschaftszweiges als einen zentralen Wachstumsträger der Wirtschaft des Landes hervor. Der Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts ist auch stärker gewachsen als in den alten Bundesländern, was darauf hindeutet, dass der Aufholprozess weiter vorangekommen ist. Allerdings konnte die sachsen-anhaltinische Industrie deutlich weniger an Boden gegenüber den alten Ländern gutmachen als die

Industrie in den anderen ostdeutschen Ländern. Die Wachstumsrate der neuen Länder insgesamt war nämlich noch einmal 10 Prozentpunkte höher als die Sachsen-Anhalts und betrug 29,7% im Vierjahreszeitraum 1995 bis 1999.

Die beiden mit Abstand umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes im Jahr 1999 sind in Sachsen-Anhalt das Ernährungsgewerbe mit rund 23,5% und die chemische Industrie mit 17% des Umsatzes (vgl. Tabelle S.5).¹⁹⁵ Beide Branchen haben höhere Anteile als in den neuen Ländern insgesamt. Dies gilt auch für das Glasgewerbe und die Verarbeitung von Steinen und Erden sowie die Metallherzeugung. Dem Fahrzeugbau (Kraftfahrzeugbau sowie Schienenfahrzeug-, Schiff- und Flugzeugbau), in den alten Bundesländern die anteilig größte (18,5%) und in den neuen Bundesländern insgesamt immerhin noch die zweitgrößte Branche (12,2%), kommt in Sachsen-Anhalt dagegen mit einem Anteil von rund 2,9% des Umsatzes nur geringe Bedeutung zu. Auch der Maschinenbau, die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, die Rundfunktechnik, die Messtechnik und Optik, das Papiergewerbe und das Verlags- und Druckgewerbe spielen für die Industrieproduktion Sachsen-Anhalts eine vergleichsweise kleine Rolle, wenn man die Umsatzanteile der Branchen als Maßstab hierfür heranzieht.

Während aus dem Gesamtumsatz der einzelnen Branchen Aussagen über deren Bedeutung in einer Region abgeleitet werden können, kann der Exportumsatz als Indikator für die Erfolge beim überregionalen Absatz herangezogen werden. Zwar geht in den Exportumsatz nur ein Teil des überregionalen Absatzes ein, nämlich derjenige, der im Ausland getätigt wird, aber gerade der Absatz auf den Auslandsmärkten erfordert besondere Anstrengungen der Unternehmen, da sie mit einer anderen Sprache und Geschäftsgepflogenheiten, einem anderen Rechtssystem, häufig auch anderen nationalen Produktnormen und besonderen Vorschriften für den grenzüberschreitenden Handel umgehen müssen und zieht deshalb besonders hohe Transaktionskosten nach sich. Weiterhin stellt der Export und damit die Beziehung zu Kunden im Ausland auch eine mögliche Quelle für internationalen Wissenstransfer dar. Für die räumliche Differenzierung des Absatzes der Branchen innerhalb Deutschlands liegen leider keine statistischen Daten vor.

¹⁹⁵ Für die in Sachsen-Anhalt sicherlich ebenfalls bedeutende Branche Kokerei, Mineralölverarbeitung und Herstellung von Brutstoffen werden aus Geheimhaltungsgründen keine Daten ausgewiesen.

Tabelle S.5:

Gesamtumsatz der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

- in % -

WZ 93	Branchen	Umsatzanteile			Veränderung des Umsatzes 1999/95		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder ^c	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder ^c
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	20,2	29,7	11,7
C	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	3,1	2,5	0,8	-45,9	-40,9	-45,0
D	Verarbeitendes Gewerbe	96,9	97,5	99,2	25,0	33,8	12,7
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	21,8	18,1	10,5	.	21,9	1,2
15	Ernährungsgewerbe	21,8	16,7	9,2	30,3	20,8	1,2
16	Tabakverarbeitung	0	1,5	1,3	.	36,0	1,4
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	.	1,9	2,2	.	21,6	-9,5
17	Textilgewerbe	0,5	1,6	1,2	.	31,3	-10,3
18	Bekleidungsgewerbe	.	0,3	1,0	.	-14,8	-8,4
DC	Ledergewerbe	.	0,2	0,4	.	-8,1	-0,6
DD	Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	1,2	2,3	1,3	.	72,4	-4,1
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	3,3	5,4	5,8	45,5	31,2	8,3
21	Papiergewerbe	1,4	2,2	2,3	.	28,9	-4,1
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	1,9	3,2	3,5	.	32,8	18,0
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen	.	3,7	4,8	.	25,7	-1,0
DG	chemische Industrie	17,0	6,8	10,4	31,4	22,9	7,4
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	4,4	4,1	4,1	45,2	47,2	5,8
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. von Steinen u. Erden	8,8	7,1	2,7	27,5	8,1	-5,0
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H. von Metallerzeugnissen	15,3	11,8	9,9	8,4	25,8	1,8
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	8,3	4,7	4,1	15,2	22,0	-6,9
28	H. v. Metallerzeugnissen	7,0	7,1	5,8	1,3	28,5	8,9
DK	Maschinenbau	6,4	8,7	12,4	-9,5	25,8	12,9
DL	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	3,3	11,3	12,7	25,6	64,2	21,1
30	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	0	1,9	1,2	.	350,3	-4,1
31	H. v. Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u.ä.	2,0	4,6	5,3	10,0	14,2	-1,7
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	0,4	2,4	3,7	.	156,4	114,5
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	1,0	2,4	2,5	106,6	60,0	17,0
DM	Fahrzeugbau	3,3	12,8	19,4	37,7	75,4	48,5
34	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	1,4	9,1	17,6	39,6	90,4	50,7
35	sonst. Fahrzeugbau	1,9	3,7	1,7	36,4	47,1	29,7
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr usw., Recycling	2,9	3,1	2,5	40,8	32,0	0,8
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	2,5	2,7	2,4	57,3	31,6	-0,5
37	Recycling	0,5	0,4	0,1	3,5	35,1	40,0

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Einschließlich Berlin-Ost. – ^c Einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Exportquote in Sachsen-Anhalts Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe erreichte 1999 nur 13,1% und damit den zweitniedrigsten Wert unter allen ostdeutschen Ländern – nur knapp vor Mecklenburg-Vorpommern (13,0%) und deutlich hinter Sachsen (24,4%). Der Abstand Sachsen-Anhalts gegenüber den alten Ländern (35,3%) betrug 1999 mehr als 20 Prozentpunkte. Allerdings muss darauf hingewiesen werden, dass die ostdeutschen Exportquoten systematisch unterschätzt werden, da die Inlandsumsätze der ostdeutschen Unternehmen teilweise Vorleistungen für den Export westdeutscher Unternehmen darstellen.¹⁹⁶ Betrachtet man diejenigen Branchen, für die die Industriestatistik 1999 Daten bekannt gegeben hat, dann zeigt sich die geringere Auslandsorientierung Ostdeutschlands in fast allen Branchen (vgl. Abbildung S.6). Sachsen-Anhalt hatte in zwei Branchen höhere und in acht Branchen noch niedrigere Exportquoten, als die neuen Länder insgesamt. Besonders groß ist der Abstand in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik – mit einer Exportquote von nur 3,2% in Sachsen-Anhalt gegenüber 45,6% in den neuen Ländern insgesamt – sowie in den Branchen des Fahrzeugbaus. Höhere Exportquoten als in den neuen Bundesländern hatte Sachsen-Anhalt 1999 in der Metallherzeugung und -bearbeitung und bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren. In vier Branchen im Land Sachsen-Anhalt – Ernährungsgewerbe, Papiergewerbe, Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung sowie in der Branche Herstellung von Möbeln, Schmuck etc. – lagen die Exportquoten etwa im ostdeutschen Durchschnitt.¹⁹⁷

Damit kann die relativ niedrige Exportquote in Sachsen-Anhalts Industrie insgesamt durch relativ niedrige Exporte in der Mehrzahl der einzelnen Industriebranchen erklärt werden. Es könnte aber auch sein, dass die Branchenstruktur in Sachsen-Anhalts Industrie in hohem Maße durch typischerweise wenig exportierende Branchen geprägt ist. Nimmt man Westdeutschland als Referenzregion und teilt alle Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, für die für Sachsen-Anhalt 1999 Informationen zum Umsatz vorliegen,¹⁹⁸ in drei Gruppen ein – Branchen mit in Westdeutschland 1999 niedriger Exportquote von weniger als 20% (z. B. Bergbau, Ernährungsgewerbe, Verlags- und Druckgewerbe, Glasgewerbe etc.), mittlerer Exportquote von 20-40% (z. B. Papiergewerbe, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Metallbranchen, Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung etc.) und hoher Exportquote von mehr als 40% (z. B. chemische Industrie, Maschinenbau, Fahrzeugbau) – dann weist Sachsen-Anhalt ein Übergewicht relativ wenig exportierender Branchen auf: 40% der Umsätze

¹⁹⁶ Das DIW ermittelt deshalb in seinen Industrieumfragen auch höhere Exportquoten für Ostdeutschland als von der Industriestatistik ausgewiesen, beispielsweise 1997 23% gegenüber den rund 15% der Industriestatistik, vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland, 18. Bericht. IWH-Forschungsreihe 6/1998. Halle 1998, S. 63.

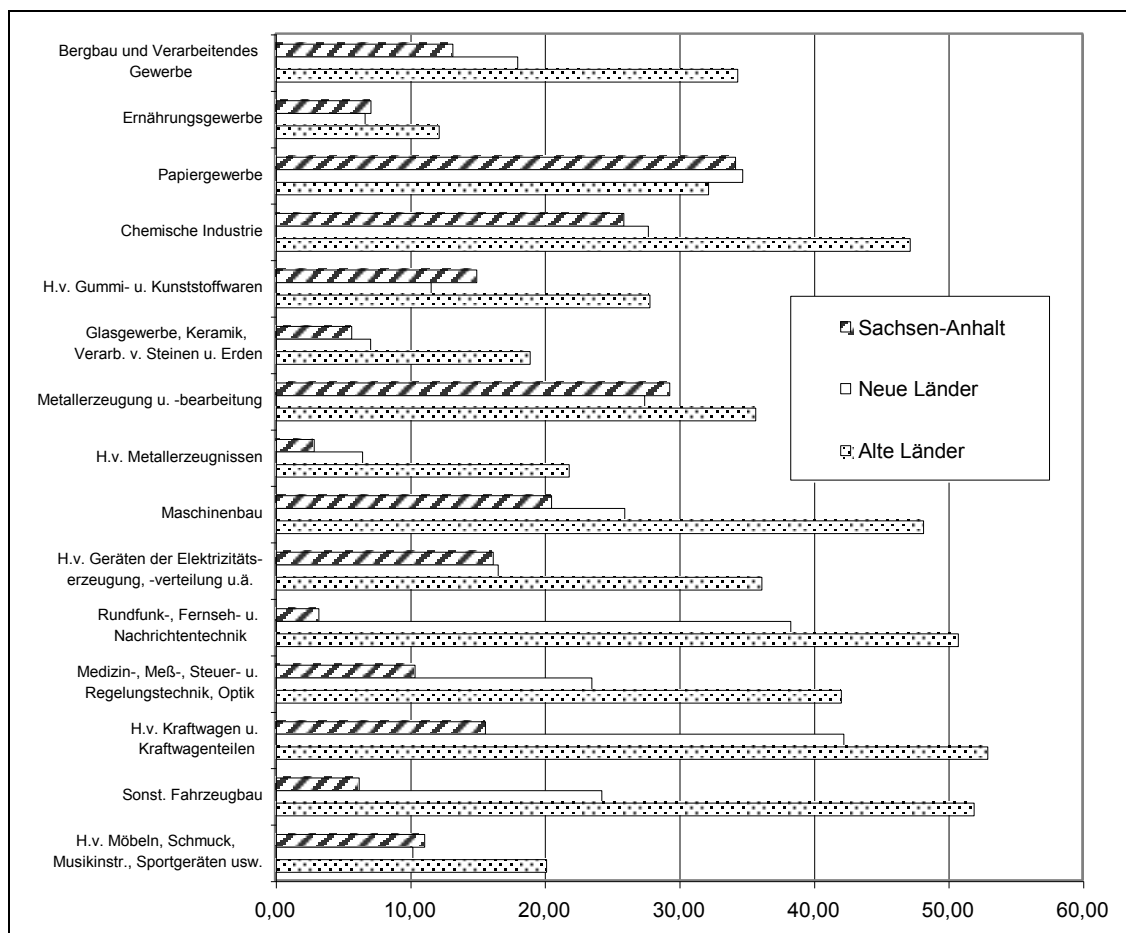
¹⁹⁷ Für acht Branchen wurden aus Geheimhaltungsgründen für Sachsen-Anhalt 1999 keine Exportquoten veröffentlicht, unter anderem für die im Land relativ große Branche der Mineralölverarbeitung.

¹⁹⁸ Bergbau und alle Industriebranchen nach der Gliederung der WZ 93 außer 18 „Bekleidungsindustrie“, DC/19 „Lederindustrie“, DF/23 „Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen“.

Abbildung S.6:

Exportquote der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999^a

- in % -



^a Zu den Daten siehe Tabelle A-S.26 im Anhang. Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Neue Länder einschließlich Berlin-Ost, alte Länder einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

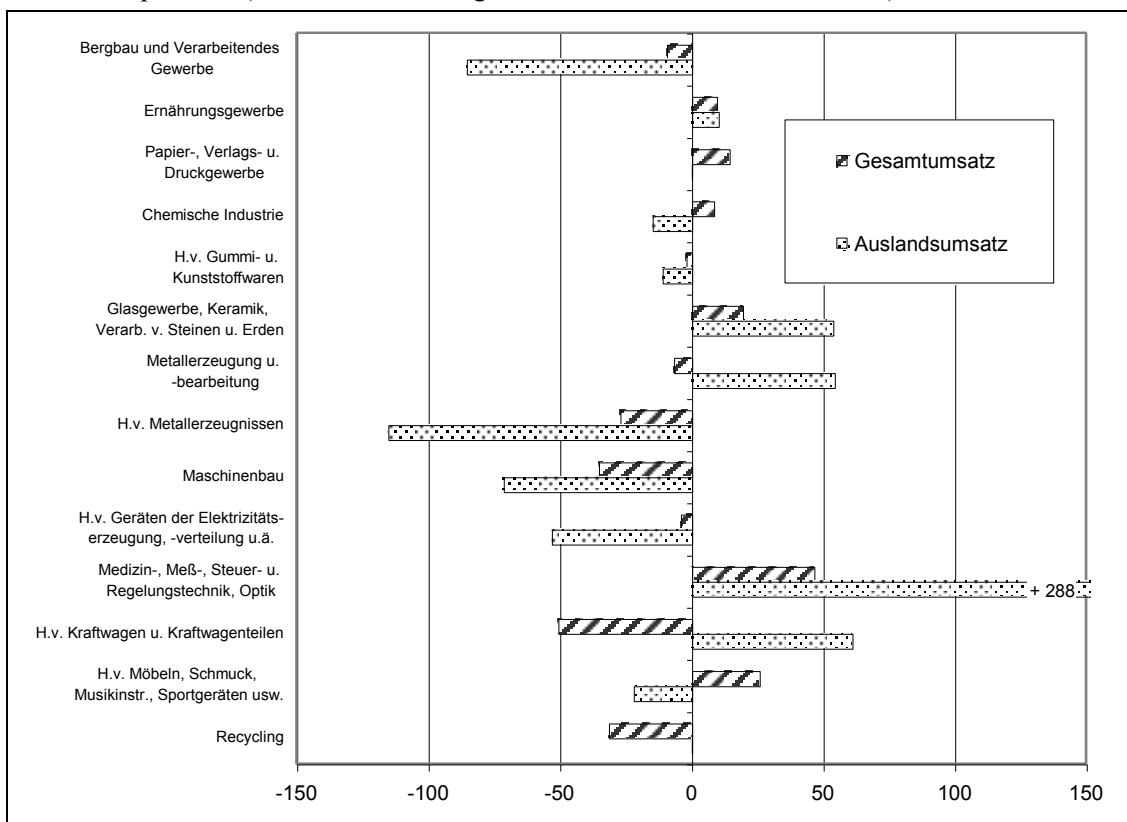
der sachsen-anhaltinischen Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes wurden 1999 von Branchen erwirtschaftet, die in den alten Bundesländern Exportquoten von weniger als 20% aufwiesen. In den alten Ländern selbst trugen diese Branchen nur zu 20% des gesamten Industrieumsatzes (einschließlich Bergbau) bei, in den neuen Ländern insgesamt zu etwa 35%. Branchen, die in den alten Ländern eine hohe Exportquote von über 40% im Jahr 1999 aufwiesen, erwirtschafteten dort in diesem Jahr knapp 53% des Industrieumsatzes, in Sachsen-Anhalt hingegen lediglich rund 31% und in den neuen Ländern insgesamt rund 37%. Damit zeigt sich, dass der Wirtschaftszweig Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe in Sachsen-Anhalt 1999 deutlich mehr als in den alten Bundesländern und auch mehr als in den neuen Ländern insgesamt von Branchen ge-

prägt war, die auch in Westdeutschland eher wenig exportierten. Ein Teil der niedrigen Exportquote in Sachsen-Anhalts Industrie ist damit auf die Branchenstruktur, ein Teil – wie oben gezeigt – jedoch auch auf unterdurchschnittliche Exportaktivitäten in den Branchen selbst zurückzuführen.

Abbildung S.7:

Unterschiede der Umsatzentwicklung der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen zwischen Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern^b insgesamt 1995-1999^a

- in Prozentpunkten (Umsatzentwicklung in den neuen Ländern = Nulllinie) -



^a Für die nicht dargestellten Branchen konnte keine Umsatzentwicklung 1995-99 nachvollzogen werden, für das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe und für Recycling keine Auslandsumsatzentwicklung. Zu den Daten siehe Tabelle S.5 und Tabelle A-S.26 im Anhang. – ^b Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Differenziert man die Entwicklung der Umsätze im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt zwischen 1995 und 1999 nach Branchen, dann fällt zunächst in den meisten Branchen eine relativ deutliche Expansion auf. Sachsen-Anhalts Industriebranchen lagen damit im Trend der neuen Länder insgesamt, wo in den letzten Jahren ein deutliches Umsatzwachstum der Industrie festzustellen war. Das stärkste Wachstum hatte die Branche Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik mit mehr als 100%. In dieser Branche, im Ernährungsgewerbe, im Papier-, Verlags- und

Druckgewerbe, in der Chemischen Industrie, in der Branche Glas, Keramik, Steinen und Erden sowie der Herstellung von Möbeln, Schmuck etc. war die Umsatzentwicklung in Sachsen-Anhalt günstiger als in den neuen Ländern insgesamt (vgl. Abbildung S.7). Ähnlich wie die Gesamtumsätze entwickelten sich auch die Exportumsätze. In den neuen Ländern insgesamt haben sie sich allerdings zwischen 1995 und 1999 etwa verdoppelt, während sie in Sachsen-Anhalt „nur“ um etwa 20% zugenommen haben. In der Regel sind die Exportumsätze auch in jenen Branchen eher stärker gewachsen, in denen die Gesamtumsätze stärker gewachsen sind. Lediglich bei der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen fällt eine unterdurchschnittliche Steigerung der Gesamtumsätze und überdurchschnittliche Steigerung der Exportumsätze in Sachsen-Anhalt auf. Teilweise sind die hohen Steigerungsraten der Exporte (vgl. Tabelle A-S.26) auch durch einen Basiseffekt zu erklären, d. h. das Ausgangsniveau 1995 war vergleichsweise niedrig.

Im nachfolgenden Abschnitt zu den Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses soll nun untersucht werden, ob Ursachen für die dargestellten Ergebnisse in zentralen Wachstumsdeterminanten gefunden werden können. Dabei werden Indikatoren für das Humankapital, Sachkapital, technische Wissen und die Unternehmensstrukturen (unternehmerische Initiative, Verflechtungen, Betriebsgrößen) dargestellt und ausgewertet.

3.3.3.2 *Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses*

a) *Humankapital im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe*

Um einen Überblick über die Erwerbstätigkeit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt zu geben,¹⁹⁹ sind in Tabelle S.6 die unterschiedlichen aus der Statistik verfügbaren Daten einander gegenübergestellt. Im Jahresdurchschnitt 1999 waren in Sachsen-Anhalts Verarbeitendem Gewerbe rund 147.000 Erwerbstätige beschäftigt, was einem Industriebesatz von etwa 55,2 Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner entspricht. In den neuen Ländern lag der Industriebesatz rund 10% höher bei 61,5 Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner, in den alten Ländern war er mit 103,6 Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner sogar nahezu doppelt so hoch wie in Sachsen-Anhalt. Von diesen Erwerbstätigen des Verarbeitenden Gewerbes waren in Sachsen-Anhalt etwa 87% sozialversicherungspflichtig, und rund zwei Drittel arbeiteten in Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten. Hinzu kommen noch jeweils Beschäftigte in den Branchen

¹⁹⁹ Bei einer Betrachtung des Humankapitals nach Branchen stellt sich grundsätzlich das Problem, dass die Statistik nur etwas über das *eingesetzte Humankapital* aussagt, also Umfang und Qualität derjenigen Arbeitskräfte, die in einer Branche bereits arbeiten; sie sagt nichts über das *zusätzliche potenzielle Humankapital* für eine Branche aus, nämlich diejenigen Arbeitskräfte, die in einer Branche bei Bedarf arbeiten könnten. Dies verzerrt den Überblick über das Humankapital als Wachstumsdeterminante, und die Verwendung von Beschäftigungsdaten als Wachstumsdeterminante ist nur deshalb akzeptabel, weil davon ausgegangen werden kann, dass Engpässe auf der Nachfrageseite nach Arbeitskräften durch interregionale Wanderungen ausgeglichen werden können. Das mag in Einzelfällen nicht ganz einfach sein, wie die Diskussionen um die befristete Zuwanderung von ausländischen EDV-Spezialisten nach Deutschland zeigen.

des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, die nach den verfügbaren Statistiken einen unterschiedlichen, aber jeweils deutlich unter 10% liegenden Anteil der Beschäftigten stellen. Die meisten Indikatoren, die im nachfolgenden Abschnitt Verwendung finden, bauen auf den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten oder denjenigen aus Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten auf und decken also nicht den gesamten Wirtschaftszweig, sondern nur einen Teil davon ab.

Tabelle S.6:

Erwerbstätigkeit im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

	Sachsen-Anhalt		Neue Länder		Alte Länder	
	Anzahl	pro 1.000 Ew.	Anzahl	pro 1.000 Ew.	Anzahl	pro 1.000 Ew.
Erwerbstätige im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (Jahresdurchschnitt)
davon Verarbeitendes Gewerbe ^a	147.163	55,2	859.420	61,5	7.058.580	103,6
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (30.06.) ^a	136.047	51,1	782.307	55,9	6.500.747	95,5
davon Verarbeitendes Gewerbe ^a	128.242	48,1	754.012	53,9	6.370.564	93,5
Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Betrieben mit 20 und mehr Beschäftigten (Jahresdurchschnitt) ^b	102.269	38,4	595.572	39,0	5.772.519	86,4
davon Verarbeitendes Gewerbe ^b	98.888	37,1	578.031	37,9	5.661.378	84,7

^a Neue Länder ohne Berlin-Ost, alte Länder mit Berlin. – ^b Neue Länder mit Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit.

Die Verteilung der Beschäftigten auf die einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entsprach 1999 weitgehend der bereits anhand des Umsatzes ermittelten Verteilung (siehe oben, Tabelle S.5). Deshalb kann auf eine gesonderte Darstellung der Beschäftigung an dieser Stelle verzichtet werden. In der Tabelle A-S.27 fallen lediglich die höheren Beschäftigtenanteile (gegenüber den Umsatzanteilen) der Branchen Herstellung von Metallernzeugnissen, Maschinenbau, Medizin-, Messtechnik etc., Herstellung von Möbeln, Schmuck etc. auf. Die Beschäftigtenentwicklung wies für Sachsen-Anhalt relativ deutliche Zuwächse im Ernährungsgewerbe, in der Medizin- und Messtechnik und der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Beschäftigungsrückgänge vor allem im Bergbau, in der Mineralölverarbeitung, der Recyclingindustrie, im Maschinenbau und im sonstigen Fahrzeugbau auf. Die Mehrzahl der Branchen baute zwischen 1995 und 1999 Beschäftigung ab (vgl. Tabelle A-S.28).

Um Unterschiede in der Qualifikation der Beschäftigten und damit näherungsweise des Humankapitals zwischen den Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt zu ermitteln, bieten sich im wesentlichen zwei Möglichkeiten:²⁰⁰

- Anhand des Schul- oder Berufsabschlusses kann etwas über die formale Qualifikation der Beschäftigten abgelesen werden. Damit wird allerdings nur näherungsweise etwas über den aktuellen Humankapitalbestand der Beschäftigten ausgesagt, da sie auf der einen Seite nach dem Ablegen des Schul- oder Berufsabschlusses weiteres Humankapital akkumuliert haben dürften, etwa während der Arbeit im Arbeitsprozess oder durch Fort- und Weiterbildung. Auf der anderen Seite ist allerdings allein aus dem berufsqualifizierenden Abschluss nicht erkennbar, welche Tätigkeit aktuell ausgeübt wird und ob diese dem Abschluss entsprechend ist. Dies dürfte in Ostdeutschland eine große Rolle spielen, da der Systemwechsel dazu geführt hat, dass formale Qualifikationen entwertet wurden. Indikatoren für die formale Qualifikation der Beschäftigten lassen sich aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit entnehmen, die den Schul- oder Berufsabschluss der Beschäftigten erfasst. Darüber hinaus können aus der Industriestatistik Informationen zur Zahl der Angestellten in einer Branche entnommen werden. Sie sagt etwas aus über das Ausmaß dispositiver Tätigkeiten im Vergleich zu Fertigungstätigkeiten in den Betrieben und versucht sich dadurch der Problematik „verlängerter Werkbänke“ zu nähern.
- Der durchschnittliche Verdienst je Arbeiterstunde gibt, ausgehend von der Überlegung, dass höher qualifizierte Arbeitskräfte eine höhere Entlohnung erhalten, ebenfalls Auskunft über das Qualifikationsniveau der regionalen Arbeiterschaft Sachsen-Anhalts. Für Ost-West-Vergleiche ist der Indikator wegen der branchenspezifischen Angleichungsstände der Löhne an das Westniveau allerdings nicht geeignet. Weiterhin steigt zwar in einigen Branchen auch mit der Dauer der Betriebszugehörigkeit oder dem Alter des Mitarbeiters der gezahlte Lohn, aber beides kann auch als ein Spiegelbild größerer Berufserfahrung und damit höheren Humankapitals aufgefasst werden.

Anhand der Daten für den 30.06.1999 lässt sich sowohl für den Bergbau als auch für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt eine *günstigere* Qualifikationsstruktur in Sachsen-

²⁰⁰ Eine weitere Möglichkeit wäre die Berechnung eines Arbeitskoeffizienten als Quotient aus der Bruttolohn- und -gehaltssumme in Relation zur Bruttowertschöpfung. Der Arbeitskoeffizient ist vor allem dann hinsichtlich einer Beurteilung der Zukunftsaussichten einer Branche relevant, wenn er als Indikator für Unterschiede im Arbeitseinsatz in Relation zum Produktionsergebnis und damit auch Produktivitäts- und Technologiestand verwendet werden soll (als Komplement zur Kapitalintensität, vgl. Seite 227). Da die Kostenstrukturstatistik des Statistischen Bundesamtes jedoch nicht nach Bundesländern differenziert publiziert wird, scheitert eine Berechnung der Bruttowertschöpfung an den fehlenden Daten. Unterschiede des Anteils der Bruttolohn- und -gehaltssumme am Umsatz (anstelle der Wertschöpfung) können durch zu viele Faktoren bedingt sein und bilden deshalb keinen geeigneten Maßstab für den Arbeitskoeffizienten.

Anhalt als in den alten Ländern ablesen (vgl. Abbildung S.8).²⁰¹ Im Bergbau war der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss in Sachsen-Anhalt mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland, im Verarbeitenden Gewerbe immerhin 1,2 Prozentpunkte höher (Sachsen-Anhalt: 8,7%, alte Länder: 7,5%). Im Bergbau war die Qualifikation in Sachsen-Anhalt auch höher als in den neuen Ländern insgesamt, im Verarbeitenden Gewerbe lag sie etwa auf dem ostdeutschen Durchschnittsniveau.

Differenziert man zwischen den einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes, dann fällt auf, dass in allen Branchen in den neuen Ländern ein höherer Anteil an Hochschulabsolventen arbeitete als in den alten Ländern (vgl. Abbildung S.8 und Tabelle A-S.30 im Anhang). Dies bestätigt tendenziell die oben geäußerte Vermutung, dass Verzerrungen zwischen der formalen Qualifikation und der ausgeübten Tätigkeit der Beschäftigten bestehen. Der Vergleich des Qualifikationsniveaus wird deshalb auf Sachsen-Anhalt und die neuen Länder insgesamt beschränkt. Sachsen-Anhalt weist in den meisten Branchen einen Anteil an Hochschulabsolventen auf, der etwa auf dem gleichen Niveau liegt wie in den neuen Ländern insgesamt. Höher als in Ostdeutschland war der Anteil der Hochschulabsolventen im sachsen-anhaltinischen Maschinenbau mit 16,9% (gegenüber 14,7% in den neuen Ländern). Niedrigere Qualifikationen als in den neuen und alten Ländern wiesen fünf Branchen in Sachsen-Anhalt auf: die Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung, die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, die Medizin- Mess-, Steuer- und Regelungstechnik und Optik, die Herstellung von Kraftwagen und das Papiergewerbe. In der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik ist der Anteil der Beschäftigten mit Hochschulabschluss in Sachsen-Anhalt mit nur 9,3% gegenüber 23,8% in den neuen Ländern besonders gering, ebenso wie in der Medizintechnik u. a. (Sachsen-Anhalt 7,1%, neue Länder 14,1%). Dies kann zum Teil auch ein Spiegelbild einer funktionalen Arbeitsteilung innerhalb von Mehrbetriebsunternehmen sein, bei dem höher qualifizierte Tätigkeiten etwa in Westdeutschland und Fertigungsaufgaben, für die nicht unbedingt ein Hochschulabschluss erforderlich ist, in Sachsen-Anhalt ausgeführt werden.

Im Zusammenhang mit ausländischen Direktinvestitionen, aber auch anderen Großinvestitionen, die zur Schaffung großer Produktionsstätten dienen, wurde der negativ besetzte Begriff der „verlängerten Werkbänke“ geprägt. Darunter werden gemeinhin abhängige Fertigungsstandorte mit wenigen dispositiven Funktionen verstanden. Sie dienen in konjunkturellen Boomphasen oder Wachstumsphasen zur Befriedigung einer hohen Nachfrage, in einer Rezession wird häufig die Produktion stark verringert oder sogar eingestellt. Wenn sich in einer Region derartige Produktionsstätten häufen oder einen großen Anteil an der Produktion in der Region ausmachen, dann erhöht sich die Anfälligkeit der Region

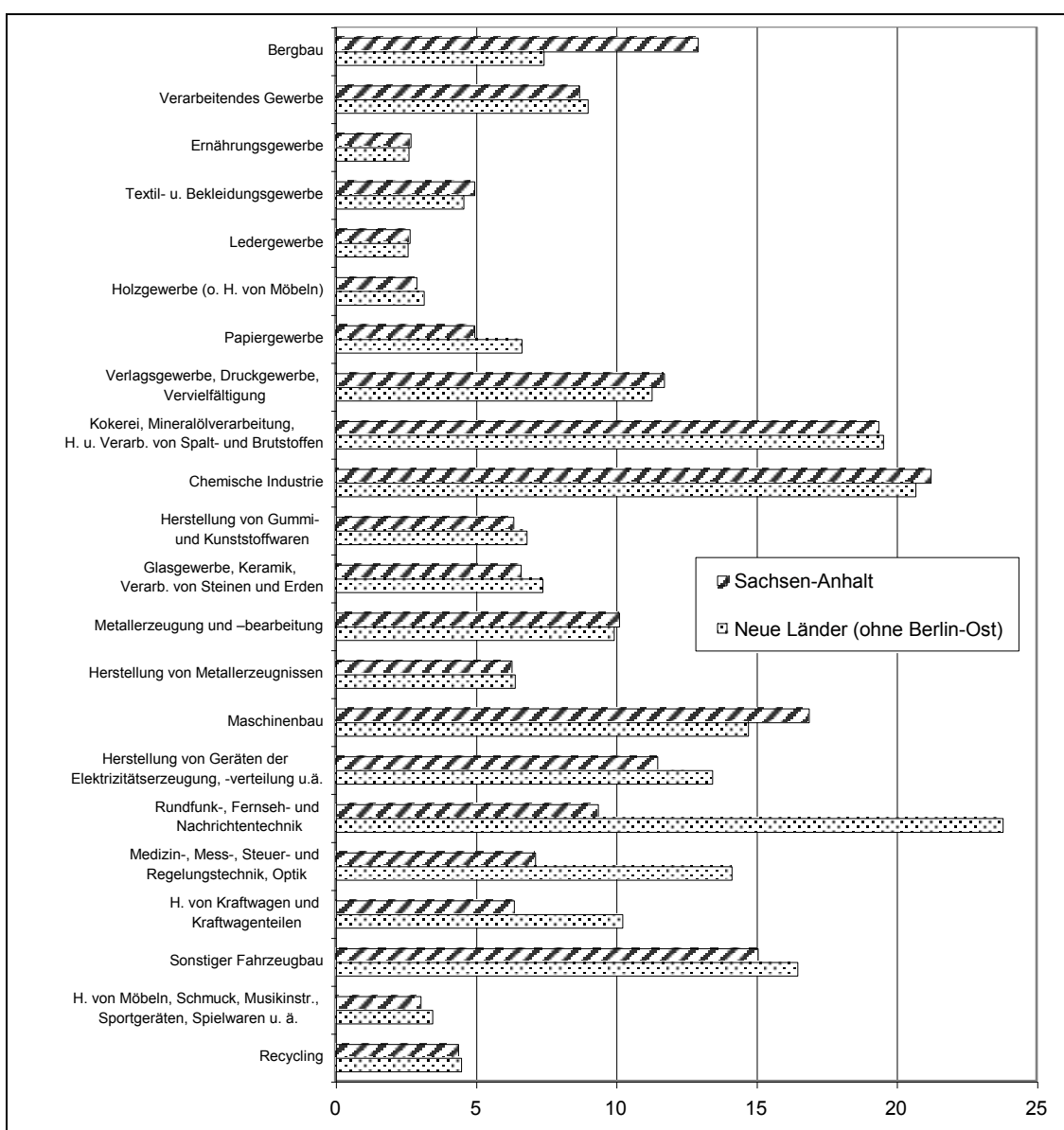
²⁰¹ Dies kann zum Teil auch eine Folge des hohen Beschäftigungsabbaus in Ostdeutschland sein, der zu einer Positivselektion und überproportionalen Entlassungen der weniger qualifizierten Beschäftigten geführt hat.

für Konjunkturkrisen. Außerdem ist auch der Einfluss der regionalen Politik auf verlängerte Werkbänke eher gering, da die Unternehmen, in denen die Entscheidungen über Erhalt oder Schließung der Produktionsstätte gefällt werden, außerhalb der Region ansässig sind.

Abbildung S.8:

Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss an allen Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern^a am 30. Juni 1999^b

- in % -



^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte; für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.30 im Anhang.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Freilich ist es nicht gerechtfertigt, jede Auslands- oder Großinvestition oder jeden Zweigbetrieb eines multinationalen Konzerns in einer Region automatisch als verlängerte Werkbank einzustufen, da dies sehr stark von der konkreten Situation, d. h. den Produkten, den in der Produktionsstätte wahrgenommenen Aufgaben und den Entscheidungsstrukturen im Unternehmen abhängt. Wenn man allerdings davon ausgeht, dass Arbeiter überwiegend im Produktionsprozess selbst tätig sind und Angestellte eher auch dispositive Tätigkeiten in der Verwaltung und in verschiedenen, der Produktion vor- oder nachgelagerten Funktionsbereichen eines Betriebs übernehmen (beispielsweise in Einkauf, Verkauf, FuE), dann gibt der Angestelltenanteil Aufschluss über den Umfang der dispositiven Tätigkeiten. Ist der Angestelltenanteil groß, dann dürften die Betriebe relativ viele dispositive Tätigkeiten ausführen und das Problem der „verlängerten Werkbänke“ mit seinen möglichen negativen Konsequenzen in Rezessionen oder Strukturkrisen eher gering sein. Freilich ist dies nur ein sehr grober Indikator, da viele Tätigkeiten von Arbeitern und Angestellten gleichermaßen ausgeführt werden.

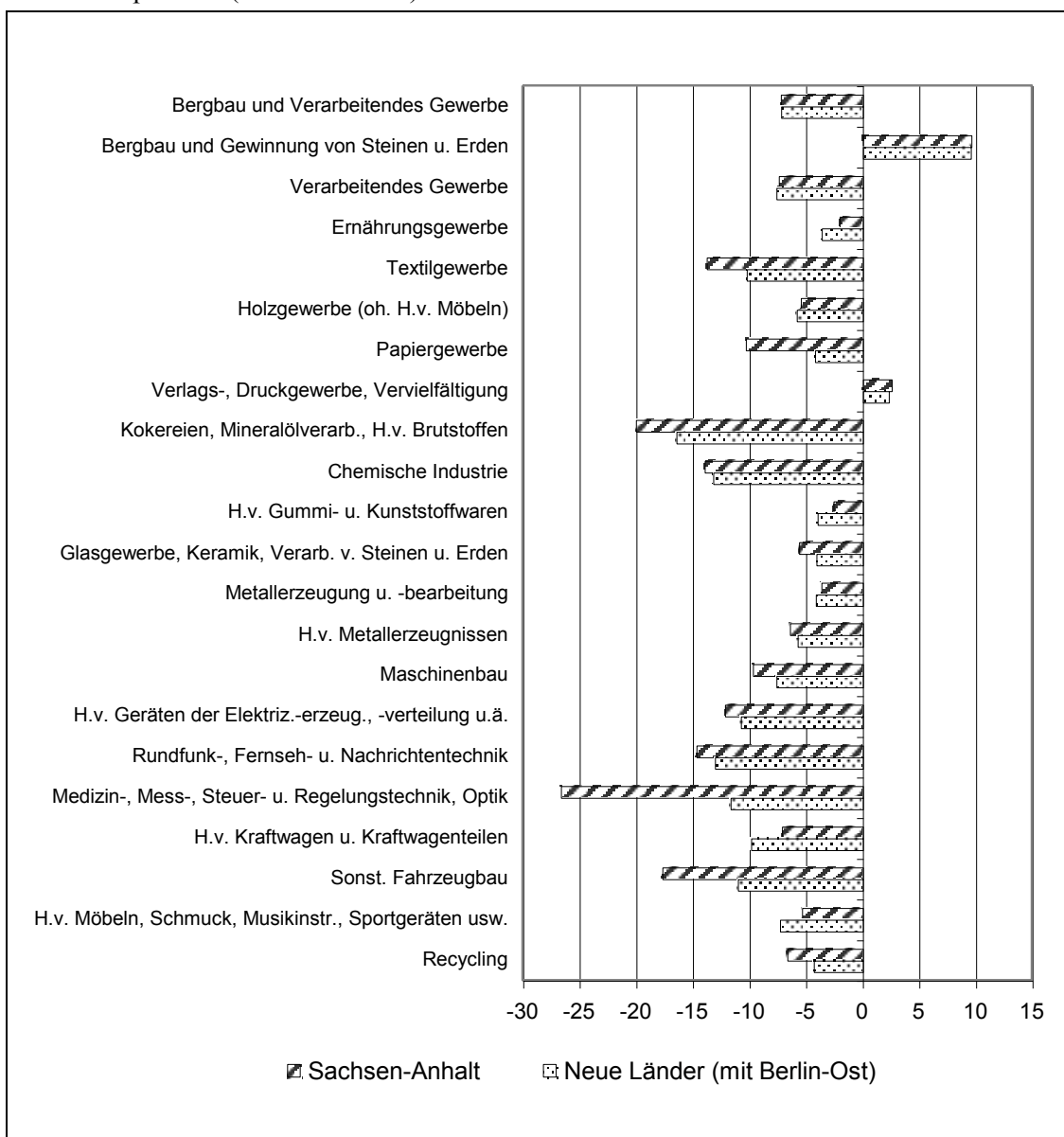
Der Anteil der Angestellten an den Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe betrug in Sachsen-Anhalt 1999 rund 30% und war damit um 7 Prozentpunkte niedriger als in den alten Ländern, die Werte der neuen Länder lagen auf dem Niveau Sachsens-Anhalts. Im Bergbau sowie dem Verlags- und Druckgewerbe weisen Sachsen-Anhalt und die neuen Länder insgesamt im Vergleich zu den alten Ländern überproportionale Angestelltenanteile und damit eine größere Präsenz dispositiver Tätigkeiten auf (vgl. Abbildung S.9). Besonders klein ist der Angestelltenanteil in Sachsen-Anhalt in der Medizin-, Messtechnik et al., im sonstigen Fahrzeugbau und in der Mineralölverarbeitung, wo die Angestelltenanteile in Sachsen-Anhalt deutlich unter den Anteilen in den alten Bundesländern und auch unter den Anteilen in den ostdeutschen Ländern insgesamt liegen. Letzteres gilt auch im Papiergewerbe.

Eine weitere Möglichkeit zur Erfassung des Qualifikationsniveaus bieten die Löhne, die wenigstens teilweise auch qualifikationsabhängig sind. Aufgrund der systematischen Unterschiede zwischen Löhnen in Ost- und Westdeutschland wird Sachsen-Anhalt lediglich mit den neuen Ländern insgesamt verglichen. Die Stundenlöhne in der Industrie, gemessen am Indikator der Bruttoverdienste je bezahlter Arbeiterstunde, lagen im Oktober 1999 in Sachsen-Anhalt in etwa gleichauf mit den anderen ostdeutschen Ländern bei knapp 20 DM oder etwa 70% des Westniveaus (vgl. Abbildung S.10). Die Spannweite der Bruttoverdienste je bezahlter Arbeiterstunde reichte in Sachsen-Anhalt von rund 11 DM im Ledergewerbe bis zu nahezu 27 DM im Verlags- und Druckgewerbe. Vergleicht man die sachsen-anhaltinischen Betriebe mit den Betrieben aller ostdeutschen Länder, dann waren die Verdienste in keiner Branche besonders weit über dem ostdeutschen Wert, allerdings in drei Branchen deutlich darunter: bei der Herstellung von Kraftwagen, der Medizin-, Messtechnik et al. und der Mineralölverarbeitung, um jeweils mehr als 10%.

Abbildung S.9:

Unterschiede des Anteils der Angestellten an den Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen^a in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern^b im Vergleich zu den alten Ländern^c 1999

- in Prozentpunkten (alte Länder = 0) -

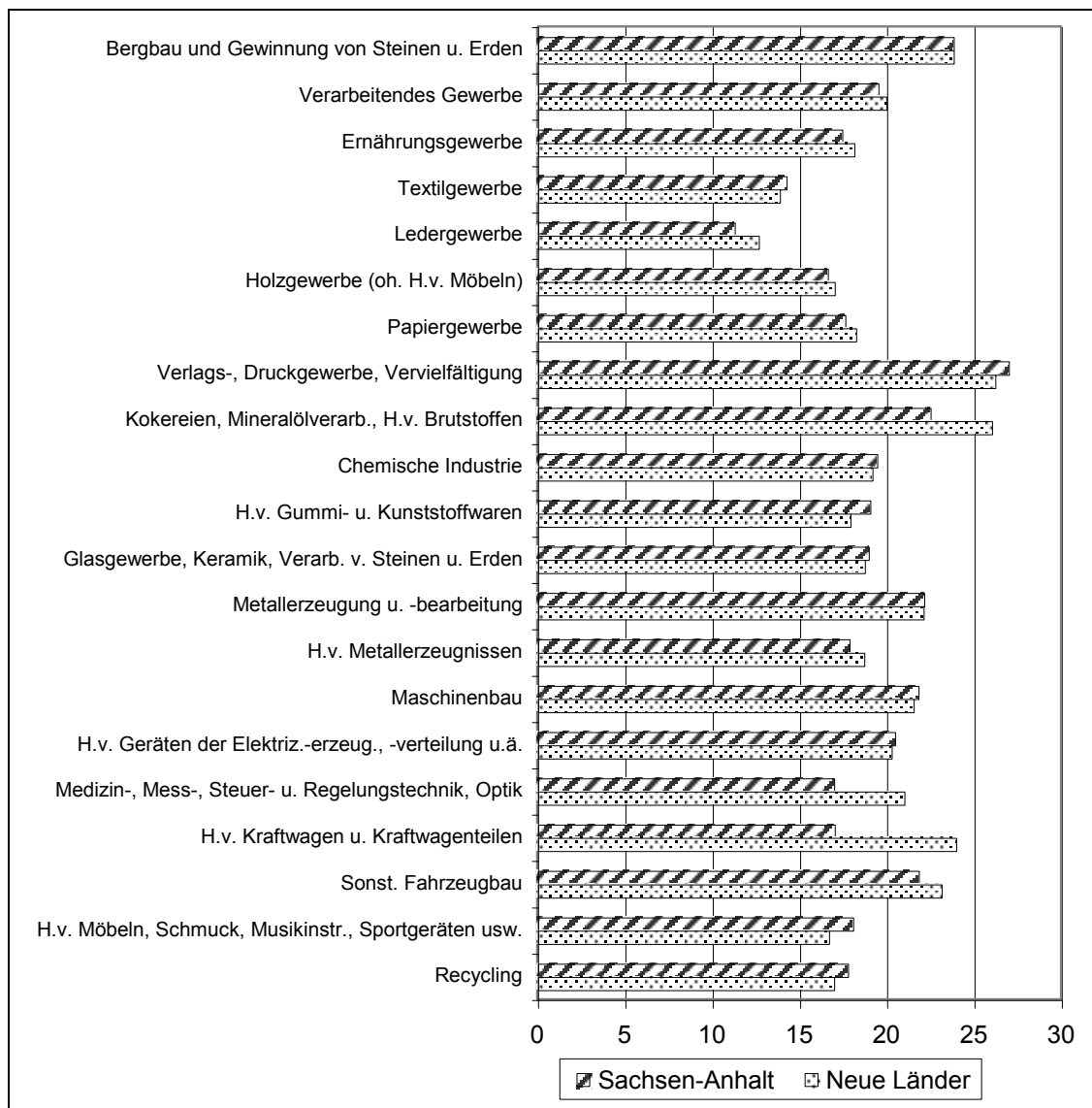


^a Nur Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.29 im Anhang. – ^b Einschließlich Berlin-Ost. – ^c Einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Abbildung S.10:

Bruttoverdienste je bezahlter Arbeiterstunde der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt und neuen Ländern im Oktober 1999^a
- in DM -



^a Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.31 im Anhang. Neue Länder einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

b) Sachkapital im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Die Analyse des Sachkapitaleinsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts nach Branchen kann auf zwei Datenquellen zurückgreifen:

- die Industriestatistik des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalts und des Statistischen Bundesamtes und

- die Förderstatistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) vom Bundesamt für Wirtschaft.

Beide Statistiken sind mit gewissen Vorbehalten zu versehen (vgl. Abschnitt 3.2.2), können aber in der Zusammenschau einen ausreichenden Überblick über die Investitionsströme und Hinweise auf den Sachkapitalstock in Sachsen-Anhalts Industrie geben. Freilich fehlen Informationen zum Sachkapitalstock im Basisjahr 1990 und zu den Abschreibungen. Neuere Untersuchungen des IWH haben allerdings ergeben, dass zu Jahresanfang 1999 nur ungefähr 20% des ostdeutschen Bruttoanlagevermögens vor 1991 geschaffen worden war, also Altanlagen darstellt.²⁰² Dies dürfte im Verarbeitenden Gewerbe nicht grundlegend anders sein.

Für Sachsen-Anhalt weist die GRW-Statistik Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe von rund 3,8 Mrd. DM pro Jahr im Zeitraum 1990-1999 aus, die Industriestatistik rund 4,1 Mrd. DM pro Jahr im Zeitraum 1995-1998. Die Unterschiede von knapp 10% bei der Investitionssumme können durch die unterschiedlichen Erfassungszeiträume, durch die systematischen Unterschiede der erfassten Investitionen und durch Lücken bei der Datenausweisung, die durch die Geheimhaltung bedingt sind, verursacht werden. Ähnlich wie anhand der Umsatzdaten (vgl. Tabelle S.5) lässt sich auch anhand der Investitionsdaten eine Dominanz einzelner Branchen in Sachsen-Anhalts Bergbau und Verarbeitendem Gewerbe ermitteln. Die bedeutendste Branche im industriellen Investitionsgeschehen Sachsens-Anhalts war nach beiden Statistiken die chemische Industrie, die nahezu 30% der Investitionen getätigt hat (vgl. Tabelle S.7). In sie wurde im Bundesland im Vergleich zu den neuen und alten Ländern überdurchschnittlich viel investiert. In der Industriestatistik liegt die Mineralölverarbeitung mit rund 20% an zweiter Stelle, in der GRW-Statistik ist diese Branche aus Geheimhaltungsgründen nicht ausgewiesen. Hinsichtlich des Investitionsanteils liegen das Ernährungsgewerbe und das Glasgewerbe an zweiter und dritter Stelle der GRW-Statistik und – in umgekehrter Reihenfolge – an dritter und vierter Stelle der Industriestatistik. In beiden Branchen wurde im Vergleich zu Ost- und Westdeutschland überdurchschnittlich viel investiert. Die Bedeutung des Papiergewerbes in Sachsen-Anhalt wird offenbar nach der Industriestatistik unterzeichnet, die GRW-Statistik weist hier Investitionen von rund 326 Mio. DM p.a. (1990-1999) aus, während es bei der Industriestatistik lediglich rund 30 Mio. DM p.a. (1995-1998) waren. Deutlich geringere Bedeutung in Sachsen-Anhalt als in West- und Ostdeutschland hatten nach beiden Statistiken Investitionen in den Branchen Herstellung von Kraftwagen, Maschinenbau, Herstellung von Metallerzeugnissen sowie in praktisch allen Branchen, die der Elektronik und Elektrotechnik zuzuordnen sind.

²⁰² Vgl. RAGNITZ, J.: Kapitalausstattung ostdeutscher Arbeitsplätze: Rückstand nicht überbewerten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2000, 6. Jg., S. 255.

Tabelle S.7:

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern^a

- in % der Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe -

	Branchen	Investitionen der Industriestatistik 1995-98 (arithmet. Mittel) ^b			Investitionen der GRW-Statistik 1990-99 (arithmet. Mittel) ^d		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^c	Alte Länder ^c	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^e	Alte Länder
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gew.	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	6,3	5,7	2,8	.	.	.
14	Gewinnung von Steine und Erden	.	.	.	0,1	0,3	.
D	Verarbeitendes Gewerbe	93,7	94,3	97,2	99,9	99,9	99,9
DA	Ernährungsgew. u. Tabakv.	.	9,7	9,6	.	10,2	.
15	Ernährungsgewerbe	9,0	7,8	8,7	14,4	10,2	8,8
16	Tabakverarbeitung	.	0,0	0,3	.	0,0	.
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	.	2,4	1,6	0,0	2,5	1,9
17	Textilgewerbe	.	2,3	1,3	0,0	2,2	1,7
18	Bekleidungsgewerbe	0,0	0,2	0,4	.	0,3	0,3
DC	Ledergewerbe	0,0	0,1	0,2	0,0	0,1	0,1
DD	Holzgewerbe (o. H. v. Möbeln)	0,5	2,3	1,6	3,9	4,4	4,1
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	1,7	4,5	6,7	11,2	8,8	8,5
21	Papiergewerbe	0,7	2,0	3,0	8,4	5,0	3,6
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	1,0	2,5	3,7	2,8	3,7	4,9
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen	20,9	6,3	1,1	.	0,4	.
DG	Chemische Industrie	29,4	14,7	13,3	28,4	12,1	9,8
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1,6	3,2	5,4	5,0	5,5	11,4
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	13,3	10,7	4,7	13,8	11,3	6,6
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	8,8	11,1	11,0	11,9	12,9	14,5
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	6,3	6,6	4,6	5,0	4,2	3,3
28	H. v. Metallerzeugnissen	2,5	4,5	6,4	7,0	8,7	11,2
DK	Maschinenbau	2,9	5,8	9,5	4,9	7,3	13,5
DL	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	1,1	9,0	11,2	1,7	10,0	9,7
30	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen	0,0	0,2	0,7	0,0	0,3	0,3
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	0,8	2,3	5,2	1,1	2,4	3,4
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	0,1	5,4	3,1	0,1	5,6	3,1
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	0,3	1,1	2,1	0,5	1,7	2,9

Fortsetzung Tabelle S.7:

	Branchen	Investitionen der Industriestatistik 1995-98 (arithmet. Mittel) ^b			Investitionen der GRW-Statistik 1990-99 (arithmet. Mittel) ^d		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^c	Alte Länder ^c	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^e	Alte Länder
DM	Fahrzeugbau	2,1	9,4	19,6	2,5	10,2	6,5
34	H. v. Kraftwagen u. -teilen	0,8	4,5	18,3	0,9	3,2	1,5
35	sonst. Fahrzeugbau	1,3	5,1	1,3	1,6	7,0	5,0
DN	H. v. Möbeln usw., Recycling	1,6	2,1	2,1	2,1	3,9	4,6
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	1,0	1,6	2,0	1,1	2,0	3,3
37	Recycling	0,6	0,5	0,1	1,0	1,9	1,3
	<i>Nachrichtlich:</i> Investitionen im BVG in Mio. DM	4.139,5	15.100,1	77.276,4	3.816,0	17.232,8	4.226,3

^a Zu den Investitionsdaten siehe Tabelle A-S.32 im Anhang. – ^b Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^c Aufgrund einer Veränderung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, enthalten die Angaben für die neuen Länder, aus denen der Mittelwert 1995-98 berechnet wurde, nur von 1995-97 Berlin-Ost. 1998 wurde Berlin komplett den alten Ländern zugeordnet. – ^d Investitionen aus der Bewilligungsstatistik des Bundesamtes für Wirtschaft. – ^e Mit Berlin-Ost.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Anhand der Anteile der einzelnen Branchen am Investitionsgeschehen ist es nicht möglich, den Neuaufbau des Sachkapitalstocks in Sachsen-Anhalt zu bewerten. Sachsen-Anhalt verfügt wie jede andere Region über bestimmte Investitionsschwerpunkte, die aus den vorhandenen Branchenstrukturen und aus zwischen den Branchen differenzierten Standortvorteilen resultieren. Zwar ist jede Investition, insofern als sie das Produktionspotenzial erhält oder erweitert, positiv zu bewerten, eine „Normstruktur“ der Branchenanteile gibt es aber nicht. Zur Bewertung der Investitionen wurde ein Quotient aus den Investitionen und den Beschäftigten gebildet (= Investitionsintensität), welcher der Kapitalintensität (Sachkapital pro Beschäftigtem) ähnlich ist und hier als Indikator für diese verwendet werden soll. Aufgrund des Kapitalstockdefizits in Ostdeutschland Mitte der 90er Jahre und da eine höhere Kapitalintensität ein Ausdruck moderner Technologien und höherer Produktivität sein kann, wird eine höhere Investitionsintensität nachfolgend als positiv gewertet (vgl. Abschnitt 2.3.2). Allerdings lässt sich die Investitionsintensität für die Industriebranchen nur für die Jahre 1996 bis 1998 berechnen, da für ältere Jahre keine vergleichbaren Daten vorliegen.

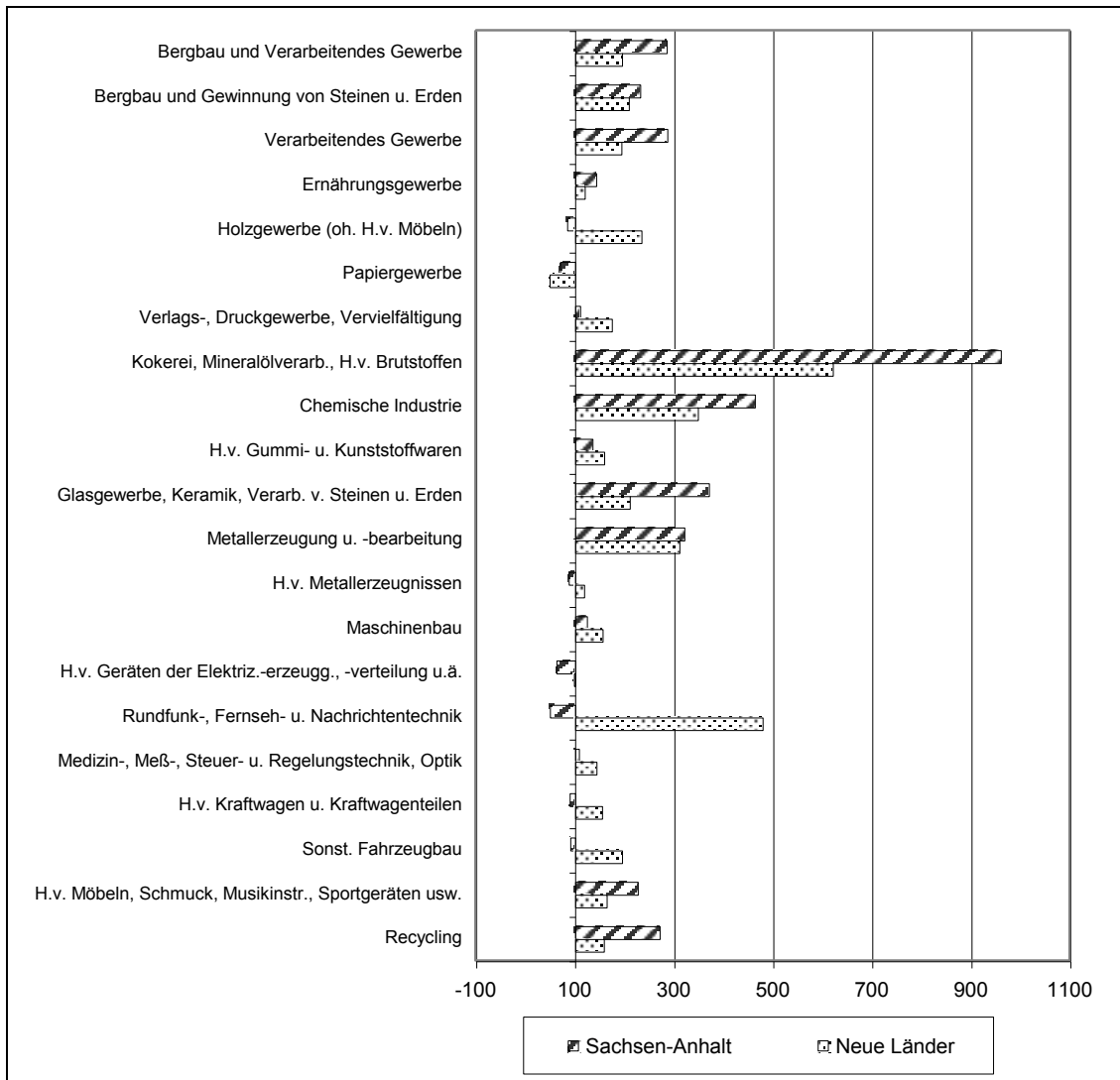
In Sachsen-Anhalt wurde im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1996-98 die Kapitalintensität deutlich stärker erhöht als in den neuen Ländern insgesamt und als in den alten Ländern: Pro Beschäftigten wurden 38.100 DM investiert, gegenüber 26.000 in den neuen Ländern insgesamt und 13.400 in den alten Ländern. Dies spiegelt sich in einer Reihe von Branchen – Mineralölverarbeitung, Chemische Industrie, Glasgewerbe, Ernährungsgewerbe, Herstellung von Möbeln, Schmuck etc., Bergbau – wider.

Sie haben in Sachsen-Anhalt mehr als im ostdeutschen Gesamttraum investiert (pro Beschäftigten), die Kapitalintensität erhöht und mithin die Wettbewerbsfähigkeit verbessert. Dagegen war die Investitionsintensität in den Branchen Papiergewerbe, Holzgewerbe, Herstellung von Metallerezeugnissen, Rundfunktechnik, Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik niedriger als in Westdeutschland (vgl. Abbildung S.11). In den Branchen Elektro-

Abbildung S.11:

Investitionen in Relation zu den Beschäftigten der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen^a in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern^b 1996-1998 (arithmet. Mittel)

- Alte Bundesländer = 100 -



^a Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.33 im Anhang. – ^b Aufgrund einer Veränderung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, enthalten die Angaben für die neuen Länder, aus denen der Mittelwert 1995-1998 berechnet wurde, nur von 1996-1997 Berlin-Ost. 1998 wurde Berlin komplett den alten Ländern zugeordnet.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

technik, Rundfunktechnik etc. und Fahrzeugbau dürfte sich zwischen 1996 und 1998 der Entwicklungs- und Technologierückstand des Kapitalstocks der sachsen-anhaltinischen Betriebe gegenüber westdeutschen Betrieben tendenziell vergrößert haben. Der Maschinenbau wies zwar eine etwas über dem westdeutschen Wert liegende Investitionsintensität von knapp 10.000 DM pro annum und pro Beschäftigten auf (alte Länder: 8.000 DM), sie lag aber unter der der neuen Länder (12.400 DM p. a.) und kann somit nicht zufrieden stellen.²⁰³ Im Papiergewerbe könnte die niedrige Investitionsintensität in ganz Ostdeutschland wie auch in Sachsen-Anhalt auf eine hohe Investitionstätigkeit zwischen 1992 und 1994 sowie auf eine Unterschätzung der Investitionen durch die Industriestatistik zurückzuführen sein,²⁰⁴ die Investitionen (noch) nicht meldepflichtiger Betriebe nicht erfasst. Ähnlich könnte dies für das Holzgewerbe und die Herstellung von Metallernzeugnissen gelten.²⁰⁵ Auch im Verlags- und Druckgewerbe, in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, in der Metallernzeugung und im Recycling sind die Investitionsintensitäten schwierig zu interpretieren, da sich die Investitionsdaten der beiden verfügbaren Statistiken stark unterscheiden (vgl. Tabelle A-S.32 im Anhang).

Als weiterer Indikator zur Bewertung der Investitionen in den Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes wird berechnet, welchen Anteil Investitionen in Maschinen, maschinelle Anlagen und Betriebs- und Geschäftsausstattung (im folgenden kurz: Ausrüstungsinvestitionen) an den gesamten Investitionen hatten. Je höher dieser Anteil ist, desto günstiger ist die Investitionstätigkeit einzuschätzen, da neue Maschinen und Anlagen neues technisches Wissen enthalten und positive Externalitäten haben können und dadurch die Produktivität der Unternehmen stärker steigern als neue Bauten und Grundstücke. Zwar können natürlich auch Bauinvestitionen die Produktivität steigern oder einen Ausdruck von Kapazitätserweiterungen und damit Wachstum darstellen, die Transformationssituation der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft spricht aber für stärkere Wachstumseffekte von Ausrüstungsinvestitionen in der zweiten Hälfte der 90er Jahre (vgl. dazu ausführlicher Abschnitt 2.3.2).

²⁰³ Damit wird an die schon in der ersten Hälfte der 90er Jahre unzureichende Investitionstätigkeit angeknüpft, vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 130.

²⁰⁴ Das ifo Dresden weist auf der Basis des Ifo-Investitionstests für 1992 Investitionen von rund 660 Mio. DM und für 1993 und 1994 von knapp 1 Mrd. DM in den Branchen Papier- und Pappeerzeugung und -verarbeitung in Ostdeutschland aus, während in den Folgejahren 1995-1998 lediglich 240-340 Mio. DM zu Buche standen, vgl. JÄCKEL, P.: Erneuter Rückgang der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe „Ost“ – nach Abschluss von Großprojekten, in: ifo Dresden berichtet, 2/2000 (7. Jg.), S. 21.

²⁰⁵ Im Holzgewerbe betragen die Investitionen in Sachsen-Anhalt laut GRW-Statistik rd. 148 Mio. DM p. a., laut Industriestatistik rd. 19 Mio. DM p. a., in der Herstellung von Metallernzeugnissen laut GRW-Statistik rd. 266 Mio. DM p. a., laut Industriestatistik rd. 102 Mio. DM p. a. (vgl. Tabelle A.6.2)

Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt ist in den alten Ländern deutlich (rund 10%) höher als in den neuen Ländern insgesamt. Sachsen-Anhalt hebt sich dabei durch einen überdurchschnittlichen Anteil der Ausrüstungsinvestitionen (83,5%) von den neuen Ländern insgesamt ab (vgl. Tabelle A-S.34). Die Hauptursache hierfür ist in der hohen Bedeutung der Mineralölverarbeitung in Sachsen-Anhalt zu suchen, da in dieser Branche der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen deutlich höher als in den alten Ländern ist.²⁰⁶ Im einzelnen war in fünf weiteren Branchen (Bergbau, Papier- und Verlagsgewerbe, Maschinenbau,²⁰⁷ Herstellung von Kraftwagen, sonstiger Fahrzeugbau), der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen in Sachsen-Anhalt höher als in den neuen Ländern insgesamt (vgl. Abbildung S.12). In weiteren vier Branchen war er in etwa gleich hoch und in zehn Branchen war er niedriger. Vor allem das Ledergewerbe, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und die Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik und Optik fallen durch sehr niedrige Anteile der Ausrüstungsinvestitionen an den gesamten Sachinvestitionen ihrer Branche in Sachsen-Anhalt auf. Auffällig ist darüber hinaus, dass die unterdurchschnittlichen Anteile bei den Ausrüstungsinvestitionen – im Vergleich zu alten und neuen Ländern – in der Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung und der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, mit einer relativ niedrigen Investitionsintensität einhergehen (vgl. Abbildung S.11).

c) Technisches Wissen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Ähnlich wie beim vorstehend behandelten Human- und Sachkapital bestehen auch bei einer Analyse des Bestandes an technischem Wissen in den Branchen Sachsens-Anhalts Beschränkungen hinsichtlich der Verfügbarkeit statistischer Daten. Immerhin lässt die im Abschnitt 3.2.3 bereits zitierte Statistik der Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband zu Forschung und Entwicklung (FuE) in der Wirtschaft, die zur Zeit mit aktuellstem Stand für das Jahr 1997 verfügbar ist, Aussagen über den Input an FuE-Personal und internen FuE-Aufwendungen in den einzelnen Branchen Sachsens-Anhalts im Vergleich zu den anderen neuen Ländern und zu Deutschland insgesamt zu.²⁰⁸

²⁰⁶ Der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern insgesamt entsprechen sich, was dadurch bedingt ist, dass über 90% der ostdeutschen Investitionen in dieser Branche in Sachsen-Anhalt vorgenommen wurden

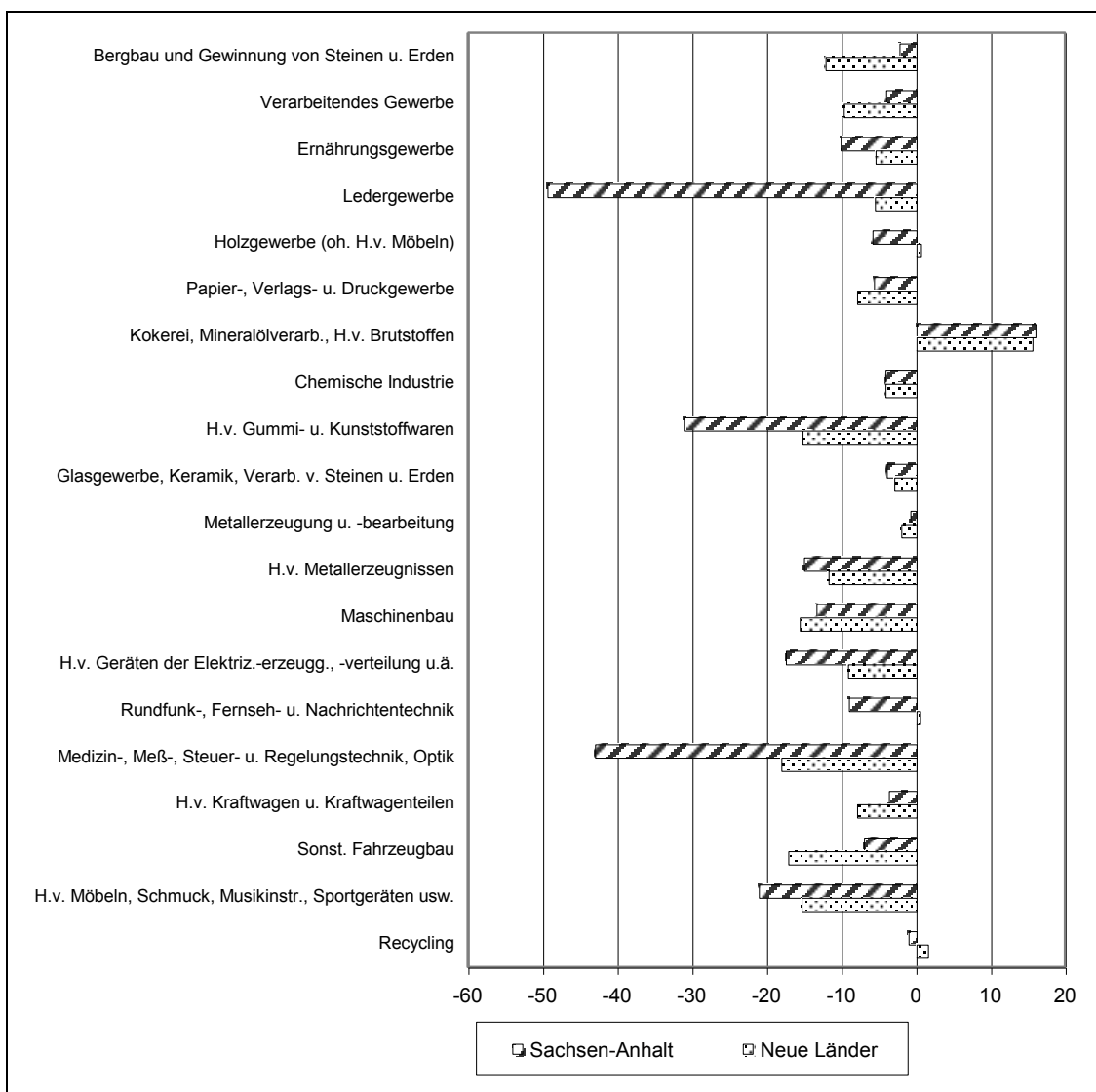
²⁰⁷ Für den Maschinenbau zeigen auch einzelwirtschaftliche Untersuchungen, dass im Jahr 1997 der Einsatz moderner Ausrüstungsgüter (Computer Aided Design, rechnergestützte Materialwirtschaft, CNC-Maschinen, Computer Integrated Manufacturing etc.) nur unwesentlich geringer war als in den anderen neuen und alten Ländern, vgl. KINKEL, S.; DREHER, C., a. a. O., S. 16-23.

²⁰⁸ Der Stifterverband ermittelt das in Forschung und Entwicklung tätige Personal und die internen Aufwendungen für FuE – also Personalkosten, laufende Sachausgaben, Investitionen, jedoch nicht die Kosten von Forschungsaufträgen an externe Bearbeiter.

Abbildung S.12:

Ausrüstungsinvestitionen in Relation zu den Gesamtinvestitionen der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen^a in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern^b 1995-1998 (arithmet. Mittel)

- Alte Länder = 0 -



^a Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.34 im Anhang. – ^b Aufgrund einer Veränderung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, enthalten die Angaben für die neuen Länder, aus denen der Mittelwert 1995-1998 berechnet wurde, nur von 1995-1997 Berlin-Ost. 1998 wurde Berlin komplett den alten Ländern zugeordnet.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt – zum Bergbau liegen keine Informationen vor – hatte Sachsen-Anhalt 1997 rund 2.200 FuE-Beschäftigte in Unternehmen und damit in etwa so viele wie Brandenburg und deutlich weniger als Sachsen und Thüringen (vgl. Tabelle A-S.35). Die meisten FuE-Beschäftigten waren den Branchen chemische In-

dustrie und Maschinenbau zuzuordnen, jeweils über 600 und damit mehr als die Hälfte aller FuE-Beschäftigten in sachsen-anhaltinischen Forschungsstätten von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes. Bezieht man das FuE-Personal auf die Beschäftigten der Betriebe der Industriestatistik, um die Forschungsintensität der Branchen abzubilden, dann erscheinen die beiden eben genannten Branchen sowie die Branche Kokerei, Mineralölverarbeitung und Herstellung von Brutstoffen als die forschungsintensivsten Branchen in Sachsen-Anhalt (vgl. Tabelle S.8). Im Vergleich der Bundesländer fällt auf, dass Sachsen und Thüringen im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt höhere Forschungsintensitäten als Sachsen-Anhalt und die anderen ostdeutschen Länder aufwiesen. Allerdings überschritt Sachsen-Anhalt auch in einigen Branchen das gesamtdeutsche Niveau, augenfällig ist dies vor allem in der Mineralölverarbeitung und im Maschinenbau.²⁰⁹ Trotz der angesprochenen hohen Forschungskapazitäten ist die Forschungsintensität in Sachsen-Anhalts chemischer Industrie nur etwas mehr als halb so groß wie im deutschen Durchschnitt. Möglicherweise wird dies aber auch dadurch bedingt, dass Forschungskapazitäten des petrochemischen Stoffverbundes der Mineralölverarbeitung und nicht der chemischen Industrie zugeordnet werden. Als äußerst wenig forschungsintensiv im Vergleich zu Gesamtdeutschland ist der sachsen-anhaltinische Fahrzeugbau zu charakterisieren, dies gilt jedoch auch für die Bundesländer Sachsen und Thüringen, in denen umfangreiche Produktionsstätten im Straßenfahrzeugbau neu aufgebaut wurden; der ostdeutsche Fahrzeugbau hat lediglich im Land Brandenburg eine nennenswerte Forschungsintensität.

Die Stellung Sachsen-Anhalts gegenüber den anderen Bundesländern unterscheidet sich nur unwesentlich bei einer Betrachtung der internen FuE-Aufwendungen anstelle des FuE-Personals, nicht zuletzt da die vom Personalbestand abhängenden Personalkosten einen erheblichen Teil des internen FuE-Aufwandes ausmachen. Auf eine gesonderte Darstellung der internen FuE-Aufwendungen wurde deshalb hier verzichtet (zu den Daten siehe Tabellen A-S.36 und A-S.37).

Der niedrigere Besatz mit FuE-Personal im sachsen-anhaltinischen Verarbeitenden Gewerbe ist eine Folge des starken Rückgangs in früheren Jahren. Leider lässt sich dies nicht in derselben Branchengliederung nachvollziehen, da auch bei der Wissenschafts-

²⁰⁹ Eine Analyse des Fraunhoferinstitutes für Systemtechnik und Innovationsforschung (FhG-ISI), die im Jahr 1997 22 Maschinenbaubetriebe zu ihren FuE-Ausgaben und FuE-Personal befragte, kommt zu anderen Ergebnissen hinsichtlich der Forschungsintensität. Dort werden zwar im Vergleich zu den Zahlen des Stifterverbandes höhere absolute FuE-Personalquoten (Sachsen-Anhalt: 11%, neue Länder insgesamt: 11%; alte Länder: 13%) und FuE-Ausgabenquoten (Sachsen-Anhalt: 4%; neue Länder: 7%; alte Länder: 6%) angegeben, allerdings schneidet der sachsen-anhaltinische Maschinenbau etwas ungünstiger als in den neuen Ländern insgesamt und als in den alten Ländern ab (vgl. KINKEL, S.; DREHER, C.: Produktionsstrukturen in der Investitionsgüterindustrie Sachsen-Anhalts – ein Vergleich mit alten und neuen Bundesländern, a. a. O., S. 29-30). Die abweichenden FuE-Daten des FhG-ISI könnten darauf zurückzuführen sein, dass lediglich die Daten für Betriebe mit „mechanischen Fertigungsaufgaben“ dargestellt wurden und dass die Fallzahl sehr klein ist; außerdem ist der Maschinenbau nach einer anderen fachlichen Gliederung abgegrenzt (SYPRO und nicht WZ93).

statistik eine Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige des Jahres 1993 (WZ 93) vorgenommen wurde. Lediglich für den Zeitraum 1991 bis 1995 und in der Aufgliederung nach der SYPRO können Veränderungsdaten berechnet werden. Sachsen-Anhalt hat in diesem Zeitraum mit deutlichem Abstand am meisten FuE-Personal in den Forschungsstätten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes verloren, nämlich nahezu 60% (vgl. Tabelle A-S.38). Besonders groß waren die Verluste im Leder-, Textil- und Bekleidungsindustrie sowie in der Branche chemische Industrie, Mineralölverarbeitung.

Tabelle S.8:

FuE-Personal in den Forschungsstätten im Verhältnis zu den Beschäftigten in den Betrieben nach Branchen des Verarbeitenden Gewerbes^a und Bundesländern 1997

- in % -

WZ 93	Branchen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
C,D	Verarbeitendes Gewerbe	2,27	2,87	.	4,88	3,84	4,27
DA	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung ^b	0,12	0,75	.	0,62	.	0,49
DD, DE	Holz-, Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	0,23	0,25	.	0,77	1,19	0,25
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen	4,52	3,19
DG	chemische Industrie	5,01	3,27	5,34	7,53	8,74	9,44
DH	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2,12	0,94	.	2,97	2,20	1,39
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	0,54	.	0,54	1,32	2,23	1,08
DJ	Metallerzeugung und -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	1,10	.	1,37	2,35	1,84	0,93
DK	Maschinenbau	5,69	4,03	4,41	9,46	7,91	3,96
DL	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen, Elektrotechnik usw. ^b	4,08	.	.	12,77	7,84	8,36
DM	Fahrzeugbau	2,54	6,71	0,66	3,07	2,33	9,59
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	1,33	3,00	2,12	.	.	0,92

^a FuE-Personal in Forschungsstätten aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einer Stichprobe der kleineren Unternehmen, Beschäftigte der Betriebe aus der Industriestatistik. – ^b Für Sachsen-Anhalt ohne Tabakverarbeitung bzw. ohne DV-Geräte und -einrichtungen im Nenner (bei den Beschäftigten der Betriebe der Industriestatistik), d. h. tendenziell wird die FuE-Personalquote hier überschätzt.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

d) Unternehmensstrukturen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Neben den Faktoren Humankapital, Sachkapital und technisches Wissen sollen als weitere Faktoren ausgewählte strukturelle Merkmale der Unternehmen und Betriebe betrachtet werden, von denen besondere Effekte auf die Entwicklung der sachsen-anhaltischen Industriebranchen erwartet werden können. Es handelt sich dabei um folgende Strukturmerkmale:

- der Grad, in dem in den Branchen unternehmerische Initiative ergriffen wird,
- der Umfang der Verflechtungen über die Regionsgrenzen, der auf der Branchenebene nur sehr eingeschränkt und exemplarisch für die Auslandsinvestitionen untersucht werden kann,
- die Betriebsgröße.

Unternehmerische Initiative: Unter dem Faktor der unternehmerischen Initiative wird versucht, die Bereitschaft zu unternehmerischer Tätigkeit und Risiko in Sachsen-Anhalt abzubilden. Dazu wird, wie schon an anderer Stelle (vgl. Abschnitte 3.2.5.1 und 3.3.1), der Indikator der Nettogewerbeanmeldungen herangezogen. Außerdem liegen nach Branchen und Ländern differenzierte Informationen zu den Förderanträgen vor, die die Unternehmen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau gestellt haben.

Im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens-Anhalts – für den Bergbau liegen keine Angaben vor – wurden 1999 862 Gewerbeanmeldungen und 922 Gewerbeabmeldungen vorgenommen, woraus sich ein Rückgang von 60 (= Nettogewerbeanmeldungen) Gewerbebetrieben errechnet. Bezogen auf 1 Mio. Einwohner waren dies 1999 -22,4 Nettogewerbeanmeldungen (vgl. Tabelle A-S.42). Im Gegensatz dazu hatten die neuen Länder insgesamt einen Zuwachs von 21,0 Gewerbebetrieben pro 1 Mio. Einwohner. Beim Vergleich nach Branchen ist das Bild für Sachsen-Anhalt nicht sehr günstig (vgl. Abbildung S.13). Das Land wies eine steigende Zahl an Gewerbebetrieben in der chemischen Industrie, im Maschinenbau, der Herstellung von Kraftwagen, der Medizintechnik etc. und im Glasgewerbe auf. In einigen Branchen ging die Zahl der Gewerbebetriebe zurück, besonders stark im Ernährungsgewerbe und der Branche Herstellung von Möbeln, Schmuck u. a. In den meisten Branchen war die Anzahl der Nettogewerbeanmeldungen pro 1 Mio. Einwohner aber niedriger als in den neuen Ländern insgesamt.

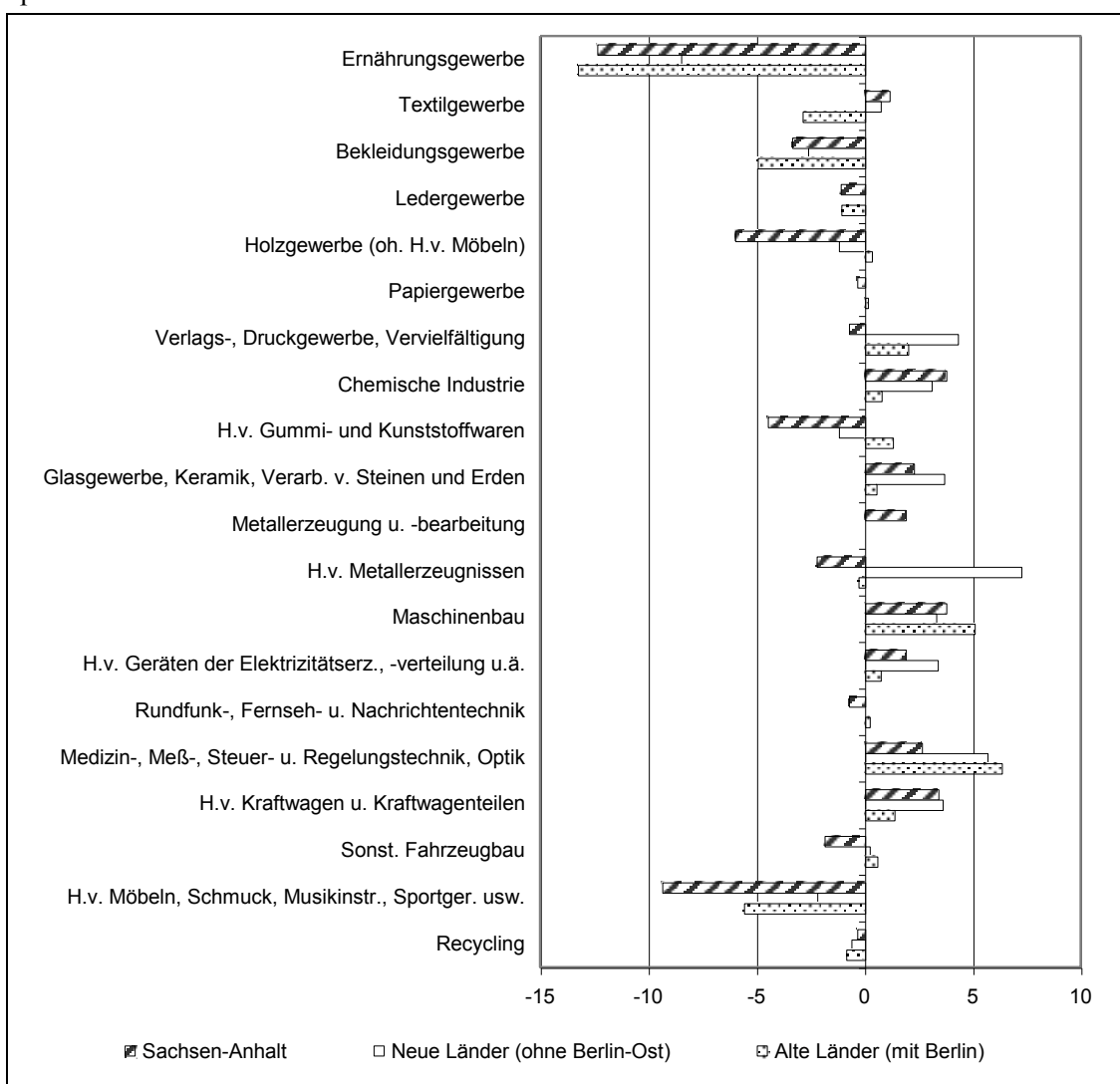
Neben den Nettogewerbeanmeldungen können als weitere Indikatoren für unternehmerische Initiative auch die Kreditzusagen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und die Deutsche Ausgleichsbank (DtA), die im Rahmen deren Mittelstands-, Innovations- und Umweltprogramme erfolgten, betrachtet werden. Durch die Kreditanträge zeigen Unternehmen, dass sie zur Übernahme unternehmerischen Risikos bereit sind; die Tatsache, dass eine Bewilligung erfolgt ist, macht deutlich, dass auch die Förder- und Hausbanken den entsprechenden Projektvorhaben eine Realisierungschance einräumten. Bezieht man die für die Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Ge-

werbes bewilligten Förderfälle auf die Einwohner, dann schneidet Sachsen-Anhalt mit 64,8 (KfW) bzw. 44,8 (DtA) Förderfällen pro 100.000 Einwohner im Zeitraum 1995-1999 das eine Mal etwas ungünstiger und das andere Mal etwas günstiger ab als die neuen Länder insgesamt (KfW: 69,1; DtA: 38,3; vgl. Tabelle S.9). Zwar ist der Wert der alten Bundesländer jeweils noch etwas niedriger (KfW: 63,0; DtA: 24,6), dies dürfte jedoch nicht zuletzt auf unterschiedliche Förderkonditionen in Ost und West zurückzuführen sein.

Abbildung S.13:

Nettogewerbeanmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999^a

- pro 1 Mio. Einwohner zum 31.12.1998 –



^a Für die Branchen Tabakverarbeitung, Ledergewerbe, Papiergewerbe, Kokerei, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Brutstoffen, Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Büromaschinen, DV-Geräten und -einrichtungen sowie die Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik lassen sich für die neuen Länder insgesamt keine Daten berechnen. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.42 im Anhang.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle S.9:

Kreditzusagen durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau und die Deutsche Ausgleichsbank im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999 (Summe)

- Fälle pro 100.000 Einwohner -

WZ 93	Branchen	Kreditanstalt für Wiederaufbau			Deutsche Ausgleichsbank		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	64,78	69,08	63,00	44,84	38,32	24,61
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	0,33	0,85	0,49	0,70	0,47	0,13
D	Verarbeitendes Gewerbe	64,44	68,23	62,50	44,15	37,85	24,49
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	9,71	9,89	9,72	7,24	6,73	4,70
15	Ernährungsgewerbe	9,71	9,89	9,72	7,24	6,73	4,70
16	Tabakverarbeitung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	0,00	2,02	1,51	0,48	0,96	0,47
17	Textilgewerbe	0,00	1,85	1,16	0,11	0,72	0,33
18	Bekleidungsgewerbe	0,00	0,16	0,35	0,37	0,24	0,14
DC	Ledergewerbe	0,00	0,11	0,17	0,37	0,18	0,14
DD	Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	5,13	6,32	6,33	1,67	1,73	1,22
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	4,08	3,29	5,36	2,14	1,94	2,55
21	Papiergewerbe	1,09	0,99	1,09	0,26	0,35	0,20
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	3,00	2,30	4,27	1,88	1,60	2,34
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	0,00	0,00	0,00	0,04	0,00	0,00
DG	chemische Industrie	2,56	1,41	1,32	0,89	0,54	0,34
DH	H.v.Gummi- u. Kunststoffwaren	4,37	4,64	3,31	2,29	1,75	1,28
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	6,86	6,19	3,15	10,92	7,47	1,64
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	14,17	14,34	13,91	7,38	6,93	5,04
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	2,77	1,89	1,99	2,18	2,54	1,52
28	H. v. Metallerzeugnissen	11,40	12,45	11,92	5,20	4,39	3,53
DK	Maschinenbau	6,69	6,16	7,25	3,37	2,91	2,44
DL	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	6,61	8,26	6,61	3,70	3,17	2,53
30	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. - Einrichtungen	0,00	0,07	0,12	0,11	0,09	0,06
31	H.v. Geräten d. Elektriz.erzeugung, - verteilung u.ä.	3,57	3,83	2,40	0,52	0,46	0,44
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	0,56	1,13	1,04	1,44	1,18	0,50
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	2,48	3,23	3,05	1,63	1,43	1,53
DM	Fahrzeugbau	1,74	2,57	1,65	1,18	0,77	0,42
34	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	1,74	2,38	1,53	1,07	0,53	0,23
35	Sonst. Fahrzeugbau	0,00	0,19	0,12	0,11	0,24	0,19
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	2,52	3,03	2,21	2,48	2,77	1,71
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportger. usw	1,03	1,91	1,72	2,11	2,43	1,49
37	Recycling	1,48	1,12	0,49	0,37	0,34	0,22

^a Ohne Berlin-Ost. – ^b Ohne Berlin-West, Bremen, Hamburg.

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau; Deutsche Ausgleichsbank; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Auch in vielen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes verzeichnete Sachsen-Anhalt bei der einen Förderbank mehr und bei der anderen weniger Förderfälle pro 100.000 Einwohner als die neuen Länder, sodass eine eindeutige Bewertung schwer fällt. Eindeutig mehr Pro-Kopf-Förderfälle als in Ostdeutschland werden in Sachsen-Anhalt in der Chemischen Industrie, der Branche Glasgewerbe, Keramik etc., im Verlags- und Druckgewerbe, Maschinenbau und in der Recyclingbranche registriert, weniger Förderfälle dagegen in einigen kleineren Branchen wie Textilgewerbe, sonstiger Fahrzeugbau und in der Möbel- und Schmuckindustrie etc.

Verflechtungen über die Regionsgrenzen am Beispiel der Auslandsinvestitionen: Verflechtungen der sachsen-anhaltinischen Unternehmen mit Unternehmen aus anderen Regionen können durch einen besseren Zugang zu überregionalen Märkten oder Technologietransfer das Wachstum fördern, sie können sich aber auch durch Gewinnabflüsse oder Interessenskonflikte im Management negativ auf die Entwicklung eines Unternehmens auswirken. Auch wenn es damit aus theoretischer Sicht und letztlich auch im Ergebnis empirischer Studien nicht eindeutig ist (vgl. Abschnitt 2.3.5.2), ob ein hohes Ausmaß an Verflechtungen positiv oder negativ zu werten ist, sollen diese doch zwischen Sachsen-Anhalt, den neuen Ländern insgesamt und den alten Ländern verglichen werden, da sie zumindest Hinweise auf besondere Stärken oder Schwächen einer Branche in dieser Hinsicht geben können. Da Verflechtungen auf dem Absatzmarkt bereits eingangs dieses Kapitels erörtert wurden (vgl. Seite 214) und zu FuE-Kooperationen keine Branchendaten vorliegen, beschränkt sich der folgende Teil auf – aus Gründen der Datenverfügbarkeit – ausländische Eigentümer an sachsen-anhaltinischen Unternehmen.²¹⁰ Die umfassendsten Bestandsdaten zu Direktinvestitionen, differenziert nach Bundesländern und Branchen, sind der jährlichen Erhebung der Deutschen Bundesbank über die Kapitalverflechtungen mit dem Ausland zu entnehmen.²¹¹

In Sachsen-Anhalt entfielen am Jahresende 1998 rund 8,9 Mrd. DM und damit nahezu 90% der ausländischen Direktinvestitionsbestände auf das Verarbeitende Gewerbe,

²¹⁰ Informationen zum Eigentum sachsen-anhaltinischer Unternehmen im Ausland gibt es aus Geheimhaltungsgründen ebenfalls nicht in einer Differenzierung nach Branchen.

²¹¹ Meldepflichtig sind dabei 1.) inländische Unternehmen und Privatpersonen, wenn ihnen am Meldestichtag mehr als 20% der Kapitalanteile oder Stimmrechte an einem Unternehmen mit einer Bilanzsumme von umgerechnet mehr als 1 Mio. DM unmittelbar oder mittelbar gehören (bis Oktober 1993 0,5 Mio. DM), sie Zweigniederlassungen oder auf Dauer angelegte Betriebsstätten mit einem Bruttobetriebsvermögen von mehr als 1 Mio. DM im Ausland unterhalten oder wenn der Meldepflichtige zu mehr als 50% an einem ausländischen Unternehmen beteiligt ist, das wiederum Beteiligungen von mehr als 20% besitzt; 2.) ausländische Unternehmen mit Direktinvestitionen in Deutschland, wobei spiegelbildlich die gleichen Abschneidegrenzen gelten; siehe DEUTSCHE BUNDESBANK: Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Statistische Sonderveröffentlichung 10. Frankfurt (Main) 2000, S. 71-72. Abgesehen von den Abschneidegrenzen und Meldespezifika haben auch Bewertungsveränderungen zwischen zwei Meldezeitpunkten (Wechselkursveränderungen, bewertungsbedingte Buchverluste oder -gewinne) erheblichen Einfluss auf die Bestandsdaten der ausländischen Direktinvestitionen, vgl. JOST, T., a. a. O., S. 26.

während es in Deutschland insgesamt weniger als die Hälfte, nämlich nur rund 39% waren (vgl. Tabelle S.10). Die Industrie dürfte damit einen relativ guten Zugang zu internationalem Know-how gefunden haben. In Sachsen-Anhalt hat sich der Anteil des Verarbeitenden Gewerbes zwischen 1995 und 1998 außerdem deutlich erhöht, während er in Deutschland insgesamt eher rückläufig war. Die nach Branchen differenzierenden Angaben der Deutschen Bundesbank sind auf der Ebene der Bundesländer aus Geheimhaltungsgründen nur sehr lückenhaft. Nur etwas mehr als die Hälfte der sachsen-anhaltinischen Direktinvestitionsbestände im Verarbeitenden Gewerbe kann den Branchen zugeordnet werden. Die mit Abstand dominierende Position kommt der Chemischen Industrie zu, die zum Jahresende 1998 einen um 20 Prozentpunkte höheren Anteil als in der gesamten Bundesrepublik hatte. Überdurchschnittlich waren auch die Anteile des Glasgewerbes und der Herstellung von Metallerezeugnissen, auch wenn sie in den letzten Jahren leicht rückläufig waren.²¹² Die anderen Branchen, für die Daten veröffentlicht wurden, hatten in Sachsen-Anhalt jeweils weit unterdurchschnittliche Anteile von 0,0 bis 1,0% an den Direktinvestitionsbeständen.

Betriebsgröße: Positive Effekte der Betriebsgrößen auf das Wachstum von Branchen und Regionen sind weder theoretisch noch empirisch eindeutig belegt, auch wenn manche Studien für wachstumsfördernde Effekte kleinbetrieblicher Strukturen sprechen (vgl. Abschnitt 2.3.5.3). In den Abschnitten 3.2.5.3 und 4.2.5.3 wird davon ausgegangen, dass es eine mehr oder weniger optimale Betriebsgrößenstruktur in einer Region gibt. Im Vergleich zur ökonomisch erfolgreicheren Region, deren Größenstruktur sozusagen als Norm gilt, können dann größenstrukturelle Defizite ermittelt werden. Dieses Vorgehen kann nachfolgend modifiziert angewendet werden, da zwar keine Einzelinformationen zur Größenstruktur der Branchen auf Landesebene vorliegen, aber immerhin die durchschnittliche Betriebsgröße berechnet werden kann. Diese durchschnittliche Betriebsgröße einer Branche in Sachsen-Anhalt und in den neuen Bundesländern wird mit der in den alten Bundesländern verglichen, letztere dient als „Maßstab“.

Die durchschnittliche Betriebsgröße im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe betrug 1999 81 Beschäftigte und 25,3 Mio. DM Umsatz in Sachsen-Anhalt, 78 Beschäftigte und 21,9 Mio. DM Umsatz in den neuen Ländern sowie 140 Beschäftigte und 52,6 Mio. DM Umsatz in den alten Ländern (vgl. Tabelle A-S.41). Diese Daten aus der Industriestatistik geben freilich ein verzerrtes Abbild der Betriebsgröße wieder, da Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten in der Regel nicht erfasst werden. Dennoch sind grobe Aussagen über die Größenstruktur möglich; Sachsens-Anhalts Industriebetriebe wiesen in etwa die gleiche Durchschnittsgröße wie die der anderen neuen Länder auf, waren aber deutlich kleiner als die der alten Länder. Dieses Bild ergibt sich im Großen und Ganzen

²¹² Dies war aber jeweils nicht auf einen Rückgang der Direktinvestitionsbestände sondern auf ein geringeres Wachstum als im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt zurückzuführen (vgl. Tabelle A-S.43).

auch, wenn man die einzelnen Branchen des Verarbeitenden Gewerbes betrachtet (vgl. Abbildung S.14).²¹³ Lediglich die Betriebe des Ernährungsgewerbes hatten in Sachsen-Anhalt etwas mehr Beschäftigte als in Westdeutschland, wenn auch weniger Umsatz (vgl. Tabelle A.12). Relativ gering war der Ost-West-Unterschied außerdem im Verlags- und Druckgewerbe und in der Recyclingbranche. In den anderen Branchen sind die Betriebe Sachsen-Anhalts und auch der neuen Bundesländer insgesamt deutlich kleiner als die Betriebe der alten Bundesländer. Darüber hinaus sind vor allem die sachsen-anhaltinischen Betriebe in den Branchen Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik, Herstellung von Kraftwagen, sonstiger Fahrzeugbau und Papiergewerbe auch kleiner als im Durchschnitt der neuen Länder, während sie in der chemischen Industrie größer sind.

Tabelle S.10:

Ausländische Direktinvestitionen nach Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Sachsen-Anhalt und Deutschland 1995-1998 (Stand: jeweils 31.12.)^a
- in % aller ausländischen Direktinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe -

WZ 93	Branchen	Sachsen-Anhalt				Deutschland			
		1995	1996	1997	1998	1995	1996	1997	1998
D	Verarbeitendes Gewerbe	100	100	100	100	100	100	100	100
15	Ernährungsgewerbe	0,0	0,0	.	.	7,9	7,3	6,7	6,6
21	Papiergewerbe	.	0,0	0,0	0,0	3,7	4,5	4,1	4,0
DG	chemische Industrie	15,2	11,8	40,2	44,9	20,9	22,5	25,7	24,5
DH	Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren	.	.	.	0,2	4,7	4,9	4,4	5,0
DI	Glasgewerbe, Keramik, V. von Steinen und Erden	9,9	9,2	4,0	6,0	3,5	3,6	3,3	4,1
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	1,8	7,9	4,8	4,4	3,6	4,0	3,8	3,6
DK	Maschinenbau	0,9	0,6	.	0,4	10,9	11,2	11,3	10,6
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	0,0	.	0,0	0,0	4,4	3,8	3,7	3,8
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	0,0	.	.	.	4,0	3,9	3,5	3,4
C	<i>Nachrichtlich: Anteil des Verarbeitenden Gewerbes an allen ausländischen Direktinvestitionen</i>	52,9	79,2	88,6	89,6	43,5	41,2	41,9	39,2

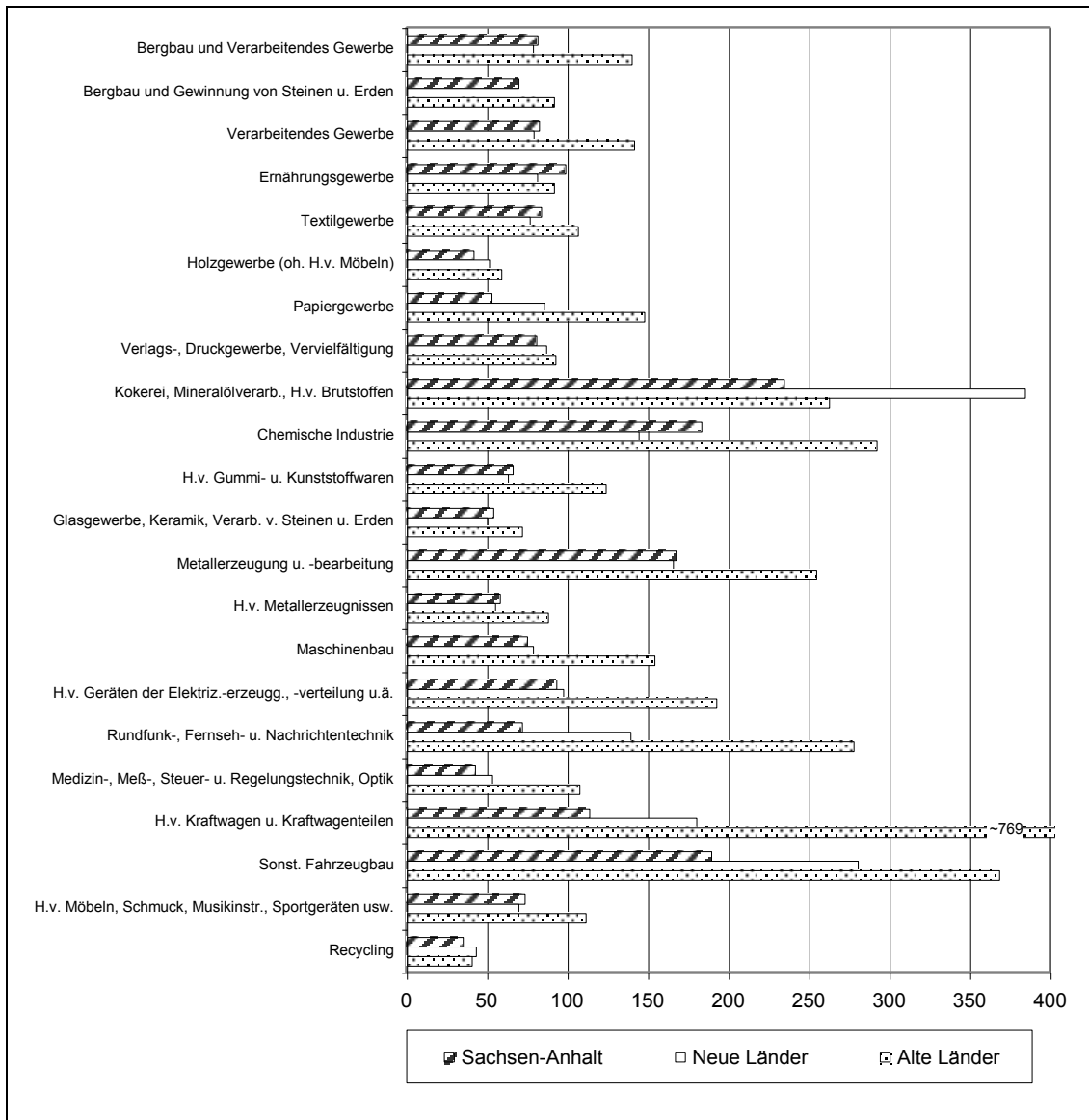
^a Unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen. Für eine Vielzahl von Branchen werden Daten aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.43 im Anhang.

Quelle: DEUTSCHE BUNDESBANK: Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Frankfurt 2000, S. 61-65; Angaben der Deutschen Bundesbank; Berechnungen des IWH.

²¹³ Nachfolgend sind nur die Betriebsgrößenrelationen auf der Basis der Beschäftigtendaten dargestellt, die sich nur geringfügig von denen auf Basis der Umsatzdaten unterscheiden (vgl. Tabelle A.12).

Abbildung S.14:

Betriebsgröße nach Branchen^a in Sachsen-Anhalt, neuen^b und alten^c Ländern 1999
- in Beschäftigten pro Betrieb -



^a Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.41 im Anhang. – ^b Einschließlich Berlin-Ost. – ^c Einschließlich Berlin-West.

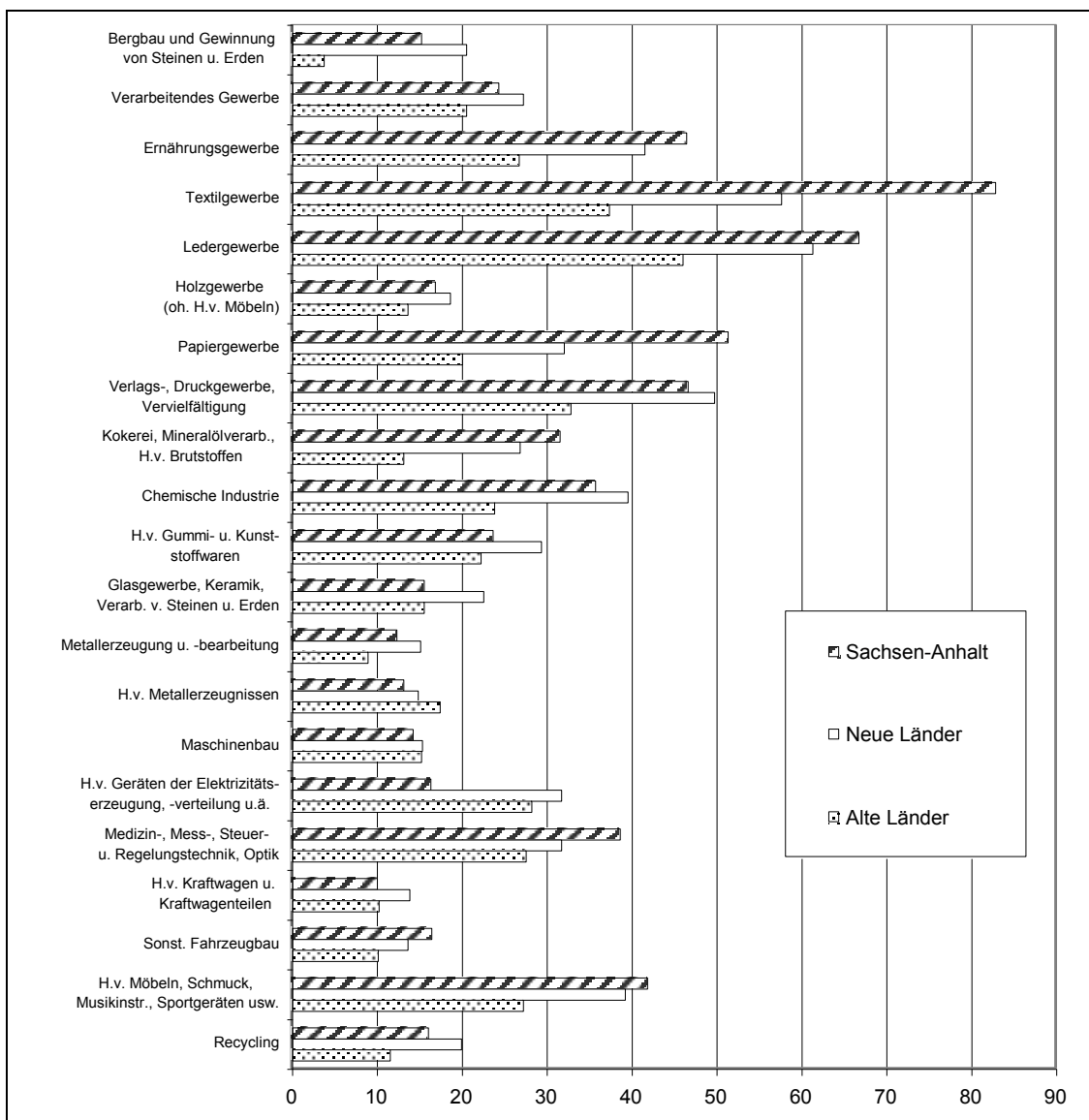
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

e) Beschäftigung von Frauen

Die hohe Beschäftigung von Frauen auch in Branchen, die in Westdeutschland gemeinhin als Domäne der Männer galten, war ein Merkmal der abweichenden Beschäftigungsstruktur der DDR. Im Juli 1999 waren im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens rund 24% der Beschäftigten weiblichen Geschlechts, das war ein geringerer Anteil

Abbildung S.15:

Anteil der weiblichen Arbeiter und Angestellten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen^a in Sachsen-Anhalt, neuen^b und alten^c Ländern im Juli 1999
- in % -



^a Für die nicht dargestellten Branchen wurden für Sachsen-Anhalt keine Daten veröffentlicht. Zu den Daten siehe Tabelle A-S.39 im Anhang. – ^b Einschließlich Berlin-Ost. – ^c Einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

als in Ostdeutschland insgesamt (27,2%), allerdings ein deutlich höherer Anteil als in den alten Ländern (20,5%). Die Unterschiede in der Beschäftigungsquote von Frauen haben somit auch heute noch Bestand. Die Frauenquote unterschied sich deutlich zwischen den Branchen (vgl. Abbildung S.15): In den Branchen Textilgewerbe, Ledergewerbe und Papiergewerbe waren mehr als die Hälfte der Beschäftigten Frauen (vgl. Abbildung S.15). Geringe Bedeutung hatten Frauen bei der Herstellung von Kraftwagen

(10%), in der Metallbranche (rund 13%) und im Maschinenbau (14%). In der überwiegenden Mehrzahl der Branchen ist der Anteil der Frauen in Sachsen-Anhalt höher als in Westdeutschland, im Vergleich zu Ostdeutschland ist der Frauenanteil mal höher, mal geringer und kein einheitliches Muster festzustellen.

Der Verdienstabstand der Arbeiterinnen gegenüber den Arbeitern war in Sachsen-Anhalt wie auch in Ostdeutschland insgesamt geringer als in Westdeutschland. Sie hatten im Verarbeitenden Gewerbe einen durchschnittlichen Bruttoverdienst von 16 DM pro Stunde, was rund 83-84% des durchschnittlichen Bruttoverdienstes der Männer entsprach (vgl. Tabelle A-S.40 im Anhang). In den alten Ländern lag der durchschnittliche Bruttoverdienst der Frauen bei 22 DM pro Stunde und damit etwas weiter hinter dem durchschnittlichen Bruttoverdienst der Männer zurück (um rund 22%).

3.3.3.3 Zwischenfazit

Auf der Basis der oben dargestellten Indikatoren lässt sich eine Bilanz zum Verarbeitenden Gewerbe und einzelnen Branchen innerhalb dieses Wirtschaftszweiges ziehen.²¹⁴ Der Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe haben in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995-99 ihren Umsatz im In- und Ausland deutlich ausgeweitet. Sie teilten damit eine Entwicklung, die in allen neuen Bundesländern stattgefunden hat. Allerdings ist es den Industrieunternehmen Sachsen-Anhalts nur in unterdurchschnittlichem Ausmaß gelungen, ihre Umsätze zu erhöhen. Insbesondere bei den Exportumsätzen blieb die Entwicklung deutlich hinter den neuen Ländern insgesamt zurück. Auch bei Indikatoren für einzelne Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses – wie den Forschungsaktivitäten und dem Ausmaß unternehmerischer Initiative – fällt der Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt durch ungünstige Werte auf. Dagegen lag die Investitionsintensität in Sachsen-Anhalt deutlich über dem Wert der neuen Länder und die Humankapitalausstattung des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in etwa im Durchschnitt.

Das allgemein eher negative Bild verdeckt jedoch, dass es in einzelnen Branchen durchaus positive Entwicklungen gegeben hat. Relativ günstig stellt sich die wirtschaftliche Situation der Branche Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden sowie der Kokerei, Mineralölverarbeitung und Herstellung von Brutstoffen dar. Im Glasgewerbe etc. gingen mit Umsatzsteigerungen zwischen 1995 und 1999 überdurchschnittliche Investitionen und ein deutlicher Anstieg der Kapitalintensität einher. In der Mineralölindustrie liegen zwar keine Daten zur Umsatzentwicklung vor (es ist aber angesichts der neuen Raffineriekapazitäten von einem deutlichen Umsatzzuwachs zwischen 1995 und 1999 auszugehen), aber die relativ günstigen Investitionskennwerte und

²¹⁴ Die Branchen Tabakverarbeitung, Textil- und Bekleidungsgewerbe, Ledergewerbe und Herstellung von DV-Geräten und -einrichtungen werden nachfolgend nicht beurteilt, da die betrachteten Indikatoren aus Geheimhaltungsgründen vielfach nicht ausgewiesen wurden und eine umfassende Bewertung deshalb nicht möglich ist.

die überdurchschnittlichen Forschungsaufwendungen in dieser Branche sprechen für ein solides Wachstum.

Die chemische Industrie, eine der Leitbranchen Sachsen-Anhalts, hat im Untersuchungszeitraum ihren Umsatz auf In- und Auslandsmärkten ausgeweitet. Zwar hat die umfassende Investitionstätigkeit die Kapitalausstattung der Betriebe deutlich verbessert, sie ging aber (vermutlich insbesondere in den spät privatisierten Großbetrieben) noch mit erheblichen Beschäftigungsverlusten einher. Die positiven Daten für die unternehmerische Initiative in dieser Branche wecken jedoch die Hoffnung, dass in der Zukunft in neu entstandenen Betrieben, möglicherweise integriert in einen chemischen Stoffverbund mit den Großunternehmen, neue Arbeitsplätze entstehen werden. Ein hoher Prozentsatz der Forschungskapazitäten in Sachsen-Anhalts Unternehmen liegt in der chemischen Industrie, trotzdem erscheint die Forschungsintensität (FuE-Beschäftigte in Relation zu allen Beschäftigten) als relativ niedrig. Dies deutet auf zu wenig FuE in dieser stark darauf angewiesenen Branche hin, insbesondere außerhalb des petrochemischen Stoffverbundes.

Der Maschinenbau, eine andere Leitbranche Sachsen-Anhalts, war im Untersuchungszeitraum als einzige Industriebranche noch von Umsatzrückgängen geprägt. Auch die Beschäftigung sank in deutlich größerem Umfang als im Maschinenbau der neuen Länder insgesamt, und die Investitionstätigkeit war bei weitem nicht auf dem Niveau anderer Kernbranchen des Landes. Einzelne positive Kennzeichen bestehen aber auch im Maschinenbau: das formale Qualifikationsniveau der Beschäftigten war relativ hoch, die Forschungsaktivitäten waren überdurchschnittlich und es wurde in größerem Ausmaß unternehmerische Initiative ergriffen als in den neuen Bundesländern insgesamt.

Sachsen-Anhalts Betriebe des Ernährungsgewerbes konnten ihre Umsätze zwischen 1995 und 1999 deutlich steigern, als eine von wenigen Branchen haben sie auch die Beschäftigung erhöht. Bei den meisten Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung weist die Branche relativ ähnliche Werte wie die neuen Bundesländer insgesamt auf. Lediglich die Investitionstätigkeit im Ernährungsgewerbe Sachsen-Anhalts erscheint als nicht sehr günstig: die Sachkapitalausgaben für neue Maschinen und Anlagen in Relation zu den Sachkapitalausgaben insgesamt lagen unter dem ostdeutschen Durchschnittswert.

In etwa im Gleichlauf mit den anderen ostdeutschen Ländern haben sich in Sachsen-Anhalt der Bergbau, das Papiergewerbe, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, die Metallerzeugung und -bearbeitung, die Medizin-, Mess- und Regelungstechnik und Optik und die Herstellung von Möbeln, Musikinstrumenten und Sportgeräten entwickelt. Im Papiergewerbe wurde relativ viel investiert und die Exporttätigkeit gesteigert, allerdings deuten dort eine Reihe von Indikatoren darauf hin (wenige Beschäftigte mit Hochschulabschluss, wenige Angestellte), dass es sich bei den sachsen-anhaltinischen Betrieben um wenig eigenständige Betriebe handelt. Metallerzeuger und -be-

arbeiter konnten ihre Exporte deutlich ausweiten, die Beschäftigung wurde allerdings noch abgebaut. In der Medizin-, Messtechnik etc. gingen die Umsätze relativ steil nach oben. Einige Produktionsfaktoren, insbesondere auch Human- und Sachkapital, sind aber deutlich ungünstiger als in den neuen Ländern insgesamt ausgeprägt.

Als schwierig muss die Situation in den Branchen Holzgewerbe, Verlags- und Druckgewerbe, Herstellung von Metallerzeugnissen, in den Branchen der Elektronik und Elektrotechnik (insbesondere in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik), im Fahrzeugbau sowie im Recycling eingeschätzt werden. Sie haben in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren in der Regel Beschäftigung abgebaut – außer die Herstellung von Kraftwagen, wo die Beschäftigung immerhin stagnierte – und ihren Umsatz nur in deutlich geringerem Ausmaß als die Gesamtheit der ostdeutschen Betriebe in der jeweiligen Branche ausgeweitet. Das negative Urteil begründet sich aber vor allem darin, dass sie bei den meisten Determinanten für das wirtschaftliche Ergebnis ungünstigere Werte als die neuen Länder insgesamt aufweisen, also weniger hochqualifizierte Beschäftigte, weniger Investitionstätigkeit, weniger FuE und weniger unternehmerische Initiative. Allerdings sind auch einzelne positive Ansatzpunkte hervorzuheben: Betriebe der Branche Herstellung von Kraftwagen haben ihren Exportumsatz zwischen 1995 und 1999 verfünffacht, die Recyclingbranche wies eine überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität und vergleichsweise viele Förderfälle aus den Mittelstandsprogrammen von DtA und KfW auf.

3.3.4 Baugewerbe

In der im Jahr 1997 für das Land Sachsen-Anhalt veröffentlichten Strukturanalyse wurde zwar noch die stabilisierende Wirkung des Baugewerbes für die sachsen-anhaltinische Wirtschaft in der Transformationsphase von 1991-94 festgestellt,²¹⁵ allerdings zeichneten sich bereits erste Schwierigkeiten der Branche in den damals für das Jahr 1995 betrachteten Daten ab. Wie anhand der Wertschöpfung schon ersichtlich wurde (vgl. Abschnitt 3.3.1), haben sich diese Schwierigkeiten zu einem Einbruch im Baugewerbe entwickelt, der bis in die Gegenwart fort dauert und in ganz Ostdeutschland zum Tragen kommt.²¹⁶ Ausdruck dieses Einbruchs ist ein Rückgang der Bruttowertschöpfung zwischen 1995 und 1999 von circa 11,5% in Sachsen-Anhalt (und sogar 13,3% in Ostdeutschland insgesamt; zu diesen und den nachfolgenden Daten siehe Abschnitt 3.3.1). Nach wie vor war aber das Baugewerbe in Sachsen-Anhalt und den neuen Ländern 1999 deutlich stärker an der wirtschaftlichen Leistung beteiligt als in den alten

²¹⁵ Vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 107-108.

²¹⁶ Vgl. BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutsche Wirtschaft 2000 und 2001: Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkt sich trotz erneutem Absturz im Baubereich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/2000, 6. Jg., S. 333-334.

Ländern und hatte einen Anteil von 12,5% an der Wertschöpfung (alte Länder etwa 4,4%) und von 15,7% an der Beschäftigung (alte Länder 6,3%). Auch die Bau-Erwerbstätigenquote war 1999 mit 61 Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt wie auch in den neuen Ländern insgesamt deutlich höher als in den alten Bundesländern (28 Erwerbstätige im Baugewerbe pro 1.000 Einwohner). Vielfach wird in der Schrumpfung der ostdeutschen Bauwirtschaft eine Anpassung an „normale“ Strukturen und ein Abflauen einer Sonderkonjunktur im Bau gesehen, die nach der deutschen Vereinigung wegen der vorherigen jahrzehntelangen Vernachlässigung von Bauten entstanden war.²¹⁷ Nachfolgend wird eine detailliertere Betrachtung der Branchen des Baugewerbes vorgenommen, wobei nach den Branchen des Bauhauptgewerbes (Vorbereitende Baustellenarbeiten und Hoch- und Tiefbau) und Ausbaugewerbes (Bauinstallation, sonstiges Baugewerbe wie Maler und Lackierer, Fliesenleger, Bautischler, Stuckateure) differenziert wird.

Aufgrund der lückenhaften Daten ist es nicht möglich, die Bedeutung der einzelnen Branchen des Baugewerbes exakt wiederzugeben. Allerdings lassen die Daten sehr wohl eine grobe Einschätzung zu, welche Branchen am stärksten von der Krise im Baugewerbe betroffen sind: Anhand der Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung wird deutlich, dass im Zeitraum 1995-1998/99 das Bauhauptgewerbe stärkere Umsatz- und Beschäftigungsrückgänge als das Ausbaugewerbe hinnehmen musste (vgl. Tabelle S.11).²¹⁸ Dies liegt aber nicht unbedingt daran, dass das Ausbaugewerbe weniger von der Krise betroffen war, sondern eher daran, dass sie dort erst mit etwa zweijähriger Verzögerung einsetzte. Zum einen sind Ausbautätigkeiten der Bautätigkeit nachgelagert, zum anderen wurde die öffentliche Förderung (Sonderabschreibungen) für Modernisierung und Sanierung zwei Jahre länger als für Neubauten gewährt. Sachsen-Anhalt wies jeweils stärkere Beschäftigungsrückgänge als die neuen und alten Länder auf. Insbesondere die Bauinstallation konnte sich – anders als in den alten Ländern – nicht der Schrumpfung der Beschäftigtenzahl entziehen.²¹⁹ Der Umsatzrückgang lag im Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt bei knapp 6% pro Jahr und damit auf dem Niveau der neuen Länder, das etwa 2 Prozentpunkte ungünstiger als das der alten Länder war. In der Bauinstallation und im sonstigen Baugewerbe war der Unterschied der Umsatzent-

²¹⁷ Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutscher Bausektor im freien Fall?, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 6/1998, 4. Jg., S. 4. – DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Neunzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 5/1999. Halle 1999, S. 108. – LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDER-SACHSEN UND SACHSEN-ANHALT: Jahresbericht 1999. Hannover 2000, S. 78.

²¹⁸ Der Vergleich der Daten 1995 und 1999 sagt freilich nichts über dazwischen liegende, unter Umständen kurzfristige Veränderungen aus.

²¹⁹ Der starke Beschäftigungseinbruch in Sachsen-Anhalt bei den vorbereitenden Baustellenarbeiten ist nur schwer zu erklären. Die Branche ist quantitativ sehr klein (in Sachsen-Anhalt 1998 rund 5% des Umsatzes im Bauhauptgewerbe), möglicherweise ist der Befund auch auf statistische Effekte (z. B. die Umgruppierung eines Unternehmens in eine andere Branche) zurückzuführen.

wicklung zwischen alten und neuen Ländern noch größer als im Bauhauptgewerbe, die Entwicklung verlief in Sachsen-Anhalt allerdings etwas günstiger als in den neuen Ländern insgesamt.

Tabelle S.11:

Veränderung von Umsatz und Beschäftigung im Baugewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1998/99

	Beschäftigungsentwicklung 1995-99 (Ende Juni) in % p. a.			Umsatzentwicklung 1995-98 (Jahresumsatz) in % p. a.		
	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^c	Alte Länder ^d	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^c	Alte Länder ^d
Bauhauptgewerbe	-7,9	-5,9	-5,0	-5,7	-5,9	-3,8
Vorbereitende Baustellenarbeiten	-10,9	1,0	-1,4	-5,0	-5,4	-2,4
Hoch- und Tiefbau	-7,7	-6,1	-5,2	-5,7	-5,9	-3,8
Ausbaugewerbe ^a	-4,5	-2,6	-0,2	-3,4	-4,1	1,5
Bauinstallation ^a	-4,9	-2,7	0,2	-3,5	-5,5	1,6
sonstiges Baugewerbe ^a	-3,8	-4,0	-1,3	-3,0	-3,5	0,4
Vermietung von Baumaschinen und Geräten ^a	b	b	b	b	b	b

^a Nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten. – ^b Im Rahmen der Umstellung auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 93 neu eingeführter 3-Steller, in dem 1995 keine Betriebe erfasst wurden. – ^c Einschließlich Berlin-Ost. – ^d Einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2, EIII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

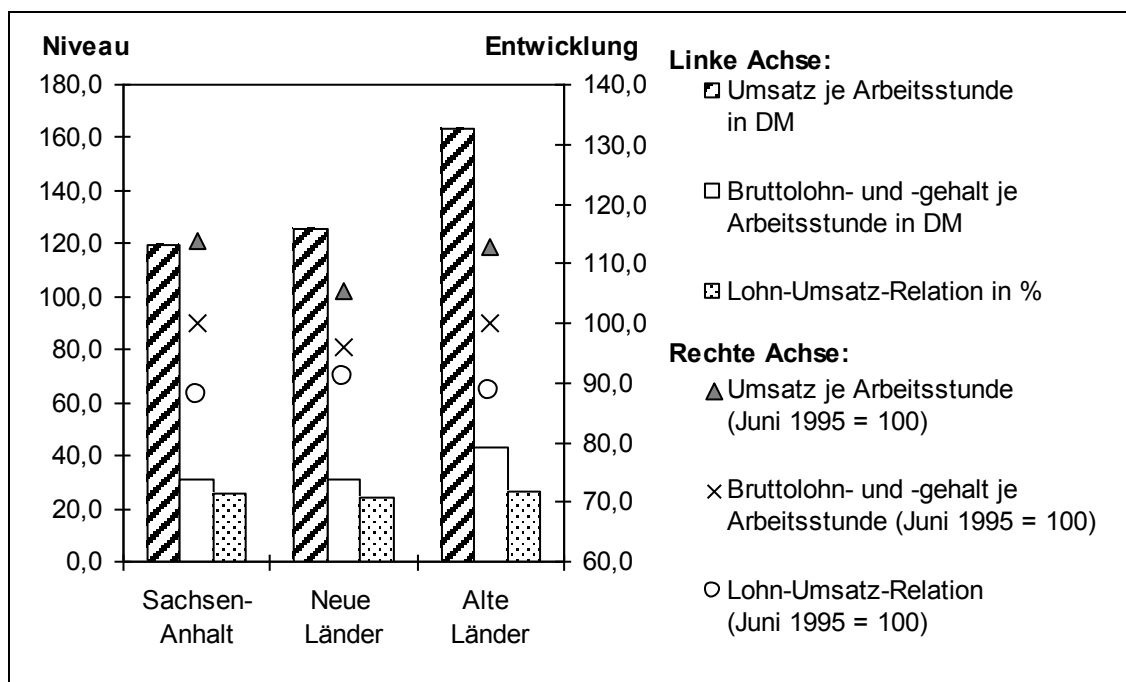
Für das Bauhauptgewerbe zeigen einige ausgewählte Kenndaten,²²⁰ dass zwar 1999 noch ein relativ deutlicher Lohnkostenvorteil gegenüber den alten Ländern besteht (Bruttolohn pro Stunde in Sachsen-Anhalt 31,00 DM, in den alten Ländern 43,30 DM, vgl. Abbildung S.16, linke y-Achse). Rein theoretisch könnten die Baubetriebe Sachsen-Anhalts dadurch Vorteile beim Wettbewerb um Bauaufträge in den alten Bundesländern haben. Der Lohnkostenvorteil wird aber fast vollständig durch die geringere Produktivität (näherungsweise abgebildet durch den Umsatz pro Arbeitsstunde) aufgezehrt. Die Bruttolohnzahlungen der Betriebe umfassten in Sachsen-Anhalt 1999 rund 26,0% des Umsatzes und waren damit etwa einen halben Prozentpunkt niedriger als in den alten Ländern (26,5% des Umsatzes) und 1,5 Prozentpunkte höher als in den neuen Ländern insgesamt (24,5%). Die Veränderungsraten in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995-99 entsprechen auch weitgehend denen in den alten Ländern. Die Produktivität nahm um rund 13% zu, während die Bruttolöhne und -gehälter stagnierten (vgl. Abbildung S.16,

²²⁰ Die Branche vorbereitende Baustellenarbeiten wird wegen ihrer geringen Bedeutung hier ausgeklammert und nicht näher analysiert.

rechte y-Achse). Insbesondere dank einer stärkeren Produktivitätssteigerung ist die Lohnkostenbelastung der Unternehmen stärker als in den neuen Ländern insgesamt zurückgegangen.²²¹

Abbildung S.16:

Produktivität und Löhne im Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 und 1995-1999^a



^a Werte für 1999 (linke Achse) jeweils für alle aufgeschätzte Werte Betriebe; Veränderungsrate (rechte Achse) jeweils Monatsangaben für Juni 1999 aus der Totalerhebung (Umsatz: nur baugewerblicher Umsatz), zu den Daten vgl. Tabellen A-S.44 im Anhang. Neue Länder einschließlich Berlin-Ost, alte Länder einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

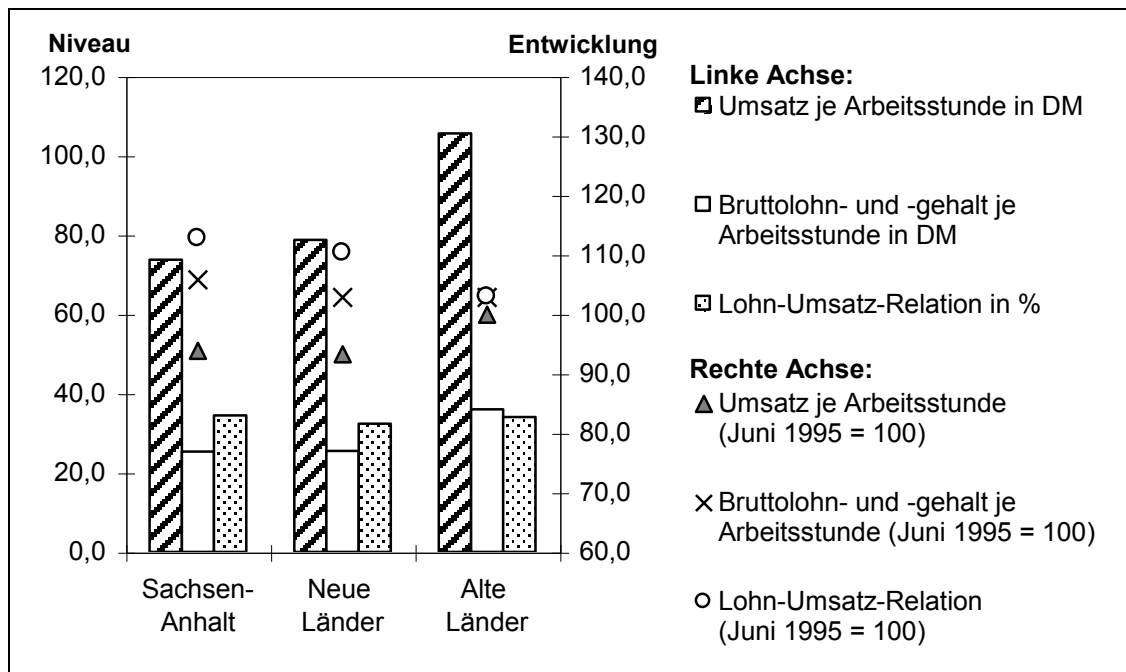
Das sonstige Baugewerbe, das in der Statistik dem Ausbaugewerbe zugeordnet wird, weist ähnliche Ost-West-Verhältnisse bei Produktivität und Stundenlöhnen wie das Bauhauptgewerbe auf: Der niedrigeren Produktivität entsprachen 1999 niedrigere Stundenlöhne, die zu einer ähnlichen Lohn-Umsatz-Relation führten (vgl. Abbildung S.17). Allerdings unterschieden sich in Sachsen-Anhalt Bauhauptgewerbe und sonstiges Baugewerbe wesentlich in ihrer Entwicklung zwischen 1995 und 1999. Während das Bauhauptgewerbe durch ein höheres Wachstum der Produktivität als der Löhne einen günstigen Weg eingeschlagen hatte, war die Entwicklung im sonstigen Baugewerbe genau gegenläufig: Lohnzuwächse bei gleichzeitigen Rückgängen der Umsätze pro Arbeits-

²²¹ Diese Veränderungsrate basieren allerdings lediglich auf einem Vergleich der Juni-Werte 1999 und 1995; unterschiedliche Entwicklungen im Zeitverlauf können damit nicht abgebildet werden.

stunde verschlechterten die Wettbewerbsposition der Branche in Sachsen-Anhalt. Dies gilt insbesondere auch gegenüber Westdeutschland, wo die Produktivitätszuwächse höher und die Lohnzuwächse geringer waren.

Abbildung S.17:

Produktivität und Löhne im sonstigen Baugewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im II. Quartal 1999^a



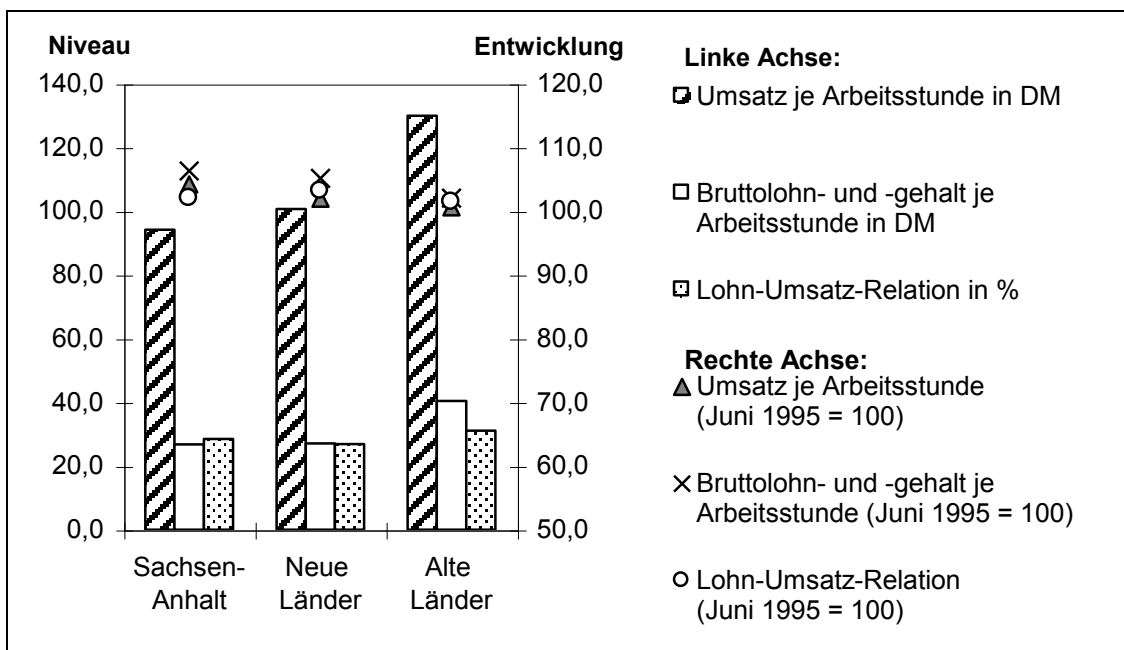
^a Daten für das II. Quartal 1995 aus den Daten für Juni 1995 geschätzt, zu den Daten vgl. Tabellen A-S.45 im Anhang. Neue Länder einschließlich Berlin-Ost, alte Länder einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EIII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

Auch bei der Bauinstallation hatte Sachsen-Anhalt 1999 erst etwa 72% des westdeutschen Produktivitätsniveaus erreicht, verzeichnete aber angesichts der niedrigeren Lohnkosten (Bruttolohn pro Stunde in Sachsen-Anhalt 26,80 DM, in den alten Ländern 40,40 DM) im Juni 1999 ein etwas günstigeres Verhältnis von Personalaufwand und Umsatzerlösen als Westdeutschland: Lohn-Umsatz-Relation in Sachsen-Anhalt 28,4 und in den alten Ländern 31,1 (vgl. Abbildung S.18). Allerdings lag in den neuen Ländern insgesamt die Lohn-Umsatz-Relation bei 26,9, also nochmals 1,5 Prozentpunkte niedriger als in Sachsen-Anhalt. Da in den Berechnungen für die neuen Länder insgesamt auch Sachsen-Anhalt enthalten ist, bedeutet dies, dass das Bundesland gegenüber den anderen neuen Ländern im Bauinstallationsgewerbe 1999 eine deutlich (1,5-2 Prozentpunkte) höhere Lohnkostenbelastung vorwies.

Abbildung S.18:

Produktivität und Löhne im Bauinstallationsgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im II. Quartal 1999^a



^a Daten für das II. Quartal 1995 aus den Daten für Juni 1995 geschätzt, zu den Daten vgl. Tabellen A-S.46 im Anhang. Neue Länder einschließlich Berlin-Ost, alte Länder einschließlich Berlin-West.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

Differenziert man die Daten des Bauhauptgewerbes nach den Bausparten, also Wohnungsbau, gewerblicher Bau und öffentlicher Bau und Straßenbau, dann wird eine stabilisierende Funktion des öffentlichen Baus und Straßenbaus für Sachsen-Anhalts Betriebe sichtbar. Die Betriebe wiesen im öffentlichen Bau, anders als in den anderen Bausparten, im Zeitraum 1995-99 einen Anstieg des baugewerblichen Umsatzes aus (vgl. Tabelle S.12).²²² Bedenkt man, dass gerade im Bereich der öffentlichen Bauten eine Ausstattungslücke Ostdeutschlands gegenüber Westdeutschland besteht,²²³ dann ist dieser Anstieg des Bauumsatzes mit öffentlichen Bauten und Straßenbauten positiv zu bewerten. Während Sachsen-Anhalts Betriebe im Jahr 1995 rund 1.104 DM Umsatz pro Einwohner im öffentlichen Bau und Straßenbau erzielten (neue Länder insgesamt: 1.094 DM, alte Länder: 687 DM), waren es im Jahr 1999 bei stetigem Anstieg 1.236 DM (neue

²²² Die Umsatzdaten des Bauhauptgewerbes liegen in einer Differenzierung nach Bausparten nur für den baugewerblichen Umsatz vor, der die steuerpflichtigen und steuerfreien Beträge für Bauleistungen umfasst. Er macht im Durchschnitt rund 98% des Gesamtumsatzes aus, zu dem zusätzlich Umsätze aus sonstigen eigenen Erzeugnissen, aus industriellen und handwerklichen Dienstleistungen, aus Handelsware und nichtindustriellen und nichthandwerklichen Tätigkeiten hinzukommen.

²²³ Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutscher Bausektor im freien Fall?, a. a. O., S. 7-8.

Länder insgesamt: 1.046 DM, alte Länder: 617 DM). Freilich erfolgt daraus eine Verbesserung der Standortbedingungen in Sachsen-Anhalt nur in dem Maße, wie dieser Umsatz von den Unternehmen auch im Land erwirtschaftet wird. Dies kann mit den vorliegenden Daten leider nicht quantifiziert werden (ein besserer Indikator wären hier die öffentlichen Bauinvestitionen).

Tabelle S.12:

Entwicklung des baugewerblichen Umsatzes im Bauhauptgewerbe nach Bausparten in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999^a

- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in % -

	Sachsen-Anhalt				Neue Länder (mit Berlin-Ost)				Alte Länder (mit Berlin-West)			
	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
Bauhauptgewerbe insgesamt	-6,3	-5,6	-7,9	-5,3	-2,0	-6,1	-9,6	-1,4	-6,0	-2,0	-2,5	1,9
Wohnungsbau	8,5	-6,2	-14,5	-3,9	13,1	-3,3	-12,1	-3,8	-3,9	-1,8	-1,0	-0,1
Gewerblicher Bau	-18,7	-11,9	-8,3	-11,4	-12,9	-11,5	-10,2	-3,5	-7,5	-2,8	-3,6	4,2
Öffentlicher Bau und Straßenbau	1,3	5,7	0,4	1,0	-2,7	-2,1	-5,4	4,5	-7,0	-1,2	-3,0	1,8

^a Für alle Betriebe durch das Statistische Bundesamt aufgeschätzte Werte.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, div. Jahrgänge; Berechnungen des IWH.

Der Umsatzrückgang des gewerblichen Baus ist dagegen in Sachsen-Anhalt noch stärker als in Ostdeutschland insgesamt ausgefallen. Während in den neuen Ländern insgesamt 1999 nur noch ein Rückgang von 3,5% gegenüber dem Vorjahr zu erkennen war, war der Rückgang bei Sachsen-Anhalts Betrieben mit -11,4% unvermindert hoch.²²⁴ Sachsen-Anhalts Baubetriebe haben in früheren Jahren in hohem Ausmaß Umsatz im gewerblichen Bau erzielt,²²⁵ was auch zu hohen Beständen an gewerblichen Bauten geführt haben dürfte. Damit sind sie auch in besonderem Maße von dem von Loose und Ludwig für die neuen Länder konstatierten Kapazitätsüberhang an gewerblichen Bauten betroffen.²²⁶ Dies und vermutlich auch ein starker Rückgang der Nachfrage nach gewerblichen Bauten in einigen Industriebranchen nach Abschluss der Großinvestitio-

²²⁴ Dieser Umsatzrückgang ist sowohl durch einen Rückgang der Bauproduktion verursacht, der allerdings geringer als im Vorjahr ausfiel (vgl. LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND SACHSEN-ANHALT: Jahresbericht 1999, a. a. O., S. 86), als auch durch sinkende Preise.

²²⁵ So wurden in Sachsen-Anhalt 1995 48,3% des Umsatzes mit gewerblichen Bauten erzielt, während es in den neuen Ländern 42,1% und in den alten Ländern 35,8% waren (Berechnungen des IWH nach Angaben des Statistischen Bundesamtes).

²²⁶ Vgl. LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutscher Bausektor im freien Fall?, a. a. O., S. 6. – Vgl. auch LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND IN SACHSEN-ANHALT: Jahresbericht 1999. Hannover 2000, S. 86.

nen dürften den starken und andauernden Einbruch im Bereich der gewerblichen Bauten erklären.

Zwischenfazit: Das Baugewerbe war in Sachsen-Anhalt ebenso wie in den anderen neuen und den alten Bundesländern in den letzten Jahren von einer Schrumpfung betroffen, die sich in erheblichen Umsatz- und Beschäftigungsrückgängen ausdrückt. Insbesondere die Beschäftigungseinbrüche waren in Sachsen-Anhalt stärker als im Durchschnitt der neuen und alten Länder. Die Relationen von Löhnen, Arbeitsstunden und Umsätzen ähneln sich in den Branchen des Baugewerbes, wenn sich auch die Veränderungsraten zwischen 1995 und 1999 leicht unterscheiden. Auffällig sind die niedrigeren Stundenlöhne der sachsen-anhaltinischen wie auch der anderen ostdeutschen Baubetriebe gegenüber den alten Ländern. Der Wettbewerbsvorteil wird aber durch niedrigere Produktivitäten weitgehend „aufgezehrt“. Die Ursachen für die Produktivitätsunterschiede lassen sich auf dieser Abstraktionsebene nicht klären und legen detailliertere mikroökonomische Analysen nahe, die den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden. Vergleicht man das Baugewerbe nach Sparten, dann zeigt sich, dass die Sparte öffentlicher Bau und Straßenbau in den letzten Jahren als einzige Zuwächse verzeichnete und damit eine wichtige Stütze der Baubetriebe in Sachsen-Anhalt war. Allerdings ging der Umsatzanstieg 1999 etwas zurück und lag auch unter dem der Betriebe in Gesamt-Ostdeutschland. Da der öffentliche Bau und Straßenbau angesichts der großen Schwäche des gewerblichen Baus die Baukonjunktur stützten und außerdem Bauten im Bundesland Sachsen-Anhalt hier auch zu einer Standortverbesserung beitragen, sollten Land und Kommunen in ihren Haushalten den Bauprojekten auch zukünftig eine hohe Priorität zugestehen.

3.3.5 Dienstleistungen

Im Rahmen des Strukturwandels kommt der zunehmenden Verlagerung von Wertschöpfung und Beschäftigung in den sogenannten tertiären Sektor, d. h. in den Dienstleistungssektor, große Bedeutung zu. Zunächst wird eine Abgrenzung des Dienstleistungssektors vorgenommen und ein Gesamtüberblick über die Lage und Entwicklung im sachsen-anhaltinischen Dienstleistungssektor im Vergleich zu den neuen Ländern insgesamt gegeben. Anschließend werden vertiefend die Entwicklungen in einzelnen Dienstleistungsbranchen betrachtet, wobei nach produktionsnahen, haushaltsnahen und distributiven Dienstleistungsbranchen unterteilt wird.

- Die Setzung eines Untersuchungsschwerpunktes produktionsnahe Dienstleistungen erfolgt, weil von deren Leistungsfähigkeit nicht zuletzt die Wettbewerbsfähigkeit des verarbeitenden Gewerbes abhängt.
- Die Setzung eines weiteren Untersuchungsschwerpunktes haushaltsnahe Dienstleistungen wird vorgenommen, weil dieser Bereich in den ersten Jahren nach der

Wende eine besonders dynamische Entwicklung nahm. Ein intensives Gründungsgeschehen in den haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen entsprach einem Nachholbedarf bei vielen dieser Dienstleistungen. Begünstigt wurde die Entwicklung dieser Branchen durch den Umstand, dass sie Leistungen für regionale Märkte erbrachten und daher nicht im überregionalen Wettbewerb standen. Es ist daher von Interesse, die derzeit gegebenen Strukturen zu untersuchen.

- Die distributiven Dienstleistungen sind schließlich von Interesse, weil sie für die Beschäftigung im Land eine große Bedeutung haben und weil Handel und Verkehr, die zusammen die distributiven Dienstleistungen bilden, eine wichtige Vermittlungsfunktion zwischen Produzenten und Verbrauchern (im produzierenden und im konsumtiven Bereich) haben.

Zum Dienstleistungssektor gehören auch die staatlichen und sozialen Dienstleistungen. Diese werden hier bei der Untersuchung der wirtschaftlichen Lage und Entwicklung des Dienstleistungssektors ausgeklammert. Eine trennscharfe Abgrenzung speziell der staatlichen Dienstleistungen ist anhand der dominierenden und auch hier verwendeten Systematik der Wirtschaftszweige des Statistischen Bundesamtes (WZ 93) nicht mehr möglich. So wird in dieser Strukturanalyse die Branche Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung den produktionsnahen Dienstleistungen zugeordnet, obwohl sie noch stark unter der Regie des Staates steht.

3.3.5.1 Gesamtüberblick zur Entwicklung im Dienstleistungssektor

a) Abgrenzung des Dienstleistungssektors

Die hier verwendete Abgrenzung des Dienstleistungssektors ordnet dem Dienstleistungssektor die Wirtschaftsabteilungen G bis O der WZ 93 zu.²²⁷ Nicht erfasst werden mit dieser Abgrenzung Dienstleistungsaktivitäten in Branchen außerhalb der in der beschriebenen Art und Weise abgegrenzten Dienstleistungsbranchen, also z. B. im Verarbeitenden Gewerbe.

Untersuchungen zur Lage und Entwicklung im Dienstleistungssektor stoßen auf große Datenprobleme, weil die amtliche Statistik nach wie vor stark auf das produzierende Gewerbe orientiert ist und dem Strukturwandel zugunsten des Dienstleistungssektors bislang wenig Rechnung trägt. Daher kann für die Analyse des Dienstleistungssektors und seiner Subbranchen nur auf eine sehr begrenzte Zahl von Indikatoren zurückgegriffen werden, um näherungsweise etwas über wirtschaftliche Ergebnisse der Dienstleistungsbranchen und die dahinter stehenden Determinanten sagen zu können. Die im Folgenden verwendeten Indikatoren basieren auf der Statistik der sozialversicherungs-

²²⁷ Eine ähnliche Abgrenzung im Sinne einer Residualbestimmung wählte das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in der Strukturberichterstattung 1995. Vgl. HUMMEL, M. u. a.: Strukturbericht 1995. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.). München 1995, S. 22.

pflichtig Beschäftigten, den Statistiken über die Umsatzsteuer, die Gewerbeanzeigen, das Beherbergungsgewerbe und die Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

b) Gesamtüberblick zur Entwicklung des Dienstleistungssektors anhand von Beschäftigtendaten

Bevor die einzelnen Dienstleistungsbranchen betrachtet werden, erfolgt zunächst eine Betrachtung des Dienstleistungssektors insgesamt. Dies geschieht anhand der Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Systematik der Wirtschaftszweige der Bundesanstalt für Arbeit (1973). Nur in dieser Systematik liegen Daten auch für das Jahr 1995 vor, während in der ansonsten verwendeten Systematik der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93) nur Beschäftigtendaten für die Jahre 1998 und 1999 verfügbar sind.

Im Rahmen dieser allgemeinen Betrachtung wird auf zwei Fragen eingegangen:

1. Wie stellen sich Umfang und Entwicklung der Dienstleistungsbeschäftigung im Vergleich zu den anderen neuen Ländern dar? Welche Rolle spielt der Dienstleistungssektor für die Beschäftigung von Frauen in Sachsen-Anhalt?
2. Wie entwickelte sich die Beschäftigung in Sachsen-Anhalt in den verschiedenen Arten von Dienstleistungen, sprich bei produktionsorientierten, distributiven, konsumorientierten, sozialen und staatlichen Dienstleistungen?

Zu 1.: Insgesamt waren in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 551.989 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungssektor tätig, im Jahr 1998 waren es noch 554.514 und im Ausgangsjahr 1995 waren es 571.952 (vgl. Tabelle A-S.8). Damit waren in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 64% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor tätig. In den neuen Ländern insgesamt waren es 62,6% und in den alten Ländern 59,4%. Die Entwicklung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor war im Zeitraum 1995 bis 1998 in Sachsen-Anhalt mit -3,0% rückläufig. Der Rückgang in Ostdeutschland war mit -3,8% sogar noch etwas stärker. Anders als in Sachsen-Anhalt und in Ostdeutschland insgesamt stieg in diesem Zeitraum die Beschäftigung im Dienstleistungssektor in den alten Ländern an – um 5,7%. Von 1998 zu 1999 entwickelte sich die Dienstleistungsbeschäftigung in Sachsen-Anhalt nicht mehr im Gleichklang mit der ostdeutschen Entwicklung. Sachsens-Anhalts Dienstleistungssektor fällt negativ auf, weil die Beschäftigung dort um -0,5% zurückging, während sie in Ostdeutschland insgesamt im Dienstleistungssektor um 0,6% und in den alten Ländern sogar um 3,8% gestiegen ist.²²⁸ Der Anteil von Frauen an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist im Dienstleistungssektor höher als im volkswirtschaftlichen Durch-

²²⁸ Beim Jahresvergleich 1998/1999 ist zu berücksichtigen, dass im Jahr 1999 eine Veränderung des Sozialversicherungsrechtes in Gestalt der erstmaligen Erfassung der sogenannten geringfügig Beschäftigten erfolgte.

schnitt, und zwar sowohl in Sachsen-Anhalt als auch im Dienstleistungssektor der neuen Länder bzw. der alten Länder insgesamt. In Sachsen-Anhalt liegt der Frauenanteil mit 62,3% geringfügig über dem ostdeutschen Durchschnitt (61,6%) und um 6,1% über dem westdeutschen Durchschnitt (vgl. Tabelle A-S.9).

Zu 2.: Der Rückgang der Dienstleistungsbeschäftigung insgesamt in Sachsen-Anhalt verdeckt, dass sich innerhalb dieses Sektors die Beschäftigung in den einzelnen Dienstleistungsarten, sprich bei den produktionsorientierten, distributiven, konsumorientierten, sozialen und staatlichen Dienstleistungen sehr unterschiedlich entwickelt hat (vgl. Tabelle A-S.10). Im Zeitraum 1995 bis 1998 hat sich in Sachsen-Anhalt in drei der fünf Dienstleistungsarten die Beschäftigung erhöht: bei den produktionsorientierten Dienstleistungen (+6,1%), bei den konsumorientierten Dienstleistungen (+7,3%), und bei den sozialen Dienstleistungen (+5,7%). Zurückgegangen ist die Beschäftigung dagegen bei den distributiven und bei den staatlichen Dienstleistungen (-7,0% bzw. -13,5%). In dieser Richtung entwickelte sich die Beschäftigung auch in den neuen Ländern insgesamt. Der Rückgang der Beschäftigung im staatlichen Dienstleistungsbereich fiel im ostdeutschen Durchschnitt sogar noch um 5,9 Prozentpunkte stärker aus. In den alten Ländern dagegen gab es nur im staatlichen Bereich einen leichten Rückgang der Dienstleistungsbeschäftigung, bei allen anderen Dienstleistungsarten stieg sie an, und zwar jeweils stärker als in Sachsen-Anhalt. So war der Beschäftigungszuwachs bei den produktionsorientierten Dienstleistungen in den alten Ländern fast doppelt so groß wie in Sachsen-Anhalt. Auf eine Interpretation der Entwicklungen im Jahr 1999 gegenüber 1998 wird hier verzichtet, weil in Sachsen-Anhalt die Lehrer von den staatlichen Dienstleistungen zu den sozialen Dienstleistungen statistisch umgruppiert wurden und daher die Entwicklung speziell bei den sozialen und staatlichen Dienstleistungen nicht sinnvoll interpretierbar ist.

Nach der Gesamtdarstellung des Dienstleistungssektors anhand der Beschäftigtendaten wird nunmehr der Blick auf die einzelnen Dienstleistungsbranchen – in der Abgrenzung der Systematik der Wirtschaftszweige 193 (WZ 93) – gerichtet.²²⁹ Wegen der eingangs aufgestellten Hypothesen über die spezifische Bedeutung einzelner Dienstleistungsarten für das gesamtwirtschaftliche Wachstum erfolgt eine Gruppierung der Dienstleistungsbranchen ähnlich wie oben nach produktionsnahen, haushaltsnahen und distributiven Dienstleistungen. Die Branchen, die größtenteils den staatlichen oder den sozialen Dienstleistungen zugeordnet werden können, also die öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung, die exterritorialen Organisationen und Körperschaften, Erziehung und Unterricht, Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen sowie Interessen-

²²⁹ Der Wechsel der Wirtschaftszweigsystematik ist erforderlich, weil mit Ausnahme der Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sämtliche anderen verfügbaren Daten nur in der Systematik WZ 93 vorliegen.

vertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport) werden hier nicht in die Untersuchung einbezogen.

3.3.5.2 *Produktionsnahe Dienstleistungen*

In Ostdeutschland hat sich im Zuge der Strukturanpassungen an die Marktwirtschaft ein drastischer Rückgang der Industriebeschäftigung vollzogen. Im Zusammenhang damit ist ein großer Teil der Dienstleistungen, die zuvor im Rahmen der großbetrieblichen Strukturen der sozialistischen Industriekombinate erbracht worden sind, im Zuge der Privatisierung durch Ausgründungen und Abspaltungen verselbstständigt worden. Daneben wurden in Erwartung günstiger Marktchancen neue, produktionsnahe Dienstleistungsunternehmen gegründet. Schließlich stellt ein ausdifferenziertes Angebot leistungsfähiger produktionsnaher Dienstleistungsunternehmen Vorleistungen für das produzierende Gewerbe bereit und bildet damit für wirtschaftliche Aktivitäten im sekundären Sektor eine Art „Infrastruktur“.²³⁰

Die Abgrenzung von Dienstleistungsbranchen als „produktionsnah“ erweist sich als schwierig, weil sehr viele Dienstleistungsbranchen sowohl Leistungen für Unternehmen als auch für private Haushalte erbringen. So erbringt beispielsweise das Kreditgewerbe Leistungen für Unternehmen und für private Haushalte, ebenso die Branche Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal. Daher ist eine eindeutige Trennung zwischen produktionsnahen und haushaltsnahen Dienstleistungen nicht möglich. Die im Folgenden vorgenommene Zuordnung der Dienstleistungsbranchen (2-Steller WZ 93) zu produktionsnahen Dienstleistungen stellt aus den eben genannten Gründen nur eine grobe Näherung dar. Die Zuordnung lehnt sich an in früheren Arbeiten des IWH verwendete Zuordnungen von Dienstleistungsbranchen an, in denen insgesamt fünf Dienstleistungsarten unterschieden wurden, und zwar produktionsnahe, konsumbezogene, distributive, staatliche und soziale Dienstleistungen (vgl. zur Branchenzuordnung: Übersicht A-S.11 im Anhang).²³¹ Eine weitere Schwierigkeit besteht darin, dass die herkömmliche Branchengliederung bestimmte neue Tendenzen im sektoralen Strukturwandel, insbesondere jene zugunsten der sogenannten „New Economy“, nicht widerspiegelt. Eine wichtige Branche, die man heute zur „New Economy“ zählen würde, wird im Folgenden mit betrachtet.

a) Indikatoren zur Abbildung der wirtschaftlichen Ergebnisse

Nimmt man die *Lieferungen und Leistungen lt. Umsatzsteuerstatistik* als Indikator, um das wirtschaftliche Ergebnis der produktionsnahen Dienstleistungsbranchen näherungs-

²³⁰ Vgl. GEPPERT, K.: Unternehmensbezogenen Dienstleistungen im Land Brandenburg. Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten. DIW Beiträge zur Strukturforchung, Heft 183. Berlin 1999, S. 8.

²³¹ Vgl. MÜLLER, G.: Die Erneuerung des Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern, in: IWH-Forschungsreihe 7/1999. Halle 1999, S. 3-79, hier speziell S. 15.

weise abzubilden, dann weisen in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1994 bis 1997 fünf von acht ausgewiesenen Branchen ein Umsatzwachstum auf: Die Branche Forschung und Entwicklung verzeichnet im Vergleich mit den anderen produktionsnahen Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt mit +101,80% das höchste Umsatzwachstum, es folgen Datenverarbeitung und Datenbanken (+31,34%), das Grundstücks- und Wohnungswesen (+28,8%), die Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung (+12,9%) (vgl. Tabelle A-S.12). Die Umsätze im Bereich Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen stagnierten hingegen, und in den Branchen Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal sowie Erbringung von sonstigen Dienstleistungen gingen sie zurück (-14,6% bzw. -24,1%). Wegen der bereits oben erwähnten Befreiungstatbestände von der Umsatzsteuer für Unternehmen des Kredit- und Versicherungsgewerbes erscheint eine Interpretation der in der Umsatzsteuerstatistik für diese Branchen ausgewiesenen Umsatzentwicklungen als wenig sinnvoll.

In den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt mit gestiegenen Umsätzen lagen diese Umsatzentwicklungen, mit einer Ausnahme, zumeist im Mittelfeld der ostdeutschen Länder. Die Ausnahme ist das Grundstücks- und Wohnungswesen in Sachsen-Anhalt, deren Umsatzwachstum das niedrigste im ostdeutschen Ländervergleich war. Es lag jedoch um 20,3 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Die Branchen, in denen es in Sachsen-Anhalt Umsatzrückgänge gab, entwickelten sich zum Teil in den anderen neuen Ländern günstiger. Am krassesten zeigt sich diese ungünstige Entwicklung in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Ländern bei der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen. Dort wiesen alle anderen neuen Länder zweistellige Umsatzzuwächse aus, während die Umsatzentwicklung in Sachsen-Anhalt stagnierte. Bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen und bei der Vermietung von beweglichen Sachen ohne Bedienungspersonal wies jeweils eines der anderen neuen Länder noch ungünstigere Entwicklungen auf (im ersten Fall Thüringen, im zweiten Fall Brandenburg).

b) Indikatoren zur Abbildung von Faktoren, die hinter dem wirtschaftlichen Ergebnis stehen

Humankapital

Die Beschäftigung Sozialversicherungspflichtiger ist 1999 gegenüber 1998 (jeweils Stand 30.06.) in sechs Branchen gestiegen, in einer stagnierte sie und in drei Branchen war sie rückläufig (vgl. Tabelle A-S.13). Am stärksten, nämlich um +10,8%, ist die Beschäftigung in der Datenverarbeitungsbranche gestiegen, gewachsen ist sie auch im Grundstücks- und Wohnungswesen (+3,2%), bei der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (+3,0%), bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (+2,2%), bei mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten (+1,5%) und bei der Vermietung beweglicher Sachen (+1,5%). Im Versiche-

rungsgewerbe stagnierte die Beschäftigungsentwicklung (-0,4%). Rückläufig war die Beschäftigung in Forschung und Entwicklung um -1,3%, im Kreditgewerbe um -3,0%, in der Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstigen Entsorgung um -16,6%).

Ein Vergleich mit den anderen neuen Ländern zeigt, dass die Beschäftigung in sämtlichen produktionsnahen Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt mit Ausnahme der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen eine geringere Entwicklung als in den neuen Ländern insgesamt hatte. Im Vergleich mit den alten Ländern hatte Sachsen-Anhalt nur bei den mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten eine günstigere Beschäftigungsentwicklung, in allen anderen Branchen verlief sie weniger günstig bzw. ungünstiger.

Sachsen-Anhalt lag bei der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, der gemessen an der Beschäftigtenzahl größten produktionsnahen Dienstleistungsbranche im Land, mit 2.201 Beschäftigten je 100.000 Einwohner fast beim ostdeutschen Durchschnitt (2.219 Beschäftigte). Beim Ländervergleich weisen Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen geringere Besätze in dieser Branche auf, Sachsen dagegen einen höheren (vgl. Tabelle A-S.14). Höher als im ostdeutschen Durchschnitt waren die Beschäftigtenbesätze bei den mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundenen Tätigkeiten, in der Abwasser und Abfallbeseitigung und sonstigen Entsorgung und bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (vgl. Abbildung S.19).

Bei den beiden letztgenannten Branchen lag der Besatz in Sachsen-Anhalt auch über jenem in den alten Ländern. In sämtlichen übrigen, bisher nicht genannten Branchen²³² lag der Besatz in Sachsen-Anhalt unter dem ostdeutschen Durchschnitt und – mit Ausnahme des Grundstücks- und Wohnungswesens – auch unter dem westdeutschen Durchschnittswert. In den als Hoffnungsträger regionaler Wirtschaftsentwicklung geltenden Bereichen Datenverarbeitung und Datenbanken sowie Forschung und Entwicklung waren die Beschäftigtenbesätze in Sachsen-Anhalt jeweils die geringsten im Vergleich der einzelnen neuen Länder und sie lagen um 75% bzw. um 30% unter dem westdeutschen Durchschnitt.

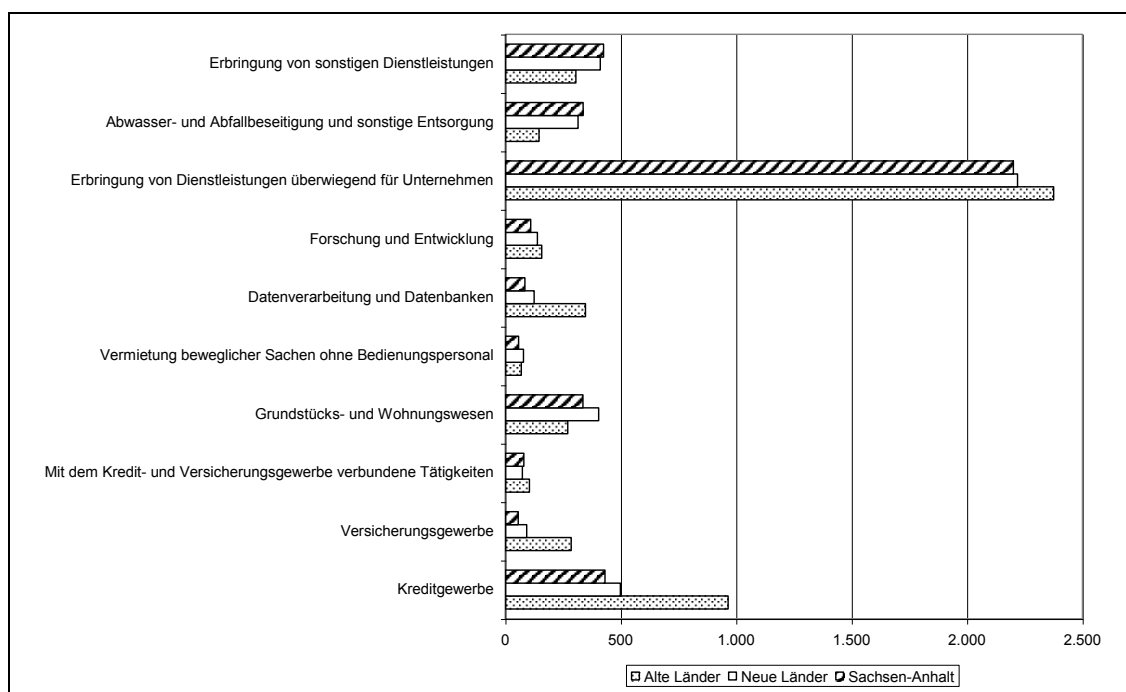
Der *Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss* lag in den einzelnen produktionsnahen Dienstleistungsbranchen im Jahr 1999 jeweils nahe beim ostdeutschen Durchschnitt, d. h. Sachsen-Anhalt verfügt hier im wesentlichen über ähnliche Voraussetzungen wie die neuen Länder insgesamt (vgl. Tabelle A-S.15). Im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern ist der Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss in der Mehrzahl der produktionsnahen Branchen

²³² Es handelt sich um die Branchen Forschung und Entwicklung, Datenverarbeitung und Datenbanken, Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal, Grundstücks- und Wohnungswesen, Versicherungsgewerbe, Kreditgewerbe.

sogar höher oder zumindest annähernd gleich. Lediglich bei den mit dem Kreditgewerbe verbundenen Tätigkeiten und bei der Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal liegt der Anteil Hochqualifizierter etwas unter dem westdeutschen Vergleichswert. Mithin verfügt, unter dem Gesichtspunkt der formalen Berufsabschlüsse, Sachsen-Anhalt über recht gute Bedingungen in den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen.

Abbildung S.19:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen (WZ 93, 2-Steller) je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt, neuen^a und alten^b Ländern 1999 (Stand: 30.06.)



^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Sachkapital

Daten, die den Sachkapitalbestand oder zumindest die Sachkapitalinvestitionen in den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen abbilden können, sind nicht verfügbar. Beihilfswise wird hier auf Förderdaten des Bundesamtes für Wirtschaft über die Förderung von Investitionen gewerblicher Unternehmen in Dienstleistungsbranchen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zurückgegriffen. Bei den nachfolgend dargestellten Daten ist zu berücksichtigen, dass es sich um geförderte Investitionen in Betriebsstätten handelt, aus denen überregionaler Absatz hervorgeht. Die höchsten GRW-geförderten Pro-Kopf-Investitionen

wurden im Zeitraum 1995 bis 1999, wenn man die produktionsnahen Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt betrachtet, mit 90,34 DM je Einwohner im Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken getätigt (vgl. Tabelle A-S.16). Dies ist beinahe das Dreifache dessen, was für Thüringen, dem Land mit dem zweithöchsten geförderten Pro-Kopf-Investitionsvolumen in dieser Branche, ausgewiesen wird. In der Branche Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen waren in Sachsen-Anhalt GRW-geförderte Investitionen in Höhe von 40,55 DM je Einwohner zu verzeichnen. Dieses Investitionsniveau lag weit unter dem Durchschnittswert der neuen Länder insgesamt. In den Ländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen waren jeweils deutlich mehr geförderte Investitionen in dieser Branche zu verzeichnen. Auch in den Bereichen Forschung und Entwicklung und Sonstige Dienstleistungen lagen die geförderten Investitionen in Sachsen-Anhalt unter dem ostdeutschen Durchschnitt.

Unternehmensstrukturen

In den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen Sachsens-Anhalts waren die *Nettogewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner* im Jahr 1999 (sofern diese ausgewiesen waren), die ein Indiz für die unternehmerische Initiative sind, mit zwei Ausnahmen (Kredit- und Versicherungsgewerbe, Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal) positiv (vgl. Tabelle A-S.17). Im Vergleich zur durchschnittlichen Höhe der Nettogewerbeanmeldungen in Ostdeutschland sind die Werte in Sachsen-Anhalt in den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen durchweg geringer.

Speziell bei der wichtigen Branche Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen weist Sachsen-Anhalt im Ländervergleich die niedrigsten Nettogewerbeanmeldungen auf. Bei Datenverarbeitung und Datenbanken weist Sachsen-Anhalt zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern die geringsten Nettogewerbeanmeldungen auf. Bei Forschung und Entwicklung liegen die Nettogewerbeanmeldungen nur in Mecklenburg-Vorpommern noch niedriger. Gegenüber den alten Ländern insgesamt fallen die Pro-Kopf-Nettogewerbeanmeldungen in Sachsen-Anhalt nur in Forschung und Entwicklung gleichhoch aus, in den anderen ausgewiesenen Branchen liegen sie niedriger als in den alten Ländern.

Die Entwicklung der *Zahl der Steuerpflichtigen*, die näherungsweise Auskunft über die Veränderung des Unternehmensbestands geben kann, war im Zeitraum 1994 bis 1997 mit einer Ausnahme²³³ in den Branchen, die hier als produktionsnah zugeordnet worden und in der Statistik ausgewiesen sind, positiv (vgl. Tabelle A-S.18). Den größten Zu-

²³³ Bei der Ausnahme handelt es sich um das Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe, das jedoch wegen möglicher Verzerrungen im Ausweis der Steuerpflichtigen infolge von Befreiungstatbeständen des Umsatzsteuerrechts aus der Betrachtung ausgeblendet wird.

wachs gab es in Forschung und Entwicklung (+139,4%²³⁴), gefolgt vom Grundstücks- und Wohnungswesen (+49,9%), Datenverarbeitung und Datenbanken (+41,7%, Erbringung von sonstigen Dienstleistungen (+19,6%), Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (+15%), Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung (+11,8%) sowie Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal (+7,2%). Im Vergleich der ostdeutschen Länder war der Zuwachs der Zahl der Steuerpflichtigen in Forschung und Entwicklung, bei der Erbringung sonstiger Dienstleistungen und bei der Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstigen Entsorgung in Sachsen-Anhalt jeweils am höchsten. In den übrigen o. g. Branchen lagen die Zuwachsraten im Mittelfeld der neuen Länder.

Ein Indiz, ob es ungeachtet des Anstiegs der Zahl der Steuerpflichtigen eine regionale „Unternehmenslücke“ gibt (vgl. zur „Unternehmenslücke“ auch Abschnitt 3.2.5.1), erhält man, wenn man die Zahl der Steuerpflichtigen in Relation zur Einwohnerzahl setzt, d. h. wenn man die „*Unternehmensdichte*“ (Besatz mit Steuerpflichtigen je 100.000 Einwohner) ermittelt. Im Bereich Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung war die Unternehmensdichte im Jahr 1997 die zweithöchste im Vergleich der neuen Länder, und sie lag über dem Bundesdurchschnitt. Sie war dagegen die niedrigste im Ländervergleich bei der Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, bei der Vermietung von beweglichen Sachen ohne Bedienungspersonal (zusammen mit Sachsen), beim Grundstücks- und Wohnungswesen, bei der Erbringung von sonstigen Dienstleistungen sowie bei Forschung und Entwicklung. Im Bereich Datenverarbeitung und Datenbanken war sie die zweitniedrigste vor jener in Mecklenburg-Vorpommern. In allen produktionsnahen Dienstleistungsbranchen mit Ausnahme der oben genannten Abwasser-, Abfallbeseitigung und sonstigen Entsorgung lag der Besatz in Sachsen-Anhalt unter dem Bundesdurchschnitt. Bei den Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen wird die gesamtdeutsche Unternehmensdichte im Jahr 1997 um 47% unterschritten, bei Datenverarbeitung und Datenbanken sogar um 76% und bei Forschung und Entwicklung um 57% (vgl. Tabelle A-S.19).

c) Zwischenfazit

Bei den produktionsnahen Dienstleistungsbranchen entwickelten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse, gemessen an den Umsätzen, in der Mehrzahl (fünf von acht) der ausgewiesenen Branchen positiv, die Beschäftigung stieg in sechs von zehn Branchen, die Nettogewerbeanmeldungen waren mit zwei Ausnahmen positiv. Die sachsen-anhaltinischen Umsatzzuwächse lagen in den meisten Dienstleistungsbranchen im Mittelfeld der

²³⁴ Dahinter steht eine Zahl von 79 Steuerpflichtigen. Zum Vergleich: Sachsen weist im Jahr 1997 in dieser Branche 174 Steuerpflichtige, Baden-Württemberg 939, Bayern 1.119 und Nordrhein Westfalen 1.014 auf. STATISTISCHES BUNDESAMT: Finanzen und Steuern. Fachserie 14. Reihe 8. Umsatzsteuer. 1997, Stuttgart 1999, S. 187.

neuen Länder. Problematisch ist, dass in Sachsen-Anhalt als einzigem der neuen Länder die Umsatzentwicklung im Vergleich der Jahre 1994 und 1997 in der Branche „Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen“, die gemessen an der Beschäftigung im Lande die größte produktionsnahe Dienstleistungsbranche ist, stagnierte, während in allen anderen neuen Ländern in dieser Branche zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen waren. Die positive Beschäftigungsentwicklung im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr könnte jedoch ein Indiz für eine Besserung der wirtschaftlichen Situation sein. Am stärksten gestiegen ist die Beschäftigung in der als Hoffnungsträger geltenden Datenverarbeitungsbranche, wobei das Beschäftigungswachstum dieser Branche in Ostdeutschland insgesamt nicht erreicht wurde. Insgesamt ist aber die Datenverarbeitungsbranche in Sachsen-Anhalt, gemessen an der Beschäftigung, eine eher kleine Branche, der Beschäftigtenbesatz in Relation zur Einwohnerzahl war zudem in Sachsen-Anhalt der geringste im Vergleich mit den neuen Ländern insgesamt. Und er lag unter dem westdeutschen Besatz. Dieser geringere Beschäftigtenbesatz im Vergleich zu den anderen neuen und zu den alten Ländern traf auch auf die Branche Forschung und Entwicklung zu, wo zudem die Beschäftigung im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr anders als in den meisten übrigen neuen Ländern zurückging.

3.3.5.3 Haushaltsnahe Dienstleistungen

Die haushaltsnahen Dienstleistungen spielten in den ersten Jahren der marktwirtschaftlichen Umgestaltung eine wichtige Rolle für die wirtschaftliche Entwicklung, weil sie auf lokale und regionale Märkte ausgerichtet und nicht dem überregionalen Wettbewerb ausgesetzt waren. Die Gründungshürden waren teilweise in diesen Bereichen niedriger als in Bereichen, die im überregionalen Wettbewerb standen, sodass Existenzgründungen in diesem Bereich der Dienstleistungen anfänglich eine große Rolle im gesamten ostdeutschen Gründungsgeschehen spielten. Es stellt sich die Frage, wie sich die wirtschaftlichen Ergebnisse der haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen mittlerweile darstellen und wie die Determinanten aussehen, die hinter diesen Ergebnissen stehen.

Die Abgrenzung von Dienstleistungsbranchen als „haushaltsnah“ ist mit dem gleichen Problem wie die Abgrenzung der produktionsnahen Dienstleistungen verbunden. Eine trennscharfe Abgrenzung ist nicht möglich. Die hier vorgenommene Zuordnung stellt daher nur eine grobe Näherung dar. Wiederum in Anlehnung an frühere, bereits weiter oben erwähnte, Arbeiten im IWH werden hier folgende Branchen als haushaltsnah eingestuft: Gastgewerbe, Kultur, Sport und Unterhaltung und Beschäftigung in privaten Haushalten.

a) Indikatoren zur Abbildung der wirtschaftlichen Ergebnisse

In der haushaltsnahen Dienstleistungsbranche Kultur, Sport und Unterhaltung sind die *Lieferungen und Leistungen* im Zeitraum 1994 bis 1997 um 14% gestiegen. Im Gastgewerbe sind sie dagegen um 13,1% gesunken (vgl. Tabelle A-S.12). Für die privaten

Haushalte enthält die Umsatzsteuerstatistik keine Angaben. Das Wachstum der Lieferungen und Leistungen in der Sparte Kultur, Sport und Unterhaltung fiel zwar in Sachsen-Anhalt um 10,3 Prozentpunkte stärker als im Bundesdurchschnitt aus, es war jedoch deutlich niedriger als in den übrigen neuen Ländern, wo es zwischen +36,0% und +128,2% lag. Einen Umsatzrückgang im Gastgewerbe verzeichneten nicht nur Sachsen-Anhalt, sondern auch alle anderen neuen Länder. Allerdings fiel der Rückgang in den anderen neuen Ländern wesentlich schwächer als in Sachsen-Anhalt aus.

b) Indikatoren zu Abbildung von Faktoren, die hinter dem wirtschaftlichen Ergebnis stehen

Humankapital

In sämtlichen Branchen, die als haushaltsnah zugeordnet wurden, ist die *sozialversicherungspflichtige Beschäftigung* in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr²³⁵ gestiegen, im Gastgewerbe um +4,3, in privaten Haushalten um +2,4% und im Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung um +1,1% (vgl. Tabelle A-S.13). Das Beschäftigungswachstum im Gastgewerbe in Sachsen-Anhalt war nach jenem in Mecklenburg-Vorpommern das zweithöchste in Ostdeutschland. Im Bereich Kultur, Sport und Unterhaltung blieb es dagegen weit unter jenem in allen anderen neuen Ländern zurück.

Nimmt man den Besitz mit *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 100.000 Einwohner*, um Indizien für das erreichte Beschäftigungsniveau im Vergleich zu den neuen und alten Ländern insgesamt zu erhalten, so zeigt sich, dass der sachsen-anhaltinische Beschäftigtenbesatz in allen drei haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen unter dem Vergleichswert für die ostdeutschen Länder insgesamt und auch unter jenem für die alten Länder insgesamt liegt (vgl. Tabelle A-S.14 und Abbildung S.20).

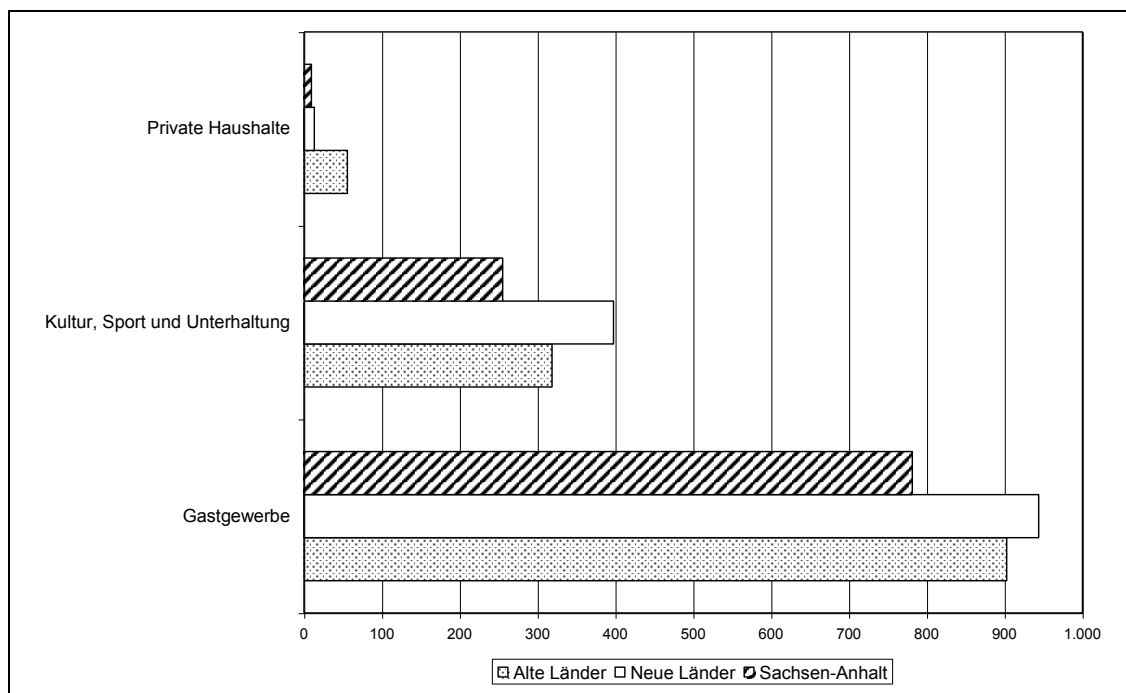
Im Gastgewerbe und bei Kultur, Sport und Unterhaltung liegt im Durchschnitt der neuen Länder der Beschäftigtenbesatz höher als in den alten Ländern, bei den privaten Haushalten dagegen deutlich darunter.

Beschäftigte, die über hohe formale berufliche Qualifikationen, sprich *Fachhochschul- oder Hochschulabschluss* verfügen, spielen nur in der Branche Kultur, Sport- und Unterhaltung eine Rolle, wo ihr Anteil in Sachsen-Anhalt im Jahre 1999 bei 14,9% liegt (vgl. Tabelle A-S.15). Dies sind zwar 6,3 Prozentpunkte weniger als im Durchschnitt der neuen Länder, aber 4,8 Prozentpunkte mehr als in den alten Ländern. In den anderen beiden Branchen, die als haushaltsnah eingestuft wurden (Gastgewerbe, private Haushalte), ist der Anteil von Beschäftigten mit Hochschulabschluss nur sehr gering und wird hier nicht weiter diskutiert.

²³⁵ Ein Vergleich mit dem Jahr 1995 ist nicht möglich, weil für das Jahr 1995 keine Daten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Systematik WZ 93 verfügbar sind.

Abbildung S.20:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen (WZ 93, 2-Steller) je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt, neuen^a und alten^b Ländern 1999 (Stand 30.06.)



^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Sachkapital

Das Gastgewerbe ist jene Dienstleistungsbranche, die im Zeitraum 1995 bis 1999 das größte GRW-geförderte Pro-Kopf-Volumen im gewerblichen Bereich aufweist (vgl. Tabelle A-S.16). Es beträgt rund 427 DM je Einwohner und ist das dritthöchste im Vergleich der neuen Länder, nach Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg. Ebenfalls an dritter Stelle im Vergleich der neuen Länder liegen die Pro-Kopf-Investitionen, die durch die GRW in der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung gefördert wurden. Hier weisen ebenfalls die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg deutlich höhere und die Länder Sachsen und Thüringen niedrigere Werte auf.

Unternehmensstrukturen

Die *Nettogewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner* als Indikator für die unternehmerische Initiative waren im Jahr 1999 im Gastgewerbe in Sachsen-Anhalt negativ, d. h. es gab mehr Abmeldungen als Anmeldungen. Negative Nettogewerbeanmeldungen hatten auch die meisten anderen neuen Länder, allerdings war der sachsen-anhaltinische Saldo

der ungünstigste. Einen Nettozuwachs gab es im Gastgewerbe nur in Mecklenburg-Vorpommern. Für die anderen haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen sind keine Gewerbeanzeigendaten veröffentlicht.

Die *Zahl der Steuerpflichtigen* ist in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1994 bis 1997 in der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung um -2,6% und im Gastgewerbe um -7,2% zurückgegangen (vgl. Tabelle A-S.18). Für die Privaten Haushalte weist die Umsatzsteuerstatistik keine Angaben aus. Im Gastgewerbe verzeichneten Brandenburg, Sachsen und Thüringen ebenfalls Rückgänge der Zahl der Steuerpflichtigen, die jedoch, mit Ausnahme Thüringens (-7,4%) weniger stark als in Sachsen-Anhalt ausfielen. In Mecklenburg-Vorpommern stagnierte die Zahl der Steuerpflichtigen im Gastgewerbe mit +0,4% faktisch. In der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung ist Sachsen-Anhalt allerdings das einzige Land, das einen Rückgang der Zahl der Steuerpflichtigen verzeichnete. In allen anderen neuen Ländern ist die Zahl der Steuerpflichtigen in dieser Branche gestiegen, darunter in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen mit zweistelligen Wachstumsraten.

Die „Unternehmensdichte“ in den haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen lag in Sachsen-Anhalt im Jahr 1997, gemessen an der *Zahl der Steuerpflichtigen je 100.000 Einwohner*, im Gastgewerbe mit 240 Steuerpflichtigen an vorletzter Stelle im Vergleich der ostdeutschen Länder (Sachsen lag mit 225 Steuerpflichtigen noch darunter) (vgl. Tabelle A-S.19). In der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung war die Unternehmensdichte in Sachsen-Anhalt im Vergleich der neuen Länder die geringste. Die sachsen-anhaltinischen Werte lagen zudem in beiden ausgewiesenen Branchen weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Zur Lage des Beherbergungsgewerbes in Sachsen-Anhalt

Das im Rahmen der haushaltsnahen Dienstleistungen behandelte Gastgewerbe umfasst nicht nur Restaurants, Cafes usw., sondern auch das Beherbergungsgewerbe als einen wichtigen Teil des Fremdenverkehrssektors, der für Sachsen-Anhalt ein wirtschaftlicher Hoffnungsträger ist. Im folgenden wird ein kurzer Exkurs vorgenommen, um einige Aussagen zum Gastgewerbe durch Auswertung branchenspezifischer Indikatoren zum Beherbergungsgewerbe zu vertiefen. Verwendet werden Indikatoren, die zum einen das Angebot im Beherbergungsgewerbe in Sachsen-Anhalt im Vergleich zu den anderen neuen Ländern und zum anderen die Nachfrage nach Übernachtungen widerspiegeln.

Das *Angebot* im Beherbergungsgewerbe war, gemessen an der Zahl der geöffneten Betriebe und der angebotenen Betten, in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 mit rund 4 Betrieben je 10.000 Einwohner und 188 Betten je 10.000 Einwohner jeweils das niedrigste im Vergleich der ostdeutschen Länder, und das Angebot lag unter jenem in den alten Län

dem (vgl. Tabelle A-S.20). Im Vergleich zu 1995 hat sich das Angebot an Übernachtungsmöglichkeiten allerdings erhöht. Die Steigerungsraten von +13,5% bei der Betriebszahl und von +16,6% bei der Bettenzahl waren aber die zweitniedrigsten in Ostdeutschland, und sie haben nicht zu einen Aufrücken Sachsen-Anhalts bei den Übernachtungsmöglichkeiten je 10.000 Einwohner geführt (vgl. Tabellen A-S.20 und A-S.21).

Was die *Nachfrage* nach Übernachtungen betrifft, so war die Auslastung der angebotenen Betten in Sachsen-Anhalt mit 29,6% die niedrigste unter den neuen Ländern (vgl. Tabelle A-S.22). Die Auslastung der angebotenen Betten ist in den meisten neuen Ländern und auch im Durchschnitt der alten Länder zurückgegangen, d. h. Sachsen-Anhalt weist damit im Ländervergleich keine Sonderentwicklung auf. Die Zahl der Ankünfte fiel in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 mit 80,7 je 100 Einwohner und die Zahl der Übernachtungen mit 202,6 und die durchschnittliche Aufenthaltsdauer mit 2,5 Tagen am niedrigsten im Vergleich der neuen Länder aus (vgl. Tabelle A-S.23). Die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen konnte allerdings in Sachsen-Anhalt um 18,7% bzw. 7,8% gesteigert werden (vgl. Tabelle A-S.24). Weil diese Steigerungsraten aber im Vergleich zu den neuen Ländern insgesamt unterdurchschnittlich waren, konnte Sachsen-Anhalt von seiner Schlussposition bei der Nachfrage nach Übernachtungen nicht weg kommen.

c) Zwischenfazit

Bei den haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen haben sich die Umsätze, die als Indikator zur Abbildung des wirtschaftlichen Ergebnisses verwendet werden, unterschiedlich entwickelt. Die Umsatzentwicklung verlief in der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung und im Gastgewerbe weniger günstig bzw. ungünstiger als in den anderen neuen Ländern. Weiterhin lag der Beschäftigtenbesatz in Relation zur Einwohnerzahl in allen drei als haushaltsnah zugeordneten Dienstleistungsbranchen unter dem Vergleichswert in den neuen Ländern insgesamt. Die Unternehmensdichte in der Branche Kultur, Sport und Unterhaltung war im Vergleich der neuen Länder die niedrigste, im Gastgewerbe die zweitniedrigste (Angaben für 1997).

3.3.5.4 Distributive Dienstleistungen

Den sogenannten distributiven Dienstleistungen kommt zum einen für die Beschäftigung große Bedeutung zu, zum anderen spielen die distributiven Dienstleistungen eine wichtige Rolle als Mittler zwischen Produzenten einerseits und gewerblichen sowie privaten Verbrauchern andererseits (zur Abgrenzung der distributiven Dienstleistungen vgl. Anhang, Übersicht A-S.11).

a) Indikatoren zur Abbildung der wirtschaftlichen Ergebnisse

Nimmt man wiederum die Lieferungen und Leistungen, die in der Umsatzsteuerstatistik ausgewiesen sind, so wiesen die Schifffahrt und die Nachrichtenübermittlung, der Kfz-Handel und der Landverkehr positive Umsatzentwicklungen auf, bei der Handelsvermittlung und im Großhandel stagnierten die Umsätze, und in den übrigen ausgewiesenen Branchen gingen sie zurück, darunter im Einzelhandel um 7,7% (vgl. Tabelle A-S.12). Im Vergleich zu den anderen neuen Ländern lagen die sachsen-anhaltinischen Umsatzentwicklungen jeweils im Mittelfeld. Die Umsatzentwicklung war in Sachsen-Anhalt in allen ausgewiesenen Branchen, mit Ausnahme der Schifffahrt, weniger günstig als im Bundesdurchschnitt. So lag die Umsatzentwicklung im sachsen-anhaltinischen Großhandel um 5,7 Prozentpunkte und im Einzelhandel um 16,1 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt, wobei diese Abweichungen beim Groß- und Einzelhandel nach unten auch in den meisten anderen neuen Ländern zu verzeichnen waren und keine Besonderheit Sachsen-Anhalts darstellen.

*b) Indikatoren zur Abbildung von Faktoren, die hinter dem wirtschaftlichen Ergebnis stehen**Humankapital*

Einen Zuwachs der *sozialversicherungspflichtig Beschäftigten* hat es im Jahr 1999 gegenüber dem Vorjahr (jeweils Stand 30.06.) in Sachsen-Anhalt bei Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr (+2,7%) gegeben (vgl. Tabelle A-S.13). Im Kraftfahrzeughandel und im Landverkehr stagnierte die Beschäftigung, und in den übrigen drei Bereichen, d. h. im Großhandel, im Einzelhandel und in der Nachrichtenübermittlung (-2,7%, -3,4%, -5,1%) ging sie zurück. Vergleicht man die Entwicklung in den vier Branchen mit der größten Beschäftigungszahl in Sachsen-Anhalt (Einzelhandel, Landverkehr, Großhandel und Kraftfahrzeughandel) mit den anderen neuen Ländern, so war die Beschäftigungsentwicklung im Landverkehr weniger ungünstig als in Ostdeutschland insgesamt, im Kraftfahrzeughandel entsprach die sachsen-anhaltinische Entwicklung dem ostdeutschen Durchschnitt. Im Groß- und Einzelhandel war der Beschäftigungsrückgang größer als in Ostdeutschland insgesamt. Im Vergleich zu den alten Ländern war die Beschäftigungsentwicklung ungünstiger.

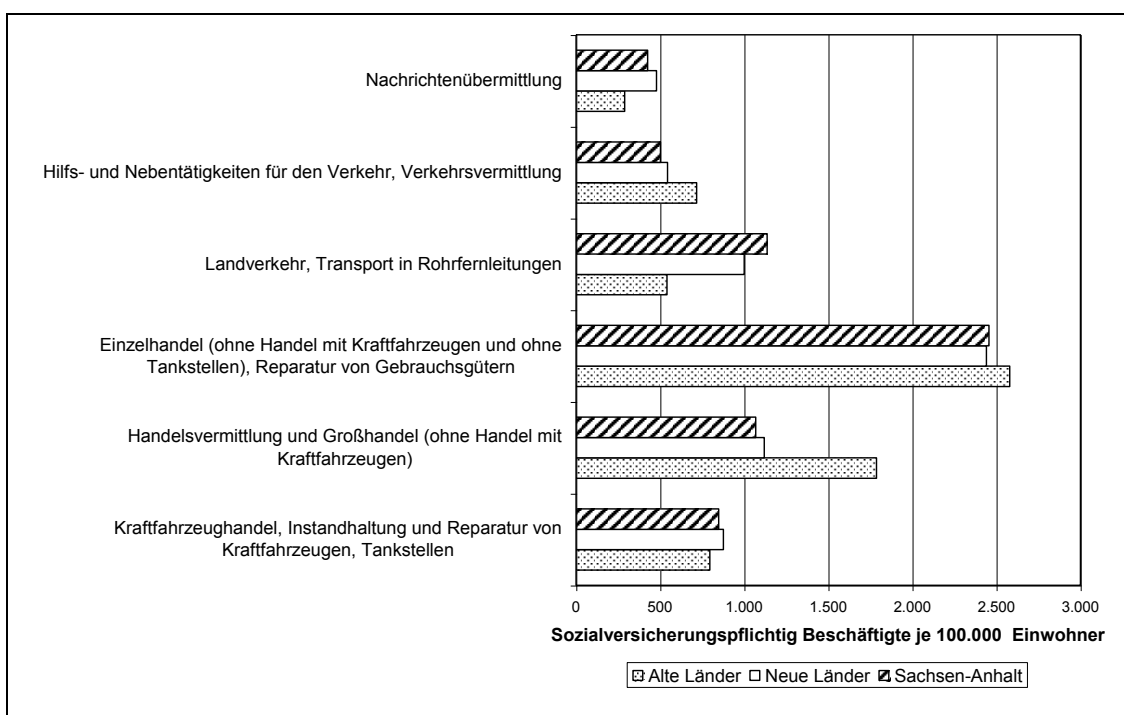
Der Beschäftigtenbesatz (*Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten je 100.000 Einwohner*) in den distributiven Dienstleistungsbranchen liegt im Jahr 1999 (Stand 30.06.) in Sachsen-Anhalt im Landverkehr und in geringem Umfang auch im Einzelhandel über dem ostdeutschen Durchschnitt (vgl. Tabelle A-S.14 und Abbildung S.21).

In den anderen Branchen liegt er darunter. Die Beschäftigtenbesätze in den alten Ländern werden von jenen in Sachsen-Anhalt in drei Branchen übertroffen: im Kraftfahrzeughandel, im Landverkehr und in der Nachrichtenübermittlung. In allen anderen dist-

ributiven Dienstleistungsbranchen liegen die sachsen-anhaltinischen Besätze unter jenen in den alten Ländern. Im Großhandel ist der Unterschied zu den alten Ländern besonders ausgeprägt, hier liegt die Zahl der Beschäftigten in Sachsen-Anhalt im Jahr 1999 um 40% unter dem durchschnittlichen Besatz in den alten Ländern. Ein Unterbesatz im Großhandel ist auch in den anderen neuen Ländern zu verzeichnen.

Abbildung S.21:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den distributiven Dienstleistungsbranchen (WZ 93, 2-Steller) je 100.000 Einwohner in Sachsen-Anhalt, neuen^a und alten^b Ländern 1999 (Stand 30.06.)



^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Der Anteil von Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss liegt in Sachsen-Anhalt in den meisten distributiven Dienstleistungsbranchen nahe beim Anteilswert in Ostdeutschland insgesamt (vgl. Tabelle A-S.15). Im Vergleich zu den alten Ländern verfügen die sachsen-anhaltinischen distributiven Dienstleistungsbranchen über höhere oder zumindest gleich hohe Anteile von Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss.

Sachkapital

Im Bereich der distributiven Dienstleistungen wird die Nutzung der GRW-Statistik zur Untersuchung von Unterschieden in der Höhe der geförderten Pro-Kopf-Investitionen

dadurch erschwert, das nicht alle Branchen in allen Ländern gefördert wurden. In Sachsen-Anhalt wurden nur im Großhandel Investitionen gefördert, und zwar in Höhe von 75,39 DM je Einwohner im Zeitraum 1995 bis 1999 (vgl. Tabelle A-S.16). Damit lag die Branche in Sachsen-Anhalt über dem Durchschnittswert für die neuen Länder.

Unternehmensstrukturen

Die *Nettogewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner* im Jahr 1998 waren bei den ausgewiesenen distributiven Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt in keinem Fall positiv (vgl. Tabelle A-S.17). In allen ausgewiesenen Branchen war das Gewerbeanmeldesgeschehen in den neuen Ländern insgesamt günstiger bzw. weniger ungünstig. Allerdings wiesen im Falle des Großhandels auch alle und beim Einzelhandel die meisten anderen neuen Länder negative Nettogewerbeanmeldungen auf. Gegenüber den alten Ländern stellten sich mit einer Ausnahme (Verkehr und Nachrichtenübermittlung) in sämtlichen ausgewiesenen sachsen-anhaltinischen Branchen die Nettogewerbeanmeldungen deutlich ungünstiger dar.

Die *Zahl der Steuerpflichtigen* hatte sich 1997 gegenüber 1994 in Sachsen-Anhalt nur in der Schifffahrt und in der Nachrichtenübermittlung erhöht, im Kfz-Handel stagnierte sie, in sämtlichen anderen ausgewiesenen distributiven Dienstleistungsbranchen war sie rückläufig (vgl. Tabelle A-S.18). Im Vergleich zu den anderen neuen Ländern war die Entwicklung nur in der Schifffahrt günstiger, wo es sich allerdings nur um wenige Unternehmen handelt. Bei den Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr ist die Entwicklung in den anderen neuen Ländern noch ungünstiger als in Sachsen-Anhalt. In den übrigen distributiven Dienstleistungsbranchen weist Sachsen-Anhalt zumeist die ungünstigsten Entwicklungsraten unter den neuen Ländern auf. Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt war die sachsen-anhaltinische Entwicklung mit einer Ausnahme (Schifffahrt) in allen Bereichen ungünstiger, wobei zu berücksichtigen ist, dass in den drei Handelsbranchen und bei den Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr auch im Bundesdurchschnitt die Zahl der Steuerpflichtigen gesunken ist, d. h. Sachsen-Anhalt hatte in diesen Bereichen keine anders gerichtete Entwicklung als Deutschland insgesamt.

Der *Besatz mit Steuerpflichtigen je 100.000 Einwohner* als Indikator für die „Unternehmensdichte“ war in der Nachrichtenübermittlung im Jahr 1997 der zweithöchste im Vergleich der neuen Länder, in den anderen ausgewiesenen Branchen waren die sachsen-anhaltinischen Besätze im ostdeutschen Ländervergleich die zweitniedrigsten bzw. niedrigsten (vgl. Tabelle A-S.19). In allen distributiven Branchen waren die Besätze in Sachsen-Anhalt zudem niedriger als im Deutschland insgesamt. Die Unternehmensdichte im Großhandel, dem als Mittler zwischen Produzierenden Gewerbe und Lieferanten bzw. Abnehmern eine wichtige Rolle zugewiesen wird, ist allerdings nicht nur in

Sachsen-Anhalt, sondern in sämtlichen neuen Ländern deutlich unter dem Bundesdurchschnitt.

c) Zwischenfazit

In den distributiven Dienstleistungsbranchen, denen eine wichtige „Scharnierfunktion“ zwischen Produzenten und Kunden im Unternehmensbereich und in privaten Haushalten zukommt, lag die Umsatzentwicklung im Zeitraum 1994 bis 1997 im Vergleich zu den anderen neuen Ländern zumeist im Mittelfeld. Die Umsätze im Großhandel und im Einzelhandel entwickelten sich in Sachsen-Anhalt im Gleichklang mit den meisten anderen neuen Ländern ungünstiger als im Bundesdurchschnitt. Die eher ungünstige Entwicklung der Umsätze im Groß- und Einzelhandel ging mit einem Beschäftigungsrückgang in diesen beiden Branchen einher, der stärker als im ostdeutschen Durchschnitt ausfiel.

3.3.5.5 Zwischenfazit

Der Dienstleistungssektor ist in Sachsen-Anhalt ebenso wie in den neuen Ländern insgesamt und auch in den alten Ländern der größte Arbeitgeber. Immerhin reichlich drei Fünftel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Sachsen-Anhalt sind im Dienstleistungssektor beschäftigt. Von den Dienstleistungsbeschäftigten sind wiederum ebenso wie in den neuen Ländern insgesamt mehr als drei Fünftel Frauen. Der Dienstleistungssektor insgesamt entwickelte sich in Sachsen-Anhalt, gemessen an der Beschäftigung, zwischen 1995 und 1999 ungünstig. Bis 1998 machte Sachsen-Anhalt damit im ostdeutschen Ländervergleich keine Ausnahme, sondern in allen neuen Ländern ging die Beschäftigung im Dienstleistungssektor zurück. Anders sah es im Jahr 1999 aus. Dort setzte sich in Sachsen-Anhalt der Beschäftigungsrückgang im Dienstleistungssektor fort, während es in fast allen anderen neuen Ländern Beschäftigungszuwächse gab. Innerhalb des Dienstleistungssektors entwickelte sich allerdings die Beschäftigung unterschiedlich: Bei den produktionsnahen, konsumorientierten und sozialen Dienstleistungen stieg sie im Zeitraum 1995 bis 1998. Diesen Zuwächsen standen aber Rückgänge in der Beschäftigungsentwicklung bei den distributiven und bei den staatlichen Dienstleistungen gegenüber.

4. Analyse der einzelnen Teilräume Sachsen-Anhalts

Nachdem in den vorstehenden Abschnitten Entwicklung und Stand einzelner Sektoren für ganz Sachsen-Anhalt eingehender analysiert wurden, erfolgt mit diesem Kapitel ein Perspektivwechsel hin zur *vergleichenden Betrachtung von Teilräumen des Landes*. Wie im Fall der sektoralen Betrachtung wird der Schritt zur teilräumlichen Betrachtung unternommen, um mögliche Stärken und Schwächen der Wirtschaft Sachsen-Anhalts genauer lokalisieren und Aussagen darüber treffen zu können, wo sich die Wirtschaftsentwicklung besonders günstig oder besonders problembeladen darstellt.

Analog zum Vorgehen in Kap. 3 wird hier so verfahren, dass zunächst diejenigen Indikatoren betrachtet werden, die Hinweise zum wirtschaftlichen Ergebnis der einzelnen Teilräume liefern (4.1). Im darauf folgenden Schritt wird näher untersucht, wie diejenigen Faktoren (Determinanten) in den einzelnen Teilräumen ausgeprägt sind, die zum Zustandekommen des wirtschaftlichen Ergebnisses beitragen (4.2). Schließlich wird auch auf der Ebene der Teilräume untersucht, welchen Beitrag die einzelnen Sektoren zur wirtschaftlichen Entwicklung liefern (4.3).

Um eine teilräumliche Betrachtung durchzuführen, ist es erforderlich, die Landesfläche zu untergliedern. Hierfür bieten sich verschiedene Untergliederungen an, die auf administrativen Entscheidungen (Kreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke) oder auf Siedlungs- und Verflechtungsmerkmalen (Raumordnungsregionen, Arbeitsmarktregionen) (vgl. Abbildung 4.1) beruhen. Die hier zur Unterteilung des Landes Sachsen-Anhalt gewählten fünf Regionen sind das Ergebnis eines politischen Prozesses: Ihre Herausbildung stellt einen wichtigen Zwischenschritt im Prozess der regionalisierten Strukturpolitik dar, welche seit 1995 im Zusammenspiel des Ministeriums für Wirtschaft und Technologie mit dem Ministerium für Raumordnung und Umwelt betrieben wird.¹

Mit dem Konzept der regionalisierten Strukturpolitik wird – parallel zu ähnlichen Regionalisierungspolitiken in anderen Bundesländern – das Ziel verfolgt, die Entwicklung einzelner Teilräume des Landes stärker an die Präferenzen und Entscheidungen verschiedener korporativer Akteure in diesen Teilräumen (Kommunen, Kreise, Verbände, Unternehmen) zu koppeln. Ein Zwischenziel ist hierbei die Abgrenzung von Regionen, welche praktisch einen Planungs-, Koordinierungs- und Gestaltungsrahmen für die regionszugehörigen Akteure und für den Entwurf Regionaler Entwicklungskonzepte (REK) bilden. In die zur Regionsabgrenzung führenden Entscheidungsprozesse fließen zumeist sowohl Willensbekundungen regionszugehöriger Akteure („bottom up“-Elemente) als auch Entscheidungen der Landesregierung („top down“-Elemente“) in Form eines „Gegenstromverfahrens“ ein, wobei letztere um so stärker dominieren, je mehr

¹ Vgl. dazu WEGENER, T.: Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik. Das Beispiel Sachsen-Anhalt. ifo dresden studien 24. Dresden 2000, S. 127-169.

Schwierigkeiten die Akteure in der Region haben, sich auf eine bestimmte Regionsdefinition zu einigen.

Als Ergebnis dieser Abstimmungsprozesse haben sich in Sachsen-Anhalt fünf Regionen herausgebildet (vgl. Abbildung R.1), für die jeweils eigene REK ausformuliert worden sind:²

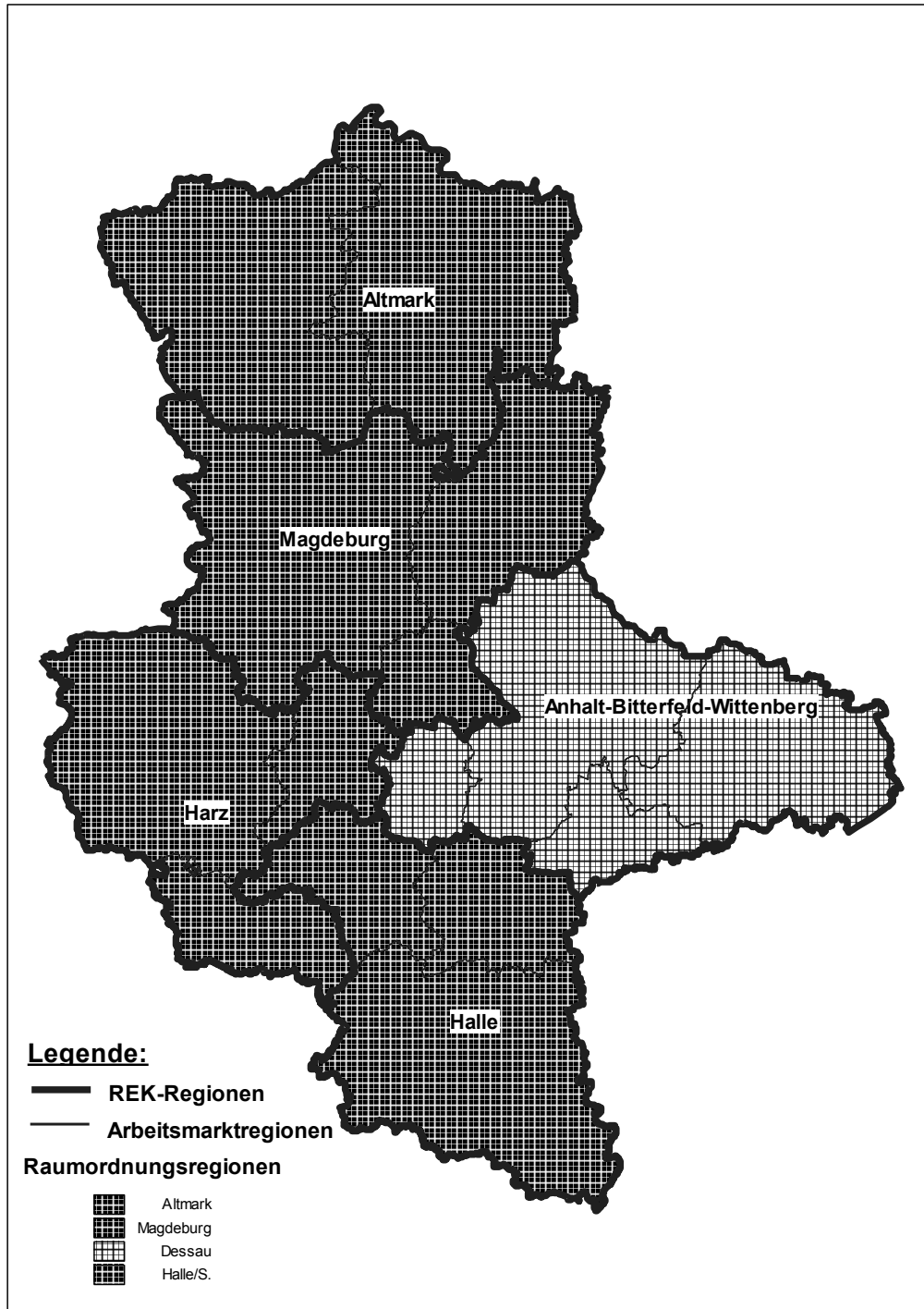
- die Region Altmark, bestehend aus den beiden Landkreisen Salzwedel und Stendal,
- die „Ständige Regionalkonferenz Magdeburg“ (im Folgenden als Region Magdeburg bezeichnet) mit der Stadt Magdeburg und den Kreisen Ohrekreis, Bördekreis, Jerichower Land und Schönebeck,
- die Harzregion mit den Kreisen Halberstadt, Wernigerode, Quedlinburg, Aschersleben-Staßfurt und Sangerhausen,
- das Regionalforum Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (im Folgenden als Region Anhalt bezeichnet) mit der Stadt Dessau und den Kreisen Anhalt-Zerbst, Wittenberg, Bitterfeld, Köthen, Bernburg und somit deckungsgleich mit dem Regierungsbezirk Dessau,
- die Region Halle mit der Stadt Halle (Saale) und den Kreisen, Saalkreis, Mansfelder Land, Merseburg-Querfurt, Burgenlandkreis und Weißenfels.

Die Region Altmark ist flächenmäßig die größte der fünf Regionen, zugleich aber mit 244.364 Einwohnern die am wenigsten besiedelte Region: Auf 23% der Landesfläche leben dort nur 9,2% der Bevölkerung, was einer Dichte von 52 Einwohnern pro km² entspricht (vgl. dazu auch Kap. 4.2.7). Die Region Magdeburg nimmt von der Fläche wie von der Bevölkerungszahl her (614.146 Einwohner) den zweiten Rang unter den sachsen-anhaltinischen Regionen ein. Räumlich gesehen ist die Bevölkerung stark in der und um die Landeshauptstadt Magdeburg konzentriert. Außerhalb dieser Stadtregion liegt die Bevölkerungsdichte nur leicht höher als in der Altmark. Die Region Harz ist

² Die Abgrenzungen dieser fünf Regionen sind primär das Ergebnis *politischer* Entscheidungen. Aus ökonomischer Sicht macht es Sinn, die Frage zu stellen, inwieweit die Grenzziehungen auf den Aspekt der wirtschaftlichen Verflechtung Rücksicht nehmen, also funktionalen (Nodal-)Regionen entsprechen. Würden nämlich die auf die einzelnen Regionen zugeschnittenen Regionalen Entwicklungskonzepte die ökonomische Verflechtung mit Nachbarregionen außer Acht lassen, wäre damit zu rechnen, dass die in den REK vorgeschlagenen politischen Entwicklungsstrategien geringere oder andere als die beabsichtigten Wirkungen entfalten könnten. Einen groben Indikator für die ökonomische Verflechtung von Teilräumen stellt das Ausmaß der Berufspendlerverflechtung dar. Aus der Analyse der Pendlerdaten (vgl. dazu den Exkurs in Kap. 4.1) ergibt sich, dass die Region Altmark und die Harzregion am wenigsten den Kriterien einer Funktionalregion entsprechen, was bei der Formulierung von Entwicklungsvorstellungen für diese Regionen berücksichtigt werden muss. Im Hinblick auf die Pendlerverflechtung erscheint die Zuordnung des Kreises Sangerhausen zur Region Harz fragwürdig.

Abbildung R.1:

Räumliche Gliederung Sachsen-Anhalts nach REK-Regionen, Raumordnungsregionen und Arbeitsmarktregionen



Quelle: Darstellung des IWH.

flächenmäßig die kleinste in Sachsen-Anhalt, verfügt aber aufgrund höherer Siedlungsdichte über deutlich mehr Einwohner – mit 431.073 1,75 mal so viele – als die Region Altmark. Einen Bevölkerungsschwerpunkt bildet der nördliche Harzrand mit einer Kette von Klein- und Mittelstädten. Die von der Fläche und der Einwohnerzahl her drittgrößte Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg verfügt über 552.374 Einwohner. Größere Bevölkerungskonzentrationen ergeben sich in der Form von Mittelstädten (Dessau, Wittenberg, Bernburg, Köthen, Bitterfeld, Wolfen). Die Bevölkerungsdichte nimmt von West nach Ost ab. Die bevölkerungsstärkste Region Halle hat 806.780 Einwohner und weist auch die höchste Einwohnerdichte auf. Im Unterschied zur Region Magdeburg ist die Bevölkerung trotz der starken Konzentration im Raum Halle-Merseburg stärker auf Mittelstädte südlich und westlich hiervon im Raum verteilt.

Alle fünf Regionen hatten zwischen 1995 und 1999 Bevölkerungsrückgänge zu verzeichnen, wobei diese in den beiden Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Halle mit jeweils -3,6% am deutlichsten, in der Region Magdeburg mit -2,6% am schwächsten ausfielen.

4.1 Wirtschaftliches Ergebnis: Stand und Entwicklung

In der Tabelle R.1 sind mit der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen (BWS), dem Wanderungssaldo und der Arbeitslosenquote die Werte der wichtigsten Indikatoren zusammengefasst, die Rückschlüsse auf das wirtschaftliche Ergebnis in den einzelnen Teilräumen zulassen.

Der Blick auf die BWS-Werte, die leider nur für 1995 und 1996 vorliegen, zeigt, dass in beiden Jahren die Region Halle vor der Region Altmark rangierte. Die Regionen Magdeburg und Anhalt wechselten die Positionen 3 und 4, während die Region Harz die niedrigste BWS aufwies.

Bei dem auf die Einwohner bezogenen kumulierten Wanderungssaldo der Jahre 1991 bis 1999 ergibt sich eine andere Rangfolge der Teilräume. Hier lag die Region Magdeburg an vorderster Position, gefolgt von der Region Altmark und der Region Anhalt. Die stärksten Wanderungsverluste hatten die Regionen Harz und Halle zu verzeichnen, wobei letztere mit einem Negativsaldo von mehr als 25.000 Einwohnern absolut gesehen die höchsten Verluste aufwies. Eine ausführlichere Darstellung des Wanderungsgeschehens in den fünf Teilräumen erfolgt im Exkurs am Ende dieses Kapitels.

Bei der Arbeitslosenquote als drittem Ergebnis-Indikator entsprach die Rangfolge im Jahr 1995 der bei der BWS je Erwerbstätigen, mit der Region Halle an der günstigsten und der Region Harz an der ungünstigsten Position. Im Jahr 1999 hat es zwei deutliche Verschiebungen gegeben: Die Region Halle hat ihren Spitzenplatz verloren, ist auf den vorletzten Rang abgerutscht und von der Region Altmark abgelöst worden, die im Untersuchungszeitraum mit Abstand den niedrigsten Anstieg der Arbeitslosenquote zu ver-

zeichnen hatte. Unverändert sind die Positionen der drei anderen Regionen Magdeburg, Anhalt und Harz geblieben.³

Mit der Unterbeschäftigungsquote kann näherungsweise bestimmt werden, wie groß die arbeitsmarktpolitischen Entlastungseffekte in den fünf Teilräumen zwischen 1995 und 1999 ausgefallen sind (Tabelle A-R.1). Mit Ausnahme der Region Magdeburg hat sich 1999 bisher als dasjenige Jahr mit der höchsten Unterbeschäftigungsquote erwiesen, was darauf hindeutet, dass die Arbeitsämter das Instrument beruflicher Weiterbildung in diesem Zeitraum intensiv einsetzten. Dies gilt insbesondere für die Regionen Harz, Altmark und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Der intensivste Einsatz erfolgt hierbei im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Sangerhausen (Teil der Region Harz), wo die Unterbeschäftigungsquote den Wert von 29,6% erreichte.⁴

Tabelle R.1:

Eckdaten zur wirtschaftlichen Situation der Regionen Sachsen-Anhalts

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
Bruttowertschöpfung in DM je Erwerbstätigen 1995	58.685	56.409	63.474	55.366	57.413	58.970
Bruttowertschöpfung in DM je Erwerbstätigen 1996	63.224	61.254	65.963	60.225	60.826	62.675
Veränderung 1996-95 in %	7,7	8,6	3,9	8,8	5,9	6,3
Wanderungssaldo 1991-99 insgesamt	-6.642	-15.181	-26.613	-16.865	-11.705	-72.573
Wanderungssaldo 1991-99 pro 10.000 Einwohner	-271,8	-274,8	-329,9	-391,2	-190,6	-274,0
Arbeitslosenquote 1995 in %	19,2	18,5	16,6	19,8	17,3	17,6
Arbeitslosenquote 1999 in %	19,6	22,1	22,2	22,7	20,8	21,7
Veränderung 1995-99 in %	2,3	19,4	34,3	14,7	20,2	23,3

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

³ Am aktuellen Rand im September 2000 hat die Region Magdeburg (17,2%) die niedrigste Arbeitslosenquote, gefolgt von der Altmark mit 17,7%. Die drei anderen Regionen liegen dagegen mit Werten zwischen 19,7% (Harz), 20,4% (Halle) und 21,0% (Anhalt) dicht beisammen. Quelle: Landesarbeitsamt Sachsen-Anhalt/Thüringen.

⁴ Dieser Wert ist in Tabelle A-R.1 nicht getrennt ausgewiesen.

Im Hinblick auf die Einkommenssituation in den einzelnen Regionen vermittelt der bereits oben aufgeführte Indikator „BWS je Erwerbstätigen“ (Tabelle R.1) erste Hinweise. Dieser hat allerdings den Nachteil, dass er nicht zwischen Einkommen von selbstständig und unselbstständig Tätigen differenziert. Mit den Angaben zu den durchschnittlich in der Industrie erzielten Löhnen (Bruttoindustrielöhne) ermöglicht die amtliche Statistik Einkommensvergleiche bezüglich abhängig Beschäftigter in diesem Sektor (Tabelle R.2). Im Theorieteil der vorliegenden Strukturanalyse wird der Indikator zwar auch als geeignet zur Messung der Wachstumsdeterminante „Humankapital“ angesehen (vgl. oben Kap. 2.2), sein Informationsgehalt geht aber darüber hinaus. Allerdings hat dieser Indikator den Nachteil, dass er sich nur auf eine Branche bezieht und u. U. für Regionen mit geringem Industriebesatz wenig aussagekräftig sein kann. Daneben bleibt unberücksichtigt, inwieweit Einkommensgewinne durch Überstunden erzielt werden.

Tabelle R.2:

Bruttoindustrieloohn nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999
- DM je Arbeiterstunde -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen- Anhalt
1995	20,10	21,71	21,56	20,97	21,89	21,49
1996	20,34	22,19	23,51	22,63	23,01	22,74
Veränderung in %	1,2	2,2	9,0	7,9	5,1	5,8
1997	20,04	22,31	23,98	22,24	22,91	22,79
Veränderung in %	-1,5	0,5	2,0	-1,7	-0,4	0,2
1998	19,81	22,13	24,00	23,23	23,11	22,92
Veränderung in %	-1,2	-0,8	0,1	4,5	0,9	0,6
1999	20,81	22,78	25,41	24,03	22,66	23,59
Veränderung in %	5,0	2,9	5,9	3,4	-1,9	2,9
Veränderung 1999-95 in %	3,5	4,9	17,9	14,6	3,5	9,8

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Wie beim Indikator „BWS je Erwerbstätigen“ nimmt auch bei den Industrielöhnen (Tabelle R.2) die Region Halle den höchsten Rang ein. Es fällt auf, dass die Region Harz nach der Region Halle das zweithöchste Lohnniveau aufweist, nachdem sie 1995 noch an vorletzter Stelle rangiert hatte. Im Untersuchungszeitraum hat die Differenz zwischen der Region mit dem höchsten und der mit dem niedrigsten Industrielohn von 1,79 DM (1995) auf 4,60 DM (1999) um 157% zugenommen.

Als zusätzlicher Ergebnis-Indikator informiert die Sozialhilfequote darüber, welche Regionen höhere und geringere Konzentrationen von armutsbedrohten Personen und Familien aufweisen.

Für das Land Sachsen-Anhalt haben die Sozialhilfeausgaben seit 1995 stetig zugenommen. Abweichend vom landesweiten Trend sind in der Region Altmark die Sozialhilfeausgaben seit 1996 rückgängig. Dagegen sind in der Region Halle die Sozialhilfeausgaben über dem Landesdurchschnitt angestiegen. Das hohe Sozialhilfeniveau in den beiden Regionen Halle und Magdeburg zeigt an, dass die größten Agglomerationen auch die stärkste Polarisierung von wohlhabenderen und ärmeren Bevölkerungsgruppen aufweisen. Demgegenüber sind die beiden am stärksten ländlich geprägten Regionen Altmark und Harz – bei insgesamt geringerem Einkommensniveau – deutlich geringer durch Sozialhilfeausgaben belastet.

Tabelle R.3:

Sozialhilfequote nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1998

- Empfänger laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (insgesamt) je 1.000 Einwohner -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
1995	21,82	22,38	20,76	20,28	23,27	21,70
1996	26,22	23,00	23,28	20,97	25,20	23,56
Veränderung in %	20,1	2,8	12,1	3,4	8,3	8,6
1997	24,95	27,21	28,01	24,17	30,98	27,62
Veränderung in %	-4,8	18,3	20,3	15,3	22,9	17,2
1998	24,69	30,00	33,60	25,97	32,18	30,46
Veränderung in %	-1,0	10,2	19,9	7,4	3,8	10,3

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Zwischenfazit

Der vorstehende Vergleich des wirtschaftlichen Ergebnisses der einzelnen Regionen könnte nahe legen, ein Ranking dieser Regionen zu bilden, indem z. B. die Komplexität einer umfangreichen Datenmatrix durch die Anwendung eines numerischen Entscheidungsmodells zu reduzieren versucht wird. Eine solche Vorgehensweise wird hier nicht für zweckmäßig gehalten, da ein derartiges Ranking suggeriert, dass für die am besten abschneidenden Regionen kein politischer Handlungsbedarf besteht. Alle fünf Regionen weisen jedoch Licht und Schatten und somit wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf auf. Dieser Handlungsbedarf sowie Strategien und Maßnahmen für eine Region können jedoch nur ermittelt werden, wenn die vorhandenen Stärken und Schwächen detailliert herausgearbeitet werden. Von dieser Vorgehensweise sind stärker zielgerichtete Informationen für die regionale Wirtschaftspolitik zu erwarten als von einem Ranking, in das Indikatoren zum wirtschaftlichen Ergebnis wie zu dessen Determinanten unterschiedslos einfließen.

Die fünf Regionen, die im Rahmen des Prozesses der regionalisierten Strukturpolitik abgegrenzt worden sind, teilen sich die Landesfläche relativ gleichmäßig auf. Dies gilt nicht für die Bevölkerung: Die Region Halle hat nahezu 3,5 mal so viele Einwohner wie

die Region Altmark. Alle Regionen haben zwischen 1995 und 1999 Bevölkerungsverluste zu verzeichnen, die sich aus Sterbeüberschüssen und Abwanderung zusammensetzen. Die zahlenmäßig größte Abwanderung findet aus der Region Halle statt; in Relation zur Regionsbevölkerung ist die Region Harz am stärksten davon betroffen.

Im Hinblick auf die Bruttowertschöpfung übertrifft die Region Halle die vier anderen Regionen deutlich. Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg hat zusammen mit der Region Halle die höchsten Bevölkerungsverluste hinnehmen müssen. In der Entwicklung der Bruttowertschöpfung hat sie die Region Magdeburg überholt, liegt aber 1996 immer noch unter dem Landesdurchschnitt. Sie hat im gleichen Zeitraum den stärksten Rückgang in der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu verzeichnen, liegt aber mit ihrer Arbeitslosenquote nahe am Landesdurchschnitt. Die am dünnsten besiedelte Region Altmark ist relativ gering von Arbeitslosigkeit betroffen. Ihre erwerbsfähige Bevölkerung profitiert von der Grenzlage zu Niedersachsen, dessen Unternehmen zahlreiche Arbeitsplätze mit Pendlern aus dem nördlichen Sachsen-Anhalt besetzt haben.

Exkurs: Stand und Entwicklung der Pendel- und Wohnmobilität in den fünf Teilräumen

Aggregierte Zahlen zur Pendel- und Wohnmobilität repräsentieren die Summe individueller Verhaltensentscheidungen in Form einer „Abstimmung mit den Füßen“ (vgl. Kap. 2.2) und sind gerade deshalb als Anpassungsreaktionen auf wirtschaftliche Gegebenheiten einer Region von besonderem wissenschaftlichen und auch politischen Interesse. Darüber hinaus informieren Pendler- und Wanderungsströme auch darüber, inwieweit die in politischen Prozessen erzielten Abgrenzungen von Regionen auch mit den Grenzen funktionaler (Wirtschafts-)Regionen korrespondieren. Da die Wirtschaft Sachsen-Anhalts keine geschlossene Wirtschaft ist, sondern in mannigfaltiger Weise mit den ökonomischen Strukturen und Aktivitäten umgebender Länder verbunden ist, lassen sich schließlich aus den räumlichen Schwerpunkten landesübergreifender Pendler- und Wanderungsströme Schlüsse über besonders intensive interregionale Verflechtungen ziehen.

Pendelmobilität

Im ersten Schritt soll das Ausmaß der Pendlerverflechtung der fünf Teilräume untereinander und mit anderen Bundesländern untersucht werden.

Der Vergleich der entsprechenden Werte in Tabelle R.4 ergibt, dass die Regionen Halle, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Magdeburg intern stärker verflochten sind als extern, da die Zahl der regionsinternen Pendler (Wert in der grau unterlegten Diagonale) höher ist als die Summe der Pendler in die anderen Regionen Sachsen-Anhalts, welche aus der

rechten Spalte hervorgeht. Die beiden Regionen Harz und Altmark dagegen sind extern stärker verflochten als intern. Dies tritt noch klarer zutage, sobald man zusätzlich die Beschäftigten berücksichtigt, die über die Grenze Sachsen-Anhalts hinweg pendeln (Tabelle R.5). Demnach hat die Region Altmark einen Beschäftigten-„Export“ von fast 11.500 Auspendlern, von welchen fast 71% nach Niedersachsen pendeln. Dies bedeutet, dass die Altmark in dieser Hinsicht mit Niedersachsen stärker verflochten ist als mit der Region Magdeburg (vgl. Tabellen R.4 und R.5).

Tabelle R.4:

Pendlerverflechtung der fünf Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1998

Wohnort in der Region...	Arbeitsort in der Region...					Auspendler aus der Region ...in die anderen Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt
	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	
Altmark	3.850	6.098	129	176	451	6.854
Magdeburg	2.091	28.560	3.436	1.562	1.798	8.887
Harz	320	7.121	11.036	1.511	5.062	14.014
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	185	4.441	1.525	21.111	10.673	16.824
Halle	146	2.677	3.366	4.556	56.473	10.745
Einpendler in die Region ... aus den anderen Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt	2.742	20.337	8.456	7.805	17.984	

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle R.5:

Auspendler in ausgewählte Länder nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.6.1998

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg
Berlin	510	1.133	1.300	483	1.398
Brandenburg	1.323	2.468	1.243	349	1.522
Mecklenburg-Vorpommern	462	249	277	162	466
Sachsen	276	5.505	12.782	883	1.524
Thüringen	154	573	5.234	2.010	526
Niedersachsen	8.115	1.427	1.357	10.635	10.603
sonstige alte Länder	618	4.745	8.565	3.452	4.384
Insgesamt	11.458	16.100	30.758	17.974	20.423

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Auch Auspendler aus der Region Harz haben zu mehr als 59% einen Arbeitsplatz im angrenzenden Niedersachsen (Tabelle R.5). Die Konzentration der Pendler auf dieses Bundesland ist aber nicht so stark wie im Fall der Altmark, da sich immerhin 19% von ihnen auf die anderen alten Bundesländer verteilen. Der zur Region Harz gehörige Kreis Sangerhausen ist mit der Region Halle durch einen Auspendlerstrom von 2.456 Beschäftigten (Einpendler von dort 1.134) sehr viel stärker verbunden als mit den restlichen Kreisen der Region Harz (317 Auspendler, 232 Einpendler).

Addiert man für die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg die Pendler in andere Bundesländer (16.100 in Tabelle R.5) zur Zahl der regionsexternen Pendler innerhalb Sachsen-Anhalts (16.824 in Tabelle R.4), so übersteigt auch dort deren Zahl von 32.924 die Zahl der regionsinternen Pendler von 21.111 (Tabelle R.4). Beim identischen Verfahren für die Region Magdeburg ergibt sich nahezu ein Patt: 28.560 regionsinternen Pendlern stehen 29.210 regionsexterne Pendler gegenüber. Somit verbleibt nur für die Region Halle ein Überschuss der regionsinternen Pendler von knapp 15.000.

Übereinstimmend mit dem oben in Kap. 3.1 konstatierten Befund, dass ca. 10% der Beschäftigten Sachsen-Anhalts einen Arbeitsplatz außerhalb der Landesgrenzen einnehmen, ergibt der Abgleich von Einpendlern und Auspendlern für alle fünf Regionen negative Pendlersalden (Tabelle R.6). Das einzige Land, mit dem Sachsen-Anhalt einen positiven Pendlersaldo aufweist, ist Mecklenburg-Vorpommern.

Tabelle R.6:

Pendlersaldo mit ausgewählten Ländern nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.6.1998

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg
Berlin	-367	-721	-658	-266	-766
Brandenburg	-455	-567	301	-134	767
Mecklenburg-Vorpommern	-187	265	303	50	235
Sachsen	-194	-1.988	-3.052	-317	6
Thüringen	-69	46	-308	-656	133
Niedersachsen	-7.288	-1.028	-863	-9.418	-8.639
sonstige alte Länder	-339	-3.581	-6.411	-2.686	-3025
Insgesamt	-8.899	-7.574	-10.688	-13.427	-11.289

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Zwischen den beiden Zeitpunkten 1995 und 1998 ist landesweit eine stärkere Ausrichtung der über die Landesgrenze reichenden Auspendlerströme auf das Land Niedersachsen erfolgt. Die Pendlersalden der drei Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Harz und Magdeburg sind in diesem Zeitraum deutlich negativer geworden, dagegen hat sich der Auspendlerüberschuss der beiden Regionen Altmark und Halle leicht verringert

(vgl. die beiden Tabellen R.6 und A-R.2). Auffällig ist der starke Anstieg des negativen Pendlersaldos der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit Sachsen.

Aus Tabelle R.7 ist zu entnehmen, dass ein Teil dieses Anstiegs durch die Entwicklung des Pendlerausstausches mit der Stadt Leipzig zurückzuführen ist: Im Vergleich zu 1995 pendeln 1998 weniger Leipziger in die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, aber mehr Arbeitskräfte aus dieser Region nach Leipzig. Ein gleichgerichteter, wenn auch weniger ausgeprägter Trend lässt sich auch für die Pendlerbeziehungen Leipzigs mit der Stadt Halle/Saale und der Region Halle feststellen (vgl. Tabelle R.7).

Tabelle R.7:

Pendlerverflechtung der Stadt Halle/Saale, der Region Halle und der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit der Stadt Leipzig 1995 und 1998

	Stadt Halle/Saale	Region Halle	Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg
Einpendler aus Leipzig 1995	1.302	3.066	725
1998	1.158	2.967	585
Auspendler nach Leipzig 1995	1.968	5.517	1.639
1998	2.027	5.873	2.027

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

In dem die Ländergrenzen überschreitenden Ballungsraum Halle-Leipzig bekommt demnach das Arbeitsplatzpotenzial innerhalb der Stadt Leipzig zunehmende Bedeutung für die Beschäftigung. Auf jeden Pendler, der von Leipzig in die Stadt Halle/Saale oder in die Region Halle pendelt, kommen 1998 etwa zwei Pendler in die umgekehrte Richtung. Für die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg liegt dieses Verhältnis sogar bei 1:3. Erweitert man allerdings die Betrachtung auf die gesamte Stadtregion Leipzig, so ist ein solcher Trend nicht ausmachbar (Tabelle A-R.3), d. h. die Kernstadt und nicht das Umland wirken für Erwerbstätige in Sachsen-Anhalt als „Beschäftigungsmagnet“.

Wohnmobilität

Oben in Kap. 3.1 wurde konstatiert, dass Sachsen-Anhalt im Untersuchungszeitraum kontinuierlich Einwohner verloren hat, was durch Sterbe- und Abwanderungsüberschüsse hervorgerufen wird. Hier soll nun anhand einer Betrachtung verschiedener Daten zur Zu- und Abwanderung überprüft werden, inwieweit sich die einzelnen Regionen diesbezüglich unterscheiden.

Zunächst wird betrachtet, wie groß die Wanderungsströme zwischen den fünf Regionen Sachsen-Anhalts sind und wie sie sich seit 1995 verändert haben. Wanderungsströme über die Landesgrenzen bleiben also zunächst unberücksichtigt.

Tabelle R.8:

Wanderungsverflechtung der fünf Regionen Sachsen-Anhalts 1998

Fortzüge aus der Region...	Zuzüge in die Region...					Fortzüge in andere Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt
	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	
Altmark	966	912	294	143	200	1.549
Magdeburg	859	9.531	1.178	531	437	3.005
Harz	113	1.068	1.746	366	891	2.438
Anhalt	153	629	391	3.882	1.091	2.264
Halle	108	398	946	1.378	12.240	2.830
Zuzüge aus anderen Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt	1.233	3.007	2.809	2.418	2.619	

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Aus der Zusammenschau der Werte für 1998 (Tabelle R.8) und 1995-1997 (Tabellen A-R.4, A-R.5 und A-R.6) ergibt sich für die einzelnen Regionen folgendes Bild:

- Unabhängig von der Abwanderung in andere Bundesländer verliert die Region Altmark Bewohner an die anderen Regionen. Nur im Jahr 1996 wurde dieser Trend unterbrochen. Mit weitem Abstand ist die nächstgelegene Region Magdeburg das häufigste Umzugsziel der „Altmärker“.
- Die Region Magdeburg ist durch eine hohe interne Umzugshäufigkeit geprägt (grau unterlegte Zelle in Tabelle R.8), was z. T. Suburbanisierungsprozesse im Umland von Magdeburg widerspiegelt. Die Region verzeichnet seit 1995 Zuwanderungsgewinne, die allerdings kontinuierlich schrumpfen und 1998 praktisch auf Null zurückgegangen sind. Die meisten Zuwanderer kommen aus der Region Harz, gefolgt von der Region Altmark.
- Die Region Harz gewinnt seit 1995 Einwohner in geringem Maße aus den anderen Regionen. Dabei kommen die Zuwanderer am häufigsten aus den beiden Regionen Magdeburg und Halle. Die interne Mobilität ist relativ niedrig.
- Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg verzeichnet im Untersuchungszeitraum ebenfalls leichte Zuwanderungsgewinne. Diese Zuwanderer kommen am häufigsten aus der Region Halle.
- Die Region Halle ist durch die höchste interne Mobilität gekennzeichnet, was wie im Fall von Magdeburg mit auf intensivierte Suburbanisierungsprozesse zurückzuführen ist. Zwischen 1995 und 1998 hat sich die Zahl der regionsinternen Umzüge um 43% erhöht. Im gleichen Zeitraum hat die Region Halle kontinuierlich Bewoh-

ner an andere Regionen verloren, wobei die Verluste bis 1998 kleiner geworden sind. Der größte Teil der Abwanderer zog in die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg um.

Nach den landesinternen Wanderungen werden im Folgenden diejenigen Wanderungen betrachtet, welche die Landesgrenzen überschreiten. Im Jahr 1998 standen 40.500 landesinternen Umzügen 69.800 grenzüberschreitende Umzüge gegenüber, was einer Proportion von etwa 4:7 entspricht. Dies bedeutet, dass letztere größeren Einfluss auf die Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Regionen haben, zumal die Zahl der Zuzüge (28.200) die der Fortzüge (41.600) nicht ausgleicht, sondern um 13.400 unterschreitet.

Im Vergleich zu den Wanderungsbewegungen innerhalb Sachsen-Anhalts besitzen die Wanderungen über die Landesgrenzen hinweg einen größeren Umfang und sind ungleichgewichtiger zugunsten der Fortzüge verteilt. Die Region Halle ist – obwohl häufigstes Zielgebiet von Zuwanderern aus den alten Ländern – am stärksten von Bevölkerungsverlusten durch Wanderung betroffen, da in ihrem Fall eine negative Binnenwanderungsbilanz mit der höchsten Abwanderung in andere Bundesländer zusammentrifft. Die geringen Binnenwanderungsgewinne der anderen vier Regionen können die Zahl der Wegzüge in andere Bundesländer nicht kompensieren, sodass sie unterm Strich ebenfalls mit Bevölkerungsverlusten durch Abwanderung konfrontiert sind.

Aus Tabelle A-R.7 geht hervor, dass die Zuzüge aus den alten Ländern für die vier Regionen Altmark, Magdeburg, Harz und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mehr Gewicht haben als die Zuzüge aus den neuen Ländern. Nur in der Region Halle besteht aufgrund eines hohen Anteils zuwandernder Sachsen ein geringes Übergewicht der neuen Länder. Mit deutlichem Abstand ist die Region Halle die am häufigsten gewählte Zielregion für Zuwanderer nach Sachsen-Anhalt. Bei den Zuzüglern aus den alten Ländern stellen die Niedersachsen mit knapp 45% den höchsten Anteil.

Tabelle R.9:

Gesamtwanderungssalden der Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

- Zuzüge ./ Fortzüge über die Regionsgrenzen -

	Altmark	Anhalt	Halle	Harz	Magdeburg
1995	429	56	-1.037	-467	-315
1996	233	924	-567	-23	612
1997	-1.352	-1.899	-3.495	-696	-790
1998	-2.555	-2.958	-4.079	-1.499	-2.611
1999	-1.017	-3.583	-5.096	-2.121	-2.053
1995-1999 insgesamt	-4.262	-7.460	-14.274	-4.806	-5.157

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Der Blick auf die Gesamtwanderungssalden (Binnenwanderungen und Wanderungen über die Landesgrenzen) für die fünf Regionen in den Jahren 1995 bis 1999 (Tabelle R.9) zeigt, dass für die drei Regionen Halle, Harz und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg die Wanderungsbilanz seit 1996 kontinuierlich ungünstiger ausfällt. In den beiden Regionen Magdeburg und Altmark hat sich dieser Trend 1999 nicht fortgesetzt. Ob dies ein einmaliger Sondereffekt oder ein erstes Anzeichen für wahrgenommene Verbesserungen regionaler Lebensqualität ist, lässt sich derzeit noch nicht entscheiden.

4.2 Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses

Im Folgenden werden in analoger Vorgehensweise zum Kap. 3.2 einzelne Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses in den einzelnen Regionen Sachsen-Anhalts untersucht und die einzelnen Regionen hinsichtlich ihrer Ausstattung mit diesen Determinanten verglichen. Hierzu zählen die regionsspezifische Ausstattung mit Humankapital (4.2.1), privatem Sachkapital (4.2.2), technischem Wissen (4.2.3), öffentlicher Infrastruktur (4.2.4), mit Unternehmen (4.2.5), natürlichen Ressourcen (4.2.6) und raumstrukturellen Komponenten (4.2.7).

Für die Aufbereitung der Daten für die fünf Regionen ist der Rückgriff auf die Aggregationsebene der Kreise erforderlich. Da auf dieser Ebene das Datenangebot nicht so umfangreich und so aktuell verfügbar ist wie auf der in Kap. 3.2 abgehandelten Länderebene, war es leider nicht möglich, jeden der dort herangezogenen Indikatoren auch auf der Regionsebene zu betrachten.

4.2.1 Humankapital, Beschäftigung und Arbeitsmarktpolitik

Der Vergleich der fünf Regionen Sachsen-Anhalts hinsichtlich des Besatzes an Beschäftigten (Tabelle R.10) ergibt, dass sich in den beiden Regionen Halle und Magdeburg 1995 wie 1999 die meisten Arbeitsplätze konzentrierten. Beide blieben in diesem Zeitraum zwar auch nicht vor Beschäftigungsverlusten verschont, behielten aber ihre Vorrangstellung gegenüber den drei anderen Regionen bei. Aufgrund eines stark überdurchschnittlichen Rückgangs der Beschäftigten in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist dort der Beschäftigtenbesatz nahezu auf das Niveau von Altmark und Harz gefallen.

Aufgrund verschiedener Hypothesen über die Vorteile von Agglomerationszentren bei der Schaffung von Arbeitsplätzen, die eine hohe Qualifikation erfordern und stark auf FuE ausgerichtet sind,⁵ ist zu vermuten, dass die beiden Regionen Halle und Magdeburg Vorteile bei der Ausstattung mit hochwertigem Humankapital aufweisen. Einen wichtigen Indikator zur Beurteilung der Humankapitalausstattung repräsentiert die Zahl bzw.

⁵ FELDMAN, M. P.; AUDRETSCH, D. B.: Innovation in Cities: Science-based Diversity, Specialization and Localized Competition, in: European Economic Review, 43. Jg., 1999, S. 411.

der Anteil der Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen. Erwartungsgemäß weisen die beiden Regionen Halle und Magdeburg bei diesem Indikator die höchsten Werte auf (Tabellen R.11 und A-R.9). Von diesen beiden schneidet die Region Halle noch etwas günstiger ab.

Tabelle R.10:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 1.000 Einwohner -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
1995	309	343	375	315	378	353
1999	295	302	342	297	358	334
Veränderung 1999-1995 in %	-4,5	-12,0	-9,8	-6,7	-5,3	-5,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle R.11:

Anteil der Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1998
- Anteil an den gesamten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in % -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
1995	1,30	2,67	2,86	1,85	2,65	2,50
1996	1,31	2,48	2,89	1,87	2,65	2,47
1997	1,26	2,32	2,80	1,83	2,59	2,38
1998	1,25	2,17	2,80	1,84	2,47	2,32
Veränderung 1998-1995 in %	-3,8	-18,7	-2,1	-0,5	-6,8	-7,2

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Man kann analog zum Ländervergleich in Kap. 3.2.1 davon ausgehen, dass Führungskräfte, Ingenieure und DV-Fachleute eine für das regionale Wachstum besonders wichtige Form von Humankapital repräsentieren. Tabelle R.12 ist zu entnehmen, dass auch in dieser Hinsicht die beiden Regionen Halle und Magdeburg eine deutlich bessere Ausstattung als die anderen drei Regionen aufweisen. Umgekehrt verfügen die Altmark und der Harz diesbezüglich über die geringsten Beschäftigtenanteile.

Tabelle R.12:

Führungskräfte- und Technikerquoten nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998

- Führungskräfte^a, Datenverarbeiter^a und Ingenieure^a je 10.000 Einwohner -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
Führungskräfte	43	54	62	51	64	57
Techniker						
- DV-Fachleute	7	9	21	8	25	16
- Ingenieure	34	61	81	49	76	66

^aZur Abgrenzung dieser Berufsgruppen vgl. Abbildung L.4 in Kap. 3.2.1.2.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Auch der Blick auf die Qualifikationsstruktur der Beschäftigten zeigt, dass sich in den beiden Regionen Halle und Magdeburg Beschäftigte mit Hoch- und Fachhochschulabschluss räumlich konzentrieren (Tabelle R.13). Ihr Anteil an den Beschäftigten der Region insgesamt beträgt 9,1% bzw. 8,5%, während Harz und Altmark diesbezüglich bei 6,2% bzw. 5,3% liegen. Dies ist – neben den Investitionen im Bereich des technischen Wissens (vgl. Kap. 3.2.3) – ein Hinweis darauf, dass das Potenzial, um zu ökonomisch verwertbaren Innovationen zu gelangen, in ersteren Regionen am größten, in letzteren am geringsten ist.

Tabelle R.13:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach höchstem Bildungsabschluss und Regionen Sachsen-Anhalts 1999

- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte pro 1.000 Einwohner -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
ohne Abitur	245,4	245,0	273,5	244,3	276,6	260,9
mit Abitur	7,6	8,8	11,6	9,6	13,3	10,8
mit Fachhochschul- oder Hochschulabschluss	15,7	25,6	31,1	18,4	30,5	26,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Aus den Tabellen R.11 und A-R.9 geht auch hervor, dass sowohl der Anteil als auch die Anzahl der Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen in keiner der fünf Regionen zugenommen hat; nur in der Region Harz ist der Anteil einigermaßen konstant geblieben. Der stärkste Rückgang ist in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg zu verzeichnen. Absolut gesehen verbirgt sich hinter diesen Zahlen ein Rückgang von 1.400 derartigen Arbeitsplätzen zwischen 1995 und 1998 in der Region Anhalt-Bitter-

feld-Wittenberg, von 1.100 in der Region Halle und von 700 in der Region Magdeburg. In den beiden Regionen Altmark und Harz sind auf bereits niedrigem Niveau in diesem Zeitraum 100 bzw. 200 solche Arbeitsplätze verloren gegangen. Dieser ebenfalls in den beiden Großstadregionen zu verzeichnende Arbeitsplatzabbau und fehlende -neuaufbau ist ein Indiz dafür, dass das im Land vorhandene Humankapital nicht ausreichend genutzt wird (vgl. dazu auch die Aussagen zur FuE-Beschäftigtenentwicklung in Kap. 4.2.3).

Um die Beschäftigungssituation in den fünf Regionen differenzierter darzustellen, werden im Folgenden verschiedene arbeitsmarktbezogene Daten herangezogen. Auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde bereits oben (vgl. Kap. 3.1) eingegangen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit ist von Belang, da mit ihrer Zunahme die Wahrscheinlichkeit steigt, dass das Humankapital der arbeitslosen Personen entwertet wird. Schließlich gibt das Ausmaß, in dem ABM-Maßnahmen in einer Region zum Einsatz kommen, Aufschluss über eventuell dort vorhandene „disincentives“, die einen Wechsel in den ersten Arbeitsmarkt erschweren (vgl. Kap. 3.2.1). Hierzu publiziert die Bundesanstalt für Arbeit Daten auf der Ebene von Arbeitsamtsbezirken. Das Land Sachsen-Anhalt wird hierbei in acht Arbeitsamtsbezirke unterteilt, die hier den fünf Regionen zugeordnet werden.⁶ Diese Arbeitsamtsbezirke sind zwar nicht in allen Fällen deckungsgleich mit den hier betrachteten fünf Teilräumen,⁷ doch erscheinen die hieraus resultierenden Abweichungen tolerabel angesichts des Informationsgewinns, der durch diese Vorgehensweise möglich wird.

Länger anhaltende Arbeitslosigkeit besitzt die Eigenschaft, das von den hiervon Betroffenen kumulierte Humankapital zu entwerten. Tabelle R.14 informiert darüber, in welchem Ausmaß sich die Arbeitslosigkeit in den einzelnen Regionen verfestigt hat. In vier Regionen lag im Untersuchungszeitraum die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit im Jahr 1997 am höchsten. Nur in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg war sie 1995 noch höher. Von 1998 an geht sie in allen Regionen leicht zurück, hat aber im Jahr 1999 nur in der Region Altmark die Grenze von 30 Wochen unterschritten. Insgesamt gesehen sind die regionalen Unterschiede in der Dauer der Arbeitslosigkeit relativ gering.

⁶ Für die folgenden Tabellen wurde folgende Zuordnung getroffen:

Region Altmark: Arbeitsamtsbezirk Stendal (048);

Region Magdeburg: Arbeitsamtsbezirk Magdeburg (045);

Region Harz: Arbeitsamtsbezirke Halberstadt (043), Sangerhausen (047);

Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg: Arbeitsamtsbezirke Dessau (042), Wittenberg (049);

Region Halle: Arbeitsamtsbezirke Halle (044), Merseburg (046).

⁷ So gehört z. B. zum Arbeitsamtsbezirk Halle auch der Kreis Bitterfeld, der Teil der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist.

Tabelle R.14:

Entwicklung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

- in Wochen -

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
1995	30,2	31,7	33,1	35,7	32,2	32,7
1996	29,4	29,3	31,0	31,0	30,7	30,3
1997	31,3	32,8	35,6	34,3	35,7	34,4
1998	29,9	31,4	33,5	32,1	34,7	32,8
1999	28,5	30,9	32,3	31,9	32,4	31,5

Quelle: IAB Werkstattbericht, Ausgaben Nr. 1.12/1995-1999; Berechnungen des IWH.

Wie die Diskussion in Kap. 3.2.1 gezeigt hat, sind Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) ein häufig eingesetztes arbeitsmarktpolitisches Instrument in den neuen Ländern. Aus Tabelle R.15 geht hervor, in welchem Ausmaß Personen in den fünf Teilräumen im Rahmen von ABM beschäftigt waren. Insgesamt gesehen zeigt sich, dass das Instrument am Ende des Untersuchungszeitraums seltener als zu Beginn eingesetzt wird. Zwischen den Jahren sind erhebliche Schwankungen zu verzeichnen, die mit auf politische Entscheidungen über den Einsatz dieses Instruments zurückzuführen sind (vgl. dazu auch Kap. 3.2.1). Auffällig ist, dass ABM in der Region Altmark 1998 und 1999 deutlich intensiver als in den anderen Regionen eingesetzt worden sind.

Tabelle R.15:

Personen in ABM pro 100 Arbeitslose nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
1995	17,0	18,0	20,5	17,0	16,5	18,0
1996	19,0	21,0	18,5	17,0	16,0	18,0
1997	11,0	8,0	8,5	11,0	7,0	9,0
1998	24,0	21,0	17,5	22,0	14,5	19,0
1999	18,0	8,0	11,5	11,5	10,5	11,0

Quelle: IAB Werkstattbericht, Ausgaben Nr. 1.12/1995-1999; Berechnungen des IWH.

Waren im Jahr 1995 etwa 70% der ABM-Beschäftigten Frauen – in der Region Halle nahezu 75% –, so ist deren Anteil 1999 auf ca. 60% zurückgegangen (Tabelle A-R.10). Allein in der Region Altmark bewegt sich ihr Anteil noch deutlich über 60%.

Zwischenfazit

Wie zu erwarten, stellen die beiden Regionen Halle und Magdeburg die Beschäftigungszentren des Landes dar. Allerdings gilt dies weniger für die Quantität als für die Qualität des Humankapitals: Der Anteil der Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen liegt dort weit über dem Landesdurchschnitt. Zwischen 1995 und 1998 konnten sich aber auch diese beiden „Beschäftigungszentren“ nicht dem landesweiten Trend zum Abbau der Beschäftigung insgesamt und der Zahl der Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen entziehen. Beide Regionen sind demnach im Hinblick auf die Beschäftigungsdynamik noch keine Selbstläufer.

Die beiden Regionen Altmark und Harz weisen im Vergleich dazu eine ungünstigere Ausstattung mit Humankapital auf, die sich im Untersuchungszeitraum nur geringfügig verändert hat. Die im Vergleich zu den anderen Regionen unterdurchschnittlichen Erwerbsmöglichkeiten bedingen, dass eine größere Zahl von Erwerbspersonen auf Arbeitsplätze außerhalb der Region Harz bzw. Altmark angewiesen ist (vgl. dazu den Exkurs in Kap. 4.1).

Die ungünstigste Entwicklung hat im Untersuchungszeitraum in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg stattgefunden, wo sowohl der Beschäftigtenbesatz insgesamt als auch der Besatz an Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen die stärksten Rückgänge aufwies. Dort scheint der Ab- und Umbau großbetrieblicher Strukturen auch noch in der zweiten Hälfte der 90er Jahre zu deutlich verringerten FuE-Aktivitäten – ohne adäquaten Ersatz durch neu angesiedelte Unternehmen – geführt zu haben.

Die Verfestigung der Arbeitslosigkeit entwickelt sich in den fünf Regionen relativ einheitlich. Besonders intensive arbeitsmarktpolitische Einflüsse für die Beschäftigung in Form der Vergabe von ABM-Maßnahmen sind in den Jahren 1998 und 1999 in der Region Altmark festzustellen. Dies mag kurzfristig dazu führen, dass die Beschäftigtenzahl stabil bleibt; in längerer Frist ist aber nicht auszuschließen, dass ein längerer Verbleib von Personen in ABM deren Chancen reduziert, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen (vgl. dazu Kap. 3.2.1).

4.2.2 Privates Sachkapital

Das Sachkapital bildet einen der zentralen Produktionsfaktoren in der Produktion der privaten Wirtschaft. Je mehr Sachkapital in einer Region vorhanden ist und je höher seine Qualität ist (also beispielsweise je moderner es ist oder je höher der Anteil von Maschinen und Anlagen ist), desto günstiger sind ceteris paribus die Entwicklungsbedingungen einer Region einzuschätzen (vgl. Abschnitt 2.3.2). Wie bei den gesamtwirtschaftlichen und nach Branchen differenzierenden Analysen Sachsen-Anhalts (vgl. Abschnitte 3.2.2 und 3.3.2) wird auch auf der Ebene der Regionen Sachsen-Anhalts die Sachkapitalausstattung anhand von Investitionsdaten analysiert. Unterstellt wird dabei

der auch auf der regionalen Ebene plausible Zusammenhang, dass hohe Investitionen einen Indikator für eine hohe Sachkapitalausstattung bilden, da sie den Sachkapitalstock direkt erweitern oder Ersatz für abgeschriebenes Sachkapital darstellen. Die Analyse kann wiederum auf die Daten der Industriestatistik zu Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und auf die Daten der GRW-Förderstatistik zurückgreifen (vgl. zu den Indikatoren Abschnitt 3.2.2).⁸

Beide Statistiken weisen die Region Halle als diejenige Region aus, in der mit Abstand am meisten Investitionen vorgenommen wurden (vgl. Tabelle R.16).⁹ Nach der GRW-Statistik liegt der Anteil mit rund 36% allerdings deutlich niedriger als nach der Industriestatistik (48%). Etwa 21-23% der Investitionen entfielen auf die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, etwa 12% auf die Region Harz. Mit über 1,1 Mrd. DM ist die Investitionssumme der Region Magdeburg aus der GRW-Statistik nahezu doppelt so hoch wie die aus der Industriestatistik berechenbare Zahl – was auch zu einem um 4 Prozentpunkte höheren Anteil von 21% an den Investitionen im Land führt. Ebenso weist die Altmark mit 400 Mio. DM gegenüber knapp 90 Mio. DM einen deutlich höheren Investitionswert in der GRW-Statistik aus. Unterschiede zwischen den Statistiken bezüglich der Aufteilung der Investitionen auf die einzelnen Regionen bestehen also vor allem für die Regionen Halle, Magdeburg und Altmark. Insbesondere die dominierende Position der Region Halle, wie sie aus der Industriestatistik ablesbar ist, wird durch die GRW-Statistik etwas relativiert, während die Regionen Magdeburg und Altmark etwas höhere Investitionswerte aufweisen. Die Ursachen für die Unterschiede zwischen Industrie- und GRW-Statistik lassen sich nicht im einzelnen klären. Sie dürften jedoch in hohem Maße auf strukturellen Unterschieden zwischen den Regionen im Zusammenhang mit systematischen Erfassungsunterschieden beider Statistiken beruhen. Die GRW-Förderung umfasst nicht nur Industriebetriebe sondern auch Betriebe anderer Wirtschaftszweige. Weiterhin enthält die GRW-Statistik auch geförderte Investitionen von Kleinbetrieben mit weniger als 20 Beschäftigten, deren Investitionen von der Industriestatistik in der Regel nicht erfasst werden.¹⁰ Die GRW-Statistik umfasst außerdem als Bewilligungsstatistik nicht nur die tatsächlich vorgenommenen, sondern auch die – ins-

⁸ Die GRW-Förderung umfasst nicht nur Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sondern auch aus anderen Wirtschaftszweigen, außerdem sind auch Kleinbetriebe und andere nach der amtlichen Statistik (noch) nicht meldepflichtige Betriebe enthalten. Weiterhin enthält die Förderstatistik bis 1999 noch gar nicht ausgegebene aber von den Bewilligungsbehörden bereits genehmigte Fördermittel. Deshalb ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sich die Investitionsdaten aus beiden Statistiken unterscheiden.

⁹ In einzelnen Jahren waren dies mehr als 50% der gesamten Industrieinvestitionen im Bundesland (vgl. Tabelle A-R.11 und A-R.12), wovon allein der Landkreis Merseburg-Querfurt knapp 80% erhielt. Die Großinvestitionen in diesem Landkreis sind in den Investitionsdaten der Region und sogar des Landes deutlich erkennbar.

¹⁰ Insbesondere in der Region Halle, in der Kleinbetriebe in allen Wirtschaftszweigen einen im Landesvergleich geringen Prozentsatz der Beschäftigten stellen, sind die Unterschiede zwischen beiden Statistiken relativ gering (vgl. Abschnitt 4.2.5 c).

besondere am aktuellen Rand – projektierten Investitionen, für die eine Förderung bewilligt wurde. Weiterhin enthält sie auch Investitionen, die von im Rahmen der Industriestatistik (noch) nicht meldepflichtigen Betrieben vorgenommen wurden, etwa solchen, die eine Neuansiedlung darstellen und noch keine produzierende Betriebseinheit vor Ort aufweisen.

Tabelle R.16:

Investitionen nach Regionen Sachsen-Anhalts^a

Land/Region	Investitionen laut Industriestatistik 1991-1998 (Jahresdurchschnitt) ^b		Investitionen laut GRW-Statistik 1991-1999 (Jahresdurchschnitt) ^c	
	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %
Altmark	87,7	2,4	406,6	7,6
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	783,7	21,1	1.233,7	23,0
Halle	1.784,3	48,0	1.951,0	36,3
Harz	434,3	11,7	657,3	12,2
Magdeburg	631,0	17,0	1.126,6	21,0
Sachsen-Anhalt	3.721,1	100,0	5.375,2	100,0

^a Zu den Investitionsdaten siehe Tabellen A-R.11 und A-R.12 im Anhang. – ^b Investitionen in Betrieben von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierenden Betrieben mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^c Investitionen der gewerblichen Wirtschaft aus der Bewilligungsstatistik des Bundesamtes für Wirtschaft.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Zur Bewertung der Investitionen werden die Investitionsintensität der Industrie als Näherungsgröße für die Kapitalintensität und der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen in der Industrie betrachtet. Die Investitionsintensität (Investitionen pro Beschäftigten) soll Auskunft geben zum einen über das Einsatzverhältnis der Faktoren Kapital und Arbeit und zum anderen über das eingesetzte Technologieniveau. Den Ausrüstungsinvestitionen werden in der Literatur größere Wachstumseffekte zugeschrieben (vgl. Abschnitt 2.3.2).¹¹

Die Investitionsintensität hat in allen Regionen zwischen 1991 und 1998 deutlich zugenommen (vgl. Tabelle R.17).¹² Im Vergleich der Regionen Sachsen-Anhalts liegt wie-

¹¹ Freilich unterscheidet sich insbesondere die Investitionsintensität, aber auch der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen, stark zwischen den Branchen, sodass letztlich nicht ein unterschiedliches Investitionsverhalten, sondern Unterschiede der Branchenstruktur für regionale Unterschiede der Investitionsdaten verantwortlich sein können. Deshalb sind bei der Interpretation die Ergebnisse der nach Branchen und Regionen differenzierenden Analyse des Verarbeitenden Gewerbes mit zu berücksichtigen (vgl. Abschnitt 4.3.3).

¹² Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass dies teilweise durch Preissteigerungen und statistische Effekte bedingt ist. Die Zuordnung der investierenden Betriebe zum Verarbeitenden Gewerbe erfolgte bis 1994 nach SYPRO, ab 1995 nach der WZ 93. Für 1991 und 1992 wurden jedoch lediglich Beschäftigtendaten nach der WZ 93 veröffentlicht. Eine Betrachtung der Jahre 1993 und 1994, für welche Beschäftigtenangaben für das Verarbeitende Gewerbe nach beiden Klassifizierungen vorlie-

derum die Region Halle mit einer Investitionsintensität von knapp 41.000 DM pro Beschäftigtem im Durchschnitt der Jahre 1991-1998 an erster Stelle. Sie hebt den Wert der Investitionsintensität Sachsen-Anhalts deutlich an, die nächst gelegene Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg erreicht lediglich 85% des Landeswertes. Die außerordentlich hohe Investitionsintensität ist vor allem durch Investitionen der Jahre 1995-1998 verursacht – in den Jahren 1991-1994 erreichten teilweise auch noch andere Regionen ähnlich hohe Investitionsintensitäten wie Halle – und fällt mit der Hochphase der Investitionen in der Mineralölverarbeitung in Leuna zusammen. Diese sehr kapitalintensive Branche hat die Investitionsintensitäten in Halle v.a. 1995-1997 deutlich erhöht; das gleiche gilt auch für die chemische Industrie.¹³ Die differenzierte Betrachtung der Investitionen nach Industriebranchen in Abschnitt 4.3.3 offenbart, dass die hohe Investitionsintensität in Halle außer auf die Mineralölverarbeitung und die chemische Industrie noch auf drei weitere Branchen zurückzuführen ist, dass aber in den anderen 11 Branchen, für die Informationen vorliegen, die Investitionsintensität unter dem Landesdurchschnitt liegt. In Magdeburg mit einer insgesamt niedrigen Investitionsintensität der Industrie ist es genau umgekehrt: Dort weisen neun Branchen über- und nur fünf Branchen unterdurchschnittliche Intensitäten auf. Die niedrigste Investitionsintensität hatte die Altmark, die im Durchschnitt der Jahre 1991-1998 nicht einmal 50% der Investitionssumme pro Beschäftigten des Landes aufzuweisen hat.

Auch der Anteil der Investitionen in Maschinen und maschinelle Anlagen (Ausrüstungsinvestitionen) an allen Investitionen der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes spricht für vergleichsweise gute Wachstumschancen in der Region Halle (vgl. Abbildung R.2): Im Zeitraum 1993 bis 1998 (für 1991 und 1992 wurden diese Angaben nicht publiziert) betrug der durchschnittliche Anteil der Ausrüstungsinvestitionen rund 86,5%, wobei 1995 ein deutlicher Anstieg stattgefunden hat (vgl. Tabelle A-R.13). Zwischen den Regionen Anhalt, Harz und Magdeburg unterschied sich der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen nur geringfügig, während er in der Altmark am niedrigsten lag.

gen, zeigt, dass der Fehler für Sachsen-Anhalt insgesamt immerhin bei 5% (1993) bzw. 8% (1994) und für die Regionen im Bereich 2 bis 12% liegt. Folglich sind zum einen die Investitionsintensitäten der Jahre 1991 und 1992 fehlerbehaftet – sie dürften tatsächlich etwas niedriger liegen – außerdem unterscheiden sich die gemessenen Investitionsintensitäten der Jahre 1991-1994 systematisch von denen der Jahre 1995-98.

¹³ Lässt man die Investitionen der Mineralölverarbeitung in den Jahren 1995-98 unberücksichtigt, dann sinkt die Investitionsintensität in Sachsen-Anhalt deutlich (in den Jahren 1995, 1996 um knapp 30% und 1997 um 20%). Insbesondere in der Region Halle, in der nahezu 100% der Investitionen dieser Branche getätigt wurden, geht die Investitionsintensität stark (um etwa die Hälfte) zurück, wenn man die Investitionen der mineralölverarbeitenden Industrie außen vor lässt. Einen ähnlichen Effekt erhält man, wenn man die Investitionen in der chemischen Industrie ausklammert. Dies belegt die Bedeutung dieser beiden Branchen für die Investitionstätigkeit im Land und insbesondere auch die Effekte auf die Region Halle.

Tabelle R.17:

Investitionsintensität im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1998^a

- Investitionen in DM pro Beschäftigten (laufende Preise) -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Jahresdurchschnitt 1991-1998
Altmark	6.684	11.388	16.228	12.547	11.244	13.643	17.604	15.286	13.078
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	5.067	14.773	25.995	21.533	24.672	30.911	32.561	34.268	23.722
Halle	10.392	16.210	27.087	28.954	62.433	62.620	70.707	48.496	40.862
Harz	7.962	16.888	17.018	24.036	25.522	27.093	20.136	25.966	20.578
Magdeburg	6.570	16.183	20.595	28.399	34.201	19.383	20.439	25.950	21.465
Sachsen-Anhalt	7.651	15.800	23.535	25.519	39.028	37.561	40.082	34.843	28.002

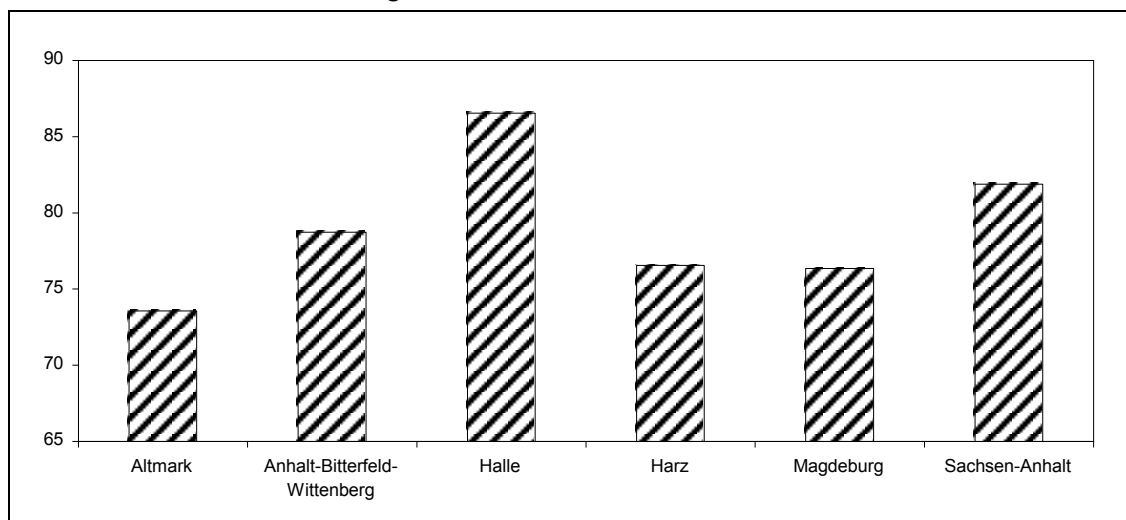
^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche; Zuordnung der Betriebe zum Verarbeitenden Gewerbe 1995-1998 nach der WZ 93, 1991-1994 nach SYPRO (bei den Beschäftigten 1991 und 1992 ebenfalls nach der WZ 93).

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Abbildung R.2:

Ausrüstungsinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts im Durchschnitt der Jahre 1993-1998^a

- in % aller Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe -



^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche; Zuordnung der Betriebe zum Verarbeitenden Gewerbe 1995-1998 nach der WZ 93, 1993-1994 nach SYPRO, zu den Daten vgl. Tabelle A-R.13.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Fazit: Die Region Halle ist im Vergleich der Regionen Sachsen-Anhalts eindeutig diejenige, in der die meisten Investitionen durchgeführt wurden. Auch die Investitionsintensität und der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen sind in der Region Halle am höchsten. Dabei ist die Investitionstätigkeit in Halle stark von der Mineralölverarbeitung und der Chemischen Industrie geprägt. Wenn man diese außen vor lässt, verschwindet die Sonderstellung Halles und der Abstand zu den Regionen Magdeburg und Anhalt. In der Altmark wurde insgesamt weniger als in den anderen Regionen investiert und auch weniger neue Ausrüstungen erstellt. Hinsichtlich der privaten Sachkapitalausstattung dürfte die Region damit die ungünstigsten Wachstumsvoraussetzungen aller Regionen haben.

4.2.3 Technisches Wissen

Eine zentrale Determinante der wirtschaftlichen Entwicklung von Regionen bildet das technische Wissen, da es eine Voraussetzung dafür darstellt, dass in den Regionen neue Produkte oder Produktionsverfahren selbst entwickelt werden oder Neuentwicklungen aus anderen Regionen adaptiert werden können (vgl. Abschnitt 2.3.3). Technisches Wissen kann sowohl in den Unternehmen und Betrieben einer Region als auch in öffentlichen Einrichtungen, wie Hochschulen und Forschungsinstituten vorhanden sein. Es kann jeweils personenbezogen vorliegen, durch qualifizierte und hochqualifizierte Beschäftigte, die in Forschung und Entwicklung tätig sind, und sachkapitalbezogen, in Form von modernen Maschinen und Anlagen. Hierfür können auch jeweils Indikatoren gefunden werden. Inwiefern das in den Regionen vorhandene technische Wissen zu Erfindungen, neuen Produkten oder neuen Produktionsverfahren führt, kann auf der kleinräumigen Ebene unterhalb der Bundesländer nicht näher betrachtet werden, da es zeitnahe Daten hierzu (z. B. Patente, Innovationen, etc.) nicht gibt.

a) Forschung und Entwicklung in Unternehmen

Auch auf der Ebene der Regionen Sachsen-Anhalts können Erkenntnisse zu Forschung und Entwicklung der Unternehmen in erster Linie aus den Daten des Stifterverbandes gewonnen werden (vgl. die gesamtwirtschaftlichen und nach Branchen differenzierenden Analysen der Abschnitte 3.2.2 und 3.3.2).

In Sachsen-Anhalts Forschungsstätten von Unternehmen wurden im Jahr 1995 3.066 und 1997 noch 2.949 Personaljahre (Vollzeitäquivalente) geleistet, über 35% davon in der Region Halle, etwa ein Viertel in den Regionen Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Magdeburg (vgl. Tabelle R.18). In der Altmark standen 1997 lediglich 36 Vollzeitäquivalente oder 1,2% des sachsen-anhaltinischen Forschungspersonals zu Buche. Insbesondere in den Regionen Halle und Magdeburg wurden die Forschungsaktivitäten – gemessen in Vollzeitäquivalenten des FuE-Personals – von 1995 bis 1997 deutlich verringert.

Tabelle R.18:

FuE-Personal in den Forschungsstätten von Unternehmen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1997

- in Vollzeitäquivalenten -

Land/Region	1995		1997		
	Anzahl	in %	Anzahl	in %	1995=100
Altmark	35	1,1	36	1,2	102,9
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	754	24,6	748	25,4	99,2
Halle	1.125	36,7	1.042	35,3	92,6
Harz	373	12,2	384	13,0	102,9
Magdeburg	779	25,4	739	25,1	94,9
Sachsen-Anhalt	3.066	100,0	2.949	100,0	96,2

Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik; Berechnungen des IWH.

Ähnlich wie beim FuE-Personal sind auch die Anteile der Regionen bei den internen FuE-Aufwendungen (vgl. Tabelle A-R.14). Die Entwicklung der FuE-Aufwendungen zwischen 1995 und 1997 ist hingegen anders als beim FuE-Personal eher positiv, in Sachsen-Anhalt haben sie um rund 10% zugenommen. Der stärkste Zuwachs fand mit 27% in der Region Anhalt statt, auch im Harz (+13,5%) und in Halle (+11%) stiegen die internen FuE-Aufwendungen der Unternehmen deutlich, während sie in Magdeburg leicht (-3,2%) und in der Altmark drastisch (-44%) schrumpften (vgl. Tabelle A-R.14).

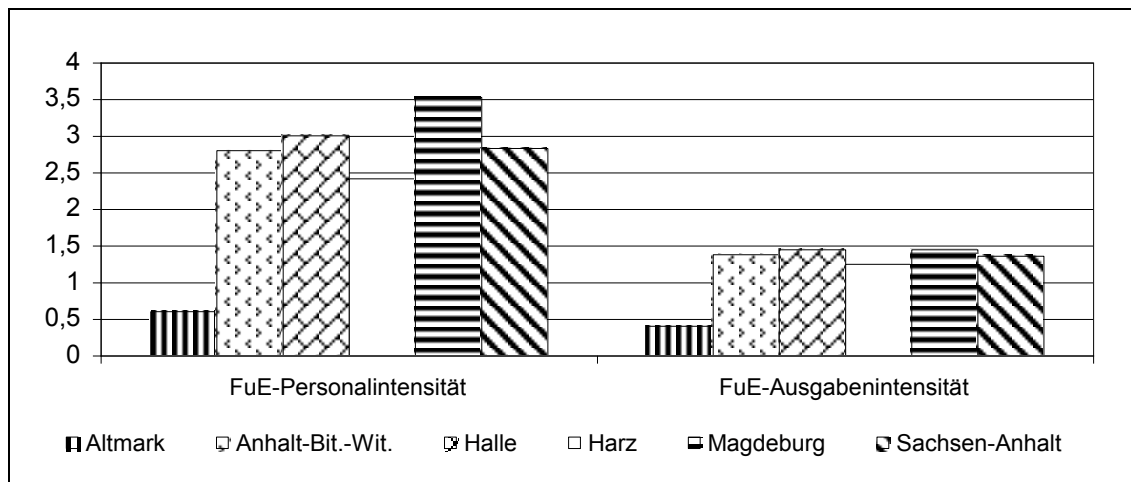
Zwar kann aus diesen Größen einiges über die räumliche Verteilung des technischen Wissens in Sachsen-Anhalt abgeleitet werden, eine Bewertung fällt jedoch schwer, da die Regionen unterschiedlich groß sind und sich der Umfang der wirtschaftlichen Aktivitäten, insbesondere im Industriebereich, zwischen ihnen unterscheidet. Bezieht man deshalb das FuE-Personal auf die Beschäftigten (= FuE-Personalintensität) und die internen FuE-Aufwendungen auf den Umsatz (= FuE-Ausgabenintensität) der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes, dann erscheinen zwar auch hier wieder die drei Regionen Magdeburg, Halle und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg als die Regionen mit der relativ besseren Ausstattung mit technischem Wissen in Sachsen-Anhalt (vgl. Abbildung R.3). Bei der FuE-Personalintensität ist weiterhin jedoch ein deutlicherer Vorsprung Magdeburgs gegenüber den Regionen Halle und Anhalt erkennbar, während bei der FuE-Ausgabenintensität die vier Regionen Magdeburg, Halle, Anhalt und Harz praktisch gleichauf liegen. Die Altmark fällt bei beiden Größen deutlich hinter den anderen Regionen zurück.

Zusätzlich zur privaten Forschung und Entwicklung kann die öffentliche FuE wichtige Grundlagen für den technischen Fortschritt in der Wirtschaft liefern und Infrastrukturcharakter annehmen.

Abbildung R.3:

FuE-Personalintensität und FuE-Ausgabenintensität nach Regionen Sachsen-Anhalts 1997

- in % -

^a Zu den Daten vgl. Tabelle A-R.15.

Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik; Berechnungen des IWH.

b) Forschung an Hochschulen und öffentlichen Forschungseinrichtungen

Sachsen-Anhalt verfügt über eine Vielzahl an öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen: zwei Universitäten, vier Fachhochschulen, eine theologische und jeweils zwei Kunsthoch- und Verwaltungsfachhochschulen, vier Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft, zwei der Fraunhofer-Gesellschaft und fünf der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz sowie zwei Ableger der Großforschungseinrichtung Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle.

Einschließlich der Universitätskliniken wurden 1998/99 in diesen Einrichtungen schätzungsweise knapp 17.000 Personen haupt- oder nebenberuflich beschäftigt, von denen ca. 6.200 als wissenschaftliches oder künstlerisches Personal gelten können (aus Haushalts- und Drittmitteln beschäftigt, einschließlich Doktoranden, Gästen, Stipendiaten, etc.).¹⁴ Lässt man die Universitätskliniken außen vor, die in Halle 1998 rund 3.500 und in Magdeburg rund 3.900 Beschäftigte hatten (davon jeweils rund 700 Wissenschaftler), da auch die anderen Gesundheitseinrichtungen im Land nicht eingerechnet werden können und die Berücksichtigung der Universitätskliniken deshalb die Daten verzerren würde, dann stechen trotzdem die Regionen Halle und Magdeburg als diejenigen mit den meisten Beschäftigten im öffentlichen Wissenschaftssektor hervor (vgl. Abbildung R.4). Die Region Halle hatte circa 6,5 Beschäftigte pro 1.000 Einwohner in öffentlichen

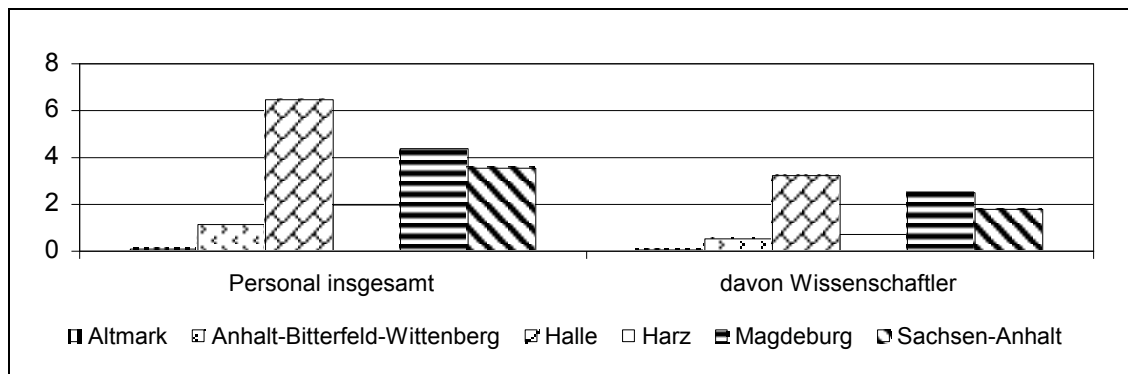
¹⁴ Auf der Ebene der Bundesländer konnten außeruniversitäre Forschungseinrichtungen nicht in die Analyse einbezogen werden; die Zahlen weichen deshalb von den hier genannten ab (vgl. Abschnitt 3.2.3).

Wissenschaftseinrichtungen, davon etwa die Hälfte Wissenschaftler. Am geringsten war der Bestand in der Altmark.

Abbildung R.4:

Beschäftigte in öffentlich geförderten Wissenschaftseinrichtungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998/1999^a

- Beschäftigte je 1.000 Einwohner -



^a Personal an Hochschulen 1998 (ohne Universitätskliniken), an sonstigen Wissenschaftseinrichtungen 1999, zu den Daten vgl. Tabelle A-R.16.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Informationen des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Fazit: Bei der Forschung der Unternehmen schneiden die Regionen Magdeburg, Halle und Anhalt günstiger, der Harz und die Altmark ungünstiger als der Landesdurchschnitt ab. Öffentliche FuE wird in erster Linie in den Regionen Halle und Magdeburg betrieben. In der Altmark gibt es nur wenig private und öffentliche Forschung und Entwicklung. Grundsätzlich ist anzumerken, dass eine räumliche Gleichverteilung der Wissenschaftseinrichtungen auch nicht ein regionalpolitisches Ziel sein sollte: aus der Ballung von Universitäten und anderen Forschungseinrichtungen können Synergieeffekte entstehen, Wissenschaftseinrichtungen haben in der Regel einen überregionalen Einzugsbereich und Wirkungskreis (d. h. auch Regionen ohne eigene Einrichtungen profitieren davon) und auch aus fiskalischer Sicht ist eine Bündelung der Mittel und optimale Ausnutzung von Wissenschaftsinfrastruktur und -großgeräten geboten. Freilich baut eine forschungs- und technologieorientierte Regionalpolitik auf Anknüpfungsmöglichkeiten zur öffentlichen und privaten Forschung in einer Region auf. Sie dürfte deshalb in der Altmark und vermutlich auch in Anhalt und der Region Harz weniger günstige Erfolgsvoraussetzungen haben, sodass sich entweder eine andersartige Schwerpunktsetzung in der Regionalpolitik oder ein Ausbau der öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen empfiehlt (vgl. Abschnitt 5.2).

4.2.4 Infrastruktur

Im Folgenden werden die fünf Regionen Sachsen-Anhalts bezüglich ihrer Ausstattung mit wirtschaftsnaher Infrastruktur verglichen. Die Infrastrukturausstattung einer Region kann deren wirtschaftliches Ergebnis zum ersten dadurch beeinflussen, dass die öffentliche Infrastruktur als Standortfaktor wahrgenommen wird und neue Unternehmensinvestitionen attrahiert. Zum zweiten kann die Infrastrukturausstattung direkt als ein Inputfaktor für die Wertschöpfungsprozesse in Unternehmen und auch für die Koordination der Aktivitäten zwischen Unternehmen aufgefasst werden.¹⁵

Damit wird die Diskussion von Kap. 3.2.4 in einer regional differenzierenden Perspektive für jene Teilbereiche der wirtschaftsnahen Infrastruktur fortgesetzt, für die Daten auf räumlich disaggregierter Ebene vorliegen. Bei der Interpretation dieser Daten ist zu berücksichtigen, dass es für die Regionen nicht in jedem Fall erstrebenswert ist, ein möglichst hohes oder ein interregional möglichst ausgeglichenes Ausstattungsniveau zu erreichen. Würde z. B. die Region Harz ein ähnlich dichtes Straßennetz wie die Region Halle aufweisen (oder dies anstreben), könnte dies dem Ziel entgegenstehen, sich zu einem Zentrum für touristische Aktivitäten zu entwickeln. Es ist also auf naturräumliche Gegebenheiten und Entwicklungspotenziale Rücksicht zu nehmen.

Wie die folgenden Ausführungen zeigen, erfolgt die Finanzierung von Einrichtungen der wirtschaftsnahen Infrastruktur in Sachsen-Anhalt aus einer Vielzahl von Fördertöpfen und Haushalten unterschiedlicher Gebietskörperschaften. Eine wichtige Förderquelle stellt die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) dar, in deren Rahmen Investitionszuschüsse für die Errichtung und Erschließung von Gewerbegebieten, für deren verkehrliche Anbindung, für die Abwasser- und Abfallbeseitigung, für die Errichtung von Ausbildungs- und FuU-Zentren sowie für die Errichtung von Technologie- und Gründerzentren gewährt werden. Aus den in Tabelle R.19 auf jeden Einwohner bezogenen Werten geht hervor, dass im Untersuchungszeitraum im Jahr 1997 mit Abstand die meisten, in den beiden Randjahren 1995 und 1999 dagegen die wenigsten GRW-Fördermittel ausgezahlt wurden. Der größte Teil der Mittel kam der Region Magdeburg (1.329 DM pro Einwohner von 1995-1999) vor der Region Harz (1.211 DM), der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (681 DM), der Region Altmark (578 DM) und der Region Halle (432 DM) zugute. Im Vergleich zu letzterer ist also in die Region Magdeburg mehr als das Dreifache, in die Region Harz mehr als das 2,8fache der GRW-Fördermittelsumme geflossen. Im Folgenden werden einzelne Teilbereiche der wirtschaftsnahen Infrastruktur eingehender betrachtet.

¹⁵ Vgl. SNETLING, M.; SCHUMACHER, C.; KOMAR, W.; FRANZ, P.: Stand und Entwicklung der kommunalen Investitionshaushalte in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. IWH-Sonderheft 3/1998. Halle 1998, S. 54 f.

Tabelle R.19:

Durch die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderte wirtschaftsnahe Infrastrukturinvestitionen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

- in DM je Einwohner -

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
1995	347	194	95	7	18	99
1996	0	425	177	149	16	163
<i>Veränderung zu 1995 in %</i>	<i>-100,0</i>	<i>118,9</i>	<i>85,8</i>	<i>2.056,3</i>	<i>-8,9</i>	<i>64,2</i>
1997	159	524	538	455	201	379
<i>Veränderung zu 1996 in %</i>	<i>-</i>	<i>23,2</i>	<i>203,3</i>	<i>206,0</i>	<i>1.146,5</i>	<i>133,0</i>
1998	55	95	355	70	114	134
<i>Veränderung zu 1997 in %</i>	<i>-65,6</i>	<i>-81,8</i>	<i>-34,0</i>	<i>-84,5</i>	<i>-43,1</i>	<i>-64,6</i>
1999	17	90	46	0	93	58
<i>Veränderung zu 1998 in %</i>	<i>-68,5</i>	<i>-5,1</i>	<i>-86,9</i>	<i>-100,0</i>	<i>-18,5</i>	<i>-56,5</i>

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Bevölkerungszahlen 1998 für 1999er Werte; Berechnungen des IWH.

Verkehrsinfrastruktur

Die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastruktur einer Region lässt sich durch verschiedene Indikatoren beschreiben. Einer dieser Indikatoren gibt an, wie viele km Fernstraßen pro km² Kreisfläche entfallen, ein anderer misst die Reisezeit mit verschiedenen Verkehrsmitteln bis zum nächstgelegenen größeren Agglomerationsraum (Tabelle R.20). Dem ersten Indikator entsprechend ist die Region Halle – als Knotenpunkt zweier Autobahnen und mehrerer Bundesstraßen (B6, B80, B86, B87, B91, B100, B176, B180, B242, B250) – am besten ausgestattet. Mit Abstand am ungünstigsten schneidet in dieser Hinsicht die Region Altmark ab, die über ein vergleichsweise dünnes Fernstraßennetz und keinerlei Autobahn verfügt. „Autobahnfrei“ ist ferner noch die Region Harz: Erste fertige Teilstücke der Südharz-Autobahn (A38) und der entlang des nördlichen Harzrandes verlaufenden autobahnähnlich geplanten B6n werden erst in den nächsten Jahren einzelne zeitaufwendige Ortsdurchfahrten ersetzen und damit örtliche Verkehrsengpässe beseitigen, aber die überregionale Verkehrsanbindung noch nicht entscheidend verbessern. Diese fehlenden Anbindungen an das Autobahnnetz schlagen sich für die beiden Regionen Altmark und Harz auch in vergleichsweise langen Pkw-Reisezeiten zu nahegelegenen Agglomerationsräumen nieder (Tabelle R.20).

Unberücksichtigt bleibt bei den Indikatoren in Tabelle R.20, dass der Pkw- und Lkw-Verkehr innerhalb Sachsen-Anhalts durch ein Straßennetz behindert wird, dessen Trassenführung in großen Teilen noch aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg stammt und sich im Vergleich zu den alten Ländern vor allem durch das weitgehende Fehlen von

Ortsumgehungen – selbst in den größeren Städten – unterscheidet. „So entfielen 1997 in den neuen Ländern auf 100 km Bundesstraßen ca. 31 km Ortsdurchfahrten, in den alten Ländern trotz dichter Besiedlung nur ca. 20 km“.¹⁶ Dies war mit der Grund dafür, dass im Bundesverkehrswegeplan von 1992 für Sachsen-Anhalt 63 Ortsumgehungen ausgewiesen wurden, für welche ein vordringlicher Bedarf besteht.¹⁷ Von diesen 63 Vorhaben sind inzwischen 24 vollständig oder – überwiegend – in Teilen errichtet (Stand Mitte 2000). Damit von diesen Straßenneubauten nicht nur eine Entlastungswirkung für einzelne Ortszentren, sondern auch eine wahrnehmbare Beschleunigungswirkung auf den überörtlichen Verkehr ausgeht, sind weiterhin hohe Investitionen in diesen Teil des Infrastrukturausbaus erforderlich.¹⁸

Tabelle R.20:

Fernstraßendichte und Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen nach Regionen Sachsen-Anhalts

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
Länge der Fernstraßen pro km ² (in km)	0,07	0,15	0,13	0,16	0,18	0,12
Erreichbarkeit von Agglomerationsräumen 1998 ...						
... im Pkw-Verkehr (in Min.)	112	92	104	79	83	101
... im Schienenverkehr (in Min.)	117	105	132	91	104	111
Zahl der ICE-/IC-Halte ^a	7	24	0	33	49	113

^a An einem Werktag, einschl. EN- und CNL-Züge.

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Berechnungen des IWH.

¹⁶ Vgl. KOMAR, W.: Ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur: Weiterhin hoher Investitionsbedarf, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 5/2000, 6. Jg., S. 133.

¹⁷ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT (Hrsg.): *Landesentwicklungsbericht 1996*, a. a. O., S. 117, 120 f. Von diesen als notwendig erachteten Ortsumgehungen sind 14 in der Region Altmark, 9 in der Region Magdeburg, 14 in der Region Harz, 13 in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und ebenfalls 13 in der Region Halle gelegen.

¹⁸ Die im Bundesverkehrswegeplan aufgeführten 63 Umgehungen stellen den Bedarf Sachsen-Anhalts nicht erschöpfend dar. So ist z. B. die Stadt Halle darin nicht mit aufgeführt, obwohl sich dort besonders prekäre Verkehrsengepässe konzentrieren. Hier soll bis zum Jahr 2005 ein vom Bund geplanter und zu finanzierender Autobahnring (A9, A14, A38/143) die Umgehungsfunktion übernehmen. Vgl. FRANZ, P.: Probleme infrastruktureller Erneuerung in ostdeutschen Großstädten – das Beispiel Halle (Saale), in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 11/1995, 1. Jg., S. 13-17.

Einen Meilenstein für die Verbesserung des Autoverkehrs zwischen den Regionen Magdeburg, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg und Halle stellt die Komplettierung der Autobahn A14 zwischen Könnern und Schönebeck Ende 2000 dar. Hiermit haben nicht nur die beiden größten Städte Sachsen-Anhalts erstmals eine direkte Autobahnverbindung erhalten, sondern für die Region Halle bedeutet dies in überregionaler Hinsicht zusätzlich, dass sie mit Nordwestdeutschland durchgängig über die Autobahn verbunden ist. Den Bewohnern und den Unternehmen der Region Magdeburg wird durch die durchgehende A14 ein schneller Zugang zum Flughafen Leipzig-Halle ermöglicht.

Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme der neuen Elbüberquerung in der Lutherstadt Wittenberg auf der Schnellfahrstrecke Halle-Berlin im Frühjahr 2000 sind die schienenverkehrsbezogenen „Verkehrsprojekte Deutsche Einheit“ (VDE) in Sachsen-Anhalt vorerst bis auf eine Ausnahme abgeschlossen. Diese Ausnahme bildet der Neubau einer ICE-Trasse, die von Nürnberg über Erfurt und Halle bis Leipzig geplant ist (VDE 8) und sich gegenwärtig nur zwischen Halle (Saale) und Leipzig im Baustadium befindet. Neben dem Ausbau vorhandener Strecken zwischen Eichenberg und Halle (VDE 6) sowie zwischen Helmstedt und Berlin (VDE 5) wurde in erster Linie in der Region Altmark mit dem Neubau der ICE-Strecke Berlin-Hannover (VDE 4) und der Wiederinbetriebnahme der Strecke Stendal-Salzwedel-Uelzen (VDE 3, „Amerikalinie“) in die Schieneninfrastruktur investiert. Allerdings haben diese Investitionen bisher nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Eisenbahnverbindungen beigetragen: In Stendal bestehen täglich nur sieben Zu- und Ausstiegsmöglichkeiten mit ICE- und IC-Zügen und dies nur zu Tagesrandzeiten (Tabelle R.20). Die Inbetriebnahme der ICE-Strecke Berlin-Hannover hatte zudem zur Folge, dass deutlich weniger ICE-Züge über Magdeburg geleitet werden und dort halten, sodass sich für das nördliche Sachsen-Anhalt die Erreichbarkeit überregionaler Ziele verschlechtert hat, da mehr ICE-Züge ohne Halt die Region durchqueren.

Neben diesen überregional bedeutsamen Projekten wurde im Untersuchungszeitraum in den Ausbau der Strecke Halle-Halberstadt-Wernigerode-Stapelburg investiert, auf der mit Beginn des Sommerfahrplans 2000 Neigezüge mit erhöhter Geschwindigkeit zwischen Halle und Hildesheim verkehren und somit sowohl eine zeitgünstige grenzüberschreitende Verbindung nach Niedersachsen als auch eine beschleunigte Regionalverbindung zwischen den größten Städten am Nordharzrand anbieten. Der ursprünglich für das Jahr 1999 geplante Baubeginn der S-Bahn-Linie Halle-Leipzig (als Ergänzung zur bereits bestehenden Strecke) wurde seitens der Deutschen Bahn mit dem Argument verschoben, dass der tatsächliche Bedarf hinter den ursprünglich zugrunde gelegten Zahlen zurück bleibe.

Wie bei den Pkw-Reisezeiten entfallen auch im Schienenverkehr die längsten Reisezeiten auf die beiden Regionen Harz und Altmark, wobei im Unterschied zur Pkw-Reisezeit die Region Harz die ungünstigsten Werte aufweist (Tabelle R.20). Diese benachtei-

ligte Position tritt noch klarer beim Vergleich der ICE- und IC-Halte in den fünf Regionen hervor. Die Zahl der Zughalte ist allerdings primär abhängig von der Fahrplangestaltung der Deutschen Bahn und nur sekundär vom Ausbaustand der Schieneninfrastruktur. Bei diesem Indikator ist die Region Harz die einzige mit einem Nullwert, und sie ist darüber hinaus die einzige Region ohne einen Halt von Interregio-Zügen.

Diese ungünstige Lage bei den Fernverbindungen steht in Kontrast zur Lage beim regionsinternen Schienennetz, das relativ dicht ist und mit dem 132 km umfassenden Netz der Harz-Schmalspurbahnen ein hohes Attraktivitätspotenzial für touristische Nutzung besitzt. Bei Fahrten mit den z.T. noch dampfbetriebenen Harzbahnen steht der Erlebnisaspekt und nicht der einer möglichst kurzen Reisedauer im Mittelpunkt. (Mit einer stärkeren Werbung (Größe und Dichte des Netzes deutschlandweit einmalig) und einer Einbindung von niedersächsischen Harz-Fremdenverkehrsorten (vor allem Braunlage) in das Schienennetz könnte dieses bisher zu wenig ausgelastete Touristik-Potenzial besser ausgeschöpft werden.)

Flächen für Industrie und Gewerbe

Die nach 1990 ostdeutschlandweit einsetzende Ausweisung und Erschließung von Gewerbegebieten hat auch in Sachsen-Anhalt dazu geführt, dass Investoren unter einem großen Angebot an Neuflächen wählen können. Innerhalb Sachsen-Anhalts sind mit jeweils ca. 29 Mio. m² die meisten Flächen in den Regionen Magdeburg und Halle erschlossen worden (Tabelle R.21). Aus Tabelle R.21 geht ferner hervor, dass mittlerweile von diesen Flächen im Durchschnitt etwa noch die Hälfte für Ansiedlungszwecke zur Verfügung steht. In der Region Halle sind dies inzwischen sogar deutlich weniger als die Hälfte (43,4%). Hinter diesen Durchschnittszahlen verbergen sich erfolgreiche Kommunen, deren vollbelegtes Gewerbegebiet inzwischen eine verlässliche Steuerbasis bildet, aber auch Kommunen mit bisher leerstehenden Gewerbegebieten, deren Finanzkraft durch anstehende Rückzahlungen der für die Erschließung aufgenommenen Kredite unterhöhlt zu werden droht.

In den Regionen Halle und Magdeburg übertrifft der Anteil neu erschlossener Flächen den der Altflächen um das Doppelte, in der Region Harz um das 3,5fache. In der Region Altmark ist das Verhältnis ausgeglichen und nur in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg übertrifft der Anteil der Altflächen den der neuen Gewerbegebiete fast um das Doppelte (Tabelle R.21). Berücksichtigt man, dass noch viele Unternehmen, die bereits zur DDR-Zeit bestanden, auf diesen Altflächen nach wie vor ihren Standort haben, so ist mit diesen Altflächen noch Ansiedlungspotenzial gegeben. Eine Ausnahme bildet die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, wo es anscheinend gelungen ist, häufiger als sonst im Land relativ viele ältere Unternehmen zu sanieren und/oder Altflächen durch neue Investoren zu belegen (z. B. in Bernburg, Chemiepark Bitterfeld, Lutherstadt Wittenberg).

Tabelle R.21:

Industrielle/Gewerbliche Altflächen und Gewerbegebiete nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998

- in m² -

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
Vorhandene industriell-gewerbliche Altfläche (1)	7.589.549	14.172.871	4.181.520	23.302.714	14.455.589	63.702.243
Verfügbare Fläche	3.709.409	7.703.121	1.748.632	7.886.538	7.850.818	28.898.518
Anteil an (1) in %	48,9	54,4	41,8	33,8	54,3	45,4
Vorhandene Gewerbegebietsfläche (2)	7.546.458	28.945.335	14.013.269	12.854.002	28.515.478	91.874.542
Verfügbare Fläche	4.071.476	14.577.065	7.168.152	6.494.984	12.388.913	44.700.590
Anteil an (2) in %	54,0	50,3	51,1	50,5	43,4	48,7

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Während von den Investoren in den ersten Jahren nach 1990 unbelastete Neuflächen präferiert wurden, sind inzwischen Altflächen mit z. T. erheblichen öffentlichen Mitteln soweit saniert worden, dass sie wieder als konkurrenzfähig gelten können. Insbesondere in den beiden Regionen Halle und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit einer hohen Zahl altindustrieller Standorte sind im Hinblick darauf im Untersuchungszeitraum zunehmend mehr Mittel investiert worden (Tabelle A-R.24).¹⁹

Ein weiterer mitbestimmender Faktor für die Vermarktbarkeit und Auslastung von Industrie- und Gewerbegebieten ist auch deren Qualität der Anbindung an das Straßen und Schienennetz. In dieser Hinsicht wurden seit 1996 landesweit wachsende Anstrengungen unternommen, um die Anbindungsqualität zu verbessern. Am stärksten profitierten im Untersuchungszeitraum die beiden Regionen Magdeburg und Halle von solchen GRW-geförderten Investitionen (Tabelle A-R.24).

Technologie- und Gründerzentren

Gewerblich und industriell nutzbare Flächen entstehen in den einzelnen Regionen auch im Rahmen der Errichtung von Technologie- und Gründerzentren (TGZ). Alle fünf Regionen verfügen über mindestens ein solches Zentrum. Technologie- und Gründerzentren konzentrieren sich jedoch in den beiden Regionen Magdeburg und Halle. In die Region Magdeburg sind im Untersuchungszeitraum zwischen 1995 und 1999 mit Abstand die meisten Investitionen in die Errichtung von TGZ geflossen (Tabelle A-R.24). Die dortigen Zentren sind auch am besten ausgelastet (Tabelle R.22) und/oder mit Erweite-

¹⁹ Vgl. dazu auch Kap. 4.2.6.

rungsplanungen befasst. Tabelle R.22 gibt den gegenwärtigen Ausbauzustand nur unzureichend wieder, da sowohl in den Städten Halle (Bio-Zentrum, Erweiterung des bestehenden TGZ und Ergänzungsflächen im Rahmen eines neuen angrenzenden Wissenschafts- und Innovationsparks) als auch in Magdeburg (Inbetriebnahme eines Innovations- und Gründerzentrums für nachwachsende Rohstoffe und eines Zentrums für Neurowissenschaftliche Innovation und Technologie) stärker FuE-orientierte und auf bestimmte Technologien spezialisierte Zentren hinzugekommen sind, welche die Statistik aus dem Jahr 1998 noch nicht erfasst. Mit diesen neu errichteten TGZ erfolgt eine stärkere Ausrichtung auf technologische und auf Forschungsschwerpunkte der beiden Hochschulen in Halle und Magdeburg sowie einiger außeruniversitärer Forschungsinstitute in deren räumlicher Nähe.

Tabelle R.22:

Anzahl der Firmen, Beschäftigte und Auslastung der Technologie- und Gründerzentren nach Regionen Sachsen-Anhalts 1996 und 1998

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
Zahl der TGZ						
1996	1	2	1	1	3	8
1998	1	2	1	1	4	9
Zahl der Firmen						
1996	20	61	35	7	58	181
1998	24	96	37	41	69	267
Beschäftigte						
1996	79	470	81	8	325	963
1998	75	666	101	75	319	1.236
Auslastung (in % der vermietbaren Fläche)						
1996	k.A.	90	75	67	92	-
1998	90	93	81	k.A.	96	-

Quelle: BARANOWSKI, G.; GROSS, B.: Innovationszentren in Deutschland 1996/97, Berlin 1996; BARANOWSKI, G.; RAETZ, B.: Innovationszentren in Deutschland 1998/99, Berlin 1998; Berechnungen des IWH.

Die Größe und die Auslastung der großstadtfernen Zentren ist geringer.²⁰ Diesbezüglich treten auch innerhalb der Regionen größere Unterschiede auf. Auffällig ist der geringe Besatz mit TGZ in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, obwohl sich dort zwei

²⁰ Vgl. dazu FRANZ, P.: Ostdeutsche Technologie- und Gründerzentren in der Aufbauphase. IWH-Forschungsreihe 4/1996. Halle, S. 25.

Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern und diverse Fachhochschulstandorte befinden.²¹ In der Region Harz wird demnächst ein weiteres Gründerzentrum in Halberstadt den Betrieb aufnehmen.

Technologietransfer und Forschungsunternehmen

Das Land Sachsen-Anhalt verfügt über ein differenziertes Netz von Einrichtungen, die sich mit Aufgaben des Technologietransfers befassen. Die höchste Konzentration solcher Transferstellen sowohl mit allgemeiner als auch mit fachspezifischer Ausrichtung findet sich in der Region Magdeburg (Tabelle R.22a). Hinter den Zahlen verbergen sich unterschiedlich große Einrichtungen, die im einen Extrem aus einem Hochschulprofessor bestehen, der Aufgaben des Technologietransfers nebenamtlich mit übernimmt, und im andern Extrem bis zu 14 hauptamtlich Beschäftigte mit einem entsprechend umfangreichen Beratungsangebot umfassen.

Tabelle R.22a:

Technologietransfereinrichtungen (Zahl) und Forschungsunternehmen (Zahl, Beschäftigte) nach Regionen Sachsen-Anhalts 2000 (Stand Juli)

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
Allgemeine Transfereinrichtungen	-	2	1	-	7	10
Fachspezifische Transfereinrichtungen	-	6	5	3	13	27
Forschungsunternehmen (FuE-Dienstleister, Forschungs-GmbH)	-	2	6	1	13	22
Beschäftigte in Forschungsunternehmen	-	130	111	7	322	570

Quelle: Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Technologieführer Sachsen-Anhalt 2000, Magdeburg 2000; Erhebungen und Berechnungen des IWH.

Eine Besonderheit des Landes Sachsen-Anhalt stellen die Forschungs-GmbH dar, die überwiegend aus den FuE-Abteilungen früherer Kombinate bzw. späterer Treuhandbetriebe ausgegründet und mit Unterstützung des Landes in die Lage versetzt wurden, FuE-Aufträge aus der Privatwirtschaft zu bearbeiten. Jene Forschungs-GmbH, die Markterfolge verzeichnen konnten, haben sich in der Zwischenzeit in mehrere Teilgesellschaften ausdifferenziert und haben Firmen-Ausgründungen bisheriger Mitarbeiter angeregt. Diese Forschungsunternehmen finden ihre Ergänzung durch zumeist kleinere Neugründungen von FuE-Dienstleistern, die häufig in TGZ ansässig sind, und durch

²¹ Zur regionalen Verteilung der Hochschulkapazitäten und der Ressourcen öffentlicher Forschung vgl. Kap. 4.2.3.

einige An-Institute von Hochschulprofessoren an den Hochschulstandorten Merseburg und Magdeburg. Auch im Hinblick auf solche Forschungsunternehmen zeigt sich eine räumliche Konzentration auf die Region Magdeburg (Tabelle R.22a).

Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung

In die Versorgung mit Trinkwasser, in die Abwasserentsorgung und in die Abfallentsorgung sind in Ostdeutschland nach der Vereinigung zahlreiche Investitionen geflossen mit dem Ziel, westdeutsche und EU-Standards zu erreichen.²² Der Investitionshöhepunkt scheint im Fall der Abfallentsorgung überschritten, wenn man die entsprechenden Zahlen des Ministeriums für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt für den Untersuchungszeitraum zugrunde legt (Tabelle A-R.23). Im Fall der Trinkwasserver- und der Abwasserentsorgung trifft dies nur bedingt zu: Hier treten von Jahr zu Jahr starke Schwankungen auf. Diese Investitionen haben u. a. dazu geführt, dass diese Infrastruktureinrichtungen heute als weitgehend ubiquitär gelten und in den Standortüberlegungen von (Industrie-)Unternehmen nur dann eine Rolle spielen, sobald sie aufgrund von Besonderheiten der darin betriebenen Produktion einen bedeutenden Kostenfaktor darstellen. Nur in solchen Fällen beeinflussen regionale Unterschiede in Wasserpreisen und in Gebühren für die Abwasser- und Abfallentsorgung Investitionsentscheidungen von Unternehmen.

In den fünf Teilräumen Sachsen-Anhalts liegen die Wasserpreise mit 3,39 DM für den Kubikmeter am niedrigsten in der Region Magdeburg und sind mit 5,08 DM in der Region Halle um 50% höher (Tabelle R.23). Derartige Differenzen können für Unternehmen mit wasserintensiven Produktionsverfahren durchaus deren Standortüberlegungen beeinflussen.

Die Information, welcher Prozentsatz der Privathaushalte an öffentliche Kläranlagen angeschlossen ist, bezieht sich zwar nicht auf Unternehmen, doch lässt sie sich als Indikator für den Ausbaustand und die flächenhafte Abdeckung eines Abwassernetzes heranziehen. Die Zahlen aus dem Jahr 1995 repräsentieren sicher nicht mehr den aktuellen Stand, doch ist an dem niedrigen Niveau des Anschlussgrads zwischen 51 und 63% in den fünf Regionen ablesbar, dass hier noch weitere Ausbau-Investitionen notwendig sind, um westdeutsche Standards zu erreichen. Hiervon ist keine Region ausgenommen. Im Bereich der Abwasserentsorgung besteht im Fall des Kläranlagenbaus allerdings auch die Gefahr, dass überdimensionierte und über längere Zeit nicht ausgelastete Neubauten die Abwasserpreise unnötig in die Höhe treiben.²³

²² Vgl. dazu für den Bereich Trinkwasser KOMAR, W.: Trinkwasserversorgung in Deutschland: wirksamer Grundwasserschutz notwendig, in: IWH, *Wirtschaft im Wandel* 2/1999, 5. Jg., S. 10 f.

²³ So waren z. B. die Kläranlage Stendal Mitte der 90er Jahre nur zu 60%, das Gemeinschaftsklärwerk Bitterfeld/Wolfen nur zu 55% ausgelastet. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT: *Landesentwicklungsbericht 1996*, a. a. O., S. 132.

Tabelle R.23:

Trinkwasserpreise und Anschlussgrad an Kläranlagen nach Regionen Sachsen-Anhalts

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
Trinkwasserpreis 1997 (in DM/m ³)	3,54	3,39	4,14	4,18	5,08	4,12
Anschlussgrad an öffentliche Kläranlagen 1995 (in % der Einwohner)	61,0	67,7	58,1	61,2	61,4	63,5

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Berechnungen des IWH.

Zwischenfazit

Vom landesweiten Ausbau der Verkehrsinfrastruktur haben bisher die beiden Regionen Altmark und Harz am wenigsten profitiert: Sie sind nach wie vor am schwierigsten zu erreichen und haben die längsten Pkw- und Zugreisezeiten zu Agglomerationsräumen. Die neue Hochgeschwindigkeits-Bahnstrecke Hannover-Berlin führt zwar durch die Altmark, bringt aber der Region aufgrund sehr weniger Zughalte in Stendal nur sehr beschränkten Nutzen. Im Hinblick auf den Flugverkehr ist die Region Halle durch die räumliche Nähe zum (außerhalb der Landesgrenzen gelegenen) Flughafen Leipzig-Halle am besten angebunden.

Gewerbeflächen stellen in keiner der fünf Regionen einen Engpass dar. In den beiden Regionen Halle und Magdeburg sind bisher jeweils doppelt so viele neu erschlossene Gewerbeflächen errichtet worden als in jeder der drei anderen Regionen. Das Angebot an Gewerbeflächen ist im Untersuchungszeitraum durch abgeschlossene Sanierungen ständig erweitert worden, wobei die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg eine führende Rolle eingenommen hat.

Jede der fünf Regionen verfügt über mindestens ein Technologie- und Gründerzentrum. In den beiden Regionen Halle und Magdeburg wird derzeit das Angebot durch TGZ erweitert, die auf bestimmte Technologien spezialisiert und mit entsprechenden Forschungsschwerpunkten öffentlicher Wissenschaftseinrichtungen eng verknüpft sind.

Das Trinkwasser- und das Abwassernetz hat in allen Regionen Sachsen-Anhalts einen Ausbaustand erreicht, der es erlaubt, im Hinblick darauf von einem ubiquitären Standortfaktor zu sprechen. Allerdings haben die bisher realisierten Lösungen der Trinkwasser- und Abwasserentsorgung dazu geführt, dass beträchtliche Unterschiede im Preisgefüge dieser Leistungen sowohl zwischen den als auch innerhalb der Regionen auftreten. Dies kann dazu führen, dass zwar moderne, aber mit hohen Betriebskosten verbundene Infrastruktur nicht die erhofften positiven Standortwirkungen entfaltet.

4.2.5 Unternehmensstrukturen

In Anlehnung an das Vorgehen beim gesamtwirtschaftlichen und nach Branchen differenzierenden Analyseteil (vgl. Abschnitt 3.2.5 und 3.3.2) wird auch auf der Ebene der Regionen Sachsen-Anhalts der Faktor der Unternehmensstrukturen als eigene Wachstumsdeterminante betrachtet. Von den in den angesprochenen Abschnitten behandelten Strukturmerkmalen können auf der Ebene der Regionen die unternehmerische Initiative, teilweise die wirtschaftlichen Verflechtungen (anhand der Bedeutung ausländischer Investoren in den Regionen und der Exportquoten) und die Betriebsgröße betrachtet werden.

a) Unternehmerische Initiative

Beim Vergleich Sachsen-Anhalts mit den anderen ostdeutschen Bundesländern hat sich gezeigt, dass die unternehmerische Initiative in Sachsen-Anhalt weniger stark als in den anderen ostdeutschen Ländern ausgeprägt ist (vgl. Abschnitt 3.2.5). Da diesem Faktor eine eminente Bedeutung hinsichtlich des Entstehens innovativer und moderner Wirtschaftsstrukturen zukommt, soll er auch im Vergleich der fünf Regionen Sachsen-Anhalts näher betrachtet werden. Dafür können die Zahl der den IHK zugehörigen Unternehmen, die Nettogewerbeanmeldungen und die Anzahl der Förderfälle aus den mittelstandsorientierten Förderprogrammen der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) herangezogen werden.

Tabelle R.24:

Den IHK Halle-Dessau und Magdeburg zugehörige Unternehmen nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 01.01.2000

Land/Region	Unternehmen der IHK				
	insgesamt	davon Kleingewerbe- treibende	Klein- gewerbe in %	pro 1.000 Einwohner	
				insgesamt	Kleingewerbe
Altmark	7.131	5.269	73,9	29,2	21,6
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	18.162	13.475	74,2	32,9	24,4
Halle	27.400	20.194	73,7	34,0	25,0
Harz	13.755	10.122	73,6	31,9	23,5
Magdeburg	20.957	14.584	69,6	34,1	23,7
Sachsen-Anhalt	87.405	63.644	72,8	33,0	24,0

Quelle: IHK Halle-Dessau; IHK Magdeburg; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Die in Abschnitt 3.2.5 erstmalig angesprochene Unternehmenslücke Sachsen-Anhalts ist, wenn man wiederum nur die den IHK angehörenden Unternehmen als Grundlage nimmt, in der Altmark am stärksten ausgeprägt. Mit lediglich etwa 29,2 Unternehmen pro 1.000 Einwohner, davon 21,6 Kleingewerbetreibende, ist der Unternehmensbesatz

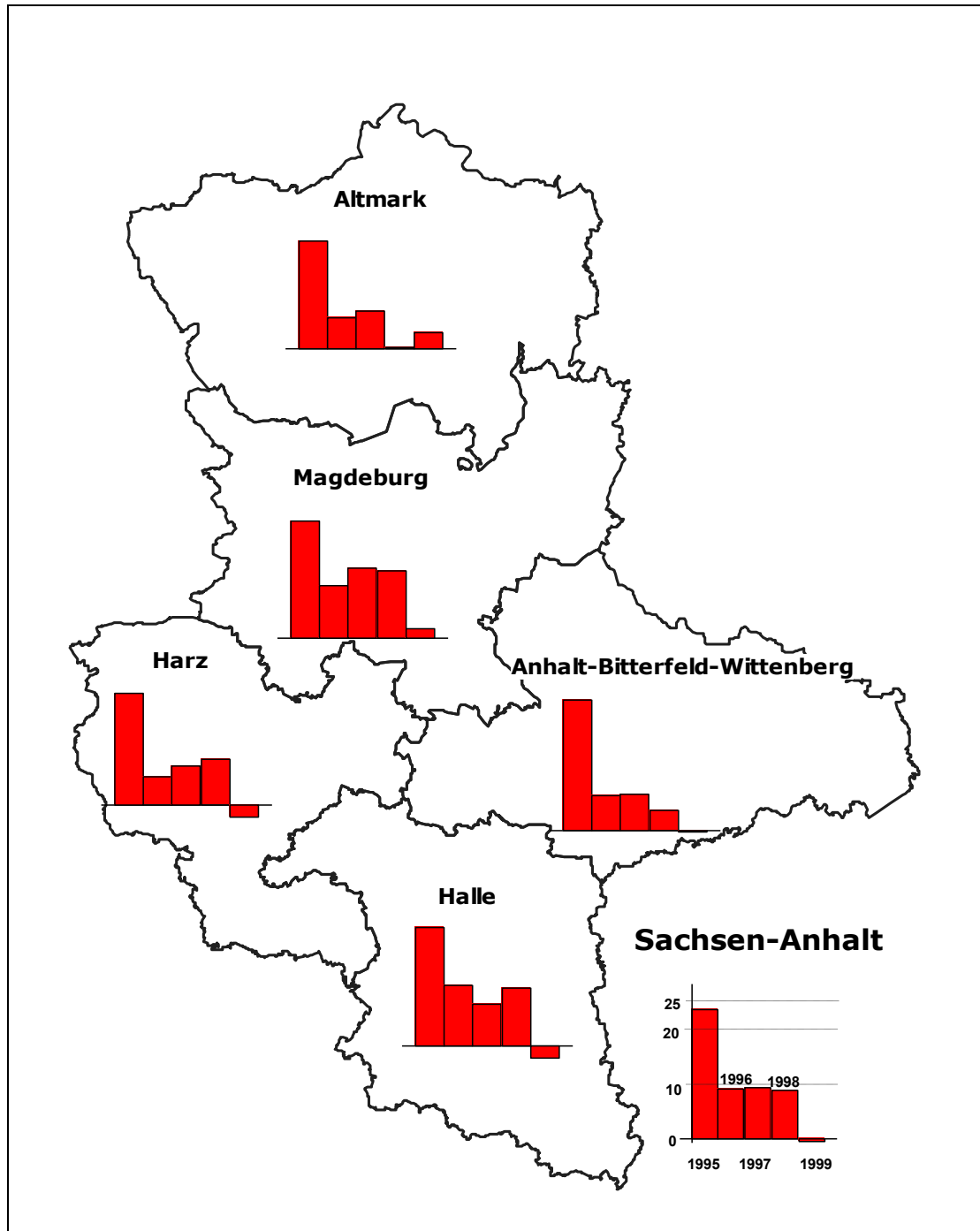
am geringsten von allen Regionen des Landes. Freilich fließt aber ein Teil der Güter- und Dienstleistungsnachfrage aus der ländlichen Altmark in das Oberzentrum Magdeburg ab, ebenso verhält es sich mit den Regionen Harz und Anhalt, die ebenfalls unter dem Durchschnitt liegende Unternehmensbesätze aufweisen. Von daher ist es eher auffällig, dass in den Regionen Halle und Magdeburg der Unternehmensbesatz nur relativ gering über dem Landesdurchschnitt liegt. Das Defizit an Unternehmen dürfte eher in diesen Regionen eine Rolle spielen, auch wenn die Daten gegenteiliges suggerieren.²⁴

Wie in Abschnitt 3.2.5 angesprochen, hat in Sachsen-Anhalt der Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen seit 1995 deutlich abgenommen, 1999 war er sogar das erste Mal negativ (vgl. Abbildung R.5 und Tabelle A-R.19). Dies wirft die Frage auf, ob alle Regionen gleichermaßen davon betroffen waren. In der Summe der Jahre 1995-99 erscheinen die beiden Regionen Magdeburg und Halle eindeutig als diejenigen mit dem umfassendsten Zuwachs an Gewerbebetrieben, jeweils mehr als 50 pro 10.000 Einwohner. Die Altmark verzeichnete demgegenüber den geringsten Zuwachs. Vergleicht man jedoch das letzte verfügbare Jahr 1999 mit den anderen Jahren, so zeigt sich eine deutlich geänderte Rangfolge: während in den Regionen Anhalt, Halle und Harz die Anzahl der Gewerbebetriebe gesunken ist, ist sie in der Altmark gestiegen. Die Region hat sich sogar vom letzten Platz 1998 auf den ersten Platz 1999 vorgeschoben. Dies ist sowohl auf einen geringen Rückgang der Anmeldungen als auch auf einen geringeren Anstieg der Abmeldungen als im Landesdurchschnitt zurückzuführen (vgl. Tabellen A-R.17 und A-R.18).

Ähnlich wie die Nettogewerbeanmeldungen haben auch die Förderfälle aus den Förderprogrammen der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) in Sachsen-Anhalt zwischen 1995 und 1999 deutlich abgenommen, von 12,2 pro 10.000 Einwohner auf 5,1 (vgl. Tabelle R.25). Anders als bei den Nettogewerbeanmeldungen erscheint bei den Förderfällen der DtA-Programme die Region Altmark allerdings nahezu im gesamten Zeitraum als diejenige Region mit den meisten Förderfällen je 10.000 Einwohner. Über dem Landesdurchschnitt liegt auch die Region Harz. Magdeburg und Anhalt liegen in etwa im Landesdurchschnitt. Einzig die Region Halle bleibt mit 34,3 Förderfällen deutlich hinter den anderen Regionen zurück.

²⁴ Um dies im Detail zu prüfen, müsste ein Vergleich auf regionaler Ebene über das Land Sachsen-Anhalt hinaus vorgenommen werden, also der Regionen Halle und Magdeburg mit vergleichbaren anderen ost- und westdeutschen Regionen mit Oberzentren. Dies ist im Rahmen der vorliegenden Analyse nicht möglich.

Abbildung R.5:

Nettogewerbeanmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999^a

^a 1995 wurde anders als in den Folgejahren bei Personengesellschaften jeder Gesellschafter einzeln gezählt, 1998 und 1999 sind Automatenaufsteller und Reisegewerbe nicht mehr enthalten. Vgl. zu den Daten Tabellen A-R.17, A-R.18, A-R.19.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle R.25:

Förderfälle aus den Förderprogrammen der DtA in Sachsen-Anhalt nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999^a

- pro 10.000 Einwohner -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Summe 1995-1999
Altmark	16,6	12,9	11,1	8,3	8,5	57,4
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	13,3	11,0	7,5	6,5	4,7	42,9
Halle	8,5	8,0	7,0	6,7	4,1	34,3
Harz	13,3	12,5	10,3	10,1	6,1	52,3
Magdeburg	13,5	10,5	10,2	6,8	4,8	45,8
Sachsen-Anhalt	12,2	10,4	8,7	7,4	5,1	43,8

^a Zahl der Förderfälle aus den Programmen der Deutschen Ausgleichsbank (DtA), vgl. zu den Daten und den Programmen Tabelle A-R.20.

Quelle: DtA; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Es ist nicht ganz einfach, diese doch recht deutlichen Unterschiede im Abschneiden der Regionen bei beiden Indikatoren zu erklären. Die Nettogewerbeanmeldungen werden in größerem Ausmaß als die mittelstandsorientierten Kreditzusagen durch Scheingründungen, d. h. Gewerbebetriebe, die zwar formal bestehen aber nicht wirtschaftlich aktiv werden, durch rein rechtliche Vorgänge wie den Eintritt oder das Ausscheiden von Gesellschaftern oder durch die Verlagerung von Betrieben oder Betriebsteilen, ohne dass dadurch neue wirtschaftliche Aktivitäten entstehen, beeinflusst. Deshalb dürften die Kreditzusagen der „bessere“ Indikator für die Gründungstätigkeit und die unternehmerische Initiative in einer Region sein. Weniger Förderfälle in der Region Halle könnten so durch eine geringere Nachfrage nach den Förderprogrammen verursacht sein, beispielsweise weil aufgrund der (früheren) durch Großbetriebe und wenige Branchen geprägten Strukturen eine „Kultur der Selbstständigkeit“ weniger verbreitet ist.²⁵ Rein theoretisch könnten Ursachen auch auf der Seite der Kreditanbieter liegen, also etwa dass von den Geschäftsbanken in der Region Halle seltener die Förderkredite beantragt werden. Um diese Frage weiter zu durchdringen wären gezielte Untersuchungen erforderlich, die über die Zielstellung der vorliegenden Analyse hinausgehen würden. Wegen der eher negativen Ergebnisse bei den meisten anderen Indikatoren ist das relativ gute Abschneiden der Altmark überraschend. Möglicherweise liegt dies auch daran, dass die Förderkreditnachfrage sektoral breit angelegt ist, während andere Indikatoren häufig stark von der Situation im Verarbeitenden Gewerbe dominiert werden. Gerade in diesem

²⁵ Die Ergebnisse von Steil deuten darauf hin, dass das Gründungsgeschehen in den ostdeutschen Kreisen im Zeitraum 1992-1994 negativ mit der durchschnittlichen Arbeitsstättengröße und einer Dominanz von Energie/Bergbau und Chemischer Industrie zusammenhängt, vgl. STEIL, F.: Determinanten regionaler Unterschiede in der Gründungsdynamik. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer, a. a. O., S. 202 und 217.

Wirtschaftszweig ist die Stellung der Altmark aber eher schwach (vgl. Abschnitt 4.3). Möglicherweise ist hier auch eine andere Interpretation des Indikators der geförderten Kredite notwendig: viele Förderkreditfälle könnten auch darauf zurückzuführen sein, dass Geschäftsbanken aufgrund einer ungünstigen regionalwirtschaftlichen Lage nur eingeschränkt dazu bereit sind, selbst Risiko zu übernehmen und deshalb bevorzugt auf die staatlichen Förderangebote zurückgreifen.

b) Ausländische Investoren und Exportquoten in der Industrie

Ausländische Investoren: Wie in Abschnitt 3.2.5 gezeigt wurde, wies Sachsen-Anhalt Ende 1998 die höchsten Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen von allen ostdeutschen Bundesländern aus. Auch die Investitionen sachsen-anhaltinischer Unternehmen im Ausland waren im Vergleich der ostdeutschen Länder am höchsten. Entsprechende Daten zu den Direktinvestitionen werden für eine räumliche Ebene unterhalb der Bundesländer nicht veröffentlicht. Behelfsweise kann aber auch die Förderstatistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ herangezogen werden, die Informationen dazu enthält, ob ein ausländischer Investor an einem geförderten Investitionsvorhaben beteiligt ist.²⁶ Aus der Statistik lassen sich Erkenntnisse über die Investitionshöhen der Projekte mit ausländischen Investoren und die in den Förderanträgen vorgesehenen neuen oder gesicherten Arbeitsplätze ablesen. Beide sollen näherungsweise über das Engagement ausländischer Investoren in den Regionen Sachsen-Anhalts und die daraus zu erwartenden Know-how- und Informationsgewinne der regionalen Wirtschaft Auskunft geben.

Anhand der Investitionssummen erscheint die Region Halle in den Jahren 1995-1999 als die Region mit den höchsten Investitionen mit Beteiligung ausländischer Investoren von allen sachsen-anhaltinischen Regionen (vgl. Tabelle R.26). Die Regionen Harz und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg liegen in etwa gleichauf, während die Altmark den mit großem Abstand geringsten Investitionsumfang mit ausländischer Beteiligung aufwies. Etwas anders verhält es sich, wenn man statt der Investitionssummen die Anzahl der laut Angabe der Unternehmen in den Förderanträgen geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze betrachtet. In den Jahren 1995-1999 lagen die drei Regionen Anhalt, Halle und Harz sogar in etwa gleichauf und die Altmark hatte den letzten Platz an Magdeburg abgegeben. Aus den großen Unterschieden der Anteile ausländischer Investoren bei den Investitionssummen und den geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätzen kann geschlossen werden, dass in allen Regionen außer der Altmark die Bedeutung von Auslandsinvestoren insbesondere bei Investitionen mit hohen Investitionssummen und relativ hoher Kapitalintensität (und deshalb nur wenigen Arbeitsplätzen) groß war. Die Investitionssumme pro geschaffenem und gesichertem Arbeitsplatz liegt in der Region

²⁶ Damit werden Realkapitalinvestitionen durch ausländische Investoren erfasst und nicht wie bei den Direktinvestitionen das Eigentum ausländischer Investoren an sachsen-anhaltinischen Unternehmen.

Halle etwa 13-mal so hoch wie in der Altmark und immerhin 2,5-mal so hoch wie im sachsen-anhaltinischen Durchschnitt.

Tabelle R.26:

Investitionen mit ausländischen Investoren in Sachsen-Anhalt nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999 (Summe)^a

Land/Region	Investitionen in % aller im Rahmen der GRW geförderten Investitionen	Geschaffene und gesicherte Arbeitsplätze in % aller geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze	Investitionen in 1.000 DM pro Arbeitsplatz
Altmark	3,1	5,7	165
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	25,9	7,9	510
Halle	54,8	7,5	2.188
Harz	23,0	7,3	406
Magdeburg	13,9	4,2	631
Sachsen-Anhalt	28,0	6,4	883

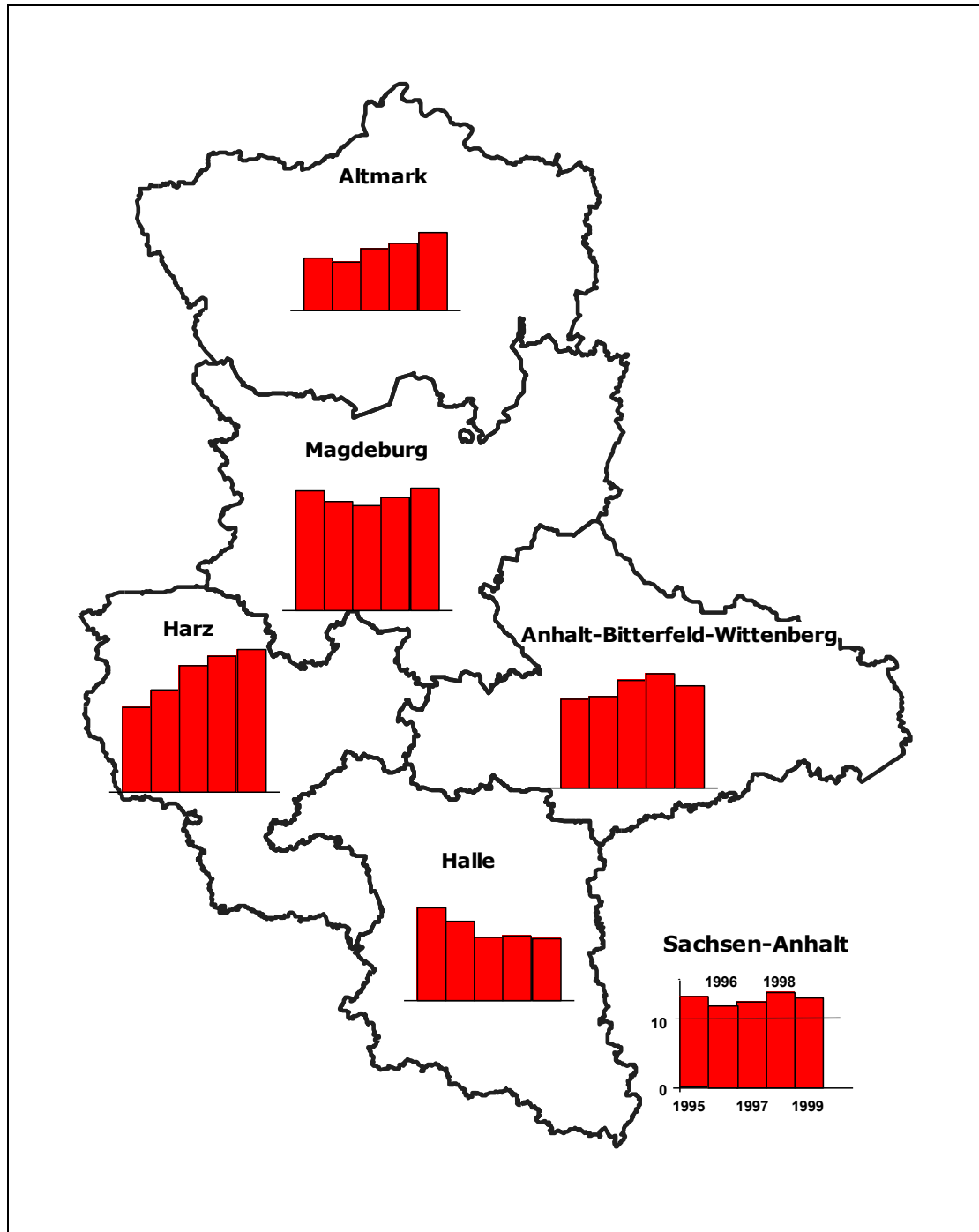
^a Investitionen der gewerblichen Wirtschaft aus der Bewilligungsstatistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Quelle: Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Exportquoten: Auf der Regionsebene stehen als Informationen zu den Absatzregionen die Exportumsätze der Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes zur Verfügung. Daraus lassen sich zumindest näherungsweise Erkenntnisse darüber gewinnen, in welchem Umfang es der Industrie in den Regionen gelungen ist, Markteintrittsbarrieren auf ausländischen Märkten zu überwinden. Weiterhin besteht bei Absatzbeziehungen zu ausländischen Unternehmen grundsätzlich die Möglichkeit, dass die Regionen von einem internationalen Technologie- und Wissenstransfer profitieren.

Die Exportquoten geben ein relativ klares Bild zur Position der einzelnen Regionen. Die höchste industrielle Exportquote – mit nahezu 20% Exportumsatz in Relation zum Gesamtumsatz – wies im Jahr 1999 der Harz auf (vgl. Abbildung R.6 und Tabelle A-R.21). Auch in Magdeburg und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg lagen die Exportquoten über dem Landeswert. In den Regionen Halle und Altmark dagegen lagen die Exportquoten deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Auch die Entwicklung der Exportumsätze unterscheidet sich deutlich zwischen den Regionen: wiederum weist der Harz mit einer Verdopplung der Exportumsätze zwischen 1995 und 1999 eine sehr günstige Entwicklung auf. Das gleiche gilt auch für die Altmark, die im Regionsvergleich seit 1995 damit deutlich aufgeholt hat. Auch in den Regionen Anhalt und Magdeburg ist der Exportumsatz noch um etwa 30% und damit mehr als im Land insgesamt gestiegen. Lediglich die

Abbildung R.6:

E
A

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. Zu den Daten siehe Tabelle A-R.21.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Region Halle unterscheidet sich bei der Entwicklung der Exportumsätze und auch der Exportquote diametral von den anderen Regionen: in Halle sind nämlich sowohl die Exportumsätze um rund 25% gesunken zwischen 1995 und 1999, als auch die Exportquote von 1995 13% auf 1999 8,6%.

c) Betriebsgröße

Die ökonomische Theorie liefert keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Betriebsgröße und den Wachstumsperspektiven einer Region, da die Betriebsgröße über unterschiedliche Transmissionsmechanismen das Wachstum beeinflussen kann, die gegenläufige Wirkungsrichtungen aufweisen (vgl. Abschnitt 2.3.5.3). Die Betriebsgröße kann deshalb mehr Auskunft über spezifische Stärken und Schwächen in einer Region geben als direkt etwas über die Entwicklungsbedingungen aussagen. Da die Betriebsgröße stark von der Branche abhängt, wird nachfolgend bereits eine differenzierte Darstellung für die vier wichtigsten Wirtschaftszweige, das Verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe, den Handel und die Dienstleistungen vorgenommen. Als Indikator liegen Daten aus einer Sonderauswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit mit Stand 30.06.1999 zugrunde. Die Entwicklung im Zeitverlauf kann nicht nachgezeichnet werden.

Für die einzelnen Regionen fällt zunächst auf, dass die Altmark in allen dargestellten Wirtschaftszweigen überdurchschnittlich viele Beschäftigte in Kleinbetrieben (weniger als 20 Beschäftigte) und nur relativ wenige in Großbetrieben (500 und mehr Beschäftigte) hat (vgl. Tabelle R.27). Dies könnte eine Folge vieler Neugründungen sein, die von Haus aus zunächst eher klein sind (siehe oben die Ergebnisse zur unternehmerischen Initiative). Die Betriebsgrößenstruktur dürfte vor allem aber auch ein Abbild der polyzentrischen und dispersen Siedlungsstruktur und dadurch fehlenden Ballung der Nachfrage sein, die eine Produktion in größeren Betriebseinheiten weniger rentabel und die Realisierung von Skalenvorteilen anders als in Agglomerationen schwierig macht. Die vergleichsweise verdichteten Regionen mit den gleichnamigen Zentren Halle und Magdeburg weisen spiegelbildlich dazu niedrige Beschäftigtenanteile in Kleinbetrieben und hohe Anteile in Großbetrieben auf. In Halle gilt dies für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor, in Magdeburg für Baugewerbe und Handel. Bemerkenswert ist auch der über dem Landesdurchschnitt liegende Anteil von Kleinbetrieben im Handel im Harz. Dies kann durch die polyzentrische Siedlungsstruktur verursacht sein und den überwiegend lokalen Einzugsbereich der ansässigen Handelsbetriebe.

d) Fazit zu den Unternehmensstrukturen

Die Regionen Sachsen-Anhalts schneiden bei den einzelnen Bereichen, die unter den Unternehmensstrukturen untersucht wurden, nicht einheitlich ab:

Tabelle R.27:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftszweigen, Betriebsgrößen und nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999^a

- in % der Beschäftigten im jeweiligen Wirtschaftszweig -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
<i>Verarbeitendes Gewerbe</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	40,9	28,7	28,9	29,0	30,5	30,0
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	54,1	66,4	59,4	67,0	65,0	63,4
Betr. mit über 500 Beschäftigten	5,1	4,9	11,7	4,1	4,5	6,6
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Baugewerbe</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	46,3	44,9	37,6	40,5	35,7	39,8
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	53,7	55,1	58,7	59,5	53,6	56,4
Betr. mit über 500 Beschäftigten	0,0	0,0	3,8	0,0	10,8	3,8
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Handel</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	59,1	54,7	49,4	62,4	44,6	51,8
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	40,9	38,0	48,9	32,8	48,2	43,6
Betr. mit über 500 Beschäftigten	0,0	3,5	1,7	0,0	7,3	3,2
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
<i>Dienstleistungen^b</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	33,6	34,7	29,6	33,0	32,3	32,0
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	42,2	49,7	42,2	38,3	43,5	43,3
Betr. mit über 500 Beschäftigten	24,1	15,6	28,2	28,8	24,2	24,7
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a Beschäftigte zum 30.6.1999 in den Betrieben, die am 14.4.2000 noch erfasst wurden. Gliederung der Wirtschaftszweige nach der Systematik der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 1973. Zu den Daten siehe Tabelle A-R.22. –

^b Die Dienstleistungen enthalten auch Schulen, Hochschulen, Stadtwerke und andere öffentliche Dienstleistungsunternehmen.

Quelle: IAB; Berechnungen des IWH.

- Die Altmark weist überdurchschnittlich viele mittelstandsorientierte Kreditzusagen der DtA auf, 1999 noch deutlicher als 1995. Viele Existenzgründungen können einen Beitrag zur festgestellten kleinbetrieblich dominierten Struktur leisten. Diese dürfte außerdem durch die dispersen Siedlungs- und Nachfragestrukturen mitverursacht sein, welche freilich die Realisierung von Skalenvorteilen erschweren. Einen Nachteil weist die Region hinsichtlich der Aktivitäten ausländischer Investoren auf, die deutlich geringer als in den anderen Regionen des Landes ausfielen. Zwar lag auch die Exportquote 1999 unter dem Landeswert, die Region hat allerdings seit 1995 deutlich aufgeholt.

- Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg weist leicht unter dem Landesdurchschnitt liegende Werte bei den Indikatoren der unternehmerischen Initiative und auch der Investitionsaktivitäten ausländischer Investoren auf. Hinsichtlich der Betriebsgrößenstruktur besteht keine klare Tendenz. Insgesamt sind die Unternehmensstrukturen also etwas ungünstiger als im Land insgesamt ausgeprägt.
- Halle weist zwar einen überdurchschnittlichen Zuwachs an Gewerbebetrieben aber deutlich weniger Förderfälle aus den Förderprogrammen der DtA auf als die anderen Regionen Sachsen-Anhalts. Vor allem dieser letztgenannte Wert, möglicherweise eine Folge der monostrukturierten und großbetrieblichen Tradition der Region, erscheint als problematisch, da neue und wachsende Unternehmen Beschäftigung generieren. Auch in der aktuellen Größenstruktur sind Großbetriebe noch deutlich mehr als in den anderen Regionen vertreten, was freilich durch die Siedlungs- und Nachfragestrukturen mit bedingt ist und positive Effekte haben kann. Als vorteilhaft für die Region ist die hohe Präsenz ausländischer Investoren einzuschätzen. Dagegen waren sowohl der Umfang der Industrieexporte als auch deren Entwicklung extrem ungünstig.
- Der Harz weist ähnlich wie die Altmark relativ wenige Nettogewerbebeanmeldungen und hohe Förderfallzahlen bei den Förderprogrammen der DtA auf. Investitionsaktivitäten ausländischer Investoren sind zwar unter dem Wert Sachsen-Anhalts aber nach Halle immerhin noch an zweiter Stelle aller Regionen. Die industriellen Exporte haben seit 1995 kontinuierlich zugenommen und waren seit 1997 die höchsten aller Regionen des Landes.
- In der Region Magdeburg schließlich weisen die Indikatoren für unternehmerische Initiative positive Ausprägungen auf. Sehr hohe und auch am aktuellen Rand noch positive Nettogewerbebeanmeldungen gehen mit überdurchschnittlichen Fallzahlen bei der Förderung durch die DtA einher. Allerdings weist die Region sehr wenige Investitionen auf, an denen ausländische Investoren beteiligt sind und – mit nicht einmal 5% – auch die niedrigste Bedeutung dieser Investitionsvorhaben hinsichtlich der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze. Die Exportquote war 1999 die zweithöchste von den Regionen des Landes, sie ist allerdings zwischen 1995 und 1997 gesunken und erst danach wieder angestiegen.

4.2.6 Natürliche Ressourcen

Wie bereits in Kap. 3.2.6 herausgestellt, stellt die Verfügbarkeit natürlicher Ressourcen eine potentielle und bei deren Nutzung auch eine aktuelle Quelle regionalen Wachstums dar. Mit zunehmender Intensität und Dauer der Nutzung können wiederum Rückwirkungen auf die Umwelt- und Lebensqualität in der Region auftreten, die mittelfristig das wirtschaftliche Ergebnis beeinträchtigen, sofern sie als Standortnachteile wahrgenommen werden.

Im Folgenden werden anhand von Daten zur Flächennutzung regionale Besonderheiten und die Belastung der Regionen mit potentiellen Altlasten herausgestellt.

Tabelle R.28:

Landwirtschafts- und Waldfläche nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999
- in % der Gesamtfläche -

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Sachsen- Anhalt
Anteil Landwirtschaftsfläche (in %)						
1995	63,5	64,8	58,6	58,1	72,0	63,4
1999	63,3	64,1	58,2	57,7	71,3	62,9
Anteil Waldfläche (in %)						
1995	22,0	18,4	29,3	26,8	9,8	21,2
1999	22,1	18,5	29,3	26,8	9,8	21,3

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Aus Tabelle R.28 geht hervor, dass in allen fünf Regionen mehr als 50% ihrer Fläche für landwirtschaftliche Zwecke herangezogen und somit der Boden als Ressource für die landwirtschaftliche Produktion intensiv genutzt wird. Am stärksten ausgeprägt ist diese Nutzung in der Region Halle, am geringsten in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Der hohe Anteil landwirtschaftlich genutzter Fläche hat zwangsläufig auch landschaftsprägende Wirkung. Diese äußert sich in den durch hohe Bodenwerte begünstigten Regionen Halle und Magdeburg in Form ausgedehnter Ackerflächen. In den Regionen Harz und vor allem der Altmark ist der für Viehhaltung wichtige Anteil von Grünflächen größer, sodass dort ein weniger monotones Landschaftsbild vorherrscht.

Mit einer Ausnahme erzielt nach der Landwirtschaftsfläche die Waldfläche noch vor der Siedlungsfläche (vgl. Tabelle R.30) die zweithöchsten Anteile in den Regionen Sachsen-Anhalts. Die Ausnahme bildet die Region Halle, die extrem gering bewaldet ist (Tabelle R.28). Über die größten Waldanteile verfügen die Regionen Harz und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (Dübener Heide, Fläming) und damit auch über touristisch nutzbare Potenziale.

Massive Veränderungen der Flächennutzungen benötigen in der Regel lange Zeiträume. So ist die in allen fünf Regionen dominierende agrarische Nutzung der Bodenfläche zwischen 1995 und 1999 in allen fünf Regionen nur geringfügig zurückgegangen. Gleiches gilt für den Anteil der Fläche, die von Wald bedeckt ist. In der Region Altmark hat die Waldfläche sogar geringfügig zugenommen.

Wirtschaftliche Aktivitäten nehmen vielfach die natürliche Ressource Boden in Anspruch. Flächennutzungen von Industrie, Landwirtschaft, Dienstleistungen und Militär können – auch wenn sie schon längere Zeit zurückliegen – die Standortsuche und damit das Entste-

hen neuer wirtschaftlicher Aktivitäten und neuer Flächennutzungen behindern, sofern sie zu kontaminierten Flächen und/oder flächenhaften Ablagerungen geführt haben, von denen Gesundheitsgefahren ausgehen. Für deren Beseitigung entstehen Kosten, die häufig nicht von den Verursachern, sondern von den Gebietskörperschaften und damit von der Allgemeinheit zu tragen sind. Ob das Land Sachsen-Anhalt von solchen unerwünschten Folgen früherer Flächennutzungen in besonderem Maße betroffen ist, lässt sich aufgrund fehlender Ländervergleichszahlen schwer feststellen. Jedoch lässt sich aus dem Umstand, dass Sachsen-Anhalt in der Zeit der DDR Schwerpunkt der Chemie-Industrie und ein wichtiger Bergbau- sowie Chemiestandort war, schlussfolgern, dass eine beträchtliche Zahl von Teilflächen durch Altlasten einer anderweitigen Nutzung entzogen ist bzw. auch die Nutzung angrenzender Areale beeinträchtigt. In Tabelle R.29 werden die in Sachsen-Anhalt erfassten altlastenverdächtigen Flächen einmal nach den fünf Teilräumen und zum andern nach dem Handlungsbedarf differenziert, d. h. für Altlasten mit hohem (geringem) Gefährdungspotenzial gilt eine hohe (geringe) Priorität ihrer Beseitigung.

Tabelle R.29:

Altlastverdächtige Flächen nach Regionen Sachsen-Anhalts (Stand 12.5.2000)

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Sachsen- Anhalt
Altlastverdächtige Flächen insgesamt	4.141	3.995	2.384	4.264	6.204	20.988
darunter						
...Altablagerungen	1.117	966	885	1.169	2.159	6.296
davon (in %)						
- nicht bewertbar	0,4	1,8	2,7	1,6	8,9	4,1
- geringe Priorität	43,9	32,4	24,1	31,1	33,0	33,2
- mittlere Priorität	52,2	56,3	62,8	58,4	50,2	54,8
- hohe Priorität	3,6	9,5	10,4	1,2	7,9	7,9
...Altstandorte	2.888	2.810	1.222	2.878	3.889	13.864
davon (in %)						
- nicht bewertbar	0,0	0,9	1,4	25,9	0,6	5,8
- geringe Priorität	15,4	26,3	23,8	17,0	37,7	24,9
- mittlere Priorität	73,2	58,7	54,3	41,9	46,2	54,0
- hohe Priorität	11,3	14,2	20,5	15,2	15,5	15,3
...militärische Altlasten	136	219	86	217	156	828
davon (in %)						
- nicht bewertbar	0,0	0,9	0,0	2,8	1,3	1,2
- geringe Priorität	7,4	12,8	8,1	9,7	14,1	11,0
- mittlere Priorität	67,6	58,4	53,5	66,8	62,8	62,2
- hohe Priorität	25,0	27,9	38,4	20,7	21,8	25,6

Quelle: Ministerium für Raumordnung, Umwelt und Landwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Aus der Aufstellung geht hervor, dass zwei Drittel der Altlastenverdachtsflächen in Form von Altstandorten bestehen und militärische Altlasten quantitativ nur eine geringe Rolle spielen. Das Gefährdungspotenzial für Umwelt und Bevölkerung wird allerdings bei den militärischen Altlasten als höher eingestuft als bei den Altstandorten. Bei den Altablagerungen ist das Gefährdungspotenzial durchschnittlich gesehen noch geringer als bei den Altstandorten. Regional gesehen konzentriert sich etwa die Hälfte der Altlasten in der Region Halle und in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Innerhalb der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg sind die Kreise Bernburg und Bitterfeld am stärksten durch Altlastenverdachtsflächen beeinträchtigt. Solche Flächen konzentrieren sich ferner innerhalb der Region Halle im Kreis Mansfelder Land, dem Burgenlandkreis und dem Saalkreis.

Im Vergleich zum Jahr 1995 hat die Zahl der erfassten Altlasten um 14% zugenommen. Hinter dieser Entwicklung steht ein Abbau der Altablagerungsfälle um 30% und eine Zunahme bei den Altstandorten sowie bei den militärischen Altlasten um 20% bzw. 17%. Da sich ca. drei Viertel der Altablagerungen der Kategorie Hausmüll zurechnen lassen,²⁷ ist eine Beseitigung dieser Form der Ablagerung häufig mit relativ geringem Aufwand möglich. Schwerpunkte der Altlasten-Beseitigung bildeten in den Jahren 1995 bis 1999 Maßnahmen im Rahmen ökologischer Großprojekte, die vom Bund zu 75% mitfinanziert wurden. Diese Großprojekte bezogen sich auf die früheren Chemie-Industriestandorte Bitterfeld-Wolfen (85 Mio. DM) in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg sowie Buna (47 Mio. DM), Leuna (17,5 Mio. DM), Zeitz (2,9 Mio. DM) und Addinol (17,5 Mio. DM) in der Region Halle.

Zwischenfazit

Die natürliche Ressource Boden begünstigt in Sachsen-Anhalt die landwirtschaftliche Produktion in allen fünf Regionen, insbesondere in den Regionen Halle und Magdeburg. Größere Waldflächen begründen fremdenverkehrswirtschaftliche Potenziale primär in den Regionen Harz und Anhalt. Intensivnutzungen des Bodens und Altablagerungen infolge von Aktivitäten militärischer, landwirtschaftlicher und industrieller Art führen zu eingeschränkter Nutzungsmöglichkeit der Ressource Boden. Die beiden Regionen Halle und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit ihren großflächigen altindustriellen Standorten sind von solchen Nutzungseinschränkungen am stärksten betroffen.

4.2.7 Raumstruktur

Das wirtschaftliche Ergebnis der Regionen wird auch durch räumliche Lage- und Strukturelemente beeinflusst. Dazu zählen kleinräumige Lagevor- und -nachteile, Re-

²⁷ Vgl. MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT, (Hrsg.), Landesentwicklungsbericht 1996, a. a. O., S. 175.

gionsfläche, Bevölkerungszahl, die räumliche Konzentration der Bevölkerung, die Anordnung der Siedlungen sowie die Zuweisung zentralörtlicher Funktionen.

Der Vergleich der fünf Teilräume Sachsen-Anhalts hinsichtlich verschiedener Indikatoren, die sich auf räumliche Lage- und Strukturmerkmale beziehen, zeigt z. T. erhebliche landesinterne Differenzierungen auf.

Wie bereits zu Beginn des Kap. 4. erwähnt, ist die Bevölkerung Sachsen-Anhalts ungleich über die Landesfläche verteilt mit einem Schwerpunkt in der südlich gelegenen Region Halle und mit einer weit unter dem Landesdurchschnitt besiedelten nördlich gelegenen Region Altmark (Tabelle R.30). Dementsprechend ordnet das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) im Rahmen seiner Typisierung der Raumordnungsregionen diese Region dem siedlungsstrukturellen Regionstyp „Ländlicher Raum geringerer Dichte“ zu, der in Deutschland verbreitet noch in Mecklenburg-Vorpommern und im nördlichen Brandenburg vorkommt. Die mehr als doppelt so dicht besiedelte Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist dagegen dem Regionstyp „Ländlicher Raum höherer Dichte“ zugehörig, der deutschlandweit in Südostbayern und im hessisch-thüringischen Grenzraum dominiert. Die beiden Regionen Harz und Magdeburg zählen zur selben Raumordnungsregion und zählen zum Regionstyp „Verstädterter Raum mittlerer Dichte mit großen Oberzentren“. Die Region Halle schließlich wird aufgrund ihrer höheren Siedlungsdichte dem Regionstyp „Verstädterter Raum höherer Dichte“ zugeordnet.

Die ganz Sachsen-Anhalt betreffenden Bevölkerungsverluste haben dazu geführt, dass zwischen 1995 und 1999 die Bevölkerungsdichte in allen fünf Regionen noch weiter zurückgegangen ist, wobei prozentual gesehen alle relativ gleichmäßig betroffen sind (Tabelle R.30). Zum Umstand der dünnen Besiedlung kommt für einige Regionen erschwerend hinzu, dass sich nur wenige größere Bevölkerungszentren herausgebildet haben. Dies bedeutet aus raumordnerischer Sicht, dass sie nur über eine geringe Zentralität verfügen. Dies kann dazu führen, dass in verschiedenen Städten, denen im Rahmen der landesweiten Raumordnungspolitik (vgl. dazu Kap. 3.2.7.2) zentralörtliche Funktionen zugeordnet wurden, Probleme bei der Ausfüllung dieser Funktionen auftreten. Dies ist z. B. der Fall, wenn der Betrieb bestimmter Infrastruktureinrichtungen wegen zu geringer Inanspruchnahme hohe Kosten verursacht oder sich bestimmte höherwertige Dienstleistungen aufgrund fehlender Nachfrage nicht ansiedeln (vgl. dazu Kap. 4.3.5). So ist für die beiden Regionen Altmark und Harz die Zahl größerer Bevölkerungsagglomerationen so gering, dass jeweils ein Mittelzentrum (Stendal bzw. Halberstadt mit jeweils knapp 40.000 Einwohnern) Teilfunktionen eines Oberzentrums mit zu übernehmen hat. Demgegenüber verfügen die drei anderen Regionen über jeweils ein Oberzentrum (Magdeburg, Dessau, Halle), das durch mindestens ein Mittelzentrum mit der Teilfunktion eines Oberzentrums (Schönebeck, Wolfen-Bitterfeld, Merseburg und Naumburg) ergänzt wird. Der Tatbestand, dass diese Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums selbst nur ca. 40.000 Einwohner und die 14 „reinen“ Mittelzentren

mehrheitlich weniger als 30.000 Einwohner zählen, verdeutlichen das siedlungsstrukturelle Defizit Sachsen-Anhalts bei größeren Mittelstädten (50.000-100.000 Einwohner).

Tabelle R.30:

Eckdaten zu wirtschaftlich relevanten Aspekten der Raumstruktur nach Regionen Sachsen-Anhalts

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
Fläche 1998 in km ²	4.715	4.364	3.347	4.280	3.740	20.447
Siedlungsstruktureller Regionstyp (gemäß BBR)	Ländlicher Raum geringerer Dichte	verstädterter Raum mittlerer Dichte mit großen Oberzentren	verstädterter Raum mittlerer Dichte mit großen Oberzentren	ländlicher Raum höherer Dichte	verstädterter Raum höherer Dichte	–
Anzahl von Oberzentren/Mittelzentren mit Teilfunktion eines Oberzentrums/Mittelzentren/Grundzentren ^a	0/1/1/4	1/1/2/4	0/1/6/2	1/1/3/4	1/2/2/3	3/6/14/17
Bevölkerungsdichte (Einwohner pro km ²)						
1995	54	145	133	134	224	134
1999	52	141	129	129	216	130
Veränderung 1999-1995 in %	-3,7	-2,8	-3,0	-3,7	-3,6	-3,0
Anteil Siedlungsfläche ^b an der Gesamtfläche						
1995	6,3	9,1	8,5	9,4	13,5	9,2
1999	6,6	9,9	8,8	10,1	14,4	9,8
Veränderung 1999-1995 in %	4,8	8,8	3,5	7,4	6,7	6,5
Siedlungsdichte (Einwohner pro km ² Siedlungsfläche)						
1995	848	1.590	1.573	1.421	1.656	1.452
1999	782	1.420	1.469	1.274	1.497	1.317
Veränderung 1999-1995 in %	-7,8	-10,7	-6,6	-10,3	-9,6	-9,3

^a Grundzentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums. – ^b Gebäude- und Betriebsflächen, Erholungsflächen (ohne Friedhöfe), Verkehrsflächen.

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung; Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die rege Bautätigkeit nach 1990 hat in allen fünf Regionen zu einem Anstieg der Siedlungsfläche geführt.²⁸ Am deutlichsten ist dieser Anstieg in den beiden Regionen Magdeburg und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ausgefallen, am geringsten in den beiden Regionen Altmark und Harz. Die Region Halle liegt dagegen beim Siedlungsflächenzuwachs nur knapp über dem Landesdurchschnitt. Neue Siedlungsflächen sind im Untersuchungszeitraum durch Wohnungsneubau, Wirtschaftsbau und Ausbau von Verkehrswegen bevorzugt im Umland der großen Städte Halle und Magdeburg entstanden. Seit 1990 haben diese Prozesse dazu beigetragen, dass die vor allem in den Städten hohe Siedlungsdichte der DDR-Zeit ständig zurückgegangen ist. Dieser Trend hat auch im Untersuchungszeitraum angehalten und die stärkste Verringerung in den Regionen Magdeburg (10,7%) und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg (10,3%) mit sich gebracht. Am geringsten ist die Siedlungsdichte in der Region Harz (6,6%) zurückgegangen.

Zwischenfazit

Die fünf Regionen weisen bezüglich wichtiger raumstruktureller Merkmale eine beträchtliche Heterogenität auf. Dies zeigt sich bereits daran, dass sie vier verschiedene siedlungsstrukturelle Regionstypen repräsentieren. Starke Unterschiede weisen die Regionen hinsichtlich der Bevölkerungsdichte auf, die in der am dichtesten besiedelten Region Halle mehr als viermal so hoch ist wie in der am dünnsten besiedelten Region Altmark.

Für die Umsetzung des raumordnungspolitischen Zentrale-Orte-Konzepts wirkt sich erschwerend aus, dass die beiden Regionen Harz und Altmark nur über kleinere Mittelstädte mit maximal 40.000 Einwohnern verfügen, die z. T. oberzentrale Funktionen mit tragen müssen. In den anderen drei Regionen sind zwar mit Halle, Dessau und Magdeburg ausreichend große Oberzentren vorhanden, doch müssen auch dort mittelzentrale Funktionen von relativ kleinen Städten übernommen werden.

Die im Untersuchungszeitraum wirksamen demographischen Prozesse und Bauaktivitäten haben die hiervon beeinflussten Merkmale der Raumstruktur (Bevölkerungs- und Siedlungsdichte) in den fünf Regionen hingegen relativ gleichmäßig verändert.

Die Bevölkerungsdichte hat im Untersuchungszeitraum in allen Regionen abgenommen. In den Regionen mit der dünnsten Besiedlung (Altmark, Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, Harz) verweist dieses Merkmal auf der einen Seite auf Grenzen aktivierbarer wirtschaftlicher Potenziale (z. B. bei der Zahl der Arbeitskräfte), auf der anderen Seite aber auch auf landschaftliche Potenziale in Form wenig zersiedelter und/oder naturbelassener Räume, die sich – geeignete Strategien vorausgesetzt – für Zwecke des Tourismus nutzbar machen lassen.

²⁸ Zur Definition der Siedlungsfläche vgl. Tabelle R.30, Fußnote b.

4.2.8 Zusammenfassende Betrachtung für die einzelnen Regionen

In den Kap. 4.2.1 bis 4.2.7 wurde für verschiedene Wachstumsdeterminanten dargelegt, wie die fünf Regionen Sachsen-Anhalts im Hinblick darauf ausgestattet sind. Im Folgenden wird noch einmal ein Überblick darüber gegeben, welches „Ausstattungsprofil“ die einzelnen Regionen aufweisen.

a) Region Altmark

Die Altmark ist mit Abstand die am dünnsten besiedelte Region Sachsen-Anhalts, in der mit Stendal nur eine einzige Stadt die Einwohnerzahl von 40.000 überschreitet. Auf die Landwirtschaft entfällt ein größerer Wertschöpfungsanteil als in den anderen Regionen. Investitionen in die Industrie und auch die dort gezahlten Löhne bewegen sich auf niedrigem Niveau. In der Altmark sind Forschung und Entwicklung im privaten wie im öffentlichen Bereich sehr schwach ausgeprägt. Der Umstand der dünnen Besiedlung trägt einerseits dazu bei, dass die Altmark über naturräumliche Ressourcen verfügt, führt andererseits aber zu einer ungünstigen Ausstattung mit dem Faktor Humankapital – sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Aufgrund der starken Pendlerverflechtung mit Niedersachsen und der hohen Bedeutung des zweiten Arbeitsmarkts bleibt die Arbeitslosigkeit relativ gering und die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit niedrig. Dem entspricht, dass die Sozialhilfequote im Regionsvergleich gering geblieben ist und unterdurchschnittlich zunimmt. Positiv sticht das Ausmaß an unternehmerischer Initiative hervor, wie die Inanspruchnahme von Existenzförderprogrammen als auch die Nettogewerbeanmeldungen seit 1999 zeigen. Im Infrastrukturbereich gibt es Licht und Schatten: Bei der Wasserversorgung und bei der Abwasserentsorgung schneidet die Altmark gut ab; Defizite gibt es bei der Verkehrsinfrastruktur und bei den Erreichbarkeitswerten.

b) Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg

Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist dadurch gekennzeichnet, dass sie innerhalb ihrer Grenzen widersprüchliche Potenziale vereint.²⁹ Einerseits verfügt sie neben der Region Harz über das größte Potenzial an naturräumlichen Ressourcen (Anteil Waldfläche, Naturschutzgebiete und Landschaftsparks in Elbnähe), die sie für Erholungstourismus geeignet erscheinen lassen. Andererseits konzentrieren sich in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg neben der Region Halle die größten altindustriellen Standorte innerhalb Sachsen-Anhalts. Das Profil der Wachstumsdeterminanten spiegelt die Folgen der Produktionsaktivitäten und der Auflösung der Industrie-Kombinate sowie der Revitalisierung verschiedener Standorte mittels Neuansiedlung und Modernisierung wider:

²⁹ Diese Widersprüchlichkeit kommt auch in der Bezeichnung „Industrielles Gartenreich“ zum Ausdruck, die von Vertretern des Bauhauses Dessau für das Gebiet rund um die Stadt Dessau und den Wörlitzer Park geprägt wurde.

Die intensive Nutzung natürlicher Ressourcen in der DDR-Zeit hat eine hohe Zahl altlastenverdächtiger Flächen und sanierungsbedürftiger Tagebauflächen zurück gelassen. Den nach der Region Halle zweithöchsten Industrieinvestitionen stehen überdurchschnittlicher Beschäftigungsabbau, hohe Arbeitslosigkeit und hohe Abwanderung gegenüber. Zwischen 1995 und 1999 ist der bis dahin hohe Besatz an Beschäftigten in Forschung und Entwicklung so stark geschrumpft, dass er inzwischen unter den Landesdurchschnitt gesunken ist. Die unternehmerische Initiative ist geringer als im Landesdurchschnitt ausgeprägt und wurde bisher mit der Errichtung eines einzigen Technologie- und Gründerzentrums wenig unterstützt. Aufgrund ihrer räumlichen Lage zwischen den Agglomerationsräumen Berlin und Halle-Leipzig ist die Region Anhalt in puncto Verkehrsinfrastruktur gut ausgestattet und weist Erreichbarkeitsvorteile auf.

c) Region Halle

Das Ausstattungsprofil der Region Halle weist bei zahlreichen Merkmalen Parallelen zu dem der Region Magdeburg auf. Dies betrifft die Einwohnerzahl der beiden Oberzentren, ihre Ausstattung mit qualitativ hochwertigem Humankapital, den hohen Anteil von Beschäftigten in Forschung und Entwicklung und den hohen Besatz an öffentlichen Wissenschaftseinrichtungen. Das Umland der beiden Oberzentren ist aufgrund günstiger Voraussetzungen in weiten Teilen von landwirtschaftlicher Nutzung geprägt.

Im Unterschied zum Oberzentrum Magdeburg, das eine Solitärrolle aufweist, ist das Oberzentrum Halle noch in den Agglomerationsraum der etwa doppelt so großen sächsischen Stadt Leipzig eingebunden. Hierdurch ergeben sich zwangsläufig vielfältige interregionale Verflechtungen, die sich im Hinblick auf die Verkehrsinfrastruktur (Nähe zum Flughafen Leipzig-Halle) und auf Beschäftigungsmöglichkeiten für die Region Halle vorteilhaft auswirken. Der Wert einer guten Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur wird insbesondere noch durch im Umland des Oberzentrums Halle vorhandene Lücken beeinträchtigt.

Gleichzeitig sind in der Region Halle aber auch die typischen Merkmalskombinationen altindustriell geprägter Standorte erkennbar. Ähnlich wie in der Region Anhalt ziehen die Altstandorte eine hohe Zahl altlastenverdächtiger Flächen nach sich. Auf die Region entfällt fast die Hälfte der im Land insgesamt getätigten Industrieinvestitionen, zu denen ausländische Direktinvestitionen einen beträchtlichen Anteil beisteuern. Diese Investitionen führen zu einem Spitzenwert bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, verhindern aber nicht den Beschäftigungsabbau, der über den Untersuchungszeitraum hinweg anhält und stärker als im Landesdurchschnitt ausfällt. In dieses Bild fügt sich auch der überdurchschnittliche Anstieg von Arbeitslosen- und Sozialhilfequote. Auffällig ist der geringe Besatz der Region mit Unternehmen, ein Umstand, der seine Entsprechung in der gering ausgeprägten unternehmerischen Initiative findet. Sowohl der Umfang der Industrieexporte als auch deren Entwicklung waren extrem ungünstig.

d) Region Harz

Der Harz weist wie die Altmark und die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ein niedriges Beschäftigungsniveau auf. Auch das Qualifikationsniveau der Beschäftigten und der Anteil der Beschäftigten, die in Forschung und Entwicklung tätig sind, liegen im Harz jeweils deutlich unter dem Landesdurchschnitt. Damit weist der Harz hinsichtlich wissensintensiver Produktion keine sehr günstigen Voraussetzungen auf. Da die Qualifikation der Arbeitskräfte auch einen der wichtigsten Standortfaktoren für die Ansiedlung von Unternehmen darstellt, dürfte dies auch wenigstens zum Teil die im Landesvergleich eher niedrigen Investitionen erklären. Hinzu kommt, dass auch die Erreichbarkeit der Region auf Straße und Schiene relativ ungünstig ist. Allerdings haben die industriellen Exporte seit 1995 kontinuierlich zugenommen und waren seit 1997 die höchsten aller Regionen des Landes. Weiterhin ist nicht zu verkennen, dass der Harz die von allen sachsen-anhaltinischen Regionen geringste Belastung der Umwelt durch menschliche Eingriffe (Altlasten) aufweist. Weiterhin ist der Waldflächenanteil sehr hoch. Dies prädestiniert die Region für touristische Nutzungen, die sich hier bislang auch am meisten von allen Regionen entwickelt haben (vgl. Abschnitt 4.3.5).

e) Region Magdeburg

Die Region Magdeburg hat von allen Regionen des Landes das höchste Beschäftigungsniveau. Die Beschäftigten sind außerdem relativ gut qualifiziert, d. h. sie weisen überdurchschnittlich häufig Hochschulabschlüsse auf und es arbeiten überdurchschnittlich viele in der Forschung und Entwicklung von Unternehmen und an Hochschulen. Allerdings hatte die Region in den letzten Jahren mehr als andere Regionen des Landes Rückgänge dieser hochqualifizierten Beschäftigten zu verzeichnen. Die Exportquote war 1999 die zweithöchste von den Regionen des Landes, sie ist allerdings zwischen 1995 und 1997 gesunken und erst danach wieder angestiegen. Magdeburg ist weiterhin auch die sachsen-anhaltinische Region mit dem höchsten Unternehmensbestand pro Einwohner, dem größten Zuwachs an Gewerbebetrieben im Untersuchungszeitraum und einem relativ hohen Bestand an Firmen und Beschäftigten in Technologie- und Gründerzentren. Dies signalisiert, dass in der Region ein im Landesvergleich hohes Ausmaß an unternehmerischer Initiative ergriffen wird.

4.3 Die Beiträge der Wirtschaftszweige und Branchen für die einzelnen Regionen

Analog zum Vergleich der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft mit derjenigen der neuen und der alten Länder nach Wirtschaftszweigen und Branchen soll nachfolgend auch für die Regionen Sachsen-Anhalts eine sektorale Differenzierung der Wirtschaft vorgenommen werden. Ziel ist es zu untersuchen, welche Branchenschwerpunkte in den Regionen des Landes bestehen und welche Wirtschaftszweige oder Branchen, etwa da sie

sich besonders günstig oder ungünstig entwickelt haben oder da sie Externalitäten für andere Branchen entfalten können, Stärken oder Schwächen der wirtschaftlichen Strukturen der Regionen darstellen.

Der Abschnitt betrachtet analog zur Landesebene die Branchen Landwirtschaft (4.3.2), Verarbeitendes Gewerbe (4.3.3), Baugewerbe (4.3.4) und Dienstleistungen (4.3.5) näher. Zunächst wird jedoch ein allgemeiner Überblick über die Struktur der Wirtschaft nach Wirtschaftszweigen vorangestellt (4.3.1).

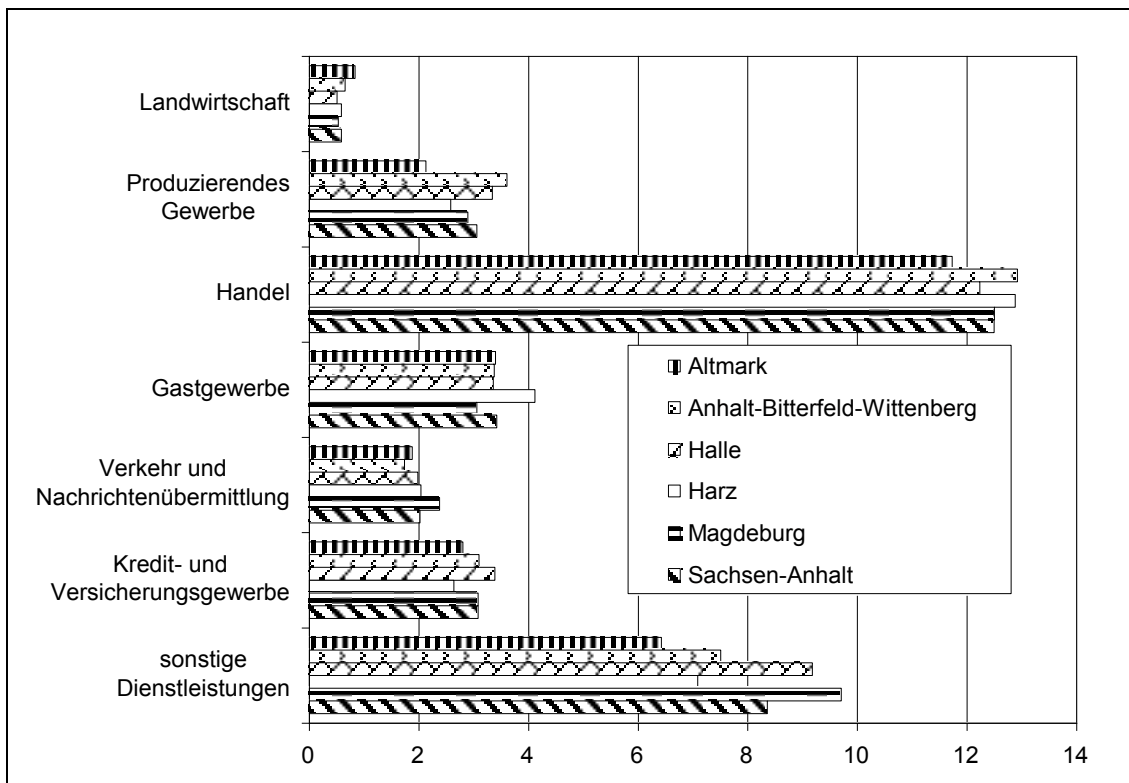
4.3.1 Überblick

Zwar kann der Unternehmensbestand in den Regionen Sachsen-Anhalts mangels Daten nicht komplett erfasst werden, einen wichtigen Ausschnitt daraus bilden jedoch die Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammern. In der Altmark gab es Anfang 2000 mehr Unternehmen in der Land- und Forstwirtschaft als in den anderen Regionen (vgl. Abbildung R.7), während dort im Produzierenden Gewerbe und in den sonstigen

Abbildung R.7:

Mitgliedsunternehmen der IHK nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 01.01.2000^a

- pro 1.000 Einwohner -



^a Zu den Daten siehe Tabelle A-R.25.

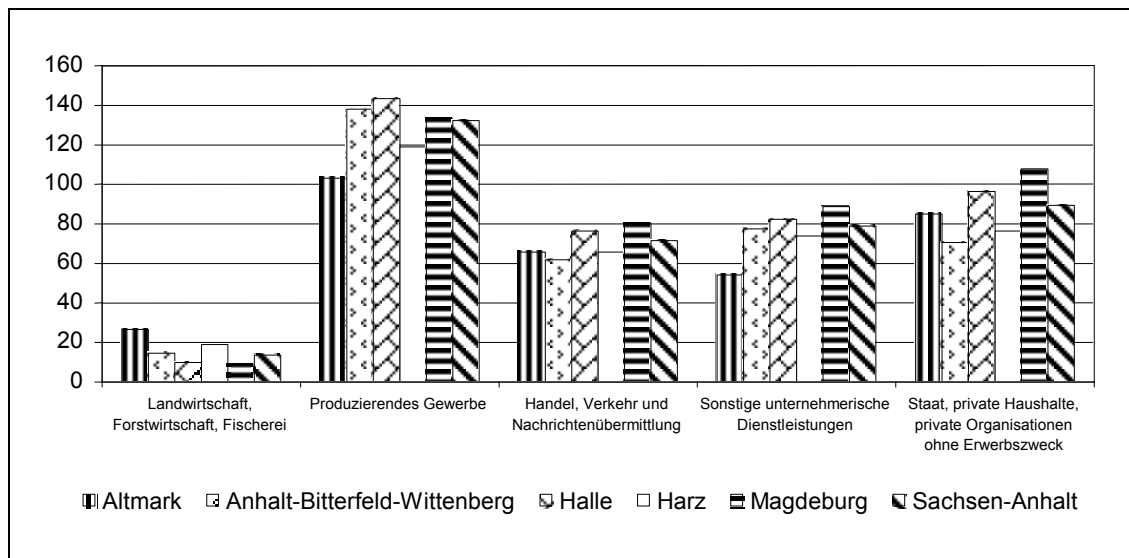
Quelle: IHK Magdeburg; IHK Halle-Dessau; Berechnungen des IWH.

unternehmerischen Dienstleistungen der Unternehmensbestand sehr gering war. Die Region Anhalt fällt vor allem durch relativ viele Unternehmen im Produzierenden Gewerbe und im Handel auf, im Raum Halle sind es ebenfalls das Produzierende Gewerbe, das Kredit- und Versicherungsgewerbe und die Dienstleistungen, in denen die Region relativ viele Unternehmen pro Einwohner aufweist. Im Harz gibt es die mit Abstand meisten Unternehmen im Gastgewerbe pro 1.000 Einwohner. In der Region Magdeburg sind die Verkehrsbranche und die sonstigen Dienstleistungen durch eine im Landesvergleich hohe Unternehmenszahl pro Einwohner vertreten.

Die Bruttowertschöpfungs- und Erwerbstätigendaten werden von der Statistik nur mit erheblicher Zeitverzögerung bereit gestellt und sie sind der Vollständigkeit halber in den Tabellen A-R.26 und A-R.27 im Anhang aufgelistet. Anhand der Erwerbstätigenquote erscheinen die Regionen Halle und Anhalt als im Landesvergleich gut ausgestattet mit Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe,³⁰ der Abstand zu Magdeburg war allerdings gering (vgl. Abbildung R.8). Letztgenannte Region fällt durch hohe Erwerbstätigenquoten in den Wirtschaftszweigen Handel, Dienstleistungen und Staat auf. Die Altmark und der Harz wiesen in allen Wirtschaftszweigen außer der Landwirtschaft niedrigere Erwerbstätigenquoten als Sachsen-Anhalt insgesamt auf.

Abbildung R.8:

Erwerbstätigenquoten nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsens-Anhalts 1997^a
- Erwerbstätige je 1.000 Einwohner -



^a Zu den Daten siehe Tabelle A-R.28.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

³⁰ Sie erreichen auch in etwa das Beschäftigungsniveau des Produzierenden Gewerbes einschließlich Bau von knapp 140 Erwerbstätigen pro 1.000 Einwohner in den alten Ländern (vgl. Abschnitt 3.3.1).

Deutlich zeitnäher als die Erwerbstätigen werden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten differenziert nach neun Wirtschaftszweigen und nach Regionen von der Bundesanstalt für Arbeit bereit gestellt.³¹ Die Regionen Magdeburg und Halle wiesen auch bei der Beschäftigtenquote wieder in einigen Wirtschaftszweigen relativ hohe Werte im Vergleich zu den anderen Regionen des Landes auf, neben den Dienstleistungen auch bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (vgl. Tabelle R.31), Magdeburg zusätzlich auch im Handel. Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg verfügt über den in Relation zur Einwohnerzahl höchsten Industriebesatz, hat allerdings gleichzeitig nur relativ wenige Dienstleistungsbeschäftigte. Der Industriebesatz liegt in den Regionen Magdeburg, Halle und Harz in etwa auf dem Niveau des Industriebesatzes im Land, in der Altmark dagegen liegt er deutlich darunter. Auffällig sind auch der hohe Besatz der Altmark mit Beschäftigten in der Landwirtschaft und des Harzes mit Beschäftigten im Gastgewerbe, was auch mit dem von anderen Indikatoren gezeichneten Bild übereinstimmt.

Zwischen 1995 und 1999 ist in allen fünf Regionen des Landes eine deutliche Tertiarisierung festzustellen. Die privaten und öffentlichen Dienstleistungsbranchen haben ihre Anteile an der Beschäftigung um landesdurchschnittlich 5 Prozentpunkte erhöht. Am ausgeprägtesten war dieser Trend in den Regionen Magdeburg und Halle, in denen der Anteil der Dienstleistungen an den Beschäftigten um über 6 Prozentpunkte auf 67% in Magdeburg und 66% in Halle gewachsen ist. Am geringsten war die Tertiarisierung im Harz, wo der Anteil nur um etwa 2 Prozentpunkte auf 61,5% zunahm. Spiegelbildlich zur Tertiarisierung hat das Produzierende Gewerbe Beschäftigungsanteile verloren (zwischen 6,6 Prozentpunkte in Halle und 2 Prozentpunkte in der Altmark).

Allerdings bedeutete die Tertiarisierung nicht etwa einen absoluten Zuwachs der in den Dienstleistungsbranchen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 1995 und 1999, sondern vielmehr einen geringeren Rückgang als in den Sektoren Landwirtschaft und Produzierendes Gewerbe (vgl. Tabelle R.32). Lediglich die Region Magdeburg verzeichnete einen Zuwachs an Beschäftigten in den Dienstleistungen um 1,7%, der insbesondere von einem Beschäftigungsanstieg bei Gastgewerbe und sonstigen privaten Dienstleistungen (Gesundheitswesen, Rechts- und Wirtschaftsberatung, Vermögensverwaltung, Wäscherei und Reinigung, sonstige Dienstleistungen) und in Organisationen

³¹ Da die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nur einen Teil der Erwerbstätigen enthalten (z. B. nicht die Selbstständigen, Beamten, geringfügig Beschäftigten), und die Branchenzuordnungen nicht übereinstimmen, sind die Daten nicht vollständig mit den Erwerbstätigendaten kompatibel. Die Erfassungsgrade variierten in Westdeutschland in den 80er Jahren von lediglich knapp 20% in der Landwirtschaft und rund 56% bei Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen bis zu fast 100% in der Energiewirtschaft und über 90% im Verarbeitenden Gewerbe, Baugewerbe und bei Kreditinstituten und Versicherungen, vgl. BENDER, S.; HILZENDEGEN, J.; ROHWER, G.; RUDOLPH, H.: Die IAB-Beschäftigtenstichprobe 1975-1990. BeitrAB 197. Nürnberg 1996, S. 9. In Ostdeutschland dürften die Erfassungsgrade jedoch höher liegen, da in der Landwirtschaft weniger Selbstständige und mithelfende Familienangehörige und im öffentlichen Dienst weniger Beamte zu finden sind.

ohne Erwerbscharakter (Organisationen des Wirtschaftslebens, politische Parteien) getragen wurde.³² Am stärksten war der Rückgang der Dienstleistungsbeschäftigten in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, die nahezu in allen Wirtschaftszweigen des Dienstleistungssektors – und auch in den anderen Sektoren – eine ungünstigere Entwicklung als Sachsen-Anhalt insgesamt genommen hat. Die Altmark verlor überdurchschnittlich stark bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung und bei Kreditinstituten, unterdurchschnittlich dagegen im Produzierenden Gewerbe; als einzige Region gewann sie im Handel dazu (4%). Der Harz verlor Beschäftigte in Handel, Organisationen ohne Erwerbscharakter und im öffentlichen Sektor, entwickelte sich aber im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und in Verkehr und Nachrichtenübermittlung günstiger. Die Region Halle verlor vor allem im Produzierenden Gewerbe und im Handel deutlich.

Tabelle R.31:

Beschäftigtenquoten nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999
- Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1.000 Einwohner -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt-Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
A, B	Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	18	12	9	15	8	11
C-F	Produzierendes Gewerbe davon ...	89	104	105	95	106	102
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	39	57	50	49	53	51
E	Baugewerbe	48	44	50	45	48	47
F	Energie und Wasserversorgung	2	2	5	1	4	3
G-O	Dienstleistungen davon ...	186	184	226	185	242	211
G	Handel	39	41	43	40	51	44
H	Gastgewerbe	6	7	7	10	8	8
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	16	16	26	15	24	21
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	5	5	6	5	7	6
K-O	sonstige öffentliche und private Dienstleistungen	120	115	143	115	153	133
A-O	Insgesamt	294	300	340	295	356	324

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

³² Die Beschäftigungsentwicklung zwischen 1995 und 1999 wird durch zwei Änderungen der statistischen Erfassung beeinflusst, die auch das Niveau der Veränderungsraten beeinflussen, allerdings die Grundaussage nicht verändern: erstens die Umgruppierung der Lehrer in Sachsen-Anhalt aus dem Verwaltungs- in den Bildungsbereich (etwa 30.000 Beschäftigte) und zweitens die erstmalige Erfassung der geringfügig Beschäftigten 1999.

Tabelle R.32:

Beschäftigtenentwicklung nach Wirtschaftszweigen^a und Regionen Sachsen-Anhalts 1999 gegenüber 1995^b

- in % -

Branchen	Altmark	Anhalt- Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magde- burg	Sachsen- Anhalt
Land- und Forstwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei	-16,5	-13,5	1,9	19,6	-13,2	-5,0
Produzierendes Gewerbe davon ...	-13,4	-23,3	-27,4	-16,1	-23,4	-22,9
Energie und Wasserversorgung, Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	-5,6	-9,9	-21,2	-11,9	-13,0	-14,4
Baugewerbe	-20,3	-40,1	-34,9	-22,2	-35,8	-33,4
Dienstleistungen davon ...	-3,5	-9,3	-2,9	-4,7	1,7	-3,3
Handel	4,1	-7,4	-8,1	-9,2	0,5	-4,9
Kredit- und Versicherungsgewerbe	-13,3	-2,2	1,5	-7,1	-6,3	-4,1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-36,8	-30,4	-7,0	-3,1	-7,7	-13,7
Gastgewerbe und sonstige private Dienstleistungen	36,5	10,5	21,7	27,0	26,9	22,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter und private Haushalte	15,3	-6,5	17,6	-6,8	29,4	14,1
Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen	-33,5	-31,3	-38,4	-42,1	-30,9	-35,3
Insgesamt	-7,7	-15,1	-12,0	-8,0	-7,9	-10,7

^a Gliederung der Wirtschaftszweige nach der Klassifizierung der Bundesanstalt für Arbeit. – ^b Die erstmalige Erfassung der geringfügig Beschäftigten 1999 und die Umgruppierung der Lehrer in Sachsen-Anhalt aus den Gebietskörperschaften zu den Sozialversicherungen führen zu Verzerrungen, die mit den vorhandenen Daten nicht korrigiert werden können. Hinsichtlich der geringfügig Beschäftigten dürften insbesondere Handel und andere Dienstleistungsbranchen betroffen sein, hinsichtlich der Umgruppierung der Lehrer sind es die sonstigen privaten Dienstleistungen und die Gebietskörperschaften.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

4.3.2 Landwirtschaft

Wie aus dem vorstehenden Abschnitt zu entnehmen, hatten Land- und Forstwirtschaft, Garten- und Weinbau, Fischerei besonders in den Regionen Altmark und Harz eine größere Bedeutung als im Landesdurchschnitt. Im Harz und auch in der Region Halle sind die Beschäftigung zusätzlich entgegen dem Landestrend gestiegen, was bei einer detaillierteren Branchenbetrachtung auf Basis von Daten der Bundesanstalt für Arbeit ausschließlich auf die Branchen Garten- und Weinbau zurückzuführen ist (in beiden Regionen jeweils ein Zuwachs von rund 1.300 Beschäftigten zwischen 1995 und 1999).

Dies sagt allerdings nur bedingt etwas über die wirtschaftlichen Ergebnisse der Betriebe in den einzelnen Regionen aus, welche beispielsweise anhand der Erträge der pflanzlichen und tierischen Produktion erfasst werden könnten. Die Mengenerträge liefern freilich ein sehr differenziertes Bild der landwirtschaftlichen Produktion, das nur schwer auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen ist, und werden außerdem von klimatischen Schwankungen oder Änderungen der Produktionsstruktur (beispielsweise wegen geänderter Subventionsrichtlinien) beeinflusst. Deshalb wird nachfolgend mit dem Standardbetriebseinkommen (StBE) ein Indikator verwendet, der das wirtschaftliche Ergebnis der Landwirtschaft in den Regionen Sachsen-Anhalts in Geldeinheiten wiedergibt. Das Standardbetriebseinkommen wird vom Statistischen Landesamt aus der Agrarberichterstattung auf der Basis von regional unterschiedlichen aber standardisierten Angaben zu den Erträgen, Preisen, Erlösen und Kosten je Flächen- und Tiereinheiten sowie von Angaben über Art und Umfang der Bodennutzung bzw. Tierhaltung berechnet. Zusätzlich werden die festen, nicht auf Flächen- oder Tiereinheiten umrechenbaren Kosten abgezogen, sonstige Erträge (z. B. Pachten, Mieten etc.), Ausgleichszulagen und betriebsbezogene Beihilfen hinzugezählt.³³

Das höchste Standardbetriebseinkommen wies 1999 die Region Magdeburg mit über 71.000 DM pro Vollzeitäquivalent³⁴ auf (vgl. Abbildung R.9). Auch der Harz lag noch deutlich über dem Landesdurchschnitt Sachsen-Anhalts, deutlich darunter dagegen die Regionen Altmark und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Relativ ähnlich fallen die StBE aus, wenn man sie nicht auf die Vollzeitäquivalente sondern auf die Zahl der Betriebe und die bewirtschafteten Flächen bezieht (vgl. Tabelle A-R.37). Im Verlauf der letzten fünf Jahre hat sich insbesondere in der Region Halle das StBE deutlich erhöht. Auch die Region Anhalt hatte zwar ein stark ansteigendes StBE pro Betrieb, dies scheint jedoch mehr einer überdurchschnittlichen Zunahme der Betriebsgröße als der Ertragskraft zuzuschreiben zu sein, da der StBE-Zuwachs pro Fläche relativ genau im Landesmittel liegt. Unter dem Landesdurchschnitt lag der Zuwachs des StBE pro Fläche und pro Betrieb in der Altmark und im Harz.

Fazit: Die höchste Arbeitsproduktivität weist die Landwirtschaft in der Region Magdeburg auf, sie wurde allerdings neben Ergebnissteigerungen auch durch einen erheblichen Beschäftigungsabbau erwirkt. Auch in den Regionen Harz und Halle sind die Produktivitäten noch über dem Landesdurchschnitt und beide Regionen konnten in Teilbereichen des Agrarsektors in den letzten Jahren sogar Beschäftigung aufbauen. Schwierig ist die Situation für den Agrarsektor in den Regionen Altmark und Anhalt.

³³ Vgl. STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Agrarberichterstattung Teil 2: Betriebssysteme und Standardbetriebseinkommen. Statistische Berichte CIV 9 2j-2/95. Halle 1995, S. 7.

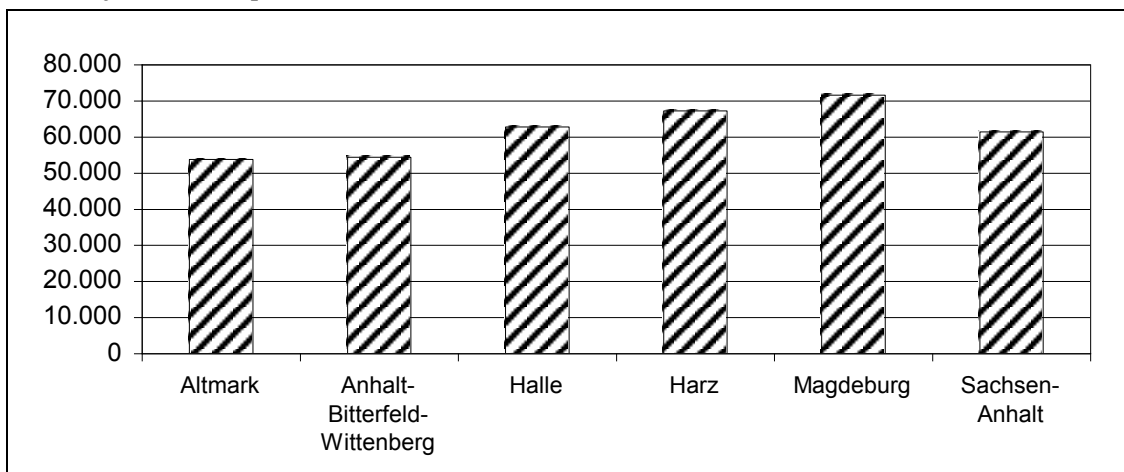
³⁴ Vollzeitäquivalent: in Vollzeitbeschäftigte umgerechnete voll, überwiegend, teilweise und gering beschäftigte Inhaber und ständige und nicht ständige Arbeitskräfte.

Dort sind die Produktivitäten unter dem Durchschnitt des Landes und die Beschäftigungsverluste hoch.

Abbildung R.9:

Standardbetriebseinkommen (StBE) der landwirtschaftlichen Betriebe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999

- in DM je Vollzeitäquivalent -



Quelle: Angaben des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

4.3.3 Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

In diesem Abschnitt wird im ersten Teil versucht, aus den verfügbaren Daten zu den Industriebranchen Rückschlüsse auf ihr Wachstum und ihre Stärken und Schwächen in den Regionen Sachsen-Anhalts zu ziehen. Dazu wird zunächst die Ausprägung der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in den fünf Regionen des Landes dargestellt. Im zweiten Schritt wird das Wachstum dieser Branchen im Zeitraum 1995-1999 zwischen den Regionen differenziert, um so Aussagen über schrumpfende und wachsende Branchen zu erhalten. Abschließend wird aus einzelnen Indikatoren eine Einschätzung zum zukünftigen Wachstumspotenzial einer Branche in einer Region gezogen. Die Analyse beschränkt sich auf die von der amtlichen Statistik verwendete Branchengliederung und die daraus zur Verfügung gestellten Daten. Sie kann damit nur begrenzt Aussagen über branchenübergreifende oder „quer“ zur Klassifizierung der Statistik liegende Branchencluster machen, beispielsweise im Bereich der Automobilzulieferer, der Biotechnologie oder der Informations- und Kommunikationstechnik.

Im zweiten Teil der regionalen Analyse des Verarbeitenden Gewerbes für Sachsen-Anhalt wird eine andere Perspektive eingenommen. Es werden nicht einzelne Branchen betrachtet, sondern die Branchenstruktur in Sachsen-Anhalts Verarbeitendem Gewerbe hinsichtlich ihrer Wachstumseffekte beurteilt. Zunächst jedoch zu den Stärken und Schwächen des Verarbeitenden Gewerbes in den Regionen Sachsen-Anhalts.

a) Branchenschwerpunkte und -entwicklung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Informationen über Branchenschwerpunkte lassen sich nur anhand von Daten gewinnen, die möglichst vollständig für alle Branchen und Regionen vorliegen. Dies trifft nur für die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu, die für alle Betriebsgrößen erfasst werden und lediglich die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen (und Beamten, die freilich im Verarbeitenden Gewerbe keine Rolle spielen) nicht enthalten. Anhand dieser Beschäftigtendaten lassen sich für 1999 zwei Branchen ermitteln, die in allen Regionen Sachsen-Anhalts große Bedeutung hatten (vgl. Tabelle R.33): das Ernährungsgewerbe, das zwischen 11% (Harz) und 21% (Altmark und Magdeburg) der Beschäftigten stellte, sowie die Herstellung von Metallerzeugnissen, die zwischen 12% (Altmark) und rund 24% (Harz) der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasste. Weitere Branchenschwerpunkte differieren von Region zu Region:

- In der Altmark sind die relativ hohen Beschäftigtenanteile in der Branche von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten und Sportgeräten und der Branche von Gummi- und Kunststoffwaren bemerkenswert.
- Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg hatte zahlreiche Beschäftigte in der chemischen Industrie und dem Glasgewerbe und wenig Beschäftigte in der Branche Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.
- Auch in der Region Halle bestand ein Schwerpunkt in der chemischen Industrie, neben leicht überdurchschnittlichen Anteilen der elektrotechnischen Branchen, des Verlagsgewerbes und des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden.
- Im Harz dominierten mit Abstand die Metall- und Elektrobranchen.
- Die Region Magdeburg schließlich wies auch 1999 noch einen hohen Beschäftigtenanteil in der hier traditionell starken Maschinenbaubranche auf.

Relativ ähnliche Branchenstrukturen erhält man auch, wenn man anstelle der Beschäftigten die Anzahl der Betriebe oder die erzielten Umsätze betrachtet (vgl. Tabellen A-R.30 und A-R.31): Unterschiede in den Anteilen der Branchen ergeben sich in Abhängigkeit davon, ob eine Branche mehr klein- und mittelbetrieblich als großbetrieblich strukturiert ist oder eher vorleistungs- als arbeitsintensiv produziert.³⁵ Alles in allem spiegelten somit die Branchenstrukturen im Jahr 1999 auf der einen Seite noch relativ deutlich die historisch gewachsenen Strukturen etwa in Chemie, Maschinenbau und Metall- und Elektrobranchen wider. Auf der anderen Seite wurde dieses Muster aber

³⁵ Z. B. die typischerweise in größeren Betrieben produzierende chemische Industrie hat anhand der Betriebszahlen geringere Anteile am Verarbeitenden Gewerbe. Bei Zugrundelegung der Umsatzdaten hingegen erscheint die Bedeutung der chemischen Industrie als noch größer als bei den Beschäftigtenzahlen, in diesem Fall ist dies ein Abbild der großen Bedeutung von Vorleistungen und der Kapitalintensität der Produktion.

Tabelle R.33:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999

- in % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt-Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	4,5	1,9	8,8	3,1	7,8	5,7
D	Verarbeitendes Gewerbe	95,5	98,1	91,2	96,9	92,2	94,3
DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung	21,1	17,4	16,4	11,3	21,1	17,3
15	Ernährungsgewerbe	21,1	17,4	16,4	11,3	21,1	17,3
16	Tabakverarbeitung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	0,4	1,0	0,8	1,9	0,6	1,0
17	Textilgewerbe	0,2	0,1	0,7	1,3	0,3	0,5
18	Bekleidungsgewerbe	0,3	0,9	0,1	0,6	0,2	0,4
DC	Ledergewerbe	0,1	0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
DD	Holzgewerbe (ohne H. von Möbeln)	1,8	1,8	1,3	1,3	2,2	1,7
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	2,7	3,2	4,9	3,4	3,1	3,7
21	Papiergewerbe	0,1	1,4	0,5	0,8	0,5	0,7
22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2,6	1,8	4,4	2,6	2,6	3,0
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. und Verarbeitung von Spalt- und Bruststoffen	0,8	0,1	2,2	0,0	1,3	1,0
DG	chemische Industrie	2,4	12,8	11,1	4,7	4,6	8,3
DH	H. von Gummi- und Kunststoffwaren	9,4	6,1	2,6	4,5	2,0	4,1
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5,7	10,6	4,7	7,0	8,8	7,5
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H. v. Metallerzeugnissen	21,1	19,8	23,3	31,5	17,3	22,2
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	9,0	6,1	5,9	7,8	3,4	5,8
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	12,1	13,8	17,4	23,7	14,0	16,3
DK	Maschinenbau	5,8	8,3	6,9	9,5	12,8	9,0
DL	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einr., Elektrotechnik usw.	3,9	5,5	8,9	10,6	7,6	7,7
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	0,3	0,0	0,2	0,0	0,1	0,1
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	0,7	2,5	4,4	5,3	2,9	3,5
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	0,6	0,5	0,8	1,8	1,8	1,1
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	2,4	2,5	3,6	3,4	2,8	3,0
DM	Fahrzeugbau	3,7	3,5	4,3	3,7	3,2	3,7
34	H. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2,8	1,8	0,8	2,6	2,5	1,9
35	Sonstiger Fahrzeugbau	0,8	1,7	3,5	1,1	0,7	1,8
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	16,5	7,5	3,6	7,3	7,3	6,9
36	H. von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren usw.	12,9	4,9	1,9	4,1	3,3	4,1
37	Recycling	3,6	2,7	1,7	3,1	4,0	2,8

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

auch punktuell durchbrochen, beispielsweise in der Altmark und in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg, wo der Strukturwandel das alte Branchenmuster am stärksten verändert hat.

Insgesamt fällt bei einer nach Regionen differenzierenden Beschäftigten- und Umsatzentwicklungsbetrachtung der Branchen auf, dass in einzelnen Regionen die Schwerpunktbranchen zwischen 1995 und 1999 eine ungünstige Entwicklung – häufig sogar ungünstiger als im Landesdurchschnitt – genommen haben (vgl. Tabelle R.34 und A-R.32):³⁶ etwa die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren in Anhalt, die chemische Industrie in den Regionen Halle und Anhalt und der Maschinenbau in Magdeburg. Eben diese Branchen verzeichneten in anderen Regionen des Landes Zuwächse, beispielsweise die chemische Industrie in der Region Magdeburg, Gummi- und Kunststoffwaren in Magdeburg und der Altmark. Außerdem war die Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung einzelner Branchen in einzelnen Regionen auffallend positiv: die Medizin- und Messtechnik im Harz, die Herstellung von Kraftwagen in Magdeburg sowie die Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten etc., die Metallerzeugung und das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe in Anhalt.

Die Ursachen für diesen Strukturwandel sind auf der regionalen Ebene nur schwer zu ermitteln. Während bei der Schrumpfung von Schwerpunktbranchen die Ursache noch überwiegend in der Schrumpfung (teilweise Schließung) von ehemaligen Großbetrieben im Zeitraum 1995 bis 1999 vermutet werden kann (z. B. der Maschinenbauer SKET in Magdeburg, Buna in der Region Halle, der Filmhersteller ORWO in Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg), fällt dies bei den wachsenden Branchen schwerer. Teilweise könnten statistische Effekte einen Beitrag leisten, etwa wenn ein oder mehrere kleinere Betriebe gewachsen sind und neu in den Erfassungsbereich der Monatsberichte aufgenommen wurden. Andere, ökonomische Ursachen können Neuansiedlungen oder ein Wachstum aus dem Bestand heraus sein. Teilweise kann die Betrachtung von Indikatoren zu Produktionsfaktoren Aufschluss über die Ursachen für besonders gute oder schlechte Entwicklungen einer Branche in einer Region geben. Insbesondere lassen sich aus der Ausstattung mit Produktionsfaktoren aber Rückschlüsse zu den Entwicklungschancen einer Branche in der Zukunft ziehen.

³⁶ Die Entwicklung der Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in den Regionen zwischen 1995 und 1999 kann nur auf der Basis von Daten der Industriestatistik (Umsatz, Beschäftigung, Betriebe) nachvollzogen werden, da für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten für 1995 keine Daten nach der Branchengliederung der WZ 93 vorliegen. Doch auch bei der Industriestatistik weisen die Daten auf Branchenebene aus Geheimhaltungsgründen große Lücken auf, sodass nur Aussagen zu einigen Branchen möglich sind.

Tabelle R.34:

Veränderung der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999 gegenüber 1995^a

- in % -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt- Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magde- burg	Sachsen- Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	15,9	-12,6	-20,1	-8,8	-17,4	-14,6
C	Bergbau und Gewinnung v. Steinen u. Erden	.	-51,4	-40,4	.	-81,4	-54,3
D	Verarbeitendes Gewerbe	.	-9,9	-18,5	.	-10,1	-11,3
DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarb.	26,1	.	15,5	13,5	30,8	.
15	Ernährungsgewerbe	26,1	11,8	15,5	13,5	30,8	18,9
16	Tabakverarbeitung	-	.	-	-	-	.
DB	Textil- und Bekleidungs-gewerbe	-100,0	.
17	Textilgewerbe	.	-
18	Bekleidungs-gewerbe	.	.	-	.	.	.
DC	Ledergewerbe
DD	Holzgewerbe (ohne H. von Möbeln)	.	-18,7	-28,2	5,9	.	-2,7
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	.	15,5	.	14,5	.	-11,0
21	Papiergewerbe	-	.	.	-32,1	.	10,8
22	Verlags-gewerbe, Druck-gewerbe, Vervielfältigung	.	.	.	57,1	-53,7	-16,1
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	.	-	.	-	.	-43,2
DG	chemische Industrie	-	-21,1	-46,0	-23,2	112,3	-23,2
DH	H. von Gummi- und Kunststoffwaren	91,8	15,3	-0,7	27,5	60,6	31,1
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	-6,9	21,9	-15,8	21,2	6,5	9,4
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H. v. Metallerzeugnissen	.	-28,1	-25,4	-11,5	.	-21,0
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	.	1,1	-20,3	-7,0	.	-18,1
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	39,1	-34,5	-28,2	-16,9	-14,7	-22,3
DK	Maschinenbau	-31,5	-14,2	-7,7	-12,1	-49,4	-29,2
DL	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einr., Elektrotechnik usw.	.	.	23,8	-19,1	.	-2,8
30	Herstellung von Büromaschinen, Daten- verarbeitungsgeräten und -einrichtungen	-	-	-	-	-	.
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	.	-25,9	3,7	-14,1	.	-13,6
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	.	.	.	-76,1	.	.
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	.	5,2	.	47,5	2,8	31,4
DM	Fahrzeugbau	.	-18,7	.	-14,7	.	-23,6
34	H. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	.	.	.	-0,6	113,9	0,5
35	Sonstiger Fahrzeugbau	.	.	-26,8	-18,3	.	-30,4
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	-5,8	6,4	.	.	.	-16,2
36	H. von Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten, Sportgeräten, Spielwaren usw.	-5,8	14,2	-41,7	-44,2	13,0	-13,6
37	Recycling	-	-15,5	.	.	.	-30,9

^a Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten. Wenn die Beschäftigung im Basisjahr 1995 „0“ betrug, konnte eine Veränderungsrate nicht berechnet werden, in der Tabelle steht in solchen Fällen ein „-“. Vgl. zur Veränderung der Umsätze Tabelle A-R.32.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

b) *Ausstattung der Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes mit Human- und Sachkapital*

Bedingt durch die relativ engen Grenzen, die die Statistik für eine Branchenanalyse auf regionaler Ebene setzt, können nachfolgend nur die zwei Faktoren Human- und Sachkapital etwas näher analysiert werden. Das Humankapital wird durch den formalen Abschluss der Beschäftigten, d. h. die Quote derjenigen Beschäftigten, die über einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluss verfügen, abgebildet. Dabei wird unterstellt, dass die Betriebe in der Zukunft produktiver und besser dem Wettbewerb gewachsen sind, je mehr qualifizierte Beschäftigte in ihnen arbeiten. Einen Indikator für den Sachkapitalstock der Betriebe stellt die Investitionstätigkeit dar, aus der sich außerdem Hinweise auf die Einbindung in den (an das Kapital gebundenen) technischen Fortschritt ablesen lassen. Relativ vollständige regionalisierbare Branchen-Investitionsdaten können aus der Statistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“ gewonnen werden.

Humankapital: Die Region Halle hatte mit 11,3% die höchste Hochschulabsolventenquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, in der Altmark lag diese mit nur 4,5% mit Abstand am niedrigsten (vgl. Tabelle R.35). Zur Erklärung von günstigen oder ungünstigen Branchenentwicklungen sind insbesondere die Hochschulabsolventenquoten in den oben bezeichneten schrumpfenden und wachsenden Branchen in den Regionen interessant. Die chemische Industrie, die in der Region Halle zwischen 1995 und 1999 schrumpfte und in Magdeburg gewachsen ist (vgl. oben Tabelle R.34), beschäftigte in Halle überdurchschnittlich viele Hochschulabsolventen, in Magdeburg dagegen relativ wenige. Ebenso überdurchschnittlich hohe Beschäftigtenanteile von Hochschulabgängern verzeichneten die Branche Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren in Anhalt und der Maschinenbau in Magdeburg, obwohl beide Branchen Beschäftigungs- und Umsatzverluste in den letzten fünf Jahren hinnehmen mussten. Die relativ günstige Humankapitalausstattung steht im Kontrast zu den Umsatz- und Beschäftigungsrückgängen in diesen Branchen, sie kann diese mithin auch nicht erklären. Unter Umständen ist die Wirkungsrichtung auch umgekehrt zu sehen: Der Beschäftigungsabbau trifft zunächst die weniger qualifizierten Beschäftigten, während qualifizierte Beschäftigte in der Hoffnung auf eine zukünftige bessere wirtschaftliche Entwicklung und auch um diese selbst herbeizuführen nicht entlassen werden.

Auch in den in einigen Regionen überdurchschnittlich wachsenden Branchen ist das Bild hinsichtlich der Qualifikation der Beschäftigten nicht eindeutig: Bei der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren in der Altmark, der Herstellung von Möbeln etc. und dem Glasgewerbe in Anhalt sowie der Medizin-, Mess-, Steuertechnik etc., der Metallherzeugung und der Herstellung von Kraftwagen im Harz gehen Beschäftigungs- und Umsatzzuwächse und eine hohe Hochschulabsolventenquote miteinander einher. Beim Papier-, Verlags- und Druckgewerbe und der Metallherzeugung in Anhalt, der chemi-

Tabelle R.35:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Hochschul- oder Fachhochschulabschluss im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999

- in % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt-Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	4,5	8,9	11,3	8,0	7,9	8,9
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	12,0	11,5	15,6	5,8	11,4	12,9
D	Verarbeitendes Gewerbe	4,2	8,9	10,9	8,0	7,6	8,7
DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarb.
15	Ernährungsgewerbe	2,3	2,5	2,8	2,8	2,6	2,7
16	Tabakverarbeitung
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe
17	Textilgewerbe	.	.	6,5	9,5	.	6,6
18	Bekleidungsgewerbe	.	.	.	7,9	.	2,7
DC	Ledergewerbe	2,6
DD	Holzgewerbe (ohne H. von Möbeln)	.	1,8	2,6	.	4,5	2,9
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	.	5,9	13,8	.	.	10,4
21	Papiergewerbe	.	3,6	10,6	.	.	4,9
22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung	13,1	7,6	14,2	6,2	12,3	11,7
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	.	.	28,3	.	4,1	19,3
DG	chemische Industrie	.	20,1	27,2	14,8	13,3	21,2
DH	H. von Gummi- und Kunststoffwaren	7,6	7,3	5,5	6,2	3,3	6,3
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	2,9	9,1	7,3	6,2	4,0	6,6
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H. v. Metallerzeugnissen	4,3	6,4	7,4	8,5	7,6	7,3
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	7,0	9,4	10,3	12,8	9,1	10,1
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	2,4	5,1	6,4	7,0	7,2	6,3
DK	Maschinenbau	8,3	17,2	18,4	15,1	17,6	16,9
DL	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einr., Elektrotechnik usw.	4,0	10,1	8,7	9,6	11,9	9,7
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen	.	.	53,2	.	31,3	34,1
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	.	18,0	8,2	13,0	10,4	11,5
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	.	.	6,4	3,4	16,3	9,3
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	.	3,0	7,9	7,7	10,0	7,1
DM	Fahrzeugbau	6,3	12,2	15,7	8,0	3,8	10,6
34	H. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	5,9	6,2	6,7	10,7	3,5	6,3
35	Sonstiger Fahrzeugbau	.	18,6	18,0	.	4,8	15,0
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	.	4,4	3,6	3,7	3,6	3,6
36	H. von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren usw.	2,5	4,5	2,0	2,4	2,6	3,0
37	Recycling	.	4,0	5,3	5,4	4,5	4,4

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

schen Industrie, der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, der Herstellung von Kraftwagen und dem Glasgewerbe in der Region Magdeburg ist dies dagegen nicht der Fall.

Sachkapital: Aufbauend auf einer ähnlichen Überlegung wie für das Humankapital kann anhand von Investitionsdaten auch untersucht werden, ob die relativ gute (schlechte) Sachkapitalausstattung in einzelnen Branchen möglicherweise verantwortlich war für eine günstige (ungünstige) Entwicklung zwischen 1995 und 1999. Die Investitionsdaten aus der Statistik der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ können auf die Einwohner in einer Region bezogen werden.

Auch hier fällt auf, dass die als regionale Schwerpunktbranchen mit einer ungünstigen Entwicklung identifizierten Gummi- und Kunststoffwaren in Anhalt, chemische Industrie in Anhalt und Halle und Maschinenbau in Magdeburg jeweils überdurchschnittlich hohe Investitionen pro Einwohner erhielten (vgl. Tabelle R.36). Verschiedene Branchen mit einem günstigen Verlauf der Beschäftigungs- und Umsatzzahlen verzeichneten dagegen eher geringe Investitionen: Die Herstellung von Metallerzeugnissen in der Altmark, das Papier-, Verlags- und Druckgewerbe, die Metallerzeugung und der Maschinenbau in Anhalt, der Maschinenbau in Halle, der Fahrzeugbau und das Holzgewerbe im Harz sowie die chemische Industrie und die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren in der Region Magdeburg. In einigen Fällen gehen jedoch auch hohe Investitionen mit einer günstigen Entwicklung einher, so in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren in der Altmark, dem Glasgewerbe und der Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten etc. in Anhalt, den Metall- und Elektrobranchen und dem Maschinenbau im Harz und dem Glasgewerbe und der Herstellung von Kraftwagen in Magdeburg. Weitere Branchen verzeichneten zwar hohe Investitionssummen in der Förderstatistik der GRW (Papiergewerbe und Holzgewerbe in der Altmark, Mineralölverarbeitung in Halle), über die Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung der Branchen in den Regionen kann jedoch – wegen fehlender Daten oder da die Investitionsvorhaben teilweise noch nicht abgeschlossen sein dürften – nichts ausgesagt werden.

Fazit: Regionale Schwerpunktbranchen mit eher ungünstigen Entwicklungen weisen weder eine im Landesvergleich unterdurchschnittliche Ausstattung mit qualifizierten Beschäftigten – deren Qualifikation allerdings nur rein formal und nicht in Bezug auf Wissen und Fähigkeiten gemessen wurde –, noch eine geringe Investitionstätigkeit auf. Freilich können hier trotzdem in der Vergangenheit Defizite bestanden haben, die in den letzten Jahren durch die Suche nach qualifizierten Beschäftigten und durch Investitionen abgebaut worden sind, aber noch nicht in einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung zum Tragen kommen. Immerhin lässt die Ausstattung mit Humankapital und mit Sachkapital die Hoffnung zu, dass die Gummi- und Kunststoffbranche in der Region Anhalt, die chemische Industrie in Anhalt und Halle und der Maschinenbau in Magdeburg wieder zu Wachstumsträgern in der Industrie werden. Freilich bedeutet eine be-

Tabelle R.36:

Investitionen pro Einwohner im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1999 (Summe)^a

- in DM pro Einwohner -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt-Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	12.240	15.703	19.001	9.652	13.216	14.836
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung
15	Ernährungsgewerbe	1.803	1.797	1.786	1.372	2.972	1.996
16	Tabakverarbeitung
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	9
17	Textilgewerbe	43	6
18	Bekleidungsgewerbe	3
DC	Ledergewerbe
DD	Holzgewerbe (oh. H. v. Möbeln)	1.739	463	131	301	1.554	704
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	5.702	494	828	269	1.189	1.200
21	Papiergewerbe	5.654	361	211	38	578	801
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	48	132	617	232	611	399
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Brutstoffen	.	.	5.702	.	.	1.746
DG	chemische Industrie	326	5.703	5.884	1.271	1.232	3.512
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	751	739	494	804	381	593
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	399	3.649	1.230	1.015	2.188	1.845
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H. v. Metallerzeugnissen	733	1.292	1.714	2.481	1.278	1.559
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	160	429	1.028	1.048	172	629
28	H. v. Metallerzeugnissen	574	863	686	1.433	1.106	931
DK	Maschinenbau	84	553	461	980	1.227	706
DL	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. Usw.	49	123	152	593	216	223
30	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einrichtungen
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	24	92	93	448	158	159
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	.	.	.	40	.	16
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	.	.	.	105	.	45
DM	Fahrzeugbau	304	423	372	175	601	397
34	H. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	294	309	60	113	559	257
35	Sonst. Fahrzeugbau	10	114	312	62	42	140
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	262	408	131	150	333	251
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumente, Sportgeräten usw.	239	224	44	114	148	135
37	Recycling	23	184	86	36	185	116

^a Geförderte Investitionen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Quelle: Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

sonders hohe formale Qualifikation der Beschäftigten oder eine hohe Investitionstätigkeit nicht automatisch eine besonders günstige Entwicklung in einer Branche. Insbesondere andere, flankierende Produktionsfaktoren müssen auch wachstumsfördernde Aus-

prägungen aufweisen: Die Einbindung in den weltweiten technischen Fortschritt und eine adäquate Infrastruktur sind diesbezüglich zentrale Aspekte. Anhand der chemischen Industrie lässt sich dies beispielhaft zeigen. Im Rahmen des Chemieparkkonzepts wurden frühzeitig innovative Wege der Infrastrukturbereitstellung beschritten, die zwar viele Vorteile, aber auch einzelne Nachteile aufweisen.³⁷ Bei der Stärkung der chemischen Industrieforschung in der Region Halle (und dies dürfte für Anhalt analog gelten) erweist sich die „...mangelnde Attraktivität des Standortes für Forscher und Führungskräfte, auch aufgrund der im Vergleich zu Westdeutschland geringeren Bezahlung“ als Standortnachteil.³⁸ Um die regionalen Schwerpunktbranchen auch wieder zu regional wachsenden Branchen zu machen, müssen die Defizite branchenbezogen weiter analysiert und Maßnahmen zu ihrer Beseitigung entwickelt werden.

Abschließend ist hervorzuheben, dass sich die Ausstattung mit Human- und Sachkapital und die Beschäftigungs- und Umsatzentwicklung in den Branchen und Regionen als bemerkenswert günstig erweisen: in der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren in der Altmark, der Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten etc. und dem Glasgewerbe in Anhalt, der Medizin- Mess- Steuertechnik etc. und der Metallbranche im Harz sowie der Herstellung von Metallerzeugnissen in Magdeburg.³⁹

c) Klassifizierung der Branchenstruktur hinsichtlich des Forschungsgehaltes und Spezialisierungsgrad im Verarbeitenden Gewerbe

Im folgenden Abschnitt wird auf zwei Arten versucht, die Wachstumseffekte der Branchenstruktur in den Regionen Sachsen-Anhalts einzuschätzen.

- Zum einen wird eine Klassifizierung der Branchen nach ihrem Forschungsgehalt vorgenommen, da von den forschungsintensiven Branchen positive externe Effekte auf das Wachstum in anderen Branchen zu erwarten sind (vgl. Abschnitt 2.3.7).
- Zum anderen wird die Spezialisierung des regionalen Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes untersucht, wobei von einem positiven Wachstumseffekt eines hohen Diversifikationsgrades der regionalen Branchenstruktur ausgegangen wird (vgl. Abschnitt 2.3.7).

³⁷ Etwa hohe Kosten bei Überkapazitäten der Infrastruktur, große Marktmacht der ansässigen Betriebe und Betreiber zum Flächen- und Infrastrukturmanagement, vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Achtzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 6/1998. Halle, S. 150-156. – DERLIEN, H.; FAUPEL, T.; NIETERS, D.: Industriestandort mit Vorbildfunktion? Das ostdeutsche Chemiedreieck. WZB discussion paper FS IV 99-16. Berlin 1999, S. 41-42.

³⁸ DERLIEN, H.; FAUPEL, T.; NIETERS, D.: Industriestandort mit Vorbildfunktion?, a. a. O., S. 34.

³⁹ Möglicherweise gilt dies auch noch für eine Reihe weiterer Branchen, etwa das Papiergewerbe und das Holzgewerbe in der Altmark, die Mineralölverarbeitung und das Verlags- und Druckgewerbe in Halle. Wegen fehlender Daten lässt sich dies aber nicht belegen.

Differenzierung der Produktion nach dem Forschungsgehalt: Die Daten der Produktionsgüterstatistik wurden vom Statistischen Landesamt für die Regionen Sachsen-Anhalts zu drei Klassen zusammengefasst: *Spitzentechnik* (z. B. Spalt- und Brutstoffe, pharmazeutische Erzeugnisse, Waffen und Munition, DV-Geräte, elektro- und nachrichtentechnische Instrumente, Luft- und Raumfahrzeugbau), *höherwertige Technik* (z. B. große Teile der chemischen Industrie, des Maschinenbaus und Fahrzeugbaus sowie der Elektrotechnik) und schließlich Standardtechnik. Vergleicht man die einzelnen Regionen miteinander, dann zeigt sich, dass die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg sowohl bei der Spitzentechnik als auch bei der höherwertigen Technik 1999 überdurchschnittliche Produktionsmengen aufwies und in dieser Hinsicht am günstigsten zu beurteilen ist (vgl. Abbildung R.10). Magdeburg verzeichnete eine im Landesvergleich hohe Produktion in der Spitzentechnik und Halle in der höherwertigen Technik. Der Anteil der sonstigen Produktion war mit über 90% am höchsten in der Region Altmark, die folglich eine wenig forschungsintensive Branchenstruktur hatte.⁴⁰

Spezialisierungsgrad: Ausgehend von der Hypothese, dass eine breite Branchenstruktur im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe die Innovationsfähigkeit einer Region positiv beeinflusst und die Auswirkungen von Branchenkrisen senkt, wurde ein Spezialisierungskoeffizient für die fünf Regionen Sachsen-Anhalts berechnet.⁴¹ Dieser Spezialisierungskoeffizient ist keine absolute sondern eine relative Größe, d. h. es wird die Branchenstruktur einer Teilregion in Relation zur Struktur in der Gesamtregion (hier Sachsen-Anhalt) gesetzt. Eine geringe Spezialisierung im Vergleich der sachsen-anhaltinischen Regionen könnte also sehr wohl eine hohe Spezialisierung im Vergleich mit anderen ostdeutschen Regionen bedeuten.⁴²

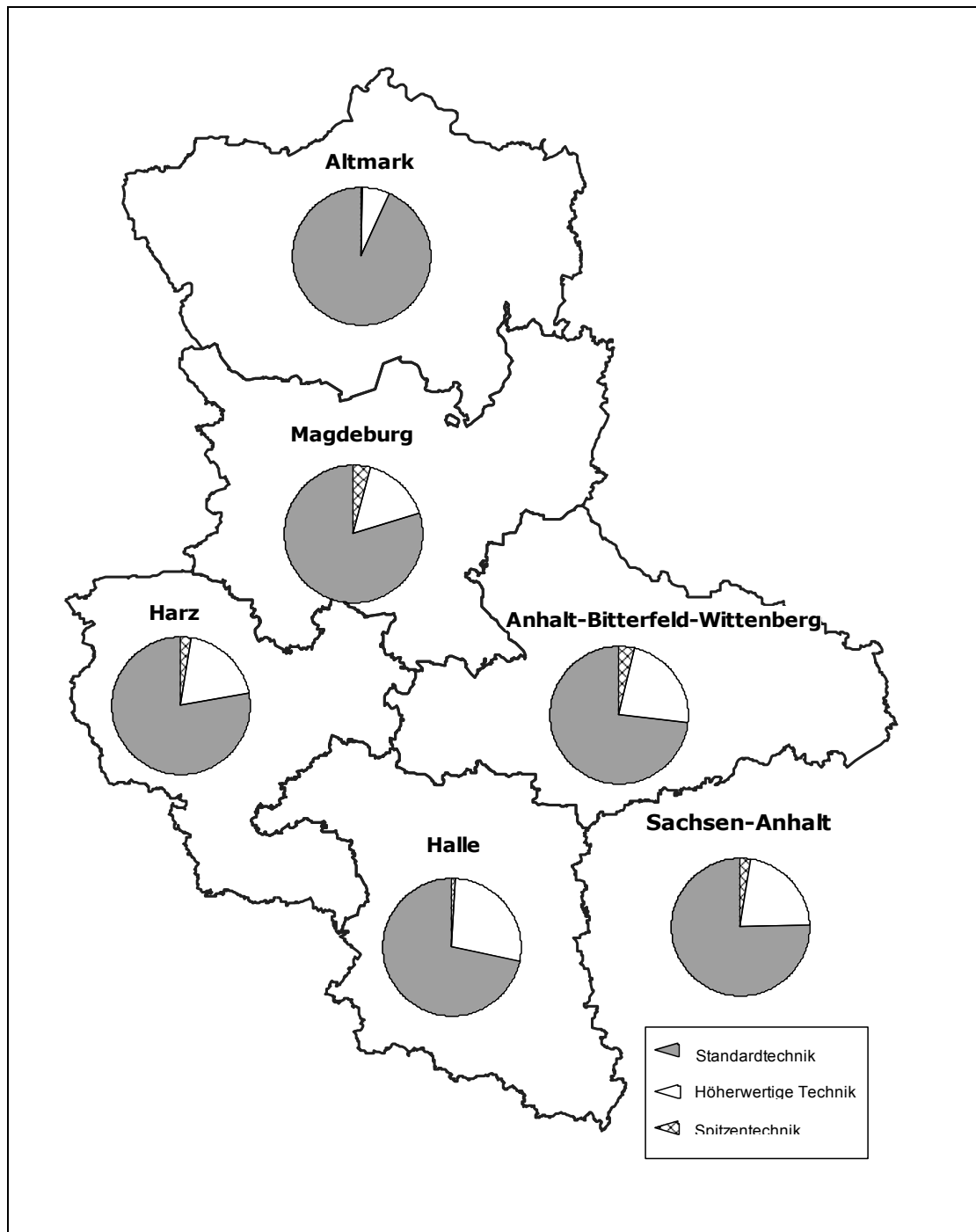
⁴⁰ Damit haben sich seit 1994 keine nennenswerten Verschiebungen zwischen den Regionen ergeben. Bereits in der letzten Strukturanalyse ergaben sich überdurchschnittliche Produktionsmengen in der Spitzentechnologie – die allerdings noch anders abgegrenzt worden war – in Anhalt und Magdeburg und in der mittleren Technologie in Halle, vgl. CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt, a. a. O., S. 179. Da der letzten Analyse noch eine differenziertere räumliche Gliederung zugrunde lag, kann auf den damaligen Ergebnissen aufbauend zusätzlich ein intraregionales Gefälle in der Region Halle vermutet werden: d. h. eine größere Bedeutung der höherwertigen Technik im Raum Halle-Merseburg und eine geringere Bedeutung in den Räumen Saale-Unstrut und Mansfelder Land.

⁴¹ Die Basis für die Berechnung des Spezialisierungskoeffizienten bildeten Beschäftigtendaten der Bundesanstalt für Arbeit für 1999, differenziert nach 28 Branchen des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes.

⁴² In einem anderem Zusammenhang von den Autoren durchgeführte Analysen (bisher nicht veröffentlicht) des Spezialisierungsgrades ostdeutscher Raumordnungsregionen auf der Basis von Beschäftigtendaten des Jahres 1998 wiesen die sachsen-anhaltinischen Raumordnungsregionen nicht als besonders spezialisiert aus: die Altmark wies den höchsten Spezialisierungsgrad der sachsen-anhaltinischen und den siebthöchsten aller ostdeutschen Raumordnungsregionen (einschließlich Berlin) aus, Halle und Dessau lagen auf den Plätzen 13 und 14 im Mittelfeld, Magdeburg auf Platz 22 an vorletzter Stelle (und war somit am stärksten diversifiziert).

Abbildung R.10:

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach der Forschungsintensität der Branchen

u
-^a Zu den Daten siehe Tabelle A-R.29.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Im Vergleich der Regionen Sachsen-Anhalts waren die Altmark und der Harz die am stärksten spezialisierten Regionen mit Spezialisierungskoeffizienten von 0,21 bzw. 0,18. Magdeburg nimmt mit 0,08 in etwa eine Mittelposition ein und Anhalt (0,05) und Halle (0,04) erwiesen sich als relativ stark diversifiziert.

Fasst man die Ergebnisse der Klassifizierung der Branchen nach ihrem Forschungsgehalt und des Spezialisierungsgrades zusammen, dann schneiden die Regionen Halle, Anhalt und Magdeburg etwas günstiger als der Harz und die Altmark ab, da ihre Branchenstruktur im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe einen höheren Forschungsgehalt und einen geringeren Spezialisierungsgrad aufwies. Die Branchenstruktur der drei erstgenannten Regionen ist demgemäss als wachstumsträchtiger einzuschätzen.

4.3.4 Baugewerbe

Wie oben anhand der Beschäftigtenquoten gezeigt wurde, ist das Baugewerbe nach den Dienstleistungen, dem Wirtschaftszweig Verarbeitendes Gewerbe, Energie- und Wasserversorgung und dem Staatssektor in Sachsen-Anhalt und seinen Regionen der viertgrößte Wirtschaftszweig (vgl. Seite 329). Entsprechend waren auch in Sachsen-Anhalt die Auswirkungen des Einbruchs im Baugewerbe seit 1995 deutlich zu spüren. Vergleicht man die einzelnen Regionen untereinander, dann war der Rückgang hinsichtlich Beschäftigung und Umsatz in Anhalt mit rund 10% pro Jahr am stärksten (vgl. Tabelle R.37). Insbesondere das Bauhauptgewerbe hat dort deutlich an Beschäftigung und Umsatz verloren. Aber auch in den anderen Regionen waren die Verluste deutlich und im Bauhauptgewerbe noch etwas stärker als im Ausbaugewerbe. Lediglich in der Region Harz konnte das Ausbaugewerbe im Zeitraum 1995-1998 seinen (nominalen) Umsatz in etwa konstant halten.

Tabelle R.37:

Entwicklung von Umsatz und Beschäftigung im Baugewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998/1999 gegenüber 1995

Land/Region	Beschäftigungsentwicklung im Baugewerbe 1995-1999 (Ende Juni) in % p. a.			Umsatzentwicklung im Baugewerbe 1995-1998 (Jahresumsatz) in % p. a.		
	Bau insgesamt	Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe ^a	Bau insgesamt	Bauhaupt- gewerbe	Ausbau- gewerbe ^a
Altmark	-4,2	-4,3	-3,6	-4,1	-4,6	-2,1
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	-9,8	-11,5	-4,4	-9,9	-10,9	-7,0
Halle	-7,2	-8,0	-5,4	-3,9	-4,6	-2,1
Harz	-4,9	-5,7	-2,9	-5,1	-6,5	-0,5
Magdeburg	-6,1	-6,7	-4,7	-3,1	-2,9	-3,6
Sachsen-Anhalt	-7,0	-7,9	-4,5	-5,1	-5,7	-3,4

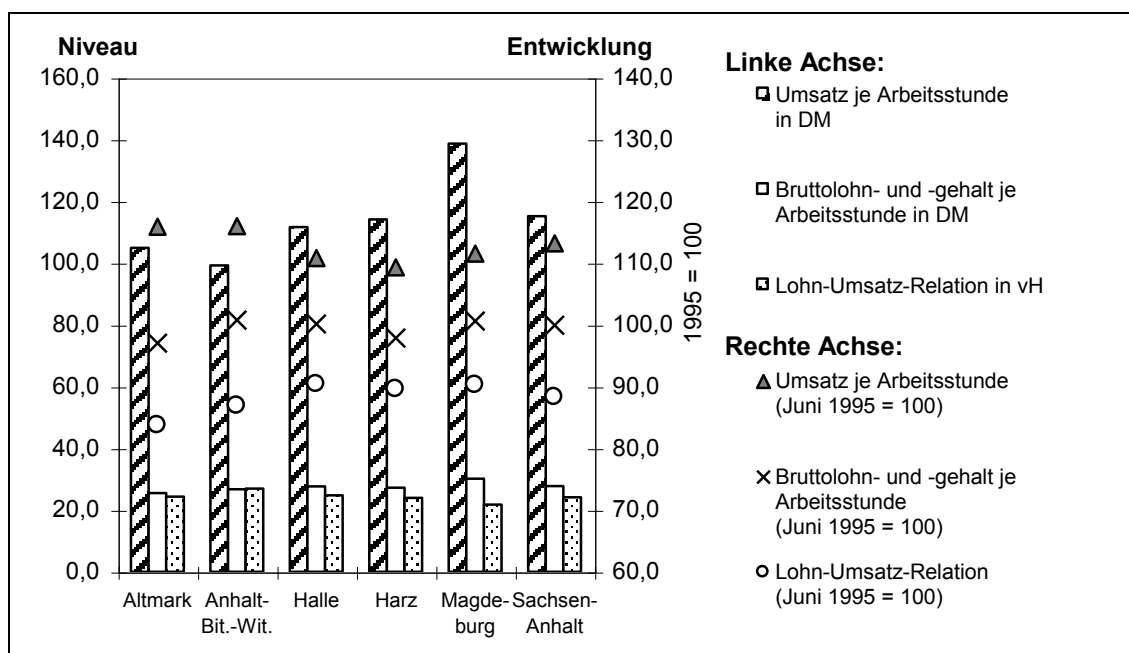
^a Nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2, EIII2; Berechnungen des IWH.

Betrachtet man die Produktivität der Betriebe des Bauhauptgewerbes in den Regionen (gemessen am Umsatz je Arbeitsstunde), dann hebt sich die Region Magdeburg mit einem Umsatz von 138,60 DM je Arbeitsstunde im Juni 1999 deutlich von den anderen Regionen ab (vgl. Abbildung R.11). Allerdings wurden in der Region Magdeburg mit 30,10 DM auch die höchsten Stundenlöhne gezahlt, sodass die Lohn-Umsatz-Relation nur leicht unter der in den anderen Regionen bei 21,7% lag (Sachsen-Anhalt insgesamt 24,1%). Die geringste Produktivität und die relativ höchste Lohnbelastung hatte das Bauhauptgewerbe in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg. Unter dem Druck des strukturellen Einbruchs und des starken Verdrängungswettbewerbs haben im Bauhauptgewerbe in allen Regionen Sachsen-Anhalts seit 1995 die Anteile der Löhne am Umsatz abgenommen, im Landesdurchschnitt um knapp 12%.

Abbildung R.11:

Produktivität und Löhne im Bauhauptgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1999^a



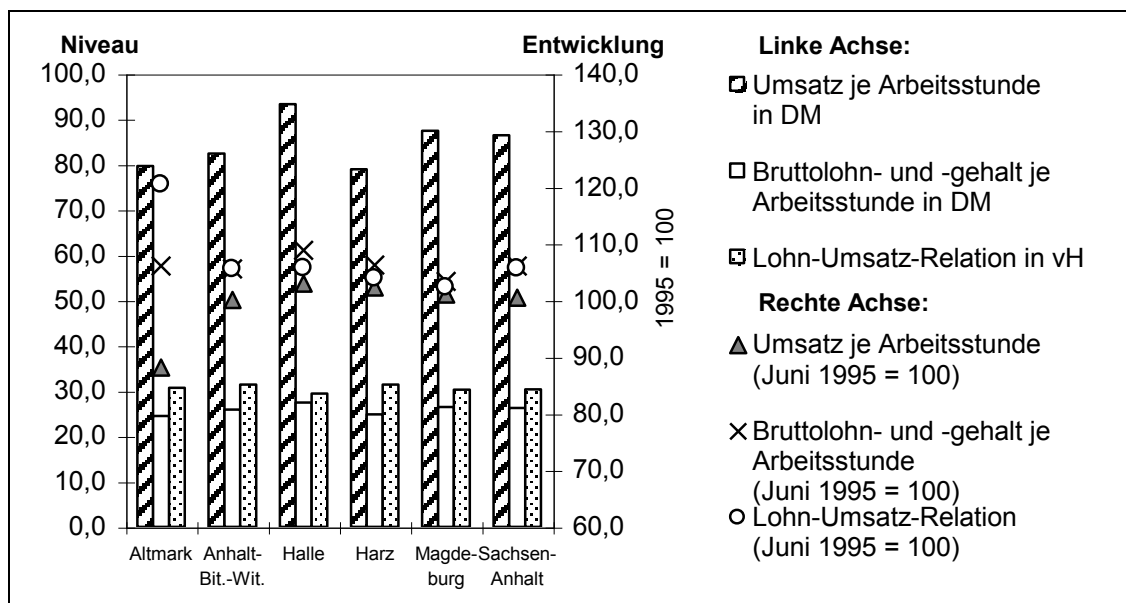
^a Zu den Daten vgl. Tabellen A-R.33, A-R.34, A-R.35.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2; Berechnungen des IWH.

Im Ausbaugewerbe hatte die Region Halle 1999 die höchste Produktivität von rund 93 DM pro Arbeitsstunde aufzuweisen (vgl. Abbildung R.12). Die Löhne pro Arbeitsstunde und insbesondere auch die Lohnbelastung lagen in allen Regionen relativ eng beieinander. Die Entwicklung seit 1995 verlief in allen Regionen eher ungünstig, insofern als die Lohnbelastung deutlich zugenommen hat (Anstieg der Lohn-Umsatz-Relation um mehr als 5%). Am stärksten war diese Zunahme der Lohnbelastung in der Altmark, die 1995 noch die niedrigste Lohn-Umsatz-Relation aufgewiesen hatte.

Abbildung R.12:

Produktivität und Löhne im Ausbaugewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1999^a



^a Daten für das den Juni 1999 aus den Daten für das II. Quartal 1999 geschätzt, zu den Daten vgl. Tabellen A-R.33, A-R.34, A-R.35.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2; Berechnungen des IWH. Die Entwicklung im Baugewerbe ist zwar in allen Regionen Sachsen-Anhalts einheitlich negativ, allerdings bestehen geringe regionale Nuancen. In den Regionen Magdeburg und Halle sank die Beschäftigung stärker als der Umsatz, was letztlich zu im Landesvergleich günstigen Produktivitätskennziffern und Lohn-Umsatz-Relationen führte. In der Altmark, im Harz und in Anhalt ist dies nicht der Fall, die zuletzt genannte Region hatte außerdem absolut den stärksten Rückgang des Baus zwischen 1995 und 1999 zu verzeichnen.

4.3.5 Dienstleistungen

Ähnlich wie für das Verarbeitende Gewerbe wurden auch für die Analyse der Dienstleistungen zwei Perspektiven eingenommen:

- Im ersten Teil dieses Abschnitts werden die wirtschaftliche Lage und soweit wie möglich die Entwicklung der Dienstleistungsbranchen zwischen den fünf Regionen Sachsen-Anhalts und dem Bundesland insgesamt miteinander verglichen. Eine detailliertere Analyse der Branchen des Dienstleistungssektors in den Regionen hinsichtlich ihrer Ausstattung mit Produktionsfaktoren scheidet am unzureichenden Datenmaterial, sie würde eigene empirische Erhebungen erfordern.
- Zum anderen wird eine Perspektive eingenommen, bei der die Wachstumseffekte der Branchenstruktur im Dienstleistungssektor im Zentrum stehen. Dabei wird als Annahme zugrunde gelegt, dass es einige Dienstleistungsbranchen gibt, die besondere Wachstumseffekte auch in anderen Branchen nach sich ziehen können, etwa da

sie notwendige Vorleistungen für deren Produktion erbringen. Dies wird insbesondere von den sogenannten produktionsnahen Dienstleistungen erwartet, die deshalb gesondert betrachtet werden. Ebenfalls gesondert werden die sogenannten haushaltsnahen Dienstleistungen analysiert, da sie in besonderem Ausmaß Beschäftigung schaffen und die Gründungsbedingungen und Wettbewerbsverhältnisse nach der Vereinigung für ostdeutsche Unternehmen vergleichsweise günstig waren.

a) Branchenschwerpunkte im Dienstleistungssektor in den Regionen Sachsen-Anhalts

Die Schwerpunkte innerhalb des Dienstleistungssektors unterscheiden sich nicht sehr stark zwischen Sachsen-Anhalt insgesamt und seinen den einzelnen Regionen (vgl. Tabelle R.38). Der bemerkenswerteste Unterschied sind vielleicht die geringen Anteile von Dienstleistungen für Unternehmen in der Altmark (6,7%) und im Harz (7,4%), die dafür überdurchschnittlich hohe Anteile in der öffentlichen Verwaltung (Altmark: 20,9%) bzw. im Einzelhandel und Gesundheitswesen (Harz: 13,9 bzw. 17,0%) aufwiesen. Weitere Abweichungen der Regionen von der Struktur des Landes waren:

- Die Altmark hatte außer dem hohen Beschäftigtenanteil in der öffentlichen Verwaltung auch bei Interessenvertretungen etc. einen hohen Anteil. Beides ist möglicherweise ein Spiegelbild davon, dass die Anteile einer Reihe von privatwirtschaftlichen Dienstleistungsbranchen gering sind, etwa dem Verkehrsbereich und dem Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, zu dem auch Datenverarbeitung und Datenbanken und Forschung und Entwicklung gehören.
- Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg hatte nur relativ wenige Beschäftigte im Erziehungswesen.
- In Halle war der Verkehrssektor vergleichsweise stark und auch die Mehrzahl der dem Wirtschaftszweig Grundstücks- und Wohnungswesen und Unternehmensdienstleister (Wirtschaftszweig K) zugehörigen Branchen.
- Der Harz hatte mit 5,5% einen deutlich höheren Beschäftigtenanteil als die anderen Regionen im Gastgewerbe und auch der Erziehungs- und Unterrichtssektor und der Gesundheitssektor waren relativ stark ausgeprägt.
- Die Region Magdeburg schließlich wies hohe Beschäftigtenanteile in der öffentlichen Verwaltung und in den Dienstleistungsbereichen aus, die mit Verwaltungsaufgaben verbunden sind, etwa Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen und das Versicherungsgewerbe.

b) Beherbergungsgewerbe

Auch auf der regionalen Ebene wird das sachsen-anhaltinische Beherbergungsgewerbe aufgrund seiner Bedeutung für den Tourismus etwas näher betrachtet. Hierfür konnten

die Daten des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt zur Struktur von Angebot und Nachfrage im Beherbergungsgewerbe zwischen den Regionen differenziert werden.

Tabelle R.38:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungssektor nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999

- in % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Dienstleistungssektor -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt- Bit.-Wit.	Halle	Harz	Magde- burg	Sachsen- Anhalt
G-O	Dienstleistungen	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
G	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern	21,0	22,4	19,2	21,5	20,9	20,7
50	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen	4,3	4,6	3,6	4,6	3,7	4,0
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	5,4	5,8	4,5	3,0	6,1	5,1
52	Einzelhandel (o. Handel mit Kraftfahrzeugen und o. Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern	11,3	11,9	11,1	13,9	11,0	11,6
H	Gastgewerbe	3,3	4,0	3,3	5,5	3,2	3,7
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	8,6	8,6	11,6	8,4	9,7	9,8
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	4,1	4,3	6,4	4,5	5,8	5,4
61	Schifffahrt	0,1
62	Luftfahrt	0,0
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	2,2	3,0	2,6	2,8	1,5	2,4
64	Nachrichtenübermittlung	2,2	1,2	2,6	1,1	2,3	2,0
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	2,7	2,7	2,5	2,5	3,0	2,7
65	Kreditgewerbe	2,3	2,1	1,9	2,0	2,1	2,0
66	Versicherungsgewerbe	0,0	0,0	0,3	0,1	0,6	0,3
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	0,4	0,5	0,3	0,4	0,4	0,4
K	Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	8,3	13,5	15,1	10,0	14,0	13,2
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	1,0	1,3	1,9	1,3	1,7	1,6
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	0,2	0,3	0,3	0,2	0,4	0,3
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	0,1	0,2	0,4	0,2	0,7	0,4
73	Forschung und Entwicklung	0,2	0,5	0,7	0,9	0,3	0,5
74	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	6,7	11,3	11,9	7,4	10,8	10,4
L	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	20,9	17,8	15,7	15,8	18,6	17,3
M	Erziehung und Unterricht	12,2	8,1	11,6	12,9	8,7	10,4
N	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	15,1	15,0	14,1	17,0	14,4	14,8
O	Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen	8,1	8,0	6,8	6,4	7,5	7,3
90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	1,9	2,1	1,6	2,2	0,8	1,6
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche u. sonst. religiöse Vereinigungen (o. Sozialwesen u. Sport)	3,4	2,0	2,1	1,0	3,6	2,4
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	0,8	1,4	1,3	1,0	1,2	1,2
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2,0	2,5	1,8	2,3	1,8	2,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit.

Das touristische Angebot, die Zahl der geöffneten Betriebe und der angebotenen Betten je 10.000 Einwohner lag 1999 in vier der fünf Regionen relativ eng beisammen (vgl. Tabelle R.39). Auch die Ankünfte und die Übernachtungen je 100 Einwohner unterschieden sich in vier der fünf Regionen nur gering. Bemerkenswert ist dabei, dass die Ankünfte in der Altmark zwar am niedrigsten lagen, die Übernachtungszahlen aber in der Region Halle – die durchschnittliche Aufenthaltsdauer war in der Altmark länger als in der Region Halle. Nur der Harz bildete eine deutliche Ausnahme: Das Angebot bezogen auf die Einwohnerzahl war mit 342 angebotenen Betten in etwa doppelt so groß wie in den übrigen Regionen,⁴³ auch die Nachfrage, d. h. die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen, war mit Abstand am höchsten. Allerdings war auch im Harz die Auslastung der Betten kaum höher als in den anderen Regionen. Insbesondere Halle und Anhalt wiesen niedrige Auslastungszahlen auf.

Tabelle R.39:

Angebot und Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999^a

Land/Region	geöffnete Betriebe ^b	angebotene Betten ^b	Auslastung angebotener Betten ^c	Ankünfte	Übernachtungen	Aufenthaltsdauer
	je 10.000 Einwohner		in %	je 100 Einwohner		in Tagen
Altmark	3,4	130,2	31,7	49,9	150,5	3,0
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	3,3	169,1	26,5	68,1	163,5	2,4
Halle	3,1	146,6	26,2	59,1	140,0	2,4
Harz	7,2	342,0	31,6	142,5	395,0	2,8
Magdeburg	2,9	172,6	32,7	89,3	205,9	2,3
Sachsen-Anhalt	3,8	187,6	29,6	80,7	202,6	2,5

^a Zu den Daten vgl. Tabelle A-R.36. – ^b Jahresdurchschnitt berechnet aus den Werten für Juni und Dezember. – ^c Auslastung angebotener Betten: Zahl der Übernachtungen dividiert durch die Zahl der angebotenen Betten (als Durchschnitt der Monatswerte von Juni und Dezember) mal 365.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: G IV1/2; Berechnungen des IWH.

Die Entwicklung des Beherbergungsgewerbes von 1995 bis 1999 verlief in Sachsen-Anhalt grundsätzlich positiv, sowohl Bettenangebot als auch Ankunfts- und Übernachtungszahlen haben zugenommen (vgl. Tabelle R.40). Auch hier ist der Harz wieder die Region, die mit über 30% den höchsten Anstieg vorweisen konnte. Lediglich in der Region Halle sind die Übernachtungszahlen zurückgegangen, trotz leicht steigender Ankunftsanzahlen, was durch einen Rückgang der Übernachtungsdauer zu erklären ist. Dies

⁴³ Dies geht auch mit einer überdurchschnittlich hohen Beschäftigung im Gastgewerbe in der Region Harz einher, vgl. die Tabelle R.31 auf Seite 329.

schlug sich in einem drastischen Rückgang der Auslastung um über 25% nieder.⁴⁴ Auch in Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist die Auslastung um etwa 8% gesunken, was hier aber auf ein gestiegenes Bettenangebot bei konstanten Übernachtungszahlen zurückgeführt werden kann.

Tabelle R.40:

Angebot und Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999 im Vergleich zu 1995

- 1995 = 100 -

Land/Region	geöffnete Betriebe ^a	angebotene Betten ^a	Auslastung angebotener Betten ^b	Ankünfte	Übernachtungen	Übernachtungsdauer
Altmark	100,3	121,9	107,7	118,3	131,3	111,0
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	106,3	108,0	92,3	104,1	99,6	95,7
Halle	116,6	109,4	74,4	105,2	81,4	77,3
Harz	137,7	139,3	95,2	131,8	132,7	100,7
Magdeburg	109,7	123,0	106,5	151,8	131,0	86,3
Sachsen-Anhalt	117,2	120,4	92,4	122,5	111,3	90,8

^a Auf der Basis der Jahresdurchschnitte (berechnet aus den Werten für Juni und Dezember). – ^b Auslastung angebotener Betten: Zahl der Übernachtungen dividiert durch die Zahl der angebotenen Betten (als Durchschnitt der Monatswerte von Juni und Dezember) mal 365.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: G IV 1/2; Berechnungen des IWH.

c) Klassifizierung der Branchenstruktur im Dienstleistungssektor hinsichtlich produktionsnaher und haushaltsnaher Dienstleistungen

Da den sogenannten *produktionsnahen Dienstleistungen* Vorleistungscharakter für andere Branchen zugeschrieben wird und die Ausstattung einer Region mit diesen Dienstleistungen folglich auch das Wachstum in anderen Branchen beeinflussen kann, werden sie gesondert betrachtet.

In Sachsen-Anhalt waren 1999 knapp 97.000 oder 17,6% der Dienstleistungsbeschäftigten in produktionsnahen Dienstleistungsbranchen tätig (vgl. Tabelle R.41). Allein in den Regionen Halle und Magdeburg arbeiteten knapp zwei Drittel dieser Beschäftigten. Die Region Magdeburg weist sowohl im Hinblick auf den Anteil an allen Dienstleis-

⁴⁴ Allerdings ist die Entwicklung am aktuellen Rand etwas günstiger als bei einem weiter zurück reichenden Vergleich. In einer Studie für den Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverband verbessert sich die Einstufung des Reisegebietes „Halle, Saale-Unstrut“ (entspricht der Region Halle ohne den Kreis Mansfelder Land) von „Problemfall“ für den Zeitraum 1997-1999 auf „Konsolidierer“ für 1998-1999, vgl. DEUTSCHES WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT FÜR FREMDENVERKEHR AN DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN: Das Sparkassen-Tourismusbarometer 2000. Jahresbericht. Berlin 2000, S. 32-34.

tungsbeschäftigten als auch bezogen auf 1.000 Einwohner die beste Ausstattung mit Beschäftigten in produktionsnahen Dienstleistungen auf. Auch in Halle ist die Ausstattung im Vergleich der fünf Regionen des Landes überdurchschnittlich gut, während sie in der Altmark und im Harz deutlich hinter dem Landeswert zurückbleibt. Freilich ist dabei auch anzumerken, dass das Angebot von produktionsnahen Dienstleistungsfunktionen auch in Ostdeutschland typischerweise in Großstädten erfolgt und von diesen aus häufig auch der ländliche Raum versorgt wird.⁴⁵ Die Altmark und der Harz verfügen aber beide nicht über Großstädte und die Versorgung der Unternehmen in diesen Regionen mit den produktionsnahen Dienstleistungen dürfte zum Großteil auch aus Magdeburg und Halle bzw. Großstädten in benachbarten Bundesländern erfolgen. Das Wachstum der Beschäftigung in produktionsnahen Dienstleistungen zwischen 1995 und 1999 dürfte zwar teilweise auf die Neuerfassung der geringfügig Beschäftigten zum 01.04.1999 zurückzuführen sein. Auch zwischen 1995 und 1998 hat jedoch die Zahl der Beschäftigten in produktionsnahen Dienstleistungen in drei der fünf Regionen zugenommen, am stärksten in der Region Magdeburg mit nahezu 14%. Sowohl der Beschäftigungsrückgang in der Altmark als auch die Stagnation in Halle stellen Schwächen dar und können eine Verschlechterung der Wachstumsbedingungen auch für andere Branchen bedeuten.

Tabelle R.41:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in produktionsnahen Dienstleistungsbranchen nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999

Land/Region	Anzahl	in % aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor	pro 1.000 Einwohner	1995 =100	1998 =100	1998 / 1995=100
Altmark	5.421	12,1	22,1	96,6	101,5	95,2
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	17.434	17,7	31,3	109,8	100,2	109,6
Halle	33.792	18,5	41,6	102,1	102,3	99,8
Harz	9.748	12,4	22,5	108,1	99,1	109,1
Magdeburg	30.519	20,7	49,4	121,1	106,5	113,7
Sachsen-Anhalt	96.914	17,6	36,4	109,1	102,8	106,1

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Bei den *haushaltsnahen Dienstleistungen* werden besondere Hoffnungen an ihre beschäftigungsschaffende und -stabilisierende Wirkung geknüpft, da der Nachholbedarf in den neuen Ländern in diesen Dienstleistungsbranchen groß war.

⁴⁵ In ganz Ostdeutschland ist der Besitz mit produktionsnahen Dienstleistungen in den Ballungsräumen höher als im ländlichen Raum, vgl. DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Siebzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 2/1998. Halle, S. 88.

Die haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen⁴⁶ beschäftigten im Jahr 1999 rund 34.000 Sozialversicherungspflichtige und damit rund 6% aller Dienstleistungsbeschäftigten (vgl. Tabelle R.42). Der Besatz unterschied sich nur geringfügig zwischen den Regionen, lediglich der Harz wies mit 14,7 Beschäftigten pro 1.000 Einwohner einen um knapp 14% höheren Besatz als der Landesdurchschnitt auf. Dies ist insbesondere durch mehr Beschäftigte in der Branche Hotels und Gaststätten bedingt⁴⁷. Ähnlich wie bei den produktionsnahen Dienstleistungen hat auch bei den haushaltsnahen Dienstleistungen ein Wachstum zwischen 1995 und 1999 stattgefunden, das teilweise durch die Neuregelung zu den geringfügig Beschäftigten und deren erstmalige Erfassung, teilweise aber auch durch ein tatsächliches Wachstum der Beschäftigten bedingt ist. Lediglich in der Region Magdeburg deutet sich an, dass die Beschäftigung in haushaltsnahen Dienstleistungen stagnierte, wenn man die Entwicklung von 1995 bis 1998 betrachtet und davon ausgeht, dass die Veränderung zwischen 1998 und 1999 überwiegend durch die erstmalige Zählung geringfügig Beschäftigter verursacht wurde.

Tabelle R.42:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in haushaltsnahen Dienstleistungsbranchen nach Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999

Land/Region	Anzahl	in % aller Beschäftigten im Dienstleistungssektor	pro 1.000 Einwohner	1995 =100	1998 =100	1998 1995=100
Altmark	2.799	6,2	11,4	113,9	104,2	109,2
Anhalt-Bitterfeld- Wittenberg	6.744	6,8	12,1	111,8	101,4	110,3
Halle	10.806	5,9	13,3	107,4	102,2	105,1
Harz	6.387	8,1	14,7	121,3	103,1	117,6
Magdeburg	7.725	5,2	12,5	107,2	107,6	99,6
Sachsen-Anhalt	34.461	6,2	12,9	111,1	103,5	107,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

d) Fazit

Die erkennbaren Spezialisierungen einzelner Regionen auf bestimmte Dienstleistungsbranchen (Harz: Gastgewerbe, Magdeburg: öffentliche Verwaltung und Interessenvertretungen) entsprechen dem zu erwartenden Bild. Inwiefern das erreichbare Beschäftigungspotenzial hier bereits ausgeschöpft ist, lässt sich nicht insgesamt ermitteln.

⁴⁶ Auch für die haushaltsnahen Dienstleistungen wurde eine Abgrenzung der Bundesanstalt für Arbeit zugrunde gelegt, die Hotels und Gasthöfe, das fotografische Gewerbe, das Friseur- und Körperpflegegewerbe, Kunst, Theater, Film, Medien, das Verlags- und Pressewesen sowie die Beschäftigten in privaten Haushalten als haushaltsnah einstuft.

⁴⁷ Nach Daten der Bundesanstalt für Arbeit.

Im Beherbergungsgewerbe, einem Teil des Gastgewerbes, sind in vier der fünf Regionen Angebot und Nachfrage seit 1995 in etwa im Gleichschritt gewachsen. Lediglich in der fünften Region, der Region Halle, steht einem leicht gestiegenen Angebot ein deutlicher Nachfragerückgang gegenüber.

Auch bei den produktionsnahen Dienstleistungen hat die Region Halle im Vergleich zur Region Magdeburg einen geringeren Besatz und ein deutlich geringeres Beschäftigungswachstum seit 1995 zu verzeichnen. Da man davon ausgehen muss, dass unternehmensbezogene Dienstleistungen in erster Linie in Orten höherer Zentralität angeboten werden und von dort aus auch das nähere und weitere Umland mit versorgt werden, ist in den Regionen Altmark und Harz kein besonderes Potenzial für diese Branchen zu erwarten. Der Rückgang der Beschäftigung in produktionsnahen Dienstleistungen in der Altmark spricht dafür, dass sich dort die Wachstumsbedingungen verschlechtert haben.

4.3.6. Zusammenfassende Betrachtung für die einzelnen Regionen

Zusammenfassend lassen sich für die einzelnen Regionen Sachsen-Anhalts eine Reihe von wesentlichen Charakteristika der Branchenstruktur, von wirtschaftlichen Ergebnissen und Determinanten differenziert nach Wirtschaftszweigen und Branchen festhalten.

a) Altmark

Die Altmark ist die sachsen-anhaltinische Region mit dem höchsten Beschäftigtenbesatz in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. Allerdings hatte die Landwirtschaft in dieser Region die geringste Produktivität und die größten Beschäftigtenverluste zwischen 1995 und 1999 im Vergleich aller Regionen des Landes.

Das Produzierende Gewerbe hatte in der Altmark den (hinsichtlich der Beschäftigung) geringsten Umfang von allen Regionen Sachsen-Anhalts, wies aber zwischen 1995 und 1999 eine relativ günstige Beschäftigungsentwicklung auf. Insbesondere im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ging die Beschäftigung weniger als in Sachsen-Anhalt insgesamt zurück und in einzelnen Branchen (Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Herstellung von Metallerzeugnissen, Ernährungsgewerbe) stieg sie sogar. Trotz dieses geringen Rückgangs bei den Beschäftigten und zusätzlich einer hohen Investitionstätigkeit in einzelnen Branchen verfügt die altmärkische Industrie insgesamt über relativ wenige Potenziale (relativ wenige Mitarbeiter mit Hochschulabschluss und geringer Forschungsgehalt der Produktion).

Im Dienstleistungssektor ist die Beschäftigung insbesondere in produktionsnahen Dienstleistungsbranchen schwach ausgeprägt. Einerseits kann dies ein Entwicklungshemmnis für andere Branchen in der Region darstellen, andererseits kann die Nachfrage auch in den angrenzenden Oberzentren erfüllt werden. Besser als in den produktionsnahen Dienstleistungen war die wirtschaftliche Entwicklung im Beherbergungsgewerbe:

Zwar waren Angebot und Nachfrage nach wie vor relativ gering, es gab in den letzten Jahren aber hohe Zuwachsraten.

b) Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg

In der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg ist das Verarbeitende Gewerbe im Regionsvergleich überdurchschnittlich stark präsent, der Industriebesatz ist am höchsten. Ein relativ hoher Anteil der Produktion ist der Spitzentechnik und der höherwertigen Technik zuzuordnen. Auch die (Beschäftigungs-) Entwicklung war – wenn auch nur geringfügig – günstiger als im Landesdurchschnitt. Allerdings sind es nicht die „großen“ Branchen Ernährungsgewerbe, Herstellung von Metallerzeugnissen oder chemische Industrie, die als besondere Beschäftigungsgeneratoren aufscheinen, auch wenn in ihnen zum Teil in sehr hohem Umfang investiert wurde. Positive Beschäftigungsimpulse gingen vom Papier-, Verlags- und Druckgewerbe und von der Branche Glasgewerbe, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden aus.

Das Baugewerbe ist in Anhalt noch deutlich stärker eingebrochen als in den anderen Regionen Sachsens-Anhalts und weist nach wie vor sehr ungünstige Lohn-Umsatz-Relationen aus. In den Dienstleistungsbranchen werden weder besondere Stärken noch Schwächen im Vergleich zu anderen Regionen ersichtlich.

c) Halle

Auch die Region Halle ist vom Produzierenden Gewerbe geprägt, und zwar etwa zu gleichen Teilen vom Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe und vom Baugewerbe. Die Strukturen im Verarbeitenden Gewerbe waren vergleichsweise günstig. Der Anteil der höherwertigen Technik an der Produktion ist am höchsten von allen Regionen und die Branchenstruktur ist relativ diversifiziert. Das Verarbeitende Gewerbe hatte eine deutlich ungünstigere Beschäftigungs- (und Umsatz-) Entwicklung zu verzeichnen als etwa in Anhalt. Insbesondere die chemische Industrie war davon betroffen. Allerdings ist die Qualifikation der Beschäftigten in nahezu allen Industriebranchen besser als im Landesdurchschnitt, zum Teil sogar erheblich (z. B. in der chemischen Industrie, Mineralölverarbeitung, Herstellung von Büromaschinen und DV-Geräten). Auch die Investitionstätigkeit war im Regionsvergleich sehr hoch. Sie konzentrierte sich allerdings im hohem Maße auf die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung; andere Branchen investierten in der Region Halle überwiegend weniger als im Landesdurchschnitt. Gute wirtschaftliche Ergebnisse und eine im Landesvergleich günstige Ausstattung mit Potenzialfaktoren wies die Branche Verlags- und Druckgewerbe auf.

Die Region Halle hatte weiterhin von allen Regionen den höchsten Anteil an Beschäftigten in der Branche Grundstücks-, Wohnungswesen und Unternehmensdienstleister. Auch bei einer anderen Gliederung nach den produktionsnahen Dienstleistungen insgesamt schneidet Halle besser als der Landesdurchschnitt ab. Ungünstig stellt sich hinge-

gen die Situation im Beherbergungsgewerbe dar. Die Aufenthaltsdauer der Übernachtungsgäste und die Auslastung der Kapazitäten waren 1999 sehr niedrig, nachdem sie im Zeitraum 1995 bis 1999 stark gesunken waren.

d) Harz

Der Harz ist in sektoraler Hinsicht ähnlich wie die Altmark strukturiert. Auch hier ist der Agrarsektor vergleichsweise umfangreich. Anders als in der Altmark ist er im Harz jedoch auch hochproduktiv und konnte in einzelnen Branchen seit 1995 sogar erheblich Beschäftigung aufbauen (vor allem im Gartenbau). Die Industrie hat – wie auch in der Altmark – einen etwas geringeren Umfang als im Landesdurchschnitt und ist relativ stark spezialisiert, verzeichnete aber einen unterdurchschnittlichen Beschäftigungsabbau zwischen 1995 und 1999. Negativ fällt auf, dass es relativ wenige hochqualifizierte Beschäftigte gab und vor allem das Investitionsniveau im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe insgesamt bei lediglich zwei Dritteln des Landes lag. Allerdings gab es innerhalb der Industrie auch im Harz Branchen mit positiver Entwicklung: Insbesondere die Metallbranchen (Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen) und die Branche Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik legten sowohl bei Beschäftigung und Umsätzen zu und wiesen weiterhin auch viele qualifizierte Beschäftigte und überdurchschnittliche Investitionen auf.

Im Hinblick auf den Dienstleistungssektor ist der Harz – wie schon die Altmark – keine Domäne für produktionsnahe Dienstleister. Dies dürfte auch auf das Fehlen von Oberzentren in der Region und den Abfluss der Nachfrage in andere Regionen zurückzuführen sein. Im Gegensatz dazu war im Gastgewerbe und darunter speziell auch im Beherbergungsgewerbe die Marktentwicklung in den letzten Jahren positiv. Das Harzer Beherbergungsgewerbe ist nicht nur hinsichtlich Angebot (Betriebe und Betten) und Nachfrage (Ankünfte und Übernachtungen) deutlich größer als im Landesdurchschnitt, es hat seit 1995 auch noch überdurchschnittlich expandiert.

e) Magdeburg

Die sektorale Struktur der Region Magdeburg ähnelt derjenigen der Region Halle – aufgrund der ähnlichen Siedlungsstruktur ist dies auch plausibel. Die Erwerbstätigkeit im Staatssektor ist etwas höher, ohne Zweifel eine Folge der Funktion Magdeburgs als Landeshauptstadt. Auffällig ist der hohe Besatz im Handel, bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung, im Kredit- und Versicherungsgewerbe und in sonstigen unternehmerischen Dienstleistungen (beispielsweise auch in der Datenverarbeitungsbranche und den produktionsnahen Dienstleistungen insgesamt). Da private Dienstleistungen die Beschäftigung steigerten, verzeichnete der Dienstleistungssektor insgesamt in Magdeburg als einziger Region Sachsen-Anhalts einen Beschäftigungszuwachs, obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten im Staatssektor zwischen 1995 und

1999 um etwa ein Drittel gesunken ist. Freilich dürfte der Zuwachs an Beschäftigung zum Teil auf die Erfassung der geringfügig Beschäftigten 1999 zurückzuführen sein.

Der Agrarsektor wies in der Region Magdeburg zwar relativ wenige Beschäftigte in Relation zu den Einwohnern auf und verzeichnete zwischen 1995 und 1999 erhebliche Beschäftigungsverluste. Allerdings stieg seine Flächenproduktivität im gleichen Zeitraum und 1999 wies er eine überdurchschnittlich hohe Flächenproduktivität und die höchste Arbeitsproduktivität von allen Regionen des Landes auf.

Während Magdeburg das Potenzial im Dienstleistungssektor und im Agrarsektor relativ gut ausschöpft, ist dies im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nicht durchgängig der Fall. Zwar gibt es auch hier stark wachsende Branchen – gemessen an Umsatz und Beschäftigung – wie das Ernährungsgewerbe, die chemische Industrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und die Herstellung von Kraftwagen. Andere Branchen, wie der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden und der Maschinenbau, haben jedoch deutlich an Umsatz und Beschäftigten verloren. Der Maschinenbau, die traditionelle Leitbranche der Region, verzeichnete zwar eine gute Qualifikation der Beschäftigten und hohe Investitionen, kann aber bislang keine befriedigende Performance vorweisen.

5. Zusammenfassung und wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen

Ein wichtiges Anliegen der Strukturanalyse besteht darin, wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen zu ziehen. Der wirtschaftspolitische Handlungsbedarf ergibt sich aus den wirtschaftlichen Stärken und Schwächen, die im Rahmen der durchgeführten Strukturanalyse im Land und in seinen Regionen auf empirischer Grundlage herausgearbeitet wurden. Deshalb werden in diesem abschließenden Abschnitt zunächst die wichtigsten Stärken der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft und anschließend deren gravierendste Schwachpunkte zusammenfassend dargestellt. Allerdings gibt es auch ambivalente Determinanten der Wirtschaftsentwicklung, die nicht so eindeutig als Stärke oder als Schwäche einzustufen sind, bei denen es also sowohl positive als auch negative Befunde gibt. Die Fokussierung auf die wichtigsten wirtschaftlichen Stärken geschieht, weil die Wirtschaftspolitik an diesen anknüpfen und deren Ausbau vorantreiben sollte. Dort, wo es Schwächen gibt, die dazu führen, dass die Stärken des Landes nicht zum Tragen kommen und sich nicht in erwartetem Maße positiv in den wirtschaftlichen Ergebnissen niederschlagen, sollte die Wirtschaftspolitik prüfen, ob und wie sie zum Abbau der wichtigsten Schwachstellen beitragen kann.

5.1 Wesentliche Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt und seiner Regionen

Analog zur Gliederung der Strukturanalyse werden im Folgenden die wirtschaftlichen Stärken und Schwächen zunächst auf der Landesebene und anschließend auf der Ebene der Teilräume des Landes behandelt.

5.1.1 Wesentliche Stärken und Schwächen der Wirtschaft des Landes insgesamt

5.1.1.1 Wesentliche Stärken

Spitzenposition bei den privaten Investitionen und sehr hohe Produktivität

Die Antwort auf die Frage, worin die wichtigste Stärke der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt besteht, fällt nicht schwer. Das herausragende Merkmal sind die hohen privaten Sachkapitalinvestitionen im Land. Im Beobachtungszeitraum konnten in Sachsen-Anhalt im Vergleich der neuen Länder die höchsten Bruttoanlageinvestitionen und die höchsten betrieblichen Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe realisiert werden. Mithin wurden gute Voraussetzungen für eine Ausweitung der Produktion geschaffen. Es kann davon ausgegangen werden, dass mit diesen hohen Investitionen zugleich kapitalgebundener technischer Fortschritt stattfindet. Dafür spricht der hohe Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im Bergbau und

Verarbeitenden Gewerbe, der in Sachsen-Anhalt im Durchschnitt über jenem in den anderen neuen Ländern lag. Der überdurchschnittliche Pro-Kopf-Umfang der gewerblichen Investitionen, die im Jahr 1999 gefördert wurden, zeigt, dass das hohe Investitionsniveau im gewerblichen Bereich auch am aktuellen Rand, für den noch keine Daten der amtlichen Statistik vorliegen, anhält. Angesichts der hohen Investitionen ist es nur folgerichtig, dass Sachsen-Anhalt bei der gesamtwirtschaftlichen Produktivität im Vergleich der neuen Länder recht günstig dasteht. Das Land weist eine über dem ostdeutschen Durchschnitt liegende Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen auf, die nach Brandenburg die zweithöchste in Ostdeutschland ist. Damit hat Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Produktivität im Vergleich zum Jahr 1995 aufgeholt. Allerdings ist allen neuen Ländern einschließlich Sachsen-Anhalt gemeinsam, dass sie noch eine beträchtliche Produktivitätslücke gegenüber den alten Ländern aufweisen.

Gute Voraussetzungen zur Generierung technischen Wissens im Bereich der Hochschulen

Bei einer Bilanz der Stärken, auf denen die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt aufbauen kann, fallen neben den hohen Sachkapitalinvestitionen die günstigen Bedingungen auf, die bei der Produktion neuen technischen Wissens existieren: Sachsen-Anhalt nimmt, gemessen am Indikator Patentanmeldungen, zwar keine Spitzenposition, aber zumindest eine mittlere Position unter den neuen Ländern ein. Günstige Voraussetzungen für die Produktion neuen technischen Wissens zeichnen sich insbesondere in den Hochschulen ab. Sachsen-Anhalt kann im Bereich der Lehre die zweithöchste Zahl von Studienplätzen und sogenannter Hauptnutzfläche in Relation zur Einwohnerzahl anbieten. Im Ländervergleich werden in Sachsen-Anhalt die zweithöchsten und ab dem Jahr 2000 sogar die höchsten Ausgaben im Bereich der Hochschulbauförderung getätigt. Bei der Zahl der Professoren an den sachsen-anhaltinischen Hochschulen war im ostdeutschen Vergleich der stärkste Zuwachs zu verzeichnen, und generell nimmt das Land eine mittlere Position bei der Personalausstattung im Hochschulbereich ein. Das Verhältnis zwischen der Zahl der Studierenden und der Professorenzahl ist in Sachsen-Anhalt ebenso wie in den anderen neuen Ländern günstig. Dies fördert nicht nur eine individuelle Betreuung der Studenten, sondern bietet auch Kapazitäten für die Forschung und scheint sich bereits in der Relation der Drittmittel zu den Grundmitteln der sachsen-anhaltinischen Hochschulen niederschlagen – ein Indiz für die Bewertung von Forschungsprojekten – die in Sachsen-Anhalt die zweitgünstigste im ostdeutschen Ländervergleich ist. Ferner verfügt Sachsen-Anhalt über ein breites Spektrum von hochschulexternen Forschungseinrichtungen, die sich positiv auf die Position Sachsens-Anhalts unter den Wissenschaftsstandorten sowie auf den Transfer von Forschungsergebnissen in die regionale Wirtschaft auswirken können. Diese Bedingungen sprechen dafür, dass – vermittelt durch die Produktion neuen technischen Wissens – positive Impulse für die wirtschaftliche Entwicklung gegeben werden können.

Das grundsätzlich positive Bild von der Ausstattung Sachsen-Anhalts mit Hochschul- und Wissenschaftseinrichtungen wird etwas getrübt durch den Umstand, dass der Besatz mit Wissenschaftlern in öffentlichen Forschungseinrichtungen außerhalb der Hochschulen der niedrigste in Ostdeutschland ist.

5.1.1.2 Wachstumsdeterminanten mit Stärken und Schwächen

Neben den eindeutigen Stärken, die die Wirtschaft Sachsen-Anhalts auszeichnen, gibt es ambivalente Wachstumsdeterminanten, d. h. solche, die sich sowohl durch Stärken als auch durch Schwächen auszeichnen. Zu den Determinanten, bei denen Stärken und Schwächen zusammenfallen, gehören insbesondere die Infrastrukturausstattung und die sektorale Wirtschaftsstruktur. Beide Bereiche werden im Folgenden einer kurzen Bewertung unterzogen, bevor dann auf jene Entwicklungsdeterminanten eingegangen wird, die eher als Schwächen Sachsen-Anhalts zu Buche schlagen.

Infrastruktur: gute Ausstattung bei Binnenhäfen und Flughäfen – Defizite in den Bereichen Straße und Schiene

Stärken im Bereich der Verkehrsinfrastrukturen hat Sachsen-Anhalt speziell bei Binnenhäfen und Flughäfen. Es kann in diesen Bereichen auf eine überdurchschnittlich gute quantitative Ausstattung zurückgreifen. Im Bereich der Binnenschifffahrt verfügt Sachsen-Anhalt über gute Voraussetzungen für einen effizienten Güterumschlag. Im Luftverkehr ist die Nähe zu dem auf sächsischen Gebiet gelegenen Flughafen Leipzig-Halle von großer Bedeutung, von dem insbesondere die Wirtschaft im südlichen Teil Sachsen-Anhalts, seit Abschluss des Autobahnbaus Halle-Magdeburg aber auch jene im nördlichen Landesteil, profitieren. Im Grundsatz ist auch die Ausstattung mit Innovations-, Wissenschafts- und Hochschulinfrastruktur als relativ günstig zu beurteilen. Die Ausstattung mit Technologie- und Gründerzentren ist weitgehend mit jener in den anderen neuen Ländern vergleichbar.

Ambivalente Aspekte der Infrastruktur: Schwierig zu beurteilen ist die Infrastrukturausstattung bei der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung. Die Ausstattung mit Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungseinrichtungen kann zwar als gut eingestuft werden, aber der Erhaltungszustand der jeweiligen Leitungssysteme ist verhältnismäßig schlecht. Bei Gewerbegebieten und -zentren weist das Land in einigen Bereichen eine günstigere und in anderen eine ungünstigere Ausstattung als die neuen Länder insgesamt auf.

Schwächen weist Sachsen-Anhalt bei der Ausstattung mit Bundesautobahnen in Relation zur Landesfläche auf. Hier ist das Land schlechter gestellt als dies in den meisten anderen neuen Ländern und in den alten Ländern der Fall ist. Die Investitionen, die im Rahmen des Bundesfernstraßenbaus in Sachsen-Anhalt in Relation zur Landesfläche getätigt worden sind, sind im Zeitraum 1991 bis 1999 die zweitniedrigsten in Ostdeutschland. Sieht man von den Autobahnen ab, ist zwar das Netz überörtlicher Straßen

quantitativ gesehen zumeist auf dem ostdeutschen Niveau, der Ausbauzustand scheint jedoch nicht hinreichend zu sein. Insbesondere die Trassenführung mit vielen Ortsdurchfahrten erweist sich als Mobilitätsbarriere im überregionalen Verkehr. Von den als vordringlich eingestuften Ortsumgehungen in Sachsen-Anhalt sind erst knapp zwei Fünftel vollständig oder in Teilen verwirklicht. Die hohen Unfallzahlen in Sachsen-Anhalt können als ein Indiz für einen noch unzureichenden Ausbauzustand der vorhandenen Straßen angesehen werden. Im Bereich des Schienenverkehrs ist die Ausstattung mit zweigleisigen, elektrifizierten ICE/EC/IC-Strecken zwar in Sachsen-Anhalt die beste im Vergleich der neuen Länder – die geringe Zahl der tatsächlichen Verkehrshalte verursacht jedoch Standortnachteile für die Wirtschaft des Landes.

Sektoralstruktur: In fast allen Wirtschaftszweigen vergleichsweise hohe Produktivität – aber geringer Unternehmensbesatz

Die Struktur der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft ähnelt stark derjenigen der neuen Länder insgesamt und unterscheidet sich wie diese auch 1999 noch deutlich von derjenigen der alten Länder: die Wertschöpfung, die Erwerbstätigkeit und der Unternehmensbestand sind insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe, aber auch in Handel, Gastgewerbe und Verkehr und bei Unternehmensdienstleistern deutlich geringer als in den alten Bundesländern. Demgegenüber sind das Baugewerbe und die Landwirtschaft stärker ausgeprägt. Der Bedeutung des Dienstleistungssektors war in Sachsen-Anhalt in etwa auf dem gleichen Niveau wie in den neuen Ländern insgesamt, aber geringer als in den alten Ländern.

Sachsen-Anhalt zeichnet sich in fast allen Wirtschaftszweigen durch ein für Ostdeutschland hohes Produktivitätsniveau aus. Im Agrarsektor wurde sogar das westdeutsche Produktivitätsniveau überschritten. Vergleichsweise nah an den westdeutschen Produktivitätswerten ist aber auch die Produktivität im Verarbeitenden Gewerbe, im Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Der Produktivitätszuwachs war im Untersuchungszeitraum 1995-1999 überdurchschnittlich. Dieses starke Wachstum der Produktivität war in einigen Wirtschaftszweigen mit einem überdurchschnittlichen Rückgang der Erwerbstätigenzahlen verbunden (u. a. im Verarbeitenden Gewerbe, bei Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistern, bei öffentlichen und privaten Dienstleistern).

Betrachtet man den Unternehmensbesatz (IHK-zugehörige Unternehmen in Relation zur Einwohnerzahl) in den einzelnen Wirtschaftszweigen, so wird deutlich, dass er in nahezu allen Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt niedriger als in den alten Ländern, aber auch als in den neuen Ländern insgesamt ist. Am stärksten ausgeprägt ist die Unternehmenslücke im Handel und in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Rentable Landwirtschaft

Die sachsen-anhaltinischen Landwirtschaftsbetriebe weisen, gemessen an der Höhe der Gewinne je Unternehmen, nicht nur im ostdeutschen, sondern auch im gesamtdeutschen Vergleich die günstigsten Werte auf. Hinsichtlich der Umsatzrentabilität liegen die sachsen-anhaltinischen Betriebe an zweiter Stelle im ostdeutschen und auch im gesamtdeutschen Vergleich.

Zu der bislang relativ günstigen Gewinnsituation in Sachsen-Anhalt dürften insbesondere die unverändert großbetrieblichen Strukturen in der Landwirtschaft beigetragen haben. Bei der Sachkapitalausstattung weisen die sachsen-anhaltinischen Betriebe dagegen weniger günstige Werte auf. Dieser Faktor könnte die wirtschaftlichen Ergebnisse in Zukunft beeinträchtigen.

Vergleichsweise geringe Wachstumsdynamik in der Industrie insgesamt – aber Stärken in einzelnen Branchen

Die Industrie hat in Sachsen-Anhalt im Zeitraum 1995-1999 ihren Umsatz im In- und Ausland deutlich ausgeweitet. Sie teilte damit eine Entwicklung, die in allen neuen Bundesländern stattgefunden hat. Allerdings ist es den Industrieunternehmen Sachsens-Anhalts nur in unterdurchschnittlichem Ausmaß gelungen, ihre Umsätze zu erhöhen. Insbesondere bei den Exportumsätzen blieb die Entwicklung deutlich hinter den neuen Ländern insgesamt zurück. Auch bei Indikatoren für einzelne Determinanten des wirtschaftlichen Ergebnisses – wie Forschungsaktivitäten und Ausmaß unternehmerischer Initiative – fällt der Wirtschaftszweig in Sachsen-Anhalt durch ungünstige Werte auf. Demgegenüber lag die Investitionsintensität in Sachsen-Anhalt leicht über dem Wert der neuen Länder und die Humankapitalausstattung des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes in etwa im Durchschnitt.

In der sachsen-anhaltinischen Industrie sind, gemessen an den Umsätzen, die Branchen „Ernährungsgewerbe“, „chemische Industrie“, „Metallerzeugung, -bearbeitung und Herstellung von Metallerzeugnissen“ sowie „Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steine und Erden“ die bedeutendsten. Diese vier Branchen vereinten rund zwei Drittel des Industrieumsatzes und beinahe drei Fünftel der Industriebeschäftigten auf sich. Das Ernährungsgewerbe und die Metallerzeugung und -bearbeitung haben sich in Sachsen-Anhalt ähnlich wie in den neuen Ländern insgesamt entwickelt und weisen weder besonders gute noch besonders schlechte Ausstattungen bei den Wachstumsdeterminanten auf. Die Entwicklung der Branche Glasgewerbe usw. in Sachsen-Anhalt in den letzten fünf Jahren kann als „Erfolgsstory“ gezeichnet werden. Hohe Umsatzzuwächse im In- und Ausland und eine zunehmende Beschäftigung sprechen für den Erfolg der getätigten Investitionen. Die chemische Industrie weist aufgrund der hohen Investitionen, der guten Qualifikation der Arbeitskräfte und eines hohen Ausmaßes an unternehmerischer Initiative Voraussetzungen für eine ähnliche Erfolgsgeschichte auf. Allerdings ist diese

an der Umsatz- und insbesondere an der Beschäftigungsentwicklung zwischen 1995 und 1999 noch nicht ablesbar.

Zu den sektoralen Stärken Sachsen-Anhalts kann man sicherlich auch die Mineralölverarbeitung zählen. Immerhin war die Errichtung der Raffinerie Leuna 2000 die bis 1999 größte Einzelinvestition in den neuen Bundesländern. Die Exportquote der Mineralölverarbeitung in Sachsen-Anhalt lag über dem ostdeutschen Durchschnitt, die Humankapitalausstattung entsprach fast dem Durchschnitt, es wurde pro Beschäftigten überdurchschnittlich viel investiert, in Relation zum Umsatz wird überproportional viel für FuE aufgewendet, und die unternehmerische Initiative ist stärker ausgeprägt.

Als schwierig muss die Situation in einer Reihe von anderen Industriebranchen eingestuft werden: im Maschinenbau, im Holzgewerbe, im Verlags- und Druckgewerbe, in der Herstellung von Metallerzeugnissen, in den Branchen der Elektronik und Elektrotechnik (insbesondere in der Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik), im Fahrzeugbau sowie im Recycling. Sie haben in Sachsen-Anhalt in den letzten Jahren in der Regel Beschäftigung abgebaut und ihren Umsatz nur in deutlich geringerem Ausmaß als die Gesamtheit der ostdeutschen Betriebe in der jeweiligen Branche ausgeweitet. Im Maschinenbau ist der Umsatz von 1995-1999 sogar gesunken. Der negative Befund begründet sich aber vor allem darin, dass die genannten Branchen bei den meisten Determinanten für das wirtschaftliche Ergebnis ungünstigere Werte als die neuen Länder insgesamt aufweisen, insbesondere weniger hochqualifizierte Beschäftigte, weniger Investitionstätigkeit, weniger FuE und weniger unternehmerische Initiative. Allerdings sind auch einzelne positive Ansatzpunkte hervorzuheben: Betriebe der Branche Herstellung von Kraftwagen haben ihren Exportumsatz zwischen 1995 und 1999 verfünffacht, die Recyclingbranche weist eine überdurchschnittlich hohe Investitionsintensität und vergleichsweise viele Förderfälle aus den Mittelstandsprogrammen von Deutscher Ausgleichsbank und Kreditanstalt für Wiederaufbau auf, im Maschinenbau waren das Qualifikationsniveau der Beschäftigten, die unternehmerische Initiative und die Forschungsintensität relativ hoch.

Baugewerbe: im Gleichklang mit den anderen neuen Ländern rückläufige Entwicklung

Das Baugewerbe, dessen Anteile an der Bruttowertschöpfung und an der Beschäftigung ungefähr dem ostdeutschen Durchschnitt entsprechen, aber weit über den westdeutschen Vergleichswerten liegen, vollzog in den vergangenen Jahren eine Entwicklung, die im Wesentlichen gleichgerichtet mit der ostdeutschen Entwicklung verlief. Die Umsätze im Bauhauptgewerbe gingen ebenso stark wie in Ostdeutschland insgesamt zurück, im Ausbaugewerbe fiel der Umsatzrückgang nicht ganz so stark aus wie in Ostdeutschland insgesamt. Die Situation des Bauhauptgewerbes wird am aktuellen Rand, im Jahr 1999, dadurch beeinträchtigt, dass die Umsatzrückgänge im gewerblichen Bau deutlich stärker ausfallen als im Durchschnitt der neuen Länder. Dies kommt in Sachsen-Anhalt deutlicher zum Tragen, weil das Bauhauptgewerbe stärker im gewerblichen Bau engagiert ist

als im Durchschnitt der neuen Länder. Die Beschäftigung im Bauhaupt- und im Ausbaugewerbe ging ebenfalls, wie in Ostdeutschland insgesamt, deutlich zurück, und zwar sogar etwas stärker als im ostdeutschen Durchschnitt. Im Hoch- und Tiefbau stieg die Lohn-Umsatz-Relation nicht ganz so stark wie in Ostdeutschland insgesamt und etwa im Gleichklang mit der westdeutschen Entwicklung, d. h. die Wettbewerbsposition des sachsen-anhaltinischen Hoch- und Tiefbaus verschlechterte sich nicht. Anders verhält es sich mit dem sonstigen Baugewerbe, das zum Ausbaugewerbe gehört. In dieser Branche entwickelte sich die Lohn-Umsatz-Relation ungünstiger als in Ostdeutschland insgesamt und auch in Westdeutschland insgesamt, d. h. die Wettbewerbsposition dieser Teilbranche verschlechterte sich. Die Wettbewerbsposition des Bauinstallationsgewerbes ist, gemessen an der Lohn-Umsatz-Relation, unverändert geblieben.

5.1.1.3 Wesentliche Schwächen

Die herausgearbeiteten Stärken finden noch keinen hinreichenden Niederschlag in den gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen: Das Wohlstandsniveau in Sachsen-Anhalt ist, gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das geringste im Vergleich der neuen Länder. Das Ausmaß nicht realisierter Beschäftigungs- und Einkommenswünsche ist, gemessen an der Arbeitslosenquote, höher als in allen anderen neuen Ländern. Die hohen Abwanderungen lassen darauf schließen, dass Teile der Regionsbevölkerung die Einkommenserzielungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten im Lande als eher ungünstig bewerten. Die Diskrepanz, die zwischen den vorhandenen Stärken einerseits und den unbefriedigenden gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen andererseits sichtbar wird, gibt Anlass zur Frage, welche Schwächen dafür ausschlaggebend sind, dass die Stärken nicht zur Geltung kommen.

Ungünstige Humankapitalausstattung

Sachsen-Anhalt schneidet bei den zur Messung der Qualität des gegebenen (z. T. nur des beschäftigten) Humankapitalbestandes herangezogenen Indikatoren ungünstiger als die anderen neuen Länder ab. Dies ist teilweise als Folge der von den Unternehmen im Lande entfalteten Nachfrage nach Arbeitskräften (mit – nur – bestimmten Kenntnissen und Fähigkeiten), teilweise aber auch als Schwäche des vorhandenen Arbeitskräfteangebots anzusehen und kann dazu führen, dass die ansässigen Unternehmen in ihrem Wachstum behindert und neue Unternehmen von der Ansiedlung abgehalten werden. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass der Humankapitalbestand keine unabänderliche Größe ist, sondern durch die Attrahierung qualifizierter Arbeitskräfte von außerhalb und die Weiterqualifikation der vorhandenen Erwerbspersonen verbessert werden kann.

Das Beschäftigungsniveau am regulären Arbeitsmarkt war das niedrigste, die Unterbeschäftigungsquote war die höchste im Vergleich der neuen Länder. Auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit war besonders lang, und die Jugendarbeitslosigkeit war im Vergleich zum ostdeutschen Durchschnitt überdurchschnittlich stark ausge-

prägt. Diese ausgeprägte Unterbeschäftigung bewirkt tendenziell, dass sich die Qualität des berufsbezogenen Wissens und der Fertigkeiten von Arbeitslosen verschlechtern und damit ihre Re-Integration in den Arbeitsmarkt erschwert wird.

Auf eine unterdurchschnittliche Qualität des Humankapitalbestandes weisen die Befunde über die formalen Bildungs- und Berufsabschlüsse hin. Zwar deuten die Indikatoren auf eine qualifizierte Facharbeiterschaft hin, jedoch war in Sachsen-Anhalt der Anteil von Personen ohne Berufsabschluss am zweithöchsten und der Anteil jener mit Hochschulabschluss am geringsten im Vergleich der neuen Länder. Zukünftiges Potenzial für technisches Wissen könnte daraus wachsen, dass die Gymnasiasten im Land überdurchschnittlich häufig technische und naturwissenschaftliche Fächer als Leistungskurse wählen. Dennoch war die Ausstattung mit Beschäftigten in technischen Berufen unterdurchschnittlich. Bei Ingenieuren wies das Land zusammen mit Mecklenburg-Vorpommern den geringsten Besatz auf. Auch bei Datenverarbeitungsfachleuten steht das Land am ungünstigsten im Vergleich der neuen Länder da. Nicht nur bei Technikern, sondern auch bei Führungskräften weist das Land eine unterdurchschnittliche Ausstattung auf.

Obwohl das Land an seinen Hochschulen über gute Ausbildungsbedingungen verfügt, kamen nach Sachsen-Anhalt weniger Studienwillige als umgekehrt von Sachsen-Anhalt zum Studium in Hochschulen anderer Bundesländer abwanderten. Wenn diese Studierenden nach Studienabschluss nicht nach Sachsen-Anhalt zurückkehren, könnte dies längerfristig einen Mangel an Fachkräften mit hoher Qualifikation bedeuten.

Relativ wenig überregionaler Absatz

Auf der einen Seite ist es aus einzelwirtschaftlicher Sicht nicht von Bedeutung, ob der Absatz eines Unternehmens innerhalb der Region oder außerhalb davon erzielt wird. Auf der anderen Seite kann eine starke Beschränkung auf den regionalen Absatzmarkt zukünftige Wachstumschancen begrenzen, die Anfälligkeit gegenüber Krisen erhöhen und die Übernahme von technologischen Neuerungen vom Weltmarkt einschränken.

Sachsen-anhaltinische Industriebetriebe setzten in geringerem Maße auf überregionalen Märkten ab als Industriebetriebe in den anderen neuen Ländern. Dies betrifft nicht nur den Export, bei dem alle neuen Länder noch erheblichen Aufholbedarf haben, sondern generell den überregionalen Absatz außerhalb Ostdeutschlands. Der Absatz außerhalb der neuen Länder spielte für sachsen-anhaltinische Industriebetriebe laut den Umfrageergebnissen des IAB-Betriebspanels eine weniger große Rolle als in den meisten anderen neuen Ländern. Die Befunde der amtlichen Statistik zu den Exporten der sachsen-anhaltinischen Industrie, die einen wichtigen Teil des überregionalen Absatzes darstellen, weisen in die gleiche Richtung. Die Exportquote der Industrie insgesamt lag unter dem ostdeutschen Durchschnittswert. Eine, gemessen an westdeutschen Verhältnissen, geringe Exportquote ist keine sachsen-anhaltinische, sondern eine ostdeutschlandweite

Besonderheit. Nur: der Rückstand Sachsen-Anhalts war noch ausgeprägter. Hinsichtlich der Dynamik der Exportumsätze im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt blieb Sachsen-Anhalt weit hinter dem ostdeutschen Durchschnitt zurück.

Schwächen bei der Forschung und Entwicklung in Unternehmen

Während die öffentliche Forschung über gute Voraussetzungen zur Produktion und Adaption neuen technischen Wissens verfügt, sind die Bedingungen hierfür im Unternehmenssektor eher ungünstig. In sachsen-anhaltinischen Unternehmen werden weniger personelle und finanzielle Mittel für FuE eingesetzt als in den meisten anderen neuen Ländern. Die Industrie Sachsen-Anhalts stand hinsichtlich des Anteils von FuE-Beschäftigten an der Gesamtzahl der Industriebeschäftigten und hinsichtlich des Anteils der FuE-Aufwendungen am Umsatz an vorletzter Stelle unter den neuen Bundesländern, während die Industrieunternehmen in Sachsen bereits über und in Thüringen nahe an den westdeutschen Vergleichswerten lagen. An dem negativen Befund für Sachsen-Anhalt ändert sich auch nichts durch den Umstand, dass der Anteil des FuE-Personals an den Industriebeschäftigten in Sachsen-Anhalt zwischen 1995 und 1997 gestiegen ist. Denn die Steigerungsrate war nur ungefähr halb so hoch wie im ostdeutschen Durchschnitt. Der Anteil der FuE-Ausgaben am Umsatz ist in Sachsen-Anhalt nur unmerklich gestiegen, während er in Ostdeutschland insgesamt zweistellig wuchs.

Hinter der im Ganzen unterdurchschnittlichen Ausstattung mit FuE-Personal und FuE-Aufwendungen verbergen sich freilich sektorale Unterschiede. In einigen Branchen, wie Mineralölverarbeitung, Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren, Metallerzeugung und -bearbeitung, Herstellung von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten usw., Recycling sowie Holz-, Papier, Verlags- und Druckgewerbe lag der Anteil des FuE-Personals an den Beschäftigten insgesamt über dem Bundesdurchschnitt oder nahe beim Durchschnitt. In anderen Branchen wiederum lag er deutlich darunter – dies betrifft insbesondere das Ernährungsgewerbe, die chemische Industrie, das Glasgewerbe, die elektronischen und elektrotechnischen Branchen und den Fahrzeugbau. Mithin sind die personellen Voraussetzungen für das Hervorbringen oder die Adaption neuen technischen Wissens in den einzelnen Industriebranchen sehr unterschiedlich entwickelt.

Mangel an unternehmerischer Initiative

Zu den gravierendsten Schwächen der Wirtschaft des Landes kann eine zu geringe unternehmerische Initiative gezählt werden. Die geringe unternehmerische Initiative zeigt sich sowohl beim Unternehmensbestand, der geringer als in den meisten anderen neuen Ländern ausfällt, als auch beim Bestandszuwachs im Zuge des Gründungsgeschehens. Mithin fehlte es der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft an wesentlichen Triebkräften für eine dynamische Wirtschaftsentwicklung. Der Unternehmensbestand war, gemessen am Besitz mit Unternehmen, die zu den Industrie- und Handelskammern gehören, am geringsten im Vergleich der neuen Länder. Der Besitz mit Vollhandwerksbetrieben war

der zweitniedrigste im Vergleich der neuen Länder. Der geringe Unternehmensbestand findet seine Entsprechung in der geringen Inanspruchnahme von Förderprogrammen, die von der Deutschen Ausgleichsbank und von der Kreditanstalt für Wiederaufbau für Existenzgründer und bestehende kleine und mittlere Unternehmen angeboten werden. Hier wies Sachsen-Anhalt in Relation zur Einwohnerzahl die geringste Zahl von Zusagen, die vor allem als Kreditzusagen erfolgten, auf. Die Nettogewerbebeanmeldungen, die tendenziell das Gründungsgeschehen abbilden, stiegen in Sachsen-Anhalt zwischen 1996 und 1998 leicht an – eine Entwicklung, die es ansonsten nur noch in Brandenburg gab. Im Jahr 1999 allerdings waren in Sachsen-Anhalt erstmals die Gewerbebeanmeldungen höher als die Gewerbebeanmeldungen, ein Umstand, der in keinem anderen ostdeutschen Land zu verzeichnen ist.

Hochwertige Dienstleistungsbranchen sind im Land schwach vertreten

Die sachsen-anhaltinische Wirtschaft weist im Vergleich der neuen Länder Unternehmens- und Beschäftigungslücken bei verschiedenen Dienstleistungsbranchen auf, denen für das Wirtschaftswachstum und die überregionale Wettbewerbsfähigkeit große Bedeutung zukommt. Dies betrifft die Branche Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen, die Branche Forschung und Entwicklung sowie die Branche Datenverarbeitung und Datenbanken. Der Unternehmensbesatz war im Jahr 1997 in den beiden erstgenannten Branchen der niedrigste und bei der letztgenannten Branche der zweitniedrigste im Vergleich der neuen Länder. Nach 1997 hat sich an dieser Situation wenig geändert, wie man aus den Nettogewerbebeanmeldungen des Jahres 1999 ablesen kann. Die Nettogewerbebeanmeldungen waren im Falle der Branche Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen die geringsten, ebenso bei Datenverarbeitung und Datenbanken, wo Sachsen-Anhalt gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern die geringsten Nettogewerbebeanmeldungen hatte. Weiterhin bieten die bestehenden Unternehmen speziell in den Branchen Forschung und Entwicklung sowie Datenverarbeitung und Datenbanken weniger Beschäftigungsmöglichkeiten als ihre Pendanten in den meisten anderen neuen Ländern. Vor dem Hintergrund der Erwartung, dass eigentlich die Branche Datenverarbeitung und Datenbanken, die man mit zur sogenannten New Economy zählen könnte, ein Hoffnungsträger in Sachen Beschäftigung sein müsste, erscheint die bislang in Sachsen-Anhalt sichtbare geringe Beschäftigung in dieser Branche als problematisch.

5.1.2 Wesentliche Stärken und Schwächen der Regionen des Landes

Um das Ergebnis einer differenzierten Analyse von Stärken und Schwächen in Regionen überschaubar zu machen, wird häufig der Weg eines Rankings beschritten. Ein Ranking steht aber stets vor dem wissenschaftlich nicht lösbaren Problem, eine fundierte Auswahl und Gewichtung von Indikatoren vorzunehmen. Weiterhin suggeriert ein derartiges Ranking, dass für die am besten abschneidenden Regionen kein wirtschafts-

politischer Handlungsbedarf besteht. Stattdessen wird hier der Weg eingeschlagen, jede Region mit ihren Licht- und Schattenseiten darzustellen, was der Realität besser entspricht als ein Ranking.

5.1.2.1 Altmark

Arbeitsmarktentlastung durch Berufspendler und Existenzgründungen, aber auch durch zweiten Arbeitsmarkt

Die Region Altmark kann eine vergleichsweise niedrige Arbeitslosenquote und die geringste Verweildauer in der Arbeitslosigkeit vorweisen, wobei hierzu die starke Pendlerverflechtung mit Niedersachsen beigetragen haben dürfte. Relativiert wird das Bild über die vergleichsweise geringe Arbeitslosigkeit durch die überdurchschnittlich hohe Bedeutung des so genannten zweiten Arbeitsmarktes. Die Sozialhilfequote fällt unterdurchschnittlich aus, und sie ist auch weniger stark gewachsen als in den anderen Regionen. Ein positiver Umstand ist die häufige Inanspruchnahme von Existenzförderprogrammen der Deutschen Ausgleichsbank. Relativiert wird das positive Bild von der unternehmerischen Initiative dadurch, dass die Nettogewerbeanmeldungen – ausgenommen das Jahr 1999 – landesweit am niedrigsten ausfielen. In sektoraler Hinsicht verfügt die Region Altmark über Stärken in der Gummi- und Kunststoffwarenindustrie, wo günstige Ausstattungen mit Human- und Sachkapital gegeben sind. Stark vertreten sind in der Altmark auch die Metall- und die Ernährungsindustrie sowie die Möbel- und Schmuckindustrie. Im für den Tourismus relevanten Beherbergungsgewerbe waren zwar Angebot und Nachfrage vergleichsweise gering, sie wiesen aber seit 1995 hohe Steigerungsraten auf.

Schwächen bei der Human- und Sachkapitalausstattung und einseitige Sektoralstruktur

Die Humankapitalausstattung der Region ist durch einen Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet, der ungefähr dem Landesdurchschnitt entspricht. Auch in qualitativer Hinsicht weist die Region Altmark Schwächen in der Humankapitalausstattung auf, die sich in einer unterdurchschnittlichen Ausstattung von Beschäftigten mit humankapitalintensiven Berufen äußern. Personal in FuE gab es sowohl im öffentlichen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich kaum. Bei der Verbesserung der Sachkapitalausstattung blieb die Region Altmark weit unter dem Landesdurchschnitt. Auch für ausländische Investoren war die Region wenig attraktiv. Die Industrie wies insgesamt eine starke Spezialisierung auf wenige Branchen auf, was im Falle von Branchenkrisen Einkommenseinbußen für die Region bewirken kann. Ferner war die Technologieintensität der Güter gering. Zu den Schwächen bei der Human- und Sachkapitalausstattung kommt eine unterdurchschnittliche Ausstattung mit Verkehrsinfrastruktur hinzu, wodurch nicht nur Standortnachteile für Investoren, sondern auch Erreichbarkeitsdefizite für die vielen Berufspendler, die in andere Bundesländer oder andere Teilräume Sachsen-Anhalts auspendeln, entstehen.

5.1.2.2 Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg

Hohe Investitionen, überdurchschnittlicher Besatz mit Forschungspersonal und diversifizierte Branchenstruktur

Die Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg verfügt über eine überdurchschnittliche Human- und Sachkapitalausstattung und über eine diversifizierte Sektoralstruktur. Das Niveau der Erwerbstätigkeit lag über dem Landesdurchschnitt. Weiterhin waren in der Region im Unternehmenssektor überdurchschnittlich viele Beschäftigte in Forschung und Entwicklung tätig, und der Anteil industrieller Produktion mit einem hohen Forschungsgehalt lag ebenfalls über dem Durchschnitt Sachsen-Anhalts. Auch wurden in der Region die zweithöchsten Industrieinvestitionen getätigt. Überdurchschnittlich fallen die Investitionen speziell in den Landkreisen Bitterfeld und Bernburg, zwei Kreise mit altindustriellen Standorten, aus.

Unter den in der Region vertretenen Branchen können insbesondere die Gummi- und Kunststoffbranche und die chemische Industrie eine qualitativ gute Humankapitalausstattung und umfassende Sachkapitalausstattung vorweisen. Neben den genannten Branchen sind in der Region auch das Glasgewerbe sowie die Metall- und die Nahrungsmittelindustrie stark vertreten. Nur die Branche „Glasgewerbe, Keramik und Verarbeitung von Steinen und Erden“ wies in der Region bislang Beschäftigungszuwächse auf. Die Region verfügt insgesamt über eine diversifizierte Sektoralstruktur im Bereich der Industrie, ein Umstand, der eine weniger große Empfindlichkeit gegenüber ungünstigen Entwicklungen in einzelnen Branchen erwarten lässt. Die überregionale Verkehrsinfrastrukturausstattung der Region fällt im Landesvergleich ebenfalls überdurchschnittlich aus.

Schwächen durch hohe Bevölkerungsverluste und Verschlechterung der qualitativen Humankapitalausstattung

Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg hatte im Vergleich mit den anderen Teilräumen des Landes den stärksten Beschäftigtenrückgang zu verzeichnen. Überdurchschnittlich ging die Beschäftigung in der Landwirtschaft und im Baugewerbe zurück. In beiden Wirtschaftszweigen waren trotz allem oder auch gerade deswegen die Kennziffern zur Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit 1999 deutlich günstiger ausgeprägt als im Landesdurchschnitt. Mit den Beschäftigungsrückgängen korrespondieren hohe Arbeitslosenquoten, Abwanderungen und Bevölkerungsverluste insgesamt. Im Dienstleistungsbereich waren relativ wenige Personen beschäftigt, und auch die unternehmerische Initiative war etwas geringer als im Landesdurchschnitt ausgeprägt. Hinzu kommen überdurchschnittlich viele altlastenverdächtige Flächen, die die Standortqualität beeinträchtigen können.

In dieser Gemengelage aus Stärken und Schwächen fiel das Einkommen aus der Wirtschaftstätigkeit unterdurchschnittlich aus, auch wenn die Bruttowertschöpfung in der Region von 1995 zu 1996 etwas stärker als im Landesdurchschnitt, gewachsen ist. Auch

hinsichtlich der individuellen Arbeitseinkommen in der Industrie lag die Region 1999 unter dem Landesdurchschnitt, und zwar sowohl beim Niveau als auch bei der Entwicklung.

5.1.2.3 Halle

Spitzenposition bei den Sachkapitalinvestitionen und bei der Ausstattung mit Humankapital findet Entsprechung in hoher Wertschöpfung

Die Region Halle, zu der auch die südlich der Stadt Halle gelegene Industrieregion mit den Standorten in Schkopau und Leuna gehört, weist im Vergleich der Teilräume des Landes die größten Fortschritte beim Aufbau eines modernen Sachkapitalstocks auf, und auch die qualitative Humankapitalausstattung ist im Vergleich der fünf Teilräume die beste. Auf die Region entfiel fast die Hälfte der im Lande getätigten Industrieinvestitionen, und die Investitionsintensität lag weit über dem Landesdurchschnitt. Allerdings offenbart eine Differenzierung der Pro-Kopf-Investitionen nach Branchen, dass in der Region in immerhin 11 Branchen unterdurchschnittliche und nur in 5 Branchen überdurchschnittliche Pro-Kopf-Investitionen getätigt wurden. Insbesondere die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung weisen eine gute Ausstattung mit Sach-, aber auch mit Humankapital auf. Die Region Halle konnte auch die meisten Investitionen ausländischer Investoren auf sich ziehen.

Positiv für die Wachstumspotenziale in der Region schlägt der überdurchschnittlich hohe Anteil der Personen im Unternehmenssektor zu Buche, die in FuE beschäftigt waren. Ferner ist die Region Halle neben der Region Magdeburg am besten mit öffentlichen Forschungseinrichtungen ausgestattet. Die Region verfügte über relativ viele Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen. Vorzüge weist auch die Sektoralstruktur der Wirtschaft in der Region Halle auf, die stark diversifiziert und damit weniger anfällig für sektorale Krisen war. Die Beschäftigung im Produzierenden Gewerbe fällt überdurchschnittlich aus. In der Landwirtschaft wurde, bei hoher Produktivität, die Beschäftigung gesteigert. Zu den Standortvorteilen der Region gehört ein überdurchschnittlich ausgebautes Verkehrsinfrastrukturnetz.

Das Zusammentreffen einer vergleichsweise guten Humankapitalausstattung mit großen Fortschritten bei der Modernisierung des Sachkapitalbestandes und eine diversifizierte Wirtschaftsstruktur dürften mit zu den Gründen dafür gehören, dass die wirtschaftlichen Ergebnisse in der Region Halle überdurchschnittlich ausfielen. Die Region lag bei der Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen mit Abstand an der Spitze. Auch die in der Industrie erzielten Arbeitseinkommen waren die höchsten und sie sind im Beobachtungszeitraum am stärksten gewachsen.

Sinkende Exportquoten und hohe Arbeitslosigkeit

Selbst die Region Halle als eine Region mit vergleichsweise günstigen Standortbedingungen war nicht in der Lage, hinreichend viele Arbeitsplätze für die Regionsbewohner anzubieten. Der Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung war stärker als im Landesdurchschnitt. Die Arbeitslosenquote lag über dem Landesdurchschnitt und ist sehr stark gestiegen. Die Sozialhilfequote ist sogar am stärksten gestiegen.

Die Exportquote der Industrie ist in der Region Halle seit 1995 kontinuierlich gesunken, sodass sie im Jahr 1999 am niedrigsten von allen Regionen lag. In der Region wurden relativ am wenigsten Existenzförderprogramme der Deutschen Ausgleichsbank in Anspruch genommen. Dies könnte ein Indiz für eine wenig ausgeprägte unternehmerische Initiative sein, allerdings ist das Bild nicht eindeutig: In der Region gab es die, nach Magdeburg, zweithöchste Zahl von Nettogewerbeanmeldungen. Standortnachteile können aus dem vergleichsweise hohen Besatz mit altlastenverdächtigen Flächen herrühren, der ebenso wie in der Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg überdurchschnittlich ausfällt.

5.1.2.4 Harz

Rege Inanspruchnahme von Existenzgründungsprogrammen

Die Region Harz gehört neben Halle und Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg mit zu den Regionen, in denen ausländische Investoren große Bedeutung für das Investitionsgeschehen und für die damit verbundene Beschäftigung haben. Gute wirtschaftliche Ergebnisse und eine relativ gute Human- und Sachkapitalausstattung konnte insbesondere die Metallbranche und die Branche „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik“ vorweisen. Nach der Herstellung von Metallerzeugnissen war das Ernährungsgewerbe, gemessen an der Beschäftigung, die zweitgrößte Industriebranche. Der ihr vorgelagerte Zweig der Landwirtschaft wies eine überdurchschnittliche Erwerbstätigenquote auf und hat bei hoher Produktivität seine Beschäftigung ausgedehnt. Die unternehmerische Initiative in der Region kann nicht eindeutig bewertet werden: zwar wurden Programme zur Existenzgründungsförderung, die von der Deutschen Ausgleichsbank angeboten werden, überdurchschnittlich in Anspruch genommen, aber die Nettogewerbeanmeldungen lagen unter dem Landesdurchschnitt. Die Sozialhilfequote und deren Wachstum blieben unter dem Landesdurchschnitt.

Aufgrund ihrer besonderen landschaftlichen Attraktivität ist die Region prädestiniert für den Tourismus. Die Branchen Gastgewerbe und Beherbergungsgewerbe, die Güter für den Tourismus produzieren, sind folgerichtig deutlich größer als im Landesdurchschnitt und haben in der Periode 1995 bis 1999 auch stärker expandiert.

Geringe sektorale Diversifizierung und Schwächen beim Humankapitalbestand

Die Region Harz wies im Vergleich mit den anderen sachsen-anhaltinischen Teilräumen die höchste Arbeitslosenquote auf. Die geringe sektorale Diversifizierung macht die Re-

gion zudem anfällig für Krisenerscheinungen in einzelnen Branchen. Die Humankapitalausstattung im Harz hat sich verschlechtert. Der Wanderungssaldo war negativ und in Relation zur Einwohnerzahl der höchste im Regionsvergleich. Der Anteil von Beschäftigten in humankapitalintensiven Berufen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, der wichtig für Produktion und Adaption neuen technischen Wissens ist, fiel unterdurchschnittlich aus. Auf die Region Harz entfiel von allen Regionen die zweitniedrigste Investitionssumme je Beschäftigtem in der Industrie. Ein Investitionshindernis stellt möglicherweise das unterdurchschnittlich entwickelte Verkehrsinfrastrukturnetz dar. Die Schwachpunkte bei wichtigen Determinanten der wirtschaftlichen Entwicklung spiegeln sich auch in den wirtschaftlichen Ergebnissen wider. Die Bruttowertschöpfung ist zwar im Regionsvergleich am stärksten gestiegen, dennoch weist die Harzregion nur die niedrigste Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen von allen sachsen-anhaltinischen Regionen auf.

5.1.2.5 Magdeburg

Überdurchschnittliche Humankapitalausstattung und gute Bedingungen für die Forschung

Die Region Magdeburg weist ebenso wie die Region Halle insbesondere bei der Humankapitalausstattung Stärken auf. Der Anteil von Beschäftigten mit humankapitalintensiven Berufen lag über dem Landesdurchschnitt, auch waren überdurchschnittlich viele Beschäftigte in FuE tätig. Die gute Humankapitalausstattung scheint auch günstige Bedingungen für die Produktion und Adaption neuen technischen Wissens im Unternehmenssektor zu schaffen; in der industriellen Produktion der Region ist der Anteil von Gütern mit der höchsten Stufe des Forschungsgehaltes (die sogenannte Spitzentechnik) von allen Regionen am höchsten. Allerdings wurde relativ wenig sogenannte höherwertige Technik in der Region produziert. Die Firmen, die in den Magdeburger Technologie- und Gründerzentren (TGZ) angesiedelt sind, beschäftigten mehr als die Hälfte der im Land in solchen TGZ Beschäftigten. Die unternehmerische Initiative war in Magdeburg, gemessen an den Nettogewerbeanmeldungen und auch an der Inanspruchnahme von Existenzgründungsprogrammen, stärker als in den anderen Regionen ausgeprägt. Positive Rahmenbedingungen für FuE werden durch die ansässigen öffentlichen Forschungseinrichtungen geschaffen.

Die Beschäftigung in der Region wird auch – aber nicht nur – durch die in der Region ansässige Landeshauptstadt mit den entsprechenden Landesbehörden geprägt. Überdurchschnittliche Erwerbstätigenquoten wiesen nicht nur der Staatsbereich, sondern auch der Handel und der Dienstleistungsbereich auf. Die Unterbeschäftigungsquote lag unter dem Landesdurchschnitt und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wurden weniger häufig als in anderen Teilräumen genutzt.

Der Agrarsektor in der Region Magdeburg erweist sich im Landesvergleich, aber auch darüber hinaus, als hochproduktiv. In der Industrie verfügen das Ernährungsgewerbe, die chemische Industrie, die Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren und die Herstellung von Kraftwagen über zahlreiche Entwicklungspotenziale.

Die Verkehrsinfrastruktur ist im Regionsvergleich recht gut entwickelt. Durch die Fertigstellung der Autobahn A14 wird die Wirtschaft der Region Magdeburg auch einen besseren Zugang zum Flughafen Leipzig-Halle haben. Seit der Inbetriebnahme der neuen Bahnstrecke Hannover-Berlin gibt es nur noch relativ wenige ICE-Halte.

Rückläufiger Umsatz und Beschäftigung im Maschinenbau

Die Region Magdeburg war trotz der Standortvorteile beim Humankapital und bei der Verkehrsinfrastruktur kein bevorzugter Investitionsstandort. Die Industrieinvestitionen fielen in Relation zur Einwohnerzahl deutlich unterdurchschnittlich aus. Allerdings zeigt die nach Branchen differenzierte Betrachtung, dass die Pro-Kopf-Investitionen nur in fünf Branchen unter dem Landesdurchschnitt, in neun Branchen jedoch darüber lagen. Investitionen mit ausländischer Beteiligung spielten in der Region Magdeburg so gut wie keine Rolle. Von den Industriebranchen verfügt der Maschinenbau zwar über eine gute Ausstattung mit Human- und Sachkapital, Umsatz und Beschäftigung sind seit 1995 aber erheblich gesunken.

Obwohl die Region hinsichtlich des Anteils des FuE-Personals an den Industriebeschäftigten und hinsichtlich der Relation der FuE-Aufwendungen zu den Umsätzen immer noch mit am günstigsten dasteht, weist die Verschlechterung dieser Relationen darauf hin, dass sich diese wichtige Wachstumsdeterminante nicht zum Vorteil der Region entwickelt.

5.2 Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik

Die im Folgenden angestellten Überlegungen über mögliche wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen aus der empirischen Detailanalyse richten sich nicht nur an die Landesregierung, sondern ebenso an andere wirtschaftspolitische Akteure auf der Bundes-, Landes- und regionalen Ebene. Dabei ist zu berücksichtigen, dass nicht für jedes Problem einfache Lösungen parat stehen und dass sich ein Teil der Schwachstellen auch dem wirtschaftspolitischen Zugriff entzieht.

Analog zur Darstellung unter 5.1 sowie gemäß der Gesamtanlage des Gutachtens ist auch bei der Erarbeitung von wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen danach zu unterscheiden, ob diese für die gesamte Wirtschaft des Landes oder nur die einzelnen Teilräume gültig sein sollen. Demgemäß wird im Folgenden zunächst auf die wirtschaftspolitischen Implikationen eingegangen, die sich aus der empirischen Detailanalyse für die Gesamtheit des Landes ergeben (5.2.1); anschließend erfolgt die Darstellung mög-

licher wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation in den einzelnen Teilräumen Sachsen-Anhalts (5.2.2).

5.2.1 Schlussfolgerungen für die Wirtschaftspolitik des Landes insgesamt

Wie unter 5.1 zusammenfassend dargestellt wurde, weist die Wirtschaftsstruktur Sachsen-Anhalts im Vergleich zu jener der anderen neuen Länder eine Reihe von besonderen Stärken auf. Sie kommen in verschiedenen Wachstumsdeterminanten zum Ausdruck, die im Lande besonders vorteilhaft ausgeprägt sind. Diese Stärken schlagen sich bislang nur unzureichend im wirtschaftlichen Gesamtergebnis Sachsen-Anhalts bzw. in der Wohlfahrt des Landes nieder. Dies dürfte damit zu erklären sein, dass verschiedene ökonomische Schwächen des Landes gleichsam als „Behinderungsfaktoren“ dazu führen, dass die Wirksamkeit der ökonomisch starken Strukturen nicht voll zur Geltung kommen kann. Für die Wirtschaftspolitik ergibt sich aufgrund dieser Zusammenhänge die vorrangige Aufgabe, zum Abbau der wesentlichen „Behinderungsfaktoren“ beizutragen. Diese Strategie wird unter 5.2.1.3 konkretisiert. Sie sollte allerdings nicht dazu führen, die Pflege der als Stärken des Landes herausgearbeiteten Strukturen in Zukunft zu vernachlässigen. Vielmehr sollten die sich jetzt – 10 Jahre nach der Einführung der Marktwirtschaft in den neuen Ländern – immer deutlicher zeigenden ökonomischen Stärken des Landes *erstens* erhalten und nach Möglichkeit weiter ausgebaut werden, zumal zumeist im Vergleich zu den alten Ländern auch bei den in Sachsen-Anhalt vorteilhaft ausgeprägten Faktoren unverändert ein Rückstand gegeben ist. *Zweitens* ist es für die Weiterentwicklung des Landes von großer Bedeutung, seine Stärken auch nach außen hin – gegenüber der Öffentlichkeit in Sachsen-Anhalt und in ganz Deutschland sowie natürlich vor allem gegenüber potenziellen Investoren – noch stärker als bislang bekannt zu machen. Auf konkrete Strategien, die sich auf die Stärken des Landes beziehen, wird unter 5.2.1.1 eingegangen.

Für die Infrastruktur sowie die Branchenstruktur des Landes ist keine eindeutige Einstufung als „Stärke“ oder „Schwäche“ möglich. Vielmehr zeigen sich für sie jeweils sowohl Aspekte, die man als Stärken bezeichnen kann, als auch solche, die eher als Schwächen einzustufen sind, sodass man auch von „ambivalenten Strukturelementen“ sprechen kann. Eine Gewichtung der starken und schwachen Aspekte erscheint für diese ambivalenten Strukturelemente nicht möglich. Für die Wirtschaftspolitik ist zu empfehlen, für jene Aspekte, die eher Schwächen darstellen, sowie für die eher als Stärken einzustufenden Aspekte, jeweils analog zu dem soeben skizzierten Vorgehen, zu versuchen, die Schwächen zu reduzieren, die Stärken auszubauen und den Bekanntheitsgrad dieser Stärken zu erhöhen (5.2.1.2).

Es wird für Sachsen-Anhalt in Zukunft immer stärker darauf ankommen, dass sich mit dem Land in den Köpfen potentieller Investoren, aber auch mobiler Arbeitskräfte, ein eindeutiges Bild verbindet. Hierfür sollte ein klares *wirtschaftspolitisches Leitbild* fi-

xiert werden, das zu konkreten Strategien zur Verbesserung der Ausstattung des Landes mit Wachstumsfaktoren führen soll. Man könnte sich mit einem derartigen Leitbild entweder am Erhalt und der Weiterentwicklung der Stärken des Landes (beispielsweise: „Sachsen-Anhalt – Land der Forschung“) oder an der Beseitigung seiner Schwächen (beispielsweise: „Sachsen-Anhalt – Land der Unternehmer“) orientieren. Hierdurch wird ein konzentrierter Einsatz der wirtschaftspolitischen Instrumente möglich, die gezielt auf die Erreichung des wirtschaftspolitischen Leitbildes ausgerichtet werden können. Zudem kann das wirtschaftspolitische Leitbild zur Imagebildung für das Land beitragen und damit auch zu einer Verbesserung der Position des Landes im internationalen Standortwettbewerb.

5.2.1.1 Mit den Stärken des Landes wuchern!

Gezielte Bekämpfung von Wachstumsschwächen

Die sachsen-anhaltinische Wirtschaft hat heute eine sehr gute Ausstattung mit modernem Sachkapital erreicht. Wie im Verlauf der empirischen Detailanalyse gezeigt wurde, ist die Sachkapitalausstattung allerdings nicht in allen Branchen so günstig wie im Landesdurchschnitt. Und auch in den Branchen mit einer sehr günstigen Sachkapitalausstattung muss diese natürlich immer wieder modernisiert werden.

Die Politik steht dabei stets vor der Frage, ob das unternehmerische Sachkapital staatliche Unterstützung erhalten sollte, ob alle Regionen in etwa im gleichen Umfang zu fördern sind oder ob eine Konzentration der Förderung auf einzelne Teilräume oder Zentren vorgenommen werden sollte und ob eine sektorale Differenzierung der Sachkapitalförderung erfolgen sollte. Zu diesen Fragen sind die folgenden Empfehlungen zu geben:

Grundsätzlich gilt, dass die Bildung von Sachkapital in einer Marktwirtschaft ausschließlich den Unternehmen überlassen bleiben und der Staat lediglich für optimale Rahmenbedingungen der Kapitalbildung sorgen sollte. Sofern einzelne Regionen aufgrund singulärer historischer Ereignisse – wie der deutschen Teilung – mit unternehmerischem Sachkapital so schlecht ausgestattet sind, dass sie hierdurch Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Regionen haben, kann es aus regionalpolitischer Sicht angebracht sein, den Unternehmen in den schlecht mit Kapital ausgestatteten Regionen mittels Subventionsvergabe zu helfen. In den vergangenen zehn Jahren ist die Sachkapitalbildung der Unternehmen in Sachsen-Anhalt – wie in Ostdeutschland insgesamt – von Seiten des Staates mit Subventionen in erheblichem Umfang unterstützt worden. Für Sachsen-Anhalt ist festzustellen, dass die staatliche Unterstützung der Sachkapitalbildung zu einer Erneuerung und Erweiterung des unternehmerischen Sachkapitalstocks beigetragen hat. Die Sachkapitalförderung war aber nicht hinreichend dazu in der Lage, um andere strukturelle Schwächen der Wirtschaft des Landes durchgreifend abzubauen. Dies ist ein Hinweis darauf, dass auch andere Strategien der Wirtschaftspolitik entwickelt werden sollten.

Regionale Differenzierung der Sachkapitalförderung zugunsten der Wachstumszentren!

Für die neuen Bundesländer – und damit auch für Sachsen-Anhalt – wird die Subventionierung der Sachkapitalbildung mit dem Instrument der Investitionszulage gemäß den auf der Bundesebene getroffenen heutigen Regelungen zum Ende des Jahres 2004 auslaufen. Für die Zwecke der Investitionsförderung steht dann nur noch das Instrument der Investitionszuschüsse im Rahmen der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) zur Verfügung. Der grundsätzliche Einsatz dieses Instruments ist bislang noch nicht zeitlich limitiert worden, lediglich die Höhe der eingesetzten Mittel, die Fördergrundsätze und die Abgrenzung der Förderregionen stehen immer wieder zur Disposition.

Das generelle Anliegen der GRW ist die Unterstützung von strukturschwachen Regionen. Auch Unternehmen in ökonomisch benachteiligten Regionen der alten Bundesländer werden mit den Investitionszuschüssen gefördert, während in Ostdeutschland derzeit sämtliche Teilräume als Förderregionen der GRW gelten. Dafür spricht, dass sich der Staat dann in Bezug auf die Standortwahl innerhalb Ostdeutschlands standortneutral verhält. Dies scheint den ökonomisch schwächsten Regionen im Land entgegenzukommen. Wenn man in Rechnung stellt, dass das Land insgesamt noch einen beträchtlichen Entwicklungsrückstand gegenüber den alten Ländern und bei wichtigen Wachstumsdeterminanten auch gegenüber den anderen ostdeutschen Ländern aufweist, muss man allerdings überlegen, ob mit dem bisherigen System der flächendeckenden Förderung der wünschenswerte Entwicklungsschub erreicht werden kann. Eine Alternative zur flächendeckenden Förderung wäre die Förderung der Wachstumszentren. Dahinter steht die Vorstellung, dass der Fördermitteleinsatz in diesen Zentren, die über die günstigste Ausstattung mit Wachstumsdeterminanten verfügen, für das Land insgesamt die größten Wachstumseffekte nach sich zieht. Es kann erwartet werden, dass in den Agglomerationen der Ertrag einer zusätzlichen Fördermark höher ist als in anderen Räumen. Damit werden aber die schwächeren Regionen nicht etwa von der Entwicklung abgekoppelt, sondern es steht zu erwarten, dass auch sie von der Entwicklung in den Zentren langfristig profitieren. Es müsste also auch im Interesse der strukturschwachen Räume des Landes liegen, sich für eine Konzentration der Investitionsförderung auf die stärkeren Regionen einzusetzen.

Mit Blick auf Sachsen-Anhalt konnte im Rahmen dieser Studie die beste Ausstattung mit wachstumsrelevanten Faktoren für die Räume Halle und Magdeburg ermittelt werden. Die Politik sollte in der nächsten Zeit versuchen, durch eine Konzentration der Investitionszuschüsse auf Halle und Magdeburg diese beiden Regionen weiter zu stärken und damit auch die Wirtschaft im Lande insgesamt voranzubringen. Die Mittelkonzentration zugunsten der Regionen Halle und Magdeburg sollte neben der GRW auch auf andere raumwirksame Politikbereiche (z. B. Verkehr, Hochschulen) ausgedehnt werden, weil sich eine räumliche Schwerpunktsetzung nicht nur beim Faktor Sachkapital, son-

dem auch bei anderen Wachstumsdeterminanten anbietet. Zumindest – oder in einem ersten Schritt – sollten die seit einigen Jahren abgesenkten Förderquoten für die Städte Halle und Magdeburg rückgängig gemacht werden. Die vorgeschlagene Konzentration der Investitionsförderung auf die wirtschaftlichen Zentren im Lande widerspricht keineswegs dem Grundanliegen der GRW, die besonders strukturschwachen Regionen zu fördern, weil derzeit noch ganz Sachsen-Anhalt als strukturschwach einzustufen ist. Gleichwohl hat die Realisierung dieses Vorschlags zur Voraussetzung, dass sich das Land mit dem Bund und den anderen Ländern abstimmt.

Neben den Fragen nach der Investitionsförderung an sich und nach der Abgrenzung von Förderregionen wurde oben als dritte Frage jene nach der sektoralen Differenzierung der Förderung gestellt. Auf Sachsen-Anhalt bezogen könnte überlegt werden, ob die Förderung des unternehmerischen Sachkapitals zukünftig etwa auf jene Branchen des Landes konzentriert werden sollte, die bislang nur unzureichend an dem insgesamt sehr modernen Sachkapitalstock des Landes partizipieren. Von einer solche Politik muss der Landesregierung aber dringend abgeraten werden. Eine sektorale Struktursteuerung der Wirtschaft durch den Staat ist immer äußerst problematisch und kann allenfalls in Ausnahmefällen befürwortet werden. Eine politisch gewollte und mit Hilfe von Subventionen geschaffene oder gestützte sektorale Wirtschaftsstruktur kann sehr leicht zur Krise einzelner Branchen und zu deren langfristiger Abhängigkeit von Subventionen führen, wenn die Wirtschaftsstruktur nicht den tatsächlichen Marktverhältnissen entspricht. Die Ablehnung einer branchenmäßigen Differenzierung der Investitionsförderung bedeutet allerdings nicht, dass es für die Wirtschaftspolitik unzulässig wäre, mit anderen Instrumenten, vor allem mit Hilfe der Investorenwerbung, gezielt zugunsten einzelner Branchen vorzugehen; hierauf wird im Folgenden näher eingegangen.

Investorenwerbung: Synergien mit vorhandenen Unternehmen schaffen

Eine finanzielle Investitionsförderung setzt natürlich voraus, dass in einer Region überhaupt investitionswillige Wirtschaftssubjekte in hinreichender Zahl vorhanden sind. Dies ist auch, aber nicht nur, eine Frage der unternehmerischen Initiative, auf die weiter unten eingegangen wird. Auch die gezielte Anwerbung von Investoren aus anderen Regionen ist geeignet, die Zahl der investitionswilligen Unternehmer in Sachsen-Anhalt zu erhöhen. Investorenwerbung ist erfahrungsgemäss am erfolgreichsten, wenn sie zielgruppenorientiert vorgeht. Als Zielgruppen kommen Investoren in Frage, die die vorhandenen Strukturen als Standortvorteile wahrnehmen und sich aus den daraus entstehenden Synergien Vorteile versprechen.

Die Anwerbungsversuche des Landes sollten sich am besten auch weiterhin auf solche Branchen konzentrieren, welche mit dem hochmodernen Sachkapitalstock wichtiger sachsen-anhaltinischer Branchen Komplementaritäten aufweisen, sodass für die vorhandenen wie für die neu angesiedelten Unternehmen Synergieeffekte entstehen können. Dies bedeutet nicht nur Vorteile für die neu angesiedelten Unternehmen, sondern auch

für die bereits bestehenden Unternehmen, die aufgrund derartiger Komplementaritäten ihren hohen Sachkapitalbestand besser als heute nutzen können. Eine bessere Nutzung kann damit auch für Infrastruktureinrichtungen – speziell in den Chemieparks – erreicht werden, die noch über freie Kapazitäten verfügen.

Die gezielte Investorenwerbung in bestimmten Branchen hat – anders als die branchenspezifische Subventionsvergabe – kaum eine Wirtschaftsstruktur zur Folge, die den Marktverhältnissen nicht entspricht und kann mithin uneingeschränkt befürwortet werden. Denn ein interessierter Investor aus einer anderen Region wird in Sachsen-Anhalt nur dann finanzielle Mittel einsetzen, nachdem er sich über die Rentabilität der geplanten Investitionen Klarheit verschafft hat.

Öffentliche Forschung stärker anwendungsbezogen ausrichten

Wie gezeigt wurde, zeichnen die verwendeten Indikatoren ein überaus günstiges Bild von der öffentlichen Forschungslandschaft in Sachsen-Anhalt, vor allem in Bezug auf die Hochschulforschung. Dies erscheint nicht zuletzt auch deshalb von Bedeutung, weil für die FuE in den sachsen-anhaltinischen Unternehmen eher eine ungünstige Situation zu bestehen scheint. Es ist davon auszugehen, dass sich die Beseitigung dieses Defizits weitgehend der wirtschaftspolitischen Einflussnahme entzieht. Immerhin wäre zu überlegen, ob auf dem Wege der Kooperation zwischen der öffentlichen Forschung und den Unternehmen eine stärkere Innovationsorientierung in den Unternehmen und mehr FuE in der Wirtschaft angeregt werden könnten. Allerdings gibt es diese Form der Kooperation bereits, und sie ist im Lande nicht weniger stark ausgeprägt als im Durchschnitt der neuen Länder. Zudem besteht für die Kooperation zwischen öffentlicher Forschung und privaten Unternehmen die notwendige Bedingung, dass die Unternehmen an Innovationen interessiert sind und aufgrund dieses Interesses ein Bedarf an den Ergebnissen der öffentlichen Forschung existiert. Die öffentliche Forschung ist also nicht per se als Wachstumsfaktor einzustufen; die Förderung der unternehmerischen FuE müsste in erster Linie bei den Unternehmen selbst ansetzen.

Gleichwohl kann das Land immerhin versuchen, die *Nachfrage* nach den Ergebnissen der öffentlichen Forschung zu erhöhen. Eine erste Möglichkeit hierfür besteht darin, dass die öffentliche Forschung in Universitäten, Fachhochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen noch stärker als bisher auf den Bedarf der privaten Wirtschaft im Lande ausgerichtet wird. Dies bedeutet eine weitere Stärkung der anwendungsbezogenen Forschung gegenüber der Grundlagenforschung. Zu der Frage, wie dies am besten gelingen kann, sind noch zusätzliche empirische Untersuchungen erforderlich. Exemplarisch erwähnt sei die Möglichkeit, dass Studierende ihre Diplomarbeiten in Kooperation mit Unternehmen schreiben könnten, um auf deren spezifische Situation eingehen zu können. Um den Nutzen aus der öffentlichen Forschung zu erhöhen, sollte sie sich an der heutigen sektoralen Wirtschaftsstruktur des Landes orientieren; so könnten sich etwa aus der Förderung der Biotechnologie Synergieeffekte für die im

Land relativ stark vertretene Ernährungsindustrie sowie für die bereits hochproduktive Landwirtschaft ergeben. Die Nachfrage nach den Ergebnissen der öffentlichen Forschung des Landes kann auch durch eine Verbesserung der Information der Unternehmen über das vorhandene Angebot erhöht werden.

Abschließend ist hinsichtlich der Relevanz der öffentlichen Forschung für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes festzuhalten, dass die betrachteten Zusammenhänge und die Frage nach der „optimalen“ Struktur der öffentlichen Forschung derzeit noch nicht hinreichend geklärt sind und hierzu die Durchführung weiterer empirischer Untersuchungen zu empfehlen ist.

5.2.1.2 Ambivalente Strukturelemente: Potenziale besser erschließen!

Qualitativ hochwertige Infrastruktur besser ausnutzen und Infrastrukturlücken schließen

Für einige Bereiche der Verkehrsinfrastruktur konnte für Sachsen-Anhalt eine recht gute Ausstattung festgestellt werden. Analog zu den Ausführungen bei der privaten Sachkapitalausstattung ist auch für die Infrastrukturausstattung zu empfehlen, deren z. T. gute Qualität noch stärker als Standortfaktor gegenüber Investoren zu betonen.

Bereits jetzt ist zu überlegen, wie die qualitativ hochwertigen Elemente der Verkehrsinfrastruktur noch effektiver genutzt werden können. Hier ist zunächst an den Flughafen Leipzig-Halle zu denken, dessen beachtliche Kapazität heute noch bei weitem nicht ausgenutzt wird. Eine stärkere Ausrichtung der Wirtschaftsstruktur des Landes auf den Flughafen könnte von dessen freien Kapazitäten profitieren; so könnten die Zubringerstraßen noch besser ausgebaut und die Ansiedlung von Unternehmen an diesen Zubringerstraßen stärker unterstützt werden. Der Flughafen weist allerdings den „Mangel“ auf, jenseits der sachsen-anhaltinischen Landesgrenze gelegen zu sein. Jedoch kommen die durch den Flughafen unmittelbar oder mittelbar (bei Unternehmen, die sich in Flughafennähe ansiedeln) auf dem Gebiet des Freistaates Sachsen geschaffenen Einkommen und Arbeitsplätze auch dem Land Sachsen-Anhalt zugute, soweit die betreffenden Arbeitskräfte ihren Wohnsitz im Lande haben und behalten. Auch auf sachsen-anhaltinischem Gebiet siedeln sich Unternehmen aufgrund der vom Flughafen gebotenen Möglichkeiten an. Gleichwohl bedeutet die Lage des Flughafens in Sachsen, dass das Land Sachsen-Anhalt von ihm tendenziell weniger profitiert als das Land Sachsen; dies gilt insbesondere für die fiskalischen Erträge und könnte bislang eine stärkere Ausrichtung von Sachsen-Anhalt auf den Flughafen verhindert haben. Es ist zu überlegen, ob durch ein verändertes institutionelles Arrangement das eigentlich wünschenswerte Interesse Sachsens-Anhalts am Flughafen Leipzig-Halle erhöht und der Flughafen stärker als „Landesflughafen“ angesehen werden könnte. Zu denken ist daran, den Flughafen und ein größeres Territorium in seiner Umgebung zu einer gemeinsamen Gewerbezone der Länder Sachsen-Anhalt und Sachsen zu erklären, in Analogie zu den schon vielfach erprobten gemeinsamen Gewerbegebieten auf der kommunalen Ebene. Die fiskalischen

Erträge aus der „Flughafen-Gewerbezone“ könnten dann gemäss einem festzulegenden Schlüssel auf die beiden Länder aufgeteilt werden.

Die recht gute Ausstattung des Landes mit Schienenverkehrswegen steht in einem deutlichen Widerspruch zur Fahrplanpolitik der Deutschen Bahn AG; IC- und ICE-Züge halten vergleichsweise selten in Sachsen-Anhalt, offenbar erwägt die Deutsche Bahn AG eine weitere Ausdünnung der Versorgung des Landes mit entsprechenden Verbindungen. Hierzu ist anzumerken, dass die Deutsche Bahn AG ein gewinnorientiertes Unternehmen sein soll, allerdings unverändert auf dem Markt für Eisenbahnleistungen im überregionalen Personenverkehr ein Monopol besitzt. Vermutlich führt das Monopol dazu, dass die Qualität der Eisenbahnleistungen zu wünschen übrig lässt. Um hier zu Verbesserungen zu gelangen, erscheint es wünschenswert, dass endlich auch andere Anbieter von Eisenbahnleistungen auftreten. Sachsen-Anhalt sollte sich demgemäss dafür einsetzen, dass Alternativanbieter das Schienennetz der DB AG stärker nutzen können. Die alternative Strategie, auf politischem Wege für eine Verbesserung der Versorgung mit Eisenbahnleistungen sorgen zu wollen, dürfte allenfalls kurzfristig zu geringen Erfolgen führen.

Der politische Weg kann aber genutzt werden, um Einfluss auf die Trassenführung der Eisenbahn zu nehmen. Durch die stets mit sehr hohen Kosten verbundene Trassenführung wird die Erreichbarkeit einer Region mit der Eisenbahn für Jahrzehnte festgelegt, unabhängig von der tatsächlichen Versorgung mit Eisenbahnleistungen. Im Norden Sachsen-Anhalts sind die Würfel zugunsten der Schnellzugstrecke über Stendal – und zuungunsten einer Verbindung über das Zentrum Magdeburg – bereits gefallen. Für die Region Halle besteht demgegenüber noch die Chance, durch die ursprünglich geplante ICE-Trasse Erfurt-Halle-Leipzig in das ICE-Netz integriert zu werden.

Hinsichtlich der Wasserstraßen des Landes wäre die bessere Ausnutzung des Saalehafens in Halle anzustreben, der auch für Unternehmen an Standorten in Sachsen und Thüringen attraktiv sein kann; dies setzt den Ausbau der Saale als Wasserstraße voraus.

Im Vergleich zu den alten Bundesländern weist Sachsen-Anhalt bei der Verkehrsinfrastruktur gleichwohl noch immer eine erhebliche Lücke auf. Die Schwächen des Landes bei der Straßeninfrastruktur, insbesondere bei den Autobahnen, sollten so schnell wie möglich beseitigt werden. Durch die Ende 2000 fertiggestellte Autobahnverbindung zwischen Halle und Magdeburg sowie die für die nächsten Jahre geplanten Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus verbessert sich die Verkehrsinfrastrukturausstattung des Landes weiter. Auch der geplante Abschluss der Baumaßnahmen am Flughafen Leipzig-Halle wird sich weiter positiv auf die Erreichbarkeit des Landes Sachsen-Anhalt auswirken. Es besteht die Hoffnung, dass sich beim Fortschreiten der erwähnten Maßnahmen des Bundesfernstraßenbaus in unmittelbarer Nähe der neuen Straßen besonders gute Standorte für die Ansiedlung von Unternehmen herausbilden. Die weitere Verbesserung der Straßenverkehrsinfrastruktur erscheint unter den gegebenen Bedingungen nur

möglich, wenn neue Wege der Finanzierung beschritten werden. Sachsen-Anhalt könnte versuchen, unabhängig von den Planungen des Bundes selbst für eine Verbesserung des Autobahnnetzes zu sorgen, indem die Bereitstellung von neuen Schnellstraßen an private Unternehmen übertragen wird, im Gegenzug gegen das Recht dieser Unternehmen, Mautstellen einzurichten.

Das Potenzial der starken Branchen des Landes besser erschließen

Bereits oben wurde auf die Gefahren einer staatlichen Lenkung der Branchenstrukturen mit Hilfe von Subventionen hingewiesen. Zwar sind in Sachsen-Anhalt einige Branchen kaum vertreten, die in anderen Regionen eindeutig zu den „Leitbranchen“ zählen. Es ist aber keineswegs anzustreben, dass alle Regionen eine genau identische Branchenstruktur aufbauen. Demgemäß erscheint es – vorläufig – als die bessere Strategie, das gegebene Branchenprofil des Landes zu akzeptieren und nach außen hin als Standortfaktor für ansiedlungswillige Unternehmen noch stärker bekannt zu machen. Das schließt nicht aus, im Rahmen der Investorenwerbung gezielt auch auf einige neue Branchen zuzugehen, etwa auf solche im Dienstleistungssektor, wenn hierdurch brachliegende Potenziale des Landes – beispielsweise bei Call Centern: Arbeitslose und stille Reserve – erschlossen werden können.

Die oben skizzierte Strategie, die gute Kapitalausstattung im Lande durch die gezielte Anwerbung von Unternehmen - die mit den vorhandenen Branchen Komplementaritäten aufweisen - besser zu nutzen, könnte insbesondere für die Branchen Anwendung finden, die über eine besonders gute Ausstattung mit Wachstumsfaktoren verfügen – wie die Branche „Glas-, Keramik- und Verarbeitung von Steinen und Erden“ und die Branche „Kokerei und Mineralölverarbeitung“ – und demgemäß im Lande gute Zukunftsaussichten haben oder aber jene, die einen besonders hohen Anteil an der gesamten Wertschöpfung des Landes haben, wie die chemische Industrie. In den Teilräumen Sachsen-Anhalts gibt es weitere starke Branchen, an die auf der regionalen Ebene angeknüpft werden kann. Dabei ist natürlich das Risiko zu berücksichtigen, welches sich aus der ungewissen allgemeinen Zukunftsentwicklung dieser Branchen ergibt. Insbesondere für die Weiterentwicklung der chemischen Industrie sind in Sachsen-Anhalt wichtige Standortfaktoren nicht gegeben, so fehlt speziell der Zugang zu schiffbaren Wasserstraßen.

5.2.1.3 Konzentration auf den Abbau zentraler Schwächen!

In ihrer Wirksamkeit überwiegen in Sachsen-Anhalt derzeit noch die Schwächen der Wirtschaftsstruktur, was in den Indikatoren für das wirtschaftliche Ergebnis oder die Wohlfahrt des Landes zum Ausdruck kommt. Es erscheint unrealistisch zu erwarten, mit den Mitteln der Wirtschaftspolitik ließen sich in den nächsten Jahren sämtliche Schwächen des Landes überwinden. Deshalb ist zu erwägen, ob es besser sein könnte, sich kurz- und mittelfristig nur auf die zentralen Schwächen zu konzentrieren und diese dann

so weit wie möglich zu beseitigen, beispielsweise die Mängel bei der Ausstattung mit Humankapital oder unternehmerischer Initiative.

Die meisten Schwächen der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft bestehen auch – in einer zumeist abgeschwächten Ausprägung – in den anderen neuen Bundesländern. Dies gilt für die Infrastrukturdefizite und den unzureichenden überregionalen Absatz. Die übrigen Schwächen des Landes – Humankapitalmängel, geringe unternehmerische FuE und die geringe unternehmerische Initiative – sind demgegenüber in Sachsen-Anhalt besonders stark ausgeprägt. Die Ursachen der Schwächen liegen zumindest teilweise in den zu DDR-Zeiten qua Zentralverwaltungswirtschaft geschaffenen Strukturen. Unter den Bedingungen des Marktes wären in Sachsen-Anhalt beispielsweise vermutlich weniger Arbeitskräfte in der Chemieindustrie beschäftigt worden, als dies in der DDR der Fall gewesen ist. Auch die geringe unternehmerische Initiative dürfte von der langjährigen Gewöhnung an die Strukturen der Zentralverwaltungswirtschaft mitverursacht worden sein.

Aus diesen Überlegungen könnte sich die Forderung ableiten, dass für die Überwindung der Schwächen des Landes der Bund oder doch zumindest die Gesamtheit der ostdeutschen Länder eintreten müssten. Dem ist entgegen zu halten, dass eine exakte Herausarbeitung des durch die Zentralverwaltungswirtschaft bedingten Anteils an den Schwächen des Landes kaum möglich erscheint. Zudem sind der Bund und die anderen Länder ja bereits über die Institutionen des Länderfinanzausgleichs daran beteiligt, die Schwächen Sachsens-Anhalts abzubauen oder zu kompensieren. Demgemäß ist das Land selbst gefordert.

Offensive zur Verbesserung der Humankapitalausstattung

Wenn man nach den Ursachen für die schlechte Ausstattung der sachsen-anhaltinischen Wirtschaft mit Humankapital fragt, so drängen sich drei Kausalzusammenhänge auf:

- Eine wichtige Rolle spielt die hohe Arbeitslosigkeit in Verbindung mit Maßnahmen des zweiten Arbeitsmarktes.
- Weiterhin ist die Neigung der Menschen zur Erlangung höherer Bildungsabschlüsse zu gering.
- Bestimmte Fähigkeiten, etwa jene von Führungskräften oder von Datenverarbeitern, werden von der Wirtschaft des Landes zu wenig nachgefragt; dies bewirkt dann wiederum ein zu geringes Arbeitsangebot, in dessen Folge Unternehmen mit einem Bedarf an entsprechenden Fähigkeiten nicht in Sachsen-Anhalt investieren.

Die Arbeitslosigkeit lässt sich vermutlich kurzfristig nicht erheblich reduzieren. Wie im theoretischen Teil der Untersuchung gezeigt wurde, sind mit ABM verschiedene negative Auswirkungen verbunden. Es ist zu empfehlen, zukünftig effektivere Wege für die Qualifizierung von Arbeitslosen zu suchen, die ABM stärker zielgruppenorientiert einzusetzen und vom Umfang her deutlich zu reduzieren. Zwar müsste eine entsprechende

Entscheidung auf der Bundesebene fallen; die Landesregierung könnte aber die Initiative ergreifen, um den Bund hierzu zu bewegen.

Die Neigung der Menschen zur Bildung ist mit einer einfachen Gesetzesänderung – wie im Fall von ABM – nicht zu erhöhen. Hier sind vielfältige Maßnahmen erforderlich, neben Aufklärung und Überzeugung ist auch an landesspezifische Ausbildungsbeihilfen zu denken, wenngleich unter Umständen auch eine Neuordnung des Familienlastenausgleichs qua Bundesgesetz dem Land helfen könnte. Würden demgemäss die Leistungen der Familien für die Gesellschaft stärker berücksichtigt werden, könnte sich – in den wirtschaftlich schwachen Regionen möglicherweise sogar überdurchschnittlich – die Bildungsneigung der Bevölkerung erhöhen.

Am schwierigsten erscheint die Aufgabe, die Nachfrage nach wichtigen Qualifikationen im Lande zu erhöhen, um auf diese Weise neue Investoren zu attrahieren. Personen mit entsprechenden Qualifikationen werden in Sachsen-Anhalt ausgebildet, sind aber auf dem hiesigen Arbeitsmarkt nicht ausreichend präsent. Hier scheint ein „Teufelskreis“ zu bestehen; wenn in einer Region zu wenig qualifizierte Arbeitskräfte verfügbar sind, werden sich keine Unternehmen ansiedeln, die qualifizierte Arbeitskräfte benötigen. Ohne Ansiedlung von entsprechenden Unternehmen werden die noch in der Region vorhandenen qualifizierten Arbeitskräfte zur Abwanderung neigen. Vermutlich könnte eine an die in den alten Ländern übliche Höhe angegliche Entlohnung für die höher qualifizierten Berufsgruppen (Lohnspreizung zugunsten von Höherqualifizierten) dazu beitragen, Abwanderungstendenzen vorzubeugen und die Anreize für die jüngere Generation zu erhöhen, mehr in die Entwicklung ihres Humankapitals zu investieren (mehr Anreize zum Besuch der Gymnasien).

Ein Programm für mehr unternehmerische Initiative!

In letzter Zeit versucht das Land, etwa mit Hilfe einer Mittelstandsoffensive, zu deren vordringlichen Aufgaben die Stärkung der Finanzierungsbasis mittelständischer Unternehmen und die Schaffung eines positiven Klimas für Existenzgründungen (Existenzgründungsoffensive ego) gehört, die unternehmerische Initiative im Lande zu stärken. Es erscheint reizvoll, wenn sich Sachsen-Anhalt die Aufgabe stellen würde, zum „Land der Unternehmer“ zu werden. Damit könnte eine besondere Schwachstelle der Wirtschaftsstruktur zu beseitigen versucht werden. Es erscheint naheliegend, dass die Umsetzung einer solchen Zielvorstellung in den Schulen und Ausbildungsstätten beginnen müsste, etwa durch Einführung eines wirtschaftskundlichen Unterrichts oder eine verstärkte Durchführung von Planspielen zur Unternehmensgründung in den Schulen. Sachsen-Anhalt könnte hier innerhalb der neuen Länder eine Vorreiterrolle übernehmen. In Fortführung der Arbeiten Schumpeters könnte im Land eine spezielle „Forschungsstelle für das Unternehmertum“ eingerichtet werden.

5.2.2 Schlussfolgerungen für die einzelnen Teilräume des Landes

Im empirischen Teil der Studie wurde gezeigt, welche Unterschiede zwischen den ökonomischen Strukturen der einzelnen Regionen des Landes gegeben sind. Soweit das Land eine Regionalpolitik i. S. der Förderung der einzelnen Regionen durchführen will, erscheint es erforderlich, die spezifischen Entwicklungspfade der Regionen zu berücksichtigen und für jede Region ein individuell zugeschnittenes Förderprogramm zu konzipieren. Soweit im Rahmen der „regionalisierten Strukturpolitik“ die fünf Teilräume selbst für ihre Gesamtentwicklung bzw. für die Konzipierung von regionalen Aktionsprogrammen zur Steuerung der eigenen Entwicklung verantwortlich zeichnen, ist es für die Akteure in den Regionen natürlich ebenfalls unabdingbar, die jeweiligen regionspezifischen Stärken und Schwächen zur Grundlage derartiger Aktionsprogramme zu nehmen. Für die Konzipierung dieser Aktionsprogramme gelten grundsätzlich die gleichen Empfehlungen, wie sie bereits für die Entwicklung des Landes als Ganzes gegeben wurden: (1) Mit den Stärken wuchern! und sich (2) Auf den Abbau zentraler Schwächen konzentrieren!

Region Altmark: Lagevorteil in Bezug auf niedersächsische Industriestandorte und landschaftliche Potenziale nutzen

Die Altmark dürfte aufgrund ihrer Siedlungsstruktur und der damit zusammenhängenden ungünstigen Ausstattung bei wichtigen Produktionsfaktoren (Humankapital, technisches Wissen, Verkehrsinfrastruktur) eher ungünstige Voraussetzungen für eine industrielle Entwicklung aus eigener Kraft aufweisen. Gleichwohl besteht ein Lagevorteil der Altmark gegenüber den anderen Regionen Sachsen-Anhalts zu niedersächsischen Industrieregionen. Dies hat sich in der Vergangenheit bereits ausgewirkt, wie beispielsweise die Investitionen in einzelnen Branchen (Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren) und die Pendlerverflechtungen zeigen. Wenn aus den Pendlerströmen nicht steigende Abwanderungsströme werden sollen und zusätzlich die Region für Zuwanderungen aus den niedersächsischen Ballungsregionen attraktiver werden möchte, wären zum einen die Verkehrsanbindung nach Niedersachsen zu verbessern und das (insbesondere hinsichtlich der Naherholungsmöglichkeiten) vergleichsweise attraktive Wohnumfeld zu erhalten und in Teilbereichen ebenfalls zu verbessern. Konkrete Maßnahmen dazu können an dieser Stelle nicht vorgeschlagen werden, grundsätzlich wären aber Analysen zu den Möglichkeiten der Attraktivitätssteigerung ländlicher Regionen in den alten Bundesländern hinsichtlich ihrer Relevanz für die Altmark auszuwerten. Dies zeigt exemplarisch, dass nicht sämtliche Schwächen einer Region gleichzeitig und vollständig abgebaut werden können. Vielmehr sollte vorrangig versucht werden, die regionspezifischen Stärken zum Tragen zu bringen.

Des weiteren können der Tourismus und die dem Tourismus nachgeordneten Branchen die Beschäftigung stützen. Möglicherweise ließe sich in den Agglomerationsräumen Berlin-Potsdam, Hamburg, Hannover und Braunschweig-Wolfsburg-Salzgitter durch

entsprechende Werbung noch gezielt zusätzliche Nachfrage für den Naherholungstourismus mobilisieren. Freilich steht die Region insbesondere im Hinblick auf Berlin-Potsdam in Konkurrenz zu vielen ostdeutschen Regionen mit ähnlichen landschaftlichen Voraussetzungen.

Region Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg: Industriekapital und Verkehrsinfrastruktur besser nutzen, unternehmerische Initiative stärken

In Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg gibt es die innerhalb des Landes zweitbeste Ausstattung mit Industriekapital. Was oben für das Land insgesamt empfohlen wurde, lässt sich auf die Region weitgehend übertragen: (1) Das moderne Industriekapital kann in seinen positiven Auswirkungen unterstützt werden, wenn weiterhin Unternehmen angeworben werden, die Komplementaritäten mit den bestehenden Unternehmen aufweisen. (2) Die unternehmerische Initiative in Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg erscheint als so stark unterentwickelt, dass ihre Förderung einen Schwerpunkt der regionalen Politik bilden sollte. Mögliche Maßnahmen wurden bereits für die Landesebene angesprochen; sie könnten in Schulen in der Form von Modellprojekten ansetzen. (3) Das Humankapital in der Region sollte verbessert werden. Dazu wäre beispielsweise zu überlegen, wie die Region den Zugang zu den Hochschul- und Forschungseinrichtungen verbessern kann.

Die nach wie vor hohe Zahl an Altlastenverdachtsflächen sollte möglichst rasch vermindert werden, um mögliche Engpässe bei der Flächenbereitstellung zu verhindern und das Image der Region zu verbessern. Hier könnten auch das Land/der Bund gefragt sein, der Region schneller bei der Altlastensanierung zu helfen. Die Umwandlung ehemaliger Tagebaue in Erholungsflächen dürfte sich positiv auf das Image der Region und die Nutzung der Region als Naherholungsgebiet aus den angrenzenden Ballungsregionen auswirken.

Region Halle: Die starke Position im Lande als Sprungbrett für den Wettbewerb mit Regionen außerhalb des Landes nutzen!

Im Regionsvergleich schneidet die Region Halle häufig relativ gut ab. Das bedeutet natürlich nicht, dass die Region ohne Probleme ist. Erstens besteht die Region Halle aus teilweise recht unterschiedlich strukturierten Teilräumen. Die gute Performance der Region ergibt sich durch die Betrachtung von Durchschnittswerten und ist keineswegs für jeden Teilraum gegeben. Zweitens schneidet die Region Halle bei einem länderübergreifenden Vergleich von Wirtschaftsräumen schlechter ab als im sachsen-anhaltinischen Vergleich. Im Rahmen der im Frühjahr 2000 publizierten IWH-„Regionalanalyse Ostdeutschland“ konnte gezeigt werden, dass insbesondere die Stadt Halle im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Großstädten diverse Schwächen aufweist.

Die im Landesvergleich starke Position der Region Halle darf deshalb nicht zum Schluss führen, Regionalpolitik für Halle wäre in Zukunft überflüssig. Das Gegenteil hiervon ist richtig! Gerade wegen der relativ guten Position Halles kann die weitere

Förderung der Region dazu beitragen, dass auch das Land insgesamt sich zunehmend besser entwickelt. Wirtschaftsentwicklung findet heute und in Zukunft vorwiegend in den Großstädten und Ballungszentren statt. Hier liegen die Potenziale für Humankapital, FuE und unternehmerische Initiative. Außerdem wurden auch wichtige Schwächen der Region ermittelt, etwa die hohen Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten und der hohe Bestand an Altlastenverdachtsflächen. Diese Schwächen prägen ein eher negatives Bild der Region sowohl bei der ansässigen Bevölkerung als auch darüber hinausgehend im In- und Ausland.

Als Bestandteile einer Strategie für den weiteren Ausbau der Stärken und die Beseitigung der Schwächen der Region kommen in Frage:

- Als Teil des Chemiedreiecks sollte die Region einerseits ständig darum bemüht sein, die große Bedeutung der chemischen Industrie für die Entwicklung und Ansiedlung neuer Produkte in der Chemie und verwandten Disziplinen (Biochemie, Biologie, Medizin, Landwirtschaft etc.) zu nutzen. Andererseits müssen auch die wirtschaftlichen Aktivitäten in anderen Branchen ausgebaut werden, um Monostrukturen und deren potenziell negative Folgen zu vermeiden. Die Ansiedlungswerbung könnte dazu auch an vorhandene Strukturen im Verlags- und Druckgewerbe und anderen Medienbereichen anknüpfen.
- Beseitigung der Altlastenverdachtsflächen,
- Auswertung der Erfahrungen anderer deutscher Industrieregionen (etwa des Ruhrgebiets) bei der „Imagepolitik“ und darauf aufbauend eine Ableitung von Maßnahmen für die Region Halle,
- Initiativen, die die Anwendungsorientierung der öffentlichen Forschungseinrichtungen, mit denen die Region sehr gut ausgestattet ist, erhöhen: beispielsweise die Gründung von zusätzlichen An-Instituten an technischen und naturwissenschaftlichen Fachbereichen, die Ausweitung von Möglichkeiten des Austauschs von Hochschul- oder Institutswissenschaftlern mit Forschern in Unternehmen (oder von Praktika und Hospitationen).

Bei dem Einsatz regionalpolitischer Instrumente zugunsten der Region Halle sollten immer auch die wirtschaftlichen Verflechtungen Halles mit der Region Leipzig berücksichtigt werden (vgl. die oben gemachten Vorschläge zum Flughafen Leipzig-Halle).

Region Harz: Verbesserung der Verkehrsanbindung ohne Zerstörung touristischer Potenziale

Im Rahmen der funktionsräumlichen Arbeitsteilung im Lande kommt der Region Harz in besonderem Maße die Funktion zu, Freizeit- und Erholungsmöglichkeiten zu bieten. Die in diesem Bereich vom Harz repräsentierten Potenziale sind für das Land insgesamt sehr wertvolle assets, die auch zur Attrahierung von Kaufkraft aus anderen Bundeslän-

dern dienen können. Das wirtschaftliche Leitbild für die Harzregion sollte diesen Gesichtspunkt deshalb in den Mittelpunkt stellen und alle Strategien darauf ausrichten, für Touristen und Urlauber noch attraktiver zu werden. Dabei ist darauf zu achten, die vorhandenen Potenziale nicht durch eine ungeordnete Entwicklung in anderen Bereichen der Wirtschaft zu gefährden. Dies gilt nicht zuletzt für die Verkehrsinfrastruktur, die im Harz im Vergleich zum Landesdurchschnitt ungünstige Indikatorwerte aufweist. Ihr Ausbau kann neben anderen Sektoren auch den Tourismus fördern, insbesondere durch eine noch bessere Anbindung des Ostharzes an die touristisch gut erschlossene Westharzregion. Es sollte aber vermieden werden, wichtige Naturlandschaften im Harz zu sehr zu zerschneiden.

Ähnlich wie in der Altmark können möglicherweise auch für die Industrie im Harz weitere Entwicklungsimpulse aus der Nähe zu niedersächsischen Industrieregionen gewonnen werden.

Region Magdeburg: Dienstleistungsökonomie und hochproduktive Agrarwirtschaft als Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung

Wie Halle ist auch Magdeburg im Regionsvergleich eine starke Region in Sachsen-Anhalt, die aber im Vergleich über die Landesgrenzen Sachsen-Anhalts hinweg und mit anderen ostdeutschen Regionen als eher schwache Region aufscheint. Ähnlich wie für Halle gilt deshalb auch für Magdeburg, dass ein Anknüpfen an den Stärken und ein konzentrierter Abbau der Schwächen das Land in eine günstigere ökonomische Position bringen kann. Demgemäß wurde oben bereits empfohlen, die Förderung stärker auf die Zentren Magdeburg und Halle zu konzentrieren.

Aufgrund der Funktion der Stadt Magdeburg als Landeshauptstadt (und den daraus folgenden „Headquarter-Funktionen“ von Landesbehörden und anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen auf Landesebene) sowie aufgrund der Lage der Stadt in relativ großer Entfernung zu den niedersächsischen Agglomerationen und zum Agglomerationsraum Berlin-Potsdam bietet es sich an, die bereits vorhandenen Ansätze einer Dienstleistungsökonomie weiter zu stärken und die Region als Dienstleistungsregion für den Norden und die Mitte Sachsen-Anhalts zu profilieren. Dies kann die Politik dazu veranlassen, für gute infrastrukturelle Rahmenbedingungen zu sorgen (insbesondere regionale und überregionale Verkehrsinfrastruktur).

Die Region Magdeburg profitiert weiterhin am stärksten von allen sachsen-anhaltinischen Regionen von der guten Bodenqualität und der hohen Produktivität des Agrarsektors; dies gilt abgeschwächt auch für die Regionen Harz und Halle (und am westlichen Rand die Region Anhalt). Aufbauend auf dieser Stärke könnten Synergieeffekte zwischen dem Agrarsektor und derjenigen Branchen, die seine Produkte verarbeiten (wie beispielsweise dem Ernährungsgewerbe oder den sogenannten „nachwachsenden Rohstoffen“) in der Region Magdeburg und den Agrargebieten der anderen Regionen

des Landes noch stärker genutzt werden. Als mögliche Maßnahmen dafür kommen in Frage: die Förderung von Forschungsinstitutionen, die Anwerbung von Unternehmen, die den immobilen Standortfaktor „hochwertiger Boden“ nutzen und die Unterstützung eines öffentlichen Klimas, in dem auch neue Entwicklungen (etwa in den Bereichen Bio- und Gentechnologie) möglich sind – unter Einhaltung der notwendigen gesetzlichen Bestimmungen.

Literaturverzeichnis

- ACS, Z. J.; AUDRETSCH, D. B.: Innovation durch kleine Unternehmen. Berlin 1992. (Originalausgabe: Innovation and small firms. Cambridge, Mass./London 1990).
- AGHION, P.; HOWITT, P.: A Model of Growth through Creative Destruction. NBER Working Paper No. 3223. Cambridge, Mass. 1990.
- ALMEIDA, P.; KOGUT, B.: The Exploration of Technological Diversity and the Geographic Localization of Innovation, in: Small Business Economics, Vol. 9 (1997), S. 21-31.
- ANSELIN, L.; VARGA, A.; ACS, Z.: Local Geographic Spillovers between University Research and High Technology Innovations, in: Journal of Urban Economics, Vol. 42 (1997), S. 422-448.
- AUDRETSCH, D. B.; ELSTON, J. A.: Does Firm Size Matter? Evidence on the Impacts of Liquidity Constraints on Firm Investment Behaviour in Germany. CEPR Discussion Paper, No. 1072. London 1994.
- AUERBACH, A.J.; HASSETT, K.A.; OLINER, S.D.: Reassessing the social returns to equipment investment, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 109 (1994), No. 3, S. 789-802.
- BADE, F.-J.: Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen. DIW-Sonderheft 143. Berlin 1987.
- BARANOWSKI, G.; GROSS, B.: Innovationszentren in Deutschland 1996/97. Berlin 1996.
- BARANOWSKI, G.; RAETZ, B.: Innovationszentren in Deutschland 1998/99. Berlin 1998.
- BARJAK, F.; FRANZ, P.; HEIMPOLD, G.; ROSENFELD, M. T. W.: Regionalanalyse Ostdeutschland: Die wirtschaftliche Situation der Länder, Kreise und kreisfreien Städte im Vergleich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/2000, 6. Jg., S. 31-55.
- BARJAK, F.; HEIMPOLD, G.; JUNKERNHEINRICH, M.; LOOSE, B.; SKOPP, R.: Management Buy-Outs in Ostdeutschland. IWH-Sonderheft 2/1996. Halle.
- BARRO, R.; SALA-I-MARTIN, X.: Economic Growth. New York 1995.
- BAUERSCHMITZ, C.: Standortdeterminanten und Raumwirkungen ausländischer Direktinvestitionen in Sachsen. Bergisch Gladbach/Köln 1996.
- BEHRING, K. u. a.: Untersuchungen zum infrastrukturellen Nachholbedarf der neuen Bundesländer in ausgewählten Bereichen. ifo Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.). Dresden (August) 2000.

- BELITZ, H.; BRENKE, K.; FLEISCHER, F.: Der Beitrag ausländischer Investoren zum Aufbau wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in den neuen Bundesländern. DIW-Sonderheft 169. Berlin 2000.
- BERGEMANN, A.; SCHULTZ, B.: Effizienz von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2000, 6. Jg., S. 243-253.
- BERGMANNSSVEREIN ZIELITZ E. V.: „SCHOLLE VON CALVÖRDE“ (Hrsg.): 25 Jahre Kali aus Zielitz. 1973 – 1998, o. O. 1998.
- BERICHT DES BEIRATS FÜR WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG. Sachsen-Anhalt, April 1998.
- BERUFSBILDUNGSBERICHT 1999 für das Land Sachsen-Anhalt. Ministerium für Wirtschaft und Technologie des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), o. O. 2000.
- BIEHL, D.; HUSSMANN, E.; RAUTENBERG, K.; SCHNYDER, S.; SÜDMEYER, V.: Bestimmungsgründe des regionalen Entwicklungspotentials. Infrastruktur, Agglomeration und sektorale Wirtschaftsstruktur. Kieler Studien, Bd. 133. Tübingen 1975.
- BLANCHFLOWER, D. G.; BURGESS, S. M.: Job Creation and Job Destruction in Great Britain in the 1980s, in: Industrial and Labor Relations Review, Vol. 50 (1996), No. 1, S. 17-38.
- BODE, E.: Lokale Wissensdiffusion und regionale Divergenz in Deutschland. Kieler Studien Nr. 293. Tübingen 1998.
- BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutsche Wirtschaft 2000 und 2001: Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion verstärkt sich trotz erneutem Absturz im Baubereich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2000, 6. Jg., S. 331-336.
- BRAUTZSCH, H.-U.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Die sektorale Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft im Lichte des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 12/2000, 6. Jg., S. 337-352.
- BRIXY, U.: Die Rolle von Betriebsgründungen für die Arbeitsplatzdynamik. Eine räumliche Analyse für Ostdeutschland 1991 bis 1996. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 230. Nürnberg 1999.
- BRÖCKER, J.: Die Lehren der neuen Wachstumstheorie für die Raumentwicklung und die Regionalpolitik, in: Blien, U., Herrmann, H., Koller, M. (Hrsg.): Regionalentwicklung und regionale Arbeitsmarktpolitik. Konzepte zur Lösung regionaler Arbeitsmarktprobleme? Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 184. Nürnberg 1994, S. 30-50.

- BRÜDERL, J.; PREISENDÖRFER, P.; ZIEGLER, R.: Der Erfolg neugegründeter Betriebe. Eine empirische Studie zu den Chancen und Risiken von Unternehmensgründungen. Berlin 1996.
- BRUSCO, S.: The Emilian Model: Productive Decentralization and Social Integration, in: Cambridge Journal of Economy, Vol. 6 (1982), S. 167-184.
- BÜHLER, C.; HINZ, T.: Überlebens- und Wachstumschancen neugegründeter Betriebe in der Region Leipzig, in: Preisendörfer, P. (Hrsg.): Prozesse der Neugründung von Betrieben in Ostdeutschland. Rostocker Beiträge zur Regional- und Strukturforschung, H. 2. Rostock 1996, S. 125-145.
- BUNDESAMT FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG: Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden. Ausgabe 1999. Berichte, Bd. 3. Bonn 1999.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Agrarbericht der Bundesregierung 2000. Bonn, März 2000.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Zum Agrarbericht 2000: Buchführungsergebnisse der Testbetriebe. Reihe: Daten-Analysen, 2000. Bonn (März) 2000.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Unternehmensgrößenstatistik 1997/98. Daten und Fakten. Bearbeitung: Institut für Mittelstandsforschung Bonn. BMWi Studienreihe Nr. 96. Bonn (Juli) 1997.
- BUNDESMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT: Unternehmensgrößenstatistik 1992/93. Daten und Fakten. Erstellt vom Institut für Mittelstandsforschung Bonn. BMWi Studienreihe Nr. 80. Bonn 1993.
- BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E. V. (BGW): Wasser. Bundesrepublik Deutschland. 110. Statistik 1998. Bonn (Februar) 2000.
- BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E. V.: Entwicklung der öffentlichen Wasserversorgung 1990-1995. Bonn, o. J.
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER KAPITALBETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN GERMAN VENTURE CAPITAL ASSOCIATION E. V. (BVK): BVK-Statistik 1995. Berlin 1996.
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER KAPITALBETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN GERMAN VENTURE CAPITAL ASSOCIATION E. V. (BVK): BVK-Statistik 1996. Berlin 1997.

- BUNDESVERBAND DEUTSCHER KAPITALBETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN
GERMAN VENTURE CAPITAL ASSOCIATION E. V. (BVK): BVK-Statistik
1997. Berlin 1998.
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER KAPITALBETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN
GERMAN VENTURE CAPITAL ASSOCIATION E. V. (BVK): BVK-Statistik
1998. Berlin 1999.
- BUNDESVERBAND DEUTSCHER KAPITALBETEILIGUNGSGESELLSCHAFTEN
GERMAN VENTURE CAPITAL ASSOCIATION E. V. (BVK): BVK-Statistik
1999. Berlin 2000.
- BUNDESWEITE ÜBERSICHT ZUR ALTLASTENERFASSUNG. Zusammenstellung
des UBA vom Dezember 1998 auf der Grundlage von Angaben aus den Bundeslän-
dern, in: http://www.umweltdaten.de/altlast/web1/deutsch/1_6.htm, gelesen am
27.03.00.
- BÜTTNER, T.: Agglomeration, Growth, and Adjustment. A Theoretical and Empirical
Study of Regional Labour Markets in Germany. Heidelberg 1999.
- CAMAGNI, R.: Local ‚milieu‘, Uncertainty and Innovation Networks: Towards a New
Dynamic Theory of Economic Space, in: Ders. (Hrsg.): Innovation Networks: Spatial
Perspectives. London u. New York 1991, S. 121-144.
- CAMBRIDGE ECONOMETRICS: Regional Competitiveness Indicators. A Final Re-
port Submitted to DG XVI of the European Commission (Regional Policies). Cam-
bridge 1998.
- CHESHIRE, P.; CARBONARO, G.: Urban Economic Growth in Europe: Testing The-
ory and Policy Prescriptions, in: Urban Studies, Vol. 33 (1996), No. 7, S. 1111-1128.
- CHRISTENSEN, L. R.; CUMMINGS, D.; JORGENSON, D. W.: Economic Growth
1947-1973: An International Comparison, in: Jorgenson, D.W. (Hrsg.): Productivity,
Volume 2: International Comparisons of Economic Growth. Cambridge,
Mass./London 1995, S. 203-295.
- CLARK, C.: The Conditions of Economic Progress. 2. Aufl., London 1952.
- CROW, K.; JUNKERNHEINRICH, M.; SKOPP, R.: Strukturanalyse Sachsen-Anhalt.
Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Europaan-
gelegenheiten des Landes Sachsen-Anhalt. IWH-Sonderheft 2/1997. Halle.
- DAVIS, S. J.; HALTIWANGER, J.; SCHUH, S.: Small Business and Job Creation: Dis-
secting the Myth and Reassessing the Facts, in: Small Business Economics, Vol. 8
(1996), S. 297-315.
- DE LONG, J. B.; SUMMERS, L. H.: Equipment Investment and Economic Growth, in:
Quarterly Journal of Economics, Vol. 106 (1991), S. 445-502.

- DEBRIV BUNDESVERBAND BRAUNKOHLE: Braunkohle. Ein Industriezweig stellt sich vor. Köln, Senftenberg o.J.
- Der Industriestandort Amsdorf, in: www.romonta.de/ie4/index4.htm: S. 1. (gelesen am 18.10.2000).
- DERLIEN, H.; FAUPEL, T.; NIETERS, C.: Industriestandort mit Vorbildfunktion? Das ostdeutsche Chemiedreieck. WZB Discussion Paper FS IV 99-16. Berlin 1999.
- DEUTSCHE BUNDESBANK: Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Statistische Sonderveröffentlichung 10. Frankfurt (Main) 2000, S. 71-72.
- DEUTSCHER INDUSTRIE UND HANDELSTAG; IHK GESELLSCHAFT FÜR INFORMATIONSVERRARBEITUNG MBH, GESCHÄFTSSTELLE DORTMUND, ABTEILUNG KUNDENSERVICE: Kammerzugehörige Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jahrgänge, jeweils Stand 1. Januar
- DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Fünfzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 2/1997. Halle.
- DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Siebzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 2/1998. Halle.
- DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsfortschritte in Ostdeutschland. Achtzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 6/1998. Halle.
- DIW; IfW; IWH: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Neunzehnter Bericht. IWH-Forschungsreihe 5/1999. Halle.
- DOMHARDT, H.-J.; GEYRER, T.; WEICK, T.: Zentrale Planelemente von Raumordnungsplänen, in: Grundriss der Landes- und Regionalplanung, Hannover 1999, S. 173-201.
- DUNNING, J. H.: Reevaluating the Benefits of Foreign Direct Investment. Reading 1994 (= Discussion Papers in International Investment and Business Studies, Series B, No. 188).
- ECKEY, H.-F.; HORN, K., Die Angleichung der Verkehrsinfrastruktur im vereinigten Deutschland zwischen 1990-1999. Kassel 2000.
- ECKEY, H.-F.: Grundlagen der regionalen Strukturpolitik. Köln 1978.
- EICHLER, M.; LECHNER, M.: An Evaluation of Public Employment Programs in the East German State of Sachsen-Anhalt. Unveröffentl. Manuskript, Mannheim/St. Gallen 1998.
- ERBGUTH, W.; MÜLLER, B.; KOCH, R.: Regionalplanung in den ostdeutschen Ländern. Grundlagen, Erfahrungen, Weiterentwicklung. ARL-Arbeitsmaterialien, Nr. 255. Hannover 1999.

- ESSIG, H.; HARTMANN, N. et al.: Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1991 bis 1999, in: *Wirtschaft und Statistik* (1999), H. 6, S. 449-478.
- EUROPÄISCHE KOMMISSION: Sechster Periodischer Bericht über die sozio-ökonomische Lage und Entwicklung der Regionen der Europäischen Union, hrsg. vom Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg 1999.
- FELDER, J.; SPIELKAMP, A.: Innovationsstrategien und Forschungsaktivitäten ostdeutscher Unternehmen, in: Fritsch, M., Meyrer-Krahmer, F., Pleschak, F. (Hrsg.): *Innovationen in Ostdeutschland – Potentiale und Probleme*. Heidelberg 1998, S. 169-186.
- FELDMAN, M. P.; AUDRETSCH, D. B.: Innovation in Cities: Science-based Diversity, Specialization and Localized Competition, in: *European Economic Review*, Vol. 43 (1999), S. 409-429.
- FELDMAN, M. P.; FLORIDA, R.: The Geographic Sources of Innovation: Technological Infrastructure and Product Innovation in the United States, in: *Annals of the Association of American Geographers*, Vol. 84 (1994), No. 2, S. 210-229.
- FOURASTIÉ, J.: *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*. Köln 1954.
- FRANZ, P.: *Ostdeutsche Technologie- und Gründerzentren in der Aufbauphase*. IWH-Forschungsreihe 4/1996. Halle.
- FRANZ, P.: Probleme infrastruktureller Erneuerung in ostdeutschen Großstädten – das Beispiel Halle (Saale), in: *IWH, Wirtschaft im Wandel* 11/1995, 1. Jg., S. 13-17.
- FRISCH, A.: *Unternehmensgröße und Innovation. Die schumpeterianische Diskussion und ihre Alternativen*. Frankfurt/M./New York 1993.
- FRITSCH, M.; HULL, C.: Empirische Befunde zur Arbeitsplatzdynamik in großen und kleinen Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland – eine Zwischenbilanz, in: Dies. (Hrsg.): *Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung. Beiträge zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Klein- und Großunternehmen*. Berlin 1987, S. 149-172.
- FRITSCH, M.; NIESE, M.: Betriebsdynamik und Arbeitsplatzentwicklung in der sächsischen Industrie 1991-98 – Analysen auf der Grundlage der amtlichen Statistik, in: Schasse, U., Wagner, J. (Hrsg.): *Entwicklung von Arbeitsplätzen, Exporten und Produktivität im interregionalen Vergleich*. NIW-Vortragsreihe, Bd. 13. Hannover 1999, S. 31-48.
- FUCKE, B.; JENTSCH, G.: Einfluss des Wanderungsverhaltens auf die Bevölkerungszahl Sachsen-Anhalts, in: *Statistisches Monatsheft des Statistischen Landesamts Sachsen-Anhalt*, (1999), Nr. 10, S. 6-11.

- GARCIA-MILÀ, T.; McGUIRE, T. J.: Industrial Mix as a Factor in the Growth and Variability of States' Economies, in: *Regional Science and Urban Economics*, Vol. 23 (1993), S. 731-748.
- GEPPERT, K.: Unternehmensbezogene Dienstleistungen im Land Brandenburg – Strukturen, Defizite und Entwicklungsmöglichkeiten. *DIW Beiträge zur Strukturfor-*schung, H. 183. Berlin 1999.
- GERLACH, K.; WAGNER, J.: Analysen der Nachfrageseite des Arbeitsmarktes mit Betriebspaneldaten aus Erhebungen der amtlichen Industriestatistik. Ein Überblick über Ansätze und Ergebnisse für niedersächsische Industriebetriebe, in: Kühl, J. u. a. (Hrsg.): *Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Ergebnisse aus Analysen mit deutschen Firmenpaneldaten. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Bd. 204. Nürnberg 1997, S. 11-83.
- GESETZ ÜBER DEN LANDESENTWICKLUNGSPLAN DES LANDES SACHSEN-ANHALT (LEP-LSA). 23.8.1999, in: Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt Nr. 28 vom 26. August 1999. Ministerium für Raumordnung und Umwelt Sachsen-Anhalt: Landesentwicklungsplan für das Land Sachsen-Anhalt (Hrsg.), 1999.
- GLAESER, E. L.; KALLAL, H. D.; SCHEINKMAN, J. A.; SHLEIFER, A.: Growth in Cities, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 100 (1992), No. 6, S. 1126-1152.
- GOMULKA, S.: *The Theory of Technological Change and Economic Growth*. London 1990.
- GOPPEL, K.: Funktionen und Grenzen der Raumordnung und Landesplanung, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): *Grundriss der Landes- und Regionalplanung*. Hannover 1999, S. 94-113.
- GRABHER, G.: The Weakness of Strong Ties. The Lock-in of Regional Development in the Ruhr Area, in: Ders. (Hrsg.): *The Embedded Firm. On the Socioeconomics of Industrial Networks*. London/New York 1993, S. 254-277.
- GREIF, S.: *Patentatlas Deutschland. Die räumliche Struktur der Erfindungstätigkeit*. München 1998.
- GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; REVERMANN, C.; WUDTKE, J.: *Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1995 bis 1997. Bericht über die FuE-Erhebung 1995 und 1996*. Essen 1997.
- GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; WUDTKE, J.: *FuE-Datenreport 1999. Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1997-1999. Bericht über die FuE-Erhebungen 1997 und 1998*, hrsg. von Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Essen 2000.

- GRENZMANN, C.; WUDTKE, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE Info 2/1999, S. 2 ff.
- GROSSMAN, G. M.; HELPMAN, E.: Innovation and Growth in the Global Economy. Cambridge, Mass. 1990.
- GRUNERT, R.; LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Eigentums- und Vermögensstrukturen in Ostdeutschland – eine Bestandsaufnahme, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1998, 4. Jg., S. 11-20.
- HÄGERSTRAND, T.: Innovation Diffusion as a Spatial Process. Chicago 1967 (im Original Lund/Schweden 1953).
- HAMER, E.; GEBHARDT, R.; TERBOVEN, M.: Strukturbericht 1991 für Sachsen-Anhalt. Schriften des Deutschen Instituts für Mittelstandsökonomie, Bd. 3. Essen 1992.
- HARHOFF, D.: Are There Financing Constraints for R&D and Investment in German Manufacturing firms? In: Annales d'économie et de statistique, No. 49/50 (1998), S. 421-456.
- HASCHKE, I.; LUDWIG, U.: Hohe Exportdynamik im Verarbeitenden Gewerbe: Bessere Aussichten für die ostdeutschen Unternehmen? in: IWH, Wirtschaft im Wandel 4/1998, 4. Jg., S. 4-7.
- HAUSER, R.: Zur Messung individueller Wohlfahrt und ihrer Verteilung, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Forum der Bundesstatistik, Bd. 29. Stuttgart 1996, S. 13-38.
- HECKMAN, J. J.; LALOND, R.; SMITH, J. A.: The Economics and Econometrics of Active Labor Market Programs, in: Ashenfelter, O., Card, D. (Hrsg.): Handbook of Labor Economics, Amsterdam 1999, Vol. 3A, S. 865-2097.
- HEINRICHS, B.: Raumordnungspläne auf Landesebene, in: Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Grundriss der Landes- und Regionalplanung, Hannover 1999, S. 213-228.
- HENDERSON, V.; KUNCORO, A.; TURNER, M.: Industrial Development in Cities, in: Journal of Political Economy, Vol. 103 (1995), No. 5, S. 1067-1090.
- HENNEBERGER, F.; GRAF, S.: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland: Gefahr für deutsche Arbeitsplätze? Diskussionspapiere des Instituts für Arbeit und Arbeitsrecht an der Universität St. Gallen, Nr. 41. St. Gallen 1996.
- HERNOLD, P.; RAPPEN, H.: Infrastruktureller Nachholbedarf Ostdeutschlands in mittelfristiger Sicht. RWI (Hrsg.). Essen 2000.

- HINZ, T.: Existenzgründungen in Ostdeutschland: Ein erfolgreicher Weg aus der Arbeitslosigkeit?, in: Diewald, M., Mayer, K. U. (Hrsg.): Zwischenbilanz der Wiedervereinigung. Strukturwandel und Mobilität im Transformationsprozess. Opladen 1996, S. 111-133.
- HINZ, T.: Ost-West-Netzwerke – Neugründungen in Ostdeutschland und ihre Beziehungen in die alten Bundesländer, in: Schmude, J. (Hrsg.): Neue Unternehmen. Interdisziplinäre Beiträge zur Gründungsforschung. Heidelberg 1994, S. 180-194.
- HINZ, T.; WILSDORF, S. H.; ZIEGLER, R.: Beschäftigungsentwicklung in ostdeutschen Betriebsgründungen. Analyse mit den Paneldaten der Leipziger Gründerstudie, in: Kühl, J. u. a. (Hrsg.): Die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes. Ergebnisse aus Analysen mit deutschen Firmenpaneldaten. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 204. Nürnberg 1997, S. 189-203.
- HORBACH, J.; RAGNITZ, J.: Wachstum und Schrumpfung: Sektoraler Strukturwandel, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung Ostdeutschland. Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995, S. 239-251.
- HÜBLER, O.: Evaluation beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 216 (1997), S. 21-44.
- HULL, C.: Lokale Förderpraxis und die Beschäftigungsentwicklung mittelständischer Industrieunternehmen – eine Implementationsuntersuchung in vier Regionen der Bundesrepublik Deutschland, in: Fritsch, M., Hull, C. (Hrsg.): Arbeitsplatzdynamik und Regionalentwicklung. Beiträge zur beschäftigungspolitischen Bedeutung von Klein- und Großunternehmen. Berlin 1987, S. 291-317.
- HUMMEL, M. u. a.: Strukturbericht 1995. Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, hrsg. vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Abt. Strukturanalysen und Kulturökonomie, München 1995.
- INFRATEST BURKE SOZIALFORSCHUNG: Beschäftigungstrends. Arbeitgeberbefragung 1998 im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeit. o. O. 1998.
- IT-Fachkräftebedarf im südlichen Sachsen-Anhalt, Halle (IHK Halle-Dessau) o. J. (2000).
- JÄCKEL, P. u. a.: Verarbeitendes Gewerbe in den neuen Bundesländern: 1999 stabile Ausrüstungsinvestitionen bei erneut sinkenden Gesamtbudgets, in: ifo Dresden berichtet, 6. Jg. (1999), H. 6, S. 14-23.
- JÄCKEL, P.: Erneuter Rückgang der Investitionen im Verarbeitenden Gewerbe „Ost“ – nach Abschluss von Großprojekten, in: ifo Dresden berichtet, 7. Jg. (2000), H. 2, S. 21.

- JAFFE, A.; TRAJTENBERG, M.; HENDERSON, R.: Geographic Localization of Knowledge Spillovers as Evidenced by Patent Citations, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 108 (1993), No. 3, S. 577-598.
- JAHODA, M.; LAZARSELD, P. F.; ZEISEL, H.: Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen langandauernder Arbeitslosigkeit. Frankfurt/M. 1975.
- JOCHIMSEN, R.: Theorie der Infrastruktur – Grundlagen der marktwirtschaftlichen Entwicklung, Tübingen 1966.
- JOCHIMSEN, R.: Über „Infrastrukturen“ als Voraussetzungen einer funktionsfähigen Volkswirtschaft, in: Kindermann, G.H. (Hrsg.): Kulturen im Umbruch. Freiburg i. Br. 1962.
- JOHANSSON, B.: Economic Networks and Self-Organization, in: Bergman, E. M., Maier, G., Tödtling, F.: Regions Reconsidered. London 1991, S. 17-34.
- JOST, T.: Direktinvestitionen und Standort Deutschland. Frankfurt/M. 1997 (= Diskussionspapier 2/97 der Volkswirtschaftlichen Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank).
- JUNKERNHEINRICH, M.; MICOSATT, G.; WILKE, G.: Strukturanalyse der Wirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft, Technologie und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt. Halle 1993.
- KALI UND SALZ GMBH, GESCHÄFTSBEREICH SALZ: Der kostbarste aller Edelsteine... Kali und Salz GmbH, Geschäftsbereich Salz/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.). Kassel II/06/98/4000/PO.
- KALI UND SALZ GMBH: Wir stellen uns vor: Kaliwerk Zielitz, I/0998/4500/PO.
- KEMPE, W.: Bildungsstruktur der Ost-West-Migration: Humankapitalverlust Ostdeutschlands gestoppt, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 15/1999, 5. Jg., S. 19-23.
- KINKEL, S.; DREHER, C.: Produktionsstrukturen in der Investitionsgüterindustrie Sachsen-Anhalts – ein Vergleich mit alten und neuen Bundesländern, Fraunhofer-Institut für Systemforschung (Hrsg.). Karlsruhe 1998 (mimeo).
- KOKALJ, L.; MAY-STROBL, E.; PAULINI, M.: Mittelstand in den neuen Bundesländern – Die Entwicklung von Gründungen, privatisierten Unternehmen und MBO. Schriften zur Mittelstandsforschung NF 76. Stuttgart 1997.
- KOMAR, W.; MÜLLER, G.; MÜLLER, R.; ROTHFELS, J.: Produktivitätsunterschiede und Konvergenz von Wirtschaftsräumen. Das Beispiel der neuen Länder, 2. Zwischenbericht. Halle 2000.

- KOMAR, W.: Ostdeutsche Verkehrsinfrastruktur: Weiterhin hoher Investitionsbedarf, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 5/2000, 6. Jg., S. 130-137.
- KOMAR, W.: Trinkwasserversorgung in Deutschland: wirksamer Grundwasserschutz notwendig, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/1999, 5. Jg., S. 7-12.
- KRAUS, F.; PUHANI, P. A.; STEINER, V.: Employment Effects of Public Financed Training Programs. The East German Experience. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 219 (1999), S. 216-248.
- KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT, REFERAT 63: Hochschulbaubericht 1991-1998, Stand 09.06.1999.
- KULTUSMINISTERIUM DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Zur Situation der Hochschulen in Sachsen-Anhalt, o. O. u. o. J.
- LAGEMAN, B.; LÖBBE, K. u. a.: Kleine und mittlere Unternehmen im sektoralen Strukturwandel. Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, H. 27. Essen 1999.
- LANDESFÖRDERUNG IN SACHSEN-ANHALT: Alle Förderrichtlinien des Landes und ausgewählte Programme des Bundes, der Deutschen Ausgleichsbank, der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der EU. Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt (Hrsg.), XIII. Auflage, Stand Mai 2000. Magdeburg 2000.
- LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND IN SACHSEN-ANHALT: Jahresbericht 1999. Hannover 2000.
- LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND SACHSEN-ANHALT: Direktinvestitionen 1997/98. Entwicklung der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland in Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt. Hannover, November 1999.
- LANDESZENTRALBANK IN DER FREIEN HANSESTADT BREMEN, IN NIEDERSACHSEN UND SACHSEN-ANHALT: Weitere Intensivierung der Kapitalverflechtung: Sachsens-Anhalts Direktinvestitionen 1997/98. Pressenotiz. Hannover 1999.
- LASUÉN, J. R.: Urbanisation and Development – the Temporal Interaction between Geographical and Sectoral Clusters, in: Urban Studies, Vol. 10 (1973), S. 178-184.
- LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAUVERWALTUNGSGESELLSCHAFT mbH: Porträt. Berlin, Redaktionsschluss 31.3.1998
- LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: Sanierungsbericht 1998. Berlin 1999.

- LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: 1996 im Überblick. Berlin o. J.
- LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: 1997 im Überblick. Berlin April 1998.
- LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: 1998 im Überblick. Berlin März 1999.
- LAUSITZER UND MITTELDEUTSCHE BERGBAU-VERWALTUNGSGESELLSCHAFT MBH: 1999 im Überblick. Berlin März 2000.
- LEINER, R.: Ausländische Investoren im Privatisierungsprozess, in: Schmude, J. (Hrsg.): Neue Unternehmen in Ostdeutschland. Neuaufbau und Umstrukturierung der Unternehmenslandschaft. Heidelberg 1998, S. 69-109.
- LIPPE, P. von der: Statistische Wohlfahrtsindikatoren – Die Messung des Lebensstandards, in: Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Wohlfahrtsmessung – Aufgabe der Statistik im gesellschaftlichen Wandel. Forum der Bundesstatistik, Bd. 29. Stuttgart 1996, S. 39-72.
- LÖBBE, K.; DÖHRN, R.; LOEFFELHOLZ, H. D. v., u. a.: Strukturwandel in der Krise. Untersuchungen des RWI, H. 9. Essen 1993.
- LOOSE, B.; LUDWIG, U.: Ostdeutscher Bausektor im freien Fall? in: IWH-Wirtschaft im Wandel 6/1998, 4. Jg., S. 4-11.
- LUCAS, R. E.: Why Doesn't Capital Flow from Rich to Poor Countries?, in: American Economic Review, Vol. 80 (1990), No. 2, S. 92-96.
- LUDWIG, U.: Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands im Lichte des neuen Rechnungssystems der amtlichen Statistik, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 11/2000, 6. Jg., S. 307-312.
- MADDISON, A.: Growth and Slowdown in Advanced Capitalist Economies: Techniques of Quantitative Assessment, in: Journal of Economic Literature, Vol. 25 (1987), S. 649-698.
- MAIER, G.; TÖDTLING, F.: Regional- und Stadtökonomik 2. Wien/New York 1996.
- MANKIW, N. G.; ROMER, D., WEIL, D. N.: A Contribution to the Empirics of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Vol. 107 (1992), No. 2, S. 407-437.
- MEUSBURGER, P.: Bildungsgeographie. Wissen und Ausbildung in der räumlichen Dimension. Heidelberg/Berlin 1998.
- MIBRAG: Pocket info'99. Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH, Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.). Theißen 1999.

- MIBRAG: Tagebau Profen, Besucherinformation. Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH, Abt. Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.), o. O. Redaktionsschluss 31.01.1999 (Faltblatt).
- MINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 1999. Magdeburg o. J.
- MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Umweltbericht 1997 des Landes Sachsen-Anhalt. Magdeburg, Redaktionsschluss 03.07.1998.
- MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Bericht zur Lage der Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft des Landes Sachsen-Anhalt 2000. Magdeburg, o. J.
- MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Landesentwicklungsbericht 1996, Bericht der Landesregierung Sachsen-Anhalt gemäß § 10 des Vorschaltgesetzes zur Raumordnung und Landesentwicklung des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des zweiten Änderungsgesetzes vom 17. Dezember 1993. Magdeburg, November 1996.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Jahreswirtschaftsbericht 1999. Fakten und Projekte, o. O. (November) 1999.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND TECHNOLOGIE DES LANDES SACHSEN-ANHALT (Hrsg.): Technologieführer Sachsen-Anhalt 2000. Magdeburg 2000.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, TECHNOLOGIE UND EUROPAANGELEGENHEITEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Jahresbericht 1998. Fakten und Projekte, o. O. (Dezember) 1998.
- MINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, TECHNOLOGIE UND EUROPAANGELEGENHEITEN DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Fakten & Projekte. Bericht zur wirtschaftlichen Lage des Landes Sachsen-Anhalt für das Jahr 1995. Magdeburg, Redaktionsschluss: 31.07.1996.
- MIRBACH, M.: Regionales Beschäftigungswachstum und dynamische Agglomerations-effekte. Eine empirische Untersuchung der Bedingungen regionalen Strukturwandels. München 1999.
- MORAN, T. H.: Foreign Direct Investment and Development. Washington 1998.
- MÜLLER, A.: Aufholprozess der ostdeutschen Wirtschaft stagniert, in ifo Schnelldienst, 53. Jg. (2000), H. 3, S. 9-16.

- MÜLLER, G.; ROTHFELS, J.; WÖLFL, A.: Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland – Teil II, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 2/1998, 4. Jg., S. 15-21.
- MÜLLER, G.: Die Erneuerung des Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern, in: IWH-Forschungsreihe 7/1999. Halle, S. 3-79.
- MYRDAL, G.: Economic Theory and Underdeveloped Regions. London 1957.
- NAUJOKS, P.: Strukturwandel unter dem Aspekt der Handelbarkeit von Gütern. Der Fall der ostdeutschen Industrie. Kieler Arbeitspapiere Nr. 584. Kiel 1993.
- NIEBUHR, A.: Räumliche Wachstumsstrukturen. Theoretische Erklärungsansätze und empirische Befunde für die Bundesrepublik Deutschland. München 1999.
- O. Verf.: 29. Rahmenplan für den Hochschulbau nach dem Hochschulbauförderungsgesetz. Vom Planungsausschuss für den Hochschulbau mit Wirkung vom 15. Oktober 1999 beschlossen. Allgemeiner Teil und Anhang, o. O. u. J.
- O. Verf.: Informationstechnologie: Fachkräfte im Land gefragt, in: Mitteldeutsche Zeitung, Ausgabe Halle, vom 8. August 2000, S. 8.
- PFÄHLER, W.; HOFMANN, U.; LEHMANN-GRUBE, U.: Infrastruktur und Wirtschaftsentwicklung, in: Oberhauser, A. (Hrsg.): Finanzierungsprobleme der deutschen Einheit III. Berlin 1995, S. 71-187.
- PIORE, M.; SABEL, C.: Italian Small Business Development: Lessons for U.S. Industrial Policy, in: Zysman, J., Tyson, L. (Hrsg.): American Industry in International Competition. Ithaca u. London 1983, S. 391-421.
- POHL, R.: Die unvollendete Transformation. Ostdeutschlands Wirtschaft zehn Jahre nach Einführung der D-Mark, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 8/2000, 6. Jg., S. 223-238.
- PROGNOS; VDI/VDE-IT: Evaluation von Technologietransfereinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren in Sachsen-Anhalt. Schlussbericht. Magdeburg u. a. 2000 (unveröff.).
- RAGNITZ, J.; HASCHKE, I.; MÜLLER, G.; ROTHFELS, J.; LUDWIG, U.: Transfers, Exportleistungen und Produktivität. Wirtschaftliche Strukturdaten für die neuen Länder. IWH-Sonderheft 2/1998. Halle 1998, S. 39.
- RAGNITZ, J.; ROTHFELS, J.; WÖLFL, A.: Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland. Ergebnisse einer Tagung am IWH – Teil I, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 1/1998, 4. Jg., S. 3-11.
- RAGNITZ, J.: Kapitalausstattung ostdeutscher Arbeitsplätze: Rückstand nicht überbewerten, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2000, 6. Jg., S. 254-258.

- RAGNITZ, J.: Warum ist die Produktivität ostdeutscher Unternehmen so gering? Erklärungsansätze und Schlussfolgerungen für den Konvergenzprozess, in: *Konjunkturpolitik*, 45. Jg. (1999), H. 3, S. 165-187.
- RIDINGER, R.; WEISS, P.: Existenzgründungen in der Mittelstandspolitik, in Ridinger, R., Weiss, P. (Hrsg.): *Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung*. Veröffentlichungen des Round Table Mittelstand, Bd. 2. Berlin 1999.
- ROMER, P. M.: Endogenous Technological Change, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 98 (1990), No. 5, S. 71-102.
- ROMER, P. M.: Increasing Returns and Long-Run Growth, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 94 (1986), No. 5, S. 1002-1037.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG: Vor weitreichenden Entscheidungen. Jahresgutachten 1998/99. Stuttgart 1998.
- SCHALK, J.; UNTIEDT, G.; LÜSCHOW, J.: Technische Effizienz, Wachstum und Konvergenz in den Arbeitsmarktregionen der Bundesrepublik Deutschland (West), in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 214 (1995), H. 1, S. 25-49.
- SCHALK, J.; UNTIEDT, G.: Technologie im neoklassischen Wachstumsmodell: Effekte auf Wachstum und Konvergenz. Empirische Befunde für die Arbeitsmarktregionen der Bundesrepublik Deutschland 1978-1989, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 215 (1996), H. 5, S. 562-585.
- SCHÄTZL, L.: *Wirtschaftsgeographie*. Band 2: Empirie. 2. Aufl. Paderborn u. a. 1994.
- SCHLAG, C.-H.: Die Bedeutung der öffentlichen Infrastruktur für das Wachstum der Wirtschaft in Deutschland, Frankfurt/M. u. a. 1999 (= Diss. an der Univ. zu Köln 1998).
- SCHNEIDER, H. et al.: Die Effizienz der Arbeitsmarktpolitik in den neuen Bundesländern. Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen. IWH-Sonderheft 3/2000. Halle 2000.
- SCHULTZ, B.: Förderanreize im Widerspruch zu qualifikatorischen Zielen von Beschäftigungsmaßnahmen? in: *IWH, Wirtschaft im Wandel* 8/1997, 3. Jg., S. 8-12.
- SCHULTZ, B.: Wettbewerbsverzerrungen durch öffentliche Beschäftigungsprogramme am Beispiel der Branche Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau in Ostdeutschland – Datensammlung. IWH-Forschungsreihe 1/1997. Halle 1997.
- SCHUMPETER, J. A.: *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung – Eine Untersuchung über Unternehmergeinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus*. 5. Aufl., Berlin 1952.

- SCHUMPETER, J. A.: Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie. Bern 1946. (Originalausgabe: Capitalism, Socialism and Democracy. 1942.)
- SCHWITALLA, B.: Messung und Erklärung industrieller Innovationsaktivitäten mit einer empirischen Analyse für die westdeutsche Industrie. Heidelberg 1993.
- SINN, H.-W.: Zehn Jahre deutsche Wiedervereinigung – Ein Kommentar zur Lage der neuen Länder, in: ifo Schnelldienst, 53. Jg. (2000), H. 26-27, S. 10-22.
- SKOPP, R.: Die neuen Unternehmer: eine multivariate Analyse der Übernahmemotive bei ostdeutschen MBOs, in: Journal for East European Management Studies, Bd. 2 (1997), H. 1, S. 35-53.
- SNELTING, M.; SCHUMACHER, C.; KOMAR, W.; FRANZ, P.: Stand und Entwicklung der kommunalen Investitionshaushalte in den neuen Bundesländern unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftsnahen Infrastruktur. IWH-Sonderheft 3/1998. Halle 1998.
- SOLOW, R. M.: A Contribution to the Theory of Economic Growth, in: Quarterly Journal of Economics, Jg. 70 (1956), S. 65-74.
- SONDERDRUCK aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt, Nr. 28 vom 26. August 1999, Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt vom 23.8. 1999, nebst Begründung/Erläuterungen zum Gesetz (nicht im Gesetz- und Verordnungsblatt enthalten), S. 15-19.
- STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG, FREISTAAT SACHSEN: Landesentwicklungsplan 1994, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung. Dresden (September) 1994.
- STATISTIK DER KOHLENWIRTSCHAFT E.V.: Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft Nr. 146. Essen und Köln, Juni 1999.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Definition Anlageinvestitionen, in: <http://www-zr.statistik-bund.de/zeitreih/def/def0039.htm>, gelesen am 19.10.2000.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 1, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 4.1.1, Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1995. Stuttgart 1996.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 2. Unternehmen und Arbeitsstätten. Reihe 5. Gewerbeanzeigen. Dezember und Jahr 1998. Stuttgart 1999.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 3, Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Reihe 3.2.1, Wachstum und Ernte – Feldfrüchte, Gemüse, Obst, Trauben, 13/1999. Stuttgart 2000.
- STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe. Reihe 4.1.2, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus

und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Beschäftigtengrößenklassen 1999. Stuttgart 2000.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 4, Produzierendes Gewerbe. Reihe 4.1.2, Betriebe, Beschäftigte und Umsatz des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden nach Beschäftigtengrößenklassen 1995. Stuttgart 1998.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 6, Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr, Reihe 7.1, Beherbergung im Reiseverkehr, Dezember und Jahr 1995. Stuttgart 1996.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 6, Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr, Reihe 7.1, Beherbergung im Reiseverkehr, Juni 1995. Stuttgart 1995.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 6, Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr, Reihe 7.1, Beherbergung im Reiseverkehr, Dezember und Jahr 1999. Stuttgart 2000.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 6, Handel, Gastgewerbe, Reiseverkehr, Reihe 7.1, Beherbergung im Reiseverkehr, Juni 1999. Stuttgart 1999.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 11, Bildung und Kultur, Reihe 4.5, Finanzen der Hochschulen 1998. Stuttgart 2000.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 8: Umsatzsteuer. 1994. Stuttgart 1997.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 14: Finanzen und Steuern. Reihe 8: Umsatzsteuer. 1997. Stuttgart 1999.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Hochschulstandort Deutschland. Bildung und Kultur. Presseexemplar. Wiesbaden 1999.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1996.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1997.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1998

STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 1999.

STATISTISCHES BUNDESAMT: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart 2000.

STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Finanzen und Steuern. Die Umsätze und ihre Besteuerung. Ergebnisse 1997, Statistische Berichte L IV 1 j/97.

- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei. Arbeitskräfte in den landwirtschaftlichen Betrieben. Statistische Berichte C IV 1 2j/97.
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Statistische Berichte, A VI 12 hj-1/98.
- STATISTISCHES LANDESAMT SACHSEN-ANHALT: Zahlen. Daten. Fakten. Monatsheft des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt, Nr. 03/2000.
- STEIL, F.: Determinanten regionaler Unterschiede in der Gründungsdynamik. Eine empirische Analyse für die neuen Bundesländer. ZEW-Wirtschaftsanalysen, Bd. 34. Baden-Baden 1999.
- STEINER, V.; KRAUS, F.: Haben Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland bessere Wiederbeschäftigungschancen als Arbeitslose, in: Steiner, V., Bellmann, L. (Hrsg.): Mikroökonomik des Arbeitsmarktes. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 192. Nürnberg 1995, S. 387-423.
- STEUERUNGS- UND BUDGETAUSSCHUSS FÜR DIE BRAUNKOHLESANIERUNG, GESCHÄFTSSTELLE: Braunkohlesanierung in den neuen Bundesländern (Stand Ende 1998). Berlin, Redaktionsschluss 17. Mai 1999.
- STIGLITZ, J.; WEISS, A.: Credit Rationing in Markets with Imperfect Information, in: American Economic Review, Vol. 71 (1981), S. 393-410.
- STRAUBHAAR, T.; WOLBURG, M.: Brain Drain and Brain Gain in Europe. An Evaluation of the East European Migration to Germany, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 218 (1999), H. 5+6, S. 574-604.
- STRUCK, J.: Gründungsstatistik als Informationsquelle der Wirtschaftspolitik. Eine empirische Analyse statistischer Quellen mit internationalem Vergleich. FGF Entrepreneurship Research Monographien, Bd. 13. Köln, Dortmund 1998.
- THÜRINGER VERORDNUNG ÜBER DAS LANDESENTWICKLUNGSPROGRAMM THÜRINGEN. Vom 10. November 1993, in: Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 34/1993, Ausgegeben zu Erfurt, den 7. Dezember 1993.
- TÖDTLING, F.: Spatial Differentiation of Innovation – Locational and Structural Factors: Results of an Austrian Case Study, in: Bergman, E. M., Maier, G., Tödtling, F. (Hrsg.): Regions Reconsidered. Economic Networks, Innovation, and Local Development in Industrialized Countries. London 1991, S. 215-239.
- TRABOLD, H.: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, (1995), S. 169-185.

- UMWELT UND VERKEHR, hrsg. vom Ministerium für Raumordnung und Umwelt des Landes Sachsen-Anhalt, 2., überarbeitete Auflage. Magdeburg, Dezember 1998.
- UMWELTBUNDESAMT: Daten zur Umwelt. Der Zustand der Umwelt in Deutschland. Ausgabe 1997. Berlin 1997.
- UNABHÄNGIGES MARKTFORSCHUNGSINSTITUT INFO GMBH: Arbeitslosenreport Ost 1993. Repräsentative Befragung von Arbeitslosigkeit Betroffener in den neuen Bundesländern. Berlin 1994.
- WAGNER, J.: Regionale Beschäftigungsdynamik und höherwertige Produktionsdienste. Ergebnisse für den Großraum Hannover (1979-1992), in: Raumforschung und Raumordnung, 52. Jg. (1994), H. 2, S. 146-150.
- Was ego. will ..., in: http://www.ego-on.de/sites/about/967040327/index_content_html, S. 1, gelesen am 06.11.2000.
- WEGENER, T.: Institutionelle Aspekte der Regionalisierung von Wirtschafts- und Strukturpolitik. Das Beispiel Sachsen-Anhalt. ifo dresden studien 24. Dresden 2000.
- WEISS, P.: Entwicklung von Existenzgründungen. Eine Bestandsaufnahme, in: Ridinger, R., Weiss, P. (Hrsg.): Existenzgründungen und dynamische Wirtschaftsentwicklung. Veröffentlichungen des Round Table Mittelstand, Bd. 2. Berlin 1999, S. 41-59.
- WELZEL, B.: Der Unternehmer in der Nationalökonomie. Untersuchungen zur Wirtschaftspolitik, Bd. 12. Köln 1995.
- www.braunkohle.de/deutsch/statistiken/jahresuebersicht/frame2.htm
gelesen am 01.12.2000.
- ZUCKER, L. G.; DARBY, M. R.; BREWER, M. B.: Intellectual Human Capital and the Birth of U. S. Biotechnology Enterprises, in: American Economic Review, Vol. 88 (1998), S. 290-306.

Tabellenanhang

Verzeichnis des Tabellenanhangs	Seite
Tabellen für die Abschnitte 3.1 – 3.2 „Landesanalyse“	
Tabelle A-L.1: Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 1995 und 1999	425
Tabelle A-L.2: Frauenabsolventenquote nach Bundesländern in den Jahren 1995/96 und 1997/98	426
Tabelle A-L.3: Teilnehmer an ABM und Struktur Anpassungsmaßnahmen je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Bundesländern 1996-1999	426
Tabelle A-L.4: Ergebnisse zu den Wirkungen von ABM auf die Beschäftigungschancen in Ostdeutschland	427
Tabelle A-L.5: Modifizierte Erwerbstätigenquote nach Bundesländern 1993-1999	428
Tabelle A-L.6: Bruttoanlageinvestitionen nach Bundesländern 1991-1996	429
Tabelle A-L.7: Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner nach Bundesländern 1991-1996	430
Tabelle A-L.8: Bruttoanlageinvestitionen je Einheit Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bundesländern 1991-1996	431
Tabelle A-L.9: Betriebliche Investitionen ^a im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998	432
Tabelle A-L.10: Betriebliche Investitionen je Einwohner im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998	433
	409

Tabelle A-L.11: Betriebliche Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998	434
Tabelle A-L.12: Anteil der Ausrüstungsinvestitionen an den betrieblichen Gesamtinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998	435
Tabelle A-L.13: Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte gewerbliche Investitionen nach Bundesländern in den Jahren 1991 bis 1999	436
Tabelle A-L.14: Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte gewerbliche Investitionen je nach Bundesländern in den Jahren 1991 bis 1999	437
Tabelle A-L.15: Patentanmeldungen nach Bundesländern 1995-1999	438
Tabelle A-L.16: Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995-1999	438
Tabelle A-L.17: FuE-Personal im Wirtschaftssektor nach Bundesländern 1995 und 1997	439
Tabelle A-L.18: FuE-Personal im Wirtschaftssektor je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 und 1997	439
Tabelle A-L.19: FuE-Personalintensität und FuE-Umsatzintensität nach Bundesländern in den Jahren 1995 und 1997	440
Tabelle A-L.20: Interne FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor nach Bundesländern 1995 und 1997	440
Tabelle A-L.21: Interne FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor je Einwohner nach Bundesländern 1995 und 1997	441

Tabelle A-L.22:	
Ausgaben der Hochschulen nach Bundesländern in den Jahren 1995 bis 1998	441
Tabelle A-L.23:	
Ausgaben der Hochschulen je Einwohner nach Bundesländern 1995 bis 1998	442
Tabelle A-L.24:	
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Hochschulen nach Bundesländern 1995 bis 1998	442
Tabelle A-L.25:	
Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Hochschulen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 bis 1998	443
Tabelle A-L.26:	
Zahl der Professoren in Hochschulen nach Bundesländern 1995 bis 1998	443
Tabelle A-L.27:	
Zahl der Professoren in Hochschulen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 bis 1998	444
Tabelle A-L.28:	
Zahl der Professoren in Hochschulen je 1.000 Studenten nach Bundesländern 1995 bis 1998	444
Tabelle A-L.29:	
Relation der Einnahmen aus Drittmitteln zu Einnahmen aus Grundmitteln in Hochschulen nach Bundesländern 1995 bis 1998	445
Tabelle A-L.30:	
Wissenschaftler an öffentlichen Forschungseinrichtungen außerhalb von Hochschulen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 und 1997	445
Tabelle A-L.31:	
Verunglückte im Straßenverkehr je 1.000 Einwohner nach Bundesländern 1991 und 1995-1999	446
Tabelle A-L.32:	
Struktur der Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau in Sachsen-Anhalt nach Verwendungszwecken 1995-1999 sowie 2000	446
Tabelle A-L.33:	
Güte der Verkehrsinfrastruktur Straße nach Bundesländern 1985-1999	447
Tabelle A-L.34:	
Anteil der Investitionsausgaben an den Ausgaben insgesamt der Hochschulen nach Bundesländern 1995 bis 1997	447

Tabelle A-L.35: Länge des Schienennetzes pro Quadratkilometer nach Elektrifizierung, Ausbaustand und Bundesländern	448
Tabelle A-L.36: ICE/EC/IC-Streckenlänge pro Quadratkilometer nach Ausbaustand und Bundesländern	448
Tabelle A-L.37: IR-Streckenlänge pro Quadratkilometer nach Ausbaustand und Bundesländern	449
Tabelle A-L.38: Güte der Verkehrsinfrastruktur Schiene nach Bundesländern 1979-1999	449
Tabelle A-L.39: Aufgliederung der Investitionsausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Bereich der Hochschulen 1991-1999 (Summe)	450
Tabelle A-L.40: Zahl der Selbstständigen nach Bundesländern 1995 bis 1999	450
Tabelle A-L.41: Zahl der weiblichen Selbstständigen nach Bundesländern 1995 bis 1999	451
Tabelle A-L.42: Selbstständigigenquote nach Bundesländern 1995 bis 1999	451
Tabelle A-L.43: Selbstständigigenquote der Frauen nach Bundesländern 1995 bis 1999	452
Tabelle A-L.44: Bestand an Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern zugehörig sind, nach Bundesländern 1995 bis 2000	452
Tabelle A-L.45: Bestand an Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern zugehörig sind, je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 bis 1999	453
Tabelle A-L.46: Betriebsbestand im Handwerk (Vollhandwerk) nach Bundesländern 1995 bis 1999	453
Tabelle A-L.47: Betriebsbestand im Handwerk (Vollhandwerk) je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 bis 1999	454

Tabelle A-L.48: Gewerbeanmeldungen, Gewerbeabmeldungen und Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen nach Bundesländern 1996 bis 1999	455
Tabelle A-L.49: Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1996-1999	456
Tabelle A-L.50: Struktur der Gewerbeabmeldungen nach Anlässen nach Bundesländern 1999	457
Tabelle A-L.51: Zahl der Förderfälle im Rahmen der Förderung durch die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) nach Bundesländern 1995 bis 1999	458
Tabelle A-L.52: Zahl der Förderfälle je 10.000 Einwohner im Rahmen der Förderung durch die Deutsche Ausgleichsbank (DtA) nach Bundesländern 1995 bis 1999	458
Tabelle A-L.53: Anzahl der Darlehen im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft insgesamt (inkl. Umweltprogramm) durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach Bundesländern 1995 bis 1999	459
Tabelle A-L.54: Anzahl der Darlehen je 10.000 Einwohner im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft insgesamt (inkl. Umweltprogramm) durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach Bundesländern 1995 bis 1999	459
Tabelle A-L.55: Anzahl der Beteiligungen (Bestand) von Venture-Capital-Gesellschaften (Gesamtmarkt) je 10.000 IHK-zugehörige Unternehmen (ins Handelsregister eingetragene und Kleingewerbetreibende)	460
Tabelle A-L.56: Mehrheitseigentümer der Betriebe nach Herkunft des Eigentümers und Bundesländern im Juli 1999	460
Tabelle A-L.57: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) nach Bundesländern 1995-1998	461

Tabelle A-L.58: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) je Einwohner nach Bundesländern 1995-1998	462
Tabelle A-L.59: Deutsche Direktinvestitionen im Ausland in Relation zu den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) nach Bundesländern 1995-1998	463
Tabelle A-L.60: Umsätze der Industriebetriebe nach Absatzregionen und Bundesländern 1998	463
Tabelle A-L.61: Partner der Industriebetriebe bei FuE-Kooperationen nach Ländern 1998	464
Tabelle A-L.62: Zahl der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Beschäftigtengrößenklassen nach Bundesländern 1999 und 2000	465
Tabelle A-L.63: Anteil der Betriebe und der Beschäftigten in den jeweiligen Beschäftigtengrößenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe bzw. der Gesamtzahl der Beschäftigten nach Bundesländern 1999-2000	466
Tabelle A-L.64: Lieferungen und Leistungen der Umsatzsteuerpflichtigen nach Größenklassen der Lieferungen und Leistungen und Bundesländern im Jahr 1997	467
Tabelle A-L.65: Umsatzsteuerpflichtige nach Größenklassen der Lieferungen und Leistungen und Bundesländern 1997	468
Tabelle A-L.66: Zahl der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe nach Beschäftigtengrößenklassen und Bundesländern 1995 und 1999	469
Tabelle A-L.67: Anteil der Betriebe in der jeweiligen Beschäftigtengrößenklasse an der Gesamtzahl der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999 (jeweils 30.09.)	469

Tabelle A-L.68: Anteil der Umsätze in der jeweiligen Beschäftigtengrößenklasse an den Gesamtumsätzen der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999	470
Tabelle A-L.69: Anteil der Beschäftigten in der jeweiligen Beschäftigtengrößenklasse an der Gesamtzahl der Beschäftigten der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999 (jeweils 30.09.)	470
Tabelle A-L.70: Umsätze je Beschäftigten je Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen der Betriebe im Bergbau und in der Gewinnung von Steinen und Erden, Verarbeitendes Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999	471
Tabelle A-L.71: Lagerstättenvorräte der Braunkohlereviere in Deutschland	471
Tabelle A-L.72 Ausgewählte Kohlequalitäten der wichtigsten Braunkohlereviere in Deutschland	472
Tabelle A-L.73: Abraumbewegung und Kohlegewinnung in deutschen Braunkohlerevieren 1998	472
Tabelle A-L.74: Braunkohleförderung in Sachsen-Anhalt und in den anderen deutschen Braunkohleregionen 1995 bis 1999	473
Tabelle A-L.75: Förderung im Kali- und Steinsalzbergbau und Industriesolen für Sachsen-Anhalt 1995-1999	474
Tabelle A-L.76: Wasserversorgung nach Bundesländern 1995	475
Tabelle A-L.77: Wasserabgabe nach Verbrauchergruppen und Bundesländern 1998 (nach Sitz des Unternehmens)	476
Tabelle A-L.78: Kosten der Sanierungsleistungen im Rahmen der Braunkohlesanierung durch die LMBV nach Regionen 1996-1999	477
Tabelle A-L.79: Grundeigentum der LMBV nach Regionen zum 31.12.1999	478

Tabelle A-L.80: Beschäftigte in der Braunkohlesanierung nach Regionen 1996-1999	478
Tabelle A-L.81: Beschäftigte im Rahmen der Arbeitsförderung in der Braunkohlesanierung nach Regionen 1996-1999	479
Tabelle A-L.82: Bundesweite Übersicht zur Altlastenerfassung (Stand Dezember 1998)	480
Tabelle A-L.83: Siedlungsdichte nach Bundesländern 1993 und 1997	481
Tabelle A-L.84: Bestand an Bürgschaften und Garantien der Bürgschaftsbanken nach Bundesländern zum 31.12.1999	481
Übersicht A-L.1: Vergleich wichtiger Elemente der Raumordnungspläne auf der Landesebene in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen	482

Tabellen für den Abschnitt 3.3 „Sektoralanalyse“

Tabelle A-S.1: Unternehmen der Industrie- und Handelskammern nach Wirtschaftszweigen und Bundesländern zum 01.01.2000	484
Tabelle A-S.2: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	485
Tabelle A-S.3: Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	485
Tabelle A-S.4: Entwicklung der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999	486
Tabelle A-S.5: Dienstleistungsberufe in den Teilsektoren der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1996 (30.06.)	487
Tabelle A-S.6: Nettogewerbeanmeldungen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen Ländern und Deutschland insgesamt 1997-99 (Summe)	488

Tabelle A-S.7: Insolvenzindex nach Wirtschaftszweigen und Bundesländern 1995-98	489
Tabelle A-S.8: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995, 1998, 1999	490
Tabelle A-S.9: Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1998 und 1999	491
Tabelle A-S.10: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsarten nach Bundesländern 1998 gegenüber 1995 und 1999 gegenüber 1998	492
Tabelle A-S.11: Branchenzuordnung zu Dienstleistungsarten entsprechend der Systematik der Wirtschaftszweige der Bundesanstalt für Arbeit WZBA73 und der Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 1993 (WZ 93)	494
Tabelle A-S.12: Veränderung des Umfangs der Lieferungen und Leistungen lt. Umsatzsteuer- statistik nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1997 gegenüber 1994	496
Tabelle A-S.13: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1999 gegenüber 1998	498
Tabelle A-S.14: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stichtag 30.06.) je 100.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1998 und 1999	500
Tabelle A-S.15: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsbranchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1998 und 1999	502
Tabelle A-S.16: Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte gewerbliche Investitionen je 10.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1995 bis 1999 (Summe)	504
	417

Tabelle A-S.17: Nettogewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1999	505
Tabelle A-S.18: Veränderung der Zahl der Steuerpflichtigen lt. Umsatzsteuerstatistik nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1997 gegenüber 1994	506
Tabelle A-S.19: Zahl der Steuerpflichtigen lt. Umsatzsteuerstatistik je 100.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1994 und 1997	508
Tabelle A-S.20: Angebot im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999	510
Tabelle A-S.21: Entwicklung der Auslastung im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1999 gegenüber 1995	511
Tabelle A-S.22: Auslastung angebotener Betten im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999	511
Tabelle A-S.-23: Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999	512
Tabelle A-S.24: Entwicklung der Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1999 gegenüber 1995	513
Tabelle A-S.25: Gesamtumsatz und Auslandsumsatz der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	514
Tabelle A-S.26: Exportquote 1999 und Veränderung des Auslandsumsatzes 1995-1999 der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern	515
Tabelle A-S.27: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	516
Tabelle A-S.28: Veränderung der Beschäftigung der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 gegenüber 1995	517

Tabelle A-S.29: Angestellte in den Betrieben im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	518
Tabelle A-S.30: Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss an allen Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern am 30. Juni 1999	519
Tabelle A-S.31: Bruttoverdienste je bezahlter Arbeiterstunde der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Oktober 1999	520
Tabelle A-S.32: Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern	521
Tabelle A-S.33: Investitionen in Relation zu den Beschäftigten der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1996-1998 (arithmet. Mittel)	522
Tabelle A-S.34: Bruttozugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen (Ausrüstungsinvestitionen) der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1998 (arithmet. Mittel)	523
Tabelle A-S.35: FuE-Personal der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen und Bundesländern 1997	524
Tabelle A-S.36: Interne FuE-Aufwendungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen und Bundesländern 1997	525
Tabelle A-S.37: Interne FuE-Aufwendungen der Unternehmen im Verhältnis zum Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen und Bundesländern 1997	526
Tabelle A-S.38: Veränderung des FuE-Personals in den Forschungsstätten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes nach Branchen und Bundesländern 1995/91	527

Tabelle A-S.39: Anteil der weiblichen Arbeiter und Angestellten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Juli 1999	528
Tabelle A-S.40: Bruttoverdienste der Arbeiterinnen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Juli 1999	529
Tabelle A-S.41: Betriebsgröße nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	530
Tabelle A-S.42: Nettogewerbeanmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	531
Tabelle A-S.43: Ausländische Direktinvestitionen nach Branchen in Sachsen-Anhalt und Deutschland 1995-1998 (Jahresende)	532
Tabelle A-S.44: Ausgewählte Kennziffern für das Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	533
Tabelle A-S.45: Ausgewählte Kennziffern für das sonstige Baugewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	533
Tabelle A-S.46: Ausgewählte Kennziffern für das Bauinstallationsgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	533
Tabelle A-S.47: Gesamtfläche, Landwirtschaftsfläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche, Ackerfläche und Dauergrünland nach Bundesländern im Jahr 1999	534
Tabelle A-S.48: Hektarerträge im Getreideanbau nach Bundesländern 1995 und 1999	535
Tabelle A-S.49: Anbauflächen im Getreideanbau nach Bundesländern 1995 und 1999	536
Tabelle A-S.50: Hektarerträge aus dem Anbau ausgewählter Feldfruchtarten nach Bundesländern 1995 und 1999	537
Tabelle A-S.51: Anbauflächen ausgewählter Feldfruchtarten nach Bundesländern 1995 und 1999	538

Tabelle A-S.52: Viehbestand nach Bundesländern 1995 bis 1999 (Dezember)	539
Tabelle A-S.53: Milcherzeugung nach Bundesländern 1995 und 1999	540
Tabelle A-S.54: Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei nach Bundesländern 1995 bis 1999 (jeweils Stand April)	541
Tabelle A-S.55: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Landwirtschaft und Tierhaltung nach Ausbildungs- und Berufsabschlüssen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999	542
Tabelle A-S.56: Anlagevermögen in landwirtschaftlichen Betrieben (Juristische Personen) nach Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1998/99	542
Tabelle A-S.57: Anlagevermögen und Tiervermögen in landwirtschaftlichen Hauptidebetrieben (Einzelunternehmen) nach Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1998/99	543
Tabelle A-S.58: Landwirtschaftliche Betriebe und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Bundesländern 1995 und 1999	545
Tabelle A-S.59: Landwirtschaftliche Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Bundesländern 1995 und 1999	546
Tabelle A-S.60: Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Bundesländern 1995 und 1999	547
Tabelle A-S.61: Viehhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben nach Bundesländern 1999	548
Tabelle A-S.62: Anteil der Betriebe mit größeren Tierbeständen nach Bundesländern 1999	549

Tabellen für den Abschnitt 4 („Regionalanalyse“)

Tabelle A-R.1: Unterbeschäftigungsquote nach Regionen Sachsen-Anhalts zwischen 1995-1999	550
--	-----

Tabelle A-R.2: Pendlersaldo der Regionen Sachsen-Anhalts mit ausgewählten Ländern (30.6.1995)	550
Tabelle A-R.3: Pendlerbewegung zwischen der Stadt Halle/Saale und der Stadtregion Leipzig 1995 und 1998	551
Tabelle A-R.4: Wanderungsverflechtung der Regionen Sachsen-Anhalts (1995)	551
Tabelle A-R.5: Wanderungsverflechtung der Regionen Sachsen-Anhalts (1996)	552
Tabelle A-R.6: Wanderungsverflechtung der Regionen Sachsen-Anhalts 1997	552
Tabelle A-R.7: Zuzüge aus ausgewählten Ländern in die Regionen Sachsen-Anhalts 1998	553
Tabelle A-R.8: Fortzüge in ausgewählte Länder aus den Regionen Sachsen-Anhalts 1998	553
Tabelle A-R.9: Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1998	554
Tabelle A-R.10: Frauen in ABM pro 100 arbeitslose Frauen nach Regionen Sachsen-Anhalts zwischen 1995-1999	554
Tabelle A-R.11: Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1998	554
Tabelle A-R.12: Mit der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur geförderte Investitionen der gewerblichen Wirtschaft nach Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1999	555
Tabelle A-R.13: Ausrüstungsinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1993-1998	555
Tabelle A-R.14: Interne FuE-Aufwendungen in den Forschungsstätten von Unternehmen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1997	556

Tabelle A-R.15: FuE-Personalintensität und FuE-Ausgabenintensität nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1997	556
Tabelle A-R.16: Beschäftigte in öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998/99	557
Tabelle A-R.17: Gewerbeanmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	557
Tabelle A-R.18: Gewerbeabmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	558
Tabelle A-R.19: Nettogewerbeanmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	558
Tabelle A-R.20: Förderfälle aus den Förderprogrammen der DtA in Sachsen-Anhalt nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	559
Tabelle A-R.21: Exporte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	559
Tabelle A-R.22: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößen, Wirtschafts- zweigen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999	560
Tabelle A-R.23: Zuwendungen des Ministeriums für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt in ausgewählte Bereiche der wirtschaftsnahen Infrastruktur nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-2000 (Summe)	561
Tabelle A-R.24: GRW-geförderte Investitionen in ausgewählten Bereichen der wirtschaftsnahen Infrastruktur nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999	562
Tabelle A-R.25: Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammern nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 31.12.1999	563
Tabelle A-R.26: Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1996	563

Tabelle A-R.27: Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1997	564
Tabelle A-R.28: Erwerbstätigenquote nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1997 im Jahresdurchschnitt	564
Tabelle A-R.29: Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach der Forschungsintensität der Branchen und nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999	565
Tabelle A-R.30: Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999	566
Tabelle A-R.31: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999	567
Tabelle A-R.32: Veränderung des Umsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999 gegenüber 1995	568
Tabelle A-R.33: Umsatz im Baugewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1995 und 1999	569
Tabelle A-R.34: Bruttolohn- und Gehaltssumme im Baugewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1995 und 1999	569
Tabelle A-R.35: Arbeitsstunden im Baugewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1995 und 1999	570
Tabelle A-R.36: Angebot und Nachfrage im Gastgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999	570
Tabelle A-R.37: Standardbetriebseinkommen (StBE) pro Vollzeitäquivalent, Betrieb und Hektar nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999	571

Tabelle A-L.1:
Altersstruktur der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	1995										1999/1995							
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in den Altersgruppen (nach Lebensjahren)										Veränderung in %							
	unter 20	20-30	30-45	45-55	55-60	60 und mehr	unter 20	20-30	30-45	45-55	55-60	60 und mehr	20-30	30-45	45-55	55-60	60 und mehr	
	je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte																	
	<i>Männer und Frauen</i>																	
Sachsen-Anhalt	44	203	442	225	78	9	51	175	442	229	90	12	17,2	-13,8	-0,1	2,0	16,2	41,9
Brandenburg	40	199	462	208	81	10	46	177	458	215	89	15	16,0	-10,7	-1,0	3,3	9,9	47,8
Mecklenburg- Vorpommern	55	197	469	197	74	9	65	173	454	214	81	13	17,7	-12,4	-3,2	8,6	9,8	58,1
Sachsen	44	207	432	226	81	11	49	188	425	229	94	14	11,5	-8,9	-1,6	1,4	16,9	30,6
Thüringen	47	202	446	220	77	9	53	179	436	229	91	12	13,2	-11,6	-2,2	4,4	17,9	40,0
NBL Flächenländer	45	203	446	218	79	10	52	180	440	225	90	14	14,6	-11,0	-1,5	3,2	14,8	40,2
ABL Flächenländer	38	253	408	198	82	21	37	211	447	201	79	24	-0,2	-16,5	9,4	1,7	-4,5	18,6
ABL mit Hamburg, Bremen, Berlin	36	250	408	201	84	21	36	209	447	203	80	25	0,4	-16,1	9,4	0,5	-3,8	18,5
	<i>Frauen</i>																	
Sachsen-Anhalt	17	93	214	107	33	2	20	82	218	115	42	3	20,5	-11,8	1,7	7,0	27,6	45,2
Brandenburg	15	89	220	100	35	2	16	81	219	105	42	3	9,4	-8,5	-0,2	5,8	20,7	53,1
Mecklenburg- Vorpommern	21	90	226	95	33	2	26	82	227	108	39	3	25,7	-9,1	0,7	14,1	19,2	66,0
Sachsen	17	92	202	107	34	2	19	88	205	114	44	3	12,1	-4,8	1,7	5,9	28,8	23,0
Thüringen	17	92	217	105	33	2	19	83	218	115	43	2	10,9	-9,8	0,3	9,2	29,4	34,3
NBL Flächenländer	17	92	213	104	34	2	20	84	215	112	42	3	15,2	-8,2	1,0	7,6	26,0	38,7
ABL Flächenländer	16	121	167	83	32	5	16	101	184	88	32	6	-2,7	-16,6	9,9	6,3	-0,3	17,3
ABL mit Hamburg, Bremen, Berlin	16	120	169	86	33	5	16	101	186	90	34	6	-1,8	-16,0	9,8	4,9	0,3	17,2

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.2:

Weibliche Schulentlassene nach Abschlussarten und Bundesländern 1995/1996 und 1997/1998

- Anzahl weiblicher Schulentlassener mit der jeweiligen Abschlussart je 10.000 Einwohner -

Land/Region	1995/96				1997/1998			
	ohne Haupt-schulab-schluss	mit Haupt-schulab-schluss	mit Real-schulab-schluss	Fach- und Hoch-schul-reife	ohne Haupt-schulab-schluss	mit Haupt-schulab-schluss	mit Real-schulab-schluss	Fach- und Hoch-schul-reife
Sachsen-Anhalt	4,1	5,8	34,0	20,7	4,9	7,8	35,9	21,9
Brandenburg	3,2	8,8	26,0	17,5	3,5	9,5	32,4	24,4
Mecklenburg-Vorpommern	4,4	10,4	39,0	22,4	4,8	12,1	38,2	23,0
Sachsen	4,4	5,2	32,2	20,4	4,4	6,1	32,8	21,3
Thüringen	5,4	10,5	31,5	20,8	6,4	9,3	29,8	23,7
NBL Flächenländer	4,3	7,6	32,2	20,3	4,7	8,4	33,5	22,6
ABL Flächenländer	2,9	13,8	19,1	12,7	3,2	13,9	21,7	13,3
ABL mit Hamburg, Bremen, Berlin	3,0	13,4	18,9	13,0	3,3	13,6	21,4	13,6

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.3:

Teilnehmer an ABM und Struktur Anpassungsmaßnahmen je 100 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Bundesländern 1996-1999

Quartal	Sachsen-Anhalt	Mecklenburg-Vorpommern	Brandenburg	Sachsen	Thüringen	Neue Länder
IV/96	6,2	6,5	4,3	4,3	5,9	5,2
I/97	6,2	6,2	4,0	4,1	5,9	5,1
II/97	5,9	5,8	3,7	4,0	5,5	4,8
III/97	5,7	5,8	3,7	4,0	5,3	4,7
IV/97	4,9	5,4	4,0	3,6	5,1	4,4
I/98	4,1	5,9	3,4	4,5	4,2	4,3
II/98	7,0	8,2	6,4	6,1	8,6	7,0
III/98	8,8	10,6	8,5	7,7	10,5	8,9
IV/98	9,8	10,8	9,3	8,0	10,8	9,4
I/99	8,0	10,1	8,4	7,2	10,2	8,4
II/99	7,3	9,3	6,9	6,9	9,3	7,7
III/99	6,6	8,7	5,9	5,7	8,0	6,7
IV/99	6,3	8,3	5,3	5,3	7,5	6,6

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.4:

Übersicht über Evaluationsstudien zu den Wirkungen von ABM auf die Beschäftigungschancen in Ostdeutschland

Autor	Datensatz	Zeitraum	Erfolgskriterium	Methode	Wirkung auf Erfolgskriterium
Steiner, Kraus ¹	AMM	1990-1992	Übergangsrate in Erwerbstätigkeit	Diskretes Hazard Raten Modell	Männer kurzfristig 0 langfristig: + Frauen: kurzfristig:- langfristig: -
Hübler ²	AMM	1990-1994	Erwerbstätigkeit	Random Effekts Probit Model Multinominales Logitmodell	RE-Model: Männer: - Frauen: 0 Logit-Modell: kurzfristig: 0 langfristig:0 bis + mit zusätzlicher Berücksichtigung von Selektionsverzerrung: gegenüber Arbeitslosigkeit:+ gegenüber Inaktivität: -
Eichler, Lechner ³	AMM LSA	1991-1997	Differenz in der Arbeitslosigkeitsquote	Matchingansatz nicht-parametrische Differenz-von-Differenzen-Methode	Männer: - Frauen: -

¹ STEINER, V.; KRAUS, F.: Haben Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland bessere Wiederbeschäftigungschancen als Arbeitslose. In: Steiner, V; Bellmann, L. (Hrsg.): Mikroökonomik des Arbeitsmarktes. Beiträge aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. 192, Nürnberg 1995, S. 387-423.

² HÜBLER, O.: Evaluation beschäftigungspolitischer Maßnahmen in Ostdeutschland. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Nr. 216, 1997, S. 21-44.

³ EICHLER, M.; LECHNER, M.: An Evaluation of Public Employment Programs in the East German State of Sachsen-Anhalt. Unveröffentlichtes Manuskript, Mannheim/St. Gallen. 1998.

Fortsetzung Tabelle A-L.4:

Autor	Datensatz	Zeitraum	Erfolgskriterium	Methode	Wirkung auf Erfolgskriterium
Kraus, Puhani, Steiner ⁴	AMM	1990-1992 1992-1994	Übergangsrate in stabile oder instabile Erwerbstätigkeit oder Nichterwerbstätigkeit	Diskretes Hazard Raten Modell	in beiden Perioden: Männer: - Frauen: -
Bergemann, Schultz ⁵	AMM LSA	1990-1998	Differenz in Beschäftigungsquote	Matchingansatz nicht-parametrische Differenz-von-Differenzen-Methode	Männer: - Frauen: -

Erläuterung der Abkürzungen: AMM = Arbeitsmarktmonitor Ostdeutschland; AMM LSA = Arbeitsmarktmonitor Sachsen-Anhalt.

Quelle: Zusammenstellung des IWH.

Tabelle A-L.5:

Modifizierte Erwerbstätigenquote nach Bundesländern 1993-1999

- Erwerbstätige im regulären Arbeitsmarkt^a je 1.000 Einwohner -

Land/Region	1993	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1995
	Personen						in %
Sachsen-Anhalt	397	407	398	391	390	389	-4,4
Brandenburg	413	417	415	421	415	427	2,3
Mecklenburg-Vorpommern	410	424	420	411	396	400	-5,6
Sachsen	394	415	416	411	401	416	0,2
Thüringen	405	418	414	419	411	421	0,6
NBL Flächenländer	402	415	412	410	402	412	-0,9
ABL Flächenländer	452	439	439	437	439	444	1,1
ABL mit Hamburg, Bremen	453	441	439	438	439	444	0,7

^a Erwerbstätige insgesamt minus ABM-Beschäftigte insgesamt.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

⁴ KRAUS, F.; PUHANI, P. A.; STEINER, V.: Employment Effects of Public Financed Training Programs. The East German Experience. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Nr. 219, 1999, S. 216-248.

⁵ BERGEMANN, A; SCHULTZ, B.: Effizienz von Qualifizierungs- und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in Ostdeutschland, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2000, S. 243-253.

Tabelle A-L.6:
Bruttoanlageinvestitionen nach Bundesländern 1991-1996
- in Mio DM -

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1991-1996 insgesamt	Veränderung 1996/1991 in %	Jahres- durchschnitt 1991-1994	Jahres- durchschnitt 1995-1996
Sachsen-Anhalt	16.120	25.062	30.584	35.568	36.196	34.866	178.396	116,3	26.834	35.531
Brandenburg	14.417	19.404	26.227	31.453	30.775	32.825	155.101	127,7	22.875	31.800
Mecklenburg-Vorpommern	10.869	16.764	20.258	22.520	23.208	22.079	115.698	103,1	17.603	22.644
Sachsen	28.458	35.109	40.293	54.687	60.163	61.991	280.701	117,8	39.637	61.077
Thüringen	13.605	21.200	26.944	30.585	28.963	25.872	147.169	90,2	23.084	27.418
Neue Länder ^a	83.469	117.539	144.306	174.813	179.305	177.633	877.065	112,8	130.032	178.469
Alte Länder ^b	535.273	550.391	505.515	513.277	515.947	509.518	3.129.921	-4,8	526.114	512.733

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.7:
 Bruttoanlageinvestitionen je Einwohner nach Bundesländern 1991-1996
 - in DM je Einwohner -

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1991-1996 insgesamt	Veränderung 1996/1991 in %	Jahresdurchschnitt 1991-1994	Jahresdurchschnitt 1995-1996
Sachsen-Anhalt	5.710	8.960	11.009	12.892	13.215	12.801	64.588	124,2	9.643	13.008
Brandenburg	5.669	7.630	10.334	12.398	12.106	12.850	60.988	126,7	9.008	12.478
Mecklenburg- Vorpommern	5.745	8.989	10.992	12.293	12.730	12.150	62.898	111,5	9.504	12.440
Sachsen	6.082	7.565	8.744	11.930	13.175	13.637	61.133	124,2	8.580	13.406
Thüringen	5.290	8.327	10.637	12.147	11.568	10.386	58.354	96,3	9.100	10.977
Neue Länder ^a	5.753	8.167	10.091	12.285	12.650	12.569	61.515	118,5	9.074	12.610
Alte Länder ^b	8.926	9.061	8.263	8.353	8.351	8.213	51.167	-8,0	8.651	8.282

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.8:

Bruttoanlageinvestitionen je Einheit Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach Bundesländern
1991-1996

- in TDM je 1 Mio. DM BIP, Angaben in jeweiligen Preisen -

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	Jahres- durchschnitt 1991-1996	Veränderung 1996/1991 in %
Sachsen-Anhalt	458	553	548	570	544	507	534	10,8
Brandenburg	403	427	474	502	452	452	456	12,1
Mecklenburg- Vorpommern	449	545	563	546	515	471	516	4,9
Sachsen	475	463	433	511	521	511	490	7,6
Thüringen	473	536	549	543	485	408	496	-13,7
Neue Länder ^a	454	496	499	530	505	476	496	4,9
Alte Länder ^b	222	215	196	191	187	181	198	-18,9

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.9:
Betriebliche Investitionen^a im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998
 - in Mio. DM -

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1991-1998 insgesamt	Veränderung 1998/1991 in %	Jahres- durchschnitt 1991-1994	Jahres- durchschnitt 1995-1998
Sachsen-Anhalt	2.667	3.161	3.814	3.572	4.672	4.127	4.171	3.585	29.770	34,4	3.304	4.323
Brandenburg	2.198	2.447	3.070	2.964	2.992	2.745	2.770	2.029	21.215	-7,7	2.670	2.835
Mecklenburg-Vorpommern	706	1.174	1.481	1.564	1.996	1.127	791	733	9.571	3,9	1.231	1.305
Sachsen	3.633	4.134	4.414	3.812	3.788	5.401	5.027	5.384	35.593	48,2	3.998	4.739
Thüringen	1.499	2.929	2.580	2.431	2.071	1.777	1.725	2.169	17.179	44,7	2.359	1.857
Neue Länder ^b	10.702	13.844	15.360	14.343	15.518	15.176	14.485	13.900	99.428	29,9	13.562	15.060
Alte Länder ^c	96.533	90.300	72.729	67.055	70.428	54.256	72.863	78.224	524.163	-19,0	81.654	65.849

^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-1994 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). - ^b Ohne Berlin. - ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.10:
Betriebliche Investitionen^a je Einwohner im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998
 - in DM je Einwohner -

Land	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Summierte Werte 1991-1998 je Einwohner im Durchschnitt	Veränderung 1998/1991 in %	Jahresdurch- schnitt 1991-1994	Jahresdurch- schnitt 1995-1998
Sachsen-Anhalt	945	1.130	1.373	1.295	1.706	1.515	1.544	1.341	10.827	41,9	1.184	1.527
Brandenburg	864	962	1.210	1.168	1.177	1.074	1.076	783	8.311	-9,4	1.051	1.027
Mecklenburg-Vorpommern	373	629	804	854	1.095	620	438	408	5.216	9,3	663	641
Sachsen	776	891	958	831	830	1.188	1.112	1.199	7.772	54,5	864	1.081
Thüringen	583	1.150	1.018	965	827	713	696	881	6.836	51,1	928	779
Neue Länder ^b	738	962	1074	1008	1095	1074	1028	992	6.987	34,4	945	1.047
Alte Länder ^c	1.610	1.487	1.189	1.091	1.140	875	1.172	1.257	9.803	-21,9	1.342	1.111

^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-1994 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). - ^b Ohne Berlin. - ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.11:
Betriebliche Investitionen^a im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe je Beschäftigten nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998
- DM je Beschäftigten -

Land/Region	Investitionen in DM je Beschäftigten im BYG											Veränderung 1998/1991 in %
	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Jahresdurchschnitt			
									1991-1998	1991-1994	1995-1998	
Sachsen-Anhalt	7.513	15.197	23.545	25.514	38.930	37.508	40.497	34.809	22.881	15.277	37.968	363,3
Brandenburg	8.264	15.389	25.803	27.961	27.191	29.834	30.438	21.817	20.405	16.430	27.294	164,0
Mecklenburg-Vorpommern	6.535	19.668	26.752	29.148	39.716	23.469	17.988	16.660	20.600	17.661	24.929	155,0
Sachsen	6.024	13.378	18.393	17.237	18.212	26.221	25.390	25.515	16.206	11.634	23.816	323,5
Thüringen	4.528	19.017	21.145	17.945	18.657	16.440	16.120	20.269	14.569	12.600	17.875	347,6
Neue Länder ^b	6.436	15.567	21.978	21.954	25.864	26.904	26.675	24.910	18.342	13.853	26.084	287,1
Alte Länder ^c	13.562	12.995	11.268	11.096	12.058	12.551	13.248	14.171	12.614	12.296	12.990	4,5

^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-1994 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.12:

Anteil der Ausrüstungsinvestitionen^a an den betrieblichen Gesamtinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern in den Jahren 1991-1998

- in % (betriebliche Gesamtinvestitionen = 100 %) -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Jahres- durchschnitt 1991-1998	Veränderung 1998/1991 in %	Jahres- durchschnitt 1991-1994	Jahres- durchschnitt 1995-1998
Sachsen-Anhalt	82,0	82,5	78,6	77,2	86,3	81,7	82,2	84,1	82,0	2,5	79,9	83,6
Brandenburg	57,8	79,3	82,2	80,7	82,5	85,1	85,0	80,2	79,7	38,7	76,1	83,4
Mecklenburg-Vorpommern	79,8	84,1	72,3	59,5	63,1	60,8	73,8	69,9	68,9	-12,4	72,1	65,4
Sachsen	78,4	80,8	75,2	75,9	75,5	79,6	80,0	84,5	79,0	7,8	77,5	80,3
Thüringen	79,6	77,2	68,2	73,2	76,4	79,9	80,1	79,5	76,3	-0,1	74,1	78,9
Neue Länder ^b	75,3	80,4	76,0	75,0	78,6	79,8	81,3	82,2	78,6	9,2	76,7	80,4
Alte Länder ^c	83,9	82,8	83,1	85,1	86,4	86,4	88,4	86,9	85,3	3,7	83,7	87,1

^a Einbezogen sind die Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Die sektorale Zuordnung der Investitionen für die Jahre 1991-1994 fußt auf der SYPRO-Klassifikation, die Zuordnung ab 1995 auf der Klassifikation der Wirtschaftszweige 1993 (WZ 93). – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.13:

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte gewerbliche Investitionen nach Bundesländern in den Jahren 1991-1999

- in Mio. DM -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1991-1999 insgesamt	Jahresdurchschnitt 1991-1994	Jahresdurchschnitt 1995-1999
Sachsen-Anhalt	8.281	6.756	7.362	2.715	3.491	7.222	3.218	5.180	4.152	48.377	6.278	4.653
Brandenburg	8.828	2.805	5.746	6.541	2.345	3.977	2.394	4.139	3.567	40.343	5.980	3.284
Mecklenburg-Vorpommern	2.431	3.629	2.790	2.833	1.816	1.876	2.600	2.132	2.239	22.345	2.920	2.133
Sachsen	10.367	9.969	5.802	9.406	7.754	4.034	3.633	4.949	5.367	61.281	8.886	5.147
Thüringen	5.928	4.326	6.127	5.632	2.787	3.448	2.367	3.954	2.738	37.306	5.503	3.059
Neue Länder ^a	35.835	27.484	27.827	27.127	18.193	20.556	14.213	20.354	18.062	209.651	29.568	18.276

^a Ohne Berlin.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.14:

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderte gewerbliche Investitionen je Einwohner nach Bundesländern in den Jahren 1991-1999

- DM je Einwohner -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1991-1999 insgesamt	Jahresdurch- schnitt 1991-1994	Jahresdurch- schnitt 1995-1999
Sachsen-Anhalt	2.933	2.415	2.650	984	1.275	2.652	1.191	1.937	1.567	17.667	2.251	1.725
Brandenburg	3.471	1.103	2.264	2.578	923	1.557	930	1.598	1.371	15.771	2.354	1.277
Mecklenburg-Vorpommern	1.285	1.946	1.514	1.546	996	1.032	1.438	1.185	1.251	12.212	1.572	1.180
Sachsen	2.216	2.148	1.259	2.052	1.698	887	803	1.102	1.203	13.420	1.920	1.140
Thüringen	2.305	1.699	2.419	2.237	1.113	1.384	955	1.606	1.118	14.887	2.165	1.235
Neue Länder ^a	2.470	1.910	1.946	1.906	1.283	1.455	1.009	1.452	1.295	14.766	2.059	1.299

^a Ohne Berlin.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.15:

Patentanmeldungen^a nach Bundesländern 1995-1999

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	1995-1999 insgesamt	Veränderung 1999/1995 in %
	Anzahl						
Sachsen-Anhalt	354	424	444	415	419	2.056	18,4
Brandenburg	239	307	370	444	380	1.740	59,0
Meckl.-Vorp.	153	156	208	215	215	947	40,5
Sachsen	882	935	982	1.036	1.017	4.852	15,3
Thüringen	488	565	617	698	729	3.097	49,4
Neue Länder ^b	2.116	2.387	2.621	2.808	2.760	12.692	30,4
Alte Länder ^c	34.049	38.037	40.351	42.357	45.918	200.712	34,9

^a Erfasst sind die Patentanmeldungen nach dem Erfindersitz. – ^b Ohne Berlin, – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.16:

Patentanmeldungen^a je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995-1999

Land/Region	Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner						Veränderung 1999/1995 in %
	1995	1996	1997	1998	1999	1995-1999 insgesamt	
Sachsen-Anhalt	13	16	16	16	16	76	22,4
Brandenburg	9	12	14	17	15	68	55,4
Meckl.-Vorp.	8	9	12	12	12	52	43,2
Sachsen	19	21	22	23	23	107	18,1
Thüringen	19	23	25	28	30	125	52,7
Neue Länder ^b	15	17	19	20	20	90	32,6
Alte Länder ^c	55	61	65	68	74	323	33,4

^a Erfasst sind die Patentanmeldungen nach dem Erfindersitz. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Deutsches Patent- und Markenamt; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.17:

FuE-Personal im Wirtschaftssektor nach Bundesländern 1995 und 1997

- Anzahl^c -

Land/ Region	1995	1997	Veränderung 1997-1995 in %
Sachsen-Anhalt	3.267	3.073	-5,9
Brandenburg	2.821	2.860	1,4
Mecklenburg-Vorpommern	1.018	724	-28,9
Sachsen	9.891	11.438	15,6
Thüringen	4.538	4.922	8,5
Neue Länder ^a	21.535	23.017	6,9
Alte Länder ^b	239.915	240.696	0,3

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c In Vollzeitäquivalenten.

Quelle: Grenzmann, C.; Wudtke, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE-Info, 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 6; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.18:

FuE-Personal im Wirtschaftssektor je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 und 1997

- Zahl der Personen je 100.000 Einwohner^c -

Land/ Region	1995	1997	Veränderung 1997-1995 in %
Sachsen-Anhalt	119	114	-4,6
Brandenburg	111	111	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	56	40	-28,3
Sachsen	217	253	16,8
Thüringen	181	199	9,6
Neue Länder ^a	152	163	7,6
Alte Länder ^b	388	387	-0,3

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c In Vollzeitäquivalenten.

Quelle: Grenzmann, C.; Wudtke, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE-Info, 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 6; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.19:

FuE-Personalintensität^c und FuE-Umsatzintensität^d nach Bundesländern in den Jahren 1995 und 1997

Land/Region	Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten			Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz		
	1995	1997	Veränderung 1997/1995 in %	1995	1997	Veränderung 1997/1995 in %
Sachsen-Anhalt	2,04	2,19	7,4	1,03	1,04	1,0
Brandenburg	2,21	2,54	14,9	1,33	1,53	15,0
Meckl.-Vorp.	1,53	1,05	-31,4	0,74	0,45	-39,2
Sachsen	3,86	4,70	21,8	2,27	2,64	16,3
Thüringen	3,64	3,78	3,8	1,98	2,04	3,0
Neue Länder ^a	3,05	3,49	14,4	1,68	1,86	10,7
Alte Länder ^b	4,00	4,24	6,0	2,45	2,44	-0,4
Deutschland	3,92	4,17	6,4	2,40	2,41	0,4

^a Einschließlich Berlin Ost. – ^b Früheres Bundesgebiet. – ^c Anteil des FuE-Personals an der Gesamtzahl der Beschäftigten. – ^d Anteil der internen FuE-Aufwendungen am Umsatz in Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe

Quelle: GRENZMANN, C.; MARQUARDT, R.; WUDTKE, J.: FuE-Datenreport 1999. Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 1997 – 1999. Bericht über die FuE-Erhebungen 1997 und 1998, hrsg. von Wissenschaftsstatistik GmbH im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen 2000, S. 35, Tabelle 1 (auszugsweise); Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.20:

Interne FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor nach Bundesländern 1995 und 1997

- in Mio. DM -

Land/ Region	1995	1997	Veränderung 1997-1995 in %
Sachsen-Anhalt	366	398	8,7
Brandenburg	355	459	29,3
Mecklenburg-Vorpommern	104	79	-24,0
Sachsen	1.134	1.456	28,4
Thüringen	501	642	28,1
Neue Länder ^a	2.460	3.034	23,3
Alte Länder ^b	45.894	49.213	7,2

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Grenzmann, C.; Wudtke, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE-Info, 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 6; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.21:

Interne FuE-Aufwendungen im Wirtschaftssektor je Einwohner nach Bundesländern 1995 und 1997

- in DM je Einwohner -

Land/ Region	1995	1997	Veränderung 1997-1995 in %
Sachsen-Anhalt	134	147	10,2
Brandenburg	140	178	27,7
Mecklenburg-Vorpommern	57	44	-23,4
Sachsen	248	322	29,6
Thüringen	200	259	29,5
Neue Länder ^a	174	215	24,1
Alte Länder ^b	743	792	6,6

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Grenzmann, C.; Wudtke, J.: Der Osten holt auf, in: Wissenschaftsstatistik GmbH: FuE-Info, 2/1999, Zweites Halbjahr, S. 6; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.22:

Ausgaben der Hochschulen nach Bundesländern in den Jahren 1995-1998

- in Mio. DM -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1995-1998 insgesamt	Veränderung 1998-1995 in %
Sachsen-Anhalt	1.663	1.783	1.692	1.799	6.937	8,2
Brandenburg	589	641	666	659	2.555	11,9
Meckl.-Vorp.	1.117	1.235	1.307	1.327	4.986	18,8
Sachsen	2.810	2.845	2.839	2.881	11.375	2,5
Thüringen	1.269	1.333	1.254	1.298	5.154	2,3
Neue Länder ^a	7.448	7.837	7.758	7.964	31.007	6,9
Alte Länder ^b	34.643	35.736	36.517	37.201	144.097	7,4

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 71 f. – Ders.: Fachserie 11, Reihe 4.5, 1998.

Tabelle A-L.23:

Ausgaben der Hochschulen je Einwohner nach Bundesländern 1995-1998

- in DM je Einwohner -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1995-1998 insgesamt	Veränderung 1998-1995 in %
Sachsen-Anhalt	607	655	626	673	2.560	10,8
Brandenburg	232	251	259	254	996	9,8
Meckl.-Vorp.	613	680	723	738	2.752	20,4
Sachsen	615	626	628	642	2.510	4,3
Thüringen	507	535	506	527	2.075	4,0
Neue Länder ^a	525	555	551	568	2.199	8,1
Alte Länder ^b	561	576	587	598	2.322	6,6

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 71 f. – Ders.: Fachserie 11, Reihe 4.5, 1998.

Tabelle A-L.24:

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Hochschulen nach Bundesländern 1995-1998

- Zahl der Personen -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	5.711	5.841	5.806	5.931	3,9
Brandenburg	3.217	3.304	3.345	3.422	6,4
Meckl.-Vorp.	3.778	3.900	4.340	4.333	14,7
Sachsen	11.737	11.846	11.928	11.958	1,9
Thüringen	4.833	4.931	5.220	5.118	5,9
Neue Länder ^a	29.276	29.822	30.639	30.762	5,1
Alte Länder ^b	151.919	153.827	153.590	155.967	2,7

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 74 f.

Tabelle A-L.25:

Wissenschaftliches und künstlerisches Personal in Hochschulen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995-1998

- Zahl der Personen je 100.000 Einwohner -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	Jahresdurchschnitt 1995-1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	209	214	215	222	215	6,4
Brandenburg	127	129	130	132	130	4,4
Meckl.-Vorp.	207	215	240	241	226	16,2
Sachsen	257	261	264	266	262	3,6
Thüringen	193	198	211	208	202	7,7
Neue Länder ^a	207	211	218	219	214	6,3
Alte Länder ^b	246	248	247	251	248	1,9

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 74 f.; Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.26:

Zahl der Professoren in Hochschulen nach Bundesländern 1995-1998

Land/Region	1995	1996	1997	1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	844	898	968	1.041	23,3
Brandenburg	667	706	699	713	6,9
Meckl.-Vorp.	763	766	789	826	8,3
Sachsen	2.137	2.139	2.197	2.224	4,1
Thüringen	926	938	991	1.006	8,6
Neue Länder ^a	5.337	5.447	5.644	5.810	8,9
Alte Länder ^b	27.006	26.886	26.879	27.133	0,5

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 74 f.

Tabelle A-L.27:

Zahl der Professoren in Hochschulen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995-1998

Land/Region	1995	1996	1997	1998	Jahresdurchschnitt 1995-1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	31	33	36	39	35	26,3
Brandenburg	26	28	27	28	27	4,9
Meckl.-Vorp.	42	42	44	46	43	9,7
Sachsen	47	47	49	50	48	5,9
Thüringen	37	38	40	41	39	10,4
Neue Länder ^a	38	39	40	41	39	10,1
Alte Länder ^b	44	43	43	44	43	-0,3

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 74 f.; Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.28:

Zahl der Professoren in Hochschulen je 1.000 Studenten^b nach Bundesländern 1995-1998

Land/Region	1995	1996	1997	1998	Jahresdurchschnitt 1995-1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	31	31	31	32	31	2,4
Brandenburg	34	32	28	26	29	-24,3
Meckl.-Vorp.	40	37	35	34	36	-15,6
Sachsen	32	30	30	29	30	-8,8
Thüringen	34	32	32	30	32	-10,4
Neue Länder ^a	33	32	31	30	31	-10,3
Alte Länder ^c	19	19	19	20	19	6,0

^a Ohne Berlin. – ^b Der Studentenzahl liegt die in den Wintersemestern des jeweiligen Jahres immatrikulierte Studentenzahl zugrunde, d.h. die Professorenzahl 1998 ist ins Verhältnis zur Studentenzahl im Wintersemester 1998/99 gesetzt. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 32, 74; Bevölkerungsstatistik des Statistischen Bundesamtes; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.29:

Relation der Einnahmen aus Drittmitteln zu Einnahmen aus Grundmitteln in Hochschulen nach Bundesländern 1995-1998

- Einnahmen aus Grundmitteln = 100 % -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1995-1998 insgesamt	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	9,3	8,6	9,7	10,1	9,4	8,4
Brandenburg	5,3	6,4	8,6	10,5	7,7	99,7
Meckl.-Vorp.	7,4	8,8	7,3	7,5	7,8	1,6
Sachsen	12,4	13,4	14,9	14,4	13,8	16,3
Thüringen	7,8	7,7	8,7	9,7	8,5	24,9
Neue Länder ^a	9,5	10,0	11,0	11,3	10,5	18,7
Alte Länder ^b	15,5	16,4	17,0	16,8	16,4	8,0

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 71 f. – Statistisches Bundesamt: Fachserie 11, Reihe 4.5, 1998.

Tabelle A-L.30:

Wissenschaftler an öffentlichen Forschungseinrichtungen^a außerhalb von Hochschulen je 100.000 Einwohner nach Bundesländern 1995 und 1997

Land/Region	1995	1997
	Personen in Vollzeitäquivalent	
Sachsen-Anhalt	56	59
Brandenburg	115	106
Mecklenburg-Vorpommern	62	65
Sachsen	85	90
Thüringen	56	61
NBL Flächenländer	76	79
ABL Flächenländer	82	79
ABL mit Hamburg, Bremen, Berlin	95	91

^a Helmholtz-Zentren, Max-Planck-Institute, Fraunhofer-Institute, Blaue Liste-Einrichtungen, Öffentliche Einrichtungen, Wissenschaftliche Bibliotheken, Archive, Museen.

Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.31:

Verunglückte im Straßenverkehr je 1.000 Einwohner nach Bundesländern 1991 und 1995-1999

Land/Region	1991	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1995 in %
	Verunglückte je 1.000 Einwohner						
Sachsen-Anhalt	3,9	5,1	5,1	5,1	4,9	5,0	-1,03
Brandenburg	4,5	6,2	5,9	5,8	5,4	5,5	-11,15
Mecklenburg-Vorpommern	4,0	5,6	5,6	5,7	5,6	5,8	3,57
Sachsen	3,3	4,4	4,4	4,3	4,2	4,5	3,37
Thüringen	3,7	4,6	4,7	4,7	4,6	4,9	5,46
NBL Flächenländer	3,8	5,0	5,0	5,0	4,8	5,0	-0,25
ABL Flächenländer	4,8	4,5	4,3	4,4	4,4	4,6	2,64
ABL mit Hamburg, Bremen, Berlin	4,9	4,6	4,3	4,5	4,4	4,7	2,52

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.32:

Struktur der Ausgaben im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau in Sachsen-Anhalt nach Verwendungszwecken 1995-1999 sowie 2000

Verwendungszweck	Ausgaben 1995-1999 insgesamt		<i>Nachrichtlich: Ausgaben 2000^a</i>
	1.000 DM	in %	Änderung gegenüber 1995 in %
Großgerätebeschaffung	140.539	19,74	25,03
Bau-Ausgaben	821.060	64,97	60,57
Sonstiges ^b	192.417	-68,48	-43,04
Zusammen	1.154.016	23,21	28,07

^a Haushaltsansatz. – ^b Büchergrundbestände, Entwicklungsplanungen, Grunderwerb, Rechnernetze, Zuwendungsbau.

Quelle: Kultusministerium Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.33:

Güte der Straßenverkehrsinfrastruktur nach Bundesländern 1985-1999

- Luftliniengeschwindigkeit in km/h -

Land/Region	1985	1990	1993	1995	1997	1999
Sachsen-Anhalt	52,16	60,49	60,65	60,66	61,28	61,42
Brandenburg/Berlin	60,33	67,42	67,57	67,58	67,66	67,69
Mecklenburg-Vorpommern	54,78	61,95	62,00	62,02	62,33	62,34
Sachsen	54,83	61,47	62,12	62,11	62,22	62,42
Thüringen	49,84	60,15	60,46	60,48	60,55	60,57
Neue Länder (incl. West-Berlin)	55,57	63,20	63,49	63,50	63,70	63,78
Alte Länder (ohne West-Berlin)	62,08	64,44	64,67	64,68	64,75	64,82

Quelle: Eckey, H.-F.; Horn, K.: Die Angleichung der Verkehrsinfrastruktur im vereinigten Deutschland zwischen 1990-1999, Kassel 2000.

Tabelle A-L.34:

Anteil der Investitionsausgaben der Hochschulen an den Gesamtausgaben der Hochschulen nach Bundesländern 1995-1997

- in % (Ausgaben insgesamt = 100 %) -

Land	1995	1996	1997	1995-1997 insgesamt	Veränderung 1997/1995 in %
Sachsen-Anhalt	17,6	18,8	13,5	16,7	-23,52
Brandenburg	30,2	30,3	33,2	31,3	9,80
Mecklenburg-Vorpommern	15,3	19,3	21,0	18,7	37,44
Sachsen	17,5	16,6	16,0	16,7	-8,87
Thüringen	21,4	22,2	14,9	19,6	-30,43
Neue Länder ^a	18,9	19,6	17,6	18,7	-6,86
Alte Länder ^b	10,3	10,9	11,1	10,8	6,84

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Bildung und Kultur. Hochschulstandort Deutschland, Presseexemplar, Wiesbaden, November 1999, S. 71 f.

Tabelle A-L.35:

Länge des Schienennetzes pro Quadratkilometer nach Elektrifizierung, Ausbaustand und Bundesländern

- in Metern pro Quadratkilometer -

Land/Region	ingleisig elektrifiziert	ingleisig nicht elektrifiziert	zweigleisig elektrifiziert	zweigleisig nicht elektrifiziert
Sachsen-Anhalt	10,1	69,2	41,8	5,8
Brandenburg	11,9	42,7	43,3	0,9
Mecklenburg-Vorpommern	16,6	39,2	21,8	0,08
Sachsen	9,9	87,9	42,8	15,0
Thüringen	4,8	84,2	23,3	3,8
Neue Länder (ohne Berlin)	11,2	60,9	35,3	4,5
Alte Länder (nur Flächenländer)	10,9	38,1	41,7	8,8

Quelle: Behring u. a. 2000, Tabellenanhang.

Tabelle A-L.36:

ICE/EC/IC-Streckenlänge pro Quadratkilometer nach Ausbaustand und Bundesländern

- in Metern pro Quadratkilometer -

Land/Region	ingleisig elektrifiziert	ingleisig nicht elektrifiziert	zweigleisig elektrifiziert	zweigleisig nicht elektrifiziert
Sachsen-Anhalt	0,2	0,7	17,9	0,5
Brandenburg	0,3	0	14,2	0
Mecklenburg-Vorpommern	3,9	0	10,0	0
Sachsen	0	0	15,3	1,2
Thüringen	0	0,9	14,1	0
Neue Länder (ohne Berlin)	1,0	0,3	14,1	0,3
Alte Länder (nur Flächenländer)	1,1	1,7	18,8	2,2

Quelle: Behring u. a. 2000, Tabellenanhang.

Tabelle A-L.37:

IR-Streckenlänge pro Quadratkilometer nach Ausbaustand und Bundesländern

- in Metern pro Quadratkilometer -

Land/Region	ingleisig elektrifiziert	ingleisig nicht elektrifiziert	zweigleisig elektrifiziert	zweigleisig nicht elektrifiziert
Sachsen-Anhalt	0,2	4,1	26,6	0,4
Brandenburg	1,5	2,0	28,6	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	5,4	2,2	19,7	0,1
Sachsen	1,0	3,6	31,5	9,6
Thüringen	0,3	5,6	14,2	1,9
Neue Länder (ohne Berlin)	1,8	3,3	24,6	2,0
Alte Länder (nur Flächenländer)	2,0	2,0	27,1	3,5

Quelle: Behring u. a. 2000, Tabellenanhang.

Tabelle A-L.38:

Güte der Schienen-Verkehrsinfrastruktur nach Bundesländern 1979-1999

- Luftliniengeschwindigkeit in km/h -

Land/Region	1979	1985	1987	1990	1991	1992	1993	1995	1998	1999
Sachsen-Anhalt	40,55	40,83	40,99	42,75	45,35	46,99	46,99	53,46	54,52	54,82
Brandenburg/Berlin	44,03	44,18	44,39	46,44	50,80	52,03	52,03	57,71	65,32	67,38
Mecklenburg-Vorpommern	46,95	47,40	47,42	52,01	56,23	56,59	56,59	59,25	60,23	61,51
Sachsen	39,22	39,13	39,49	41,18	41,86	41,15	44,15	48,40	47,92	48,99
Thüringen	35,66	36,11	36,20	40,17	42,78	44,25	44,25	48,88	49,08	49,58
Neue Länder (incl. West-Berlin)	41,36	41,55	41,75	44,20	47,08	48,59	48,59	53,56	56,33	57,55
Alte Länder (ohne West-Berlin)	47,10	48,07	48,12	48,46	51,56	51,43	51,43	52,57	53,31	53,72

Quelle: Eckey, H.-F.; Horn, K.: Die Angleichung der Verkehrsinfrastruktur im vereinigten Deutschland zwischen 1990-1999, Kassel 2000.

Tabelle A-L.39:

Aufgliederung der Investitionsausgaben des Landes Sachsen-Anhalt im Bereich der Hochschulen 1991-1999 (Summe)

- in Mio. DM -

	Bau	Großgeräte
Sprach- und Kulturwissenschaften	23,51	0,77
Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften	131,71	3,69
Mathematik, Naturwissenschaften	129,06	48,45
Medizin	313,05	107,33
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	16,17	5,37
Ingenieurwissenschaften	153,68	60,30
Kunst, Gestaltung, Musik	26,99	7,91
Zentrale Einrichtungen	172,41	24,03

Quelle: Hochschulbaubericht des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt für die Jahre 1991-1999, Stand: 23.05.2000; Großgerätebericht 1991-1999 des Kultusministeriums des Landes Sachsen-Anhalt, Stand 8. Juni 2000.

Tabelle A-L.40:

Zahl der Selbstständigen nach Bundesländern 1995-1999

- in 1.000 Personen (Stand April des jeweiligen Jahres) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	1995-1999	
						Jahres- durchschnitt	Veränderung in %
Sachsen-Anhalt	79	79	78	85	78	80	-1,3
Brandenburg	76	78	86	93	99	86	30,3
Meckl.-Vorp.	57	54	56	54	56	55	-1,8
Sachsen	146	149	155	165	174	158	19,2
Thüringen	79	76	83	84	86	82	8,9
Neue Länder ^a	437	436	458	481	493	461	12,8
Alte Länder ^b	2.628	2.698	2.782	2.822	2.821	2.750	7,3

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistische Landesämter (Mikrozensus, Stand April des jeweiligen Jahres); Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.41:

Zahl der weiblichen Selbstständigen nach Bundesländern 1995-1999

- in 1.000 Personen (Stand April des jeweiligen Jahres) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Jahresdurchschnitt 1995-1999	Veränderung 1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	24	22	24	25	24	24	0,0
Brandenburg	23	24	26	28	29	26	26,1
Meckl.-Vorp.	15	15	17	16	18	16	20,0
Sachsen	42	46	46	48	49	46	16,7
Thüringen	22	21	26	26	28	25	27,3
Neue Länder ^a	126	128	139	143	148	137	17,5
Alte Länder ^b	673	703	735	758	760	726	12,9

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus, Stand April des jeweiligen Jahres); Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.42:

Selbstständigenquote nach Bundesländern 1995-1999

- Zahl der Selbstständigen je 100 Erwerbstätige (Stand April des jeweiligen Jahres) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Jahresdurchschnitt 1995-1999	Veränderung 1999/1995
	in %						
Sachsen-Anhalt	6,7	6,9	7,1	7,7	7,2	7,1	6,8
Brandenburg	6,8	7,1	7,7	8,3	8,5	7,7	24,3
Meckl.-Vorp.	7,0	6,7	7,2	7,1	7,3	7,1	4,8
Sachsen	7,4	7,6	8,1	8,7	8,9	8,1	20,8
Thüringen	7,2	7,0	7,7	7,8	7,8	7,5	8,5
Neue Länder ^a	7,1	7,2	7,6	8,1	8,1	7,6	14,8
Alte Länder ^b	9,7	9,9	10,2	10,3	10,1	10,0	5,1

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.43:

Selbstständigenquote der Frauen nach Bundesländern 1995-1999

- Zahl der weiblichen Selbstständigen je 100 weibliche Erwerbstätige (Stand April des jeweiligen Jahres) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Jahresdurchschnitt 1995-1999	Veränderung 1999/1995
	in %						
Sachsen-Anhalt	4,6	4,3	4,9	5,1	5,0	4,8	7,9
Brandenburg	4,7	4,9	5,3	5,6	5,5	5,2	17,7
Meckl.-Vorp.	4,2	4,2	5,0	4,8	5,3	4,7	27,4
Sachsen	4,9	5,3	5,4	5,7	5,6	5,4	14,1
Thüringen	4,5	4,3	5,3	5,4	5,7	5,1	25,0
Neue Länder ^a	4,6	4,7	5,2	5,4	5,4	5,1	17,3
Alte Länder ^b	6,0	6,2	6,4	6,6	6,4	6,3	6,7

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt (Mikrozensus); Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.44:

Bestand an Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern zugehörig sind, nach Bundesländern 1995-2000

- Zahl der ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Unternehmen und der Kleingewerbetreibenden (jeweils Stichtag 1.1.) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Veränderung 2000/1995 in %
Sachsen-Anhalt	76.098	75.342	73.828	78.047	82.128	81.546	7,2
Brandenburg	87.462	90.270	89.101	91.998	89.625	92.287	5,5
Meckl.-Vorp.	52.752	56.174	57.002	57.762	61.623	63.681	20,7
Sachsen	144.159	145.399	156.024	159.459	162.146	165.232	14,6
Thüringen	83.995	85.669	88.940	91.785	93.592	94.384	12,4
Neue Länder ^a	444.466	452.854	464.895	479.051	489.114	497.130	11,8
Alte Länder ^b	2.483.403	2.542.957	2.596.413	2.671.873	2.747.321	2.808.808	13,1

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag; IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Geschäftsstelle Dortmund, Abteilung Kundenservice: Kammerzugehörige Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jahrgänge, jeweils Stand 1. Januar; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.45:

Bestand an Unternehmen, die den Industrie- und Handelskammern zugehörig sind, je 10.000 Einwohner nach Bundesländern 1995-2000

- Zahl der ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragenen Unternehmen und der Kleingewerbebetreibenden je 10.000 Einwohner^c (jeweils Stichtag 1.1.) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Veränderung 2000/1995 in %
Sachsen-Anhalt	276	275	271	289	307	308	11,6
Brandenburg	345	355	349	358	346	355	2,9
Meckl.-Vorp.	288	308	314	320	343	356	23,6
Sachsen	314	318	343	353	361	371	17,8
Thüringen	334	342	357	370	380	385	15,5
Neue Länder ^a	312	319	329	340	349	356	14,1
Alte Länder ^b	404	412	419	430	441	450	11,3

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Verwendet wurden jeweils die Einwohnerzahlen der Länder zum 31.12. des Vorjahres.

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag; IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH, Geschäftsstelle Dortmund, Abteilung Kundenservice: Kammerzugehörige Unternehmen der Bundesrepublik Deutschland, lfd. Jahrgänge, jeweils Stand 1. Januar, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.46:

Betriebsbestand im Handwerk (Vollhandwerk) nach Bundesländern 1995-1999

- Zahl der Betriebe (jeweils Stichtag 1.1.) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	31.12.99	Veränderung 31.12.1999/ 1.1.1995 in %
Sachsen-Anhalt	21.895	22.297	21.802	21.707	21.883	21.827	-0,3
Brandenburg	21.833	22.217	22.559	22.898	23.850	23.948	9,7
Meckl.-Vorp.	13.640	13.967	14.067	14.126	14.366	14.540	6,6
Sachsen	41.276	41.831	42.081	42.356	42.654	42.517	3,0
Thüringen	22.830	23.176	23.516	23.749	24.120	24.069	5,4
Neue Länder ^a	121.474	123.488	124.025	124.836	126.873	126.901	4,5
Alte Länder ^b	511.792	515.462	517.677	519.954	526.282	525.431	2,7

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Deutscher Handwerkskammertag; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.47:

Betriebsbestand im Handwerk (Vollhandwerk) je 10.000 Einwohner^a nach Bundesländern 1995-1999

- Zahl der Betriebe je 10.000 Einwohner^a (jeweils Stichtag 1.1.) -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	31.12.99	Veränderung 31.12.1999/ 1.1.1995 in %
Sachsen-Anhalt	79,4	81,4	80,0	80,3	81,8	82,4	3,8
Brandenburg	86,1	87,4	88,3	89,0	92,1	92,1	7,0
Meckl.-Vorp.	74,5	76,6	77,4	78,1	79,9	81,3	9,1
Sachsen	90,0	91,6	92,6	93,7	95,0	95,3	5,9
Thüringen	90,7	92,6	94,4	95,8	97,9	98,3	8,4
Neue Länder ^b	85,4	87,1	87,8	88,6	90,5	91,0	6,6
Alte Länder ^c	83,3	83,4	83,4	83,6	84,5	84,1	1,0

^a Verwendet wurden jeweils die Einwohnerzahlen der Länder zum 31.12. des Vorjahres. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Deutscher Handwerkskammertag; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.48:
Gewerbebeanmeldungen, Gewerbeabmeldungen und Saldo der Gewerbe- und -abmeldungen^a nach Bundesländern 1996-1999

Land/Region	Bezeichnung	Anzahl						Veränderung 1999/1996 in %
		1996	1997	1998	1999	1996-1999 insgesamt		
Sachsen-Anhalt	Gewerbebeanmeldungen	22.735	23.103	23.797	21.797	91.432	-4,1	
	Gewerbeabmeldungen	20.316	20.661	21.358	21.939	84.274	8,0	
	Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen	2.419	2.442	2.439	-142	7.158	-105,9	
Brandenburg	Gewerbebeanmeldungen	25.009	25.480	26.171	24.163	100.823	-3,4	
	Gewerbeabmeldungen	20.544	21.074	21.615	21.245	84.478	3,4	
	Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen	4.465	4.406	4.556	2.918	16.345	-34,6	
Mecklenburg-Vorpommern	Gewerbebeanmeldungen	15.561	16.174	16.736	16.027	64.498	3,0	
	Gewerbeabmeldungen	12.092	13.053	13.440	14.081	52.666	16,4	
	Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen	3.469	3.121	3.296	1.946	11.832	-43,9	
Sachsen	Gewerbebeanmeldungen	45.337	45.484	45.582	43.714	180.117	-3,6	
	Gewerbeabmeldungen	36.167	36.995	38.819	37.968	149.949	5,0	
	Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen	9.170	8.489	6.763	5.746	30.168	-37,3	
Thüringen	Gewerbebeanmeldungen	24.940	23.690	23.371	21.851	93.852	-12,4	
	Gewerbeabmeldungen	22.164	22.075	21.721	20.667	86.627	-6,8	
	Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen	2.776	1.615	1.650	1.184	7.225	-57,3	
Neue Länder ^b	Gewerbebeanmeldungen	133.582	133.931	135.657	127.552	530.662	-4,5	
	Gewerbeabmeldungen	111.283	113.858	116.953	115.900	457.994	4,1	
	Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen	22.299	20.073	18.704	11.652	72.728	-47,7	

^a Saldo aus Gewerbebeanmeldungen und -abmeldungen = Gewerbebeanmeldungen ./ Gewerbeabmeldungen. – ^b Ohne Berlin.

Quelle: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.49:

Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen^a je 10.000 Einwohner nach Bundesländern
1996-1999

Land/Region	1996	1997	1998	1999	1996-1999 insgesamt	Veränderung 1999/1996
	je 10.000 Einwohner					in %
Sachsen-Anhalt	8,9	9,0	9,1	-0,5	26,6	-106,0
Brandenburg	17,5	17,1	17,6	11,2	63,4	-35,8
Meckl.-Vorp.	19,1	17,3	18,3	10,9	65,6	-43,0
Sachsen	20,2	18,8	15,1	12,9	67,0	-36,1
Thüringen	11,1	6,5	6,7	4,8	29,2	-56,6
Neue Länder ^b	15,8	14,3	13,3	8,4	51,8	-47,1

^a Saldo aus Gewerbeanmeldungen und -abmeldungen = Gewerbeanmeldungen ./ Gewerbeabmeldungen. – ^b Ohne Berlin.

Quelle: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.50:

Struktur der Gewerbeabmeldungen nach Anlässen und Bundesländern 1999

Land/Region	Insgesamt ^c	Stilllegung eines echten Betriebes			Verlagerung		teilw. Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes ^d	Aufgabe eines weiterhin bestehenden Betriebes ^e
		Hauptniederlassungen	Zweigniederlassung bzw. unselbständige Zweigstelle	Aufgabe eines Kleingewerbebetriebs oder einer Nebentätigkeit	Hauptniederlassungen	Zweigniederlassung bzw. unselbständige Zweigstelle		
Zahl der Anmeldungen								
Sachsen-Anhalt	21.939	4.698	1.363	10.363	717	40	1.909	2.849
Brandenburg	21.245	4.886	1.440	10.104	17	2	1.361	3.435
Meckl.-Vorp.	14.081	2.667	1.187	6.950	726	49	815	1.687
Sachsen	37.968	6.652	2.196	18.704	2.144	200	3.223	4.849
Thüringen	20.667	4.095	1.488	9.607	996	78	1.508	2.895
Neue Länder ^a	115.900	22.998	7.674	55.728	4.600	369	8.816	15.715
Alte Länder ^b	536.518	67.271	15.366	308.886	40.730	1.182	10.817	92.266
Anteil der Abmeldungen mit jeweiligem Anlass an der Gesamtzahl der Anmeldungen								
Sachsen-Anhalt	100,0	21,4	6,2	47,2	3,3	0,2	8,7	13,0
Brandenburg	100,0	23,0	6,8	47,6	0,1	0,0	6,4	16,2
Meckl.-Vorp.	100,0	18,9	8,4	49,4	5,2	0,3	5,8	12,0
Sachsen	100,0	17,5	5,8	49,3	5,6	0,5	8,5	12,8
Thüringen	100,0	19,8	7,2	46,5	4,8	0,4	7,3	14,0
Neue Länder ^a	100,0	19,8	6,6	48,1	4,0	0,3	7,6	13,6
Alte Länder ^b	100,0	12,5	2,9	57,6	7,6	0,2	2,0	17,2

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe. – ^d Z. B. Aufgabe einer Zweigniederlassung. – ^e Z. B. Verkauf, Verpachtung, Erbfolge.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.51:

Zahl der Zusagen im Rahmen von Programmen^c des Förderbereichs Existenz-/Unternehmensgründung der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) nach Bundesländern 1995-1999

Land/ Region	1995	1996	1997	1998	1999	1995–1999	Veränderung 1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	3.349	2.836	2.374	1.989	1.363	11.911	-59,3
Brandenburg	3.760	2.824	2.008	1.602	1.207	11.401	-67,9
Meckl.-Vorp.	3.359	2.671	1.963	1.582	1.214	10.789	-63,9
Sachsen	7.172	5.258	3.787	3.054	2.379	21.650	-66,8
Thüringen	4.899	3.161	2.507	1.770	1.162	13.499	-76,3
Neue Länder ^a	22.539	16.750	12.639	9.997	7.325	69.250	-67,5
Alte Länder ^b	26.818	32.376	43.432	48.074	44.316	195.016	65,3

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Neue Länder: ERP-Existenzgründungs-, Eigenkapitalhilfe-, Eigenkapitalergänzungs- und DtA-Existenzgründungsprogramm (ohne DtA-Betriebsmittelprogramm); Alte Länder: ERP-Existenzgründungs-, Eigenkapitalhilfe- und DtA-Existenzgründungsprogramm (ohne DtA-Betriebsmittelprogramm).

Quelle: Deutsche Ausgleichsbank.

Tabelle A-L.52:

Zahl der Zusagen je 10.000 Einwohner im Rahmen von Programmen^c des Förderbereichs Existenz-/Unternehmensgründung der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) nach Bundesländern 1995-1999

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	1995–1999 insgesamt	Veränderung 1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	12,2	10,4	8,8	7,4	5,2	44,0	-57,9
Brandenburg	14,8	11,1	7,8	6,2	4,6	44,5	-68,6
Meckl.-Vorp.	18,4	14,7	10,9	8,8	6,8	59,6	-63,2
Sachsen-Anhalt	15,7	11,6	8,4	6,8	5,3	47,8	-66,0
Thüringen	19,6	12,7	10,1	7,2	4,7	54,3	-75,8
Neue Länder ^a	15,9	11,9	9,0	7,1	5,3	49,1	-67,0
Alte Länder ^b	4,3	5,2	7,0	7,7	7,2	31,5	67,0

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Neue Länder: ERP-Existenzgründungs-, Eigenkapitalhilfe-, Eigenkapitalergänzungs- und DtA-Existenzgründungsprogramm (ohne DtA-Betriebsmittelprogramm); Alte Länder: ERP-Existenzgründungs-, Eigenkapitalhilfe- und DtA-Existenzgründungsprogramm (ohne DtA-Betriebsmittelprogramm).

Quelle: Deutsche Ausgleichsbank; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.53:

Anzahl der Darlehen im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft insgesamt (inkl. Umweltprogramm) durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach Bundesländern 1995-1999

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Summe 1995-1999	Veränderung 1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	1.304	1.320	1.062	938	991	5.615	-24,0
Brandenburg	1.308	1.275	1.031	1.055	1.158	5.827	-11,5
Meckl.-Vorp.	1.093	1.022	814	895	1.034	4.858	-5,4
Sachsen	2.863	2.846	2.432	2.192	2.219	12.552	-22,5
Thüringen	1.581	1.432	1.322	1.313	1.335	6.983	-15,6
Neue Länder ^a	8.149	7.895	6.661	6.393	6.737	35.835	-17,3
Alte Länder ^b	15.110	19.051	21.899	23.544	30.950	110.554	104,8

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.54:

Anzahl der Darlehen je 10.000 Einwohner im Rahmen der Förderung der gewerblichen Wirtschaft insgesamt (inkl. Umweltprogramm) durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) nach Bundesländern 1995-1999

- Anzahl Darlehen je 10.000 Einwohner -

Land/ Region	1995	1996	1997	1998	1999	Summe 1995-1999	Veränderung 1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	4,8	4,8	3,9	3,5	3,7	20,8	-21,9
Brandenburg	5,1	5,0	4,0	4,1	4,5	22,7	-13,2
Meckl.-Vorp.	6,0	5,6	4,5	5,0	5,8	26,9	-3,9
Sachsen	6,3	6,3	5,4	4,9	5,0	27,7	-20,9
Thüringen	6,3	5,7	5,3	5,3	5,4	28,2	-13,9
Neue Länder ^a	5,7	5,6	4,7	4,6	4,8	25,4	-16,2
Alte Länder ^b	2,4	3,1	3,5	3,8	5,0	17,8	102,6

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Kreditanstalt für Wiederaufbau; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.55:

Anzahl der Beteiligungen (Bestand) von Venture-Capital-Gesellschaften (Gesamtmarkt) je 10.000 IHK-zugehörige Unternehmen^c (ins Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragene Unternehmen und Kleingewerbetreibende) nach Bundesländern 1995-1999

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1995 %
	Anzahl					
Sachsen-Anhalt	14,2	13,8	13,8	14,5	25,4	79,3
Brandenburg	6,9	7,2	7,9	17,3	22,2	223,7
Meckl.-Vorp.	9,1	10,7	14,6	18,7	21,6	137,2
Sachsen	12,7	14,8	17,6	22,5	29,9	135,6
Thüringen	11,7	12,4	12,6	15,5	18,4	57,5
Neue Länder ^a	11,2	12,1	13,8	18,4	24,5	119,0
Alte Länder ^b	9,0	9,4	10,6	12,4	15,2	68,4

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Bestand an IHK-zugehörigen Unternehmen am 1.1. des jeweiligen Jahres.

Quelle: Bundesverband Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften German Venture Capital Association E. V. (BVK), Deutscher Industrie und Handelstag, IHK Gesellschaft für Informationsverarbeitung mbH; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.56:

Mehrheitseigentümer der Betriebe nach Herkunft des Eigentümers und Bundesländern im Juli 1999

Region	ostdeutsch		westdeutsch		ausländisch		sonstige ^a		insgesamt	
	Fälle	in %	Fälle	in %	Fälle	in %	Fälle	in %	Fälle	in %
Sachsen-Anhalt	152	63,3	69	28,8	9	3,8	10	4,2	240	100
Berlin-Ost	51	68,9	16	21,6	3	4,1	4	5,4	74	100
Brandenburg	128	62,7	61	29,9	6	2,9	9	4,4	204	100
Meckl.-Vorp.	115	68,0	37	21,9	7	4,1	10	5,9	169	100
Sachsen	137	58,5	67	28,6	13	5,6	17	7,3	234	100
Thüringen	165	60,9	87	32,1	11	4,1	8	3,0	271	100
Neue Länder ^b	748	62,8	337	28,3	49	4,1	58	4,9	1.192	100

^a Sonstige Eigentümer: öffentliche Eigentümer oder kein Mehrheitseigentümer vorhanden. – ^b Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1999; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.57:

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) nach Bundesländern 1995-1998 (Jahresende, Bestandsgrößen)

- Mio. DM -

Land/Region	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland (Bestandsgrößen)				
	1995	1996	1997	1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	2.300	2.366	2.469	2.575	12,0
Brandenburg	700	954	1.103	1.551	121,6
Meckl.-Vorp.	900	17	15	24	-97,3
Sachsen	100	453	883	863	763,0
Thüringen	100	194	332	1.735	1.635,0
Neue Länder ^a	4.100	3.984	4.802	6.748	64,6
Alte Länder ^a	355.100	419.919	516.448	579.948	63,3
Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (Bestandsgrößen)					
Sachsen-Anhalt	5.900	6.032	9.510	9.928	68,3
Brandenburg	1.500	1.682	1.996	2.959	97,3
Meckl.-Vorp.	1.500	1.406	1.268	1.553	3,5
Sachsen	1.700	1.602	2.204	2.472	45,4
Thüringen	900	1.390	1.821	1.691	87,9
Neue Länder ^a	11.500	12.112	16.799	18.603	61,8
Alte Länder ^a	200.500	213.151	234.678	275.159	37,2

^a Nur Flächenländer.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.58:

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland und ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) je Einwohner nach Bundesländern 1995-1998 (Jahresende, Bestandsgrößen)

- DM je Einwohner -

Land/Region	Deutsche Direktinvestitionen im Ausland (Bestandsgröße)				
	1995	1996	1997	1998	Veränderung 1998/1995 in %
Sachsen-Anhalt	839,74	868,70	913,87	962,80	14,7
Brandenburg	275,37	373,47	428,63	598,76	117,4
Meckl.-Vorp.	493,67	9,36	8,30	13,34	-97,3
Sachsen	21,90	99,65	195,25	192,23	777,8
Thüringen	39,94	77,88	133,97	704,47	1.663,8
Neue Länder ^a	289,25	281,91	340,97	481,46	66,4
Alte Länder ^a	5.747,44	6.769,00	8.307,07	9.315,79	62,1
Ausländische Direktinvestitionen in Deutschland (Bestandsgröße)					
Sachsen-Anhalt	2.154,13	2.214,70	3.520,02	3.712,11	72,3
Brandenburg	590,08	658,46	775,66	1.142,31	93,6
Meckl.-Vorp.	822,78	773,72	701,41	863,41	4,9
Sachsen	372,27	352,42	487,35	550,63	47,9
Thüringen	359,46	557,98	734,82	686,61	91,0
Neue Länder ^a	811,32	857,06	1.192,83	1.327,29	63,6
Alte Länder ^a	3.245,18	3.435,95	3.774,80	4.419,92	36,2

^a Nur Flächenländer.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.59:

Deutsche Direktinvestitionen im Ausland in Relation zu den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland (mittelbare und unmittelbare) nach Bundesländern 1995-1998 (Jahresende, Bestandsgrößen)

- ausländische Direktinvestitionen in Deutschland = 100 % -

Land/Region	1995	1996	1997	1998
Sachsen-Anhalt	39,0	39,2	26,0	25,9
Brandenburg	46,7	56,7	55,3	52,4
Meckl.-Vorp.	60,0	1,2	1,2	1,5
Sachsen	5,9	28,3	40,1	34,9
Thüringen	11,1	14,0	18,2	102,6
Neue Länder ^a	35,7	32,9	28,6	36,3
Alte Länder ^a	177,1	197,0	220,1	210,8

^a Nur Flächenländer.

Quelle: Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.60:

Umsätze der Industriebetriebe nach Absatzregionen und Bundesländern 1998^b

Region	Anteil des Umsatzes in % ...			Fallzahl (Anzahl der Betriebe)	<i>Nachrichtlich: Exportquote des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes 1998^a</i>
	... in den neuen Ländern	... in den alten Ländern	... im Ausland		
Sachsen-Anhalt	45,8	33,2	20,9	151	13,5
Berlin-Ost	42,4	34,6	22,9	49	20,7
Brandenburg	34,3	45,5	20,1	121	14,6
Meckl.-Vorp.	49,1	33,6	17,3	119	14,9
Sachsen	32,4	45,6	22,0	167	22,3
Thüringen	28,0	44,3	27,7	215	18,9
Neue Länder ^c	36,8	41,1	22,2	822	17,9

^a Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten. – ^b Nur Betriebe, für die eine Angabe zum Bundesland vorgelegen hat. – ^c Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1999; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.61:

Partner der Industriebetriebe bei FuE-Kooperationen nach Ländern 1998

Land/Region	FuE-Kooperationen pro Betrieb	Kooperationen mit ...							Fallzahl (Unternehmen mit FuE)
		Kunden	Lieferanten/ Zulieferer	Wettbewerber	Universitäten/ Fachhochschulen	Dienstleister	andere Partner	trifft nicht zu, keine Kooperationen	
		in % der Betriebe mit FuE							
Sachsen-Anhalt	2,38	56,4	56,4	9,1	49,1	40,0	27,3	0,0	55
Berlin-Ost	2,70	70,0	55,0	20,0	50,0	45,0	30,0	0,0	20
Brandenburg	2,08	42,1	47,4	5,3	47,4	42,1	23,7	7,9	38
Meckl.-Vorp.	2,12	51,2	41,5	14,6	51,2	36,6	17,1	4,9	41
Sachsen	2,43	65,7	56,7	9,0	53,7	34,3	23,9	9,0	67
Thüringen	2,33	62,6	57,6	11,1	47,5	31,3	23,2	8,1	99
Neue Länder ^a	2,33	58,8	53,8	10,6	49,7	36,3	23,8	5,9	320

^a Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: IAB-Betriebspanel 1998; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.62:

Zahl der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten^a nach Beschäftigtengrößenklassen und Bundesländern 1999 bzw. 2000

Land/Region	1 bis 19 Beschäftigte		20 bis 499 Beschäftigte		500 und mehr Beschäftigte		Insgesamt	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Sachsen-Anhalt	64.056	266.838	7.265	452.226	126	142.337	71.447	861.401
Brandenburg	66.974	273.291	7.412	447.700	111	105.485	74.497	826.476
Mecklenburg-Vorpommern	48.144	204.131	5.596	326.064	80	71.058	53.820	601.253
Sachsen	122.283	500.280	13.678	819.741	215	231.509	136.176	1.551.530
Thüringen	68.021	276.759	7.758	468.098	104	95.423	75.883	840.280
Neue Länder ^b	369.478	1.521.299	41.709	2.513.829	636	645.812	411.823	4.680.940
Alte Länder ^c	1.447.934	5.831.058	152.022	10.208.000	3.716	4.495.127	1.603.672	20.534.185

^a Zahl der Betriebe: Stand 14.04.2000; Zahl der Beschäftigten: Stand 30.06.1999. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnung des IWH.

Tabelle A-L.63:

Anteil der Betriebe und der Beschäftigten in den jeweiligen Beschäftigtengrößenklassen an der Gesamtzahl der Betriebe bzw. der Gesamtzahl der Beschäftigten nach Bundesländern 1999 bzw. 2000

- in % (Zahl der Betriebe mit sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land insgesamt bzw. Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land insgesamt = 100 %) -

Land/Region	1-19 Beschäftigte		20-499 Beschäftigte		500 und mehr Beschäftigte	
	Betriebe ^c	Beschäftigte ^d	Betriebe ^c	Beschäftigte ^d	Betriebe ^c	Beschäftigte ^d
Sachsen-Anhalt	89,7	31,0	10,2	52,5	0,2	16,5
Brandenburg	89,9	33,1	10,0	54,2	0,2	12,8
Meckl.-Vorp.	89,5	34,0	10,4	54,2	0,2	11,8
Sachsen	89,8	32,2	10,0	52,8	0,2	14,9
Thüringen	89,6	32,9	10,2	55,7	0,1	11,4
Neue Länder ^a	89,7	32,5	10,1	53,7	0,2	13,8
Alte Länder ^b	90,3	28,4	9,5	49,7	0,2	21,9

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Stand 14.04.2000. – ^d Stand 30.06.1999.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnung des IWH.

Tabelle A-L.64:
Lieferungen und Leistungen der Umsatzsteuerpflichtigen nach Größenklassen der Lieferungen und Leistungen und Bundesländern im Jahr 1997

Größenklasse der Lieferungen und Leistungen von ... DM bis unter ... DM	Lieferungen und Leistungen 1997 in Mio. DM bzw. in % des Gesamtumsatzes je Land/ Region													
	Sachsen-Anhalt	%	Brandenburg	%	Meckl.-Vorp.	%	Sachsen	%	Thüringen	%	Neue Länder ^a	%	Deutschland	%
32.500-50.000	209	0,2	236	0,2	144	0,3	438	0,3	237	0,3	1263	0,3	10.490	0,1
50.000-100.000	794	0,9	921	1,0	550	1,0	1604	1,0	891	1,1	4.761	1,0	36.794	0,5
100.000-250.000	2.676	3,0	3.041	3,1	1.935	3,1	5.347	3,4	3.039	3,7	16.039	3,3	116.034	1,6
250.000-500.000	3.890	4,4	4.404	4,6	2.828	4,5	7.743	4,9	4.253	5,2	23.118	4,7	163.218	2,3
500.000-1 Mio.	6.045	6,8	6.669	6,9	4.605	7,4	11.754	7,5	6.323	7,7	35.396	7,3	243.694	3,4
bis unter 1 Mio.	13.614	15,4	15.271	15,8	10.063	16,2	26.886	17,1	14.743	18,0	80.576	16,6	570.230	8,0
1 Mio.-2 Mio.	8.311	9,4	9.085	9,4	6.459	10,4	15.517	9,8	8.600	10,5	47.972	9,9	326.202	4,6
2 Mio.-5 Mio.	13.465	15,2	14.738	15,2	10.588	17,0	24.254	15,4	13.129	16,0	76.173	15,6	507.733	7,1
5 Mio. und mehr	53.060	60,0	57.593	59,6	35.135	56,4	90.993	57,7	45.349	55,4	282.131	58,0	5.711.025	80,3
<i>Insgesamt</i>	88.450	100,0	96.686	100,0	62.245	100,0	157.649	100,0	81.821	100,0	486.851	100,0	7.115.190	100,0

^a Ohne Berlin.

Quellen: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.65:

Umsatzsteuerpflichtige nach Größenklassen der Lieferungen und Leistungen und Bundesländern 1997

Größenklasse der Lieferungen und Leistungen von ... DM bis unter ... DM	Zahl der Umsatzsteuerpflichtigen 1997 bzw. Anteil der Umsatzsteuerpflichtigen in der jeweiligen Größenklasse an der Gesamtzahl der Umsatzsteuerpflichtigen je Land/Region in %													
	Sachsen-Anhalt	%	Brandenburg	%	Meckl.-Vorp.	%	Sachsen	%	Thüringen	%	Neue Länder ^a	%	Deutschland	%
32.500-50.000	5.091	7,9	5.743	7,4	3.501	7,9	10.677	8,4	5.765	8,2	30.777	8,1	256.022	9,2
50.000-100.000	10.821	16,7	12.545	16,0	7.550	17,3	21.978	17,3	12.143	17,3	65.037	17,0	505.319	18,1
100.000-250.000	16.328	25,2	18.522	24,9	11.722	25,6	32.483	25,6	18.554	26,4	97.609	25,6	710.616	25,4
250.000-500.000	10.936	16,9	12.341	16,8	7.911	17,0	21.708	17,1	11.944	17,0	64.840	17,0	459.142	16,4
500.000-1 Mio.	8.566	13,2	9.399	13,8	6.498	13,0	16.655	13,1	8.921	12,7	50.039	13,1	344.686	12,3
bis unter 1 Mio.	51.742	80,0	58.550	78,9	37.182	80,8	103.501	81,4	57.327	81,5	308.302	80,8	2.275.785	81,3
1 Mio.-2 Mio.	5.888	9,1	6.451	9,7	4.566	8,9	11.030	8,7	6.108	8,7	34.043	8,9	232.139	8,3
2 Mio.-5 Mio.	4.369	6,8	4.808	7,3	3.460	6,6	7.892	6,2	4.264	6,1	24.793	6,5	165.151	5,9
5 Mio. und mehr	2.671	4,1	2.676	4,1	1.918	3,7	4.694	3,7	2.671	3,8	14.630	3,8	124.684	4,5
<i>Insgesamt</i>	<i>64.670</i>	<i>100,0</i>	<i>72.485</i>	<i>100,0</i>	<i>47.126</i>	<i>100,0</i>	<i>127.117</i>	<i>100,0</i>	<i>70.370</i>	<i>100,0</i>	<i>381.768</i>	<i>100,0</i>	<i>2.797.759</i>	<i>100,0</i>

^a Ohne Berlin.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesland; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.66:

Zahl der Betriebe im Bergbau, in der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe nach Beschäftigtenrößenklassen und Bundesländern 1995 und 1999 (jeweils Ende September)

Land/Region	1-19 Beschäftigte ^c		20-499 Beschäftigte		500 Beschäftigte und mehr		Summe	
	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999
Sachsen-Anhalt	749	774	1.004	1.059	36	21	1.789	1.854
Brandenburg	853	1.311	721	880	30	23	1.604	2.214
Meckl.-Vorp.	285	421	441	516	12	7	738	944
Sachsen	2.288	3.184	2.060	2.321	53	47	4.401	5.552
Thüringen	1.064	2.272	1.197	1.478	17	18	2.278	3.768
Neue Länder ^a	5.239	7.962	5.423	6.254	148	116	10.810	14.332
Alte Länder ^b	51.186	49.067	33.028	33.327	1.996	1.818	86.210	84.212

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich industrieller Kleinbetriebe, ohne Handwerksbetriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 4; Reihe 4.1.2; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.67:

Anteil der Betriebe in der jeweiligen Beschäftigtenrößenklasse an der Gesamtzahl der Betriebe im Bergbau, in der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999 (jeweils Ende September)

- in % -

Land/Region	1-19 Beschäftigte ^c		20-499 Beschäftigte		500 Beschäftigte und mehr		Summe	
	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999
Sachsen-Anhalt	41,9	41,7	56,1	57,1	2,0	1,1	100,0	100,0
Brandenburg	53,2	59,2	45,0	39,7	1,9	1,0	100,0	100,0
Meckl.-Vorp.	38,6	44,6	59,8	54,7	1,6	0,7	100,0	100,0
Sachsen	52,0	57,3	46,8	41,8	1,2	0,8	100,0	100,0
Thüringen	46,7	60,3	52,5	39,2	0,7	0,5	100,0	100,0
Neue Länder ^a	48,5	55,6	50,2	43,6	1,4	0,8	100,0	100,0
Alte Länder ^b	59,4	58,3	38,3	39,6	2,3	2,2	100,0	100,0

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer, – ^c Einschließlich industrieller Kleinbetriebe, ohne Handwerksbetriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 4; Reihe 4.1.2; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.68:

Anteil der Umsätze in der jeweiligen Beschäftigtengrößenklasse an den Gesamtumsätzen der Betriebe im Bergbau, in der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999^d

- in % -

Land/Region	1-19 Beschäftigte ^c		20-499 Beschäftigte		500 Beschäftigte und mehr		Summe	
	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999
Sachsen-Anhalt	5,5	4,7	65,7	71,1	28,9	24,1	100,0	100,0
Brandenburg	7,3	6,8	48,1	53,6	44,7	39,5	100,0	100,0
Meckl.-Vorp.	4,0	6,4	72,9	81,9	23,1	11,7	100,0	100,0
Sachsen	7,5	6,4	63,7	66,1	28,8	27,5	100,0	100,0
Thüringen	5,8	6,4	72,7	68,2	21,4	25,4	100,0	100,0
Neue Länder ^a	6,4	6,1	63,8	66,5	29,8	27,3	100,0	100,0
Alte Länder ^b	3,8	3,3	43,0	42,6	53,2	54,1	100,0	100,0

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich industrieller Kleinbetriebe, ohne Handwerksbetriebe. – ^d Umsätze im September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 4; Reihe 4.1.2; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.69:

Anteil der Beschäftigten in der jeweiligen Beschäftigtengrößenklasse an der Gesamtzahl der Beschäftigten der Betriebe im Bergbau, in der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999 (jeweils Ende September)

- in % -

Land/Region	1-19 Beschäftigte ^c		20-499 Beschäftigte		500 Beschäftigte und mehr		Summe	
	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999
Sachsen-Anhalt	5,7	6,1	64,4	76,6	29,9	17,2	100,0	100,0
Brandenburg	6,4	8,7	51,2	62,4	42,5	28,9	100,0	100,0
Meckl.-Vorp.	4,7	6,6	67,6	79,6	27,7	13,8	100,0	100,0
Sachsen	8,1	9,0	70,9	72,9	21,0	18,0	100,0	100,0
Thüringen	7,1	10,1	79,0	79,0	13,9	10,9	100,0	100,0
Neue Länder ^a	6,9	8,5	67,6	73,8	25,6	17,7	100,0	100,0
Alte Länder ^b	5,4	5,1	49,9	52,0	44,7	42,9	100,0	100,0

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich industrieller Kleinbetriebe, ohne Handwerksbetriebe.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 4, Reihe 4.1.2; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.70:

Umsätze je Beschäftigten je Beschäftigten nach Betriebsgrößenklassen der Betriebe im Bergbau, in der Gewinnung von Steinen und Erden und im Verarbeitenden Gewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999^d

- in 1.000 DM -

Land/Region	1-19 Beschäftigte ^c		20-499 Beschäftigte		500 Beschäftigte und mehr		Summe	
	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999
Sachsen-Anhalt	18,9	21,2	20,2	25,6	19,1	38,6	19,8	27,6
Brandenburg	22,5	21,7	18,6	23,7	20,8	37,7	19,8	27,6
Meckl.-Vorp.	16,7	23,4	21,0	24,8	16,3	20,4	19,5	24,1
Sachsen	16,7	16,4	16,2	21,0	24,7	35,3	18,0	23,2
Thüringen	14,5	14,9	16,4	20,2	27,6	54,4	17,8	23,4
Neue Länder ^a	17,5	17,9	17,7	22,3	21,9	38,2	18,8	24,7
Alte Länder ^b	18,4	21,2	22,5	26,7	31,0	41,2	26,0	32,6

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Einschließlich industrieller Kleinbetriebe, ohne Handwerksbetriebe. – ^d Umsätze im September und Beschäftigte Stand Ende September des jeweiligen Jahres.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Fachserie 4; Reihe 4.1.2; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.71:

Lagerstättenvorräte der Braunkohlereviere in Deutschland^c

Revier	geologische Vorräte	wirtschaftl. gewinnbare Vorräte	erschlossene und konkret geplante Tagebaue
	Mrd. t		
Mitteldeutschland	10,0	2,2	0,7
darunter: Tagebau Profen	k.A.	k.A.	0,3 ^d
Lausitz	13,0	5,9 ^a	2,5 ^b
Rheinland	55,0	35,0	4,5 ^c
Deutschland	78,0	43,1	7,7

k.A. = keine Angaben.

^a Wirtschaftlich gewinnbare Vorräte unter Berücksichtigung der derzeitigen ökologischen und sozialen Verträglichkeit = 4,5 Mrd. t. – ^b Nutzbare Vorratsmenge laut genehmigten Braunkohlenplänen = 1,8 Mrd. t. – ^c Davon Gartzweiler II 1,3 Mrd. t. – ^d Gerundeter Wert (lt. MIBRAG 290 Mio. t.). – ^e Keine Jahresangaben in der Quelle genannt.

Quelle: DEBRIV Bundesverband Braunkohle: Ein Industriezweig stellt sich vor, Köln, Spremberg o.J., S. 14; MIBRAG: Tagebau Profen, Besucherinformation, hrsg. von Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, o. O. Redaktionsschluss 31.01.1999 (Faltblatt).

Tabelle A-L.72

Ausgewählte Kohlequalitäten der wichtigsten Braunkohlereviere in Deutschland^a

Revier	Heizwert kJ/kg	Aschegehalt	Wassergehalt	Schwefelgehalt
		in %		
Mitteldeutschland	9.000 - 11.500	6,5-8,5	48-52	1,5-2,1
darunter: Tagebau Profen	max. 11.500	7	ca. 50	1,7
Helmstedt	10.000-12.000	10,0-15,0	42-48	1,8-3,2
Lausitz	8.400-9.000	4,0-8,0	52-58	0,3-1,0
Rheinland	7.800-10.500	1,5-8,0	50-60	0,15-0,5

^a Keine Jahresangaben in der Quelle genannt.

Quelle: DEBRIV, Braunkohle: Ein Industriezweig stellt sich vor, Köln, Spremberg o.J., S.13; MIBRAG: Tagebau Profen, Besucherinformation, hrsg. von Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, o. O. Redaktionsschluss 31.01.1999 (Faltblatt).

Tabelle A-L.73:

Abraumbewegung und Kohlegewinnung in deutschen Braunkohlerevieren 1998

Revier	Abraumbewegung	Braunkohlegewinnung (K)	Förderverhältnis A : K
	1.000 m ³	1.000 t	m ³ /t
Mitteldeutschland	35.838	13.629	2,6 : 1
darunter: Tagebau Profen	10.125	6.750	1,5 : 1 ^b
Bayern	-	58	-
Helmstedt	12.859	4.294	3,0 : 1
Hessen ^a	582	153	6,8 : 1
Lausitz	322.349	50.495	6,4 : 1
Rheinland	474.737	97.406	4,9 : 1
Insgesamt	846.365	166.035	5,1 : 1

^a Von der in Hessen in der Zeche Hirschberg geförderten Braunkohle von insgesamt 153.189 t wurden 85.680 t im Tagebau und 67.509 t im Tiefbau gewonnen. Das ausgewiesene Förderverhältnis von Abraumbewegung zu Kohlegewinnung ergibt sich aus dem Verhältnis Abraumbewegung (581.577 m³) zu Kohlegewinnung im Tagebau (85.680 t). – ^b Angabe bezieht sich auf das Jahr 1998. Im Durchschnitt wird für den Tagebau Profen ein Verhältnis Abraumbewegung : Kohle von 2,9 m³ zu 1 t angegeben.

Quelle: DEBRIV Bundesverband Braunkohle: Ein Industriezweig stellt sich vor, Köln, Spremberg o.J. S.12; MIBRAG: Pocket info '99, hrsg. von Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH, Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Theißen, Redaktionsschluss 1. August 1999, S. 15; MIBRAG: Tagebau Profen, Besucherinformation, hrsg. von Mitteldeutsche Braunkohlegesellschaft mbH, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, o. O. Redaktionsschluss 31.01.1999 (Faltblatt).

Tabelle A-L.74:

Braunkohleförderung in Sachsen-Anhalt und in den anderen deutschen Braunkohleregionen 1995-1999

Revier	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1995	
	in Mio. t						in %
Mitteldeutschland	17,6	16,8	14,4	13,6	13,8	-3,8	-21,6
darunter :							
Sachsen-Anhalt	9,4	10,4	8,6	7,3	8,0	-1,4	-14,7
Bayern	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0
Helmstedt	4,1	3,9	3,9	4,3	4,3	0,2	4,9
Hessen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0	0,0
Lausitz	70,7	63,6	59,4	50,5	51	-19,7	-27,9
Rheinland	100,2	102,8	99,2	97,4	91,9	-8,3	-8,3
Insgesamt	192,8	187,2	177,2	166	161,3	-31,5	-16,3

Quelle: Statistik der Kohlenwirtschaft e.V.: Zahlen zur Kohlenwirtschaft, Heft Nr. 146, Essen und Köln, Juni 1999 S. 46; www.braunkohle.de, Jahresübersicht 1998/99; Angaben der Außenstelle der Bergämter Halle/Staßfurt; MIBRAG: Pocket info '99, hrsg. von Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft mbH, Abteilung Presse und Öffentlichkeitsarbeit, Theißen, Redaktionsschluss 1. August 1999, S. 15; Angaben der Unternehmen MIBRAG und ROMONTA.

Tabelle A-L.75:

Förderung im Kali, Steinsalz und Industriesole in Sachsen-Anhalt 1995-1999

	Mengeneinheit	Rohstoffe	
		Kali	Steinsalz und Industriesole
1995			
Rohförderung	Mio. t	8,01	3,80
verwertbare Förderung	Mio. t	1,69	3,76
1996			
Rohförderung	Mio. t	8,38	2,58
verwertbare Förderung	Mio. t	1,86	2,49
1997			
Rohförderung	Mio. t	9,76	4,57
verwertbare Förderung	Mio. t	2,11	4,49
1998			
Rohförderung	Mio. t	10,35	4,11
verwertbare Förderung	Mio. t	2,28	4,06
1999			
Rohförderung	Mio. t	10,56	3,93
verwertbare Förderung	Mio. t	2,31	3,81
Veränderung 1999/1995			
Rohförderung	%	31,8	3,4
Verwertbare Förderung	%	36,7	1,3

Quelle: Außenstelle der Bergämter Halle/Staßfurt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.76:

Wasserversorgung nach Bundesländern 1995

- in Mio. Kubikmeter -

Land/Region	Eigengewinnung	Fremdbezug	Anteil des Fremdbezugs an der Eigengewinnung in % ^c
Sachsen-Anhalt	442	316	1:0,71
Brandenburg	799	83	1:0,10
Mecklenburg- Vorpommern	130	8	1:0,06
Sachsen	796	168	1:0,21
Thüringen	296	86	1:0,29
Neue Länder ^a	2.463	661	1:0,27
Alte Länder ^b	36.969	2.585	1:0,07
Deutschland insgesamt	42.601	3.389	1:0,08

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer, – ^c Der berechnete Anteil des Fremdbezuges an der Eigengewinnung kann nur als Näherungsgröße verwendet werden, weil der in der amtlichen Statistik ausgewiesene Fremdbezug Doppelzählungen enthält.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1999, Stuttgart 1999, Tabelle 26.2, S. 699; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.77:
Wasserabgabe der öffentlichen Wasserversorgung nach Verbrauchergruppen und Bundesländern 1998 (nach Sitz des Unternehmens)^e

Land/Region	Anzahl der WVU ^d	Haushalt und Kleingewerbe		Industrie		Sonstige		Verbraucher insgesamt ^b 1.000 Kubikmeter
		1.000 Kubikmeter	in %	1.000 Kubikmeter	in %	1.000 Kubikmeter	in %	
Sachsen-Anhalt	16	47.612	75,0	10.813	17,0	5.043	8,0	63.468
Brandenburg	24	54.068	85,0	6.041	9,5	3.509	5,5	63.618
Mecklenburg-Vorpommern	33	52.647	80,4	6.190	9,5	6.601	10,1	65.438
Sachsen	33	126.655	75,6	26.012	15,6	14.758	8,8	167.425
Thüringen	24	45.840	76,6	8.428	14,1	5.583	9,3	59.851
Neue Länder ^a	130	326.822	77,9	57.484	13,7	35.494	8,5	419.800
Alte Länder ^c	918	2.251.033	79,6	427.039	15,1	148.985	5,3	2.827.057

^a Ohne Berlin. – ^b Wasserabgabe an Letztverbraucher im unmittelbaren Versorgungsgebiet. – ^c Nur Flächenländer. – ^d WVU = Wasserversorgungsunternehmen. – ^e Die Daten zur Wasserabgabe fußen auf den Ergebnissen der in einer Umfrage des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW) erfassten Wasserversorgungsunternehmen. Diese umfassen in den neuen Ländern 70 % und in den alten Ländern 75 % der Wassermengen, die von der öffentlichen Wasserversorgung an Letztverbraucher abgegeben werden.

Quelle: Bundesverband der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW): BGW Wasser. Bundesrepublik Deutschland. 110. Statistik 1998, Bonn Februar 2000, Tabelle 3.4 (auszugsweise); Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.78:

Kosten der Sanierungsleistungen im Rahmen der Braunkohlesanierung durch die LMBV^c nach Regionen 1996-1999

Land/Region	1996 ^a	1997 ^b	1998 ^c	1999 ^c	1996-1999 insgesamt
	in Mio. DM				
Sachsen-Anhalt	273,9	206,4	167,5	173,1	820,9
Brandenburg	453,3	445,2	397,7	385,5	1681,7
Ostsachsen	303,2	314,5	339,9	339,1	1296,7
Westsachsen/ Thüringen	311	260,4	205,7	156,0	933,1
Zentrale ^d	32,7	25,6	12,3	10,8	81,4
Summe	1374,1	1252,1	1123,1	1064,5	4813,8
in % der gesamten Kosten im jeweiligen Jahr					
Sachsen-Anhalt	19,9	16,5	14,9	16,3	17,1
Brandenburg	33,0	35,6	35,4	36,2	34,9
Ostsachsen	22,1	25,1	30,3	31,9	26,9
Westsachsen/ Thüringen	22,6	20,8	18,3	14,7	19,4
Zentrale ^d	2,4	2,0	1,1	1,0	1,7
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

^a 1996: Summe aus Kosten der Fremd- und Eigenleistungen. – ^b 1997: Kosten insgesamt. – ^c 1998 und 1999: Summe aus Kosten für Maßnahmen infolge und außerhalb der bergrechtlichen Verantwortung der LMBV. – ^d Zentrale Verwaltung der LMBV. – ^e LMBV = Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH.

Quelle: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1996 im Überblick, Berlin o.J., S. 12; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1997 im Überblick, Berlin April 1998, S. 9; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1998 im Überblick, Berlin März 1999, S. 8; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1999 im Überblick, Berlin März 2000, S. 9; Berechnung des IWH.

Tabelle A-L.79:

Grundeigentum der LMBV^a nach Regionen zum 31.12.1999

Land/Region	Insgesamt		Flächen mit Sanierungsbedarf	
	in ha	in %	in ha	in %
Sachsen-Anhalt	14.660	17,6	10.364	15,9
Brandenburg	31.437	37,8	26.840	41,2
Ostsachsen	20.556	24,7	17.185	26,4
Westsachsen/ Thüringen	16.547	19,9	10.774	16,5
Summe	83.200	100,0	65.163	100,0

^a LMBV = Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH.

Quelle: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1999 im Überblick, Berlin März 2000, S. 16; Berechnung des IWH.

Tabelle A-L.80:

Beschäftigte in der Braunkohlesanierung nach Regionen 1996-1999

Land/Region	Personalbestand der LMBV ^f (Stand 31.12.)					Beschäftigung durch fremde Betriebe in der Bergbausanierung (Jahresdurchschnitt)				
	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1996 in %	1996 ^b	1997 ^c	1998 ^d	1999 ^e	Veränderung 1999 gegenüber 1996 in %
	Zahl der Personen									
Sachsen-Anhalt	396	493	480	462	16,7	2.315	1.367	582	786	-66,0
Brandenburg	2.537	2.327	1.495	1.038	-59,1	4.187	3.333	2.102	2.041	-51,3
Ostsachsen	1.940	1.315	671	522	-73,1	2.531	1.886	1.865	1.884	-25,6
Westsachsen/ Thüringen	1.314	872 ^a	600 ^a	522	-60,3	2.677	1.948	1.071	610	-77,2
Berlin	97	97	101	100	3,1					
Summe	6.284	5.104	3.347	2.644	-57,9	11.710	8.534	5.620	5.321	-54,6
in % der Gesamtbeschäftigung im jeweiligen Jahr										
Sachsen-Anhalt	6,3	9,7	14,3	17,5	177,3	19,8	16,0	10,4	14,8	-25,3
Brandenburg	40,4	45,6	44,7	39,3	-2,8	35,8	39,1	37,4	38,4	7,3
Ostsachsen	30,9	25,8	20,0	19,7	-36,0	21,6	22,1	33,2	35,4	63,8
Westsachsen/ Thüringen	20,9	17,1	17,9	19,7	-5,6	22,9	22,8	19,1	11,5	-49,9
Berlin	1,5	1,9	3,0	3,8	145,0					
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0		100,0	100,0	100,0	100,0	

^a Werte für Westsachsen. – ^b 1996: Nach § 249 h geförderter Arbeitnehmer fremder Betriebe im Sanierungsbergbau der LMBV. – ^c 1997: Arbeitnehmer fremder Betriebe im Sanierungsbergbau der LMBV. – ^d 1998: Arbeitnehmer auf förderfähigen Arbeitsplätzen in der Bergbausanierung. – ^e 1999: Arbeitnehmer auf förderfähigen Arbeitsplätzen. – ^f LMBV = Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH.

Quelle: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1996 im Überblick, Berlin o.J., S. 18 f.; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1997 im Überblick, Berlin April 1998, S. 18 f.; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1998 im Überblick, Berlin März 1999, S. 15 f.; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: LMBV im Überblick 1999, Berlin März 2000, S. 18 f.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.81:

Beschäftigte im Rahmen der Arbeitsförderung in der Braunkohlesanierung nach Regionen 1996-1999

Land/Region	Beschäftigte im Rahmen der Arbeitsförderung durch fremde Betriebe in der Bergbausanierung (Jahresdurchschnitt)				
	1996 ^a	1997 ^a	1998 ^b	1999 ^c	Veränderung 1999/1996 in %
	Zahl der Arbeitnehmer				
Sachsen-Anhalt	2.315	997	522	718	-69,0
Brandenburg	4.187	2.709	1.650	1.570	-62,5
Ostsachsen	2.531	1.650	1.568	1.587	-37,3
Westsachsen/Thüringen	2.677	1.575	818	377	-85,9
Summe	11.710	6.931	4.558	4.252	-63,7
in % der Gesamtbeschäftigung im jeweiligen Jahr					
Sachsen-Anhalt	19,8	14,4	11,5	16,9	-14,6
Brandenburg	35,8	39,1	36,2	36,9	3,3
Ostsachsen	21,6	23,8	34,4	37,3	72,7
Westsachsen/ Thüringen	22,9	22,7	17,9	8,9	-61,2
Summe	100,0	100,0	100,0	100,0	

^a 1996 und 1997: Nach § 249 h geförderte Arbeitnehmer fremder Betriebe im Sanierungsbergbau der LMBV. –

^b 1998: geförderte Arbeitnehmer nach SGB III §§ 272 ff. – ^c 1999: geförderte Arbeitnehmer.

Quelle: Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1996 im Überblick, Berlin o.J., S. 19; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1997 im Überblick, Berlin April 1998, S. 19; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: 1998 im Überblick, Berlin März 1999, S. 16; Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH: LMBV im Überblick 1999, Berlin März 2000, S. 19; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.82:

Bundesweite Übersicht zur Altlastenerfassung (Stand Dezember 1998)^a

Bundesländer	Anzahl erfasster altlastverdächtigter ...		
	Ablagerungen	Altstandorte	Flächen gesamt
Sachsen-Anhalt	6.936	13.295	20.231
Baden-Württemberg	15.074	27.487	42.561
Bayern	9.725	3.194	12.919
Berlin	673	5541	6.214
Brandenburg	5.585	8.580	14.165
Bremen	105	4.000	4.105
Hamburg	460	1701	2161
Hessen	6.502	60.372	66.874
Mecklenburg-Vorpommern	4.113	7.231	11.344
Niedersachsen	8.957	k.A.	8.957
Nordrhein-Westfalen	17.155	14.874	32.029
Rheinland-Pfalz	10.578	k.A.	10.578
Saarland	1.801	2.442	4.243
Sachsen	9.382	22.197	31.579
Schleswig-Holstein	3.076	14.497	17.573
Thüringen	6.192	12.368	18.560
Deutschland	106.314	197.779	304.093

^a Die Zahlen geben den Stand der Erfassung altlastverdächtigter Flächen in den einzelnen Bundesländern an. Bedingt durch die nicht länderübergreifend einheitliche Definition für Altlastverdachtflächen und Altstandorte ist eine direkte Vergleichbarkeit der Angaben zwischen den einzelnen Bundesländern nur bedingt möglich.

Quelle: Zusammenstellung des UBA vom Dezember 1998 auf der Grundlage von Angaben aus den Bundesländern, in: http://www.umweltdaten.de/altlast/web1/deutsch/1_6htm, S. 1, gelesen am 05.12.2000.

Tabelle A-L.83:

Siedlungsdichte nach Bundesländern 1993 und 1997

- Einwohner je Quadratkilometer Siedlungsfläche^a -

Land/Region	1993	1997
Sachsen-Anhalt	1.698	1.526
Brandenburg	1.165	1.129
Mecklenburg-Vorp.	1.352	1.255
Sachsen	2.526	2.316
Thüringen	1.985	1.815
Flächenländer Ost	1.728	1.599
Flächenländer West	1.996	1.943
ABL (einschl. Berlin, Bremen, Hamburg)	2.102	2.045

^a Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau-land), Erholungsfläche, Verkehrsfläche, Friedhof.

Quelle: Statistische Landesämter; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-L.84:

Bestand an Bürgschaften und Garantien der Bürgschaftsbanken nach Bundesländern zum 31.12.1999

Land/Region	Bürgschaften	Garantien	Bürgschaften und Garantien	Bürgschaften	Garantien	Bürgschaften und Garantien
	Anzahl			je 10.000 Einwohner		
Sachsen-Anhalt	2.478	77	2.555	9,4	0,3	9,6
Brandenburg	1.643	38	1.681	6,3	0,1	6,5
Meckl.-Vorp.	2.251	85	2.336	12,6	0,5	13,1
Sachsen	3.450	239	3.689	7,7	0,5	8,3
Thüringen	2.711	81	2.792	11,1	0,3	11,4
Neue Länder ^a	12.533	520	13.053	9,0	0,4	9,4
Alte Länder ^b	22.365	1.777	24.142	3,6	0,3	3,9

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Verband der Bürgschaftsbanken e.V. (VDB); Berechnungen des IWH.

Übersicht A-L.1:

Vergleich wichtiger Elemente der Raumordnungspläne auf der Landesebene in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

Merkmale	Sachsen-Anhalt	Sachsen	Thüringen
geregelt in:	Gesetz über den Landesentwicklungsplan des Landes Sachsen-Anhalt (LEP-LSA). Vom 23. August 1999.	Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über den Landesentwicklungsplan Sachsen (LEP). Vom 16. August 1994.	Thüringer Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Thüringen. Vom 10. November 1993.
Bezeichnung des Instrumentes	Landesentwicklungsplan	Landesentwicklungsplan	Landesentwicklungsprogramm
Zentrale Orte	dreistufige zentralörtliche Gliederung mit Oberzentren (T, K), Mittelzentren (T, K), Mittelzentren mit Teilfunktionen eines Oberzentrums (T, K), Grundzentren mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums (T, K), Grundzentren RP),	vierstufige zentralörtliche Gliederung mit Oberzentren (T, K), Mittelzentren (T, K), Unterzentren (T, K) und Kleinzentren (RP), Plan lässt Möglichkeit der Änderung der Zentrale-Orte-Festlegungen zu, Aufforderung zur Funktionsteilung benachbarter zentraler Orte sowie zur grenzüberschreitenden Kooperationen	vierstufige zentralörtliche Gliederung mit Oberzentren (T, K), Mittelzentren (T, K), mit Zwischenstufen, Unterzentren (RP) und Kleinzentren (RP), außerdem mittelzentrale Verflechtungsbereiche (T, K)
Achsen	kein Ausweis, lediglich Verkehrsverbindungen (T, K)	überregionale Verbindungsachsen (K), regionale Verbindungs- und Entwicklungsachsen sollen in Regionalen Raumordnungsplänen ausgewiesen werden (RP), Entstehung von Bandstedlungen ist im Interesse des Freiraumschutzes zu vermeiden	aus Landessicht bedeutsame Verbindungsachsen (orientiert an großräumigen, überregional bedeutsamen Verkehrsachsen) (K), Verbindungsachsen mit regionaler Bedeutung (RP), bandartige Verdichtungen sollen verhindert werden, gewachsene Knoten-Achsen-Ordnung erhalten und weiterentwickeln
Infrastrukturentwicklung	im Rahmen der Ziele der Raumentwicklung Aussagen zum Bereich Verkehr (Grundsätze, Schienen- (T, K), Straßennetz (T, K), Radverkehr, fußläufiger Verkehr, Wasserstraßen (T, K), Binnenhäfen (T, K), Luftverkehr (T, K), ÖPNV), im Rahmen der einzelnen fachlichen Grundsätze Aussagen zu verschiedenen Infrastrukturbereichen, z. B. Energie, Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Telekommunikation, Bildung und Wissenschaft	im Rahmen der fachlichen Grundsätze und Ziele der Raumordnung und Landesplanung: Aussagen zum Verkehr (Gesamtverkehrskonzeption, ÖPNV, Schienen- [z. T. T] Straßen- [z. T. T], Luftverkehr, Binnenschifffahrt), ferner Aussagen zur Infrastrukturentwicklung insbesondere in Bereichen Energie, Gesundheits- und Sozialwesen, Jugendhilfe, Erziehungs- und Bildungswesen, Wissenschaft, Kultur, Telekommunikation, Verteidigung, Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Behörden, Gerichte, Technischer Umweltschutz	im Rahmen der fachlichen Ziele Aussagen zu den Bereichen Verkehr und Kommunikation (Grundsätze, großräumige Verkehrsachsen (T, K) [darunter Schiene, Straße], Luftverkehr, ÖPNV, Kommunikation), ferner Aussagen zur Infrastrukturentwicklung insbesondere in den Bereichen Energie, Fremdenverkehr und Erholung, Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Kultur und Bildung, Soziales, Gesundheit und Sport, Katastrophenschutz, Verteidigung

Fortsetzung Übersicht A-L.1:

Vergleich wichtiger Elemente der Raumordnungspläne auf der Landesebene in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen

Freiraumstrukturen	<p><u>Vorranggebiete</u> für Natur und Landschaft (T, K), Landwirtschaft (RP), Hochwasserschutz (T, K), Wassergewinnung (T, K), Rohstoffgewinnung (T, K), militärische Nutzungen (T, K)</p> <p><u>Vorbehaltisgebiete</u> für die Landwirtschaft (T, K), Tourismus und Erholung (T, K), Ausbau eines ökologischen Verbundsystems (T, K), Wassergewinnung (T, K), Kultur- und Denkmalspflege (T, K)</p> <p><u>Vorrangstandorte</u> für landesbedeutsame Ansiedlung von Industrieanlagen (Standorte für Industrieanlagen außerhalb von Oberzentren) und Verkehrsanlagen</p>	<p><u>Vorranggebiete</u> Oberflächennahe Rohstoffe (K, KARP), Braunkohlebergbau (K), Natur und Landschaft (K, KARP), Verteidigung (K), Bereitstellung von Wasser (K, KARP), Wasserschutzgebiete (K),</p> <p><u>Vorbehaltisgebiete</u> Oberflächennahe Rohstoffe (K, KARP), Natur und Landschaft (K, KARP), Vorbehaltisgebiete/Standorte für die Bereitstellung von Wasser (K, KARP), Wasserschutzgebiete (K).</p> <p>Europäische Cityregion Sachsendreieck (als räumliche Verflechtung der Städte Dresden, Leipzig, Chemnitz/Zwickau) (T, K), wobei enge Verflechtungen zwischen Oberzentren Leipzig und Halle als regionales Entwicklungspotenzial besonders zu berücksichtigen sind;</p> <p>Gebiete mit besonderen Entwicklungs-, Sanierungs- und Förderungsaufgaben (grenznahe Gebiete, Bergbaufolgelandschaften, Waldschadensgebiete)</p> <p>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG; FREISTAAT SACHSEN: Landesentwicklungsplan 1994, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung, Dresden (September) 1994.</p>	<p>Trinkwasserschutzgebiete (RP), Einzugsgebiete der Trinkwassersperrn und bedeutende Grundwasservorkommen (K [grobe Darstellung]), in der Landschaftsplanung auf Landes-, regionaler und kommunaler Ebene zu konkretisieren), Bereiche mit überregionaler Bedeutung für Naturschutz und Landschaftspflege (K [grobe Darstellung], Schutzgebiete (K [grobe Darstellung], RP), Kriterien für Festsetzung von Naturschutz-, Landschaftsschutzgebieten, Biosphärenreservaten und Naturparks</p> <p>„Räume mit besonderer Bedeutung“ innerhalb verdichteter Räume: Räume mit bedeutsamen agrarstrukturellen Aufgaben (z. T. T), Räume mit bedeutsamen Fremdenverkehrs- und Erholungsaufgaben (z. T. T), Ergänzungen der Räume mit besonderer Bedeutung sind in Regionalen Raumordnungsplänen möglich (RP)</p> <p>in Ergänzung des zentralörtlichen Systems: Orte mit Gewerbefunktion, Orte mit Wohnfunktion, Orte mit Fremdenverkehrsfunktion (jeweils RP)</p> <p>Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 34/1993, Ausgegeben zu Erfurt, den 7. Dezember 1993.</p>
Sonderformen	<p>Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt Nr. 28 vom 26. August 1999, hrsg von Ministerium für Raumordnung und Umwelt Sachsen-Anhalt: Landesentwicklungsplan für das Land Sachsen-Anhalt 1999.</p>	<p>in Ergänzung des zentralörtlichen Systems: Orte mit Gewerbefunktion, Orte mit Wohnfunktion, Orte mit Fremdenverkehrsfunktion (jeweils RP)</p> <p>Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 34/1993, Ausgegeben zu Erfurt, den 7. Dezember 1993.</p>	<p>in Ergänzung des zentralörtlichen Systems: Orte mit Gewerbefunktion, Orte mit Wohnfunktion, Orte mit Fremdenverkehrsfunktion (jeweils RP)</p> <p>Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 34/1993, Ausgegeben zu Erfurt, den 7. Dezember 1993.</p>
Quelle:	<p>Sonderdruck aus Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Sachsen-Anhalt Nr. 28 vom 26. August 1999, hrsg von Ministerium für Raumordnung und Umwelt Sachsen-Anhalt: Landesentwicklungsplan für das Land Sachsen-Anhalt 1999.</p>	<p>STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG; FREISTAAT SACHSEN: Landesentwicklungsplan 1994, hrsg. vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landesentwicklung, Dresden (September) 1994.</p>	<p>in Ergänzung des zentralörtlichen Systems: Orte mit Gewerbefunktion, Orte mit Wohnfunktion, Orte mit Fremdenverkehrsfunktion (jeweils RP)</p> <p>Gesetz- und Verordnungsblatt für den Freistaat Thüringen, Nr. 34/1993, Ausgegeben zu Erfurt, den 7. Dezember 1993.</p>

Abkürzungen: LEP = Landesentwicklungsplan, LEPro = Landesentwicklungsprogramm, (T) = textlich ausgewiesen; (K) = kartographisch dargestellt, (RP) = in Regionalen Raumordnungsplänen ausgewiesen, (KARP) = in Regionalen Raumordnungsplänen zu konkretisieren und auszuweisen.

Quelle: Zusammenstellung des IWH nach den Landesentwicklungsplänen des Landes Sachsen-Anhalt und des Freistaates Sachsen und dem Landesentwicklungsprogramm des Freistaates Thüringen.

Tabelle A-S.1:

Unternehmen der Industrie- und Handelskammern nach Wirtschaftszweigen und Bundesländern zum 01.01.2000

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Brandenburg		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen		Thüringen		Neue Länder (ohne Berlin-Ost)		Alte Länder (inklusive Berlin)	
		Anzahl	pro 1.000 Einw.	Anzahl	pro 1.000 Einw.	Anzahl	pro 1.000 Einw.	Anzahl	pro 1.000 Einw.	Anzahl	pro 1.000 Einw.	Anzahl	pro 1.000 Einw.	Anzahl	pro 1.000 Einw.
A, B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.549	0,6	1.436	0,6	1.373	0,8	2.350	0,5	1.460	0,6	8.168	0,6	44.213	0,6
D	Verarbeitendes Gewerbe	3.949	1,5	3.697	1,4	2.561	1,4	8.735	2,0	6.229	2,5	25.171	1,8	177.207	2,6
F	Baugewerbe	3.150	1,2	2.869	1,1	2.397	1,3	6.069	1,4	2.600	1,1	17.085	1,2	54.928	0,8
G	Handel	28.182	10,6	34.757	13,4	23.120	12,9	57.751	12,9	34.871	14,2	178.681	12,8	1165.960	17,1
H	Gastgewerbe	7.985	3,0	9.613	3,7	7.305	4,1	13.379	3,0	10.411	4,3	48.693	3,5	255.755	3,8
I	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	4.509	1,7	5.937	2,3	4.301	2,4	10.114	2,3	5.711	2,3	30.572	2,2	159.911	2,3
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	10.955	4,1	8.478	3,3	5.534	3,1	15.402	3,4	8.947	3,7	49.316	3,5	173.850	2,5
K	Wohnungswesen, Vermietung, Unternehmensdienstleister	14.392	5,4	16.839	6,5	12.392	6,9	37.466	8,4	17.856	7,3	98.945	7,1	811.688	11,9
L-Q	Sonstige Dienstleistungen	6.020	2,3	7.561	2,9	4.017	2,2	12.828	2,9	5.663	2,3	36.089	2,6	220.302	3,2
	Sonstige	468	0,2	780	0,3	508	0,3	640	0,1	389	0,2	2.785	0,2	10.948	0,2
A-K, M-O	Alle Wirtschaftszweige	81.159	30,6	91.967	35,4	63.508	35,5	164.734	36,9	94.137	38,4	495.505	35,5	3.074.762	45,1

Quelle: Deutscher Industrie- und Handelstag; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.2:

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (ohne Berlin-Ost)		Alte Länder (mit Berlin)	
		in Mrd. DM	in %	in Mrd. DM	in %	in Mrd. DM	in %
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	1,9	2,5	8,6	2,1	33,6	1,0
C-E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	13,2	17,6	71,9	17,8	837,6	26,1
D	davon Verarbeitendes Gewerbe	10,5	14,0	58,2	14,4	768,7	23,9
F	Baugewerbe	9,3	12,5	48,6	12,0	141,2	4,4
G-I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	12,5	16,7	64,1	15,9	564,2	17,6
J + K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	16,8	22,6	97,4	24,1	979,8	30,5
L-P	öffentliche und private Dienstleister	20,9	28,1	113,2	28,0	657,4	20,5
	Bruttowertschöpfung insgesamt	74,6	100,0	403,9	100,0	3.213,9	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.3:

Erwerbstätige nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (ohne Berlin-Ost)		Alte Länder (mit Berlin)	
		Anzahl in 1.000	in %	Anzahl in 1.000	in %	Anzahl in 1.000	in %
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	41	3,9	218	3,8	750	2,5
C-E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	163	15,6	942	16,4	7.435	24,5
D	davon Verarbeitendes Gewerbe	147	14,1	859	15,0	7.059	23,2
F	Baugewerbe	163	15,7	844	14,7	1.913	6,3
G-I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	240	23,0	1.306	22,8	7.477	24,6
J + K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	101	9,7	598	10,4	4.064	13,4
L-P	öffentliche und private Dienstleister	336	32,2	1.823	31,8	8.736	28,8
	Erwerbstätige insgesamt	1.044	100,0	5.731	100,0	30.375	100,0

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.4:

Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1999

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (ohne Berlin-Ost)		Alte Länder (mit Berlin)	
		1999-1995 in 1.000	1999 (1995 = 100)	1999-1995 in 1.000	1999 (1995 = 100)	1999-1995 in 1.000	1999 (1995 = 100)
A+B	Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	0,7	101,9	-18,0	92,4	-108,0	87,4
C-E	Produzierendes Gewerbe (ohne Baugewerbe)	-23,7	87,3	-63,5	93,7	-448,5	94,3
D	davon: Verarbeitendes Gewerbe	-17,9	89,2	-29,7	96,7	-379,3	94,9
F	Baugewerbe	-54,3	75,1	-200,3	80,8	-227,7	89,4
G-I	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	0,6	100,3	-7,4	99,4	-69,6	99,1
J + K	Finanzierung, Vermietung und Unternehmens- dienstleister	6,4	106,8	53,6	109,9	441,4	112,2
L-P	öffentliche und private Dienstleister	-11,8	96,6	-9,7	99,5	335,7	104,0
	Erwerbstätigen insgesamt	-82,0	92,7	-245,4	95,9	-76,6	99,7

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.5:

Dienstleistungsberufe^a in den Teilsektoren der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 (30.06.)

WZBA 73	Bezeichnung	Land/Region	Zahl der Beschäftigten mit Dienstleistungsberufen	Anteil der Beschäftigten mit Dienstleistungsberufen an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Land/ in der Region - in % -
00-03	Landwirtschaft ^d	Sachsen-Anhalt	5.335	17,7
		Neue Länder ^b	26.782	16,2
		Alte Länder ^c	28.114	14,3
04-61	Prod. Gewerbe	Sachsen-Anhalt	61.594	22,0
		Neue Länder ^b	342.627	21,6
		Alte Länder ^c	2.117.055	26,0
62-94	Dienstleistungen	Sachsen-Anhalt	437.732	79,3
		Neue Länder ^b	2.303.485	78,6
		Alte Länder ^c	10.163.397	83,2
95 u. 99	Sonstige	Sachsen-Anhalt	91	73,4
		Neue Länder ^b	332	72,0
		Alte Länder ^c	772	71,9
00-99	Insgesamt	Sachsen-Anhalt	504.752	58,5
		Neue Länder ^b	2.673.226	57,1
		Alte Länder ^c	12.309.338	59,9

^a Abgrenzung der Berufe entsprechen der Systematik der Berufe der Bundesanstalt für Arbeit. – ^b Ohne Berlin. –

^c Nur Flächenländer. – ^d Landwirtschaft, Tierhaltung, Garten- und Weinbau, Forstwirtschaft, Fischerei, Fischzucht.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.6:

Nettogewerbeanmeldungen^a nach Wirtschaftszweigen in Sachsen-Anhalt, neuen Ländern und Deutschland insgesamt 1997-99 (Summe)

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (ohne Berlin-Ost)		Deutschland insgesamt	
		Anzahl	pro 1 Mio. Einw. ^b	Anzahl	pro 1 Mio. Einw. ^b	Anzahl	pro 1 Mio. Einw. ^b
A	Land- und Forstwirtschaft	244	91	1.498	107	5.927	87
D	Verarbeitendes Gewerbe	21	8	1.541	110	2.572	38
F	Baugewerbe	1.449	538	12.013	855	14.227	210
G	Handel; Instandhaltung u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	-1.289	-484	-582	-42	35.429	522
H	Gastgewerbe	-63	-25	1.680	119	1.798	27
I	Verkehr u. Nachrichten- übermittlung	-326	-121	-463	-33	1.427	21
J	Kredit- u. Versicherungs- gewerbe	109	41	2.023	144	12.791	188
K	Grundstücks-, Wohnungs- wesen, Vermietung und Unternehmensdienstleister	2.359	877	19.568	1.393	133.161	1.960
O	Erbringung sonst. öff. u. persönl. Dienstleistungen	1.904	708	10.777	767	37.499	552
B, C, E, M, N	übrige Wirtschaftszweige	331	123	2.374	169	15.128	223
A-K, M-O	Insgesamt	4.739	1.755	50.469	3.591	259.937	3.828

^a Nettogewerbeanmeldungen = Gewerbeanmeldungen ./ Gewerbeabmeldungen. – ^b Nettogewerbeanmeldungen 1997 je 1 Mio. Einwohner per 31.12.1996 + Nettogewerbeanmeldungen 1998 je 1 Mio. Einwohner per 31.12.1997 + Nettogewerbeanmeldungen 1999 je 1 Mio. Einwohner per 31.12.1998.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.7:

Insolvenzindex nach Wirtschaftszweigen und Bundesländern 1995-98^a

- Insolvenzen pro 1.000 IHK-zugehörige Unternehmen -

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Thüringen	Neue Länder (ohne Berlin-Ost)	Alte Länder
A, B	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	236,4	229,0	185,9	219,5	234,0	210,4	140,1
C, D, E, F (ohne 22.1, 45.5), 50.2, 52.7	Produzierendes Gewerbe	334,1	350,9	263,6	321,6	290,4	315,6	118,8
G (ohne 50.2, 52.7)	Handel	32,3	30,7	23,9	27,8	31,9	29,4	16,4
J	Kredit- und Versicherungsgewerbe	34,5	23,3	28,1	55,1	30,7	36,0	17,5
I	Verkehrs- und Nachrichtenübermittlung	57,0	40,2	26,0	42,8	55,4	44,6	29,4
H	Gastgewerbe	2,1	1,6	0,7	2,0	2,3	1,9	3,9
K, M, N, O, 22.1, 45.5	sonstige Dienstleistungen	44,0	37,5	32,5	44,0	47,7	42,1	21,0
A-K, M-O	alle Wirtschaftszweige	65,0	55,7	46,6	63,4	60,1	59,4	26,3

^a Die Zuordnung der Insolvenzen zu den Wirtschaftszweigen unterscheidet sich geringfügig zwischen den ostdeutschen Ländern und dem früheren Bundesgebiet.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutscher Industrie- und Handelstag; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.8:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe^c in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995, 1998, 1999

Land/Region	1995	1998	1999
Zahl der Beschäftigten (Stand 30.06. der jeweiligen Jahres)			
Sachsen-Anhalt	571.952	554.514	551.989
Brandenburg	544.158	529.099	525.151
Mecklenburg-Vorpommern	414.527	401.310	404.719
Sachsen	981.639	934.270	944.200
Thüringen	517.980	495.207	505.471
Neue Länder ^a	3.030.256	2.914.400	2.931.530
Alte Länder ^b	11.125.681	11.760.448	12.208.701
Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten in %			
Sachsen-Anhalt	59,1	62,7	64,0
Brandenburg	59,7	62,5	63,5
Mecklenburg-Vorpommern	64,2	66,2	67,3
Sachsen	58,2	59,5	60,9
Thüringen	58,2	59,3	60,2
Neue Länder ^a	59,4	61,4	62,6
Alte Länder ^b	55,1	57,9	59,4
Veränderung der Beschäftigtenzahl in %			
		1998/1995	1999/1998
Sachsen-Anhalt		-3,0	-0,5
Brandenburg		-2,8	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern		-3,2	0,8
Sachsen		-4,8	1,1
Thüringen		-4,4	2,1
Neue Länder ^a		-3,8	0,6
Alte Länder ^b		5,7	3,8

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Wirtschaftszweige 62-94 der WZ BA 73.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.9:

Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) im Dienstleistungsgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1998 und 1999

WZBA 73	Branchen		Zahl der Frauen	Zahl der Be- schäftigten insgesamt	Anteil der Frauen an den Beschäftigten insgesamt in %
62-94	Dienstleistungen insgesamt	Sachsen-Anhalt	344.009	551.989	62,3
		Neue Länder ^a	1.804.380	2.931.530	61,6
		Alte Länder ^b	6.863.303	12.208.701	56,2
00-99	alle Wirtschaftszweige	Sachsen-Anhalt	413.947	862.395	48,0
		Neue Länder ^a	2.227.747	4.681.433	47,6
		Alte Länder ^b	8.791.917	20.537.730	42,8

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.10:

Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsarten^a nach Bundesländern 1998 gegenüber 1995 und 1999 gegenüber 1998

- in % -

WZ BA 73, 2-Steller/ Region	1998/1998	1999/1998
69, 72, 79, 80, 81, 82, 85, 86, 87	produktionsnahe Dienstleistungen	
Sachsen-Anhalt	6,1	2,8
Brandenburg	6,2	3,5
Mecklenburg-Vorpommern	7,9	3,1
Sachsen	4,1	3,9
Thüringen	1,7	5,9
Neue Länder ^b	4,9	3,8
Alte Länder ^c	12,1	10,2
62-68	distributive Dienstleistungen	
Sachsen-Anhalt	-7,0	-2,2
Brandenburg	-1,4	-1,1
Mecklenburg-Vorpommern	-7,8	-1,5
Sachsen	-7,9	-2,6
Thüringen	-5,5	-0,4
Neue Länder ^b	-6,1	-1,7
Alte Länder ^c	2,4	1,3
70, 73, 76, 77, 83, 90	konsumorientierte Dienstleistungen	
Sachsen-Anhalt	7,3	3,5
Brandenburg	10,4	1,2
Mecklenburg-Vorpommern	10,8	4,9
Sachsen	9,2	1,0
Thüringen	3,4	2,4
Neue Länder ^b	8,4	2,3
Alte Länder ^c	9,7	8,1
71, 74, 75, 78, 84, 88, 89	soziale Dienstleistungen	
Sachsen-Anhalt	5,7	22,5
Brandenburg	5,2	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	-2,6	4,2
Sachsen	-0,2	4,7
Thüringen	2,1	4,6
Neue Länder ^b	1,7	6,4
Alte Länder ^c	7,3	2,8

Fortsetzung Tabelle A-S.10:

WZ BA 73, 2-Steller/ Region	1998/1995	1999/1998
91-94	staatliche Dienstleistungen	
Sachsen-Anhalt	-13,5	-25,3
Brandenburg	-24,0	-5,0
Mecklenburg-Vorpommern	-12,6	-6,4
Sachsen	-23,3	-3,8
Thüringen	-21,3	-3,3
Neue Länder ^b	-19,4	-10,1
Alte Länder ^c	-2,8	-2,4
62-94	Dienstleistungen insgesamt	
Sachsen-Anhalt	-3,0	-0,5
Brandenburg	-2,8	-0,7
Mecklenburg-Vorpommern	-3,2	0,8
Sachsen	-4,8	1,1
Thüringen	-4,4	2,1
Neue Länder ^b	-3,8	0,6
Alte Länder ^c	5,7	3,8
95 und 99	sonstige Wirtschaftsbereiche	
Sachsen-Anhalt	-69,3	0,8
Brandenburg	-74,0	-23,1
Mecklenburg-Vorpommern	-66,7	-8,3
Sachsen	-56,7	25,0
Thüringen	-11,8	-66,7
Neue Länder ^b	-59,2	-6,1
Alte Länder ^c	155,6	57,8
00-99	insgesamt	
Sachsen-Anhalt	-8,5	-2,5
Brandenburg	-7,1	-2,4
Mecklenburg-Vorpommern	-6,1	-0,8
Sachsen	-6,8	-1,3
Thüringen	-6,1	0,5
Neue Länder ^b	-7,0	-1,3
Alte Länder ^c	0,6	1,1

^a Zuordnung der Dienstleistungsarten auf der Basis der WZ BA 73, 2-Steller. – ^b Ohne Berlin-Ost. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.11:

Branchenzuordnung zu Dienstleistungsarten entsprechend der Systematik der Wirtschaftszweige der Bundesanstalt für Arbeit WZBA73 und der Klassifikation der Wirtschaftszweige Ausgabe 1993 (WZ 93)

WZBA73	Wirtschaftsgruppen nach dem Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (WZBA73)	WZ93	Abteilungen nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)
Produktionsorientierte Dienstleistungen			
69	Kredit- und Versicherungsgewerbe	65	Kreditgewerbe
72	Wäscherei und Reinigung	66	Versicherungsgewerbe
79	Rechts-, Wirtschaftsberatung	67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten
80	Architektur-, Ingenieurbüros usw.	70	Grundstücks- und Wohnungswesen
81	Vermögensverwaltung	71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal
82	Wirtschaftswerbung, Ausstellungen	72	Datenverarbeitung und Datenbanken
85	Versteigerungsgewerbe, Leasing	73	Forschung und Entwicklung
86	Sonstige Dienstleistungen	74	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen
87	Organisationen des Wirtschaftslebens	90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung
		93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen
Konsumorientierte Dienstleistungen			
70	Hotels, Gasthöfe	55	Gastgewerbe
73	Friseur-, Körperpflegegewerbe	92	Kultur, Sport und Unterhaltung
76	Kunst, Theater, Film, RTV	95	Private Haushalte
77	Verlags-, Pressewesen		
83	Fotografisches Gewerbe		
90	Private Haushalte		
Distributive Dienstleistungen			
62	Groß-, Einzel- u. Versandhandel	50	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen
63	Eisenbahnen	51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)
64	Deutsche Bundespost	52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern
65	Straßenverkehr	60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen
66	Schifffahrt, Häfen	61	Schifffahrt
67	Speditionen, Lagerei	62	Luftfahrt
68	Luftfahrt	63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung
		64	Nachrichtenübermittlung

Fortsetzung Tabelle A-S.11:

WZBA73	Wirtschaftsgruppen nach dem Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit (WZBA73)	WZ93	Abteilungen nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)
Staatliche Dienstleistungen			
91	Allgemeine öffentl. Verwaltung	75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung Exterritoriale Organisationen und Körperschaften
92	Veteidigung, öffentl. Sicherheit	99	
93	Sozialversicherung		
94	Vertretung fremder Staaten		
Soziale Dienstleistungen			
71	Altersheime usw.	80	Erziehung und Unterricht Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)
74	Hochschulen, Schulen	85	
75	Bildungsstätten, Sport	91	
78	Gesundheits-, Veterinaerwesen		
84	Hygienische Einrichtungen		
88	Politische Parteien		
89	Kirchen u. weltanschaul. Vereinigungen		

Quelle: Zuordnung nach WZBA 73: MÜLLER, G. Die Erneuerung des Dienstleistungssektors in den neuen Bundesländern, in: Institut für Wirtschaftsforschung Halle (Hrsg.): Forschungsreihe Nr.7/1999, S. 3-79, hier speziell S. 15., Zuordnung nach WZ 93 in Anlehnung an die vorgenannte Zuordnung.

Tabelle A-S.12:
Veränderung des Umfangs der Lieferungen und Leistungen lt. Umsatzsteuerstatistik nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1997 gegenüber 1994

- in % -

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
Produktionsnahe Dienstleistungen							
65	Kreditgewerbe	.	.	-29,79	45,75	-21,98	2,12
66	Versicherungsgewerbe	.	.	-	-	-	-7,74
67	Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe	15,98	-21,26	-26,36	-32,62	-15,80	-44,37
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	28,84	45,61	74,60	66,05	78,59	8,52
71	Verm. bewegl. Sachen ohne Bedienungspersonal	-14,56	-67,44	-0,58	4,61	23,30	24,27
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	31,34	85,63	8,05	31,21	59,91	49,18
73	Forschung und Entwicklung	101,80	61,55	242,39	64,20	211,94	32,60
74	Erbrg. v. Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	-0,63	27,96	15,62	14,15	14,10	9,72
90	Abwasser, Abfallbeseitigung und sonst. Entsorgung	12,85	1,69	-13,81	-17,88	19,34	17,45
93	Erbringung von sonst. Dienstleistungen	-24,08	7,70	14,07	17,11	-44,70	-9,70
Haushaltsnahe Dienstleistungen							
55	Gastgewerbe	-13,06	-3,07	-1,42	-2,37	-7,08	-2,13
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	13,95	128,20	81,58	36,01	90,48	3,64
95	Private Haushalte	^a	^a	^a	^a	^a	^a
Distributive Dienstleistungen							
50	Kfz-Handel, Instandhaltung	6,19	28,53	4,69	-1,09	5,91	15,71
51	Handelsvermittlung u. Großhandel	-0,36	23,86	-2,00	-12,75	-19,17	5,36

Fortsetzung: Tabelle A-S.12:

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
52	Eh. (oh. Handel m Kfz u. Tankst.); Rep. v. Geb. güt.	-7,69	-14,23	-6,19	-4,50	-10,25	8,37
60	Landverkehr, Transport i. Rohrfernleitg.	4,30	15,46	0,96	6,73	16,54	8,74
61	Schifffahrt	110,99	31,20	-71,59	30,78	.	4,85
62	Luftfahrt	.	-20,20	597,81	.	.	4,34
63	Hilfs- u. Nebentätigkeit für den Verkehr	-7,01	15,55	-32,86	-10,89	-1,73	12,45
64	Nachrichtenübermittlung	44,59	22,99	24,64	87,98	104,50	433,72
Staatliche Dienstleistungen							
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	16,76	77,14	-8,44	-9,25	.	-39,14
99	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	^a	^a	^a	^a	^a	^a
Soziale Dienstleistungen							
80	Erziehung, Unterricht	24,66	-14,63	-20,50	-1,49	15,05	13,15
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	28,14	33,33	39,48	109,16	48,21	29,62
91	Interessenvertretung, kirchl. und sonst. Rel. Vereinig.	80,94	137,61	11,03	34,27	23,59	18,58

- nichts vorhanden; . Zahlenwerte unbekannt oder geheimzuhalten.

^a Keine Angaben in der Umsatzsteuerstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.13:
Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsbranchen^c und Bundesländern 1999 gegenüber 1998
- in % -

WZ 93	Branche	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b
Produktionsnahe Dienstleistungen								
65	Kreditgewerbe	-3,0	-1,2	-2,7	-0,3	-2,4	-1,5	-0,8
66	Versicherungsgewerbe	-0,4	15,4	7,1	2,0	-4,5	2,6	1,0
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	1,5	12,9	3,2	7,3	11,8	6,8	0,0
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	3,2	5,4	9,6	3,5	2,3	4,5	24,3
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	1,5	-1,3	21,6	1,3	11,5	4,6	11,7
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	10,8	12,6	5,0	16,7	12,3	13,2	17,8
73	Forschung und Entwicklung	-1,3	7,4	16,3	-0,2	1,7	3,5	0,9
74	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	3,0	3,9	3,8	4,1	6,9	4,3	13,9
90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	-16,6	-3,8	3,6	-0,4	-4,1	-4,9	-1,4
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	2,2	2,6	-0,9	0,8	2,9	1,5	4,8
Haushaltsnahe Dienstleistungen								
55	Gastgewerbe	4,3	-0,5	5,2	0,6	2,9	2,2	11,5
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	1,1	7,0	10,8	7,3	15,9	8,6	10,1
95	Private Haushalte	2,4	-13,3	-3,4	54,2	-3,8	14,8	2,6
Distributive Dienstleistungen								
50	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen	0,0	-0,5	0,0	-0,4	1,5	0,0	4,7
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	-2,7	0,6	-1,4	-2,7	-0,1	-1,5	-0,5
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Verbrauchsgütern	-3,4	-3,2	-0,7	-2,8	-0,5	-2,3	0,5

Fortsetzung: Tabelle A-S.13:

WZ 93	Branche	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	0,0	4,6	-8,1	-2,3	1,6	-0,7	7,0
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	2,7	0,6	8,6	1,0	0,5	2,2	3,1
64	Nachrichtenübermittlung	-5,1	-4,4	-2,8	-5,6	-9,7	-5,5	-0,5
Staatliche Dienstleistungen								
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	-25,8	-4,5	-3,6	-3,7	-3,5	-9,8	-2,3
Soziale Dienstleistungen								
80	Erziehung und Unterricht	103,1	-4,8	1,3	4,7	6,3	12,9	2,8
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	0,2	1,5	3,2	2,7	2,2	2,0	2,1
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	7,7	2,6	0,0	10,4	15,0	7,4	4,3

- nichts vorhanden.

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Ohne Schifffahrt, Luftfahrt und exterritoriale Organisationen und Körperschaften.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.14:
 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (Stichtag 30.06.) je 100.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen^a und Bundesländern
 1998 und 1999^b

- Beschäftigte je 100.000 Einwohner -

WZ 93	Branche	Sachsen-Anhalt		Brandenburg		Mecklenburg- Vorpommern		Sachsen		Thüringen		Neue Länder (ohne Berlin)		Alte Länder (ohne Berlin, Bremen und Hamburg)	
		1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999
Produktionsnahe Dienstleistungen															
65	Kreditgewerbe	442,4	432,1	411,7	405,6	467,7	456,9	609,1	610,6	507,7	497,8	504,9	499,0	976,0	965,4
66	Versicherungsgewerbe	56,2	56,4	48,0	55,3	84,6	90,9	141,5	145,0	85,7	82,2	90,8	93,5	283,6	285,6
67	Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	78,6	80,4	50,1	56,5	93,1	96,4	69,3	74,7	64,1	72,0	69,7	74,7	105,1	104,8
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	323,9	336,7	342,3	360,1	434,1	477,8	449,9	468,1	347,2	356,8	385,9	404,7	218,1	270,5
71	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	56,7	57,9	89,5	88,1	72,7	88,8	88,9	90,5	59,6	66,7	75,7	79,5	62,3	69,4
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	76,4	85,2	76,2	85,6	109,0	115,0	152,7	179,1	107,3	121,0	110,4	125,4	296,1	347,8
73	Forschung und Entwicklung	111,2	110,5	167,5	179,5	114,0	133,1	146,2	146,7	119,0	121,5	134,6	139,7	157,0	158,0
74	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	2.122,2	2.201,0	1.900,7	1.969,7	2.064,4	2.151,2	2.393,7	2.504,5	1.892,6	2.031,6	2.120,4	2.219,0	2.090,3	2.375,4
90	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	401,9	337,6	374,5	359,4	279,7	290,9	330,0	330,4	245,3	236,4	330,6	315,6	149,1	146,7
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	414,1	426,1	384,4	393,4	379,9	378,0	440,3	445,8	366,9	379,3	404,3	411,9	293,0	306,2
Haushaltsnahe Dienstleistungen															
55	Gastgewerbe	744,1	781,5	861,3	855,2	1.344,3	1.420,1	939,6	949,8	827,0	854,9	920,0	943,9	811,8	902,6
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	250,9	255,3	327,0	349,1	350,3	389,6	431,8	465,4	417,0	485,4	364,9	397,6	290,1	318,7
95	Private Haushalte	9,2	9,4	15,4	13,3	10,0	9,7	12,4	19,2	9,5	9,2	11,5	13,3	54,5	55,7

Fortsetzung: Tabelle A-S.14:

WZ 93	Branche	Sachsen-Anhalt		Brandenburg		Mecklenburg- Vorpommern		Sachsen		Thüringen		Neue Länder (ohne Berlin)		Alte Länder (nur Flächenländer)	
		1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999	1998	1999
Distributive Dienstleistungen															
50	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen	842,7	848,8	876,4	869,7	829,4	832,6	918,0	918,4	854,6	871,1	873,4	876,8	761,6	795,2
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	1.090,2	1.068,4	1.099,9	1.103,6	1.139,7	1.128,7	1.210,2	1.183,5	1.061,5	1.065,1	1.131,8	1.118,9	1.800,0	1.787,0
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern	2.524,1	2.456,1	2.426,7	2.343,4	2.488,6	2.480,3	2.506,5	2.449,2	2.483,1	2.482,0	2.488,7	2.440,6	2.573,9	2.580,0
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	1.128,8	1.136,3	966,4	1.008,5	926,7	854,6	1.092,2	1.072,3	804,0	820,0	1.004,1	1.000,4	506,8	540,8
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	485,3	501,6	591,0	593,3	571,4	622,9	464,6	471,4	605,0	610,9	530,3	543,8	697,1	717,0
64	Nachrichtenübermittlung	446,1	426,2	593,0	565,4	558,1	544,8	487,3	462,3	465,4	422,0	504,2	478,1	291,9	289,6
Staatliche Dienstleistungen															
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	4.886,8	3.650,4	3.480,3	3.317,0	3.435,8	3.324,5	2.758,0	2.670,4	3.008,7	2.914,8	3.428,7	3.103,9	1.904,8	1.855,4
Soziale Dienstleistungen															
80	Erziehung und Unterricht	1.078,3	2.205,0	2.044,8	1.942,3	2.407,5	2.449,7	2.131,3	2.243,4	2.386,4	2.547,3	1.994,7	2.259,9	917,7	941,2
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	3.106,9	3.135,4	3.031,3	3.071,3	3.367,0	3.489,5	3.080,3	3.177,6	3.159,2	3.242,1	3.127,0	3.201,2	3.413,9	3.476,9
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	475,0	515,0	676,0	691,8	1.070,6	1.075,4	718,3	796,8	689,6	796,3	704,2	759,3	508,9	529,4

^a Ohne Schifffahrt, Luftfahrt und exterritoriale Organisationen und Körperschaften. – ^b Einwohnerzahl 1998 per 31.12, Einwohnerzahl 1999 per 30.09.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.15:

Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Hochschulabschluss an der Gesamtzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Stichtag 30.06.) nach Dienstleistungsbranchen^a in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1998 und 1999

- Angaben in % (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte der jeweiligen Branche = 100 %) -

WZ 93	Branche	Sachsen-Anhalt				Neue Länder (ohne Berlin)			Alte Länder (einschl. Berlin)		
		1998 %	1999 %	Veränderung 1999/1998 in %	1998 %	1999 %	Veränderung 1999/1998 in %	1998 %	1999 %	Veränderung 1999/1998 in %	
Produktionsnahe Dienstleistungen											
65	Kreditgewerbe	12,64	12,62	-0,2	13,50	13,72	1,6	7,46	7,98	7,0	
66	Versicherungsgewerbe Mit dem Kredit- und Versicherungsgewerbe verbundene Tätigkeiten	18,23	18,97	4,1	18,05	17,85	-1,1	12,70	13,53	6,5	
67	Grundstücks- und Wohnungswesen	6,66	5,62	-15,6	7,80	6,18	-20,8	7,85	8,15	3,8	
70	Vermietung beweglicher Sachen ohne Bedienungspersonal	13,82	13,68	-1,0	13,52	12,79	-5,4	8,77	7,60	-13,4	
71	Datenverarbeitung und Datenbanken	2,70	2,54	-6,2	3,19	3,08	-3,3	3,89	3,47	-10,8	
72	Forschung und Entwicklung	37,51	36,63	-2,3	36,01	34,52	-4,2	31,70	30,70	-3,2	
73	Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	46,08	46,95	1,9	49,06	48,74	-0,7	36,90	37,64	2,0	
74	Abwasser- und Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	12,50	11,78	-5,8	14,01	13,16	-6,1	12,06	11,61	-3,7	
90	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	7,69	7,66	-0,4	6,58	6,49	-1,4	4,94	5,05	2,3	
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	0,70	0,68	-2,1	1,26	1,16	-7,4	0,56	0,70	24,7	
Haushaltsnahe Dienstleistungen											
55	Gastgewerbe	0,87	0,86	-1,4	1,07	1,03	-3,9	0,66	0,62	-5,3	
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	15,89	14,89	-6,3	23,13	21,19	-8,4	10,66	10,05	-5,8	
95	Private Haushalte	0,82	0,40	-51,2	2,67	2,05	-23,0	1,69	1,67	-1,0	
Distributive Dienstleistungen											
50	Kraftfahrzeughandel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen, Tankstellen	1,87	1,95	4,2	2,11	2,11	0,1	1,26	1,40	10,9	

Fortsetzung: Tabelle A-S.15:

WZ 93	Branche	Sachsen-Anhalt			Neue Länder (ohne Berlin)		Alte Länder (einschl. Berlin)			
		1998 %	1999 %	Veränderung 1999/1998 in %	1998 %	1999 %	Veränderung 1999/1998 in %	1998 %	1999 %	Veränderung 1999/1998 in %
51	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	7,21	7,01	-2,7	7,09	7,00	-1,3	5,51	5,66	2,7
52	Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen), Reparatur von Gebrauchsgütern	2,07	2,07	0,0	2,42	2,39	-1,2	1,91	2,09	9,5
60	Landverkehr, Transport in Rohrfernleitungen	4,25	4,12	-3,0	4,68	4,38	-6,5	1,60	1,56	-2,0
63	Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr, Verkehrsvermittlung	3,36	3,18	-5,3	3,05	3,04	-0,4	2,25	2,29	1,9
64	Nachrichtenübermittlung	3,29	2,91	-11,6	4,74	4,43	-6,7	1,67	2,41	43,9
Staatliche Dienstleistungen										
75	Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	11,23	12,32	9,7	14,41	14,79	2,6	8,62	9,33	8,3
Soziale Dienstleistungen										
80	Erziehung und Unterricht	19,75	14,03	-29,0	38,96	34,02	-12,7	26,16	26,08	-0,3
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	9,00	8,98	-0,2	9,42	9,32	-1,0	7,61	8,96	17,7
91	Interessenvertretungen sowie kirchliche und sonstige religiöse Vereinigungen (ohne Sozialwesen und Sport)	18,20	16,24	-10,8	14,88	13,93	-6,4	20,44	20,13	-1,5

^a Ohne Schifffahrt, Luftfahrt und exterritoriale Organisationen und Körperschaften.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.16:

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ geförderte gewerbliche Investitionen je 10.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1995-1999 (Summe)

- DM je 10.000 Einwohner -

WZ 93	Branche	Sachsen- Anhalt	Branden- burg	Meckl.- Vorp.	Sachsen	Thüringen	Neue Länder
50	Kfz-Handel	-	5,44	6,51	-	-	1,83
51	Großhandel	75,39	45,66	190,76	-	118,84	68,22
52	Einzelhandel	-	1,04	-	-	0,67	0,31
63	Verkehrsvermittlung	-	77,11	-	-	-	14,08
64	Nachr. Übermittlung	-	37,63	-	-	-	6,87
55	Gastgewerbe	426,78	441,58	1.926,86	193,18	287,34	522,62
92	Kultur/Sport	71,10	210,67	402,17	11,24	20,57	110,99
72	DV u. Datenbanken	90,34	18,77	7,69	17,50	33,87	33,33
73	Forschung/Entwickl.	14,34	9,00	2,54	172,57	21,66	63,94
74	Dienstleistung	40,55	102,84	196,04	15,70	234,34	98,03
90	Entsorgung	-	1,07	-	-	-	0,20
93	Sonst. Dienstleistung	7,93	50,42	-	10,69	-	14,16
999	Übrige	150,99	114,78	67,70	11,86	34,48	68,50
Insgesamt		7.100,33	5.026,58	4.724,16	4.568,05	5.099,84	5.251,20

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.17:

Nettogewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1999

- Zahl der Gewerbeanmeldungen ./ Zahl der Gewerbeanmeldungen je 100.000 Einwohner -

WZ 93	Branchen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Neue Länder ^c	Alte Länder ^b	Deutschland
Produktionsnahe Dienstleistungen									
J	Kredit- u. Versicherungsgewerbe	-0,6	6,0	0,4	9,1	-1,3	3,7	6,9	6,4
74	Kredit- u. Versicherungshilfsgewerbe	-0,6	5,3	-1,5	9,3	-1,8	3,4	6,1	5,7
K	Grundst.-, Wohnungswesen, Verm. bewegl. Sachen usw.	20,3	42,6	48,3	54,7	47,0	43,7	62,7	59,5
70	Grundstücks- u. Wohnungswesen	2,0	9,4	7,2	4,6	3,4	5,1	7,3	6,9
71	Verm. bewegl. Sachen oh. Bedienungspersonal	-1,0	-0,8	1,0	-0,1	-0,3	-0,3	0,0	0,0
72	Datenverarbeitung u. Datenbanken	3,2	6,7	3,2	10,3	7,8	6,9	12,6	11,6
73	Forschung u. Entwicklung	0,3	0,7	0,1	0,5	1,0	0,5	0,3	0,3
74	Erbringung v. Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	15,8	26,6	36,9	39,4	35,0	31,5	42,6	40,7
Konsumbezogene Dienstleistungen									
H	Gastgewerbe	-10,8	-4,8	10,7	-3,6	-6,1	-3,8	0,3	-0,4
Distributive Dienstleistungen									
G	Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz u. Gebrauchsgütern	-43,6	11,0	-5,3	-9,0	-28,7	-14,8	-3,5	-5,4
50	Kfz-Handel; Instandh. u. Rep. v. Kfz; Tankstellen	-0,2	0,6	2,4	3,9	3,0	2,2	1,4	1,5
51	Handelsvermittlung u. Großhandel (oh. Kfz)	-10,9	-6,6	-0,4	-2,2	-8,0	-5,5	-3,8	-4,1
52	Eh (oh. Handel m. Kfz u. Tankst.); Rep. v. Gebrauchsgütern	-32,5	17,0	-7,3	-10,7	-23,7	-11,5	-1,2	-2,9
I	Verkehr u. Nachrichtenübermittlung	-1,9	0,7	-3,1	4,1	8,2	2,1	-3,2	-2,3
Andere Dienstleistungen und andere Branchen									
O	Erbringung sonst. öff. u. persönl. Dienstleistungen	17,7	18,2	22,2	34,9	12,4	22,9	17,3	18,2
B, C, E, M, N	Übrige Wirtschaftszweige ^a (einschl. geheimzuhaltender Fälle)	3,7	4,0	6,7	6,1	4,9	5,1	7,2	6,8

^a Enthalten sind: die Branchen Fischerei und Fischzucht (B), Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (C), Energie- und Wasserversorgung (E), Erziehung und Unterricht (M), Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen (N). – ^b Einschließlich Berlin. – ^c Ohne Berlin.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.18:
Veränderung der Zahl der Steuerpflichtigen lt. Umsatzsteuerstatistik nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1997
gegenüber 1994

- in % -

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg- Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
Produktionsnahe Dienstleistungen							
65	Kreditgewerbe	.	.	88,24	12,99	0,00	-5,54
66	Versicherungsgewerbe	.	.	-	-	-	-8,30
67	Kredit- u. Versicherungshilfgewerbe	-8,67	-0,72	-11,95	-18,42	-20,88	-6,92
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	49,92	68,64	58,63	53,53	45,88	6,02
71	Verm. bewegl. Sachen oh. Bedienungspersonal	7,22	7,31	1,52	6,61	6,38	-2,48
72	Datenverarbeitung und Datenbanken	41,71	64,68	25,00	34,91	48,86	28,10
73	Forschung und Entwicklung	139,39	48,61	24,44	22,54	135,14	17,57
74	Erbrg. v. Dienstleistungen überwiegend f. Untern.	14,95	21,37	14,36	13,63	13,65	5,19
90	Abwasser, Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	11,81	-2,79	-5,26	-8,57	4,30	4,79
93	Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	19,58	7,28	8,18	17,69	-6,41	3,00
Haushaltsnahe Dienstleistungen							
55	Gastgewerbe	-7,19	-2,58	0,40	-0,85	-7,38	-5,39
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	-2,64	17,79	11,40	17,85	8,85	6,77
95	Private Haushalte ^a						
Distributive Dienstleistungen							
50	Kfz-Handel, Instandhaltung	-0,39	2,92	1,11	0,02	4,37	2,05
51	Handelsvermittlung u. Großhandel	-17,57	-1,50	-8,98	-7,97	-13,97	-6,55

Fortsetzung: Tabelle A-S.18:

WZ.93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Mecklenburg-Vorpommern	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
52	Eh. (oh. Handel m. Kfz u. Tankst.); Rep.v. Geb.güt.	-11,95	-8,50	-6,75	-13,19	-11,32	-4,76
60	Landverkehr, Transport i. Rohrfernleitg.	-8,57	5,00	-0,12	-2,90	-2,83	-4,30
61	Schifffahrt	50,00	37,66	39,76	9,09	.	3,56
62	Luftfahrt	.	-23,08	133,33	.	.	12,25
63	Hilfs- u. Nebentätigkeit für den Verkehr	-9,82	-11,10	-15,86	-17,68	-17,52	-3,17
64	Nachrichtenübermittlung	38,27	131,71	225,00	228,57	144,44	148,56
Staatliche Dienstleistungen							
75	öfl. Verw., Verteidigung, Sozialversicherung	-12,86	25,30	2,90	14,58	.	-25,44
99	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften ^a						
Soziale Dienstleistungen							
80	Erziehung, Unterricht	-2,02	-6,23	-7,33	-0,56	-7,28	2,41
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	-0,79	1,00	4,11	7,03	5,85	6,02
91	Interessenvertretung, kirchl. und sonst. Rel. Vereinig.	1,08	68,09	59,79	22,27	5,92	25,55

- nichts vorhanden; . Zahlenwerte unbekannt oder geheimzuhalten.

^a Keine Angaben in der Umsatzsteuerstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.19:

Zahl der Steuerpflichtigen lt. Umsatzsteuerstatistik je 100.000 Einwohner nach Dienstleistungsbranchen und Bundesländern 1994 und 1997

- Anzahl der Steuerpflichtigen lt. Umsatzsteuerstatistik je 100.000 Einwohner -

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Brandenburg		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen		Thüringen		Deutschland insgesamt	
		1994	1997	1994	1997	1994	1997	1994	1997	1994	1997	1994	1997
Produktionsnahe Dienstleistungen													
65	Kreditgewerbe	·	·	·	·	0,9	1,8	1,7	1,9	1,9	1,9	1,9	4,4
66	Versicherungsgewerbe	·	·	·	·	-	-	-	-	-	-	-	0,4
67	Kredit- und Versicherungshilfsgewerbe	10,9	10,1	16,5	16,2	13,7	12,2	18,2	15,1	14,5	11,6	11,6	16,8
70	Grundstücks- und Wohnungswesen	71,7	109,7	69,9	116,2	79,4	127,7	96,3	149,9	84,0	124,5	124,5	274,1
71	Verm. bewegl. Sachen ohne Bedienungspersonal	16,1	17,6	20,5	21,7	21,5	22,1	16,5	17,8	17,4	18,8	18,8	30,5
72	Datenverarbeitung u. Datenbanken	7,6	11,1	7,9	12,9	8,3	10,5	10,1	13,8	8,7	13,2	13,2	45,7
73	Forschung u. Entwicklung	1,2	2,9	2,8	4,2	2,5	3,1	3,1	3,8	1,5	3,5	3,5	6,8
74	Erbrg. v. Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen	215,0	252,4	234,6	280,8	227,2	263,3	264,6	304,8	231,9	267,8	267,8	475,0
90	Abwasser, Abfallbeseitigung und sonstige Entsorgung	8,6	9,8	12,7	12,2	7,3	7,0	8,4	7,8	7,4	7,8	7,8	6,2
93	Erbringung v. sonst. Dienstleistungen	78,9	96,3	180,3	190,7	112,7	123,6	129,9	154,9	189,6	180,3	180,3	182,8
Haushaltsnahe Dienstleistungen													
55	Gastgewerbe	253,4	240,2	267,2	256,7	273,7	278,4	224,2	225,3	299,0	281,4	281,4	316,1
92	Kultur, Sport und Unterhaltung	38,5	38,3	47,0	54,6	40,2	45,4	44,5	53,1	37,3	41,2	41,2	93,7
95	Private Haushalte ^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a	^a

Fortsetzung: Tabelle A-S.19:

WZ 93	Wirtschaftszweig	Sachsen-Anhalt		Brandenburg		Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen		Thüringen		Deutschland insgesamt	
		1994	1997	1994	1997	1994	1997	1994	1997	1994	1997	1994	1997
Distributive Dienstleistungen													
50	Kfz-Handel, Instandhaltung	102,7	104,5	124,2	126,1	103,5	106,1	106,9	108,4	110,8	117,6	120,6	122,3
51	Handelsvermittlung u. Großhandel	149,7	126,0	133,7	129,9	135,5	124,9	170,2	158,8	178,9	156,4	263,7	244,8
52	Eh. (ohne Handel m. Kfz u. Tankst.); Rep. v. Geb.güt.	476,2	428,1	558,6	504,0	491,2	464,1	569,2	500,9	564,7	508,8	569,3	538,7
60	Landverkehr, Transport i. Rohrfernleitg.	92,6	86,4	86,8	89,8	94,5	95,7	95,5	94,0	95,6	94,4	109,7	104,3
61	Schiffahrt	1,6	2,4	3,0	4,1	4,5	6,4	0,2	0,3	.	.	3,0	3,0
62	Luftfahrt	.	.	0,5	0,4	0,2	0,4	0,1	.	.	.	0,5	0,6
63	Hilfs- und Nebentätigkeit für den Verkehr	38,0	35,0	53,3	46,7	49,9	42,5	64,8	54,1	59,6	50,0	41,1	39,5
64	Nachrichtenübermittlung	2,9	4,1	1,6	3,7	1,3	4,3	0,8	2,5	1,4	3,6	2,4	5,9
Staatliche Dienstleistungen													
75	öffl. Verw., Verteidigung, Sozialversicherung	2,5	2,3	3,3	4,0	3,8	3,9	2,1	2,4	.	3,6	1,3	1,0
99	Exterritoriale Organisationen und Körperschaften ^a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a	a
Soziale Dienstleistungen													
80	Erziehung, Unterricht	28,7	28,7	31,7	29,3	32,8	30,8	30,9	31,2	34,9	32,9	29,8	30,3
85	Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	22,9	23,2	27,5	27,4	25,2	26,6	18,6	20,2	20,4	21,9	34,9	36,7
91	Interessenvertretung, kirchliche und sonst. religiöse Vereinigungen	3,4	3,5	3,7	6,1	5,3	8,6	5,4	6,7	6,0	6,5	6,2	7,7

- nichts vorhanden., Zahlenwerte unbekannt oder geheimzuhalten.

^a Keine Angaben in der Umsatzsteuerstatistik.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.20:

Angebot im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	1995		1999	
	geöffnete Betriebe ^b	angebotene Betten ^b	geöffnete Betriebe ^b	angebotene Betten ^b
	in absoluten Zahlen		in absoluten Zahlen	
Sachsen-Anhalt	888	42.844	1.008	49.968
Meckl.-Vorp.	1.269	69.234	2.029	130.415
Brandenburg	947	51.034	1.321	68.936
Sachsen	1.388	75.874	2.038	108.614
Thüringen	1.339	61.850	1.483	70.169
Neue Länder ^a	5.830	300.836	7.879	428.102
Alte Länder ^c	42.170	1.751.416	42.865	1.835.010
Land/Region	je 10.000 Einwohner ^d		je 10.000 Einwohner ^e	
Sachsen-Anhalt	3,2	155,8	3,8	187,6
Meckl.-Vorp.	6,9	378,7	11,3	726,6
Brandenburg	3,7	201,0	5,1	265,9
Sachsen	3,0	165,8	4,6	242,6
Thüringen	5,3	246,4	6,0	285,7
Neue Länder ^a	4,1	211,8	5,6	306,6
Alte Länder ^c	6,8	284,3	6,9	294,3

^a Ohne Berlin. – ^b Jahresdurchschnitt berechnet aus den Werten für Juni und Dezember. – ^c Nur Flächenländer. – ^d Bevölkerungszahl Jahresdurchschnitt. – ^e Bevölkerungszahl per 30.6.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 7.1.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.21:

Veränderung der Auslastung im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1999 gegenüber 1995

- Veränderung in % -

Land/Region	Veränderung 1999/1995		Veränderung 1999/1995	
	geöffnete Betriebe ^b	angebotene Betten ^b	geöffnete Betriebe ^b	angebotene Betten ^b
	auf Grundlage der Daten je 10.000 Einwohner		auf der Grundlage der absoluten Zahlen	
Sachsen-Anhalt	17,2	20,4	13,5	16,6
Meckl.-Vorp.	62,9	91,8	60,0	88,4
Brandenburg	36,6	32,3	39,4	35,1
Sachsen	50,1	46,3	46,9	43,2
Thüringen	13,3	16,0	10,8	13,5
Neue Länder ^a	37,3	44,5	35,1	42,3
Alte Länder ^c	0,4	3,5	1,6	4,8

^a Ohne Berlin. – ^b Jahresdurchschnitt berechnet aus den Werten für Juni und Dezember. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 7.1.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.22:

Auslastung angebotener Betten im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	1995	1999	Veränderung 1999/1995 in %
	Auslastung in % ^a		
Sachsen-Anhalt	32,0	29,6	-7,6
Meckl.-Vorp.	39,3	32,8	-16,6
Brandenburg	35,1	31,2	-11,1
Sachsen	36,6	34,0	-7,2
Thüringen	33,6	33,8	0,7
Neue Länder ^b	35,7	32,6	-8,6
Alte Länder ^c	38,9	36,1	-7,2

^a Auslastung angebotener Betten: Zahl der Übernachtungen dividiert durch die Zahl der angebotenen Betten (als Durchschnitt der Monatswerte von Juni und Dezember) mal 365. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 7.1.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.-23:

Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	1995			1999		
	in absoluten Zahlen			in absoluten Zahlen		
	Ankünfte	Übernach- tungen	Aufent- haltungsdauer in Tagen	Ankünfte	Übernach- tungen	Aufent- haltungsdauer in Tagen
Sachsen-Anhalt	1.811.003	5.007.498	2,8	2.148.827	5.397.178	2,5
Meckl.-Vorp.	2.690.709	9.936.174	3,7	3.764.486	15.615.850	4,2
Brandenburg	2.140.748	6.544.655	3,1	2.780.479	7.856.643	2,8
Sachsen	3.435.692	10.144.847	3,0	4.733.778	13.473.440	2,8
Thüringen	2.505.645	7.579.276	3,0	2.968.499	8.658.208	2,9
Neue Länder ^a	12.583.797	39.212.450	3,1	16.396.069	51.001.319	3,1
Alte Länder ^b	69.567.342	248.656.218	3,6	77.815.275	241.645.286	3,1
Land/Region	je 100 Einwohner ^c			je 100 Einwohner ^d		
Sachsen-Anhalt	65,9	182,1		80,7	202,6	
Meckl.-Vorp.	147,2	543,6		209,7	870,0	
Brandenburg	84,3	257,8		107,3	303,1	
Sachsen	75,1	221,7		105,8	301,0	
Thüringen	99,8	301,8		120,9	352,5	
Neue Länder ^a	88,6	276,1		117,3	364,7	
Alte Länder ^b	112,9	403,7		124,8	387,6	

^a Ohne Berlin Ost. – ^b Ohne Berlin, Hamburg und Bremen.. – ^c Bevölkerungszahl Jahresdurchschnitt. – ^d Bevölkerungszahl per 30.6.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 7.1.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.24:

Veränderung der Nachfrage im Beherbergungsgewerbe nach Bundesländern 1999 gegenüber 1995

Land	Veränderung 1999/1995 (auf der Grundlage der Daten je 100 Einwohner)		Veränderung 1999/1995 (auf der Grundlage der absoluten Zahlen)		
	Ankünfte	Übernachtungen	Ankünfte	Übernachtungen	Aufenthaltsdauer
	in %		in %		
Sachsen-Anhalt	22,5	11,3	18,7	7,8	-9,2
Meckl.-Vorp.	42,5	60,1	39,9	57,2	12,3
Brandenburg	27,2	17,6	29,9	20,0	-7,6
Sachsen	40,8	35,7	37,8	32,8	-3,6
Thüringen	21,1	16,8	18,5	14,2	-3,6
Neue Länder ^a	32,3	32,1	30,3	30,1	-0,2
Alte Länder ^b	10,5	-4,0	11,9	-2,8	-13,1

^a Ohne Berlin Ost. – ^b Ohne Berlin, Hamburg und Bremen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 6, Reihe 7.1.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.25:

Gesamtumsatz und Auslandsumsatz der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

- in Mio. DM -

WZ 93	Branchen	Gesamtumsatz			Umsatz im Ausland		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	31.892	166.443	2.173.344	4.183	31.043	768.249
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	980	4.155	18.410	.	92	932
D	Verarbeitendes Gewerbe	30.912	162.287	2.154.933	.	30.952	767.317
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	6.947	30.174	228.841	488	1.959	26.850
15	Ernährungsgewerbe	6.947	27.739	200.329	488	1.782	24.330
16	Tabakverarbeitung	0	2.435	28.511	0	177	2.520
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	.	3.207	47.964	.	595	14.685
17	Textilgewerbe	154	2.730	26.949	.	559	8.814
18	Bekleidungs-gewerbe	.	476	21.015	.	36	5.871
DC	Ledergewerbe	.	262	8.028	.	24	2.096
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	374	3.803	28.688	.	737	3.624
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	1.065	9.018	125.368	.	1.293	21.598
21	Papiergewerbe	449	3.693	49.105	153	1.122	16.184
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	616	5.325	76.263	.	171	5.413
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	.	6.227	105.150	.	41	4.974
DG	chemische Industrie	5.406	11.253	226.174	1.397	3.239	108.718
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1.394	6.888	88.557	208	980	25.641
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	2.813	11.895	59.365	158	973	11.254
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	4.868	19.643	215.063	838	2.994	59.045
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	2.651	7.829	88.587	775	2.112	31.278
28	H.v. Metallerzeugnissen	2.217	11.815	126.476	63	882	27.767
DK	Maschinenbau	2.042	14.509	270.075	417	3.709	129.315
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	1.049	18.883	276.473	136	4.809	115.780
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	0	3.197	26.305	0	851	10.620
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeugg, -verteilung u.ä.	628	7.728	114.476	101	1.289	39.096
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	117	4.031	81.342	4	1.837	42.016
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	304	3.927	54.349	31	831	24.048
DM	Fahrzeugbau	1.059	21.384	421.082	106	9.091	232.437
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	438	15.163	383.312	68	6.829	213.415
35	sonst. Fahrzeugbau	621	6.221	37.770	38	2.262	19.022
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	912	5.141	54.107	.	508	11.300
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	799	4.502	51.809	88	481	10.532
37	Recycling	146	639	2.298	.	27	768

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.4; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.26:

Exportquote 1999 und Veränderung des Auslandsumsatzes 1995-1999 der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern

- in % -

WZ 93	Branchen	Exportquote 1999			Veränderung des Exportumsatzes 1999/1995		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	13,1	18,7	35,3	19,3	104,8	34,0
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	.	2,2	5,1	.	-77,3	-49,3
D	Verarbeitendes Gewerbe	.	19,1	35,6	.	109,8	34,3
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarb.	7,0	6,5	11,7	.	29,3	15,5
15	Ernährungsgewerbe	7,0	6,4	12,1	34,9	24,7	20,2
16	Tabakverarbeitung	^b	7,3	8,8	^b	105,8	-16,4
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	.	18,6	30,6	.	43,0	9,5
17	Textilgewerbe	.	20,5	32,7	.	54,0	8,5
18	Bekleidungs-gewerbe	.	7,6	27,9	.	-32,1	11,1
DC	Ledergewerbe	.	9,2	26,1	.	-11,1	10,8
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	.	19,4	12,6	.	331,0	45,5
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	.	14,3	17,2	.	33,7	9,7
21	Papiergewerbe	34,1	30,4	33,0	.	30,8	4,6
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	.	3,2	7,1	.	56,9	28,5
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	.	0,7	4,7	.	-32,8	64,1
DG	chemische Industrie	25,8	28,8	48,1	33,1	48,0	21,9
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	14,9	14,2	29,0	180,6	191,7	26,5
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	5,6	8,2	19,0	203,1	149,5	15,7
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	17,2	15,2	27,5	101,4	75,2	10,2
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	29,3	27,0	35,3	107,3	53,0	-2,0
28	H.v. Metallerzeugnissen	2,8	7,5	22,0	52,7	168,1	28,1
DK	Maschinenbau	20,4	25,6	47,9	-27,9	43,6	23,8
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -eintr., Elektrotech. usw.	13,0	25,5	41,9	84,3	194,5	39,2
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten etc.	^b	26,6	40,4	^b	633,6	-9,2
31	H.v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. ä.	16,1	16,7	34,2	63,4	116,6	0,8
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	3,2	45,6	51,7	.	357,0	179,0
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	10,3	21,2	44,2	347,6	59,8	36,4
DM	Fahrzeugbau	10,0	42,5	55,2	.	276,4	68,2
34	H.v. Kraftwagen u. -teilen	15,6	45,0	55,7	519,8	458,8	72,4
35	sonst. Fahrzeugbau	6,2	36,4	50,4	.	89,6	32,2
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	.	9,9	20,9	.	49,0	24,5
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	11,0	10,7	20,3	31,5	53,7	20,6
37	Recycling	.	4,2	33,4	.	-3,6	125,2

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b In diesen Branchen meldeten 1999 keine Betriebe. Exportquoten oder Veränderungs-raten konnten so nicht berechnet werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.4.

Tabelle A-S.27:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Branchen	Beschäftigte			Anteil der Beschäftigten in %		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	136.047	782.307	6.500.747	100,0	100,0	100,0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	7.805	28.295	130.183	5,7	3,6	2,0
D	Verarbeitendes Gewerbe	128.242	754.012	6.370.564	94,3	96,4	98,0
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	.	121.692	605.291	.	15,6	9,3
15	Ernährungsgewerbe	23.593	120.592	596.400	17,3	15,4	9,2
16	Tabakverarbeitung	.	1.100	8.891	.	0,1	0,1
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	1.298	29.346	190.751	1,0	3,8	2,9
17	Textilgewerbe	743	22.620	116.334	0,5	2,9	1,8
18	Bekleidungsgewerbe	555	6.726	74.417	0,4	0,9	1,1
DC	Ledergewerbe	.	3.757	28.662	.	0,5	0,4
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	2.265	22.013	155.198	1,7	2,8	2,4
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	5.038	38.875	491.303	3,7	5,0	7,6
21	Papiergewerbe	993	11.778	130.956	0,7	1,5	2,0
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	4.045	27.097	360.347	3,0	3,5	5,5
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	1.417	3.318	27.799	1,0	0,4	0,4
DG	chemische Industrie	11.304	32.312	440.498	8,3	4,1	6,8
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	5.522	34.223	352.760	4,1	4,4	5,4
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	10.203	52.007	216.946	7,5	6,6	3,3
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	30.149	146.675	972.253	22,2	18,7	15,0
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	7.931	32.162	305.227	5,8	4,1	4,7
28	H.v. Metallerzeugnissen	22.218	114.513	667.026	16,3	14,6	10,3
DK	Maschinenbau	12.226	83.725	944.339	9,0	10,7	14,5
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	.	87.239	936.095	.	11,2	14,4
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	.	2.683	45.173	.	0,3	0,7
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeug., - verteilung u.ä.	4.739	32.435	365.153	3,5	4,1	5,6
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	1.521	18.940	178.493	1,1	2,4	2,7
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	4.116	33.181	347.276	3,0	4,2	5,3
DM	Fahrzeugbau	5.046	49.749	749.966	3,7	6,4	11,5
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	2.552	29.388	625.488	1,9	3,8	9,6
35	sonst. Fahrzeugbau	2.494	20.361	124.478	1,8	2,6	1,9
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	9.368	49.081	258.703	6,9	6,3	4,0
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	5.510	34.737	236.790	4,1	4,4	3,6
37	Recycling	3.858	14.344	21.913	2,8	1,8	0,3

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.28:

Veränderung der Beschäftigung der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a
nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999 gegenüber 1995

- in % -

WZ 93	Branchen	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	-54,3	-53,2	-25,0
D	Verarbeitendes Gewerbe	-11,3	-0,4	-5,8
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	.	18,0	2,2
15	Ernährungsgewerbe	18,9	18,7	2,7
16	Tabakverarbeitung	.	-16,9	-17,8
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	.	-7,7	-24,7
17	Textilgewerbe	.	9,1	-21,1
18	Bekleidungsgewerbe	.	-40,8	-29,8
DC	Ledergewerbe	.	-23,2	-22,7
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	-2,7	20,6	-12,8
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	-11,0	6,7	-4,2
21	Papiergewerbe	10,8	10,1	-7,0
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	-16,1	5,0	-2,6
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	-43,2	-35,1	-19,3
DG	chemische Industrie	-23,2	-12,4	-10,8
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	31,1	27,7	-4,3
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	9,4	-6,7	-13,3
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	-21,0	3,2	-4,8
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	-18,1	-7,4	-10,2
28	H.v. Metallerzeugnissen	-22,3	7,4	-2,1
DK	Maschinenbau	-29,2	-11,4	-5,6
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	-2,8	-0,7	-9,0
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	.	-3,0	-23,4
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeug., -verteilung u.ä.	-13,6	-16,7	-12,6
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	.	44,1	1,7
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	31,4	8,6	-5,6
DM	Fahrzeugbau	-23,6	-11,2	4,9
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	0,5	32,4	8,7
35	Sonst. Fahrzeugbau	-30,4	-33,8	-13,9
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	-16,2	-0,7	-12,4
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	-13,6	-3,9	-12,6
37	Recycling	-32,3	38,8	-0,4

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.4; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.29:

Angestellte in den Betrieben im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe^a nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Branchen	Angestellte			Anteil der Angestellten an den Beschäftigten in %		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	30.761	179.191	2.153.527	30,1	30,1	37,3
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	1.382	6.470	30.390	36,9	36,9	27,3
D	Verarbeitendes Gewerbe	29.739	172.720	2.123.137	30,1	29,9	37,5
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	6.707	30.037	182.844	36,2	34,5	38,5
15	Ernährungsgewerbe	6.707	29.773	177.758	36,2	34,6	38,3
16	Tabakverarbeitung	0	264	5.086	^b	23,1	46,7
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	.	4.842	59.507	.	21,3	34,1
17	Textilgewerbe	72	3.705	32.948	17,3	20,8	31,1
18	Bekleidungsgewerbe	.	1.137	26.561	.	23,2	38,7
DC	Ledergewerbe	.	285	8.188	.	13,6	33,3
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	354	2.936	25.230	19,9	19,6	25,4
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	1.628	14.418	171.836	48,4	46,2	45,7
21	Papiergewerbe	149	2.671	39.466	18,9	25,0	29,2
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	1.479	11.746	132.370	57,5	57,2	54,9
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	537	1.283	10.385	38,2	41,8	58,2
DG	chemische Industrie	4.795	12.896	245.168	40,9	41,7	54,9
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	1.283	6.879	90.552	25,3	23,9	27,9
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	2.396	11.788	63.207	25,2	26,8	30,8
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	3.976	19.825	211.787	22,1	22,5	27,6
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	1.283	4.899	62.083	22,0	21,5	25,6
28	H.v. Metallerzeugnissen	2.693	14.926	149.704	22,1	22,8	28,6
DK	Maschinenbau	3.399	22.965	374.965	31,4	33,5	41,1
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	2.202	25.247	375.451	29,5	35,8	47,6
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	0	1.030	22.829	^b	38,3	63,7
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeug., - verteilung u.ä.	1.395	10.698	167.519	30,0	31,4	42,2
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	339	6.736	80.997	39,5	41,1	54,2
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	467	6.783	104.105	23,9	38,9	50,6
DM	Fahrzeugbau	1.597	13.847	243.916	21,4	22,9	29,0
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	432	5.334	197.017	20,1	17,3	27,2
35	sonst. Fahrzeugbau	1.164	8.513	46.899	22,0	28,7	39,7
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	724	5.469	60.099	23,4	21,7	29,0
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	642	4.894	58.903	23,7	21,7	29,1
37	Recycling	74	577	1.196	19,4	21,7	26,0

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Keine gemeldeten Betriebe, Angestelltenanteil nicht berechenbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.4; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.30:

Anteil der Beschäftigten mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss an allen Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern am 30. Juni 1999^a

- in % -

WZ93	Branchen	Anteil in %		
		Sachsen-Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	8,9	8,9	7,5
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	12,9	7,4	6,0
D	Verarbeitendes Gewerbe	8,7	9,0	7,5
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarb.	.	2,6	2,1
15	Ernährungsgewerbe	2,7	2,6	2,0
16	Tabakverarbeitung	.	6,3	6,7
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	4,9	4,5	2,8
17	Textilgewerbe	.	4,9	3,0
18	Bekleidungs-gewerbe	.	3,2	2,5
DC	Ledergewerbe	2,6	2,6	3,7
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	2,9	3,1	1,8
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	10,4	9,8	6,6
21	Papiergewerbe	4,9	6,6	4,0
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	11,7	11,3	7,5
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	19,3	19,5	13,7
DG	chemische Industrie	21,2	20,7	12,4
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	6,3	6,8	4,6
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	6,6	7,4	4,5
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	7,3	7,2	4,0
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	10,1	9,9	4,9
28	H.v. Metallerzeugnissen	6,3	6,4	3,6
DK	Maschinenbau	16,9	14,7	8,8
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	.	16,1	14,9
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten etc.	.	20,2	24,1
31	H.v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	11,5	13,4	13,2
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	9,3	23,8	19,1
33	Medizin-, Meß-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	7,1	14,1	13,2
DM	Fahrzeugbau	10,6	12,8	9,7
34	H.v. Kraftwagen u. -teilen	6,3	10,2	8,9
35	Sonst. Fahrzeugbau	15,0	16,4	13,7
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	3,6	3,7	2,6
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	3,0	3,4	2,5
37	Recycling	4,4	4,5	3,9

^a Nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, für die nicht dargestellten Branchen können für Sachsen-Anhalt aus Geheimhaltungsgründen keine Daten veröffentlicht werden.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.31:

Bruttoverdienste je bezahlter Arbeiterstunde der Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Oktober 1999^a

WZ 93	Branchen	Bruttoverdienste je Arbeiterstunde in DM			Alte Länder = 100		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	23,81	23,81	26,37	90,3	90,3	100,0
D	Verarbeitendes Gewerbe	19,5	19,94	28,43	68,6	70,1	100,0
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	17,43	18,26	24,55	71,0	74,4	100,0
15	Ernährungsgewerbe	17,43	18,11	24,41	71,4	74,2	100,0
16	Tabakverarbeitung ^b	0	22,91	29,02	.	78,9	100,0
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	14,18	13,56	21,27	66,7	63,8	100,0
17	Textilgewerbe	14,24	13,85	21,97	64,8	63,0	100,0
18	Bekleidungsgewerbe	.	11,78	19,49	^b	60,4	100,0
DC	Ledergewerbe	11,27	12,65	19,92	56,6	63,5	100,0
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	16,6	17	24,66	67,3	68,9	100,0
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	24,77	22,22	29,02	85,4	76,6	100,0
21	Papiergewerbe	17,6	18,22	26,72	65,9	68,2	100,0
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	26,96	26,18	31,45	85,7	83,2	100,0
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	22,47	25,99	34,58	65,0	75,2	100,0
DG	chemische Industrie	19,43	19,15	29,37	66,2	65,2	100,0
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	19,02	17,89	24,77	76,8	72,2	100,0
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	18,95	18,71	25,23	75,1	74,2	100,0
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	19,93	19,97	27,65	72,1	72,2	100,0
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	22,12	22,08	29,73	74,4	74,3	100,0
28	H.v. Metallerzeugnissen	17,84	18,69	26,32	67,8	71,0	100,0
DK	Maschinenbau	21,79	21,51	29,59	73,6	72,7	100,0
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	18,71	20,28	26,92	69,5	75,3	100,0
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten etc. ^b	0	19,89	26,54	^b	74,9	100,0
31	H.v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, - verteilung u.ä.	20,45	20,25	27,2	75,2	74,4	100,0
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	.	19,88	26,67	.	74,5	100,0
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	16,96	20,97	26,38	64,3	79,5	100,0
DM	Fahrzeugbau	20,52	23,52	35,52	57,8	66,2	100,0
34	H.v. Kraftwagen u. -teilen	17	23,94	36,15	47,0	66,2	100,0
35	sonst. Fahrzeugbau	21,8	23,12	30,54	71,4	75,7	100,0
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	17,98	16,72	24,51	73,4	68,2	100,0
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	18,04	16,67	24,59	73,4	67,8	100,0
37	Recycling	17,75	16,95	22,14	80,2	76,6	100,0

^a Betriebe mit 10 und mehr Arbeitnehmern der laufenden Verdiensterhebung nach dem Lohnstatistikgesetz, die in den neuen Ländern und Berlin (Ost) eine Stichprobe von etwa 66 % und in den alten Ländern von etwa 10 % der Betriebe umfasst. – ^b Keine gemeldeten Betriebe, Anpassungsstand an Lohnniveau der alten Länder nicht berechenbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Reihe 2.1.

Tabelle A-S.32:

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern

- in 1.000 DM -

WZ 93	Branchen	Investitionen der Industriestatistik 1995–98 (arithmet. Mittel) ^a			Investitionen der GRW-Statistik 1990–99 (arithmet. Mittel) ^c		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gew.	4.138.509	15.100.085	77.276.403	.	.	.
C	Bergbau u. Gewinnung von Steinen u. Erden	262.590	861.264	2.171.024	.	.	.
14	Gewinnung von Steinen und Erden	.	.	.	2.732	47.409	.
D	Verarbeitendes Gewerbe	3.875.919	14.238.821	75.105.380	.	.	.
DA	Ernährungsgew. u. Tabakv.	.	1.459.025	7.423.966	.	1758145	.
15	Ernährungsgewerbe	374.010	1.179.003	6.726.731	548.932	1.757.583	370.962
16	Tabakverarbeitung	.	6.436	265.908	.	562	.
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	.	356.393	1.262.977	.	.	.
17	Textilgewerbe	.	341.510	976.722	697	383.439	70.793
18	Bekleidungs-gewerbe	127	26.497	286.032	.	54.899	10.738
DC	Ledergewerbe	415	7.967	146.784	1.139	13.795	2.679
DD	Holzgewerbe (o. H. v. Möbeln)	18.715	344.968	1.200.090	148.253	758.227	173.899
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	70.150	674.983	5.168.134	.	.	.
21	Papiergewerbe	29.979	295.045	2.302.702	321.621	866.990	150.442
22	Verlags-, Druckgew., Vervielfältigung	40.171	379.938	2.865.433	107.626	643.347	208.951
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v. Brutstoffen	864.240	947.447	844.174	.	73.535	.
DG	chemische Industrie	1.217.881	2.220.266	10.250.189	1.085.047	2.088.343	414.391
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	67.509	480.474	4.140.241	191.940	951.456	482.696
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	551.714	1.616.435	3.645.933	525.465	1.954.044	278.692
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	363.024	1.674.401	8.530.798	455.884	2.217.054	612.397
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	260.758	992.565	3.553.895	190.188	719.530	139.008
28	H. v. Metallerzeugnissen	102.267	681.836	4.976.904	265.696	1.497.524	473.389
DK	Maschinenbau	120.057	874.992	7.322.482	185.263	1.262.013	570.671
DL	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	47.045	1.361.293	8.671.177	63.846	1.722.522	409.987
30	H. v. Bürom., DV-Geräten u. -einrich.	0	26.846	576.007	66	56.304	11.431
31	H. v. Geräten der Elektrizitäts- erzeugung, -verteilung u.ä.	32.541	343.233	4.056.999	40.930	411.909	144.191
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	3.658	819.730	2.376.608	4.634	969.482	132.305
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	11.784	171.484	1.659.065	18.216	284.827	122.060
DM	Fahrzeugbau	87.711	1.417.208	15.176.621	96883	1764808	276506
34	H. v. Kraftwagen u. -teilen	34.123	682.322	14.107.983	35.760	551.713	65.369
35	Sonst. Fahrzeugbau	53.588	763.038	1.040.486	61.123	1.213.095	211.137
DN	H. v. Möbeln usw., Recycling	64.972	314.002	1.614.575	80.649	672.788	192.525
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musik- instrumenten, Sportgeräten usw.	40.814	245.136	1.527.870	41.209	346.459	139.650
37	Recycling	24.158	68.865	86.706	39.440	326.329	52.875

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Aufgrund einer Veränderung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, enthalten die Angaben für die neuen Länder, aus denen der Mittelwert 1995-98 berechnet wurde, nur von 1995-97 Berlin-Ost. 1998 wurde Berlin komplett den alten Ländern zugeordnet. – ^c Investitionen aus der Bewilligungsstatistik des Bundesamtes für Wirtschaft.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.33:

Investitionen in Relation zu den Beschäftigten der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes^a nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1996-1998 (arithmet. Mittel)

WZ 93	Branchen	Investitionen pro Beschäftigten					
		in 1.000 DM			Alte Länder = 100		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	38,1	26,0	13,4	284,4	194,1	100,0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	37,3	33,6	16,1	231,1	207,9	100,0
14	Gewinnung von Steine und Erden						
D	Verarbeitendes Gewerbe	38,1	25,7	13,3	285,6	192,9	100,0
DA	Ernährungsgew. u. Tabakv.	.	22,4	15,0	.	149,4	100,0
15	Ernährungsgewerbe	20,0	16,8	14,1	141,8	119,3	100,0
16	Tabakverarbeitung	.	9,6	13,1	.	73,4	100,0
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	.	16,7	6,5	.	254,8	100,0
17	Textilgewerbe	.	21,9	8,5	.	258,8	100,0
18	Bekleidungs-gewerbe	.	5,6	3,7	.	151,2	100,0
DC	Ledergewerbe	.	5,3	5,4	.	99,4	100,0
DD	Holzgewerbe (o. H. v. Möbeln)	9,4	26,3	11,2	83,7	233,7	100,0
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	19,8	24,3	13,6	145,6	178,3	100,0
21	Papiergewerbe	43,9	30,4	63,5	69,1	47,9	100,0
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. v.	13,0	20,6	11,8	109,8	174,0	100,0
DF	Brutstoffen	412,1	266,3	43,0	959,5	619,9	100,0
DG	chemische Industrie	102,9	77,4	22,3	402,7	302,6	100,0
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	17,2	20,2	12,8	134,6	158,1	100,0
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	60,5	34,3	16,3	370,2	210,1	100,0
DJ	Metallerzeugung u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	20,8	20,8	11,4	182,8	182,6	100,0
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	46,6	45,1	14,5	320,3	310,3	100,0
28	H. v. Metallerzeugnissen	8,5	11,6	9,8	86,4	117,6	100,0
DK	Maschinenbau	9,8	12,4	8,0	123,2	155,0	100,0
DL	H. v. Büromasch., DV-Geräten u. -einrichtungen, Elektrotechnik usw.	6,8	24,2	10,9	62,2	221,9	100,0
30	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einrichtungen	c	10,7	14,8	c	71,9	100,0
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u.ä.	6,1	9,5	9,8	61,8	97,0	100,0
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	8,5	82,7	17,3	48,9	478,4	100,0
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	8,6	11,4	8,0	107,4	143,0	100,0
DM	Fahrzeugbau	10,7	23,6	20,1	53,1	117,5	100,0
34	H. v. Kraftwagen u. -teilen	19,5	34,0	22,0	88,3	154,0	100,0
35	sonst. Fahrzeugbau	7,9	17,1	8,8	89,9	194,7	100,0
DN	H. v. Möbeln usw., Recycling	20,9	13,0	7,3	284,4	177,7	100,0
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	16,0	11,6	7,1	225,8	163,0	100,0
37	Recycling	44,8	26,2	16,6	270,2	157,9	100,0

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Aufgrund einer Veränderung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, enthalten die Angaben für die neuen Länder, aus denen der Mittelwert 1995-98 berechnet wurde, nur von 1995-97 Berlin-Ost. 1998 wurde Berlin komplett den alten Ländern zugeordnet. – ^c Die Branche Herstellung von Büromaschinen etc. (Ziffer 30) verzeichnete 1996-98 keinen meldepflichtigen Betrieb in Sachsen-Anhalt, die Investitionsintensität kann deshalb nicht berechnet werden.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.34:

Bruttozugänge an Maschinen und maschinellen Anlagen (Ausrüstungsinvestitionen) der Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes^a nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1995-1998 (arithmet. Mittel)

WZ 93	Branchen	Ausrüstungsinvestitionen in Mio. DM			Ausrüstungsinvestitionen in Relation zu den Gesamtinvestitionen in %		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder ^b	Alte Länder
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	3.461,8	11.730,4	67.650,4	83,6	77,7	87,5
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	226,7	658,3	1.923,7	86,3	76,4	88,6
D	Verarbeitendes Gewerbe	3.235,2	11.072,1	65.726,7	83,5	77,8	87,5
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarb.	.	1.089,4	6.177,9	.	74,7	83,2
15	Ernährungsgewerbe	274,8	921,1	5.625,0	73,5	78,1	83,6
16	Tabakverarbeitung	.	6,0	249,6	.	93,4	93,9
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	.	264,3	1.055,7	.	74,2	83,6
17	Textilgewerbe	.	241,8	841,2	.	70,8	86,1
18	Bekleidungs-gewerbe	.	13,7	223,4	.	51,6	78,1
DC	Ledergewerbe	0,1	6,3	125,1	35,8	79,7	85,3
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	13,3	267,0	921,4	70,9	77,4	76,8
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	56,5	528,0	4.452,4	80,5	78,2	86,2
21	Papiergewerbe	21,1	241,2	2.007,1	70,5	81,7	87,2
22	Verlags-, Druckgew., Vervielfältigung Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	35,3	286,8	2.445,3	88,0	75,5	85,3
DF	H.v. Brutstoffen	858,5	937,2	703,8	99,3	98,9	83,4
DG	chemische Industrie	996,3	1.816,4	8.810,1	81,8	81,8	86,0
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	37,5	343,4	3.591,0	55,6	71,5	86,7
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	429,2	1.273,4	2.980,7	77,8	78,8	81,8
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	301,7	1.366,2	7.430,8	83,1	81,6	87,1
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	229,2	860,3	3.152,0	87,9	86,7	88,7
28	H.v. Metallerzeugnissen	72,5	505,9	4.278,8	70,9	74,2	86,0
DK	Maschinenbau	87,8	620,1	6.332,4	73,1	70,9	86,5
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	31,6	1.185,3	7.815,5	67,1	87,1	90,1
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	0,0	25,4	541,0	0,0	94,5	93,9
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeugg., - verteilung u.ä.	23,5	276,1	3.635,9	72,1	80,4	89,6
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	3,1	767,7	2.214,5	84,1	93,7	93,2
33	Medizin-, Meß-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	5,0	116,2	1.424,2	42,8	67,7	85,8
DM	Fahrzeugbau	71,0	1.078,0	13.898,1	80,9	76,1	91,6
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	30,3	576,2	13.035,1	88,7	84,4	92,4
35	Sonst. Fahrzeugbau	40,7	501,8	863,0	75,9	65,8	82,9
DN	H.v. Möbeln usw., Recycling	42,5	215,4	1.315,5	65,5	68,6	81,5
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	24,8	163,0	1.250,9	60,8	66,5	81,9
37	Recycling	17,7	52,3	64,6	73,4	76,0	74,5

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Aufgrund einer Veränderung in den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, enthalten die Angaben für die neuen Länder, aus denen der Mittelwert 1995-98 berechnet wurde, nur von 1995-97 Berlin-Ost. 1998 wurde Berlin komplett den alten Ländern zugeordnet.

Quelle: Statistische Landesämter; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.35:

FuE-Personal der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes^a nach Branchen und Bundesländern 1997

WZ9 3	Branchen	Sachsen- Anhalt	Branden- burg	Meckl.- Vorp.	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	.	.	460	9.300	.	263.365
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	.	.	0	6	.	449
D	Verarbeitendes Gewerbe	2.239	2.313	460	9.294	4.062	262.916
DA	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	21	72	.	122	86	2.541
DB, DC	Textil-, Bekleidungs- u. Ledergewerbe	4	17	.	426	133	1.695
DD, DE	Holz-, Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	13	21	.	115	97	1.295
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Brutstoffen	63	0	0	.	.	730
DG	chemische Industrie	658	170	28	651	300	47.241
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	85	32	.	220	166	4.757
DI	Glasgewerbe, Keramik, V.v. Steinen u. Erden	51	.	16	187	239	2.790
DJ	Metallerz. u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	202	.	58	656	250	7.706
DK	Maschinenbau	621	270	127	2.894	1.003	38.841
DL	H. v. Bürom., DV-Geräten und Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	268	514	81	3.062	1.383	71.628
DM	Fahrzeugbau	210	861	62	584	159	81.476
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	43	93	43	.	.	2.217

^a FuE-Personal in Forschungsstätten aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einer Stichprobe der kleineren Unternehmen.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik.

Tabelle A-S.36:

Interne FuE-Aufwendungen der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes^a nach Branchen und Bundesländern 1997

- in Mio. DM -

WZ 93	Branchen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Meckl.-Vorp	Sachsen	Thüringen	Deutschland Insgesamt
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	.	.	54	.	.	52.611
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	.	.	0	.	.	142
D	Verarbeitendes Gewerbe	289	394	54	1.191	531	52.469
DA	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	2	10	.	10	17	363
DB, DC	Textil-, Bekleidungs- u. Ledergewerbe	1	1	.	48	12	249
DD, DE	Holz-, Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	1	2	.	13	8	207
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Brutstoffen	10	0	0	.	.	147
GG	chemische Industrie	96	18	2	82	45	10.613
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	8	5	.	23	19	908
DI	Glasgewerbe, Keramik, V.v. Steinen u. Erden	7	.	2	21	35	494
DJ	Metallerz. u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	25	.	6	72	47	1.297
DK	Maschinenbau	83	35	14	347	119	6.192
DL	H. v. Bürom., DV-Geräten und Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	28	56	9	462	190	12.347
DM	Fahrzeugbau	24	225	8	81	17	19.377
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	3	7	3	.	.	274

^a FuE-Aufwendungen in Forschungsstätten aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einer Stichprobe der kleineren Unternehmen.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik.

Tabelle A-S.37:

Interne FuE-Aufwendungen der Unternehmen im Verhältnis zum Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes^a nach Branchen und Bundesländern 1997

- in % -

WZ93	Branchen	Sachsen- Anhalt	Branden- burg	Meckl.- Vorp.	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	.	.	0,5	.	.	2,4
C	Bergbau u. Gewinnung v. Steinen u. Erden	.	.	0,0	.	.	0,6
D	Verarbeitendes Gewerbe	1,1	1,6	0,5	2,7	2,1	2,4
DA	Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung	.	0,3	.	0,1	.	0,1
DB, DC	Textil-, Bekleidungs- u. Ledergewerbe	0,4
DD, DE	Holz-, Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	0,1	0,1	.	.	0,4	0,1
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H. v. Brutstoffen	1,0	.	-	.	-	0,1
G	chemische Industrie	2,0	1,0	0,6	4,1	5,1	4,6
DH	H. v. Gummi- u. Kunststoffwaren	0,7	0,6	.	1,5	1,1	1,0
DI	Glasgewerbe, Keramik, V. v. Steinen u. Erden	0,3	.	0,2	0,7	1,6	0,7
DJ	Metallerz. u. -bearbeitung, H. v. Metallerzeugnissen	0,6	.	0,9	1,4	1,9	0,6
DK	Maschinenbau	4,1	2,7	2,0	5,8	5,3	2,3
DL	H. v. Bürom., DV-Geräten und Einrichtungen, Elektrotechnik, Feinmechanik u. Optik	.	.	.	9,8	4,0	4,8
DM	Fahrzeugbau	2,7	8,5	0,4	1,4	0,6	5,5
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	0,4	1,0	1,0	.	.	0,5

^a FuE-Aufwendungen in Forschungsstätten aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einer Stichprobe der kleineren Unternehmen, Umsatz der Betriebe der Industriestatistik.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.38:

Veränderung des FuE-Personals in den Forschungsstätten der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes^a nach Branchen und Bundesländern 1995/91

- in % -

SYPRO	Branchen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Thüringen	Deutschland insgesamt
1	Energie- u. Wasserversorgung, Bergbau	.	-100,0	.	.	.	-68,5
2	Verarbeitendes Gewerbe	-58,5	-17,0	-28,6	-23,1	-21,3	-12,5
20	Chem. Industrie usw., Mineralölverarbeitung	-69,5	.	.	-14,8	-4,6	-20,3
21	H. v. Kunststoff- u. Gummiwaren	-41,9	.	.	78,2	11,3	-9,8
22	Gewinnung u. Verarbeitung v. Steinen u. Erden usw.	-18,2	-64,6	.	-13,5	-35,1	-14,9
23	Metallerzeugung u. -bearbeitung	-56,7	.	.	-37,5	.	-37,1
24	Stahl-, Maschinen- u. Fahrzeugbau usw.	-53,0	-4,3	-45,7	-32,9	-28,5	-8,7
242	Maschinenbau	-48,9	-77,0	-48,7	-35,9	-37,2	-24,6
25	Elektrotechnik, Feinmechanik., H. v. EBM-Ware usw.	-55,4	65,0	77,2	-10,5	-11,1	-11,0
250	Elektrotechnik	-45,3	56,0	68,6	-12,1	-27,7	-10,1
26	Holz-, Papier- u. Druckgewerbe	-30,8	76,2	194,7	-32,8	-31,5	-21,0
27	Leder-, Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	-90,5	-97,9	.	-28,0	-62,9	-30,0
28/29	Ernährungsgewerbe, Tabakverarb.	42,9	.	33,3	152,9	.	14,6

^a FuE-Personal in Forschungsstätten aller Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten und einer Stichprobe der kleineren Unternehmen.

Quelle: SV-Wissenschaftsstatistik; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.39:

Anteil der weiblichen Arbeiter und Angestellten an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Juli 1999^a

- in % -

WZ 93	Branchen	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	.	.	.
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	15,2	20,5	3,7
D	Verarbeitendes Gewerbe	24,3	27,2	20,5
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	46,4	41,7	27
15	Ernährungsgewerbe	46,4	41,5	26,7
16	Tabakverarbeitung	.	46,5	35,1
DB	Textil- u. Bekleidungsgerbe	88,1	62,6	48,9
17	Textilgewerbe	82,8	57,6	37,3
18	Bekleidungsgerbe	.	88,8	73,4
DC	Ledergewerbe	66,7	61,3	46,0
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	16,8	18,6	13,6
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	47,3	44,3	27,7
21	Papiergewerbe	51,3	32,0	20,0
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	46,6	49,7	32,8
DF	Kokereien, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	31,5	26,8	13,1
DG	chemische Industrie	35,7	39,5	23,8
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	23,6	29,3	22,2
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	15,5	22,5	15,5
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	12,7	14,9	14,1
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	12,3	15,1	8,9
28	H.v. Metallerzeugnissen	13,1	14,8	17,4
DK	Maschinenbau	14,2	15,3	15,2
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	26,7	32,5	28,4
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	.	38,5	25,2
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeug., -verteilung u.ä.	16,3	31,7	28,2
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	.	34,7	30,4
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	38,6	31,7	27,5
DM	Fahrzeugbau	14,7	13,7	10,5
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	10,0	13,8	10,2
35	sonst. Fahrzeugbau	16,4	13,6	10,1
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	36,9	35,9	26,8
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	41,8	39,2	27,2
37	Recycling	16,0	19,9	11,5

^a Betriebe mit 10 und mehr Arbeitnehmern der laufenden Verdiensterhebung nach dem Lohnstatistikgesetz, die in den neuen Ländern und Berlin (Ost) eine Stichprobe von etwa 66 % und in den alten Ländern von etwa 10 % der Betriebe umfasst.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Reihe 2.3.

Tabelle A-S.40:

Bruttostundenverdienste der Arbeiterinnen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern im Juli 1999^a

WZ 93	Branchen	Bruttoverdienst der Arbeiterinnen					
		in DM			in % des Verdienstes aller Arbeiter		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	20,8	21,9	23,2	88,2	95,5	88,6
D	Verarbeitendes Gewerbe	16,2	16,3	22,0	83,9	82,8	78,1
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	15,2	15,3	18,9	87,2	85,7	78,1
15	Ernährungsgewerbe	15,2	15,1	18,6	87,2	85,1	77,2
16	Tabakverarbeitung	.	20,4	25,4	.	88,3	86,4
DB	Textil- u. Bekleidungs-gewerbe	11,4	12,5	18,6	96,5	93,6	88,6
17	Textilgewerbe	12,9	12,9	18,8	95,3	94,0	86,3
18	Bekleidungs-gewerbe	.	11,2	18,5	.	96,6	96,0
DC	Ledergewerbe	10,5	11,3	17,3	94,3	91,1	89,1
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	13,7	14,4	20,0	83,2	85,3	82,0
DE	Papier-, Verlags- u. Druck-gewerbe	18,9	18,2	22,4	80,4	83,7	78,1
21	Papier-gewerbe	14,8	14,7	20,3	85,3	81,8	76,4
22	Verlags-, Druck-gewerbe, Vervielfältigung	21,1	21,0	24,1	82,2	82,2	78,5
DF	Kokereien, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	20,5	23,1	24,7	99,9	98,7	73,1
DG	chemische Industrie	17,0	17,1	22,5	89,5	89,6	76,8
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	15,2	15,4	19,5	82,1	87,1	79,4
DI	Glas-gewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	15,6	16,7	19,2	83,7	90,2	76,9
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	17,0	16,9	21,7	85,1	85,1	78,9
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	20,1	20,1	23,2	91,8	92,0	78,6
28	H.v. Metallerzeugnissen	14,0	14,8	21,4	77,7	79,6	81,6
DK	Maschinenbau	19,4	17,1	23,7	88,6	80,2	80,7
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	15,6	18,1	23,3	84,7	89,8	87,1
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	.	17,2	23,7	.	92,9	89,3
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeug., -verteilung u.ä.	19,9	17,5	23,4	97,5	87,0	86,7
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	.	18,7	23,7	.	94,8	89,4
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	14,2	19,5	22,5	87,4	93,0	85,4
DM	Fahrzeugbau	18,9	20,4	29,7	93,8	86,9	84,9
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	14,6	21,5	29,9	86,3	89,6	84,5
35	sonst. Fahrzeugbau	19,5	19,0	25,3	91,6	82,8	82,8
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	16,6	15,0	20,2	92,7	90,2	82,5
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	16,6	15,0	20,2	92,8	91,2	82,2
37	Recycling	15,1	14,0	17,0	84,9	82,4	77,3

^a Betriebe mit 10 und mehr Arbeitnehmern der laufenden Verdiensterhebung nach dem Lohnstatistikgesetz, die in den neuen Ländern und Berlin (Ost) eine Stichprobe von etwa 66 % und in den alten Ländern von etwa 10 % der Betriebe umfasst.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 16, Reihe 2.1.

Tabelle A-S.41:

Betriebsgröße im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999^a

WZ 93	Branchen	Beschäftigte pro Betrieb			Umsatz pro Betrieb in 1.000 DM		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	81	78	140	25.331	21.898	52.581
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden	69	69	91	18.151	16.294	15.127
D	Verarbeitendes Gewerbe	82	79	141	25.674	22.092	53.718
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	99	82	93	36.953	28.306	44.783
15	Ernährungsgewerbe	99	81	91	36.953	26.144	39.404
16	Tabakverarbeitung	^b	229	419	^b	487.000	1.096.577
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	.	69	104	.	9.777	28.516
17	Textilgewerbe	83	76	106	30.768	11.717	27.003
18	Bekleidungsgewerbe	.	51	100	.	5.011	30.724
DC	Ledergewerbe	.	60	102	.	7.486	33.174
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	41	51	59	8.690	12.935	16.935
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	72	86	107	22.662	24.912	35.586
21	Papiergewerbe	53	85	147	29.921	29.544	53.667
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	80	87	92	19.259	22.468	29.242
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	234	384	262	.	778.375	1.546.324
DG	chemische Industrie	183	144	292	84.475	52.340	147.826
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	66	63	124	18.101	15.007	33.710
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	54	50	71	15.895	13.426	20.692
DJ	Metallerzg.u.-bearb.,H.v. Metallerzeugnissen	73	66	111	19.787	14.725	31.011
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	167	165	254	75.736	56.732	92.956
28	H.v. Metallerzeugnissen	58	55	88	10.507	9.887	21.143
DK	Maschinenbau	75	78	154	14.081	16.563	45.521
DL	H.v. Büromasch.,DV-Geräten u.-einr., Elektrotech. usw.	69	86	168	9.712	23.000	58.787
30	H.v. Bürom., DV-Geräten u. -einr.	^b	112	201	^b	133.208	147.781
31	H.v. Geräten der Elektriz. - erzeugg., -verteilung u.ä.	93	97	192	12.565	22.080	55.436
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	72	139	277	9.752	34.161	150.913
33	Medizin-,Mess-, Steuer- u. Rege- lungstechnik, Optik	42	53	107	6.601	11.936	28.307
DM	Fahrzeugbau	158	218	667	22.535	77.199	333.398
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	113	180	769	23.073	88.673	406.913
35	sonst. Fahrzeugbau	189	280	368	22.170	58.689	117.664
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	65	65	107	19.003	13.284	27.905
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	73	69	111	21.602	13.852	28.388
37	Recycling	35	43	40	13.273	10.306	20.158

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Kein meldepflichtiger Betrieb in Sachsen-Anhalt 1999, die Betriebsgröße kann deshalb nicht berechnet werden.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 4, Reihe 4.1.4; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.42:

Nettogewerbebeanmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

WZ 93	Branchen	Saldo aus An- und Abmeldungen			pro 1 Mio. Einwohner zum 31.12.1998		
		Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder	Sachsen- Anhalt	Neue Länder	Alte Länder
C,D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen u. Erden
D	Verarbeitendes Gewerbe	-60	294	-643	-22,4	21,0	-9,5
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	-33	.	-904	-12,3	.	-13,3
15	Ernährungsgewerbe	-33	-119	-904	-12,3	-8,5	-13,3
16	Tabakverarbeitung	0	.	0	0,0	.	0,0
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	-6	-27	-535	-2,2	-1,9	-7,9
17	Textilgewerbe	3	10	-197	1,1	0,7	-2,9
18	Bekleidungsgewerbe	-9	-37	-338	-3,4	-2,6	-5,0
DC	Ledergewerbe	-3	.	-75	-1,1	.	-1,1
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	-16	-17	21	-6,0	-1,2	0,3
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	-3	.	143	-1,1	.	2,1
21	Papiergewerbe	-1	.	8	-0,4	.	0,1
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	-2	60	135	-0,7	4,3	2,0
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	.	.	-5	.	.	-0,1
DG	chemische Industrie	10	43	52	3,7	3,1	0,8
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	-12	-17	87	-4,5	-1,2	1,3
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	6	51	35	2,2	3,6	0,5
DJ	Metallerzg.u.-bearb.,H.v. Metallerzeugnissen	-1	.	-21	-0,4	.	-0,3
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	5	.	0	1,9	.	0,0
28	H.v. Metallerzeugnissen	-6	101	-21	-2,2	7,2	-0,3
DK	Maschinenbau	10	46	345	3,7	3,3	5,1
DL	H.v.Büromasch.,DV-Geräten u.-einr., Elektrotech. usw.	.	.	526	.	.	7,7
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	.	.	33	.	.	0,5
31	H.v. Geräten der Elektriz. -erzeugg., -verteilung u.ä.	5	47	49	1,9	3,4	0,7
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	-2	.	14	-0,7	.	0,2
33	Medizin-,Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	7	79	430	2,6	5,6	6,3
DM	Fahrzeugbau	4	53	130	1,5	3,8	1,9
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	9	50	92	3,4	3,6	1,4
35	sonst. Fahrzeugbau	-5	3	38	-1,9	0,2	0,6
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	-26	-40	-442	-9,7	-2,9	-6,5
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	-25	-31	-382	-9,3	-2,2	-5,6
37	Recycling	-1	-9	-60	-0,4	-0,6	-0,9

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.43:

Ausländische Direktinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen in Sachsen-Anhalt und Deutschland 1995-1998 (Jahresende, Bestandsgrößen)^a

- in Mio. DM -

WZ 93	Branchen	Sachsen-Anhalt				Deutschland			
		1995	1996	1997	1998	1995	1996	1997	1998
Alle Branchen		5.888	6.045	9.510	9.928	237.838	252.676	284.643	332.548
D	Verarbeitendes Gewerbe	3.115	4.787	8.428	8.896	103.526	104.185	119.237	130.285
15	Ernährungsgewerbe	0	0	.	.	8.157	7.597	7.949	8.599
16	Tabakverarbeitung	1.967	1.312	1.307	2.108
17	Textilgewerbe	0	0	.	.	991	951	977	1.038
18	Bekleidungs-gewerbe	0	0	0	0	810	794	507	554
DC	Ledergewerbe	0	0	0	0	146	146	157	174
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	0	0	0	0	268	389	452	1.068
21	Papiergewerbe	.	0	0	0	3.841	4.698	4.919	5.225
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	0	0	0	0	1.008	1.040	1.263	1.134
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	8.342	7.033	9.401	9.279
DG	chemische Industrie	475	567	3.384	3.996	21.650	23.418	30.702	31.862
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	.	.	.	15	4.905	5.138	5.238	6.470
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	307	439	335	535	3.664	3.703	3.977	5.324
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	4.853	4.268	4.599	5.552
28	H.v. Metallerzeugnissen	57	380	402	391	3.679	4.163	4.529	4.632
DK	Maschinenbau	27	29	.	36	11.236	11.690	13.475	13.821
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	0	0	0	0	3.470	2.760	2.883	2.850
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeugg., - verteilung u.ä.	0	.	0	0	4.596	3.991	4.364	4.994
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	0	.	.	0	4.025	5.862	6.887	7.763
33	Medizin-, Mess-, Steuer- u. Regelungstechnik, Optik	0	.	.	.	4.158	4.105	4.131	4.482
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	9.364	7.803	8.003	9.274
35	sonst. Fahrzeugbau	0	0	0	0	1.517	2.318	2.371	2.820
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	837	970	1.056	1.157
37	Recycling	.	.	.	0	42	37	89	106

^a Unmittelbare und mittelbare Direktinvestitionen. Für eine Vielzahl von Branchen werden Daten aus Geheimhaltungsgründen nicht veröffentlicht.

Quelle: DEUTSCHE BUNDESBANK: Kapitalverflechtung mit dem Ausland. Frankfurt 2000, S. 61-65; Angaben der Deutschen Bundesbank und der Landeszentralbank Bremen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.

Tabelle A-S.44:

Ausgewählte Kennziffern für das Bauhauptgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (m. Berlin-Ost)		Alte Länder (m. Berlin-West)	
	1999	1995 = 100 ^a	1999	1995 = 100 ^a	1999	1995 = 100 ^a
Umsatz je Arbeitsstunde in DM	119,3	113,8	125,7	105,5	163,2	112,8
Bruttolohn- und -gehalt je Arbeitsstunde in DM	31,00	99,9	30,79	95,8	43,30	99,9
Lohn-Umsatz-Relation in %	26,0	87,9	24,5	90,8	26,5	88,6

^a Jeweils Juni 1999 im Vergleich zu Juni 1995.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2, EIII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.45:

Ausgewählte Kennziffern für das sonstige Baugewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999^a

	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (m. Berlin-Ost)		Alte Länder (m. Berlin-West)	
	1999	1995 = 100	1999	1995 = 100	1999	1995 = 100
Umsatz je Arbeitsstunde in DM	73,7	93,8	78,7	93,2	105,6	99,9
Bruttolohn- und -gehalt je Arbeitsstunde in DM	25,4	105,7	25,4	102,8	35,9	102,8
Lohn-Umsatz-Relation in %	34,4	112,7	32,3	110,3	34,0	102,9

^a Nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten. Umsatz jeweils im II. Quartal, 1995 aus den Juni-Daten geschätzt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2, EIII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.46:

Ausgewählte Kennziffern für das Bauinstallationsgewerbe in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999^a

	Sachsen-Anhalt		Neue Länder (m. Berlin-Ost)		Alte Länder (m. Berlin-West)	
	1999	1995 = 100	1999	1995 = 100	1999	1995 = 100
Umsatz je Arbeitsstunde in DM	94,1	104,2	100,7	101,9	129,9	100,6
Bruttolohn- und -gehalt je Arbeitsstunde in DM	26,8	106,3	27,1	105,2	40,4	102,0
Lohn-Umsatz-Relation in %	28,4	102,0	26,9	103,2	31,1	101,4

^a nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten. Umsatz jeweils im II. Quartal, 1995 aus den Juni-Daten geschätzt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: EII2, EIII2; Statistisches Bundesamt: FS 4, Reihe 5.1; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.47:
Gesamtfläche, Landwirtschaftsfläche, landwirtschaftlich genutzte Fläche, Ackerfläche und Dauergrünland nach Bundesländern im Jahr 1999

Land/Region	Bodenfläche insgesamt ^a		landwirtschaftlich genutzte Fläche ^b		Anteil der landwirtschaftlich genutzten Fläche an der Bodenfläche insgesamt		Ackerland		Anteil des Ackerlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche		Dauergrünland		Anteil des Dauergrünlandes an der landwirtschaftlich genutzten Fläche		sonstiges		Anteil der sonstigen landwirtschaftlich genutzten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche	
	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%	km ²	%		
Sachsen-Anhalt	20.447	57,4	11.729	85,5	10.027	85,5	1.667	14,2	35	0,3								
Brandenburg	29.476	45,7	13.474	77,7	10.463	77,7	2.955	21,9	56	0,4								
Meckl.-Vorp.	23.170	58,8	13.625	79,0	10.767	79,0	2.823	20,7	35	0,3								
Sachsen	18.413	49,8	9.175	79,0	7.244	79,0	1.866	20,3	65	0,7								
Thüringen	16.172	49,8	8.050	77,6	6.245	77,6	1.767	22,0	38	0,5								
Neue Länder ^c	107.678	52,1	56.053	79,8	44.746	79,8	11.078	19,8	229	0,4								
Alte Länder ^d	247.300	46,6	115.220	63,7	73.380	63,7	39.924	34,6	1.915	1,7								

^a Angaben per 31.12.1998. – ^b Flächen von Betrieben mit mindestens 2 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche und mehr. – ^c Ohne Berlin. – ^d Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 2.2, S. 32-33, Tabelle 8.19, S. 161 f.

Tabelle A-S.48:
Hektarerträge im Getreideanbau nach Bundesländern 1995 und 1999
- Angaben in dt je ha -

Land/Region	Jahr	Getreide insgesamt	Winterweizen	Sommerweizen ^a	Roggen	Wintermenggetreide	Wintergerste	Sommergerste	Hafer	Sommermenggetreide ^b	Körnermais ^c
Sachsen-Anhalt	1995	66,8	71,9	51,1	54,5	54,5	70,5	51,3	49,1	56,4	64,9
	1999	74,4	81,7	62,3	62,9	62,8	73,7	58,5	51,4	64,9	83,7
	Veränderung 1999/1995 in %	11,4	13,6	21,9	15,4	15,2	4,5	14,0	4,7	15,1	29,0
Brandenburg	1995	50,5	60,4	40,7	44,3	40,8	57,6	39,0	43,3	49,7	50,7
	1999	54,3	66,2	48,8	47,9	46,1	61,6	45,3	44,2	54,4	63,3
	Veränderung 1999/1995 in %	7,5	9,6	19,9	8,1	13,0	6,9	16,2	2,1	9,5	24,9
Mecklenburg-Vorpommern	1995	63,4	68,2	43,9	54,2	50,0	67,8	47,3	48,3	55,7	48,5
	1999	72,2	77,3	55,2	65,8	60,0	74,4	56,0	53,2	67,7	67,4
	Veränderung 1999/1995 in %	13,9	13,3	25,7	21,4	20,0	9,7	18,4	10,1	21,5	39,0
Sachsen	1995	57,4	61,9	50,1	51,1	51,1	59,7	46,0	46,1	53,1	75,4
	1999	63,6	70,6	55,1	57,1	57,3	64,5	49,4	48,8	57,2	88,5
	Veränderung 1999/1995 in %	10,8	14,1	10,0	11,7	12,1	8,0	7,4	5,9	7,7	17,4
Thüringen	1995	61,7	66,3	58,8	61,9	48,8	60,4	49,3	50,2	55,5	81,4
	1999	68,2	73,5	62,3	67,9	61,0	71,1	55,4	58,2	62,2	87,9
	Veränderung 1999/1995 in %	10,5	10,9	6,0	9,7	25,0	17,7	12,4	15,9	12,1	8,0
Neue Länder und Berlin-Ost	1995	60,2	67,1	49,4	49,9	44,7	64,0	47,3	46,9	53,2	64,5
	1999	66,9	75,6	58,3	55,9	52,5	69,8	53,4	50,0	60,2	80,6
	Veränderung 1999/1995 in %	11,1	12,7	18,0	12,0	17,4	9,1	12,9	6,6	13,2	25,0
Früheres Bundesgebiet	1995	61,6	70,5	52,2	55,8	51,1	61,7	41,7	45,8	55,4	75,9
	1999	67,1	77,0	60,5	61,5	54,6	63,9	50,1	50,0	59,8	89,4
	Veränderung 1999/1995 in %	8,9	9,2	15,9	10,2	6,8	3,6	20,1	9,2	7,9	17,8
Deutschland	1995	61,1	69,2	51,4	52,5	49,3	62,5	43,0	45,9	54,7	74,6
	1999	67,0	76,4	59,8	57,9	54,0	65,9	50,9	50,0	59,9	88,4
	Veränderung 1999/1995 in %	9,7	10,4	16,3	10,3	9,5	5,4	18,4	8,9	9,5	18,5

^a Einschließlich Hartweizen (Durum). – ^b Einschließlich Triticale. – ^c Einschließlich Corn-Cob-Mix.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 3.2.1, 13/1999, Tabelle 2, S. 6-13. – Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.19, S. 158 ff.

Tabelle A-S.49:

Anbauflächen im Getreideanbau nach Bundesländern 1995 und 1999

- Angaben in 1.000 ha -

Land/Region	Jahr	Getreide insgesamt	Winterweizen	Sommerweizen ^a	Roggen	Wintermenggetreide	Wintergerste	Sommergerste	Hafer	Sommermenggetreide ^b	Körnermais ^c
Sachsen-Anhalt	1995	539,7	273,1	3,9	87,5	0,3	116,1	20,1	5,4	22,8	10,5
	1999	565,2	278,2	12,0	89,4	0,2	105,4	29,7	5,5	32,6	12,3
	Veränderung 1999/1995 in %	4,7	1,9	207,7	2,2	-33,3	-9,2	47,8	1,9	43,0	17,1
Brandenburg	1995	495,9	105,6	2,4	214,7	1,9	93,4	15,0	13,8	41,5	7,5
	1999	522,8	108,6	7,0	233,2	1,4	70,2	19,6	15,5	59,4	8,0
	Veränderung 1999/1995 in %	5,4	2,8	191,7	8,6	-26,3	-24,8	30,7	12,3	43,1	6,7
Mecklenburg-Vorpommern	1995	522,6	235,5	2,8	100,5	0,0	129,6	18,2	15,5	15,8	4,7
	1999	580,7	266,9	8,4	99,0	0,0	130,7	30,1	12,0	31,8	1,9
	Veränderung 1999/1995 in %	11,1	13,3	200,0	-1,5	0,0	0,8	65,4	-22,6	101,3	-59,6
Sachsen	1995	376,4	145,5	1,6	54,9	0,6	100,9	46,5	7,7	11,2	7,5
	1999	398,2	148,5	3,8	45,1	0,3	96,6	53,0	10,2	29,4	11,3
	Veränderung 1999/1995 in %	5,8	2,1	137,5	-17,9	-50,0	-4,3	14,0	32,5	162,5	50,7
Thüringen	1995	361,1	184,6	3,0	27,6	0,2	66,5	56,2	6,3	11,1	5,4
	1999	369,8	170,8	14,4	16,7	0,6	66,9	70,2	7,0	18,3	4,8
	Veränderung 1999/1995 in %	2,4	-7,5	380,0	-39,5	200,0	0,6	24,9	11,1	64,9	-11,1
Neue Länder und Berlin-Ost	1995	2295,8	944,2	13,7	485,5	3,0	506,5	156,0	48,7	102,3	35,7
	1999	2436,9	972,9	45,7	483,4	2,6	469,8	202,6	50,2	171,5	38,3
	Veränderung 1999/1995 in %	6,1	3,0	233,6	-0,4	-13,3	-7,2	29,9	3,1	67,6	7,3
Früheres Bundesgebiet	1995	4231,0	1585,8	35,0	375,9	7,4	940,1	506,1	260,4	230,9	289,3
	1999	4197,8	1466,9	115,7	264,8	6,2	900,0	638,0	217,6	256,3	332,5
	Veränderung 1999/1995 in %	-0,8	-7,5	230,6	-29,6	-16,2	-4,3	26,1	-16,4	11,0	14,9
Deutschland	1995	6526,7	2530,1	48,7	861,4	10,4	1446,6	662,1	309,2	333,2	325,1
	1999	6634,7	2439,8	161,3	748,2	8,8	1369,8	840,6	267,8	427,8	370,7
	Veränderung 1999/1995 in %	1,7	-3,6	231,2	-13,1	-15,4	-5,3	27,0	-13,4	28,4	14,0

^a Einschließlich Hartweizen (Durum). – ^b Einschließlich Triticale. – ^c Einschließlich Corn-Cob-Mix.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 3.2.1, 13/1999, Tabelle 2, S. 6-13; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.19, S. 158 ff.

Tabelle A-S.50:

Hektarerträge aus dem Anbau ausgewählter Feldfruchtarten nach Bundesländern 1995 und 1999

- in dt je ha -

Land/Region	Jahr	Futtererbsen	Ackerbohnen	frühe Speisekartoffeln	mittelfrühe und späte Kartoffeln ^a	Zuckerrüben	Runkelrüben	Raps und Rüben
Sachsen-Anhalt	1995	36,4	32,0	250,6	300,3	441,8	466,4	34,5
	1999	41,2	46,4	304,2	354,3	479,6	553,6	36,7
	Veränderung 1999/1995 in %	13,2	45,0	21,4	18,0	8,6	18,7	6,4
Brandenburg	1995	25,8	31,6	213,5	191,2	383,3	764,0	29,0
	1999	31,3	28,7	256,0	255,4	412,2	655,5	32,3
	Veränderung 1999/1995 in %	21,3	-9,2	19,9	33,6	7,5	-14,2	11,4
Mecklenburg-Vorpommern	1995	28,0	29,2	239,1	284,9	414,6	607,0	30,9
	1999	34,0	31,8	249,9	302,8	463,0	621,8	39,6
	Veränderung 1999/1995 in %	21,4	8,9	4,5	6,3	11,7	2,4	28,2
Sachsen	1995	33,4	34,7	212,6	269,3	444,5	608,5	32,0
	1999	33,6	43	292,1	365,1	514,4	649,4	34,7
	Veränderung 1999/1995 in %	0,6	23,9	37,4	35,6	15,7	6,7	8,4
Thüringen	1995	34,8	33,2	276,1	332,6	460,1	692,8	34,3
	1999	39,3	44,6	282,6	396,6	527,8	739,9	37,8
	Veränderung 1999/1995 in %	12,9	34,3	2,4	19,2	14,7	6,8	10,2
Neue Länder und Berlin-Ost	1995	32,7	32,6	240,7	266,9	431,6	627,3	32,0
	1999	36,5	41,1	286,4	319,8	468,2	651,1	36,8
	Veränderung 1999/1995 in %	11,6	26,1	19,0	19,8	8,5	3,8	15,0
Früheres Bundesgebiet	1995	35,9	35,1	277,3	331,3	537,6	991,5	31,8
	1999	38,8	41,6	307,6	394,1	598,3	1034,4	34,7
	Veränderung 1999/1995 in %	8,1	18,5	10,9	19,0	11,3	4,3	9,1
Deutschland	1995	33,7	33,8	273,2	316,9	507,9	942,0	31,9
	1999	37,1	41,3	306,2	379,3	563,6	983,1	35,8
	Veränderung 1999/1995 in %	10,1	22,2	12,1	19,7	11,0	4,4	12,2

^a Einschließlich früher Industrie-, Futter- und Pflanzkartoffeln.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 3.2.1, 13/1999, Tabelle 2, S.13-20. - Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.19, S. 159.

Tabelle A-S.51:
Anbauflächen ausgewählter Feldfruchtarten nach Bundesländern 1995 und 1999
- in 1.000 ha -

Land/Region	Jahr	Futter- erbsen	Acker- bohnen	frühe Speise- kartoffeln	mittelfrühe und späte Kartoffeln ^a	Zuckerrüben	Runkelrüben	Raps und Rübsen
Sachsen-Anhalt	1995	20,4	1,0	0,9	16,6	61,5	0,5	85,1
	1999	38,4	0,7	0,6	15,2	56,5	0,2	113,3
	Veränderung 1999/1995 in %	88,2	-30,0	-33,3	-8,4	-8,1	-60,0	33,1
Brandenburg	1995	8,2	1,9	0,4	16,3	14,7	0,4	73,8
	1999	22,9	1,5	0,2	14,3	11,9	0,2	100,2
Mecklenburg-Vorpommern	1995	179,3	-21,1	-50,0	-12,3	-19,0	-50,0	35,8
	1999	6,5	1,9	0,3	18,1	34,4	0,6	185,0
Sachsen	1995	21,8	1,1	0,1	16,2	31,2	0,2	196,3
	1999	235,4	-42,1	-66,7	-10,5	-9,3	-66,7	6,1
Thüringen	1995	5,1	2,7	0,4	9,8	19,4	0,9	77,7
	1999	20,7	3,7	0,3	8,0	18,4	0,4	102,4
Neue Länder und Berlin-Ost	1995	305,9	37,0	-25,0	-18,4	-5,2	-55,6	31,8
	1999	4,4	5,9	0,3	5,1	13,5	0,8	83,8
Früheres Bundesgebiet	1995	18,6	4,9	0,01	4,0	12,5	0,3	97,9
	1999	322,7	-16,9	-96,7	-21,6	-7,4	-62,5	16,8
Deutschland	1995	44,6	13,4	2,3	65,8	143,5	3,1	505,5
	1999	122,4	11,9	1,2	57,7	130,5	1,4	610,1
Deutschland	1995	174,4	-11,2	-47,8	-12,3	-9,1	-54,8	20,7
	1999	19,6	12,1	18,4	228,7	369,3	19,9	468,4
Deutschland	1995	42,1	11,3	17,1	232,5	358,7	9,2	587,9
	1999	114,8	-6,6	-7,1	1,7	-2,9	-53,8	25,5
Deutschland	1995	64,2	25,5	20,7	294,5	512,9	23,0	973,9
	1999	164,5	23,2	18,3	290,2	489,2	10,6	1198,0
Deutschland	1995	156,2	-9,0	-11,6	-1,5	-4,6	-53,9	23,0
	1999							

^a Einschließlich früher Industrie-, Futter- und Pflanzkartoffeln.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Fachserie 3, Reihe 3.2.1, 13/1999, Tabelle 2, S.13-20. - Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.19, S. 159.

Tabelle A-S.52:

Viehbestand nach Bundesländern 1995-1999 (Dezember)^a

- in 1.000 Tieren -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1995 in %
	Rinder					
Sachsen-Anhalt	452,9	439,0	420,6	403,0	405,5	-10,5
Brandenburg	711,6	716,4	694,2	680,6	675,3	-5,1
Mecklenburg-Vorpommern	641,1	636,1	611,5	595,8	590,2	-7,9
Sachsen	644,4	629,5	617,9	600,8	567,9	-11,9
Thüringen	468,2	458,9	445,1	431,8	410,9	-12,2
Neue Länder ^b	2.918,8	2.880,0	2.789,3	2.711,9	2.649,9	-9,2
Früheres Bundesgebiet	12.971,1	12.878,5	12.436,8	12.229,1	12.007,3	-7,4
Deutschland gesamt	15.889,9	15.759,6	15.227,2	14.942,0	14.657,2	-7,8
Schweine						
Sachsen-Anhalt	712,3	711,2	745,9	819,9	892,0	25,2
Brandenburg	702,1	718,4	736,2	811,5	764,4	8,9
Mecklenburg-Vorpommern	527,4	584,0	601,1	614,2	678,5	28,6
Sachsen	562,6	567,3	581,8	633,7	632,8	12,5
Thüringen	659,7	641,0	660,1	702,2	682,6	3,5
Neue Länder ^b	3.164,2	3.222,1	3.325,1	3.581,6	3.650,3	15,4
Früheres Bundesgebiet	20.572,4	21.060,9	21.470,1	22.712,4	22.352,3	8,7
Deutschland gesamt	23.736,6	24.283,0	24.795,2	26.294,0	26.002,7	9,5
Schafe						
Sachsen-Anhalt	137,9	125,8	120,2	142,6	138,0	0,1
Brandenburg	121,6	120,6	128,5	160,3	166,6	37,0
Mecklenburg-Vorpommern	69,3	68,5	70,4	92,8	93,7	35,2
Sachsen	127,9	115,8	116,5	146,5	121,9	-4,7
Thüringen	241,9	233,1	226,1	255,1	233,4	-3,5
Neue Länder ^b	698,8	663,9	661,9	797,4	753,7	7,9
Früheres Bundesgebiet	1.738,6	1.660,1	1.640,1	2.072,4	1.941,1	11,6
Deutschland gesamt	2.437,4	2.324,0	2.301,9	2.869,8	2.694,8	10,6

^a Schafbestände 1998: Zählung im Juni 1998, Rinder- und Schweinebestände 1999: Zählung im November, Schafbestände 1999: Viehbestände am 3. Mai. – ^b Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 8.27, S. 168-169; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1999, Tabelle 8.29, S. 178-179; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1998, Tabelle 8.30, S. 178-180; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1997, Tabelle 8.32, S. 180-182; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.33, S. 180-182.

Tabelle A-S.53:

Milcherzeugung nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	Gesamterzeugung an Kuhmilch		Durchschnittliche Milchleistung je Kuh		Veränderung der Gesamterzeugung 1999/1995 in %	Veränderung der durchschnittlichen Milchleistung je Kuh 1999/1995 in %
	1.000 t		kg je Kuh			
	1995	1999	1995	1999		
Sachsen-Anhalt	959	1.084	5.683	6.902	13,0	21,4
Brandenburg	1.221	1.349	5.361	6.521	10,5	21,6
Mecklenburg-Vorpommern	1.230	1.323	5.371	6.555	7,6	22,0
Sachsen	1.418	1.483	5.649	6.532	4,6	15,6
Thüringen	892	943	5.343	6.411	5,7	20,0
Neue Länder ^a	5.723	6.182	5.482	6.577	8,0	20,0
Baden-Württemberg	2.436	2.253	4.843	5.077	-7,5	4,8
Bayern	7.773	7.566	4.876	5.204	-2,7	6,7
Hessen	1.058	1.047	5.532	5.991	-1,0	8,3
Niedersachsen	5.475	5.316	6.277	6.502	-2,9	3,6
Nordrhein-Westfalen	2.817	2.707	5.955	6.462	-3,9	8,5
Rheinland-Pfalz	804	783	5.373	5.767	-2,6	7,3
Saarland	92	90	5.233	5.567	-2,2	6,4
Schleswig-Holstein	2.408	2.358	5.688	6.066	-2,1	6,6
Früheres Bundesgebiet	22.898	22.152	5.413	5.749	-3,3	6,2

^a Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.34, S. 183; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 8.28, S. 171; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.54:

Erwerbstätige in der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei nach Bundesländern 1995-1999 (auf der Grundlage des Mikrozensus, jeweils Stand April)

- in 1.000 -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Veränderung 1999/1995 in %
Sachsen-Anhalt	54	55	48	40	45	-16,7
Brandenburg	55	53	56	53	61	10,9
Meckl.-Vorp.	54	53	50	46	45	-16,7
Sachsen	54	56	57	54	59	9,3
Thüringen	40	39	39	37	45	12,5
Neue Länder ^a	263	260	252	234	258	-1,9
Früheres Bundesgebiet	900	816	796	790	768	-14,7
Deutschland	1.163	1.076	1.049	1.024	1.026	-11,8

^a Einschließlich Berlin-Ost.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 6.5.2, S. 106; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1999 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1999, Tabelle 6.5.2, S. 106; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1998 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1998, Tabelle 6.6.2, S. 109; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1997 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1997, Tabelle 6.6.2, S. 110; Statistisches Bundesamt: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1. Reihe 4.1.1. Stand und Entwicklung der Erwerbstätigkeit. 1995 Stuttgart (Ergebnisse des Mikrozensus), Tabelle 6.8, S. 129 ff.; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.55:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Landwirtschaft und Tierhaltung^c nach Ausbildungs- und Berufsabschlüssen in Sachsen-Anhalt, neuen und alten Ländern 1999

- in % -

Ausbildung	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Landwirtschaft und Tierhaltung 30.06.1999		
	Sachsen-Anhalt	Neue Länder ^a	Alte Länder ^b
	Zahl der Beschäftigten		
ohne Berufsausbildung, ohne Abitur	8,2	8,7	30,8
mit Berufsausbildung, ohne Abitur	75,9	78,5	50,6
ohne Berufsausbildung, mit Abitur	0,2	0,2	1,0
mit Berufsausbildung, mit Abitur	2,9	2,3	1,6
Fachhochschulabschluss	3,7	3,3	1,2
Hochschulabschluss	3,7	3,3	2,0
Sonstiges (Ausbildung unbekannt, falsche Eingaben, Missings u.a.)	5,3	3,7	12,7
Zusammen	100,0	100,0	100,0

^a Ohne Berlin. – ^b Nur Flächenländer. – ^c Zweig 00 der WZ BA 73.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.56:

Anlagevermögen in landwirtschaftlichen Betrieben^a (Juristische Personen) nach Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1998/99

- Angaben in DM/ha LF -

	Sachsen-Anhalt	Brandenburg	Meckl.-Vorp.	Sachsen	Thüringen	Neue Länder
Anlagevermögen	3.175	3.239	3.140	4.289	4.329	3.564
darunter: Boden	550	420	556	759	623	561
Wirtschaftsgebäude, baul. Anlagen	1.329	1.478	1.203	1.712	1.829	1.492
Technische Anlagen und Maschinen	788	858	909	1073	1146	942
Dauerkulturen	17	3	1	9	2	6
Finanzanlagen	166	178	260	330	418	260
Tiervermögen	661	753	729	1.025	814	786
darunter: Rinder	513	629	557	952	709	659
Schweine	139	119	121	73	93	111

^a Summe aus Angaben für Marktfrucht-, Futterbau-, gemischte und Veredlungsbetriebe.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Zum Agrarbericht 2000: Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, Bonn (März) 2000, S. 70 f.

Tabelle A-S.57:
Anlagevermögen und Tiervermögen in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben (Einzelunternehmen) nach Bundesländern im Wirtschaftsjahr 1998/99

Land/Region	Einheit	Betriebsform		Betriebsgröße in 1.000 DM Standardbetriebseinkommen ^a (StBE)		
		Marktf Frucht	Futterbau	unter 50	50 bis 100	100 und mehr
Sachsen-Anhalt	Anlagevermögen dar. Boden	3.462 1.557	5.120 1.500	4.677 1.996	5.227 2.180	3.543 1.455
	Wirtschaftsgebäude, bauliche Anlagen techn. Anlagen und Maschinen	720	1.771	1.792	1.310	796
	Tiervermögen	1.011 129	1.538 1.166	642 938	1.404 591	1.108 231
Brandenburg	Anlagevermögen dar. Boden	2.631 912	3.383 1.097	2.317 982	2.460 733	3.153 1.031
	Wirtschaftsgebäude, bauliche Anlagen techn. Anlagen und Maschinen	595	1.055	562	711	790
	Tiervermögen	983 178	1.062 998	652 723	803 478	1.169 338
Mecklenburg- Vorpommern	Anlagevermögen dar. Boden	2.987 1.047	4.152 1.093	- -	4.927 1.859	3.095 905
	Wirtschaftsgebäude, bauliche Anlagen techn. Anlagen und Maschinen	613	1.555	-	1.565	817
	Tiervermögen	1.181 141	1.332 1.109	- -	1.403 713	1.243 405
Sachsen	Anlagevermögen dar. Boden	4.965 2.261	10.394 4.044	8.938 5.314	9.678 4.037	5.854 2.155
	Wirtschaftsgebäude, bauliche Anlagen techn. Anlagen und Maschinen	1.115	3.459	1.891	2.939	1.725
	Tiervermögen	1.391 270	2.516 1.364	1.536 1.030	2.234 928	1.756 532

Fortsetzung: Tabelle A-S.57:

Land/Region	Einheit	Betriebsform		Betriebsgröße in 1.000 DM Standardbetriebeinkommen ^a (StBE)		
		Marktfucht	Futterbau	unter 50	50 bis 100	100 und mehr
Thüringen	Anlagevermögen	5.178	5.029	4.359	7.590	4.926
	dar. Boden	1.917	1.239	1.627	2.502	1.543
Thüringen	Wirtschaftsgebäude, bauliche Anlagen techn. Anlagen und Maschinen	1.402	2.144	1.639	2.849	1.438
	Tiervermögen	1.468	1.313	696	1.859	1.584
Deutschland insgesamt	dar. Boden	210	1.031	773	865	300
	Anlagevermögen	18.099	22.321	27.941	23.624	17.054
Deutschland insgesamt	dar. Boden	14.608	15.629	20.713	17.196	12.214
	Wirtschaftsgebäude, bauliche Anlagen techn. Anlagen und Maschinen	1.252	2.999	3.066	2.880	2.065
Deutschland insgesamt	Tiervermögen	1.443	1.933	2.026	1.969	1.696
		452	2.124	1.666	1.754	1.398

^a „Das StBE ist ein unter Verwendung verschiedener Quellen berechnetes Einkommen zur Kennzeichnung der wirtschaftlichen Größe der Betriebe. Es kennzeichnet die Einkommenskapazität bei durchschnittlichen Leistungen und Kosten. Die Berechnung geht von der Summe der StDB [Standarddeckungsbeiträge, Einfügung der Verf.] des Betriebes aus. Davon werden zur Ermittlung des StBE die nicht zurechenbaren (festen) Spezialkosten und Gemeinkosten – differenziert nach der Betriebsform und der Betriebsgröße – abgezogen und sonstige Erträge (z.B. aus Jagd- und Fischereiverpachtung, Arbeiten für Dritte, produktionsunabhängige Beihilfen) hinzugerechnet.“ (BUNDESMINISTERIUM FÜR ERNÄHRUNG, LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN: Zum Agrarbericht 2000: Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, Bonn (März) 2000, S. 122 in Verbindung mit S. 121).

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Zum Agrarbericht 2000: Buchführungsergebnisse der Testbetriebe, Bonn (März) 2000, S. 8 f. und S. 48-57.

Tabelle A-S.58:

Landwirtschaftliche Betriebe^a und landwirtschaftlich genutzte Fläche nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	Zahl der Betriebe			landwirtschaftlich genutzte Fläche			landwirtschaftlich genutzte Fläche je Betrieb		
				1.000 ha			ha je Betrieb		
	1995	1999	Veränderung 1999/1995 um %	1995	1999	Veränderung 1999/1995 um %	1995	1999	Veränderung 1999/1995 um %
Sachsen-Anhalt	4.279	4.677	9,3	1.149,0	1.172,6	2,1	269	251	-6,6
Brandenburg	6.090	6.532	7,3	1.328,6	1.347,1	1,4	218	206	-5,5
Meckl.-Vorp.	4.439	5.003	12,7	1.341,6	1.362,4	1,6	302	272	-9,9
Sachsen	6.735	7.115	5,6	898,2	917,0	2,1	133	129	-3,4
Thüringen	4.296	4.642	8,1	796,6	804,7	1,0	185	173	-6,5
Neue Länder	25.839	27.969	8,2	5514,0	5.603,8	1,6	213	200	-6,1
Alte Länder ^c	458.934	405.317	-11,7	11.595,5	11.493,3	-0,9	25	28	12,2

^a Einbezogen sind Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 8.1, S. 139; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.1, S. 144; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.59:

Landwirtschaftliche Betriebe^a nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Bundesländern 1995 und 1999

Land/Region	Jahr	Landwirtschaftlich genutzte Fläche von ... bis unter ... ha									
		Insgesamt	2-5	5-10	10-15	15-20	20-30	30-50	50-100	100 und mehr	
Sachsen-Anhalt	1995	4.279	672	406	257	179	231	291	427	1.816	
	1999	4.677	732	413	273	189	254	327	476	2.013	
	Veränderung 1999/1995 in %	9,3	8,9	1,7	6,2	5,6	10,0	12,4	11,5	10,8	
Brandenburg	1995	6.090	1.307	796	487	328	417	436	515	1.804	
	1999	6.532	1.259	821	513	374	441	520	569	2.035	
	Veränderung 1999/1995 in %	7,3	-3,7	3,1	5,3	14,0	5,8	19,3	10,5	12,8	
Meckl.-Vorp.	1995	4.439	656	432	268	175	257	309	385	1.957	
	1999	5.003	623	473	348	239	301	359	454	2.206	
	Veränderung 1999/1995 in %	12,7	-5,0	9,5	29,9	36,6	17,1	16,2	17,9	12,7	
Sachsen	1995	6.735	1.856	1.129	648	418	467	437	578	1.202	
	1999	7.115	1.770	1.130	674	484	534	500	655	1.368	
	Veränderung 1999/1995 in %	5,6	-4,6	0,1	4,0	15,8	14,3	14,4	13,3	13,8	
Thüringen	1995	4.296	1.239	755	371	233	213	205	277	1.003	
	1999	4.642	1.345	772	412	230	249	239	325	1.070	
	Veränderung 1999/1995 in %	8,1	8,6	2,3	11,1	-1,3	16,9	16,6	17,3	6,7	
Neue Länder ^b	1995	25.839	5.730	3.518	2.031	1.333	1.585	1.678	2.182	7.782	
	1999	27.969	5.729	3.609	2.220	1.516	1.779	1.945	2.479	8.692	
	Veränderung 1999/1995 in %	8,2	0,0	2,6	9,3	13,7	12,2	15,9	13,6	11,7	
Alte Länder ^c	1995	458.934	86.549	84.433	54.619	42.470	62.173	67.230	49.376	12.084	
	1999	405.317	73.837	70.225	45.443	38.036	49.914	60.531	51.700	15.630	
	Veränderung 1999/1995 in %	-11,7	-14,7	-16,8	-16,8	-10,4	-19,7	-10,0	4,7	29,3	

^a Einbezogen sind Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 8.1, S. 139. - Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.1, S. 144; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.60:

Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe^a nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach Bundesländern 1995 und 1999

- Anteil der Betriebe in der jeweiligen Größenklasse an der Gesamtzahl der Betriebe je Bundesland in % -

Land/ Region	Insgesamt		Landwirtschaftliche Nutzfläche von ... ha bis ... ha							
			2-5	5-10	10-15	15-20	20-30	30-50	50-100	100 und mehr
Sachsen- Anhalt	1995	100,0	15,7	9,5	6,0	4,2	5,4	6,8	10,0	42,4
	1999	100,0	15,7	8,8	5,8	4,0	5,4	7,0	10,2	43,0
Brandenburg	1995	100,0	21,5	13,1	8,0	5,4	6,8	7,2	8,5	29,6
	1999	100,0	19,3	12,6	7,9	5,7	6,8	8,0	8,7	31,2
Meckl.- Vorp.	1995	100,0	14,8	9,7	6,0	3,9	5,8	7,0	8,7	44,1
	1999	100,0	12,5	9,5	7,0	4,8	6,0	7,2	9,1	44,1
Sachsen	1995	100,0	27,6	16,8	9,6	6,2	6,9	6,5	8,6	17,8
	1999	100,0	24,9	15,9	9,5	6,8	7,5	7,0	9,2	19,2
Thüringen	1995	100,0	28,8	17,6	8,6	5,4	5,0	4,8	6,4	23,3
	1999	100,0	29,0	16,6	8,9	5,0	5,4	5,1	7,0	23,1
Neue Länder ^b	1995	100,0	22,2	13,6	7,9	5,2	6,1	6,5	8,4	30,1
	1999	100,0	20,5	12,9	7,9	5,4	6,4	7,0	8,9	31,1
Alte Länder ^c	1995	100,0	18,9	18,4	11,9	9,3	13,5	14,6	10,8	2,6
	1999	100,0	18,2	17,3	11,2	9,4	12,3	14,9	12,8	3,9

^a Einbezogen sind Betriebe mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. – ^b Ohne Berlin. – ^c Nur Flächenländer.

Quelle: Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 2000 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 2000, Tabelle 8.1, S. 139; Statistisches Bundesamt: Statistisches Jahrbuch 1996 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1996, Tabelle 8.1, S. 144; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-S.61:

Viehhaltung in landwirtschaftlichen Betrieben nach Bundesländern 1999

Land/Region	Betriebe mit ...											
	Milchkühen ^a			Mastschweinen ^b			Zuchtsauen			Legehennen ^c		
	Zahl der Betriebe	Tiere in 1.000	Durchschnittliche Zahl der Tiere je Betrieb	Zahl der Betriebe	Tiere in 1.000	Durchschnittliche Zahl der Tiere je Betrieb	Zahl der Betriebe	Tiere in 1.000	Durchschnittliche Zahl der Tiere je Betrieb	Zahl der Betriebe	Tiere in 1.000	Durchschnittliche Zahl der Tiere je Betrieb
Sachsen-Anhalt	1.008	160	159	841	284	338	434	107	247	1.012	1.992	1.968
Brandenburg	1.066	207	194	787	243	309	514	102	198	1.822	2.820	1.548
Meckl.-Vorp.	1.192	203	170	511	238	466	374	81	217	1.013	1.300	1.283
Sachsen	1.811	226	125	1.020	185	181	448	81	181	2.953	3.098	1.049
Thüringen	1.145	147	128	1.509	220	146	456	81	178	1.818	1.837	1.010
Neue Länder	6.222	943	152	4.668	1.170	251	2.226	452	203	8.618	11.047	1.282
Alte Länder	147.201	3.828	26	100.101	9.043	90	51.797	2.239	43	106.881	27.860	261

^a Ohne Ammen- und Mutterkühe. – ^b Mit 50 kg und mehr Lebendgewicht. – ^c Ein halbes Jahr und älter.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Agrarbericht der Bundesregierung 2000, Bonn, März 2000, Anhang, Tabelle 5, S. 12 (Auszug) (nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999).

Tabelle A-S.62:

Anteil der Betriebe mit größeren Tierbeständen nach Bundesländern 1999

Land/Region	Masthühnerhaltung ^a		100 und mehr Milchkühe ^b		1.000 und mehr Mastschweine ^c		100 und mehr Zuchtsauen	
	Zahl der Betriebe	Tiere in 1.000	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere	Betriebe	Tiere
			in % aller Betriebe bzw. in % aller Tiere in den entsprechenden Betrieben					
Sachsen-Anhalt	164	4.236	58,7	87,9	8,1	77,2	31,8	96,5
Brandenburg	318	2.420	57,9	9,1	8,1	76,0	30,9	97,4
Meckl.-Vorp.	315	5.009	57,1	88,6	11,7	77,0	29,1	97,7
Sachsen	699	1.893	24,0	83,8	4,5	72,8	25,2	96,7
Thüringen	328	1.275	28,5	91,3	3,3	75,4	22,1	97,0
Baden- Württemberg	4.100	689	0,1	0,8	0,1	3,3	12,5	45,9
Bayern	1.007	3.804	0,0	0,2	0,1	3,0	5,7	31,6
Hessen	1.138	73	0,9	4,7	0,1	3,3	4,4	29,6
Niedersachsen	3.163	26.264	2,2	8,1	2,3	18,0	17,4	53,0
Nordrhein- Westfalen	1.668	1.353	1,2	5,1	1,2	8,2	18,9	55,6
Rheinland-Pfalz	753	155	1,7	6,3	0,2	3,7	7,5	33,9
Saarland	122	3
Schleswig-Holstein	1.052	1.061

^a Schlacht-, Masthähnchen und -hühner, einschl. der hierfür bestimmten Küken und sonstigen Hähne. – ^b Ohne Ammen- und Mutterkühe. – ^c 50 kg und mehr Lebendgewicht.

Quelle: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten: Agrarbericht der Bundesregierung 2000, Bonn, März 2000, Anhang, Tabelle 5, S. 12 (Auszug) (nach Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1999).

Tabelle A-R.1:

Unterbeschäftigungsquote^a nach Regionen Sachsen-Anhalts zwischen 1995-1999

- in % -

	Altmark	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen- Anhalt
1995 ^b	20,3	21,7	18,7	21,8	17,2	19,7
1996 ^b	22,4	22,9	21,7	24,0	20,8	22,2
1997 ^b	22,1	23,4	23,4	24,9	21,9	23,3
1998 ^b	20,8	21,5	20,8	24,0	17,4	20,5
1999 ^c	25,5	25,4	23,4	27,6	20,4	23,8

^a Hierbei sind alle im Zähler enthaltenen Komponenten der Unterbeschäftigung (Arbeitslose, Vollzeiteilnehmer an beruflicher Weiterbildung, Vollzeitäquivalent des Zeitausfalls bei Kurzarbeit) in der Bezugsgröße des Nenners (Erwerbspersonen und nicht-erwerbstätige Maßnahmenteilnehmer) enthalten. – ^b Stand: Dezember. – ^c Stand: Februar.

Quelle: IAB Werkstattbericht, Ausgaben Nr. 1.12/1995-1998, 1.3/1999; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.2:

Pendlersaldo der Regionen Sachsen-Anhalts mit ausgewählten Ländern (30.6.1995)

- Einpendler./Auspendler -

	Altmark	Anhalt	Halle	Harz	Magdeburg
Berlin	-327	-781	-1.156	-258	-1.117
Brandenburg	-618	-308	-31	-179	514
Mecklenburg- Vorpommern	-186	140	-226	7	673
Sachsen	-210	-367	-4.240	-414	-164
Thüringen	-136	469	-1.286	-335	-68
Niedersachsen	-6.164	-966	-870	-8.193	-7.153
sonstige alte Länder	-1.774	-3.333	-4.835	-1.522	-1.166
Insgesamt	-9.415	-5.146	-12.644	-10.894	-8.481

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.3:

Pendlerbewegung zwischen der Stadt Halle/Saale und der Stadtregion Leipzig^a 1995 und 1998

	1995	1998
Einpendler nach Halle	2.212	2.215
Auspendler aus Halle	3.344	3.327
Saldo	-1.132	-1.112

^a Stadt Leipzig, Kreis Leipziger Land, Landkreis Delitzsch, Muldentalkreis.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.4:

Wanderungsverflechtung der Regionen Sachsen-Anhalts (1995)

Fortzüge aus der Region...	Zuzüge in die Region...					Fortzüge in andere Regionen S-A insgesamt
	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	
Altmark	763	1.139	133	97	109	1.478
Magdeburg	838	8.423	990	514	228	2.570
Harz	170	1.012	1.533	374	668	2.224
Anhalt	98	520	406	3.230	812	1.836
Halle	110	351	834	1.237	8.581	2.532
Zuzüge aus anderen Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt	1.216	3.022	2.363	2.222	1.817	

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.5:

Wanderungsverflechtung der Regionen Sachsen-Anhalts (1996)

Fortzüge aus der Region...	Zuzüge in die Region...					Fortzüge in andere Regionen S-A insgesamt
	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	
Altmark	854	859	138	106	126	1.229
Magdeburg	866	8.075	964	567	286	2.683
Harz	152	1.041	1.333	403	730	2.326
Anhalt	121	599	451	3.598	878	2.049
Halle	153	314	849	1.292	11.075	2.608
Zuzüge aus anderen Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt	1.292	2.813	2.402	2.368	2.020	

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.6:

Wanderungsverflechtung der Regionen Sachsen-Anhalts 1997

Fortzüge aus der Region...	Zuzüge in die Region...					Fortzüge in andere Regionen S-A insgesamt
	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	
Altmark	823	927	147	124	146	1.344
Magdeburg	726	9.465	1.006	543	228	2.503
Harz	119	1.086	1.690	328	856	2.389
Anhalt	102	670	437	3.681	988	2.197
Halle	125	276	982	1.329	12.219	2.712
Zuzüge aus anderen Regionen Sachsen-Anhalts insgesamt	1.072	2.959	2.572	2.324	2.218	

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.7:

Zuzüge aus ausgewählten Ländern in die Regionen Sachsen-Anhalts 1998

	Altmark	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg
Berlin	230	360	412	232	476
Brandenburg	430	702	529	319	585
Mecklenburg- Vorpommern	122	170	252	152	251
Sachsen	138	983	2.055	328	413
Thüringen	70	245	1.373	274	242
Neue Länder und Berlin insgesamt	990	2460	4.621	1305	1967
Niedersachsen	1.214	886	1.278	1.761	2.286
sonstige alte Länder	817	1.926	3.203	1.229	2.049
Insgesamt	4.011	7.732	13.723	5.600	8.269

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.8:

Fortzüge in ausgewählte Länder aus den Regionen Sachsen-Anhalts 1998

	Altmark	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg
Berlin	336	617	740	385	674
Brandenburg	358	664	627	299	672
Mecklenburg- Vorpommern	182	239	330	117	286
Sachsen	150	1.202	2.523	388	449
Thüringen	119	379	1.388	527	264
Neue Länder und Berlin insgesamt	1145	3.101	5.608	1716	2345
Niedersachsen	1.602	1.296	1.376	2.110	2.792
sonstige alte Länder	1.408	4.497	6.508	2.720	3.373
Insgesamt	5.300	11.995	19.100	8.262	10.855

Quelle: Landesamt für Statistik Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.9:

Beschäftigte in humankapitalintensiven Berufen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1998
- Beschäftigte pro 1.000 Einwohner -

	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
1995	4,0	9,1	10,7	5,8	10,0	8,8
1996	4,0	8,2	10,6	5,8	9,9	8,5
1997	3,7	7,3	9,8	5,6	9,4	8,0
1998	3,7	6,8	9,6	5,5	9,0	7,7
Veränderung 1998/1995 in %	-7,5	-25,2	^^ -10,3	-5,2	-10,0	-12,5

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.10:

Frauen in ABM je 100 arbeitslose Frauen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
1995	71,2	64,1	68,7	67,1	73,8	69,0
1996	30,1	61,8	65,0	65,3	69,0	61,7
1997	67,1	57,8	64,5	64,0	68,6	64,5
1998	63,5	57,6	55,4	63,4	59,7	59,6
1999	64,1	58,4	59,3	61,3	58,5	59,6

Quelle: IAB Werkstattbericht, Ausgaben Nr. 1.12/1995-1999; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.11:

Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1998^a

- in Mio. DM -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Summe 1991-98
Altmark	93,1	82,7	106,1	76,4	64,5	79,4	104,7	94,9	701,8
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	457,7	682,1	1.010,4	760,9	745,1	842,3	868,2	902,8	6.269,6
Halle	1.179,2	1.196,5	1.585,3	1.373,3	2.543,8	2.306,6	2.451,2	1.638,9	14.274,8
Harz	441,5	510,6	403,3	497,2	450,0	433,8	319,5	418,5	3.474,3
Magdeburg	495,7	689,1	709,3	864,2	868,2	463,9	427,6	530,2	5.048,1
Sachsen-Anhalt	2.667,2	3.160,9	3.814,4	3.572,0	4.671,6	4.125,9	4.171,2	3.585,4	29.768,6

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche; Zuordnung der Betriebe zum Verarbeitenden Gewerbe 1995-98 nach der WZ93, 1991-94 nach SYPRO.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.12:

Mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderte Investitionen der gewerblichen Wirtschaft nach Regionen Sachsen-Anhalts 1991-1999

- in Mio. DM -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	Summe 1991-99
Altmark	151,8	246,2	79,6	141,3	87,0	1.719,3	76,7	553,6	604,2	3.659,7
Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	2.376,7	2.552,8	675,3	661,4	1.059,8	503,2	1.186,8	1.385,3	701,6	11.102,9
Halle	2.999,1	1.424,1	5.216,4	854,4	813,7	3.716,3	459,0	1.301,2	775,0	17.559,3
Harz	753,3	915,7	415,2	560,5	735,1	495,0	862,5	592,4	586,0	5.915,7
Magdeburg	2.000,2	1.617,0	975,4	497,4	795,7	788,3	632,7	1.347,6	1.484,8	10.139,0
Sachsen-Anhalt	8.281,0	6.755,8	7.361,9	2.715,1	3.491,3	7.222,1	3.217,7	5.180,2	4.151,6	48.376,5

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.13:

Ausrüstungsinvestitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1993-1998^a

- in % aller Investitionen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe -

Land/Region	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	Jahres- durchschnitt 1993-98
Altmark	.	.	67,3	73,5	82,7	63,4	78,7	77,2	73,6
Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	.	.	81,1	74,2	81,2	78,1	77,4	79,7	78,7
Halle	.	.	81,6	80,8	92,1	86,1	86,1	88,8	86,5
Harz	.	.	78,8	75,1	75,7	72,6	70,7	85,6	76,6
Magdeburg	.	.	70,1	75,6	79,4	78,4	78,7	77,2	76,4
Sachsen-Anhalt	.	.	78,6	77,2	86,3	81,7	82,2	84,1	81,9

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche; Zuordnung der Betriebe zum Verarbeitenden Gewerbe 1995-98 nach der WZ93, 1993-1994 nach SYPRO.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.14:

Interne FuE-Aufwendungen in den Forschungsstätten von Unternehmen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1997

Land/Region	1995		1997		
	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	1995=100
Altmark	8,9	2,6	5,0	1,3	55,9
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	74,1	21,4	94,1	24,8	126,9
Halle	132,4	38,2	146,9	38,7	110,9
Harz	41,6	12,0	47,2	12,4	113,5
Magdeburg	89,4	25,8	86,5	22,8	96,8
Sachsen-Anhalt	346,4	100,0	379,7	100,0	109,6

Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.15:

FuE-Personalintensität^a und FuE-Ausgabenintensität^b nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1997

- in % -

Land/Region	FuE-Personalintensität ^a		FuE-Ausgabenintensität ^b	
	1995	1997	1995	1997
Altmark	0,6	0,6	0,9	0,4
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	2,5	2,8	1,2	1,4
Halle	2,8	3,0	1,3	1,5
Harz	2,1	2,4	1,3	1,2
Magdeburg	3,1	3,5	1,7	1,5
Sachsen-Anhalt	2,6	2,8	1,3	1,4

^a FuE-Personal in Forschungsstätten von Unternehmen in Relation zu den Beschäftigten der Betriebe aus der Industriestatistik. – ^b Interne FuE-Aufwendungen in den Forschungsstätten von Unternehmen in Relation zum Umsatz der Betriebe der Industriestatistik.

Quelle: Sonderauswertung der SV-Wissenschaftsstatistik; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.16:

Beschäftigte in öffentlich finanzierten Wissenschaftseinrichtungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1998/99

Land/Region	Personal insgesamt ^a		davon Wissenschaftler ^b	
	Personen	je 1.000 Einwohner	Personen	je 1.000 Einwohner
Altmark	22	0,1	14	0,1
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	629	1,1	293	0,5
Halle (inklusive Uni-Klinikum)	5.249 (8.735)	6,5 (10,8)	2.615 (3.345)	3,2 (4,1)
Harz	851	2,0	309	0,7
Magdeburg (inklusive Uni-Klinikum)	2.702 (6.626)	4,4 (10,7)	1.541 (2.264)	2,5 (3,7)
Sachsen-Anhalt (inklusive Uni-Kliniken)	9.453 (16.863)	3,5 (6,3)	4.772 (6.225)	1,8 (2,3)

^a Personal an Hochschulen 1998, an sonstigen Wissenschaftseinrichtungen 1999. – ^b Wissenschaftliches oder künstlerisches Personal aus Haushalts- und Drittmitteln beschäftigt, einschließlich Doktoranden, Gästen, Stipendiaten, teilweise geschätzte Werte.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Informationen des Kultusministeriums Sachsen-Anhalt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A-R.17:

Gewerbeanmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999^a

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999
Altmark	2.289	1.805	1.852	1.900	1.718
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	6.029	4.862	4.743	4.694	4.313
Halle	8.872	7.635	7.416	7.832	6.903
Harz	4.575	3.856	3.957	3.808	3.441
Magdeburg	6.435	5.206	5.704	5.563	5.422
Sachsen-Anhalt	28.200	23.364	23.672	23.797	21.797

^a 1995 wurde anders als in den Folgejahren bei Personengesellschaften jeder Gesellschafter einzeln gezählt, 1998 und 1999 sind Automatenaufsteller und Reisegewerbe nicht mehr enthalten.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Tabelle A-R.18:

Gewerbeabmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999^a

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999
Altmark	1.738	1.646	1.658	1.891	1.634
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	4.522	4.459	4.323	4.467	4.341
Halle	6.879	6.620	6.723	6.883	7.113
Harz	3.571	3.598	3.613	3.402	3.557
Magdeburg	4.937	4.536	4.813	4.715	5.294
Sachsen-Anhalt	21.647	20.859	21.130	21.358	21.939

^a 1995 wurde anders als in den Folgejahren bei Personengesellschaften jeder Gesellschafter einzeln gezählt, 1998 und 1999 sind Automatenaufsteller und Reisegewerbe nicht mehr enthalten.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Tabelle A-R.19:

Nettogewerbeanmeldungen nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999^a

- pro 10.000 Einwohner -

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Summe 1995-99
Altmark	21,8	6,3	7,8	0,4	3,4	39,7
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	26,3	7,1	7,4	4,1	-0,5	44,3
Halle	23,8	12,2	8,4	11,6	-2,6	53,5
Harz	22,6	5,8	7,8	9,3	-2,7	42,9
Magdeburg	23,7	10,7	14,3	13,7	2,1	64,5
Sachsen-Anhalt	23,9	9,2	9,4	9,1	-0,5	51,1

^a 1995 wurde anders als in den Folgejahren bei Personengesellschaften jeder Gesellschafter einzeln gezählt, 1998 und 1999 sind Automatenaufsteller und Reisegewerbe nicht mehr enthalten.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.20:

Zahl der Zusagen im Rahmen von Programmen^a des Förderbereichs Existenz-/Unternehmensgründung der Deutschen Ausgleichsbank (DtA) nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

Land/Region	1995	1996	1997	1998	1999	Summe
Altmark	420	325	279	206	209	1.439
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	763	629	424	367	261	2.444
Halle	717	666	580	549	332	2.844
Harz	595	555	452	443	263	2.308
Magdeburg	854	661	639	424	298	2.876
Sachsen-Anhalt	3.349	2.836	2.374	1.989	1.363	11.911

^a Neue Länder: ERP-Existenzgründungs-, Eigenkapitalhilfe-, Eigenkapitalergänzungs- und DtA-Existenzgründungsprogramm (ohne DtA-Betriebsmittelprogramm); Alte Länder: ERP-Existenzgründungs-, Eigenkapitalhilfe- und DtA-Existenzgründungsprogramm (ohne DtA-Betriebsmittelprogramm).

Quelle: DtA.

Tabelle A-R.21:

Exporte im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999^a

Land/Region	Exportumsatz in Relation zum Gesamtumsatz (Exportquote)					Exporte 1999 1995 = 100
	1995	1996	1997	1998	1999	
Altmark	7,3	6,8	8,7	9,4	10,9	218,5
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	12,4	12,8	14,9	15,9	14,3	133,4
Halle	13,0	11,1	8,9	9,1	8,6	76,6
Harz	11,8	14,2	17,6	18,8	19,8 ^b	200,6 ^b
Magdeburg	16,6	15,2	14,6	15,7	17,0 ^c	129,6 ^c
Sachsen-Anhalt	13,2	12,6	12,8	13,5	13,1	119,3

^a Betriebe von Unternehmen des Produzierenden Gewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen und produzierende Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen von Unternehmen der übrigen Wirtschaftsbereiche. – ^b Ohne den Kreis Halberstadt. – ^c Ohne den Kreis Schönebeck.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Tabelle A-R.22:

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Betriebsgrößen, Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 30.06.1999^a

	Altmark	Anhalt-Bit.- Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen- Anhalt
<i>Verarbeitendes Gewerbe (Branchen 09-58)</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	4.298	10.860	12.749	7.549	11.457	46.913
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	5.688	25.143	26.237	17.457	24.440	98.965
Betr. mit über 500 Beschäftigten	534	1.838	5.148	1.056	1.675	10.251
Summe	10.520	37.841	44.134	26.062	37.572	156.129
<i>Baugewerbe (Branchen 59-61)</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	5.080	9.234	12.992	6.521	9.257	43.084
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	5.897	11.352	20.283	9.579	13.891	61.002
Betr. mit über 500 Beschäftigten	0	0	1.299	0	2.789	4.088
Summe	10.977	20.586	34.574	16.100	25.937	108.174
<i>Handel (Branche 62)</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	5.124	10.987	15.247	8.857	12.235	52.450
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	3.547	7.631	15.107	4.658	13.223	44.166
Betr. mit über 500 Beschäftigten	0	708	527	0	1.990	3.225
Summe	8.671	20.080	30.881	14.205	27.448	101.285
<i>Dienstleistungen (Branchen 70-86)^b</i>						
Betr. mit 1-19 Beschäftigten	6.263	15.483	24.870	12.688	19.866	79.170
Betr. mit 20-499 Beschäftigten	7.864	22.137	35.448	14.714	26.706	106.869
Betr. mit über 500 Beschäftigten	4.495	6.952	23.671	11.063	14.856	61.037
Summe	18.622	44.572	83.989	38.465	6.1428	247.076

^a Beschäftigte zum 30.6.1999 in den Betrieben, die am 14.4.2000 noch erfasst wurden. Gliederung der Wirtschaftszweige nach der Systematik der Bundesanstalt für Arbeit aus dem Jahr 1973. – ^b Die Dienstleistungen enthalten auch Schulen, Hochschulen, Stadtwerke und andere öffentliche Dienstleistungsunternehmen.

Quelle: IAB; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.23:

Zuwendungen des Ministeriums für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt für ausgewählte Bereiche der wirtschaftsnahen Infrastruktur nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-2000 (Summe)

- in 1.000 DM -

Art	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
Abfall 1995-2000	7.671	37.304	64.539	62.571	29.930	202.015
Abwasser 1995-2000	31.265	139.988	201.960	107.870	92.198	573.281
Trinkwasser 1995-2000	8.316	19.617	0	10.264	4.396	42.593

Quelle: Ministerium für Raumordnung, Landwirtschaft und Umwelt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.24:

Im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe der „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geförderte Investitionen in ausgewählten Bereichen der wirtschaftsnahen Infrastruktur nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995-1999

- in DM -

Art	Altmark	Magdeburg	Harz	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Sachsen-Anhalt
Erschließung/Errichtung von Industrie-/Gewerbegebieten						
1995	22.806.718	17.477.575	10.770.876	19.709.145	36.342.650	107.106.965
1996	9.608.050	23.622.009	7.719.120	30.285.500	39.478.253	110.712.932
1997	3.882.154	49.490.894	35.384.670	25.776.683	20.509.668	135.044.069
1998	2.311.528	27.301.418	65.595.624	38.469.227	43.461.705	177.139.503
1999	3.876.968	22.012.982	35.606.377	67.723.542	79.855.500	209.075.369
Insgesamt	42.485.418	139.904.879	155.076.667	181.964.098	219.647.776	739.078.837
Ausbau von Verkehrsverbindungen für Industrie-/Gewerbegebiete						
1995	95.460	8.269.500	1.642.400	808.000	640.400	11.455.760
1996	0	5.243.200	0	377.400	194.900	5.815.500
1997	992.500	6.265.500	6.955.750	2.311.300	11.603.675	28.128.725
1998	362.000	12.080.900	9.538.526	5.619.350	6.238.500	33.839.276
1999	2.799.100	23.653.807	11.688.524	20.940.150	34.415.625	93.467.206
Insgesamt	4.249.060	55.512.907	29.825.200	30.056.200	53.093.100	172.736.467
Abwässer- und Abfallbeseitigung						
1995	1.810.200	1.365.000	9.228.400	26.587.300	3.458.000	42.448.900
1996	8.268.400	0	2.404.900	1.392.368	5.067.600	17.133.268
1997	6.374.300	19.108.057	12.774.222	6.073.730	38.500	44.368.809
1998	2.363.658	35.932.233	30.281.261	6.494.602	7.666.800	82.738.555
1999	992.342	37.709.991	35.001.657	3.187.061	11.620.584	88.511.636
Insgesamt	19.808.900	94.115.282	89.690.441	43.735.061	27.851.484	275.201.167
Errichtung von Aus-, Fortbildungs- und Umschulungsstätten						
1995	11.263.800	5.038.900	8.310.200	15.523.900	10.348.901	50.485.701
1996	22.933.194	12.978.300	18.128.600	30.000.000	30.972.699	115.012.793
1997	26.604.806	4.335.056	4.772.300	43.932.600	16.334.204	95.978.965
1998	0	43.756.814	2.313.481	46.980.190	9.206.596	102.257.082
1999	705.800	53.935.630	19.027.219	39.315.610	14.390.600	127.374.859
Insgesamt	61.507.600	120.044.700	52.551.800	175.752.300	81.253.000	491.109.400
Errichtung von TGZ						
1995	0	22.922.400	1.843.000		3.813.380	28.578.780
1996	347.888	33.001.000	0		9.631.657	42.980.545
1997	6.547.512	25.586.671	0	8.930.300	25.040.592	66.105.076
1998	1.732.700	12.068.329	0	5.594.800	7.609.971	27.005.800
1999	1.853.100	21.840.000	17.485.700	31.167.700	19.542.768	91.889.268
Insgesamt	10.481.200	115.418.400	19.328.700	45.692.800	65.638.368	256.559.468

Quelle: Landesförderinstitut Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.25:

Mitgliedsunternehmen der Industrie- und Handelskammern nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts zum 31.12.1999^a

- je 1.000 Einwohner -

Land/Region	Landwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Handel	Gastgewerbe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Kredit- und Versicherungsgewerbe	sonstige Dienstleistungen	alle Wirtschaftszweige
Altmark	0,8	2,1	11,7	3,4	1,9	2,8	6,4	29,2
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	0,6	3,6	12,9	3,4	1,7	3,1	7,5	32,9
Halle	0,5	3,3	12,2	3,4	2,0	3,4	9,2	34,0
Harz	0,6	2,6	12,9	4,1	2,0	2,6	7,1	31,9
Magdeburg	0,5	2,9	12,5	3,1	2,4	3,1	9,7	34,1
Sachsen-Anhalt	0,6	3,1	12,5	3,4	2,0	3,1	8,4	33,0

^a Gliederung der Wirtschaftszweige nach der WZ93.

Quelle: IHK Halle-Dessau; IHK Magdeburg; Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.26:

Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1996^a

Land/Region	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		Prod. Gewerbe		Handel und Verkehr		Dienstleistungsunternehmen		Staat, priv. Haushalte und priv. Organisationen ohne Erwerbszweck		alle Wirtschaftszweige	
	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %	in Mio. DM	in %
Altmark	288	5,3	1.648	30,3	915	16,8	1.257	23,1	1.335	24,5	5.443	100,0
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	363	2,7	5.074	38,1	1.708	12,8	3.445	25,9	2.718	20,4	13.308	100,0
Halle	313	1,4	9.369	40,7	3.111	13,5	5.203	22,6	4.997	21,7	22.993	100,0
Harz	247	2,6	3.117	33,3	1.389	14,8	2.587	27,6	2.017	21,6	9.357	100,0
Magdeburg	230	1,4	5.434	32,8	2.466	14,9	4.360	26,3	4.077	24,6	16.567	100,0
Sachsen-Anhalt	1.441	2,1	24.642	36,4	9.589	14,2	16.852	24,9	15.144	22,4	67.668	100,0

^a Gliederung der Wirtschaftszweige nach der WZ79.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.27:

Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1997^a

Land/ Region	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei		Prod. Gewerbe		Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung		sonstige unternehmerische Dienstleistungen		Staat, priv. Haushalte, priv. Organisationen ohne Erwerbszweck		alle Wirtschaftszweige	
	Erw.	in %	Erw.	in %	Erw.	in %	Erw.	in %	Erw.	in %	Erw.	in %
Altmark	6.648	8,0	25.762	30,8	16.436	19,7	13.543	16,2	21.227	25,4	83.616	100,0
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	8.226	4,0	78.052	38,1	34.988	17,1	43.789	21,4	39.899	19,5	204.954	100,0
Halle	8083	2,4	118069	35,1	62902	18,7	67821	20,2	79474	23,6	336349	100,0
Harz	8299	5,3	52221	33,6	28875	18,6	32469	20,9	33534	21,6	155398	100,0
Magdeburg	5.612	2,1	83.144	31,8	50.217	19,2	55.376	21,2	67.356	25,7	261.705	100,0
Sachsen-Anhalt	36.868	3,5	357.248	34,3	193.418	18,6	212.998	20,4	241.490	23,2	1.042.022	100,0

^a Klassifizierung der Wirtschaftszweige nach der WZ79.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.28:

Erwerbstätigenquote nach Wirtschaftszweigen und Regionen Sachsen-Anhalts 1997 im Jahresdurchschnitt^a

- Erwerbstätige pro 1.000 Einwohner -

Land/Region	Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei	Prod. Gewerbe	Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	sonstige unternehmerische Dienstleistungen	Staat, priv. Haushalte, priv. Org. ohne Erwerbszweck	alle Wirtschaftszweige
Altmark	27	103	66	54	85	335
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	15	138	62	77	71	363
Halle	10	143	76	82	96	408
Harz	19	119	66	74	76	354
Magdeburg	9	133	80	89	108	419
Sachsen-Anhalt	14	132	72	79	89	386

^a Klassifizierung der Wirtschaftszweige nach der WZ79.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.29:

Produktion im Verarbeitenden Gewerbe nach der Forschungsintensität der Branchen
und nach Regionen Sachsen-Anhalts 1999^a

- in % -

Region	Spitzentechnik	höherwertige Technik	sonstige Produktion	gesamte Produktion
Altmark	0,2	6,3	93,5	100,0
Anhalt-Bitterfeld- Wittenberg	3,6	23,3	73,1	100,0
Halle	0,8	27,3	71,9	100,0
Harz	2,5	19,4	78,1	100,0
Magdeburg	3,9	16,1	80,0	100,0
Sachsen-Anhalt	2,3	22,0	75,7	100,0

^a Nur Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.30:

**Betriebe im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen
Sachsen-Anhalts 1999^a**

 - in % aller Betriebe des Bergbaus und Verarbeitenden Gewerbes^a -

WZ93	Branchen	Altmark	Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	Halle	Harz	Magde- burg	Sachsen- Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	2,2	3,6	6,3	3,3	4,6	4,3
D	Verarbeitendes Gewerbe	97,8	96,4	93,7	96,7	95,4	95,7
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	14,3	12,1	15,9	13,9	17,9	14,9
15	Ernährungsgewerbe	14,3	12,1	15,9	13,9	17,9	14,9
16	Tabakverarbeitung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	2,2	0,0	0,3	2,0	0,0	0,6
17	Textilgewerbe	2,2	0,0	0,3	0,8	0,0	0,4
18	Bekleidungsgewerbe	0,0	0,0	0,0	1,2	0,0	0,2
DC	Ledergewerbe	0,0	0,3	0,6	0,0	0,0	0,2
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	5,5	3,6	2,1	4,5	3,2	3,4
DE	Papier-, Verlags- und Druckgewerbe	2,2	4,3	3,3	3,7	4,2	3,7
21	Papiergewerbe	0,0	2,3	0,6	1,2	1,1	1,2
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	2,2	2,0	2,7	2,4	3,2	2,5
DF	Kokerei, Mineralölverarb., Herstellung von Brutstoffen	1,1	0,0	1,2	0,0	0,4	0,5
DG	Chemische Industrie	0,0	10,2	6,0	2,4	2,5	5,1
DH	H. von Gummi- und Kunststoffwaren	11,0	7,9	3,0	7,8	5,3	6,1
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	12,1	14,8	12,3	13,9	16,5	14,1
DJ	Metallerzg. und -bearbeitung, Herstellung von Metallerzeugnissen	25,3	19,7	20,1	20,8	15,8	19,6
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	2,2	4,3	2,1	4,5	0,7	2,8
28	Herst. von Metallerzeugnissen	23,1	15,4	18,0	16,3	15,1	16,8
DK	Maschinenbau	5,5	11,8	11,7	10,6	13,7	11,5
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	8,8	5,2	10,8	10,6	8,4	8,6
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten, -einr.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeugg., - verteilung u.ä.	4,4	3,0	4,2	4,5	4,2	4,0
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	1,1	0,7	1,2	1,6	0,7	1,0
33	Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	3,3	1,6	5,4	4,1	3,2	3,7
DM	Fahrzeugbau	5,5	3,6	3,3	4,5	3,5	3,7
34	H.v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1,1	2,0	0,6	1,6	2,5	1,5
35	sonst. Fahrzeugbau	4,4	1,6	2,7	2,9	1,1	2,2
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	5,5	3,6	3,9	2,4	4,6	3,8
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	5,5	2,6	2,4	2,4	3,9	2,9
37	Recycling	0,0	1,0	1,8	0,0	0,7	0,9

^a Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.31:

Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999^a

- in % des Umsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
C	Bergbau und Gew. von Steinen u. Erden	.	1,9	3,6	.	2,9	3,1
D	Verarbeitendes Gewerbe	.	98,1	96,4	.	97,1	96,9
DA	Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung	31,6	21,0	20,9	16,6	25,1	21,8
15	Ernährungsgewerbe	31,6	21,0	20,9	16,6	25,1	21,8
16	Tabakverarbeitung	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
DB	Textil- u. Bekleidungsgewerbe	.	0,0	.	.	0,0	.
17	Textilgewerbe	.	0,0	.	.	0,0	0,5
18	Bekleidungsgewerbe	0,0	0,0	0,0	.	0,0	.
DC	Ledergewerbe	0,0	.	.	0,0	0,0	.
DD	Holzgewerbe (oh. H.v. Möbeln)	1,6	1,6	0,3	1,8	1,8	1,2
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	.	4,8	.	1,8	4,7	3,3
21	Papiergewerbe	0,0	.	.	0,8	1,1	1,4
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	.	.	2,3	1,0	3,6	1,9
DF	Kokerei, Mineralölverarb., H.v. Brutstoffen	.	0,0	.	0,0	.	.
DG	chemische Industrie	0,0	20,1	19,4	4,6	20,7	17,0
DH	H.v. Gummi- u. Kunststoffwaren	19,7	7,7	0,7	7,3	2,3	4,4
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarb. v. Steinen u. Erden	4,2	13,2	5,7	8,5	11,1	8,8
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H.v. Metallerzeugnissen	.	11,9	13,7	34,2	.	15,3
27	Metallerzeugung u. -bearbeitung	.	4,7	8,4	28,2	.	8,3
28	H.v. Metallerzeugnissen	15,3	7,2	5,3	6,0	8,5	7,0
DK	Maschinenbau	2,3	6,9	3,8	7,2	11,0	6,4
DL	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr., Elektrotech. usw.	.	.	3,2	7,7	.	3,3
30	H.v. Büromasch., DV-Geräten u. -einr.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
31	H.v. Geräten der Elektriz.-erzeugg., -verteilung u. ä.	1,7	1,1	1,8	4,5	1,6	2,0
32	Rundfunk-, Fernseh- u. Nachrichtentechnik	.	.	0,3	0,4	.	0,4
33	Medizin-, Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	0,3	0,3	1,1	2,8	0,4	1,0
DM	Fahrzeugbau	.	3,7	.	6,3	.	3,3
34	H.v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	.	.	.	1,6	3,6	1,4
35	Sonst. Fahrzeugbau	1,7	.	1,9	4,7	.	1,9
DN	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	6,8	5,6	.	1,4	.	2,9
36	H.v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr., Sportgeräten usw.	6,8	5,1	0,6	1,4	2,9	2,5
37	Recycling	0,0	0,5	.	0,0	.	0,4

^a Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten.

Quelle: Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.32:

Veränderung des Umsatzes im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe Sachsen-Anhalts nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts 1999 gegenüber 1995^a

- in % -

WZ 93	Branchen	Altmark	Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	Halle	Harz	Magdeburg	Sachsen-Anhalt
C, D	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	47,1	16,0	16,0	25,9	24,4	20,2
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	.	-68,2	-23,3	.	-70,5	-45,9
D	Verarbeitendes Gewerbe	.	22,4	18,3	.	37,7	25,0
DA	Ernährungsgewerbe und Tabakverarb.	22,9	.	42,9	19,0	24,5	.
15	Ernährungsgewerbe	22,9	25,7	42,9	19,0	24,5	30,3
16	Tabakverarbeitung	-	.	-	-	-	.
DB	Textil- und Bekleidungsgewerbe	-100,0	.
17	Textilgewerbe	.	-
18	Bekleidungsgewerbe	.	.	-	.	.	.
DC	Ledergewerbe
DD	Holzgewerbe (ohne H. von Möbeln)	.	-11,5	-17,6	45,4	.	.
DE	Papier-, Verlags- u. Druckgewerbe	.	81,9	.	20,4	.	45,5
21	Papiergewerbe	-	.	.	-5,8	.	.
22	Verlagsgewerbe, Druckgewerbe, Vervielfältigung	.	.	.	51,7	19,8	.
DF	Kokerei, Mineralölverarbeitung, H. und Verarbeitung von Spalt- und Brutstoffen	.	-	.	-	.	.
DG	chemische Industrie	-	11,4	12,4	11,5	165,7	31,4
DH	H. von Gummi- und Kunststoffwaren	105,4	23,0	5,8	48,3	86,5	45,2
DI	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	-30,2	34,0	16,9	34,5	37,3	27,5
DJ	Metallerzg. u. -bearb., H. v. Metallerzeugnissen	.	1,7	-7,0	31,3	.	8,4
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	.	70,9	-7,8	39,3	.	15,2
28	Herstellung von Metallerzeugnissen	75,1	-19,4	-5,6	3,4	17,6	1,3
DK	Maschinenbau	-24,9	2,1	-3,4	10,6	-23,4	-9,5
DL	H. v. Büromaschinen, DV-Geräten u. -einr., Elektrotechnik usw.	.	.	20,0	19,3	.	25,6
30	Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeschäften und -einrichtungen	-	-	-	-	-	.
31	Herstellung von Geräten der Elektrizitätserzeugung und -verteilung u.ä.	.	14,4	-13,7	39,7	.	10,0
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	.	.	.	-82,5	.	.
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	.	11,6	.	167,5	0,9	106,6
DM	Fahrzeugbau	.	.	.	132,0	.	37,7
34	H. von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	.	.	.	119,6	227,0	39,6
35	sonstiger Fahrzeugbau	.	.	.	136,5	.	36,4
DN	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstr. usw., Recycling	30,5	166,9	.	.	.	40,8
36	H. von Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten, Spielwaren usw.	30,5	261,0	-37,4	-18,5	39,2	57,3
37	Recycling	-	-24,9	.	.	.	-19,9

^a Betriebe mit in der Regel 20 und mehr Beschäftigten. Wenn die Beschäftigung im Basisjahr 1995 „0“ betrug, konnte eine Veränderungsrate nicht berechnet werden, in der Tabelle steht in solchen Fällen ein „-“.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt.

Tabelle A-R.33:

Umsatz im Baugewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1995 und 1999

- in 1.000 DM -

Region	Bauhauptgewerbe		Ausbaugewerbe ^a	
	1995	1999	1995	1999 ^b
Altmark	101.729	100.744	29.014	20.251
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	239.051	154.569	70.479	53.506
Halle	372.678	296.791	128.309	96.134
Harz	160.462	137.355	45.597	37.300
Magdeburg	318.795	269.792	93.643	72.046
Sachsen-Anhalt	1.192.715	959.251	367.042	279.236

^a Nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten. – ^b Umsatz im Juni aus den Daten für das II. Quartal 1999 geschätzt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.34:

Bruttolohn- und Gehaltssumme im Baugewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1995 und 1999

- in 1.000 DM -

Region	Bauhauptgewerbe		Ausbaugewerbe ^a	
	1995	1999	1995	1999 ^b
Altmark	29.506	24.467	7.402	6.221
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	74.175	41.666	20.972	16.792
Halle	102.171	73.512	35.695	28.264
Harz	42.783	32.794	13.796	11.723
Magdeburg	76.828	58.656	27.691	21.788
Sachsen-Anhalt	325.463	231.095	105.556	84.787

^a Nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten. – ^b Lohn- und Gehaltssumme im Juni aus den Daten für das II. Quartal 1999 geschätzt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.35:

Arbeitsstunden im Baugewerbe nach Branchen und Regionen Sachsen-Anhalts im Juni 1995 und 1999

- in 1.000 -

Region	Bauhauptgewerbe		Ausbaugewerbe ^a	
	1995	1999	1995	1999 ^b
Altmark	1.123	960	321	254
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	2.795	1.558	856	649
Halle	3.700	2.659	1.416	1.030
Harz	1.537	1.204	591	473
Magdeburg	2.564	1.946	1.082	824
Sachsen-Anhalt	11.719	8.327	4.266	3.231

^a Nur Betriebe mit in der Regel 10 und mehr Beschäftigten. – ^b Arbeitsstunden im Juni aus den Daten für das II. Quartal 1999 geschätzt.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.36:

Angebot und Nachfrage im Gastgewerbe nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999

Land/Region	geöffnete Betriebe ^a		angebotene Betten ^a		Ankünfte		Übernachtungen	
	1995	1999	1995	1999	1995	1999	1995	1999
Altmark	86	83,5	2.706,5	3.194,5	106.860	122.440	290.380	369.216
Anhalt-Bitterfeld-Wittenberg	179,5	184,5	9.011,5	9.405	376.300	378.598	944.296	909.561
Halle	221	248,5	11.277,5	11.899	472.620	479.679	1.447.592	1.136.282
Harz	233,5	312	10.958	14.816	482.651	617.226	1.329.627	1.711.536
Magdeburg	168	179,5	8.890,5	10.653,5	372.572	550.884	995.603	1.270.583
Sachsen-Anhalt	888	1.008	42.844	49.968	1.811.003	2.148.827	5.007.498	5.397.178

^a Jahresdurchschnitt berechnet aus den Werten für Juni und Dezember.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt: G IV1/2; Berechnungen des IWH.

Tabelle A-R.37:

Standardbetriebseinkommen (StBE) der landwirtschaftlichen Betriebe pro Vollzeitäquivalent, Betrieb und Hektar nach Regionen Sachsen-Anhalts 1995 und 1999

Region	StBE pro Vollzeit- äquivalent ^a	StBE pro Betrieb			StBE pro Hektar		
		1995	1999		1995	1999	
	in DM	in DM	in DM	1995 =100	in DM	in DM	1995 =100
Altmark	53.824	166.268	205.716	123,7	886	969	109,4
Anhalt- Bitterfeld- Wittenberg	54.424	186.440	280.822	150,6	941	1.082	115,0
Halle	62.778	194.106	266.758	137,4	1.015	1.220	120,2
Harz	67.270	237.599	285.448	120,1	1.075	1.201	111,7
Magdeburg	71.623	221.344	282.300	127,5	1.018	1.210	118,8
Sachsen- Anhalt	61.426	197.117	259.735	131,8	980	1.129	115,2

^a Die Beschäftigten wurden 1995 nicht erfasst, Vollzeitäquivalente konnten deshalb nicht im Zeitverlauf betrachtet werden.

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt; Berechnungen des IWH.